Rüsselsheim, den 08.08.2024

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 27.06.2024 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift 25.04.2024

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.04.2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

TOP 2 Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 DS-621/21-26

Begleitinformation:

Die Beratungsunterlagen werden den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung in der Einbringungssitzung am 27.06.2024 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

TOP 3 Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2023 – 2027 DS-622/21-26

Herr Oberbürgermeister Burghardt bringt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024 und die Finanzplanung für den Zeitraum 2023 – 2027 ein. Er erläutert die Eckdaten und informiert darüber, dass der vorgelegte Haushaltsplanentwurf in dieser Form nicht genehmigungsfähig sei. Deshalb wird nach der Sommerpause ein Haushaltssicherungskonzept nachgereicht werden. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Finanzplanung 2023 bis 2027 zur Kenntnis.
2. Sie nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass zum Ende des Finanzplanungszeitraum 2027 im Ergebnishaushalt ein ordentliches Defizit von voraussichtlich insgesamt rund 22,7 Mio. € und im Finanzhaushalt ein Zahlungsmittelbedarf von voraussichtlich insgesamt rund 35,3 Mio. € entstanden ist.
3. der Aufbau einer Liquiditätsreserve Ende 2027 von 5,7 Mio. € nicht dargestellt werden kann.
4. die Finanzplanung nicht den gesetzlichen Erfordernissen entspricht.
5. dass daher spätestens mit der Verabschiedung der Haushaltsatzung 2024 zur Erlangung eines genehmigungsfähigen Haushaltes ein verbindliches Haushaltsicherungskonzept beschlossen werden muss mit dem Ziel, das spätestens Ende 2027

   das (kumulierte) ordentliche Defizit und der Zahlungsmittelbedarf auf 0 €
   reduziert wird und

   eine Liquiditätsreserve von rund 5,7 Mio. € aufgebaut ist.

B. Beschlussvorschlag
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm für den Zeitraum 2023-2027.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig

TEIL I

TOP 4 Anpassung der Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften DS-560/21-26 1. Ergänzung

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die angepasste Satzung über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften auf fünf anstatt drei Unterkünfte anzuwenden ist.
2. die damit einhergehend veränderte Kostenstruktur eine Neukalkulation der Unterbringungsgebühr bedingt.

B. Beschluss
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den dritten Nachtrag zur Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften zwecks Refinanzierung der entstehenden Aufwendungen für die Anmietung und den Betrieb der Obdachlosenunterkünfte.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 5 Zustimmung zu einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023; hier: Kostenerstattung an die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH für den öffentlichen Personennahverkehr gemäß Öffentlichem Dienstleistungs-auftrag (öDA)
DS-598/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Stadt Rüsselsheim am Main als Aufgabenträger gemäß § 5 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) und in Zusammenhang mit Art. 2c der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an Verkehrsleistungen für die Bevölkerung auf ihrem Gebiet trägt.
2. die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zur Erbringung des Stadtverkehrs nach Maßgabe der VO 1370/2007 für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2025 betraut sind.
3. die von den Stadtwerken erbrachte Verkehrsleistung nicht alleine durch Fahrgeldeinnahmen finanziert werden kann.
4. sich für die Durchführung der Maßgaben des öffentlichen Dienstleistungsauftrags im Jahr 2022 ein Mehraufwand in Höhe von 1.089.014 Euro ergeben hat.

B. Beschluss

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 1.089.014 Euro im Teilergebnishaushalt 120582100 (Lokale Nahverkehrsorganisation), Sachkonto 7175500 (Kostenerstattung an Stadtwerke, ÖPNV) zu.
2. Die Deckung erfolgt aus der Rücklage aus Überschüssen im ordentlichen Ergebnis des Haushaltsjahres 2022.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 6 Entsperrung 1,0 Stelle SuE 15 TVöD im Produkt Leistungen, BTHG (Bundesteilhabegesetz); Produktnummer 0500-41000
Bezug: DS-616/16-21 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und Stellenplananmeldung für den Haushalt 2023 MV-365/21-26
DS-605/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. im Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe im Sachgebiet Eingliederungshilfe (EGH) kontinuierlich steigende Fallzahlen zu verzeichnen sind (im Vergleich: Start der EGH im 1. Quartal 2021 379 Fälle, Stand März 2024 811 Fälle).
2. der von der Stadtverordnetenversammlung festgelegte Personalschlüssel für die Fachkoordination der Pädagogischen Eingliederungshilfe bei 1:400 liegt;
3. die Verdoppelung der Maßnahmen dazu geführt hat, dass die aktuelle Personalressource von 1,0 Stelle für diese Aufgabe nicht mehr auskömmlich ist.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die im Stellenplan 2023 für diesen Fall eingerichtete Stelle in der Pädagogischen Eingliederungshilfe (1,0 Stelle SuE 15 TVöD im Produkt Leistungen, BTHG (Bundesteilhabegesetz); Produktnummer 0500-41000) entsperrt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 7 Verschärfung der versicherungsrechtlichen Beurteilung von Honorarkräften
DS-600/21-26

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. das Bundessozialgericht (BSG) mit Urteil vom 28.06.2022 geurteilt hat, „dass eine Musiklehrerin, deren Tätigkeit sich durch die Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung in festgelegten Räumen kennzeichnet und die auch in prägender Weise in die Organisationsabläufe der Musikschule eingegliedert ist, indem diese die gesamte Organisation des Schulbetriebs in ihrer Hand hält, die Räume und Instrumente kostenfrei zur Verfügung stellt und nach außen gegenüber den Schülern alleine auftritt, in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Musikschule steht.“ (Siehe Anlage 1)
2. die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung aufgrund der durch die Rechtsprechung des BSG vorgenommenen Schärfung, dem Kriterium der Eingliederung für die Statusbeurteilung eine höhere Bedeutung beimessen und sich auf eine Neuausrichtung der Praxis von Sozialversicherungsprüfungen spätestens ab dem 01.07.2023 verständigt haben. (Siehe Anlage 1)
3. eine Beschäftigung von Honorarkräften nach Bewertung durch den Träger- und Fachverband (Verband deutscher Musikschulen e.V., im Folgenden VdM) sowie nach der aktuellen Rechtsprechung in der Regel nicht mehr möglich ist und dies die Überleitung aller Honorarverträge in Anstellungsverhältnisse erforderlich macht.
4. das Rechtsamt diese Auffassung teilt und ein entsprechender Vermerk vorliegt (Anlage 3)

5. zur Sicherstellung des Unterrichtsbetriebes sowie zur Vermeidung von künftigen Rückforderungen durch die Sozialversicherungen 2,5 zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen.
6. die zusätzlichen 2,5 Stellen bei der vorliegenden Fortschreibung des Wirtschaftsplans 2024 von Kultur123 mit zusätzlichen Personalkosten in Höhe von ca. 122.075 € berücksichtigt werden mussten.
7. dem, entgegen des ursprünglichen Planansatzes von ca. 46.600 €, zu erwartende Honorarkosten in Höhe von ca. 72.500 € gegenüberstehen.
8. damit im Jahr 2024 insgesamt Mehrkosten in Höhe von 49.575 € entstehen.
9. sich die Betriebskommission Kultur123 in ihrer Sitzung am 17.04.2024 mit der Vorlage befasst hat.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen.

TOP 8 Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim DS-612/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Betriebskommission des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe den Jahresabschluss 2022 der Städtischen Betriebshöfe in ihrer Sitzung am 30.04.2024 zur Kenntnis genommen hat.
2. Sie empfiehlt einstimmig dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung dem beigefügten Jahresabschluss 2022 zuzustimmen.
3. der im Jahresabschluss 2022 ausgewiesene Jahresgewinn 220.832,47 € beträgt.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Jahresabschluss der Städtischen Betriebshöfe Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2022 festgestellt wird.

Das Unternehmensergebnis schließt mit einem Jahresgewinn von 220.832,47 € ab.

Der Gewinn wird der Stadt Rüsselsheim am Main zugeführt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 9 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2023 Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim DS-611/21-26

Beschluss:

Der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2023 des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim wird an den Wirtschaftsprüfer Herrn Dipl.-Oec. Ralf-Peter Ludwig, Frankfurter Straße 53-55, 63263 Neu-Isenburg vergeben.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 10 Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim DS-610/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Betriebskommission des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe den Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und Finanzplan in ihrer Sitzung am 30.04.2024 zur Kenntnis genommen hat.
2. die Betriebskommission des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfiehlt, dem beigefügten Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 zuzustimmen.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe für das Wirtschaftsjahr 2024 mit folgenden Werten:

   im Erfolgsplan

in den Erträgen auf	808.000,00 €
in den Aufwendungen auf	630.800,00 €

   im Vermögensplan

in der Ausgabe auf	825.000,00
in der Einnahme (Deckungsmittel) auf	825.000,00 €

2. dass der geplante Gewinn in Höhe von

   177.200,00 €

   dem Haushalt der Stadt Rüsselsheim am Main zugeführt wird.

3. dass der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan festgesetzt wird auf

   0,00 €

4. dass der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, festgesetzt wird auf

   1.000.000,00 €

5. dass die im Wirtschaftsplan 2024 ausgewiesene Stellenübersicht gilt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 11 Einrichtung einer interkommunalen Projektmanagementstelle Klimaschutz im Kreis Groß-Gerau DS-613/21-26

Beschluss:

1. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) beteiligt sich die Stadt Rüsselsheim am Main am interkommunalen Projektmanagement Klimaschutz im Kreis Groß-Gerau, das bei der Stadt Mörfelden-Walldorf eingerichtet wird.
2. Dem öffentlich-rechtlichen Vertrag gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 12 Bericht Jugendforum 2023 DS-593/21-26 1. Ergänzung

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. auf dem Gelände der Georg-Büchner-Schule bereits Maßnahmen zur Aufwertung des Schulhofs in Bezug auf das Ballspielen eingeleitet wurden.
2. in allen Rüsselsheimer Schulen der SEK I mit der Installation von Menstruationsspendern mit je einem Gerät gestartet wurde. Eine Ausweitung der Ausstattung wird perspektivisch angestrebt.
3. an der Borngrabenschule
   a. die Heizung der Turnhalle funktioniert.
   b. die Rauchwarnmelder den Vorschriften entsprechen.
   c. für den Außenbereich Sitzbalken beauftragt wurden.
   d. die Ausstattung mit digitalen Medien und interaktiven Displays sukzessive ausgeweitet wird.
   e. eine Tempo-30-Zone ist. Fußgängerüberwege sind innerhalb dieser Zonen ausgeschlossen.
4. für eine weitere Poolparty am 1. Mai das Schwimmbad An der Lache genutzt werden kann. Dem Wunsch nach einem Mädchenschwimmen einmal pro Monat kann nicht entsprochen werden, da keine freien Termine im Schwimmbad zur Verfügung stehen.

5. für die Gerhart-Hauptmann-Schule
   a. erste Schritte für eine Planungsphase gemäß der Priorisierung von Bauprojekten im zweiten Halbjahr 2024 erfolgen soll unter Einbeziehung der Wünsche der Nutzenden.
   b. für den Außenbereich die Erneuerung von Sitz- und Balancierstämmen veranlasst wurde.
   c. die Nutzung des angrenzenden Spielplatzes nach erfolgter Sanierung in den Sommerferien für die Schüler*innen möglich sein wird.

6. von Seiten der Schulleitung der Max-Planck-Schule zum geeigneten Zeitpunkt die Beteiligung der Schüler*innen in Bezug auf die Neuplanung und Renovierung der Schule organisiert wird.
7. die Max-Planck-Schule in enger Abstimmung mit der Schulleitung weiter über den DigitalPakt Schule mit digitalen Medien ausgestattet wird, um das digitale Lernen und Lehren weiter auszubauen.
8. die Verwaltung mit der Schulleitung der Alexander-von-Humboldt-Schule ins Gespräch geht zur Klärung der Nutzung der Mensa.
9. an der Alexander-von-Humboldt-Schule
   a. die Planungen für die Dreifeld-Sporthalle Dicker Busch begonnen haben.
   b. im Zuge der Planungen für die Georg-Büchner-Schule alle drei Sporthallen in diesem Areal einer Machbarkeitsstudie unterzogen und für den zukünftigen Bedarf entwickelt werden.
   c. im Rahmen des Gesamtprojektes auch die Planung und Umsetzung der Außenanlagen erfolgen muss.
10. an der Alexander-von-Humboldt-Schule bis zu den Sommerferien 2024 weitere Access Points installiert und in Betrieb genommen werden, um die Schule mit flächendeckendem Wlan auszustatten.
11. an der Alexander-von-Humboldt-Schule Vandalismusschäden regelmäßig behoben werden.
12. vom Schulportal Hessen für alle Schülerinnen und Schüler der Rüsselsheimer Schulen ein digitaler Vertretungsplan zur Verfügung gestellt wird und eine Stundenplansoftware wie zum Beispiel Untis eingesetzt werden kann, sofern sie an den jeweiligen Schulen genutzt werden soll.
13. an der Borngrabenschule
   a. beschädigte Zäune regelmäßig repariert und erneuert werden.
   b. etwaig bestehende Schwachstellen, an denen Wildschweine auf das Gelände gelangen können, umgehend behoben werden.
14. an der Borngrabenschule die Fachkraft der Schulsozialarbeit das Thema der Diskriminierung aufgreifen wird.
15. in der Nähe der Gerhart-Hauptmann-Schule die Verlegung der Bushaltestelle und deren barrierefreien Ausbau geprüft wird.
16. an der Grundschule Innenstadt im Rahmen einer Grundreinigung die Kaugummis entfernt werden.
17. eine grundsätzliche Ausweitung der Öffnungszeiten der Mensa der Max-Planck-Schule von Seiten der Schulleitung als nicht erforderlich erachtet wird. Bei Bedarf zur Nutzung nach 14 Uhr können individuelle Absprachen mit dem Cateringpersonal getroffen werden.
18. die neuen Schirme an der Sophie-Opel-Schule neben dem Sonnenschutz auch dem Regenschutz dienen und die vorhandenen überdachten Bereiche ergänzen.
19. es für Kommunen keine rechtliche Handhabe gibt, autofreie Sonntage durchzuführen.

20. in den Fußgängerzonen in der Innenstadt stichpunktartig Kontrollen durchgeführt werden in Bezug auf das Fahrradfahren.
21. die dezente Beckeneinfassung des Weihers nicht durch einen Zaun ersetzt werden kann, da der historische Vernapark dem Denkmalschutz unterliegt.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung verweist das Anliegen der Kinder und Jugendlichen aus dem Jugendforum 2023 „Mountainbike-Strecke in Bauschheim“ an den Magistrat zur weiteren Prüfung und Vorlage einer entsprechenden Berichts- bzw. Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 13 Planung der Versorgung mit flächendeckenden Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Bezug:
- Antrag der SPD Fraktion vom 22.08.23 Antrag AT-140/21-26
- DS-470/21-26 Bericht Jugendforum 2022; hier: Bedarfsanalyse zu einem Kinder- und Jugendtreff im Grundschulbezirk der Grundschule Hasengrund
- Berücksichtigung des Bedarfs einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch Nord bei der Planung der Albrecht-Dürer-Schule DS-609/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. wie die Stadt Rüsselsheim am Main mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in den zehn Grundschulbezirken versorgt ist. (Anlage 1, Bericht).
2. dass zwei Grundschulbezirke (Grundschule Hasengrund, Eichgrundschule) nicht mit stationären Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit versorgt sind.
3. dass im Bezirk der Grundschule Königstädten im Zusammenhang mit dem Neubau eines Nachbarschafts- und Familienzentrums Räume für Kinder- und Jugendarbeit mitgedacht werden.
4. dass im Grundschulbezirk der Albrecht-Dürer-Schule bei der Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des gesamten Schul-Standortes auch der Bedarf einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch-Nord Berücksichtigung finden soll.
5. dass mit dieser Vorlage der Intention der antragstellenden Fraktion entsprechende Vorschläge zu einem schrittweisen Ausbau der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit unterbreitet werden, die in Abhängigkeit zur Haushaltslage erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. dass die beschriebenen Ausbaumaßnahmen grundsätzlich so weiterverfolgt werden sollen und mögliche Stufen der Umsetzung ab dem Haushaltsjahr 2026ff in Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu prüfen sind und die Stadtverordnetenversammlung jeweils mit gesonderten Beschlussvorlagen befasst wird.
2. den SPD-Antrag AT-140/21-26 – Förderung von Jugendhäusern/ Jugendtreffs in allen Stadtteilen für erledigt zu erklären (Anlage 2).
3. die Anträge zur DS-470/21-26 – Bericht Jugendforum 2022 in Bezug auf die Prüfaufträge:
   - zur Berücksichtigung des Bedarfs einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch Nord bei der Planung der Albrecht-Dürer-Schule und
   - zur Bedarfsanalyse zu einem Kinder- und Jugendtreff im Grundschulbezirk der Grundschule Hasengrund

   für erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 14 Online-Umfrage zum Jugendtreff Königstädten Bezug: DS-394/21-26 Erweiterung der Jugendräume im Königstädter Einkaufszentrum; Änderungsantrag DS-394-1/21-26 der Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI vom 16.05.2023 zur DS-584/21-26 1. Ergänzung

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ergebnisse der Online-Umfrage zum Bedarf der Kinder- und Jugendarbeit in Königstädten zur Kenntnis (Anlage).

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

TOP 15 Sachbericht 2023 Fachstelle Jugendberufshilfe Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme DS-595/21-26

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten Sachstandsbericht 2023 der Fachstelle Jugendberufshilfe (Anlage) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

TOP 16 Kita Online-Umfrage zum Betreuungsbedarf 2023/2024
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-599/21-26

Kenntnisnahme:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die stadtweiten Ergebnisse der Kita Online-Umfrage zum Betreuungsbedarf 2023/2024 zur Kenntnis (Anlage).
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass auf Grundlage der Umfrageergebnisse aktuell kein Handlungsbedarf besteht, die Angebotszeiten der Kindertagesstätten zu verändern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Magistrat das Instrument der Online-Befragung im Zusammenhang mit der Einführung von MainKids Rüsselsheim weiterentwickeln wird.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

TOP 17 Balkonsolarförderung
Bezug: Antrag AT-116/21-26 der SPD Fraktion vom 09.05.2023
DS-585/21-26

Beschlusstext:

Kenntnisnahme:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

- dass es sich bei dieser Förderung um eine freiwillige Leistung handelt, die aktuell nicht über den Haushalt 2024 abgedeckt werden kann.
- dass sich der Markt der Balkonsolaranlagen so entwickelt hat, dass sich eine Investition für Bürgerinnen und Bürger auch ohne Förderung lohnt.
- dass im Rahmen von Informationen der Stadtverwaltung zum Thema Klimaschutz und Energie an die Bürgerinnen und Bürger auch auf Balkonsolaranlagen eingegangen wird.

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Antrag AT-116/21-26 der SPD-Fraktion vom 09.05.2023 als erledigt.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 18 Waldkonzept für den Kommunalwald der Stadt Rüsselsheim am Main
Bezug: Antrag AT-114/21-26 der Fraktion WsR vom 09.05.2023
DS-594/21-26

Beschlusstext:
A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das vorgelegte Waldkonzept zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt die Arbeit des Fördervereins „Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V." als positiv bewertet und bereits seit 2022 Mitglied des Fördervereins ist.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Antrag AT-114/21-26 der Fraktion WsR vom 09.05.2023 als erledigt erklärt wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 19 Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing-Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen
Bezug: Antrag AT-69/21-26 der Fraktion FDP-PLUS vom 30.01.2022 und Antrag AT-69-1/21-26 der CDU-Fraktion vom 21.02.2022
DS-586/21-26

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. das Straßengesetz in seiner Fassung vom 07.02.2023 überarbeitet wurde und um den § 16a – Sondernutzung durch Carsharing ergänzt wurde.
2. sich erst daraus Möglichkeiten für die Stadt zur Ausweisung von Sondernutzungsflächen ergeben.
3. als Anlage dieser Drucksache ein 2. Zwischenbericht zum Antrag vorliegt.
4. die Identifizierung von Standorten in den Stadtteilen und Quartieren zur Einrichtung von von Carsharing-Standorten im Rahmen der Bearbeitung des Nahverkehrsplanes erfolgt.
5. es sinnvoll ist Carsharing-Standorte mit weiteren Sharing-Angeboten (Scooter, E-Bikes, Lastenfahrräder) zu Mobilitätsstationen auszubauen und diese mit dem ÖPNV zu vernetzen.
6. dass für die rechtssichere Ausgestaltung der Sondernutzungssatzung sowie der nachfolgenden Vergabeunterlagen externe juristische Beratung notwendig ist und in Anspruch genommen wird, sobald ein genehmigter Haushalt vorliegt. Ziel ist es ein flächendeckendes Carsharing-Angebot in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen für die Bevölkerung einzurichten.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

TOP 20 Radverkehrsführung Walter-Flex-Straße
Bezug: Antrag AT-148/21-26 der CDU-Fraktion vom 27.11.2023
DS-615/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. Haushaltsausgabereste aus dem Jahr 2023 zur Verfügung stehen und für den Haushalt 2024 Mittel für die Planungsleistungen zur Sanierung und Umgestaltung der Walter-Flex-Straße angemeldet sind.
2. sobald eine Genehmigung des Haushalts 2024 vorliegt das Vergabeverfahren zu den Planungsleistungen gestartet werden kann.
3. die Walter-Flex-Straße im städtischen und regionalen Radroutennetz eine wichtige Achse darstellt und für den Schulradverkehr eine baulich geschützte Radverkehrsinfrastruktur von besonderer Bedeutung ist.
4. die im Antrag 148/21-26 „Radwegplanung Walter-Flex-Straße bei Sanierung“ unter 1. enthaltenen Anforderungen an die Radverkehrsführung unter Berücksichtigung der anerkannten technischen Regelwerke als Planungsgrundlage dienen und die unter 2. benannten Varianten zur Straßengestaltung neben weiteren geprüft werden.
5. dass Projekte zur infrastrukturellen Gestaltung der Verkehrswege zur Attraktivitätssteigerung des Rad- und Fußverkehrs im Rahmen der Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung der Nahmobilität gefördert werden, sofern die Qualitätsstandards und Musterlösungen für das Radnetz Hessen dabei beachtet werden.

B. Beschluss
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass nach Abschluss der Leistungsphase 2 (Vorplanung) der Stadtverordnetenversammlung die entwickelten Varianten zur Auswahl der Vorzugsvariante als Grundlage für die weiteren Planungsphasen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 21 Verkehrssicherheit am Landungsplatz verbessern
Antrag der Fraktion FDP/FW-PLUS vom 24.04.2024
AT-161/21-26

Beschluss:
Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer am Landungsplatz auf Höhe des Leinreiter bzw. des Wein am Main – Standes verbessert werden kann.

Insbesondere ist dabei eine Entschleunigung des durchfahrenden Radverkehrs anzustreben, um damit die Sicherheit der Fußgänger sicherzustellen.

Ziel ist es, damit Unfallrisiken zu minimieren und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 22 Antrag zur sofortigen Beschlussfassung Positivliste für die Nutzung schulischer Räume
Antrag der Fraktionen CDU, WsR, SPD, FDP/ FW- PLUS,
Fraktion DIE GRÜNEN/ Linke Liste Soli/ ABI vom 18.06.2024
AT-166/21-26

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass im Zuge des Antragsverfahrens zur Aufnahme in die Positivliste für die Nutzung schulischer Räume werden die Antragsteller verpflichtet, die Anti-Diskriminierungsklausel (DS 561/21-26) zu unterschreiben. Die Unterschrift der Klausel gilt als Voraussetzung für die Aufnahme in die Positivliste.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 23 Straßenzustand der Elsa-Brandström-Allee
Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2024
AT-157/21-26

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine Verbesserung des Straßenzustandes der Elsa-Brandström-Allee zwischen der Einfahrt zur WFB und der Autobahnbrücke kurzfristig erreicht werden kann.

2. Die Ergebnisse inkl. einem Vorschlag zur Beschlussfassung sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 24 Bewässerung durch Wasserentnahme aus dem Main
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2024
AT-162/21-26

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen für die Bewässerung von Bäumen, Sträuchern, etc. der AÖR eine Wasserentnahme aus dem Main ermöglicht werden kann.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 25 Bericht der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-596/21-26

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen für den Berichtszeitraum 2022 (Anlage) zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

TOP 27 Delegation von einem Vergabe-Beschluss an den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Parkschule Umbau zur Grundschule, Frankfurter Straße 54, 65428 Rüsselsheim am Main
hier: Lüftungsanlagen
DS-616/21-26

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Beschlussfassung folgender Vergabe an den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main delegiert wird:

Parkschule
Vergabe Lüftungsanlagen bis zu rd. 1.350.000,00 EUR

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 28 Besetzung der Frauenkammer für die Legislaturperiode 2021 - 2026
hier: Berufung einer Vertreterin und einer Stellvertreterin für den Mädchenarbeitskreis Rüsselsheim
DS-589/21-26

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Frau Yasmin Rahou als Vertreterin und Frau Julia Demet Lal als Stellvertreterin in die Frauenkammer. Die Genannten vertreten den Mädchenarbeitskreis Rüsselsheim.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TOP 34 Institutionelle Förderung Rollwerk
DS-608/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. sich das Rollwerk als ein soziokulturelles Zentrum mit überregionaler Strahlkraft etabliert hat, das ein vielseitiges, spartenübergreifendes Angebot in den Bereichen Sport, Kultur, Jugend, Bildung & Soziales bietet.
2. der jetzige Standort des Rollwerks im Opel-Altwerk (Gebäude A1) zeitlich befristet ist. Nach einer zuletzt erfolgten Verlängerung besteht ein Mietverhältnis bis Juni 2025.
3. der Betrieb des Rollwerks bisher überwiegend durch ehrenamtliches Engagement des Vereins B' Skateboarding Rüsselsheim am Main e.V. sichergestellt wurde.

4. das Rollwerk bislang durch die Stadt Rüsselsheim finanziell unterstützt wurde durch
   - einen 50-prozentigen Mietzuschuss, gedeckt über das Förderprogramm Zukunft Innenstadt (von Februar 2022 bis Dezember 2024)
   - Förderungen für kulturelle Einzelprojekte im Rahmen der städtischen Projektförderung
   - einen einmaligen Zuschuss zur finanziellen Absicherung des Betriebs in der laufenden Saison 2023/24 nach der Verlängerung des Mietzeitraums ab Juni 2023 in Höhe von 40.000 Euro (DS-442/21-26)
   - Zuschuss zur Entwicklung eines Perspektivkonzepts in Höhe von 10.000 Euro (DS-442/21-26)
5. die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 20.07.2023 (DS-442/21-26) ab dem Haushaltsjahrs 2024 eine institutionelle Förderung des Rollwerks beschlossen hat, vorbehaltlich der Vorlage eines Perspektivkonzepts. Im Haushaltsplanentwurf 2024 wurden dafür Mittel in Höhe von 150.000 Euro mit einem Sperrvermerk angemeldet.
6. das Rollwerk ein Perspektivkonzept entwickelt und vorgelegt hat, das von der Verwaltung geprüft wurde (Anlage 1).
7. in dem Perspektivkonzept die Organisationsentwicklung und die Finanzstruktur des Rollwerks ausführlich dargelegt werden und damit die Voraussetzungen für eine institutionelle Förderung des Vereins erfüllt sind.
8. gemäß Perspektivkonzept zur Weiterentwicklung und Professionalisierung des Rollwerks im Oktober 2023 eine gemeinnützige Unternehmergesellschaft für den Betrieb des Kulturzentrums unter dem Dach des Trägervereins B' Skateboarding Rüsselsheim am Main e.V. gegründet wurde
9. mit dem Betrieb des Rollwerks durch eine gemeinnützige Unternehmergesellschaft seit Oktober 2023 erstmals Kernaufgaben des Betriebs, die bislang ehrenamtlich geleistet wurden, vergütet werden.
10. mit dieser Professionalisierung der Organisationsstruktur Personalaufwendungen entstehen, für die es einer finanziellen Absicherung durch eine institutionelle Förderung bedarf. Der Förderbedarf für den Betriebszeitraum Juli 2024 bis Juni 2025 beläuft sich auf 129.400 Euro (Anlage 2).
11. ohne eine finanzielle Absicherung ein Weiterbetrieb des Rollwerks nicht möglich ist und das soziokulturelle Zentrum seinen Betrieb mit Ende der aktuellen Saison im Juni 2024 einstellen muss.

B. Beschluss

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für die Saison Juni 2024 bis Juni 2025 eine institutionelle Förderung des Vereins B' Skateboarding zur Absicherung des Betriebs und Aufrechterhaltung des Programmangebots in Höhe von 129.400 Euro. Die Deckung der Kosten für den Saisonbetrieb Juli–Dezember 2024 erfolgt über die im Haushaltsplanentwurf 2024 unter dem Sachkonto 7128844 „Förderung soziokulturelles Zentrum Rollwerk" angemeldeten Mittel und für den Saisonbetrieb Januar–Juni 2025 über Mittel, die für den Haushaltsplanentwurf 2025 angemeldet werden. Die Belastung des Jahreshaushalts 2024 beträgt 58.300 Euro.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Verein B' Skateboarding im ersten Quartal 2025 ein aktualisiertes Perspektivkonzept vorlegt, aus dem die Standortklärung nach Ende der Mietlaufzeit im Opel-Altwerk, Gebäude A1 sowie der Mittelbedarf für einen möglichen Weiterbetrieb des soziokulturellen Zentrums am aktuellen oder einem neuen Standort hervorgehen. Die Entscheidung über eine Fortführung der institutionellen Förderung erfolgt nach Vorlage des Perspektivkonzepts in gesonderter Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 37 Ja-Stimmen

TEIL II

TOP 29 Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 für Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-601/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 mit der DS-489/21-26 in der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2023 mehrheitlich beschlossen wurde.
2. die finanziellen Auswirkungen der Beschlüsse DS-517/21-26 mit dem Änderungsantrag der WsR DS-517-1/21-26 „Erforderliche Maßnahmen Stadttheater“ und DS-504-2/21-26 „Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2023 zur DS-504/21-26]] - Zukunftskonzept zur Organisationsentwicklung des soziokulturellen Zentrums "Das Rind" - neue Fördervereinbarung und Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Trägerverein des autonomen Kulturzentrums "das Rind", dem Verein für Freizeit und Kultur e.V.“ in einer Fortschreibung des Wirtschaftsplanes abzubilden sind.
3. die Umsetzung eines Urteils des Bundessozialgerichtes (BSG) zum Status von Lehrkräften von Musikschulen 2,5 zusätzliche Stellen mit der Eingruppierung TVöD 9b notwendig machen.
4. sich das Planergebnis der Erfolgsrechnung im Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim um 109.830 € von -8.674.080 € auf -8.783.910 € erhöht.
5. dass sich dieses Planergebnis in Höhe von -8.783.910 € nach Umlage des Zentralen Bereichs auf die Betriebsteile wie folgt verteilt:

vhs	-1.901.655 €
Kultur & Theater	-3.516.746 €
Musikschule	-1.327.331 €
Stadtbücherei	-2.038.178 €

6. sich der gesamte Liquiditätsbedarf für das Jahr 2024 auf rund 11,81 Mio. € beläuft.
7. dass sich die Betriebskommission von Kultur123 Stadt Rüsselsheim in ihrer Sitzung am 17.04.2024 mit dem Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim befasst hat. Sie empfiehlt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bei zwei Enthaltungen einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür mit 21 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 30 Quartiersgaragen für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese DS-603/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Eselswiese in zwei unterschiedliche Bereiche hinsichtlich der Stellplatzerstellung aufgeteilt wird.
2. ein Bereich im Gebiet weiterhin im Geltungsbereich der Allgemeinen Stellplatzsatzung der Stadt Rüsselsheim am Main liegen soll (siehe II. Begründung, D. Umsetzung, blauer Bereich), somit Parken auf dem Grundstück möglich ist.
3. für einen zweiten Bereich im Gebiet
   3.1. eine eigene Stellplatzsatzung zu den Quartiersgaragen erstellt werden soll (siehe II. Begründung, D. Umsetzung, orangener Bereich).
   3.2. die Quartiersgaragen als Mobilitätsstationen mit unterschiedlichen Mobilitätsangeboten (z.B. Car- & Bike-Sharing, Lastenräder, Fahrrad-Abstellanlagen, etc.) ausgestaltet werden sollen, um als zentrale Anlaufstelle für alle Mobilitätsformen zu dienen, sowie des Weiteren Besuchsparkplätze in den Quartiersgaragen angeboten werden sollen.
   3.3. die Quartiersgaragen über eine noch zu gründende Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) zu betreiben sind.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. die beigefügten Eckpunkte zu einer Stellplatzsatzung für den Bereich der Quartiersgaragen (siehe Anlage 1) als Grundlage für eine noch durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließende Satzung ausgearbeitet werden.
2. der Magistrat ermächtigt wird, die Gründung einer GmbH vorzubereiten. Dabei ist die GmbH so auszugestalten, dass private Partnerschaften mit Dritten ermöglicht werden sollen.
3. der Magistrat in Zusammenarbeit mit dem Treuhänder ermächtigt wird, im Vorgriff auf die ggf. zu gründende Gesellschaft die weiteren Leistungsphasen zur Planung und Vorbereitung der Quartiersgaragen in der Eselswiese umzusetzen und die betreffenden Aufträge zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür bei 33 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung

TOP 30 a) Quartiersgaragen für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese
Änderungsantrag DS-603-1/21-26 von Herrn Stadtverordneten Schneckenberger vom 11.06.2024
DS-603-1/21-26

Beschluss:

Für den gesamten Geltungsbereich des B-Plans Nr.147 (Eselswiese) wird eine Stellplatzsatzung für Quartiersgaragen erstellt.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen mit 1 Ja-Stimme und 2 Enthaltungen

TOP 31 Vergabeziele für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese
DS-604/21-26 1. Ergänzung

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

4. der Magistrat mit Beschluss vom 15.12.2022 (DS-286/21-26 Bebauungsplanverfahren Nr. 147 „Eselswiese“, hier: Grundsatzbeschlüsse zum weiteren Verfahren) beauftragt wurde, Kriterien für die Vergabe der städtischen Grundstücke sowohl im Wohn-, Urbanen als auch im Gewerbegebiet zu entwickeln und bei der Vergabe der Grundstücke sowie der weiteren Planung u. a. Anregungen aus der Beteiligung zur ärztlichen Versorgung am Entréeplatz, zu Angeboten für Senior*innenwohnen/Betreutes Wohnen einschließlich Pflegeangeboten, und zur Ansiedlung von Geschäften und Gastronomie am Entréeplatz zu berücksichtigen.
5. sich im Umlegungsgebiet Süd (künftiges Wohn- und Urbanes Gebiet) ca. 49 Prozent der Flächen (ca. 21,7 ha) und im Umlegungsgebiet Nord (künftiges Gewerbegebiet) ca. 70 Prozent der Flächen (ca. 14,4 ha) im Eigentum der Stadt Rüsselsheim befinden. Sofern nicht für verkehrliche, technische oder soziale Infrastrukturen erforderlich, stehen die Flächen für Vergabeverfahren oder eine direkte Veräußerung an Dritte zur Verfügung.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. für die Vergabe von Flächen im Wohngebiet sowie im Urbanen Gebiet die folgenden Anteile bei der Veräußerung geplant sind:
    a. Konzeptvergaben Wohnen und Urbanes Gebiet: 20-30% der städtischen Flächen
    b. Baugemeinschaften: 5-10% der städtischen Flächen
    c. Einzelgrundstücksvergaben Wohnen (nach Kriterien): 50-60% der städtischen Flächen
    d. Direktvergaben Wohnen (nach Höchstpreis): 10-20% der städtischen Flächen

2. der Magistrat beauftragt wird, im Entwicklungsgebiet Eselswiese die Veräußerung der noch zu bildenden Grundstücke im städtischen Eigentum unter Berücksichtigung der nachfolgenden Eckpunkte sowie auf Basis der vorgenannten Veräußerungsziele gemäß Grundsatzbeschlusses DS-286/21-26 umzusetzen und die erforderlichen Verträge (Kaufverträge, städtebauliche Verträge) end zu verhandeln und zu beschließen:

    a. Für die Vergabe von Flächen im Wohngebiet:
        I. Konzeptvergaben von Teilquartieren für Bauträgerschaften (mit und ohne Höchstpreiskriterium) und Baugemeinschaften (selbstorganisierte, gemeinwohlorientierte Vorhaben, Baugruppen, Mietwohnprojekte, Mietgemeinschaften, ohne Höchstpreiskriterium) unter Hinzuziehung z. B. von folgenden Kriterien:
            i. Städtebauliche Kriterien (architektonische und freiräumliche Qualitäten)
            ii. Soziale Kriterien (altersgerechtes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, sozialer Wohnungsbau)
            iii. Ökologische Kriterien (Energieversorgung, klimaschutz-orientierte Konzepte)
            iv. Ökonomische Kriterien (Wirtschaftlichkeit)
        II. Vergaben von Einzelgrundstücken nach Vergabekriterien (mit und ohne Höchstpreiskriterium) unter Hinzuziehung z. B. von folgenden Kriterien:
            i. Wohnort Rüsselsheim
            ii. Arbeitsort Rüsselsheim
            iii. Berufen aus dem Sozialen und der Pflege
            iv. Anerkannte Ehrenamtstätigkeiten
            v. Anerkannte Pflegebedürftigkeit
            vi. Erstmaliges Wohneigentum
        III. Vergaben von Einzelgrundstücken nach Höchstpreiskriterium und ohne weitere Vergabekriterien

    b. Für die Vergabe von Flächen im Gewerbegebiet
        I. Vergaben von Einzelgrundstücken nach Vergabekriterien (mit und ohne Höchstpreiskriterium) unter Hinzuziehung z. B. von folgenden Kriterien:
            i. Gewerbesteuerpotenzial
            ii. Unternehmerische Qualitäten (Innovationskraft, Wachstumspotenzial, Arbeitsplätze)
            iii. Städtebauliche Qualitäten
            iv. Bereits bestehende Unternehmenstätigkeit in Rüsselsheim
            v. Betriebe, die der Energieversorgung des Baugebietes dienlich sein können
        II. Prüfung der Veräußerung einer noch zu definierenden Flächengröße für die Bündelung handwerklicher Betriebe
        III. Sofern es die Ausgangslage erfordert Prüfung von Vergaben im Erbbaurecht

3. Entwicklungsflächen der gewobau und der Baugenossenschaft Mainspitze im Entwicklungsgebiet dem Quartiersplatz im Urbanen Gebiet zugeordnet werden sollen, wobei
    a. die beiden Parteien als Planungs- und Baugemeinschaft eine Entwicklung des Quartiersplatzes in einem angemessenen Zeitrahmen (Bebauungsfristen) unter Berücksichtigung anspruchsvoller städtebaulicher und architektonischer Qualitäten ihrer Grundstücke am Quartiersplatz zusichern sollen.
    b. mit Unterstützung der Gesellschaften Angebote für die ärztliche Versorgung und/oder Wohnen für ältere Menschen/Betreutes Wohnen einschließlich Pflegeangebote erfolgen sollen.
4. die weiteren städtischen Teilflächen am Quartiersplatz im Urbanen Gebiet u. a. unter Hinzuziehung und Abwägung der unter 2.a.I. aufgeführten Punkte in einer Konzeptvergabe, sowie den zusätzlichen Anforderungen der Belebung von Erdgeschosszonen u. a. durch Handel und Gastronomie zu veräußern.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür mit 36 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme

TOP 31 a) Vergabeziele für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese
Änderungsantrag DS-604-1/21-26 von Herrn Stadtverordneten Schneckenberger vom 11.06.2024
DS-604-1/21-26

Beschluss:

Die Vergabe von städtischen Flächen im Baugebiet Eselswiese erfolgt grundsätzlich ohne Höchstpreiskriterien, sondern nur nach den in der Vorlage aufgeführten weiteren Kriterien.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dagegen mit 35 Nein-Stimmen, 1 Ja-Stimme und 1 Enthaltung

TOP 32 Wärmeplanung Eselswiese: Abwärme von Rechenzentren als Wärmequelle nutzen
Antrag zur Verweisung der Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI vom 15.04.2024
AT-160/21-26

Beschluss:
Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

1. ob im Gewerbegebiet Eselswiese durch eine Ansiedlung von Rechenzentren ein Beitrag zur Wärmeversorgung des Gewerbe- und Wohnstandort Eselswiese sichergestellt werden kann.
2. ob weitere Bauschheimer Gebäude (Globus, Grundschule) an diese Wärmequelle angeschlossen werden wollen und können.
3. ob die Hochschule RheinMain diese Wärmenutzung wissenschaftlich begleiten kann.

4. ob Fördermittel dafür abgerufen werden können.
   Dabei wäre die Fläche für Rechenzentren auf einen Minimalwert zu beschränken.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür mit 26 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen

TOP 33 Errichtung und Betrieb einer Videoüberwachungsanlage im Bereich des Bahnhofs der Stadt Rüsselsheim am Main
Bezug: AT-45/21-26 - Videoüberwachung am Bahnhofsplatz der Fraktionen CDU und WsR vom 22.09.2021 sowie HHAT-3/2023 der WsR-Fraktion zur Videoüberwachung
DS-440/21-26 2. Ergänzung

A. Kenntnisnahme
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass
1. das in dieser Vorlage dargestellte Konzept einer Videoüberwachungsanlage im Bereich des Bahnhofs der Stadt Rüsselsheim am Main mit der Landespolizei abgestimmt und von dort befürwortet wird.
2. das vorgelegte Konzept durch den hessischen Datenschutzbeauftragten genehmigt ist.
3. das Land Hessen die Errichtung von Videoüberwachungsanlagen mit bis zu 66% der Errichtungskosten fördert.
4. eine Förderung nur in Aussicht gestellt wurde, wenn eine Videoüberwachungsanlage in der vorgelegten, mit der Landespolizei abgestimmten Form umgesetzt wird.

B. Beschluss
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,
1. die Errichtung und den Betrieb einer Videoüberwachungsanlage in der dargestellten Form vorbehaltlich der Förderzusage des Landes (bis zu 66% der Errichtungskosten).
2. die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 Euro für die Errichtung im Finanzhaushalt und 5.000 Euro Betriebskosten im Ergebnishaushalt des Haushaltsplanentwurfs 2024 vorzusehen.
3. den Antrag AT-45/21-26 der Fraktionen CDU und WsR vom 22.09.2021 sowie den Haushaltsbegleitantrag Nr. 3 der WsR vom 26.04.2023 für erledigt zu erklären.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür mit 26 ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen

TOP 35 Planung der Schulhofgestaltung der Gerhart-Hauptmann-Schule Bezug: Bericht Jugendforum 2022 DS-470/21-26, Beschlussziffer 2 DS-597/21-26

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. das Anliegen der Kinder und Jugendlichen aus dem Jugendforum 2022 zur „Planung der Schulhofgestaltung der Gerhart-Hauptmann-Schule“ vom Magistrat geprüft wurde (DS-470/21-26 – Kinder- und Jugendversammlung) und im Rahmen der weiteren Planung im Rahmen des Gesamtprojektes (03022251AH Gerhart-Hauptmann-Schule/Weiterentwicklung) Berücksichtigung findet.
2. gemäß Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen, hier Aktualisierung 2023 (DS-404/21-26 Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen, hier Aktualisierung 2023), die Gerhart-Hauptmann-Schule auf Priorität 2 kategorisiert wurde.
3. für den Beginn der Planungen zur Umsetzung des Gesamtprojektes Gerhart-Hauptmann-Schule / Weiterentwicklung derzeit im Haushaltsplanentwurf 2024 Mittel vorgesehen sind. Innerhalb der Projektbearbeitung können dann die Wünsche der Nutzenden im Rahmen der Planung und Umsetzung Eingang finden.
4. akute Gefahren wie z.B. schlechter Zustand des Schulhofes, dadurch Verletzungsgefahr (lose Platten, unebener Boden, Wurzeln, große Risse und Löcher), umgehend beseitigt wurden.
5. weitere Planungen für Interimsspielmöglichkeiten, aufgrund der angespannten Haushaltslage bis zur vollumfänglichen Planung und Umsetzung des Gesamtprojektes Gerhart-Hauptmann-Schule / Weiterentwicklung, zurückgestellt werden.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Beschlussziffer 2 der Drucksache DS-470/21-26 Bericht Jugendforum 2022 als erledigt erklärt wird.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich dafür mit 29 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

TOP 36 Revitalisierung der Innenstadt Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 15.04.2024 AT-127-1/21-26

Herr Stadtverordneter Bernhardt beantragt, dass der Antrag zur Beratung in die nächste Sitzungsrunde verschoben wird.

1. Der Magistrat erstellt einen Plan zur Revitalisierung der Innenstadt ein und stellt diesen der Stadtverordnetenversammlung vor.

2. Der Plan zur Revitalisierung wird nach der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung durch eine zentrale Steuerung umgesetzt, die eine zukunftsweisende und nachhaltige Struktur an Ladengeschäften, Gastronomie, Kultur, Wohnen und Nahversorgung gewährleistet, wobei Schwerpunkte auf Wohnen, studentisches Wohnen, Gastronomie in seiner vollen Bandbreite sowie Kultur gelegt werden sollen.

3. Die zentrale Steuerung soll durch die Stadtentwicklungsgesellschaft STEG erfolgen. Hierfür ist die STEG wieder zu reaktivieren und mit dem nötigen Personal auszustatten. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Rüsselsheim ist einzubinden.

4. Die STEG koordiniert ein städtebauliches Investitionsprogramm zur Sanierung und Gestaltung des öffentlichen Raumes. Dabei wird auf die Steigerung der Attraktivität, die Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts und die strukturelle Vernetzung von Grün- und Aufenthaltsstrukturen unter Berücksichtigung der Biodiversität geachtet.

5. Wirtschaftsfördernde Steuerungsmethoden, wie zeitlich befristete reduzierte Ladenmieten (z.B. für Popup-Stores), sollen als Instrumente genutzt werden.

6. Um potenzielle Fehlentwicklungen in der Innenstadt im Verkaufsfall an einen Dritten abzuwenden, soll der Magistrat gegenüber der Stadtverordnetenversammlung mögliche Instrumente, soweit noch nicht geschehen, einführen, wie z.B. Vorkaufsrechtsatzung, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, etc.

7. Um das Vorkaufsrecht auch ausüben zu können, sollen im Haushalt Mittel für den Erwerb von Immobilien und Grundstücken eingeplant bzw. sollen die bisherigen Mittel für Käufe von Immobilien und Grundstücken schwerpunktmäßig auf die Innenstadt konzentriert werden. Des Weiteren soll regelmäßig geprüft werden, ob Fördermittel von Land, Bund und EU für die Umwandlung (Kauf, Sanierung, Neubau, Umgestaltung, etc.) der Innenstadt abgerufen werden können.

8. Um ein Umdenken in der Stadtgesellschaft zu fördern und aktive Unterstützung zu gewinnen, werden Investitionen in Informationskampagnen sowie die Organisation von Events in der Innenstadt angeregt. Diese Bemühungen sollen durch Vereine und die städtische Wirtschaft, insbesondere den Gewerbeverein, unterstützt und teils eigenständig organisiert werden.

9. Es ist für verstärkte Kontrollen im Kernbereich der Innenstadt bezüglich Gewerbe –und Bauaufsichtsrechtlichen Vorschriften zu sorgen.

10. Ein Immobilienfonds zur weiteren Finanzierung der Maßnahmen soll geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:
Ohne Abstimmung

TOP 37 Antrag zur sofortigen Beschlussfassung Nutzung Mainvorland
Bezug: Anfrage der WsR AF-72/21-26 vom 15.03.2024 zur Nutzung des Mainvorlands
AT-164/21-26

Herr Stadtverordneter Walczuch teilt für die WsR-Fraktion mit, dass der Antrag als Antrag zur Verweisung erklärt wird.

Herr Oberbürgermeister Burghardt erklärt, dass der Verwaltung eine qualitative und aussagekräftige Beantwortung dieses Prüfauftrages in den nächsten drei Monaten nicht möglich sein wird und empfiehlt, den Antrag zum aktuellen Zeitpunkt zurückzuziehen.

Herr Stadtverordneter Walczuch zieht den Antrag der WsR-Fraktion vom 15.03.2024 zurück, mit der Ankündigung, das Thema erneut im Frühjahr 2025 aufzurufen.

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen:
- welche Schritte geeignet sind, um sich als Stadt in den regionalen Planungsprozess einzubringen,
- welche planerischen Grundlagen erforderlich sind, um für erweiterte Nutzungen zu argumentieren und diese in den Planfestlegungen zu manifestieren,
- wie die Stadt in einen konstruktiven Kommunikationsprozess mit den oberen Genehmigungsinstanzen eintreten kann, damit langfristig erweiterte Nutzungen als Teil einer neuen städtischen Identität eingeräumt werden.

Abstimmungsergebnis:
Zurückgezogen

TOP 26 a) Halbjährliches Berichtswesen
Ergänzungsantrag der Fraktion WsR vom 26.06.2024
DS-614-1/21-26 1. Ergänzung

Herr Stadtverordneter Flörsheimer erläutert den Hintergrund des Antrages.

Herr Oberbürgermeister Burghardt teilt mit, dass die mit der Antragstellung beabsichtigte Darstellung der noch nicht umgesetzten oder in der Umsetzung befindlichen Beschlüssen zu Drucksachen nicht leistbar sei.
Er erklärt, dass die offenen Anträge und Anfragen zum größten Teil dem Dezernat I zugeordnet werden können. Es werde versucht, die offenen Anträge und Anfragen in der Sommerpause zu bearbeiten und danach in die nächste Sitzungsrunde der Stadtverordnetenversammlung einzubringen.

Daraufhin zieht Herr Stadtverordneter Walczuch für die WsR-Fraktion den Antrag vom 26.06.2024 zurück.

Beschlussvorschlag:
Der Halbjährlichen Bericht über die von den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 2016 – 2021 sowie 2021 bis 2026 noch offenen, beschlossenen und verwiesenen Anträge und Anfragen, Haushaltsbegleitanträge zum Haushalt 2023 sowie die noch offenen Vorschläge der Ortsbeiräte Bauschheim und Königstädten wird **um einen Bericht über die noch nicht umgesetzten oder in der Umsetzung befindliche Beschlüsse zu Drucksachen der Stadtverordnetenversammlung ergänzt.**

Abstimmungsergebnis:
Zurückgezogen

TOP 26 Halbjährliches Berichtswesen
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-614/21-26 1. Ergänzung

Kenntnisnahme
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 15. Halbjährlichen Bericht über die von den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 2016 – 2021 sowie 2021 bis 2026 noch offenen, beschlossenen und verwiesenen Anträge und Anfragen, Haushaltsbegleitanträge zum Haushalt 2023 sowie die noch offenen Vorschläge der Ortsbeiräte Bauschheim und Königstädten zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:
Zur Kenntnis genommen

TOP 38 Anfragen und Mitteilungen

Herr Stadtverordneter Schleidt fragt, wo genau die Stromtrasse Rhein-Main Link verlaufen wird. Er bittet um Mitteilung welche Grundstücke und Waldgebiete betroffen sein werden.

Herr Stadtrat Kraft führt aus, dass zu diesem Thema bereits eine Informationsveranstaltung vorgesehen war, diese aber aufgrund der aktuell andauernden Schweinepest abgesagt wurde. Bei der Einladung zur Informationsveranstaltung wurden bereits umfängliche Informationsmaterialien allen Stadtverordneten sowie Ortsbeiratsmitgliedern übermittelt.

Herr Stadtverordneter Kleinböhl fragt, wie der aktuelle Sachstand zum verkehrswidrigen Gehwegparkens an der Werner-Heisenberg-Schule ist. Gemäß seiner Aussage hätte sich die Schulleitung jeglicher Kommunikation entzogen. Er regt zum wiederholten Male an, während der Pausen und zum Ende des Unterrichts die Verkehrssituation zu kontrollieren.

Herr Oberbürgermeister Burghardt sagt zu, die Anfrage mitzunehmen und das Anliegen zu prüfen.

Herr Stadtverordneter Dayankac fragt, ob für die Ausländerbehörde eine offene Sprechstunde analog der Sprechstunde im Stadtbüro angeboten werden könne.

Herr Oberbürgermeister Burghardt informiert über das vom Bundestag mit heutigem Datum beschlossene und in Kraft tretende Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts, welches weitere umfängliche Aufgaben für die Ausländerbehörden mit sich bringt. Auch vor diesem Hintergrund sieht er derzeit keine Möglichkeiten, eine offene Sprechstunde in der Ausländerbehörde einzurichten.
Er sagt zu, die Situation zu beobachten.

Da die Amtszeit von Herrn Stadtrat Kraft am 31.07.2024 endet, richtet Herr Stadtverordnetenvorsteher Grode im Namen der Stadtverordnetenversammlung einige wertschätzende Worte an ihn und bedankt sich für die kooperative und gute Zusammenarbeit in den letzten 12 Jahre und überreicht ihm Präsente im Namen der Stadtverordnetenversammlung.

Meral Junger	Jens Grode
Schriftführerin	Stadtverordnetenvorsteher

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-621/21-26	
Datum	20.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	25.06.2024	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	zur Kenntnis
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	03.09.2024	beschlussempfehlend
Fachausschuss für Kinderbetreuung	03.09.2024	beschlussempfehlend
Schulkommission	04.09.2024	beschlussempfehlend
Ausländerbeirat	04.09.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	05.09.2024	beschlussempfehlend
Ortsbeirat Königstädten	05.09.2024	beschlussempfehlend
Ortsbeirat Bauschheim	05.09.2024	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	10.09.2024	beschlussempfehlend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	11.09.2024	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	12.09.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	26.09.2024	beschließend

Betreff:

Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Begleitinformation:

Die Beratungsunterlagen werden den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung in der Einbringungssitzung am 27.06.2024 zur Verfügung gestellt.

Rüsselsheim am Main, 25.06.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

HAUSHALTSSATZUNG
der Stadt Rüsselsheim am Main für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund der §§ 94 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der derzeit geltenden Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung am ..... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird

im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	266.703.235 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	278.458.617 EUR
mit einem Saldo von	- 11.755.382 EUR
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	0 EUR
mit einem Fehlbedarf vom	11.755.382 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	- 2.890.602 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	6.271.640 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	57.069.840 EUR
mit einem Saldo von	- 50.798.200 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	50.798.200 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	13.127.750 EUR
mit einem Saldo von	37.670.450 EUR
mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von	16.018.352 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2024 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 50.798.200 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2024 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 8.540.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 90.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2024 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	680 v.H.
b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf	800 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	420 v.H.

§ 6

Es gilt das von der Stadtverordnetenversammlung am ... beschlossene Haushaltssicherungskonzept.

§ 7

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung am ... beschlossene Stellenplan.

Rüsselsheim am Main, den

Der Magistrat der Stadt
Rüsselsheim am Main

.....
Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

rüsselsheim
am main

Entwurf

Haushaltsplan 2024

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Haushaltssatzung	**4**
Haushaltsvermerke	**6**
Dienstanweisung zur Aufstellung und Ausführung des Haushaltplans	**17**
Vorbericht	**27**
Statistischer Anhang zum Vorbericht	**63**
Gesamthaushalt	
Gesamtergebnishaushalt	69
Gesamtergebnishaushalt – Einzelkonten-Übersicht	70
Gesamtfinanzhaushalt	82
Produkthaushalt	**83**
Stellenplan	**412**
Bilanz zum 31.12.2020	**429**
Anlagen zum Haushaltsplan	
1. Ergebnis- und Finanzplanung /Investitionsprogramm	431
Investitionsprogramm	436
2. Übersicht - Verpflichtungsermächtigungen	456
3. Übersicht – Verbindlichkeiten	457
4. Übersicht – Rücklagen und Rückstellungen	458
5. Finanzstatusbericht	459
Anhang zum Haushaltsplan	
1. Vergleichende Übersicht der Vergütungsgruppen der Angestellten mit den Besoldungsgruppen der Beamten	473
2. Übersicht über die Steuerhebesätze der hessischen Sonderstatus- und kreisfreien Städte sowie vergleichbarer Städte mit Automobilstandorten	474
3. Übersicht über Hundesteuer, Wassergeld und Abwassergebühr der hessischen Sonderstatus- und kreisfreien Städte	475
4. Übersicht über die hessischen Städte und Gemeinden, die eine z u s ä t z l i c h e Abwassergebühr für das Niederschlagswasser nach dem Flächenmaßstab erheben	476
5. Übersicht über die Steuerhebesätze der Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau	477
6. Auflistung der Steuerhebesätze, Gebühren und Beiträge der Stadt Rüsselsheim nach dem Datum des Inkrafttretens	478

Anlagen zum Haushaltsplan

6.	Wirtschaftspläne und Jahresabschluss der Stadtwerke GmbH	480
7a.	Wirtschaftsplan und Jahresabschluss der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH	563
7b.	Wirtschaftsplan und Jahresabschluss der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim Service GmbH	623
7c.	Wirtschaftsplan und Jahresabschluss der GPR Medizinisches Versorgungszentrum Rüsselsheim GmbH	637
8.	Wirtschaftsplan und Jahresabschluss der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Rüsselsheim	652
9.	Wirtschaftsplan und Jahresabschluss des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe	657
10.	Wirtschaftsplan der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR	673
11.	Wirtschaftsplan und Jahresabschluss des Eigenbetriebs Kultur 123	713
12.	Übersicht über die den Fraktionen nach § 36a Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung zur Verfügung gestellten Mittel	746

HAUSHALTSSATZUNG
der Stadt Rüsselsheim am Main für das Haushaltsjahr 2024

Aufgrund der §§ 94 ff der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der derzeit geltenden Fassung hat die Stadtverordnetenversammlung am ..... folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird

im Ergebnishaushalt

<u>im ordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	266.703.235 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	278.458.617 EUR
mit einem Saldo von	- 11.755.382 EUR
<u>im außerordentlichen Ergebnis</u>	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	0 EUR
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 EUR
mit einem Saldo von	0 EUR
mit einem Fehlbedarf vom	11.755.382 EUR

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	- 2.890.602 EUR
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	6.271.640 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	57.069.840 EUR
mit einem Saldo von	- 50.798.200 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	50.798.200 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	13.127.750 EUR
mit einem Saldo von	37.670.450 EUR
mit einem Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres von	16.018.352 EUR

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2024 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 50.798.200 EUR festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2024 zur Leistung von Ausgaben in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 8.540.000 EUR festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Haushaltsjahr 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 90.000.000 EUR festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2024 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) auf	680 v.H.
b) für Grundstücke (Grundsteuer B) auf	800 v.H.
2. Gewerbesteuer auf	420 v.H.

§ 6

Es gilt das von der Stadtverordnetenversammlung am ... beschlossene Haushaltssicherungskonzept.

§ 7

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung am ... beschlossene Stellenplan.

Rüsselsheim am Main, den

Der Magistrat der Stadt
Rüsselsheim am Main

.....
Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

HAUSHALTSVERMERKE

zum HAUSHALTSPLAN 2 0 2 4

I. Budgetierungsvermerk

Die Teilhaushalte sind auf Ebene der Produkte budgetiert. Es gilt folgender Deckungs-, Zweckbindungs- und Übertragungsvermerk (Budgetierungsvermerk):

1. Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sowie die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit (Sachkonto 6131000) sind innerhalb des budgetierten Teilhaushalts gegenseitig deckungsfähig. Dies gilt auch für außerplanmäßige Ausgaben.

Managementbedingte Minderaufwendungen sind innerhalb des budgetierten Teilhaushalts einseitig deckungsfähig zu Gunsten von Aufwendungen der Kontenklasse 6 und 7, soweit diese von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit nach Ziffer 2 erfasst sind.

Neben der Deckungsfähigkeit innerhalb des budgetierten Teilhaushalts gilt weiterhin die gegenseitige Deckungsfähigkeit aller Personal- und Versorgungsaufwendungen des Haushaltsplans, wobei vorrangig die Ansätze für Personal- und Versorgungsaufwendungen des betroffenen Dezernats als Deckungsmittel zur Verfügung zu stellen sind. Alle Personal- und Versorgungsaufwendungen bilden insoweit ein Sonderbudget.

Zahlungsunwirksame Personal- und Versorgungsaufwendungen sind nicht zugunsten von zahlungswirksamen Aufwendungen der Kontenklasse 6 und 7 deckungsfähig (§ 20 Abs. 5 GemHVO).

Mehrerträge aus Erstattungen der Sozialversicherungs- und anderer vorrangig verpflichteter Aufgabenträger dürfen für Mehraufwendungen verwendet werden.

Die gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt des Weiteren auch zwischen dem Sonderbudget für Personal- und Versorgungsaufwendungen und den jeweiligen Sonderbudgets für Entgelte für Aushilfen (Sachkonten 6201030/6201031).

2. Aufwendungen der Kontenklassen 6 und 7

Die Aufwendungen der Kontenklassen 6 und 7, die dem gleichen Budget zugeordnet sind, sind innerhalb des budgetierten Teilhaushalts gegenseitig deckungsfähig. Dies gilt auch für außerplanmäßige Ausgaben, sofern sie inhaltlich dem jeweiligen Budget zugeordnet werden können.

Ausgenommen von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit sind die Aufwendungen, die innerhalb oder außerhalb des budgetierten Teilhaushalts einem Sonderbudget zugeordnet sind sowie nicht managementbedingte Minderausgaben.

Zahlungsunwirksame Aufwendungen sind nicht zugunsten von zahlungswirksamen Aufwendungen der kontenklasse 6 und 7 deckungsfähig (§20 Abs. 5 GemHVO).

In Teilhaushalten, die lediglich eine Aufwandsposition aufweisen, wird diese zum Zweck der Haushaltsüberwachung ebenfalls einem Budget zugeordnet.

Über- und außerplanmäßige Ausgaben bei Aufwendungen der Kontenklassen 6 und 7 sind in der Regel nur bei einem Deckungsvorschlag aus dem betroffenen Dezernat zulässig.

3. Investive Maßnahmen

Vermögenszugänge auf unterschiedlichen Bestandskonten, die unter einer Investitionsnummer geplant sind bzw. verbucht werden, sind gegenseitig deckungsfähig.

Des Weiteren sind Investitionen gegenseitig deckungsfähig, sofern sie dem gleichen Budget zugeordnet sind (siehe Budget-Verschlüsselung im Investitionsprogramm (B..)).

4. Zweckbindung von Erträgen

Managementbedingte zahlungswirksame Mehrerträge oder investiver Mehreinzahlungen des budgetierten Teilhaushalts bzw. Sonderbudgets dürfen innerhalb des laufenden Haushaltsjahres für Mehraufwendungen bzw. investiver Mehrauszahlungen des budgetierten Teilhaushalts bzw. Sonderbudgets verwandt werden. Dies gilt auch für nicht geplante Erträge bzw. investive Einzahlungen, sofern sich diese inhaltlich dem betreffenden Budget zuordnen lassen.

5. Übertragung von Haushaltsmitteln

In Haushaltsjahren mit jahresbezogenen Defiziten ist die Bildung von managementbedingten Haushaltsausgaberesten grundsätzlich nicht zulässig. Eine Übertragung von nicht in Anspruch genommenen Haushaltsmitteln der Kontenklassen 6 und 7 sind in der Regel nur zulässig, wenn die Haushaltsmittel durch Aufträge bzw. sonstige Verpflichtungen gebunden sind.

Die aus Haushaltsansätzen übertragenen Ausgabenmittel (Haushaltsausgabereste) bleiben bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Haushaltsjahres entsprechend § 21 Abs. 1 GemHVO verfügbar.

6. Zustimmung für höheren Zuschussbedarf / Zuschussbetrag analog § 100 HGO

Mindererträge im budgetierten Teilhaushalt haben zur Folge, dass der dadurch bedingte höhere Zuschussbedarf/Zuschussbetrag in analoger Anwendung des § 100 HGO der Zustimmung des Magistrates (für Beträge bis 50.000,-- EUR) oder der Stadtverordnetenversammlung (für Beträge über 50.000,-- EUR) bedarf.

Bevor Mindererträge zu einem Verlustvortrag nach Ziffer 8 führen, besteht zunächst die Verpflichtung, im laufenden Haushaltsjahr einen dezernatsinternen Ausgleich herbeizuführen.

7. Neue Maßnahmen / Programme / Projekte

Die Finanzierung von Ausgaben für neue Maßnahmen, neue Programme und/oder Projekte einschließlich gleichartiger Sachverhalte aus Verbesserungen (Mehrerträge/Minderaufwendungen) im laufenden Haushaltsjahr ist nur zulässig, wenn die Finanzierung auch in den folgenden Haushaltsjahren ohne Budgetaufstockung möglich ist. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung nach § 100 HGO.

8. Verlustvortrag

Überschreitet der tatsächlich eingetretene Zuschussbetrag eines Teilhaushalts den geplanten Zuschussbedarf, wird das Budget des/der kommenden Haushaltsjahres/Haushaltsjahre um den Mehrbetrag gekürzt (Verlustvortrag). Die Realisierung des Verlustvortrages hat durch Sperre und /oder Kürzung von Haushaltsansätzen zu erfolgen. Dabei kann der Verlustvortrag auf bis zu 3 Jahre verteilt werden.

Ist die Budgetüberschreitung nicht oder nur teilweise managementbedingt, erfolgt kein oder ein entsprechend reduzierter Verlustvortrag.

Wurde die Budgetüberschreitung durch nicht managementbedingte Verbesserungen (Minderaufwendungen und Mehrerträge) gemindert, erhöht sich der Verlustvortrag um diese Verbesserungen.

9. Nicht managementbedingte Verbesserungen

Als nicht managementbedingte Verbesserungen gelten insbesondere:

- Offensichtlich falsche Kalkulationen des Betrages für die Bemessung des Haushaltsansatzes.
- In eine andere Periode verschobene Aufwendungen sowie außerordentliche Erträge aus einer anderen Periode.
- Zusätzliche Erträge, für die die verantwortliche Organisationseinheit keine oder nur eine sehr geringfügige Leistung erbracht hat.
- Bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen:
    - Minderaufwendungen infolge nicht managementbedingter zeitlicher Differenz zwischen dem Freiwerden und der Wiederbesetzung von Stellen, insbesondere aufgrund von konsolidierungsbedingt bzw. aufsichtsbehördlich verfügten Wiederbesetzungssperren.
    - Ersparnisse aufgrund der Realisierung von im Stellenplan angebrachten kw- und ku-Vermerken (kw = künftig wegfallend, ku = künftig umzuwandeln).
    - Konsolidierungsbedingte Nichtwiederbesetzung von Stellen.

10. Feststellung der Verbesserungen

Die Feststellung, welche Veränderungen innerhalb der Zuschussbudgets ganz oder teilweise managementbedingt sind, wird vom Stadtkämmerer im Einvernehmen mit den jeweiligen Dezernenten getroffen.

11. Aufhebung und Erweiterung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit

Die Erweiterung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit von Einzelkonten im budgetierten Teilhaushalts sowie ggf. teilhaushaltsübergreifend ist zulässig, sofern hierdurch u.a. eine wirtschaftliche Mittelverwendung sichergestellt werden soll, sich die Zuständigkeit der Bewirtschaftung ändert oder neue Sachkonten inhaltlich dem jeweiligen Teilhaushaltsbudget zugeordnet werden können. Eine Aufhebung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ist ebenfalls möglich.

12. Geltungsdauer

Die Budgetierungsgrundsätze gelten dem Grundsatz nach seit dem Haushaltsjahr 1997 und wurden permanent den veränderten Gegebenheiten angepasst. Sie sind bei Bedarf weiter fortzuschreiben.

II. Übertragungsvermerke

1. Ergebnishaushalt

Die Ansätze der Kontenklasse 6 und 7 sind übertragbar.

2. Finanzhaushalt

Die Ansätze für investive Auszahlungen bleiben entsprechend § 21 Abs. 2 GemHVO bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Vermögensgegenstand in seinen wesentlichen Teilen benutzt werden kann.

3. Entscheidungsbefugnis

Der Stadtkämmerer entscheidet, welche Haushaltsmittel in das neue Haushaltsjahr übertragen werden (Bildung eines Haushaltsausgaberestes).

III. Gegenseitige Deckungsfähigkeit außerhalb der Budgets der Teilhaushalte

1. Sonderbudget Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die dem Sonderbudget Personal- und Versorgungsaufwendungen zugeordneten zahlungswirksamen Aufwendungen sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO innerhalb des Sonderbudgets gegenseitig deckungsfähig.
Mehrerträge bei den Sachkonten 5484100 und 5488140 können für Mehraufwendungen verwendet werden.
Das Sonderbudget unterliegt der zentralen Bewirtschaftung durch das Personalamt.

Des Weiteren besteht eine gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen dem Sonderbudget und den jeweiligen Haushaltsansätzen für Entgelte Aushilfen (Sachkonten 6201030/31).

2. Sonderbudget Bauunterhaltung

Die dem Sonderbudget Bauunterhaltung zugeordneten zahlungswirksamen Aufwendungen der Sachkonten 6161100, 6161150 und 6161800 sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO innerhalb des Sonderbudgets gegenseitig deckungsfähig.
Mehrerträge beim Sachkonto 5330100 können für Mehraufwendungen verwendet werden.
Das Sonderbudget unterliegt der zentralen Bewirtschaftung durch den Fachbereich Gebäudewirtschaft.

3. Sonderbudget Bewirtschaftungskosten

Die dem Sonderbudget Bewirtschaftungskosten zugeordneten Aufwendungen der Sachkonten 6051000, 6057500, 6058000, 6173000, 6177000, 6178000, 6705000 und 6731000 sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO innerhalb des Sonderbudgets gegenseitig deckungsfähig.
Das Sonderbudget ist gegenseitig deckungsfähig mit dem Sonderbudget Kostenerstattung an den Eigenbetrieb Betriebshöfe für Straßenreinigung und unterliegt der zentralen Bewirtschaftung durch den Fachbereich Gebäudewirtschaft.

4. Sonderbudget Versicherungsprämien

Die dem Sonderbudget Versicherungsprämien zugeordneten Aufwendungen der Sachkonten 6900100 und 6909000 sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO innerhalb des Sonderbudgets gegenseitig deckungsfähig. Mehrerträge beim Sachkonto 5485700 können für Mehraufwendungen verwendet werden.
Das Sonderbudget unterliegt der zentralen Bewirtschaftung durch den Fachbereich Finanzen.

5. Sonderbudget Kostenerstattung an dem Eigenbetrieb / Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Die dem Sonderbudget Kostenerstattung an den Eigenbetrieb Betriebshöfe bzw. Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR zugeordneten Aufwendungen der Sachkonten 7175XXX sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO innerhalb des Sonderbudgets gegenseitig deckungsfähig.
Das Sonderbudget unterliegt der zentralen Bewirtschaftung durch den Fachbereich Finanzen.

6. Sonderbudget Jugendhilfe im engeren Sinne

Die Aufwendungen in den Teilhaushalten 060345330, 060345340, 060345350, 060345500 bis 060345740 und 060345830 sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO mit Ausnahme der Personal- und Versorgungsaufwendungen gegenseitig deckungsfähig.

7. Sonderbudget Zinsaufwendungen

Die Aufwendungen in den Teilhaushalten 160291200 und 160291210 sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO gegenseitig deckungsfähig. Mehrerträge können für Mehraufwendungen verwendet werden.

8. Sonderbudget Unterhaltung EDV u.a.

Die dem Sonderbudget Unterhaltung EDV u.a zugeordneten Aufwendungen der Sachkonten 6139050, 6163100, 6163120, 6163140, 6163141, 6163150, 6163200, 6163700 und 6163800 sowie 6712000, 6713000, 6880100 und 6880110 sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO gegenseitig deckungsfähig. Minderaufwendungen des Sonderbudgets sind einseitig deckungsfähig zugunsten von Mehrauszahlungen bei der Anschaffung von Anlagevermögen im Bereich der EDV.

Das Sonderbudget unterliegt der zentralen Bewirtschaftung durch den Fachbereich Informations- und Kommunikationstechnik.

9. Sonderbudget Kostenerstattung an die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Die dem Sonderbudget Kostenerstattung an den Eigenbetrieb Betriebshöfe zugeordneten Aufwendungen des Sachkontos 7175600 sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO gegenseitig deckungsfähig.

10. Sonderbudget Mietaufwendungen

Die dem Sonderbudget Mietaufwendungen zugeordneten Aufwendungen des Sachkontos 6701000 sind, sofern sie der Bewirtschaftung durch den Fachbereich Gebäudewirtschaft unterliegen, gem. § 20 Abs. 2 GemHVO gegenseitig deckungsfähig.

11. Sonderbudget Kindertagesstätten

Die Budgets der Teilhaushalte der einzelnen Kindertagesstätten sind gem. § 20 Abs. 2 GemHVO gegenseitig deckungsfähig.

12. Einbeziehung neuer Sachkonten

In die gegenseitige Deckungsfähigkeit einbezogen sind nicht beplante Sachkonten sowie im Laufe eines Haushaltsjahres neu gebildete Sachkonten der Kontenklassen 6 und 7, sofern sie inhaltlich den jeweiligen Sonderbudgets zugeordnet werden können und einer zentralen Bewirtschaftung unterliegen.
Das gleiche gilt für beplante Sachkonten, sofern hierdurch eine wirtschaftliche Mittelverwendung sichergestellt werden soll oder sich die Zuständigkeit für die Bewirtschaftung ändert.

IV. Sonderbudgets innerhalb der Teilhaushalte

Von der Deckungsfähigkeit in den Teilhaushalten sind folgende Aufwendungen und Erträge ausgenommen und zum Zweck der Haushaltsüberwachung jeweils einem Sonderbudget zugeordnet. Eine darüber hinausgehende etwaige gegenseitige Deckungsfähigkeit oder Zweckbindung ist gesondert vermerkt. Da sich die Einrichtung projektbezogener Sachkonten kontinuierlich verändert, ist die nachfolgende Aufstellung ggf. im Haushaltsvollzug anzupassen, wenn der entsprechende Haushaltsansatz aufgrund seines einmaligen oder projektbezogen Charakters als Sonderbudget darzustellen ist oder sich diese Darstellung als nicht praktikabel erweist.

Kostenstelle/ Produktnummer Sachkonto	**Bezeichnung**	**Erläuterungen**
Alle Kostenstellen	**Alle Kostenstellen**	
- 7175XXX	- Kostenerstattungen an die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR - Kostenerstattungen an den Eigenbetrieb Bildung und Kultur	Sofern keine Zuordnung zu einem Sonderbudget gem. Pkt. III vorliegt.
- 6201030/31	- Entgelte/Leistungsentgelt für Aushilfen	Bzgl. der Bewirtschaftung sind gesonderte Regelungen vorgesehen.
- 5601XXX	- Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen über Gewinn	
- 768XXXX	- Aufwendungen aus Verlustübernahme	
010100000	**Stadtverordnetenversammlung**	
- 6860100	- Aufwendungen für Verfügungsmittel	
010100030	**Magistrat**	
- 6774000	- Beratungskosten, Gutachten	
- 6860100	- Aufwendungen für Verfügungsmittel	
- 6869100	- Aufwendungen in besonderen Fällen und Ehrungen	
010101000	**Rechnungsprüfungsamt**	
- 6774000	- Beratungskosten, Gutachten	
010102520	**Querschnittsaufgabe Chancengleichheit**	
- 6994132	- Aktionsplan Europäische Charta für Gleichstellung	
010102530	**Integrationsaufgaben**	
- 6865000	- Integrationsmaßnahmen	
010103000	**Zentrales Controlling / Beteiligungsmanagement**	
- 6774000	- Beratungskosten, Gutachten	
010103100	**Stadtkämmerei**	
- 6774000	- Beratungskosten, Gutachten	
010160050	**Gebäudewirtschaft**	
- 6994040	- Weiterentwicklung EDV Facility-Management	
- 6774000	- Beratungskosten, Gutachten	
020211500	**Ordnungsangelegenheiten**	
- 6139700	- Bestattungskosten für mittellos Verstorbene	
- 7170100	- Sonstige Erstattungen an den Bund (Bundesdruckerei)	
- 7128960	- Zuwendungen an Körperschaften, Verbände und Vereine	
020313000	**Brandschutz**	
- 6882000	- Kosten der Aus- und Fortbildung Externer	
- 7354950	- Umlage an den Verband der freiwilligen Feuerwehren	
- 7128810	- Zuschüsse an die freiwilligen Feuerwehren	
- 7128820	- Zuschüsse an die Jugendfeuerwehren	
- 6993500	Krisenprävention	

Kostenstelle/ <u>Produktnummer</u> Sachkonto	Bezeichnung	Erläuterungen
030020000	**Schulverwaltung**	
- 6163400	- Technischer Support der EDV, „Schule@Zukunft“	
- 6070000	- Aufwendungen für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	
- 6179050	- Beratungskosten, Schulentwicklungsplan	
- 6851000	- Reisekosten (Schulhausverwalter)	
- 6867300	- Schulveranstaltungen	
- 6782000	- Sachkosten für Stadtelternbeirat und Stadtschülervertretung	
	- Sachkosten im Rahmen des Pilotversuchs „Schule gemeinsam verbessern“	
- 6735000	- Eintrittsgelder für Schwimmunterricht	
- 6994120	- Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	
- 6994077	- Planungskonzept (Schulsporthallen)	
- 7172200	- Erstattungen an den Kreis Groß-Gerau (Schulgesundheitspflege)	
- 7128960	- Zuwendungen an Körperschaften, Vebände und Vereine	
- 6064000	- Materialaufwand f. Einrichtungen/Ausstattungen (zentral)	Die Ansätze sind jeweils mit den entsprechenden Sachkonten bei den betreffenden Schulen gegenseitig deckungsfähig.
- 6139000	- sonstige weitere Fremdleistungen	
- 6161140	- Farbleitsystem (zentral)	
- 6163030	- Unterhaltung Schultafeln (zentral)	
03012110-03012119	**Grundschulen**	
- 6161200	- Mieter-Bauunterhaltung, Klein-Reparaturen	
- 6994120	- Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	
	<u>Deckungsvermerk:</u> Minderaufwendungen im Teilhaushalt dürfen für Mehraufwendungen bei den Sachkonten 6161200 und 6994120 verwendet werden.	
030222510-030222530	**Realschulen**	
- 6161200	- Mieter-Bauunterhaltung, Klein-Reparaturen	
- 6994120	- Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	
	<u>Deckungsvermerk:</u> Minderaufwendungen im Teilhaushalt dürfen für Mehraufwendungen bei den Sachkonten 6161200 und 6994120 verwendet werden.	
030323000-030323010	**Gymnasien**	
- 6161200	- Mieter-Bauunterhaltung, Klein-Reparaturen	
- 6994120	- Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	
	<u>Deckungsvermerk:</u> Minderaufwendungen im Teilhaushalt dürfen für Mehraufwendungen bei den Sachkonten 6161200 und 6994120 verwendet werden.	
030427000	**Borngrabenschule**	
- 6161200	- Mieter-Bauunterhaltung, Klein-Reparaturen	
- 6994120	- Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	
	<u>Deckungsvermerk:</u> Minderaufwendungen im Teilhaushalt dürfen für Mehraufwendungen bei den Sachkonten 6161200 und 6994120 verwendet werden.	
030427100	**Helen-Keller-Schule**	
- 5481100	- Erstattung der Schülerfahrtkosten	Mehrerträge dürfen für Mehraufwendungen bei dem Sachkonto 6179930 verwendet werden.
- 6161200	- Mieter-Bauunterhaltung, Klein-Reparaturen	
- 6994120	- Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	
- 6179930	- Schülerbeförderung	
- 6179800	- Kostenerstattung für Pflegeleistung DRK	
	<u>Deckungsvermerk:</u> Minderaufwendungen im Teilhaushalt dürfen für Mehraufwendungen bei den Sachkonten 6161200 und 6994120 verwendet werden.	

Kostenstelle/ Produktnummer Sachkonto	Bezeichnung	Erläuterungen
030528100	**Alexander von Humboldt-Schule**	
- 5421520	- Zuweisung des Landes für Ganztagsangebote	Mehrerträge können für Mehraufwendungen bei den Sachkonten 6994020 und 6994025 verwendet werden.
- 6161200	- Mieter-Bauunterhaltung, Klein-Reparaturen	
- 6994020	- Kosten der Europaschule	
- 6994025	- Ganztagsangebote	
	Deckungsvermerk: Minderaufwendungen im Teilhaushalt dürfen für Mehraufwendungen bei den Sachkonten 6161200 und 6994120 verwendet werden.	
030729300	**Betreuungsschule**	Die Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig.
- 7128530	- Zuschuss an den Förderverein Borngrabenschule e.V.	
- 7128540	- Zuschuss an den Förderverein Eichgrundschule e.V.	
- 7128545	- Zuschuss an den Förderverein Albrecht-Dürer-Schule e.V.	
- 7128550	- Zuschuss an den Förderverein Grundschule Königstädten e.V.	
- 7128555	- Zuschuss an den Förderverein Otto-Hahn-Schule e.V:	
- 7288500	- Zuschüsse zu Entgelten in privaten Betreuungseinrichtungen	
030829500	**Stadtbildstelle**	
- 7121100	- Zuschuss an die Landesbildstelle	
0040030000	**Kultursteuerung**	Die Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig.
- 6994270	- Leuchtende Vorbilder	
- 7290400	- Kulturpreis	
- 7280410	- Verdienstplakette	
- 7290450	- Förderstipendium	
- 7128835	- Zuschüsse, Projektförderung	
- 7128836	- Zuschüsse, Institutionelle Förderung	
- 7128837	- Zuschüsse, kulturelle Vereine	
050142000	**Hilfen für Asylbewerber**	
- 7252020	- Freiwillige Leistungen an Asylbewerber u.a.	
- 7290200	- Förderung Asyl und Soziales	
050243100	**Haus der Senioren**	
- 6179400	- Kosten der örtlichen Veranstaltungen	
- 7128950	- Zuschüsse für externe Seniorenangebote	
- 7299100	- Erholungsmaßnahmen für Senioren	
- 7299700	- Zuschüsse für Altenerholung	
050347000	**Förderung der freien Wohlfahrtspflege**	
- 7128510	- Zuschuss an das Diakonische Werk	
- 7128630	- Zuschuss an die AG SHG Rüsselsheim	
- 7128920	Zuschüsse an Vereine und Verbände - Mieter	
- 7128960	- Zuschüsse an Verbände, Vereine und Körperschaften	
- 7290200	- Förderung Asyl und Soziales	
- 7299800	- Zuschüsse für häusliche Familienpflege	
050562000	**Wohnungswesen**	
- 5309300	- Fehlbelegungsabgabe	
- 5650100	- Zinsen von den Nassauischen Heimstätten	
- 5620100	- Zinsen von der Gewobau	
- 5710130	- Zinsen von Privaten	
- 5610000	- Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	
060040700	**Jugendamt**	
- 6993270	- Veranstaltungsreihe Bildung	
060145410	**Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen**	
- 7288300	- Zuschüsse zu den Kitagebühren	
- 7288310	- Zuschüsse zu den Betreuungsschulgebühren	

Kostenstelle/ Produktnummer Sachkonto	Bezeichnung	Erläuterungen
060245120	**Kinder- und Jugenderholung**	
- 5303000	- Nebenerlöse aus Veranstaltungen	
- 6867000	- Örtliche Veranstaltungen (Ferienspiele)	
- 7128760	- Zuschuss zum Betrieb des Spielmobils	
- 7128840	- Zuschüsse an freie Träger	
060245150	**Sonstige Jugendarbeit**	
- 6993260	- Veranstaltungs-/Programmkosten der aufsuchenden Jugendarbeit	
- 7250240	- Kinder- und Jugendschutz	
060245120, 060245150, 060245160, 060546010-060546040, 0605460100	**Jugendförderung/Jugendhäuser**	Die Ansätze sind gegenseitig deckungsfähig.
- 6201030	- Entgelte Aushilfen	
060446401-35	**Kindertagesstätten**	
- 5421210-5421263	- Zuweisungen des Landes	
060546000	**Kinder- und Jugendhäuser**	
- 7128400	- Jugendarbeit B-Siedlung, Zuschuss an den Verein Auszeit e.V.	
- 7128300	- Jugendarbeit Bauschheim, Zuschuss an den Verein Auszeit e.V.	
- 7128410	- Jugendarbeit Eichgrund/Berliner Viertel, Zuschuss an den Verein Auszeit e.V.	
- 7128740	- Zuschuss an AWO Mädchentreff	
060646500	**Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen**	
- 7128590	- Zuschuss an die Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche	
- 7128620	- Zuschuss an die Jugend- und Drogenberatungsstelle	
060646800	**Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe**	
- 7128730	- Zuschuss für Gemeinwesenprojekt	
- 7299300	- Lokales Bündnis für Familien	
080055000	**Sport und Ehrenamt**	
- 6866000	- Internationale Sportbegegnungen	Die Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig.
- 7128860-..62	- Zuschüsse an Sportvereine	
- 7290200	- Förderung freiwilligen Engagements	
080156210	**Sporthalle Bauschheim**	
- 7128640	- Zuschuss an die SKG Bauschheim für den Betrieb der Sporthalle	
090161000	**Stadtplanungsamt**	
- 6121000	- Kosten der Bauleitplanung	
- 6776600	- Prozessbegleitung Opel-Forum u. Innenstadt	
- 6777000	- Sanierungsbetreuung	
- 6777570	- Entwicklung Opelflächen	
100103500	**Liegenschaften und Landwirtschaft**	
- 6779060	- Kosten der Vermessung	
- 6736000	- Nutzungsentgelt elektronisches Grundbuch	
100188200	**Unbebautes Grundvermögen**	
- 5004100	- Erbbauzinsen Max-Beckmann-Weg	
- 5005000	- Umsatzerlöse, sonst. Nutzungen von Vermögen und Rechten	
- 5300100	- Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	

Kostenstelle/ Produktnummer Sachkonto	Bezeichnung	Erläuterungen
- 5391000	- Steuererstattungen	
- 6701000	- Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	
- 6774000	- Beratungskosten, Gutachten	
- 6779065	- Vermarktungs- und Vorbereitungskosten	
100188210	**Bebautes Grundvermögen**	
- 7299500	- Mietzuschuss an Frauenzentrum und Wildwasser	
120163000/ 120266500/ 120366000	**Gemeindestraßen/ Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen/ Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen**	
- 5331000	- Erträge aus Schadensersatzleistungen (Verkehrsschäden)	Mehrerträge können für entsprechende Mehraufwendungen verwendet werden.
- 6162100	- Unterhaltung der Verkehrssicherungs- und Signalanlagen	Die Aufwendungen in den Teilhaushalten sind gegenseitig deckungsfähig.
- 6162300	- Unterhaltung der Verkehrszeichen und sonstigen Schilder	Die Aufwendungen in den Teilhaushalten sind gegenseitig deckungsfähig.
- 6165300	- Unterhaltung der Straßen und Brücken	Die Aufwendungen in den Teilhaushalten sind gegenseitig deckungsfähig.
- 6165310	- Sanierung Wanne Bonner Straße	
120582100	**Lokale Nahverkehrsorganisation**	
- 5482600	- Infrastrukturausgleich vom Main-Taunus-Kreis	Die Aufwendungen sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrerträge können für Mehraufwendungen verwendet werden. .
- 5421300	- Zuweisung des Landes, lokaler ÖPNV	
- 7124100	- Kostenanteil an den RMV für den Regionalbusverkehr	
- 7124200	- Kostenanteil an den RMV für Schienenpersonennahverkehr	
- 7128670	- Zuschuss Vorbereitungsgesellschaft integriertes Verkehrsmanagement	
- 7172300	- Infrastrukturausgleich an den Kreis Groß-Gerau	
- 7174200	- Leistungen nach Einnahmeaufteilungsvertrag an RMV	
- 7175500	- Kostenerstattung an die Stadtwerke (ÖPNV)	
- 7175510	- Kostenersatz an Stadtwerke, Aufgaben im Rahmen LNO	
- 7354940	- Umlage an den RMV	
130158000	**Park- und Gartenanlagen**	
- 7128960	- Zuwendungen an Körperschaften, Verbände und Vereine	
- 7128780	- Zuschuss zum Blumenschmuckwettbewerb	
130269000	**Wasserläufe, Wasserbau**	
- 6165572	- Entschlammung Horlachgraben, Becken 9 und 10	
- 6165700	- Entschlammung Fischersee	
- 6165800	- Unterhaltung der Gräben des Mainufers	
- 7103000	- Zuweisungen an Zweckverbände	
13041200	**Natur- und Umweltschutz**	
- 6165600	- Pflege- und Renaturierungskosten	
- 6179600	- Kosten der umweltschutzrechtlichen Maßnahmen	
- 6179300	- Kosten der naturschutzrechtlichen Maßnahmen	
- 6179320	- Überwachung kommunaler Altlasten	
- 6139300	- Kosten der Gewässeruntersuchungen	
- 6994160	- Umsetzung Lokale Agenda 21 und Öko-Audit	
- 6775000	- Beratungs- und Verfahrenskosten, Flughafenerweiterung	
- 7128700	- Zuschuss an Naturschutzverbände	
- 7128660	- Zuschuss an die Verbraucherberatung	
130585500	**Städtischer Wald**	
- 5309900	- andere sonstige Nebenerlöse (Ökopunkte)	
- 7121000	- Zuweisung für laufende Zwecke an das Land (staatliche Forstverwaltung)	
150173000	**Marktwesen**	
- 7128680	- Zuschuss an die Werbegemeinschaft Rüsselsheimer Markt	
- 7128680	- Zuschuss an die Werbegemeinschaft Rüsselsheimer Markt	

Kostenstelle/ Produktnummer Sachkonto	Bezeichnung	Erläuterungen
150179100	**Wirtschaftsförderung**	
- 6994060	- Maßnahmen der Stadtentwicklung	
- 7128650	- Zuschuss an die Standortmarketinggesellschaft Region Frankfurt RheinMain GmbH	
- 7128720	- Zuschuss an den Citymarketingverein	
- 7128790	- Zuschuss zum Weihnachtsmarkt	
- 7128890	- Zuschüsse an Verbände, Vereine und Körperschaften	
- 6861200	- Kosten der Wirtschaftsförderung	
- 6994064	- Stadt der Zukunft	
150234000	**Opel-Villen**	
- 7128830	- Zuschüsse an die Stiftung Opel-Villen	
- 7128831	- Zuschüsse an die Stiftung Opel-Villen, Bauunterhaltung	
150259100	**Regionalpark Rhein-Main**	
- 6165120	- Unterhaltung der Wege inkl. Beschilderung	
- 7354970	- Umlage an die Dachgesellschaft Regionalpark Rhein-Main	
160190000	**Steuern, allg. Umlagen, allg. Zuweisungen**	
- 5500100	- Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	
- 5504000	- Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	
- 5551000	- Grundsteuer A	
- 5552000	- Grundsteuer B	
- 5553000	- Gewerbesteuer	Mehrerträge können für Mehraufwendungen bei dem Sachkonto 7380100 verwendet werden.
- 5559120	- Spielapparatesteuer	
- 5559200	- Hundesteuer	
- 5401010	- Schlüsselzuweisungen	
- 5477000	- Ausgleichsleistungen Familienleistungsgesetz	
- 5763000	- Verzinsungen von Steuernachforderungen und -erstattungen	
- 7353110	- Kompensationsumlage § 40c FAG	
- 7354100	- Kreisumlage	
- 7354930	- Umlage an den Planungsverband Frankfurt, Region Rhein-Main	
- 7354960	- Umlage an die Regionalversammlung Südhessen	
- 7380100	- Gewerbesteuerumlage	

V. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen aus nicht zahlungswirksamen Aufwendungen, internen Leistungsverrechnungen und jahresabschlussbedingten Aufwendungen

1. nicht zahlungswirksame Mehraufwendungen

Nicht zahlungswirksame Mehraufwendungen (Abschreibungen, Aufwendungen zur Bildung von Rückstellungen, etc.) sind nicht genehmigungspflichtig.

2. Innere Leistungsverrechnungen

Mehrkosten bei internen Leistungsverrechnungen (Erstattungen, kalkulatorische Zinsen) sind nicht genehmigungspflichtig.

3. Abschlussbedingte Mehraufwendungen

Nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen, die erst bei der Aufstellung des Jahresabschlusses festgestellt werden können und nicht zu Auszahlungen führen, gelten nicht als über- oder außerplanmäßige Aufwendungen bzw. Auszahlung.

VI. Mehrauszahlungen zur Anschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter und sonstigem Anlagevermögen

Mehrauszahlungen zur Anschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter bzw. sonstigem Anlagermögen im Finanzhaushalt sind nicht genehmigungspflichtig, sofern die Deckung durch entsprechende

Minderaufwendungen im Ergebnishaushalt bzw. im Fall von geringwertigen Wirtschaftsgütern auch durch Minderauszahlungen bei der Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Finanzhaushalt sichergestellt ist, sofern zwischen den betreffenden Haushaltsansätzen ein sachlicher Zusammenhang besteht.

Hierzu wird werden die Auszahlungen zur Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen auf der Ebene des jeweiligen Teilfinanzhaushalts für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Des Weiteren wird eine einseitige Deckungsfähigkeit zwischen dem budgetierten Teilergebnishaushalten und dem budgetierten Teilfinanzhaushalten erklärt.

VII. Mehraufwendungen aufgrund pauschaler Ansatzreduzierungen

Bei haushaltsübergreifenden zentral vorgenommenen Kürzungen von Ansätzen gegenüber den Haushaltsanmeldungen der Fachverwaltungen, wird bei einer Haushaltsüberschreitung von Einzelansätzen oder Budgets kein Antrag der bewirtschaftenden Organisationseinheit über einen über- bzw. außerplanmäßigen Aufwand erforderlich, solange das mit der pauschalen Ansatzreduzierung beabsichtigte Einsparvolumen in Summe erreicht werden kann.

Bei einer Überschreitung des gekürzten Gesamtansatzes wird zentral eine entsprechende Bewilligung eingeholt.

Dienstanweisung zur Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans

I. Allgemeines

Für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans gelten insbesondere folgende Vorschriften:

- Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 07.03.2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.03.2015,
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 02.04.2006, zuletzt geändert durch Verordnung vom 20.12.2015,
- Gemeindekassenverordnung (GemKVO) vom 27.12.2011,
- Dienstanweisungen für die Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans,
- Haushaltsvermerke zum Haushaltsplan der Stadt Rüsselsheim

Im Einzelnen ist folgendes zu beachten:

1. Der Haushaltplan ist Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde. Der Haushaltsplan besteht aus dem Gesamthaushalt, den Teilhaushalten je Produktbereich, je Produktgruppe und je Produkt des Ergebnis- und Finanzhaushalts sowie dem Stellenplan (§ 95 HGO, §§ 1-5 GemHVO).

2. Die Teilhaushalte der 16 verbindlich vorgeschriebenen Produktbereiche enthalten die Erträge und Aufwendungen bzw. investiven Ein- und Auszahlungen eines Verwaltungszweigs. Diese sind weiter aufgegliedert in Teilhaushalte nach Produktgruppen und Produkten. Aus dieser Systematik ergibt sich die numerische Produkt- bzw. Kostenstellenbezeichnung. Die ersten beiden Ziffern bezeichnen dabei den Produktbereich (01 bis 16), die nächsten zwei Ziffern die Produktgruppe (z.Zt. 01 bis 05) und die letzten 5 Ziffern das Produkt (Ziffernfolge entspricht dem bisherigen kameralen Unterabschnitt).
   Beispiel:

Produktbereich	06			Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	06	04		Tageseinrichtungen für Kinder
Produkt	**06**	**04**	**46401**	Kindertagesstätte, Am Borngraben 1

3. Innerhalb der Produkte sind die Geschäftsvorfälle in Erträgen und Aufwendungen bzw. investive Einzahlungen und Auszahlungen entsprechend dem Kommunalen Kontenrahmen (KVKR) gegliedert. Das jeweilige Sachkonto ist siebenstellig und entspricht in seiner ersten Ziffer der folgenden Kontenklassensystematik:

Konten-klasse	
0	Immaterielles Anlagevermögen, Sachanlagevermögen
1	Finanzanlagevermögen
2	Umlaufvermögen, Aktive Rechnungsabgrenzungsposten
3	Eigenkapital, Rückstellungen, Sonderposten
4	Verbindlichkeiten, Passive Rechnungsabgrenzungsposten
5	Ertragskonten
6	Betriebliche Aufwendungen
7	Sonstige Aufwendungen
8	Finanzkonten
9	Konten der Kosten- und Leistungsrechnung

Beispiele:

0242010	Zugänge DV-Software
1616010	Zugänge gesicherte Ausleihungen an öffentliche Sonderrechnung
2800010	Guthaben bei Kreditinstituten
3621010	Zugänge Sonderposten aus pauschalen Investitionszuweisungen des Landes
4201010	Zugänge Kreditaufnahmen für Investitionen vom Land
5110300	Parkometergebühren
5552000	Grundsteuer B
6010100	Aufwendungen für Büromaterial
7128000	Zuschüsse für lfd. Zwecke an übrige Bereiche
8XXXXXX	Ein- und Auszahlungen (keine direkte Bebuchung möglich)
9101100	Erlöse aus Leistungsverrechnung

Im allgemeinen Schriftverkehr, bei Vorlagen an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung sowie im Regelfall im mündlichen Umgang, ist zur Beschreibung der Kontierung eines Geschäftsvorfalls die neunstellige Kostenstelle und das siebenstellige Sachkonto zu verwenden.

Bei investiven Maßnahmen ist zusätzlich die dem Investitionsprogramm oder dem Teilfinanzhaushalt zu entnehmende Investitionsnummer anzugeben.

Für den internen Dienstbetrieb einzelner Ämter, insbesondere des Fachbereichs Finanzen und der Stadtkasse, gelten Sonderregelungen.

4. Der Haushaltsplan ermächtigt den Magistrat, Aufwendungen und Auszahlungen zu leisten und Verpflichtungen einzugehen. Durch den Haushaltsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben (§ 96 HGO).

5. Die in dieser Dienstanweisung getroffenen Regelungen sind bei Bedarf fortzuschreiben.

II. Aufstellung des Haushaltsplans / Nachtragshaushaltsplans

1. Das Verfahren für die Aufstellung des jährlichen Haushaltsplans bzw. ggf. eines Nachtragshaushaltsplans wird auf Basis der §§ 97 bzw. 98 HGO jeweils durch Dienstanweisungen geregelt.

2. Die Anmeldungen zum Haushaltsplan / Nachtragshaushaltsplan und die Bewirtschaftung der Haushaltsansätze erfolgen durch das die bewirtschaftende Organisationseinheit.

3. Bei den Anmeldungen zum Haushaltsplan sind folgenden Veranschlagungsgrundsätze zu beachten:

   a) Vollständigkeit
   Der Haushaltsplanenthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Stadt
   - zu erwartenden Erträge und eingehenden investiven Einzahlungen
   - entstehenden Aufwendungen und zu leistenden investiven Auszahlungen
   - benötigten Verpflichtungsermächtigungen

   b) Periodizität
   Erträge und Aufwendungen sind in dem Haushaltsjahr zu veranschlagen, dem sie wirtschaftlich zugeordnet werden können. Ein- und Auszahlungen sind in Höhe der tatsächlich eingehenden bzw. zu leistenden Beträge zu veranschlagen.

   c) Bruttoprinzip
   Erträge und Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen sind getrennt und in voller Höhe zu veranschlagen.

   d) Einzelveranschlagung
   Für denselben Zweck sollen Aufwendungen und investive Auszahlungen nicht an verschiedenen Stellen im Haushaltsplan veranschlagt werden.

4. Abgrenzung zwischen Ergebnis- und investiven Finanzhaushalt:

   Bei Veranschlagung und Verbuchung ist die Abgrenzung zwischen lediglich substanzerhaltendem Unterhaltungsaufwand (Ergebnishaushalt) und substanzmehrenden Anschaffungs- und Herstellungskosten (investiver Finanzhaushalts) besonders zu beachten.

   Die zwingende Einhaltung dieser Abgrenzung ist insofern von Bedeutung als Herstellungskosten auf Bilanzkonten zu verbuchen sind und damit automatisch eine Vermögensmehrung einhergeht, die in den folgenden Haushaltsjahren in Form von Abschreibungen erfolgswirksam wird.

   Die Beurteilung, ob eine Aufwendung einem Bilanzkonto oder einem Aufwandskonto zuzuordnen ist, bedarf grundsätzlich einer Entscheidung im Einzelfall. Zur Veranschaulichung der Abgrenzungsproblematik sind jedoch einige generelle Regelungen zu beachten. So ist eine Veranschlagung im investiven Finanzhaushalt nur noch in den folgenden Fällen zulässig:

   a) Anschaffung oder Herstellung eines Vermögensgegenstands

   Unter den Anschaffungs- und Herstellungskosten eines Vermögensgegenstands werden alle Aufwendungen verstanden, die geleistet werden müssen, um den Gegenstand zu erwerben und in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen bzw. um ihn seiner Zweckbestimmtheit entsprechend nutzen zu können. Hierzu zählen insbesondere außer den unmittelbar mit dem Erwerb/ der Herstellung in Zusammenhang stehenden Kosten auch die entsprechenden Nebenkosten wie beispielsweise Planungs-, Fracht-, Notariats-, Überführungs- oder Installationskosten.

Bei beweglichem Vermögen ist zur Abgrenzung der Betrag von 150,- EUR netto zu beachten. Werden Vermögensgegenstände in einer Sachgesamtheit (mehrere Vermögensgegenstände, die nur im Zusammenhang zweckentsprechend genutzt werden können), bestimmt sich diese Grenze nach dem Gesamtwert der zusammengehörigen Einzelgegenstände (z.B. Neueinrichtung eines Besprechungszimmers, sofern die einzelnen Komponenten eine optische Einheit bilden und auf Dauer in dieser Einheit genutzt werden sollen).

b) Erweiterung eines vorhandenen Vermögensgegenstands

Eine Erweiterung liegt grundsätzlich dann vor, wenn die Substanzmehrung eines vorhandenen Vermögensgegenstands herbeigeführt bzw. etwas bislang nicht Vorhandenes zusätzlich geschaffen wird. Bei Gebäuden ist dies immer dann gegeben, wenn der vorhandene Nutzraum vergrößert wird. So sind Aufstockungen, An- und Ausbauten zur Schaffung zusätzlicher Nutzungsflächen stets dem investiven Teil des Finanzhaushalts zuzuordnen. Daneben aber auch der nachträgliche Einbau einer Alarmanlage sowie von Treppen oder Trennwänden, wenn hierdurch zusätzliche Nutzungsflächen erschlossen werden.

c) Wesentliche Verbesserung eines Vermögensgegenstands

Bei der Beurteilung von Aufwendungen, die zu einer wesentlichen Verbesserung eines bereits vorhandenen Vermögensgegenstandes führen, sind folgende Hinweise zu beachten:

Von einer wesentlichen Verbesserung wird regelmäßig dann ausgegangen, wenn ein Vermögensgegenstand über den ursprünglichen Zustand (zum Zeitpunkt der Anschaffung oder Herstellung) hinaus durch die betreffende Maßnahme in seinem Gebrauchswert deutlich erhöht und für die Zukunft erweiterte Nutzungsmöglichkeiten geschaffen werden. So wird man etwa bei Gebäuden von einer wesentlichen Verbesserung ausgehen können, wenn der Ausstattungsstandard insgesamt erheblich angehoben wird.

Bei Vollverschleiß (z. B. ein Gebäude ist so sehr abgenutzt, dass es unbrauchbar geworden ist, bzw. es liegen schwere Substanzschäden an den für die Nutzbarkeit entscheidenden Bestandteilen vor) sind die Instandsetzungs- und Modernisierungs-arbeiten ebenfalls aktivierungsfähig, da hier die Wiederherstellung eines zweckentsprechenden Zustands quasi einem Neubau gleichkommt.

Zusammenfassend ist eine aktivierungsfähigen Erhöhung des Nutzenpotentials in der Regel dann gegeben, wenn eine Verlängerung der Nutzungsdauer mit einer wesentlichen Qualitätsverbesserung des entsprechenden Vermögensgegen-stands zusammentrifft.

Dagegen führen Maßnahmen, die lediglich der Erhaltung eines ordnungsgemäßen Zustands dienen bzw. den normalen Verschleiß beheben oder eine Anpassung an den inzwischen eingetretenen technischen Fortschritt bewirken regelmäßig nicht zu eine Substanzmehrung und sind daher als reine Instandhaltungsaufwendungen dem Ergebnishaushalt zuzuordnen. Solche Maßnahmen stellen zudem meistens lediglich die ursprünglich angenommene Nutzungsdauer sicher. Dies ist beispielsweise in den folgenden Fällen gegeben:

- Fassadenverkleidung zu Wärme- oder Schallschutzzwecken
- Umstellung einer Heizungsanlage von Einzelöfen auf Zentralheizung
- Kosten für den Austausch bzw. die Modernisierung eines Heizungsanlage
- Ersatz eines Flachdaches durch ein Satteldach, wenn hierdurch keine zusätzliche Nutzfläche entsteht, sondern lediglich eine größere Raumhöhe geschaffen wird
- Dachsanierung
- Vergrößerung eines bereits vorhandenen Fensters
- Versetzen von Wänden
- Baumaßnahmen zur Beseitigung bereits vorhandener Schäden bzw. zur Abwendung eines drohenden Schadens (z.B. Betonvorsatzschale zur Trockenlegung von feuchten Fundamenten, Überdachungen zum Schutz vor Wasserschäden)
- Ersatz der Deckschicht einer Straße
- sog. „Generalüberholungen“

d) Sanierung in Raten

Eine Ausnahme bilden jedoch Maßnahmenbündel, die zu einer sog. **„Sanierung in Raten“** führen. Während nämlich einzelne Instandhaltungsmaßnahmen für sich genommen Aufwand darstellen, der damit dem Ergebnishaushalt zuzuordnen wäre, kann die Gesamtheit dieser Maßnahmen durchaus zu aktivierungsfähigen Herstellungskosten führen. Hierzu müssen die einzelnen Maßnahmen in einem sachlich und zeitlich engen Zusammenhang stehen.

Dieser Zusammenhang liegt regelmäßig dann vor, wenn innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren drei von vier zentralen Ausstattungselementen (z.B. Heizung, Sanitäranlagen, Elektroinstallation, Fenster bei einem Gebäude) erneuert werden und damit eine grundhafte Sanierung im Sinne einer wesentlichen Verbesserung bzw. Hebung des Standards vorgenommen wird. Diese Sanierungsmaßnahmen sind bereits in der Planung bzw. in erster Linie über das Investitionsprogramm zu dokumentieren.

e) Zusammentreffen von Erhaltungsaufwand und Herstellungskosten

Fallen reine Unterhaltungsaufwendungen mit Herstellungskosten zusammen, ist eine differenzierte Betrachtung der einzelnen Kostenfaktoren anzustellen, d.h. es muss grundsätzlich eine Aufteilung in aktivierungsfähige Herstellungskosten und reinen Erhaltungsaufwand erfolgen.

Stehen mehrere Einzelmaßnahmen allerdings in engem sachlichen Zusammenhang und bilden für sich genommen teils Herstellungskosten und teils Erhaltungsaufwand, so ist insgesamt von Herstellungskosten auszugehen, sofern die Erhaltungsaufwendungen nicht erheblich sind. Der notwendige sachliche Zusammenhang liegt dann vor, wenn die einzelnen Maßnahmen bautechnisch ineinander greifen, sich also gegenseitig bedingen.

Beispiele:
- Ausbesserungsarbeiten an den Fundamenten zur Vorbereitung eines geplanten Anbaus. D.h. die Unterhaltungsmaßnahme ist Vorbedingung für das Neubauvorhaben.
- Im Rahmen einer Baumaßnahme an einem Gebäudeteil werden auch andere Teile desselben Gebäudes in Mitleidenschaft gezogen. Die Beseitigung der eingetretenen Schäden ist den Herstellungskosten zuzuordnen.

Werden dagegen im Rahmen einer Maßnahme, die aktivierungsfähige Herstellungskosten auslöst, ohnehin anstehende Renovierungsarbeiten quasi mit erledigt, so sind diese trotzdem getrennt als Unterhaltungsaufwand zu verbuchen.

In Zweifelsfragen ist der Fachbereich Finanzen/Stadtkämmerei zu beteiligen.

III. Deckungsgrundsätze und Deckungsvermerke

Die Deckungsfähigkeit ist grundsätzlich wie folgt geregelt:

1. Die dem Budget eines Teilhaushalts auf Produktebene zugeordneten Mittel für zahlungswirksame Aufwendungen und investive Auszahlungen sind gegenseitig deckungsfähig. Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen können innerhalb des Budgets für Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen verwendet werden. Ausgenommen von der Deckungsfähigkeit des Budgets auf Produktebene sind die den Sonderbudgets zugeordneten Aufwendungen.

2. Die den Sonderbudgets Personal- und Versorgungsaufwendungen, Bauunterhaltung, Bewirtschaftungskosten, Versicherungsprämien, Kostenerstattung an die Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR, Benutzerentgelte KIV, KGRZ, u.a., Jugendhilfe im engeren Sinne, Zinsaufwendungen, Unterhaltung EDV u.a. sowie Mietaufwendungen zugeordneten Haushaltsansätze sind gegenseitig deckungsfähig.

3. Bei gegenseitiger Deckungsfähigkeit können die deckungsberechtigten Ansätze zu Lasten der deckungspflichtigen Ansätze überzogen werden. Die Kassenanordnungen sind immer auf dem sachlich passenden Sachkonto zu erteilen.

Detailregelungen sind in den bei Bedarf fortzuschreibenden jährlichen Haushaltsvermerken getroffen.

IV. Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln

1. Bewirtschaftende Organisationseinheit

Die einem Teilhaushalt auf Produktebene zugeordneten Haushaltsmittel werden in der Regel von der für das Produkt verantwortlichen Organisationseinheit bewirtschaftet. Ausgenommen hiervon sind die Aufwendungen, die einem Sonderbudget zugeordnet sind oder einer zentralen Bewirtschaftung unterliegen.

2. Zuständigkeit für die Erteilung von Kassenanordnungen

Kassenanordnungen dürfen in der Regel nur von den bewirtschaftenden Organisationseinheiten erteilt werden. Soweit Kassenanordnungen für den Zuständigkeitsbereich anderer bewirtschaftender Organisationseinheiten erteilt werden, sind die betroffenen Organisationseinheiten bei Bedarf in geeigneter Form zu informieren. Bilaterale anderslautende Vereinbarungen bleiben hiervon unberührt.

Ebenfalls nicht betroffen sind jahresabschlussbedingte Anordnungen, die durch den Fachbereich Finanzen/Stadtkämmerei vorgenommen werden.
Kassenanordnungen sind gem. § 7 Abs. 2 GemKVO grundsätzlich unverzüglich zu erstellen, sobald die Verpflichtung zur Leistung, der Zahlungspflichtige oder Empfangsberechtigte, der Betrag und die Fälligkeit feststehen.

Sofern keine abweichende Sonderregelung getroffen wurde, ist die Unterschriftsbefugnis bei Kassenanordnungen wie folgt geregelt:

Der **Feststellungsvermerk „sachlich und rechnerisch richtig“** darf nur von dem dazu ermächtigten Bediensteten vorgenommen werden. In der Regel ist dies der zuständige Sachbearbeiter. Die Bescheinigung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit durch die entsprechenden Anordnungsbefugten (in der Regel: Fachbereichs-, Bereichs- oder Amtsleitungen) ist ebenfalls möglich, wobei in diesen Fällen die anordnende Unterschrift von einer anderen entsprechend berechtigten Person zu leisten ist.

Die **Anordnungsbefugnis** liegt grundsätzlich bei den hauptamtlichen Dezernenten und bei den Bediensteten, die gemäß § 6 Abs. 2 der Gemeindekassenverordnung anordnungsbefugt sind.

Die hauptamtlichen Dezernenten haben die Befugnis, Kassenanordnungen im Rahmen der von ihnen verwalteten Dezernate in unbeschränkter Höhe zu erteilen. Der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer haben darüber hinaus bei Bedarf Anordnungsbefugnis in unbeschränkter Höhe.

Im Übrigen liegt die Anordnungsbefugnis regelmäßig bei den zuständigen Leitungen der Fachbereiche, Bereiche bzw. Ämter und versteht sich zu Lasten oder zu Gunsten der Haushaltsansätze, die im jeweiligen Zuständigkeitsbereich liegen. Die Höhe der jeweiligen Anordnungsbefugnis wird in einer gesonderten Dienstanweisung geregelt werden.

In unbegrenzter Höhe besteht eine Anordnungsbefugnis für die Fachbereichsleitungen des Fachbereichs Personal für

- Personal- und Versorgungsaufwendungen

sowie des Fachbereichs Finanzen für:

- Abgaben (Steuern und Benutzungsgebühren)
- Schuldendienst, Kreditaufnahmen, Zins- und Tilgungseinnahmen
- allgemeine Zuweisungen und Umlagen
- abschlussbedingte Buchungen, innere Verrechnungen

Für die vom Bereich Stadtkasse und dem Rechnungsprüfungsamt bewirtschafteten Haushaltsmittel werden die Kassenanordnungen nach dem Feststellungsvermerk durch den Fachbereich Finanzen/Stadtkämmerei angeordnet.

Namen und Unterschriften der Bediensteten, die Anordnungsbefugnis haben, der Umfang dieser Befugnis sowie deren Wegfall sind dem Fachbereich Finanzen/ Stadtkasse und dem Rechnungsprüfungsamt schriftlich mitzuteilen.

Die Wahrnehmung der Anordnungsbefugnis schließt die Befugnis zur Erteilung des Feststellungsvermerks aus.

Für Bedienstete, die selbst Empfänger/Begünstigter von Auszahlungsanordnungen sind, ist die Feststellungs- oder Anordnungsbefugnis ausgeschlossen.

3. Verwaltung der Ausgabemittel

Die im Haushaltsjahr zur Verfügung gestellten Mittel müssen so verwaltet werden, dass sie zur Deckung aller Aufwendungen bzw. Auszahlungen ausreichen, die unter die einzelnen Zweckbestimmungen fallen. Sie dürfen erst dann in Anspruch genommen werden, wenn die Aufgabenerfüllung es erfordert, wobei wirtschaftlich und sparsam vorzugehen ist. Die Mittel für Aufwendungen und Auszahlungen dürfen nur zu

dem im Haushaltsplan bezeichneten Zweck, soweit und solange er fortdauert, verwendet werden. Für den gleichen Zweck dürfen Aufwendungen und Auszahlungen nicht aus verschiedenen Sachkonten geleistet werden.

Die bewirtschaftende Organisationseinheit hat den Fachbereich Finanzen/Stadtkämmerei unverzüglich unter Angabe von Gründen zu unterrichten, wenn wesentliche Mehr- oder Minderaufwendungen oder –erträge sowie –ein- bzw. –auszahlungen gegenüber dem Haushaltsansatz erkennbar werden. Als wesentlich sind in der Regel Beträge von mehr als 50.000,- EUR anzusehen.

Sofern möglich, sind bei Auszahlungsanordnungen die Rechnungsbeträge um den jeweils geltenden Rabatt- und / oder Skontobetrag zu kürzen.

4. Überwachung der Erträge und Einzahlungen

Die bewirtschaftende Organisationseinheit ist dafür verantwortlich, dass die Erträge und Einzahlungen rechtzeitig und vollständig eingezogen werden. Der Eingang der Erträge und Einzahlung ist laufend zu überwachen.

5. Bruttoprinzip

Einzahlungen/ Erträge und Auszahlungen/Aufwendungen sind getrennt voneinander in voller Höhe anzuordnen. Es dürfen weder von den Erträgen/Einzahlungen v o r w e g Aufwendungen/ Auszahlungen abgezogen noch auf Aufwendungen/Auszahlungen Erträge/Einzahlungen v o r w e g angerechnet werden.

6. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungen zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Haushaltsjahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen dürfen nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan hierzu ermächtigt. Verpflichtungen, wie z.B. Aufträge, die künftige Haushaltsjahre belasten, dürfen, wenn Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen, nur dann eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan bei der betreffenden Investition eine Verpflichtungsermächtigung vorsieht. Die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen ist der Stadtkämmerei mitzuteilen, um einen ständigen Überblick über eingegangene Gesamtverpflichtungen zu haben. Verpflichtungsermächtigungen gelten bis zum Ende des Haushaltsjahres und, wenn die Haushaltssatzung für das folgende Haushaltsjahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, bis zur Bekanntmachung dieser Haushaltssatzung. Danach sind die nicht in Anspruch genommenen Verpflichtungsermächtigungen erloschen. Die Übertragung nicht in Anspruch genommener Verpflichtungsermächtigungen in das neue Haushaltsjahr ist nicht zulässig.

7. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

a) Überplanmäßig (üpl.) sind Aufwendungen und Auszahlungen, die die bereitgestellten Mittel (Haushaltsansatz und Haushaltsausgaberest) übersteigen. Außerplanmäßig (apl.) sind Aufwendungen und Auszahlungen, für die kein Ansatz im Haushaltsplan bzw. Haushaltsausgaberest vorhanden ist.

b) Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sind nur zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind.

c) Über die Leistung der üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen entscheidet der Magistrat. Der Magistrat hat den Stadtkämmerer ermächtigt, die Zustimmung zur Leistung von üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen bis zum Betrag von 10.000 EUR im Einzelfall vorab zu erteilen.

d) Über üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen, die nach Umfang oder Bedeutung erheblich sind (in der Regel mehr als 50.000 EUR), entscheidet die Stadtverordnetenversammlung. Die Ausnahme von der Regel ist immer dann gegeben, wenn die zur Leistung anstehende üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen Folgelasten von erheblichem Umfang erwarten lassen (z.B. Schaffung neuer Einrichtungen, Inangriffnahme neuer Programme/Projekten, Schaffung von Präzedenzfällen u.ä.). In Zweifelsfällen entscheidet der Magistrat, ob eine Aufwendung oder Auszahlung erheblich ist. Die

Entscheidung des Magistrats hierüber ist durch eine entsprechende Formulierung in der Magistratsvorlage herbeizuführen.

e) Soweit üpl./apl. Aufwendungen oder Auszahlungen erforderlich werden, ist die Zustimmung rechtzeitig vor Eingang der Zahlungsverpflichtung zu beantragen. Dabei muß begründet werden, weshalb die Aufwendung oder Auszahlung
u n v o r h e r s e h b a r und u n a b w e i s b a r ist. Ist bei Bauten oder größeren Beschaffungen ein Mehrbedarf gegenüber dem Haushaltsansatz bzw. den geschätzten Gesamtkosten zu erkennen, so ist der Antrag so rechtzeitig zu stellen, daß noch eine Entscheidung über eine geänderte Ausführung des Vorhabens (z.B. Verbilligung durch Umplanung usw.) getroffen werden kann.

f) Üpl./apl. Aufwendungen und Auszahlungen sind nur zulässig, wenn ihre Deckung gewährleistet ist (§ 100 HGO). Grundsätzlich sind spezielle Deckungsvorschläge aus dem Bereich der bewirtschaftenden Organisationseinheit oder des Dezernates zu unterbreiten.

g) Die Gültigkeit der üpl./apl. Genehmigung ist grundsätzlich auf das laufende Haushaltsjahr begrenzt. D.h. nicht in Anspruch genommene üpl./apl. Genehmigungen verfallen beim Abschluss des Haushaltsjahres, sofern keine Weitergeltung nach § 21 Abs. 3 GemHVO in Betracht kommt (siehe jährliche Dienstanweisung zum Jahresabschluss).

h) Außerdem sind die Regelungen der Budgetierungsgrundsätze zu beachten.

8. Zuständigkeit für die Vergabe von Aufträgen

In Abänderung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 19.12.1996 und der Vergabeordnung der Stadt Rüsselsheim wird die Zuständigkeit für Vergaben wie folgt neu geregelt:

bis zu	2.000 EUR	der/die zuständige Sachbearbeiter/in,
bis zu	30.000 EUR	der/die zuständige Amtsleiter/in,
bis zu	100.000 EUR	der/die zuständige Dezernent/in,
bis zu	500.000 EUR	der Magistrat,
bis zu	1.000.000 EUR	der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss für Vergaben nach der VOB und der VOL,
über	1.000.000 EUR	die Stadtverordnetenversammlung.

Das Vergabehandbuch der Stadt Rüsselsheim ist anzuwenden.

9. Erlass, Niederschlagung und Stundung von Forderungen

Die Zuständigkeit für Erlass, Niederschlagung und Stundung von Forderungen ist wie folgt geregelt:

1. Erlass von Forderungen

Zuständig sind:

a) die Amts-/Fachbereichsleitungen im Einzelfall bis zu 250,-- EUR,

b) die Dezernenten für die in ihrem Dezernat verwalteten Forderungen im Einzelfall bis zu 5.000,-- EUR,

c) der Magistrat für Beträge über 5.000,-- EUR im Einzelfall sowie in Fällen mit grundsätzlicher Bedeutung.

d) Soweit in Gebührenordnungen der Stadt Rüsselsheim Sonderbestimmungen über den Erlass der Forderungen der Stadt Rüsselsheim getroffen sind, gelten diese.

2. Niederschlagung von Forderungen

Zuständig sind:

a) die Amtsleitung der Stadtkasse für Mahn- und Pfändungsgebühren sowie Säumniszuschläge im Einzelfall bis zu 250,-- EUR,

b) die Amts-/Fachbereichsleitungen für die in ihrem Amt verwalteten Forderungen im Einzelfall bis zu 2.500,-- EUR,

c) die Dezernenten für die in ihrem Dezernat verwalteten Forderungen im Einzelfall bis zu 20.000,-- EUR,

d) der Magistrat für Beträge über 20.000,-- EUR im Einzelfall sowie in Fällen mit grundsätzlicher Bedeutung.

3. Stundung von Forderungen

3.1 Zuständig sind:

a) die Amtsleitung der Stadtkasse Rüsselsheim für Mahn- und Pfändungsgebühren sowie Säumniszuschläge im Einzelfall bis zu 250,-- EUR,

b) die Amts-/Fachbereichsleitungen im Rahmen ihres Aufgabengebietes für Beträge bis zu 2.500,-- EUR gegenüber demselben Zahlungspflichtigen, längstens für 18 Monate,

c) die Dezernenten für die in ihrem Dezernat verwalteten Forderungen gegenüber demselben Zahlungspflichtigen bis zu 20.000,-- EUR, längstens für 18 Monate,

d) der Magistrat für Forderungen gegenüber demselben Zahlungspflichtigen über 20.000,-- EUR und in allen Fällen von grundsätzlicher Bedeutung sowie für Stundungen länger als 18 Monate,

e) die Amtsleitung des Tiefbauamtes und die Fachbereichsleitung Finanzen - Stadtkämmerei - für die Stundung auf 3 Monate sowie die Verrentung von Erschließungsbeiträgen, Abwasser-beiträgen sowie den Kosten für die Herstellung von Kanalanschlüssen in unbegrenzter Höhe, wenn folgende Voraussetzungen vorliegen:

1. der Zahlungspflichtige seinen Lebensunterhalt überwiegend aus unselbständiger Tätigkeit oder Rente bzw. vergleichbaren Einkommen bestreitet,

2. das beitragspflichtige Grundstück nicht für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen ist,

3. das Einkommen des Beitragspflichtigen das nach § 9 Wohnraumförderungsgesetz zulässige Einkommen nicht überschreitet.

f) Soweit in Gebührenordnungen der Stadt Rüsselsheim Sonderbestimmungen über die Zuständigkeit zur Stundung von Forderungen der Stadt Rüsselsheim getroffen sind, gelten diese.

3.2 Verzinsung

a) Für gestundete Forderungen sind, wenn sich nach Punkt b) nichts anderes ergibt, in der Regel Zinsen in Höhe von 3 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz für den jeweils noch offen stehenden Betrag zu vereinbaren. Der am 1. des Monats geltende Basiszinssatz ist dabei für den gesamten Monat zugrunde zu legen. Zinslose Stundungen sind nur dann zulässig, wenn die sich ergebende Zinsforderung voraussichtlich weniger als 25,-- EUR betragen wird. Die für die Berechnung von Stundungszinsen erforderlichen Daten sind, sofern keine anderen Vereinbarungen getroffen sind, von der Stadtkasse festzustellen und der zuständigen Dienststelle zur Erteilung der Annahme-Anordnung bekanntzugeben.

b) Abweichend von Punkt a) gilt folgendes:

1. Realsteuern sind entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen mit 0,5 % pro Monat zu verzinsen.

2. Für die gemäß Ziffer 3.1 e) bewilligten Stundungen und Verrentungen von Erschließungsbeiträgen, Abwasserbeiträgen sowie den Kosten für die Herstellung von Kanalhausanschlüssen sind Zinsen in Höhe von 6 % jährlich zu vereinbaren. Für die gestundeten und verrenteten Erschließungsbeiträge darf der Zinssatz jedoch höchstens 2 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz betragen. Die Zinsen errechnen sich aus dem jeweils am 1.1. eines jeden Jahres noch offen stehenden Betrag. Bei Stundungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren werden die Zinsen aus dem jeweils am 1.1. und 1.7. eines jeden Jahres noch offen stehenden Betrag errechnet.

10. Mitzeichnung durch den Fachbereich Finanzen - Stadtkämmerei

Magistratsvorlagen, die finanzielle Auswirkungen haben, sind dem Fachbereich Finanzen / Stadtkämmerei zum Mitzeichnen vorzulegen. Dies gilt insbesondere bei:

- Vorlagen über wichtige Grundstücksan- und -verkäufe,
- Vorlagen über die Bereitstellung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen
- Mittelfreigabe im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung,
- Grundsatzbeschlüssen über die Errichtung von Bauvorhaben oder die Aufstellung von Programmen,
- Einführung, Änderung und Aufhebung von Richtlinien oder gleichartigen Regelungen,
- Vorlagen über Steuern, Gebühren sowie Beitrags- und Entgeltänderungen einschließlich Mietpreisänderungen,
- Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe,
- Vorlagen über die Entsperrung von Mitteln für Aufwendungen und Auszahlungen,
- Vorlagen, die zu Aufwendungen oder Auszahlungen führen oder führen können, die im Haushaltsplan des laufenden Jahres nicht vorgesehen sind oder die Haushaltswirtschaft der kommenden Jahre beeinflussen,
- Vorlagen über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen,
- Vorlagen über die Gewährung von Finanzhilfen außerhalb bestehender Förderungsrichtlinien,
- Auftragsvergaben, die mit Programm- und Grundsatzfragen verbunden sind,
- Vorlagen, die dazu führen können, dass Erträge bzw. Einzahlungen ausfallen oder Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen für den Haushalt entstehen.

Die Vorlagen mit den entsprechenden Erläuterungen sind so rechtzeitig vorzulegen, dass eine ausreichend bemessene Bearbeitungszeit verbleibt.

11. Haushaltsausgabereste

Die Bildung eines Haushaltsausgaberestes ist von der Bewirtschaftungsstelle am Ende des Haushaltsjahres beim Fachbereich Finanzen/Stadtkämmerei zu beantragen.

1. Investitionen

   Die Ansätze für Investitionen im Finanzhaushalt bleiben bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch 2 Jahre nach Abschluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Bestandteilen benutzt werden kann.

2. Ergebnishaushalt

   Mittel für Aufwendungen, über die bis zum Schluss des Haushaltsjahres noch nicht verfügt ist, gelten als erspart. Aufwendungen können über den Rechnungsabschluss hinaus verfügbar bleiben, wenn sie für übertragbar erklärt worden sind. In der Regel sollen Übertragungen nur vorgenommen

werden, wenn dadurch eine sparsame Mittelbewirtschaftung gefördert wird. Die Haushaltsausgabereste bleiben bis zum Ende des zweiten auf die Veranschlagung folgenden Haushaltsjahres verfügbar.

Nähere Regelungen erfolgen im Rahmen der jährlichen Dienstanweisung zum Jahresabschluss.

12. Vorläufige Haushaltsführung

Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht veröffentlicht worden, so gelten für die Haushaltswirtschaft die Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung nach § 99 HGO.

Hierbei ist folgendes zu beachten:

- Es dürfen nur die Aufwendungen und Auszahlungen geleistet werden, für die

  a) eine **rechtliche Verpflichtung** besteht oder

  b) die zur Weiterführung **notwendiger** Aufgaben **unaufschiebbar** sind.

- Die im Vermögenshaushalt veranschlagten Baumaßnahmen, Beschaffungen und sonstigen Leistungen dürfen fortgesetzt werden, wenn im Haushaltsplan eines Vorjahres hierfür Mittel bereitgestellt waren.

  Der Beginn neuer Bauvorhaben ist grundsätzlich nicht zulässig. Das gleiche gilt für neue Beschaffungsmaßnahmen oder sonstige neue Leistungen.

  Bauvorhaben gelten dann als begonnen, wenn in Vorjahren Aufträge für Bauleistungen vergeben wurden.

- Die Steuern, für die jedes Haushaltsjahr Steuerhebesätze festzulegen sind, sind in Höhe des Steuerhebesatzes des Vorjahres weiter zu erheben.

- Der Stellenplan des Vorjahres behält weiterhin seine Gültigkeit.

VORBERICHT
zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024

I. Allgemeiner Überblick

II. Aufbau des doppischen Produkthaushalts

III. Ergebnishaushalt

1. Gesamtergebnishaushalt
2. Aufwendungen und Erträge im einzelnen

a) Überblick

b) Erträge

c) Aufwendungen

IV. Finanzhaushalt

1. Allgemeines
2. Überblick
3. Investive Einzahlungen
4. Investive Auszahlungen
5. Neu in den Etat aufgenommene Vorhaben
6. Verpflichtungsermächtigungen
7. Wiederholungsveranschlagungen

V. Schulden

1. Allgemeines
2. Langfristige Schulden
3. Liquiditätslage 2024
4. Liquiditätskredite
5. Gesamtverschuldung Ende 2027

VI. Demographische Entwicklung (§ 6 Abs. 2 GemHVO)

VII. Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse

VIII. Stellenplan

IX. Rückblick auf die Haushaltsjahre 2023 und 2022

I. Allgemeiner Überblick

Die wirtschaftliche Lage wird aktuell wie schon in den vergangenen Jahren von zahlreichen Unwägbarkeiten und Negativ-Faktoren geprägt, die eine fundierte kurz- und mittelfristige Einschätzung erschweren und die kommunale Haushaltsplanung belasten.

Während sich einerseits die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie entspannt haben, sind weiterhin die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen etwa im Bildungssektor oder der Jugendhilfe abzuarbeiten, was u.a. zu einem exorbitant hohen Niveau bei den Transferaufwendungen führt. Der nunmehr seit über zwei Jahren andauernde Krieg in der Ukraine belastet die Wirtschaft zwar in vielfältiger Weise, wird aber in der Konsequenz auch zu einem zukunftsorientierten Strukturwandel führen müssen, der zum einen zwar durchaus auch Chancen ins sich birgt, aber andererseits auch mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Die massive Inflation, die sich in den vergangenen Jahren in allen Lebensbereichen, insbesondere aber in der Baubranche und dem Energiesektor bemerkbar machte, konnte zwar durch eine Reihe von Maßnahmen abgemildert werden, liegt aber immer noch über den Zielvorgaben der EZB und hat zuletzt wieder angezogen. Die damit gegenüber der langjährigen Niedrigzinsphase einhergehenden Zinserhöhungen belasten wiederum die Finanzierung notwendiger kommunaler Investitionen zusätzlich. Aktuell prägen zudem Rezessionserwartungen bzw. Erwartungen, die von einem eher moderaten Wirtschaftswachstum ausgehen, die Prognosen der Wirtschaftsexperten.

In dieser komplexen wirtschaftspolitischen Gemengelage hat sich damit auch die kommunale Haushaltsplanung auf der Einnahme- und Ausgabeseite zu bewegen. Hinzu kommen die erwähnten maßgeblichen Zukunftsaufgaben wie die Bewältigung der Anforderungen des Klimawandels, die flächendeckende Digitalisierung und die speziellen Erfordernisse der Bildungspolitik, wobei die entsprechenden Maßnahmen kaum ohne ausreichende Konnexität, etwaige Entlastungsmaßnahmen bzw. einer adäquaten Finanzausstattung der Kommunen geschultert werden können.

Gleichzeitig sind ein historisch hoher Tarifabschluss im öffentlichen Dienst, das gegenüber den Vorjahren relativ hohe Zinsniveau am Kreditmarkt und der sich in vielen Bereichen deutlich bemerkbar machende Fachkräftemangel zu bewältigen.

Der Haushaltsplanentwurf 2024 musste daher erneut unter Berücksichtigung erheblicher Einsparvorgaben und flankierender haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen wie etwa einer restriktiven Stellenbewirtschaftung aufgestellt werden, ist aber auf der Ertrags- und Aufwandsseite von einer Reihe insbesondere externer Faktoren aktuell so belastet, dass eine Genehmigungsfähigkeit ohne weitere Maßnahmen nicht dargestellt werden konnte.

So stellen sich sowohl der ordentliche Fehlbedarf des Planjahres 2024 als auch das jahresbezogene Liquiditätsergebnis auch unter Berücksichtigung der Planwerte im Finanzplanungszeitraum 2025-2027 defizitär dar. Um den Anforderungen der HGO und der Aufsichtsbehörde an einen genehmigungsfähigen Haushalt Rechnung tragen zu können, ist daher zwingend die Erarbeitung eines Haushaltssicherung-konzepts erforderlich. Hierin sind verbindlich Maßnahmen zur Haushalts-

konsolidierung festzulegen und der Zeitraum anzugeben, in dem ein Haushaltsausgleich wieder erreicht werden kann.

Im diesem Sinne wird auch bereits seit einiger Zeit im Rahmen einer Arbeitsgruppe bestehend aus Mitarbeitern der Verwaltung, Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung an einer umfassenden Konsolidierung und Neukonzeptionierung des städtischen Haushalts gearbeitet.

Ausgehend von diesem Hintergrund schließt der Haushaltsplan 2024 mit einem

Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis von 11,8 Mio. EUR

ab.

Der liquiditätswirksame Fehlbedarf des Ergebnishaushalts beträgt rund 2,89 Mio. EUR.

Die ordentlichen Tilgungen in Höhe von 13,13 Mio. EUR können damit in 2024 nicht mehr aus Überschüssen finanziert werden. Am Ende des Finanzplanungszeitraums kann Ende 2027 unter Berücksichtigung der Vorjahre kein ein Liquiditätsüberschuss dargestellt werden. Die Ausweisung einer Liquiditätsreserve ist damit ebenfalls nicht möglich.

Ergebnishaushalt

Folgende wesentliche Positionen prägen den Haushaltsplanentwurf 2024:

- Gewerbesteuererwartung von 60,0 Mio. EUR.

- Die Berechnungen der Ansätze der Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer basieren auf der Novembersteuerschätzung des Landes und der Neufestlegung der Schlüsselzahlen. In der Konsequenz stellt sich hierbei die Stadt Rüsselsheim bei der Aufkommensverteilung deutlich schlechter als in der vorhergehenden Abrechnungsperiode.

- Aufgrund der Verteilungsmechanismen im Kommunalen Finanzausgleich und infolge der guten Gewerbesteuereinnahmen der Vorjahre reduziert sich die Schlüsselzuweisung gegenüber 2023 um 9,5 Mio. EUR

- Der historisch hohe Tarifabschluss im öffentlichen Dienst und die weitere notwendige Ausweitung des Stellenplans belasten den Haushalt 2024 trotz der pauschalierten Berücksichtigung von voraussichtlich unbesetzten Stellen mit 9,9 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

- Die Sach- und Dienstleistungen steigen trotz eingeplanter Einsparvorgabe um 3,5 Mio. EUR gegenüber 2023

- Die gesetzlichen Umlagen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs fallen bei der Kreisumlage mit 4,5 Mio. EUR und infolge des höheren Ansatzes bei der Gewerbesteuer bei der Gewerbesteuer- und Heimatumlage mit 3,5 Mio. negativ ins Gewicht

- Die Transferaufwendungen waren gegenüber dem Vorjahr um 10,1 Mio. EUR höher anzusetzen.

- Die Zinsaufwendungen steigen gegenüber 2023 um 1,4 Mio. EUR.

Finanzhaushalt und Investitionsprogramm

Das Investitionsvolumen des Finanzhaushaltes 2024 beträgt 57,1 Mio. EUR.
In den Jahren 2025 bis 2027 werden insgesamt weitere rund 91,9 Mio. € für Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt.

Schwerpunkt ist wie in den Jahren zuvor die Umsetzung des Schulentwicklungsplans, der Abbau des Sanierungsstaus sowie die Digitalisierung an den Rüsselsheimer Schulen mit rund 30,9 Mio. €.

Weitere Akzente im Investitionsprogramm werden

beim bedarfsorientierten und sanierungsbedingten Aus- und Neubau von Kinderbetreuungseinrichtungen mit 5,8 Mio. €

beim Straßenbau/Straßensanierung mit 20,8 Mio. €

bei der Abwasserbeseitigung mit 11,3 Mio. €

beim Ankauf von Grundstücken mit 13,6 Mio. €

bei der Sicherheit und Ordnung (überwiegend Brandschutz) mit 4,5 Mio. €

gesetzt.

II. Aufbau des doppischen Produkthaushalts

Der Produkthaushalt der Stadt Rüsselsheim ist derzeit auf drei Ebenen gegliedert, die in der dem Ergebnishaushalt vorangestellten Übersicht der Produktstruktur deutlich werden. Diese Struktur ist auf den beiden oberen Ebenen, d.h. den Produktbereichen und den Produktgruppen in der Gemeindehaushaltsverordnung verbindlich vorgegeben.

Die erste Ebene wird dabei von den **16 Produktbereichen** gebildet, die wesentliche Aufgabenfelder einer Kommunalverwaltung bezeichnen. Im Detail handelt es sich dabei um folgende Bereiche:

01: Innere Verwaltung
02: Sicherheit und Ordnung
03: Schulträgeraufgaben
04: Kultur und Wissenschaft
05: Soziale Leistungen
06: Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
07: Gesundheitsdienste

08: Sportförderung
09: Räumliche Planung und Entwicklung
10: Bauen und Wohnen
11: Ver- und Entsorgung
12: Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen, ÖPNV
13: Natur- und Landschaftspflege
14: Umweltschutz (bei der Stadt Rüsselsheim nicht mehr belegt)
15: Wirtschaft und Tourismus
16: Allgemeine Finanzwirtschaft

Innerhalb jedes Produktbereichs sind als zweite Gliederungsebene die **Produktgruppen** vorgegeben, die die Produktbereiche in der Regel in weitere Teilbereiche untergliedern. Als Beispiel seien hier die Produktgruppen des Produktbereichs 03 (Schulträgeraufgaben) genannt, die ebenfalls mit einer zweistelligen Ziffernfolge versehen wurden:

00: Schulverwaltung
01: Grundschulen
02: Kombinierte Haupt- und Realschulen
03: Gymnasien
04: Förderschulen,
usw.

Unterhalb der Produktgruppen sind schließlich die einzelnen **Produkte** als unterste Gliederungsebene angesiedelt. Die Produkte bilden derzeit gleichzeitig auch die Kostenstellen.

Im Produktbereich 03 (Schulträgeraufgaben) und unter der Produktgruppe 01 (Grundschulen) finden sich so bspw. die einzelnen Rüsselsheimer Grundschulen mit folgender Ziffernfolge:

21100: Otto-Hahn-Schule
21110: Schillerschule
21120: Goetheschule
usw.

Ein Produkt ist demnach wie folgt aufgebaut:

Beispiel: **Schillerschule**

03	**PRODUKTBEREICH**		
03	**01**	**PRODUKTGRUPPE**	
03	**01**	**21110**	**PRODUKT**
03	**01**	**21110**	**KOSTENSTELLE**

Für jede dieser Gliederungsebenen sind die geplanten Haushaltsmittel in einem **Teilergebnis- und einem Teilfinanzhaushalt** dargestellt., die im digitalen Format eingesehen werden können. Die jeweiligen Stellenkapazitäten können dem Stellenplan entnommen werden.

Der **Ergebnishaushalt** erfasst die **Erträge und Aufwendungen**, d.h. die der Rechnungsperiode zuzuordnenden und für die Ermittlung des Jahresergebnisses maßgeblichen Einnahmen und Ausgaben, wie z.B. Gebühreneinnahmen,

Kostenerstattungen, Landeszuweisungen oder Personalaufwendungen und Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Der Ergebnishaushalt weist damit das jahresbezogene Ergebnis aus.

Ein wesentliches Element der Doppik besteht in der perioden- und verursachungsgerechten Darstellung von Investitionen und künftigen Zahlungsbelastungen in Form von Abschreibungen, Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten und Aufwendungen zur Bildung von Rückstellungen. Diese Positionen dienen dazu den periodenbezogenen Werteverzehr aufzuzeigen, sind aber durchgängig nicht zahlungswirksam.

Im Übrigen werden alle dem Ergebnishaushalt zuzuordnenden Geschäftsvorfälle im Ertrags- und Aufwandsbereich unter den gesetzlich vorgegebenen Rubriken geplant, wie beispielsweise Gebühren unter öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten oder Geschäftsausgaben unter Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

In den doppischen Haushaltsplänen der Jahre 2009-2012 wurde zunächst auf eine Darstellung der einzelnen Konten je Produkt im Sinne der Steuerungsphilosophie des Produkthaushalts, die auf einer outputorientierten Mittelbereitstellung basiert, verzichtet. Diese Steuerungsphilosophie des Produkthaushalts ging davon aus, dass zur Erreichung der produktbezogenen Zielsetzungen lediglich ein bestimmter Finanzmittelbedarf zur Verfügung zu stellen ist. Die weitgehende gegenseitige Deckungsfähigkeit im Rahmen der flächendeckenden Budgetierung der Teilhaushalte auf Ebene der Produkte trägt diesem Umstand bereits Rechnung. Wie sich diese Mittel verwaltungsintern im Detail verteilen und darstellen, sollte daher im Beratungsprozess nicht mehr relevant sein, das Budgetrecht der Stadtverordnetenversammlung vielmehr über den Produkthaushalt untrennbar mit der Steuerung über Ziele und Kennzahlen verbunden sein.

Die Haushaltsberatungen der Jahre 2009ff. haben jedoch gezeigt, dass sich eine stringente Umsetzung dieser Sichtweise in der Praxis als nicht immer zweckdienlich erwiesen und vielfach Nachfragen provozierte. Um dem berechtigten Informationsbedürfnis der Stadtverordnetenversammlung stärker Rechnung zu tragen, wurde seit dem Haushaltsjahr 2013 wieder dazu übergegangen, die Detailkonten je Teilhaushalt mit den jeweiligen Planansätzen darzustellen.

Da sich mit der Umstellung auf eine papierlose Version zunehmend zeigte, dass der Haushaltsplan im bisherigen Umfang für die Beratung nicht mehr praktikabel ist, wird den Hausbegleitanträgen zum Haushalt 2023 entsprechend ab dem Haushaltsjahr 2024 dazu übergegangen, den eigentlichen Haushaltsplan nur noch auf Ebene der Produkt- und Kontengruppen darzustellen. Die weiteren Gliederungsebenen können dann dem erstmals parallel zur Verfügung stehenden digitalen Format des Haushaltsplans entnommen werden.

Auch hinsichtlich der Darstellung von Zielen und Kennzahlen für die Produkte der Stadt Rüsselsheim, die in qualitativer und quantitativer Hinsicht steuerungsrelevante Informationen bieten sollen, hat sich aus den vergangenen Haushaltsberatungen ein Anpassungsbedarf ergeben.

Die jeweils den Teilhaushalten vorangestellten Produktbeschreibungen werden daher kontinuierlich modifiziert. Die darin enthaltenen Ziele und Kennzahlen sind ebenfalls grundsätzlich permanent weiter zu entwickeln und ggf. unter Beachtung veränderter Rahmenbedingungen fortzuschreiben.

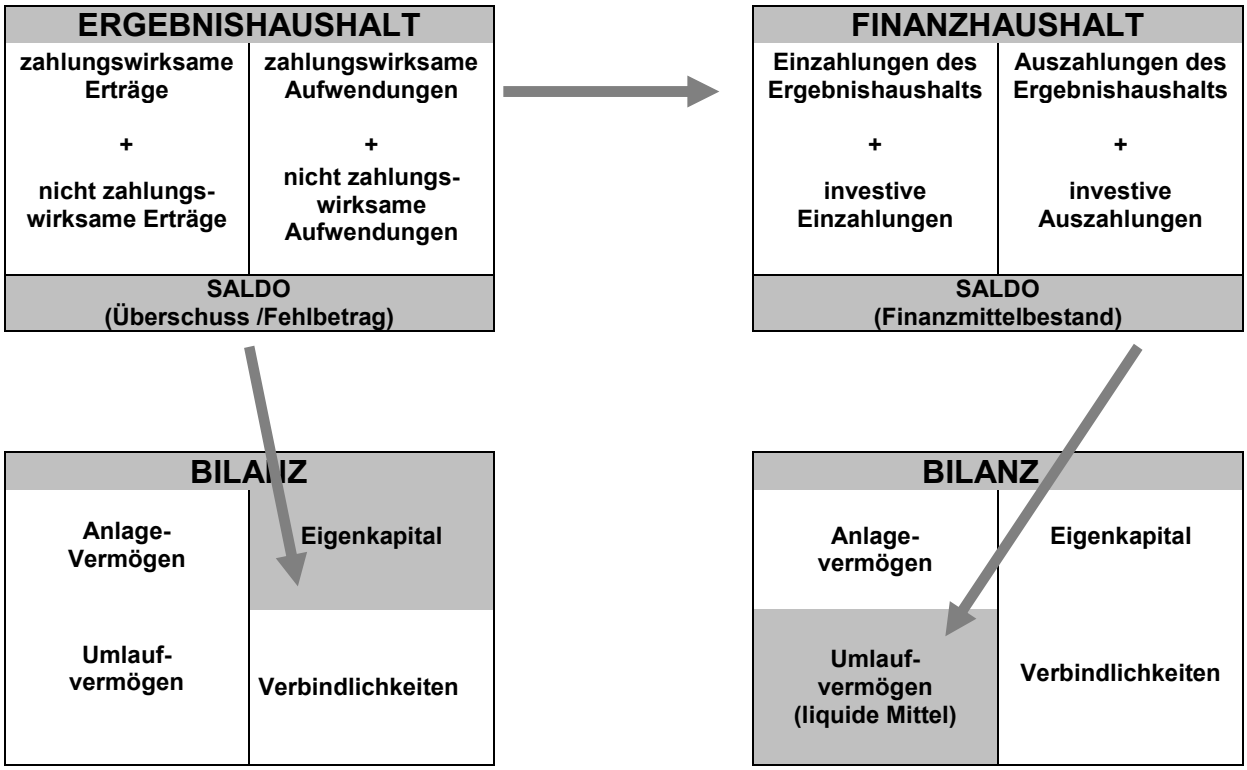
Der **Finanzhaushalt** bildet grundsätzlich alle zahlungswirksamen Finanzvorfälle, d.h. alle Ein- und Auszahlungen, ab. Auf der Ebene der dreistufigen Produktstruktur weist er allerdings lediglich die investiven Ein- und Auszahlungen aus, also alle Vermögenszugänge und –abgänge und deren Finanzierung wie z.B projektbezogenen Landeszuweisungen oder Auszahlungen für bestimmte Baumaßnahmen. Ebenfalls auf der Ebene der Teilfinanzhaushalte werden für die einzelnen Produkte die jeweiligen Investitionsvorhaben aufgeführt.

Eine Auflistung aller Investitionen einschließlich deren Finanzierungsmittel zeigt außerdem das **Investitionsprogramm** als Bestandteil der mittelfristigen Finanzplanung auf. Die hier vorgelegte Sichtweise entspricht weitgehend der Darstellung auf Teilhaushaltsebene. Allerdings werden die Auszahlungen etwa für Inventar oder EDV in zusammengefasster Form dargestellt und auch Einzahlungen aus Kreditaufnahmen und Auszahlungen für Tilgungen, die so den entsprechenden Teilhaushalten nicht entnommen werden können, ausgewiesen.

Die Abwicklung des Produkthaushalts sowohl im Ergebnis wie auch im Finanzhaushalt wird sich schließlich in der **Bilanz** des jeweiligen Haushaltsjahres widerspiegeln. Da die Bilanz dem Vermögen der Stadt Rüsselsheim die Finanzierung (Eigenkapital bzw. Verbindlichkeiten) gegenüberstellt, wirkt sich jede Buchung im Finanzhaushalt unmittelbar aus. Investive Auszahlungen erhöhen die Vermögenswerte, investive Einzahlungen die bilanzielle Finanzierungsseite. Jede Ein- und Auszahlung verändert zudem den Bestand an liquiden Mitteln.

Die Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts werden dagegen nur mittelbar in Gestalt des im Rahmen des Jahresabschlusses festgestellten Fehlbetrags oder Überschuss das Eigenkapital reduzieren oder erhöhen.

Den Zusammenhang zwischen Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Bilanz verdeutlicht folgendes Schaubild:



III. Ergebnishaushalt 2024

1. Gesamtergebnishaushalt

Unter Beachtung einer periodengerechten und ressourcenorientierten Darstellung stellt der Gesamtergebnishaushalt die geplanten Aufwendungen und Erträge eines Haushaltsjahres dar. Der Gesamtergebnishaushalt 2024 weist die folgenden Werte aus:

Ordentliche Erträge:	- 262.657.695,- EUR
Ordentliche Aufwendungen:	267.517.017,- EUR
Verwaltungsergebnis (Fehlbedarf):	4.859.322,- EUR

Das Verwaltungsergebnis ergibt sich aus dem Saldo der ordentlichen Erträge und Aufwendungen, die dem regelmäßigen Verwaltungsbetrieb der Abrechnungsperiode zuzurechnen sind. Das hier ausgewiesene Ergebnis erfasst nicht nur zahlungswirksame Geschäftsvorfälle, sondern auch Erträge und Aufwendungen wie z.B. Abschreibungen oder die Auflösung von Sonderposten, die die Liquidität nicht berühren. Hierbei ist besonders zu beachten, dass sich systembedingt die Erträge mit negativem Vorzeichen und die Aufwendungen positiv darstellen.

Neben das Verwaltungsergebnis tritt das Finanzergebnis, das die Erträge und Aufwendungen aus der Bewirtschaftung von Zahlungsmitteln (in der Regel Zinserträge und –aufwendungen) saldiert:

Finanzerträge:	- 4.045.540,- EUR
Zinsen und ähnliche Aufwendungen:	10.941.600,- EUR
Finanzergebnis (Fehlbedarf):	6.896.060,- EUR

Als letzte Ergebnisposition kann ggf. ein außerordentliches Ergebnis entstehen. Dieses ergibt sich aus verwaltungsbetriebs- oder periodenfremden sowie aus außergewöhnlichen bzw. einmaligen Geschäftsvorfällen. Durch die Trennung von ordentlichem und außerordentlichem Ergebnis, soll eine transparente Darstellung der tatsächlich mit der laufenden Verwaltungstätigkeit in Zusammenhang stehenden Erträge und Aufwendungen erreicht werden.

Außerordentlichen Erträge und Aufwendungen sind in der Regel nicht planbar, sind jedoch in der Rechnungslegung eines jeden Jahres zu erwarten.

Unter Beachtung ergebnisneutraler interner Leistungsverrechnungen in Höhe von 4.031.475,- EUR ergibt sich so aus den genannten 3 Ergebnispositionen folgendes Jahresergebnis:

Erträge (insgesamt):	- 266.703.235,- EUR
Aufwendungen (insgesamt):	278.458.617,- EUR
Jahresergebnis (Fehlbedarf)	11.755.382,- EUR

Das Planergebnis 2023 enthält nicht liquiditätswirksame Aufwendungen für Abschreibungen und Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (per Saldo abzgl. 9,55 Mio. EUR) sowie Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen (per Saldo abzgl. 1,55 Mio. EUR), sowie im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs (zzgl. 1,4 Mio. EUR) und aktivierte Eigenleistungen (zzgl. 0,84 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung dieser Positionen beläuft sich der liquiditätswirksame Zahlungsmittelfehlbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit für das Haushaltsjahr 2024 auf 2.890.602,- EUR und liegt damit um 11.507.822,- EUR unter dem Überschuss des Haushaltsjahres 2023 von 8.617.220,- EUR.

Betrachtet man die Erträge und Aufwendungen (jeweils ohne interne Leistungsverrechnungen) in den einzelnen Produktbereichen, so stellt sich die Situation im Haushaltsjahr 2024 wie folgt dar:

Produkt-bereich	Bezeichnung	Erträge insgesamt EUR	Aufwendungen insgesamt EUR	Unter-/ Überdeckung EUR
01	Innere Verwaltung	2.260.845	31.035.710	- 28.774.865
02	Sicherheit und Ordnung	3.061.480	13.085.110	- 10.023.630
03	Schulträgeraufgaben	6.117.165	26.611.423	- 20.494.258
04	Kultur- und Wissenschaft	241.770	11.677.190	- 11.435.420
05	Soziale Leistungen	14.652.860	20.845.099	- 6.192.239
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	20.960.305	73.644.535	- 52.684.230
07	Gesundheitsdienste	0	793.980	- 793.980
08	Sportförderung	525.280	4.890.965	- 4.365.685
09	Räumliche Planung und Entwicklung	726.780	3.051.015	- 2.324.235
10	Bauen und Wohnen	1.320.860	2.125.880	- 805.020
11	Ver- und Entsorgung	13.516.550	10.246.925	+ 3.269.625
12	Verkehrsflächen und Verkehrsanlagen, ÖPNV	3.797.570	17.660.240	- 13.862.670
13	Naturschutz- und Landschaftspflege	2.120.490	7.711.460	- 5.590.970
15	Wirtschaft und Tourismus	2.851.475	2.790.685	- 60.790
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	194.549.805	52.288.400	+ 142.261.405
Summe		**266.703.235**	**278.458.617**	**11.755.382**

2. Aufwendungen und Erträge im Einzelnen

a) Überblick

Die einzelnen Ertrags- und Aufwandsbereiche des Ergebnishaushalts 2024 stellen sich im Überblick wie folgt dar:

	Erträge **Bezeichnung**	Ansatz **2024** TEUR	Ansatz **2023** TEUR	Ergebnis* **2022** TEUR
-	Privatrechtliche Leistungsentgelte	787	794	651
-	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.414	16.939	15.617
-	Kostenersatzleistungen und –erstattungen	19.295	17.705	17.430
-	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	840	767	*
-	Steuern, steuerähnliche einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	131.916	105.723	117.224
-	Erträge aus Transferleistungen	8.892	4.958	6.554
-	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	74.610	83.432	75.344
-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und Beiträgen	4.204	4.132	94*
-	Sonstige ordentliche Erträge	3.700	3.748	4.293
-	Finanzerträge	4.046	3.910	656
-	Außerordentliche Erträge	-	-	301
-	Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	4.031	2.878	*
	Summe – Erträge: **(ohne interne Leistungsbeziehungen)**	**266.703**	**242.107**	*

	Aufwendungen **Bezeichnung**	Ansatz **2024** TEUR	Ansatz **2023** TEUR	Ergebnis* **2022** TEUR
-	Personalaufwendungen	74.253	66.120	63.281
-	Versorgungsaufwendungen	9.862	8.055	6.985
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.979	38.498	38.249
-	Abschreibungen	13.757	13.273	193*
-	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	37.566	34.067	32.071
-	Steueraufwendungen, Aufwendungen für gesetzliche Umlageverpflichtungen	46.213	39.277	38.207
-	Transferaufwendungen	35.086	25.025	26.087
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.799	8.952	6.992
-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	10.942	9.312	6.257
-	Außerordentliche Aufwendungen	-	-	72
-	Kosten für interne Leistungsbeziehungen	4.031	2.878	*
	Summe – Aufwendungen **(ohne interne Leistungsbeziehungen)**	**278.459**	**242.579**	*

* Die Angabe eines Wertes ist teilweise noch nicht möglich bzw. versteht sich als vorläufig. Dies betrifft insbesondere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, Abschreibungen, Rückstellungen und internen Leistungsverrechnungen.

b) Erträge

Privatrechtliche Leistungsentgelte	**787.210,- EUR** **(2023: 793.655,- EUR)**

Privatrechtliche Leistungsentgelte werden im kommunalen Bereich immer dann erzielt, wenn die Zahlung nicht in einem Gesetz, einer Verordnung oder kommunalen Satzung begründet ist, sondern auf einem privatrechtlichen Vertrag basiert. Hierunter fallen insbesondere Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sowie Umsatzerlöse:

	2024	2023
- Erbbauzinsen Max-Beckmann-Weg	198 TEUR	198 TEUR
- Vermietung, Verpachtung	182 TEUR	187 TEUR
- Umsatzerlöse aus Ökopunkten / Holzverkäufen	160 TEUR	169 TEUR
- Umsatzerlöse, Jobticket	106 TEUR	106 TEUR
- Umsatzerlöse, Blockheizkraftwerke	71 TEUR	61 TEUR

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	**18.413.910,- EUR** **(2023: 16.938.810,- EUR)**

Unter öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten werden alle Entgelte verstanden, denen ein Leistungsaustauschverhältnis zugrunde liegt, das vom Leistungsempfänger eine rechtlich festgeschriebene (Gesetz, Verordnung, Satzung) monetäre Gegenleistung verlangt.

Hierunter fallen vor allem Verwaltungs- und Benutzungsgebühren, die sich im Wesentlichen in den folgenden Bereichen darstellen:

Verwaltungsgebühren	**2024**	**2023**
Gesamtsumme	**2.169 TEUR**	**2.189 TEUR**
- Bauaufsicht	500 TEUR	500 TEUR
- Ordnungsrechtliche Angelegenheiten	857 TEUR	930 TEUR
- Standesamt	130 TEUR	130 TEUR

Benutzungsgebühren	**2024**	**2023**
Gesamtsumme	**14.552 TEUR**	**13.082 TEUR**
- Abwassergebühren	10.360 TEUR	9.840 TEUR
- Kindertagesstättengebühren	662 TEUR	645 TEUR
- Friedhofsgebühren	1.620 TEUR	870 TEUR
- Parkometergebühren	450 TEUR	450 TEUR
- Entgelte, Schwimmbäder	310 TEUR	330 TEUR
- Entgelte, Betreuungsschule	380 TEUR	423 TEUR
- Unterbringungsgebühren, Asyl	450 TEUR	230 TEUR
- Sondernutzungen	190 TEUR	170 TEUR

Die Einnahmen aus Abwassergebühren resultieren in Höhe von 1,57 Mio. EUR aus internen Verrechnungen für Liegenschaften der Stadt. Das geplante Aufkommen an

Kindertagesstättengebühren berücksichtigt die Beitragsfreistellung, welche durch eine entsprechende Landeszuweisung kompensiert wird.

Des Weiteren sind dieser Ertragsposition die Verwarnungs- und Bußgelder aus den Bereichen Ordnungsverwaltung, Stadtpolizei, Natur- und Umweltschutz und Bauaufsicht in Höhe von 1.677 TEUR (2023: 1.658 TEUR) zugeordnet.

Kostenersatzleistungen und Kostenerstattungen	**19.294.900,- EUR (2023: 17.704.725,- EUR)**

Unter Kostenersatzleistungen und –erstattungen sind Erträge von Bund, Land, dem Kreis, anderen Gemeinden oder verbundenen Unternehmen geplant, die für erbrachte Leistungen gezahlt werden. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Kostenerstattungen im Asylbereich (3,3 Mio. EUR) und im Rahmen der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (5,7 Mio. EUR).

Insgesamt entfallen die hier veranschlagten Haushaltsmittel in erster Linie auf die folgenden Positionen:

	2024	**2023**
- Betriebskostenumlage, Helen-Keller-Schule	476 TEUR	476 TEUR
- Erstattungen der Schülerfahrtkosten, Helen-Keller-Schule	1.800 TEUR	1.500 TEUR
- Erstattungen des Landes (Unterhaltsvorschuss)	1.835 TEUR	1.575 TEUR
- Erstattungen des Landes (BTHG)	5.730 TEUR	5.138 TEUR
- Erstattungen des Kreises (Hilfen für Zugewanderte)	3.522 TEUR	3.850 TEUR
- Verpflegungskostenersatz, Kindertagesstätten	895 TEUR	778 TEUR
- Gastschulbeiträge	1.003 TEUR	973 TEUR
- Erstattungen im Bereich der Jugendhilfe (ohne Kindertagesstätten)	410 TEUR	305 TEUR
- Kostenerstattungen von Eigengesellschaften für die Verwaltung von Bürgschaften	226 TEUR	226 TEUR
- Kostenerstattungen von Eigenbetrieben/Eigen-gesellschaften für erbrachte Leistungen der Stadt	559 TEUR	548 TEUR
- Infrastrukturkostenausgleich, Main-Taunus-Kreis	147 TEUR	141 TEUR
- Erstattungen des Bundes für Ortsdurchfahrten	82 TEUR	82 TEUR
- Kostenersatzleistungen, Obdachlosenunterbringung	1.106 TEUR	825 TEUR

Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	**840.000,- EUR (2023: 767.000,- EUR)**

Die Position erfasst Bestandsveränderungen an unfertigen und fertigen Erzeugnissen sowie aktivierte Eigenleistungen.

Unter aktivierten Eigenleistungen werden Leistungen in erster Linie der bautechnischen Organisationseinheiten verstanden, die einem konkreten Bauvorhaben zuzuordnen sind und deren Kosten zusammen mit den Herstellungskosten im Anlagevermögen berücksichtigt werden können.

Seit dem Haushaltsjahr 2019 werden in den Teilhaushalten Gebäudewirtschaft und Abwasserbeseitigung entsprechende Erträge veranschlagt.

Steuern, steuerähnliche Erträge einschließlich gesetzlicher Umlagen	**131.916.000,- EUR (2023: 105.723.000,- EUR)**

Die hier veranschlagten kommunalen Steuern und Gemeindeanteile an Gemeinschaftssteuern setzen sich wie folgt zusammen:

		2024 TEUR	2023 TEUR	2022 TEUR
-	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	39.100	38.310	35.674
-	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	8.003	9.200	8.884
-	Gewerbesteuer	60.000	34.000	49.220
-	Grundsteuer A und B	23.063	22.563	21.909
-	Hundesteuer, Spielapparatesteuer	1.750	1.650	1.537

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Das erwartete Aufkommen in Höhe von 39,10 Mio. EUR liegt um 0,79 Mio. EUR über dem Vorjahreswert und wurde auf der Grundlage der Orientierungsdaten des Landes kalkuliert.

Die der Berechnung zugrundeliegenden Schlüsselzahlen basieren auf der Einkommensteuerstatistik 2019 sowie veränderten Sockelbeträgen von 40.000,- bzw. 80.000,- EUR und kommen für die Jahre 2024-2026 zur Anwendung. Grundsätzlich ergibt sich hieraus ein um 1,5 Prozent geringerer Anteil am Gesamtaufkommen als vorherigen Zeitraum.

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer

Zum Ausgleich der Verluste aus der Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer zum 1.1.1998 werden die Gemeinden mit 2,2 % am Aufkommen der Umsatzsteuer beteiligt.

Gegenüber 2023 mit 9,20 Mio. EUR beträgt der Planansatz des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer 8,00 Mio. EUR. Auf Basis des tatsächlichen Aufkommens in 2023 wurden die Steigerungssätze nach den Orientierungsdaten berücksichtigt.

Die Neufestlegung des Verteilungsschlüssels ab 2021 macht sich grundsätzlich mit einem um 8,4 % geringerem Anteil für die Stadt Rüsselsheim negativ bemerkbar.

Grundsteuer A und B

Das Aufkommen der Grundsteuer B wurde wie im Vorjahr mit einem Hebesatz von 800 v.H. kalkuliert und beläuft sich auf 23,00 Mio. EUR (Vorjahr: 22,50 Mio. EUR).

Die Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer B (800 v.H.) im Haushaltsjahr 2013 sowie der Grundsteuer A (680 v.H.) im Haushaltsjahr 2014 wurden im Hinblick auf die Teilnahme der Stadt Rüsselsheim am kommunalen Schutzschirm und dem entsprechend vertraglich vereinbarten Abbaupfad zur Erreichung des Haushaltsausgleichs notwendig.

Gewerbesteuer

Das Aufkommen der Gewerbesteuer wird ausgehend von einem Hebesatz von 420 v.H. mit voraussichtliche 60,00 Mio. EUR (Vorjahr 34,00 Mio. EUR) angenommen.

Hierbei wird von einer Fortschreibung des tatsächlichen Aufkommens der Vorjahre ausgegangen.

Bei einem Vervielfältiger bei der Gewerbesteuerumlage von 35,0 % sind von diesem Gewerbesteueraufkommen 8,33 % (Vorjahr: 8,33 %) abzuführen. Außerdem sind über die Heimatumlage (Vervielfältiger: 21,75 %) weitere 5,17 % abzugeben.

Erträge aus Transferleistungen	**8.891.740.- EUR** **(2023: 4.957.700,- EUR)**

Neben den Ausgleichsleistungen (Familienleistungsausgleich) mit 2,54 Mio. EUR handelt es sich hierbei um Kostenbeteiligungen der vorrangig verpflichteten Leistungsträger bzw. Unterhaltspflichtiger im Jugend- und Sozialbereich.

Im Vergleich zum Vorjahr ist in 2024 bei den Erstattungen und Kostenbeiträgen im Bereich im Rahmen der Jugendhilfe mit 6,01 Mio. EUR ein um 3,75 Mio. EUR höherer Ansatz veranschlagt, der mit entsprechend gestiegenen Transfer-aufwendungen korrespondiert.

Im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen werden die übergeleiteten Ansprüche der Unterhaltspflichtigen mit 341 TEUR wie schon in den Vorjahren nur noch in Höhe der tatsächlich realisierbaren Erträge veranschlagt. Diese Nettoveranschlagung, die bereits die Erträge mit den Aufwendungen aus Forderungsabschreibungen in der Planung saldiert, wurde im Hinblick auf den korrekten Ausweis des Saldos aus Einzahlungen und Auszahlungen in § 1 der Haushaltssatzung vorgenommen. Die Verbuchung im Haushaltsvollzug wird hingegen brutto, d.h. getrennt nach Erträgen und Forderungsabschreibungen vorgenommen.

Erträgen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	**74.610.485,- EUR** **(2023: 83.432.200,- EUR)**

Die Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und allgemeinen Umlagen umfassen im Wesentlichen die folgenden Positionen:

		2024 TEUR	**2023** TEUR
-	Schlüsselzuweisungen	53.466	63.000
-	Zuweisungen des Bundes, Landes und des Kreises für Kindertagesstätten	11.438	10.376
-	Zuweisung des Landes, lokaler ÖPNV	2.061	950
-	Zuweisung des Landes, Zukunft Innenstadt	-	1.197
-	Schuldendiensthilfen	1.587	1.635
-	Zuweisung Landesausgleichsstock	2.500	2.500

Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich

An Schlüsselzuweisungen sind für das Haushaltsjahr 2024 53,47 Mio. EUR (2023: 63,00 Mio. EUR) veranschlagt.

Die Schlüsselzuweisung basieren auf der tatsächlichen Festsetzung für das Ausgleichsjahr 2024. Der gegenüber dem Vorjahr deutlich reduzierte Betrag von 10,27 Mio. EUR resultiert grundsätzlich aus den für den Kommunalen Finanzausgleich maßgeblichen Parametern (Finanzausgleichsmasse, Grundbetrag, Einwohnerzahlen) und berücksichtigt die umfassende gesetzliche Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs zum Ausgleichsjahr 2016.

Im Ausgleichsjahr 2024 lag so die Steuerkraft infolge des guten Gewerbesteueraufkommens der Vorjahre in der den Berechnungen zugrunde-liegenden Referenzperiode (01.07.2022 bis 30.06.2023) um rd. 18,4 % über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zugleich reduzierte sich der Grundbetrag zur Verteilung der Schlüsselmasse um 1,35 %.

Zuweisungen für Kindertagesstätten

Die Zuweisungen für Kindertagestätten gliedern sich wie folgt:

		2024 TEUR	**2023** TEUR
-	Zuweisung des Kreises	1.544	1.130
-	Zuweisung für lfd. Zwecke des Landes	392	238
-	Zuweisung des Landes (Freistellung letztes Kita-Jahr bzw. Gebührenbefreiung)	4.650	4.600
-	Zuweisung des Landes (KiföG)	4.806	4.399
-	Zuweisung des Landes zur Weiterleitung an andere Kitaträger	8	8

Schuldendiensthilfen / Landesausgleichsstock/ „Starke Heimat“

Die Stadt Rüsselsheim erwartet in 2024 wie schon im Vorjahr in Höhe von 2,5 Mio. EUR (2023: 2,5 Mio. EUR) Landeszuweisungen aus dem Landesausgleichsstock. Diese Zuweisungen dienen dem Ausgleich der Hebesatzdifferenzen bei der Festsetzung der Kreisumlage für kreisangehörige Kommunen und den Sonder-statusstädten mit Schulträgerschaft. Hinzu kommen des Weiteren Schuldendiensthilfen gem. Schutzschirmgesetz in einem Umfang von 1,55 Mio. EUR (2023: 1,64 Mio. EUR).

Im Zusammenhang mit dem Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage fördert das Land Hessen nach dem „Starke Heimat“-Gesetz ab 2020 die Kommunen in den Bereichen Kinderbetreuung, Schulen, Mobilität/ÖPNV und Digitalisierung.

Für Maßnahmen des Klimaschutzes und zur Unterhaltung der Ladeinfrastruktur werden Zuweisungen in Höhe von jeweils 0,14 Mio. EUR gewährt.

Im Gegenzug ist eine sog. Heimatumlage in Höhe von 3,11 Mio. EUR zu entrichten, die 75 % der ersparten Gewerbesteuerumlage beträgt.

Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Beiträgen für Investitionen	**4.203.710,- EUR** **(2023: 4.131.670,- EUR)**

Zuweisungen (vor allem des Landes Hessen und des Bundes) für investive Zwecke sowie Erschließungsbeiträge sind als Sonderposten zu passivieren und über die

Nutzungsdauer des finanzierten Anlagevermögens wieder ertragswirksam aufzulösen.

Diese nicht zahlungswirksame Ertragsposition wird im Ergebnishaushalt veranschlagt und ist in Zusammenhang mit den eingestellten Abschreibungen zu sehen. Während Aufwendungen aus Abschreibungen das Jahresergebnis belasten, führen die korrespondierenden Erträge aus Sonderposten zu einer Entlastung. Per Saldo verschlechtert sich hierdurch das Planergebnis um 9,55 Mio. EUR.

Sonstige ordentliche Erträge	**3.699.740,- EUR** **(2023: 3.748.095,- EUR)**

Unter die sonstigen ordentlichen Erträge fallen in erster Linie die zu erwartenden Konzessionsabgaben der Stadtwerke GmbH aus den Bereichen Gas, Strom und Wasser (2.642 TEUR) sowie Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung.

Finanzerträge	**4.045.540,- EUR** **(2023: 3.910.020,- EUR)**

Finanzerträge resultieren allgemein aus Erträgen aus Geldanlagen, Beteiligungen sowie Ausleihungen der Stadt. Sie setzen sich u.a. wie folgt zusammen:

		2024 EUR	**2023** EUR
-	Überschuss, Eigenbetrieb Betriebshöfe	2.181.000	2.180.000
-	Zinserträge aus gewährten Darlehen an Beteiligungen	95.900	100.300
-	Bankzinsen	5.000	-
-	Säumniszuschläge, Mahngebühren und die Verzinsung von Forderungen, u.ä.	532.600	428.500

Im Haushaltsjahr 2024 ist eine einmalige Liquiditätsrückführung in Höhe von 2,0 Mio. EUR des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe an die Stadt Rüsselsheim geplant. Der Betrag resultiert aus der Liquiditätsausstattung der 2016 gegründeten Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR und diente damals der Finanzierung der Übernahme des Anlagevermögens vom Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe. Die Abführung war ursprünglich bereits für die Vorjahre vorgesehen und versteht sich daher als Wiederholungsveranschlagung.

Die veranschlagten Zinserträge an Beteiligungen in Höhe von 95.900,- EUR resultieren aus gewährten Darlehen insbesondere im Rahmen der Wohnungsbauförderung.

Außerordentliche Erträge	-

Außerordentliche Erträge erfassen in der Regel außergewöhnliche Geschäftsvorfälle, die nicht dem Regelbetrieb zugeordnet werden sollen. Der außerordentliche Charakter kann dabei u.a. in der Einzigartigkeit oder dem mangelnden Perioden-

bezug des Ertrags begründet sein. Die Planung von außerordentlichen Erträgen ist in der Regel nicht möglich.

Erlöse und Kosten aus internen Leistungsbeziehungen	**4.031.475,- EUR** **(2023: 3.646.560,- EUR)**

Wie schon in den vergangenen Haushaltsjahren wird über die Veranschlagung interner Verrechnungen vor allem in den gebührenrechnenden Einrichtungen (Abwasserbeseitigung, Bestattungswesen) der verwaltungsinterne Leistungsaustausch mit anderen Organisationseinheiten dokumentiert. Des Weiteren wird in den Gebührenhaushalten die Verrechnung einer kalkulatorischen Verzinsung veranschlagt.

Infolge organisatorischer Veränderungen werden seit dem Haushaltsjahr 2015 Erlöse aus internen Leistungsverrechnungen für die Inanspruchnahme von Leistungen der Werkstätten des Fachbereichs Gebäudewirtschaft veranschlagt.

Mit der Angliederung der Werkstätten des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe in den Teilbereichen Malerei, Schreinerei und Schlosserei an den Fachbereich Gebäudewirtschaft zum 01.01.2015 entfielen die bisher veranschlagten Kostenerstattungen an den Eigenbetrieb für Bauunterhaltung. Stattdessen werden im Rahmen von internen Leistungsverrechnungen die im Teilhaushalt 010160070 (Gebäudewirtschaft, Werkstätten) veranschlagten Personal- und Sachaufwendungen auf die Organisationseinheiten und Einrichtungen weiterbelastet, die entsprechende Leistungen von den Werkstätten abrufen.

c) Aufwendungen

Personal- und Versorgungsaufwendungen	**84.115.450,- EUR** **(2023: 74.175.000,- EUR)**

Die Ermittlung der Personal- und Versorgungsaufwendungen basiert grundsätzlich auf dem Stellenplan 2023 sowie anteilig bedarfsbedingten Stellenausweitungen im Stellenplan 2024[1] und berücksichtigt Personaldurchschnittswerten je Produkt pro Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe inkl. der bekannten Tariferhöhung von 200,00 EUR zzgl. 5,50 %. Vor dem Hintergrund der konsolidierungsbedingten restriktiven Personalbewirtschaftung wurden allerdings in der Haushaltsplanung lediglich die aktuell tatsächlich besetzten Stellen berücksichtigt.

Des Weiteren wurde angesichts der regelmäßig verzögerten Stellenbesetzungen bzw. –wiederbesetzungen und aufgrund des generellen Fachkräftemangels der Planansatz für Personal- und Versorgungsaufwendungen 2024 auf 84,1 Mio. EUR gedeckelt, was einer pauschalen Budgetreduzierung von rd. 4,6 % entspricht.

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen enthalten Aufwendungen zur Bildung von Pensions- (1.401 TEUR), Beihilferückstellungen (129 TEUR) und sowie der Altersteilzeit-Rückstellungen (22 TEUR). Diese Rückstellungen dienen der

[1] Zu Details siehe Anlage zum Stellenplan 2024.

periodengerechten Darstellung von Personalaufwendungen und sind im doppischen Haushaltsrecht zwingend vorgeschrieben. Sie sind zwar ergebniswirksam, führen jedoch im laufenden Jahr nicht zu Auszahlungen bzw. Einzahlungen und stellen damit rein buchhalterische Kalkulationswerte dar.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	**41.979.397,- EUR** **(2023: 38.498.485,- EUR)**

Diese Kontengruppe umfasst die meisten der für den laufenden Verwaltungsbetrieb notwendigen Aufwendungen wie Bauunterhaltung, Bewirtschaftungskosten, Geschäftsausgaben, aber auch besondere Projekte. Die Ansätze, die um rd. 9 % über den Vorjahreswerten liegen, spiegeln neben neuen Maßnahmen im Bereich der ökologischen Transformation und der Stadtentwicklung vor allem die in vielen Bereichen zu verzeichnenden Preissteigerungen wider.

Die Schwerpunkte werden dabei von den folgenden Positionen gebildet:

	Bezeichnung	Ansatz **2024** TEUR	Ansatz **2023** TEUR	Ergebnis **2022** TEUR
-	Aufwendungen, Entschädigungen für ehrenamtlich Tätige	**230**	**234**	**238**
-	Förderung der Fraktionsarbeit	**87**	**100**	**87**
-	Bauunterhaltung	**6.140**	**4.348**	**5.717**
	darunter:			
	- Vermieter-Bauunterhaltung	2.706	2.657	4.010
	- Wartungskosten Gebäude	1.100	-	-
	- Mieter-Bauunterhaltung	92	76	168
	- Contracting Heizung (Grundpreis)	249	267	218
	- Farbleitsystem	8	15	7
	- Unterhaltung von Signalanlagen, Verkehrszeichen, Geschwindigkeitsmeßanlagen und Maßnahmen der der Verkehrssicherung	506	524	558
	- Unterhaltung der Straßen und Brücken	1.042	925	642
	- Sanierung Bensheimer Straße	-	-	44
	- Sanierung Frankfurter Straße	-	-	22
	- Unterhaltung des Kanalnetzes u. Pumpstationen	293	320	319
	- Entschlammungskosten, Unterhaltung von Gräben, Renaturierungskosten	564	30	40
	- sonstige Instandhaltung von Außenanlagen, Außenspielanlagen, Feldwegen, Sportflächen	128	164	97
	- Grünanlagen inkl. Sondermaßnahmen	276	186	216
	- Unterhaltung Brunnen, Denkmäler, Kunstwerke	4	39	83
	- Unterhaltung der städtischen Weihnachts-Beleuchtung	8	8	5
-	Bewirtschaftungskosten	**8.623**	**9.017**	**9.685**
	davon:			
	- Heizkosten	1.472	1.805	1.675
	- Stromkosten	1.797	2.338	1.692
	- Reinigungskosten	2.111	2.031	3.410
	- Abwassergebühr, Wassergeld	1.767	1.697	1.735
	- Grundsteuer, Müll, Straßenreinigung	709	551	642
	- Gebäudeversicherung	747	580	486
	- sonstige Aufwendungen der Gebäudebewirtschaftung	20	15	45
-	Kosten der Pavillons	**1.058**	**380**	**413**
-	Unterhaltung und Wartung EDV, Netzwerk, GIS, Softwarepflegekosten	**1.137**	**1.104**	**772**
-	Benutzerentgelte, Ekom21	**863**	**925**	**885**

	Bezeichnung	Ansatz 2024 TEUR	Ansatz 2023 TEUR	Ergebnis 2022 TEUR
-	Maßnahmen der Stadtentwicklung	230	796	75
-	Wohnumfeldpflege, Dicker Busch	15	15	19
-	Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	14	13	12
-	Kulturelle Bildung an Schulen	13	15	8
-	Handlungsschwerpunkt „Freizeit, Kultur, Bildung qualifizieren“	**45**	47	42
-	Integrationsmaßnahmen	**14**	**10**	**16**
-	Rüsselsheim-Pass, Ersatzleistungen	**84**	**123**	**58**
-	Obdachlosenunterbringung	**847**	**730**	**643**
-	Öffentlichkeitsarbeit	**28**	**31**	**30**
	Klassikertreffen	**89**		
-	Social Media	**18**	**13**	**10**
-	Kosten des Marketing	**95**	**90**	**61**
-	Versicherungsprämien (Haftpflichtversicherung, Kfz-, Einbruch-, Diebstahl-, Feuer-Inhaltsversicherung, Eigenschadenversicherung, etc., ohne Gebäudevers.)	**1.511**	**1.394**	**1.101**
-	Aufwendungen für Aus- und Fortbildung (ohne EDV)	**592**	**468**	**349**
-	EDV-Fortbildung	**105**	**94**	**35**
-	Entwicklung „New Work“	**38**	**50**	**-**
-	Lehr- und Unterrichtsmittel	**74**	**82**	**43**
-	Geschäftsaufwendungen i.e.S.	**861**	**748**	**938**
	davon:			
	- Aufwendungen für Büromaterial, etc.	227	181	252
	- Aufwendungen f. Zeitungen, Fachliteratur	79	75	108
	- Porto- und Versandkosten	160	245	229
	- Telefonkosten, Kosten der Telefonanlage	286	146	246
	- Reisekosten	62	47	49
	- GEMA-, Rundfunk- und Fernsehgebühren	14	12	13
	- amtliche Bekanntmachungen	33	42	41
-	Kosten, Glasfaseranschluss	**86**	**168**	**45**
-	Ganztagsangebote	**926**	**926**	**639**
-	Schülerbeförderungskosten	**3.950**	**3.209**	**4.062**
-	Städtischer Wald, Kosten der Beförsterung, Unternehmereinsatz zur Bewirtschaftung, klimaangepasstes Waldmanagement	**234**	**225**	**110**
-	Beratungskosten, Gutachten	**201**	**195**	**156**
-	Krisenprävention	**51**	**100**	**42**
-	Klimaschutz, Biodiversität	**199**	**335**	**5**
-	Bauleitplanung, Bauleitplanung Stellantisflächen	**76**	**60**	**113**
-	Rahmenplanung, Rüsselsheim West	**203**		
-	Prozessbegleitung Opel-Forum und Innenstadt	**25**	**50**	**2**
-	Entwicklungsmaßnahmen, Stellantisflächen	**304**	**302**	**385**
-	Zukunft Innenstadt	**-**	**630**	**-**

Bauunterhaltung

An Vermieter-Bauunterhaltung sind insgesamt 3,8 Mio. EUR veranschlagt. Da dieser Aufwandsbereich von einer Vielzahl von Maßnahmen geprägt wird, sind die jeweiligen Jahreswerte nur schwer zu vergleichen. Ab dem Haushaltsjahr 2024

werden die jährlichen vertragsgebundenen Wartungskosten (1,1 Mio. EUR) separat dargestellt. Wesentliche Sondermaßnahmen sind ggf. in den Erläuterungen zu den einzelnen Produktbereichen aufgeführt.

Dabei ist die zwingende Einhaltung der Abgrenzung von Unterhaltungsaufwand (Ergebnishaushalt) und Anschaffungs- und Herstellungskosten (investiver Finanzhaushalt) von besonderer Bedeutung, da mit Herstellungskosten stets eine Vermögensmehrung einhergeht. Reine Unterhaltungsmaßnahmen sind dagegen im Ergebnishaushalt abgebildet und liegen regelmäßig dann vor, wenn mit der baulichen Maßnahme keine Substanzmehrung oder wesentliche Verbesserung bewirkt wird.

Der Höhe des Haushaltsansatzes 2024 berücksichtigt die Deckelung aller Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen auf eine Gesamtsumme von 42,0 Mio. EUR. Zum dauerhaften Erhalt der Bausubstanz wäre es nach KGSt-Gutachten tatsächlich notwendig eine Summe von 1,2 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten aufzuwenden (rd. 10 Mio. EUR).

Abschreibungen	**13.756.590,- EUR** **(2023: 13.272.960,- EUR)**

Abschreibungen weisen den jährlichen Werteverzehr eines Anlagegutes aus und ergeben sich aus der Verteilung der Anschaffungskosten über eine angenommene regelmäßige Nutzungsdauer. Sie dienen damit zum einen der Periodisierung investiver Maßnahmen und stellen zum anderen insbesondere in den gebührenrechnenden Teilhaushalten einen maßgeblichen Kostenfaktor dar. Abschreibungen sind zwar nicht zahlungswirksam und bewirken daher auch keine Zunahme der Verschuldung, beeinflussen aber als Aufwand das Jahresergebnis.

Da den im Haushaltsplan 2024 veranschlagten Abschreibungen in einem gewissen Umfang korrespondierende Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (rd. 4,2 Mio. EUR) gegenüberstehen, wird das Jahresergebnis per Saldo nur mit 9,5 Mio. EUR belastet.

Die Planwerte resultieren grundsätzlich aus der Fortschreibung der sich aus der Eröffnungsbilanz und den folgenden Jahresabschlüssen ergebenden Vermögenswerte, wobei bestimmte Vermögensgruppen, für die in der Eröffnungsbilanz noch eine Restnutzungsdauer definiert wurde, sukzessive keine Abschreibungen mehr aufwiesen.

Einzelwertberichtigungen auf der Basis der Forderungsausfälle werden weiterhin nicht veranschlagt, sondern sofern absehbar bereits die entsprechenden Erträge in der Planung reduziert. Diese Verfahrensweise war notwendig, um das liquiditätswirksame Planergebnis korrekt darstellen zu können. Im Rahmen des jeweiligen Jahresabschlusses bzw. des Haushaltsvollzugs werden allerdings wieder Forderungsabschreibungen zu verbuchen sein.

Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse, Kostenerstattungen und besondere Finanzaufwendungen	**37.566.495,- EUR** **(2023: 34.066.960,- EUR)**

Unter diese Position werden vor allem Aufwendungen für Zuschüsse an die verschiedensten Bereiche, Kostenerstattungen an Eigenbetriebe und Eigengesellschaften sowie Gastschulbeiträge abgebildet.

	Ansatz **2024** EUR	Ansatz **2023** EUR	Ergebnis **2022** EUR
- Zuschüsse	13.230	11.349	10.436
- Gastschulbeiträge u.ä.	2.128	2.222	1.687
- Kostenerstattung an die Städteservice AöR	10.342	10.164	9.989
- Kostenerstattungen an den Eigenbetrieb Eigenbetrieb Kultur 123	245	270	193
- Kostenerstattung, Pensionslasten GPR gGmbH	700		
- Kostenerstattung an die Stadtwerke (ÖPNV)	3.700	3.259	3.450
- Kostenerstattung an die Stadtwerke (Straßenbeleuchtung)	1.770	1.800	1.616
- Kostenerstattungen und Ausgleichszahlungen im Rahmen der Lokalen Nahverkehrsorganisation	2.959	2.951	2.810
- Schülerfahrtkostenerstattung	380	380	319
- Ersatz an andere Jugendhilfeträger	806	576	695
- Kostenerstattung an die Bundesdruckerei	470	460	463

Wichtige Zuschussbereiche

	Bezeichnung	Ansatz **2024** TEUR	Ansatz **2023** TEUR	Ergebnis **2022** TEUR
-	Zuschüsse an andere Kita-Träger	7.823	6.900	6.668
-	Zuschüsse, Opel-Villen	477	441	391
	davon:			
	- Zuschuss für die Bespielung	316	261	261
	- Zuschuss für Bauunterhaltung	161	130	130
-	Zuschuss Standortmarketinggesellschaft, Region Frankfurt RheinMain	48	48	40
-	Zuschüsse, Verein „Auszeit“ e.V.	744	621	510
	davon:			
	- Jugendarbeit Bauschheim	140	110	84
	- Jugendarbeit B-Siedlung	284	237	187
	- Jugendarbeit Eichgrund/Berliner Viertel	320	274	240
-	Zuschuss an den Ausbildungsverbund Metall	67	67	67
-	Zuschüsse an Sportvereine	286	286	256

	Bezeichnung	Ansatz **2024** TEUR	Ansatz **2023** TEUR	Ergebnis **2022** TEUR
-	Zuschuss, Beratungsstelle für Kinder und Jugendliche	169	150	137
-	komm. Zuschuss, Ganztagsangebote	255	271	193
-	Zuschuss, Beratungsstelle Wildwasser	96	90	64
-	Zuschuss an die Jugend- und Drogenberatungs-stelle	133	100	84
-	Förderung soziokulturelles Zentrum Rollwerk	150		
-	Förderung soziokulturelles Zentrum Das Rind	128		
-	Zuschüsse BelR!Festival	65		
-	Zuschuss, Gemeinwesenprojekt Dicker Busch	133	56	56

Kostenerstattungen, Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe / Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Die **kontenmäßige Darstellung und Verteilung** der im vorliegenden Haushaltsplan 2024 veranschlagten Kostenerstattungen sind im Hinblick auf die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit gegründete Städteservice Raunheim/ Rüsselsheim AöR weiterhin noch als vorläufig zu betrachten.

Für die Inanspruchnahme von Leistungen der Städteservice AöR sind im Haushaltsjahr 2024 insgesamt Kostenerstattungen in Höhe von 10,34 Mio. EUR (2023: 10,16 Mio. EUR) veranschlagt. Damit erfolgt im Gegensatz zu den Vorjahren wieder eine grundsätzlich vertraglich vereinbarte pauschale jährliche Anpassung der Kostenerstattungen. Demgegenüber stehen Erträge in Höhe von 0,1 Mio. EUR insbesondere aus der Anmietung von Liegenschaften der Stadt durch die AöR.

Steuern und ähnliche Aufwendungen, gesetzliche Umlageverpflichtungen	**46.213.330,- EUR** **(2023: 39.277.280,- EUR)**

Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen entstehen bei der Stadt Rüsselsheim im Haushaltsjahr 2024 vor allem in den folgenden Bereichen:

		Ansatz **2024** TEUR	Ansatz **2023** TEUR	Ergebnis **2022** TEUR
-	Kreisumlage	**36.177**	**29.700**	**28.051**
-	Heimatumlage	**3.107**	**1.761**	**2.427**
-	Umlage an den Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim	**4.500**	**4.498**	**3.774**
-	Umlage an den Planungsverband Frankfurt, Region Rhein-Main	**400**	**400**	**395**
-	Gewerbesteuerumlage	**5.000**	**2.833**	**3.906**

Kreisumlage

Der Ansatz für die Kreisumlage in Höhe von 36,18 Mio. EUR (2023: 29,70 Mio. EUR) ergibt sich aus den Parametern der Neustrukturierung des Kommunalen Finanzausgleichs zum Ausgleichsjahr 2023 und steht in Korrelation mit dem Wert der geplanten Schlüsselzuweisung. Die Kalkulation basiert des Weiteren auf einem vom Kreis Groß-Gerau erhobenen Hebesatz zur Bemessung der Kreisumlage in Höhe

von 43,19 % (Vorjahr 38,81 %). Hierbei ist bereits eine Reduzierung der Kreisumlage um 1,96 Mio. EUR berücksichtigt, die sich auf die anteilige Finanzierung der Kreisklinik bezieht.

Die Kreisumlage kann zudem durch die Inanspruchnahme der FAG-Rückstellung aus dem Jahr 2022 um 1,4 Mio. EUR entlastet werden.

Gewerbesteuerumlage

Der Vervielfältiger für die Gewerbesteuerumlage wurde mit 35,0 % kalkuliert. Seit 2020 hat sich der Vervielfältiger damit durch den Wegfall des Zuschlags für die Kosten der Deutschen Einheit um 29 %-Punkte reduziert.

Auf der Basis dieses Vervielfältigers und eines Hebesatzes von 420 v.H. werden im Haushaltsjahr 2024 5,00 Mio. EUR (2023: 2,83 Mio. EUR) an Gewerbesteuerumlage veranschlagt. Als Gewerbesteuerumlage sind somit im Jahr 2023 wie bereits im Vorjahr 8,33 % des erwarteten Gewerbesteueraufkommens von 60,0 Mio. EUR abzuführen.

Heimatumlage

Mit dem sog. „Starke Heimat“-Gesetz wurde im Jahr 2020 eine auf dem Aufkommen der Gewerbesteuer basierende neue Umlage eingeführt. Diese Heimatumlage beträgt 21,75 %-Punkte und entspricht damit 75 % der ersparten Erhöhungszahl der Gewerbesteuerumlage von 29 %-Punkten.

Im Gegenzug erhalten die Kommunen im Rahmen des „Starke Heimat“-Gesetzes Zuweisungen u.a. zur Förderung von Kinderbetreuung, Mobilität und Digitalisierung.

Transferaufwendungen	**35.086.305,- EUR** **(2023: 25.025.000,- EUR)**

Unter Transferaufwendungen werden Geldleistungen an bedürftige Personen verstanden, denen keine Gegenleistungen gegenüberstehen. Transferleistungen fallen vor allem in den Bereichen der Sozial- und Jugendhilfe an. Auf die einzelnen Produktbereiche bezogen verteilen sie sich wie folgt:

Produkt-bereich		Ansatz **2024** TEUR	Ansatz **2023** TEUR	Ergebnis **2022** TEUR
01	Innere Verwaltung	3	3	3
03	Schulträgeraufgaben	192	120	52
	- Zuschüsse Betreuungsschul-gebühren	192	120	52
04	Kultur und Wissenschaft	64	19	14
05	Soziale Leistungen	8.736	7.764	7.528
	darunter:			
	- Leistungen (UVG)	2.860	2.455	2.189
	- Leistungen (BTHG	5.730	5.138	4.994

06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	26.121	17.138	18.760
	darunter:			
	- Zuschüsse, Kitagebühren	50	50	57
	- Leistungen der Jugendhilfe i.e.S.	25.966	17.046	18.471

Sonstige ordentliche Aufwendungen	**8.679.610,- EUR** **(2023: 8.951.760,- EUR)**

Unter diese Position fallen neben Aufwendungen für Steuern insbesondere die Aufwendungen zur Verlustabdeckung der kommunalen Eigenbetriebe.

Verlustübernahmen für die jeweiligen Wirtschaftsjahre fallen in folgenden Bereichen an:

	Ansatz **2024** EUR	Ansatz **2023** EUR	Ergebnis **2022** EUR
- Verlustübernahme Eigenbetrieb Kultur 123	8.674	8.948	6.952[2]
- Verlustübernahme Stadtentwicklungsgesellschaft	-	-	30

Eigenbetrieb Kultur 123

Der seit 01.01.1998 als Eigenbetrieb geführten Volkshochschule wurden im Haushaltsjahr 2007 die Kulturverwaltung, das Stadttheater sowie die Musikschule angegliedert. Entsprechend der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung wurde mit dem Haushaltsjahr 2013 auch die Stadtbücherei dem Eigenbetrieb zugeordnet.

Die veranschlagten voraussichtlichen Verluste des Wirtschaftsjahres 2024 werden wie bereits in den Vorjahren unterjährig in Form von Abschlägen finanziert. Hierfür werden insgesamt 8.674 TEUR bereitgestellt, die sich in den einzelnen Betriebszweigen wie folgt darstellen:

- Kulturverwaltung/Stadttheater: 3.660 TEUR (2023: 3.788 TEUR)
- Volkshochschule: 1.633 TEUR (2023: 1.988 TEUR)
- Musikschule: 1.213 TEUR (2023: 1.211 TEUR)
- Stadtbücherei: 2.168 TEUR (2023: 1.961 TEUR)

Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe / Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Mit der Übernahme der Aufgaben des bisherigen Eigenbetriebs durch die zu gründenden Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR entfällt die bisher für den Eigenbetrieb veranschlagte Verlustübernahme. Ein etwaiger Verlust oder Gewinn der AöR wird erst im Rahmen der jeweiligen Jahresabschlüsse unter Berücksichtigung der unterjährig zu zahlenden Kostenerstattungen festgestellt werden und ist grundsätzlich kaum planbar. Für den Resteigenbetrieb Städtische Betriebshöfe wird mit einer Gewinnabführung von 181.000,- EUR sowie einer einmaligen Liquiditätsabschöpfung von 2,0 Mio. EUR (Wiederholungsveranschlagung) gerechnet.

[2] Vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**10.941.600,- EUR** **(2023: 9.312.100,- EUR)**

Die gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegenen Zinsaufwendungen resultieren neben dem gegenüber den Vorjahren höheren Zinsniveau im Bereich der Liquiditäts- und Investitionskredite insbesondere aus der Realisierung von Kreditermächtigungen zur Finanzierung des Investitionsvolumens.

Mit der Ablösung von Liquiditätskrediten im Rahmen des Entschuldungsfonds in Höhe von insgesamt 128,8 Mio. EUR in den Jahren 2013 bis 2015 und vor allem aus den vollzogenen Ablösungen der Kassenkredite im Rahmen der sog. „Hessenkasse“ 2018 sind grundsätzlich alle aufgelaufenen Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten entfallen. Allerdings hat die Stadt im Gegenzug 30 Jahre lang einen Betrag von rd. 1,6 Mio. EUR (25,- EUR je Einwohner) als Tilgungsbeitrag über den Finanzhaushalt zu zahlen. Dieser ist zusammen mit den übrigen Tilgungsauszahlungen seit dem Jahr 2022 durch Überschüsse aus dem Ergebnishaushalt zu finanzieren.

Des Weiteren sind hier Zinsaufwendungen im Rahmen von Zinssicherungs-geschäften in Höhe von 1,3 Mio. EUR enthalten, denen wiederum Erträge in Höhe von 1,2 Mio. EUR gegenüberstehen.

Die Zinsen im Rahmen des Schutzschirmgesetzes sind mit 2,44 Mio. EUR veranschlagt. Diese korrespondieren mit entsprechenden Erträgen in Höhe von 1,59 Mio. EUR (Schuldendiensthilfen).

IV. Finanzhaushalt

1. Allgemeines

Der Gesamtfinanzhaushalt weist im Gegensatz zum Gesamtergebnishaushalt alle liquiditätswirksamen Zahlungen aus.

In den vorliegenden Teilfinanzhaushalten auf Produktebene werden jedoch nur die Ein- und Auszahlungen für Investitionen dargestellt. Daneben sind hier auch die produktbezogenen Investitionsvorhaben beschrieben.

2. Überblick

Das Volumen des Finanzhaushaltes 2024 beträgt

57,1 Mio. EUR

und beinhaltet folgende Maßnahmen:

- Schulbereich mit 21,4 Mio. EUR
- Kindertagesstätten mit 3,4 Mio. EUR

- Grundhafte Sanierung des Kanalnetzes mit 2,9 Mio. EUR
- Neubau, grundhafte Sanierung und Umgestaltung von Straßen, Radwegen, Brücken und Plätzen mit 7,9 Mio. EUR
- Verkehrsüberwachungssäulen mit 0,9 Mio. €
- Brandschutz mit 1,5 Mio. EUR
- Darlehen an das GPR mit 6,0 Mio. €
- Ankauf von Grundstücken mit 5,8 Mio. EUR
- Gebäudeunterhaltung mit 0,7 Mio. EUR
- Sportbereich mit 1,0 Mio. €
- Park- und Gartenanlagen mit 1,7 Mio. EUR

Das Gesamtinvestitionsvolumen von 57,1 Mio. EUR beinhaltet Wiederholungsveranschlagungen aus dem Haushaltsjahr 2023 in Höhe von rund 0,2 Mio. EUR, die unter Liquiditätsgesichtspunkten erst in 2024 zur Auszahlung kommen.

Zur Mitfinanzierung der Maßnahmen werden Einzahlungen in Höhe von rund 6,3 Mio. EUR erwartet.

Zur Finanzierung des Restbetrages von 50,8 Mio. EUR werden Kreditaufnahmen notwendig, die einer Einzelgenehmigung durch die Aufsichtsbehörde bedürfen.

3. Investive Einzahlungen

Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und – zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen und Erstattungen	**5.751.650**

Die Einzahlungen stellen sich wie folgt dar:

	EUR
- Schulverwaltung MEP Fördermittel vom Land	1.500.000
- Zuweisung Land für Videoüberwachung	165.000
- Beiträge	160.000
- Fehlbelegungsabgabe	300.000
- Regionalfonds	200.000
- Umbau von Bushaltestellen	840.000
- Klimaschutzinitiative Fahrradabstellanlagen	50.000
Fördermittel Fahnenschrank Museum	10.000
Radweg Oppenheimer Straße	70.000
- Zuschuss Land – Sanierung Rasenflächen	50.000
- Sanierung Laufbahn	50.000
- Zuschuss Jagdgenossenschaft	1.650
- Gemeindestr. Förderung der Maßnahmen aus dem RVK	150.000
- Grundschule Hasengrund Versicherungserstattung	2.200.000
- Ausgleich Baumschutzsatzung	5.000

Einzahlungen aus Tilgungen von Darlehen	**519.990 EUR**

Die Tilgungsrückflüsse setzen sich wie folgt zusammen:

		EUR
-	Darlehen an GPR GmbH	87.930
-	Wohnungsbaudarlehen	394.200
-	sonstige Privatdarlehen	90
-	Tilgung von der Nassauischen Heimstätte	37.770

Einzahlungen aus Kreditaufnahmen für Investitionen	**50.798.200**

Zur Finanzierung der nicht aus anderen Einzahlungen gedeckten Investitionsvorhaben sind an Kreditaufnahmen insgesamt 50,8 Mio. EUR in den Etat eingestellt.

4. Investive Auszahlungen

Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	**57.069.840**

Die Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen gliedern sich wie folgt:

		Mio. EUR
-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	40,0
-	Zuweisungen und Zuschüsse	6,3
	davon:	
	-	
	- Kitas (freie Träger) Baul. Maßnahmen	0,3
	- GPR, Investitionszuschuss	6,0
	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	4,7
	Erwerb von Finanzanlagevermögen	0,1
	Erwerb von Grundstücken	5,7

Auszahlungen für Tilgungsleistungen	**13.127.750**

Die Auszahlungen für Tilgungen von investiven Darlehen resultieren aus Kreditnahmen am Kreditmarkt und aus Krediten des Landes Hessen im Rahmen des Hessischen Investitionsfonds sowie der Tilgungsanteil für die Hessenkasse.

5. Neu in den Etat aufgenommene Vorhaben

Für folgende wesentliche Bauvorhaben werden mit dem Haushalt 2024 erstmals Mittel bereitgestellt:

Bezeichnung des Vorhabens	**Haushaltsansatz 2024** EUR
- Gerhart-Hauptmann-Schule - Weiterentwicklung	-200.000
- Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßnahmen Dicker Busch II	-500.000
- Abwasserbes. - Sanierung Regenklärbecken Hasensee	-250.000
- Abwasserbes. - Sanierung Elektro- und Maschinentechnik Pumpstation Königstädten	-600.000
- Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Schillerstraße	-250.000
- Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Friedrich-Ebert-Straße zw. Hans-Sachs- und Bernhard-Adelung-Str.	-280.000
- Gemeindestr. - Umgestaltung der Gehwege Moritz-von Schwind- und Hans-Thoma-Str.	-200.000

6. Verpflichtungsermächtigungen

Mit dem Instrument der Verpflichtungsermächtigung wird sichergestellt, dass im laufenden Jahr Verpflichtungen eingegangen werden dürfen, die erst künftige Haushaltsjahre belasten werden.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2024 beträgt 8.540.000 EUR und verteilt sich wie folgt:

Bezeichnung des Vorhabens	Verpflichtungsermächtigung 2024 EUR
- Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mainstraße 7 / Sanierung Planungskosten	-100.000
- Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung – Rathaus / Sanierung Planungskosten	-100.000
- Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Ludwig-Dörfler-Allee / Palais Verna / Sanierung Planungskosten	-100.000
- Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mainzer Straße 11 / Sanierung Planungskosten	-50.000
- Brandschutz - Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge	-550.000
Brandschutz - Sanierung + Erweiterung	-200.000
- Feuerwehrstützpunkt	
- Schulverwaltung - Medienentwicklungsplan / Digitalpakt (MEP)	-1.500.000
- Goetheschule - Ganztagsangebot + Erweiterung mit Klassenräumen	-200.000
- Albrecht-Dürer-Schule - Sanierung/Neubau Planungskosten	-100.000
- Georg-Büchner-Schule - Neubau und Sanierung	-500.000
- Eichgrundschule - Planung zur Optimierung Ganztagsbetreuung / zusätzliche Klassenräume / Interim + Planung	-500.000
- Gerhart-Hauptmann-Schule - Weiterentwicklung	-400.000
- Max-Planck-Schule - Atrium/Hauptgebäude Sanierung	-500.000
Immanuel-Kant-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	-500.000
Borngrabenschule - Abarbeitung Sanierungsstau	-300.000
Helen-Keller-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	-300.000
A.-v.-Humboldt-Schule - Sanierung Sporthalle Dicker Busch	-300.000

-	Kita allg. - Großraumbriefkästen	-50.000
	Kita allg. - Digitalisierung aller Kitas	-190.000
	Kita Liebigstraße - bauliche Veränderungen (Planungsrate)	-100.000
	Kita Sachsenweg 8 - Abbruch Pavillon (1 Gruppe) / neuer Anbau zwei Gruppen	-500.000
	Kita Hessenring 70 - Neubau Planungskosten	-200.000
	Kita Amselstraße - Neubau – Planungskosten	-300.000
	Kita Paul-Hessemer-Straße Neubau	-100.000
-	Tiefgarage Löwenplatz - Brandschutz/Lüftung/GLT/ Sprinkler	-300.000
	Parkhaus An der Festung - Sanierung Planungskosten	-200.000
-	Bestattungswesen - Waldfriedhof Trauerhalle grundhafte Sanierung	-100.000
-	Stadthalle - grundhafte Sanierung	-300.000
	Summe	**8.540.000**

7. Wiederholungsveranschlagungen

Um auch in der Planung der tatsächlichen Zahlungswirksamkeit von Haushaltsansätzen Rechnung zu tragen, wurden im investiven Finanzhaushalt 2024 folgende Haushaltsmittel des Jahres 2023 als Wiederholungsveranschlagungen neu veranschlagt:

Investitionsnr.	**Bezeichnung**	**Haushalts-ansatz**	darunter: **Wiederholungs-veranschlagung**
		EUR	EUR
03012110AB	Otto-Hahn-Schule – Abarbeitung Sanierungsstau	75.000	75.000
12016300ED	Stadion/Außensportanlagen – Zuschuss Land Sanierung Rasenfläche	50.000	50.000
12016300EF	Stadion/Außensportanlagen - Zuschuss Land Sanierung Laufbahn	50.000	50.000

V. Schulden

1. Allgemeines

Die Schulden der Stadt Rüsselsheim gliedern sich in langfristige Investitionskredite und kurzfristige Liquiditätskredite (ehemals Kassenkredite).

Den Schulden aus langfristigen Krediten stehen in der Regel langfristig nutzbare Investitionsgüter, die als Anlagevermögen in der Bilanz ausgewiesen werden, gegenüber.
Kredite werden ausschließlich gemäß dem Gesamtdeckungsprinzip veranschlagt.

Dagegen stehen kurzfristige Kredite die zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite) insbesondere des Verwaltungshaushaltes/Ergebnishaushaltes seit 2001 aufgenommen wurden.

Soweit es wirtschaftlich sinnvoll ist, werden Liquiditätskredite aber auch vorübergehend zur Vorfinanzierung von Investitionen eingesetzt.

Beide Verbindlichkeitspositionen stellen künftig die Verschuldung dar und werden sich voraussichtlich wie folgt entwickeln:

2. Langfristige Schulden

Bis Ende des Haushaltsjahres 2024 werden nach der Haushaltsplanung die langfristigen Schulden zur Finanzierung investiver Maßnahmen auf 252,5 Mio. EUR steigen.

Dieser Prognose liegen folgende Planungsdaten zugrunde:

	Mio. EUR
Schuldenstand zu Beginn des Haushaltsjahres 2024	**237,3**
Erforderliche Kreditaufnahme zur Finanzierung von Investitionen (Es wird unterstellt, dass im Haushaltsvollzug von den geplanten 44,7 Mio. EUR an Kreditaufnahmen nur 60 % benötigt werden).	+ 26,8
Tilgungen 2024 ohne Hessenkasse	./. 11,6
Voraussichtlicher Stand der Schulden zu Beginn des Haushaltsjahres 2024	**252,5**

Ab dem Jahr 2025 wird sich der Schuldenstand, wie nachfolgend beschrieben, weiter erhöhen.

In den Jahren 2025 bis 2027 werden Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von

- Haushaltsjahr 2025	44,0 Mio. EUR
- Haushaltsjahr 2026	27,7 Mio. EUR
- Haushaltsjahr 2027	20,2 Mio. EUR
Insgesamt:	91,9 Mio. EUR

erwartet.

Die Finanzierung ist wie folgt vorgesehen:

-Grundstücksverkaufserlöse	0,0 Mio. EUR
-Tilgungseinzahlung	1,6 Mio. EUR
-Zuweisungen und Beiträge	5,0 Mio. EUR
Insgesamt:	6,6 Mio. EUR

Damit werden Kreditaufnahmen zur Finanzierung der von 2025 bis 2027 vorgesehenen Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 85,3 Mio. EUR notwendig. Nach Abzug der Tilgungen im gleichen Zeitraum von 38,8 Mio. EUR (ohne Hessenkasse) ergibt sich zum Ende des Jahres 2027 ein langfristiger Schuldenstand von
299,0 Mio. EUR**.**

3. Liquiditätskredite

Die Haushaltsatzung ermächtigt zur Aufnahme von Liquiditätskrediten bis zum Höchstbetrag von 90,0 Mio. EUR (Vorjahr 90,0 Mio. EUR). Damit kann sichergestellt werden, dass die Beschaffung des unterjährigen Finanzbedarfs, der zur Finanzierung des Ergebnishaushaltes und der Tilgungsleistungen erforderlich werden kann, möglich wird. Darüber hinaus ist ebenfalls eine zeitlich begrenzte Zwischenfinanzierung des Finanzhaushaltes sichergestellt.
In der weiteren Betrachtung wird auf die temporäre Liquiditätskreditfinanzierung für die Investitionen nicht weiter eingegangen, da hierfür langfristige Finanzierungsstrukturen (Investitionskredite) bestehen.

Zum 31.12.2023 wurden interne Finanzierungsmittel aus dem Liquiditätsverbund in Höhe von rund 1,9 Mio. € zur Vorfinanzierung der laufenden Verwaltungstätigkeiten benötigt. Dem gegenüber steht ein Liquiditätsbestand von 4,7 Mio. €, so dass ein Zahlungsmittelüberschuss von rund 2,8 Mio. € 4,7 minus 1,9) in 2023 besteht.

Die Entwicklung lässt sich auf dieser Basis ab 2024 auf Planebene wie folgt darstellen:

	Mio. EUR
- **Tatsächlicher Überschuss Ergebnishaushalt bis Ende 2023**	+ 2,8
liquiditätsmäßiges Defizit 2024	./.2,9
Liquiditätskredite zur Finanzierung der Tilgungen	./. 13,1
- **Stand der Liquiditätskredite Ergebnishaushalt Ende 2024**	./.13,2
geplantes liquiditätsmäßiger Überschuss 2025	+ 0,8
geplante Liquiditätskredite zur Finanzierung der Tilgungen	./. 13,7
- **Stand der Liquiditätskredite Ergebnishaushalt Ende 2025**	/.26,1
geplanter liquiditätsmäßiger Überschuss 2026	+ 9,4
geplante Liquiditätskredite zur Finanzierung der Tilgungen	./. 14,5
- **Stand der Liquiditätskredite Ergebnishaushalt Ende 2026**	./.31,2
geplanter liquiditätsmäßiger Überschuss 2027	+ 11,1
geplante Liquiditätskredite zur Finanzierung der Tilgungen	./.15,2
- **Stand der Liquiditätskredite Ergebnishaushalt Ende 2027**	35,3

Unterjährig aufzunehmende Liquiditätskredite für den Ergebnishaushalt können weder Ende 2024 noch bis zum 31.12.2024 auf 0 € zurückgeführt werden. Das heißt, dass es im Haushaltsjahr 2024 nach der Planung nicht möglich sein wird, einen

liquiditätsmäßigen Überschuss zu erzielen, mit dem die ordentlichen Tilgungen und der Beitrag zur Hessenkasse finanziert werden könne.
Auch der Aufbau einer Liquiditätsreserve ist nicht darstellbar.

4. Gesamtverschuldung Ende 2027

Ergebnishaushalt	35,3 Mio. EUR
Investitionskredite	299,0 Mio. EUR
Gesamtverschuldung:	**334,3 Mio. EUR**

Damit setzt sich insbesondere das Anwachsen der Verschuldung im investiven Bereich fort. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass diesen Schulden entsprechendes Anlagevermögen vor allem im Bereich Betreuung und Bildung, Digitalisierung und Umweltschutz aber auch die sonstige, klassische Infrastruktur wie Straßen und Kanal gegenübersteht.

VI. Demographische Entwicklung (§ 6 Abs. 2 GemHVO)

Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Rüsselsheim verzeichnet seit 2006 einen positiven Trend. Auf der Basis des Zensus vom 09.05.2011 liegt die Einwohnerzahl zum 31.12.2023 bei 67.656 (31.12.2022 67.277) Einwohner*innen.

Diese Entwicklung ist in erster Linie der erfolgreichen Besiedlung des Wohngebiets „Blauer See“ und durch Neubauvorhaben im Stadtgebiet geschuldet.
Weitere Einwohnerzuwächse werden in den nächsten Jahren durch die Entwicklung und Erschließung des Quartiers am Ostpark, des Opel-Altwerk-Areals und der „Eselswiese“ in Bauschheim als neuer Wohn - und Gewerbestandort erwartet.

Zu Details in der demographischen Entwicklung wird auf den jährlich veröffentlichten Statistischen Bericht der Stadt Rüsselsheim am Main verwiesen.

Damit setzt sich insbesondere das Anwachsen der Verschuldung im investiven Bereich fort. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass diesen Schulden entsprechendes Anlagevermögen vor allem im Bereich Betreuung und Bildung, Digitalisierung und Umweltschutz aber auch die sonstige, klassische Infrastruktur wie Straßen und Kanal gegenübersteht.

VII. Eröffnungsbilanz / Jahresabschlüsse

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.04.2014 wurde die geprüfte Eröffnungsbilanz der Stadt Rüsselsheim zum 01.01.2009 festgestellt.

Die Eröffnungsbilanz weist erstmals auf der Aktivseite das kommunale Vermögen vollständig nach und stellt diesem auf der Passivseite die entsprechende Finanzierung gegenüber. Die Finanzierung setzt sich dabei im Wesentlichen aus zwei Größen zusammen, den Verbindlichkeiten und dem Eigenkapital. Das Eigenkapital ergibt sich als reine Rechengröße aus dem Saldo von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten und spiegelt so letztlich den unbelasteten Vermögensteil wider.

Vor diesem Hintergrund wies die Eröffnungsbilanz bei einem Eigenkapital von 164,97 Mio. EUR ein Bilanzvolumen von 565,94 Mio. EUR aus.

Die mittlerweile geprüften bzw. beschlossenen Jahresabschlüsse 2009-2020 stellen unter Berücksichtigung von jahresbezogenen Veränderungen und Korrekturen eine Fortschreibung der Eröffnungsbilanz dar.

Bei einem Eigenkapital von 190,0 Mio. EUR beträgt die Bilanzsumme zum 31.12.2020 646,5 Mio. EUR.

Der Jahresabschluss 2021 ist aufgestellt und liegt derzeit dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vor, die Jahresabschlüsse 2022 und 2023 werden zur Zeit erarbeitet.

VIII. Stellenplan

Der Stellenplan 2024 der Stadtverwaltung (ohne Eigenbetriebe) erfährt gegenüber dem Stellenplan des Vorjahres folgende Veränderungen:

- Streichung von 3 Stellen
- Neuschaffung von 72,72 Stellen

Dies ergibt per Saldo eine Erhöhung um insgesamt 69,72 Stellen.

Die Stellenveränderungen betreffen folgende Produkte:

Produkt-Nr.	Bezeichnung	Stellen-abgang	Stellen-zugang	Saldo
010102000	EDV-Dienstleistungen		1,00	1,00
010102100	Personalwesen		1,91	1,91
010102110	Aus- und Fortbildung		2,00	2,00
010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit		5,50	5,50
010111510	Stadtpolizei		1,00	1,00
020211520	Ausländerangelegenheiten		2,00	2,00
020313000	Amt für Brandschutz	-3,00	2,00	-1,00

Produkt-Nr.	Bezeichnung	Stellen-abgang	Stellen-zugang	Saldo
030020000	Schulverwaltung		1,42	1,42
030729300	Betreuungsschule		2,79	2,79
030729310	Betreuungsschule Verwaltung		0,50	0,50
050040500	Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt		15,40	15,40
050040600	Hilfe zur Pflege und Gesundheit		3,60	3,60
050243100	Haus der Senioren		2,00	2,00
050142000	Hilfen für Asylbewerber		1,00	1,00
050562000	Wohnungswesen		2,00	2,00
060040720	Verwaltung Kindertagesstätten u. Horte		1,10	1,10
060040710	Verwaltung Soziale Dienste und Finanzielle Hilfen		1,50	1,50
060345740	Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft		1,20	1,20
060446400	Kita - Leerstellen		2,93	2,93
060446400	Kita - Integrationsstellen		2,20	2,20
060446406	Frankfurter Straße		0,26	0,26
060446424	Kita Bensheimer Straße		0,27	0,27
060446429	Kita Am Weinfaß		0,14	0,14
060446431	Kita Hans-Sachs-Straße		0,13	0,13
060446432	Kita Masurenweg (NEU)		0,14	0,14
060446434	Kita Georg-Jung-Straße		0,13	0,13
060446435	Kita Varkausstraße (NEU)		16,10	16,10
100161300	Bauaufsicht		0,50	0,50
110060200	Tiefbauamt		1,00	1,00
130412000	Natur- und Umweltschutz		1,00	1,00
Insgesamt		**-3,00**	**72,72**	**69,72**

Ansonsten ergeben sich aufgrund organisatorischer Veränderungen im Rahmen des Deckungsvermerkes zum Stellenplan (wonach Umsetzungen von Planstellen zulässig sind) Veränderungen, die im Zahlenwerk ausgewiesen sind.

IX. Rückblick auf die Haushaltsjahre 2023 und 2022

1. Hauhaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 27.04.2023 die Haushaltssatzung 2023 mit folgenden Volumina verabschiedet:

Ergebnishaushalt

a) ordentliches Ergebnis

Erträge	242.106.875 EUR
Aufwendungen	242.579.545 EUR

b) außerordentliches Ergebnis

Erträge	0 EUR
Aufwendungen	0 EUR
Fehlbedarf	472.670 EUR
Liquiditätswirksamer Überschuss	8.617.220 EUR

Finanzhaushalt

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	7.674.640 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	77.850.590 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	70.175.950 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	12.771.750 EUR
Zahlungsmittelbedarf	4.154.530 EUR

2. Haushaltssatzung und Rechnungsergebnis für das Haushaltsjahr 2022

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17.11.2022 die Haushaltssatzung 2022 mit folgenden Volumina verabschiedet:

Ergebnishaushalt

a) ordentliches Ergebnis

Erträge	240.157.970 EUR
Aufwendungen	233.142.330 EUR

b) außerordentliches Ergebnis

Erträge	0 EUR
Aufwendungen	0 EUR
Überschuss	7.015.640 EUR

Liquiditätswirksamer Überschuss	16.426.820 EUR

Finanzhaushalt

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8.238.680 EUR
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	62.087.530 EUR
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	53.848.850 EUR
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	10.750.000 EUR
Zahlungsmittelüberschuss	5.676.820 EUR

Die Jahresabschlüsse 2022 und 2023 werden zur Zeit erarbeitet. Daher sind generell die in den Ergebnisspalten für 2022 ausgewiesenen Werte als vorläufig zu betrachten. Nennenswerte weitere zahlungswirksame Veränderungen sind nach derzeitigem Erkenntnisstand jedoch nicht zu erwarten.

Rüsselsheim am Main, im Juni 2024

Statistischer Anhang

zum

Vorbericht

1. Gesamtzahlen Ergebnis- und Finanzhaushalt

Haushaltsjahr	Ordentliche Erträge	Finanzerträge	Ordentliche Aufwendungen	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	Ordentliches Ergebnis	Außerordentliche Erträge	Außerordentliche Aufwendungen	Jahresergebnis	Finanzmittelzufluss aus lfd. Verwaltungstätigkeit[2]	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen für Tilgungen[4]	Kreditaufnahme[4]	Finanzüberschuss/ Finanzfehlbetrag
	T EUR	T EUR	T EUR	T EUR	TEUR	T EUR	T EUR	T EUR	T EUR	T EUR	T EUR	T EUR	T EUR	T EUR
1	2	3	4	5	6	4	5	6	7	8	9	10	11	12
2009	103.584	4.726	133.284	13.018	- 37.992	1.071	1.361	- 38.282	-28.912	9.968	- 8.263	- 3.715	8.308	5.633
2010	115.103	3.560	133.891	12.564	- 27.793	312	57	- 27.537	- 18.248	13.931	- 14.119	- 3.640	10.704	- 12.566
2011	147.250	5.188	146.391	13.020	- 6.973	349	830	- 7.454	- 11.447	9.469	- 20.299	- 3.930	18.518	33.021
2012	93.046	4.166	138.035	13.353	- 54.176	435	801	- 54.542	- 36.406	4.738	- 8.066	- 16.861	13.185	- 1.720
2013	116.686	2.515	141.459	12.309	- 34.566	1.465	672	- 33.773	- 23.084	6.451	- 6.179	- 9.194	4.938	- 353
2014	159.054	3.309	148.738	13.081	543	521	1.360	- 296	17.632	5.226	- 15.321	- 12.765	8.490	562
2015	145.597	1.440	150.935	12.234	-16.132	681	4.226	- 19.677	- 10.768	5.478	- 13.475	- 12.057	12.196	-1.120
2016	164.950	924	168.750	10.781	- 13,656	3.122	2.120	- 12.654	- 12.315	12.333	- 28.465	-9.293	10.086	722
2017	185.665	1.476	190.489	9.895	- 13.244	452	1.911	- 14.702	- 543	6.517	- 26.944	- 21.247	19.269	1.516
2018	178.815	1.162	180.903	8.165	- 9.091	1.007	5.137	- 13.222	4.042	7.377	- 24.474	- 6.726	15.911	- 776
2019	194.061	894	191.497	6.855	- 3.396	719	67	- 2.744	9.980	5.175	- 34.262	- 7.076	16.305	- 1.106
2020	205.353	1.290	199.682	6.394	566	2.240	68	2.738	7.609	21.278	- 71.364	- 22.264	42.889	365
2021[1]	214.991	1.582	212.263	6.138	-1.828	2.669	43	- 797	2.281	15.353	- 33.922	- 15.331	65.684	- 311
2022[3]	237.182	651	211.633	6.169	*	- 284	72	*	9.628	9.535	- 28.012	- 15.800	9.150	*
2023[3]	238.197	3.910	233.267	9.312	- 473	0	0	- 473	8.617	7.675	- 77.851	- 12.772	70.176	- 4.155
2024[3])	262:658	4.046	267:517	10:942	- 11.755	0	0	- 11.755	- 2.891	6.272	- 57.070	-13.127	50.798	- 16.018

* Die Angabe eines Wertes ist nicht sinnvoll.

1) Vorläufiges Ergebnis. Die Jahresabschlüsse sind noch nicht geprüft bzw. noch nicht von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

2) Jahresergebnis bereinigt um nicht liquiditätswirksame Erträge und Aufwendungen (z.B. Abschreibungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten). Der Wert wurde der Gesamtfinanzrechnung entnommen.

3) Haushaltsansatz. Die Ein- und Auszahlungen bzw. das Finanzergebnis in 2021 entsprechen dem tatsächlichen Stand.

4) Die angegebenen Ergebniswerte beinhalten keine Aufnahmen und Tilgungen von Kassenkrediten.

2. Allgemeine Deckungsmittel

2.1 Steuereinnahmen

Jahr	Grundsteuer A		Grundsteuer B		Gewerbesteuer		Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Ausgleichszahlung Familienleistungsausgleich					Sonstige Steuern	Gesamtsteueraufkommen einschl. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Ausgleichszahlung Familienleistungsausgleich
	T €	Hebesatz in v.H.	T €	Hebesatz in v.H.	T €	Hebesatz in v.H.	Insgesamt T €	darunter: Familienl.-ausgleich T €	Schlüsselzahl	Basisjahr	Höchstbeträge (Ledige / Verheiratete)[2] T €	T €	T €
1	2	3	4	5	6	7	10	11	12	13	14	15	16
1999	34	340	5.870	300	31.355	340	27.327	1.376	0,0119174		20,45 / 40,90	357	64.943
2000	34	340	6.756	330	15.328	340	29.530	1.298	0,0113058		25,56 / 51,13	345	51.993
2001	35	340	7.680	330	17.276	340	28.373	1.364	0,0113058	1995	25,56 / 51,13	341	53.705
2002	33	340	6.957	330	19.757	340	27.921	1.496	0,0113058		25,56 / 51,13	333	55.001
2003	33	340	7.538	330	7.991	340	26.387	1.526	0,0109458		30 / 60	324	42.273
2004	37	340	8.209	360	12.960	340	23.797	1.353	0,0109458	1998	30 / 60	320	45.323
2005	38	340	8.770	360	29.172	340	23.377	1.330	0,0109458		30 / 60	316	61.673
2006	35	340	8.622	360	26.960	340	23.499	1.229	0,0098923		30 / 60	350	59.466
2007	35	340	9.475	360	23.630	340	25.729	1.511	0,0098923	2001	30 / 60	226	59.095
2008	32	340	8.699	360	20.479	340	28.632	1.632	0,0098923		30 / 60	338	58.180
2009	42	340	8.654	360	18.039	340	25.901	1.626	0,0098560		30 / 60	365	53.001
2010	24	340	8.919	360	33.562	390	24.506	1.676	0,0098560	2004	30 / 60	378	67.389
2011	35	340	9.878	400	63.416	390	23.736	1.725	0,0098560		30 / 60	632	97.697
2012	27	340	10.146	400	11.925	390	24.935	1.818	0,0090905		35 / 70	693	47.726
2013	39	340	20.584	800	19.105	420	26.930	1.390	0,0090905	2007	35 / 70	714	67.372
2014	62	680	19.762	800	29.329	420	28.605	1.910	0,0090905		35 / 70	726	78.484
2015	66	680	20.465	800	30.778	420	29.011	1.975	0,0087870		35 / 70	763	81.083
2016	65	680	20.445	800	25.003	420	30.566	1.936	0,0087870	2010	35 / 70	890	76.969
2017	65	680	20.574	800	23.797	420	33.243	2.107	0,0087870		35 / 70	959	78.638
2018	65	680	21.121	800	21.687	420	33.420	2.129	0,0088696		35 / 70	1.085	77.378
2019	64	680	20.964	800	22.967	420	35.550	2.182	0,0088696	2013	35 / 70	939	80.484
2020	64	680	22.713	800	18.673	420	33.984	2.182	0,0088696		35 / 70	992	76.426
2021	63	680	21.893	800	26.548	420	37.703	2.268	0,0089291		35 / 70	573	86.780
2022	63	680	21.846	800	49.220	420	38.014	2.340	0,0089291	2016	35 /70	1.537	110.680
2023[1]	63	680	22.500	800	34.000	420	40.720	2.410	0,0089291		35 / 70	1.650	98.933
2024[1]	63	680	23.000	800	60.000	420	41.635	2.535	0,008795	2019	40 / 80	1.750	126.448

* Die Angabe eines Wertes ist noch nicht möglich.
1) Ansätze lt. Haushaltsplan.
2) Für die Ermittlung der Schlüsselzahl werden nur die einkommensteuerpflichtigen Einkommen bis zu den genannten Höchstbeträgen bewertet. Die darüber hinaus gehenden Einkommen bleiben unberücksichtigt.

2.2 Gewerbesteuerumlage

Jahr	Gesamtsteueraufkommen einschl. Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und Ausgleichszahlung Familienleistungsausgleich	Gewerbesteuerumlage							Verbleibendes Steueraufkommen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage
	T €	T €	Vervielfältiger in v.H.					Anteil an Gewerbesteueraufkommen in v.H.	T €
			„Normal"-Vervielfältiger	Zuschlag für Fond Deutsche Einheit	Erhöhung Länderfinanzausgleich	Zuschlag infolge Steuersenkungsgesetz	Insgesamt		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1999	64.943	7.957	45	9	29	-	83	24,41	56.986
2000	51.993	3.821	45	9	29	-	83	24,41	48.172
2001	53.705	5.527 [4]	44	8	29	10	91	26,76	48.178
2002	55.001	6.435 [5]	44	7	29	22	102	30,00	48.566
2003	42.273	3.816 [6]	44	7	29	34	114	33,53	38.457
2004	45.323	3.623 [8]	44	7	29	2	82	24,12	41.700
2005	61.673	7.060 [9]	44	8	29	-	81	23,82	54.613
2006	59.466	5.545[10]	38	7	29	-	74	21,76	53.921
2007	50.095	5.431	38	6	29	-	73	21,47	44.664
2008	58.180	4.040	30	6	29	-	65	19,12	54.140
2009	53.001	3.433	32	5	29	-	66	19,03	49.568
2010	67.389	6.087	36	6	29	-	71	18,21	61.302
2011	97.697	11.319	35	6	29	-	70	17,95[11]	86.378
2012	47.726	2.074	35	5	29	-	69	17,69	45.652
2013	67.372	3.130	35	5	29	-	69	16,38	64.242
2014	78.484	4.789	35	5	29	-	69	16,43	73.695
2015	81.083	5.047	35	5	29	-	69	16,43	76.036
2016	76.969	3.898	35	5	29	-	69	16,43	73.071
2017	78.638	3.881	35	4,5	29	-	68,5	16,31	74.757
2018	77.378	3.393	35	4,3	29	-	68,3	16,26	73.985
2019	80.484	3.477	35	-	29	-	64	15,24	77.007
2020	76.426	1.448	35	-	-	-	35	8,33	74.978
2021	86.780	2.187	35	-	-	-	35	8,33	84.593
2022	110.680	3.906	35	-	-	-	35	8,33	106.774
2023[1]	98.933	2.833	35	-	-	-	35	8,33	96.100
2024[1]	126.448	5.000	35	-	-	-	35	8,33	121.448

1) Ansätze lt. Haushaltsplan.
2) Incl. 326 T € Rückerstattung.
3) Incl. 267 T € Nachzahlung.
4) Incl. 895 T € Nachzahlung
5) Incl. 640 T € Nachzahlung.
6) Incl. 840 T € Nachzahlung.
7) Erhöhung des "Normal"-Vervielfältigers um 7 %-Punkte zur Abschöpfung gemeindlicher Mehreinnahmen aus der Beteiligung an der Umsatzsteuer.
8) Incl. 537 T € Nachzahlung.
9) Incl. 114 T € Nachzahlung.
10) Incl. 150 T € Rückerstattung..

2.3 Kreisumlage, Heimatumlage, Schlüsselzuweisung und Umsatzsteuerbeteiligung

Jahr	Verbleibendes Steueraufkommen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage	Kreisumlage und Kompensationsumlage			Heimatumlage	Schlüsselzuweisungen	Umsatzsteuerbeteiligung durch Wegfall der Gewerbekapitalsteuer		Allgemeine Deckungsmittel (Steueraufkommen und Schlüsselzuweisungen abzgl. der zu zahlenden Umlagen)
		Kreisumlage	Hebesatz in v.H.	Kompensationsumlage				Schlüsselzahl	
	T €	T €				T €	T €		
1	2	3	6	6		7	8	9	
1999	56.986	11.403	42	-		921	4.862	0.0242649	51.366
2000	48.172	13.042	43,5	-		918	4.676	0,0166584	40.724
2001	48.178	12.935	43,0	-		3.043	4.663	0,0166584	42.949
2002	48.566	11.689	42,0	-		8.269	4.584	0,0166584	49.730
2003	38.457	10.756	42,0	-		9.025	4.570	0,0166584	41.296
2004	41.700	10.557	42,0	-		7.042	4.579	0,0166584	42.764
2005	54.613	10.584	44,0	-		9.028	4.664	0,0166584	57.721
2006	53.921	13.413	46,0	-		5.423	4.879	0,0166584	50.810
2007	44.664	14.419	46,0	-		12.078	5.498	0,0166584	57.821
2008	54.140	16.712	46,0	-		7.751	5.613	0,0166584	50.792
2009	49.568	16.513	46,0	-		13.755	5.319	0,015980050	52.129
2010	61.302	16.983	48,0	-		9.355	5.400	0,015980050	59.074
2011	86.378	16.506	48,0	911		10.097	5.710	0,015980050	84.768
2012	45.652	19.535	48,0	1.141		5.972	5.206	0,014671463	36.154
2013	64.242	20.224	50,0	1.474		11.189	5.265	0,014671463	58.998
2014	73.695	18.967	50,0	1.241		37.211	5.500	0,014671463	96.198
2015	76.036	19.962	50,0	1.090		18.527	6.044	0,014582241	80.645
2016	73.071	22.833	41,41	-		33.900	6.173	0,014582241	90.311
2017	74.757	22.406	41,41	-		40.458	7.720	0,014582241	102.524
2018	73.985	25.339	39,77	-		40.425	8.922	0,014153163	97.903
2019	77.007	26.619	41,31			50.897	9.811	0,014153163	111.096
2020	74.978	28.322	41,31		900	52.883	10.804	0,014153163	109.443
2021	84.593	27.154	41,31		1.359	54.288	10.065	0,012958291	120.433
2022	106.774	28.051	38,81		2.427	54.588	8.884	0,012958291	138.540
2023[1)]	96.100	29.700	38,81		1.761	63.000	9.200	0,012958291	136.839
2024[1)]	121.448	34.217	43,19		3.107	53.466	8.003	0,010887923	145.593

* Die Angabe eines Wertes ist noch nicht möglich.<

1) Ansätze lt. Haushaltsplan.

GESAMTHAUSHALT
2 0 2 4

Gesamtergebnishaushalt
Gesamtergebnishaushalt – Einzelkonten-Übersicht
Gesamtfinanzhaushalt

Ergebnishaushalt
- EUR -

Position	Konten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		vorl. Ergebnis des Jahres-abschlusses	Planungsdaten		
			2024	**2023**	**2022**[1)]	**2025**	**2026**	**2027**
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-787.210	-793.655	-650.947,06	-800.000	-820.000	-840.000
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-18.413.910	-16.938.810	-15.616.903,93	-19.000.000	-19.200.000	-19.400.000
3	548-549	Kostenersatzleistungen- und erstattungen	-19.294.900	-17.704.725	-17.430.165,35	-19.400.000	-19.600.000	-19.800.000
4	52	Bestandsveränderungen und andere aktivierte Eigenleistungen	-840.000	-767.000		-860.000	-880.000	-900.000
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-131.916.000	-105.723.000	-117.224.467,47	-137.563.000	-142.477.000	-147.333.000
6	547	Erträge aus Transferleistungen	-8.891.740	-4.957.700	-6.553.905,75	-9.100.000	-9.300.000	-9.500.000
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-74.610.485	-83.432.200	-75.343.998,99	-85.361.000	-93.010.000	-97.058.000
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	-4.203.710	-4.131.670	-4.494.388,05	-4.500.000	-4.700.000	-4.900.000
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	-3.699.740	-3.748.095	-4.292.883,92	-3.800.000	-3.900.000	-4.000.000
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-262.657.695**	**-238.196.855**	**-241.607.660,52**	**-280.384.000**	**-293.887.000**	**-303.731.000**
11	62,63, 640-643,647-649, 65	Personalaufwendungen	74.253.450	66.120.100	63.281.358,85	75.367.000	76.497.000	77.645.000
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	9.862.000	8.054.900	7.745.957,60	10.010.000	10.160.000	10.312.000
13	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.979.397	38.498.485	38.249.239,64	42.609.000	43.248.000	43.897.000
14	66	Abschreibungen	13.756.590	13.272.960	16.192.509,49	14.100.000	14.400.000	14.700.000
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzausgaben	37.566.495	34.066.960	32.071.950,91	37.900.000	38.100.000	38.300.000
16	73	Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	46.213.330	39.277.280	38.206.511,25	54.040.000	54.654.000	56.992.000
17	72	Transferaufwendungen	35.086.305	25.025.000	26.087.833,86	35.788.000	36.503.000	38.800.000
18	70,74,76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.799.450	8.951.760	6.991.931,96	9.510.000	10.046.000	10.550.000
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**267.517.017**	**233.267.445**	**228.827.293,56**	**279.324.000**	**283.608.000**	**291.196.000**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.859.322**	**-4.929.410**	**-12.780.366,96**	**-1.060.000**	**-10.279.000**	**-12.535.000**
21	56,57	Finanzerträge	-4.045.540	-3.910.020	-656.183,95	-1.952.000	-1.895.000	-1.845.000
22	77	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	10.941.600	9.312.100	6.256.958,48	11.600.000	12.200.000	12.700.000
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 + Nr. 22)**	**6.896.060**	**5.402.080**	**5.600.774,53**	**9.648.000**	**10.305.000**	**10.855.000**
24		**Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge (Nr. 10 und Nr. 21)**	**-266.703.235**	**-242.106.875**	**-242.263.844**	**-282.336.000**	**-295.782.000**	**-305.576.000**
25		**Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 19 und Nr. 22)**	**278.458.617**	**242.579.545**	**235.084.252**	**290.924.000**	**295.808.000**	**303.896.000**
24		**Ordentliches Ergebnis (Nr. 24 ./. Nr. 25)**	**11.755.382**	**472.670**	**-7.179.592**	**8.588.000**	**26.000**	**-1.680.000**
25	59	Außerordentliche Erträge	0	0	-301.396,68	0	0	0
26	79	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	71.892,72	0	0	0
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**	**0**	**0**	**-229.503,96**	**0**	**0**	**0**
28		**Jahresergebnis (Nr. 24 + Nr. 27)**	**11.755.382**	**472.670**	**-7.409.096,39**	**8.588.000**	**26.000**	**-1.680.000**

Nachrichtlich (§ 2 Abs. 4 GemHVO):

Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge aus dem ordentlichen Ergebnis*:	4.543.387,44
Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge aus dem außerordentlichen Ergebnis*:	3.604.942,36
Summe der vorgetragenen Jahresfehlbeträge aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis*:	**8.148.329,80**

1) Die ausgewiesenen Ergebniswerte verstehen sich als vorläufig. Insbesondere sind in den nicht liquiditätswirksamen Positionen noch Veränderungen zu erwarten.

* Die Angaben verstehen sich inkl. dem aufgestellten Jahresabschluss 2021 und sind daher als vorläufig zu betrachten.

Einzelkontenübersicht

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
01		**Privatrechtliche Leistungsentgelte**	**-787.210,00**	**-793.655,00**	**-650.947,06**
	5003000	Umsatzerlöse aus Überlassung Gebäude und Räume	-126.400,00	-133.400,00	-6.580,06
	5003200	Vermietung Fahrradboxen Rheinstraße	-690,00	-690,00	-683,18
	5004000	Umsatzerlöse aus Überlassung von Rechten	-500,00	-500,00	
	5004100	Erbbauzinsen Max-Beckmann-Weg	-198.000,00	-198.000,00	-199.229,85
	5004200	Pachten	-600,00	-600,00	-600,00
	5004300	Jagdpachten	-7.800,00	-7.795,00	-7.793,48
	5004400	Mieten (Parkflächen)	-44.000,00	-40.000,00	-44.678,00
	5005000	Umsatzerlöse, sonst. Nutzg. v. Vermögen u. Rechten	-500,00	-1.000,00	-60,00
	5006000	Erträge aus der Aus- und Fortbildung Externer	-4.000,00	-3.000,00	-4.500,00
	5006100	Nutzungsentgelte Parkeinr. Mainstraße/-vorland	-1.680,00	-4.000,00	-4.300,00
	5060000	Umsatzerlöse aus Handelswaren	-171.000,00	-177.050,00	-75.083,77
	5063000	Umsatzerlöse aus Getränkeverkauf	-1.200,00	-1.500,00	-1.222,22
	5064000	Umsatzerlöse, Druckaufträge (externe Kunden)	-50,00	-50,00	-24,50
	5090000	sonstige Umsatzerlöse	-40.990,00	-46.670,00	-42.259,42
	5090200	Umsatzerlöse, Jobticket	-105.500,00	-105.500,00	-66.210,19
	5092000	Umsatzerl. aus Stromverk. (Photovoltaikanlagen)	-10.800,00	-10.400,00	-196.327,39
	5092500	Umsatzerlöse (Blockheizkraftwerk)	-70.500,00	-60.500,00	
	5093000	Verkaufserlöse (Familienstammbücher)	-3.000,00	-3.000,00	-1.395,00
011		*SU privatrechtliche Leistungsentgelte*	*-787.210,00*	*-793.655,00*	*-650.947,06*
02		**Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**	**-18.413.910,00**	**-16.938.810,00**	**-15.616.903,93**
	5101000	öffentlich rechtliche Verwaltungsgebühren	-1.512.020,00	-1.596.995,00	-1.674.294,87
	5101100	Entgelt für kostenpflichtige Leistungen	-430.000,00	-330.000,00	-287.011,52
	5101110	Entg. kostenpfl. Leist.-Kostenübern. Jugendhillfe	-35.000,00	-75.000,00	
	5101150	Entgelt f. kostenpfl. Leist. (Materialverbrauch)	-8.000,00	-8.000,00	-2.575,52
	5101200	Kostenpflichtige Brandsicherheitswachen	-100,00	-100,00	
	5101300	Kost.pflicht. Durchführg.v.Brandverhütungsschauen	-20.000,00	-20.000,00	-3.690,40
	5101400	Entgelte für Beitreibung und Vollstreckung	-150.000,00	-150.000,00	-147.624,74
	5101500	Kostenerstattungen (Ersatzvornahmen, inkl.	-7.900,00	-4.900,00	-90,85
	5101600	Verwaltungsgebühren (Fundbüro)	-6.000,00	-4.000,00	-5.096,17
	5110000	öffentlich rechtliche Benutzungsgebühren	-703.900,00	-763.820,00	-728.331,81
	5110100	Gebühren für Bestattungen	-447.000,00	-240.000,00	-283.198,54
	5110200	Gebühren für Nutzungsrechte	-1.173.000,00	-630.000,00	-758.920,14
	5110300	Parkometergebühren	-450.000,00	-450.000,00	-484.075,00
	5110400	Sondernutzungen	-190.000,00	-170.000,00	-196.512,83
	5110500	Kindertagesstättengebühren	-662.390,00	-644.645,00	-351.896,04
	5110600	Unterbringungsgebühren (Asyl)	-450.000,00	-230.000,00	-220.512,66
	5110700	Marktgebühren (Wochenmärkte)	-18.000,00	-17.500,00	-18.427,32
	5110710	Marktgebühren (Kerb)	-45.000,00	-45.000,00	-35.167,95
	5110720	Marktgebühren (Mainfest)	-30.000,00	-28.000,00	-27.921,00
	5110730	Marktgebühren (Sonstige)	-3.000,00	-3.000,00	-1.814,44
	5111000	Niederschlagswassergebühren nach Flächenmaßstab	-4.120.000,00	-3.570.000,00	-3.403.047,86
	5112000	Benutzungsgebühren für Anschlagssäulen	-20.000,00	-20.000,00	-20.000,00
	5112100	Schmutzwassergebühren nach Frischwassermaßstab	-6.240.000,00	-6.270.000,00	-5.329.117,05
	5150000	Erträge aus Verwarnungen	-1.635.000,00	-1.615.000,00	-1.596.866,67
	5150500	Erträge aus Bußgeldern	-42.100,00	-42.600,00	-28.510,20
	5151000	Zwangsgelder	-15.500,00	-10.250,00	-12.200,35
021		*SU öffentlich rechtliche Leistungsentgelte*	*-18.413.910,00*	*-16.938.810,00*	*-15.616.903,93*
03		**Kostenersatzleistungen und -erstattungen**	**-19.294.900,00**	**-17.704.725,00**	**-17.430.165,35**
	5110010	Verpflegungskostenersatz	-895.125,00	-777.860,00	-508.561,87
	5480100	Kostenerstattungen vom Bund	-82.000,00	-82.000,00	-215.283,17
	5481000	Kostenerstattungen vom Land	-1.941.700,00	-1.693.000,00	-1.537.122,61
	5481100	Erstattung der Schülerfahrtkosten	-11.420,00	-1.510.950,00	-2.184.030,38
	5481150	Erst., Schülerfahrtkosten, Helen-Keller-Schule	-1.800.000,00		
	5482000	Kostenerstattungen von Gemeinden/GV	-10.429.710,00	-9.991.125,00	-9.469.284,82
	5482100	Erst. Betriebskost. Hochwasserpumpstat.Beinegraben			-548,97
	5482200	Gastschulbeiträge Gesamtschulen	-220.460,00	-207.000,00	-82.280,00
	5482300	Gastschulbeiträge Grund-, Haupt- und Realschulen	-19.630,00	-34.500,00	-89.080,00
	5482400	Gastschulbeiträge Gymnasien	-647.035,00	-563.500,00	-613.360,00
	5482500	Gastschulbeiträge Förderschulen	-116.340,00	-167.900,00	-97.158,00
	5482600	Infrastrukturkostenausgleich vom Main-Taunus-Kreis	-147.000,00	-141.000,00	-134.261,00
	5482900	Kostenerst. v. and. Gemeinden (Kostenausgleich)	-240.000,00	-350.000,00	-200.065,31
	5483000	Kostenerstattungen von Zweckverbänden u. dergl.	-150.000,00		-170,95
	5483200	Verwalt.kostenbeitr. v. Abwasserverb. Rüss./Raunh.	-22.200,00	-22.200,00	-22.798,89
	5484099	Kostenerstattungen Sozialversicherung - LOGA	-250.000,00	-250.000,00	-364.776,09
	5485000	Kostenerstattungen v. verb. Untern., SV u. Beteil.	-193.980,00	-179.480,00	-213.203,60
	5485200	Kost.erst. v.Stadtwerke GmbH f.Verw.v.Bürgschaften	-175.000,00	-175.000,00	-167.747,70
	5485250	Kost.erst. v. GPR gGmbH f.Verw.v.Bürgschaften	-9.000,00	-9.000,00	-7.840,00
	5485300	Kosterst. v. Gewobau f. Verwalt.v. Bürgschaften	-42.000,00	-42.000,00	-41.430,31

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
	5485400	Kostenerst. (Telefon/Internet) v. Eigenbetrieben	-1.000,00	-1.000,00	-982,32
	5485406	Kostenerst. (Telefon/Internet) Städteservice AöR	-600,00	-800,00	-729,64
	5485500	Kostenerstattung (Mietnebenkosten)	-200.000,00	-200.000,00	-27.289,00
	5485550	Kostenerstattung (Stromkosten)			
	5485600	Kostenerstattung (Portokosten)	-17.000,00	-18.500,00	-16.958,34
	5485700	Kostenerstattung (Versicherungsprämien)	-65.000,00	-65.000,00	-645,02
	5485900	Kostenerstattung, Städteservice AöR	-40.000,00	-41.600,00	-44.458,99
	5485901	Kosterst. Städteservice AöR (Prüfung)	-19.000,00	-19.000,00	-15.571,15
	5487000	Kostenerstattungen von priv Unternehmen			-84.367,28
	5487010	Kostenerstattungen (Wasserverbrauch)	-2.200,00	-2.000,00	-2.077,93
	5487050	Kostenerstattungen (Stromverbrauch)	-4.000,00	-4.000,00	-3.371,62
	5487100	Erstatt. v. überzahlten Zuschüssen zu d. Kita-Geb.			1.423,36
	5488000	Kostenerstattungen von übrigen Bereichen	-258.500,00	-148.000,00	-115.882,48
	5488020	Erstattung von polizeilichen Kosten	-10.500,00	-10.400,00	-10.645,73
	5488025	Kostenerstattungen			
	5488030	Erstattung von Versicherungen			-3.003,38
	5488040	Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsausgaben	-2.300,00	-1.300,00	-4.473,05
	5488080	Kosterst. f. Teilnahme an intern. Fortbildungsmaßn	-600,00	-1.500,00	
	5488090	Kosterst.v. Priv. f.Entsorg.wild abgestellter Kfz	-5.000,00	-5.000,00	-4.580,79
	5488100	Kostenerstattung für Vergütungsausfall			-705,00
	5488110	Teilnehmerbeiträge Altenerholung	-19.000,00	-19.000,00	
	5488120	Verwaltungskostenerstatttung	-900,00	-900,00	-918,68
	5488130	Personalkostenerstattung	-129.000,00	-129.000,00	-423.552,58
	5488131	Personalkostenerst. Entgelt Aushilfen	-15.140,00	-15.140,00	-21.198,00
	5488150	Kostenersatzleistungen (Obdachlosenunterbringung)	-1.105.790,00	-825.200,00	-701.174,06
	5488160	Rückerstattung Energiesteuer	-5.400,00		
	5490000	andere Kostenersatzleistungen und Erstattungen	-1.370,00	-870,00	
031		*SU Kostenersatzleistungen und -erstattungen*	*-19.294.900,00*	*-17.704.725,00*	*-17.430.165,35*
04		**Bestandsveränderungen und andere akt. Eigenleistg.**	**-840.000,00**	**-767.000,00**	
	5251000	selbsterstellte Anlagen	-840.000,00	-767.000,00	
041		*SU Bestandsveränderungen und andere akt. Eigenleistg.*	*-840.000,00*	*-767.000,00*	*0,00*
05		**Steuern steuerähnl. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml.**	**-131.916.000,00**	**-105.723.000,00**	**-117.224.467,47**
	5500100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	-39.100.000,00	-38.310.000,00	-35.674.161,58
	5504000	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	-8.003.000,00	-9.200.000,00	-8.884.317,14
	5551000	Grundsteuer A	-63.000,00	-63.000,00	-62.630,01
	5552000	Grundsteuer B	-23.000.000,00	-22.500.000,00	-21.846.147,52
	5553000	Gewerbesteuer	-60.000.000,00	-34.000.000,00	-49.220.484,34
	5559120	Sonst Vergnügungsst, einschl Spielapparatesteuer	-1.500.000,00	-1.400.000,00	-1.297.616,88
	5559200	Hundesteuer	-250.000,00	-250.000,00	-239.110,00
051		*SU Steuern steuerähnl. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml.*	*-131.916.000,00*	*-105.723.000,00*	*-117.224.467,47*
06		**Erträge aus Transferleistungen**	**-8.891.740,00**	**-4.957.700,00**	**-6.553.905,75**
	5471110	Kostenbeiträge u. Aufwendungsersatz-teilstationär	-9.750,00	-9.000,00	-14.417,75
	5471120	Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz - stationär	-186.570,00	-248.600,00	-381.749,81
	5471200	übergel. Unterhaltsansprüche	-340.730,00	-293.000,00	-1.081.901,99
	5471320	Leistungen v. Sozialleistungsträger - stationär	-183.560,00	-188.500,00	-782.235,28
	5477000	Ausgleichsleistungen Familienleistungsgesetz	-2.535.000,00	-2.410.000,00	-2.339.424,19
	5478100	Erstattung v sozialen Leistungen vom Land	-5.636.130,00	-1.808.600,00	-1.954.176,73
061		*SU Erträge aus Transferleistungen*	*-8.891.740,00*	*-4.957.700,00*	*-6.553.905,75*
07		**Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.**	**-74.610.485,00**	**-83.432.200,00**	**-75.343.998,99**
	5400100	Allgemeine Zuweisungen vom Bund	-4.100,00	-4.100,00	-4.127,00
	5401002	Zuw. d. Landes zu den Aufgaben der örtl. Jugendh.	-15.100,00	-15.100,00	-15.445,86
	5401010	Schlüsselzuweisungen	-53.465.595,00	-63.000.000,00	-54.588.278,00
	5410200	Sonst Zuweis d Bundes,LAF,ERP- Sondervermögen		-15.370,00	
	5410300	Sonstige Zuweisungen des Landes	-194.000,00	-195.000,00	-257.950,91
	5410310	Bedarfszuw. d Landes nach LAG,Landesausgleichsst.	-2.500.000,00	-2.500.000,00	-2.400.000,00
	5420100	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Bund	-60.000,00	-60.000,00	-380.888,00
	5420120	Zuweisung des Bundes für den Katastrophenschutz	-2.570,00	-2.570,00	-12.585,00
	5420140	Zuw. d. Bundes ("Jugend stärken im Quartier")			-15.073,67
	5420500	Zuw. d. Bundes (Klima)	-120.000,00	-163.040,00	-22.646,00
	5421000	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Land	-919.475,00	-1.205.740,00	-1.178.149,90
	5421050	Zuw. d. Landes (Starke Heimat)	-208.000,00	-101.990,00	-154.360,00
	5421060	Zuw. d. Landes (Aufholen nach Corona)			-37.395,68
	5421070	Zuw. d. Landes (Zukunft Innenstadt)		-1.197.000,00	
	5421210	Zuw.d.Ld. (Gebührenbefreiung)	-4.650.000,00	-4.600.000,00	-4.613.920,25
	5421220	Zuweisung des Landes (Weiterl. an and. Träger)	-8.400,00	-8.400,00	-8.400,00
	5421260	Zuw. d. Ld. (päd. Fachberatung)	-95.800,00	-71.400,00	-94.071,00
	5421261	Zuw. d. Ld. (Grundpauschale je Platz)	-2.872.340,00	-2.541.400,00	-2.206.000,00
	5421262	Zuw. d. Ld. (Umsetzung d. Bildungs- u. Erz.plans)	-678.000,00	-628.200,00	-581.700,00
	5421263	Zuw. d. Ld. (Förd. d. Sprache, Gesundheit, u.a.)	-566.500,00	-571.500,00	-591.500,00
	5421264	Zuw. d. Ld. (Unterstützung d. Inklusion)	-268.800,00	-235.200,00	-399.180,00
	5421265	Zuw. d. Ld. (Weiterentw. Qualität u. Teilhabe)	-619.800,00	-584.000,00	-788.200,00

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
	5421300	Zuweisung des Landes, lokaler ÖPNV	-970.000,00	-950.000,00	-948.964,00
	5421350	Zuw. d. Ld. (Klimaschutzumsetzung)	-24.730,00	-110.000,00	
	5421360	Zuw. d. Ld. (Ladeinfrastruktur Clever)		-85.000,00	
	5421400	Zuweisung zu den Ortsdurchfahrten	-15.000,00	-15.000,00	-15.947,00
	5421510	Zuweisung des Landes für Europaschule	-17.150,00	-17.150,00	-10.517,05
	5421520	Zuweisung des Landes für Ganztagsangebote	-926.400,00	-926.400,00	-907.736,00
	5421550	Zuweisung des Landes (Inklusion)	-160.000,00	-160.000,00	-164.675,00
	5421900	Zuw.d.Landes, Digitalpakt			-32.972,00
	5422000	Zuweisungen f lfd Zwecke von Gemeinden,GemVerbände	-2.440.500,00	-1.758.780,00	-2.205.687,51
	5422100	Zuweisung des Kreises für die Stützpunktwache	-82.000,00	-82.000,00	-82.000,00
	5422200	Zuweisungen des Kreises, Fortbildungskosten	-38.375,00	-35.305,00	
	5428000	Zusch. für lfd Zwecke von übrigen Bereichen	-1.091.000,00	-33.205,00	-961.163,85
	5428100	Spenden	-350,00	-350,00	-9.432,97
	5428101	Sponsoring	-8.000,00	-8.000,00	-2.750,00
	5428110	Spenden Kinder- und Jugend-Uni	-1.500,00	-1.000,00	-3.250,00
	5430100	Schuldendiensthilfen vom Land	-1.587.000,00	-1.550.000,00	-1.649.032,34
071		*SU Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.*	*-74.610.485,00*	*-83.432.200,00*	*-75.343.998,99*
08		**Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.-Beitr.**	**-4.203.710,00**	**-4.131.670,00**	**-94.388,05**
	5460099	Erträge Auflösung SOPO Sonderinvest. (Tilg. Land)	-365.120,00	-364.180,00	
	5460100	Erträge Auflös SOPO Invest vom öffentl Bereich	-2.872.230,00	-2.773.710,00	
	5461000	Erträge Auflös SOPO Invest nicht öffentl Bereich	-427.250,00	-429.240,00	-94.388,05
	5462000	Erträge Auflösung von SOPO Investitionsbeiträgen	-496.400,00	-522.480,00	
	5469000	Erträge Auflösung von sonst SOPO aus Investitionen	-42.710,00	-42.060,00	
081		*SU Ertr.a.Aufl.v.Sonderp.a.Inv.zuw.-zusch.u.-Beitr.*	*-4.203.710,00*	*-4.131.670,00*	*-94.388,05*
09		**Sonstige ordentliche Erträge**	**-3.699.740,00**	**-3.748.095,00**	**-4.292.883,92**
	5300100	Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung	-615.280,00	-614.980,00	-759.633,36
	5300110	Vermietung (Gebäudewirtschaft)	-120.585,00	-96.020,00	-106.536,80
	5300120	Pacht (Gebäudewirtschaft)	-124.550,00	-141.750,00	-159.036,88
	5300150	Mietnebenkosten	-84.790,00	-96.120,00	-90.312,29
	5300160	Nebenkosten, Gartenpacht	-2.000,00	-2.000,00	-1.480,71
	5303000	Nebenerlöse aus Veranstaltungen	-700,00	-31.400,00	-27.511,20
	5309100	Konzessionsabgaben	-2.642.000,00	-2.608.000,00	-2.283.691,10
	5309300	Fehlbelegungsabgabe	-60.000,00	-56.000,00	-57.344,23
	5330000	Erträge aus Schadensersatzleistungen	-10.000,00		-29.970,10
	5330100	Erträge aus Schadensersatzl. (Bauunterhaltung)			-708.653,08
	5331000	Erträge aus Schadensersatzleist. (Verkehrsschäden)		-20.000,00	-21.235,18
	5332000	Erträge aus Schadensersatzleist. (Schulen)		-50.000,00	
	5392100	Eigenbeteilg. Wahlleist.(Beihilfe), aktive Beamte	-10.735,00	-10.365,00	-12.908,70
	5392200	Eigenbeteilg. Wahlleist.(Beihilfe),Versorgungempf.	-12.000,00	-11.400,00	-12.020,40
	5399000	andere sonstige betriebliche Erträge	-17.100,00	-10.060,00	-22.549,89
091		*SU Sonstige ordentliche Erträge*	*-3.699.740,00*	*-3.748.095,00*	*-4.292.883,92*
10		**Summe ordentliche Erträge**	**-262.657.695,00**	**-238.196.855,00**	**-237.207.660,52**
11		**Personalaufwendungen**	**74.253.450,00**	**66.120.100,00**	**63.281.358,85**
	6201000	Entg. für geleist. Arbeitszeit (einschl. Zulagen)	52.676.700,00	46.665.350,00	44.777.217,10
	6201001	Leistungsentgelt Beschäftigte			829.473,75
	6201030	Entg. Aushilfen (einschl. Zulagen)	2.324.450,00	3.064.550,00	2.462.054,24
	6211000	Leistungsentgelt Beschäftigte	877.300,00	831.000,00	
	6251010	Aufstockung Altersteilz. Pers.aufw. Beschäft.	91.000,00	40.200,00	64.883,85
	6301000	Dienst-, Amtsbezüge einschl. tarifl. Zulagen	4.808.400,00	4.138.500,00	4.444.208,31
	6401000	AG-Anteil zur Sozialvers. Entgeltbereich	11.847.400,00	10.047.600,00	9.524.207,70
	6420000	Beiträge z. Berufsgenossenschaft u. Unfallvers.	311.000,00	311.000,00	
	6482000	RS Altersteilzeit Personalaufwand Beschäftigte	21.900,00	-125.800,00	115.357,59
	6485000	RS Lebensarbeitszeitkonto Beamte			48.945,37
	6492000	Beihilfen	850.000,00	750.000,00	724.804,42
	6501000	Aufwendungen für Personaleinstellungen	180.000,00	180.000,00	176.615,02
	6550000	Aufwendungen für Dienstjubiläen	14.200,00	5.000,00	8.020,00
	6590000	übrige sonstige Personalaufwendungen	251.100,00	212.700,00	105.571,50
111		*SU Personalaufwendungen*	*74.253.450,00*	*66.120.100,00*	*63.281.358,85*
12		**Versorgungsaufwendungen**	**9.862.000,00**	**8.054.900,00**	**6.985.121,60**
	6450100	Aufw. an Versorgungskassen Beamte	1.202.000,00	897.400,00	1.035.150,25
	6450200	Beitrag zur Versorgungskasse für ehem. Beamte	2.372.600,00	2.361.000,00	2.249.327,97
	6451000	Auf. an Verso. kassen f tarifl. Beschäftigte	4.757.400,00	3.801.500,00	3.700.643,38
	6460100	Zuführung zu Pensionsrückstellungen	1.401.000,00	875.000,00	
	6461000	Zuführung zu Beihilferückstellungen	129.000,00	120.000,00	
121		*SU Versorgungsaufwendungen*	*9.862.000,00*	*8.054.900,00*	*6.985.121,60*
13		**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**	**41.979.397,00**	**38.498.485,00**	**38.249.239,64**
	6001100	Familienstammbücher	1.525,00	1.010,00	2.451,30
	6001200	Hundesteuermarken		355,00	
	6010100	Aufw. für Büromat. u. Drucks. d. Verw. u. ähnl. Ei	211.380,00	162.235,00	234.619,34
	6010110	Jugendleiter-Card, Kosten für die Erst. d. Ausweis	30,00	30,00	18,00
	6010120	Kosten der Ausschreibung	7.605,00	12.000,00	10.293,50

Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
6010130	Seniorenzeitschrift	95,00	180,00	112,04
6010150	Aufw. für Büromat. u. Drucks. (zentral)	6.715,00	4.380,00	7.537,23
6010160	Aufw. für Papier (zentral)	1.020,00	2.015,00	-275,11
6010180	Sachkosten (Adoptionen)		95,00	
6011000	Lehr- und Unterrichtsmittel	57.693,00	54.545,00	41.122,24
6011100	Kosten der Brandschutzerziehung	515,00	385,00	1.222,21
6011300	Unterrichtsmittel (Inklusion)	5.585,00	7.045,00	966,04
6013000	Unterrichtsmittel für Naturwissenschaften	10.135,00	20.110,00	
6030200	Praxis- u. Laborbedarf, Arzneimittel	5.760,00	6.530,00	6.802,72
6051000	Strom	1.797.490,00	2.338.390,00	1.692.512,81
6055000	Treibstoffe	52.165,00	55.630,00	70.282,05
6056000	Wasser	2.000,00	1.010,00	2.368,99
6057500	Wassergeld	195.220,00	126.640,00	184.395,76
6057510	Abwassergebühr (Schmutzwasser)	174.320,00	168.710,00	155.151,44
6057520	Abwassergebühr (Niederschlagswasser)	1.395.240,00	1.401.065,00	1.392.702,34
6058000	Heizkosten (Öl u. Gas)	1.471.905,00	1.805.415,00	1.674.510,44
6063000	Materialaufw. für Einrichtungen und Ausstattungen	333.730,00	527.800,00	369.248,73
6063100	Materialaufw. für Einr. u. Ausstatt. (Werkstatt)	395,00	570,00	170,83
6064000	Materialaufw. für Einricht. u. Ausstatt. (zentral)	431.275,00	222.470,00	92.871,74
6065200	Unterhaltung v. Asphaltwegen u. Grünanlagen (Sachk		505,00	
6070000	Aufw. für Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel	144.360,00	155.450,00	125.723,26
6082000	Ausgaben für den Katastrophenschutz	8.950,00	130,00	1,70
6089000	übriger sonstiger Materialaufwand	45.965,00	64.100,00	83.898,79
6089100	Verbrauchsmaterial	51.500,00	49.770,00	66.022,73
6089200	Verbrauchsmittel für Bewirtschaftung	35.795,00	15.000,00	16.022,60
6089300	Materialaufwand (Schwimmbad)		2.515,00	2.194,22
6089500	Verbrauchsmittel (Hygiene)	203.145,00		1.039,40
6101000	Fremdleist. für Erzeugnisse u. and. Umsatzleist.			646,39
6102100	Querbeförderung	120.000,00	108.410,00	64.703,78
6102200	Schulbusbeförderung	830.000,00	600.600,00	972.447,09
6102300	Schülerbeförderung		2.500.000,00	3.024.813,53
6102350	Schülerbeörderung,Helen-Keller-Schule	3.000.000,00		
6121000	Bauleitplanung	50.670,00	60.330,00	113.441,90
6121150	Bauleitplanung, Stellantis-Flächen	101.335,00		
6121300	Rahmenplanung Rüsselsheim West	202.665,00		
6122000	Beitreibungskosten	1.525,00	22.200,00	1.582,22
6131000	Aufw. Entsch. ehrenamtl. Tätige (sow. N. Hkto 678)	230.405,00	233.665,00	237.720,92
6131100	Tagegelder, Erfrischungszuschl.	19.690,00	42.000,00	4.750,00
6139000	sonstige weitere Fremdleistungen	147.805,00	337.050,00	748.686,85
6139001	sonst. Fremdl. (AöR)	2.630,00	3.450,00	2.484,60
6139010	Werttransporte	5.195,00	5.685,00	10.231,39
6139040	Schulmensa	500.000,00		
6139050	IT-Dienstleistungen	290.105,00		6.105,22
6139100	Interkulturelle Woche	1.020,00	1.010,00	2.024,85
6139200	Kosten der Auf- u. Abbauarbeiten f. Bestuhlung	2.030,00	4.525,00	
6139300	Kosten der Gewässeruntersuchungen	11.235,00	9.810,00	5.894,17
6139350	Kosten der Abwasseruntersuchungen	9.125,00	15.000,00	12.312,04
6139400	Untersuchung des gesamten Kanalnetzes	180.355,00	200.000,00	120.991,06
6139401	Untersuchungen d. ges. Kanalnetzes, AöR			3.153,54
6139600	Wasseruntersuchungen	4.315,00	3.875,00	10.430,75
6139700	Bestattungskosten für mittellos Verstorbene	7.605,00	5.030,00	8.858,18
6139800	Automatisierte Liegenschaftskarte	515,00	505,00	
6139900	Raummanagement	44.745,00	37.710,00	95.309,77
6161000	Instandh. Gebäude, Außenanl. (Bauunterhaltung)			36,73
6161100	Vermieter-Bauunterhaltung, Wartungskosten Gebäude	2.706.405,00	2.657.160,00	4.010.182,64
6161105	Wartungskosten, Gebäude	1.100.000,00		
6161140	Farbleitsystem	7.605,00	15.085,00	7.257,66
6161150	Contracting Heizung (Grundpreis)	249.405,00	266.700,00	217.860,22
6161200	Mieter-Bauunterhaltung Kleinreparaturen	92.450,00	75.540,00	167.714,66
6161300	Unterhaltung d. Außenanlagen	41.825,00	61.725,00	17.040,01
6161301	Unterhaltung d. Außenanlagen (AöR)	2.790,00	6.035,00	5.492,77
6161400	Unterhaltung d. Brunnen	2.540,00	37.710,00	76.770,76
6161450	Unterhaltung der Denkmäler	515,00	505,00	6.140,40
6161460	Unterhaltung Kunstwerke	515,00	505,00	
6161500	Unterhaltung v. Möbelierungen in Grünanlagen	17.900,00	20.110,00	8.850,00
6161510	Unterhaltung Blumenkörbe Innenstadt	8.950,00		
6161520	Unterhaltung und Pflege mobiles Grün	7.610,00		
6161600	Unterhaltung von Wegen in Grünanlagen	134.225,00	75.415,00	103.640,79
6161605	Grünanlagen, vertiefende Pflegearbeiten	71.590,00	60.330,00	81.851,67
6161606	Mainufer, nachholende Pflegearbeiten	22.375,00	12.570,00	14.235,45
6161607	Schäden durch Dritte an Grünanlagen/Bäumen	13.425,00	7.545,00	7.023,26

Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
6161608	Schadensbeseitigung, Weihnachtsmarkt		10.055,00	
6161609	Biotopvernetzung	25.335,00	32.680,00	
6161615	Unterhaltung Forstwege	31.415,00	62.000,00	
6161700	Maßnahmen zur Verkehrssicherungspflicht	82.330,00	82.545,00	88.590,21
6161800	Vermieter-Bauunterhaltung, Graffitibeseitigung		6.335,00	3.700,00
6161900	Unterhaltung der Außenspielanlagen	38.360,00	36.070,00	18.326,31
6162000	Instandh. von techn. Anlagen in Betriebsbauten			61,35
6162100	Unterhaltung d. Verkehrssicherungs- u. Signalanlag	294.885,00	336.365,00	374.778,95
6162200	Unterh. d. stationären Geschwindigkeitsmessanl.	12.670,00	25.140,00	42.618,81
6162300	Unterh. d. Verkehrszeichen und sonstige Schilder	116.535,00	80.000,00	51.954,90
6162700	Pavillons	611.045,00	344.600,00	412.639,02
6162701	Pavillions (Auf-/Abbau)	447.030,00	35.195,00	
6163000	Instandh. von Einrichtungen und Ausstattungen	97.730,00	72.675,00	134.337,03
6163010	Unterhaltung von Sportgeräten	33.115,00	28.300,00	69.273,24
6163020	Instandh. v. Einricht. u. Ausstattungen (zentral)	12.375,00	12.475,00	12.012,71
6163030	Unterhaltung Schultafeln (zentral)	16.215,00	6.035,00	5.921,23
6163040	Unterhaltung interaktive Displays	10.135,00	10.055,00	
6163050	Beladung, Neufahrzeuge	10.135,00	33.435,00	21.331,32
6163100	Unterhaltung EDV	97.100,00	119.925,00	128.663,96
6163110	Unterhalt.-, Wartungs- u. Mietkost. ges. Verw. EDV		9.555,00	236,12
6163120	Softwarepflegekoste GIS	50.085,00	34.985,00	39.485,78
6163130	Softwarepflegekosten Ekom21	12.260,00		
6163140	Softwarepflegekosten, Wartungsverträge	397.305,00	229.355,00	188.768,06
6163141	Softwarepflegekosten (zentral), Wartungsverträge	370.100,00	180.500,00	41.120,29
6163150	Unterhaltung EDV (zentral)	180.750,00	123.930,00	109.455,67
6163160	Social Media	17.900,00	12.570,00	9.685,01
6163200	Unterhaltung EDV - Auszubildende	4.530,00	1.000,00	302,26
6163300	Sachkosten des EDV-Verfahrens			1.570,80
6163400	Technischer Support (Schulen)		220.855,00	22.105,00
6163450	Unterhaltung/Ausstattung,Digitalisierung (Schulen)	5.070,00	10.055,00	10.236,22
6163500	Unterhaltung d. Archivbestände	3.135,00	1.260,00	2.293,46
6163600	Unterhaltung der Museumsbestände	5.070,00	5.230,00	13.412,91
6163800	Unterhaltg. u. Wartg. d.Netzwerk.inkl.Außenstellen	10.135,00	163.395,00	230.375,51
6163900	Unterhaltung Werkstattinventar	5.070,00	5.030,00	2.803,15
6164000	Instandhaltung von Fahrzeugen	86.035,00	82.950,00	87.645,57
6165000	Instandh. v. Sachanl. Gemeingebr., Infrastr.verm.	19.265,00	29.615,00	34.231,89
6165100	Unterhaltung der Landungsbrücke	360,00	335,00	366,00
6165110	Unterhaltung der Pumpstationen	143.665,00	160.000,00	153.269,19
6165120	Unterhaltung Regionalparkroute	31.320,00	17.600,00	25.153,01
6165130	Unterhaltung des Kanalnetzes	149.440,00	160.000,00	166.117,99
6165200	Unterhaltung der Sportflächen	25.335,00	30.165,00	21.926,93
6165300	Unterhaltung der Straßen und Brücken	30.410,00	30.170,00	9.472,40
6165301	Unterhaltung der Straßen	885.435,00	774.235,00	619.835,79
6165302	Unterhaltung der Brücken	126.665,00	120.660,00	12.680,59
6165325	Sanierung Frankfurter Straße			22.354,63
6165345	Sanierung Bensheimer Straße			44.006,49
6165400	Städtische Weihnachtsbeleuchtung	7.605,00	7.545,00	5.304,23
6165573	Entschlammung Horlachgraben	536.000,00		
6165600	Pflege und Renaturierungskosten	17.740,00	20.000,00	21.935,17
6165800	Unterhaltung der Gräben u. des Mainufers	10.135,00	10.055,00	18.378,06
6165900	Kosten bei Festen, Veranstalt.v. Vereinen, u.ä.	8.225,00	8.300,00	
6165950	Winterdienst (AöR)	76.000,00	75.415,00	107.388,51
6166100	Wartung Kassensystem	1.780,00	1.260,00	3.547,16
6166200	Wartung Tiefenbelüftungsanlage	2.540,00	1.260,00	1.736,20
6166300	Wartungskosten der Telefonanlage	30.405,00	25.480,00	48.537,51
6171000	Aufwendungen für Fremdentsorgung	10.790,00	9.315,00	9.852,99
6171001	Fremdentsorgung (AöR)	7.455,00	10.880,00	7.464,40
6173000	Fremdreinigung	2.111.240,00	2.031.075,00	3.410.406,78
6173100	Wäschereinigung-		30,00	
6173200	Winterdienst	63.145,00	58.100,00	123.880,38
6177000	Schornsteinfegergebühren	9.440,00	3.195,00	4.663,31
6178000	sonstige Aufwendungen d. Gebäudebewirtschaftung	19.650,00	14.920,00	45.060,67
6179000	and. sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	155.910,00	154.010,00	199.918,97
6179001	bezogene Leist. (AöR)	15.810,00	24.570,00	11.216,27
6179002	Räumung v. Grabst. (AöR)	2.435,00	5.030,00	4.704,00
6179010	Sicherheitsdienste	131.225,00	58.600,00	65.506,05
6179040	Erstellung Mietspiegel		40.900,00	9.110,64
6179050	Beratungskosten, Schulentwicklung	3.380,00	3.345,00	614,09
6179060	Fortschreibung Nahverkehrsplan	60.800,00	60.330,00	
6179070	Untere Denkmalschutzbehörde	765,00	3.020,00	29,62
6179110	Kosten im Rahmen von Ersatzvornahmen	1.475,00	1.460,00	

Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
6179120	Kosten i.R. v. Ersatzvorn.(Unt. Denkmalschutzbeh.)	1.525,00	195,00	
6179200	Kosten d. künstl. Rinderbesamung			18,75
6179300	Kosten der naturschutzrechtl. Maßnahmen	17.900,00	20.000,00	8.248,31
6179310	Seuchenbekämpfung	1.020,00	1.010,00	503,00
6179320	Überwachung kommunaler Altlasten	3.550,00	2.515,00	5.349,05
6179330	Wildschäden	1.345,00	1.510,00	967,82
6179340	Bewirtschaftung Ladeinfrastruktur (CLever)	25.335,00	50.275,00	487.139,19
6179350	Klimaschutzmanagement		8.400,00	
6179360	Klimaschutzkonzept, Kommunikationsvermittlung	15.205,00		
6179370	Verkehrsmanagement und Vernetzung	25.335,00	25.140,00	
6179500	Kosten der polizeilichen Maßnahmen	9.125,00	11.065,00	15.436,50
6179600	Kosten der umweltschutzrechtl. Maßnahmen	10.740,00	8.000,00	6.624,46
6179650	Untersuchg. u. Beseitigung v. Kampfmitteln	515,00		10.794,22
6179700	Kosten der Verkehrserziehung	150,00	45,00	40,80
6179850	Tagespflegepersonen, Geldleistungen	331.090,00	129.290,00	198.555,58
6179851	Tagespflegepersonen, Erst.Versicherungsbeiträge	66.220,00	23.630,00	28.360,75
6179900	Lehrfahrten u. Schwimmbadbesuche	5.255,00	9.390,00	2.971,93
6179940	Unternehmereinsatz zur Bewirtschaftung	130.650,00	143.805,00	77.165,61
6179945	klimaangepasstes Waldmanagement	62.640,00		
6179950	Kosten, Beförsterung	41.165,00	81.490,00	44.146,80
6701000	Mieten, Pachten, Erbbauzinsen	4.758.975,00	4.509.890,00	3.935.572,02
6701350	Miete PKW	21.775,00	13.725,00	11.860,62
6701700	Miete (Photovoltaikanlagen)	2.240,00	1.235,00	2.414,64
6701900	Miete (Energiecontrolling)	14.720,00	12.200,00	21.391,66
6705000	Mietnebenkosten	663.525,00	796.950,00	514.163,90
6706000	Unterhalt. u. Bewirtschaft. Nachbarschaftszentrum	10.135,00	10.055,00	21.476,18
6712000	Maschinenmiete - Fax- u. Kopiergeräte	134.655,00	160.350,00	129.602,98
6713000	Maschinenmiete - Fax- u. Kopiergeräte (zentral)	34.005,00	19.105,00	31.578,10
6715000	Maschinenmiete -Telecash	8.750,00	5.085,00	9.126,13
6730000	Gebühren	4.720,00	145,00	7.210,00
6731000	Grundsteuer, Müll, Straßenreinigung	709.395,00	551.265,00	641.857,67
6732000	GEMA-Vergütungspauschale	4.305,00	3.685,00	5.116,72
6735000	Eintrittsgelder für Schwimmunterricht	46.535,00	30.165,00	39.861,00
6736000	Nutzungsentgelt für elektronisches Grundbuch	210,00		349,00
6737000	Rundfunk- und Fernsehbeitrag	9.880,00	8.175,00	7.914,12
6750000	Bankspesen / Kosten d. Geldverkehrs u.d. Kapitalbe	11.560,00	13.055,00	23.464,61
6755000	Kosten des Geldverkehrs (digitale Bezahlsysteme)	5.070,00	10.055,00	374,87
6760000	Provisionen			
6771000	Aufw. für Sachverst., Rechtsanwälte u. Gerichtskos	31.860,00	45.335,00	50.912,00
6774000	Beratungskosten, Gutachten	173.760,00	163.780,00	125.678,56
6774001	Gutachten (AöR)		1.260,00	
6774010	Beratungskosten (Prüfung AöR)	17.005,00	19.000,00	15.571,15
6774300	Grünflächenkataster	152.125,00	80.440,00	45.093,38
6774320	Dokumentation Kunst u. Denkmäler i. öff. Raum	2.240,00	2.500,00	
6774800	Maßnahmen zur Erhaltung d. Wasserqualität	2.790,00	4.500,00	
6774950	Organisationsuntersuchungen	5.070,00	5.030,00	4.284,00
6775000	Beratungs- u. Verfahrenskosten Flughafenerweit.	5.250,00	6.540,00	10.350,00
6775500	Kosten, städtebauliche Verfahren	32.935,00		
6776000	Vorplanungen, begleitende Planungen	19.425,00	26.270,00	19.167,02
6776100	Planungskosten (Entwicklung Grundschulen)	12.670,00	12.570,00	
6776600	Prozessbegleitung Opel Forum u. Innenstadt	25.335,00	50.275,00	1.535,20
6777000	Sanierungsbetreuung	4.055,00	5.030,00	14.026,29
6777500	Stadtumbaumanagement	5.070,00	5.030,00	
6777510	Quartiersmanagement Innenstadt	14.005,00	65.000,00	40.608,23
6777520	Quartiersmanagement Berliner Viertel	81.585,00	65.000,00	64.055,88
6777530	Zukunft Innenstadt		630.000,00	21.068,76
6777550	Mobilitätskonzepte/-studien	76.000,00	75.415,00	1.786,77
6777555	Öffentlichkeitsarb./Mobilitätskampagnen	2.540,00	2.515,00	
6777570	Entwicklungsmaßnahmen Stellantis-Flächen	303.995,00	301.650,00	385.204,10
6777620	Vorbereitende Untersuchungen, Berliner Viertel	15.285,00	30.165,00	
6779020	Kosten der Praxisberatung	65.430,00	66.665,00	49.928,09
6779030	Kosten d. Praxisberatung- Bereich Soziale Dienst		13.635,00	16.577,37
6779040	Kosten d. Praxisberatung- Verw. FB Jugend/Soziales	25.505,00	355,00	
6779050	Kosten der Praxisberatung- Bereich Jugendförderung		2.015,00	2.894,92
6779060	Kosten der Vermessung, Grundstücksvorbereitung	2.540,00		
6779065	Vermarktungs- u. Vorbereitungskosten	6.595,00	18.100,00	12.603,30
6779070	Kosten, externe Beratung u. Veranstaltungen	4.310,00	4.525,00	880,00
6779080	Immissionsschutz (Lärm, Licht, Luft)	4.055,00	6.270,00	
6782000	Sachkosten, Stadtelternbeirat u.Stadtschülervertr.	14.320,00	320,00	455,14
6783000	Kosten des Seniorenbeirats	60,00	185,00	110,17
6784000	Kosten des Denkmalbeirats	765,00	755,00	

Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
6790100	Feuerwehrtauglichkeitsuntersuchungen	7.160,00	7.410,00	12.789,56
6793000	Hygieneüberwachung	2.870,00	6.540,00	388,95
6810000	Aufw. für Zeitungen u Fachlit. d. Verw. u ähnl. Ei	78.879,00	74.950,00	107.301,49
6810001	Aufw.f.Zeit., Fachlit. (zentral)	260,00	325,00	650,36
6810500	Schulbücherei	20.520,00	28.170,00	2.101,68
6811000	Erwerb von Büchern für die Museumsbibliothek	260,00	305,00	350,24
6813000	Aktualisierung und Beschaffung neuer Karten	410,00	505,00	32,00
6814000	Onlinedatenbanken (JURIS/Beck)	8.020,00	2.625,00	3.897,58
6815000	Geschäftsausgaben, Bewertungskommission	245,00	470,00	
6820000	Porto und Versandkosten	141.305,00	221.485,00	205.345,53
6821000	Porto und Versandkosten (zentral)	3.595,00	5.070,00	7.073,52
6821100	Porto und Versandkosten (zentral, Paketkarten)		605,00	
6822000	Porto und Versandkosten (Eigenbetriebe)	15.215,00	18.500,00	16.963,09
6831000	Datenübertragungskosten	290,00	305,00	675,00
6831100	Benutzerentgelte KIV, KGRZ, u.a.	863.160,00	925.150,00	884.696,30
6832000	Telefon- und Internetkosten	259.230,00	144.505,00	243.631,37
6832050	Neu-/Ersatzbeschaffungen, Telefonie	25.195,00		
6832200	Telefonkosten (Eigenbetriebe)	515,00	505,00	982,32
6832210	Telefonkosten (Städteservice AöR)	305,00	305,00	585,06
6832260	Internetkosten (Städteservice AöR)	610,00	805,00	1.148,75
6832400	Kosten, Glasfaseranschluss	85.855,00	168.215,00	44.628,11
6832500	Kosten, Gebäudeleittechnik	270,00	270,00	880,89
6833000	Kosten der Telefonanlage		1.510,00	2.664,68
6840000	amtliche Bekanntmachungen	33.130,00	42.230,00	40.833,56
6850000	Reisekosten	60.390,00	46.230,00	46.155,35
6851000	Reisekosten (Schulhausverwalter)	1.525,00	1.260,00	2.760,60
6860100	Aufw. für Verfügungsmittel	5.080,00	8.000,00	1.783,31
6860200	Förderung der Fraktionsarbeit	86.800,00	100.000,00	87.413,57
6861000	Aufw. für Öffentlichkeitsarbeit	28.190,00	31.210,00	29.681,28
6861060	Barrierefreiheit	5.370,00		
6861200	Kosten der Wirtschaftsförderung	97.240,00	33.100,00	1.775,43
6861250	Kosten des Marketings	94.705,00	90.495,00	60.816,70
6861300	Route der Industriekultur, Sachkosten	710,00	1.395,00	
6861500	Kosten der Stadtführungen	90,00	165,00	2,75
6862000	Aufw. für Gästebewirtung (Repräsentation)	260,00	505,00	
6862100	Lebensmittel und Getränke	26.280,00	19.625,00	22.787,23
6862101	Verpflegung (Kitas)	895.125,00	777.860,00	405.250,14
6862110	Lebensmittel/Getränke (Kitas)	12.825,00	6.920,00	20.208,87
6862200	Einsatzverpflegung	515,00	95,00	1.126,64
6863000	Information u. Präsentation f. touristische Zwecke	5.070,00	5.000,00	2.085,46
6864000	Informationsmaterial	16.325,00	27.100,00	17.928,25
6865000	Integrationsmaßnahmen	14.320,00	10.000,00	16.009,94
6866000	Sportlerehrungen	5.070,00	7.545,00	5.929,15
6867000	Örtl. Veranstaltungen (Ferienspiele)	28.190,00	28.500,00	40.634,35
6867050	Ferienfreizeiten, Programmkosten	7.605,00	15.000,00	
6867100	Internationale Veranstaltungen und Partnerschaften	7.605,00	7.545,00	1.158,96
6867300	Schulveranstaltungen	260,00	505,00	832,34
6867400	Seminare, Veranstaltungen u.ä.	3.135,00	7.000,00	759,75
6868000	Kosten der Jahreshauptversammlung	260,00	65,00	
6869000	sonst. Aufwendungen für Repräsentation	21.235,00	20.105,00	15.319,35
6869100	Aufwendungen in besonderen Fällen	27.000,00	15.305,00	10.758,74
6869200	Aufwend. in bes. Fällen, Ortsbeirat Königstädten	300,00	255,00	300,00
6869300	Aufwend. in bes. Fällen, Ortsbeirat Bauschheim	300,00	255,00	
6880000	Aufw. Für Fort- und Weiterbildung	329.870,00	213.070,00	178.157,90
6880100	EDV-Fortbildung	104.735,00	94.485,00	34.580,91
6881000	Aufwendungen für Ausbildung	161.070,00	171.000,00	132.029,38
6882000	Kosten d. Aus-und Fortbildung Externer	1.790,00	155,00	1.639,70
6883000	Kosten d. Fortbildung - Bereich Soziale Dienste		13.200,00	8.880,20
6884000	Kosten d. Fortbildung - Kita-Verwaltung	1.020,00	1.010,00	
6884500	Kosten d. Fortbildung - Hauswirtschaftskräfte	1.275,00	1.240,00	
6884600	Kosten d. Fortbildung - Inklusion	31.625,00	35.505,00	
6884700	Kosten d. Fortbildung - Kitaleitungen	5.575,00	5.535,00	
6884800	Kosten d. Fortbildung - Arbeitskreise	10.135,00	10.055,00	
6885000	Kosten d. Fortbildung EDV-Verfahren	450,00	3.185,00	
6886000	Kosten d. Fortbildung- Verwalt. FB Jugend/Soziales	27.430,00	3.020,00	5.295,00
6887000	Kosten d. Fortbildung - Bereich Jugendförderung		1.760,00	507,50
6888000	Kosten d. Fortbild.- Betreuungssch./Kindertagespf.			50,00
6888500	Kosten d. Fortbild.-Fachkräfte Ganztag	22.375,00	12.570,00	22.933,68
6890000	sonstige Aufwendungen für Kommunikation	1.200,00	840,00	23,21
6891100	Fotoarchiv/Bildmaterial	3.135,00	5.030,00	2.831,70
6891200	Kosten der Mikroverfilmung/Digitalisierung	8.650,00	9.500,00	6.216,59

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
	6900100	Beiträge f. Gebäudebezogene Versicherungen	747.070,00	579.520,00	485.686,53
	6901000	Kfz-Versicherungsbeiträge	53.925,00	69.640,00	44.074,17
	6909000	Beiträge für sonstige Versicherungen	1.457.205,00	1.324.360,00	1.056.978,21
	6910000	Beitr. Wirtschaftsverb. & Berufsvertr, sonst. Vere	98.525,00	91.645,00	89.328,90
	6920000	Aufw. für Schadensersatzleistungen			137.305,29
	6991000	Säumniszuschläge			8,00
	6993000	übrige sonstige betriebliche Aufwendungen			20,00
	6993100	Sonstige Aufwendungen Kfz	3.515,00	1.345,00	8.009,40
	6993150	Sharingangebote	2.030,00	2.015,00	1.951,45
	6993200	Kosten der Sportveranstaltungen	5.070,00	10.055,00	4.641,00
	6993205	Friedensarbeit	6.715,00	2.515,00	429,71
	6993210	Veranstaltungen	10.485,00	10.400,00	1.497,40
	6993230	Veranstaltungen für Senioren	7.605,00	6.035,00	8.588,78
	6993240	Veranstaltungen, Programmkosten	24.465,00	44.000,00	22.866,22
	6993241	Kinder- und Jugend-Uni	4.565,00	9.000,00	7.765,33
	6993243	Kosten der Ferienbetreuung	1.525,00	2.515,00	2.160,57
	6993246	Senior*innen-Uni	515,00	2.515,00	499,69
	6993247	Klimaschutzkonzept/Umsetzung Klimaschutzkonzept	178.970,00	310.000,00	5.267,46
	6993255	Biodiversitätsstrategie	20.270,00	25.140,00	
	6993257	Abschussprämie	1.790,00	755,00	1.700,00
	6993260	Veranstaltungs-, Programmkost.,aufsuch. Jugendarb.	7.100,00	11.000,00	14.922,07
	6993270	Veranstaltungsreihe Bildung		305,00	
	6993271	Projekte (Schulsozialarbeit)	15.455,00	12.180,00	11.799,21
	6993275	Pakt für den Nachmittag	158.000,00	146.785,00	211.120,00
	6993280	Wechselausstellungen und Veranstaltungen	4.525,00	7.970,00	7.773,38
	6993287	Mitmachausstellungen	31.320,00	35.000,00	65.668,78
	6993288	Verbundausstellung Hessen		10.000,00	28.895,05
	6993292	Sicherheitsmaßnahmen, komm. Veranst./Kerb	4.475,00	5.030,00	
	6993300	Nebenkosten für Grundstücksangelegenheiten	4.055,00	3.180,00	8.291,35
	6993500	Krisenprävention	50.670,00	100.000,00	42.337,56
	6994020	Kosten der Europaschule	15.350,00		10.517,05
	6994025	Ganztagsangebote	926.400,00	926.400,00	638.791,13
	6994040	Weiterentwicklung EDV Facility Management	10.135,00	5.030,00	386,75
	6994050	Kosten des Schulsportzentrums			3.159,80
	6994060	Maßnahmen der Stadtentwicklung	229.770,00	796.000,00	75.319,63
	6994065	Web-GIS (EU-Richtlinie Inspire)	1.525,00	2.515,00	
	6994067	Konzept Einzelhandel und Zentren	1.275,00	8.500,00	15.559,25
	6994070	Obdachlosenunterbringung	847.300,00	730.000,00	642.517,70
	6994105	Rüsselsheim-Pass, Ersatzleistungen	83.600,00	123.175,00	58.308,67
	6994107	Projekt Integrationslotsen	5.370,00	4.500,00	5.210,00
	6994115	Entwicklung "New Work"	38.000,00	50.275,00	
	6994120	Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung	12.925,00	12.825,00	11.594,19
	6994121	Kulturelle Bildung an Schulen (Öffnung v. Schulen)	14.950,00	14.835,00	7.997,30
	6994130	Sachkosten f.das Rüsselsheimer Kooperationsmodell	2.255,00	2.515,00	3.670,89
	6994150	Sachkosten Hochwasserschutzübung	1.020,00	865,00	
	6994160	Umweltbildung	4.055,00	7.545,00	3.861,65
	6994166	"Plant my tree"	3.580,00		
	6994190	Wohnumfeldpflege	15.205,00	15.085,00	19.428,74
	6994195	"Jugend stärken im Quartier"			36.638,08
	6994265	Handlungsschwerpunkt"Freizeit/Kult./Bild.qualif."	44.745,00	46.500,00	41.546,75
	6994270	Leuchtende Vorbilder	2.240,00		334,50
	6994271	Kulturprofil	4.475,00	5.015,00	49,91
	6994350	Klassikertreffen	89.485,00		
	6994400	Corona Pandemie, Maßnahmen			579.453,14
	6994500	IKZ-Projekt, ProstSchG	765,00	705,00	1.456,64
	6994600	Parkraumkonzept	45.605,00		
131		*SU Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen*	*41.979.397,00*	*38.498.485,00*	*38.097.125,95*
14		**Abschreibungen**	**13.756.590,00**	**13.272.960,00**	**192.509,49**
	6611000	Abschr. auf Konzessionen u. a. Schutzrechte	258.270,00	265.640,00	
	6615000	Abschr. aktivierte Investzuw.,-zuschüsse u. -beitr	952.760,00	1.040.430,00	
	6620000	Abschr. Gebäude u. -einr. , SachAnlag., InfrStrktV	10.955.630,00	10.578.430,00	
	6621000	Abschr. unbewegliches Anlagevermögen			
	6630000	Abschr. auf techn. Anlagen u. Maschinen	34.000,00	48.180,00	
	6641000	Abschr. auf andere Anlagen	24.380,00	27.280,00	
	6641100	Abschr. bewegliches Anlagevermögen			
	6642000	Abschr. auf Betriebsausstattung	221.800,00	175.350,00	
	6643000	Abschr. auf Fuhrpark	223.420,00	172.250,00	
	6645000	Abschr. auf Geschäftsausstattung	404.020,00	478.070,00	
	6650000	Abschreibung geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	665.760,00	470.780,00	
	6672000	Einzelwertberichtigung			192.509,49
	6690099	Abschreibungen Sonderinvest.programm	16.550,00	16.550,00	

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
141		*SU Abschreibungen*	*13.756.590,00*	*13.272.960,00*	*192.509,49*
15		**Aufw.f. Zuweisungen und Zuschüsse s.bes.Finanzaufw**	**37.566.495,00**	**34.066.960,00**	**32.071.950,91**
	7121100	Zuschuss an die Landesbildstelle	15.000,00	15.000,00	12.623,08
	7121200	Zuschuss Ganztagsangebote	65.000,00		
	7123000	Zuw. für lfd. Zwecke an Zweckverbände und dergl.	13.100,00	13.100,00	13.088,88
	7124200	Kostenant. a. d. RMV f. Schienenpersonennahverkehr	149.500,00	150.000,00	149.500,00
	7124300	Kostenant. RMV, Jobticket	243.500,00	245.000,00	220.348,20
	7125000	Zusch. lfd. Zwecke verb. Unt., Sonderverm.,Beteil.	1.500,00	1.500,00	1.500,00
	7128000	Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche	130.640,00	145.750,00	131.461,62
	7128300	Jugendarbeit Bauschheim, Zuschuss "Auszeit e.V."	140.170,00	110.000,00	83.767,16
	7128400	Jugendarbeit B-Siedlung, Zuschuß "Auszeit e.V."	283.520,00	237.000,00	186.754,55
	7128410	Jug.arb. Eichgr./Berliner Viertel, Zusch. Auszeit	320.140,00	274.000,00	239.959,86
	7128510	Zuschuß an das Diakonische Werk	128.770,00	96.500,00	74.980,00
	7128520	Zuschuß an das Frauenzentrum	40.000,00	40.000,00	40.000,00
	7128565	komm. Zuschuss, Ganztagsangebote	255.000,00	271.000,00	192.685,23
	7128590	Zuschuß, Beratungsstelle f. Kinder u. Jugendl.	169.030,00	150.000,00	137.406,04
	7128600	Zuschuß, Beratungsstelle Wildwasser	95.670,00	85.000,00	64.436,82
	7128620	Zuschuß an die Jugend- und Drogenberatungsstelle	132.690,00	100.000,00	82.813,83
	7128630	Zuschuß an die AG SHG Rüsselsheim	11.900,00	11.900,00	
	7128640	Zuschuß an die SKG Bauschheim, Sporthalle	66.400,00	66.400,00	66.400,00
	7128650	Zuschuß, Standortmarketinggesellschaft	48.000,00	48.000,00	40.000,00
	7128660	Zuschuß an die Verbraucherberatung	35.000,00	35.000,00	34.436,14
	7128670	Zuschuß, Vorbereitungsges. integr. Verkehrsmanagm.	7.715,00	8.000,00	7.716,41
	7128700	Zuschuß an Naturschutzverbände	10.000,00	10.000,00	1.913,79
	7128720	Zuschuß für Gewerbeverein	30.000,00	30.000,00	18.000,00
	7128730	Zusch.Gemeinwesen-Projekt Deutscher Kinderschutzb.	79.800,00	56.000,00	55.930,00
	7128731	Zusch.Gemeinwesen-Projekt Deutscher Kinderschutzb., Familientreff	53.600,00		
	7128800	Zuschüsse an andere Kita-Träger, frühe Hilfen	7.823.000,00	6.900.000,00	6.672.378,41
	7128801	Zusch. an and. Kita-Träger,Weiterl. Landesmittel	958.400,00	1.008.400,00	898.285,34
	7128804	Weiterl. Landesmittel (frühe Hilfen)			30.040,63
	7128805	Zusch. an Tagespflegepersonen,Weiterl.Landesmittel	720.000,00	511.630,00	399.489,71
	7128810	Zuschüsse an die freiwilligen Feuerwehren	24.000,00	23.700,00	18.435,46
	7128820	Zuschüsse an die Jugendfeuerwehren	4.500,00	4.100,00	
	7128830	Zuschüsse an die Stiftung Opel-Villen	316.400,00	287.540,00	261.400,00
	7128831	Zuschüsse an die Stiftung Opel-Villen, Bauunterh.	161.000,00	153.400,00	130.000,00
	7128835	Zuschüsse, Projektförderung	46.960,00	46.960,00	57.234,07
	7128836	Zuschüsse, Institutionelle Förderung	31.000,00	31.000,00	19.796,30
	7128837	Zuschüsse, kulturelle Vereine	44.800,00	44.800,00	44.800,06
	7128838	Zuschüsse, kulturelle Vereine Mieten	120.000,00		
	7128840	Zuschüsse an freie Träger	11.000,00	11.000,00	6.668,12
	7128841	Förderung, soziokulturelles Zentrum Das Rind	127.500,00		
	7128843	Zuschüsse, Bel R! Festival	65.000,00		
	7128844	Förderung soziokult. Zentrum Rollwerk	150.000,00		
	7128861	Zuschüsse Sportförderung (vertragl. Verpflichtung)	55.000,00	55.000,00	43.690,48
	7128862	Zuschüsse Sportförderung	140.000,00	140.000,00	134.285,00
	7128863	Zusch. Sportförd.("Sport u.Flüchtlinge")	25.000,00	25.000,00	11.678,70
	7128890	Zuschüsse an Verbände, Vereine und Körperschaften	10.000,00	1.900,00	
	7128900	Zuschüsse an Vereine	58.750,00	58.750,00	8.749,96
	7128904	Vereinssicherung (Corona-Pandemie)			10.204,68
	7128910	Zuschüsse an Vereine - Mieten	2.800,00	2.800,00	2.741,35
	7128920	Zuschüsse an Vereine und Verbände - Mieten	83.000,00	82.000,00	82.831,08
	7128935	Zuschüsse für Projekte im Bereich Integration	4.000,00	4.000,00	
	7128950	Zuschüsse für externe Seniorenangebote	1.020,00	2.000,00	1.022,34
	7128960	Zuwendungen an Körperschaften, Verbände u. Vereine	90.200,00	90.200,00	79.022,88
	7128965	Zuschuss pro familia	82.760,00	55.000,00	30.439,53
	7128980	Zusch.,Erzieh.beratungsst. Dt. Kinderschutzbund GG	36.790,00	35.000,00	34.021,00
	7170100	sonstige Erstattungen an den Bund	470.000,00	460.000,00	463.115,14
	7172100	Ersatz an andere Jugendhilfeträger	806.190,00	576.000,00	694.579,30
	7172300	Infrastrukturkostenausgleich a.d. Kreis Groß-Gerau	777.000,00	650.000,00	656.393,00
	7172400	Gastschulbeiträge Gesamtschulen	132.880,00	115.000,00	121.739,00
	7172500	Gastschulbeiträge Grund-, Haupt-und Realschulen	262.740,00	253.000,00	119.510,00
	7172600	Gastschulbeiträge Gymnasien	487.730,00	512.900,00	437.580,00
	7172650	Gastschulbeiträge Berufsschulen	835.992,00	920.000,00	817.537,50
	7172700	Kostenerst.an andere Gemeinden (Kostenausgleich)	200.000,00	200.000,00	35.264,29
	7172800	Gastschulbeiträge Förderschulen	407.994,00	421.500,00	190.160,29
	7172850	Erstattung Beschulungskosten, Förderschulen	198.374,00	189.750,00	150.620,97
	7174200	Leistungen nach Einnahmeaufteilungsvertrag an RMV	1.800.000,00	1.800.000,00	1.679.677,05
	7174300	Kostenerstattung Verwaltungkosten Beihilfe	25.000,00	22.000,00	20.918,57
	7175000	sonstige Erstattungen an verbundene Unternehmen	700.000,00		17.406,67
	7175210	Kostenerstattung an den Eigenbetrieb Kultur 123	33.670,00	58.340,00	36.457,41
	7175211	Kostenerst. Kultur 123, Sprachförderung	132.590,00	123.960,00	110.200,50

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
	7175212	Kostenerst. Kultur 123, Musik in Kitas	87.500,00	87.500,00	46.449,17
	7175500	Kostenerstattung an die Stadtwerke (ÖPNV)	3.700.000,00	3.259.000,00	3.449.955,00
	7175510	Kostenersatz an Stadtwerke,Aufgaben im Rahmen LNO	97.760,00	98.000,00	95.914,00
	7175520	Verwaltungskostenbeitrag an die Stadtwerke	55.000,00	55.000,00	52.820,49
	7175530	Kostenerstattung an Stadtwerke, Straßenbeleuchtung	1.770.000,00	1.800.000,00	1.616.431,92
	7175550	Kostenerst. Gewobau Verw. GU Asyl	10.710,00	10.710,00	10.710,00
	7175600	Kost.erst., Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR	10.341.930,00	10.164.060,00	9.989.250,00
	7178000	sonstige Erstattungen an übrigen Bereich	125.910,00	125.910,00	83.461,37
	7178100	Kostenerstattung für Vergütungsausfall	4.000,00	6.000,00	3.919,23
	7178150	Kostenersatz,Schäden an dienstl.genutzt. priv. Kfz	5.000,00	5.000,00	19.377,73
	7178200	Schülerfahrtkostenerstattung	380.000,00	380.000,00	319.565,60
151		*SU Aufw.f. Zuweisungen und Zuschüsse s.bes.Finanzaufw*	*37.566.495,00*	*34.066.960,00*	*32.071.950,91*
16		**Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.**	**46.213.330,00**	**39.277.280,00**	**38.206.511,25**
	7354100	Kreisumlage	34.217.430,00	29.700.000,00	28.051.433,97
	7354101	Kreisumlage (FAG Rückstellung)	-1.400.000,00	-153.600,00	-531.395,90
	7354500	Heimatumlage	3.107.150,00	1.760.750,00	2.427.418,85
	7354910	Umlage an den Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim	4.500.000,00	4.498.000,00	3.774.293,74
	7354920	Umlage an den Hessischen Verwaltungsschulverband	17.000,00	17.000,00	16.327,43
	7354930	Umlage an Planungsverb.Frankfurt-Region Rhein-Main	400.000,00	400.000,00	395.048,22
	7354940	Umlage an den RMV	82.000,00	82.000,00	77.520,06
	7354950	Umlage an den Verband der freiwilligen Feuerwehren	2.000,00	1.980,00	1.980,18
	7354960	Umlage an die Regionalversammlung Südhessen	2.000,00	2.000,00	1.979,16
	7354970	Umlage an Dachgesellsch. Regionalpark Rhein-Main	35.750,00	35.750,00	35.714,29
	7354990	Umlage Zweckverband "Städtenetzwerke Fernost"	250.000,00	100.000,00	50.000,00
	7380100	Gewerbesteuerumlage	5.000.000,00	2.833.400,00	3.906.191,25
161		*SU Steueraufw.einschl.Aufw.a.ges.Uml.verpfl.*	*46.213.330,00*	*39.277.280,00*	*38.206.511,25*
17		**Transferaufwendungen**	**35.086.305,00**	**25.025.000,00**	**26.087.833,86**
	7230111	HzSch-TuN, Bekl.,Bar.b.,Weihn.	2.160,00	1.455,00	5.421,43
	7230215	HzSch-sonst. Therapien	6.870,00	7.225,00	6.092,38
	7230217	HzSch-TuN Schulgeld			26.656,17
	7230218	HzSch-TuN BG 1	98.880,00	283.460,00	217.057,30
	7230219	HzSch-TuN BG 2			2.928,74
	7230220	HzSch-TuN BG 3		107.910,00	42.987,66
	7230221	HzSch-TuN BG 4		126.840,00	84.098,33
	7230222	HzSch-TuN BG 5	98.880,00	82.310,00	98.553,53
	7230223	HzSch-TuN Schulbegleit. Einzelm.		30.530,00	17.844,23
	7230225	HzSch-TuN-HLU lfd. L.			120,00
	7230227	HzSch-HKS-Einzelm.	111.860,00	59.340,00	69.462,34
	7230228	HzSch-HKS-mtl. Pool	648.650,00	564.900,00	493.592,37
	7230229	HzSch-HKS-Schulwegb.	180.940,00	159.125,00	144.042,04
	7230232	HzSch-FördSch-Einzelm.	207.570,00	102.745,00	159.297,82
	7230234	HzSch-FördSch-Schulwegb.	25.090,00		3.577,28
	7230235	HzSch-FördSch-Beförderungskost.	50.795,00	16.800,00	25.184,80
	7230237	HzSch-RegSch-Einzelm.	1.323.165,00	997.405,00	912.689,35
	7230239	HzSch-RegSch-Schulwegb.			281,04
	7230240	HzSch-RegSch-Beförderungskost.	16.080,00	620,00	4.860,60
	7230241	HzSch-RegSch-Hilfsmittel z. Schulbesuch			15,00
	7230243	HzSch-Autismustherapie	33.670,00	42.590,00	30.980,25
	7230244	HzSch-sonst. Therap.-Fahrtk.	1.510,00	3.000,00	1.813,22
	7230245	HzSch-FördSch-Betr.k.ext.	84.550,00	51.890,00	67.110,96
	7230246	HzSch-TuN Betr.k. int.	4.390,00	25.750,00	19.463,57
	7230250	Leist. z. med. Reha.			25.862,40
	7230311	Leist. f. Wohnraum, eig. Wohnung			776,99
	7230321	Assis.-Übernahme	6.320,00	38.540,00	74.898,50
	7230322	Assis.-Übernahme per. Budget	5.580,00		8.789,76
	7230323	Assis.-Befähigung	6.200,00	12.180,00	7.392,92
	7230325	Assis.-FED-Übernahme	740,00	1.220,00	1.123,50
	7230328	Assis.-TuN (n.n.schulpfl.) Befähigung	19.260,00	107.910,00	103.490,48
	7230331	Heilpäd. Kita ab 3 Jahre	2.397.690,00	1.663.340,00	1.779.474,28
	7230332	Heilpäd. Kita ab 3 J. erh. MP	137.530,00	108.010,00	96.578,64
	7230333	Heilpäd. Kita ab 3 Jahren Fahrtkost.	16.560,00	19.840,00	20.860,00
	7230334	Heilpäd. Kita unter 3 Jahre		15.040,00	8.773,35
	7230337	Heilpäd. Frühförderung	192.070,00	315.045,00	285.026,76
	7230338	Heilpäd. Seh-/Hörgesch.		122.055,00	58.676,15
	7230340	Heilpäd. Autismustherapie	17.690,00	33.810,00	36.108,91
	7230341	Heilpäd. Autismustherapie, Fahrtk.			145,84
	7230342	Heilpäd. Sonst. Therapien			1.998,56
	7230351	Leistungen an Pflegefamilien	35.460,00	33.770,00	34.538,00
	7230371	Leist. z. Förd. d. Verständigung		900,00	1.734,75
	7230381	Leist. Mobil., KfZ			7.065,63
	7230411	Besuchsbeihilfen		2.770,00	1.732,50

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
	7230511	Sonstige Leist., EGH			4.826,49
	7250110	Gruppenarbeit mit Bereitschaftspflegestellen	4.910,00	5.185,00	
	7250120	Gruppenarbeit mit Tagespflegestellen	40.000,00	15.000,00	31.440,19
	7250130	Gruppenarbeit mit Vollzeitpflegestellen	3.470,00	3.330,00	714,85
	7250140	Kosten der Bildungsmaßnahmen	28.000,00	26.280,00	59.681,61
	7250150	Leistungen an Berechtigte	2.621.000,00	2.250.000,00	2.002.495,08
	7250160	Leistungen an Tagespflegestellen	35.000,00		13.140,56
	7250170	Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5.277.800,00	2.472.000,00	3.380.194,82
	7250180	Leistungen für ambulante Maßnahmen	3.212.000,00	2.350.000,00	2.502.097,88
	7250190	Leistungen in Familienpflege	943.600,00	700.000,00	677.975,00
	7250200	Vorhaltekosten für Notpflegeplätze	157.200,00	150.000,00	84.845,03
	7250240	Kinder- und Jugendschutz	2.000,00	1.000,00	887,96
	7251100	Leistungen für teilstationäre Maßnahmen	1.814.600,00	1.850.000,00	1.892.390,16
	7251200	Leistungen für Unterbringungen und Rückführungen	3.556.300,00	709.485,00	1.162.177,28
	7251300	Leistungen in Einrichtungen	10.941.690,00	8.653.600,00	8.763.126,13
	7252020	Freiwillige Leistungen an Asylbewerber u.a.	25.600,00	25.350,00	20.357,30
	7281000	Sonstige soziale Erstattungen an Land	238.510,00	205.100,00	186.830,75
	7288200	Soziale Trainingskurse	52.100,00	150.000,00	6.731,56
	7288300	Zuschüsse zu den Kitagebühren	50.000,00	50.000,00	57.359,60
	7288310	Zuschüsse zu den Betreuungsschulgebühren	192.000,00	120.480,00	52.410,00
	7290200	Förderung Asyl und Soziales	50.000,00	50.000,00	4.371,23
	7290210	Förderung freiwilligen Engagements	5.000,00	5.000,00	127,24
	7290300	Integrationspreis	2.500,00	2.500,00	2.500,00
	7290400	Kulturpreis	10.500,00		
	7290410	Verdienstplakette	5.500,00	5.500,00	1.884,14
	7290450	Förderstipendium	13.400,00	13.400,00	12.255,22
	7299100	Erholungsmaßnahmen für Senioren	19.000,00	19.000,00	
	7299400	Fachstelle Jugendberufshilfe			126.200,00
	7299700	Zuschüsse zur Altenerholung	2.500,00	2.500,00	1.035,45
	7299800	Zuschuss, Kontakt e.V.	50.000,00	50.000,00	50.000,00
	7299910	Zuschüsse zu Kinder- und Jugendfreizeiten	1.965,00	1.965,00	600,00
171		*SU Transferaufwendungen*	*35.086.305,00*	*25.025.000,00*	*26.087.833,86*
18		**Sonstige ordentliche Aufwendungen**	**8.799.450,00**	**8.951.760,00**	**6.991.931,96**
	7030000	Kfz-Steuer	5.530,00	3.890,00	3.708,48
	7401000	Gewerbesteuer			3.156,00
	7410000	Körperschaftssteuer			3.405,52
	7680000	Aufwendungen aus Verlustübernahme	8.793.920,00	8.947.870,00	6.981.661,96
181		*SU Sonstige ordentliche Aufwendungen*	*8.799.450,00*	*8.951.760,00*	*6.991.931,96*
19		***Summe ordentliche Aufwendungen***	***267.517.017,00***	***233.267.445,00***	***211.914.343,87***
20		**Verwaltungsergebnis**	**4.859.322,00**	**-4.929.410,00**	**-25.293.316,65**
21		**Finanzerträge**	**-4.045.540,00**	**-3.910.020,00**	**-656.183,95**
	5601000	Erträge aus Beteil. an verb. Untern. über Gewinn	-2.181.000,00	-2.180.000,00	
	5610000	Ertr. aus Beteil. an anderen verb. Unternehmen			-9.094,84
	5620100	Zinsen aus Ausleihungen, Gewobau	-72.700,00	-76.500,00	-80.330,90
	5640000	Erträge aus anderen Beteiligungen			-312,26
	5650100	Zinsen aus Ausleihungen, Nass. Heimstätte	-23.200,00	-23.800,00	-24.308,68
	5710100	Bankzinsen	-5.000,00		-52.721,39
	5710130	Zinsen von Privaten	-20,00	-20,00	-18,16
	5715000	Zinsen (Swaps)	-1.230.000,00	-1.200.000,00	-133.557,06
	5755000	Zinserträge, verb. Untern., Beteil., Sond.verm.			-37.203,26
	5761000	Säumniszuschläge	-300.000,00	-200.000,00	-246.694,85
	5761100	Zinsen (Stundung/Aussetzung)	-1.500,00	-3.000,00	-15.255,00
	5761200	Verzugszinsen	-1.000,00	-300,00	-8.483,38
	5761500	Verspätungszuschläge	-20.000,00	-20.000,00	-20.786,82
	5762000	Mahngebühren öff.-rechtl.	-60.100,00	-55.200,00	-61.006,95
	5763000	Verzinsung von Steuernachforderungen u. -erstatt.	-150.000,00	-150.000,00	34.653,00
	5764000	Entgelte für die Beitreibung bei Vollstreckung	-20,00		17,00
	5790900	Übrige sonstige Zinsen und ähnl. Erträge	-1.000,00	-1.200,00	-1.080,40
211		*SU Finanzerträge*	*-4.045.540,00*	*-3.910.020,00*	*-656.183,95*
22		**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	**10.941.600,00**	**9.312.100,00**	**6.256.958,48**
	7710000	Bankzinsen	6.511.000,00	5.691.000,00	2.495.240,00
	7710001	Bankzinsen, KIP	15.000,00	11.000,00	15.234,55
	7710002	Bankzinsen, Digitalpakt Schulen	16.500,00		
	7710099	Kreditzinsen "Zinsdienstumlage"	37.000,00	40.000,00	40.387,00
	7711000	Bankzinsen WI Bank, Schutzschirmgesetz	2.442.000,00	1.600.000,00	1.673.518,89
	7715500	Zinsaufwand (Swaps)	1.330.000,00	1.600.000,00	1.688.990,93
	7716000	Sonderbeitrag (Investitionsfondskredite)	20.000,00		20.508,50
	7716500	Zinsen (Ansparraten Hess. Investitionsfonds)	150.000,00		163.244,53
	7720000	Kredit- und Überziehungsprovisionen	70.000,00	10.000,00	46.322,82
	7765000	Zinsen & ähnl. Aufw. an Beteil. & Sonderverm.	200.000,00	210.000,00	25.620,72
	7790000	sonstige Zinsen, ähnliche Aufwendungen			87.536,00

	Sach-konto	Beschreibung	Haushalts-ansatz 2024 EUR	Hauhalts-ansatz 2023 EUR	Ergebnis* 2022 EUR
	7790010	Erstattungszinsen Gewerbesteuerveranlagung	150.000,00	150.000,00	38,00
	7790500	Mahngebühren	100,00	100,00	316,54
221		*SU Zinsen und ähnliche Aufwendungen*	*10.941.600,00*	*9.312.100,00*	*6.256.958,48*
23		**Finanzergebnis**	**6.896.060,00**	**5.402.080,00**	**5.600.774,53**
24		**Ordentliches Ergebnis**	**11.755.382,00**	**472.670,00**	**-19.692.542,12**
25		**Außerordentliche Erträge**			**-301.396,68**
	5912000	Ertr. aus der Veräuß.v. Vermögensgegenst.üb.410 €			-15.083,20
	5989000	sonstige periodenfremde Erträge			-180.767,68
	5990900	sonstige außerordentliche Erträge			-105.543,06
	5991000	Ausbuchung Kleinbeträge			-2,74
251		*SU Außerordentliche Erträge*			*-301.396,68*
26		**Außerordentliche Aufwendungen**			**71.892,72**
	7970000	periodenfremde Aufwendungen			64.588,02
	7990000	sonstige außerordentliche Aufwendungen			25,80
	7990100	Ausbuchung Kleinbeträge			8,30
	7990200	Kassenfehlbeträge			7.270,60
261		*SU Außerordentliche Aufwendungen*			*71.892,72*
27		**Außerordentliches Ergebnis**			**-229.503,96**
28		**Ergebnis vor internen Leistungsbeziehungen**	**11.755.382,00**	**472.670,00**	**-19.922.046,08**
29		**Erträge der internen Leistungsbeziehungen**	**-4.031.475,00**	**-3.646.560,00**	**-212.000,00**
	9101100	Erlöse aus Leistungsverrechnung	-1.193.490,00	-843.490,00	-212.000,00
	9101510	Erlöse aus Leistungsverrechnung (Werkstätten)	-827.985,00	-798.070,00	
	9101700	Erlöse aus Leistungsverrechnung (kalk. Verzinsung)	-2.010.000,00	-2.005.000,00	
291		*SU Erträge der internen Leistungsbeziehungen*	*-4.031.475,00*	*-3.646.560,00*	*-212.000,00*
30		**Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen**	**4.031.475,00**	**3.646.560,00**	**212.000,00**
	9601100	Kosten aus Leistungsverrechnung	1.193.490,00	843.490,00	212.000,00
	9601510	Kosten aus Leistungsverrechnung (Werkstätten)	827.985,00	798.070,00	
	9601700	Kosten aus Leistungsverrechnung (kalk. Verzinsung)	2.010.000,00	2.005.000,00	
301		*SU Aufwendungen der internen Leistungsbeziehungen*	*4.031.475,00*	*3.646.560,00*	*212.000,00*
32		**Ergebnis nach internen Leistungensbeziehungen**	**11.755.382,00**	**472.670,00**	**-19.922.046,08**

*Die ausgewiesenen Ergebniswerte verstehen sich als vorläufig. Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten 2022 sind insbesondere in den Bereichen Auflösung Sonderposten, Abschreibungen, Rückstellungen und internen Leistungsverrechnungen weitere Ergebnisse bzw. Veränderungen zu erwarten.

Finanzhaushalt 2024-2027

Nr.	Kon-ten	Bezeichnung	Haushaltsansatz		Ergebnis des Jahres-abschlusses	Planungsdaten		
			2024	**2023**	**2022**	**2025**	**2026**	**2027**
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1	810	Privatrechtliche Entgelte	787.210	793.655	556.987,25	800.000	820.000	840.000
2	811	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.413.930	16.938.810	14.994.861,76	19.000.000	19.200.000	19.400.000
3	812	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	19.294.900	17.704.725	15.847.627,99	19.400.000	19.600.000	19.800.000
4	814	Einzahlungen aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschl. Erträgen aus gesetzlichen Umlagen	131.916.000	105.723.000	114.423.188,48	137.563.000	142.477.000	147.333.000
5	815	Einzahlungen aus Transferleistungen	8.891.740	4.957.700	4.787.432,41	9.100.000	9.300.000	9.500.000
6	816	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	74.608.985	83.432.200	75.466.569,92	85.361.000	93.010.000	97.058.000
7	817	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	4.045.520	3.910.020	636.790,33	1.952.000	1.895.000	1.845.000
8	813, 828	Sonstige ordentliche Einzahlungen und sonstige außerordentliche Einzahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	3.701.240	3.748.095	9.461.834,18	3.800.000	3.900.000	4.000.000
9		**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungs-tätigkeit (Nrn. 1 bis 8)**	**261.659.525**	**237.208.205**	**236.175.292,32**	**276.976.000**	**290.202.000**	**299.776.000**
10	830	Personalauszahlungen	-74.231.550	-66.245.900	-63.168.066,68	-75.367.000	-76.497.000	-77.645.000
11	831	Versorgungsauszahlungen	-8.332.000	-7.059.900	-7.013.688,76	-9.366.000	-9.579.000	-9.786.000
12	832	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-41.979.397	-38.498.485	-37.793.699,42	-42.609.000	-43.248.000	-43.897.000
13	833	Auszahlungen für Transferleistungen	-35.086.305	-25.025.000	-25.702.826,56	-35.788.000	-36.503.000	-38.800.000
14	834	Auszahlungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke sowie besondere Finanzauszahlungen	-37.583.495	-34.066.960	-30.836.983,33	-37.900.000	-38.100.000	-38.300.000
15	835	Auszahlungen für Steuern und sonstige außerordentliche Auszahlungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	-47.596.330	-39.430.880	-35.364.768,52	-54.040.000	-54.654.000	-56.992.000
16	836	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-10.941.600	-9.312.100	-6.011.559,30	-11.600.000	-12.200.000	-12.700.000
17	837, 848	Sonstige ordentliche Auszahlungen und sonstige außerordentliche Auszahlungen, die sich nicht aus Investitionstätigkeit ergeben	-8.799.450	-8.951.760	-6.833.855,49	-9.510.000	-10.046.000	-10.550.000
18		**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungs-tätigkeit (Nrn. 10-17)**	**-264.550.127**	**-228.590.985**	**-212.725.448,06**	**-276.180.000**	**-280.827.000**	**-288.670.000**
19		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 9 und 18)**	**-2.890.602**	**8.617.220**	**23.449.844,26**	**796.000**	**9.375.000**	**11.106.000**
20	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	5.751.650	7.142.820	8.084.776,83	2.212.495	1.406.650	1.406.650
21	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	303.151,76	0	0	0
22	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	519.990	531.820	747.905,81	522.320	526.720	531.120
23		**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 10 bis 17)**	**6.271.640**	**7.674.640**	**9.135.834,40**	**2.734.815**	**1.933.370**	**1.937.770**
24	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-49.912.500	-67.609.720	-10.272.091,38	-37.891.000	-21.935.000	-14.355.000
25	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-1.500.000	0	-20.796.708,69	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000
26	840, 843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-5.516.040	-10.107.370	-2.117.136,21	-4.450.000	-4.160.000	-4.160.000
27	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-141.300	-133.500	-133.903,40	-145.000	-150.000	-155.000
28		**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Nrn. 24 bis 27)**	**-57.069.840**	**-77.850.590**	**-33.319.839,68**	**-43.986.000**	**-27.745.000**	**-20.170.000**
29		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nrn. 23 und 28)**	**-50.798.200**	**-70.175.950**	**-24.184.005,28**	**-41.251.185**	**-25.811.630**	**-18.232.230**
30		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf (Summe aus Nrn. 19 und 29)**	**-53.688.802**	**-61.558.730**	**-734.161,02**	**-40.455.185**	**-16.436.630**	**-7.126.230**
31	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	50.798.200	70.175.950	65.905.860,37	41.251.185	25.811.630	18.232.230
32	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-13.127.750	-12.771.750	-14.224.406,82	-13.747.750	-14.497.750	-15.237.750
33		**Zahlungsmittelüberschuss oder Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nrn. 31 und 32)**	**37.670.450**	**57.404.200**	**51.681.453,55**	**27.503.435**	**11.313.880**	**2.994.480**
34		**Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres (Summe aus Nrn. 30 und 33)**	**-16.018.352**	**-4.154.530**	**50.947.292,53**	**-12.951.750**	**-5.122.750**	**-4.131.750**
35		Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Liquiditätätskrediten)			193.605.483,72			
36		Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Liquiditätskrediten)			-230.869.511,90			
37		**Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Saldo aus Nrn. 35 und 36)**			**-37.264.028,18**			
38		Geplanter Anfangsbestand/Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres	**10.004.207,18**	**14.158.737,18**	**475.472,83**	**-6.014.144,82**	**-18.965.894,82**	**-24.088.644,82**
39		Geplante Veränderung des Bestandes/Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln (Nr. 34 und 37)	**-16.018.352,00**	**-4.154.530,00**	**13.683.264,35**	**-12.951.750,00**	**-5.122.750,00**	**-4.131.750,00**
40		**Geplanter Endbestand an Zahlungsmitteln/Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Summe aus den Summen Nrn. 38 und 39)**	**-6.014.144,82**	**10.004.207,18**	**14.158.737,18**	**-18.965.894,82**	**-24.088.644,82**	**-28.220.394,82**

Nachrichtlich (§ 3 Abs. 3 GemHVO):		
In den Einzahlungen aus Nr. 31 enthaltener Teilbetrag für Umschuldungen:	4.740.447,70	
In den Auszahlungen aus Nr. 32 enthaltener Teilbetrag für Umschuldungen:	4.740.447,70	
Zu Nr. 40: Nach § 106 Abs. 1 Nr. 2 HGO vorzuhaltender Bestand an flüssigen Mitteln ohne Liquiditätskredite		5.477.048

Produkthaushalt 2024

ÜBERSICHT - PRODUKTSTRUKTUR

01 - INNERE VERWALTUNG

01.01 Verwaltungssteuerung und - service

010100000	Stadtverordnetenversammlung
010100010	Ortsbeiräte
010100020	Ausländerbeirat
010100030	Magistrat
010101000	Rechnungsprüfungsamt
010101050	Datenschutz und Informationsfreiheit
010102000	EDV-Dienstleistungen
010102010	E-Government
010102050	Verwaltungsorganisation und -steuerung
010102060	Protokoll
010102100	Personalwesen
010102110	Aus- und Fortbildung
010102160	Zentrale Personal- und Versorgungs-aufwendungen
010102200	Rechtsamt
010102400	Presse- und Medienarbeit
010102450	Stadtmarketing
010102500	Städtepartnerschaften
010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit
010102530	Integrationsaufgaben
010103000	Zentrales Controlling / Beteiligungsmanagement
010103100	Stadtkämmerei
010103200	Stadtkasse
010103400	Steuerangelegenheiten
010108000	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige
010160010	Vergabestelle

010160050 Gebäudewirtschaft

010160060 Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung

010160070 Gebäudeunterhaltung, Werkstatt

02 - SICHERHEIT UND ORDNUNG

02.01 Statistik und Wahlen

020105200 Wahlangelegenheiten

020105300 Zensus

02.02 Ordnungsangelegenheiten

020202600 Stadtbüros / Meldewesen

020205000 Standesamt

020211400 Ortsgericht

020211410 Schiedsamt

020211500 Ordnungsangelegenheiten

020211510 Stadtpolizei

020211520 Ausländerangelegenheiten

02.03 Brandschutz

02013000 Brandschutz

03 - SCHULTRÄGERAUFGABEN

03.00 Overhead – Schulträgeraufgaben

030020000 Schulverwaltung

03.01 Grundschulen

030121100 Otto-Hahn-Schule

030121110 Schillerschule

030121120 Goetheschule

030121130 Grundschule Königstädten

030121140 Albrecht-Dürer-Schule

030121150 Georg-Büchner-Schule

030121160 Grundschule Parkschule

030121170 Grundschule Hasengrund

030121180 Eichgrundschule

030121190 Grundschule Innenstadt

03.02 Kombinierte Haupt- und Realschulen

030222510 Gerhart-Hauptmann-Schule

030222520 Friedrich-Ebert-Schule

03.03 Gymnasien

030323000 Max-Planck-Schule

030323010 Immanuel-Kant-Schule

03.04 Förderschulen

030427000 Borngrabenschule

030427100 Helen-Keller-Schule

03.05 Gesamtschulen

030528100 Alexander-von-Humboldt-Schule

030528500 Sophie-Opel-Schule

03.06 Schülerbeförderung

030729000 Schülerbeförderung

03.07 Fördermaßnahmen für Schüler

030729300 Betreuungsschule

030729310 Verwaltung Betreuungsschule

030729320 Schulsozialarbeit

03.08 Sonstige schulische Aufgaben

030829350 Beratungs- und Förderzentrum (BFZ)

030829500 Medienzentrum

030829510 Gastschulbeiträge

030829540 Jugendverkehrsschule

04 - KULTUR UND WISSENSCHAFTEN

04.00 Kultursteuerung

040030000 Kultursteuerung

04.01 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen

040132100 Stadtmuseum

040132110 Stadtarchiv

04.02 Büchereien, Theater, Musikschule, VHS

040233100 Eigenbetrieb Kultur 123 - Stadttheater, Kultur

04023330 Eigenbetrieb Kultur 123 - Musikschule

040235000 Eigenbetrieb Kultur 123 - Volkshochschule

040235200 Eigenbetrieb Kultur 123 - Stadtbücherei

04.03 Heimat- und sonstige Kulturpflege

040330010 Route der Industriekultur

040334000 Opel-Villen

040337000 Hessentag

040337200 Hessentag, Sicherheit und Verkehr

040337300 Hessentag, Protokoll, Sponsoring und Marketing

040337500 Hessentag, Ehrenamtliche Helfer

05 - SOZIALE LEISTUNGEN

05.00 Overhead – Soziale Leistungen

050040000 Verwaltung Soziale Leistungen

050041000 Leistungen BTHG (Bundesteilhabegesetz)

05.01 Hilfen für Ayslbewerber

050142000 Hilfe für Asylbewerber

05.02 Soziale Einrichtungen

050243100 Seniorenarbeit / Haus der Senioren

050243250 Programm Gemeindepfleger*innen

050235050 Ausbildungsverbund Metall

05.03 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

050347100 Förderung der freien Wohlfahrtspflege

05.04 Unterhaltsvorschussleistungen

050448100 Unterhaltsvorschussgesetz

05.05 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

050543500 Obdachlosenhilfe

050562000 Wohnungswesen

06 - KINDER-, JUGEND- UND FAMILIENHILFE

06.00 Overhead – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

060040700 Verwaltung Fachbereich Jugend und Soziales

060040710 Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen

060040720 Verwaltung – Kindertagesstätten/Horte

060040730 Verwaltung Jugendförderung

060040740 Finanzielle Hilfen

06.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

060145410 Zuschüsse zur Kindertagesbetreuung

060145420 Förderung von Kindern in Tagespflege

06.02 Jugendarbeit

060245120 Kinder- und Jugenderholung

060245130 Internationale Jugendarbeit

060245140 Mitarbeiterfortbildung für Jugendarbeit - freie Träger

060245150 Streetwork und Sonstige Jugendarbeit

060245160 Fachstelle Mädchenarbeit

06.03 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend und Familienhilfe

060345310 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie

060345350 Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen

0603	Familienersetzende Hilfe - stationär
060345340	Gemeinsame Wohnformen für Mütter oder Väter mit Kindern
060345570	Heimerziehung, sonstige Wohnformen
060345610	Hilfen für junge Volljährige - stationär
0603	Familienersetzende Hilfe - Inobhutnahme
060345650	Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
0603	Familienbegleitende/-ersetzende Hilfen
060345500	Andere Hilfen der Erziehung
060345520	Soziale Gruppenarbeit
060345530	Erziehungsbeistand Betreuungshelfer
060345540	Sozialpädagogische Familienhilfe
060345580	Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
060445611	Hilfen für junge Volljährige - ambulant
060345550	Familienbegleitende Hilfe - teilstationär
060345560	Familienbegleitende Hilfe - Vollzeitpflege
060345601	Hilfe zur Eingliederung - ambulant
060345600	Hilfe zur Eingliederung - stationär
060345740	Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft
060345810	Mitarbeiterfortbildung ohne freie Träger (Jugendamt)
060345830	Sonstige Maßnahmen der Jugendhilfe
060346600	Frühe Hilfen
060349900	Besondere Finanzzuweisung nach dem FAG

06.04 Tageseinrichtungen für Kinder

060446400	Kindertagesstätten (Allgemein)
060446401	Am Borngraben 1
060446402	Amselstr. 3a

060446403	Auerbacher Str. 5
060446404	Böcklinstr. 2
060446405	Godesberger Str. 30
060446406	Frankfurter Str. 80
060446407	Hessenring 97
060446408	In den Bachgärten 6
060446409	Kohlseestraße 54
060446410	Lengfeldstr. 10
060446411	Liebigstraße 23
060446412	Paul-Ehrlich-Str. 25
060446413	Sachsenweg 6
060446414	Vollbrechtstr. 15
060446415	Zamenhofstr. 5
060446416	Rheingauer Str. 43
060446417	Zum Büttelacker 2
060446418	Am Ehlenberg 1a
060446419	Rheingauer Str. 46
060446420	Ahornallee 8
060446421	Kinderkrippe Platanenstraße
060446422	Wald-Kita
060446423	Kita Danziger Anlage
060446424	Bensheimer Straße
060446425	Karlsbader Straße/Wald-Kita
060446426	Im Apfelgarten
060446427	Kinderkrippe August-Bebel-Straße
060446428	Kinderkrippe Adolf-von-Menzel-Straße
060446429	Kinderkrippe Am Weinfaß 74
060446430	Hessenring 70
060446431	Hans-Sachs-Straße
060446433	Amselstraße
060446434	Georg-Jung-Straße
060446435	Varkausstraße
060446436	Essener Straße

060446490 Kindertagesstätten (freie Träger)

06.05 Einrichtungen der Jugendarbeit

060546000 Kinder- und Jugendhäuser

060546010 Freizeithaus Dicker Busch

060546020 Jugendtreff Haßloch-Nord

060546030 Jugendtreff Innenstadt

060546040 Jugendtreff Königstädten

060546080 Kommunales Jugendbildungswerk

060546100 Kinder- und Jugendbüro

06.06 Sonstige Einrichtungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

060646500 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen

060646800 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe

07 - GESUNDHEITSDIENSTE

07.01 Krankenhäuser

070151000 Gesundheits- und Pflegezentrum

08 - SPORTFÖRDERUNG

08.00 Overhead – Sportförderung

080055000 Sport und Bewegung

08.01 Sportstätten und Bäder

080156100 Stadion und Außensportanlagen

080156200 Großsporthalle Rüsselsheim

080156210 Sporthalle Bauschheim

080156220 Großsporthalle Hasengrund

080157000 Schwimmbad an der Lache

080157200 Waldschwimmbad

09 - RÄUMLICHE PLANUNG UND ENTWICKLUNG, GEOINFORMATION

09.01 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen

090146090	Kinderspielplätze
090161000	Stadtplanung
090161510	Attraktivitätssteigerung Innenstadt
090161520	Soziale Stadterneuerung Dicker Busch II
090161530	Stadtumbau in Hessen

10 - BAU- UND WOHNEN

10.01 Bau- und Grundstücksordnung

100103500	Liegenschaften und Landwirtschaft
100161300	Bauaufsichtsamt
100188200	Unbebautes Grundvermögen
100188210	Bebautes Grundvermögen

10.02 Denkmalschutz und -pflege

100236500	Festungsanlage

11 - VER- UND ENTSORGUNG

11.00 Overhead- Ver- und Entsorgung

110060200	Tiefbauamt

11.01 Abwasserbeseitigung

110170000	Abwasserbeseitigung

11.02 Versorgung

110283000	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (Stadtwerke)

12 - VERKEHRSFLÄCHEN UND – ANLAGEN, ÖPNV

12.01 Gemeindestraßen

120163000	Gemeindestraßen
120167000	Straßenbeleuchtung

12.02 Landesstraßen

120266500 Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen

12.03 Bundesstraßen

120366000 Ortdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen

12.04 Parkeinrichtungen

120468000 Parkeinrichtungen

120468010 P+R Anlage

120468020 Tiefgarage Löwenplatz

120468030 Parkdeck Frankfurter Straße

12.05 ÖPNV

120582100 Lokale Nahverkehrsorganisation

13 - NATUR- UND LANDSCHAFTSPFLEGE

13.01 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

130158000 Park- und Gartenanlagen

13.02 Öffentliches Gewässer/wasserbauliche Anlagen

130269000 Wasserläufe und Wasserbau

13.03 Friedhofs- und Bestattungswesen

130375000 Bestattungswesen

13.04 Naturschutz und Landschaftspflege

130412000 Natur- und Umweltschutz

13.05 Land- und Forstwirtschaft

130578300 Feld- und Wirtschaftswege

130585500 Waldbewirtschaftung und Naturschutz im Wald

130585510 Jagdpacht

130585520 Ökopunkte

15 - WIRTSCHAFT UND TOURISMUS

15.01 Wirtschaftsförderung

150173000 Marktwesen

150179100 Wirtschaftsförderung

15.02 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen

150235500 Kultur- und Bildungszentrum (Treff)

150236510 Festungskeller und Cafeteria

150259100 Regionalpark Rhein-Main

150270500 Bedürfnisanstalten

150276000 Stadthalle

150276300 Bürgerhaus Bauschheim

1502 Betriebe gewerblicher Art

150276400 Biergarten im Ostpark

150276700 Trinkhallen

150276800 Gaststätte "Zur Krone" / Kaisersaal Königstädten

150276900 "La Forchetta", Treff

150276960 Bürgerräume Dicker Busch II

150277000 Städtische Betriebshöfe

150288220 Vereinsheim Eisenstraße 22

16 - ALLGEMEINE FINANZWIRTSCHAFT

16.01 Steuern, allgemeine Umlagen, allgemeine Zuweisungen

1601900000 Steuern, allg. Umlagen, allg. Zuweisungen

16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

160291100 Kredite und Kreditbeschaffungskosten

160291190 Kredite - Sonderkonjunkturprogramme

160291200 Schuldendienst, langfristige Kredite

160291210 Zinsen für Liquiditätskredite

160291300 Gegenbuchung kalkulatorische Verzinsung

160291600 Zinsen aus Geldanlagen

PRODUKTBEREICH 01 **Innerere Verwaltung**

Erläuterungen

Teilhaushalt: **010100030** **Magistrat**

Sachkonto: **5421070** **Zuweisung des Landes (Zukunft Innenstadt)**

6777530 **Zukunft Innenstadt**

2023: Umsetzung der Förderung aus dem Landesprogramm "Zukunft Innenstadt". Bei den veranschlagten Fördermitteln handelt es sich um eine Wiederholungsveranschlagung.

7290210 **Förderung freiwilligen Engagements**

Die Abwicklung erfolgt ab 2023 wieder über den Teilhaushalt 080055000 (Sport).

Teilhaushalt: **010101000** **Rechnungsprüfungsamt**

Sachkonto: **6163140** **Softwarepflegekosten**

Aufgrund eines neuen Lizenzmodells bei einer fachbezogenen Software erfolgt die Veranschlagung ab 2024 im Ergebnishaushalt.

Teilhaushalt: **010101500** **Datenschutz und Informationsfreiheit**

Der Arbeitsbereich Datenschutz und Informationsfreiheit des Rechnungsprüfungsamts wird seit dem Haushaltsjahr 2019 als separates Produkt abgebildet.

Teilhaushalt: **010102000** **EDV-Dienstleistungen**

Sachkonto: **6163800** **Unterhaltung Netzwerk**

Neben den Fixkosten erfasst der Ansatz folgende Maßnahmen:

- Glasfaserverbindung zu Schulen, Kitas, sonstigen Liegenschaften
- technische Administration dienstlicher Smartphones und Tablets
- Erweiterung der Bandbreite der städtischen Datenleitung

Teilhaushalt: **010102010** **E-Government**

Sachkonto: **6163140** **Softwarepflegekosten**

Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben werden kommunale Verwaltungsdienstleistungen sukzessive digitalisiert. Die hier zentral veranschlagten Softwarepflegekosten beziehen sich auf die entsprechenden Fachanwendungen.

Teilhaushalt: **010102050** **Verwaltungssteuerung und -organisation**

Sachkonto: **6201030** **Entgelte Aushilfen**

Die Veranschlagung erfolgt seit 2023 im Teilhaushalt 01010030 (Magistrat)

6701000 **Mieten, Pachten, Erbbauzinsen**

U.a. Mietkosten für die kostengünstige und nachhaltige Bereitstellung von gefiltertem Trinkwasser in den Dienstgebäuden.

6139900 **Raummanagement**

Der Ansatz dient der Deckung von Maßnahmen im Zusammenhang mit Umzügen, entsprechenden Neuanschaffungen oder sonstigen Maßnahmen.

6994115 **Entwicklung "New Work"**

Weiterentwicklung der Verwaltung hinsichtlich zukunftsorientierter Arbeitsformen/-plätze.

Teilhaushalt: **010102110** **Aus- und Fortbildung**

Sachkonto: **6880000** **Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung**

Qualifizierungs- und Fortbildungsbedarf aufgrund der Stellenzuwächse und der stetigen Personalfluktuation sowie pandemiebedingte Nachholeffekte.

6881000 **Aufwendungen für Ausbildung**

Zusätzliche Kosten durch die Ausbildung der Werksfeuerwehr sowie allgemeine Kostensteigerungen.

Teilhaushalt:	**010102160**	**Zentrale Personal- und Versorgungsaufwendungen**
Sachkonto:	**6501000**	**Aufwendungen für Personaleinstellungen** U.a. Kosten im Zusammenhang mit dem digitalen Bewerbermanagements.
	6139000	**sonstige weitere Fremdleistungen** Kosten für die Vergabe der Gefährdungsbeurteilung der Arbeitsstätten.
Teilhaushalt:	**010102200**	**Rechtsamt**
Sachkonto:	**6775000**	**Beratungs- und Verfahrenskosten Flughafenerweiterung** Der Ansatz war bis 2021 im Teilhaushalt 130412000 (Natur- und Umweltschutz) veranschlagt.
Teilhaushalt:	**010102400**	**Presse- und Medienarbeit**
Sachkonto:	**6891100**	**Fotoarchiv/Bildmaterial** Aktualisierung des Bildbestandes im Zusammenhang mit der neuen Website und der Social Media-Präsenz.
	6861050	**Relaunch Homepage** Die Kosten wurden in 2022 als Investition im Finanzhaushalt veranschlagt.
Teilhaushalt:	**010103100**	**Stadtkämmerei**
Sachkonto:	**6900100**	**Beiträge f. gebäudebezogene Versicherungen**
	6909000	**sonstige Versicherungen** Die Ansätze berücksichtigen Beitragsanpassungen.
Teilhaushalt:	**010103200**	**Stadtkasse**
Sachkonto:	**6122000**	**Beitreibungskosten** Kosten von Sachverständigen bei Zwangsvollstreckungen sowie vermehrte Einholung von Vermögensauskünften.
Teilhaushalt:	**010160010**	**Vergabestelle**
		Die Kosten der Vergabestelle werden seit 2020 in einem eigenen Teilhaushalt dargestellt.
Teilhaushalt:	**010160060**	**Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung**
	6701000	**Mieten, Pachten, Erbbauzinsen**
	6705000	**Mietnebenkosten**
	6161200	**Mieterbauunterhaltung** Die Kosten entstehen für angemietete Verwaltungsräume (insbesondere Marktplatz, Eichsfeld) bzw. noch weitere anzumietende Räumlichkeiten.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 01 Innere Verwaltung

01

Produktbereich 01 Innere Verwaltung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-56.050	-52.960	-58.402
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-150.620	-150.920	-149.591
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-769.300	-829.000	-572.854
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-680.000	-622.000	
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-177.000	-1.394.000	-337.611
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-25.050	-25.180	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-14.305	-14.905	-17.697
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-1.872.325**	**-3.088.965**	**-1.136.155**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	17.509.100	16.006.890	15.616.099
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	5.266.800	4.464.800	3.474.440
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.318.480	6.201.285	5.601.534
14	66	Abschreibungen	832.210	892.460	45.866
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	86.550	83.550	92.588
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	17.000	17.000	16.327
17	72	Transferaufwendungen	2.500	2.500	2.627
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.970	1.970	1.579
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**31.034.610**	**27.670.455**	**24.851.061**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**29.162.285**	**24.581.490**	**23.714.906**
21	56, 57	Finanzerträge	-388.520	-279.500	-361.052
22	77	Finanzaufwendungen	1.100	1.100	354
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-387.420**	**-278.400**	**-360.698**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**28.774.865**	**24.303.090**	**23.354.208**
25	59	Außerordentliche Erträge			-30.791
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			3.720
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-27.071**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**28.774.865**	**24.303.090**	**23.327.137**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-827.985	-798.070	-706.516
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	260.000	317.620	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-567.985**	**-480.450**	**-706.516**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**28.206.880**	**23.822.640**	**22.620.621**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 01 Innere Verwaltung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	165.000	0	0	44.789
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**165.000**	**0**	**0**	**44.789**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-950.000	-350.000	-1.070.000	-210.511
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-113.849
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-2.455.655	0	-2.285.550	-633.664
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-141.300	0	-133.500	-133.903
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-3.546.955**	**-350.000**	**-3.489.050**	**-1.091.927**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-3.381.955**	**-350.000**	**-3.489.050**	**-1.047.138**

Investitionen
Produktbereich 01 Innere Verwaltung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
01010003AB Magistrat - Videoüberwachung	0	-250.000	0	0	0
01010003ZA Magistrat - Zuw. d. Landes f. Videoüberwachung	0	165.000	0	0	0
01010205AF Verwaltungssteuerung - Raumbedarfsplan	-100.000	-100.000	0	0	0
01010205AG Verwaltungssteuerung - Medientechnik	-175.000	-150.000	0	0	0
01010205AH Verwaltungssteuerung und -organisation - New Work	0	-100.000	0	0	0
01010216AA Personalamt - Anlage Beamtenversorgungsrücklage	-133.500	-141.300	-145.000	-150.000	-155.000
01010240AA Presse- und Medienarbeit - Relaunch Homepage	-280.000	0	0	0	0
01016006AF Gebäudeunterhaltung - Mainstr. 7 / Sanierung	-230.000	0	-100.000	0	0
01016006AG Gebäudeunterhaltung - Rathaus Sanierung Planung	-200.000	-400.000	-100.000	0	0
01016006AH Gebäudeunterhaltung - Palais Verna Sanierung	0	-100.000	-100.000	0	0
01016006AI Gebäudeunterhaltung - Mainzer Straße 11 Sanierung	0	0	-50.000	0	0
01016006AK Gebäudeunterhaltung - Mietereinbauten Friedensplat	-170.000	-100.000	0	0	0
01016006AL Gebäudeunterhaltung - Am Treff NSHV Trafo- und Übe	-270.000	-100.000	0	0	0
01016006AM Gebäudeunterhaltung - Notstrominfrastruktur	-200.000	0	0	0	0
01016007AC Gebäudewirtschaft, Werkstatt -Werkstattfahrzeuge	-30.000	-40.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-1.323.330	-1.383.320	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-20.340	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-24.300	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-313.980	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-621.535	0	0	0
INV Inventar	-42.900	-36.500	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**010100000 Stadtverordnetenversammlung**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010100000	Stadtverordnetenversammlung

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: X	**gesetzliche Grundlage: HGO**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Gewährleistung der rechtssicheren Organisation und Abwicklung der Angelegenheiten der Stadtverordnetenversammlung.
Ziel 2	Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben.
Ziel 3	Zeitgemäße Abwicklung und Dokumentation der Gremienarbeit.
Ziel 4	Größtmögliche transparente Informationsbereitstellung über die Arbeit der Stadtverordnetenversammlung für Bürgerinnen und Bürger sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.
Ziel 5	Effiziente der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung.

Operative Ziele

Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Nutzung der Module des Gremienportals	Anzahl der möglichen Module	7		6	Aktivierung des Moduls Sitzungsgeldabrechnung
Fristgerechte Bearbeitung aller Anträge	Quote der bearbeiteten Anträge	95%		35%	
Fristgerechte Bearbeitung aller Anfragen	Quote der bearbeiteten Anfragen	95%		74%	

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtverordnetenversammlung			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010100010 Ortsbeiräte**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010100010	Ortsbeiräte

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: ☒	**gesetzliche Grundlage: HGO**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Gewährleistung der rechtssicheren Organisation und Abwicklung der Angelegenheiten der Ortsbeiräte.
Ziel 2	Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Ortsbeiräte bei der Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben.
Ziel 3	Zeitgemäße Abwicklung und Dokumentation der Gremienarbeit.
Ziel 4	Größtmögliche transparente Informationsbereitstellung über die Arbeit der Ortsbeiräte für Bürgerinnen und Bürger sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.
Ziel 5	Effiziente der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung.

Operative Ziele

Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Nutzung der Module des Gremienportals	Anzahl der möglichen Module	7		6	Aktivierung des Moduls Sitzungsgeldabrechnung
Fristgerechte Bearbeitung aller Vorschläge	Quote der bearbeiteten Vorschläge	95%		75%	

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Ortsbeiräte			

Produktbeschreibung		
Produkt	**0101000020 Ausländerbeirat**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010100020	Ausländerbeirat

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1.1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: [X]	**gesetzliche Grundlage: HGO**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Gewährleistung der rechtssicheren Organisation und Abwicklung der Angelegenheiten des Ausländerbeirats.
Ziel 2	Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des Ausländerbeirats bei der Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben.
Ziel 3	Zeitgemäße Abwicklung und Dokumentation der Gremienarbeit.
Ziel 4	Größtmögliche transparente Informationsbereitstellung über die Arbeit des Ausländerbeirats für Bürgerinnen und Bürger sowie Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.
Ziel 5	Effiziente der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung.

Operative Ziele					
Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Nutzung der Module des Gremienportals	Anzahl der möglichen Module	7		6	Aktivierung des Moduls Sitzungsgeldabrechnung

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Ausländerbeirat			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010100030 Magistrat**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010100030	Magistrat

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: [X]	**gesetzliche Grundlage: HGO**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Gewährleistung der rechtssicheren Organisation und Abwicklung der Angelegenheiten des Magistrats.
Ziel 2	Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des Magistrats bei der Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben.
Ziel 3	Zeitgemäße Abwicklung und Dokumentation der Gremienarbeit.
Ziel 4	Effiziente der Schnittstelle zwischen Politik und Verwaltung.

Operative Ziele					
Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Einbindung aller Gremien in das Gremienportal	Anzahl der eingebundenen Gremien	16		13	Einbindung von Kommissionen in das Gremienportal

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Magistrat			

Produktbeschreibung

Produkt **010101000 Rechnungsprüfungsamt**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010101000	Rechnungsprüfungsamt

Produktinformation	- Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben - umfassende Finanzkontrolle - Prüfung von Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns - laufende Beratung der Verwaltung

Verantwortliche Organisationseinheit: 14	**Verantwortliche Person(en): Frau Kottenhoff**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: §131 HGO**

Produktziel 1	Hinwirken auf Recht- und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns
Produktziel 2	Hinwirken auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Rechtzeitige Erstellung des Prüfberichtes über den Jahresabschluss der Stadtverwaltung	2***	2**	1*
unvermutete/angekundigte Prüfungen der Zahlstellen	12	12	14
unvermutete/vermutete Prüfungen der Stadtkasse	2	2	2

Bemerkungen

* Jahresabschluss 2017
** Jahresabschlüsse 2018 und 2019
*** Jahresabschlüsse 2020 und 2021

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Rechnungsprüfungsamt			

Produktbeschreibung

Produkt **010101500 Datenschutz und Informationsfreiheit**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010101500	Datenschutz und Informationsfreiheit

Produktinformation	- Einhaltung des Datenschutzes

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en):** **Datenschutzbeauftragte: Frau Kottenhoff**
Pflichtaufgaben: X	**gesetzliche Grundlage: DSGVO und HDSIG**

Produktziel 1	Überwachung der Einhaltung der DSGVO und HDSIG
Produktziel 2	Sensibilisierung, Beratung und Schulung der Beschäftigten
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Stellungnahmen zur neuen Verfahren	6	6	10
Informationssitzungen der Datenschutzansprechpersonen und interne Datenschutzschulungen	4	4	2

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Datenschutz und Informationsfreiheit	1	0,7	0,7

Produktbeschreibung

Produkt **010102000 EDV-Dienstleistungen**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102000	EDV-Dienstleistungen

Produktinformation	Der Fachbereich F4/ Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) ist der zentrale interne Dienstleister für sämtliche IT- und Kommunikationsdienste innerhalb der Stadtverwaltung sowie für die Schulen, Kindertagesstätten und dem Städteservice Rüsselsheim Raunheim AöR. Dafür stellt F4 die notwendige IT-Infratruktur - Internetzugänge, Netzwerke, zentrale Speicherlösungen, Server, IT-gestützte Arbeitsplätze - inkl. des Supports der IuK-Umgebung bereit. Die auf der Infrastruktur bereitgestelten IT- und Kommunikationsdienste ermöglichen die zunehmende und notwendige Digitalisierung von Prozessen in den städtischen Bereichen sowie dem Städteservice Rüsselsheim Raunheim AöR.

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F 4	**Verantwortliche Person(en): Herr Engelhardt**

Pflichtaufgaben: ☐ **gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Betrieb der IuK-Infrastruktur gemäß dem "Stand der Technik" und unter Berücksichtigung der notwendigen IT-Sicherheit sowie Datenschutzanforderungen --> Verfügarkeit und Ausfallsicherheit der bereitgestellten Dienste
Produktziel 2	Wirtschaftlicher Betrieb der IuK-Infrastruktur unter Einhaltung der unter Produktziel 1 genannten Anforderungen. --> Einhaltung der HH-Ansätze
Produktziel 3	Strategische Weiterentwicklung der IuK-Infratruktur, -Dienste unter Berücksichtigung der sich ändernden sowie neuen Anforderungen zur Digitalisierung von Geschäftsprozessen.

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Kennzahlendefinitionen befinden sich mit der Implementierung der IT-Servicemanagement-Lösung im Aufbau; sollen in einem Servicekatalog abgebildet werden und in Abstimmung mit dem Magistrat in Kraft treten; Ziel bis Ende 2024.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023

EDV-Dienstleistungen	23	15	15

Produktbeschreibung		
Produkt	**010102010 E-Government**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102010	E-Government

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: [X]	**gesetzliche Grundlage: OZG, EGovG, HEGovG**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Effiziente, effektive und rechtmäßige Gestaltung von Verwaltungsabläufen sowie optimaler Kundenservice.
Ziel 2	Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (2.0).
Ziel 3	Optimierung von Prozessabläufen.
Ziel 4	Kontinuierliche Erweiterung des digitalen Serviceangebotes.

Operative Ziele					
Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Ausbau der Onlineservices	Anzahl der Onlineservices	50			Implementierung von Online-Prozessen.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
E-Government	-	-	-

Produktbeschreibung		
Produkt	**010102050 Verwaltungsorganisation und -steuerung**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102050	Verwaltungsorganisation und -steuerung

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: ☒	**gesetzliche Grundlage:**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Zentrale Steuerung der Gesamtverwaltung.
Ziel 2	Verwaltungsmodernisierung und Organisationsentwicklung.
Ziel 3	Optimaler Ressourceneinsatz von Flächen.
Ziel 4	Effiziente, effektive und rechtmäßige Gestaltung von Verwaltungsabläufen sowie optimaler Kundenservice.
Ziel 5	Optimierung von Prozessabläufen.

Konsolidierungsziele	
Ziel 1	Reduzierung von angemieteten Flächen.

Operative Ziele

Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Einstieg Change Management im Rahmen von new work	Kommu-nikations-zonen	3			Einrichtung von Kommu-nikationszonen im Rathaus als Pilot
Einstieg Change Management im Rahmen von new work	new work Arbeitsplätze	30			Einrichtung von desk-share Arbeitsstationen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Verwaltungsorganisation und -steuerung			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010102060 Protokoll**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102060	Protokoll

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: ☐	**gesetzliche Grundlage:**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Erfüllung der protokollarischen Pflichten des Magistrats durch entsprechende repräsentative Veranstaltungen und Ehrungen.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Protokoll			

Produktbeschreibung

Produkt **010102100 Personalwesen**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102100	Personalwesen

Produktinformation	- Organisation und Bearbeitung aller personalwirtschaftlicher Aufgabenfelder für die Stadtverwaltung - Personalgewinnung, -betreuung und -abrechnung sowie Personalkostenplanung und -kontrolle - Dienstleister für die Personalsachbearbeitung und -abrechnung der städtischen Eigenbetriebe

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F11	**Verantwortliche Person(en):** **Frau Müller**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: HGO, HBG,TVÖD**

Produktziel 1	Sicherstellung einer quantitativ angemessenen Personalausstattung in den Fachbereichen und Ämtern
Produktziel 2	Entwicklung und Sicherstellung von Maßnahmen zur Begrenzung der Personalausgaben
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der tatsächlich besetzten Stellen an der Gesamtstellenzahl (Stichtagbezogen 30.6.)(%)	92	92	78,55
Tatsächliche Personalausgaben im Verhältnis zu den verfügbaren Personalkosten (%)	100	100	101,18

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Personalwesen			

Produktbeschreibung

Produkt **010102110 Aus- und Fortbildung**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102110	Aus- und Fortbildung

Produktinformation	- Organisation und Durchführung von Ausbildungsmaßnahmen für Auszubildende im Verwaltungsbereich und Praktikanten im Sozial- und Erziehungsdienst - Konzeption von Personalentwicklungsmaßnahmen und Durchführung interner und externer Fortbildungsmaßnahmen

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F11	**Verantwortliche Person(en): Frau Müller**

Pflichtaufgaben: ☒ **gesetzliche Grundlage: HLV, TVÖD**

Produktziel 1	Sicherstellung einer bedarfsorientierten Beschäftigtenqualifizierung, ausgenommen der Fachfortbildungen im Sozial- und Erziehungsdienst
Produktziel 2	Sicherstellung einer bedarfsorientierten qualifizierten Ausbildung
Produktziel 3	Sicherstellung einer bedarfsorientierten Besetzung der Praktikumstellen im Sozial- und Erziehungsdienst

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl Teilnahmetage an Fort- und Weiterbildung je Mitarbeiter/Innen (Tage/MA)	1,5	1,5	0,66
Anteil der tatsächlich besetzten Ausbildungsstellen an der Gesamtstellenzahl (Stichtag 01.09.)(%)	100	100	96,15
Anteil der tatsächlich besetzten Praktikumsstellen an der Gesamtstellenzahl (Stichtag 01.09.)(%)	100	100	55,45

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Aus- und Fortbildung			

Produktbeschreibung

Produkt 010102160 Zentrale Personal- und Versorgungsaufwendungen

Produktbereich	01	Interne Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102160	Zentrale Personal- und Versorgungsaufwendungen

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F11	**Verantwortliche Person(en): Frau Müller**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023

Produktbeschreibung		
Produkt	**010102200 Rechtsamt**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102200	Rechtsamt

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit: I/30	**Verantwortliche Person(en): Fr. Eggler (stellvertr. Amtsleitung)**
Pflichtaufgaben: ☒	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Rechtsamt			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010102400 Presse- und Medienarbeit**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102400	Presse- und Medienarbeit

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: ☐	**gesetzliche Grundlage:**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Sicherstellung eines zeitgemäßen Erscheinungsbildes der Stadt Rüsselsheim am Main in Medien.
Ziel 2	Erfüllung der Informationspflicht gegenüber Medien und der Bevölkerung.

Operative Ziele

Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Erweiterung der Info- und Kommunikationskanäle	Anzahl der Info- und Kommunikationskanäle	3		2	Implementierung von Instagram
Erweiterung der Informationsplattformen	Anzahl der Informationsplattformen	1		-	Nutzung von LinkedIn
Aufbau eines neuen Internetauftritts	Bearbeitungsstand der fertigen Seiten	100%		-	Befüllung der einzelnen Seiten mit Informationen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Presse- und Medienarbeit			

Produktbeschreibung

Produkt **010102450 Stadtmarketing**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102450	Stadtmarketing

Produktinformation

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F 2.2

Verantwortliche Person(en):
Frau Claudia C. Gotz, Frau R. Weidmann

Pflichtaufgaben: ☐ **gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Steigerung der Markenbekanntheit der Stadt Rüsselsheim am Main
Produktziel 2	Verbesserung des Images der Stadt Rüsselsheim am Main
Produktziel 3	Standortvorteile der Stadt Rüsselsheim am Main bekannt machen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Jährliche Besucherzahlen auf dem Stadtmarketingportal main-ruesselsheim.de	65.000	60.000	46.454
Kampagnen/Werbemaßnahmen	25	20	15
Stadtführungen	25	20	5

Bemerkungen 2022 konnten aufgrund der Corona-Bestimmungen nur Führungen im Freien stattfinden.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtmarketing	6	6	4

Produktbeschreibung		
Produkt	**010102500 Städtepartnerschaften**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102500	Städtepartnerschaften

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F 2.2	**Verantwortliche Person(en):** **Frau Claudia C. Gotz, Frau R. Weidmann**
Pflichtaufgaben: ☐	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Förderung, Erhalt und Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit und der Städtepartnerschaften
Produktziel 2	Austausch und Unterstützung auf interkommunaler Ebene (Kultur, Wirtschaft, Bildung, etc.)
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Das Thema "Städtepartnerschaften" wird vom Stadtmarketing mitbetreut.

Städtepartnerschaften beinhalten mit den Delegationsbesuchen aus den Partnerstädten protokillarische Aspekte ebenso wie den kulturellen und gesellschaftlichen Austausch.
Darüber hinaus können Delegationsbesuchen Theme wir Wirtschaftsanbahnung, Ausbildung und Fachkräfte bis hin zu Jugendprojekten (Efreux) hervorzuheben.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Städtepartnerschaften	0	0	0

Produktbeschreibung

Produkt **010102520 Querschnittsaufgabe Chancengleichheit**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit

Produktinformation	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung entsprechend des gesetzlichen Auftrags resultierend aus dem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) verwaltungsintern.

Verantwortliche Organisationseinheit: I/BFC	**Verantwortliche Person(en): Fr. Busch**
Pflichtaufgaben: ☒	**gesetzliche Grundlage: Hess. Gleichbereichtigungsgesetz (HGIG)**

Produktziel 1	Verwirklichung der Chancengleichheit von Frauen und Männern bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main entsprechend dem HGIG durch Maßnahmen zur Frauenförderung
Produktziel 2	Beseitigung bestehender Unterrepräsentanz von Frauen bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim am Main entsprechend dem HGIG
Produktziel 3	Angebote und Maßnahmen der geschlechtergerechten Personalentwicklung

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der weibllichen Führungskräfte im Verhältnis zur Gesamtzahl der Führungskräfte (Amts-, Fachbereichs- u.Stabstellenleitungen (%)	48	47	47
Teilnahme von weiblichen Beschäftigten an Fortbildungsmaßnahmen und Frauenversammlungen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten	600	400	106

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Querschnittsaufgabe Chancengleichheit			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010102530 Integrationsaufgaben**	
Produktbereich		Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010102530	Integrationsaufgaben

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**

Pflichtaufgaben: [x] **gesetzliche Grundlage:** Hessisches Integrations- und Teilhabegesetz

Strategische Ziele	
Ziel 1	Förderung der Teilhabe von zugewanderten Menschen auf Grundlage des hessischen Integrations- und Teilhabegesetzes (IntTG). Teilnahme am Landesprogramm "WIR - Vielfalt und Teilhabe". Teilnahme am Landesprogramm "Hessen - Aktiv für die Demokratie und gegen Extremismus".

Operative Ziele

Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Weiterentwicklung von Integrationsmaßnahmen.	Anzahl der Angebote	6		3	Qualifizierung von neuen Integrationslotsen und Pflegelotsen. Workshops für interkulturelle Vereine.
Optimierung und Erweiterung von Kommunikations- und Informationsplattformen.	Anzahl der Plattformen	4		3	Integreat-APP: Überarbeitung von Inhalt und Struktur. Schaffung neuer Angebote: Podcast-Reihe, Newsletter (intern).
Umsetzung des Landesprogramms "Hessen - Aktiv für Demokratie und gegen Exrtemismus".	Anzahl der Maßnahmen	4		1	Verweisberatung, Netzwerkaufbau, Schulungen für Vereine, Mitarbeitende und pädagogische Fachkräfte.
Umsetzung des Landesprogramms "WIR - Vielfalt und Teilhabe".	Anzahl der möglichen Maßnahmen	7		5	Konzepterstellung zur Vielfalsorientierten Öffnung, Aktionstage, Netzwerkpflege.

Bemerkungen	Gemäß Zielvereinbarungen mit dem Hess. Ministerium für Soziales und Integration und dem Ministerium des Innern und für Sport verpflichtet sich die Stadt Rüsselsheim, Maßnahmen und Angebote zur Etablierung und Weiterentwicklung eines zukunftsorientierten Integrations-managements zu initiieren und umzusetzen. Für diese Maßnahmen fallen Projektkosten an, die anteilig von der Kommune zu tragen sind.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Integrationsaufgaben			

Produktbeschreibung

Produkt **010103000 Zentrales Controlling/Beteiligungsmanagement**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010103000	Zentrales Controlling/Beteiligungsmanagement

Produktinformation	- Erstellung Finanzbericht - Bedarfsorientierte Erstellung von Wirtschaftlichkeits- u.Folgekostenberechnung bei Investitionsmaßnahmen - Rechtzeitige Bereitstellung und Interpretation steuerungsrelevanter Informationen - Unterstützung der Steuerung durch Ziele und Kennzahlen - Unterstützung des Verwaltungshandelns durch verbesserte Darstellung der Kostenstruktur

Verantwortliche Organisationseinheit: F3.2	**Verantwortliche Person(en): Herr Kohl**

Pflichtaufgaben: ☐ **gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sukzessive Überarbeitung der Darstellung der Ziele und Kennzahlen und Anpassung an den jeweiligen Informationsbedarf von Politik und Verwaltung
Produktziel 2	Fristgerechte Erstellung des quartalsmäßigen Finanzberichtes und des Beteiligungsberichtes
Produktziel 3	Umfassende Information der Entscheidungsträger der Stadt über die Beteiligungen (Mandatsbeteuung)

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der vorzubereitenden steuerungsrelevanten Berichte (Stck)	6	8	6
Berichtsvorlage nach den Stichtagen	< 4 Monate	< 4 Monate	< 4 Monate

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Zentrales Controlling/Beteiligungsmanagement			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010103100 Stadtkämmerei**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010103100	Stadtkämmerei

Produktinformation	- Erstellung eines genehmigungsfähigen Haushaltsplanes - Überwachung und Steuerung der Haushaltswirtschaft - Abwicklung aller mit dem Kommunalen Finanzausgleich im Zusammenhang stehenden Aufgaben - Optimierung der Zinsbelastungen - Erstellung des Jahresabschlusses - Führung der Anlagenbuchhaltung - Erstellung des Statistischen Berichts - Durchführung der Wohnungsbauförderung und der Beteiligungssteuerung - Kreditaufnahme

Verantwortliche Organisationseinheit: F 3	**Verantwortliche Person(en): Herr Kohl**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: HGO, GemHVO**

Produktziel 1	Fristgerechte Erstellung des Haushaltsplanes
Produktziel 2	Fristgerechte Erstellung des Statistischen Berichts
Produktziel 3	Erstellung des Jahresabschlusses
Produktziel 4	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Durchschnittszinssatz bei den Investitionskrediten	2,92%	<2,58%	2,10%
Berichtsvorlage nach den Stichtagen	< 4 Monate	< 4 Monate	< 4 Monate
Rechtzeitige Vorlage d. HHs-planberatungsunterlagen zu den vom Magistrat und der STV vorgegebenen Terminen	100 %	100 %	100 %

Bemerkungen

Die Kämmerei erstellt darüber hinaus eine Vielzahl an gesetzlich vorgeschriebenen Berichten, die weitere wichtige Finanzkennzahlen enthalten.
In diesem Produkt werden auch die Produkte im Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft - bearbeitet.
Statistischer Bericht.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtkämmerei			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010103200 Stadtkasse**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010103200	Stadtkasse

Produktinformation	Durchführung aller liquiditätssichernden Maßnahmen. Einleitung und Bearbeitung der Mahn- und Vollstreckungsläufe, sowie Beitreibung von offenen eigenen und fremden Forderungen. Durchführung aller buchungsrelevanten Vorgänge mit Ausnahme der Anlagenbuchhaltung.

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F3.1	**Verantwortliche Person(en): Frau Strehle**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Liquiditätssicherung durch Kassenkredite
Produktziel 2	Sicherstellung und Durchführung des Zahlungsverkehrs
Produktziel 3	Vollständige und zeitnahe Beitreibung der offen stehenden Forderungen (bis 2016)
Produktziel 4	Vollständige und zeitnahe Beitreibung und Bearbeitung der offen stehenden Forderungen (ab 2017)

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Durchschnittlicher Zinssatz (Stichtag 31.12.)(%)	1,17	0,53	0,1
Einzugsquote Mahnung (%)	60	60	70
Aufträge erledigt duch Zahlung und Niederschlagung/Gesamtzahl der im laufenden Jahr erteilten Aufträge (%).	50	50	53,2

Bemerkungen	Aufgund des Krieges in der Ukraine und der aktuell immer noch hohen Inflation rechnen wir weiterhin mit einer niedrigeren Betreibungs- und Einzugsquote.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtkasse			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010103400 Steuerangelegenheiten**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010103400	Steuerangelegenheiten

Produktinformation	- Berechnung und Festsetzung von Steuern und Gebühren - Erstellung der Umsatzsteuererklärung

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F 3.4	**Verantwortliche Person(en): Frau Domke**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: AO, KAG, Satzungen, UStG**

Produktziel 1	Durchsetzung der Steuergerechtigkeit durch zeitnahe und vollständige Heranziehung zu Steuer- und Gebührenzahlung
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Fallzahlen Gewerbesteuerpflichtige	2.050	2.050	2.036
Fallzahlen Grundsteuerpflichtige A	1.290	1.290	1.294
Fallzahlen Grundsteuerpflichtige B	17.600	17.600	17.565
Fallzahlen Hundesteuerpflichtige	2.600	2.600	2.591
Anzahl versteuerte Spielapparate	175	175	172

Bemerkungen Es wurden folgende Abgaben bearbeitet: Gewerbesteuer, Grundsteuer A+B, Niederschlagswassergebühr, Schmutzwassergebühr, Spielapparatesteuer, Hundesteuer; Umsatzsteuer als Steuerschuldnerin

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Steuerangelegenheiten			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010108000 Einrichtungen für Verwaltungsangehörige**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010108000	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige

Produktinformation	Das Produkt bildet den Personalrat der Stadt Rüsselsheim am Main ab

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en): Frau Müller**

Pflichtaufgaben:	☒	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1		
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2024
Einrichtungen für Verwaltungsangehörige			

Produktbeschreibung		
Produkt	**010160010 Vergabestelle**	
Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010160010	Vergabestelle

Produktinformation	
Verantwortliche Organisationseinheit:III/66	**Verantwortliche Person(en): H. Dingeldein**
Pflichtaufgaben: [X]	**gesetzliche Grundlage: GWB,HVTG,VOB,VOL**
Produktziel 1	Rechtssichere Abwicklung von Vergabeverfahren der Stadtverwaltung
Produktziel 2	Beratung der Ämter und Fachbereiche in Fragestellungen des Vergaberechts
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl betreuter Vergabeverfahren			

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Vergabestelle			

Produktbeschreibung	
Produkt	**010160050 Gebäudewirtschaft**

Produktbereich	01	Innere Verwaltung
Produktgruppe	0101	Verwaltungssteuerung und -service
Produkt	010160050	Gebäudewirtschaft

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en):**

Pflichtaufgaben:	☐	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Ordnungsgemäße Instandhaltung aller Gebäude
Produktziel 2	Ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung der bebauten Grundstücke
Produktziel 3	Ordnungsgemäße und wirtschaftliche Organisation bzw. Begleitung von Hochbaumaßnahmen, Sanierungen und Instandsetzungsmaßnahmen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Unterhaltungsaufwand/Gebäudeversicherungswert*	52,00%	26,46%	39,35%

Bemerkungen	Ordnungsgemäß (= Erhaltung der funktionstüchtigen Zustandes DIN 31051) sollte lt. KGSt der Instandhaltungssaufwand 1,2 % des Gebäudewertes betragen (Bericht Nr. 7/2009 KGSt, in Rüsselsheim ca. 10.000.000 €). Gesamtausgaben 2022 ca. 3,935 Mio €. Die Ausgaben im Haushalt 2023 wurde um ca. 50 % gekürzt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Gebäudewirtschaft			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0101 Verwaltungssteuerung und -service

01

Produktbereich 01 Innere Verwaltung
Produktgruppe 0101 Verwaltungssteuerung und -service

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-56.050	-52.960	-58.402
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-150.620	-150.920	-149.591
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-769.300	-829.000	-572.854
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-680.000	-622.000	
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-177.000	-1.394.000	-337.611
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-25.050	-25.180	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-14.305	-14.905	-17.697
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-1.872.325**	**-3.088.965**	**-1.136.155**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	17.509.100	16.006.890	15.616.099
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	5.266.800	4.464.800	3.474.440
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.318.480	6.201.285	5.601.534
14	66	Abschreibungen	832.210	892.460	45.866
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	86.550	83.550	92.588
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	17.000	17.000	16.327
17	72	Transferaufwendungen	2.500	2.500	2.627
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.970	1.970	1.579
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**31.034.610**	**27.670.455**	**24.851.061**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**29.162.285**	**24.581.490**	**23.714.906**
21	56, 57	Finanzerträge	-388.520	-279.500	-361.052
22	77	Finanzaufwendungen	1.100	1.100	354
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-387.420**	**-278.400**	**-360.698**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**28.774.865**	**24.303.090**	**23.354.208**
25	59	Außerordentliche Erträge			-30.791
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			3.720
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-27.071**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**28.774.865**	**24.303.090**	**23.327.137**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-827.985	-798.070	-706.516
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	260.000	317.620	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-567.985**	**-480.450**	**-706.516**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**28.206.880**	**23.822.640**	**22.620.621**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0101 Verwaltungssteuerung und -service

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	165.000	0	0	44.789
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**165.000**	**0**	**0**	**44.789**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-950.000	-350.000	-1.070.000	-210.511
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-113.849
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-2.455.655	0	-2.285.550	-633.664
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-141.300	0	-133.500	-133.903
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-3.546.955**	**-350.000**	**-3.489.050**	**-1.091.927**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-3.381.955**	**-350.000**	**-3.489.050**	**-1.047.138**

Investitionen
Produktgruppe 0101 Verwaltungssteuerung und -service

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
01010003AB Magistrat - Videoüberwachung	0	-250.000	0	0	0
01010003ZA Magistrat - Zuw. d. Landes f. Videoüberwachung	0	165.000	0	0	0
01010205AF Verwaltungssteuerung - Raumbedarfsplan	-100.000	-100.000	0	0	0
01010205AG Verwaltungssteuerung - Medientechnik	-175.000	-150.000	0	0	0
01010205AH Verwaltungssteuerung und -organisation - New Work	0	-100.000	0	0	0
01010216AA Personalamt - Anlage Beamtenversorgungsrücklage	-133.500	-141.300	-145.000	-150.000	-155.000
01010240AA Presse- und Medienarbeit - Relaunch Homepage	-280.000	0	0	0	0
01016006AF Gebäudeunterhaltung - Mainstr. 7 / Sanierung	-230.000	0	-100.000	0	0
01016006AG Gebäudeunterhaltung - Rathaus Sanierung Planung	-200.000	-400.000	-100.000	0	0
01016006AH Gebäudeunterhaltung - Palais Verna Sanierung	0	-100.000	-100.000	0	0
01016006AI Gebäudeunterhaltung - Mainzer Straße 11 Sanierung	0	0	-50.000	0	0
01016006AK Gebäudeunterhaltung - Mietereinbauten Friedensplat	-170.000	-100.000	0	0	0
01016006AL Gebäudeunterhaltung - Am Treff NSHV Trafo- und Übe	-270.000	-100.000	0	0	0
01016006AM Gebäudeunterhaltung - Notstrominfrastruktur	-200.000	0	0	0	0
01016007AC Gebäudewirtschaft, Werkstatt -Werkstattfahrzeuge	-30.000	-40.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-1.323.330	-1.383.320	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-20.340	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-24.300	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-313.980	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-621.535	0	0	0
INV Inventar	-42.900	-36.500	0	0	0

PRODUKTBEREICH 02 Ordnungsangelegenheiten

Erläuterungen

Teilhaushalt: 020105200 Wahlangelegenheiten

Die Haushaltsansätze 2023 sind geprägt von der Durchführung der folgenden Wahlen:

- Oberbürgermeisterwahl
- Landtagswahl

Die Haushaltsansätze 2024 beziehen sich neben dem laufenden Betrieb auf die Durchführung der Europawahl.

Teilhaushalt: 020211420 Gutachterausschuss

Der Gutachterausschuss ist nicht mehr bei der Stadt Rüsselsheim am Main angesiedelt.

Teilhaushalt: 020211500 Ordnungsangelegenheiten

Sachkonto: 6993293 Maßnahmen Sichere Innenstadt
6993291 Sicherheitsinitiative KOMPASS
Die Abwicklung erfolgt organisatorisch über die Stabsstelle Sichere Innenstadt.

Teilhaushalt: 020202600 Stadtbüros

Sachkonto: 67010000 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen
Insbesondere Kosten für die Anmietung der Räumlichkeiten am Friedensplatz.

Teilhaushalt: 020211510 Stadtpolizei

Sachkonto: 6161200 Mieter-Bauunterhaltung
6701000 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen
6705000 Mietnebenkosten
Kosten im Zusammenhang mit der Anmietung der Räumlichkeiten für die Polizeistation in der Innenstadt.

Teilhaushalt: 020211520 Ausländerangelegenheiten

Sachkonto: 6179010 Sicherheitsdienste
Die Sicherheitsdienste werden zur Absicherung des Eingangsbereichs und bei Bedarf benötigt.

Teilhaushalt:	**020313000**	**Brandschutz**

Sachkonto:	**6993500**	**Krisenprävention** Zentrale Haushaltsmittel für Präventivmaßnahmen bzgl. Krisen- und Sonderlagen. (U.a. Einrichtung von Meldestellen, Betreuungsplätzen, technischen Anlagen)

Teilergebnishaushalt Produktbereich 02 Ordnungsangelegenheiten

01

Produktbereich 02 Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-22.010	-21.010	-17.640
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.766.400	-2.824.100	-2.770.738
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-120.500	-131.400	-261.916
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-84.570	-84.570	-307.719
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-55.800	-62.740	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-12.200	-10.540	-14.250
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-3.061.480**	**-3.134.360**	**-3.372.262**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	8.870.300	7.273.400	7.579.063
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	1.248.300	877.700	904.113
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.798.970	2.057.150	1.821.133
14	66	Abschreibungen	622.130	486.200	5.806
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	541.770	532.890	523.962
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	2.000	1.980	1.980
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.640	1.300	1.093
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**13.085.110**	**11.230.620**	**10.837.149**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**10.023.630**	**8.096.260**	**7.464.887**
21	56, 57	Finanzerträge			-852
22	77	Finanzaufwendungen			3
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**-850**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**10.023.630**	**8.096.260**	**7.464.037**
25	59	Außerordentliche Erträge			-17.841
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			29
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-17.812**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**10.023.630**	**8.096.260**	**7.446.225**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			6.180
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	15.000	6.700	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**15.000**	**6.700**	**6.180**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**10.038.630**	**8.102.960**	**7.452.405**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 02 Ordnungsangelegenheiten

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	150.000	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	15.083
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**150.000**	**15.083**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.200.000	-200.000	-1.823.050	-22.468
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-263.365
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-1.702.080	-550.000	-1.931.110	-513.144
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-2.902.080**	**-750.000**	**-3.754.160**	**-798.977**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-2.902.080**	**-750.000**	**-3.604.160**	**-783.894**

Investitionen
Produktbereich 02 Ordnungsangelegenheiten

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
02020260AA Stadtbüros - Erstausstattung Friedensplatz	-125.000	0	0	0	0
02021150AE Ordnungsamt - Sirenenanlage	-132.050	0	0	0	0
02021150AG Ordnungsamt - Verkehrsüberwachungssäule	-1.311.000	-850.000	0	0	0
02031300AA Brandschutz Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge	-1.360.000	-900.000	-900.000	-800.000	-800.000
02031300AG Brandschutz - Erweiterung Feuerwehrstützpunkt Plan	-380.000	-250.000	-200.000	0	0
02031300AM Brandschutz - Schlauchpflegeanlage	0	-150.000	0	0	0
02031300AN Brandschutz - Ertüchtigung Einsatzzentrale	-50.000	-100.000	0	0	0
02031300AO Brandschutz - Zivil- und Katastrophenschutz	0	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
02031300ZA Brandschutz - Zuweisung des Landes	150.000	0	98.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-51.240	-54.560	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-116.300	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-136.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-21.570	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-74.520	0	0	0
INV Inventar	-207.000	-287.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**020105200 Wahlangelegenheiten**	
Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0201	Statistik und Wahlen
Produkt	020105200	Wahlangelegenheiten

Produktinformation	- Organisation und Durchführung von Wahlen

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F10	**Verantwortliche Person(en): Herr Ploew**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: Wahlgesetze**

Produktziel 1	Wahlen, Volksbegehren und Volksentscheide ordnungsgemäß vorbereiten und durchführen.
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der Wahlen	1	2	1

Bemerkungen

Ausblick Wahlen:
2024: Wahl zum Europäischen Parlament
2025: Bundestagswahl

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Wahlen			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0201 Statistik und Wahlen

01

Produktbereich 02 Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe 0201 Statistik und Wahlen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-900
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-22.000	-33.000	-121.760
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-22.000**	**-33.000**	**-122.660**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	179.200	142.700	402.678
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	24.000	18.600	10.365
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	113.395	241.505	77.571
14	66	Abschreibungen	630	550	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**317.225**	**403.355**	**490.614**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**295.225**	**370.355**	**367.954**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**295.225**	**370.355**	**367.954**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**295.225**	**370.355**	**367.954**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**295.225**	**370.355**	**367.954**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0201 Statistik und Wahlen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	-5.280	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**-5.280**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**0**	**0**	**-5.280**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 0201 Statistik und Wahlen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-5.280	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**020202600 Stadtbüros/Meldewesen**	
Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0202	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	020202600	Stadtbüros/Meldewesen

Produktinformation	- Meldewesen/Bürgerservice

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F10	**Verantwortliche Person(en): Herr Ploew**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: Melde- u. Passgeset**

Produktziel 1	Service- und kundenorientierte Erreichbarkeit, insbesondere auch für Berufstätige
Produktziel 2	Kurze Wartezeiten, Termintreue
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Sprechzeiten der Stadtbüros (Wochenstunden)			
Durchschnittswartezeiten in den Stadtbüros	max. 10 Min.	max. 10 Min	15,2 Min

Bemerkungen Die Anzahl der Stellen bilden die Beschäftigten in den Stadtbüros sowie die Sachbearbeitung für das Meldewesen sowie die Organisationsebene des gesamten Fachbereiches Bürgerservice und Wahlen ab.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtbüro/Meldewesen			

Produktbeschreibung		
Produkt	**020205000 Standesamt**	
Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0202	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	020205000	Standesamt

Produktinformation	- Erfüllung der sich aus dem Personenstandswesen ergebenden Aufgaben

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F10	**Verantwortliche Person(en): Herr Kühnel**
Pflichtaufgaben: [X]	**gesetzliche Grundlage: Personenstandsgesetz**
Produktziel 1	Steigerung der Attraktivität einer Trauung in Rüsselsheim am Main
Produktziel 2	Steigerung des Online-Angebotes an Dienstleistungen
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der Trauungen	250		233

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Standesamt			

Produktbeschreibung		
Produkt	**020211410 Schiedsamt**	
Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0202	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	020211410	Schiedsamt

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en):**
Pflichtaufgaben: ☐	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Schiedsamt			

Produktbeschreibung		
Produkt	**020211500 Ordnungsangelegenheiten**	
Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0202	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	020211500	Ordnungsangelegenheiten

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F 9	**Verantwortliche Person(en): Herr Heß**
Pflichtaufgaben: ☐	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Optimale Umsetzung und Anwendung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen des allgemeinen und speziellen Ordnungsrechts
Produktziel 2	Zeitnahe Beseitigung eingetretener Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der eingeleiteten Verwarnungsgeldverfahren	53.000	53.000	49.752
Anzahl der eingeleiteten Bußgeldverfahren	250	310	219

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Ordnungsangelegenheiten			

Produktbeschreibung		
Produkt	**020211510 Stadtpolizei**	
Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0202	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	020211510	Stadtpolizei

Produktinformation	
Verantwortliche Organisationseinheit: I/F 9.4	**Verantwortliche Person(en): Herr Heß**
Pflichtaufgaben: ☐	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Optimale Umsetzung und Anwendung der einschlägigen Gesetze und Verordnungen des allgemeinen und speziellen Ordnungsrechts
Produktziel 2	Zeitnahe Beseitigung eingetretener Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
Produktziel 3	Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der eingeleiteten Verwarnungsgeldverfahren	3.000	3.500	2.899
Anzahl der eingeleiteten Bußgeldverfahren	50	40	77

Bemerkungen

Bei der Stadtpolizei sind zwei Personen dauererkrankt und zwei Stellen vakant. Aufgrund dieser Personalsituation, ist es wahrscheinlich, dass der Plan für 2023 nicht erreicht wird. Da nicht abzusehen ist, wann die volle Personalstärke wieder hergestellt ist, wurden die Zahlen für 2024 leicht angepasst.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtpolizei			

Produktbeschreibung		
Produkt	**020211520 Ausländerangelegenheiten**	
Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0202	Ordnungsangelegenheiten
Produkt	020211520	Ausländerangelegenheiten

Produktinformation	- Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes und des Staatsangehörigkeitgesetzes

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F9	**Verantwortliche Person(en): Herr Heß**
Pflichtaufgaben: ☒	**gesetzliche Grundlage: AufenthG, AufenthV, STAG, u.a.**
Produktziel 1	Rechtskonforme und kundenorientierte Regelung der Zuwanderung und des Aufenthalts von Unionsbürgern und Ausländern
Produktziel 2	Kundenorientierte Beratung über die Möglichkeiten des Erwerbs der deutschen Staatsangehörig-keit sowie Begleitung der Antragstellung
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
erteilte Aufenthaltstitel	6.000	4.300	6.469
erfolgte Einbürgerungen	200	150	177

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Ausländerangelegenheiten			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0202 Ordnungsangelegenheiten

01

Produktbereich 02 Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe 0202 Ordnungsangelegenheiten

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-18.010	-18.010	-13.140
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.648.050	-2.706.000	-2.682.388
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-98.500	-98.400	-136.951
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			-10.850
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			-1.248
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-2.764.560**	**-2.822.410**	**-2.844.576**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	5.140.400	4.391.300	4.397.884
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	407.900	320.500	327.773
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	914.220	999.460	885.831
14	66	Abschreibungen	72.270	52.900	5.806
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	505.970	495.850	498.428
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.240	1.070	861
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**7.042.000**	**6.261.080**	**6.116.582**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.277.440**	**3.438.670**	**3.272.006**
21	56, 57	Finanzerträge			-852
22	77	Finanzaufwendungen			3
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**-850**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**4.277.440**	**3.438.670**	**3.271.156**
25	59	Außerordentliche Erträge			-2.520
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			29
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-2.491**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**4.277.440**	**3.438.670**	**3.268.665**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.277.440**	**3.438.670**	**3.268.665**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0202 Ordnungsangelegenheiten

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-850.000	0	-1.443.050	-11.634
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-70.000
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-160.200	0	-152.030	-189.584
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.010.200**	**0**	**-1.595.080**	**-271.218**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-1.010.200**	**0**	**-1.595.080**	**-271.218**

Investitionen
Produktgruppe 0202 Ordnungsangelegenheiten

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
02020260AA Stadtbüros - Erstausstattung Friedensplatz	-125.000	0	0	0	0
02021150AE Ordnungsamt - Sirenenanlage	-132.050	0	0	0	0
02021150AG Ordnungsamt - Verkehrsüberwachungssäule	-1.311.000	-850.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-23.160	-41.480	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-1.300	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-6.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.570	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-60.720	0	0	0
INV Inventar	0	-52.000	0	0	0

Produktbeschreibung

Produkt **020313000 Brandschutz**

Produktbereich	02	Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe	0203	Brandschutz
Produkt	020313000	Brandschutz

Produktinformation	Gemäß HBKG § 3 in Verbindung mit § 6 hat die Gemeinde als kommunale Pflichtaufgabe Maßnahmen zu ergreifen, um von der Allgemeinheit, dem Einzelnen oder Tieren, die durch Brände, Explosionen und andere Notfälle, drohende Gefahren für Gesundheit und natürliche Lebensgrundlagen oder Sachen abzuwenden. Darüber sind nach gleicher Rechtsgrundlage die Gefahrenverhütungsschauen und die Brandschutzaufklärung durchzuführen.

Verantwortliche Organisationseinheit: III/37	**Verantwortliche Person(en): Jörg Wintermeyer**

Pflichtaufgaben: ☒ **X** **gesetzliche Grundlage: HBKG, GVSV**

Produktziel 1	Rettung von Menschen und Tieren, Begrenzung von Schäden, Vermeidung von Folgeschäden, Schutz der Umwelt
Produktziel 2	Begehungen und Beratungen im vorbeugenden Brandschutz*
Produktziel 3	Brandschutzaufklärung

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der Feuerwehreinsätze	ca. 1.200	ca. 1.200	1.180
Anzahl der begangenen Objekte der Gefahrenverhütungsschauen (m²)	90	50	27
Geleistete Stunden in der Brandschutzerziehung	5.000	5.000	4.192

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Brandschutz			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0203 Brandschutz

01

Produktbereich 02 Ordnungsangelegenheiten
Produktgruppe 0203 Brandschutz

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-4.000	-3.000	-4.500
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-118.350	-118.100	-87.450
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-3.204
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-84.570	-84.570	-296.869
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-55.800	-62.740	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-12.200	-10.540	-13.002
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-274.920**	**-278.950**	**-405.026**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	3.550.700	2.739.400	2.778.500
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	816.400	538.600	565.975
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	771.355	816.185	857.731
14	66	Abschreibungen	549.230	432.750	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	35.800	37.040	25.535
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	2.000	1.980	1.980
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	400	230	232
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**5.725.885**	**4.566.185**	**4.229.953**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**5.450.965**	**4.287.235**	**3.824.927**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**5.450.965**	**4.287.235**	**3.824.927**
25	59	Außerordentliche Erträge			-15.322
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-15.322**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**5.450.965**	**4.287.235**	**3.809.605**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			6.180
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	15.000	6.700	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**15.000**	**6.700**	**6.180**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**5.465.965**	**4.293.935**	**3.815.785**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0203 Brandschutz

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	150.000	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	15.083
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**150.000**	**15.083**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-350.000	-200.000	-380.000	-10.834
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-193.365
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-1.541.880	-550.000	-1.773.800	-323.560
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.891.880**	**-750.000**	**-2.153.800**	**-527.759**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-1.891.880**	**-750.000**	**-2.003.800**	**-512.676**

Investitionen
Produktgruppe 0203 Brandschutz

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
02031300AA Brandschutz Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge	-1.360.000	-900.000	-900.000	-800.000	-800.000
02031300AG Brandschutz - Erweiterung Feuerwehrstützpunkt Plan	-380.000	-250.000	-200.000	0	0
02031300AM Brandschutz - Schlauchpflegeanlage	0	-150.000	0	0	0
02031300AN Brandschutz - Ertüchtigung Einsatzzentrale	-50.000	-100.000	0	0	0
02031300AO Brandschutz - Zivil- und Katastrophenschutz	0	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
02031300ZA Brandschutz - Zuweisung des Landes	150.000	0	98.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-22.800	-13.080	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-115.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-130.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-19.000	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-13.800	0	0	0
INV Inventar	-207.000	-235.000	0	0	0

PRODUKTBEREICH 03 Schulträgeraufgaben

Erläuterungen

Teilhaushalt: 030020000 Schulverwaltung

Sachkonto:

5421050 Zuweisung des Landes (Starke Heimat)
5421550 Zuweisung des Landes (Inklusion)
6011000 Lehr- und Unterrichtsmittel
6011300 Unterrichtsmittel (Inklusion)
6064000 Materialaufwand für Einrichtungen und Ausstattungen (zentral)
6070000 Aufwendungen f. Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel
6139000 sonstige weitere Fremdleistungen
6161140 Farbleitsystem
6162700 Pavillons
6162701 Pavillons (Auf-/Abbau)
6163020 Instandhaltung (zentral)
6163030 Unterhaltung der Schultafeln (zentral)
6163400 Technischer Support (Schulen)
6163450 Unterhaltung/Ausstattung, Digitalisierung (Schulen)
6171000 Aufwendungn f. Fremdentsorgung
6179050 Beratungskosten, Schulentwicklung
6730000 Gebühren
6735000 Eintrittsgelder Schwimmunterricht
6776100 Planungskosten (Entwicklung Grundschulen)
6777551 Schulisches Mobilitätskonzept
6851000 Reisekosten (Schulhausverwalter)
6867300 Schulveranstaltungen
6869000 sonstige Aufwendungen f. Repräsentation
6994120 Projekte zur Öffnung von Schulen und Vernetzung
6994121 Kulturelle Bildung an Schulen (Öffnung v. Schulen)
7175210 Kostenerstattung an den Eigenbetrieb Kultur 123
Die Veranschlagung erfolgt seit 2022 im Teilhaushalt 030020100 (Schulen (allgemein))

Teilhaushalt: 030020100 Schulen (allgemein)

Der Teilhaushalt wurde eingerichtet, um übergreifende Kostenpositionen in der Planung zunächst zentral abbilden zu können. Im Haushaltsvollzug erfolgt dann überwiegend die Verbuchung bei den betroffenen Schulen.

6011000 Lehr- und Unterrichtsmittel
Zentral veranschlagte übergeordnet koordinierte Anschaffungen.
6139000 sonstige weitere Fremdleistungen
Kosten der Essensausgabe, bzw. -versorgung an der Max-Planck-Schule, Sophie-Opel-Schule und Grundschule Königstädten.

6776100 **Planungskosten (Entwicklung Grundschulen)**
Kosten für Untersuchungen zur räumlichen Weiterentwicklung und Optimierung an Grundschulen.

6994121 **Kulturelle Bildung an Schulen**
Ansatz entsprechend der Beschlussfassung zur DS-Nr. 54/16-21.

Teilhaushalte: 030121100 - 030528500 **alle Schulen**

Sachkonto:

5421520 **Zuweisung des Landes für Ganztagsangebote**

6994025 **Ganztagsangebote**
Die veranschlagten Aufwendungen entsprechen den Erträgen aus Landeszuweisungen.

6063000 **Materialaufwand für Einrichtungen und Ausstattungen**
Aufwendungen für kleinere Anschaffungen, die keine Investitionen darstellen (bis 250,- EUR) werden seit 2019 im Ergebnishaushalt veranschlagt. Sollte diese Betragsgrenze überschritten werden, besteht eine einseitige Deckungsfähigkeit zugunsten der entsprechenden investiven Maßnahme. Siehe auch Ansatz im Teilhaushalt 030020100 (Schulen (allgemein))

6832400 **Kosten Glasfaseranschluss**
Aufwendungen für den Betrieb des Glasfaseranschlusses.

Teilhaushalt: 030323010 **Immanuel-Kant-Schule**

Sachkonto:

5092500 **Umsatzerlöse Blockheizkraftwerk**

6051000 **Strom**
Die Vergütung nach dem Energieeinspeisungsgesetz für den Eigenverbrauch korrespondiert mit erhöhten Stromkosten bei gleichzeitiger Reduzierung durch die Rückerstattung der Energiesteuer.

Teilhaushalt: 030427100 **Helen-Keller-Schule**

Die Schülerzahlen an der Helen-Keller-Schule entwickeln sich wie folgt:

Jahr (zum 01.11.)	Kreis Groß-Gerau	Rüssels-heim	Kelster-bach	Sonstige	Gesamt-summe
2014	107	62	12	7	188
2015	102	71	13	6	192
2016	111	68	12	4	195
2017	114	71	10	1	196
2018	116	70	10	0	196
2019	137	57	10	0	204
2020	124	68	8	1	201
2021	131	68	9	4	212
2022	135	71	12	0	218
2023	143	85	15	3	246

Sachkonto: **5482000 Kostenerstattung von Gemeinden/Gemeindeverbänden**
Die jährliche Kostenerstattung durch den Kreis Groß-Gerau ermittelt sich aus dem Anteil der Kreisschüler ohne eigene Schulträgerschaft an den Gesamtkosten abzgl. der Gastschulbeiträge.
6102300 Schülerbeförderung
Kostensteigerung nach Neuausschreibung.

Teilhaushalt: **030629000 Schulbeförderung**

Sachkonto: **6102100 Querbeförderung**
6102200 Schulbusbeförderung
Kostensteigerung nach Neuausschreibung.
6102350 Schülerbeförderung Helen-Keller-Schule
Die Veranschlagung erfolgt aus finanzstatistischen Gründen ab 2024 nicht mehr im Teilhaushalt der Helen-Keller-Schule.

Teilhaushalt: **030729300 Betreuungsschule**

Sachkonto: **7178000 sonstige Erstattungen an übrige Bereiche**
Kosten für das Freiwillige Soziale Jahr.
7128530 Zuschuss an den Förderverein Borngrabenschule e.V.
7128540 Zuschuss an den Förderverein Eichgrundschule e.V.
7128545 Zuschuss an den Förderverein Albrecht-Dürer-Schule
7128555 Zuschuss an den Förderverein Otto-Hahn-Schule
7128550 Zuschuss an den Förderverein Grundschule Königstädten
Für die Förderung von Ganztagsangeboten finden sich entsprechend Ansätze bei den betreffenden Schulen unter dem Sachkonto 712856 (komm. Zuschuss Ganztagsangebote).

Teilhaushalt: **030729330 Jugendberufshilfe**

Mit der Übernahme der entsprechenden Beschäftigten wird die Aufga
der Jugendberufshilfe über einen eigenen Teilhaushalt abgebildet.
Die bisherige Veranschlagung im Teilhaushalt 060646800
(Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe), Sachkont 7299400
(Fachstelle Jugendberufshilfe) entfällt damit.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-36.500	-36.500	-94.001
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-380.100	-422.620	-336.179
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.453.865	-3.117.700	-4.086.123
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-1.348.750	-1.737.930	-1.324.537
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-880.190	-794.110	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-17.760	-66.300	-725.509
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-6.117.165**	**-6.175.160**	**-6.566.350**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	6.404.900	4.673.740	5.412.032
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	449.300	290.400	338.600
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	12.791.638	10.921.680	12.699.710
14	66	Abschreibungen	3.548.450	3.331.420	6.442
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	3.225.010	3.306.765	2.692.145
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	192.000	120.480	94.431
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	125	125	124
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**26.611.423**	**22.644.610**	**21.243.483**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**20.494.258**	**16.469.450**	**14.677.133**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			210
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**210**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**20.494.258**	**16.469.450**	**14.677.343**
25	59	Außerordentliche Erträge			-5.303
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			3.011
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-2.292**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**20.494.258**	**16.469.450**	**14.675.051**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			362.163
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	336.500	247.450	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**336.500**	**247.450**	**362.163**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**20.830.758**	**16.716.900**	**15.037.214**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	3.700.000	0	2.144.450	925.339
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**3.700.000**	**0**	**2.144.450**	**925.339**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-18.505.000	-3.600.000	-32.600.000	-68.237
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	-1.500.000	-1.500.000	0	-16.531.489
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-370.330	0	-388.110	-324.409
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-20.375.330**	**-5.100.000**	**-32.988.110**	**-16.924.135**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-16.675.330**	**-5.100.000**	**-30.843.660**	**-15.998.796**

Investitionen
Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03002000AA Schulverwaltung EDV Ausstattung Schule@Zukunft	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
03002000AG Schulverw.-Ern.von Spielgeräten auf Schulhöfen	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
03002000AR Schulverwaltung - Medienentw.plan / Digitalpakt	0	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000
03002000AS Schulverwaltung - Ausstattung Mittagessensversorgu	-152.000	-152.000	0	0	0
03002000ZD Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Bund	0	1.125.000	302.135	0	0
03002000ZE Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Land	375.000	375.000	100.710	0	0
03012110AB Otto-Hahn-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	-75.000	-75.000	0	0	0
03012111AB Schillerschule - Abarbeitung Sanierungsstau	-350.000	-300.000	0	0	0
03012111AD Schillerschule - Hardware Energiecontrolling	0	-7.500	0	0	0
03012111AE Schillerschule - Ganztagsangebot	0	-125.000	0	0	0
03012112AD Goetheschule-Ganztagsangebote	-25.000	-400.000	-200.000	0	0
03012113AD GS Königstädten - Weiterentwicklung und Sanierung	0	0	-230.000	0	0
03012114AD A.- Dürer-Schule - Sanierung/Neubau Planungskosten	-100.000	0	-100.000	0	0
03012114AF Albrecht-Dürer-Schule - Ganztagsangebot	0	-150.000	0	0	0
03012115AE G.-Büchner-Schule - Sanierung	-100.000	-200.000	-3.000.000	0	0
03012116AA Grundschule Parkschule - Umbau der Parkschule	-4.300.000	-9.800.000	-10.000.000	-5.100.000	0
03012116AB Parkschule - Hardware Energiecontrolling	0	0	-6.000	0	0
03012117AH GS Hasengrund - Außengelände zwischen zwei Module	-760.000	0	0	0	0
03012117AK Grundschule Hasengrund - Brandsanierung	-1.500.000	-3.500.000	0	0	0
03012117AL Grundschule Hasengrund - Hardware Energiecontrolli	0	-7.500	0	0	0
03012117ZC GS Hasengrund - Vers Erstattung Brandschaden	1.000.000	2.200.000	0	0	0
03012118AB Eichgrundschule - Planung zur Opt. Ganztag+ Erweit	-750.000	-550.000	-1.300.000	0	0
03012119AE Grundschule Innenstadt - Weiterentw. Planung	0	0	0	-50.000	0
03012119AF Grundschule Innenstadt - baulicher Schallschutz	-670.000	0	0	0	0
03012119AH Grundschule Innenstadt - Ganztagsangebot	0	-50.000	0	0	0
03012119ZA Grundschule Innenstadt - Förderung Schallschutz	599.450	0	0	0	0
03012120AA Grundschule "Eselswiese" - Neubau - Planungskosten	0	0	-100.000	0	0
03022251AG Gerhart-Hauptmann-Schule - Abarbeitung Sanierungss	-150.000	-100.000	0	0	0
03022251AH Gerhart-Hauptmann-Schule - Kernsanierung Schulküch	0	-200.000	-400.000	0	0
03032300AI M.-Planck-Schule - Sanierung Atrium / Hauptgebäude	-3.900.000	-900.000	-500.000	0	0
03032301AG Immanuel-Kant-Schule - Sanierung	-300.000	-800.000	-500.000	0	0
03032301AM Immanuel-Kant-Schule - Sitzgruppe Aussenanlage	-50.000	0	0	0	0
03042700AB Borngrabenschule - Abarbeitung Sanierungsstau	0	-390.000	-300.000	-500.000	0
03042710AC H.-Keller-Schule - Sanierung	-250.000	-250.000	-300.000	0	0
03042710ZA Helen-Keller-Schule, Erst. Inv.ausz. Kreis GG	170.000	0	0	0	0
03052810AJ A.-v.-Humboldt-Schule - Umsetzung Schulentwicklung	-12.000.000	0	0	0	0
03052810AL A.-v.-Humboldt-Schule - Interimsmaßnahme Sanierung	-60.000	0	0	0	0
03052810AP A.-v.-Humboldt-Schule - Mulifunktionsfeld	-50.000	0	-50.000	0	0
03052810AR A.-v.-Humboldt-Schule - San Sporth Dicker Busch	-250.000	-500.000	-300.000	0	0
03052850AA Sophie-Opel-Schule - Umsetzung Schulentwicklun	-6.650.000	0	0	0	0
03052850AE Sophie-Opel-Schule - Hardware Energiecontrolling	-10.000	0	0	0	0
03052850AF Sophie-Opel-Schule - Verschattung Schulhof	-100.000	0	0	0	0
03082954AA Jugendverkehrsschule – Ersatzneubau	0	0	-80.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-16.380	-12.210	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-180.880	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-145.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-28.850	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-51.120	0	0	0

Produktbeschreibung

Produkt **030020000 Schulverwaltung**

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0003	Overhead - Schulträgeraufgaben
Produkt	030020000	Schulverwaltung

Produktinformation	Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes für alle Schulformen durch Schaffung der sächlichen und personellen Voraussetzungen zur Erfüllung der Aufgaben des örtlichen Schulträgers. Dies erfolgt durch: - fortlaufende Beobachtung der Entwicklung der Schülerzahlen - Fortschreibung eines Schulentwicklungsplanes - Umsetzung gesetzlicher Vorgaben - Haushaltsplanung und -ausführung - Abwicklung der Buchhaltung und des gesamten Zahlungsverkehrs - Erstellung der Jahresrechnungen

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Planung und Bereitstellung eines bedarfsgerechten, vielfältigen Schulungsangebotes vor Ort
Produktziel 2	Organisation und Abwicklung übergeordneter Aufgaben zur Entwicklung der Schullandschaft
Produktziel 3	Ausweitung von Ganztagsangeboten an Rüsselsheimer Schulen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der Schulen mit Ganztagsangebote insg.		17	
Anzahl der Schulen mit Ganztagsangeboten im Profil 1		5	
Anzahl der Schulen mit Ganztagsangeboten im Profil 2		8	
Anzahl der Schulen mit Ganztagsangeboten im Profil 3		1	
Anzahl der Schulen mit Pakt für den Nachmittag		3	

Bemerkungen

Die Planzahlen 2023 beziehen sich auf das Schuljahr 2022/23,
die Planzahlen 2022 beziehen sich auf das Schuljahr 2021/22,
die IST-Zahlen 2021 beziehen sich auf das Schuljahr 2020/21.

Zum Schuljahr 2021/22 entfiel die Haupt- und Realschule Parkschule.
Zum Schuljahr 2022/23 kommt als neue Schule die Grundschule Parkschule hinzu.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Schulverwaltung			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0300 Overhead - Schulträgeraufgaben

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0300 Overhead - Schulträgeraufgaben

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-3.900
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-372.200	-725.480	-323.235
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-53.640	-55.010	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-425.840**	**-780.490**	**-327.135**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	805.400	750.000	562.584
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	50.600	40.500	38.588
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.085.225	907.525	73.332
14	66	Abschreibungen	197.140	206.320	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	15.000	43.000	12.623
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	125	125	124
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.153.490**	**1.947.470**	**687.251**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.727.650**	**1.166.980**	**360.116**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			59
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**59**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.727.650**	**1.166.980**	**360.175**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.727.650**	**1.166.980**	**360.175**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.727.650**	**1.166.980**	**360.175**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0300 Overhead - Schulträgeraufgaben

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.500.000	0	375.000	666.313
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**1.500.000**	**0**	**375.000**	**666.313**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-200.000	0	-200.000	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	-1.500.000	-1.500.000	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-279.340	0	-247.760	-1.496
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.979.340**	**-1.500.000**	**-447.760**	**-1.496**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-479.340**	**-1.500.000**	**-72.760**	**664.817**

Investitionen
Produktgruppe 0300 Overhead - Schulträgeraufgaben

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03002000AA Schulverwaltung EDV Ausstattung Schule@Zukunft	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
03002000AG Schulverw.-Ern.von Spielgeräten auf Schulhöfen	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000	-200.000
03002000AR Schulverwaltung - Medienentw.plan / Digitalpakt	0	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000
03002000AS Schulverwaltung - Ausstattung Mittagessensversorgu	-152.000	-152.000	0	0	0
03002000ZD Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Bund	0	1.125.000	302.135	0	0
03002000ZE Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Land	375.000	375.000	100.710	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-1.320	-12.210	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-82.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-82.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.440	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-23.130	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121100 Otto-Hahn-Grundschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121100	Otto-Hahn-Grundschule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F 8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in- in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen	zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungs-beziehungen den Schüler+innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt. zu Kennzahl 2: Durch Einrichtung des KIZ hat sich die Flächenbenutzung Grundfläche je Schülerin/Schüler erhöht.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Otto-Hahn-Grundschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121110 Schillerschule (Grundschule)**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121110	Schillerschule (Grundschule)

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in- in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen	zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Schillerschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121120 Goetheschule (Grundschule)**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121120	Goetheschule (Grundschule)

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Goetheschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121130 Grundschule Königstädten**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121130	Grundschule Königstädten

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Grundschule Königstädten			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121140 Albrecht Dürer Grundschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121140	Albrecht Dürer Grundschule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahreszugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Albrecht Dürer Grundschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121150 Georg-Büchner-Grundschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121150	Georg-Büchner-Grundschule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Georg-Büchner-Grundschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121160 Grundschule Parkschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121160	Grundschule Parkkschule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1 und 2: In der Grundschule werden zum ersten Mal im Schuljahr 2021/22 Schüler*innen beschult werden. Demnach liegen noch keine Schüler*innendaten vor, die man zur Errechnung der Kennzahlen verwenden könnte.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Grundschule Parkschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121170 Grundschule Hasengrund**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121170	Grundschule Hasengrund

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2023	Zahl der Stellen 2022	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2022
Grundschule Hasengrund			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121180 Eichgrundschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121180	Eichgrundschule

Produktinformation	
	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen	zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Eichgrundschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030121190 Grundschule Innenstadt**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0301	Grundschulen
Produkt	030121190	Grundschule Innenstadt

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Grundschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Grundschule Innenstadt			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0301 Grundschulen

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0301 Grundschulen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-70.000
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-577.920	-577.920	-563.934
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-122.300	-44.650	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge		-50.000	-708.779
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-700.220**	**-672.570**	**-1.342.713**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.008.100	838.000	890.571
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	72.600	55.400	60.247
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.545.038	2.780.765	3.353.145
14	66	Abschreibungen	944.710	870.020	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	493.940	441.935	370.235
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**6.064.388**	**4.986.120**	**4.674.198**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**5.364.168**	**4.313.550**	**3.331.485**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			58
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**58**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**5.364.168**	**4.313.550**	**3.331.543**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**5.364.168**	**4.313.550**	**3.331.543**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			155.890
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	155.000	106.550	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**155.000**	**106.550**	**155.890**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**5.519.168**	**4.420.100**	**3.487.433**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0301 Grundschulen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	2.200.000	0	1.599.450	180.000
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**2.200.000**	**0**	**1.599.450**	**180.000**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-15.165.000	-1.300.000	-8.630.000	-32.502
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-1.101.331
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-18.000	0	-41.485	-123.015
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-15.183.000**	**-1.300.000**	**-8.671.485**	**-1.256.848**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-12.983.000**	**-1.300.000**	**-7.072.035**	**-1.076.848**

Investitionen
Produktgruppe 0301 Grundschulen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03012110AB Otto-Hahn-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	-75.000	-75.000	0	0	0
03012111AB Schillerschule - Abarbeitung Sanierungsstau	-350.000	-300.000	0	0	0
03012111AD Schillerschule - Hardware Energiecontrolling	0	-7.500	0	0	0
03012111AE Schillerschule - Ganztagsangebot	0	-125.000	0	0	0
03012112AD Goetheschule-Ganztagsangebote	-25.000	-400.000	-200.000	0	0
03012113AD GS Königstädten - Weiterentwicklung und Sanierung	0	0	-230.000	0	0
03012114AD A.- Dürer-Schule - Sanierung/Neubau Planungskosten	-100.000	0	-100.000	0	0
03012114AF Albrecht-Dürer-Schule - Ganztagsangebot	0	-150.000	0	0	0
03012115AE G.-Büchner-Schule - Sanierung	-100.000	-200.000	-3.000.000	0	0
03012116AA Grundschule Parkschule - Umbau der Parkschule	-4.300.000	-9.800.000	-10.000.000	-5.100.000	0
03012116AB Parkschule - Hardware Energiecontrolling	0	0	-6.000	0	0
03012117AH GS Hasengrund - Außengelände zwischen zwei Module	-760.000	0	0	0	0
03012117AK Grundschule Hasengrund - Brandsanierung	-1.500.000	-3.500.000	0	0	0
03012117AL Grundschule Hasengrund - Hardware Energiecontrolli	0	-7.500	0	0	0
03012117ZC GS Hasengrund - Vers Erstattung Brandschaden	1.000.000	2.200.000	0	0	0
03012118AB Eichgrundschule - Planung zur Opt. Ganztag+ Erweit	-750.000	-550.000	-1.300.000	0	0
03012119AE Grundschule Innenstadt - Weiterentw. Planung	0	0	0	-50.000	0
03012119AF Grundschule Innenstadt - baulicher Schallschutz	-670.000	0	0	0	0
03012119AH Grundschule Innenstadt - Ganztagsangebot	0	-50.000	0	0	0
03012119ZA Grundschule Innenstadt - Förderung Schallschutz	599.450	0	0	0	0
03012120AA Grundschule "Eselswiese" - Neubau - Planungskosten	0	0	-100.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-4.500	0	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-24.285	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-18.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-12.700	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**030222510 Gerhart-Hauptmann-Schule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0302	Kombinierte Haupt- und Realschulen
Produkt	030222510	Gerhart-Hauptmann-Schule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwenidigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmitteln. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Haupt- und Realschulangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen	zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungs-beziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Gerhart-Hauptmann-Schule			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0302 Kombinierte Haupt- und Realschulen

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0302 Kombinierte Haupt- und Realschulen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-48.000	-48.000	-45.296
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-17.270	-17.940	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-360		-692
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-65.630**	**-65.940**	**-45.988**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	108.300	83.500	221.910
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	7.800	5.500	13.488
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	658.745	662.335	859.483
14	66	Abschreibungen	424.040	435.130	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	30.940	30.400	29.890
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.229.825**	**1.216.865**	**1.124.771**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.164.195**	**1.150.925**	**1.078.783**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.164.195**	**1.150.925**	**1.078.783**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.164.195**	**1.150.925**	**1.078.783**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			53.632
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	30.000	47.200	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**30.000**	**47.200**	**53.632**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.194.195**	**1.198.125**	**1.132.415**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0302 Kombinierte Haupt- und Realschulen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-300.000	-400.000	-150.000	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-40.710
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-3.000	0	-7.450	-28.779
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-303.000**	**-400.000**	**-157.450**	**-69.489**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-303.000**	**-400.000**	**-157.450**	**-69.489**

Investitionen
Produktgruppe 0302 Kombinierte Haupt- und Realschulen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03022251AG Gerhart-Hauptmann-Schule - Abarbeitung Sanierungss	-150.000	-100.000	0	0	0
03022251AH Gerhart-Hauptmann-Schule - Kernsanierung Schulküch	0	-200.000	-400.000	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-6.180	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-3.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-1.270	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**030323000 Max-Planck-Schule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0303	Kombinierte Haupt- und Realschulen
Produkt	030323000	Max-Planck-Schule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwenidigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmitteln. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Gymnasialangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen

zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungsbeziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Max-Planck-Schule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030323010 Immanuel-Kant-Schule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0303	Kombinierte Haupt- und Realschulen
Produkt	030323010	Immanuel-Kant-Schule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwenidigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmitteln. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Gymnasialangebotes durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungs-beziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasisdes jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Immanuel-Kant-Schule			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0303 Gymnasien

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0303 Gymnasien

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-36.500	-36.500	-94.001
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-5.400		
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-108.000	-108.000	-108.000
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-468.270	-509.130	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-16.300	-16.300	-14.464
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-634.470**	**-669.930**	**-216.465**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	357.800	306.500	400.149
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	27.600	18.900	24.225
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.305.270	1.114.980	1.375.631
14	66	Abschreibungen	825.950	853.530	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	48.280	46.950	46.673
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.564.900**	**2.340.860**	**1.846.678**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.930.430**	**1.670.930**	**1.630.213**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			63
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**63**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.930.430**	**1.670.930**	**1.630.276**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.930.430**	**1.670.930**	**1.630.276**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			61.972
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	63.000	36.000	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**63.000**	**36.000**	**61.972**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.993.430**	**1.706.930**	**1.692.248**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0303 Gymnasien

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.700.000	-1.000.000	-4.250.000	-6.652
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-99.309
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-6.000	0	-12.480	-37.349
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.706.000**	**-1.000.000**	**-4.262.480**	**-143.310**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-1.706.000**	**-1.000.000**	**-4.262.480**	**-143.310**

Investitionen
Produktgruppe 0303 Gymnasien

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03032300AI M.-Planck-Schule - Sanierung Atrium / Hauptgebäude	-3.900.000	-900.000	-500.000	0	0
03032301AG Immanuel-Kant-Schule - Sanierung	-300.000	-800.000	-500.000	0	0
03032301AM Immanuel-Kant-Schule - Sitzgruppe Aussenanlage	-50.000	0	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-9.940	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-6.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.540	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**030427000 Borngrabenschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0304	Förderschulen
Produkt	030427000	Borngrabenschule

Produktinformation	Die Sicherstellung der räumlichen und sächlichen Ausstattung zur Beschulung von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfolgt in enger Kooperation mit den beiden benachbarten Schulträgern Kreis GG und Kelsterbach unter Beobachtung der aktuellen Schüler*innenzahlenentwicklungen und den neuen Anforderungen der Inklusion. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Angebotes an Förderschulen für praktisch Bildbare durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungs-beziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Borngrabenschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030427100 Helen-Keller-Schule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0304	Förderschulen
Produkt	030427100	Helen-Keller-Schule

Produktinformation	Die Sicherstellung der räumlichen und sächlichen Ausstattung zur Beschulung von Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf erfolgt in enger Kooperation mit den beiden benachbarten Schulträgern Kreis GG und Kelsterbach unter Beobachtung der aktuellen Schülerzahlenentwicklungen und den neuen Anforderungen der Inklusion. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Angebotes an Förderschulen für praktisch Bildbare durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen	zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungs-beziehungen den Schülerzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Helen-Keller-Schule			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0304 Förderschulen

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0304 Förderschulen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-592.340	-2.143.900	-2.688.470
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-129.150	-90.940	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			-470
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-721.490**	**-2.234.840**	**-2.688.940**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	230.200	176.260	204.435
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	16.000	12.100	15.296
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	666.810	3.177.135	3.860.592
14	66	Abschreibungen	346.770	285.130	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	50.350	49.650	38.990
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.310.130**	**3.700.275**	**4.119.313**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**588.640**	**1.465.435**	**1.430.373**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**588.640**	**1.465.435**	**1.430.373**
25	59	Außerordentliche Erträge			-300
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-300**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**588.640**	**1.465.435**	**1.430.073**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			34.446
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	40.000	15.000	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**40.000**	**15.000**	**34.446**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**628.640**	**1.480.435**	**1.464.519**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0304 Förderschulen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	170.000	10.962
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**170.000**	**10.962**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-640.000	-600.000	-250.000	-20.770
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-32.517
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-6.000	0	-29.760	-46.983
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-646.000**	**-600.000**	**-279.760**	**-100.270**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-646.000**	**-600.000**	**-109.760**	**-89.308**

Investitionen
Produktgruppe 0304 Förderschulen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03042700AB Borngrabenschule - Abarbeitung Sanierungsstau	0	-390.000	-300.000	-500.000	0
03042710AC H.-Keller-Schule - Sanierung	-250.000	-250.000	-300.000	0	0
03042710ZA Helen-Keller-Schule, Erst. Inv.ausz. Kreis GG	170.000	0	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-27.220	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-6.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.540	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**030528100 Alexander-von-Humboldt-Schule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0305	Gesamtschulen
Produkt	030528100	Alexander-von-Humboldt-Schule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schüler*innenzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Angebotes an Förderschulen für praktisch Bildbare durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen	zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungs-beziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Alexander-von-Humboldt-Schule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030528500 Sophie-Opel-Schule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0305	Gesamtschulen
Produkt	030528500	Sophie-Opel-Schule

Produktinformation	Fortlaufende Beobachtung der Schülerzahlenentwicklung zur Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebes durch Schaffung der notwendigen sächlichen und personellen Voraussetzungen. Einhaltung der vorhandenen Stellenbedarfsbemessung und Finanzierung von Lehr- und Lernmittel. Die Bereitstellung von Einrichtungen erfolgt in enger Kooperation mit dem Fachbereich Gebäudewirtschaft bzgl. der baulichen Unterhaltung der städt. Gebäude inkl. der Planung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten; Modernisierung bzw. Sanierung der Gebäude.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	[X]	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung und Weiterentwicklung eines bedarfsgerechten qualitativ hochwertigen Angebotes an Förderschulen für praktisch Bildbare durch die Bereitstellung der notwendigen Räumlichkeiten, Ausstattung und des städtischen Personals	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kosten je Schüler*in - in €			
Grundfläche je Schüler*in - in m²			

Bemerkungen	zu Kennzahl 1: Bei den Berechnungen der Zahlen wurden die Ergebnisse nach internen Leistungs-beziehungen den Schüler*innenzahlen aufgrund der Datenbasis des jeweiligen Schuljahres zugrunde gelegt. Der erste Jahrgang an der Sophie-Opel-Schule wurde ab dem Schuljahr 2016/17 beschult.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Sophie-Opel-Schule			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0305 Gesamtschulen

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0305 Gesamtschulen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-209.630	-209.630	-196.997
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-370	-470	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-1.100		-1.104
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-211.100**	**-210.100**	**-198.101**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	360.000	306.200	343.463
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	25.900	20.100	22.589
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.484.455	1.453.020	1.977.047
14	66	Abschreibungen	580.150	569.600	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	27.020	26.680	26.120
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.477.525**	**2.375.600**	**2.369.219**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**2.266.425**	**2.165.500**	**2.171.118**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			5
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**5**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**2.266.425**	**2.165.500**	**2.171.123**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**2.266.425**	**2.165.500**	**2.171.123**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			55.559
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	47.000	41.200	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**47.000**	**41.200**	**55.559**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.313.425**	**2.206.700**	**2.226.682**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0305 Gesamtschulen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-500.000	-300.000	-19.120.000	-8.313
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-15.257.622
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-6.000	0	-15.295	-72.426
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-506.000**	**-300.000**	**-19.135.295**	**-15.338.361**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-506.000**	**-300.000**	**-19.135.295**	**-15.338.361**

Investitionen
Produktgruppe 0305 Gesamtschulen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03052810AJ A.-v.-Humboldt-Schule - Umsetzung Schulentwicklung	-12.000.000	0	0	0	0
03052810AL A.-v.-Humboldt-Schule - Interimsmaßnahme Sanierung	-60.000	0	0	0	0
03052810AP A.-v.-Humboldt-Schule - Mulifunktionsfeld	-50.000	0	-50.000	0	0
03052810AR A.-v.-Humboldt-Schule - San Sporth Dicker Busch	-250.000	-500.000	-300.000	0	0
03052850AA Sophie-Opel-Schule - Umsetzung Schulentwicklun	-6.650.000	0	0	0	0
03052850AE Sophie-Opel-Schule - Hardware Energiecontrolling	-10.000	0	0	0	0
03052850AF Sophie-Opel-Schule - Verschattung Schulhof	-100.000	0	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-12.755	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-6.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.540	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**030629000 Schülerbeförderung**	

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0306	Schulbeförderung
Produkt	030629000	Schülerbeförderung

Produktinformation	Der Schulträger Rüsselsheim am Main ist gem. § 161 HSchG Träger der Schülerbeförderung. Aufgabe ist die Koordination und Organisation (inkl. Ausschreibung) der Schülerbeförderung mit den Beförderungsunternehmen, dem Kreis GG, den Stadtwerken, dem/der lokalen Nahverkehrsbeauftragten. Außerdem wird die Schüler*innenfahrtkostenerstattung im Rahmen dieses Produkts abgewickelt.

Verantwortliche Organisationseinheit:F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Ordnungsgemäße Organisation und Abwicklung einer bedarfsgerechten und sicheren Schüler*innenbeförderung
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der beförderten Schüler*innen (Einzelbeförderung)*		335	
Anzahl aller Beförderungen der Schüler*innen zum Schulschwimmen p.a.**		31.000	

Bemerkungen	Inklusive Querbeförderung wie z. B. Transport der Schülerinnen und Schüler zwischen verschiedenen Schulgebäuden oder zum Schulschwimmen. *Bei den zu befördernden Schüler*innen sind auch die Kreisschüler*innen (ca. 148) zur Helen-Keller-Schule berücksichtigt. **Durch Inbetriebnahme des neuen Hallenbades stehen mehr Kapazitäten für Schwimmunterricht zur Verfügung. Nahegelegene Schulen, wie z. B. Immanuel-Kant-Schule und Max-Planck-Schule benötigen keine Beförderung. Aufgrund der Corona-Pandemie durfte kein Schwimmunterricht stattfinden. Es ist davon auszugehen, dass wir 2022 wieder zu Regelbetrieb übergehen können.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Schülerbeförderung			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0306 Schulbeförderung

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0306 Schulbeförderung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.840.000	-39.800	-51.422
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-1.840.000**	**-39.800**	**-51.422**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.950.000	709.010	1.124.217
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	380.000	380.000	319.566
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			90
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**4.330.000**	**1.089.010**	**1.443.873**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**2.490.000**	**1.049.210**	**1.392.451**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**2.490.000**	**1.049.210**	**1.392.451**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**2.490.000**	**1.049.210**	**1.392.451**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.490.000**	**1.049.210**	**1.392.451**

Produktbeschreibung		
Produkt	**030729300 Betreuungsschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0307	Fördermaßnahmen für Schüler
Produkt	030729300	Betreuungsschule

Produktinformation	Bereitstellung eines pädagogischen Betreuungsangebotes an Grundschulen außerhalb des Schulunterrichtes

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**	
Produktziel 1	Sicherung eines pädagogischen Betreuungsangebotes an Grundschulen außerhalb des Schulunterrichtes		
Produktziel 2			
Produktziel 3			

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Zahl der Betreuungsplätze in Relation zur Schüler*innen-Zahl (%)		47%	

Bemerkungen	Die Angaben beinhalten auch Betreuungsplätze von Fördervereinen und Plätze im Rahmen des Pakts für den Nachmittag an Grundschulen.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Betreuungsschule			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030729310 Ganztagsangebote / Schulsozialarbeit**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0307	Fördermaßnahmen für Schüler
Produkt	030729310	Ganztagsangebote / Schulsozialarbeit

Produktinformation	Bereitstellung eines pädagogischen Betreuungsangebotes an Grundschulen außerhalb des Schulunterrichtes

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**	
Produktziel 1	Sicherstellung eines bedarfsgerechten Ganztagsangebots		
Produktziel 2	Ausbau der Ganztagsbetreuung - Ziel 80 % Versorgungsquote in 2029		
Produktziel 3	Förderung pädagogischer Ziele in Ergänzung zu Lernzielen der Schule, Bildungsgerrechtigkeit und Teilhabe		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Zahl der Betreuungsplätze in Relation zur Schüler*innen-Zahl (%)	51%	47%	41%

Bemerkungen Die Angaben beinhalten auch Betreuungsplätze von Fördervereinen und Plätze im Rahmen des Pakts für den Nachmittag an Grundschulen.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Betreuungsschule - Verwaltung			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030729330 Jugendberufshilfe**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0307	Fördermaßnahmen für Schüler
Produkt	030729330	Jugendberufshilfe

Produktinformation	Schaffung und Sicherstellung von verbindlichen Strukturen der Berufswegplanung und Entwicklung von beruflichen Perspektiven für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen an allgemeinbildenden Schulen und im Übergang Schule - Beruf. Beratung und Vertretung der Stadt Rüsselsheim am Main im Kontext OloV (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule - Beruf)

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: §13 SGB VIII**

Produktziel 1	Umsetzung der Berufswegplanung und deren Bausteine an den Rüsselsheimer Schulen
Produktziel 2	Umsetzung kommunaler Schwerpunkte (Aktualisierung Rüsselsheimer Schulwegweiser, Koordination und Durchführung Fachveranstaltung)
Produktziel 3	Förderung lokaler Kooperationen und Verzahnung der Angebote für junge Menschen in der Region

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Zahl der im Rahmen der Tendenzsitzungen beratenen Schulabgänger*innen	240	190	
Auflagenstärke Schulwegweiser	1.250	1.250	
Zahl der Teilnehmenden AG Praktiker*innen	45	35	

Bemerkungen Die Fachstelle Jugendberufshilfe wurde zum 01.01.2023 in den FB Bildung und Betreuung integriert. Sie war zuvor bei Kultur 123 angesiedelt. Die Planzahlen wurden daher ab 2023 genannt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Fachstelle Jugendberufshilfe	1	1	1

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0307 Fördermaßnahmen für Schüler

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0307 Fördermaßnahmen für Schüler

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-380.100	-422.620	-336.179
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-129.000	-129.000	-490.753
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-24.000	-40.000	-45.103
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-50	-30	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-533.150**	**-591.650**	**-872.036**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	3.481.100	2.173.380	2.727.730
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	244.900	135.300	160.200
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	71.440	82.980	55.055
14	66	Abschreibungen	12.860	10.210	6.442
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	59.000	56.000	28.078
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	192.000	120.480	94.341
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**4.061.300**	**2.578.350**	**3.071.847**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**3.528.150**	**1.986.700**	**2.199.811**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			25
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**25**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**3.528.150**	**1.986.700**	**2.199.836**
25	59	Außerordentliche Erträge			-5.003
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			2.392
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-2.611**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**3.528.150**	**1.986.700**	**2.197.225**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.528.150**	**1.986.700**	**2.197.225**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0307 Fördermaßnahmen für Schüler

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	719
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**719**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-49.490	0	-31.380	-7.546
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-49.490**	**0**	**-31.380**	**-7.546**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-49.490**	**0**	**-31.380**	**-6.827**

Investitionen
Produktgruppe 0307 Fördermaßnahmen für Schüler

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-10.560	0	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-16.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-21.500	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-4.820	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-27.990	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**030829350 Beratungs- und Förderzentrum (BFZ)**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0308	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	030829350	Beratungs- und Förderzentrum (BFZ)

Produktinformation	Langfristig soll das Angebot des inklusiven Unterrichtes an Regelschulen weiter ausgebaut und die Förderschulbesuchsquote reduziert werden. Für die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen zur Verwirklichung des Perspektivwechsels hin zu einer inklusiven Schule, ist die erforderliche personelle, räumliche und sächliche Qualität für eine sonderpädagogische Förderung zu sichern und weiter zu entwickeln. Der Weg zu einer „Inklusiven Schule“ ist ein lang angelegter Prozess.

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: § 49 HSchG**

Produktziel 1	Flächendeckendes Angebot für die inklusive Beschulung von Rüsselsheimer Schüler*innen
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Inklusiv beschulte Schüler*innen	340	300	
Schüler*innen in vorbeugenden Maßnahmen	760	800	

Bemerkungen Das BFZ agiert an allen Schulen, bei Bedarf wird für jede*n Schüler*in ein entsprechendes Förderkonzept erstellt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Beratungs- und Förderzentrum (BFZ)			

Produktbeschreibung

Produkt **030829500 Medienzentrum**

Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0308	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	030829500	Medienzentrum

Produktinformation	Zur Sicherstellung des Unterrichtes gehört die adäquate Aussstattung der Schulen mit Medien. Organisation und Begleitung des EDV-Arbeitskreises aller Rüsselsheimer Schulen. Das Medienzentrum berät bei Anschaffung von Medien und verleiht diese im Einzelfall.

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Bedarfsgerechte Bereitstellung von Medien für schulische Zwecke
Produktziel 2	Technische Ausstattung der Schulen mit (Informations-) technologie
Produktziel 3	Beratung der Schulen zum Einsatz der Medien und Informationstechnologie

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der Beratungen (Stck)	1.300	1.350	1.190
Anschaffungen und Neueinrichtungen (Stck)	150	200	38
Beratungsaufwand (Std)	1.700	1.650	1.750

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Medienzentrum			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030829510 Gastschulbeiträge**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0308	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	030829510	Gastschulbeiträge

Produktinformation	Jährliche Erhebung und Erstattung von Gastschulbeiträgen

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en):Frau Kübel**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: § 163 HSchG**

Produktziel 1	Optimale Auslastung der Schulen in Rüsselsheimer Schulträgerschaft
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2023**	**Plan 2023**	**Ist 2021**
Anzahl der auswärtigen Schüler*innen an Rüsselsheimer Schulen		1.380	
davon Schüler*innen die ihren Wohnort im Kreis Groß-Gerau haben		1.350	
Anzahl der Rüsselsheimer Schüler*innen, die Schulen außerhalb von Rüsselsheim besuchen(überwiegend Berufsschulen)		2.910	
davon Schüler*innen, die in Schulen des Kreises Groß-Gerau beschult werden		2.275	

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Gastschulbeiträge			

Produktbeschreibung		
Produkt	**030829540 Jugendverkehrsschule**	
Produktbereich	03	Schulträgeraufgaben
Produktgruppe	0308	Sonstige schulische Aufgaben
Produkt	030829540	Jugendverkehrsschule

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en):**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Bereitstellung des Geländes und der bedarfsgerechten Ausstattung zur Jugendverkehrserziehung
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Die Stadt stellt lediglich das Gelände für die Verkehrserziehung zur Verfügung und unterhält dieses. Die Ausbildung wird durch Mitarbeiter der Polizei durchgeführt. Insofern besteht keinerlei Einflussmöglichkeit auf die Ausbildung in der Jugendverkehrsschule. Die Ermittlung von Kennzahlen ist daher nicht möglich. Die Aufgabe sollte im PB der Schulverwaltung angesiedelt werden, da es sich hier im weiteren Sinne um eine Schulaufgabe handelt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Jugendverkehrsschule			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0308 Sonstige schulische Aufgaben

01

Produktbereich 03 Schulträgeraufgaben
Produktgruppe 0308 Sonstige schulische Aufgaben

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-887.125	-805.000	-781.578
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-9.000	-28.900	-41.972
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-89.140	-75.940	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-985.265**	**-909.840**	**-823.550**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	54.000	39.900	61.188
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	3.900	2.600	3.967
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	24.655	33.930	21.208
14	66	Abschreibungen	216.830	101.480	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.120.480	2.232.150	1.819.970
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.419.865**	**2.410.060**	**1.906.333**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.434.600**	**1.500.220**	**1.082.783**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.434.600**	**1.500.220**	**1.082.783**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			619
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**619**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.434.600**	**1.500.220**	**1.083.402**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			665
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	1.500	1.500	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**1.500**	**1.500**	**665**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.436.100**	**1.501.720**	**1.084.067**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0308 Sonstige schulische Aufgaben

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	67.345
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**67.345**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-2.500	0	-2.500	-6.814
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-2.500**	**0**	**-2.500**	**-6.814**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-2.500**	**0**	**-2.500**	**60.531**

Investitionen
Produktgruppe 0308 Sonstige schulische Aufgaben

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
03082954AA Jugendverkehrsschule – Ersatzneubau	0	0	-80.000	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-2.500	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-2.500	0	0	0

PRODUKTBEREICH 04 Kultur und Wissenschaft

Erläuterungen

Teilhaushalt: 040030000 Kultur-Steuerung

Sachkonto: 7290400 Kulturpreis
Der Kulturpreis wird im im 2-Jahres-Turnus verliehen.

Teilhaushalt: 040132100 Stadtmuseum

Sachkonto: 6993287 Mitmachausstellungen
Die Mitmachausstellungen werden seit 2019 nur noch unter einem allgemeinen Titel geführt.

040132110 Stadtarchiv

Sachkonto: 6891200 Kosten der Mikroverfilmung/Digitalisierung
Vermehrte Digitalisierung wichtiger Bestände zur Sicherung wertvoller Dokumente bzw. Akten und deren benutzerfreundliche Bereitstellung.

040233100 Eigenbetrieb Kultur 123 - Stadttheater
040233300 Eigenbetrieb Kultur 123 - Musikschule
040235000 Eigenbetrieb Kultur 123 - Volkshochschule
040235200 Eigenbetrieb Kultur 123 - Stadtbücherei

7680000 Verlustübernahme
Die veranschlagte Verlustübernahme entspricht der Fortschreibung des Wirtschaftsplans 2024.

Teilhaushalt: 040334000 Opel-Villen

7128830 Zuschüsse an die Stiftung Opel-Villen
7128831 Zuschüsse an die Stiftung Opel-Villen, Bauunterhaltung
Preisindex-orientierte Anpassung der Zuschüsse gem. DS-Nr. 763/16-2

Teilergebnishaushalt Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft

01

Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.050	-8.150	-18.729
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.800	-11.200	-15.153
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-7.980	-7.980	-16.802
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-39.350	-20.350	-100.580
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-163.290	-163.260	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-16.300	-27.150	-22.124
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-241.770**	**-238.090**	**-173.388**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	839.280	627.300	679.547
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	55.300	41.800	48.714
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	374.770	433.325	454.215
14	66	Abschreibungen	528.800	538.930	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.065.720	566.710	516.190
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	29.400	18.900	14.139
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.783.920	8.947.870	6.951.662
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**11.677.190**	**11.174.835**	**8.664.467**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**11.435.420**	**10.936.745**	**8.491.079**
21	56, 57	Finanzerträge			-3.150
22	77	Finanzaufwendungen			5
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**-3.145**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**11.435.420**	**10.936.745**	**8.487.934**
25	59	Außerordentliche Erträge			-7.754
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-7.754**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**11.435.420**	**10.936.745**	**8.480.180**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			1.799
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	3.700	3.700	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**3.700**	**3.700**	**1.799**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**11.439.120**	**10.940.445**	**8.481.979**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	10.000	0	0	2.579
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	6.402.887
	Summe	**10.000**	**0**	**0**	**6.405.466**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-8.000	0	-8.000	-59.373
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-71.220	0	-21.950	-9.063
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-79.220**	**0**	**-29.950**	**-68.436**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-69.220**	**0**	**-29.950**	**6.337.030**

Investitionen
Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
04013210AB Stadtmuseum - Anschaffung von Museumsstücken -	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-1.510	-17.180	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-5.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-3.800	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-440	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-4.240	0	0	0
INV Inventar	-15.000	-46.000	0	0	0
INV-Z Inventar, Zuweisungen	0	10.000	0	0	0

Produktbeschreibung

Produkt **040030000 Kultur-Steuerung**

Produktbereich	04	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	0400	Kultur-Steuerung
Produkt	040030000	Kultur-Steuerung

Produktinformation	Die Kultursteuerung übernimmt im Sinne eines Kulturamtes hoheitliche Aufgaben der kommunalen Kulturarbeit. Sie ist die zentrale Koordinations- und Beratungsstelle für die Rüsselsheimer Kulturszene und Anlaufstelle für Kulturschaffende aus allen Sparten.

Verantwortliche Organisationseinheit: II/KS	**Verantwortliche Person(en): H.Dr. Jonathan Roth**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: Art. 26e Hverf.**

Produktziel 1	Lokale Kulturförderung durch Projektförderung, instiutionelle Förderung und Vereinsförderung, einschließlich Beratung, Auskunftswesen und Mittelverwaltung
Produktziel 2	Organisation und Realisierung städtischer Auszeichnungen und Preisvergaben, im Einzelnen: Kulturpreis, Förderstipendium, Verdienstplakette für kulturelle Leistungen.
Produktziel 3	Berichterstattung zu den Aktivitäten der Kultursteuerung, einschließlich der Darstellung geförderter Projekte und Institutionen, Sonderprojekten sowie Netzwerk- und Gremienarbeit. Einbringung der Berichterstattung für das Kulturzentrum "Das Rind" und die "Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen"

Kennzahlen	**2024**	**2023**	**2022**
Produktziel 1: Kulturförderung Fördersummen pro Einwohner*innen	2,59	2,59	2,30
Produktziel 2: Auszeichnungen und Preisvergaben Anzahl vergebener Preise und Stipendien	6	7	4
Produktziel 3: Berichterstattung Vorgelegte Sachstandsberichte	1	2	1

Bemerkungen

Produktziel 1: Gesamtsumme Fördermittel aus den Sachkonten Projektförderung, Handlungsschwerpunkt, institutionelle Förderung und Vereinsförderung pro Einwohner*innen (66.778, Stand: 30.06.2022)
Produktziel 2: 2022: Förderstipendium 2021, Verdienstplakette 2021 (3x); 2023: Förderstipendium 2022, Kulturpreis 2022, Verdienstplakette 2022 (5x); 2024: Förderstipendium 2023 + 2024; Kulturpreis 2024; Verdienstplakette 2024 (ca. 3x)
Produktziel 3: Sachbericht werden alle 2 Jahre vorgelegt (Kultursteuerung: 2022; 2024, Opelvillen: 2023; 2025; Rind: 2023; 2025)

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Kultur-Steuerung			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0400 Kultur-Steuerung

01

Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe 0400 Kultur-Steuerung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge		-18.150	-227
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**		**-18.150**	**-227**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	165.620	106.200	123.296
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	12.000	13.600	17.571
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	65.700	65.120	51.208
14	66	Abschreibungen		310	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	585.260	122.760	121.830
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	29.400	18.900	14.139
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**857.980**	**326.890**	**328.044**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**857.980**	**308.740**	**327.817**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			5
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**5**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**857.980**	**308.740**	**327.822**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**857.980**	**308.740**	**327.822**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**857.980**	**308.740**	**327.822**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0400 Kultur-Steuerung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-3.700	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-3.700**	**0**	**0**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-3.700**	**0**	**0**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 0400 Kultur-Steuerung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0	-2.960	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-740	0	0	0

Produktbeschreibung

Produkt **040132100 Stadtmuseum**

Produktbereich	04	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	0401	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen
Produkt	040132100	Stadtmuseum

Produktinformation	Das Stadt- und Industriemuseum sammelt, erforscht und präsentiert die Rüsselsheimer Geschichte. Als Bildungs- und Forschungseinrichtung ist es damit für das Selbstverständnis der Rüsselsheimer/Innen unverzichtbar und dient ganz maßgeblich auch der Außenwerbung der Stadt (externe BesucherInnen, Medienwirksam).

Verantwortliche Organisationseinheit: II/413	**Verantwortliche Person(en): Frau Dr. Maul**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Interesse weckende, umfassende Dokumentation und Präsentation der Kultur- und Ortsgeschichte in Dauer- und Sonderausstellung
Produktziel 2	Sicherung/Akquise originaler/unmittelbarer Zeugnisse aus Kultur, Alltagsleben, Technik zur Dokumentation und zur Förderung des Verständnisses kulturgeschichtlicher Entwicklungen sowie adäquate Erhaltung der Museumsbestände
Produktziel 3	Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Vorträge sowie eigenständige Forschungsarbeiten zur Stadt- und Regionalgeschichte und deren Publikation in Broschüren, Katalogen und Büchern

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Besucherzahlen	16.000	15.000	
Sammlungszugänge (Anzahl)	38	35	
Veranstaltungen, Publikationen	35	30	

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtmuseum			

Produktbeschreibung

Produkt **040132110 Stadtarchiv**

Produktbereich	04	Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe	0401	Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen
Produkt	040132110	Stadtarchiv

Produktinformation	Das Stadtarchiv fungiert gleichermaßen als kommunales Gedächnis und modernes Info-Center, ist Verwaltungsamt, Dienstleistungsbetrieb, Informationsstelle und wissenschaftliches Kulturinstitut in einem. Es dient der Verwaltung, der Wissenschaft, den Medien, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern als Informationsquelle für stadtgeschichtliche Daten und Fakten, stellt rechtliche und topografische Nachweise zur Verfügung, bietet einen zentralen städtischen historischen Fundus an Bildmaterial.

Verantwortliche Organisationseinheit: II/413	**Verantwortliche Person(en): Frau Dr. Maul**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: Hess. Archivgesetz**

Produktziel 1	Übernahme, Erhalt und Erschließung insbesondere städtischer, aber auch externer Informationsträger, sowie zeitnahe und kundenorientierte Bereitstellung dieser Unterlagen
Produktziel 2	Erteilung von Auskünften an Verwaltung, Bürgschaft und Forschung sowie sachgerechte Beratung
Produktziel 3	Erforschung, Dokumentation und Vermittlung der Stadtgeschichte in Form von Publikationen, Projekten und Veranstaltungen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Nicht erschlossenes Archivgut/Gesamtachivgut (%)	30	35	
Nutzung des Archivs: Nutzende, Recherchen, Reproduktionen, Aushebungen (Anz)	350	350	
Anzahl bzw. Umfang der Publikationen, Projekte und Veranstaltungen (Anz)	2	2	

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtarchiv			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0401 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen

01

Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe 0401 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.050	-8.150	-18.729
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-13.800	-11.200	-15.153
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-7.980	-7.980	-16.802
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-39.350	-20.350	-100.580
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-31.840	-31.820	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-16.300	-9.000	-21.898
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-110.320**	**-88.500**	**-173.161**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	673.660	521.100	556.251
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	43.300	28.200	31.143
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	308.360	366.810	403.007
14	66	Abschreibungen	187.460	189.070	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	3.060	3.010	2.960
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.215.840**	**1.108.190**	**993.361**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.105.520**	**1.019.690**	**820.200**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.105.520**	**1.019.690**	**820.200**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.105.520**	**1.019.690**	**820.200**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			1.799
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	3.700	3.700	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**3.700**	**3.700**	**1.799**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.109.220**	**1.023.390**	**821.999**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0401 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	10.000	0	0	2.579
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**10.000**	**0**	**0**	**2.579**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-8.000	0	-8.000	-6.781
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-67.520	0	-21.950	-9.063
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-75.520**	**0**	**-29.950**	**-15.844**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-65.520**	**0**	**-29.950**	**-13.265**

Investitionen
Produktgruppe 0401 Nichtwissenschaftliche Museen, Sammlungen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
04013210AB Stadtmuseum - Anschaffung von Museumsstücken -	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000	-8.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-1.510	-14.220	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-5.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-3.800	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-440	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-3.500	0	0	0
INV Inventar	-15.000	-46.000	0	0	0
INV-Z Inventar, Zuweisungen	0	10.000	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0402 Büchereien, Theater, VHS, Musikschule

01

Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe 0402 Büchereien, Theater, VHS, Musikschule

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**			
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.783.920	8.947.870	6.951.662
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**8.783.920**	**8.947.870**	**6.951.662**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**8.783.920**	**8.947.870**	**6.951.662**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**8.783.920**	**8.947.870**	**6.951.662**
25	59	Außerordentliche Erträge			-70
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-70**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**8.783.920**	**8.947.870**	**6.951.592**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**8.783.920**	**8.947.870**	**6.951.592**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0402 Büchereien, Theater, VHS, Musikschule

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	6.402.887
	Summe	**0**	**0**	**0**	**6.402.887**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**0**	**0**	**0**	**6.402.887**

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0403 Heimat- und sonstige Kulturpflege

01

Produktbereich 04 Kultur und Wissenschaft
Produktgruppe 0403 Heimat- und sonstige Kulturpflege

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-131.450	-131.440	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-131.450**	**-131.440**	
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	710	1.395	
14	66	Abschreibungen	341.340	349.550	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	477.400	440.940	391.400
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**819.450**	**791.885**	**391.400**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**688.000**	**660.445**	**391.400**
21	56, 57	Finanzerträge			-3.150
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**-3.150**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**688.000**	**660.445**	**388.250**
25	59	Außerordentliche Erträge			-7.684
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-7.684**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**688.000**	**660.445**	**380.566**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**688.000**	**660.445**	**380.566**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0403 Heimat- und sonstige Kulturpflege

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-52.592
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**-52.592**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**0**	**0**	**0**	**-52.592**

PRODUKTBEREICH 05 Soziale Leistungen

Erläuterungen

Teilhaushalt: 050040000 Verwaltung - Soziale Leistungen

Unter der Kostenstelle werden die
Kosten der Verwaltung des Fachbereichs Soziales
und Gesundheit abgebildet.

Teilhaushalt: 050041000 Leistungen, Bundesteilhabegesetz

Pos. 17 Transferaufwendungen
Die Planung erfolgte in 2022 noch nicht unter den differenzierten Sachkonten.

Teilhaushalt: 0501 Hilfen für Asylbewerber

Sachkonto:
5110600 Unterbringungsgebühren (Asyl)
5482000 Kostenerstattungen v. Gemeinden/ Gemeindeverbänden
Die Unterbringungsgebühren beziehen sich auf die in Eigenregie übernommenen Objekte.
Die Kostenerstattung des Kreises reduziert sich entsprechend.
5422000 Zuweisungen für lfd. Zwecke von Gemeinden/ Gemeindeverbänden
Die Zuweisungen beinhalten die Ausgleichszahlungen
für die soziale Betreuung.

Teilhaushalt: 050347000 Förderung der freien Wohlfahrtspflege

Sachkonto:
6994105 Rüsselsheim-Pass, Ersatzleistungen
Kostenersatzleistungen für die Leistungen infolge der Einführung des Rüsselsheim-Passes sowie Erstattung der Integrationskurse.
7128510 Zuschuss an das Diakonische Werk
Anpassung des Ansatzes für Straßensozialarbeit,
Förderung der Obdachlosenhilfe, Einwerbung von Sachspenden,
Fehlbetragsfinanzierung der Containeranlage.
7128960 Zuwendungen an Körperschaften, Verbände und Vereine
Mehrkosten seit 2023 u.a. aufgrund der Finanzierung einer
1/2 Stelle für den Stadtteilverein Dicker Busch gem. DS-Nr. 829/16-2:

Teilhaushalt: 050448100 Unterhaltsvorschussgesetz

Sachkonto: 7250150 **Leistungen an Berechtigte**
Durch die Novellierung des Unterhaltsvorschussgesetzes zum 01.07.2017 wurde die Höchstbezugsdauer auf- und die Altersgrenze bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres angehoben. Hierdurch wurde mit einem Anwachsen der Fallzahlen von 22 % gerechnet, die sich in den Folgejahren weiter erhö

Teilhaushalt: 050543500 **Obdachlosenhilfe**

Sachkonto: 5488150 **Kostenersatzleistungen (Obdachlosenunterbringung)**
Der Ansatz basierte auf den tatsächlich erwarteten Zahlungseingängen.
6701000 **Mieten, Pachten, Erbbauzinsen**
6705000 **Mietnebenkosten**
Mietkosten im Zusammenhang mit dem Projekt "Housing First".

7128510 **Zuschuss an das Diakonische Werk**
Der Zuschuss wird ab 2023 über den Teilhaushalt 050347000 abgebildet.

Teilhaushalt: 050562000 **Wohnungswesen**

Sachkonto: 5309300 **Fehlbelegungsabgabe**
Verwaltungskostenpauschale für die Erhebung der Fehlbelegunsabgabe in Höhe von 20 % des Aufkommens.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 05 Soziale Leistungen

01

Produktbereich 05 Soziale Leistungen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-20.630	-12.850	-17.669
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-450.600	-230.600	-220.513
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-12.227.140	-11.422.665	-10.390.998
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen	-347.120	-293.000	-1.700.953
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-1.127.250	-871.710	-816.343
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-306.510	-306.160	-94.388
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-77.690	-58.330	-80.023
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-14.556.940**	**-13.195.315**	**-13.320.886**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	5.506.680	4.854.810	3.289.818
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	386.400	265.100	221.795
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.474.039	5.411.750	4.929.374
14	66	Abschreibungen	357.220	357.280	80.390
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	384.180	351.690	299.500
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	8.736.170	7.739.925	7.294.794
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	410	410	399
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**20.845.099**	**18.980.965**	**16.116.071**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**6.288.159**	**5.785.650**	**2.795.185**
21	56, 57	Finanzerträge	-95.920	-100.320	-139.491
22	77	Finanzaufwendungen			409
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-95.920**	**-100.320**	**-139.082**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**6.192.239**	**5.685.330**	**2.656.103**
25	59	Außerordentliche Erträge			-11.080
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-11.080**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**6.192.239**	**5.685.330**	**2.645.023**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			33.330
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	23.250	23.250	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**23.250**	**23.250**	**33.330**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**6.215.489**	**5.708.580**	**2.678.353**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 05 Soziale Leistungen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	519.990	0	531.820	558.439
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**519.990**	**0**	**531.820**	**558.439**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-25.000	0	0	-446.803
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-348.230	0	-2.848.790	-28.963
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-300.000	0	-2.780.000	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-373.230**	**0**	**-2.848.790**	**-475.766**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**146.760**	**0**	**-2.316.970**	**82.673**

Investitionen
Produktbereich 05 Soziale Leistungen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
05004000AA Verwaltung Soziale Leistungen - Mieter Einbauten	0	-25.000	0	0	0
05056200AA Wohnungsw.Investzu.zur Förder.des Wohnungsbaus	-280.000	-300.000	0	0	0
05056200AD Wohnungswesen - Quartier am Ostpark	-2.500.000	0	0	0	0
05056200TA Wohnungsw. - Tilgung vom GPR Seniorenresidenz	87.930	87.930	87.930	87.930	87.930
05056200TB Wohnungsw. - Tilgung von der GewoBau	406.600	394.200	396.000	399.800	403.600
05056200TC Wohnungsw. - Tilgung von der Nassau. Heimstätte	37.200	37.770	38.300	38.900	39.500
05056200TE Wohnungsw. - Tilgung von Privaten	90	90	90	90	90
05056200ZA Wohnungswesen - Fehlbelegungsabgabe	280.000	300.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-2.640	0	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-27.470	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-17.360	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-27.680	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-22.870	0	0	0
INV Inventar	-11.000	-8.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**050040000 Verwaltung - Soziale Leistungen**	
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0500	Overhead - Soziale Leistungen
Produkt	050040000	Verwaltung - Soziale Leistungen

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit: F12	**Verantwortliche Person(en): Herr Mayer**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Fachbereichsüberrgeifende Verwaltung
Produktziel 2	Steuerung Fachbereichsübergreifende Projekte
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Aktuell noch keine steuerungsrelevanten Inhalte. Mit Übernahme der Trägerschaft der Gemeinwesenarbeit Innenstadt ab Juni 2023 und anschließender Konzeptentwicklung werden zum Haushalt 2025 Produktziele und Kennzahlen entwickelt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Verwaltung - Soziale Leistungen			

Produktbeschreibung

Produkt **050041000 Leistungen BTHG (Bundesteilhabegesetz)**

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0500	Overhead - Soziale Leistungen
Produkt	050041000	Leistungen BTHG (Bundesteilhabegesetz)

Produktinformation	§§ Eingliederungshilfe nach §§ 90 SGB IX ff.

Verantwortliche Organisationseinheit: EGH	**Verantwortliche Person(en): Fr. Frick**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: SGB IX**

Produktziel 1	Leistungsberechtigten eine individuelle Lebensführung zu ermöglichen
Produktziel 2	Leistungsberechtigten eine ihrer Fähigkeiten und Leistungen entsprechende Schulbildung zu ermöglichen
Produktziel 3	Leistungsberechtigten eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Veränderung (%) der Fallzahl		5,6	

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Bundesteilhabegesetz			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0500 Soziale Leistungen

01

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
Produktgruppe 0500 Soziale Leistungen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-5.730.160	-5.138.325	-4.730.588
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen	-6.390		-619.051
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-117.000	-143.580	-94.198
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-5.853.550**	**-5.281.905**	**-5.443.837**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	2.019.510	2.035.800	1.202.167
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	138.400	96.700	74.656
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	134.035	277.810	224.590
14	66	Abschreibungen	40	530	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	5.780.160	5.188.325	5.034.018
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**8.072.145**	**7.599.165**	**6.535.431**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**2.218.595**	**2.317.260**	**1.091.594**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**2.218.595**	**2.317.260**	**1.091.594**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**2.218.595**	**2.317.260**	**1.091.594**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.218.595**	**2.317.260**	**1.091.594**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0500 Soziale Leistungen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-25.000	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-2.380	0	-2.440	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-27.380**	**0**	**-2.440**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-27.380**	**0**	**-2.440**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 0500 Soziale Leistungen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
05004000AA Verwaltung Soziale Leistungen - Mieter Einbauten	0	-25.000	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-800	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-400	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-1.640	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-1.980	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**050142000 Hilfen für Asylbewerber*innen**	
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0501	Hilfen für Asylbewerber*innen
Produkt	050142000	Hilfen für Asylbewerber*innen

Produktinformation	Unterbringung Geflüchtete Betreuung, Beratung und Unterstützung der Integration von Geflüchteten

Verantwortliche Organisationseinheit: F12.1	**Verantwortliche Person(en): Fr. Mischlich H. Mayer**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: Hess. Landesaufnahmegesetz AufenthG, AsylbLG**

Produktziel 1	Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Asylbewerber*Innen
Produktziel 2	Verwaltung der Gemeinschaftsunterkünfte
Produktziel 3	Betreuung, Beratung und Hilfestellung bei der Integration von Geflüchteten

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahle der bereitgestellten Unterbringungsmöglichkeiten in Gemeinschaftunterkünften (Unterkünfte ab einer Kapazität von 12 Personen) zum 31.12. eines Jahres	1.463	846	1.374
In den Gemeinschaftsunterkünften untergebrachte Asylbewerber*Innen zum 31.12. eines Jahres	1.238	700	941

Bemerkungen

Für das Jahr 2024 liegt von Seiten des Kreises noch keine Zuweisungsprognose vor, die Zuweisung von 475 Personen wird als Erfahrungswert genommen. Nach Gegenrechnung der Auszüge (178 Auszüge im Jahr 2022) wird mit 1.238 untergebrachten Asylbewerber*innen gerechnet. Die Planzahlen für 2023 erscheinen gegenüber der Ist-Zahl 2022 und der Planzahl 2024 gering, da die Entwicklung der Geflüchtetenzahlen zum Zeitpunkt der Erstellung im Mai 2022 noch nicht absehbar war. Zudem werden die Geflüchteten aus der Ukraine sowie die Unterbringungskapazitäten des Kreises in Rüsselsheim nun mit gerechnet.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Hilfen für Asylbewerber			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0501 Hilfen für Asylbewerber

01

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
Produktgruppe 0501 Hilfen für Asylbewerber

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-450.000	-230.000	-220.513
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.522.350	-3.850.000	-3.545.550
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-918.000	-640.130	-632.386
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-70	-220	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-12.160	-2.160	-17.081
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-4.902.580**	**-4.722.510**	**-4.415.529**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.129.830	928.640	824.950
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	80.600	62.400	55.612
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.960.285	4.006.840	3.739.709
14	66	Abschreibungen	3.110	4.410	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	10.710	10.710	10.710
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	25.000	25.000	20.415
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	410	410	399
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**5.209.945**	**5.038.410**	**4.651.796**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**307.365**	**315.900**	**236.267**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**307.365**	**315.900**	**236.267**
25	59	Außerordentliche Erträge			-127
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-127**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**307.365**	**315.900**	**236.140**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			22.568
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	22.500	22.500	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**22.500**	**22.500**	**22.568**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**329.865**	**338.400**	**258.708**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0501 Hilfen für Asylbewerber

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-13.680	0	-19.190	-27.959
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-13.680**	**0**	**-19.190**	**-27.959**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-13.680**	**0**	**-19.190**	**-27.959**

Investitionen
Produktgruppe 0501 Hilfen für Asylbewerber

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-11.370	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-8.560	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-7.820	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-5.120	0	0	0

Produktbeschreibung

Produkt **050243100 Seniorenarbeit/Haus der Senioren**

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0502	Soziale Einrichtungen
Produkt	050243100	Seniorenarbeit/Haus der Senioren
	050243250	Gemeindepfleger*innen 2.0

Produktinformation	Umsetzung der Senior*innenarbeit der Stadt Rüsselsheim am Main: Planung, Koordination und Durchführung der Angebote im Haus der Senioren und des Seniorenjahresprogramms

Verantwortliche Organisationseinheit: F7.3	**Verantwortliche Person(en): Herr Mayer**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Erhalt der sozialen, kreativen und körperlichen Fähigkeiten für alle Seniorinnen und Senioren
Produktziel 2	Hilfe zur Erhaltung der individuellen Selbstständigkeit von älteren Menschen bei drohender Unselbständigkeit
Produktziel 3	Abwehr von Vereinsamungstendenzen bei älteren Menschen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Hauptamtliche städtische Kräfte im Bereich der offenen Altenarbeit bezogen auf je 1.000 der Bevölkerung ab 60 Jahre		0,18	
Hauptamtliche städtische Kräfte im Bereich der Beratungsarbeit bezogen auf je 1.000 der Bevölkerung ab 60 Jahre		0,18	
Hauptamtliche besetzte Stellen im Bereich des Programms "Gemeindeschwester 2.0"		0,12	

Bemerkungen

Die Zielgruppe der jeweiligen Produkte ist gleich: Bevölkerung ab 60 Jahre. Im Jahr 2020 waren dies 16.546 Personen.
(Quelle: Statistischer Bericht 2020 der Stadt Rüsselsheim am Main).

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Haus der Senioren			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0502 Soziale Einrichtungen

01

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
Produktgruppe 0502 Soziale Einrichtungen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-20.630	-12.850	-17.669
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-34.140	-34.140	-14.958
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-92.250	-88.000	-89.759
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-7.160	-7.160	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-5.300		-5.371
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-159.480**	**-142.150**	**-127.757**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	626.400	539.000	541.417
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	38.000	26.300	28.034
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	66.179	58.820	74.470
14	66	Abschreibungen	11.410	13.180	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	89.600	90.380	87.558
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	21.500	21.500	1.035
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**853.089**	**749.180**	**732.514**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**693.609**	**607.030**	**604.757**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			409
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**409**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**693.609**	**607.030**	**605.166**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**693.609**	**607.030**	**605.166**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			847
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	750	750	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**750**	**750**	**847**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**694.359**	**607.780**	**606.013**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0502 Soziale Einrichtungen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-10.880	0	-17.940	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-10.880**	**0**	**-17.940**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-10.880**	**0**	**-17.940**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 0502 Soziale Einrichtungen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-2.640	0	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-4.300	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-2.880	0	0	0
INV Inventar	-11.000	-8.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**050347000 Förderung der freien Wohlfahrtspflege**	
Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0503	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
Produkt	050347000	Förderung der freien Wohlfahrtspflege

Produktinformation	Unterstützung der Arbeit von in Rüsselsheim tätigen Verbände der freien Wohlfahrtspflege und sozialen Vereine

Verantwortliche Organisationseinheit: F12	**Verantwortliche Person(en): Herr Mayer**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Förderung der freien Träger durch Zuschüsse und Zuweisungen
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der geförderten freien Träger	23	24	20
Förderbetrag in € je Einwohner gem. aktuellem statistischen Bericht	4,10	4,19	3,98

Bemerkungen

Als Förderung mitgezählt werden Zuschüsse, Mietzuschüsse und mietfrei überlassende Räumlichkeiten.

Ab dem Haushalt 2024 wird die Kennzahl Förderbetrag in Euro je Einwohner eingeführt, welche eine bessere Übersicht über die Höhe der Förderufng bietet. Für die Einwohnerzahl wird die Angabe aus dem aktuellsten statistischen Bericht herangezogen, hier für das Jahr 2021.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Förderung der freien Wohlfahrtspflege			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0503 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

01

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
Produktgruppe 0503 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**			
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	83.850	123.305	26.712
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	283.870	250.600	201.232
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	50.000	50.000	50.000
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**417.720**	**423.905**	**277.944**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**417.720**	**423.905**	**277.944**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**417.720**	**423.905**	**277.944**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**417.720**	**423.905**	**277.944**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**417.720**	**423.905**	**277.944**

Produktbeschreibung

Produkt **050448100 Unterhaltsvorschussgesetz**

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0504	Unterhaltsvorschussleistung
Produkt	050448100	Unterhaltsvorschussgesetz

Produktinformation	finanzielle Unterstützung durch Unterhaltszahlungen an den alleinerziehenden Elternteil

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitung F7.3**
Pflichtaufgaben: X	**gesetzliche Grundlagen: Unterhaltsvorschuss-gesetz**
Produktziel 1	Vermeidung von Benachteiligungen junger Menschen in Alleinerziehendenhaushalten
Produktziel 2	Förderung der Verantwortungsübernahme durch den nichterziehenden Elternteil
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Rückholung von Leistungen bezogen auf alle Leistungsempfänger (%)	14	13	13,3
Durchschnittliche Fallzahl (laufende Fälle ohne Altfälle Stand zum 31.05. des Jahres) pro VZS (Vollzeitstelle)	150	150	149

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Unterhaltsvorschussgesetz			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0504 Unterhaltsvorschussleistungen

01

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
Produktgruppe 0504 Unterhaltsvorschussleistungen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.834.700	-1.575.000	-1.398.729
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen	-340.730	-293.000	-1.081.902
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-2.175.430**	**-1.868.000**	**-2.480.631**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	441.800	344.000	
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	31.900	23.000	
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.320	7.060	1.049
14	66	Abschreibungen	210		21.075
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	2.859.510	2.455.100	2.189.326
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**3.339.740**	**2.829.160**	**2.211.450**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.164.310**	**961.160**	**-269.181**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.164.310**	**961.160**	**-269.181**
25	59	Außerordentliche Erträge			-2.575
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-2.575**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.164.310**	**961.160**	**-271.756**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.164.310**	**961.160**	**-271.756**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0504 Unterhaltsvorschussleistungen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	-602
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**-602**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**0**	**0**	**0**	**-602**

Produktbeschreibung

Produkt **050543500 Obdachlosenhilfe**

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0505	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	050543500	Obdachlosenhilfe

Produktinformation	Beratung und Hilfestellung bei drohender Obdachlosigkeit Vermeidung von Obdachlosigkeit nach dem HSOG

Verantwortliche Organisationseinheit: F12	**Verantwortliche Person(en): Herr Mayer**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: HSOG**

Produktziel 1	Vermeidung von Obdachlosigkeit durch Beratung und Hilfestellung
Produktziel 2	Vermeidung von Obdachlosigkeit nach dem HSOG
Produktziel 3	Reintegration in den freien Wohnungsmarkt

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der von Obdachlosigkeit bedrohten Haushalte (ohne Zwangsräumungen)	178	103	115
Anzahl der angekündigten Zwangsräumungen	54	42	32
Anzahl der durch behördliche Eingriffe versorgten Haushalte	198	185	118
Anzahl der Abgänge (Vermittlung in Wohnraum, sonstige Auszüge)	48	48	48

Bemerkungen Mit Beginn der Planzahl für das Jahr 2021 wird eine neue Kennzahl eingeführt. Mit der Angabe der geplanten, und im späteren Verlauf tatsächlichen, Abgänge wird ein Monitoring des Produktzieles 3 "Reintegration in den freien Wohnungsmarkt" möglich.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Obdachlosenhilfe			

Produktbeschreibung

Produkt **050562000 Wohnungswesen**

Produktbereich	05	Soziale Leistungen
Produktgruppe	0505	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
Produkt	050562000	Wohnungswesen

Produktinformation	
	- Statistische Überwachung der sozialen Bindungen an Wohnungen - Unterstützung wohnungssuchender Haushalte durch Erteilung von Wohnberechtigungs-bescheinigungen - Sicherung von Wohnraum durch Wohngeldbewilligung - Erhebung der Fehlbelegungsabgabe

Verantwortliche Organisationseinheit: F12	**Verantwortliche Person(en): Herr Mayer**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: WoGG, WoGV, WoVwV**

Produktziel 1	Sicherung und Beschaffung von angemessenem Wohnraum
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der Wohnungen mit sozialer Bindung	2.300	2.347	2.178
Anzahl der erteilten Wohnberechtigungsbescheinigungen	1.400	1.380	776
Anzahl der Wohngeldemfpänger	5.760	4.276	2.575

Bemerkungen Die abermalige Steigerung bei den Wohngeldempfänger*innen ist Folge der Wohngeldnovelle zum 01.01.2023.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Wohnungswesen			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0505 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

01

Produktbereich 05 Soziale Leistungen
Produktgruppe 0505 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-600	-600	
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.105.790	-825.200	-701.174
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-299.280	-298.780	-94.388
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-60.230	-56.170	-57.571
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-1.465.900**	**-1.180.750**	**-853.133**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.289.140	1.007.370	721.284
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	97.500	56.700	63.493
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.223.370	937.915	862.844
14	66	Abschreibungen	342.450	339.160	59.315
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.952.460**	**2.341.145**	**1.706.935**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.486.560**	**1.160.395**	**853.802**
21	56, 57	Finanzerträge	-95.920	-100.320	-139.491
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-95.920**	**-100.320**	**-139.491**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.390.640**	**1.060.075**	**714.311**
25	59	Außerordentliche Erträge			-8.378
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-8.378**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.390.640**	**1.060.075**	**705.933**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			9.915
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			**9.915**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.390.640**	**1.060.075**	**715.848**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0505 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	519.990	0	531.820	558.439
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**519.990**	**0**	**531.820**	**558.439**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	-446.803
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-321.290	0	-2.809.220	-401
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-300.000	0	-2.780.000	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-321.290**	**0**	**-2.809.220**	**-447.204**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**198.700**	**0**	**-2.277.400**	**111.235**

Investitionen
Produktgruppe 0505 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
05056200AA Wohnungsw.Investzu.zur Förder.des Wohnungsbaus	-280.000	-300.000	0	0	0
05056200AD Wohnungswesen - Quartier am Ostpark	-2.500.000	0	0	0	0
05056200TA Wohnungsw. - Tilgung vom GPR Seniorenresidenz	87.930	87.930	87.930	87.930	87.930
05056200TB Wohnungsw. - Tilgung von der GewoBau	406.600	394.200	396.000	399.800	403.600
05056200TC Wohnungsw. - Tilgung von der Nassau. Heimstätte	37.200	37.770	38.300	38.900	39.500
05056200TE Wohnungsw. - Tilgung von Privaten	90	90	90	90	90
05056200ZA Wohnungswesen - Fehlbelegungsabgabe	280.000	300.000	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-15.300	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-8.400	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-13.920	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-12.890	0	0	0

PRODUKTBEREICH 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Erläuterungen

Teilhaushalt: 060040700 Verwaltung Fachbereich Jugend und Senioren
060040710 Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen

div. Sachkonten: Die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr spiegeln die organisatorische Neuaufstellung des Fachbereichs wider.

Teilhaushalt: 060040710 Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen

Sachkonto: 6163100 Unterhaltung EDV
Der Ansatz erhöht sich durch neue Mitarbeiter und den anstehenden Austausch der PC-Ausstattung.

Teilhaushalt: 060546000 Kinder- und Jugendhäuser

6701000 Mieten, Pachten, Erbbauzinsen
6705000 Mietnebenkosten
Anmietung Böllenseeplatz (Auszeit).
7128300 Jugendarbeit Bauschheim, Zuschuss "Auszeit e.V."
7128400 Jugendarbeit B-Sieldung, Zuschuss "Auszeit e.V."
7128410 Jugendarbeit Eichgrund/Berliner Viertel, Zuschuss "Auszeit e.V."
Anpassung der Ansätze gem. DS-Nr. 571/16-21 (Zukunft der kommunalen Jugendarbeit).

Die Ansätze werden ab 2023 unter neuen Teilhaushalten 060546010 bis 06054604 für die einzelnen Einrichtungen dargestellt.

Teilhaushalt: 0603 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe

Da die Aufwendungen für die verschiedenen Hilfearten und die entsprechenden Erstattungen jährlich erheblichen Schwankungen unterworfen sind, erfolgen die Erläuterungenseit 2020 auf der Ebene der Produkt-gruppe 0603 (Jugendhilfeleistungen i.e.S.). Nicht erfasst von dieser Betrachtung wird der Teilhaushalt 060346600 (Frühe Hilfen).

Sachkonto: 5471320 Leistungen v. Sozialleistungsträger - stationär
Aufgrund der steigenden Fallzahlen wird mit höheren Erstattungen gerechnet.
6179000 Andere sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen
Der Ansatz berücksichtigt den Bedarf an Dolmetscherleistungen.
7250170 Leistungen außerhalb von Einrichtungen
Mehrbedarf u.a. durch steigende Teilhabesassistenzen in Schulen.
7250180 Leistungen für ambulante Maßnahmen
Anpassung entsprechend der aktuellen Entwicklung.
7251100 Leistungen für teilstationäre Maßnahmen
Anpassung entsprechend der aktuellen Entwicklung.
7251200 Leistungen für Unterbringungen und Rückführungen

Kosten insbesondere für die Inobhutnahme von umA.

7251300 **Leistungen in Einrichtungen**

Steigende Fallzahlen bei den stationären Maßnahmen.

Teilhaushalt: 060346600 **Frühe Hilfen**

Sachkonto: 5420100 **Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund**
Förderung der Stelle für Netzwerkkoordinatin aus Mitteln der Bundesstiftung Frühe Hilfen.

7128000 **Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche**
Bezuschussung zu den Personalaufwendungen von Hebammen.

Teilhaushalt: 060446400 **Kindertagesstätten (allgemein)**

Sachkonto: 5420100 **Zuweisungen des Bundes**
Die Zuweisung des Bundes für Sprachförderung entfällt.

5421230 **Zuweisung des Landes (Gebührenbefreiung)**
Die Zuweisung dient der Kompensation des der im Zuge der Gebührenbefreiung weitgehend entfallenen Kitagebühren.

5422000 **Zuweisungen f. lfd. Zwecke von Gemeinden/Gemeindeverbänden**
Die Zuweisungen werden seit 2021 bei den betreffenden Kindertagesstätten abgebildet.

5421210 **Zuweisung des Landes (Weiterleitung an andere Träger)**
7128800 **Zuschüsse an andere Kita-Träger**
7128801 **Zuschüsse an andere Kita-Träger (Weiterleitung)**
Die Darstellung erfolgt seit 2021 in einem eigenen Teilhaushalt 060446490 (Kindertagesstätten (freie Träger)).

5989000 **periodenfremde Erträge**
Die Ergebnisse beinhalten in der Regel nachträgliche Kostenausgleiche.

Teilhaushalte: **Produktgruppe 0604** **Tageseinrichtungen für Kinder**

Mit der Gebührenbefreiuung für die Betreuung von Kindern von 3-6 Jahren entfallen die entsprechenden Gebühreneinnahmen. Als Kompensation erhält die Stadt eine Landeszuweisung (Sachkonto 5421210). Die freien Träger wiederum profitieren von diesen Zuweisungen über einen höheren Zuschuss (Sachkonto 7128801).
Lediglich die Betreuung der unter 3-Jährigen (U-3) sowie die Hortbetreuung bleibt weiter gebührenpflichtig.

Die Betreuungsangebote in den einzelnen Tageseinrichtungen stellen sich aktuell wie folgt dar:

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betreuungsart		
		3-6 Jahre	U-3	Hort
060446401	Am Borngraben			
060446402	Amselstraße			
060446403	Auerbacher Straße			
060446404	Böcklinstraße			
060446405	Godesberger Straße			
060446406	Frankfurter Straße 80			
060446407	Hessenring 97			
060446408	In den Bachgärten			
060446409	Kohlseestraße			
060446410	Lengfeldstraße			
060446411	Liebigstraße			
060446412	Paul Ehrlich-Straße			
060446413	Sachsenweg			
060446414	Vollbrechtstraße			

Teilhaushalt	Bezeichnung	Betreuungsart		
		3-6 Jahre	U-3	Hort
060446415	Zamenhofstraße			
060446417	Zum Büttelacker			
060446418	Am Ehlenberg			
060446419	Rheingauer Straße 46			
060446420	Ahornallee			
060446423	Interim Berliner Viertel			
060446424	Bensheimer Straße			
060446425	Karlsbader Straße			
060446426	Im Apfelgarten			
060446427	August-Bebel-Straße			
060446428	Adolf von Menzel-Straße			
060446429	Kinderkrippe Am Weinfaß			
060446431	Hans-Sachs-Straße			
060446432	Masurenweg			
060446433	Amselstraße			
060446434	Georg-Jung-Straße			
060446436	Essener Straße			
060446437	Thüringer Straße			

Sachkonto: 7128800 **Zuschüsse an andere Kita-Träger**

Anpassung des Ansatzes an u.a. neue Betriebskostenverträge und ggf. neue Einrichtungen.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.037.390	-959.645	-557.563
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.744.745	-1.552.810	-1.632.300
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen	-6.009.620	-2.254.700	-2.513.529
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-11.923.140	-10.764.925	-11.825.323
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-244.610	-297.340	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-800	-13.500	-28.028
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-20.960.305**	**-15.842.920**	**-16.556.743**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	26.996.580	26.033.060	24.164.083
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	1.892.800	1.669.700	1.564.105
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.810.200	4.222.470	4.144.182
14	66	Abschreibungen	1.109.220	1.109.680	14.631
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	12.713.200	11.086.630	10.165.478
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	26.121.235	17.138.195	18.774.954
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.300		429
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**73.644.535**	**61.259.735**	**58.827.863**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**52.684.230**	**45.416.815**	**42.271.120**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			25
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**25**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**52.684.230**	**45.416.815**	**42.271.145**
25	59	Außerordentliche Erträge			-192.493
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			5.220
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-187.273**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**52.684.230**	**45.416.815**	**42.083.872**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			186.925
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	74.000	70.500	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**74.000**	**70.500**	**186.925**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**52.758.230**	**45.487.315**	**42.270.797**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	2.791.720	257.343
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	4.959
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**2.791.720**	**262.302**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-2.552.500	-1.250.000	-10.958.000	-116.239
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-3.474.122
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-855.765	-190.000	-1.121.910	-508.892
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-330.000	0	-515.000	-306.196
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-3.408.265**	**-1.440.000**	**-12.079.910**	**-4.099.253**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-3.408.265**	**-1.440.000**	**-9.288.190**	**-3.836.951**

Investitionen
Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
060446401B Kita Am Borngraben 1 - Neue Küche	-50.000	0	0	0	0
060446401C Kita Am Borngraben 1 - Erneuerung Außenspielanlage	-60.000	-45.000	0	0	0
060446401Z Kita Am Borngraben 1 - Landesförderung neue Küche	25.000	0	0	0	0
060446407C Kita Hessenring 97 - Abbruch und Neubau (Planung)	0	0	0	-100.000	0
060446408B Kita In den Bachgärten - Erneuerung Außenspielanl.	-46.000	0	0	0	0
060446408C Kita In den Bachgärten - grundh. San. Dach+Sanitär	-150.000	-150.000	0	0	0
060446408D Kita In den Bachgärten - Neue Küche	0	0	-50.000	0	0
060446408Z Kita In den Bachgärten - Landesförderung Küchenbau	0	0	25.000	0	0
060446409C Kita Kohlseestraße - Erneuerung Sanitärbereich	-150.000	0	0	0	0
06044640AA Kita allg. Erneuerung der Außenspielanlagen	-262.000	-280.000	-280.000	-280.000	-280.000
06044640AI Kita allg. - Zuschuss an andere Kitat. z Bestandse	-165.000	0	0	0	0
06044640AK Kita allg. - Digitalisierung aller Kitas	-50.000	0	-290.000	-100.000	-100.000
06044640AL Kita allg. - Großraumbriefkästen	0	0	-50.000	-50.000	0
06044640AM Kita allg. - Sonnenschutz	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
06044640AN Kita allg.-Installation PV-Anlagen auf Kitas (Kauf	0	0	-80.000	-40.000	-40.000
060446410C Kita Lengfeldstraße - Erweiterung (1 Gruppe)	-150.000	0	0	0	0
060446411C Kita Liebigstraße - bauliche Veränderungen	0	-150.000	-100.000	0	0
060446413C Kita Sachsenweg 8 - Abbruch Pavillon, neuer Anbau	-300.000	-1.700.000	-780.000	0	0
060446413D Kita Sachsenweg 8 - Außenanlage	-185.000	0	0	0	0
060446413Z Kita Sachsenweg 8- Landeszu. neuer Anbau 2 Gruppen	44.220	0	0	0	0
060446415D Kita Zamenhofstraße - Neue Küche	-50.000	0	0	0	0
060446415Y Kita Zamenhofstraße - Landeszuweisung Küchenneubau	25.000	0	0	0	0
060446420E Kita Ahornallee 8 - Ersatzbeschaffung Außenanlagen	-5.000	0	0	0	0
060446430A Kita Hessenring - Neubau	0	-100.000	-200.000	0	0
060446431A Kita Hans-Sachs-Straße - Neubau	-4.600.000	0	0	0	0
060446431Z Kita Hans-Sachs-Straße - Fördermittel	1.500.000	0	0	0	0
060446432A Kita Masurenweg, Erstausstattung	0	-127.500	0	0	0
060446433A Kita Amselstraße - Neubau - Planungskosten	0	0	-400.000	0	0
060446434A Kita Georg-Jung-Straße, Neubau	-4.700.000	0	0	0	0
060446434Z Kita Georg-Jung-Straße - Neubau Fördermittel	1.197.500	0	0	0	0
060446435A Kita Varkausstraße - Neubau - Planungskosten	-100.000	0	0	0	0
060446435B Kita Varkausstr. - Verlagerung Bolzplatz Planung	-150.000	0	0	0	0
060446438A Kita Paul-Hessemer-Straße Neubau	0	0	-100.000	0	0
060446439A Kita "Eselswiese" - Neubau	0	0	-50.000	0	0
06044649AA Kitas (freie Träger) - Zusch. für baul. Maßnahmen	-350.000	-330.000	-50.000	-50.000	-50.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-53.500	-72.090	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-219.160	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-191.100	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-143.830	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-61.575	0	0	0
INV Inventar	-90.420	-151.000	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0600 Overhead - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe 0600 Overhead - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-200.000	-120.000	-156.104
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-910	-850	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			-506
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-200.910**	**-120.850**	**-156.610**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	4.011.730	3.858.380	3.839.735
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	288.700	237.300	261.862
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	461.870	327.325	281.517
14	66	Abschreibungen	30.600	23.710	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.300		429
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**4.794.200**	**4.446.715**	**4.383.542**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.593.290**	**4.325.865**	**4.226.932**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**4.593.290**	**4.325.865**	**4.226.932**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			2.526
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**2.526**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**4.593.290**	**4.325.865**	**4.229.458**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.593.290**	**4.325.865**	**4.229.458**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0600 Overhead - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-166.975	0	-144.960	-25.802
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-166.975**	**0**	**-144.960**	**-25.802**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-166.975**	**0**	**-144.960**	**-25.802**

Investitionen
Produktgruppe 0600 Overhead - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-19.500	-45.140	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-50.400	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-28.650	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-53.640	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-43.185	0	0	0
INV Inventar	-21.420	-50.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**060145410 Zuschüsse zur Kindertagesbetreuung**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung v. Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060145410	Zuschüsse zur Kindertagesbetreuung

Produktinformation	Unterstützung von Familien bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit in der Familie durch Gewährung eines Zuschusses zur Tagesbetreuung der Kinder

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Unterstützung von Familien bei wirtschaftlicher Bedürftigkeit in der Familie durch Gewährung eines Zuschusses zu den Kindertagesstättengebühren	
Produktziel 2	Unterstützung von Familien bei wirtschftlicher Bedürftigkeit in der Familie durch Gewährung eines Zuschusses zur Tagespflege	
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Fallzahl pro VZS (Vollzeitstelle)			

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Zuschüsse zur Kindertagsbetreuung			

Produktbeschreibung		
Produkt	**060145420 Förderung von Kindern in Tagespflege**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0601	Förderung v. Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
Produkt	060145420	Förderung von Kindern in Tagespflege

Produktinformation	Ausbau der Betreuungsplätze und Vermittlung von qualifizierten Tagespflegepersonen

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: §24 SGB VIII**
Produktziel 1	Ausbau der Betreuungsplätze der Kindertagespflege zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs für Kinder von 0-3 Jahren	
Produktziel 2	Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder von 0-6 Jahren zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf	
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Zahl der Betreuungsplätze nach Pflegeerlaubnissen	90	118	64

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Förderung von Kindern in Tagespflege			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0601 Förderung v. Kindern in Tageseinr. und Tagespfl.

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe 0601 Förderung v. Kindern in Tageseinr. und Tagespfl.

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-375.000	-315.000	-206.559
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			1.394
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-295.000	-232.250	-199.071
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-430	-200	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-670.430**	**-547.450**	**-404.236**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	69.100	47.400	76.259
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	5.000	3.000	3.933
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	401.070	155.555	236.515
14	66	Abschreibungen	1.050	1.050	368
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	720.000	511.630	399.490
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	75.000	15.000	57.732
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.271.220**	**733.635**	**774.296**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**600.790**	**186.185**	**370.060**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**600.790**	**186.185**	**370.060**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			1.071
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**1.071**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**600.790**	**186.185**	**371.131**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**600.790**	**186.185**	**371.131**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0601 Förderung v. Kindern in Tageseinr. und Tagespfl.

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	500
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**500**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**0**	**0**	**0**	**500**

Produktbeschreibung		
Produktgruppe	**0602 Kinder- und Jugendförderung**	
	0605 Einrichtungen der Jugendarbeit	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0602 0605	Kinder- und Jugendförderung Einrichtungen der Jugendarbeit
Produkt		

Produktinformation	Zusammengefasst sind hier folgende Leistungen: Kinder- und Jugendhäuser, Kinder- und Jugendbüro, Kommunales Jugendbildungswerk, Streetwork und sonstige Jugendarbeit, Fachstelle Mädchenarbeit, Maßnahmen der Kinder- und Jugenderholung

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F8.5	**Verantwortliche Person(en): Frau Vögtle**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: SGB VIII**

Produktziel 1	Bereitstellung von bedarfsgerechten Freizeit- und Bildungsangeboten
Produktziel 2	Förderung der sozialen Integration
Produktziel 3	Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligungen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Hauptamtliche städtische Kräfte (Vollzeitstellen) im Bereich der Jugendarbeit bezogen auf je 1.000 der 6-21 jährigen	1,4	1,5	1,4

Bemerkungen Die Zielgruppe der zusammengefassten Produkte ist gleich, 6-21 jährige. Von den zusammengefassten Produkten wurden vielfach gemeinsame Leistungen erbracht.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Kinder- und Jugenderholung			
Streetwork und Sonstige Jugendarbeit			
Fachstelle Mädchenarbeit			
Kinder- und Jugendhäuser			
Kommunales Jugendbildungswerk			
Kinder- und Jugendbüro			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0602 Jugendarbeit

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe 0602 Jugendarbeit

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-2.441
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-25.060	-4.000	-24.135
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-60		
09	53	Sonstige ordentliche Erträge		-12.000	-25.780
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-25.120**	**-16.000**	**-52.356**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	262.890	219.100	240.059
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	14.400	10.300	13.090
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.340	62.515	63.000
14	66	Abschreibungen	1.570	2.010	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	11.000	11.000	6.668
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	2.000	1.000	888
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**343.200**	**305.925**	**323.705**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**318.080**	**289.925**	**271.349**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**318.080**	**289.925**	**271.349**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**318.080**	**289.925**	**271.349**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**318.080**	**289.925**	**271.349**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0602 Jugendarbeit

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	4.618
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**4.618**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-50.400	0	-13.500	-6.670
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-50.400**	**0**	**-13.500**	**-6.670**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-50.400**	**0**	**-13.500**	**-2.052**

Investitionen
Produktgruppe 0602 Jugendarbeit

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-3.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-5.700	0	0	0
INV Inventar	-10.500	-44.700	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**Familienbegleitende Hilfe - Ambulant -**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt		Familienbegleitende Hilfe - ambulant -

Produktinformation	ambulante Hilfen zur Unterstützung von Familien bei der Erziehung junger Menschen

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitungen F7.2, F7.4, F7.5 und F7.6**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: §§ 27 ff. SGB VIII**

Produktziel 1	Unterstützung der Familien in Erziehungsaufgaben und Bewältigung von Alltagsproblemen
Produktziel 2	Stärkung des Selbsthilfeaspekts und der sozialen Kompetenz von Sorgeberechtigten sowie der Eigenständigkeit junger Menschen
Produktziel 3	Vermeidung von kostenintensiven (teil-)stationären Maßnahmen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der familienbegleitenden Hilfen an allen Maßnahmen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe (%)	60	62	62
Veränderung der Fälle zum Vorjahr (%)	+6	+14	11

Bemerkungen

Das Produkt fasst folgende familienbegleitenden Hilfen gemäß Sozialgesetzbuchs VIII zusammmen:
§ 20 Betreuung und Versorgung des KIndes in Notsituationen (0603-45350)
§ 27 Vereinfachte Hilfen (0603-45500)
§ 29 Soziale Gruppenarbeit (0603-45520)
§ 30 Erziehungsbeistandschaft, Betreuungshelfer (0603-45530)
§ 31 Sozialpädagogische Familienhilfe (0603-45540)
§ 35 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (0603-45580)
§ 35a Eingl. Hilfe für seel. behinderte Kinder und Jugendliche - ambulant (0603-45601)
§ 41 Hilfen für junge Volljährige - ambulant (0603-45611)

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Familienbegleitende Hilfen - Ambulant -			

Produktbeschreibung		
Produkt	**Familienbegleitende Hilfe - Teilstationär -**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt		Familienbegleitende Hilfe - Teilstationär -

Produktinformation	teilstationäre Hilfen zur Unterstützung von Familien bei der Erziehung junger Menschen

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitungen F7.2, F7.4, F7.5 und F7.6**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: §§ 27 ff. SGB VIII**

Produktziel 1	Entwicklung junger Menschen zu gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten sowie Förderung von Inklusion durch soziales Lernen in der Gruppe und intensivere pädagogische Begleitung als im Regelsystem
Produktziel 2	Sicherung der bestehenden sozialen Bezüge in Familiensystem und Schule durch Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit
Produktziel 3	Vermeidung von kostenintensiven stationären Maßnahmen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der teilstationären Hilfen an allen Maßnahmen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe (%)	10	10	6
Veränderung der Fälle zum Vorjahr (%)	-18	+5	-10

Bemerkungen Gem. § 32 Sozialgesetzbuch VIII werden junge Menschen in teilstationären Einrichtungen in Form der Erziehung der Tagesgruppe betreut. (0603-45550). Inbegriffen sind teilstationäre Maßnahmen gem. §§ 35a i. A. 32 SGB VIII (Anteil von 0603-45600).

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Familienbegleitende Hilfe - Teilstationär -			

Produktbeschreibung		
Produktgruppe	**Familienersetzende Hilfe - Inobhutnahme -**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Familienersetzende Hilfe - Inobuhutnahme
Produkt		

Produktinformation	Sicherstellung des sofortigen Schutzes junger Menschen bei akuter Kindeswohlgefährdung durch Unterbringung in einer geeigneten Einrichtung oder Bereitschaftspflege

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitungen F7.2, F7.4, F7.5 und F7.6**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: § 42 SGB VIII**

Produktziel 1	Sicherstellung des sofortigen Schutzes junger Menschen bei Kindeswohlgefährdung
Produktziel 2	Sicherstellung des sofortigen Schutzes unbegleiteter ausländischer Minderjähriger
Produktziel 3	Bereitstellung von bedarfsorientierten Inobhutnahmeplätzen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Inobhutnahmen im Verhältnis zu allen Maßnahmen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe (%)	5	7	3
Veränderung der Fälle zum Vorjahr (%)	+58	+8	+35

Bemerkungen

Unter Inobhutnahme gemäß § 42 SGB VIII (0603-45650) sind Hilfen zu verstehen, die im akuten Bedarfsfall die vorübergehende Unterbringung eines jungen Menschen außerhalb des elterlichen Haushaltes erfordern. Gemäß § 80 Absatz 3 SGB VIII sind hier auch Vorhaltekosten für Inobhutnahmeplätze enthalten.
Die Kennzahleninformation wurde 2023 angepasst - sie lautete vorher: "Anteil der Inobhutnahme an allen familienersetzenden Fällen der Erziehungshilfen (%)".

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 2023
Familienersetzende Hilfe - Inobhutnahme -			

Produktbeschreibung		
Produkt	**Familienersetzende Hilfe - stationär -**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt		Familienersetzende Hilfe - stationär -

Produktinformation	Förderung der Entwicklung junger Menschen durch erzieherische Hilfen in Einrichtungen

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitungen F7.2, F7.4, F7.5 und F7.6**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: §§ 19 und 27 ff. SGB VIII**

Produktziel 1	Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen bei eingeschränkter Erziehungskompetenz oder Ausfall Sorgeberechtigter
Produktziel 2	Ermöglichung der Rückführung in die Herkunftsfamilie durch Verbesserung der Erziehungsbedingungen und unter Berücksichtigung von Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen
Produktziel 3	Hinführung zu eigenverantwortlicher Lebensführung junger Menschen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der stationären Hilfen an allen Maßnahmen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe (%)	30	70	28
Veränderung der Fälle zum Vorjahr (%)	+6	+11	+9

Bemerkungen

Das Produkt fasst erzieherische Hilfen durch stationäre Unterbringung gemäß Sozialgesetzbuchs VIII zusammmen:
§ 19 gemeinsame Unterbringung von Müttern/Vätern und ihren Kindern (0603-45340)
§ 33 Vollzeitpflege (0603-45560)
§ 34 Heimunterbringung für Minderjährige (0603-45570)
§ 35 Intensive sozialpädagoische Einzelbetreuung (0603-45580)
§ 35a Eingl. Hilfe für seel. behinderte Kinder und Jugendliche - stationär (0603-45600)
§ 41 Hilfen für junge Volljährige - stationär (0603-45610)
Die Kennzahleninformation wurde 2023 angepasst - sie lautete vorher: "Anteil der stationären Hilfen an allen familienersetzenden Fällen der Erziehungshilfen (%)".

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2022
Familienersetzende Hilfe - stationär-			

Produktbeschreibung		
Produkt	**Familienersetzende Hilfe - Vollzeitpflege -**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt		Familienersetzende Hilfe - Vollzeitpflege -

Produktinformation	Förderung der Entwicklung junger Menschen durch Unterbringung in einer Pflegefamilie

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitungen F7.2 und F7.4**
Pflichtaufgaben: ☒	**gesetzliche Grundlage: § 33 SGB VIII**
Produktziel 1	Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen bei mangelnder Erziehungskompetenz in der Herkunftsfamilie oder Ausfall Sorgeberechtigter
Produktziel 2	Verbesserung der Erziehungsbedingungen in der Herkunftsfamilie
Produktziel 3	Schaffung und Ausbau geeigneter Pflegestellen für besonders entwicklungsbeeinträchtigte junge Menschen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der Vollzeitpflege an allen familienersetzenden Maßnahmen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe (%)	30	24	36
Veränderung der Fälle zum Vorjahr (%)	+3	+45	+20

Bemerkungen Die Unterbringung in Vollzeitpflegestellen soll im Vergleich zur Unterbringung in vollstationären Wohngruppen ausgebaut werden, sofern dies die passgenaue Maßnahme darstellt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Familienersetzende Hilfe - Vollzeitpflege -			

Produktbeschreibung		
Produkt	**Hilfen zur Eingliederung - Ambulant -**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Familienbegleitende Hilfen
Produkt		Hilfen zur Eingliederung - Ambulant -

Produktinformation	ambulante Hilfen zur Eingliederung junger Menschen mit (drohender) seelischer Beeinträchtigung

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitungen F7.2 und F7.6**
Pflichtaufgaben: ☒	**gesetzliche Grundlage: § 35a SGB VIII**
Produktziel 1	Sicherstellung der sozialen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
Produktziel 2	Sicherstellung der Teilhabe an Bildung durch inklusive Beschulung
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der ambulanten Eingliederungshilfen an allen ambulanten Maßnahmen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe (%)	33	29	37
Veränderung der Fälle zum Vorjahr (%)	+16	+40	+45

Bemerkungen

Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischen Zustand abweicht und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist (0603-45601).
Die Kennzahleninformation wurde 2023 angepasst - sie lautete vorher: "Anteil der Eingliederungshilfen ambulant an allen familienbegleitenden Fällen der Erziehungshilfen (%)".

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Hiflen zur Eingliederung - Ambulant			

Produktbeschreibung		
Produkt	**Hilfen zur Eingliederung - Stationär -**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0603	Familienbegleitende Hilfen
Produkt		Hilfen zur Eingliederung - Stationär -

Produktinformation	Förderung der Entwicklung junger Menschen mit (drohender) seelischer Beeinträchtigung in einer Einrichtung

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F7	**Verantwortliche Person(en): Fachbereichsleitung und Bereichsleitungen F7.2 und F7.6**
Pflichtaufgaben: [X]	**gesetzliche Grundlage: § 35 a SGB VIII**
Produktziel 1	Sicherstellung der sozialen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben
Produktziel 2	Sicherstellung der Entwicklungsmöglichkeiten junger Menschen bei unzureichenden häuslichen Unterstützungsmöglichkeiten
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anteil der stationären Eingliederungshilfen an allen familienersetzenden Maßnahmen der Erziehungs- und Eingliederungshilfe (%)	20	18	22
Veränderung der Fälle zum Vorjahr (%)	-17	+7	+2

Bemerkungen	Kinder oder Jugendliche haben Anspruch auf Eingliederungshilfe, wenn ihre seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit länger als sechs Monate von dem für ihr Lebensalter typischer Zustand abweicht, und daher ihre Teilhabe am Leben in der Gesellschaft beeinträchtigt ist oder eine solche Beeinträchtigung zu erwarten ist (0603-45600). Die Kennzahleninformation wurde 2023 angepasst - sie lautete vorher: "Anteil der Eingliederungshilfen stationär an allen familienbegleitenden Fällen der Erziehungshilfen (%)".

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Hiflen zur Eingliederung -Stationär -			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0603 Sonstige Leist. Kinder-, Jugend- u. Familienh.

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe 0603 Sonstige Leist. Kinder-, Jugend- u. Familienh.

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-409.620	-304.950	-554.148
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen	-6.009.620	-2.254.700	-2.513.529
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-75.100	-75.100	-112.432
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-6.494.340**	**-2.634.750**	**-3.180.109**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	518.880	275.100	710.068
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	21.000	21.600	46.309
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	104.590	84.880	72.749
14	66	Abschreibungen	70	140	5.893
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.128.660	834.750	806.259
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	25.966.235	17.045.915	18.471.361
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**27.739.435**	**18.262.385**	**20.112.639**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**21.245.095**	**15.627.635**	**16.932.530**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**21.245.095**	**15.627.635**	**16.932.530**
25	59	Außerordentliche Erträge			-2.102
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-2.102**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**21.245.095**	**15.627.635**	**16.930.428**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**21.245.095**	**15.627.635**	**16.930.428**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0603 Sonstige Leist. Kinder-, Jugend- u. Familienh.

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	-250	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**-250**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**0**	**0**	**-250**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 0603 Sonstige Leist. Kinder-, Jugend- u. Familienh.

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-250	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**0604 Tageseinrichtungen für Kinder**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0604	Tageseinrichtungen für Kinder
Produkt		Produktgruppe Kitas

Produktinformation	Sicherstellung und Bereitstellung von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren und vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt

Verantwortliche Organisationseinheit: F8	**Verantwortliche Person(en): Frau Kübel**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: § 24 SGB VIII**

Produktziel 1	Erfüllung Rechtsanspruch - Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt
Produktziel 2	Erfüllung Rechtsanspruch - Kinder unter drei Jahren
Produktziel 3	Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und von Behinderung bedrohten Kindern

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Erfüllung Rechtsanspruch - Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt			
Versorgungsquote in % gem. gesetzl. Anspruch (= alle anspruchsberechtigten Kinder) (Zielwert 100 %) - Stand 01.02.	95	88	83
Versorgungsquote in % gem. gemeldetem Bedarf (= alle angemeldeten Kinder) (Zielwert 100 %) - Stand 01.02.	96	98	92
Versorgungsquote in % gem. gemeldetem Bedarf (= alle angemeldeten Kinder) (Zielwert 100 %) - Stand 31.07.	96	99	87
Erfüllung Rechtsanspruch - Kinder unter drei Jahren			
Versorgungsquote in % gem. gesetzl. Anspruch (= alle anspruchsberechtigten Kinder) (Zielwert 35 %) - Stand 01.02.	35	24	20
Versorgungsquote in % gem. gemeldetem Bedarf (= alle angemeldeten Kinder) (Zielwert 100 %) - Stand 01.02.	100	100	97
Versorgungsquote in % gem. gemeldetem Bedarf (= alle angemeldeten Kinder) (Zielwert 100 %) - Stand 31.07.	100	100	81
Barrierefreiheit der Einrichtungen in %	28	25	19

Bemerkungen

Stellenplan		Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
060446400	Kindertagesstätten - allgemein -			
060446400	Kindertagesstätten - allgemein - (Integrationsst.)			
060446400	Kindertagesstätten - allge. - Gute-Kita-Gesetz			
060446401	Kita - Am Borngraben1			
060446402	Kita - Amselstraße 3a			
060446403	Kita - Auerbacher Str. 5			
060446404	Kita - Böcklinstraße 2			
060446405	Kita - Godesberger Straße 30			
060446406	Kita - Frankfurter Straße 80			
060446407	Kita - Hessenring 97			
060446408	Kita - In den Bachgärten 6			
060446409	Kita - Kohlseestraße 54			
060446410	Kita - Lengfeldstraße 10			
060446411	Kita - Liebigstraße 23			
060446412	Kita - Paul-Ehrlich-Straße 25			
060446413	Kita - Sachsenweg 6			
060446414	Kita - Vollbrechtstraße 15			
060446415	Kita - Zamenhofstraße 5			
060446416	Kita - Rheingauer Straße 43			
060446417	Kita - Zum Büttelacker 2			
060446418	Kita - Am Ehlenberg 1a			
060446419	Kita - Rheingauer Straße 46			
060446420	Kita - Ahornallee 8			
060446421	Kita - Platanenstraße			
060446422	Kita - Naturgruppe Karlsbader Straße			
060446423	Kita - Danziger Anlage			
060446424	Kita - Bensheimer Straße			
060446425	Kita - Karlsbader Straße/Waldkita			
060446426	Kita - Im Apfelgarten			
060446427	Kinderkrippe August-Bebel-Str.			
060446428	Kinderkrippe Adolf-v.Menzel-Str.			
060446429	Kita - Am Weinfaß			
060446430	Kita - Hessenring			
060446431	Kita - Hans-Sachs-Straße			
060446432	Kita - Masurenweg			
060446433	Kita - Neu Amselstraße			
060446434	Kita - Neu Georg-Jung-Straße			
060446435	Kita - Neu Varkausstraße			
060446436	Essener Straße			
	insgesamt	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0604 Tageseinrichtungen für Kinder

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe 0604 Tageseinrichtungen für Kinder

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-662.390	-644.645	-351.004
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.135.125	-1.127.860	-909.371
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-11.438.480	-10.375.575	-11.332.641
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-243.210	-296.290	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-13.479.205**	**-12.444.370**	**-12.593.015**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	21.294.480	20.886.280	18.480.463
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	1.507.700	1.356.100	1.194.249
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.529.995	3.394.495	3.283.271
14	66	Abschreibungen	1.057.440	1.063.260	8.371
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	9.496.040	8.610.390	8.033.452
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	50.000	50.000	59.092
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**36.935.655**	**35.360.525**	**31.058.897**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**23.456.450**	**22.916.155**	**18.465.882**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			25
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**25**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**23.456.450**	**22.916.155**	**18.465.907**
25	59	Außerordentliche Erträge			-190.391
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			1.623
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-188.768**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**23.456.450**	**22.916.155**	**18.277.139**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			179.729
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	69.500	66.000	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**69.500**	**66.000**	**179.729**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**23.525.950**	**22.982.155**	**18.456.868**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0604 Tageseinrichtungen für Kinder

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	2.791.720	252.225
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	4.959
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**2.791.720**	**257.184**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-2.552.500	-1.250.000	-10.958.000	-116.239
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-3.474.122
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-605.340	-190.000	-897.530	-464.624
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-330.000	0	-515.000	-306.196
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-3.157.840**	**-1.440.000**	**-11.855.530**	**-4.054.985**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-3.157.840**	**-1.440.000**	**-9.063.810**	**-3.797.801**

Investitionen
Produktgruppe 0604 Tageseinrichtungen für Kinder

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
060446401B Kita Am Borngraben 1 - Neue Küche	-50.000	0	0	0	0
060446401C Kita Am Borngraben 1 - Erneuerung Außenspielanlage	-60.000	-45.000	0	0	0
060446401Z Kita Am Borngraben 1 - Landesförderung neue Küche	25.000	0	0	0	0
060446407C Kita Hessenring 97 - Abbruch und Neubau (Planung)	0	0	0	-100.000	0
060446408B Kita In den Bachgärten - Erneuerung Außenspielanl.	-46.000	0	0	0	0
060446408C Kita In den Bachgärten - grundh. San. Dach+Sanitär	-150.000	-150.000	0	0	0
060446408D Kita In den Bachgärten - Neue Küche	0	0	-50.000	0	0
060446408Z Kita In den Bachgärten - Landesförderung Küchenbau	0	0	25.000	0	0
060446409C Kita Kohlseestraße - Erneuerung Sanitärbereich	-150.000	0	0	0	0
06044640AA Kita allg. Erneuerung der Außenspielanlagen	-262.000	-280.000	-280.000	-280.000	-280.000
06044640AI Kita allg. - Zuschuss an andere Kitat. z Bestandse	-165.000	0	0	0	0
06044640AK Kita allg. - Digitalisierung aller Kitas	-50.000	0	-290.000	-100.000	-100.000
06044640AL Kita allg. - Großraumbriefkästen	0	0	-50.000	-50.000	0
06044640AM Kita allg. - Sonnenschutz	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
06044640AN Kita allg.-Installation PV-Anlagen auf Kitas (Kauf	0	0	-80.000	-40.000	-40.000
060446410C Kita Lengfeldstraße - Erweiterung (1 Gruppe)	-150.000	0	0	0	0
060446411C Kita Liebigstraße - bauliche Veränderungen	0	-150.000	-100.000	0	0
060446413C Kita Sachsenweg 8 - Abbruch Pavillon, neuer Anbau	-300.000	-1.700.000	-780.000	0	0
060446413D Kita Sachsenweg 8 - Außenanlage	-185.000	0	0	0	0
060446413Z Kita Sachsenweg 8- Landeszu. neuer Anbau 2 Gruppen	44.220	0	0	0	0
060446415D Kita Zamenhofstraße - Neue Küche	-50.000	0	0	0	0
060446415Y Kita Zamenhofstraße - Landeszuweisung Küchenneubau	25.000	0	0	0	0
060446420E Kita Ahornallee 8 - Ersatzbeschaffung Außenanlagen	-5.000	0	0	0	0
060446430A Kita Hessenring - Neubau	0	-100.000	-200.000	0	0
060446431A Kita Hans-Sachs-Straße - Neubau	-4.600.000	0	0	0	0
060446431Z Kita Hans-Sachs-Straße - Fördermittel	1.500.000	0	0	0	0
060446432A Kita Masurenweg, Erstausstattung	0	-127.500	0	0	0
060446433A Kita Amselstraße - Neubau - Planungskosten	0	0	-400.000	0	0
060446434A Kita Georg-Jung-Straße, Neubau	-4.700.000	0	0	0	0
060446434Z Kita Georg-Jung-Straße - Neubau Fördermittel	1.197.500	0	0	0	0
060446435A Kita Varkausstraße - Neubau - Planungskosten	-100.000	0	0	0	0
060446435B Kita Varkausstr. - Verlagerung Bolzplatz Planung	-150.000	0	0	0	0
060446438A Kita Paul-Hessemer-Straße Neubau	0	0	-100.000	0	0
060446439A Kita "Eselswiese" - Neubau	0	0	-50.000	0	0
06044649AA Kitas (freie Träger) - Zusch. für baul. Maßnahmen	-350.000	-330.000	-50.000	-50.000	-50.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-34.000	-26.950	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-120.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-130.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-82.530	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-18.390	0	0	0
INV Inventar	-46.000	-50.000	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0605 Einrichtungen der Jugendarbeit

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe 0605 Einrichtungen der Jugendarbeit

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-11.630
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-89.500	-78.000	-141.971
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-800	-1.500	-1.743
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-90.300**	**-79.500**	**-155.344**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	839.500	746.800	817.500
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	56.000	41.400	44.662
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	261.335	197.700	170.494
14	66	Abschreibungen	18.490	19.510	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	760.760	637.860	514.562
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	28.000	26.280	59.682
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.964.085**	**1.669.550**	**1.606.898**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.873.785**	**1.590.050**	**1.451.554**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.873.785**	**1.590.050**	**1.451.554**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.873.785**	**1.590.050**	**1.451.554**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			7.196
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	4.500	4.500	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**4.500**	**4.500**	**7.196**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.878.285**	**1.594.550**	**1.458.750**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0605 Einrichtungen der Jugendarbeit

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-33.050	0	-65.670	-11.797
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-33.050**	**0**	**-65.670**	**-11.797**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-33.050**	**0**	**-65.670**	**-11.797**

Investitionen
Produktgruppe 0605 Einrichtungen der Jugendarbeit

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-45.510	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-26.750	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-7.660	0	0	0	0
INV Inventar	-12.500	-6.300	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**060646500 Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0606	Sonstige Einrichtungen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	060646500	Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen

Produktinformation	Die Beratungsstellen haben die Aufgabe Mütter, Väter, andere Erziehungsberechtigte und junge Menschen mit Hilfe von Beratung zu fördern und Wege aufzuzeigen, Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei zu lösen. Müttern und Vätern sowie schwangeren Frauen und werdende Väter erhalten Beratung in Fragen der Partnerschaft und des Aufbaus elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen.

Verantwortliche Organisationseinheit: II/F 7	**Verantwortliche Person(en): Frau Hantzsche**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: § 16 SGB VIII**
Produktziel 1	Sicherstellung eines niedrigschwelligen Beratungsangebots für Kinder, Jugendliche und Erziehungsberechtigte	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Ausgaben für Beratungsangebote je Einwohner*in im Alter von 0 bis 27 Jahre		21,00 €	

Bemerkungen	Zur Wahrufng der Trägervielfalt werden die notwendigen Einrichtungen in Rüsselsheim von verschiedenen Trägern betrieben. § 3 SGB VIII - Die Leistungsverpflichtungen des SGB VIII richten sich an den Träger der öffentlichen Jugendhilfe. § 4 SGB VIII - Von eigenen Einrichtungen und Diensten ist abzusehen, wenn anerkannte Träger der freien Jugendhilfe geeignete Einrichtungen betreiben.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen			

Produktbeschreibung		
Produkt	**060646800 Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe**	
Produktbereich	06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe	0606	Sonstige Einrichtungen Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produkt	060646800	Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en): Frau Hantzsche**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung eines stadtteilbezogenen, gemeinwesenorientierten und psychosozialen Beratungsangebots	
Produktziel 2		
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0606 Sons. Einricht. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

01

Produktbereich 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
Produktgruppe 0606 Sons. Einricht. Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			-15.074
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**			**-15.074**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			36.638
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	596.740	481.000	405.047
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			126.200
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**596.740**	**481.000**	**567.885**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**596.740**	**481.000**	**552.811**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**596.740**	**481.000**	**552.811**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**596.740**	**481.000**	**552.811**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**596.740**	**481.000**	**552.811**

PRODUKTBEREICH 07 Gesundheitsdienste

Erläuterungen

Teilhaushalt: 070151000 Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim

Sachkonto: 6615000 Abschreibungen aktivierte Investitionszuschüsse
Die Abschreibungen resultieren aus in der Vergangenheit der GPR gGmbH bzw. dem damaligen Stadtkrankenhaus gewährten Investitionszuschüssen.

7175000 sonstige Erstattungen an verbundene Unternehmen
Kostenerstattung in Höhe der übernommenen Pensionslasten.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 07 Gesundheitsdienste

01

Produktbereich 07 Gesundheitsdienste

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**			
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	66	Abschreibungen	93.980	93.980	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	700.000		17.407
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**793.980**	**93.980**	**17.407**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 07 Gesundheitsdienste

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-6.000.000	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-6.000.000**	**0**	**0**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-6.000.000**	**0**	**0**	**0**

Investitionen
Produktbereich 07 Gesundheitsdienste

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
070151000A GPR gGmbH, Darlehen	0	-6.000.000	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0701 Krankenhäuser

01

Produktbereich 07 Gesundheitsdienste
Produktgruppe 0701 Krankenhäuser

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**			
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	66	Abschreibungen	93.980	93.980	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	700.000		17.407
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**793.980**	**93.980**	**17.407**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**793.980**	**93.980**	**17.407**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0701 Krankenhäuser

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-6.000.000	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-6.000.000**	**0**	**0**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-6.000.000**	**0**	**0**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 0701 Krankenhäuser

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
070151000A GPR gGmbH, Darlehen	0	-6.000.000	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktbereich 08 Sportförderung

01

Produktbereich 08 Sportförderung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-47.300	-37.300	-91.904
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-310.000	-330.000	-377.379
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-7.000	-35.000	-3.925
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-133.000	-133.000	-38.429
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-7.080	-7.080	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-20.900	-14.000	-38.411
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-525.280**	**-556.380**	**-550.048**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.205.740	1.023.100	1.131.456
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	76.900	56.000	64.919
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.147.045	1.197.325	1.484.744
14	66	Abschreibungen	1.468.020	1.408.600	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	988.260	976.360	943.645
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	5.000	5.000	
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**4.890.965**	**4.666.385**	**3.624.763**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.365.685**	**4.110.005**	**3.074.715**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			87.127
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**87.127**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**4.365.685**	**4.110.005**	**3.161.842**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			18.028
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**18.028**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**4.365.685**	**4.110.005**	**3.179.870**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			52.964
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	56.200	56.200	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**56.200**	**56.200**	**52.964**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.421.885**	**4.166.205**	**3.232.834**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 08 Sportförderung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	100.000	0	100.000	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**100.000**	**0**	**100.000**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-965.000	0	-440.000	-121.094
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-343.141
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-137.820	0	-106.990	-36.700
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	-3.768
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.102.820**	**0**	**-546.990**	**-500.935**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-1.002.820**	**0**	**-446.990**	**-500.935**

Investitionen
Produktbereich 08 Sportförderung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
08015610AW Sanierung Laufbahn Eintracht Rüssels.	-30.000	-220.000	0	0	0
08015610AX Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Laufbahn	-30.000	-320.000	0	0	0
08015610AY Leistungszentrum Hockey - Planungsk.	-15.000	0	0	0	0
08015610AZ Errichtung Skaterbahn Bauschheim (Pl.)	-15.000	0	0	0	0
08015610BA Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Rasenfläche	-30.000	-220.000	0	0	0
08015610BB Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Hockeyplatz	-250.000	0	0	0	0
08015610BC Außensportanlagen - Ballfangzaun Hockeyplatz	-50.000	0	0	0	0
08015610BD Stadion/Außensportanl. - Lagercontainer Skateplatz	0	0	-50.000	0	0
08015610BE Erw. des Trimm-Dich-Pfades in Bauschheim Planungsk	0	-50.000	0	0	0
08015610BF Austausch der Sitzschalen im Stadion	0	-30.000	0	0	0
08015610BG Erneuerung der Beregnungssteuerung	0	-25.000	0	0	0
08015610ZC Bewegungsparcours, Zuschuss Lionsclub	50.000	50.000	0	0	0
08015610ZD Außensportanlagen - Zuschuss Land San. Rasenfläche	50.000	50.000	0	0	0
08015700AI Schwimmbad an der Lache - Neub Parkpl Musikschulg	-20.000	0	0	0	0
08015720AD Waldschwimmbad - Neubau Spielschiff	0	-100.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-2.640	-51.930	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-4.350	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-1.390	0	0	0
INV Inventar	-100.000	-84.500	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**080055000 Sport und Bewegung**	
Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	0800	Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten
Produkt	080055000	Sport und Bewegung

Produktinformation	3 Großsporthallen mit 3.885 m² Sportflächen, 18 Turn- und Sporthallen mit 7.208 m² Sportfläche, 1 Lehrschwimmbecken mit 128 m² Wasserfläche

Verantwortliche Organisationseinheit: I/52	**Verantwortliche Person(en): Frau Tettenborn**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Steigerung/Erhalt des Auslastungsgrades
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Auslastungsgrad (%)	85	80	83

Bemerkungen	Der Auslastungsgrad wird durch die Gegenüberstellung für die Belegung zur Verfügung stehender Zeiten (Montag bis Sonntag von 8.00 bis 22.00 Uhr) und der tatsächlichen Belegung ermittelt. Der Anteil der Nutzung der Lehrschwimmbecken liegt bei 93%, da diese den Vereinen uneingeschränkt zur Verfügung gestellt wurden, um den coronabedingten Nichtschwimmerstau abzuarbeiten

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stategische Sportentwicklung, Projekte und Veranstaltungen, Vergabe von Trainings- und Wettkampfstätten			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0800 Overhead - Sportförderung

01

Produktbereich 08 Sportförderung
Produktgruppe 0800 Overhead - Sportförderung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-33.000	-33.000	-13.429
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-33.000**	**-33.000**	**-13.429**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	351.500	265.700	344.869
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	25.400	17.900	23.193
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	36.905	40.985	70.377
14	66	Abschreibungen	7.450	2.260	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	230.000	230.000	208.975
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen	5.000	5.000	
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**656.255**	**561.845**	**647.414**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**623.255**	**528.845**	**633.985**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**623.255**	**528.845**	**633.985**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			890
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**890**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**623.255**	**528.845**	**634.875**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**623.255**	**528.845**	**634.875**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0800 Overhead - Sportförderung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-33.380	0	-6.500	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-33.380**	**0**	**-6.500**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-33.380**	**0**	**-6.500**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 0800 Overhead - Sportförderung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0	-25.500	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-380	0	0	0
INV Inventar	-6.500	-7.500	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**080156100 Stadion und Außensportanlagen**	
Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	0801	Sportstätten und Bäder
Produkt	080156100	Stadion und Außensportanlagen

Produktinformation	Stadion "Am Sommerdamm" mit 1 Naturrasenplatz und 2 Kunstrasenhockeyplätzen (Sportfläche 18.280 m²); Sportplatz an der Sophie-Opel-Schule (SOS) (6.200 m² Sportfläche); 9 vereinseigene Sportplätze (Sportfläche insg. 64.200 m²)

Verantwortliche Organisationseinheit: I/52	**Verantwortliche Person(en): Frau Tettenborn**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Steigerung/Erhalt des Auslastungsgrades
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Auslastungsgrad (%)	85	80	72

Bemerkungen	Der Auslastungsgrad wird durch die Gegenüberstellung für die Belegung zur Verfügung stehender Zeiten (Montag bis Sonntag von 8.00 bis 22.00 Uhr) und der tatsächlichen Belegung ermittelt. Ermittelt wurde die Auslastung nur für das Stadion und den Sportplatz derSophie-Opel-Schule. Aufgrund des Platztausches zweier Fußballvereine ist zukünftig mit einer erhöhten Auslastung des SOS Sportplatzes zu rechnen. Die vereinseigenen Sportplätze werden durch die Vereine belegt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadion und Außensportanlagen			

Produktbeschreibung		
Produkt	**080157000 Schwimmbad An der Lache**	
Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	0801	Sportstätten und Bäder
Produkt	080157000	Schwimmbad An der Lache

Produktinformation	Schwimmbad An der Lache mit 1.500 m² Wasserfläche im Freibad und 510 m² Wasserfläche im neu errichteten Hallenbad.

Verantwortliche Organisationseinheit: I/52	**Verantwortliche Person(en): Frau Tettenborn**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Schulschwimmen in Rüsselsheim am Main wird für alle Schülerinnen und Schüler sicher gestellt.
Produktziel 2	Vereine erhalten ausreichend Zeit, das Schwimmbad zu Trainings- und Lehrveranstaltungen zu nutzen.
Produktziel 3	Das Schwimmbad steht der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kostendeckungsgrad (%)	45	45	31

Bemerkungen	Der Kostendeckungsgrad entspricht der Gegenüberstellung der Aufwendungen in Vollkosten-berechnung und den erziehlten Einnahmen durch Benutzungsgebühren, Verpachtung und Vermietung.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Freizeitbad An der Lache			

Produktbeschreibung		
Produkt	**080157200 Waldschwimmbad**	
Produktbereich	08	Sportförderung
Produktgruppe	0801	Sportstätten und Bäder
Produkt	080157200	Waldschwimmbad

Produktinformation	Waldschwimmbad mit insgesamt 28.000 m² Wasserfläche

Verantwortliche Organisationseinheit: I/52	**Verantwortliche Person(en): Fr. Tettenborn**

Pflichtaufgaben: ☐ **gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Erhöhung des Kostendeckungsgrades
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kostendeckungsgrad (%)	90	80	93

Bemerkungen Der Kostendeckungsgrad entspricht der Gegenüberstellung der Aufwendungen in Vollkosten-berechnung und den erziehlten Einnahmen durch Benutzungsgebühren, Verpachtung und Vermietung.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Waldschwimmbad			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0801 Sportstätten und Bäder

01

Produktbereich 08 Sportförderung
Produktgruppe 0801 Sportstätten und Bäder

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-47.300	-37.300	-91.904
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-310.000	-330.000	-377.379
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-7.000	-35.000	-3.925
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-100.000	-100.000	-25.000
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-7.080	-7.080	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-20.900	-14.000	-38.411
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-492.280**	**-523.380**	**-536.619**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	854.240	757.400	786.587
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	51.500	38.100	41.725
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.110.140	1.156.340	1.414.367
14	66	Abschreibungen	1.460.570	1.406.340	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	758.260	746.360	734.670
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**4.234.710**	**4.104.540**	**2.977.349**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**3.742.430**	**3.581.160**	**2.440.730**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			87.127
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**87.127**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**3.742.430**	**3.581.160**	**2.527.857**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			17.138
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**17.138**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**3.742.430**	**3.581.160**	**2.544.995**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			52.964
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	56.200	56.200	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**56.200**	**56.200**	**52.964**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**3.798.630**	**3.637.360**	**2.597.959**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0801 Sportstätten und Bäder

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	100.000	0	100.000	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**100.000**	**0**	**100.000**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-965.000	0	-440.000	-121.094
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-343.141
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-104.440	0	-100.490	-36.700
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	-3.768
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.069.440**	**0**	**-540.490**	**-500.935**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-969.440**	**0**	**-440.490**	**-500.935**

Investitionen
Produktgruppe 0801 Sportstätten und Bäder

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
08015610AW Sanierung Laufbahn Eintracht Rüssels.	-30.000	-220.000	0	0	0
08015610AX Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Laufbahn	-30.000	-320.000	0	0	0
08015610AY Leistungszentrum Hockey - Planungsk.	-15.000	0	0	0	0
08015610AZ Errichtung Skaterbahn Bauschheim (Pl.)	-15.000	0	0	0	0
08015610BA Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Rasenfläche	-30.000	-220.000	0	0	0
08015610BB Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Hockeyplatz	-250.000	0	0	0	0
08015610BC Außensportanlagen - Ballfangzaun Hockeyplatz	-50.000	0	0	0	0
08015610BD Stadion/Außensportanl. - Lagercontainer Skateplatz	0	0	-50.000	0	0
08015610BE Erw. des Trimm-Dich-Pfades in Bauschheim Planungsk	0	-50.000	0	0	0
08015610BF Austausch der Sitzschalen im Stadion	0	-30.000	0	0	0
08015610BG Erneuerung der Beregnungssteuerung	0	-25.000	0	0	0
08015610ZC Bewegungsparcours, Zuschuss Lionsclub	50.000	50.000	0	0	0
08015610ZD Außensportanlagen - Zuschuss Land San. Rasenfläche	50.000	50.000	0	0	0
08015700AI Schwimmbad an der Lache - Neub Parkpl Musikschulg	-20.000	0	0	0	0
08015720AD Waldschwimmbad - Neubau Spielschiff	0	-100.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-2.640	-26.430	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-4.350	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-1.010	0	0	0
INV Inventar	-93.500	-77.000	0	0	0

PRODUKTBEREICH 09		Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Teilhaushalt:	090161530	Stadtumbau Hessen

Sachkonto:	6701000	Mieten,Pachten, Erbbauzinsen
	6705000	Mietnebenkosten
		Kosten für den Stadtteiltreff Innenstadt.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 09 Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformationen

01

Produktbereich 09 Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformationen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-13
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-200.000	-60.000	-44.827
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-526.780	-523.180	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-726.780**	**-583.180**	**-44.841**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.178.800	997.700	791.756
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	85.000	68.300	54.199
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	839.075	571.640	637.813
14	66	Abschreibungen	587.180	589.440	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	360.960	354.750	348.650
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**3.051.015**	**2.581.830**	**1.832.418**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 09 Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformationen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-480.000	0	-1.040.000	-295.417
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-35.401
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-30.000	0	-27.660	-9.229
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-510.000**	**0**	**-1.067.660**	**-340.047**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-510.000**	**0**	**-1.067.660**	**-340.047**

Investitionen
Produktbereich 09 Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformationen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
09014609AA Kinderspielplätze - Um- und Ausbauten	-70.000	-70.000	-70.000	-70.000	-70.000
09014609AE Kinderspielplätze - grundhafte Erneuerungen	-960.000	-400.000	0	0	0
09016151AK Attr. Innenstadt - Möblierung der Innenstadt	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-7.640	-9.050	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-5.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-5.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-7.020	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-10.950	0	0	0
INV Inventar	-8.000	-5.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**090161000 Stadtplanung**	
Produktbereich	09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe	0901	Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
Produkt	090161000	Stadtplanung

Produktinformation	Gesicherte und geordnete Stadtplanung

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en): Herr Kohmann**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt, und eine dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte Bodenordnung gewährleistet.
Produktziel 2	Erhalt und Entwicklung der städtebaulichen Gestalt und des Orts- und Landschftsbildes
Produktziel 3	Wahrung der allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse, Berücksichtigung der Wohn- und Freizeitbedürfnisse der Bevölkerung

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen	Qualitative Planungen und Zielvorstellungen; Wichtige gesetzliche Grundlagen: EU-Richtlinien,; BauGB; UVPB

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Stadtplanung			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 0901 Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen

01

Produktbereich 09 Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinformationen
Produktgruppe 0901 Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			-13
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-200.000	-60.000	-44.827
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-526.780	-523.180	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-726.780**	**-583.180**	**-44.841**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.178.800	997.700	791.756
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	85.000	68.300	54.199
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	839.075	571.640	637.813
14	66	Abschreibungen	587.180	589.440	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	360.960	354.750	348.650
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**3.051.015**	**2.581.830**	**1.832.418**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**2.324.235**	**1.998.650**	**1.787.577**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 0901 Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-480.000	0	-1.040.000	-295.417
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-35.401
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-30.000	0	-27.660	-9.229
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-510.000**	**0**	**-1.067.660**	**-340.047**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-510.000**	**0**	**-1.067.660**	**-340.047**

Investitionen
Produktgruppe 0901 Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
09014609AA Kinderspielplätze - Um- und Ausbauten	-70.000	-70.000	-70.000	-70.000	-70.000
09014609AE Kinderspielplätze - grundhafte Erneuerungen	-960.000	-400.000	0	0	0
09016151AK Attr. Innenstadt - Möblierung der Innenstadt	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-7.640	-9.050	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-5.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-5.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-7.020	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-10.950	0	0	0
INV Inventar	-8.000	-5.000	0	0	0

PRODUKTBEREICH 10 Bauen und Wohnen

Erläuterungen

Teilhaushalt: 100188210 Bebautes Grundvermögen

Sachkonto: 6161400 Unterhaltung der Brunnen

Reinigung, Wartung der Wasseruhren inkl. Wartung der Zierbrunnen.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 10 Bauen und Wohnen

01

Produktbereich 10 Bauen und Wohnen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-198.500	-199.000	-199.290
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-526.200	-518.400	-405.749
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-18.000
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-596.160	-578.310	-604.230
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-1.320.860**	**-1.295.710**	**-1.227.268**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.603.600	1.116.200	1.175.672
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	115.600	82.400	85.838
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	237.860	351.610	474.898
14	66	Abschreibungen	45.810	51.560	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	123.010	120.900	118.820
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.125.880**	**1.722.670**	**1.855.228**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**805.020**	**426.960**	**627.960**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**805.020**	**426.960**	**627.960**
25	59	Außerordentliche Erträge			-27
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			9.546
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**9.519**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**805.020**	**426.960**	**637.479**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			26.850
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	20.750	30.750	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**20.750**	**30.750**	**26.850**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**825.770**	**457.710**	**664.329**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 10 Bauen und Wohnen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	283.110
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**283.110**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-5.700.000	0	-6.500.000	9.124
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-60.680	0	-23.690	-11.669
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-5.760.680**	**0**	**-6.523.690**	**-2.545**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-5.760.680**	**0**	**-6.523.690**	**280.565**

Investitionen
Produktbereich 10 Bauen und Wohnen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
10018820AA Unbebautes Grundvermög - Ankauf von Grundstücken -	-500.000	-700.000	-500.000	-500.000	-500.000
10018821AA Bebautes Grundvermögen - Ankauf von Grundstücken -	-6.000.000	-5.000.000	-4.000.000	-4.000.000	-4.000.000
10018821AB Bebautes Grundvermögen - Um-, Aus- und Neubauten	0	0	-50.000	-50.000	0
10018821AE Gemeindewaage Königstädten - Erneuerung der Waage	0	-50.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-10.320	-5.000	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-7.910	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-1.960	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-660	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-2.320	0	0	0
INV Inventar	-4.800	-1.400	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**100103500 Liegenschaften und Landwirtschaft**	
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	1001	Bau- und Grundstücksordnung
Produkt	100103500	Liegenschaften und Landwirtschaft

Produktinformation	- Organisationseinheit zur Verwaltung des unbebauten fiskalischen Grundbesitzes der Stadt Rüsselsheim am Main. - Die Organisationseinheit orientiert sich dabei an den unten genannten Produktzielen.

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F2.3	**Verantwortliche Person(en): Frau Gotz**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Unterhaltung und Vermarktung der unbebauten städtischen Liegenschaften zur Verwirklichung stadtentwicklungspolitischer Zielsetzungen
Produktziel 2	Beschaffung und Vorhaltung von Flächen für Zwecke der Stadtentwicklung
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen *hier wird nur die amtsinterne Verwaltung abgebildet.*

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Liegenschaften und Landwirtschaft			

Produktbeschreibung		
Produkt	**100161300 Bauaufsichtsamt**	
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	1001	Bau- und Grundstücksordnung
Produkt	100161300	Bauaufsichtsamt

Produktinformation	

Verantwortliche Organisationseinheit: III/63	**Verantwortliche Person(en): Herr Hinke**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: VwGO, BauGB, HBO**

Produktziel 1	Rechtssicherheit
Produktziel 2	Schnelligkeit des Verfahrens: Auf Grundlage von vollst. Antragsunterlagen soll das Genehmigungsverfahren nach § 65 HBO (vereinfachtes Verfahren) nicht länger als 56 Tage betragen (Unterschreitung der gesetzl. Ausschlussfrist, s. Bemerkungen)
Produktziel 3	Schnelligkeit des Verfahrens: Auf Grundlage von vollständigen Antragsunterlagen soll das Genehmigungsverfahren nach § 66 HBO (Sonderbauten) nicht länger als 90 Tage betragen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Erfolgreiche Widersprüche/Gesamtzahl Verwaltungsakte (%)	0	0	0,00%
Bescheide bei Verfahrensart § 65 HBO - Vereinfachtes Verfahren - HBO innerhalb von 60 Tagen	60	60	63,64
Bescheide bei Verfahrensart § 66 HBO- Sonderbauten - innerhalb von 90 Tagen	90	90	107

Bemerkungen

Produktziel 2 beschreibt die Unterschreitung der gesetzlichen Frist von 90 Tagen (§ 65 HBO).
Bei der Auswertung zu **Produktziel 3** wurde festgestellt, dass zum Teil Verzögerungen druch schwer beherrschbare Außeneinflüsse eintreten.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Bauaufsichtsamt			

Produktbeschreibung		
Produkt	**100188200 Unbebautes Grundvermögen**	
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	1001	Bau- und Grundstücksordnung
Produkt	100188200	Unbebautes Grundvermögen

Produktinformation	Verpachtung, Vermietung, Anpachtung, Anmietung, Verkauf/Kauf und Tausch unbebauten städtischen Grundvermögens, sowie Begründung von Erbbaurechten und Durchführung von Bodenordnungsverfahren.

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F 2.3	**Verantwortliche Person(en): Frau Gotz**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Bewirtschaftung der unbebauten fiskalischen städtischen Liegenschaften unter den Aspekten Ertragssicherung, Aufwandsminimierung, Vertragstreue und Berücksichtigung kommunalpolitischer Zielsetzungen	
Produktziel 2	Beachtung übergeordneter Zielsetzungen und des Gebots der Wirtschaftlichkeit bei Anpachtung und Ankauf von Drittflächen	
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Sicherstellung der geplanten Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Erbbauziens, sonstige Einnahmen, Gestattungen	750.500	751.000	750.599
Einhaltung der geplanten Ausgaben (Unterhaltungskosten, Vermarktungskosten, Bodenuntersuchungen, Kosten der Baulandentwicklung)	43.800	77.450	45.024

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Unbebautes Grundvermögen			

Produktbeschreibung		
Produkt	**100188210 Bebautes Grundvermögen**	
Produktbereich	10	Bauen und Wohnen
Produktgruppe	1001	Bau- und Grundstücksordnung
Produkt	100188210	Bebautes Grundvermögen

Produktinformation	- Ordnungsgemäße und wirtschaftliche Verwaltung des bebauten Grundvermögens - Optimale Vermarktung/Nutzung der Gebäude

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en):**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Ordnungsgmäße und wirschaftliche Verwaltung des bebauten Grundvermögens	
Produktziel 2	Optimale Vermarktung / Nutzung der Grundvermögens	
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Bemerkungen	Ordnungsgemäß = Erfüllung des festgelegten Standards		

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Bebautes Grundvermögen			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1001 Bau- und Grundstücksordnung

01

Produktbereich 10 Bauen und Wohnen
Produktgruppe 1001 Bau- und Grundstücksordnung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-198.500	-199.000	-199.290
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-526.200	-518.400	-405.749
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-18.000
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-596.160	-578.310	-604.230
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-1.320.860**	**-1.295.710**	**-1.227.268**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.603.600	1.116.200	1.175.672
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	115.600	82.400	85.838
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	185.510	298.870	426.812
14	66	Abschreibungen	38.360	44.110	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	87.260	85.760	84.280
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.030.330**	**1.627.340**	**1.772.602**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**709.470**	**331.630**	**545.334**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**709.470**	**331.630**	**545.334**
25	59	Außerordentliche Erträge			-27
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			9.546
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**9.519**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**709.470**	**331.630**	**554.853**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			18.927
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	20.000	30.000	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**20.000**	**30.000**	**18.927**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**729.470**	**361.630**	**573.780**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1001 Bau- und Grundstücksordnung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	283.110
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**283.110**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-5.700.000	0	-6.500.000	9.124
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-60.680	0	-23.690	-11.669
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-5.760.680**	**0**	**-6.523.690**	**-2.545**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-5.760.680**	**0**	**-6.523.690**	**280.565**

Investitionen
Produktgruppe 1001 Bau- und Grundstücksordnung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
10018820AA Unbebautes Grundvermög - Ankauf von Grundstücken -	-500.000	-700.000	-500.000	-500.000	-500.000
10018821AA Bebautes Grundvermögen - Ankauf von Grundstücken -	-6.000.000	-5.000.000	-4.000.000	-4.000.000	-4.000.000
10018821AB Bebautes Grundvermögen - Um-, Aus- und Neubauten	0	0	-50.000	-50.000	0
10018821AE Gemeindewaage Königstädten - Erneuerung der Waage	0	-50.000	0	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-10.320	-5.000	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-7.910	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-1.960	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-660	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-2.320	0	0	0
INV Inventar	-4.800	-1.400	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1002 Denkmalschutz und -pflege

01

Produktbereich 10 Bauen und Wohnen
Produktgruppe 1002 Denkmalschutz und -pflege

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**			
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.350	52.740	48.086
14	66	Abschreibungen	7.450	7.450	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	35.750	35.140	34.540
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**95.550**	**95.330**	**82.626**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**95.550**	**95.330**	**82.626**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**95.550**	**95.330**	**82.626**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**95.550**	**95.330**	**82.626**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			7.922
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	750	750	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**750**	**750**	**7.922**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**96.300**	**96.080**	**90.548**

PRODUKTBEREICH 11 Ver- und Entsorgung

Erläuterungen

Teilhaushalt:	110170000	Abwasserbeseitigung

Sachkonto:	5111000	Niederschlagswassergebühren
	5112100	Schmutzwassergebühren

Die Ansätze berücksichtigen, vorbehaltlich einer entsprechenden Beschlussfassung, eine Anpassung der Abwassergebühren zum Ausgleich des Gebührenhaushalts.

Teilhaushalt:	110283000	Kombinierte Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (Stadtwerke)

Sachkonto:	5309100	Konzessionsabgaben

Konzessionsabgaben von den Stadtwerken aus den Bereichen Strom, Gas und Wasser gemäß Wirtschaftsplan bzw. Finanzplanung der Stadtwerke.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung

01

Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.360.000	-9.845.000	-8.924.724
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-17.522
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-160.000	-145.000	
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			-164
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-354.550	-355.600	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-2.642.000	-2.608.000	-2.283.691
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-13.516.550**	**-12.953.600**	**-11.226.101**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.922.300	1.570.700	1.587.029
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	138.700	107.100	109.670
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	787.775	883.375	724.685
14	66	Abschreibungen	1.858.880	1.861.490	379
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.039.270	1.022.340	1.003.520
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	4.500.000	4.498.000	3.774.294
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**10.246.925**	**9.943.005**	**7.199.577**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-3.269.625**	**-3.010.595**	**-4.026.524**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-3.269.625**	**-3.010.595**	**-4.026.524**
25	59	Außerordentliche Erträge			-187
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-187**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-3.269.625**	**-3.010.595**	**-4.026.711**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-560.000	-510.000	
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	2.722.200	2.367.200	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**2.162.200**	**1.857.200**	
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-1.107.425**	**-1.153.395**	**-4.026.711**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	50.000	0	50.000	78.490
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**50.000**	**0**	**50.000**	**78.490**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-2.830.000	0	-2.481.500	-1.251.772
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-44.140	0	-37.340	-10.093
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-2.874.140**	**0**	**-2.518.840**	**-1.261.865**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-2.824.140**	**0**	**-2.468.840**	**-1.183.375**

Investitionen
Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
11017000AH Abwasserbes. - Kanalsan. W.-Flex-Str. 3. BA	-241.500	-250.000	-600.000	0	0
11017000AJ Abwasserbes. - Kanalsan. W.-Flex-Str. 4.-8. BA	0	0	-400.000	-900.000	-900.000
11017000CG Abwasserbes. Astheimer Straße	0	-250.000	-600.000	-600.000	0
11017000CL Abwasserbes. - Neubau Pumpstation An der Lache	-100.000	0	-200.000	-1.000.000	0
11017000CV Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 9. BA	-200.000	-700.000	0	0	0
11017000CX Abwasserbes. - Kanalsanierung "Im Ramsee" 8. BA	-730.000	0	0	0	0
11017000CY Abwasserbes. - Altstadt West / Blauer See 1 / Böll	-500.000	0	0	0	0
11017000CZ Abwasserbes. - Einbau Schieberschächte Horlachebec	-150.000	0	0	0	0
11017000DB Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßnahmen im Stadtge	0	0	-500.000	-500.000	-500.000
11017000DC Abwasserbes. - Kleine Löwenstraße	-60.000	0	0	0	0
11017000DD Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 11.-13. BA	0	0	-200.000	-900.000	-1.400.000
11017000DE Abwasserbes. - Haßloch Nord Inliner	-500.000	0	0	0	0
11017000DF Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 10. BA	0	-180.000	-700.000	0	0
11017000DG Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßn. Dicker BuschII	0	-500.000	0	0	0
11017000DH Abwasserbes. - Sanierung Regenklärbecken Hasensee	0	-250.000	0	0	0
11017000DI San. Elektro- und Maschinentech. Pumpst Königstädt	0	-600.000	0	0	0
11017000DJ Abwasserbes. - San. Elektro. PST Unterführ. Evreux	0	-100.000	0	0	0
11017000ZA Abwasserbes. Beiträge	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-18.840	-6.660	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-6.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-16.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.500	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-1.480	0	0	0
INV Inventar	-10.000	-20.000	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1100 Overhead - Ver- und Entsorgung

01

Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung
Produktgruppe 1100 Overhead - Ver- und Entsorgung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		-5.000	-192.559
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-2.606
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			-164
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**		**-5.000**	**-195.328**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.922.300	1.570.700	1.587.029
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	138.700	107.100	109.670
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	55.255	40.155	52.849
14	66	Abschreibungen	4.090	4.750	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.120.345**	**1.722.705**	**1.749.548**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**2.120.345**	**1.717.705**	**1.554.220**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**2.120.345**	**1.717.705**	**1.554.220**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**2.120.345**	**1.717.705**	**1.554.220**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-560.000	-510.000	
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-560.000**	**-510.000**	
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.560.345**	**1.207.705**	**1.554.220**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1100 Overhead - Ver- und Entsorgung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-44.140	0	-37.340	-10.093
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-44.140**	**0**	**-37.340**	**-10.093**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-44.140**	**0**	**-37.340**	**-10.093**

Investitionen
Produktgruppe 1100 Overhead - Ver- und Entsorgung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-18.840	-6.660	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-6.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-16.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.500	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-1.480	0	0	0
INV Inventar	-10.000	-20.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**110170000 Abwasserbeseitigung**	
Produktbereich	11	Ver- und Entsorgung
Produktgruppe	1101	Abwasserbeseitigung
Produkt	110170000	Abwasserbeseitigung

Produktinformation	- Unterhaltung der Abwasserkanäle, der Pumpstation und Becken

Verantwortliche Organisationseinheit: III/66	**Verantwortliche Person(en): Herr Dingeldein**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Erhaltung der Abwasserentsorgungsinfrastruktur und Gewährleistung deren Betriebssicherheit	
Produktziel 2	Erreichung einer bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Abwasserinfrastruktur	
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Erhaltungs- und Betriebsaufwendungen für Kanäle und Pumpstationen	775.500	775.500	443.000
Investitionen für Kanäle und Pumpstationen	2.580.000	2.410.000	1.197.500

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Abwasserbeseitigung			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1101 Abwasserbeseitigung

01

Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung
Produktgruppe 1101 Abwasserbeseitigung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-10.360.000	-9.840.000	-8.732.165
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-14.916
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-160.000	-145.000	
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-354.550	-355.600	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-10.874.550**	**-10.340.600**	**-8.747.081**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	732.520	843.220	671.343
14	66	Abschreibungen	1.854.790	1.856.740	379
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.039.270	1.022.340	1.003.520
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	4.500.000	4.498.000	3.774.294
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**8.126.580**	**8.220.300**	**5.449.537**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-2.747.970**	**-2.120.300**	**-3.297.544**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-2.747.970**	**-2.120.300**	**-3.297.544**
25	59	Außerordentliche Erträge			-187
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-187**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-2.747.970**	**-2.120.300**	**-3.297.731**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	2.722.200	2.367.200	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**2.722.200**	**2.367.200**	
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-25.770**	**246.900**	**-3.297.731**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1101 Abwasserbeseitigung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	50.000	0	50.000	78.490
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**50.000**	**0**	**50.000**	**78.490**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-2.830.000	0	-2.481.500	-1.251.772
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-2.830.000**	**0**	**-2.481.500**	**-1.251.772**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-2.780.000**	**0**	**-2.431.500**	**-1.173.282**

Investitionen
Produktgruppe 1101 Abwasserbeseitigung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
11017000AH Abwasserbes. - Kanalsan. W.-Flex-Str. 3. BA	-241.500	-250.000	-600.000	0	0
11017000AJ Abwasserbes. - Kanalsan. W.-Flex-Str. 4.-8. BA	0	0	-400.000	-900.000	-900.000
11017000CG Abwasserbes. Astheimer Straße	0	-250.000	-600.000	-600.000	0
11017000CL Abwasserbes. - Neubau Pumpstation An der Lache	-100.000	0	-200.000	-1.000.000	0
11017000CV Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 9. BA	-200.000	-700.000	0	0	0
11017000CX Abwasserbes. - Kanalsanierung "Im Ramsee" 8. BA	-730.000	0	0	0	0
11017000CY Abwasserbes. - Altstadt West / Blauer See 1 / Böll	-500.000	0	0	0	0
11017000CZ Abwasserbes. - Einbau Schieberschächte Horlachebec	-150.000	0	0	0	0
11017000DB Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßnahmen im Stadtge	0	0	-500.000	-500.000	-500.000
11017000DC Abwasserbes. - Kleine Löwenstraße	-60.000	0	0	0	0
11017000DD Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 11.-13. BA	0	0	-200.000	-900.000	-1.400.000
11017000DE Abwasserbes. - Haßloch Nord Inliner	-500.000	0	0	0	0
11017000DF Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 10. BA	0	-180.000	-700.000	0	0
11017000DG Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßn. Dicker BuschII	0	-500.000	0	0	0
11017000DH Abwasserbes. - Sanierung Regenklärbecken Hasensee	0	-250.000	0	0	0
11017000DI San. Elektro- und Maschinentech. Pumpst Königstädt	0	-600.000	0	0	0
11017000DJ Abwasserbes. - San. Elektro. PST Unterführ. Evreux	0	-100.000	0	0	0
11017000ZA Abwasserbes. Beiträge	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1102 Kombinierte Versorgung

01

Produktbereich 11 Ver- und Entsorgung
Produktgruppe 1102 Kombinierte Versorgung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-2.642.000	-2.608.000	-2.283.691
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-2.642.000**	**-2.608.000**	**-2.283.691**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			492
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**			**492**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-2.642.000**	**-2.608.000**	**-2.283.199**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-2.642.000**	**-2.608.000**	**-2.283.199**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-2.642.000**	**-2.608.000**	**-2.283.199**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-2.642.000**	**-2.608.000**	**-2.283.199**

PRODUKTBEREICH 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Erläuterungen

Teilhaushalt: 120163000 Gemeindestraßen

Sachkonto: 6165300 Unterhaltung der Straßen und Brücken
6165301 Unterhaltung der Straßen
6165302 Unterhaltung der Brücken
Die Ansätze werden seit 2023 jeweils separat veranschlagt.

Teilhaushalt: 120582100 Lokale Nahverkehrsorganisation

Sachkonto: 7174200 Leistungen nach dem Einnahmeaufteilungsvertrag an RMV
7175500 Kostenerstattung an die Stadtwerke (ÖPNV)
Ab 2023 wird dazu übergegangen die jahresbezogene Spitzabrechnung erst zum Abrechnungszeitpunkt zu verbuchen.
Dadurch sind aktuell die Vorjahreswerte nur bedingt vergleichbar.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

01

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-234.270	-243.590	-77.773
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-680.000	-660.000	-715.559
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-240.000	-223.000	-246.577
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-2.076.000	-965.000	-1.925.911
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-532.300	-538.020	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-35.000	-91.000	-211.595
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-3.797.570**	**-2.720.610**	**-3.177.415**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.336.225	3.132.450	2.798.729
14	66	Abschreibungen	2.357.940	2.212.590	72
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	11.884.075	11.291.180	11.100.686
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	82.000	82.000	77.520
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**17.660.240**	**16.718.220**	**13.977.007**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**13.862.670**	**13.997.610**	**10.799.592**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**13.862.670**	**13.997.610**	**10.799.592**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			450
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**450**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**13.862.670**	**13.997.610**	**10.800.042**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			2.527
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	13.450	13.450	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**13.450**	**13.450**	**2.527**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**13.876.120**	**14.011.060**	**10.802.569**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.220.000	0	1.420.000	1.670.115
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**1.220.000**	**0**	**1.420.000**	**1.670.115**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-7.880.000	-500.000	-8.563.420	-4.783.417
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-34.216
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	-6.010	-833
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-7.880.000**	**-500.000**	**-8.569.430**	**-4.818.466**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-6.660.000**	**-500.000**	**-7.149.430**	**-3.148.351**

Investitionen
Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
12016300AB Gemeindestraßen Behinderteng Umbau Bushaltestellen	-1.120.000	-1.300.000	-1.200.000	-1.200.000	-1.200.000
12016300AE Gemeindestraßen Verkehrs.u.Signalanl. allg.	-300.000	-150.000	-180.000	-180.000	-180.000
12016300AG Gemeindestraßen-Sanierung der W.-Flex-Str. - 3.BA	-146.000	-150.000	-700.000	0	0
12016300AO Gemeindestraßen Neubau Gewerbegeb. Bl. See Bauk.	0	-660.000	-250.000	-250.000	-250.000
12016300CD Gemeindestr. - Straßenneub Steinkaute	0	0	0	-30.000	0
12016300CJ Gemeindestr. - Umgestaltung Straßenbegleitgrün	-150.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
12016300CQ Gemeindestr. - Straßensanierung Astheimer Straße	0	-250.000	-600.000	-600.000	0
12016300CU Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 7. BA	-400.000	0	0	0	0
12016300CV Gemeindestr. - Lückenschluss Bauscheim Nord/West	0	0	0	-40.000	0
12016300CZ Gemeindestr. - Sanierung Faulbruchstraße	0	0	0	-500.000	0
12016300DB Gemeindestr. - Einkaufszentrum Königstädten	-339.500	0	0	0	0
12016300DC Gemeindestr. - Umbau Knoten Kurt-Schumacher-Ring	0	-500.000	0	0	0
12016300DD Gemeindestr. - Grundh San UF Friedensstraße (Osts)	-1.900.000	-500.000	0	0	0
12016300DE Gemeindestr. -Grundh San UF Friedensstraße (Wests)	-200.000	0	0	0	0
12016300DF Gemeindestr. -Grundh San ÜF Alzeyer Straße	-140.000	0	0	0	0
12016300DG Gemeindestr. - Grundh San ÜF Oppenheimer Straße	0	0	-300.000	-1.500.000	0
12016300DJ Gemeindestr. - Erw Hans-Böckler-Str (Nachtweide)	0	0	0	-40.000	0
12016300DN Gemeindestr. - Sanierung Friedhofstr. 3. BA	-200.000	0	0	0	0
12016300DS Gemeindestr. - Umgest. Kurt-Schumacher-Ring Verkeh	-50.000	0	-50.000	0	0
12016300DT Gemeindestr. - Umgest. Bensheimer Str./K.-Adenauer	0	0	0	0	-1.500.000
12016300DU Gemeindestr. - Gehwegumbau	-100.000	-100.000	-300.000	-300.000	-300.000
12016300DW Gemeindestr. - Anbindung KITA Varkausstraße B 486	-200.000	0	0	0	0
12016300DX Gemeindestr. - Gehwegumbau im Zuge von Baumaßnahme	-187.500	-140.000	-170.000	0	0
12016300EA Gemeindestr. - Neubau von Fahrradabstellanlagen	-120.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
12016300EB Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 8.-13. BA	-200.000	-700.000	0	0	0
12016300EC Gemeindestr. - Grundh. San. ÜF Mainzer Str. (BW27)	0	-40.000	-300.000	0	0
12016300ED Gemeindestr. - Umgestaltung Kleine Löwenstraße	-140.000	0	-950.000	0	0
12016300EF Gemeindestr. - Radweg Oppenheimer Straße	-150.000	-100.000	-400.000	0	0
12016300EG Gemeindestr. - San. der Walter-Flex-Str. 4.- 8. BA	0	0	-300.000	-900.000	-900.000
12016300EH Gemeindestr. - Straßensan im Gebiet Im Ramsee 8.BA	-780.000	0	0	0	0
12016300EJ Gemeindestr. - Umbau Knotenpunkt inkl. LSA L3040	-250.000	-150.000	0	0	0
12016300EK Gemeindestr. - Umsetzung Radverkehrskonzept (RVK)	-600.000	-300.000	-300.000	-300.000	-300.000
12016300EL Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 11.-13. BA	0	0	0	-200.000	-900.000
12016300EM Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Grabenstr.	-100.000	0	0	0	0
12016300EN Gemeindestr. -Einr. Mobilitätsstationen u. Sharing	0	-30.000	-100.000	-100.000	-100.000
12016300EO Grundh. San. Treppenanl. Graben- und J-S-Bach-Str.	0	-40.000	0	0	0
12016300EP Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Schillerstraße	0	-150.000	-100.000	0	0
12016300EQ Grundh. San. F-Ebert zw. H-Sachs und B-Adelung-Str	0	0	-280.000	0	0
12016300ER Gemeindestr. - Umg. Gehw. M-v-Schwind H-Thoma-Str.	0	-200.000	0	0	0
12016300ES Gemeindestr. - San. Treppenanl. UF Königstädter St	0	0	-100.000	0	0
12016300ET Gemeindestr. - Erweiter. Kommunale Verkehrssysteme	0	0	-130.000	-30.000	0
12016300EU Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 10. BA	0	-180.000	-700.000	0	0
12016300EW Gemeindestr. - Grundh. San. Fußgängerunterf DB	0	-450.000	0	0	0
12016300EX Gemeindestr. - Ern. Zaunanlage Elisabethen Str.	0	-100.000	0	0	0
12016300XB Gemeindestr. - Zuw Bund/LandRadweg Oppenheimer str	100.000	70.000	280.000	0	0
12016300XC Gemeindestr. - Förderung der Maßnahmen aus dem RVK	300.000	150.000	150.000	150.000	150.000
12016300ZA Gemeindestr. - Zuw. Land für behind.ger Bushaltest	840.000	840.000	840.000	840.000	840.000
12016300ZC Gemeindestr. - Erschließungsbeiträge	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
12016300ZD Gemeindestr.- Ablöse f. fehl. Kfz-Plätze	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
12016300ZE Gemeindestraßen. Klimaschutzinitiative Fahrradabst	70.000	50.000	50.000	50.000	50.000
12016700AA Straßenbeleuchtung	-70.420	-570.000	-80.000	-90.000	0

Investitionen
Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
12046800AA Parkeinrichtungen - Parkscheinautomaten	-270.000	-270.000	-100.000	-100.000	-100.000
12046802AA Tiefgarage Löwenplatz - Brandschutz/Lüftung/GLT/Sp	-350.000	-350.000	-300.000	0	0
12046803AA Parkdeck Frankfurter Str - Sanierung Planungskoste	-100.000	-300.000	-200.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-3.140	0	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.870	0	0	0	0

Produktbeschreibung

Produkt **120163000 Gemeindestraßen**

Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	1201	Gemeindestraßen
Produkt	120163000	Gemeindestraßen

Produktinformation	Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung zu Errichtung von Straßen und Wegerand, Plätzen und deren Kontrollen.

Verantwortliche Organisationseinheit: III/66	**Verantwortliche Person(en): Herr Dingeldein**

Pflichtaufgaben: [X] **gesetzliche Grundlage: HStrG**

Produktziel 1	Bereitstellung einer bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Verkehrsinfrastruktur
Produktziel 2	Steuerung v. Lichtsignalanlagen in Abhängigkeit v. Umweltdaten im Sinne d. Klimaschutzes
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Aufwendungen für den Erhalt der Straßen und Brücken, sowie der dazugehörigen Verkehrsanlagen.	4.320.000	3.800.000	1.345.900
Investitionen zur gundhaften Erneuerung von Straßen und Brücken, sowie der dazugehörigen Verkehrsanlagen.	3.120.000	5.000.000	3.704.500

Bemerkungen Aufwendungen für Verkehrssicherung- und Lichtsignalanlagen wurden hinzugefügt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Gemeindestraßen			

Produktbeschreibung		
Produkt	**120167000 Straßenbeleuchtung**	
Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	1201	Gemeindestraßen
Produkt	120167000	Straßenbeleuchtung

Produktinformation	Betrieb, Unterhaltung und Instandsetzung der Straßenbeleuchtung in Rüsselsheim am Main

Verantwortliche Organisationseinheit: III/66	**Verantwortliche Person(en): Herr Dingeldein**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: HStrG**

Produktziel 1	Vorhaltung und Betrieb einer energieeffizienten, zukunftsorientierten und richlinienkonformen Straßenbeleuchtung
Produktziel 2	Verstärkter Einsaz von modernen Energiespartechniken
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der Lichtpunkte	7.953	7.953	7.955
Stromverbrauch in Mio. KWh.	2.055.055	2.055.055	2.055.195

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Straßenbeleuchtung			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1201 Gemeindestraßen

01

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe 1201 Gemeindestraßen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-230.000	-210.000	-231.484
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			-357
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-532.300	-538.020	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge		-20.000	-32.462
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-762.300**	**-768.020**	**-264.303**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.748.510	2.612.770	2.467.189
14	66	Abschreibungen	2.113.020	1.967.670	72
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	4.379.020	4.364.150	4.136.482
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**9.240.550**	**8.944.590**	**6.603.743**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**8.478.250**	**8.176.570**	**6.339.440**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**8.478.250**	**8.176.570**	**6.339.440**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**8.478.250**	**8.176.570**	**6.339.440**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	4.500	4.500	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**4.500**	**4.500**	
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**8.482.750**	**8.181.070**	**6.339.440**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1201 Gemeindestraßen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.220.000	0	1.420.000	1.670.115
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**1.220.000**	**0**	**1.420.000**	**1.670.115**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-6.960.000	0	-7.843.420	-4.783.417
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-20.411
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	-833
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-6.960.000**	**0**	**-7.843.420**	**-4.804.661**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-5.740.000**	**0**	**-6.423.420**	**-3.134.546**

Investitionen
Produktgruppe 1201 Gemeindestraßen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
12016300AB Gemeindestraßen Behinderteng Umbau Bushaltestellen	-1.120.000	-1.300.000	-1.200.000	-1.200.000	-1.200.000
12016300AE Gemeindestraßen Verkehrs.u.Signalanl. allg.	-300.000	-150.000	-180.000	-180.000	-180.000
12016300AG Gemeindestraßen-Sanierung der W.-Flex-Str. - 3.BA	-146.000	-150.000	-700.000	0	0
12016300AO Gemeindestraßen Neubau Gewerbegeb. Bl. See Bauk.	0	-660.000	-250.000	-250.000	-250.000
12016300CD Gemeindestr. - Straßenneub Steinkaute	0	0	0	-30.000	0
12016300CJ Gemeindestr. - Umgestaltung Straßenbegleitgrün	-150.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
12016300CQ Gemeindestr. - Straßensanierung Astheimer Straße	0	-250.000	-600.000	-600.000	0
12016300CU Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 7. BA	-400.000	0	0	0	0
12016300CV Gemeindestr. - Lückenschluss Bauscheim Nord/West	0	0	0	-40.000	0
12016300CZ Gemeindestr. - Sanierung Faulbruchstraße	0	0	0	-500.000	0
12016300DB Gemeindestr. - Einkaufszentrum Königstädten	-339.500	0	0	0	0
12016300DC Gemeindestr. - Umbau Knoten Kurt-Schumacher-Ring	0	-500.000	0	0	0
12016300DD Gemeindestr. - Grundh San UF Friedensstraße (Osts)	-1.900.000	-500.000	0	0	0
12016300DE Gemeindestr. -Grundh San UF Friedensstraße (Wests)	-200.000	0	0	0	0
12016300DF Gemeindestr. -Grundh San ÜF Alzeyer Straße	-140.000	0	0	0	0
12016300DG Gemeindestr. - Grundh San ÜF Oppenheimer Straße	0	0	-300.000	-1.500.000	0
12016300DJ Gemeindestr. - Erw Hans-Böckler-Str (Nachtweide)	0	0	0	-40.000	0
12016300DN Gemeindestr. - Sanierung Friedhofstr. 3. BA	-200.000	0	0	0	0
12016300DS Gemeindestr. - Umgest. Kurt-Schumacher-Ring Verkeh	-50.000	0	-50.000	0	0
12016300DT Gemeindestr. - Umgest. Bensheimer Str./K.-Adenauer	0	0	0	0	-1.500.000
12016300DU Gemeindestr. - Gehwegumbau	-100.000	-100.000	-300.000	-300.000	-300.000
12016300DW Gemeindestr. - Anbindung KITA Varkausstraße B 486	-200.000	0	0	0	0
12016300DX Gemeindestr. - Gehwegumbau im Zuge von Baumaßnahme	-187.500	-140.000	-170.000	0	0
12016300EA Gemeindestr. - Neubau von Fahrradabstellanlagen	-120.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000
12016300EB Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 8.-13. BA	-200.000	-700.000	0	0	0
12016300EC Gemeindestr. - Grundh. San. ÜF Mainzer Str. (BW27)	0	-40.000	-300.000	0	0
12016300ED Gemeindestr. - Umgestaltung Kleine Löwenstraße	-140.000	0	-950.000	0	0
12016300EF Gemeindestr. - Radweg Oppenheimer Straße	-150.000	-100.000	-400.000	0	0
12016300EG Gemeindestr. - San. der Walter-Flex-Str. 4.- 8. BA	0	0	-300.000	-900.000	-900.000
12016300EH Gemeindestr. - Straßensan im Gebiet Im Ramsee 8.BA	-780.000	0	0	0	0
12016300EJ Gemeindestr. - Umbau Knotenpunkt inkl. LSA L3040	-250.000	-150.000	0	0	0
12016300EK Gemeindestr. - Umsetzung Radverkehrskonzept (RVK)	-600.000	-300.000	-300.000	-300.000	-300.000
12016300EL Gemeindestr. - Straßensan. Im Ramsee 11.-13. BA	0	0	0	-200.000	-900.000
12016300EM Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Grabenstr.	-100.000	0	0	0	0
12016300EN Gemeindestr. -Einr. Mobilitätsstationen u. Sharing	0	-30.000	-100.000	-100.000	-100.000
12016300EO Grundh. San. Treppenanl. Graben- und J-S-Bach-Str.	0	-40.000	0	0	0
12016300EP Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Schillerstraße	0	-150.000	-100.000	0	0
12016300EQ Grundh. San. F-Ebert zw. H-Sachs und B-Adelung-Str	0	0	-280.000	0	0
12016300ER Gemeindestr. - Umg. Gehw. M-v-Schwind H-Thoma-Str.	0	-200.000	0	0	0
12016300ES Gemeindestr. - San. Treppenanl. UF Königstädter St	0	0	-100.000	0	0
12016300ET Gemeindestr. - Erweiter. Kommunale Verkehrssysteme	0	0	-130.000	-30.000	0
12016300EU Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 10. BA	0	-180.000	-700.000	0	0
12016300EW Gemeindestr. - Grundh. San. Fußgängerunterf DB	0	-450.000	0	0	0
12016300EX Gemeindestr. - Ern. Zaunanlage Elisabethen Str.	0	-100.000	0	0	0
12016300XB Gemeindestr. - Zuw Bund/LandRadweg Oppenheimer str	100.000	70.000	280.000	0	0
12016300XC Gemeindestr. - Förderung der Maßnahmen aus dem RVK	300.000	150.000	150.000	150.000	150.000
12016300ZA Gemeindestr. - Zuw. Land für behind.ger Bushaltest	840.000	840.000	840.000	840.000	840.000
12016300ZC Gemeindestr. - Erschließungsbeiträge	100.000	100.000	100.000	100.000	100.000
12016300ZD Gemeindestr.- Ablöse f. fehl. Kfz-Plätze	10.000	10.000	10.000	10.000	10.000
12016300ZE Gemeindestraßen. Klimaschutzinitiative Fahrradabst	70.000	50.000	50.000	50.000	50.000
12016700AA Straßenbeleuchtung	-70.420	-570.000	-80.000	-90.000	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**120266500 Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen**	
Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	1202	Landesstraßen
Produkt	120266500	Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen

Produktinformation	Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung zur Errichtung von Straßen, Wegen und Plätzen und deren Kontrollen.

Verantwortliche Organisationseinheit: III/66	**Verantwortliche Person(en): Herr Dingeldein**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: HStrG**

Produktziel 1	Bereitstellung einer bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Verkehrsinfrastruktur
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Aufwendungen für den Erhalt der Landesstraßen einschl. der zugehörigen Verkehrsanlagen	120.000	144.000	16.500

Bemerkungen Die Aufwendungen für die Verkehrssicherungs- und Lichtsignalanlagen wurden mit aufgenommen.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Ortsdurchfahrten im Zuge von Landesstraßen			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1202 Landesstraßen

01

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe 1202 Landesstraßen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-15.000	-15.000	-15.947
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-15.000**	**-15.000**	**-15.947**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	68.320	80.840	34.390
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	126.500	124.320	122.180
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**194.820**	**205.160**	**156.570**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**179.820**	**190.160**	**140.623**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**179.820**	**190.160**	**140.623**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**179.820**	**190.160**	**140.623**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**179.820**	**190.160**	**140.623**

Produktbeschreibung		
Produkt	**120366000 Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen**	
Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	1203	Bundesstraßen
Produkt	120366000	Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen

Produktinformation	Planung, Ausschreibung, Bauüberwachung zur Errichtung von Straßen, Wegen und Plätzen und deren Kontrollen.

Verantwortliche Organisationseinheit: III/66	**Verantwortliche Person(en): Herr Dingeldein**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: HStrG**

Produktziel 1	Bereitstellung einer bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Verkehrsinfrastruktur
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Aufwendungen für den Erhalt der Bundesstraßen einschl. der zugehörigen Verkehrsanlagen.	173.200	187.000	51.700

Bemerkungen	Die Aufwendungen für die Verkehrssicherungs- und Lichtsignalanlagen wurden mit aufgenommen.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1203 Bundesstraßen

01

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe 1203 Bundesstraßen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-82.000	-82.000	-93.523
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			-218
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-82.000**	**-82.000**	**-93.740**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	130.010	133.150	124.161
14	66	Abschreibungen	3.140	3.140	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	332.760	327.040	321.420
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**465.910**	**463.330**	**445.581**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**383.910**	**381.330**	**351.841**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**383.910**	**381.330**	**351.841**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**383.910**	**381.330**	**351.841**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**383.910**	**381.330**	**351.841**

Produktbeschreibung		
Produkt	**120468000 Parkeinrichtungen**	
Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	1204	Parkeinrichtungen
Produkt	120468000	Parkeinrichtungen

Produktinformation	Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Bereitstellung und Unterhaltung von Parkmöglichkeiten

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en):**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Bedarfsgerechte und wirtschaftliche Bereitstellung und Unterhaltung von Parkmöglichkeiten
Produktziel 2	
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**

Bemerkungen	Zusammenfassung folgender Produkte: Parkeinrichtungen, P+R Anlage Grabenstraße, Tiefgarage Löwenplatz, Parkdeck an der Festung.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Parkeinrichtungen			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1204 Parkeinrichtungen

01

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe 1204 Parkeinrichtungen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-128.770	-138.090	-11.563
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-450.000	-450.000	-484.075
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-35.000	-71.000	-178.915
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-613.770**	**-659.090**	**-674.553**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	231.285	165.150	169.246
14	66	Abschreibungen	241.780	241.780	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	270.100	265.450	260.880
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**743.165**	**672.380**	**430.126**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**129.395**	**13.290**	**-244.427**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**129.395**	**13.290**	**-244.427**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			450
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**450**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**129.395**	**13.290**	**-243.977**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			2.527
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	8.950	8.950	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**8.950**	**8.950**	**2.527**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**138.345**	**22.240**	**-241.450**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1204 Parkeinrichtungen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-920.000	-500.000	-720.000	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-13.805
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-920.000**	**-500.000**	**-720.000**	**-13.805**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-920.000**	**-500.000**	**-720.000**	**-13.805**

Investitionen
Produktgruppe 1204 Parkeinrichtungen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
12046800AA Parkeinrichtungen - Parkscheinautomaten	-270.000	-270.000	-100.000	-100.000	-100.000
12046802AA Tiefgarage Löwenplatz - Brandschutz/Lüftung/GLT/Sp	-350.000	-350.000	-300.000	0	0
12046803AA Parkdeck Frankfurter Str - Sanierung Planungskoste	-100.000	-300.000	-200.000	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**120582100 Lokale Nahverkehrsorganisation**	
Produktbereich	12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe	1205	ÖPNV
Produkt	120582100	Lokale Nahverkehrsorganisation

Produktinformation	Die lokale Nahverkehrsorganisation organisiert den innerstädtischen Busverkehr und ist darüber hinaus Bindeglied zum Rhein-Main-Verkehrsverbund und seinen weiteren beteiligten Nahverkehrsorganisationen/-gesellschaften. Bei den Aufgaben der Lokalen Nahverkehrsorganisation handelt es sich um kommunale Pflichtaufgaben gemäß § 5 (1) Hess. ÖPNV-Gesetz.

Verantwortliche Organisationseinheit: III/66.3	**Verantwortliche Person(en): Sebastian Renner**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage: HessÖPNVG**

Produktziel 1	Sicherstellung der ausreichenden Verkehrsbedienung durch den ÖPNV im Stadtgebiet im Einklang mit den weiteren Mobilitätsangeboten
Produktziel 2	Organisation einer bedarfsgerechten und zukunftsorientierten ÖPNV-Infrastruktur
Produktziel 3	Wahrung der Interessen der Stadt Rüsselsheim am Main im Rhein-Main-Verkehrsverbund

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Jährliche Nutzwagenkilometer (km/Nutzwagen)	1.060.200	1.043.000	1.097.265
Jährliches Fahrgastaufkommen	8.200.000	6.600.000	8.134.729

Bemerkungen	Aufrgund einer verstärkten Nutzung von Zeitkarten (Schülerticket Hessen, Jahreskarten, Seniorenticket, Jobticket etc.), der Einführung des Deutschlandtickets und der geplanten Einführung des Hessenpass Mobil sowie einem generellen Anstieg der ÖV-Nutzung im RMV-Gebiet ist von einer kontinuierlichen Erhöhung des jährlichen Fahrgastaufkommens zu rechnen. Im Zeitraum von 2018 bis 2024 hat eine Erhöhung des Fahrgastaufkommens von 3.800.000 auf 8.200.000 Fahrgäste (Plan-Werte) stattgefunden. Die Planwerte für das Jahr 2023 basieren auf den Ist-Werten aus dem Jahr 2021. Mit Blick auf die Ist-Werte 2022 ist gegenüber den Plan-Werten mit höheren Ist-Werten 2023 zu rechnen. Die Berechnugen des jährlichen Fahrgastaufkommens erfolgen auf Grundlage der durch die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH verkauften Fahrkarten und einem standardisierten Berechungsverfahren des Verbands Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV).

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Lokale Nahverkehrsorganisation			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1205 ÖPNV

01

Produktbereich 12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
Produktgruppe 1205 ÖPNV

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-105.500	-105.500	-66.210
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-158.000	-141.000	-152.697
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-2.061.000	-950.000	-1.909.964
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-2.324.500**	**-1.196.500**	**-2.128.871**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	158.100	140.540	3.743
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	6.775.695	6.210.220	6.259.724
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	82.000	82.000	77.520
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**7.015.795**	**6.432.760**	**6.340.987**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**4.691.295**	**5.236.260**	**4.212.116**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**4.691.295**	**5.236.260**	**4.212.116**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**4.691.295**	**5.236.260**	**4.212.116**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.691.295**	**5.236.260**	**4.212.116**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1205 ÖPNV

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	-6.010	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**-6.010**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**0**	**0**	**-6.010**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 1205 ÖPNV

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-3.140	0	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.870	0	0	0	0

PRODUKTBEREICH 13 Natur- und Landschaftspflege

Erläuterungen

Teilhaushalt: 130158000 Park- und Gartenanlagen

Sachkonto: Pos. 11/12 Personal- und Versorgungsaufwendungen
Mit der organisatorischen Trennung von der Bereiche Umwelt- und Naturschu
einen Seite sowie Grünplanung auf der anderen Seite werden hier die entspre
Personal- und Versorgungsaufwendungen gemäß Stellenplan dargestellt.

6161605 Grünanlagen, vertiefende Pflegearbeiten
Kosten von vertiefenden Pflegemaßnahmen bei Grün-
anlagen, die noch nicht im Rahmen des Leistungskatalogs
von der Städteservice AöR betreut werden.

6774300 Grünflächenkataster
Aufgrund der in den letzten Jahren erfolgten Veränderungen im Grünflächenb
im Sinne eines effektiven Flächenmanagements eine grundlegende Fortschre

Teilhaushalt: 130269000 Wasserverläufe und Wasserbau

7103000 Allgemeine Zuweisungen und Zuschüsse an Zweckverbände
7123000 Zuweisungen für lfd. Zwecke an Zweckverbände
Die Veranschlagung änderte sich aus finanzstatistischen Gründen.

Teilhaushalt: 130375000 Bestattungswesen

Sachkonto: 5110200 Gebühren für Nutzungsrechte
Im Sinne einer periodengerechten Darstellung des Gebührenaufkommens für
wird dieses über die Dauer des jeweils erworbenen Nutzungsrechts mittels ei
Rechnungsabgrenzung verteilt.
Die ausgwiesenen Ergebnisse reduzieren sich daher einerseits um Teilbeträg
Nutzungsjahre abzugrenzen sind und berücksichtigen andererseits Anteilsbet
Gebührenaufkommen der Vorjahre.

5110100 Gebühren für Bestattungen
5110200 Gebühren für Nutzungsrechte
Die Ansätze berücksichtigen eine vorgesehene Gebührenanspassung.

6179002 Räumung von Grabstätten (AöR)
Kosten der Räumung abgelaufener Grabstätten, bei denen sich keine Angehö

Teilhaushalt: 130412000 Natur- und Umweltschutz

Mit der organsatorischen Trennung der Bereiche Natur- und Umweltschutz einerseits und der Gr
änderte sich die Kostenstruktur des Teilhaushalts insbesondere bei den Personal- und Versorgu

Sachkonto: 5421350 Zuweisung des Landes (Klimaschutzumsetzung)
6993247 Umsetzung Klimaschutzkonzept

Die Aufwendungen korrespondieren mit der entsprechenden Landeszuweisur

5421360 **Zuweisung des Landes (Ladeinfrastruktur Clever)**

6179340 **Bewirtschaftung Ladeinfrastruktur Clever**

Die Aufwendungen korrespondieren mit der entsprechenden Landeszuweisur

Teilhaushalt: 130585500 **Waldbewirtschaftung und Naturschutz im Wald**

Sachkonto: 6179950 **Kosten, Beförsterung**

7121000 **Zuweisungen für laufende Zwecke an das Land**

Die forstwirtschaftlichen Dienstleistungen für den städtischen Wald werden n Hessenforst, sondern über eine private Servicegesellschaft abgewickelt.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege

01

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-168.900	-178.295	-72.941
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.642.800	-892.800	-1.060.387
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-108.170	-119.170	-118.119
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-148.830	-410.715	-30.072
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-710	-660	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-50.980	-50.940	-55.879
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-2.120.390**	**-1.652.580**	**-1.337.398**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.761.750	1.491.400	1.394.755
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	114.400	100.800	87.584
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.055.825	1.533.985	1.695.297
14	66	Abschreibungen	202.370	193.260	1.010
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	3.577.030	3.516.515	3.448.932
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	85	85	6.646
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**7.711.460**	**6.836.045**	**6.634.225**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**5.591.070**	**5.183.465**	**5.296.827**
21	56, 57	Finanzerträge	-100	-200	-100
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-100**	**-200**	**-100**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**5.590.970**	**5.183.265**	**5.296.727**
25	59	Außerordentliche Erträge			-6.095
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-6.095**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**5.590.970**	**5.183.265**	**5.290.632**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-633.490	-333.490	-186.008
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	495.490	498.490	212.000
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-138.000**	**165.000**	**25.992**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**5.452.970**	**5.348.265**	**5.316.624**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	6.650	0	6.650	2.761.753
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**6.650**	**0**	**6.650**	**2.761.753**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.923.500	-100.000	-1.975.750	-2.905.884
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-62.690	0	-1.287.410	-13.091
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.986.190**	**-100.000**	**-3.263.160**	**-2.918.975**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-1.979.540**	**-100.000**	**-3.256.510**	**-157.222**

Investitionen
Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
13015800AE Park- und Gartenanlagen - Umgestaltung von Grünflä	-160.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
13015800AF Park- und Gartenanlagen - Grundh. Ern. von Wegen	-130.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
13015800AH Park- und Gartenanlagen - Umgest. Danziger Anlage	-450.000	-50.000	0	0	0
13015800AI Park- und Gartenanlagen - Neuge Vorfeld Opelvillen	-770.000	-530.000	0	0	0
13015800AJ Park- und Gartenanl. - Entschlammung Ostpark Weihe	-50.000	-670.000	0	0	0
13015800AK Park- u. Gartenanl.-Maß. Label. Stadtgrün Naturnah	-120.000	-120.000	0	0	0
13015800AL Park- und Gartenanlagen- Sanierung Musikpavillon	0	0	-100.000	0	0
13015800AM Aufw. u Renaturierung Bolzplätze Paul-Hessemer-Str	0	0	-290.000	0	0
13037500AA Bestattungswesen Erweiterung der Grabfelder	-15.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
13037500AC Bestattungswesen - Erweiterung von Urnenwänden	-200.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
13037500AG Bestattungswesen - Ankauf von Bäumen	-20.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
13037500AN Bestattungswesen - Ersatzbeschaffung Parkbänke	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
13037500AO Waldfriedhof Trauerhalle grundh. Sanierung	0	-200.000	-100.000	0	0
13041200AH Umweltschutz - E-Mobilität Projekt Clever	-1.255.000	0	0	0	0
13041200AI Maßnahmen (Baumschutzsatzung)	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000
13041200ZB Natur- u. Umweltschutz-Ausgleich Baumschutzsatzung	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
13057830AA Feld- und Wirtschaftswege-Um-Aus-u.Neubau v.Feldw.	-37.250	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
13057830ZA Feld- und Wirtschaftswege - Zuschuss Jagdgenossen.	1.650	1.650	1.650	1.650	1.650
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-13.000	-22.130	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-5.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-10.500	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-2.410	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-8.060	0	0	0
INV Inventar	-12.000	-22.000	0	0	0

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1301 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

01

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe 1301 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-20	-20	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-20**	**-20**	
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	488.500	495.200	382.913
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	35.200	33.600	26.193
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	561.820	375.145	512.438
14	66	Abschreibungen	69.540	53.790	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.560.070	2.516.040	2.472.750
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**3.715.130**	**3.473.775**	**3.394.294**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**3.715.110**	**3.473.755**	**3.394.294**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**3.715.110**	**3.473.755**	**3.394.294**
25	59	Außerordentliche Erträge			-1.000
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-1.000**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**3.715.110**	**3.473.755**	**3.393.294**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			7.363
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	333.490	333.490	212.000
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**333.490**	**333.490**	**219.363**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**4.048.600**	**3.807.245**	**3.612.657**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1301 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	845
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**845**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-1.610.000	0	-1.680.000	-203.637
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-27.360	0	-24.510	-349
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-1.637.360**	**0**	**-1.704.510**	**-203.986**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-1.637.360**	**0**	**-1.704.510**	**-203.141**

Investitionen
Produktgruppe 1301 Öffentliches Grün/Landschaftsbau

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
13015800AE Park- und Gartenanlagen - Umgestaltung von Grünflä	-160.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
13015800AF Park- und Gartenanlagen - Grundh. Ern. von Wegen	-130.000	-120.000	-120.000	-120.000	-120.000
13015800AH Park- und Gartenanlagen - Umgest. Danziger Anlage	-450.000	-50.000	0	0	0
13015800AI Park- und Gartenanlagen - Neuge Vorfeld Opelvillen	-770.000	-530.000	0	0	0
13015800AJ Park- und Gartenanl. - Entschlammung Ostpark Weihe	-50.000	-670.000	0	0	0
13015800AK Park- u. Gartenanl.-Maß. Label. Stadtgrün Naturnah	-120.000	-120.000	0	0	0
13015800AL Park- und Gartenanlagen- Sanierung Musikpavillon	0	0	-100.000	0	0
13015800AM Aufw. u Renaturierung Bolzplätze Paul-Hessemer-Str	0	0	-290.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-13.000	-10.900	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-2.000	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-1.510	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-4.460	0	0	0
INV Inventar	-10.000	-10.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**130269000 Wasserläufe und Wasserbau**	
Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	1302	Öffentliche Gewässer/wasserbauliche Anlagen
Produkt	130269000	Wasserläufe und Wasserbau

Produktinformation	Unterhaltung des Mainufers; des Horlachgrabens

Verantwortliche Organisationseinheit: III/66	**Verantwortliche Person(en): Herr Dingeldein**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Erhaltung und Entwicklung von offenen Gewässern und Gräben
Produktziel 2	Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte
Produktziel 3	

Kennzahlen	**Plan 62023**	**Plan 2022**	**Ist 2021**
Aufwendungen für gewässerbauliche Maßnahmen	20.000	20.000	14.000

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2023	Zahl der Stellen 2022	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2022
Wasserläufe und Wasserbau			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1302 Öffentliche Gewässer/wasserbauliche Anlagen

01

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe 1302 Öffentliche Gewässer/wasserbauliche Anlagen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**			
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	546.135	10.055	18.378
14	66	Abschreibungen	15.990	15.990	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	154.650	152.220	149.819
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**716.775**	**178.265**	**168.197**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**716.775**	**178.265**	**168.197**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**716.775**	**178.265**	**168.197**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**716.775**	**178.265**	**168.197**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-300.000		
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-300.000**		
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**416.775**	**178.265**	**168.197**

Produktbeschreibung		
Produkt	**130375000 Bestattungswesen**	
Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	1303	Friedhof- und Bestattungswesen
Produkt	130375000	Bestattungswesen

Produktinformation	
Verantwortliche Organisationseinheit: 67	**Verantwortliche Person(en): Herr Kuhn**
Pflichtaufgaben: X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Sicherstellung von Bestattungen in der jeweiligen Grabart entsprechend den Wünschen der Hinterbliebenen (auch im Rahmen der IKZ-Vereinbarung für Rüsselsheim, Raunheim und Kelsterbach)
Produktziel 2	Dauerhafte Sicherstellung der Versorgung mit Friedhofsflächen und Bereitstellung von traditionellen sowie innovativen Grabarten; Abtretung von nicht benötigten Freiflächen (Königstädten)
Produktziel 3	Verbesserung des Kostendeckungsgrades bei gleichzeitig gleichbleibenden oder verbesserten Leistungen

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kostendeckungsgrad Bestattungswesen (%)		70	

Bemerkungen

Die Planzahlen können seitens der Friedhofverwaltung nicht vollständig kalkuliert werden. Neukalkulationen sind derzeitig noch nicht abgeschlossen. Da div. Buchungen offensichtlich noch nicht durchgeführt wurden, sind aktuell keine verlässlich auswertbaren Zahlen vorhanden. Die Höhe des Kostendeckungsgrades wird maßgeblich durch den Stadtverordnetenbeschluss zur neuen Friedhofsgebührensatzung beeinflußt.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Bestattungswesen			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1303 Friedhofs- und Bestattungswesen

01

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe 1303 Friedhofs- und Bestattungswesen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500	-500	
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.620.000	-870.000	-1.042.119
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-60.000	-70.000	-72.012
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-4.100	-4.100	-4.127
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-49.980	-49.980	-49.980
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-1.734.580**	**-994.580**	**-1.168.238**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	145.500	167.800	129.476
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	10.500	11.300	10.705
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	162.765	168.435	186.465
14	66	Abschreibungen	99.840	98.280	248
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	721.610	709.200	697.000
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.140.215**	**1.155.015**	**1.023.893**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-594.365**	**160.435**	**-144.345**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-594.365**	**160.435**	**-144.345**
25	59	Außerordentliche Erträge			-3.812
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-3.812**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-594.365**	**160.435**	**-148.157**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-333.490	-333.490	-193.371
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	162.000	165.000	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-171.490**	**-168.490**	**-193.371**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-765.855**	**-8.055**	**-341.528**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1303 Friedhofs- und Bestattungswesen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-272.500	-100.000	-237.500	-7.161
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-5.310	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-277.810**	**-100.000**	**-237.500**	**-7.161**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-277.810**	**-100.000**	**-237.500**	**-7.161**

Investitionen
Produktgruppe 1303 Friedhofs- und Bestattungswesen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
13037500AA Bestattungswesen Erweiterung der Grabfelder	-15.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
13037500AC Bestattungswesen - Erweiterung von Urnenwänden	-200.000	-50.000	-50.000	-50.000	-50.000
13037500AG Bestattungswesen - Ankauf von Bäumen	-20.000	-10.000	-10.000	-10.000	-10.000
13037500AN Bestattungswesen - Ersatzbeschaffung Parkbänke	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500	-2.500
13037500AO Waldfriedhof Trauerhalle grundh. Sanierung	0	-200.000	-100.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0	-5.310	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**130412000 Natur- und Umweltschutz**	
Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	1304	Naturschutz und Landschaftspflege
Produkt	130412000	Natur- und Umweltschutz

Produktinformation	Erhalt der Flora und Fauna, Klimaschutz und Klimaanpassung

Verantwortliche Organisationseinheit: III/Amt 68	**Verantwortliche Person(en): Dr. Lavinia Schardt**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Reduzierung von Lärm und illegaler Abfallbeseitigung. Landschaftsüberwachung, Reinhaltung der Luft, der Böden und des Wassers, Wildschadenfeststellung
Produktziel 2	Sicherung des Naturhaushaltes und der Gewässer als Lebensgrundlage des Menschen, der Tiere und der Pflanzenwelt
Produktziel 3	Schutz der Umwelt, der natürlichen Klimafunktionen und Anpassung an den Klimawandel

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der umgesetzten Maßnahmen im Bereich Klimaschutz und Klimaanapssung	5	5	5
Anzahl der Schutzgebiete	7	7	7
Anzahl der Verwarnungen im Außenbereich (4727 ha) und Bußgeldverfahren	98	98	98

Bemerkungen

Gesetzliche Grundlage: EU-Richtlinien; BNatSchG; HENatG; HWG; WRRL. Klimagesetz Bund und Land Hessen
Beinflussung des Produktes/Zielkonflikt: Änderung der gesetzlichen Grundlagen, Wetter- und Klimaveränderungen, Eingriffe in Natur- und Landschaft.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Natur- und Umweltschutz			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1304 Naturschutz und Landschaftspflege

01

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe 1304 Naturschutz und Landschaftspflege

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-22.800	-22.800	-18.268
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-46.670	-46.170	-44.984
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-144.730	-358.040	-25.945
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			-4.837
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-214.200**	**-427.010**	**-94.033**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	1.127.750	828.400	882.366
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	68.700	55.900	50.687
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	370.800	559.310	721.927
14	66	Abschreibungen	9.310	10.770	763
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	117.610	116.365	107.064
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	85	85	84
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.694.255**	**1.570.830**	**1.762.891**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.480.055**	**1.143.820**	**1.668.858**
21	56, 57	Finanzerträge	-100	-200	-100
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-100**	**-200**	**-100**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.479.955**	**1.143.620**	**1.668.758**
25	59	Außerordentliche Erträge			-1.283
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-1.283**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.479.955**	**1.143.620**	**1.667.475**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.479.955**	**1.143.620**	**1.667.475**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1304 Naturschutz und Landschaftspflege

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	5.000	0	5.000	2.759.258
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**5.000**	**0**	**5.000**	**2.759.258**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-21.000	0	-21.000	-2.692.349
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-30.020	0	-1.262.900	-12.742
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-51.020**	**0**	**-1.283.900**	**-2.705.091**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-46.020**	**0**	**-1.278.900**	**54.167**

Investitionen
Produktgruppe 1304 Naturschutz und Landschaftspflege

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
13041200AH Umweltschutz - E-Mobilität Projekt Clever	-1.255.000	0	0	0	0
13041200AI Maßnahmen (Baumschutzsatzung)	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000	-21.000
13041200ZB Natur- u. Umweltschutz-Ausgleich Baumschutzsatzung	5.000	5.000	5.000	5.000	5.000
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	0	-5.920	0	0	0
GWG2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	-5.000	0	0	0	0
GWG2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter - Sammler	0	-8.500	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-900	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-3.600	0	0	0
INV Inventar	-2.000	-12.000	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**130585500 Waldbewirtschaftung und Naturschutz im Wald**	
Produktbereich	13	Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe	1305	Land- und Forstwirtschaft
Produkt	130585500	Waldbewirtschaftung und Naturschutz im Wald

Produktinformation	Klimaangepasste Waldbewirtschaftung im Stadtwald Rüsselsheim am Main

Verantwortliche Organisationseinheit: III/Amt 68	**Verantwortliche Person(en): Dr. Lavinia Schardt**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**
Produktziel 1	Waldbauliche Behandlung des Waldes und Verbesserung der Waldbewirtschaftung unter klimatischen Gesichtspunkten	
Produktziel 2	Erhaltung und Förderung der Schutz- und Klimafunktionen	
Produktziel 3		

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Wiederherstellung von Waldflächen (ha)			

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Waldbewirtschaftung und Naturschutz im Wald			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1305 Land- und Forstwirtschaft

01

Produktbereich 13 Natur- und Landschaftspflege
Produktgruppe 1305 Land- und Forstwirtschaft

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-168.400	-177.795	-72.941
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-1.500	-3.000	-1.123
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen		-48.575	
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-690	-640	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-1.000	-960	-1.062
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-171.590**	**-230.970**	**-75.126**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	414.305	421.040	256.088
14	66	Abschreibungen	7.690	14.430	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	23.090	22.690	22.300
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			6.562
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**445.085**	**458.160**	**284.950**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**273.495**	**227.190**	**209.824**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**273.495**	**227.190**	**209.824**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**273.495**	**227.190**	**209.824**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**273.495**	**227.190**	**209.824**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1305 Land- und Forstwirtschaft

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	1.650	0	1.650	1.650
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**1.650**	**0**	**1.650**	**1.650**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-20.000	0	-37.250	-2.735
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-20.000**	**0**	**-37.250**	**-2.735**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-18.350**	**0**	**-35.600**	**-1.085**

Investitionen
Produktgruppe 1305 Land- und Forstwirtschaft

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
13057830AA Feld- und Wirtschaftswege-Um-Aus-u.Neubau v.Feldw.	-37.250	-20.000	-20.000	-20.000	-20.000
13057830ZA Feld- und Wirtschaftswege - Zuschuss Jagdgenossen.	1.650	1.650	1.650	1.650	1.650

PRODUKTBEREICH 15 Wirtschaft und Tourismus

Erläuterungen

Teilhaushalt: 150173000 Marktwesen

Sachkonto: 6179010 Sicherheitsdienste
Der Einsatz von Sicherheitspersonal wird bei Veranstaltungen des Marktwesens verstärkt erforderlich.

6861250 Kosten des Marketings
Die Kosten dienen der Intensivierung von Werbemaßnahmen u.a. in den einschlägigen Fachmedien.

6993292 Sicherheitsmaßnahmen, komm. Veranstaltungen/Kerb
Kosten für Sicherungsmaßnahmen wie z.B. Straßensperren u.a..

6994350 Klassikertreffen
Das Klassikertreffen wurde bislang über den Haushalt des Eigenbetriebs Kultur 123 abgewickelt.

Teilhaushalt: 150179100 Wirtschaftsförderung

5483300 Kostenerstattung vom Zweckverband Fernost
Aufgrund der aktuellen Vakanz der entsprechenden Personalstelle entfällt die Kostenerstattung.

Teilhaushalt: 150177000 Städtische Betriebshöfe

Sachkonto: 5601000 Erträge aus der Beteiligung über Gewinn
Erneute Wiederholungsveranschlagung.
Der Ansatz berücksichtigt die Rückführung der Liquiditäts-ausstattung die der Städteservice AöR zum Erwerb des Anlagenvermögens des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe 2016 gezahlt wurde.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus

01

Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.000	-4.000	-2.599
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-96.000	-93.525	-83.356
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-356.200	-206.000	-14.739
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-630	-630	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-215.645	-215.120	-211.446
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-670.475**	**-519.275**	**-312.140**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	454.420	451.800	460.049
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	32.500	30.800	31.145
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.007.495	1.580.440	782.927
14	66	Abschreibungen	123.060	124.750	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	877.460	856.680	772.310
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	285.750	135.750	135.714
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.000		30.000
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**2.790.685**	**3.180.220**	**2.212.145**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**2.120.210**	**2.660.945**	**1.900.005**
21	56, 57	Finanzerträge	-2.181.000	-2.180.000	
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-2.181.000**	**-2.180.000**	
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-60.790**	**480.945**	**1.900.005**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			31.888
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**31.888**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-60.790**	**480.945**	**1.931.893**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			7.787
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	10.935	11.250	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**10.935**	**11.250**	**7.787**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-49.855**	**492.195**	**1.939.680**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-250.000	-300.000	-150.000	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-1.125
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-20.930	0	-20.850	-14.628
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-13.500	0	-13.500	-13.500
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-270.930**	**-300.000**	**-170.850**	**-15.753**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-270.930**	**-300.000**	**-170.850**	**-15.753**

Investitionen
Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
15023550AC Kultur-u. Bildungszentrum-grundh.San.Betonbrüstung	0	0	-200.000	0	0
15025910AD Regionalpark Rhein-Main - Zuweisung an die RP GmbH	-13.500	-13.500	-13.500	-13.500	-13.500
15027600AA Stadthalle - grundhafte Sanierung	-150.000	-250.000	-300.000	0	0
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-3.020	-5.160	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-330	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-2.270	0	0	0
INV Inventar	-4.000	0	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produkt	**150173000 Marktwesen**	
Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	1501	Wirtschaftsförderung
Produkt	150173000	Marktwesen

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F1	**Verantwortliche Person(en): Frau Hartung**
Pflichtaufgaben: ☐	**gesetzliche Grundlage:**

Strategische Ziele	
Ziel 1	Sicherstellung der Brauchtumspflege durch Volksfeste, Jahrmärkte und traditionelle Veranstaltungen.
Ziel 2	Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit frischen und regionalen Lebensmitteln und Waren durch Wochenmärkte.
Ziel 3	Zentrale Anlaufstelle zur Beantragung und Beratung von Veranstaltungen in Rüsselsheim am Main.

Operative Ziele

Ziel	**Kennzahl**	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**	**Maßnahme**
Steigerung der Attraktivität der Rüsselsheimer Kerb	Anzahl der Beschicker	60		56	Aquirierung von neuen Interessenten mit neuen Angeboten
Verstetigung der Qualität auf den Wochenmärkten	Anzahl der Beschicker	40		44	Unterstützung der Wochenmarktbeschicker durch Beratung, Service und Marketing
Steigerung von attraktiven Veranstaltungen in Rüsselsheim am Main	Durchgeführte Beratungen von Interessierten	20		-	Durchführung von Beratungs-, Dienstleistungs- und Kooperationsangeboten.

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Marktwesen			

Produktbeschreibung		
Produkt	**150179100 Wirtschaftsförderung**	
Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	1501	Wirtschaftsförderung
Produkt	150179100	Wirtschaftsförderung

Produktinformation	Aufbau und Etablierung von multidisziplinären Business-Netzwerken und Unternehmensclustern, Schnittstelle Stadt, Wirtschaft, Forschung & (Aus-)Bildung zur Standortsicherung und -entwicklung

Verantwortliche Organisationseinheit: I/F2.1	**Verantwortliche Person(en): Frau Gotz**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Bestandspflege und Bestandsentwicklung
Produktziel 2	Identifizierung und Etablierung von Unternehmensclustern
Produktziel 3	Ansiedlung von Unternehmen sowie Begleietung von Gründungen/Start Ups

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Anzahl der (qualifizierten) Unternehmenskontakte	310	260	190
Anzahl der Beratungen	245	210	140
Anzahl der Veranstaltungen	57	45	25

Bemerkungen

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023
Wirtschaftsförderung			

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1501 Wirtschaftsförderung

01

Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe 1501 Wirtschaftsförderung

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-96.000	-93.525	-83.356
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-156.200	-6.000	-5.450
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen			
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-252.200**	**-99.525**	**-88.805**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	454.420	451.800	457.651
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	32.500	30.800	31.145
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	497.175	1.008.430	255.645
14	66	Abschreibungen	410	880	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	155.340	146.940	74.750
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	250.000	100.000	100.000
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.000		30.000
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.399.845**	**1.738.850**	**949.191**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**1.147.645**	**1.639.325**	**860.386**
21	56, 57	Finanzerträge			
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**1.147.645**	**1.639.325**	**860.386**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**1.147.645**	**1.639.325**	**860.386**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	750	750	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**750**	**750**	
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**1.148.395**	**1.640.075**	**860.386**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1501 Wirtschaftsförderung

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-7.430	0	-3.350	-1.128
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-7.430**	**0**	**-3.350**	**-1.128**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-7.430**	**0**	**-3.350**	**-1.128**

Investitionen
Produktgruppe 1501 Wirtschaftsförderung

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
EDV Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Org.mitteln	-3.020	-5.160	0	0	0
GWGEDV2023 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	-330	0	0	0	0
GWGEDV2024 Geringwertige Wirtschaftsgüter EDV - Sammler	0	-2.270	0	0	0

Produktbeschreibung		
Produktgruppe	**1502 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen**	
Produktbereich	15	Wirtschaft undTourismus
Produktgruppe	1502	Betriebe gewerblicher Art (BGA)
Produkt		

Produktinformation	Zweckentsprechende Unterhaltung und Vermarktung der Gebäude und deren Unterhaltung

Verantwortliche Organisationseinheit:	**Verantwortliche Person(en):**

Pflichtaufgaben:	X	**gesetzliche Grundlage:**

Produktziel 1	Zweckentsprechende Unterhaltung und Vermarktung der Gebäude
Produktziel 2	Zur Verfügungstellung von Gasstätten für die Bevölkerung
Produktziel 3	Steigerung des Kostendeckungsgrades

Kennzahlen	**Plan 2024**	**Plan 2023**	**Ist 2022**
Kostendeckungsgrad (%)	74	70	86

Bemerkungen	Zusammenfassung folgender Produkte: Biergarten Ostpark, Festungskeller, Gaststätte Zur Krone und Kaisersaal Königstädten, La Forchetta (Treff)

Stellenplan	Zahl der Stellen 2024	Zahl der Stellen 2023	Zahl der tats. besetzten Stellen am 30.06.2023

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1502 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen

01

Produktbereich	15	Wirtschaft und Tourismus
Produktgruppe	1502	Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.000	-4.000	-2.599
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-200.000	-200.000	-9.289
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen			
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-630	-630	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge	-215.645	-215.120	-211.446
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-418.275**	**-419.750**	**-223.334**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			2.398
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	510.320	572.010	527.282
14	66	Abschreibungen	122.650	123.870	
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	722.120	709.740	697.560
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	35.750	35.750	35.714
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**1.390.840**	**1.441.370**	**1.262.954**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**972.565**	**1.021.620**	**1.039.620**
21	56, 57	Finanzerträge	-2.181.000	-2.180.000	
22	77	Finanzaufwendungen			
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**-2.181.000**	**-2.180.000**	
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-1.208.435**	**-1.158.380**	**1.039.620**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			31.888
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**31.888**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-1.208.435**	**-1.158.380**	**1.071.508**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			7.787
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen	10.185	10.500	
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**10.185**	**10.500**	**7.787**
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-1.198.250**	**-1.147.880**	**1.079.295**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1502 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-250.000	-300.000	-150.000	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	-1.125
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-13.500	0	-17.500	-13.500
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	-13.500	0	-13.500	-13.500
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**-263.500**	**-300.000**	**-167.500**	**-14.625**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**-263.500**	**-300.000**	**-167.500**	**-14.625**

Investitionen
Produktgruppe 1502 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
15023550AC Kultur-u. Bildungszentrum-grundh.San.Betonbrüstung	0	0	-200.000	0	0
15025910AD Regionalpark Rhein-Main - Zuweisung an die RP GmbH	-13.500	-13.500	-13.500	-13.500	-13.500
15027600AA Stadthalle - grundhafte Sanierung	-150.000	-250.000	-300.000	0	0
INV Inventar	-4.000	0	0	0	0

PRODUKTBEREICH 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

Erläuterungen

Teilhaushalt: 160190000 Steuern, allg. Umlagen, allg. Zuweisungen

Sachkonto: 7354100 Kreisumlage

Der Hebesatz der Kreisumlage beträgt vorläufig 36,71 v.H.

Entwicklung des Hebesatzes in v.H.:

2015	50
2016	41,41
2017	41,41
2018	39,77
2019	41,31
2020	41,31
2021	38,81
2022	38,81
2023	38,81
2024	43,19

7354500 Heimatumlage

Im Rahmen des "Starke Heimat"-Gesetzes wurde im Gegenzug zur Reduzierung der Gewerbesteuerumlage eine sog. "Heimatumlage" eingeführt, die bei einem Hebesatz der Gewerbesteuer von 420 v.H. auf einem Vervielfältiger von 21,75 v.H. basiert.

7380100 Gewerbesteuerumlage

Die Berechnung der Gewerbesteuerumlage basiert auf einem Hebesatz von 420 v.H. und einem Vervielfältiger von 35 v.H.

Entwicklung des Vervielfältigers in v.H.:

2015	69
2016	69
2017	68,5
2018	68,3
2019	64
2020	35
2021	35
2022	35
2023	35
2024	35

Teilhaushalt: 160291210 Zinsen für Kassenkredite

Sachkonto: 7711000 Bankzinsen, WI Bank, Schutzschirmgesetz

Bruttoveranschlagung der Abwicklung nach dem Schutzschirmgesetz.

Teilergebnishaushalt Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

01

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-60.000		-5.463
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-131.916.000	-105.723.000	-117.224.467
06	547	Erträge aus Transferleistungen	-2.535.000	-2.410.000	-2.339.424
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-57.552.595	-67.050.000	-58.637.310
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-1.106.210	-1.057.710	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-193.169.805**	**-176.240.710**	**-178.206.665**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	66	Abschreibungen	21.320	21.320	37.914
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	41.326.580	34.542.550	34.250.676
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**41.347.900**	**34.563.870**	**34.288.589**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-151.821.905**	**-141.676.840**	**-143.918.076**
21	56, 57	Finanzerträge	-1.380.000	-1.350.000	-177.234
22	77	Finanzaufwendungen	10.940.500	9.311.000	6.168.955
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**9.560.500**	**7.961.000**	**5.991.721**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-142.261.405**	**-133.715.840**	**-137.926.355**
25	59	Außerordentliche Erträge			-37.389
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-37.389**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-142.261.405**	**-133.715.840**	**-137.963.744**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-2.010.000	-2.005.000	
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-2.010.000**	**-2.005.000**	
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-144.271.405**	**-135.720.840**	**-137.963.744**

Teilfinanzhaushalt Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	200.000	0	200.000	2.344.370
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	189.467
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	50.798.200	0	70.175.950	66.315.335
	Summe	**50.998.200**	**0**	**70.375.950**	**68.849.172**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-2.758
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	-2.758
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-13.127.750	0	-12.771.750	-15.800.157
	Summe	**-13.127.750**	**0**	**-12.771.750**	**-15.802.915**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**37.870.450**	**0**	**57.604.200**	**53.046.257**

Investitionen
Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
16019000ZE Steuern-allg.Zuweis und Umlagen - Regionalfonds	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000
16029110ZA Kredite - Kreditaufnahme beim Land (Schulbaudar	600.000	500.000	500.000	500.000	500.000
16029110ZB Kredite - Kreditaufnahme auf dem Kreditmarkt	69.575.950	50.298.200	40.751.185	25.311.630	17.732.230
16029120TA Tilgung langfristige Kredite, Land	-1.200.000	-1.100.000	-1.050.000	-1.020.000	-1.010.000
16029120TC Tilgung langfristige Kredite, Kreditmarkt	-9.800.000	-10.200.000	-10.870.000	-11.650.000	-12.400.000
16029120TD Tilgung langfrist. Kredite, Sonderinvest.programm	-79.000	-79.000	-79.000	-79.000	-79.000
16029120TE Tilgungen im Rahmen der Sonderzahlung Hessenkasse	-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750
16029120TF Tilgung KIP I	-57.000	-57.000	-57.000	-57.000	-57.000
16029120TG Tilgung KIP II	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
16029120TH Tilgung Digitalpakt	0	-56.000	-56.000	-56.000	-56.000

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1601 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen

01

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe 1601 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen			
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-131.916.000	-105.723.000	-117.224.467
06	547	Erträge aus Transferleistungen	-2.535.000	-2.410.000	-2.339.424
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-55.965.595	-65.500.000	-56.988.278
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-495.130	-507.870	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-190.911.725**	**-174.140.870**	**-176.552.170**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	66	Abschreibungen	21.320	21.320	37.914
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	41.326.580	34.542.550	34.250.676
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**	**41.347.900**	**34.563.870**	**34.288.589**
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-149.563.825**	**-139.577.000**	**-142.263.581**
21	56, 57	Finanzerträge	-150.000	-150.000	37.803
22	77	Finanzaufwendungen	150.000	150.000	38
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**			**37.841**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**-149.563.825**	**-139.577.000**	**-142.225.740**
25	59	Außerordentliche Erträge			-37.389
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			**-37.389**
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**-149.563.825**	**-139.577.000**	**-142.263.129**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen			
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**			
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**-149.563.825**	**-139.577.000**	**-142.263.129**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1601 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	200.000	0	200.000	0
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**200.000**	**0**	**200.000**	**0**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	0
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
	Summe	**0**	**0**	**0**	**0**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**200.000**	**0**	**200.000**	**0**

Investitionen
Produktgruppe 1601 Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
16019000ZE Steuern-allg.Zuweis und Umlagen - Regionalfonds	200.000	200.000	200.000	200.000	200.000

Teilergebnishaushalt Produktgruppe 1602 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

01

Produktbereich 16 Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktgruppe 1602 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Pos.	Konto	Bezeichnung	Ansatz 2024	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
		Ordentliche Erträge			
01	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte			
02	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
03	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-60.000		-5.463
04	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen			
05	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen			
06	547	Erträge aus Transferleistungen			
07	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke und allgemeine Umlagen	-1.587.000	-1.550.000	-1.649.032
08	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	-611.080	-549.840	
09	53	Sonstige ordentliche Erträge			
10		**Summe der ordentlichen Erträge (Nr. 1 bis 9)**	**-2.258.080**	**-2.099.840**	**-1.654.496**
		Ordentliche Aufwendungen			
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen			
12	644-646	Versorgungsaufwendungen			
13	60, 61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
14	66	Abschreibungen			
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen			
16	73	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen			
17	72	Transferaufwendungen			
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen			
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen (Nr. 11 bis 18)**			
20		**Verwaltungsergebnis (Nr. 10 ./. Nr. 19)**	**-2.258.080**	**-2.099.840**	**-1.654.496**
21	56, 57	Finanzerträge	-1.230.000	-1.200.000	-215.037
22	77	Finanzaufwendungen	10.790.500	9.161.000	6.168.917
23		**Finanzergebnis (Nr. 21 bis Nr. 22)**	**9.560.500**	**7.961.000**	**5.953.880**
24		**Ordentliches Ergebnis (Verwaltungsergebnis und Finanzergebnis Nr. 20 und Nr. 23)**	**7.302.420**	**5.861.160**	**4.299.384**
25	59	Außerordentliche Erträge			
26	79	Außerordentliche Aufwendungen			
27		**Außerordentliches Ergebnis (Nr. 25 ./. Nr. 26)**			
28		**Jahresergebnis vor internen Leistungsbeziehungen (ordentliches Ergebnis und außerordentliches Ergebnis Nr. 24 und Nr. 27)**	**7.302.420**	**5.861.160**	**4.299.384**
29		Erlöse der internen Leistungsbeziehungen	-2.010.000	-2.005.000	
30		Kosten der internen Leistungsbeziehungen			
31		**Ergebnis der internen Leistungsbeziehungen**	**-2.010.000**	**-2.005.000**	
32		**Jahresergebnis nach internen Leistungsbeziehungen**	**5.292.420**	**3.856.160**	**4.299.384**

Teilfinanzhaushalt Produktgruppe 1602 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

01

Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2024	VE	Ansatz 2023	Ergebnis 2022
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit				
20	+ Einz. aus Investitionszuweis. und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	0	0	0	2.344.370
21	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0	0
22	+ Einz. aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	189.467
	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
31	+ Einz. aus der Aufnahme v. Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	50.798.200	0	70.175.950	66.315.335
	Summe	**50.798.200**	**0**	**70.175.950**	**68.849.172**
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit				
24	- Ausz. für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	- Ausz. für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	- Ausz. für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	0	0	0	-2.758
	davon: Ausz. aus gewährten Investitionszuweisungen und -zuschüssen	0	0	0	-2.758
27	- Ausz. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit				
32	- Ausz. für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-13.127.750	0	-12.771.750	-15.800.157
	Summe	**-13.127.750**	**0**	**-12.771.750**	**-15.802.915**
	Saldo (Einzahlungen ./. Auszahlungen)	**37.670.450**	**0**	**57.404.200**	**53.046.257**

Investitionen
Produktgruppe 1602 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

01

Nr. Bezeichnung	Ansatz 2023	Ansatz 2024	Finanzplan 2025	Finanzplan 2026	Finanzplan 2027
16029110ZA Kredite - Kreditaufnahme beim Land (Schulbaudar	600.000	500.000	500.000	500.000	500.000
16029110ZB Kredite - Kreditaufnahme auf dem Kreditmarkt	69.575.950	50.298.200	40.751.185	25.311.630	17.732.230
16029120TA Tilgung langfristige Kredite, Land	-1.200.000	-1.100.000	-1.050.000	-1.020.000	-1.010.000
16029120TC Tilgung langfristige Kredite, Kreditmarkt	-9.800.000	-10.200.000	-10.870.000	-11.650.000	-12.400.000
16029120TD Tilgung langfrist. Kredite, Sonderinvest.programm	-79.000	-79.000	-79.000	-79.000	-79.000
16029120TE Tilgungen im Rahmen der Sonderzahlung Hessenkasse	-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750
16029120TF Tilgung KIP I	-57.000	-57.000	-57.000	-57.000	-57.000
16029120TG Tilgung KIP II	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000	-60.000
16029120TH Tilgung Digitalpakt	0	-56.000	-56.000	-56.000	-56.000

STELLENPLAN
2 0 2 4

Deckungsvermerk zum Stellenplan:

Umsetzungen von Planstellen sind zulässig.

Die Umsetzungen sind beim Erlass der nächsten Haushaltssatzung (nicht Nachtragssatzung) in den Stellenplan aufzunehmen.

Stellenplan Teil A: Beamte

I. Stadtverwaltung Rüsselsheim		Besoldungsgruppen nach dem Hessischen Besoldungsgesetz																	Beamte zusammen 2024	Zahl der Stellen n. d. Stellenplan 2023	Zahl der am 30.06.2023 tats. besetzten Stellen	Vermerke, Erläuterungen
		höherer Dienst								gehobener Dienst					mittlerer Dienst							
Teilhaushalt	Bezeichnung	B 6	B 5	B 4	B 3	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 9	A 9	A 8	A 7	A 6				
	I. STADTVERWALTUNG																					
010100000	Stadtverordnetenversammlung									1									1,00	1,00	1,00	
010100030	Magistrat	1		1	1			2 +											5,00	5,00	3,00	+ 1 kw
010101000	Rechnungsprüfungsamt						0,8			1		1,5							3,30	3,80	1,80	
010101500	Datenschutz und Informationsfreiheit						0,2					0,5							0,70	0,20	0,20	
010102050	Verwaltungssteuerung und -organisation						1				2 *	1							4,00	4,00	3,75	* 1 ku
010102100	Personalwesen						1			1	1	1							4,00	4,00	3,90	
010102200	Rechtsamt						1	1											2,00	2,00	1,12	
010103100	Stadtkämmerei					1				2	1	1							5,00	5,00	5,00	
010103200	Stadtkasse											1	3						4,00	4,00	3,58	
010103400	Steuerangelegenheiten										1	1			1				3,00	3,00	2,35	
010108000	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige														1				1,00	1,00	1,00	
010160050	Gebäudewirtschaft						1	1											2,00	2,00	1,95	
020105200	Wahlen									1									1,00	1,00		
020202600	Stadtbüros / Meldewesen															1			1,00	2,00	1,64	
020205000	Standesamt									1	1								2,00	2,00	2,00	
020211500	Ordnungsangelegenheiten						1		1			1	1						4,00	7,00	5,39	
020211510	Stadtpolizei										1								1,00	1,00	1,00	
020211520	Ausländerangelegenheiten														1	1			2,00	0,00	0,00	
020313000	Brandschutz						1			1	2	5	10 +		14	28			61,00	62,00	52,69	+ 1 kw
040030000	Kultur-Steuerung												1						1,00	1,00	1,00	
050543500	Obdachlosenhilfe															1 +			1,00	1,00	1,00	+ 1 kw
050562000	Wohnungswesen															1			1,00	1,00	1,00	
060040700	Verwaltung FB Jugend und Senioren							1											1,00	1,00	0,00	
060040720	Verwaltung - Kindertagesstätten / Horte												1	1					2,00	2,00	1,92	
060345740	Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft											2							2,00	2,00	2,00	
100103500	Liegenschaften und Landwirtschaft																		0,00	1,00	1,00	
100161300	Bauaufsichtsamt						1					1							2,00	2,00	1,68	
110060200	Tiefbauamt						1				1								2,00	2,00	1,00	
150179100	Wirtschaftsförderung						1												1,00	0,00	0,00	
	Stellenplan 2024	1	0	1	1	1	10	5	1	8	10	16	16	1	17	32	0	0	120,00			*1 ku, +3 kw
	Stellenplan 2023	1	0	1	1	1	10	5	1	8	10	17	19	1	17	31	0	0		123,00		*2 ku, +6 kw
	Zahl der am 30.06.2023 besetzten Stellen																				101,97	
	IV. Kultur 123																					
	Stellenplan 2024 (Wirtschaftsplan liegt noch nicht vor)							1			1								2,00			
	Stellenplan 2022							1			1									2,00		

Stellenplan Teil B: Arbeitnehmer

Teilhaushalt	Bezeichnung	Entgeltgruppen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst																	Arbeitnehmer zusammen 2024	Zahl der Stellen n. d. Stellenplan 2023	Zahl der am 30.06.2023 tats. besetzten Stellen	Erläuterungen
		15 Ü	15	14	13	12	11	10	9 c	9 b	9 a	8	7	6	5	4	3	2 Ü				
	I. STADTVERWALTUNG																					
010100020	Ausländerbeirat					1						0,5							1,50	1,50	1,24	
010100030	Magistrat			1		1 *		1	1	3	1	1							9,00 **	8,00	5,00	** 1,0 Stelle Funktion "Externe Frauenbeauftragte", die Stelle wird bis zur Erstellung einer entsprechenden Konzeption und bis zur Neubewertung durch die Stellenbewertungskomission gesperrt
010101000	Rechnungsprüfungsamt					1					2								3,00	2,80	2,00	
010101500	Datenschutz und Informationsfreiheit																		0,00	0,20	0,00	
010102000	EDV-Dienstleistungen		1			7	8			9 **	1	1							27,00	23,00	14,00	** 1 Sperrvermerk
010102050	Verwaltungssteuerung und -organisation					2 +	2	1	1	0,23	0,77	4 *	8,5 ++						19,50	22,50	21,18	+ 1 kw, ++ 2 kw, * 1 ku
010102060	Protokoll, Städtepartnerschaften										1								1,00	1,00	1,00	
010102100	Personalwesen					1	2		5,57	1,84	7								17,41	16,50	14,85	
010102110	Aus- und Fortbildung						3	2	1	0,75									6,75	3,75	2,20	
010102200	Rechtsamt				1						0,5	1,5							3,00	3,00	2,00	
010102400	Presse- und Medienarbeit				2	1	5												8,00	8,00	3,92	
010102450	Stadtmarketing				1		3		2 +										6,00	6,00	4,00	+ 1 kw
010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit					1,5				3,5	3								8,00	2,50	2,00	
010102530	Integrationsaufgaben											0,5							0,50	0,50	0,50	
010103000	Zentrales Controlling / Beteiligungsmanagement						1			2									3,00	3,00	2,92	
010103100	Stadtkämmerei					1			1,75	2		2							6,75	6,75	6,45	
010103200	Stadtkasse					1			0,5		6	4,17	1						12,67	12,67	11,14	
010103400	Steuerangelegenheiten										1	2,75							3,75	3,75	3,38	
010108000	Einrichtungen für Verwaltungs-angehörige								1	1	2			0,5					4,50	4,50	4,00	
010160050	Gebäudewirtschaft				3	2	25,25	1	1	7,7		5,75		2					47,70	45,70	39,85	
010160070	Gebäudewirtschaft, Werkstatt					1				1 *		1,8	10						13,80	13,80	12,24	* 1 ku
020105200	Wahlen									1,77									1,77	1,77	1,77	
020202600	Stadtbüros /Meldewesen		1					2		1	14,5	4							22,50	22,50	16,63	
020205000	Standesamt							1	6,5			0,5	0,5						8,50	8,50	6,77	
020211500	Ordnungsangelegenheiten							3	1	1	5	3	10						23,00	42,00	34,96	
020211510	Stadtpolizei								1		15								16,00	11,50	9,50	
020211520	Ausländerangelegenheiten					1		1	3	1	11,5 **		1						18,50	0,00	0,00	** 1 Sperrvermerk
020313000	Brandschutz				1						3	2,5							6,50	6,50	4,27	
030020000	Schulverwaltung		0,25		1	1	0,25		1	1,75	1	1,5	4,67		1				13,42	12,58	10,29	
030121100	Otto-Hahn-Schule												0,82		1				1,82	1,74	1,74	
030121110	Schillerschule												0,82		1				1,82	1,82	1,82	
030121120	Goetheschule												0,87		1				1,87	1,87	1,74	
030121130	Grundschule Königstädten												1,17		1				2,17	2,17	2,17	
030121140	Albrecht-Dürer-Schule												0,87		1				1,87	1,87	1,87	
030121150	Georg-Büchner-Schule												1,09		1				2,09	2,09	2,00	
030121160	Grundschule Parkschule												0,64		1				1,64	1,64	1,64	
030121170	Grundschule Hasengrund												1		1				2,00	2,00	2,00	

030121180	Eichgrundschule												0,90		1				1,90	1,90	1,90	
030121190	Grundschule Innenstadt												0,91		1				1,91	1,91	1,78	
030222510	Gerhart-Hauptmann-Schule												1	1					2,00	2,00	2,00	
030323000	Max-Planck-Schule												1,62		2				3,62	3,62	3,12	
030323010	Immanuel-Kant-Schule												1,58		2				3,58	3,58	3,58	
030427000	Borngrabenschule												0,92		1				1,92	1,92	1,92	
030427100	Helen-Keller-Schule												1	1					2,00	2,00	2,00	
030528100	A.-von-Humboldt-Schule												1,42		2				3,42	3,42	3,38	
030528500	Sophie-Opel-Schule												1,64		2				3,64	3,64	3,64	
030729310	Betreuungsschule - Verwaltung		0,25			1	1,25 +		1	0,5	2	1							7,00	8,00	6,00	+ 1kw 2028
030729320	Schulsozialarbeit										0,63	0,87							1,50	1,50	1,37	
030829500	Medienzentrum												1						1,00	1,00	1,00	
040030000	Kultur-Steuerung				1														1,00	1,00	1,00	
040132100	Stadtmuseum			2	0,5		1					1	1		1,33				6,83	6,83	6,33	
040132110	Stadtarchiv				1							0,5							1,50	1,50	1,50	
050040000	Verwaltung - Soziale Leistungen		1	1			1				1	1							5,00	5,00	2,78	
050040500	Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt					1				13,4		1							15,40	0,00	0,00	
050040600	Hilfe zur Pflege und Gesundheit								2,6	1									3,60	0,00	0,00	
050041000	Bundesteilhabegesetz							0,5	1,6	6,75		1,25							10,10	10,10	4,94	
050142000	Hilfen für Asylbewerber							2			1			2					5,00	5,00	4,71	
050243100	Haus der Senioren										0,5	0,5		4,5 +					5,50	3,50	3,02	+ 0,5 kw
050448100	Unterhaltsvorschussstelle								2	4,61									6,61	6,61	4,31	
050543500	Obdachlosenhilfe										1			0,5					1,50	1,50	0,82	
050562000	Wohnungswesen						1				15	0,5							16,50	14,50	6,27	
060040700	Verwaltung FB Jugend und Senioren										1								1,00	1,00	1,00	
060040710	Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen			1				1			1	0,75							3,75	3,75	1,00	
060040720	Verwaltung - Kindertagesstätten / Horte		0,5			1	1,25		1	0,5	4,5	1,75							10,50	8,65	6,58	
060040730	Verwaltung Jugendförderung										1,5								1,50	1,50	1,50	
060040740	Verwaltung Finanzielle Hilfen					1			1	8,21		2,60							12,81	12,81	11,07	
060345740	Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft							0,59	2,20										2,79	1,59	1,59	
060446401	Am Borngraben 1																0,50		0,50	0,50	0,50	
060446402	Amselstraße 3a																0,90 +		0,90	0,90	0,90	+ 0,13 kw
060446403	Auerbacher Straße 5																1,03		1,03	1,03	1,03	
060446404	Böcklinstraße 2																0,77 +		0,77	0,77	0,77	+ 0,13 kw
060446405	Godesberger Straße 30																0,64		0,64	0,64	0,64	
060446406	Frankfurter Straße 80																0,50		0,50	0,50	0,50	
060446407	Hessenring 97																0,50		0,50	0,50	0,50	
060446408	In den Bachgärten 6																0,77		0,77	0,77	0,77	
060446409	Kohlseestraße 54																0,90		0,90	0,90	0,90	
060446410	Lengfeldstraße 10																1,03		1,03	1,03	0,90	
060446411	Liebigstraße 23																0,64		0,64	0,64	0,50	
060446412	Paul-Ehrlich-Straße 25																0,64		0,64	0,64	0,64	
060446413	Sachsenweg 6																0,90 +		0,90	0,90	0,64	+ 0,26 kw
060446414	Vollbrechtstraße 15																0,64 +		0,64	0,64	0,64	+ 0,14 kw

060446415	Zamenhofstraße 5																0,64		0,64	0,64	0,64	
060446417	Zum Büttelacker 2																0,90		0,90	0,90	0,77	
060446418	Am Ehlenberg 1a																0,50		0,50	0,50	0,50	
060446419	Rheingauer Straße 46																0,90 +		0,90	0,90	0,90	+ 0,13 kw
060446420	Ahornallee 8																0,77		0,77	0,77	0,77	
060446423	Danziger Anlage																0,77		0,77	0,77	0,00	
060446424	Bensheimer Straße															0,77	1,03		1,80	1,53	1,53	
060446425	Karlsbader Straße																0,64		0,64	0,64	0,64	
060446426	Im Apfelgarten																0,90 +		0,90	0,90	0,64	+ 0,13 kw
060446427	Kinderkrippe August-Bebel-Straße																		0,00	0,00	0,00	
060446428	Kinderkrippe Adolf-von-Menzel-Straße															0,50	0,26		0,76	0,76	0,76	
060446429	Am Weinfaß															0,64	0,64		1,28	1,14	1,14	
060446430	Neu Hessenring																		0,00	0,00	0,00	
060446431	Hans-Sachs-Straße															0,63	0,90		1,53	1,40	0,00	
060446432	Neu Masurenweg															0,64	0,50		1,14	1,00	0,00	
060446433	Neu Amselstraße																		0,00	0,00	0,00	
060446434	Neu Georg-Jung-Straße															0,63	0,90		1,53	1,40	0,00	
060446435	Neu Varkausstraße															0,50	0,90		1,40	0,00	0,00	
060446436	Essener Straße																0,77 +		0,77	0,77	0,77	+ 0,13 kw
060446490	Freie Träger						0,25		1										1,25	0,00	0,00	
060546080	Kommunales Jugendbildungswerk										1								1,00	1,00	1,00	
080055000	Strategische Sportentwicklung, Projekte und Veranstaltungen, Vergabe von Trainings- u. Wettkampfstätten				1		1			1	1	2							6,00	6,00	5,17	
080156200	Großsporthalle Rüsselsheim											3				1			4,00	4,00	4,00	
080157000	Freizeitbad An der Lache									1				7	1		2	1,5	12,50	12,50	9,27	
090161000	Stadtplanung		1	1	0,5	8	2	1		1	3	0,75							18,25	18,25	12,44	
100103500	Liegenschaften und Landwirtschaft						2				1	1							4,00	4,00	4,00	
100161300	Bauaufsichtsamt			1		6	1			3	2		2						15,00	14,50	10,94	
110060200	Tiefbauamt			1	2	9	4	3		3	3	1							26,00	23,50	21,41	
130158000	Park- und Gartenanlagen				1	1	3	1		2		1							9,00	9,00	5,40	
130375000	Bestattungswesen			1					1			1							3,00	3,00	2,77	
130412000	Natur- und Umweltschutz		1	1		1	4,5 **	0,5		2	4	0,5	2						16,50	14,00	16,86	** 0,5 Sperrvermerk bis zum Ende der Förderperiode (31.01.2025)
150173000	Marktwesen						1					1							2,00	2,00	1,00	
150179100	Wirtschaftsförderung			1	2	1	1					1							6,00	6,00	4,67	
	Stellenplan 2024	0,00	6,00	11,00	18,00	52,50	74,75	21,59	40,72	86,51	119,40	61,44	59,94	18,50	22,33	5,31	24,28	1,50	623,77			* 2,0 ku, +6,55 kw, ** 3,5 Sperrvermerk
	Stellenplan 2023	0,00	5,00	10,00	19,00	49,00	72,25	20,59	34,85	70,77	83,77	78,47	54,02	27,50	22,33	4,00	23,38	1,50		571,43		* 2,0 ku, + 5,5 kw, **2,5 Sperrvermerk
	Zahl der am 30.06.2023 besetzten Stellen																				460,97	

	Nachrichtlich:																						
	Ausbildungs- und Praktikantenstellen																						
	Technisches Immobilienmanagement Bachelor of Engineering																			1,00	1,00	0,00	
	Bachelor of Arts allgemeine Verwaltung																			4,00	4,00	3,00	
	Verwaltungsfachangestellte																			14,00	14,00	13,00	
	Fachinformatiker/in Fachrichtung Systemintegration																			3,00	3,00	1,00	
	Fachangestellte für Bäderbetriebe																			1,00	1,00	1,00	
	Werkfeuerwehrfrau/-mann																			6,00	6,00	6,00	
	Sozialarbeiter/innen i.A.																			12,00	12,00	2,00	
	Erzieher/innen i.A. - Kindertagesstätten																			29,00	29,00	13,00	
	Erzieher/innen i.A. - Betreuungsschulen																			5,00	5,00	2,00	
	Praxisintegrierte Ausbildung für Erzieher/innen																			29,00	29,00	24,00	
	Praktikumsstelle für Studien-bzw. Berufspraktikum (Jugendförderung)																			1,00	1,00	1,00	
	Praktikumsstelle für Studien-bzw. Berufspraktikum (Kita)																			1,00	1,00	0,00	
	Sozialassistenten/innen																			29,00	29,00	7,00	** 1,0 Sperrvemerk
	berufsbegleitende Ausbildung Erzieher/innen																			1,00	1,00	1,00	
	Stellenplan 2024																			136,00			
	Stellenplan 2023																				136,00		
	Zahl der am 30.06.2023 besetzten Stellen																					74,00	

Stellenplan Teil B: Arbeitnehmer

Teil-haushalt	Bezeichnung	Entgeltgruppen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst																			Arbeitnehmer zusammen 2024	Zahl der Stellen n. d. Stellenplan 2023	Zahl der am 30.06.2023 tats. besetzten Stellen	Erläuterungen
		aT	15	14	13	12	11	10	9	9 a	9 b	9 c	8	7	6	5	4	3	2 Ü	1				
	IV. Kultur 123																							
	Stellenplan 2024 (Wirtschaftsplan liegt noch nicht vor)		1,00	1,00	4,50	2,00	6,75	4,50		4,75	16,00	7,75	8,50	1,00	15,00	2,00			1,00		75,75			*1 kw
	Stellenplan 2023		1,00	1,00	4,50	2,00	6,75	4,50		4,75	16,00	7,75	8,50	1,00	15,00	2,00			1,00			75,75		*1 kw
	Nachrichtlich:																							
	Auszubildende (Wirtschaftsplan 2024 liegt noch nicht vor)																				6,00	6,00		
	Praktikanten (Wirtschaftsplan 2024 liegt noch nicht vor)																				1,00	1,00		

Stellenplan Teil C: Arbeitnehmer im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE)

Teilhaushalt	Bezeichnung	Entgeltgruppen nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD-SuE)																		Arbeitnehmer zusammen 2024	Zahl der Stellen n. d. Stellenplan 2023	Zahl der am 30.06.2023 tats. besetzten Stellen	Erläuterungen
		S18	S17	S16	S15	S14	S13	S12	S11b	S 11a	S10	S9	S8b	S8a	S7	S6	S5	S4	S3				
	I. STADTVERWALTUNG																						
010108000	Einrichtungen für Verwaltungs-angehörige												2							2,00	2,00	2,00	
030729300	Betreuungsschule				0,70 *				++ 8 **				20,24 +							28,94	26,15	21,60	+ 0,4 kw, ++ 1 kw, * 0,7 ku, ** 1 ku
030729320	Schulsozialarbeit		1					24,12 +												25,12	25,12	12,94	+ 0,5 kw
030729330	Jugendberufshilfe				1															1,00	1,00	1,00	
050040000	Verwaltung - Soziale Leistungen		1																	1,00	1,00	1,00	
050041000	Bundesteilhabegesetz	1			3	13,75														17,75	17,75	7,19	
050142000	Hilfen für Asylbewerber	1						14,50												15,50	15,50	9,85	
050243100	Haus der Senioren		1			3 +		1												5,00	5,00	3,50	+ 1kw
050543500	Obdachlosenhilfe							3												3,00	2,00	2,00	
060040700	Verwaltung FB Jugend und Senioren		1																	1,00	1,00	0,76	
060040710	Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen	1			3	29,90			1 +											34,90	33,40	27,02	+ 1kw
060040720	Verwaltung - Kindertagesstätten / Horte		3																	3,00	3,00	2,90	
060040730	Verwaltung Jugendförderung	1																		1,00	1,00	0,87	
060145420	Förderung v. Kindern in Tagespflege							1												1,00	1,00	0,00	
060245120	Kinder- und Jugenderholung							0,5												0,50	0,50	0,50	
060245150	Streetwork und Sonstige Jugendarbeit								2											2,00	2,00	2,00	
060245160	Fachstelle Mädchenarbeit								0,64											0,64	0,64	0,63	
060346600	Frühe Hilfen		1,38																	1,38	1,38	1,38	
060446400	Kindertagesstätten - allgemein (Leerstellen)												56,79							56,79	53,86	43,03	
060446400	Kindertagesstätten - allgemein (Integrationsstellen)												42,59							42,59	40,39	27,95	
060446401	Am Borngraben 1						0,87					0,87	5,41							7,15	7,50	5,32	
060446402	Amselstraße 3a			1	1								11,42							13,42	13,01	10,23	
060446403	Auerbacher Straße 5			1	1								10,48							12,48	11,87	10,41	
060446404	Böcklinstraße 2				1		1						8,89							10,89	11,53	8,44	
060446405	Godesberger Straße 30			1	1								9,80							11,80	11,67	9,24	
060446406	Frankfurter Straße 80						1					1	5,78							7,78	7,56	6,05	
060446407	Hessenring 97				1		1						7,53							9,53	9,28	8,07	
060446408	In den Bachgärten 6				0,87		0,87						7,67							9,41	9,42	7,55	
060446409	Kohlseestraße 54			1	1								10,16							12,16	12,27	10,76	
060446410	Lengfeldstraße 10			1	1								14,18							16,18	15,49	12,12	
060446411	Liebigstraße 23				1		1						8,87							10,87	10,93	8,47	
060446412	Paul-Ehrlich-Straße 25			1	1								12,10							14,10	14,33	12,09	
060446413	Sachsenweg 6			1	1								12,19							14,19	14,25	6,63	
060446414	Vollbrechtstraße 15			1	1								10,05							12,05	11,95	7,28	
060446415	Zamenhofstraße 5			1	1								9,59							11,59	11,63	7,83	
060446417	Zum Büttelacker 2			1	1								12,81							14,81	14,71	11,82	
060446418	Am Ehlenberg 1a			1	1								9,69							11,69	11,58	7,72	
060446419	Rheingauer Straße 46			2 +	1								10,04							13,04	13,20	11,82	+ 1kw
060446420	Ahornallee 8			1	1								10,22							12,22	12,54	10,78	

060446423	Danziger Anlage				1		1						7,67							9,67	9,67	2,51	
060446424	Bensheimer Straße			1	1								19,98							21,98	22,11	21,36	
060446425	Karlsbader Straße				1		1						9,38							11,38	11,53	7,26	
060446426	Im Apfelgarten			1	1								12,46							14,46	13,70	10,77	
060446427	Kinderkrippe August-Bebel-Straße																			0,00	0,00		
060446428	Kinderkrippe Adolf-von-Menzel-Straße						1					1	7,30							9,30	10,05	8,31	
060446429	Am Weinfaß				1		1						15,70							17,70	18,99	16,92	
060446430	Neu Hessenring																			0,00	0,00		
060446431	Hans-Sachs-Straße			1	1								16,02							18,02	18,67	1,00	
060446432	Neu Masurenweg						1					1	12,03							14,03	14,68		
060446433	Neu Amselstraße																			0,00	0,00		
060446434	Neu Georg-Jung-Straße			1	1								16,02							18,02	18,67	1,00	
060446435	Neu Varkausstraße			1	1								16,02							18,02	0,00		
060446436	Essener Straße				1		1						8,54							10,54	10,73	7,85	
060546000	Kinder- und Jugendhäuser																			0,00	0,00		
060546010	Jugendtreff Dicker Busch				1				3											4,00	4,00	3,64	
060546020	Jugendtreff Haßloch Nord								0,55											0,55	0,55	0,00	
060546030	Jugendtreff Innenstadt								2,50											2,50	2,47	2,00	
060546030	Jugendtreff Königstädten								1,14											1,14	1,14	1,14	
060546080	Kommunales Jugendbildungswerk							2												2,00	2,00	2,00	
060546100	Kinder- und Jugendbüro							1												1,00	1,00	1,00	
	Stellenplan 2024	4,00	8,38	19,00	34,57	46,65	11,74	47,12	18,83	0,00	0,00	3,87	449,62	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	643,78			* 1,7 ku, + 4,9 kw
	Stellenplan 2023	4,00	8,38	18,26	33,31	45,15	11,61	46,12	18,80	0,00	0,00	3,74	429,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00		618,37		* 1,7 ku, + 4,9 kw, ** 1 Sperrvermerk
	Zahl der am 30.06.2023 besetzten Stellen																					427,50	
	IV. Kultur 123																						
	Stellenplan 2024 (Wirtschaftsplan liegt noch nicht vor)				4,00 +			13,25	0,75											18,00			+ 1kw
	Stellenplan 2023				4,00 +			13,25	0,75												18,00		+ 1kw

Stellenplan Teil D: Zusammenstellung

Teilhaushalt	Bezeichnung	Zahl der Stellen 2024				Zahl der Stellen 2023				Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2023			
		Beamte	Arbeit-nehmer	Sozial- u. Erzieh. Dienst	Zusammen	Beamte	Arbeit-nehmer	Sozial- u. Erzieh. Dienst	Zusammen	Beamte	Arbeit-nehmer	Sozial- u. Erzieh. Dienst	Zusammen
010100000	Stadtverordnetenversammlung	1,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	1,00
010100020	Ausländerbeirat	0,00	1,50	0,00	1,50	0,00	1,50	0,00	1,50	0,00	1,24	0,00	1,24
010100030	Magistrat	5,00	9,00	0,00	14,00	5,00	8,00	0,00	13,00	3,00	5,00	0,00	8,00
010101000	Rechnungsprüfungsamt	3,30	3,00	0,00	6,30	3,80	2,80	0,00	6,60	1,80	2,00	0,00	3,80
010101500	Datenschutz und Informationsfreiheit	0,70	0,00	0,00	0,70	0,20	0,20	0,00	0,40	0,20	0,00	0,00	0,20
010102000	EDV-Dienstleistungen	0,00	27,00	0,00	27,00	0,00	23,00	0,00	23,00	0,00	14,00	0,00	14,00
010102050	Verwaltungssteuerung und -organisation	4,00	19,50	0,00	23,50	4,00	22,50	0,00	26,50	3,75	21,18	0,00	24,93
010102060	Protokoll, Städtepartnerschaften	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00
010102100	Personalwesen	4,00	17,41	0,00	21,41	4,00	16,50	0,00	20,50	3,90	14,85	0,00	18,75
010102110	Aus- und Fortbildung	0,00	6,75	0,00	6,75	0,00	3,75	0,00	3,75	0,00	2,20	0,00	2,20
010102200	Rechtsamt	2,00	3,00	0,00	5,00	2,00	3,00	0,00	5,00	1,12	2,00	0,00	3,12
010102400	Presse- und Medienarbeit	0,00	8,00	0,00	8,00	0,00	8,00	0,00	8,00	0,00	3,92	0,00	3,92
010102450	Stadtmarketing	0,00	6,00	0,00	6,00	0,00	6,00	0,00	6,00	0,00	4,00	0,00	4,00
010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	0,00	8,00	0,00	8,00	0,00	2,50	0,00	2,50	0,00	2,00	0,00	2,00
010102530	Integrationsaufgaben	0,00	0,50	0,00	0,50	0,00	0,50	0,00	0,50	0,00	0,50	0,00	0,50
010103000	Zentrales Controlling / Beteiligungsmanagement	0,00	3,00	0,00	3,00	0,00	3,00	0,00	3,00	0,00	2,92	0,00	2,92
010103100	Stadtkämmerei	5,00	6,75	0,00	11,75	5,00	6,75	0,00	11,75	5,00	6,45	0,00	11,45
010103200	Stadtkasse	4,00	12,67	0,00	16,67	4,00	12,67	0,00	16,67	3,58	11,14	0,00	14,72
010103400	Steuerangelegenheiten	3,00	3,75	0,00	6,75	3,00	3,75	0,00	6,75	2,35	3,39	0,00	5,74
010108000	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	1,00	4,50	2,00	7,50	1,00	4,50	2,00	7,50	1,00	4,00	2,00	7,00
010160050	Gebäudewirtschaft	2,00	47,70	0,00	49,70	2,00	45,70	0,00	47,70	1,95	39,61	0,00	41,56
010160070	Gebäudewirtschaft, Werkstatt	0,00	13,80	0,00	13,80	0,00	13,80	0,00	13,80	0,00	12,24	0,00	12,24
020105200	Wahlen	1,00	1,77	0,00	2,77	1,00	1,77	0,00	2,77	0,00	1,77	0,00	1,77
020202600	Stadtbüros / Meldewesen	1,00	22,50	0,00	23,50	2,00	22,50	0,00	24,50	1,64	16,63	0,00	18,27
020205000	Standesamt	2,00	8,50	0,00	10,50	2,00	8,50	0,00	10,50	2,00	6,77	0,00	8,77
020211500	Ordnungsangelegenheiten	4,00	23,00	0,00	27,00	7,00	42,00	0,00	49,00	5,39	34,96	0,00	40,35
020211510	Stadtpolizei	1,00	16,00	0,00	17,00	1,00	11,50	0,00	12,50	1,00	9,50	0,00	10,50
020211520	Ausländerangelegenheiten	2,00	18,50	0,00	20,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
020313000	Brandschutz	61,00	6,50	0,00	67,50	62,00	6,50	0,00	68,50	52,69	4,27	0,00	56,96
030020000	Schulverwaltung	0,00	13,42	0,00	13,42	0,00	12,58	0,00	12,58	0,00	10,29	0,00	10,29

030121100	Otto-Hahn-Schule	0,00	1,82	0,00	1,82	0,00	1,74	0,00	1,74	0,00	1,74	0,00	1,74
030121110	Schillerschule	0,00	1,82	0,00	1,82	0,00	1,82	0,00	1,82	0,00	1,82	0,00	1,82
030121120	Goetheschule	0,00	1,87	0,00	1,87	0,00	1,87	0,00	1,87	0,00	1,74	0,00	1,74
030121130	Grundschule Königstädten	0,00	2,17	0,00	2,17	0,00	2,17	0,00	2,17	0,00	2,17	0,00	2,17
030121140	Albrecht-Dürer-Schule	0,00	1,87	0,00	1,87	0,00	1,87	0,00	1,87	0,00	1,87	0,00	1,87
030121150	Georg-Büchner-Schule	0,00	2,09	0,00	2,09	0,00	2,09	0,00	2,09	0,00	2,00	0,00	2,00
030121160	Grundschule Parkschule	0,00	1,64	0,00	1,64	0,00	1,64	0,00	1,64	0,00	1,64	0,00	1,64
030121170	Grundschule Hasengrund	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00
030121180	Eichgrundschule	0,00	1,90	0,00	1,90	0,00	1,90	0,00	1,90	0,00	1,90	0,00	1,90
030121190	Grundschule Innenstadt	0,00	1,91	0,00	1,91	0,00	1,91	0,00	1,91	0,00	1,78	0,00	1,78
030222510	Gerhart-Hauptmann-Schule	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00
030323000	Max-Planck-Schule	0,00	3,62	0,00	3,62	0,00	3,62	0,00	3,62	0,00	3,12	0,00	3,12
030323010	Immanuel-Kant-Schule	0,00	3,58	0,00	3,58	0,00	3,58	0,00	3,58	0,00	3,58	0,00	3,58
030427000	Borngrabenschule	0,00	1,92	0,00	1,92	0,00	1,92	0,00	1,92	0,00	1,92	0,00	1,92
030427100	Helen-Keller-Schule	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00
030528100	A.-v.-Humboldt-Schule	0,00	3,42	0,00	3,42	0,00	3,42	0,00	3,42	0,00	3,38	0,00	3,38
030528500	Sophie-Opel-Schule	0,00	3,64	0,00	3,64	0,00	3,64	0,00	3,64	0,00	3,64	0,00	3,64
030729300	Betreuungsschule	0,00	0,00	28,94	28,94	0,00	0,00	26,15	26,15	0,00	0,00	21,60	21,60
030729310	Betreuungsschule - Verwaltung	0,00	7,00	0,00	7,00	0,00	8,00	0,00	8,00	0,00	6,00	0,00	6,00
030729320	Schulsozialarbeit	0,00	1,50	25,12	26,62	0,00	1,50	25,12	26,62	0,00	1,37	12,94	14,31
030729330	Jugendberufshilfe	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	1,00	1,00
030829500	Medienzentrum	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00
040030000	Kultur-Steuerung	1,00	1,00	0,00	2,00	1,00	1,00	0,00	2,00	1,00	1,00	0,00	2,00
040132100	Stadtmuseum	0,00	6,83	0,00	6,83	0,00	6,83	0,00	6,83	0,00	6,33	0,00	6,33
040132110	Stadtarchiv	0,00	1,50	0,00	1,50	0,00	1,50	0,00	1,50	0,00	1,50	0,00	1,50
050040000	Verwaltung - Soziale Leistungen	0,00	5,00	1,00	6,00	0,00	5,00	1,00	6,00	0,00	2,78	1,00	3,78
050040500	Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt	0,00	15,40	0,00	15,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
050040600	Hilfe zur Pflege und Gesundheit	0,00	3,60	0,00	3,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
050041000	Bundesteilhabegesetz	0,00	10,10	17,75	27,85	0,00	10,10	17,75	27,85	0,00	4,94	7,19	12,13
050142000	Hilfen für Asylbewerber	0,00	5,00	15,50	20,50	0,00	5,00	15,50	20,50	0,00	4,71	9,85	14,56
050243100	Haus der Senioren	0,00	5,50	5,00	10,50	0,00	3,50	5,00	8,50	0,00	3,02	3,50	6,52
050448100	Unterhaltsvorschussstelle	0,00	6,61	0,00	6,61	0,00	6,61	0,00	6,61	0,00	4,31	0,00	4,31

050543500	Obdachlosenhilfe	1,00	1,50	3,00	5,50	1,00	1,50	2,00	4,50	1,00	0,82	2,00	3,82
050562000	Wohnungswesen	1,00	16,50	0,00	17,50	1,00	14,50	0,00	15,50	1,00	6,27	0,00	7,27
060040700	Verwaltung FB Jugend und Senioren	1,00	1,00	1,00	3,00	1,00	1,00	1,00	3,00	0,00	1,00	0,76	1,76
060040710	Verwaltung Soziale Dienste und finanzielle Hilfen	0,00	3,75	34,90	38,65	0,00	3,75	33,40	37,15	0,00	1,00	27,02	28,02
060040720	Verwaltung Kindertagesstätten / Horte	2,00	10,50	3,00	15,50	2,00	8,65	3,00	13,65	1,92	6,58	2,90	11,40
060040730	Verwaltung Jugendförderung	0,00	1,50	1,00	2,50	0,00	1,50	1,00	2,50	0,00	1,50	0,87	2,37
060040740	Verwaltung Finanzielle Hilfen	0,00	12,81	0,00	12,81	0,00	12,81	0,00	12,81	0,00	11,07	0,00	11,07
060145420	Förderung von Kindern in Tagespflege	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00
060245120	Kinder- und Jugenderholung	0,00	0,00	0,50	0,50	0,00	0,00	0,50	0,50	0,00	0,00	0,50	0,50
060245150	Streetwork und Sonstige Jugendarbeit	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00	0,00	2,00	2,00	0,00	0,00	2,00	2,00
060245160	Fachstelle Mädchenarbeit	0,00	0,00	0,64	0,64	0,00	0,00	0,64	0,64	0,00	0,00	0,63	0,63
060345740	Amtspflegschaft, Amtsvormundschaft, Beistandschaft	2,00	2,79	0,00	4,79	2,00	1,59	0,00	3,59	2,00	1,59	0,00	3,59
060346600	Frühe Hilfen	0,00	0,00	1,38	1,38	0,00	0,00	1,38	1,38	0,00	0,00	1,38	1,38
060446400	Kindertagesstätten - allgemein (Leerstellen)	0,00	0,00	56,79	56,79	0,00	0,00	53,86	53,86	0,00	0,00	43,03	43,03
060446400	Kindertagesstätten - allgemein (Integrationsstellen)	0,00	0,00	42,59	42,59	0,00	0,00	40,39	40,39	0,00	0,00	27,95	27,95
060446401	Am Borngraben 1	0,00	0,50	7,15	7,65	0,00	0,50	7,50	8,00	0,00	0,50	5,32	5,82
060446402	Amselstraße 3a	0,00	0,90	13,42	14,32	0,00	0,90	13,01	13,91	0,00	0,90	10,23	11,13
060446403	Auerbacher Straße 5	0,00	1,03	12,48	13,51	0,00	1,03	11,87	12,90	0,00	1,03	10,41	11,44
060446404	Böcklinstraße 2	0,00	0,77	10,89	11,66	0,00	0,77	11,53	12,30	0,00	0,77	8,44	9,21
060446405	Godesberger Straße 30	0,00	0,64	11,80	12,44	0,00	0,64	11,67	12,31	0,00	0,64	9,24	9,88
060446406	Frankfurter Straße 80	0,00	0,50	7,78	8,28	0,00	0,50	7,56	8,06	0,00	0,50	6,05	6,55
060446407	Hessenring 97	0,00	0,50	9,53	10,03	0,00	0,50	9,28	9,78	0,00	0,50	8,06	8,56
060446408	In den Bachgärten 6	0,00	0,77	9,41	10,18	0,00	0,77	9,42	10,19	0,00	0,77	7,55	8,32
060446409	Kohlseestraße 54	0,00	0,90	12,16	13,06	0,00	0,90	12,27	13,17	0,00	0,90	10,76	11,66
060446410	Lengfeldstraße 10	0,00	1,03	16,18	17,21	0,00	1,03	15,49	16,52	0,00	0,90	12,12	13,02
060446411	Liebigstraße 23	0,00	0,64	10,87	11,51	0,00	0,64	10,93	11,57	0,00	0,50	8,47	8,97
060446412	Paul-Ehrlich-Straße 25	0,00	0,64	14,10	14,74	0,00	0,64	14,33	14,97	0,00	0,64	12,09	12,73
060446413	Sachsenweg 6	0,00	0,90	14,19	15,09	0,00	0,90	14,25	15,15	0,00	0,64	6,63	7,27
060446414	Vollbrechtstraße 15	0,00	0,64	12,05	12,69	0,00	0,64	11,95	12,59	0,00	0,64	7,28	7,92

060446415	Zamenhofstraße 5	0,00	0,64	11,59	12,23	0,00	0,64	11,63	12,27	0,00	0,64	7,83	8,47
060446417	Zum Büttelacker 2	0,00	0,90	14,81	15,71	0,00	0,90	14,71	15,61	0,00	0,77	11,82	12,59
060446418	Am Ehlenberg 1a	0,00	0,50	11,69	12,19	0,00	0,50	11,58	12,08	0,00	0,50	7,72	8,22
060446419	Rheingauer Straße 46	0,00	0,90	13,04	13,94	0,00	0,90	13,20	14,10	0,00	0,90	11,82	12,72
060446420	Ahornallee 8	0,00	0,77	12,22	12,99	0,00	0,77	12,54	13,31	0,00	0,77	10,78	11,55
060446423	Danziger Anlage	0,00	0,77	9,67	10,44	0,00	0,77	9,67	10,44	0,00	0,00	2,51	2,51
060446424	Bensheimer Straße	0,00	1,80	21,98	23,78	0,00	1,53	22,11	23,64	0,00	1,53	21,36	22,89
060446425	Karlsbader Straße	0,00	0,64	11,38	12,02	0,00	0,64	11,53	12,17	0,00	0,64	7,26	7,90
060446426	Im Apfelgarten	0,00	0,90	14,46	15,36	0,00	0,90	13,70	14,60	0,00	0,64	10,77	11,41
060446427	Kinderkrippe August-Bebel-Straße	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
060446428	Kinderkrippe Adolf-von-Menzel-Straße	0,00	0,76	9,30	10,06	0,00	0,76	10,05	10,81	0,00	0,76	8,31	9,07
060446429	Am Weinfaß	0,00	1,28	17,70	18,98	0,00	1,14	18,99	20,13	0,00	1,14	16,92	18,06
060446430	Neu Hessenring	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
060446431	Hans-Sachs-Straße	0,00	1,53	18,02	19,55	0,00	1,40	18,67	20,07	0,00	0,00	1,00	1,00
060446432	Neu Masurenweg	0,00	1,14	14,03	15,17	0,00	1,00	14,68	15,68	0,00	0,00	0,00	0,00
060446433	Neu Amselstraße	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
060446434	Neu Georg-Jung-Straße	0,00	1,53	18,02	19,55	0,00	1,40	18,67	20,07	0,00	0,00	1,00	1,00
060446435	Neu Varkausstraße	0,00	1,40	18,02	19,42	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
060446436	Essener Straße	0,00	0,77	10,54	11,31	0,00	0,77	10,73	11,50	0,00	0,77	7,85	8,62
060446490	Freie Träger	0,00	1,25	0,00	1,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
060546000	Kinder- und Jugendhäuser	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
060546010	Jugendtreff Dicker Busch	0,00	0,00	4,00	4,00	0,00	0,00	4,00	4,00	0,00	0,00	3,64	3,64
060546020	Jugendtreff Haßloch Nord	0,00	0,00	0,55	0,55	0,00	0,00	0,55	0,55	0,00	0,00	0,00	0,00
060546030	Jugendtreff Innenstadt	0,00	0,00	2,50	2,50	0,00	0,00	2,47	2,47	0,00	0,00	2,00	2,00
060546030	Jugendtreff Königstädten	0,00	0,00	1,14	1,14	0,00	0,00	1,14	1,14	0,00	0,00	1,14	1,14
060546080	Kommunales Jugendbildungswerk	0,00	1,00	2,00	3,00	0,00	1,00	2,00	3,00	0,00	1,00	2,00	3,00
060546100	Kinder- und Jugendbüro	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00	1,00	1,00
080055000	Strategische Sportentwicklung, Projekte und Veranstaltungen, Vergabe von Trainings- u. Wettkampfstätten	0,00	6,00	0,00	6,00	0,00	6,00	0,00	6,00	0,00	5,17	0,00	5,17

080156200	Großsporthalle Rüsselsheim	0,00	4,00	0,00	4,00	0,00	4,00	0,00	4,00	0,00	4,00	0,00	4,00
080157000	Freizeitbad An der Lache	0,00	12,50	0,00	12,50	0,00	12,50	0,00	12,50	0,00	9,27	0,00	9,27
090161000	Stadtplanung	0,00	18,25	0,00	18,25	0,00	18,25	0,00	18,25	0,00	12,44	0,00	12,44
100103500	Liegenschaften und Landwirtschaft	0,00	4,00	0,00	4,00	1,00	4,00	0,00	5,00	1,00	4,00	0,00	5,00
100161300	Bauaufsichtsamt	2,00	15,00	0,00	17,00	2,00	14,50	0,00	16,50	1,68	10,94	0,00	12,62
110060200	Tiefbauamt	2,00	26,00	0,00	28,00	2,00	26,00	0,00	28,00	1,00	20,50	0,00	21,50
130158000	Park- und Gartenanlagen	0,00	9,00	0,00	9,00	0,00	9,00	0,00	9,00	0,00	5,40	0,00	5,40
130375000	Bestattungswesen	0,00	3,00	0,00	3,00	0,00	3,00	0,00	3,00	0	2,77	0	2,77
130412000	Natur- und Umweltschutz	0,00	16,50	0,00	16,50	0,00	16,50	0,00	16,50	0	11,57	0	11,57
150173000	Marktwesen	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0,00	2,00	0	1	0	1,00
150179100	Wirtschaftsförderung	1,00	6,00	0,00	7,00	0,00	6,00	0,00	6,00	0	4,67	0	4,67
	Zusammen:												
	I. Stadtverwaltung	120,00	623,77	643,78	1.387,55	123,00	576,43	618,37	1.317,80	101,97	454,54	427,50	984,01
	IV. Kultur 123 (Wirtschaftsplan liegt noch nicht vor)	2,00	75,75	18,00	95,75	2,00	75,75	18,00	95,75	0	0	0,00	0,00
	Insgesamt	122,00	699,52	661,78	1.483,30	125,00	652,18	636,37	1.413,55	101,97	454,54	427,50	984,01
	Nachrichtlich:												
	Ausbildungs- und Praktikantenstellen												
	I. Stadtverwaltung	0	29	107	136,00	0	29	107	136	0	24	50	74
	IV. Kultur 123 (Wirtschaftsplan liegt noch nicht vor)	0	6	0	6,00	0	6	0	6	0	0	0	0
	Insgesamt	0	35	107	142,00	0	35	107	142	0	24	50	74

Neustellen

FB/ Amt	Produkt-Nr.	Produkt-Bezeichnung	Stellenumfang/ Stellenwert		Funktion	Begründung	Erläuterung	Mehrkosten ganzjährig	tatsächliche Mehrkosten 2024	Einnahmen bzw. Kostenerstattungen 2024
Dez.I	010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	0,50	TVöD 12	Gleichstellungsbeauftragte		gesetzliche Pflichtaufgabe	51.563,02 €	0,00 €	
Dez.I	010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	0,50	TVöD 9b	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte		gesetzliche Pflichtaufgabe	38.441,34 €	0,00 €	
Dez.I	010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	1,50	TVöD 9b	Gleichstellungsbeauftragte **"analog Leerstelle"**		Personalgewinnungsmaßnahme zur unbefristeten Nachbesetzung	115.324,01 €	0,00 €	
Dez.I	010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	2,00	TVöD 9a	Qualitative Sachbearbeitung		gesetzliche Pflichtaufgabe	141.764,08 €	0,00 €	
Dez.I	010102520	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	1,00	TVöD 9a	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte **"analog Leerstelle"**		Personalgewinnungsmaßnahme zur unbefristeten Nachbesetzung	70.882,04 €	0,00 €	
I/F4	010102000	EDV-Dienstleistungen	1,00	TVöD 9b	IT-Support **mit Sperrvermerk**		Anpassung an die gestiegenen Anforderungen und den tatsächlichen Bedarf	76.882,67 €	0,00 €	
I/F9	020211510	Stadtpolizei	1,00	TVöD 9a	Stadtpolizei		Anpassung an den tatsächlichen Bedarf	70.882,04 €	0,00 €	
I/F10	020211520	Ausländerangelegenheiten	2,00	TVöD 9a	Sachgebiet Einbürgerung **davon 1,0 mit Sperrvermerk**		gesetzliche Pflichtaufgaben	141.764,08 €	0,00 €	
I/F11	010102100	Personalwesen	0,57	TVöD 9c	Sachbearbeitung Personalbetreuung		Anpassung an die gestiegenen Anforderungen und den tatsächlichen Bedarf	46.867,58 €	0,00 €	
I/F11	010102100	Personalwesen	0,34	TVöD 9b	Sachbearbeitung Personalbeschaffung		Anpassung an die gestiegenen Anforderungen und den tatsächlichen Bedarf	26.140,11 €	0,00 €	
I/F11	010102100	Personalwesen	1,00	TVöD 9a	Sachbearbeitung Personalabrechnung		Anpassung an die gestiegenen Anforderungen und den tatsächlichen Bedarf	70.882,04 €	0,00 €	
I/F11	010102110	Aus- und Fortbildung	1,00	TVöD 11	Mitarbeiter*in Personalentwicklung		Anpassung an die gestiegenen Anforderungen und den tatsächlichen Bedarf	87.042,45 €	0,00 €	
I/F11	010102110	Aus- und Fortbildung	1,00	TVöD 10	Sachbearbeitung Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM), Gesundheitsmanagement		Pflichtaufgabe	84.622,81 €	0,00 €	
II/F7	060040710	Verwaltung Soziale Dienste und Finanzielle Hilfen	1,50	TVöD S 14	Sachbearbeitung Pädagogische Eingliederungshilfe		gesetzliche Pflichtaufgabe	121.144,19 €	0,00 €	
II/F7	060345740	Amtspflegschaft, Amts-vormundschaft,Beistandschaft	1,20	TVöD 9c	Sachbearbeitung Beistandschaften/Beurkundungen		gesetzliche Pflichtaufgabe	98.668,58 €	0,00 €	
II/F8	030020000	Schulverwaltung	1,42	TVöD 7	Schulsekretariate		Zuweisungen des Landes über die Verwaltungsvereinbarung "Starke Heimat Hessen"	86.036,91 €	0,00 €	Finanzierung erfolgt über Landesfördermittel
II/F8	030729300	Betreuungsschule	2,79	TVöD S8b	Pädagogische Fachkraft	DS-390/21-26	Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Grundschulkinder 2023/2024 - erhöhter Betreuungsbedarf	210.795,77 €	0,00 €	
II/F8	030729310	Betreuungsschule Verwaltung	0,50	TVöD 9a	Sachbearbeitung Platz- und Beitragsverwaltung, Schwerpunkt Bearbeitung von Zuschussanträgen		Stetiger Anstieg der Zahl der Kinder in Ganztagsangeboten an Grundschulen und damit auch der Anträge auf Zuschuss zu den Kosten von Ganztagsbetreuung, sowie die zu erwartende Erhöhung der Anspruchsberechtigten im Hinblick auf die Umsetzung der Wohngeldreform zum 01.01.2023	35.441,02 €	0,00 €	

II/F8	060040720	Verwaltung Kindertagesstätten u. Horte	0,50	TVöD 9c	Sachbearbeitung für Pflegeerlaubnisverfahren und Abrechnung Tagespflegepersonen		Steigende Anforderungen in allen Sachgebieten im Bereich Kindertagesbetreuung durch den weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen	41.111,91 €	0,00 €	
II/F8	060040720	Verwaltung Kindertagesstätten u. Horte	0,35	TVöD 8	Assistenz der Bereichsleitung		Kontinuierlicher Ausbau an Betreuungsplätzen mit Auswirkungen auf sämtliche Sachbearbeitungen im Bereich Kindertagesbetreuung	22.411,28 €	0,00 €	
II/F8	060040720	Verwaltung Kindertagesstätten u. Horte	0,25	TVöD 8	Allgemeine Sachbearbeitung des Rechnungswesens		Kontinuierlicher Ausbau an Betreuungsplätzen mit Auswirkungen auf sämtliche Sachbearbeitungen im Bereich Kindertagesbetreuung	16.008,06 €	0,00 €	
II/F8	060446400	Kita - Leerstellen	2,93	TVöD S8b	**Leerstellen**	DS-397/16-21	Korrektur der Bezugsgröße (20 % der Fachkraftstellen)	221.373,34 €	0,00 €	
II/F8	060446400	Kita - Integrationsstellen	2,20	TVöD S8b	Integrationsstellen	DS-397/16-21	Korrektur der Bezugsgröße (15 % der Fachkraftstellen)	166.218,89 €	0,00 €	Die Kosten werden auf der Grundlage "Rahmenvereinbarung Integration" vom Kreis Groß-Gerau getragen
II/F8	060446406	Frankfurter Straße	0,13	TVöD S 13	Leitung Kindertagesstätte	DS-165/21-26	Umwandlung in eine Ganztags-Kindertagesstätte	10.818,65 €	0,00 €	
II/F8	060446406	Frankfurter Straße	0,13	TVöD S 9	stellv. Leitung Kindertagesstätte	DS-165/21-26	Umwandlung in eine Ganztags-Kindertagesstätte	9.683,94 €	0,00 €	
II/F8	060446424	Kita Bensheimer Straße	0,27	TVöD 4	Köchin / Koch	DS-463/21-26	Änderung der Personalbemessung	14.677,18 €	0,00 €	
II/F8	060446429	Kita Am Weinfaß	0,14	TVöD 4	Köchin / Koch	DS-463/21-26	Änderung der Personalbemessung	7.610,39 €	0,00 €	
II/F8	060446431	Kita Hans-Sachs-Straße	0,13	TVöD 4	Köchin / Koch	DS-463/21-26	Änderung der Personalbemessung	7.066,79 €	0,00 €	
II/F8	060446432	Kita Masurenweg (NEU)	0,14	TVöD 4	Köchin / Koch	DS-463/21-26	Änderung der Personalbemessung	7.610,39 €	0,00 €	
II/F8	060446434	Kita Georg-Jung-Straße	0,13	TVöD 4	Köchin / Koch	DS-463/21-26	Änderung der Personalbemessung	7.066,79 €	0,00 €	
II/F8	060446435	Kita Varkausstraße (NEU)	1,00	TVöD S 16	Leitung Kindertagesstätte	DS-384/16-21	geplanter Neubau der Kita Varkausstraße	92.373,01 €	0,00 €	
II/F8	060446435	Kita Varkausstraße (NEU)	1,00	TVöD S 15	stellv. Leitung Kindertagesstätte	DS-384/16-21	geplanter Neubau der Kita Varkausstraße	86.094,43 €	0,00 €	
II/F8	060446435	Kita Varkausstraße (NEU)	12,70	TVöD S 8b	pädagogische Fachkräfte	DS-384/16-21	geplanter Neubau der Kita Varkausstraße	959.536,31 €	0,00 €	
II/F8	060446435	Kita Varkausstraße (NEU)	0,50	TVöD 4	Köchin / Koch	DS-384/16-21	geplanter Neubau der Kita Varkausstraße	27.179,96 €	0,00 €	
II/F8	060446435	Kita Varkausstraße (NEU)	0,90	TVöD 3	Hauswirtschaftskraft	DS-384/16-21	geplanter Neubau der Kita Varkausstraße	47.566,28 €	0,00 €	
II/F12	050040500	Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt	1,00	TVöD 12	Bereichsleitung Sozialamt	DS-375/21-26	gesetzliche Pflichtaufgabe	103.126,06 €	0,00 €	
II/F12	050040500	Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt	12,20	TVöD 9b	Sachbearbeitung SGB XII	DS-375/21-26	gesetzliche Pflichtaufgabe	937.968,57 €	0,00 €	
II/F12	050040500	Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt	1,20	TVöD 9b	Sachbearbeitung Sonderaufgaben	DS-375/21-26	gesetzliche Pflichtaufgabe	92.259,20 €	0,00 €	keine finanziellen Auswirkungen in 2024/2025,

II/F12	050040500	Grundsicherung / Hilfe zum Lebensunterhalt	1,00	TVöD 8	Sekretariat / Fachassistenz / Empfang	DS-375/21-26	gesetzliche Pflichtaufgabe	64.032,23 €	0,00 €	Personalisierung 2026
II/F12	050040600	Hilfe zur Pflege und Gesundheit	2,60	TVöD 9c	Sachbearbeitung Hilfe zur Pflege	DS-375/21-26	gesetzliche Pflichtaufgabe	213.781,93 €	0,00 €	
II/F12	050040600	Hilfe zur Pflege und Gesundheit	1,00	TVöD 9b	Sachbearbeitung Lebenslagenhilfe	DS-375/21-26	gesetzliche Pflichtaufgabe	76.882,67 €	0,00 €	
II/F12	050243100	Haus der Senioren	2,00	TVöD 6	Gemeindepfleger*innen	DS-443/21-26	Verstetigung des Projekts Gemeindepfleger*in, um eine kontinuierliche Begleitung der Zielgruppe zu gewährleisten und die geschlossene Lücke im sozialen Netz nicht wieder aufzureißen.	124.519,16 €	0,00 €	Das Projekt wird noch bis 31.12.2025 zu 80% über Landesmittel gefördert
II/F12	050142000	Hilfen für Asylbewerber	1,00	TVöD S 12	Sozialarbeiter*in		gesetzliche Pflichtaufgaben	77.481,99 €	0,00 €	Reduzierung auf 1 VZ-Stelle, statt ursprünglich 2 VZ-Stellen, vor Personalisierung dwerden die notwendigen Gespräche mit dem Kreis Groß-Gerau zwecks vollumfänglicher Refinanzierung der Personalksoten geführt.
II/F12	050562000	Wohnungswesen	2,00	TVöD 9a	Wohngeldsachbearbeitung		Gemäß § 1 Abs. 2 Wohngeldzuständigkeitsverordnung	141.764,08 €	0,00 €	Reduzierung auf 2 VZ-Stellen, statt ursprünglich 13 VZ-Stellen
III/37	020313000	Amt für Brandschutz	2,00	A 8	Schichtdienst Wachabteilung		Sicherstellung einer strukturierten Gefahrenabwehrplanung	131.361,86 €	0,00 €	
III/63	100161300	Bauaufsicht	0,50	TVöD 11	Wiederkehrende bauaufsichtliche Sicherheitsprüfung von Sonderbauten“ (WP)		gesetzliche Pflichtaufgabe Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Bauaufsicht im Bereich „wiederkehrende bauaufsichtliche Sicherheitsprüfung von Sonderbauten“ (WP), Sicherstellung der gesetzlich gestellten Anforderungen	43.521,23 €	0,00 €	
III/66	110060200	Tiefbauamt	1,00	TVöD 12	Projektleitung Straßenbau		Anpassung an neue Rahmenbedingungen und Bedarfe, Umsetzung von Maßnahmen der zunehmenden Mobilitäts- und Verkehrsplanungen	103.126,06 €	0,00 €	
III/68	130412000	Natur- und Umweltschutz	1,00	TVöD 11	Wärme- und Energieplanung		Vorschulische/schulische Erziehung zu Nachhaltigkeitsthemen, Orga von Naturerlebnisexpeditionen, Klimabildung etc.	87.042,45 €	0,00 €	
	Insgesamt		**72,72**					**5.516.419,83 €**	**0,00 €**	

Bilanz zum 31.12.2020

Position	Bezeichnung	31.12.2020	31.12.2019
	Aktiva		
1	**Anlagevermögen**	**609.583.544,89**	**577.617.396,57**
1.1	**Immaterielle Vermögensgegenstände**	**18.777.440,74**	**17.717.018,74**
1.1.1	Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	1.751.510,00	1.957.772,00
1.1.2	geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	17.025.930,74	15.759.246,74
1.1.3	geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		
1.2	**Sachanlagevermögen**	**456.436.634,20**	**424.719.173,67**
1.2.1	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	119.511.025,47	116.792.759,94
1.2.2	Bauten einschl. Bauten auf fremden Grundstücken	158.268.095,87	153.727.016,87
1.2.3	Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	113.926.324,38	110.502.975,59
1.2.4	Anlagen und Maschinen z. Leistungserstellung	258.368,00	311.231,00
1.2.5	andere Anlagen, Betriebs-u.Geschäftsausstattung	7.811.429,48	6.699.564,48
1.2.6	geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	56.661.391,00	36.685.625,79
1.3	**Finanzanlagevermögen**	**134.369.469,95**	**135.181.204,16**
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen, Sondervermögen	98.459.647,26	98.459.647,26
1.3.2	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	27.355.583,52	28.088.764,51
1.3.3	Beteiligungen, Zweckverbände	4.585.918,28	4.585.610,24
1.3.4	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen eine Beteiligungsverhältnis besteht	1.656.699,08	1.692.286,28
1.3.5	Wertpapiere des Anlagevermögens	1.462.369,27	1.340.566,33
1.3.6	Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	849.252,54	1.014.329,54
2	**Umlaufvermögen**	**33.492.103,01**	**28.796.849,32**
2.1	**Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- u.Betriebsstoffe**	**7.356,40**	**10.577,24**
2.2	**Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren**		
2.3	**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**	**32.635.283,86**	**28.297.136,55**
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen, -zuschüssen, -beiträgen	17.002.645,70	13.704.687,46
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	5.636.565,68	4.866.028,11
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	334.568,61	190.238,09
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Unternehmen mit Beteiligungsverhältnissen und Sondervermögen	7.160.611,53	6.379.347,42
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	2.500.892,34	3.156.835,47
2.4	**Flüssige Mittel**	**849.462,75**	**489.135,53**
3	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**3.412.396,28**	**2.760.871,40**
4	**Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag**		

Position	Bezeichnung	31.12.2020	31.12.2019
	Passiva		
1	**Eigenkapital**	**189.957.826,42**	**177.219.736,41**
1.1	**Netto-Position**	**199.022.274,83**	**189.022.274,83**
1.2	**Rücklagen und Sonderrücklagen**		-
1.2.1	Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		-
1.2.2	Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses		-
1.2.3	zweckgebunde Rücklagen		-
1.2.4	Sonderrücklagen		-
1.2.4.1	Stiftungskapital		-
1.2.4.2	Sonstige Sonderrücklagen		-
1.3	**Ergebnisverwendung**	**-9.064.448,41**	**-11.802.538,42**
1.3.1	Ergebnisvortrag	**-11.802.538,42**	**-9.057.672,48**
1.3.1.1	Ordentliche Ergebnisse aus Vorjahren	-3.396.374,03	0,00
1.3.1.2	Außerordentl. Ergebnisse aus Vorjahren	-8.406.164,39	-9.057.672,48
1.3.2	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**2.738.090,01**	**-2.744.865,94**
1.3.2.1	Ordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	566.211,97	-3.396.374,03
1.3.2.2	Außerordentlicher Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.171.878,04	651.508,09
2	**Sonderposten**	**91.864.698,08**	**89.813.024,03**
2.1	**Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge**	**90.853.698,67**	**88.911.537,62**
2.1.1	Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	55.309.820,48	52.730.897,31
2.1.2	Zuschüsse vom nicht. öffentl. Bereich	12.855.467,68	13.009.867,49
2.1.3	Investitionsbeiträge	22.688.410,51	23.170.772,82
2.2	**sonstige Sonderposten**	**1.010.999,41**	**901.486,41**
3	**Rückstellungen**	**55.386.664,24**	**54.971.444,00**
3.1	**Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**	**53.687.625,00**	**53.606.564,00**
	darunter: Beamtenversorgungsrücklage	*1.462.369,27*	*1.340.566,33*
3.2	**Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuer-schuldverhältnissen**	**777.319,87**	**431.055,67**
3.3	**Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien**	**-**	**-**
3.4	**Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten**	**0,00**	**0,00**
3.5	**Sonstige Rückstellungen**	**921.719,37**	**933.824,33**
4	**Verbindlichkeiten**	**303.399.180,86**	**281.575.709,45**
4.1	**Anleihen**		
4.2	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen**	**159.144.081,31**	**138.887.128,51**
4.2.1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	142.366.641,94	121.302.575,57
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*7.460.314,46*	*6.442.529,84*
4.2.2	Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	16.777.439,37	17.584.552,94
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*1.405.721,63*	*1.427.113,57*
4.2.3	Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Kreditgebern	0,00	0,00
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	*0,00*	*0,00*
4.3	**Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquidiätssicherung**	**50.300.000,00**	**56.800.000,00**
4.4	**Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften**	**-**	**-**

Bilanz zum 31.12.2020

Position	Bezeichnung	31.12.2020	31.12.2019	Position	Bezeichnung	31.12.2020	31.12.2019
				4.5	**Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und - zuschüssen**	**4.522.449,35**	**3.705.155,50**
				4.6	**Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**	**9.383.447,64**	**6.732.073,38**
				4.7	**Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben**	**1.374.468,36**	**1.150.667,12**
				4.8	**Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, und gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs-verhältnis besteht, und Sondervermögen**	**13.266.982,28**	**13.228.049,55**
				4.9	**Sonstige Verbindlichkeiten**	**65.407.751,92**	**61.072.635,39**
				5	**Rechnungsabgrenzungsposten**	**5.879.674,58**	**5.595.203,40**
	Summe Aktiva	**646.488.044,18**	**609.175.117,29**		**Summe Passiva**	**646.488.044,18**	**609.175.117,29**

Ergebnis- und Finanzplanung

der Stadt Rüsselsheim für den Zeitraum 2023 - 2027

Ergebnis- und Finanzplanung

1. **Erträge und Aufwendungen**
2. **Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen**
3. **Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen nach Produktbereichen**
4. **Gesamtfinanzhaushalt**

Investitionsprogramm

Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2023 bis 2027

1. Erträge und Aufwendungen

Beträge in 1.000 Euro

1.1 Erträge

KVKR	Arten der Erträge	2023	2024	2025	2026	2027
50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	794	787	800	820	840
51	Öffentlichrechtliche Leistungsentgelte	16.939	18.414	19.000	19.200	19.400
548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	17.705	19.295	19.400	19.600	19.800
52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	767	840	860	880	900
5500	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	38.310	39.100	42.234	44.547	46.667
5504	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	9.200	8.003	8.264	8.465	8.601
5551	Grundsteuer A	63	63	65	65	65
5552	Grundsteuer B	22.500	23.000	23.200	23.600	24.200
5553	Gewerbesteuer	34.000	60.000	62.000	64.000	66.000
5554	Grunderwerbssteuer	0	0	0	0	0
5559	Andere Steuern	1.650	1.750	1.800	1.800	1.800
558	Erträge aus Umlagen	0	0	0	0	0
55..	Sonstige Erträge aus Steuern, sonstige steuerähnliche Erträge, sonstige Umlagen	0	0	0	0	0
547	Erträge aus Transferleistungen	4.958	8.892	9.100	9.300	9.500
540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen	83.432	74.610	85.361	93.010	97.058
	darunter:Schlüsselzuweisung	63.000	53.466	63.413	71.259	75.430
546	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, - zuschüsse und Investitionsbeiträgen	4.132	4.204	4.500	4.700	4.900
53	Sonstige ordentliche Erträge	3.747	3.700	3.800	3.900	4.000
Summe der ordentlichen Erträge		**238.197**	**262.658**	**280.384**	**293.887**	**303.731**

Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2023 bis 2027

Beträge in 1.000 Euro

1.2 Aufwendungen

KVKR	Arten der Aufwendungen	2023	2024	2025	2026	2027
62,63,640-643,647-649,65	Personalaufwendungen	66.120	74.253	75.367	76.497	77.645
644-646	Versorgungsaufwendungen	8.055	9.862	10.010	10.160	10.312
60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.499	41.979	42.609	43.248	43.897
66	Abschreibungen	13.273	13.757	14.100	14.400	14.700
71,76	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	34.066	37.567	37.900	38.100	38.300
73 [1)]	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	39.278	46.212	54.040	54.654	56.992
	darunter: Kreisumlage	29.700	32.817	41.373	41.718	43.785
	Heimatumlage	1.761	3.107	3.211	3.314	3.418
72	Transferaufwendungen	25.025	35.086	35.788	36.503	38.800
70,74	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.951	8.800	9.510	10.046	10.550
Summe der ordentlichen Aufwendungen		**233.267**	**267.516**	**279.323**	**283.608**	**291.196**
Verwaltungsergebnis		**4.930**	**-4.858**	**1.061**	**10.279**	**12.535**
56,57	Finanzerträge	3.910	4.045	1.952	1.895	1.845
77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.312	10.943	11.600	12.200	12.700
Finanzergebnis		**-5.402**	**-6.898**	**-9.648**	**-10.305**	**-10.855**
Ordentliches Ergebnis		**-472**	**-11.756**	**-8.587**	**-26**	**1.680**
	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis		0	0	0	0	0
Jahresergebnis		**-472**	**-11.756**	**-8.587**	**-26**	**1.680**
Jahresergebnis ohne Berücksichtigung der nicht liquiditätswirksamen Aufwendungen[3)]		**8.617**	**-2.891**	**796**	**9.375**	**11.106**
Tilgungsauszahlungen [2)]		**-12.772**	**-13.128**	**-13.748**	**-14.498**	**-15.238**
Jahresergebnis unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen		**-4.154**	**-16.019**	**-12.952**	**-5.123**	**-4.132**

Gerinfügige Differenzen gegenüber der Darstellung im Gesamtfinanzhaushalt resultieren aus Rundungen.

1) Gewerbesteuerumlage (35 Hebesatzpunkte), Heimatumlage (21,75 Hebesatzpunkte), Kreisumlage (43,19 Hebesatzpunkte 2024 und 2025, 2026 und 2027 mit 41,77).

2) Ab 2022 Tilgungsanteil aus der Hessenkasse in Höhe von 25€ je EW.

2. Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen

Art der Einzahlung/Auszahlung	2023	2024	2025	2026	2027
Einzahlungen					
Investitionszuweisungen, -zuschüsse, -beiträge	7.143	5.752	2.212	1.406	1.406
Verkaufserlöse	0	0	0	0	0
Rückzahlung von Krediten	532	520	523	527	532
Kreditaufnahmen	70.176	50.798	41.251	25.812	18.232
Summe der Einzahlungen	**77.851**	**57.070**	**43.986**	**27.745**	**20.170**
Auszahlungen					
Erwerb von Sachanlagevermögen, immaterielles Anlagevermögen	77.727	56.929	43.841	27.595	20.015
darunter:					
Bauausgaben	62.908	39.928	34.937	18.881	11.365
Grundstücke	6.500	5.700	4.500	4.500	4.500
Bewegliches Anlagevermögen	5.010	4.957	4.340	4.150	4.150
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	3.309	6.344	64	64	64
Erwerb von Finanzanlagevermögen	124	141	145	150	155
darunter:					
Gewährung von Krediten	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen	**77.851**	**57.070**	**43.986**	**27.745**	**20.170**
Saldo	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachrichtlich:					
Tilgung von Krediten	12.772	13.128	13.748	14.498	15.238

3. Investitionen und Investitionsföderungsmaßnahmen nach Produktbereichen

Produktbereich						
Nr.	**Bezeichnung**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
	Auszahlungen					
01	Innere Verwaltung	3.580	2.740	800	949	1.054
02	Sicherheit und Ordnung	3.754	2.897	1.500	1.000	1.000
03	Schulträgeraufgaben	32.903	21.443	20.175	8.160	2.510
04	Kultur- und Wissenschaft	30	73	8	8	8
05	Soziale Leistungen	2.849	336	0	0	0
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	11.966	3.381	3.175	1.370	1.220
07	Gesundheitsdienste	0	6.000	0	0	0
08	Sportförderung	547	1.033	150	100	100
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	1.067	483	80	80	80
10	Bauen und Wohnen	6.523	5.754	4.550	4.550	4.500
11	Ver- und Entsorgung	2.519	2.874	3.700	4.400	3.200
12	Verkehrsflächen und - anlagen, ÖPNV	8.680	7.880	8.290	6.560	5.930
13	Natur- und Landschaftspflege	3.262	1.910	849	359	359
14	Umweltschutz	0	0	0	0	0
15	Wirtschaft und Tourismus	171	266	709	209	209
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
	Summe	**77.851**	**57.070**	**43.986**	**27.745**	**20.170**
	nachrichtlich: Tilgung von Krediten	12.772	13.128	13.748	14.498	15.238

Anlage 1

Investitionsprogramm für den Zeitraum 2023 bis 2027

Die Investitionen im Finanzhaushalt lassen sich folgenden Bereichen zuordnen:

		2023	2024	2025	2026	2027
A	Maßnahmen, die aufgrund eines Gesetzes, Urteils oder ähnlichem zwingend erforderlich werden, sowie Maßnahmen, die der Sicherheit dienen	1.639.050	1.054.800	1.058.500	963.500	968.500
B	Maßnahmen der Abwasserbeseitigung (diese Maßnahmen sind alle über die Abwassergebühr finanziert)	2.481.500	2.830.000	3.200.000	3.900.000	2.800.000
C	Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus und der Straßensanierung	7.203.000	6.040.000	7.260.000	6.020.000	5.480.000
D	Maßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der E-Mobilität (Projekte CLEVER, Dikovers u. a.)	1.255.000	0	0	0	0
E	Maßnahmen im Rahmen der Abarbeitung des Sanierungsstaus im Bereich der Schulen sowie der Umsetzung des Schulentwicklungsplans und des Medienentwicklungsplans	31.440.000	19.265.000	18.230.000	7.100.000	1.500.000
F	Maßnahmen im Bereich der Kitas	11.428.780	2.882.500	1.960.000	430.000	330.000
G	Neue Maßnahmen ab dem Jahr 2024 (ohne in den vorhergehenden Positionen enthaltene Maßnahmen)	150.000	905.000	1.140.000	100.000	100.000
	Übrige Maßnahmen	22.253.260	24.092.540	11.137.500	9.231.500	8.991.500
	Summe aller Maßnahmen im jeweiligen Haushaltsjahren	**77.850.590**	**57.069.840**	**43.986.000**	**27.745.000**	**20.170.000**
T	Tilgungen	12.771.750	13.127.750	13.747.750	14.497.750	15.237.750

Investitionsprogramm für den Zeitraum 2023 bis 2027

Im Gegensatz zur Darstellung in den Teilfinanzhaushalten sind im Investitionsprogramm die Einzahlungen positiv und die Auszahlungen negativ dargestellt.
Investititonsvorhaben, die einem Budget angehören und damit gegenseitig deckungsfähig sind, haben in der Spalte Budget die gleiche Kennzeichnung.
Die sich auf die Fußnoten beziehenden Erläuterungen befinden sich am Ende des Investitionsprogramms.

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
01010003AB	Magistrat - Videoüberwachung	0619010			G	0	0	-250.000		0	0	0	
01010003ZA	Magistrat - Zuw. d. Landes f. Videoüberwachung	3641010				0	0	165.000		0	0	0	
01010205AD	Verwaltungssteuerung und -organisation - Raumbedarfsplan Verwaltungsflächen Sanierung - Planungskosten	0541010		?	*	-50.000	0	0		0	0	0	
01010205AF	Verwaltungssteuerung und -organisation - Raumbedarfsplanung Möb	0860010			*	-100.000	-100.000	-100.000		0	0	0	
01010205AG	Verwaltungssteuerung und -organisation - Medientechnik	0860010		?	*	0	-175.000	-150.000		0	0	0	
01010205AH	Verwaltungssteuerung und -organisation - New Work	0860010			G	0	0	-100.000		0	0	0	
01010216AA	Zentrale Personal- und Versorgungsaufwendungen	1507010		*	A	*	-133.500	-141.300		-145.000	-150.000	-155.000	
01010240AA	Presse- und Medienarbeit - Relaunch Homepage	0242010		-410.000	*	0	-280.000	0		0	0	0	
01016006AF	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mainstraße 7 / Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	-260.000	-230.000	0	-100.000	-100.000	?	?	
01016006AG	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Rathaus Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	-220.000	-200.000	-400.000	-100.000	-100.000	?	?	
01016006AH	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Ludwig-Dörfler-Allee Palais Verna / Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	-100.000	0	-100.000	-100.000	-100.000	?	?	
01016006AI	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mainzer Straße 11 / Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	0	0	0	-50.000	-50.000	?	?	
01016006AK	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mietereinbauten Friedensplatz	0541010		-300.000	*	-30.000	-170.000	-100.000		0	0	0	
01016006AL	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Am Treff NSHV Trafo- oder Übergabestation	0541010		-400.000	*	-30.000	-270.000	-100.000		0	0	0	
01016006AM	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Notstrominfrastruktur	0541010		?	*	0	-200.000	0		0	0	0	
01016007AC	Gebäudewirtschaft, Werkstatt - neue Werkstattfahrzeuge für Schreiner (2021) Maler (2023) Schlosser (2024)	0810010		-110.000	*	-40.000	-30.000	-40.000		0	0	0	
02020260AA	Stadtbüros - Erstausstattung Friedensplatz	0860010		-250.000	*	-125.000	-125.000	0		0	0	0	
02021150AE	Ordnungsangelegenheiten - Sirenenanlagen	0536010		*	A	-185.000	-132.050	0		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
02021150AG	Ordnungsangelegenheiten - Verkehrsüberwachungssäulen	0615010		*	*	-210.000	-1.311.000	-850.000		0	0	0	
02031300AA	Brandschutz - Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge	0810010		*	A	*	-1.360.000	-900.000	-550.000	-900.000	-800.000	-800.000	
02031300AG	Brandschutz - Sanierung + Erweiterung Feuerwehrstützpunkt	0536010		*	*	-270.000	-380.000	-250.000	-200.000	-200.000	?	?	
02031300AM	Brandschutz - Schlauchpflegeanlage	0840010		-150.000	G	0	0	-150.000		0	0	0	
02031300AN	Brandschutz - Ertüchtigung Einsatzzentrale	0840010		-150.000	*	0	-50.000	-100.000		0	0	0	
02031300AO	Brandschutz - Zivil- und Katastrophenschutz	0536010			G	0	0	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000	
02031300ZA	Brandschutz - Zuweisung des Landes	3641010		*	*	*	150.000	0		98.000	0	0	
03002000AA	Schulverwaltung - EDV Ausstattung Schule	0851010		*	*	*	-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
03002000AG	Schulverwaltung - Ern.von Spielgeräten auf Schulhöfen	0551510		*	*	*	-200.000	-200.000		-200.000	-200.000	-200.000	
03002000AR	Schulverwaltung - Medienentwicklungsplan / Digitalpakt (MEP)	0951110	B 12	-22.630.000	E	-1.700.000	0	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-14.930.000
03002000ZD	Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Bund	3640110		3.077.135	*	1.650.000	0	1.125.000		302.135	0	0	
03002000ZE	Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Land	3641010		1.025.710	*	175.000	375.000	375.000		100.710	0	0	
03002000AS	Schulverwaltung - Ausstattung Mittagessensversorgung	0840010		-304.000	H	0	-152.000	-152.000		0	0	0	
03012110AB	Otto-Hahn-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	-75.000	E	0	-75.000	-75.000 +		0	0	0	
03012111AB	Schillerschule - Abarbeitung Sanierungsstau + Nutzungsänderung der Hausmeister Wohnung	0530110	B 12	-1.180.000	E	-530.000	-350.000	-300.000		0	0	0	
03012111AD	Schillerschule - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-7.500	*	0	0	-7.500		0	0	0	
03012111AE	Schillerschule - Ganztagsangebot	0530110	B 12			0	0	-125.000		0	0	0	
03012112AD	Goetheschule - Ganztagsangebot + Erweiterung mit Klassenräumen	0530110	B 12	?	E	-175.000 1)	-25.000	-400.000	-200.000	-200.000	?	?	
03012113AD	Grundschule Königstädten - Weiterentwicklung und Sanierung	0530110	B 12	-41.000.000	E	-100.000	0	0		-230.000	?	?	
03012114AD	Albrecht-Dürer-Schule - Sanierung/Neubau Planungskosten	0530110	B 12	?	E	0	-100.000	0	-100.000	-100.000	?	?	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
03012114AF	Albrecht-Dürer-Schule - Ganztagsangebot	0530110	B 12	?		0	0	-150.000		0	0	0	
03012115AE	Georg-Büchner-Schule - Neubau und Sanierung	0530110	B 12	?	E	-356.000	-100.000	-200.000	-500.000	-3.000.000	?	?	
03012116AA	Grundschule Parkschule - Umbau der Parkschule	0530110	B 12	-30.800.000	E	-1.600.000	-4.300.000	-9.800.000		-10.000.000	-5.100.000	0	
03012116AB	Parkschule - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-6.000	*	0	0	0		-6.000	0	0	
03012117AH	Grundschule Hasengrund - Außengelände zwischen zwei Modulen	0530110	B 12	-810.000	*	-25.050	-760.000	0		0	0	0	
03012117AK	Grundschule Hasengrund - Brandsanierung	0530110	B 12	-5.000.000	E	0	-1.500.000	-3.500.000		0	0	0	
03012117ZC	Grundschule Hasengrund - Versicherungserstattung Brandschaden	3618010		3.200.000	*	0	1.000.000	2.200.000		0	0	0	
03012117AL	Grundschule Hasengrund - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-7.500	*	0	0	-7.500		0	0	0	
03012118AB	Eichgrundschule - Planung zur Optimierung Ganztagsbetreuung zusätzliche Klassenräume / Interim + Planung	0530110	B 12	?	E	-65.000	-750.000	-550.000	-500.000	-1.300.000	?	?	
03012119AE	Grundschule Innenstadt - Weiterentwicklung - Planungskosten	0530110	B 12	?		0	0	0		0	-50.000	?	
03012119AF	Grundschule Innenstadt - baulicher Schallschutz	0530110	B 12	-770.000	E	-100.000	-670.000	0		0	0	0	
03012119AH	Grundschule Innenstadt - Ganztagsangebot	0530110	B 12			0	0	-50.000		0	0	0	
03012119ZA	Grundschule Innenstadt - Förderung Schallschutz Land Hessen	3641010		699.450	*	100.000	599.450	0		0	0	0	
03012120AA	Grundschule "Eselswiese" - Neubau - Planungskosten	0530110	B 12	?		0	0	0		-100.000	?	?	
03022251AG	Gerhart-Hauptmann-Schule - Sanierung	0530110	B 12	-1.650.000	E	-1.400.000	-150.000	-100.000		0	0	0	
03022251AH	Gerhart-Hauptmann-Schule - Weiterentwicklung	0530110	B 12	?		0	0	-200.000	-400.000	-400.000	?	?	
03032300AI	Max-Planck-Schule - Atrium/Hauptgebäude Sanierung	0530110	B 12	?	E	-630.000	-3.900.000	-900.000	-500.000	-500.000	?	?	
03032301AG	Immanuel-Kant-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	?	E	-800.000	-300.000	-800.000	-500.000	-500.000	?	?	
03032301AM	Immanuel-Kant-Schule - Sitzgruppe Aussenanlage	0530110	B 12	-50.000	H	0	-50.000	0		0	0	0	
03042700AB	Borngrabenschule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	?	E	-230.000	0	-390.000	-300.000	-300.000	-500.000	?	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
03042710AC	Helen-Keller-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	?	E	-720.000	-250.000	-250.000	-300.000	-300.000	?	?	
03042710ZA	Helen-Keller-Schule - Erst. investiver Auszahlungen vom Kreis GG	3642010	B 12	*	*	135.000	170.000	0		0	0	0	
03052810AJ	A.-v.-Humboldt-Schule - Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. Sanierung	0530110	B 12	-42.000.000	E	-30.000.000	-12.000.000	0		0	0	0	
03052810AL	A.-v.-Humboldt-Schule - Interim (Umbau Mensa)	0530110	B 12	-660.000	E	-600.000	-60.000	0		0	0	0	
03052810AP	A.-v.-Humboldt-Schule - Multifunktionsfeld	0530110	B 12	?	*	0	-50.000	0		-50.000	0	0	
03052810AQ	A.-v.-Humboldt-Schule - Außengelände	0530110	B 12	-100.000	*	-50.000	0	0		0	0	0	
03052810AR	A.-v.-Humboldt-Schule - Sanierung Sporthalle Dicker Busch	0530110	B 12	-1.050.000	E	0	-250.000	-500.000	-300.000	-300.000	?	?	
03052850AA	Sophie-Opel-Schule - Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. Aussenanlagen und Sportflächen	0530110	B 12	-48.900.000	E	-42.250.000	-6.650.000	0		0	0	0	
03052850AE	Sophie-Opel-Schule - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-10.000	E	0	-10.000	0		0	0	0	
03052850AF	Sophie-Opel-Schule - Verschattung Schulhof	0530110	B 12	-100.000	*	0	-100.000	0		0	0	0	
03082954AA	Jugendverkehrsschule - Ersatzneubau	0530110		?		0	0	0		-80.000	?	?	
04013210AB	Stadtmuseum - Anschaffung von Museumsstücken	0621010		*	*	*	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000	
INV-Z	Stadtmuseum - Fördermittel Fahnenschrank	3604010		10.000	*	*	0	10.000		0	0	0	
05004000AA	Verwaltung - Soziale Leistungen - Mietereinbauten	0541010		-50.000	*	-25.000	0	-25.000		0	0	0	
05056200TA	Wohnungswesen - Tilgung vom GPR Seniorenresidenz	1616020		*	*	*	87.930	87.930		87.930	87.930	87.930	
05056200TB	Wohnungswesen - Tilgung von der GewoBau	1616020		*	*	*	406.600	394.200		396.000	399.800	403.600	
05056200TC	Wohnungswesen - Tilgung von der Nassau. Heimstätte	1616020		*	*	*	37.200	37.770		38.300	38.900	39.500	
05056200TD	Wohnungswesen - Tilgung von der Baugenossenschaft	1616020		*	*	*	0	0		0	0	0	
05056200TE	Wohnungswesen - Tilgung von Privaten	1618020		*	*	*	90	90		90	90	90	
05056200ZA	Wohnungswesen - Fehlbelegungsabgabe	4551010		*	*	*	280.000	300.000		?	?	?	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
05056200AA	Wohnungswesen - Investitionszusch. zur Förd. des Wohnungsbaus	0358010		*	*	*	-280.000	-300.000		?	?	?	
05056200AD	Wohnungswesen - Wohnungsbauförderung Quartier am Ostpark	0358010		?	*	*	-2.500.000	0		0	0	0	
06044640AA	Kita allg. - Erneuerung der Außenspielanlagen	0551510	B 14	*	F	*	-262.000	-280.000		-280.000	-280.000	-280.000	
06044640AI	Kita allg. - Zuschuss an andere Kitaträger zur Bestandserhaltung und Neubau	0358010	B 3	*	F	-160.000	-165.000	0		0	0	0	
06044640ZF	Kita allg. - Zuweisungen des Landes für U3 Betreuung	3641010		*	*	*	0	0		0	0	0	
06044640AM	Kita allg. - Sonnenschutz	0840010		*		0	-50.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000	
06044640AL	Kita allg. - Großraumbriefkästen	0561010		-100.000		0	0	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	
06044640AK	Kita allg. - Digitalisierung aller Kitas	0852010		-540.000		0	-50.000	0	-190.000	-290.000	-100.000	-100.000	
06044640AN	Kita allg. - Installation PV-Anlagen auf Kitas (Kauf)	0531010				0	0	0		-80.000	-40.000	-40.000	
060446401B	Kita Am Borngraben 1 - Neue Küche	0531010	B 3	-50.000	F	0	-50.000	0		0	0	0	
060446401Z	Kita Am Borngraben 1 - Landesförderung Neue Küche	3641010		25.000	*	0	25.000	0		0	0	0	
060446401C	Kita Am Borngraben 1 - Erneuerung der Außenspielanlagen	0551510	B 14	-125.000	F	-20.000	-60.000	-45.000		0	0	0	
060446407C	Kita Hessenring 97 - Abbruch und Neubau (Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	0	0		0	-100.000	?	
060446408B	Kita In den Bachgärten - Erneuerung der Außenspielanlagen	0551510	B 14	-112.000	F	-66.000	-46.000	0		0	0	0	
060446408C	Kita In den Bachgärten - grundhafte Sanierung Dach+Sanitärbereich	0531010	B 3	-450.000	F	-150.000	-150.000	-150.000		0	0	0	
060446408D	Kita In den Bachgärten - Neue Küche	0531010	B 3	-50.000	F	0	0	0		-50.000	0	0	
060446408Z	Kita In den Bachgärten - Landesförderung Küchenbau	3641010		25.000	*	0	0	0		25.000	0	0	
060446409C	Kita Kohlseestraße - Erneuerung Sanitärbereich	0531010	B 3	-150.000	F	0	-150.000	0		0	0	0	
060446410C	Kita Lengfeldstraße - Erweiterung (1 Gruppe)	0531010	B 3	-850.000	F	-700.000	-150.000	0		0	0	0	
060446410Y	Kita Lengfeldstraße - Zuschuss Ausbau Betreuungsplätze	3641010		234.045		234.045	0	0		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
060446411C	Kita Liebigstraße - bauliche Veränderungen (Planungsrate)	0531010	B 3	?	F	0	0	-150.000	-100.000	-100.000	?	?	
060446413C	Kita Sachsenweg 8 - Abbruch Pavillon (1 Gruppe) neuer Anbau zwei Gruppen	0531010	B 3	-2.900.000	F	-120.000	-300.000	-1.700.000	-500.000	-780.000	0	0	
060446413Z	Kita Sachsenweg 8 - Landeszuschuss neuer Anbau zwei Gruppen	3641010		250.000	F	25.000	44.220	?					
060446413D	Kita Sachsenweg 8 - Außenanlage	0561010	B 14	-196.000	F	-11.000	-185.000	0		0	0	0	
060446415D	Kita Zamenhofstraße - Neue Küche	0531010	B 3	-50.000	F	0	-50.000	0		0	0	0	
060446415Y	Kita Zamenhofstraße - Landeszuweisung Küchenneubau	3641010		25.000	*	0	25.000	0		0	0	0	
060446420E	Kita Ahornallee 8 - Ersatzbeschaffung Außenanlagen	0561010	B 14	-40.000	F	-35.000	-5.000	0		0	0	0	
060446430A	Kita Hessenring 70 - Neubau Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	0	-100.000	-200.000	-200.000	?	?	
060446431A	Kita Hans-Sachs-Straße - Neubau	0531010	B 3	-6.700.000	F	-2.100.000	-4.600.000	0		0	0	0	
060446431Z	Kita Hans-Sachs-Straße - Fördermittel	3641010		1.500.000	*	0	1.500.000	0		0	0	0	
060446432A	Kita Masurenweg - Erstausstattung	0531010	B 3	-127.500	F	0	0	-127.500		0	0	0	
060446433A	Kita Amselstraße - Neubau - Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	0	0	-300.000	-400.000	?	?	
060446434A	Kita Georg-Jung-Straße - Neubau (früheres SC-Opel-Gelände)	0531010	B 3	-6.400.000	F	-1.700.000	-4.700.000	0		0	0	0	
060446434Z	Kita Georg-Jung-Straße - Neubau Fördermittel	3641010		1.497.500	*	300.000	1.197.500	0		0	0	0	
060446435A	Kita Varkausstraße - Neubau - Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	-100.000	0		0	?	?	
060446435B	Kita Varkausstraße - Verlagerung Bolzplatz	0531010	B 3	-1.175.000	F	0	-150.000	?					
060446438A	Kita Paul-Hessemer-Straße Neubau	0531010	B 3		F	0	0	0	-100.000	-100.000	?	?	
060446439A	Kita "Eselswiese" - Neubau	0531010	B 3			0	0	0		-50.000	?	?	
06044649AA	Kindertagesstätten (freie Träger) - Zuschuss für baul. Maßnahmen	0358010	B 3	*	F	*	-350.000	-330.000		-50.000	-50.000	-50.000	
070151000A	GPR gGmbH, Darlehen	1250010				0	0	-6.000.000		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
08015610AW	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Laufbahn Eintracht Rüssels.	0533010		-250.000	*	0	-30.000	-220.000		0	0	0	
08015610AX	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Laufbahn	0533010		-350.000	*	0	-30.000	-320.000		0	0	0	
08015610ZC	Stadion/Außensportanlagen - Zuschuss Land Sanierung Laufbahn	3641010		50.000	*	0	50.000	50.000 +		0	0	0	
08015610AY	Stadion/Außensportanlagen - Leistungszentrum Hockey - Planungsk.	0533010		?	*	0	-15.000	0		0	0	0	
08015610AZ	Stadion/Außensportanlagen - Errichtung Skaterbahn Bauschheim (Pl	0533010		?	*	0	-15.000	0		0	0	0	
08015610BA	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Rasenfläche	0533010		-250.000		0	-30.000	-220.000		0	0	0	
08015610ZD	Stadion/Außensportanlagen - Zuschuss Land Sanierung Rasenfläche	3641010		50.000	*	0	50.000	50.000 +		0	0	0	
08015610BB	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Hockeyplatz	0533010		?		0	-250.000	0		0	0	0	
08015610BC	Stadion/Außensportanlagen - Ballfangzaun Hockeyplatz	0533010		-50.000		0	-50.000	0		0	0	0	
08015610BD	Stadion/Außensportanlagen - Lagercontainer Skatplatz	0533010			G	0	0	0		-50.000	0	0	
08015610BE	Erweiterung des Trimm-Dich-Pfades in Bauschheim Planungskosten	0533010		?	G	0	0	-50.000		0	0	0	
08015610BF	Austausch der Sitzschalen im Stadion	0533010		-30.000	G	0	0	-30.000		0	0	0	
08015610BG	Erneuerung der Beregnungssteuerung	0533010		-25.000	G	0	0	-25.000		0	0	0	
08015700AI	Sportbad - Errichtung von Stellplätzen für Fahrräder und Dienstfahrze	0561010		-20.000		0	-20.000	0		0	0	0	
08015720AD	Waldschwimmbad - Neubau Spielschiff	0551510		-100.000	G	0	0	-100.000		0	0	0	
09014609AA	Kinderspielplätze - Um- und Ausbauten	0623010		*	*	*	-70.000	-70.000		-70.000	-70.000	-70.000	
09014609AE	Kinderspielplätze - grundhafte Erneuerungen	0623010		*	*	*	-960.000	-400.000		?	?	?	
09016151AK	Attraktivitätssteig. Innenstadt - Möblierung Innenstadt	0629010		*	*	*	-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
10018820AA	Unbebautes Grundvermögen - Ankauf von Grundstücken	0502010	B 11	*	*	*	-500.000	-700.000		-500.000	-500.000	-500.000	
10018820VA	Unbebautes Grundvermögen - Verkaufserlöse Grundstücke	0509020		*	*	*	0	0		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
10018821AA	Bebautes Grundvermögen - Ankauf von Grundstücken	0510110	B 11	*	*	*	-6.000.000	-5.000.000		-4.000.000	-4.000.000	-4.000.000	
10018821AB	Bebautes Grundvermögen - Um-, Aus- und Neubauten	0591010		*	*	*	0	0		-50.000	-50.000	0	
10018821AE	Bebautes Grundvermögen - San. Waage Königstädten	0770010		*	*	*	0	-50.000		0	0	0	
11017000AH	Abwasserbes. - Kanalsanierung W.-Flex-Str.- 3. BA	0656010	B 7	-1.150.000	B	-58.500	-241.500	-250.000		-600.000	0	0	
11017000AJ	Abwasserbes. - Kanalsanierung W.-Flex-Str.- 4.-8. BA	0656010	B 7	-5.000.000	B	0	0	0		-400.000	-900.000	-900.000	-2.800.000
11017000CG	Abwasserbes. - Astheimer Straße 1.-3. BA	0656010	B 7	-1.550.000	B	-100.000	0	-250.000		-600.000	-600.000	0	
11017000CL	Abwasserbes. - Neubau Pumpstation an der Lache	0656010	B 7	-1.355.000	B	-55.000	-100.000	0		-200.000	-1.000.000	0	
11017000CV	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 9. BA	0656010	B7	-900.000	B	0	-200.000	-700.000		0	0	0	
11017000DF	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 10. BA	0656010	B7	-880.000	B	0	0	-180.000		-700.000	0	0	
11017000DD	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 11.-13. BA	0656010	B7	-2.500.000	B	0	0	0		-200.000	-900.000	-1.400.000	
11017000CX	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 8. BA	0656010	B7	-770.000	B	-40.000	-730.000	0		0	0	0	
11017000CY	Abwasserbes. - Altstadt West / Blauer See 1 / Böllensee Inliner	0656010	B7	-500.000	B	0	-500.000	0		0	0	0	
11017000CZ	Abwasserbes. - Einbau Schieberschächte Horlachebecken 9	0656010	B7	-150.000	B	0	-150.000	0		0	0	0	
11017000DB	Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßnahmen im Stadtgebiet	0656010	B7	*	B	0	0	0		-500.000	-500.000	-500.000	
11017000DC	Abwasserbes. - Kleine Löwenstraße	0656010	B7	-60.000	B	0	-60.000	0		0	0	0	
11017000DE	Abwasserbes. - Haßloch Nord Inlinersanierung	0656010	B7	-500.000	B	0	-500.000	0		0	0	0	
11017000DG	Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßnahmen Dicker Busch II	0656010	B7	-500.000	B	0	0	-500.000		0	0	0	
11017000DH	Abwasserbes. - Sanierung Regenklärbecken Hasensee	0656010	B7	-250.000	B	0	0	-250.000		?	?	?	
11017000DI	Abwasserbes. - Sanierung Elektro- und Maschinentechnik Pumpstati	0656010	B7	-600.000	B	0	0	-600.000		0	0	0	
11017000DJ	Abwasserbes. - Sanierung Elektrotechnik PST Unterführung Evreuxri	0656010	B7	-100.000	B	0	0	-100.000		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
11017000ZA	Abwasserbes. - Abwasserbeiträge	3660210		*	*	*	50.000	50.000		50.000	50.000	50.000	
12016300AB	Gemeindestr. - Behindertengerechter Umbau von Bushaltestellen	0613010	B 8	*	C	*	-1.120.000	-1.300.000		-1.200.000	-1.200.000	-1.200.000	
12016300ZA	Gemeindestr. - Zuschuss GVFG/FAG f. Umbau von Bushaltestellen	3641010		*	*	*	840.000	840.000		840.000	840.000	840.000	
12016300AE	Gemeindestr. - Verkehrsicherungs und Signalanlagen allgem.	0615010	B 8	*	C	*	-300.000	-150.000		-180.000	-180.000	-180.000	
12016300AG	Gemeindestr. - Sanierung der Walter-Flex-Str. 3. BA	0613010	B 8	-1.000.000	C	-4.000	-146.000	-150.000		-700.000	0	0	
12016300EG	Gemeindestr. - Sanierung der Walter-Flex-Str. 4.- 8. BA	0613010	B 8	-4.900.000	C	0	0	0		-300.000	-900.000	-900.000	
12016300AO	Gemeindestr. - Straßenendausbau Gewerbegebiet Blauer See	0613010	B 8	-1.440.900	C	-30.900	0	-660.000		-250.000	-250.000	-250.000	
12016300CD	Gemeindestr. - Straßenneubau Steinkaute Endausbau	0613010	B 8	-730.000	C	-700.000	0	0		0	-30.000	0	
12016300ZQ	Gemeindestr. - Bundeszuweisung GVFG Ausbau Adam-Opel-Str.	3640110		*	*	648.200	0	0		0	0	0	
12016300CJ	Gemeindestr. - Umgestaltung von Straßenbegleitgrün	0623010		*	*	*	-150.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000	
12016300CQ	Gemeindestr. - Straßensanierung Astheimer Straße 1. - 3. BA	0613010	B8	-1.560.000	C	-110.000	0	-250.000		-600.000	-600.000	0	
12016300CU	Gemeindestr. - Straßensanierung im Gebiet Im Ramsee 7. BA	0613010	B8	-780.000	C	-380.000	-400.000	0		0	0	0	
12016300CV	Gemeindestr. - Lückenschluss Bauscheim Nord/West Endausbau	0613010	B 8	-340.000	C	-300.000	0	0		0	-40.000	0	
12016300CZ	Gemeindestr. - Sanierung Faulbruchstraße	0613010	B 8	-560.000	C	-60.000	0	0		0	-500.000	0	
12016300DB	Gemeindestr. - Einkaufszentrum Königstädten	0613010	B 8	-600.000	C	-260.500	-339.500	0		0	0	0	
12016300DC	Gemeindestr. - Umbau Knoten Kurt-Schumacher-Ring	0613010	B 8	-556.000	C	-56.000	0	-500.000		0	0	0	
12016300DD	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung UF Friedensstr. (Stützwände)	0613010	B 8	-3.850.000	C	-1.450.000	-1.900.000	-500.000		0	0	0	
12016300DE	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung UF Friedensstr. (Fahrbahn)	0613010	B 8	-370.000	C	-170.000	-200.000	0		0	0	0	
12016300DF	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Alzeyer Straße Planungsko	0613010	B 8	-149.000	C	-9.000	-140.000	0		0	0	0	
12016300DG	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Oppenheimer Straße	0613010	B 8	-1.800.000	C	0	0	0		-300.000	-1.500.000	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
12016300DJ	Gemeindestr. - Erw. Hans-Böckler-Str. (Nachtweide) Endausbau	0613010	B 8	-145.000	C	-105.000	0	0		0	-40.000	0	
12016300DN	Gemeindestr. - Sanierung Friedhofstr. 3. BA	0613010	B 8	-700.000	C	-500.000	-200.000	0		0	0	0	
12016300DS	Gemeindestr. - Umgestaltung Kurt-Schumacher-Ring Verkehrkonzept	0613010	B 8	-150.000	C	-50.000	-50.000	0		-50.000	0	0	
12016300DT	Gemeindestr. - Umgestaltung Knotenpunkt Bensheimer Str./ Konrad-Adenauer-Ring	0613010	B 8	-1.550.000	C	-50.000	0	0		0	0	-1.500.000	
12016300DU	Gemeindestr. - Gehwegumbau	0613010	B 8	*	C	-250.000	-100.000	-100.000		-300.000	-300.000	-300.000	
12016300DW	Gemeindestr. - Anbindung Neubau KITA Varkausstraße an die B 486	0613010	B 8	-360.000	C	-160.000	-200.000	0		0	0	0	
12016300DX	Gemeindestr. - Gehwegumbau im Zuge von Baumaßnahmen von Versorgern	0613010	B 8	*	C	*	-187.500	-140.000		-170.000	0	0	
12016300EA	Gemeindestr. - Neubau von Fahrradabstellanlagen	0619010		-705.000	*	-185.000	-120.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000	
12016300ZE	Gemeindestr. - Zusch. KlimaSchutzInitiative Fahrradabstellanlagen	3640110		300.000	*	140.000	70.000	50.000		50.000	50.000	50.000	
12016300EB	Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 9. BA	0613010	B 8	-900.000	C	0	-200.000	-700.000		0	0	0	
12016300EL	Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 11.-13. BA	0613010	B 8	-2.500.000	C	0	0	0		0	-200.000	-900.000	-1.400.000
12016300EU	Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 10. BA	0613010	B 8	-880.000	C	0	0	-180.000		-700.000	0	0	
12016300EM	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Graben- und Joh.-Seb.	0613010	B 8	-100.000	C	0	-100.000	0		0	0	0	
12016300EC	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Mainzer Straße (BW27)	0613010	B 8	-340.000	C	0	0	-40.000		-300.000	0	0	
12016300ED	Gemeindestr. - Umgestaltung Kleine Löwenstraße	0613010	B 8	-640.000	C	0	-140.000	0		-950.000	0	0	
12016300EF	Gemeindestr. - Radweg Oppenheimer Straße	0613010	B 8	-1.350.000	C	-350.000	-150.000	-100.000		-400.000	0	0	
12016300XB	Gemeindestr. - Zuweisung Bund/LandRadweg Oppenheimer Straße	3640110/ 3641010		610.000		0	100.000	70.000		280.000	0	0	
12016300EH	Gemeindestr. - Straßensanierung im Gebiet "Im Ramsee" 8. BA	0613010	B 8	-820.000	C	-40.000	-780.000	0		0	0	0	
12016300EJ	Gemeindestr. - Umbau Knotenpunkt inkl. LSA an der L3040	0613010	B 8	-450.000	C	-50.000	-250.000	-150.000		0	0	0	
12016300EK	Gemeindestr. - Umsetzung Radverkehrskonzept (RVK)	0613010	B 8	-1.800.000	C	0	-600.000	-300.000		-300.000	-300.000	-300.000	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
12016300XC	Gemeindestr. - Förderung der Maßnahmen aus dem RVK	3641010	B 8	900.000	C	0	300.000	150.000		150.000	150.000	150.000	
12016300EN	Gemeindestr. - Einrichtung von Mobilitätsstationen und Sharingangeboten	0613010	B 8		C	0	0	-30.000		-100.000	-100.000	-100.000	
12016300EO	Gemeindestr. - Grundh. San. Treppenanlage Graben- und Joh.-Seb.-Str. im Zuge Sanierung durch Hessen Mobil	0613010	B 8		C	0	0	-40.000		0	0	0	
12016300EP	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Schillerstraße	0613010	B 8		C	0	0	-150.000		-100.000	0	0	
12016300EQ	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Friedrich-Ebert-Straße zw. Hans-Sachs- und Bernhard-Adelung-Str.	0613010	B 8		C	0	0	0		-280.000	0	0	
12016300ER	Gemeindestr. - Umgestaltung der Gehwege Moritz-von-Schwind- und Hans-Thoma-Str.	0613010	B 8		C	0	0	-200.000		0	0	0	
12016300ES	Gemeindestr. - Sanierung Treppenanlage UF Königstädter Straße	0613010	B 8		C	0	0	0		-100.000	0	0	
12016300ET	Gemeindestr. - Erweiterung Kommunale Verkehrssysteme	0613010	B 8		C	0	0	0		-130.000	-30.000	0	
12016300EW	Gemeindestr. - Grundh. San. Fußgängerunterführung DB	0613010	B 8		C	0	0	-450.000		0	0	0	
12016300EX	Gemeindestr. - Erneuerung Zaunanlage Elisabethen Str.	0613010	B 8		C	0	0	-100.000		0	0	0	
12016300ZC	Gemeindestr. - Erschließungsbeiträge	3660110		*	*	*	100.000	100.000		100.000	100.000	100.000	
12016300ZD	Gemeindestr. - Ablösebeitrag Stellplatzsatzung	3690210		*	*	*	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000	
12016700AA	Straßenbeleuchtung	0613010		*	*	*	-70.420	-570.000		-80.000	-90.000	0	
12046800AA	Parkeinrichtungen - Parkscheinautomaten	0613010		*	*	*	-270.000	-270.000		-100.000	-100.000	-100.000	
12046801AB	P&R Anlage Grabenstraße - Erneuerung Zufahrtssystem	0551010			G	0	0	0		0	0	0	
12046802AA	Tiefgarage Löwenplatz - Brandschutz/Lüftung/GLT/Sprinkler	0551010		?	*	-450.000	-350.000	-350.000	-300.000	-300.000	?	?	
12046803AA	Parkhaus An der Festung - Sanierung Planungskosten	0551010		?	*	-50.000	-100.000	-300.000	-200.000	-200.000	?	?	
13015800AE	Park- und Gartenanlagen - Umgestaltung von Grünflächen	0623010		*	*	*	-160.000	-120.000		-120.000	-120.000	-120.000	
13015800AF	Park- und Gartenanlagen - Grundhafte Erneuerung von Wegen	0623010		*	*	*	-130.000	-120.000		-120.000	-120.000	-120.000	
13015800AH	Park- und Gartenanlagen - Umgestaltung Danziger Anlage	0623010		-500.000	*	0	-450.000	-50.000		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
13015800AI	Park- und Gartenanlagen - Neugestaltung Vorfeld Opelvillen	0621110	B 13	-2.250.000	*	-950.000	-770.000	-530.000		0	0	0	
13015800AJ	Park- und Gartenanlagen - Entschlammung Ostpark Weier	0623010		-720.000	*	0	-50.000	-670.000		0	0	0	
13015800AK	Park- und Gartenanlagen - Maß. Labeling Stadtgrün Naturnah	0623010		-240.000	*	0	-120.000	-120.000		0	0	0	
13015800AL	Park- und Gartenanlagen - Sanierung Musikpavillon	0621110			G	0	0	0		-100.000	0	0	
13015800AM	Aufwertung und Renaturierung Bolzplätze Paul-Hessemer-Straße Pla	0623010			G	0	0	0		-290.000	0	0	
13037500AA	Bestattungswesen - Erweiterung von Grabfeldern	0624010	B 9	*	*	*	-15.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
13037500AC	Bestattungswesen - Erweiterung von Urnenwänden	0624010	B 9	*	*	*	-200.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000	
13037500AG	Bestattungswesen - Ankauf von Bäumen	0623010		*	*	*	-20.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
13037500AN	Bestattungswesen - Ersatzbeschaffung Parkbänke	0624010	B 9	*	*	*	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500	
13037500AO	Bestattungswesen - Waldfriedhof Trauerhalle grundh. Sanierung	0537010	B 9	-300.000	G	0	0	-200.000	-100.000	-100.000	0	0	
13041200AH	Natur- und Umweltschutz - E-Mobilität Projekt CLEVER	0770010		-10.000.000	D	-8.745.000	-1.255.000	0		0	0	0	
13041200ZC	Natur- und Umweltschutz - Fördermittel E-Mobilität Projekt CLEVER	3640110		9.000.000	*	9.000.000	0	0		0	0	0	
13041200AI	Natur- und Umweltschutz - Maßnahmen Baumschutzsatzung	0623010		*	*	*	-21.000	-21.000		-21.000	-21.000	-21.000	
13041200ZB	Natur- und Umweltschutz - Ausgleich Baumschutzsatzung	3690551		*	*	*	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000	
13057830AA	Feld- und Wirtschaftswege - Um-, Aus- und Neub. von Feldwegen	0614010		*	*	*	-37.250	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000	
13057830ZA	Feld- und Wirtschaftswege - Zuschuss Jagdgenossenschaft	3637010		*	*	*	1.650	1.650		1.650	1.650	1.650	
15023550AC	Kultur- und Bildungszentrum -grundhafte Sanierung Betonbrüstung	0541010		-200.000	G	0	0	0		-200.000	0	0	
15025910AD	Regionalpark Rhein-Main - Zuweisung an die Regionalpark GmbH	0355010		*	A	*	-13.500	-13.500		-13.500	-13.500	-13.500	
15027600AA	Stadthalle - grundhafte Sanierung	0539010			G	0	-150.000	-250.000	-300.000	-300.000	0	0	
16019000ZE	Steuern - allg.Zuweis und Umlagen - Regionalfonds	3641010		*	*	*	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
16029110ZA	Kredite - Kreditaufnahme beim Land (Schulbaupauschaldarlehen)	4201010		*	*	*	600.000	500.000		500.000	500.000	500.000	
16029110ZB	Kredite - Kreditaufnahme auf dem Kreditmarkt	4206010		*	*	*	69.575.950	50.298.200		40.751.185	25.311.630	17.732.230	
EDV	Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Organisationsmitteln	0852010		*	*	*	-1.507.200	-1.639.290		-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	
INV	Inventar	0860010		*	*		-505.120	-661.400		-500.000	-500.000	-500.000	
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter	0893510		*	*	*	-1.149.550	-1.413.350		-1.200.000	-1.200.000	-1.200.000	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
						Gesamtsumme Verpflichtungsermächtigungen:			-8.540.000				
	Gesamtsummen:					**Einzahlungen:**	**77.850.590**	**57.069.840**		**43.986.000**	**27.745.000**	**20.170.000**	
						davon:							
						Einzahlungen für Investitionen	7.674.640	6.271.640		2.734.815	1.933.370	1.937.770	
						darunter:							
						Wiederholungsveranschlagungen	693.900	100.000					
						Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	70.175.950	50.798.200		41.251.185	25.811.630	18.232.230	
						Auszahlungen:	**-77.850.590**	**-57.069.840**		**-43.986.000**	**-27.745.000**	**-20.170.000**	
						davon:							
						Auszahlungen für Investitionen	-77.850.590	-57.069.840		-43.986.000	-27.745.000	-20.170.000	
						darunter:							
						Wiederholungsveranschlagungen	-365.000	-75.000					

Nachrichtlich: Tilgungen

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR
16029120TA	Tilgung langfristige Kredite, Land	4201020	B 10	*	T	*	-1.200.000	-1.100.000		-1.050.000	-1.020.000	-1.010.000
16029120TC	Tilgung langfristige Kredite, Kreditmarkt	4206020	B 10	*	T	*	-9.800.000	-10.200.000		-10.870.000	-11.650.000	-12.400.000
16029120TD	Tilgung langfristige Kredite Land Sonderinvestitionsprogramm	4201020	B 10	*	T	*	-79.000 [1)]	-79.000 [1)]		-79.000 [1)]	-79.000 [1)]	-79.000 [1)]
16029120TE	Tilgung im Rahmen der Sonderzahlung Hessenkasse	4201020	B 10	*	T	*	-1.575.750	-1.575.750		-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750
16029120TF	Tilgung KIP I	4201020	B 10	*	T	*	-57.000 [2)]	-57.000 [2)]		-57.000 [2)]	-57.000 [2)]	-57.000 [2)]
16029120TG	Tilgung KIP II	4201020	B 10	*	T	*	-60.000 [3)]	-60.000 [3)]		-60.000 [3)]	-60.000 [3)]	-60.000 [3)]
16029120TH	Tilgung Digitalpakt	4201020	B 10	*	T	*	0	-56.000 [4)]		-56.000 [4)]	-56.000 [4)]	-56.000 [4)]
	Gesamtsummen:						**-12.771.750**	**-13.127.750**		**-13.747.750**	**-14.497.750**	**-15.237.750**

+ Wiederholungsveranschlagung
1) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 400.000 € Tilgungsleistung sowie 321.000 € Tilgungsübernahme durch das Land
2) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 104.000 € Tilgungsleistung sowie 47.000 € Tilgungsübernahme durch das Land
3) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 84.000 € Tilgungsleistung sowie 24.000 € Tilgungsübernahme durch das Land
4) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 112.000 € Tilgungsleistung sowie 56.000 € Tilgungsübernahme durch das Land

* Die Angabe eines Wertes ist nicht sinnvoll.

Aufteilung der Investitionsnummer INV (Inventar)

Kostenstelle	Investitions-nummer	Sachkonto	Organisations-einheit	Haushaltsansatz 2024 EUR
010100030	INV	0860010	Magistrat	-5.000
010102050	INV	0860010	Verwaltungssteuerung und -organisation	-25.000
010102100	INV	0860010	Personalwesen	-5.000
010102520	INV	0860010	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	-1.500
020211500	INV	0860010	Ordnungsangelegenheiten	-2.000
020211520	INV	0860010	Ausländerangelegenheiten	-50.000
020313000	INV	0860010	Amt für Brandschutz	-235.000
040132100	INV	0860010	Stadtmuseum	-26.000
040132110	INV	0860010	Stadtarchiv	-20.000
050243100	INV	0860010	Haus der Senioren	-8.000
060040730	INV	0860010	Verwaltung Jugendförderung	-50.000
060245120	INV	0860010	Kinder- und Jugenderholung	-2.700
060245150	INV	0860010	Streetwork/sonst. Jugendarbeit	-42.000
060446400	INV	0860010	Kindertagesstätten allgemein	-50.000
060546010	INV	0860010	Freizeithaus Dicker Busch	-2.800
060546030	INV	0860010	Jugendtreff	-3.500
080055000	INV	0860010	Strateg. Sportentw., Projekte/Veranstalt., ..	-7.500
080156100	INV	0860010	Stadion und Außensportanlagen	-12.000 [1)]
080156200	INV	0860010	Großsporthalle Rüsselsheim	-43.000 [2)]
080157000	INV	0860010	Schwimmbad an der Lache	-6.000
080157200	INV	0860010	Waldschwimmbad	-16.000 [3)]
090161000	INV	0860010	Stadtplanung	-5.000
100161300	INV	0860010	Bauaufsicht	-1.400
110060200	INV	0860010	Tiefbauamt	-20.000
130158000	INV	0860010	Park- und Gartenanlagen	-10.000
130412000	INV	0860010	Natur- und Umweltschutz	-12.000
			Gesamtsumme:	**-661.400**

1) Spielzeitenanzeige Hockey (7.000); Fußballtore (3.000); INV allgem. (2.000)
2) Turnboden (18.000); Spielanzeige (7.000); Vorhang (10.000); INV allg. (8.000)
3) Tretboot (4.000); Müllkran (10.000); INV allg. (2.000)

Aufteilung der Investitionsnummer EDV (Hardware, Software)

Kostenstelle	Investitions-nummer	Sachkonto	Organisations-einheit	Haushaltsansatz 2024 EUR
010100030	EDV	0852010	Magistrat	
010101000	EDV	0852010	Rechnungsprüfungsamt	-2.960
010102000	EDV	0852010	EDV-Dienstleistungen	-1.254.650
010102010	EDV	0852010	E-Government	-2.000
010102100	EDV	0852010	Personalwesen	-1.480
010102450	EDV	0852010	Stadtmarketing	-3.700
010103200	EDV	0852010	Stadtkasse	-7.400
010160050	EDV	0852010	Gebäudewirtschaft	-11.450
020211500	EDV	0852010	Ordnungsangelegenheiten	-1.480
020211520	EDV	0852010	Ausländerangelegenheiten	-40.000
020313000	EDV	0852010	Brandschutz	-13.080
030020000	EDV	0852010	Schulverwaltung	-9.810
040030000	EDV	0852010	Kultursteuerung	-2.960
040132100	EDV	0852010	Stadtmuseum	-7.250
040132110	EDV	0852010	Stadtarchiv	-4.710
060040720	EDV	0852010	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-21.290
060446400	EDV	0852010	Kita Allgemein	-14.000
060446432	EDV	0852010	Kita Masurenweg	-12.950
080055000	EDV	0852010	Sport	-1.500
080156200	EDV	0852010	Großsporthalle Rüsselsheim	-1.430
080157000	EDV	0852010	Schwimmbad an der Lache	-25.000
110060200	EDV	0852010	Tiefbauamt	-6.660
130158000	EDV	0852010	Park- und Gartenanlagen	-7.750
130375000	EDV	0852010	Bestattungswesen	-5.310
130412000	EDV	0852010	Natur- und Umweltschutz	-5.920
150173000	EDV	0852010	Marktwesen	-2.200
150179100	EDV	0852010	Wirtschaftsförderung	-2.960
010102000	EDV	0242010	EDV-Dienstleistungen	-44.820
010102100	EDV	0242010	Personalwesen	-30.000
010103200	EDV	0242010	Stadtkasse	-4.860
010160050	EDV	0242010	Gebäudewirtschaft	-20.000
030020000	EDV	0242010	Schulverwaltung	-2.400
040132100	EDV	0242010	Stadtmuseum	-2.260
060040710	EDV	0242010	Verwalt. Soz. Dienste u. fin. Hilfen	-21.450
060040720	EDV	0242010	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-2.400
080055000	EDV	0242010	Sport	-24.000
090161000	EDV	0242010	Stadtplanung	-9.050
100161300	EDV	0242010	Bauaufsicht	-5.000
130158000	EDV	0242010	Park- und Gartenanlagen	-3.150
			Gesamtsumme:	**-1.639.290**

Aufteilung der Ansätze GWG 2024

Kostenstelle	Investitions-nummer	Sachkonto	Organisations-einheit	Haushaltsansatz 2024 EUR
010100030	GWG EDV 2024	0894210	Magistrat	-3.060
010102000	GWG EDV 2024	0894210	EDV-Dienstleistungen	-561.200
010102050	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltungssteuerung u. -organisation	-5.200
010102060	GWG EDV 2024	0894210	Protokoll, Städtepartnerschaften	-2.320
010102110	GWG EDV 2024	0894210	Aus- und Fortbildung	-22.040
010102450	GWG EDV 2024	0894210	Stadtmarketing	-370
010102520	GWG EDV 2024	0894210	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	-3.060
010103100	GWG EDV 2024	0894210	Stadtkämmerei	-16.305
010103200	GWG EDV 2024	0894210	Stadtkasse	-1.900
010108000	GWG EDV 2024	0894210	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	-2.960
010160050	GWG EDV 2024	0894210	Gebäudewirtschaft	-3.120
020205000	GWG EDV 2024	0894210	Standesamt	-5.290
020211400	GWG EDV 2024	0894210	Ortsgericht	-3.030
020211500	GWG EDV 2024	0894210	Ordnungsangelegenheiten	-6.840
020211510	GWG EDV 2024	0894210	Stadtpolizei	-1.380
020211520	GWG EDV 2024	0894210	Ausländerangelegenheiten	-44.180
020313000	GWG EDV 2024	0894210	Brandschutz	-13.800
030020000	GWG EDV 2024	0894210	Schulverwaltung	-2.250
030020100	GWG EDV 2024	0894210	Schule (allgemein)	-20.880
030729310	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltung - Ganztagsangebote/Schulsozialarbeit	-9.570
030729320	GWG EDV 2024	0894210	Schulsozialarbeit	-16.820
030829330	GWG EDV 2024	0894210	Jugendberufshilfe	-1.600
040030000	GWG EDV 2024	0894210	Kultursteuerung	-740
040132100	GWG EDV 2024	0894210	Stadtmuseum	-2.020
040132110	GWG EDV 2024	0894210	Stadtarchiv	-1.480
050040000	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltung Soziale Leistungen	-1.980
050142000	GWG EDV 2024	0894210	Hilfen für Asylbewerber	-5.120
050243100	GWG EDV 2024	0894210	Haus der Senioren	-2.880
050543500	GWG EDV 2024	0894210	Obdachlosenbehörde	-900
050562000	GWG EDV 2024	0894210	Wohnungswesen	-11.990
060040710	GWG EDV 2024	0894210	Verwalt. Soziale Dienste u. fin. Hilfen	-41.285
060040720	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-1.900
060446400	GWG EDV 2024	0894210	Kita Allgemein	-15.640
060446432	GWG EDV 2024	0894210	Kita Masurenweg	-2.750
080055000	GWG EDV 2024	0894210	Sport	-380
080156200	GWG EDV 2024	0894210	Großsporthalle Rüsselsheim	-1.010
090161000	GWG EDV 2024	0894210	Stadtplanung	-10.950
100161300	GWG EDV 2024	0894210	Bauaufsicht	-2.320
110060200	GWG EDV 2024	0894210	Tiefbauamt	-1.480
130158000	GWG EDV 2024	0894210	Park- und Gartenanlagen	-4.460
130412000	GWG EDV 2024	0894210	Natur- und Umweltschutz	-3.600
150173000	GWG EDV 2024	0894210	Marktwesen	-1.530
150179100	GWG EDV 2024	0894210	Wirtschaftsförderung	-740
010101000	GWG 2024	0894110	Rechnungsprüfungsamt	-1.500
010103400	GWG 2024	0894110	Steuerangelegenheiten	-8.800
010108000	GWG 2024	0894110	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	-2.000
010160060	GWG 2024	0894110	Fachbereich Gebäudewirtschaft	-7.000
010160070	GWG 2024	0894110	Fachbereich Gebäudewirtschaft Werkstatt	-5.000
020205000	GWG 2024	0894110	Standesamt	-2.000
020211500	GWG 2024	0894110	Ordnungsangelegenheiten	-3.000
020211510	GWG 2024	0894110	Stadtpolizei	-1.000
020313000	GWG 2024	0894110	Amt für Brandschutz	-130.000

030020000	GWG 2024	0894110	Schulverwaltung	-2.000
030020100	GWG 2024	0894110	Schule allgemein	-80.000
030121100	GWG 2024	0894110	Otto-Hahn-Schule	-2.000
030121110	GWG 2024	0894110	Schillerschule	-2.000
030121120	GWG 2024	0894110	Goetheschule	-2.000
030121130	GWG 2024	0894110	Grundschule Königstädten	-2.000
030121140	GWG 2024	0894110	Albrecht-Dürer-Schule	-2.000
030121150	GWG 2024	0894110	Georg-Büchner-Schule	-2.000
030121170	GWG 2024	0894110	Grundschule Hasengrund	-2.000
030121180	GWG 2024	0894110	Eichgrundschule	-2.000
030121190	GWG 2024	0894110	Grundschule Innenstadt	-2.000
030222510	GWG 2024	0894110	Gerhard-Hauptmann-Schule	-3.000
030323000	GWG 2024	0894110	Max-Planck-Schule	-3.000
030323010	GWG 2024	0894110	Immanuel-Kant-Schule	-3.000
030427000	GWG 2024	0894110	Borngrabenschule	-3.000
030427100	GWG 2024	0894110	Helen-Keller-Schule	-3.000
030528100	GWG 2024	0894110	Alexander-von-Humboldt-Schule	-3.000
030528500	GWG 2024	0894110	Sophie-Opel-Schule	-3.000
030729300	GWG 2024	0894110	Betreuungsschule	-8.500
030729310	GWG 2024	0894110	Verwaltung - Ganztagsangebote/Schulsozialarbeit	-2.000
030729320	GWG 2024	0894110	Schulsozialarbeit	-11.000
030829540	GWG 2024	0894110	Jugendverkehrsschule	-2.500
040132100	GWG 2024	0894110	Stadtmuseum	-3.000
040132110	GWG 2024	0894110	Stadtarchiv	-800
050040000	GWG 2024	0894110	Verwaltung - Soziale Leistungen	-400
050142000	GWG 2024	0894110	Hilfen für Asylbewerber	-8.560
050543500	GWG 2024	0894110	Obdachlosenbehörde	-6.000
050562000	GWG 2024	0894110	Wohnungswesen	-2.400
060040710	GWG 2024	0894110	Verwaltung Soziale Dienste und fin. Hilfen	-25.650
060040720	GWG 2024	0894110	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-2.000
060040730	GWG 2024	0894110	Verwaltung Jugendförderung	-1.000
060245120	GWG 2024	0894110	Kinder- u. Jugenderholung	-2.700
060245150	GWG 2024	0894110	Streetwork und sonst. Jugendarbeit	-3.000
060446400	GWG 2024	0894110	Kindertagesstätten allgemein	-130.000
060546010	GWG 2024	0894110	Freizeithaus Dicker Busch	-8.750
060546020	GWG 2024	0894110	Jugendtreff HN	-4.000
060546030	GWG 2024	0894110	Jugendtreff Innenstadt	-8.500
060546040	GWG 2024	0894110	Jugendtreff Königstädten	-2.000
060546080	GWG 2024	0894110	Kommunales Jugendbildungswerk	-2.500
060546100	GWG 2024	0894110	Kinder- und Jugendbüro	-1.000
090161000	GWG 2024	0894110	Stadtplanung	-5.000
100161300	GWG 2024	0894110	Bauaufsicht	-1.960
110060200	GWG 2024	0894110	Tiefbauamt	-16.000
130158000	GWG 2024	0894110	Park- und Gartenanlagen	-2.000
130412000	GWG 2024	0894110	Natur- und Umweltschutz	-8.500
			Gesamtsumme:	**-1.413.350**

ÜBERSICHT
über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen
- in 1.000 EUR -

Verpflichtungsermächtigung im Haushaltsplan des Jahres	Voraussichtlich fällige Auszahlungen				
	2025	**2026**	**2027**	**2028**	**2029**
1	2	3	4	5	5
2024	8.540	0	0	0	0
Summe	8.540	0	0	0	0
Nachrichtlich: In der Ergebnis- und Finanzplanung vorgesehene Kreditaufnahmen für Investitionen	41.251	25.811	18.232		

Anlage 3 zum Haushaltsplan der Stadt Rüsselsheim für das Haushaltsjahr 2024

ÜBERSICHT
über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten

- in 1.000 EUR -

Art		Stand zu Beginn des Vorjahres **2023**	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres **2024**	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres **2024**
1		2	3	4
1.	**Verbindlichkeiten aus Anleihen**	-	-	-
2.	**Verbindlichkeiten aus Krediten zur Finanzierung v. Investitionen u. Investitionsförderungsmaßnahmen**			
2.1	Bund, LAF, ERP-Sondervermögen	-	-	-
2.2	Land[1)]	26.495	23.685	22.833
2.3	Gemeinden und Gemeindeverbänden			
2.4	Eigenbetriebe/Eigengesellschaften	-	-	-
2.5	Zweckverbänden und dgl.	-	-	-
2.6	Sonstiger öffentlicher Bereich	-	-	-
2.7	Kreditmarkt	195.038	194.979	235.077
2.8	Verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	-	-	-
	Summe	**221.533**	**218.664**	**257.910**
3.	**Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten und gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse**			
3.1	Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten[2)]	0	0	0
3.2	Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	45.697	44.121	42.545
4.	**Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen**			
4.1	Leasing	-	-	-
4.2	Sonstige	-	-	-
	Summe	**267.230**	**262.785**	**300.455**
Nachrichtlich:				
5.	**Verbindlichkeiten der Sondervermögen mit Sonderrechnung**	-	-	-
5.1	aus Krediten[3)]	-	-	-
5.2	aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	-	-	-
6.	**vorübergehende Inanspruchnahme von flüssigen Mitteln aus zweckgebundenen Rücklagen und Sonderrücklagen für andere Zwecke**	-	-	-
7.	**Anteilige Schulden im Rahmen von Mitgliedschaften in Zweckverbänden[4)]**	**4.490**	**3.776**	**5.710**
8.	**Anteilige Schulden im Rahmen der Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen**	**328.587**	**327.001**	**339.754**
9.	**langfristige Mietverträge und Verpflichtungen aus ÖPP-Verträgen**	*	*	*

* Die Angabe eines Wertes ist (noch) nicht möglich bzw. sinnvoll.

1) Inkl. Darlehen aus den Hessischen Investitionsprogrammen.

2) Die Stadt Rüsselsheim befindet sich mit ihren Eigenbetrieben und Eigengesellschaften sowie dem Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim in einem Liquiditätsverbund, so daß unterjährig der Stadt aus Liquiditätsüberschüssen kurzfristige Darlehen überlassen werden können.
Die angegebenen Werte berücksichtigen die im Rahmen der Hessenkasse abgelösten weiteren Teilbeträge von 10,0 Mio. EUR (2020) und 25,0 Mio. EUR (2021). Insgesamt beträgt der Ablösebetrag 195,1 Mio. EUR.
Des Weiteren werden die Liquitätsüberschüsse bzw. -fehlbeträge lt. Haushaltsplanung zugrundegelegt.
Der Bestand an Liquiditätskrediten betrug zum 31.12.2022 8,3 Mio. EUR inkl. der Vorfinanzierung investiver Maßnahmen.
Da parallel hierzu eine Geldanlage bestand, wird der Bestand mit Null ausgewiesen.

3) Die angegebenen Werte beziehen sich grundsätzlich auf die Eigenbetriebe Städtische Betriebshöfe und Kultur 123.

4) Die angegebenen Werte erfassen ausschließlich die Mitgliedschaft im Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim.

Anlage 4 zum Haushaltsplan der Stadt Rüsselsheim für das Haushaltsjahr 2024

ÜBERSICHT
über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen

- in 1.000 EUR -

Art		Stand zu Beginn des Vorjahres **2023**	Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres **2024**	Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres **2024**
1		2	3	4
1.	**Rücklagen und Sonderrücklagen**			
1.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	2.866	0	0
1.2	Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	0	0	0
1.3	Sonderrücklagen	*	*	*
1.4	Stiftungskapital	0	0	0
Summe der Rücklagen		*	*	*
2.	**Rückstellungen**			
2.1	Rückstellung für Pensionsverpflichtungen auf Grund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen (davon durch Mittel der Versorgungsrücklage [1)] nach HVersRückIG gedeckt)	41.004 (2.298)	41.879 (2.432)	43.280 (2.573)
2.2	Rückstellungen aus Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungsempfänger, Beamten und Arbeitnehmern	8.898	9.018	9.147
2.3	Rückstellungen aus Bezüge- und Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit und ähnlichen Maßnahmen	204	78	100
2.4	Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandsetzung, die im folgenden Haushaltsjahr nachgeholt werden	*	*	*
2.5	Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	-	-	*
2.6	Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	-	*	*
2.7	Rückstellungen für unbestimmte Aufwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz und für ungewisse Verbindlichkeiten im Rahmen von Steuerschuldverhältnissen	1.519	*	*
2.8	Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften, Gewährleistungen und anhängigen Gerichtsverfahren	-	*	*
2.9	Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	-	*	*
2.9	sonstige Rückstellungen	*	*	*
Summe der Rückstellungen		*	*	*

* Die Angabe eines Wertes ist noch nicht möglich bzw. sinnvoll. Die ggf. einzustellenden Rückstellungen/Rücklagen bzw. deren genaue Werte werden erst im Rahmen der jeweiligen Jahresabschlüsse ermittelt.

1) Die Versorgungsrücklage ist nicht in Höhe des Bilanzwertes, sondern in tatsächlicher Höhe ausgewiesen.

Finanzstatusbericht zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit

			Schlüsselnummer:
Regierungsbezirk:	Darmstadt	Schlüsselnummer:	433012
Gemeinde:	Rüsselsheim am Main	Kreisfreie Stadt	
Landkreis:	Groß-Gerau	Haushaltsjahr	2024

Einwohnerzahl am:

31.12.2022	67.277
31.12.2021	66.125

		Haushaltsjahr 2024 -€-	Jahresabschluss 2022 -€-
Ergebnishaushalt			
ordentliches Ergebnis			
	Erträge	266.703.235,00	237.889.540,31
	Aufwendungen	278.458.617,00	218.438.540,26
	Saldo	**-11.755.382,00**	**19.451.000,05**
außerordentliches Ergebnis			
	Erträge		308.960,82
	Aufwendungen		71.892,72
	Saldo		237.068,10
	Überschuss (+)/ Fehlbedarf (-)	**-11.755.382,00**	**19.688.068,15**
Finanzhaushalt			
Laufende Verwaltungstätigkeit			
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	+	261.659.525,00	236.175.292,32
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-	264.550.127,00	212.725.448,06
Saldo		-2.890.602,00	23.449.844,26
Investitionstätigkeit			
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	+	6.271.640,00	+ 9.135.834,40
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-	57.069.840,00	- 33.319.839,68
Saldo		**-50.798.200,00**	**-24.184.005,28**
Finanzierungstätigkeit			
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	+	50.798.200,00	+ 65.905.860,37
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-	13.127.750,00	- 14.224.406,82
Saldo		**37.670.450,00**	**51.681.453,55**
Finanzmittelüberschuss **(+)**/ -fehlbedarf **(-)**		**-16.018.352,00**	**50.947.292,53**
Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres		**-6.014.144,82**	**14.158.737,18**

Nachrichtlich	Haushaltsjahr 2024 -€-
Rechnersiche Neuverschuldung	
Kernhaushalt	**33.787.851,00**
Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts	**1,00**
Insgesamt	**33.787.852,00**

Im Finanzstatusbericht sind Eintragungen nur in den blau unterlegten Feldern vorzunehmen.

Einige Feldinhalte werden erst vollständig angezeigt, wenn im Deckblatt eine Eintragung im Feld „Haushaltsjahr“ erfolgte.

Soweit in den Feldern betragsmäßige Angaben erforderlich sind, sind diese im gesamten Finanzstatusbericht in € vorzunehmen.

Die betragsmäßigen Eingaben sind im Finanzstatusbericht grundsätzlich nur mit positivem Vorzeichen vorzunehmen, soweit nicht aufgrund eines negativen Planwertes bzw. Rechnungsergebnisses ausnahmsweise ein negatives Vorzeichen erforderlich ist.

In Haushaltsjahren mit Nachträgen sind Planwerte auf Basis des

Allgemeine Finanzinformationen

1. Rechnungsergebnisse, Plan-Ist-Vergleiche und Status Jahresabschlüsse

	Ordentliches Ergebnis in €				
Haushaltsjahr	Plan	Ist	Differenz	Status Jahresabschluss (Bitte auswählen)	Ggf. Bemerkungen
2017	-12.340.377,00	-13.244.504,76	-904.127,76	Entlastungsbeschluss erfolgt	
2018	-11.992.281,00	-9.091.414,09	2.900.866,91	Entlastungsbeschluss erfolgt	
2019	-9.303.808,00	-3.396.374,03	5.907.433,97	Entlastungsbeschluss erfolgt	
2020	-418.947,00	566.211,97	985.158,97	Entlastungsbeschluss erfolgt	
2021	-706.287,00	-1.823.763,13	-1.117.476,13	Prüfung RPA abgeschlossen	

2.1 Stand der Aufstellung des Jahresabschlusses für 2022

Aufstellung noch nicht erfolgt	

2.2 Voraussichtlicher Zeitpunkt des Aufstellungsbeschlusses für den Jahresabschluss 2022

noch nicht erfolgt	

3. Aufstellung der Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach der HGO

Eigenbetriebe
Kultur123, Städtische Betriebshöfe

Anstalten des öffentlichen Rechts nach der HGO
Städteservice Rüsselsheim/Raunheim

4. Aufstellung Gesamtabschluss erforderlich für 2022

nein

Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit für 2024

		- € -	Erläuterungen
1.	Geplantes ordentliches Ergebnis für 2024	-11.755.382,00	Das ordentliche Ergebnis wird automatisch aus dem Blatt "Ergebnishaushalt" übernommen.
	Bei einem geplanten Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis bitte nebenstehend auswählen, ob ein Ausgleich des Defizits durch die Inanspruchnahme der ordentlichen Rücklage nach § 92 Abs. 5 Nr. 1 HGO beim Jahresabschluss geplant ist.	nein	
2.	Bestand Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2023	0,00	Es ist der (ggf. voraussichtliche) Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum Ende des Haushaltsvorjahres anzugeben.
3.	Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren (Bilanzwert der letzten aufgestellten Bilanz)	4.543.387,44	Es ist der in der letzten aufgestellten Bilanz ausgewiesene Fehlbetrag aus Vorjahren (§ 49 Abs. 4 Nr. 1.3.1.1 GemHVO) mit positivem Vorzeichen anzugeben.
4.	Bestand der Liquiditätsreserve		
4.1	Mindestbetrag der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO vorzuhaltenden Liquiditätsreserve für 2024	4.275.974,60	Es ist für das Haushaltsjahr der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit vorzuhaltende Mindestbetrag von 2 v.H. der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre anzugeben.
4.2	Höhe der tatsächlich vorgehaltenen Liquiditätsreserve am 1.1.2024	10.004.207,18	Es ist für das Haushaltsjahr die Höhe der tatsächlich vorhandenen Liquiditätsreserve anzugeben.
5.	Angaben zur letzten aufgestellten Vermögensrechnung		
5.1	Haushaltsjahr der letzten aufgestellten Vermögensrechnung	2021	Es ist das Haushaltsjahr der letzten aufgestellten Vermögensrechnung anzugeben.
5.2	Bestand an Eigenkapital	215.754.727,74	Es ist die Höhe des Eigenkapitals (§ 49 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO) aus der letzten aufgestellten Vermögensrechnung anzugeben.
6.	Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2023	0,00	Die Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten wird automatisch aus dem Blatt "Verbindlichkeiten" übernommen.
7.	Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	42.545.250,00	Die Höhe der Verbindlichkeiten wird automatisch aus dem Blatt "Verbindlichkeiten" übernommen.
8.	Geplante zu erwirtschaftende Differenz aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	-16.018.352,00	Diese Angabe wird rechnerisch aus dem Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich der ordentlichen Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse und zuzüglich der zweckgebundenen Einzahlungen für die ordentliche Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse ermittelt.
8.1	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit für 2024	-2.890.602,00	Der Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt" übernommen.
8.2	Ordentliche Tilgung für 2024	11.552.000,00	Die Höhe der ordentlichen Tilgung wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt" übernommen.
8.3	Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2024	1.575.750,00	Die Höhe der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt" übernommen.
8.4	Zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten für 2024	0,00	Der Betrag wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt - 4.2 " übernommen.
8.5	Zweckgebundene Einzahlungen für Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2024	0,00	Der Betrag wird automatisch aus dem Blatt "Finanzhaushalt - 4.3 " übernommen.
	Nachrichtlich:		
	Rechnerischer Hebesatz Grundsteuer B zum Erreichen des Ausgleichs im ordentlichen Ergebnis in v.H. für 2024	1.208,88	Diese Angabe wird bei einem geplanten negativen ordentlichen Ergebnis rechnerisch ermittelt.
	Fiktive Hebesatzanhebung Grundsteuer B zum Erreichen des Ausgleichs im ordentlichen Ergebnis in v.H. für 2024	408,88	Diese Angabe wird bei einem geplanten negativen ordentlichen Ergebnis rechnerisch ermittelt.
	Bestand Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2023	0,00	Es ist der (ggf. voraussichtliche) Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zum Ende des Haushaltsvorjahres anzugeben.

Auswertung der Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit

		Indikatorwert
Geplantes ordentliches Ergebnis je Einwohner für 2024	-174,73	0,00
Bestand Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2023	0,00	0,00
Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren	4.543.387,44	0,00
Die Liquiditätsreserve wurde vollständig gebildet		5,00
Bestand an Eigenkapital	215.754.727,74	5,00
Höhe der Kassenkreditverbindlichkeiten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2023	0,00	5,00
Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	42.545.250,00	0,00
Geplante Differenz je Einwohner aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse je Einwohner	-238,10	0,00
Summe und Status		15,00

Vorliegende Auswertung präjudiziert das Haushaltsgenehmigungsverfahren nicht. Die notwendige individuelle Prüfung und Beurteilung der Aufsichtsbehörde wird hierdurch nicht ersetzt.

Hinweise der Gemeinde zur aktuellen Haushaltslage (optional)

Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit für 2022

		-€-	Erläuterungen
1.	Ordentliches Ergebnis für 2022	19.451.000,05	Das ordentliche Ergebnis wird automatisch aus dem Blatt "Ergebnishaushalt" übernommen.
2.	Rechnerischer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vor Ergebnisverwendung zum 31.12.2022	0,00	Es ist der (ggf. voraussichtliche) Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum Ende des Haushaltsvorvorjahres (Abschlussjahr) anzugeben.
3.	Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren (Bilanzwert) zum 31.12.2022	4.500.000,00	Es ist der in der aufgestellten Bilanz ausgewiesene Fehlbetrag aus Vorjahren (§ 49 Abs. 4 Nr. 1.3.1.1 GemHVO) mit positivem Vorzeichen anzugeben.
4.	Bestand der Liquiditätsreserve		
4.1	Mindestbetrag der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO vorzuhaltenden Liquiditätsreserve für 2022	3.815.347,00	Es ist für das Haushaltsvorvorjahr der nach § 106 Abs. 1 S. 2 HGO zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit vorzuhaltende Mindestbetrag von 2 v.H. der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre anzugeben.
4.2	Höhe der tatsächlich vorgehaltenen Liquiditätsreserve am 31.12.2022	14.158.737,18	Es ist für das Abschlussjahr die Höhe der tatsächlich vorhandenen Liquiditätsreserve anzugeben.
5.	Bestand an Eigenkapital am 31.12.2022	215.754.727,74	Es ist die Höhe des Eigenkapitals (§ 49 Abs. 4 Nr. 1 GemHVO) aus der aufgestellten Vermögensrechnung anzugeben.
6.	Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2022	0,00	Es ist die Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten anzugeben
7.	Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zum 31.12.2022	45.696.750,00	Es ist die Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse anzugeben
8.	Erwirtschaftete Differenz aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	12.615.793,26	Diese Angabe wird rechnerisch aus dem Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit abzüglich der ordentlichen Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse und zuzüglich der zweckgebundenen Einzahlungen für die ordentliche Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse ermittelt.
8.1	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit für 2022	23.449.844,26	
8.2	Ordentliche Tilgung für 2022	9.258.301,00	
8.3	Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2022	1.575.750,00	
8.4	Zweckgebundene Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten für 2022	0,00	
8.5	Zweckgebundene Einzahlungen für Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse für 2022	0,00	
	Nachrichtlich: Kash-Wert nach Planung für 2022	75,00	

Auswertung der Angaben zur Beurteilung der dauernden finanziellen Leistungsfähigkeit

		Indikatorwert
Geplantes ordentliches Ergebnis je Einwohner für 2024	289,12	40,00
Bestand Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zum 31.12.2022	0,00	0,00
Ordentliche Fehlbeträge aus Vorjahren	4.500.000,00	0,00
Die Liquiditätsreserve wurde vollständig gebildet		5,00
Bestand an Eigenkapital	215.754.727,74	5,00
Höhe der Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten (Kernverwaltung und Sondervermögen) zum 31.12.2022	0,00	5,00
Höhe der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zum 31.12.2022	45.696.750,00	0,00
Erwirtschaftete Differenz aus Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit und ordentlicher Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse je Einwohner	187,52	30,00
Summe und Status nach Abschlusswert		85,00
Summe und Status nach Planwert		75,00

Indikator pro Einwohner	Bewertung ggf. der Entwicklung nach Indikatoren pro Einwohner	Gewichtung der Indikatoren pro Einwohner in %	Status
ordentliches Ergebnis	Überschuss (mehr als + 5 €) = 1	40%	grün (+) ≥ 70% gelb (0) < 70% und > 40% rot (-) ≤ 40%
	jahresbezogener Haushaltsausgleich (im Korridor von - 5 € bis + 5 € oder durch Rücklage) = 0,75		
	defizitär im Korridor (weniger als - 5 € bis - 40 €) = 0,5		
	defizitär im Korridor (weniger als - 40 € bis - 75 €) = 0,25		
	defizitär (weniger als -75 €) = 0		
Bestand ordentliche Rücklage	Bestand = 1	5%	
	kein Bestand (≤ 0 €) = 0		
Fehlbeträge aus Vorjahren (Bilanzwert der letzten aufgestellten Bilanz)	kein Bestandswert = 1	5%	
	Ausweis eines Fehlbetragbestands = 0		
Bestand der Liquiditätsreserve	Bestand vollständig gebildet = 1	5%	
	Bestand teilweise gebildet (≥ 50 %) = 0,5		
	Bestand unzureichend oder nicht gebildet (< 50 %) = 0		
Ausweis von Eigenkapital (nach letzter aufgestellter Bilanz)	positiver Eigenkapitalbestand = 1	5%	
	negativer Eigenkapitalbestand (≤ 0 €) = 0		
Verbindlichkeiten aus Liquidtitätskrediten (Kommune plus Sondervermögen)	kein Bestand (= 0 €) = 1	5%	
	Bestand (> 0 €) = 0		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse	kein Bestand (= 0 €) = 1	5%	
	Bestand (> 0 €) = 0		
Zahlungsmittelfluss lfd. Verwaltungstätigkeit abzüglich der Tilgung sowie der Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	Saldo > 5 € = 1	30%	
	im Korridor von 0 € bis + 5 € = 0,5		
	Saldo < 0 € = 0		
		100%	

Die rot markierten Eintragungen spiegeln die Änderungen ab dem 01.01.2019 wider.

Vomhundertsätze erhobener Umlagen (Landkreis / LWV / Land Hessen)

Jahr	Kreisumlage		Schulumlage	Verbandsumlage LWV	Krankenhausumlage
2024	0,00 v.H.	44,87	0,00 v.H.	0,000 v.H.	0,00 v.H.
2023	0,00 v.H.	0,00	0,00 v.H.	0,000 v.H.	0,00 v.H.
2022	0,00 v.H.	0,00	0,00 v.H.	0,000 v.H.	0,00 v.H.

Angaben für Gemeinden und Städte

Steuerhebesätze

Jahr	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer	Vervielfältiger Gewerbesteuerumlage	Solidaritätsumlage	Heimatumlage
2024	680,00 v.H.	800,00 v.H.	420,00 v.H.	35,00 v.H.	Euro	3.107.150,00 Euro
2023	680,00 v.H.	800,00 v.H.	420,00 v.H.	35,00 v.H.	Euro	1.760.750,00 Euro
2022	680,00 v.H.	800,00 v.H.	420,00 v.H.	35,00 v.H.	Euro	2.427.418,85 Euro

Angaben für Gemeinden und Städte

Nivellierungshebesätze nach FAG

Jahr	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer
2024	332,00 v.H.	365,00 v.H.	357,00 v.H.

Angaben zu weiteren Abgaben (ohne Gebühren)

Straßenbeiträge: keine Satzung

Weitere Abgaben, die erhoben werden:

Spielapparatesteuer	ja	Jagdsteuer	nein	Hundesteuer	ja
Zweitwohnungssteuer	nein	Fischereisteuer	nein	Gaststättenerlaubnissteuer	nein
Kurbeitrag	nein	Pferdesteuer	nein		
Tourismusbeitrag	nein	Getränkesteuer	nein		

Sonstige Abgaben:

Ergebnishaushalt

Position	Konten	Bezeichnung	2022 Vorläufiges Rechnungsergebnis	2023 Haushaltsplan	2024 Haushaltsplan	2025 Ergebnisplan	2026 Ergebnisplan	2027 Ergebnisplan
			- € -					
1	50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	650.947,06	793.655,00	787.210,00	800.000,00	820.000,00	840.000,00
2	51	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	15.616.903,93	16.938.810,00	18.413.910,00	19.000.000,00	19.200.000,00	19.400.000,00
3	548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	17.430.165,35	17.704.725,00	19.294.900,00	19.400.000,00	19.600.000,00	19.800.000,00
4	52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0,00	767.000,00	840.000,00	860.000,00	880.000,00	900.000,00
5	55	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	117.224.467,47	105.723.000,00	131.916.000,00	137.563.000,00	142.477.000,00	147.333.000,00
6	547	Erträge aus Transferleistungen	6.553.905,75	4.957.700,00	8.891.740,00	9.100.000,00	9.300.000,00	9.500.000,00
7	540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	75.343.998,99	83.432.200,00	74.610.485,00	85.361.000,00	93.010.000,00	97.058.000,00
8	546	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	94.388,05	4.131.670,00	4.203.710,00	4.500.000,00	4.700.000,00	4.900.000,00
9	53	Sonstige ordentliche Erträge	4.292.883,92	3.748.095,00	3.699.740,00	3.800.000,00	3.900.000,00	4.000.000,00
10		**Summe der ordentlichen Erträge**	**237.207.660,52**	**238.196.855,00**	**262.657.695,00**	**280.384.000,00**	**293.887.000,00**	**303.731.000,00**
11	62, 63, 640-643, 647-649, 65	Personalaufwendungen	63.281.358,85	66.120.100,00	74.253.450,00	75.367.000,00	76.497.000,00	77.645.000,00
12	644-646	Versorgungsaufwendungen	6.985.121,60	8.054.900,00	9.862.000,00	10.010.000,00	10.160.000,00	10.312.000,00
13	60,61, 67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.249.239,64	38.498.485,00	41.979.397,00	42.609.000,00	43.248.000,00	43.897.000,00
14	66	Abschreibungen	192.509,49	13.272.960,00	13.756.590,00	14.100.000,00	14.400.000,00	14.700.000,00
15	71	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	32.043.833,41	34.066.960,00	37.566.495,00	37.900.000,00	38.100.000,00	38.300.000,00
16	73	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	38.256.511,25	39.277.280,00	46.213.330,00	54.040.000,00	54.654.000,00	56.992.000,00
17	72	Transferaufwendungen	26.180.946,28	25.025.000,00	35.086.305,00	35.788.000,00	36.503.000,00	38.800.000,00
18	70, 74, 76	Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.991.931,96	8.951.760,00	8.799.450,00	9.510.000,00	10.046.000,00	10.550.000,00
19		**Summe der ordentlichen Aufwendungen**	**212.181.452,48**	**233.267.445,00**	**267.517.017,00**	**279.324.000,00**	**283.608.000,00**	**291.196.000,00**
20		**Verwaltungsergebnis**	**25.026.208,04**	**4.929.410,00**	**-4.859.322,00**	**1.060.000,00**	**10.279.000,00**	**12.535.000,00**
21	56,57	Finanzerträge	681.879,79	3.910.020,00	4.045.540,00	1.952.000,00	1.895.000,00	1.845.000,00
22	77	Zinsen und andere Finanzaufwendungen	6.257.087,78	9.312.100,00	10.941.600,00	11.600.000,00	12.200.000,00	12.700.000,00
23		**Finanzergebnis**	**-5.575.207,99**	**-5.402.080,00**	**-6.896.060,00**	**-9.648.000,00**	**-10.305.000,00**	**-10.855.000,00**
24		**Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge**	**237.889.540,31**	**242.106.875,00**	**266.703.235,00**	**282.336.000,00**	**295.782.000,00**	**305.576.000,00**
25		**Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen**	**218.438.540,26**	**242.579.545,00**	**278.458.617,00**	**290.924.000,00**	**295.808.000,00**	**303.896.000,00**
26		**Ordentliches Ergebnis**	**19.451.000,05**	**-472.670,00**	**-11.755.382,00**	**-8.588.000,00**	**-26.000,00**	**1.680.000,00**
27	59	Außerordentliche Erträge	308.960,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
28	79	Außerordentliche Aufwendungen	71.892,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29		**Außerordentliches Ergebnis**	**237.068,10**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
30		**Jahresergebnis**	**19.688.068,15**	**-472.670,00**	**-11.755.382,00**	**-8.588.000,00**	**-26.000,00**	**1.680.000,00**

Bitte im Blatt Finanzielle Leistungsfähigkeit unter 1 angeben, ob ein Ausgleich des Plandefizits durch die ordentliche Rücklage geplant ist.

Nachrichtlich

31	**Hochrechnung ordentliches Ergebnis zum 31.12.2023**		11.755.382,00
32	**Summe vorgetragene Jahresfehlbeträge/Jahresüberschüsse zum 31.12.2022**	4.000.000,00	

Aufschlüsselung von Erträgen und Aufwendungen			2022	2023	2024	2025	2026	2027
			Vorläufiges Rechnungsergebnis	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Ergebnisplan	Ergebnisplan	Ergebnisplan
Position	Konten	Bezeichnung	- € -					
5	55	**Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen**	117.224.467,47	105.723.000,00	131.916.000,00	137.563.000,00	142.477.000,00	147.333.000,00
davon	5500	Erträge aus Gemeindeanteil an Einkommensteuer (Produktgruppe 1601)	35.674.161,58	38.310.000,00	39.100.000,00	42.234.000,00	44.547.000,00	46.667.000,00
	5504	Erträge aus Gemeindeanteil an Umsatzsteuer (Produktgruppe 1601)	8.884.317,14	9.200.000,00	8.003.000,00	8.264.000,00	8.465.000,00	8.601.000,00
	5551	Erträge aus Grundsteuer A (Produktgruppe 1601)	62.630,01	63.000,00	63.000,00	65.000,00	65.000,00	65.000,00
	5552	Erträge aus Grundsteuer B (Produktgruppe 1601)	21.846.147,52	22.500.000,00	23.000.000,00	23.200.000,00	23.600.000,00	24.200.000,00
	5553	Erträge aus Gewerbesteuer (Produktgruppe 1601)	49.220.484,34	34.000.000,00	60.000.000,00	62.000.000,00	64.000.000,00	66.000.000,00
	5559	andere Steuern insgesamt (Produktgruppe 1601)	1.536.726,88	1.650.000,00	1.750.000,00	1.800.000,00	1.800.000,00	1.800.000,00
	5582	Erträge aus Kreisumlage (Produktgruppe 1601)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	5583	Erträge aus Schulumlage (Produktgruppe 0313)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		Sonstige Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	540-543	**Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen**	75.343.998,99	83.432.200,00	74.610.485,00	85.361.000,00	93.010.000,00	97.058.000,00
davon	540101	Schlüsselzuweisung (Produktgruppe 1601)	54.588.278,00	63.000.000,00	53.465.595,00	61.666.000,00	69.963.000,00	73.843.000,00
		Sonstige Erträge	20.755.720,99	20.432.200,00	21.144.890,00	23.695.000,00	23.047.000,00	23.215.000,00
16	73	**Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen**	38.256.511,25	39.277.280,00	46.213.330,00	54.040.000,00	54.654.000,00	56.992.000,00
davon	7353	Krankenhausumlage (Produktgruppe 0701)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	73541	Kreisumlage (Produktgruppe 1601)	28.051.433,97	29.546.400,00	34.217.430,00	40.373.000,00	40.718.000,00	42.785.000,00
	73542	Schulumlage (Produktgruppe 1601)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	73543	LWV-Umlage (Produktgruppe 1601)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	735490	Solidaritätsumlage	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	735490	Weitere Umlagen (z.B. Regionalverband):	628.569,34	638.730,00	788.750,00	789.000,00	789.000,00	789.000,00
	7354910	**Abwasserverband Rüsselsheim/Raunheim**	3.774.293,74	4.498.000,00	4.500.000,00	4.500.000,00	4.500.000,00	4.500.000,00
			-531.395,90	0,00	-1.400.000,00			
	7380	Gewerbesteuerumlage (Produktgruppe 1601)	3.906.191,25	2.833.400,00	5.000.000,00	5.167.000,00	5.333.000,00	5.500.000,00
	735	Umlage starke Heimat Hessen (Produktgruppe 1601)	2.427.418,85	1.760.750,00	3.107.150,00	3.211.000,00	3.314.000,00	3.418.000,00
		Sonstige Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	77	**Zinsen und ähnliche Aufwendungen**	6.257.087,78	9.312.100,00	10.941.600,00	11.600.000,00	12.200.000,00	12.700.000,00
		Zinsen für Liquiditätskredite (Produktgruppe 1602)	1.843.202,86	1.910.000,00	2.812.000,00	3.311.000,00	3.316.000,00	3.388.000,00
		Zinsen für Investitionskredite (Produktgruppe 1602)	4.246.453,87	7.211.000,00	7.881.500,00	8.258.000,00	8.858.000,00	9.200.000,00

Zahlungsmittelfluss nach § 3 GemHVO			2022	2023	2024	2025	2026	2027
			Vorläufiges Rechnungsergebnis	Haushaltsplan	Haushaltsplan	Fpl-Jahr	Fpl-Jahr	Fpl-Jahr
Nr.	Konten		- € -					
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (direkte Methode)								
1		**Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	236.175.292,32	237.208.205,00	261.659.525,00	276.976.000,00	290.202.000,00	299.776.000,00
2		**Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**	212.725.448,06	228.590.985,00	264.550.127,00	276.180.000,00	280.827.000,00	288.670.000,00
3		**Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit**	**23.449.844,26**	**8.617.220,00**	**-2.890.602,00**	**796.000,00**	**9.375.000,00**	**11.106.000,00**
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (direkte Methode)								
4	820	Einzahlungen aus Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie aus Investitionsbeiträgen	8.084.776,83	7.142.820,00	5.751.650,00	2.212.495,00	1.406.650,00	1.406.650,00
4.1		**Pos. 4: davon** aus Schlüsselzuweisungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.2		**Pos. 4: davon** aus zweckgebundenen Einzahlungen für die ordentliche Tilgung von Investitionskrediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4.3		**Pos. 4: davon** aus zweckgebundenen Einzahlungen für die Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5	822	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	303.151,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	823	Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Finanzanlagevermögens	747.905,81	531.820,00	519.990,00	522.320,00	526.720,00	531.120,00
		davon Einzahlungen aus der Tilgung von gewährten Krediten	747.905,81	531.820,00	519.990,00	522.320,00	526.720,00	531.120,00
7		**Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit**	**9.135.834,40**	**7.674.640,00**	**6.271.640,00**	**2.734.815,00**	**1.933.370,00**	**1.937.770,00**
8	841	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	10.272.091,38	67.609.720,00	49.912.500,00	37.891.000,00	21.935.000,00	14.355.000,00
9	842	Auszahlungen für Baumaßnahmen	20.796.708,69	0,00	1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00	1.500.000,00
10	840, 843	Auszahlungen für Investitionen in das sonstige Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	2.117.136,21	10.107.370,00	5.516.040,00	4.450.000,00	4.160.000,00	4.160.000,00
11	844	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	133.903,40	133.500,00	141.300,00	145.000,00	150.000,00	155.000,00
		davon Auszahlungen aus der Gewährung von Krediten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12		**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**33.319.839,68**	**77.850.590,00**	**57.069.840,00**	**43.986.000,00**	**27.745.000,00**	**20.170.000,00**
13		**Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit**	**-24.184.005,28**	**-70.175.950,00**	**-50.798.200,00**	**-41.251.185,00**	**-25.811.630,00**	**-18.232.230,00**
14		**Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelfehlbedarf**	**-734.161,02**	**-61.558.730,00**	**-53.688.802,00**	**-40.455.185,00**	**-16.436.630,00**	**-7.126.230,00**
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (direkte Methode)								
15	826	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	65.905.860,37	70.175.950,00	50.798.200,00	41.251.185,00	25.811.630,00	18.232.230,00
		davon Einzahlungen aus der Aufnahme von Umschuldungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	846	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen sowie an das Sondervermögen Hessenkasse	14.224.406,82	12.771.750,00	13.127.750,00	13.747.750,00	14.497.750,00	15.237.750,00
16.1		**Pos. 16: davon** Auszahlungen für die ordentliche Tilgung von Krediten	12.648.656,82	11.196.000,00	11.552.000,00	12.172.000,00	12.922.000,00	13.662.000,00
16.2		**Pos. 16: davon** Auszahlungen aus der Tilgung von Umschuldungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16.3		**Pos. 16: davon** Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	1.575.750,00	1.575.750,00	1.575.750,00	1.575.750,00	1.575.750,00	1.575.750,00
17		**Zahlungsmittelüberschuss / Zahlungsmittelbedarf aus Finanzierungstätigkeit**	**51.681.453,55**	**57.404.200,00**	**37.670.450,00**	**27.503.435,00**	**11.313.880,00**	**2.994.480,00**
18		**Änderung des Zahlungsmittelbestandes zum Ende des Haushaltsjahres**	50.947.292,53	-4.154.530,00	-16.018.352,00	-12.951.750,00	-5.122.750,00	-4.131.750,00
19	829	Haushaltsunwirksame Einzahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln, Aufnahme von Liquiditätskrediten)	193.605.483,72	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		davon Aufnahme von Liquiditätskrediten	191.177.361,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	849	Haushaltsunwirksame Auszahlungen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlung von Liquiditätskrediten)	230.869.511,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
		davon Rückzahlung von Liquiditätskrediten	229.283.761,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21		**Zahlungsmittelüberschuss/Zahlungsmittelbedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen**	**-37.264.028,18**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
22		**Bestand an Zahlungsmitteln zu Beginn des Haushaltsjahres**	475.472,83	14.158.737,18	10.004.207,18	-6.014.144,82	-18.965.894,82	-24.088.644,82
23		**Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln**	**13.683.264,35**	**-4.154.530,00**	**-16.018.352,00**	**-12.951.750,00**	**-5.122.750,00**	**-4.131.750,00**
24		**Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres**	**14.158.737,18**	**10.004.207,18**	**-6.014.144,82**	-18.965.894,82	-24.088.644,82	-28.220.394,82

Verbindlichkeiten aus Krediten, Liquiditätskrediten sowie gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zu Beginn des Haushaltsjahres 2024

			Erläuterungen
Verbindlichkeiten aus Krediten nach Abschluss des Vorjahres - Kernhaushalt -	236.500.000,00	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten nach Abschluss des Vorjahres - Kernhaushalt -	0,00	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten aus Krediten nach Abschluss des Vorjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichkeiten
Verbindlichkeiten aus Liquiditätskrediten nach Abschluss des Vorjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€	Anzugeben ist der (ggf. voraussichtliche) Gesamtbetrag an Verbindlichkeiten
Gesamtbetrag aus Krediten und Liquiditätskrediten - Kernhaushalt und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO	236.500.000,00		
Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse nach Abschluss des Vorjahres	42.545.250,00	€	Anzugeben ist der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten gegenüber dem Sond
Gesamtbetrag aus Krediten, Liquiditätskrediten sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse - Kernhaushalt und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO	279.045.250,00	€	

im Haushaltsjahr 2024 veranschlagte Kreditaufnahmen

im Haushaltsjahr veranschlagte Kreditaufnahmen - Kernhaushalt -	45.339.850,00	€	
im Haushaltsjahr veranschlagte Kreditaufnahmen - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€	

im Haushaltsjahr 2024 veranschlagte Tilgungen für Kredite sowie Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse

Ordentliche Tilgung - Kernhaushalt	11.552.000,00	€	Die ordentliche Tilgung wird automatisch aus dem Blatt Finanzhaushalt - Pos
Ordentliche Tilgung - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€	
Außerordentliche Tilgung - Kernhaushalt -	0,00	€	
Außerordentliche Tilgung - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	0,00	€	
Auszahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse	1.575.750,00	€	Die Zahlungen an das Sondervermögen Hessenkasse werden automatisch a Pos. 16.3 - übernommen.

Verbindlichkeiten aus Krediten, Liquiditätskrediten sowie gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse am Ende des Haushaltsjahres 2024

Voraussichtlicher Stand der Kredite am Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung -	270.287.850,00	€	
Voraussichtlicher Stand der Kredite am Ende des Haushaltsjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO	0,00	€	
Voraussichtlicher Stand der Kredite am Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	270.287.850,00	€	
Höchstbetrag der Liquiditätskredite Kernhaushalt laut Haushaltssatzung	90.000.000,00	€	
Höchstbetrag der Liquiditätskredite der Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts	5.000.000,00	€	
Voraussichtlicher Stand der Liquiditätskredite zum Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung -	1,00	€	
Voraussichtlicher Stand der Liquiditätskredite zum Ende des Haushaltsjahres - Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	1,00	€	
Voraussichtlicher Stand der Liquiditätskredite zum Ende des Haushaltsjahres - Kernverwaltung und Eigenbetriebe und Anstalten des öffentlichen Rechts nach HGO -	2,00	€	
Voraussichtlicher Stand der Verbindlichkeigten gegenüber dem Sondervermögen Hessenkasse zum Ende des Haushaltsjahres	40.969.500,00		

Voraussichtlicher Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres 2024

-6.014.144,82 €

Produktbereichsplan gemäß Muster 12 zu § 4 Abs. 2 GemHVO

		Haushaltsjahr							
		2024							
		Status:	Haushaltsplan						
		ordentliche Erträge				ordentliche Aufwendungen			
PBNr.	Produktbereich/Produktgruppe	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner
1	Innere Verwaltung	2.260.845,00 €	33,61 €	3.088.830,00 €	45,91 €	31.035.710,00 €	461,31 €	31.295.710,00 €	465,18 €
2	Sicherheit und Ordnung	3.061.480,00 €	45,51 €	3.061.480,00 €	45,51 €	13.085.110,00 €	194,50 €	13.100.110,00 €	194,72 €
3	Schulträgeraufgaben	6.117.165,00 €	90,93 €	6.117.165,00 €	90,93 €	26.611.423,00 €	395,55 €	26.947.923,00 €	400,55 €
4	Kultur und Wissenschaft	241.770,00 €	3,59 €	241.770,00 €	3,59 €	11.677.190,00 €	173,57 €	11.680.890,00 €	173,62 €
5	Soziale Leistungen	14.652.860,00 €	217,80 €	14.652.860,00 €	217,80 €	20.845.099,00 €	309,84 €	20.868.349,00 €	310,19 €
6	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	20.960.305,00 €	311,55 €	20.960.305,00 €	311,55 €	73.644.535,00 €	1.094,65 €	73.718.535,00 €	1.095,75 €
7	Gesundheitsdienste	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	793.980,00 €	11,80 €	793.980,00 €	11,80 €
8	Sportförderung	525.280,00 €	7,81 €	525.280,00 €	7,81 €	4.890.965,00 €	72,70 €	4.947.165,00 €	73,53 €
9	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	726.780,00 €	10,80 €	726.780,00 €	10,80 €	3.051.015,00 €	45,35 €	3.051.015,00 €	45,35 €
10	Bauen und Wohnen	1.320.860,00 €	19,63 €	1.320.860,00 €	19,63 €	2.125.880,00 €	31,60 €	2.146.630,00 €	31,91 €
11	Ver- und Entsorgung	13.516.550,00 €	200,91 €	14.076.550,00 €	209,23 €	10.246.925,00 €	152,31 €	12.969.125,00 €	192,77 €
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	3.797.570,00 €	56,45 €	3.797.570,00 €	56,45 €	17.660.240,00 €	262,50 €	17.673.690,00 €	262,70 €
13	Natur- und Landschaftspflege	2.120.490,00 €	31,52 €	2.753.980,00 €	40,93 €	7.711.460,00 €	114,62 €	8.206.950,00 €	121,99 €
14	Umweltschutz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	Wirtschaft und Tourismus	2.851.475,00 €	42,38 €	2.851.475,00 €	42,38 €	2.790.685,00 €	41,48 €	2.801.620,00 €	41,64 €
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	194.549.805,00 €	2.891,77 €	196.559.805,00 €	2.921,65 €	52.288.400,00 €	777,21 €	52.288.400,00 €	777,21 €
	Gesamtsumme	266.703.235,00 €	3.964,26 €	270.734.710,00 €	4.024,18 €	278.458.617,00 €	4.138,99 €	282.490.092,00 €	4.198,91 €

Anmerkungen:
Bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen sind die Finanzerträge bzw. Zinsen und anderen Finanzaufwendungen zu berücksichtigen.
Für die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen sind jeweils die absoluten Beträge vor internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut vor ILV") und nach internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut nach ILV") anzugeben.
Bei den Eingaben im Feld "Status" ist Folgendes zu beachten:
Wenn es sich um reine Planzahlen handelt, ist der Status auf Haushaltsansatz zu setzen.
Wenn Ist-Daten zum 31.12. des Haushaltsjahres vorliegen, ist der Status "Ist 31.12." zu wählen. Diese Auswahl ist auch dann vorzunehmen,
wenn die Jahresabschlussbuchungen noch nicht vorliegen.
Der Status "vorläufiges Rechnungsergebnis" ist zu wählen, sobald für das Haushaltsjahr ein vorläufiges, d.h. verwaltungsseitiges Rechnungsergebnis vorliegt. Sobald ein geprüftes Rechnungsergebnis vorliegt, ist dieser Status zu wählen.

Produktbereichsplan gemäß Muster 12 zu § 4 Abs. 2 GemHVO

		Haushaltsvorjahr							
		2023							
		Status:	Haushaltsplan						
		ordentliche Erträge				ordentliche Aufwendungen			
PBNr.	Produktbereich/Produktgruppe	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner
1	Innere Verwaltung	3.368.465,00 €	50,07 €	4.166.535,00 €	61,93 €	27.671.555,00 €	411,31 €	27.989.175,00 €	416,03 €
2	Sicherheit und Ordnung	3.134.360,00 €	46,59 €	3.134.360,00 €	46,59 €	11.230.620,00 €	166,93 €	11.237.320,00 €	167,03 €
3	Schulträgeraufgaben	6.175.160,00 €	91,79 €	6.175.160,00 €	91,79 €	22.644.610,00 €	336,59 €	22.892.060,00 €	340,27 €
4	Kultur und Wissenschaft	238.090,00 €	3,54 €	238.090,00 €	3,54 €	11.174.835,00 €	166,10 €	11.178.535,00 €	166,16 €
5	Soziale Leistungen	13.295.635,00 €	197,63 €	13.295.635,00 €	197,63 €	18.980.965,00 €	282,13 €	19.004.465,00 €	282,48 €
6	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	15.842.920,00 €	235,49 €	15.842.920,00 €	235,49 €	61.259.735,00 €	910,56 €	61.330.235,00 €	911,61 €
7	Gesundheitsdienste	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	93.980,00 €	1,40 €	93.980,00 €	1,40 €
8	Sportförderung	556.380,00 €	8,27 €	556.380,00 €	8,27 €	4.666.385,00 €	69,36 €	4.722.585,00 €	70,20 €
9	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	583.180,00 €	8,67 €	583.180,00 €	8,67 €	2.581.830,00 €	38,38 €	2.581.830,00 €	38,38 €
10	Bauen und Wohnen	1.295.710,00 €	19,26 €	1.295.710,00 €	19,26 €	1.722.670,00 €	25,61 €	1.753.420,00 €	26,06 €
11	Ver- und Entsorgung	12.953.600,00 €	192,54 €	13.463.600,00 €	200,12 €	9.943.005,00 €	147,79 €	12.310.205,00 €	182,98 €
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	2.720.610,00 €	40,44 €	2.720.610,00 €	40,44 €	16.718.220,00 €	248,50 €	16.731.670,00 €	248,70 €
13	Natur- und Landschaftspflege	1.652.780,00 €	24,57 €	1.986.070,00 €	29,52 €	6.836.045,00 €	101,61 €	7.334.535,00 €	109,02 €
14	Umweltschutz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	Wirtschaft und Tourismus	2.699.275,00 €	40,12 €	2.699.275,00 €	40,12 €	3.180.220,00 €	47,27 €	3.191.470,00 €	47,44 €
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	177.590.710,00 €	2.639,69 €	179.595.710,00 €	2.669,50 €	43.874.870,00 €	652,15 €	43.874.870,00 €	652,15 €
	Gesamtsumme	242.106.875,00 €	3.598,66 €	245.753.235,00 €	3.652,86 €	242.579.545,00 €	3.605,68 €	246.226.355,00 €	3.659,89 €

Anmerkungen:
Bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen sind die Finanzerträge bzw. Zinsen und anderen Finanzaufwendungen zu berücksichtigen.
Für die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen sind jeweils die absoluten Beträge vor internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut vor ILV") und nach internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut nach ILV") anzugeben.
Bei den Eingaben im Feld "Status" ist Folgendes zu beachten:
Wenn es sich um reine Planzahlen handelt, ist der Status auf Haushaltsansatz zu setzen.
Wenn Ist-Daten zum 31.12. des Haushaltsjahres vorliegen, ist der Status "Ist 31.12." zu wählen. Diese Auswahl ist auch dann vorzunehmen,
wenn die Jahresabschlussbuchungen noch nicht vorliegen.
Der Status "vorläufiges Rechnungsergebnis" ist zu wählen, sobald für das Haushaltsjahr ein vorläufiges, d.h. verwaltungsseitiges Rechnungsergebnis vorliegt. Sobald ein geprüftes Rechnungsergebnis vorliegt, ist dieser Status zu wählen.

Produktbereichsplan gemäß Muster 12 zu § 4 Abs. 2 GemHVO

		Haushaltsvorvorjahr							
		2022							
		Status:	Vorläufiges Rechnungsergebnis						
		ordentliche Erträge				ordentliche Aufwendungen			
PBNr.	Produktbereich/Produktgruppe	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner	absolut vor ILV	pro Einwohner	absolut nach ILV	pro Einwohner
1	Innere Verwaltung	1.497.207,49 €	22,25 €	790.691,81 €	11,75 €	24.851.415,17 €	369,39 €	24.851.415,17 €	369,39 €
2	Sicherheit und Ordnung	3.373.114,29 €	50,14 €	3.379.294,31 €	50,23 €	10.837.151,65 €	161,08 €	10.837.151,65 €	161,08 €
3	Schulträgeraufgaben	6.566.349,66 €	97,60 €	6.928.512,46 €	102,98 €	21.243.693,34 €	315,76 €	21.243.693,34 €	315,76 €
4	Kultur und Wissenschaft	176.538,07 €	2,62 €	178.337,31 €	2,65 €	8.664.472,19 €	128,79 €	8.664.472,19 €	128,79 €
5	Soziale Leistungen	13.460.377,63 €	200,07 €	13.493.707,58 €	200,57 €	16.116.479,68 €	239,55 €	16.116.479,68 €	239,55 €
6	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	16.556.743,06 €	246,10 €	16.743.667,63 €	248,88 €	58.827.888,22 €	874,41 €	58.827.888,22 €	874,41 €
7	Gesundheitsdienste	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	17.406,67 €	0,26 €	17.406,67 €	0,26 €
8	Sportförderung	550.048,17 €	8,18 €	603.012,21 €	8,96 €	3.711.890,37 €	55,17 €	3.711.890,37 €	55,17 €
9	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	44.840,81 €	0,67 €	44.840,81 €	0,67 €	1.832.417,63 €	27,24 €	1.832.417,63 €	27,24 €
10	Bauen und Wohnen	1.227.268,30 €	18,24 €	1.254.117,98 €	18,64 €	1.855.227,96 €	27,58 €	1.855.227,96 €	27,58 €
11	Ver- und Entsorgung	11.226.100,54 €	166,86 €	11.226.100,54 €	166,86 €	7.199.576,58 €	107,01 €	7.199.576,58 €	107,01 €
12	Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	3.177.415,46 €	47,23 €	3.179.942,04 €	47,27 €	13.977.006,81 €	207,75 €	13.977.006,81 €	207,75 €
13	Natur- und Landschaftspflege	1.337.497,68 €	19,88 €	1.151.489,74 €	17,12 €	6.634.224,62 €	98,61 €	6.846.224,62 €	101,76 €
14	Umweltschutz	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	Wirtschaft und Tourismus	312.139,65 €	4,64 €	319.926,39 €	4,76 €	2.212.145,04 €	32,88 €	2.212.145,04 €	32,88 €
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	178.383.899,50 €	2.651,48 €	178.383.899,50 €	2.651,48 €	40.457.544,33 €	601,36 €	40.457.544,33 €	601,36 €
	Gesamtsumme	237.889.540,31 €	3.535,97 €	237.677.540,31 €	3.532,82 €	218.438.540,26 €	3.246,85 €	218.650.540,26 €	3.250,00 €

Anmerkungen:
Bei den ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen sind die Finanzerträge bzw. Zinsen und anderen Finanzaufwendungen zu berücksichtigen.
Für die ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen sind jeweils die absoluten Beträge vor internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut vor ILV") und nach internen Leistungsverrechnungen (Spalten "absolut nach ILV") anzugeben.
Bei den Eingaben im Feld "Status" ist Folgendes zu beachten:
Wenn es sich um reine Planzahlen handelt, ist der Status auf Haushaltsansatz zu setzen.
Wenn Ist-Daten zum 31.12. des Haushaltsjahres vorliegen, ist der Status "Ist 31.12." zu wählen. Diese Auswahl ist auch dann vorzunehmen,
wenn die Jahresabschlussbuchungen noch nicht vorliegen.
Der Status "vorläufiges Rechnungsergebnis" ist zu wählen, sobald für das Haushaltsjahr ein vorläufiges, d.h. verwaltungsseitiges Rechnungsergebnis vorliegt. Sobald ein geprüftes Rechnungsergebnis vorliegt, ist dieser Status zu wählen.

Liquiditätsplanung gemäß Hinweis Nr. 7 zu § 105 HGO zur Ermittlung des genehmigungsfähigen Höchstbetrages der Liquiditätskredite

Eintragungen bitte nur in den blau hinterlegten Feldern und in Euro vornehmen

Zahlungsmittelbestand, Liquiditätskreditbestand, Einzahlungen und Auszahlungen bitte als positiven Wert eintragen

1.) Betrachtung laufende Verwaltungstätigkeit des Haushaltsjahres

Einzahlungen und Auszahlungen beziehen sich nur auf die laufende Verwaltungstätigkeit

Liquiditätsplanung für das Haushaltsjahr 2024 **(wird automatisch übernommen aus "Deckblatt")**

Gemäß Haushaltssatzung vorgesehener Höchstbetrag Liquiditätskredite **90.000.000 €**

Monate	Zusätzliche Parameter	Einzahlungen	Auszahlungen	Saldo/Monat	Liquiditätsbedarf zum Monatsende unter Berücksichtigung vorhandener Liquidität und Liquiditätskrediten	
Zahlungsmittelbestand zum 31.12. des Vorjahres	**10.004.207 €**					
Bestand an Liquiditätskrediten zum 31.12. des Vorjahres	**- €**					
Differenz	10.004.207 €					
Januar		8.861.854 €	20.851.780 €	- 11.989.926 €	- 1.985.719 €	**Differenz (Zahlungsmittelbestand-Liquiditätskreditbestand) zzgl Saldo/Monat**
Februar		29.957.900 €	21.681.168 €	8.276.732 €	6.291.013 €	**Vormonat zzgl. Saldo/Monat**
März		10.851.273 €	22.435.219 €	- 11.583.946 €	- 5.292.933 €	
April		21.398.081 €	22.088.455 €	- 690.374 €	- 5.983.307 €	
Mai		29.548.363 €	20.625.711 €	8.922.652 €	2.939.345 €	
Juni		24.123.683 €	22.424.079 €	1.699.604 €	4.638.949 €	
Juli		17.711.420 €	22.462.292 €	- 4.750.872 €	- 111.923 €	
August		30.465.261 €	22.007.625 €	8.457.636 €	8.345.713 €	
September		21.701.499 €	23.652.079 €	- 1.950.580 €	6.395.133 €	
Oktober		10.392.968 €	21.611.773 €	- 11.218.805 €	- 4.823.672 €	
November		34.157.671 €	20.727.706 €	13.429.965 €	8.606.293 €	
Dezember		22.489.552 €	23.982.240 €	- 1.492.688 €	7.113.605 €	
Summe		261.659.525 €	264.550.127 €	**- 2.890.602 €**		
Werte gemäß Haushaltsplan		261.659.525 €	264.550.127 €			
Differenz		- €	- €			
höchster monatsbezogener Zahlungsmittelbedarf				11.989.926 €		
höchster monatsbezogener Liquiditätskreditbedarf					5.983.307 €	

2. nachrichtliche Betrachtung Liquiditätskreditstand aus Vorjahren - Zwischenfinanzierungen

Liquiditätskreditbestand zum 31.12. davon für			2023	- €	**wird von oben stehender Berechnung übernommen**
Zwischenfinanzierung Investitionen	Kreditermächtigung wird voraussichtlich in Anspruch genommen am:	20.11.2024	2023	3.416.000,00 €	
Zwischenfinanzierung Investitionen	Kreditermächtigung wird in Anspruch genommen am:		2022	1,00 €	**Kreditermächtigung erlischt nach 103 Abs. 3 mit Inkrafttreten der Haushaltssatzung des aktuellen Haushaltsjahres**
Zwischenfinanzierung Investitionen		vor	2022	- €	**Kreditermächtigung nach § 103 erloschen, neue Finanzierung notwendig**
Zwischenfinanzierung von öffentlich-rechtlichen Forderungen (nachrichtliche Angabe, da die Auszahlungen oben bei der laufenden Verwaltungstätigkeit berücksichtigt sind)				4.000.000,00 €	
Verbleibender Liquiditätskreditbestand aus Vorjahren				**- 7.416.001,00 €**	**("echte" Liquiditätskredite aus Vorjahren)**

3. Betrachtung der Kredittilgungen und Zwischenfinanzierung von Investitionen des Haushaltsjahres

Saldo lfd. VwT gem Haushaltssatzung 2024	- 2.890.602,00 €	**Betrag wird automatisch übernommen aus Blatt "Finanzhaushalt"**
vorgesehene belastende Tilgung (Tilgungszuschüsse im Rahmen von Sonderprogrammen sind zu berücksichtigen)	11.552.000,00 €	**Tilgung bitte als positiven Betrag eintragen**
verbleibender Saldo	**- 14.442.602,00 €**	
Beitrag zur Hessenkasse	1.575.750,00 €	**Betrag wird automatisch übernommen aus Blatt "Finanzhaushalt"**
Differenz	**- 16.018.352,00 €**	
vorgesehene Auszahlungen für Investitionen	**57.069.840,00 €**	

4. Betrachtung der Liquiditätsreserve

Berechnung Liquiditätsreserve gem. § 106 Abs. 1 HGO

Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit					
Vorjahr	**Planzahl**	**2023**	228.590.985,00 €	**bitte als positiven Betrag eintragen**
Vorvorjahr	**Ist**	**2022**	212.725.448,06 €	**bitte als positiven Betrag eintragen**
3. Vorjahr	**Ist**	**2021**	200.079.757,37 €	**bitte als positiven Betrag eintragen**
Summe			**641.396.190,43 €**	
Durchschnitt			213.798.730,14 €	
davon 2 v. H. als Liquiditätsreserve			**4.275.974,60 €**	
voraussichtlicher Zahlungsmittelbestand zum 1.1. des Haushaltsjahres			10.004.207,18 €	**wird von oben übernommen**
Vorgaben des § 106 Abs. 1 HGO erfüllt			**ja**	

nachrichtlich:	**Haushaltsjahr**	
Höchstbetrag Liquiditätskredite	**2023**	90.000.000,00 €
höchste Inanspruchnahme	**2023**	25.360.000,00 €

1. Vergleichende Übersicht der Entgeltgruppen (TVöD) mit den Besoldungsgruppen der Beamten

Entgeltgruppen (TVöD)	Besoldungsgruppen der Beamten	Bezeichnung der Besoldungsgruppen
5	A 6	Sekretär / in
6	A 7	Obersekretär / in
7		
8	A 8	Hauptsekretär / in
9	A 9 / A 10	Inspektor / in (mittlerer Dienst: Amtsinspektor/in) / Oberinspektor / in
10	A 11	Amtmann / Amtfrau
11	A 12	Amtsrat / Amtsrätin
12		
13	A 13	Magistratsrat / -rätin (gehobener Dienst: Oberamtsrat / -rätin)
14	A 14	Magistratsoberrat / -rätin
15	A 15	Magistratsdirektor / in
15Ü	A 16	Leitender Magistratsdirektor / in

2. Übersicht über die Steuerhebesätze der hessischen Sonderstatus- und kreisfreien Städte sowie vergleichbarer Städte mit Automobilstandorten

Stand: Mai 2024

Stadt	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer
	in v.H.	in v.H.	in v.H.
1	2	3	4
Rüsselsheim	**680**	**800**	**420**
Bad Homburg	190	690	400
Fulda	220	340	380
Gießen	330	600	420
Hanau	330	595	430
Marburg	280	390	357
Wetzlar	450	780	390
Darmstadt	525	875	459
Frankfurt	175	500	460
Kassel	450	490	440
Offenbach	250	895	440
Wiesbaden	275	492	454
Bochum	250	645	495
Kaiserslautern	460	610	430
Wolfsburg	320	545	360
Ingolstadt	350	460	400
Sindelfingen	250	390	380

Quelle: Haushaltssatzungen 2024, Internet.

3. Übersicht über die Hundesteuer, Wassergeld und Abwassergebühren der hessischen Sonderstatus- und kreisfreien Städte

Stand: Mai 2024

S t a d t	Hundesteuer				Wassergeld ohne MwSt.	Abwassergebühr nach dem Frisch-wassermaßstab
	1. Hund EUR	2. Hund EUR	3. Hund EUR	gefährliche Hunde	EUR/cbm	EUR/cbm [1]
1	2	3	4		5	6
Sonderstatusstädte						
Rüsselsheim	**96,00**	**168,00**	**168,00**	**600,00**	**1,72**	**2,07**
Bad Homburg	57,00	65,00	65,00	-	2,39	1,71
Fulda	75,00	120,00	150,00	600,00	1,78	2,15
Gießen	84,00	120,00	150,00	-	1,92	2,05
Hanau	80,00	150,00	200,00	500,00	1,75	1,51
Marburg	60,00	66,00	72,00	120,00[2]	2,02	1,49
Wetzlar	60,00	84,00	108,00	360,00	2,40	1,90
Großstädte						
Darmstadt	120,00	156,00	192,00	600,00	1,62	2,15
Frankfurt	102,00	102,00	102,00	900,00	1,88	1,45
Kassel	90,00	120,00	150,00	-	1,85	2,86
Offenbach	90,00	180,00	180,00	-	1,83	1,66
Wiesbaden	180,00	180,00	180,00	-	3,01	2,40

1) Flächenzuschlag s. Übersicht Nr. 4.
2) Zweiter gefährlicher Hund 132,-- EUR, weitere gefährliche Hunde 144,-- EUR.

Quelle: Internet.

4. Übersicht über die hessischen Städte und Gemeinden, die eine z u s ä t z l i c h e Abwassergebühr für das Niederschlagswasser nach dem Flächenmaßstab erheben

Stand: Mai 2024

Stadt/Gemeinde	Maßstab	EUR je qm/Jahr
1	2	3
1. Sonderstatusstädte		
Rüsselsheim	**Je Quadratmeter angeschlossene Fläche**	**0,69** **(ab 01.05.2024)**
Bad Homburg	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,78
Fulda	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche (Jahresabwassermenge von mehr als 18.000 cbm)	0,65
Gießen	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,89
Hanau	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,51
Marburg	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,60
Wetzlar	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,43
2. Kreisfreie Städte		
Darmstadt	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,93
Kassel	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,82
Offenbach	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,76
Wiesbaden	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,80
3. Städte und Gemeinden in der näheren Umgebung		
Bensheim	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,65
Bischofsheim	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,76
Dieburg	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,44
Dietzenbach	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,54
Ginsheim-Gustavsburg	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,31
Groß-Gerau	Je 10 Quadratmeter angeschlossene Fläche	5,50
Heppenheim	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,60
Kelsterbach	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,89
Lampertheim	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,71
Langen	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,89
Mörfelden-Walldorf	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	0,88
Neu-Isenburg	Je angef. 10 Quadratm. angeschlossene Fläche	8,11
Raunheim	Je Quadratmeter angeschlossene Fläche	1,02

Erläuterung:
Angeschlossene Fläche = Bebaute und/oder versiegelte und an das Abwassernetz angeschlossene Grundstücksteilflächen.

Quelle: Internet.

5. Übersicht über die Realsteuerhebesätze der Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau

Stand: Mai 2024

Stadt / Gemeinde	Grundsteuer A	Grundsteuer B	Gewerbesteuer
	in v.H.	in v.H.	in v.H.
1	2	3	4
Rüsselsheim	**680**	**800**	**420**
Biebesheim	500	600	410
Bischofsheim	400	800	420
Büttelborn	530	640	420
Gernsheim	400	410	385
Ginsheim-Gustavsburg	720	825	430
Groß-Gerau, Stadt	410	620	420
Kelsterbach, Stadt	690	690	450
Mörfelden-Walldorf, Stadt	400	790	435
Nauheim	340	960	400
Raunheim, Stadt	300	640	410
Riedstadt, Stadt	650	985	420
Stockstadt	600	700	410
Trebur	600	711	400

Quelle: Haushaltssatzungen 2024, Internet.

6. Auflistung der Steuerhebesätze, Gebühren und des Abwasserbeitrages der Stadt Rüsselsheim nach dem Datum des Inkrafttretens

Stand: Mai 2024

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Derzeitiger Stand/Regelung
	I. Steuern	
1	Gewerbesteuer	420 v.H. ab 01.01.2013
2	Grundsteuer A	680 v.H. ab 01.01.2014
3	Grundsteuer B	800 v.H. ab 01.01.2013
4	Hundesteuer	Neufestsetzung zum 01.07.2014: 1. Hund 96,00 EUR 2. Hund und jeder weitere Hund 168,00 EUR gefährlicher Hund 600,00 EUR
5	Spielapparatesteuer	Neufestsetzung ab 01.01.2021: 1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeiten - 20 v.H. der Bruttokasse 2. für Apparate ohne Gewinnmöglichkeiten - 10 v.H. der Bruttokasse - ist der Kasseninhalt nicht manipulationsfrei feststellbar werden pro Monat 45 € erhoben 3. für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben - 40 v.H. der Bruttokasse
	II. Gebühren	
6	Schmutzwassergebühren Anm.: Wassergeld Niederschlags-wassergebühr	ab 01.05.2024 2,07 EUR pro cbm Frischwasser ab 01.01.2023 1,95 EUR pro cbm einschl. MwSt. 0,69 EUR/qm/Jahr für die angeschlossene Fläche ab 01.05.2024
7	Friedhofsgebühren	Neufestsetzung ab 15.04.2013
8	Betreuungsschule	Neufestsetzung ab 01.08.2014

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Derzeitiger Stand/Regelung
9	Kindertagesstättengebühren	Gebührenregelungen ab 01.12.2018: 79,00 EUR/mtl. für Regelbetreuung; 99,00 EUR/mtl. für Ganztagsbetreuung; 150,00 EUR/mtl. für Kinderhort; 62,00 EUR/mtl. für Vormittagsbetreuung; 79,00 EUR/mtl. für Vormittagsbetreuung mit Mittagsdienst.
10	Eintrittspreise Bäder mit Nebenbereichen	Neuregelung ab 01.04.2018
11	Volkshochschule	Anmerkung: Ab 1.1.1998 über Eigenbetrieb Volkshochschule abgewickelt.
12	Stadtbücherei	Erhebung einer jährlichen Ausleihgebühr in Höhe von 15,00 EUR für Erwachsene ab 01.01.2015 Anmerkung: Ab 01.01.2013 über Eigenbetrieb Bildung und Kultur abgewickelt.
13	Musikschule	Anmerkung: Ab 01.01.2007 über Eigenbetrieb Bildung und Kultur abgewickelt.
14	Stadttheater	Anmerkung: Ab 01.01.2007 über Eigenbetrieb Bildung und Kultur abgewickelt.
15	Museum der Stadt Rüsselsheim	Neuregelung ab 01.07.2011
16	Straßenreinigungsgebühren	ab 01.07.2002 23,50 EUR Klasse I, 31,50 EUR Klasse II. Anmerkung: Ab 01.01.1997 über Eigenbetrieb Betriebshöfe abgewickelt.
17	Sozialstation (neu)	Anmerkung: Ab 2003 über den Wirtschaftsplan der GPR gGmbH abgewickelt.
18	Feuerwehr / Brandverhütungsschau	Neufestsetzung ab 01.05.2015
19	Bauaufsichtsgebühren	Neufestsetzung am 27.06.2019
20	Müllabfuhrgebühren	Erhöhung ab 01.04.2006
21	Marktgebühren	Neuregelung ab 07.02.2019
	III. Beiträge	
22	Abwasserbeitrag	Ab 01.01.1995 10,23 EUR pro qm Berechnungsfläche. (Neuregelung ab 01.01.2016)

Anlage 6 zum Haushaltsplan der Stadt Rüsselsheim für das Haushaltsjahr 2024

WIRTSCHAFTSPLÄNE 2024

und JAHRESABSCHLÜSSE 2022

der

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH

A. Wirtschaftspläne 2024

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH
Energieversorgung Rüsselsheim GmbH
Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH
Energieservice Rhein-Main GmbH (ESRM GmbH)
Kommunalservice Rüsselsheim GmbH (KS GmbH)
Glasfaser SWR GmbH

B. Jahresabschlüsse 2022

Konzernabschluss
Stadtwerke Rüsselsheim GmbH
Energieversorgung Rüsselsheim GmbH
Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH
Energieservice Rhein-Main GmbH
Kommunalservice Rüsselsheim GmbH
Glasfaser SWR GmbH

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (SWR)

Konzern und Holding

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025 - 2028

Stand: 21.11.2023

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025-2028

- Inhaltsverzeichnis -

SWR Konzern:

» SWR Konzern - real 1

» SWR Konzern - worst 2

» SWR Konzern - Kennzahlen und Investitionen 3

» SWR Konzern - Stellenplan gesamt 4

SWR Holding:

» Geschäftsentwicklung 1

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - real case 2

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - worst case 3

» Umsatzerlöse 4

» Sonstige betriebliche Erträge 4

» Materialaufwand 5

» Personalaufwand 5

» Stellenplan 6

» Sonstige betriebliche Aufwendungen 7

» Finanzergebnis 7

» Vermögensplan (Übersicht) 8

» Erläuterungen zum Vermögensplan 9

» Finanzplan 10

» Kennzahlen 11

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Konzern)

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025 - 2028

GuV - real case

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	75.553	99.790	106.014	108.161	110.609	113.704	116.048
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	290	244	320	335	355	370	385
3. Sonstige betriebliche Erträge	312	196	216	185	168	173	161
Gesamtleistung	**76.155**	**100.230**	**106.550**	**108.681**	**111.132**	**114.247**	**116.594**
4. Materialaufwand	40.919	62.603	65.240	66.100	67.185	68.366	69.428
5.. Personalaufwand	14.742	16.068	17.990	18.550	18.936	19.503	20.157
6.. Abschreibungen	5.996	5.884	6.221	6.892	7.343	8.436	9.133
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.157	10.327	12.055	11.868	11.948	12.057	12.354
Gesamtkosten	**71.815**	**94.882**	**101.506**	**103.410**	**105.412**	**108.362**	**111.072**
8. Finanzergebnis	-1.196	-1.281	-1.501	-1.445	-1.493	-1.526	-1.296
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-106	0	0	0	0	0	0
10. Ergebnis nach Steuern	3.250	4.067	3.543	3.825	4.226	4.359	4.226
11. Sonstige Steuern	81	117	59	42	42	42	41
12. Jahresüberschuss	**3.168**	**3.949**	**3.484**	**3.784**	**4.185**	**4.317**	**4.185**

HR=Hochrechnung aus PLAN 2022 3. Quartal Bericht

Der Konzern Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (SWR) erwartet für die kommenden Jahre Ergebnisse zwischen 3,5 und 4,3 Mio. € (real case). Der Energiemarkt hat sich nach den turbulenten Zeiten von Mitte/Ende 2021 und nach seinem Höhepunkt Mitte 2022 etwas beruhigt. Dadurch ergeben sich wieder stabilere und teilweise auch steigende Erträge.
Der Konzern befindet sich im Wachstum, insbesondere im Stromvertrieb, bei den Energiedienstleistungen sowie durch Neuanschlüsse und Netzerweiterungen.

Eine sehr große Herausforderung ist das hohe zusätzliche Investitionsvolumen in den kommenden Jahren. Beispielsweise werden für die Erschließung des Neubaugebietes Eselswiese bis zum Jahr 2028 rund 29 Mio. € und für die Elektrifizierung der Busflotte rund 5,5 Mio. € anfallen.
Maßnahmen zur Erschließung bzw. Ertüchtigung des Opel-Geländes wurden im vorliegenden Plan noch nicht beziffert. Zum Zeitpunkt der Planerstellung gab es noch keine konkreten Maßnahmen.

Im kommenden Jahr beginnen die Vorbereitungen für die Erfüllung der Vorgaben zum Nachhaltigkeitsbericht (CSRD). Eine wichtige zukünftige Aufgabe des Konzerns ist der Aufbau einer Strategie für die Erreichung der gesetzlich verankerten Klimaneutralität bis 2045. Insbesondere die bislang ertragskräftige Erdgasversorgung rückt hierbei in den Fokus.

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Konzern)

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025 - 2028

GuV - worst case

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	75.553	97.578	93.449	95.403	97.712	100.682	102.898
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	290	244	320	335	355	370	385
3. Sonstige betriebliche Erträge	312	196	216	185	168	173	161
Gesamtleistung	**76.155**	**98.018**	**93.986**	**95.922**	**98.235**	**101.225**	**103.444**
4. Materialaufwand	40.919	61.390	53.699	54.365	55.322	56.377	57.302
5. Personalaufwand	14.742	16.068	17.990	18.550	18.936	19.503	20.157
6. Abschreibungen	5.996	5.884	6.221	6.892	7.343	8.436	9.133
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	10.157	10.327	12.055	11.868	11.948	12.057	12.353
Gesamtkosten	**71.815**	**93.669**	**89.965**	**91.675**	**93.549**	**96.374**	**98.945**
8. Finanzergebnis	-1.196	-1.281	-1.501	-1.445	-1.493	-1.526	-1.297
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-106	0	0	0	0	0	0
10. Ergebnis nach Steuern	3.039	3.067	2.520	2.802	3.192	3.325	3.203
11. Sonstige Steuern	81	117	59	42	42	42	41
12. Jahresüberschuss	**3.168**	**2.950**	**2.461**	**2.761**	**3.150**	**3.283**	**3.162**

HR=Hochrechnung aus PLAN 2022 3. Quartal Bericht

In dieser "worst case" Betrachtung werden witterungsbedingte Absatzrisiken und Kundenverluste in der EVR und ESRM angesetzt. Es ist unwahrscheinlich, dass in allen Jahren das "worst case" Szenario eintreten wird. Die obenstehende Darstellung soll exemplarisch die Entwicklung in den jeweiligen Jahren abbilden. Einzelheiten werden bei den einzelnen Gesellschaften erläutert.

Alle auf den folgenden Seiten aufgeführten Erläuterungen zu den Erfolgs- und Finanzplänen beziehen sich jeweils auf die "real case" Betrachtungen.

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Konzern)
Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025 - 2028

Kennzahlen

real case	Ist 2022	Q3/HR 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Jahresergebnis in T€	**3.168**	**3.949**	**3.484**	**3.784**	**4.185**	**4.317**	**4.185**
EK-Quote	**39%**	**40%**	**39%**	**38%**	**37%**	**35%**	**34%**
Liquidität in T€	**5.312**	**5.348**	**5.073**	**5.105**	**5.105**	**5.072**	**5.108**
Verschuldungsgrad	**5,4**	**5,1**	**5,5**	**5,9**	**6,3**	**6,4**	**6,8**

Der Rückgang der Eigenkapitalquote (EK-Quote) geht einher mit dem Anstieg des Verschuldungsgrades. Ursachen hierfür sind das sehr hohe Investitionsvolumen (siehe Tabelle unten). Dieses wird überwiegend durch Fremdmittel finanziert. In den Jahren 2027 und 2028 wurde die Rückzahlung der Genussrechte berücksichtigt. Die Gesellschaft wird versuchen, die Genussrechte mit attraktiven Zinsen für die Anleger halten zu können.

worst case	Ist 2022	Q3/HR 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Jahresergebnis in T€	**3.168**	**2.950**	**2.461**	**2.761**	**3.150**	**3.283**	**3.162**
EK-Quote	**39%**	**39%**	**39%**	**37%**	**35%**	**33%**	**32%**
Liquidität in T€	**5.312**	**5.348**	**5.073**	**5.105**	**5.105**	**5.072**	**5.108**
Verschuldungsgrad	**5,4**	**5,6**	**6,0**	**6,4**	**6,9**	**6,9**	**7,3**

Durch den Rückgang des Ergebnisses, verändern sich die Berechnungsgrößen für die Kennzahlen. Sollte in den jeweiligen Jahren der "worst case" tastächlich eintreten, werden die Stadtwerke versuchen, durch andere Maßnahmen die Ergebnisrückgänge zumindest in Teilen aufzufangen.

Investitionen alle Gesellschaften
(unkonsolidiert)

	Ist 2022	Plan 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
SWR	1.102	1.958	2.928	3.488	3.746	3.167	3.252
EVR-Gas	2.532	2.209	1.940	2.491	2.585	2.528	2.518
EVR-Strom	2.823	2.831	4.221	3.994	3.963	4.002	3.953
ESRM	384	573	374	499	469	259	309
WVR	2.678	2.196	3.388	3.154	3.348	3.054	3.045
GFS	337	450	496	541	402	402	352
Großprojekte, insb. Eselswiese	0	0	1.826	6.098	7.939	7.809	6.677
Summe	**9.856**	**10.216**	**15.174**	**20.265**	**22.452**	**21.222**	**20.107**

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Konzern)

Stellenplan Wirtschaftsplan 2024

			Stellenplan 2023					Stellenplan 2024			
Bereich	**Abteilung/Gruppe**	**Org. Einheit**	**EVR**	**KSR**	**SWR**	**Gesamt**	**davon am 31.12.2023 tatsächlich besetzt**	**für 2024 neu geplante Stellen**	**Summe Stellen 2024**	**2024 in Vollzeit-äquivalente (VZÄ)**	**Bemerkung**
Geschäftsführung	Geschäftsführung	G			1	**1**	1		**1**	1,00	
	Assistenz	G	2		1	**3**	3	1	**4**	3,5	Aufstockung Assistenz Technik und Netze wegen Aufgabenzuwachs
	Hausmeister	G			2	**2**	2		**2**	2	
	Kommunikation & Marketing	G	1	1		**2**	2	1	**3**	2,2	1x 0,6 für Onlinemarketing
	Gesamt Bereich	**G**	**3**	**1**	**4**	**8**	**8**	**2**	**10**	**8,7**	
Verkehrsbetrieb	BL Verkehr	1			1	**1**	1		**1**	1	
	Fahrbetrieb	111		49	11	**60**	60		**60**	55,5	
	Kfz-Werkstatt	112		3	7	**10**	10	1	**11**	10,25	1 weitere/r Auszubildende/r
	Verwaltung Verkehr	113			3	**3**	3		**3**	2,75	
	Verkehrswirtschaft / -planung	114			2	**2**	2		**2**	2	
	Gesamt Bereich	**1**	**0**	**52**	**24**	**76**	**76**	**1**	**77**	**71,5**	
Kaufm. Service	BL Kaufm. Service	2	1			**1**	1		**1**	1	
	Controlling / Regulierung	20	2			**2**	2		**2**	2	
	Finanz- und Rechnungswesen	211	10		1	**11**	12		**11**	10,75	Doppelbesetzung für 1 Monat
	Personal / Auszubildende	221	2		5	**7**	7		**7**	6,5	davon 3 Auszubildende
	Einkauf	223			1	**1**	1		**1**	1	
	Versicherungs-management	224	1			**1**	1		**1**	1	
	Gesamt Bereich	**2**	**16**	**0**	**7**	**23**	**24**	**0**	**23**	**22,25**	
Technik & Netze	BL Technik & Netze	3	1			**1**	1		**1**	1	
	TSM-Zertifizierung	3	1			**1**	1		**1**	0,5	
	Netzmanagement	31	1			**1**	2		**1**	1	Doppelbesetzung bis 31.01.2024
	Planung	311	9		1	**10**	8		**10**	9,25	
	GIS	313	3			**3**	3		**3**	3	
	Netzservice & EDL	32	1			**1**	1		**1**	1	
	Arbeitsvorbereitung/ Lager	321	2		1	**3**	3		**3**	3	
	Rohrnetze	322	7		3	**10**	10		**10**	10	
	Stromnetze	323	10		3	**13**	10		**13**	13	davon 3 Auszubildende
	Energiedienstleistungen	324	10			**10**	8		**10**	9,5	
	Liegenschaften	331	1			**1**			**1**	1	
	Netzdaten	34	1			**1**	1	1	**2**	2	für EEG und Bilanzekreismanagement
	Messdaten	341	5			**5**	5	1	**6**	4,25	studentische Aushilfe für EEG
	Geräte	342	1		1	**2**	2		**2**	2	
	Leittechnik	343	2			**2**	2	3	**5**	5	für Messstellenbetrieb zzgl. 2x Aushilfen
	Netzabrechnung	344	6			**6**	6		**6**	6	
	Straßenbeleuchtung	351	2			**2**	2		**2**	1,5	
	Netzprozesse	361	1			**1**	1		**1**	1	
	Gesamt Bereich	**3**	**64**	**0**	**9**	**73**	**66**	**5**	**78**	**74**	
Kunden & Vertrieb	BL Kunden & Vertrieb	4			1	**1**	1		**1**	1	
	Kundenservice	41	13			**13**	13		**13**	11	
	Energievertrieb	421	5			**5**	4		**5**	4,5	
	Abrechnung	44	10		3	**13**	11	1	**14**	12	für Aufgabenerweiterung Marktkommunikation (MAKO)
	Forderungsmanagement & Debitorenbuchhaltung	441	5			**5**	5		**5**	4,75	
	Portfolio- und Energie-datenmanagement	45	2			**2**	2		**2**	2	
	Energieprodukte & Vertrieb	46	1			**1**	1		**1**	1	
	Gesamt Bereich	**4**	**36**	**0**	**4**	**40**	**37**	**1**	**41**	**36,25**	
Digitaler Service	BL Digitaler Service	5	1			**1**	1		**1**	1	
	Interner Service	511	14	1	1	**16**	16		**16**	16	
	ISMS und Datenschutz	513	1			**1**	1		**1**	1	
	Gesamt Bereich	**5**	**16**	**1**	**1**	**18**	**18**	**0**	**18**	**18**	
Telekommunikation	BL Telekommunikation	6	1			**1**	1		**1**	1	
	TK Technik	611	6			**6**	4		**6**	6	
	TK Vertrieb	612	8			**8**	8		**8**	6,5	
	Gesamt Bereich	**6**	**15**	**0**	**0**	**15**	**13**	**0**	**15**	**13,5**	
			150	54	49	**253**	242	9	**262**	244,2	

Geschäftsentwicklung

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

Istjahr, Hochrechnung, Wirtschafts- und Mittelfristplanung:

Ist 2022	3.168 T€
HR Q3 2023	3.949 T€
Plan 2024	**3.484 T€**
Plan 2025	3.784 T€
Plan 2026	4.185 T€
Plan 2027	4.317 T€
Plan 2028	4.185 T€

Die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (SWR) ist in dem Geschäftsfeld öffentlicher Personennahverkehr tätig und fungiert als Holding im Stadtwerke Konzern. Die Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen einschließlich die Verlustübernahme der defizitären Glasfaser SWR GmbH haben einen wesentlichen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Schwerpunkt des Verkehrsbetriebes sind in den kommenden zwei Jahren die Vorbereitungen zur Erlangung der Verlängerung der Betrauung um weitere 10 Jahre ab 2026. Darüber hinaus sorgt der Verkehrsbetrieb in den kommenden Jahren für eine sukzessive Elektrifizierung der Busflotte. So sind ab dem Jahr 2025 jährlich Investitionen in E-Busse sowie in Lade- als auch Werkstattinfrastruktur vorgesehen. Die Erlöse aus der Betrauungsvereinbarung werden voraussichtlich von derzeit rund 3,4 Mio. € auf bis zu 4 Mio. € im Jahr 2028 steigen. Der Anstieg ist hauptsächlich auf die Mehrkosten durch die Elektrifizierung der Busflotte zurückzuführen. Durch das Deutschlandticket und den Hessenpass Mobil werden Einnahmeverluste entstehen, welche voraussichtlich durch Rettungsschirme ausgeglichen werden.
Die Erdgastankstelle wird im Jahr 2024 zurückgebaut. Ende 2023 werden die letzten zwei Erdgasbusse ausgetauscht. Bei der Straßenbeleuchtung und Energiedienstleistungen geht man von gleichbleibenden Erträgen aus.

In der SWR (Holding) konzentrieren sich die Verwaltungs- sowie IT-Kosten. In den nächsten Jahren werden steigende Kosten insbesondere durch fortlaufende Digitalisierungsmaßnahmen sowie durch die Umstellung auf das neue Abrechnungssystem „TAP“ erwartet. Die Verwaltungs- und IT-Kosten werden über die Konzernumlagen an die Tochterunternehmen weitergeleitet.
Das Jahresergebnis der SWR (Holding) setzt sich im Wesentlichen aus den Ergebnisabführungen der Tochterunternehmen einschließlich der Verlustübernahme der defizitären Glasfaser SWR GmbH zusammen.

Die Jahresüberschüsse der SWR Holding werden in den kommenden Jahren tlw. weit über 3,5 Mio. € betragen. Sie liegen über den Planansätzen aus der Mittelfristplanung des letzten Jahres. Haupttreiber ist die geplante Entwicklung der Elektromobilität der ESRM sowie das Netz- und Vertriebsgeschäft der EVR.

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung)

real case

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	14.992	15.589	16.231	15.907	16.119	16.570	16.940
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	35	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	176	109	127	95	73	83	61
Gesamtleistung	**15.204**	**15.698**	**16.358**	**16.002**	**16.192**	**16.653**	**17.001**
5. Materialaufwand	5.971	6.254	6.742	6.783	6.956	7.290	7.532
6. Personalaufwand	3.521	3.702	4.024	4.077	3.931	3.857	3.831
7. Abschreibungen	1.054	1.055	1.145	1.386	1.496	1.893	2.144
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.237	4.872	5.617	5.414	5.329	5.288	5.313
Gesamtkosten	**14.784**	**15.883**	**17.527**	**17.660**	**17.712**	**18.328**	**18.820**
9. Finanzergebnis	2.723	4.248	4.708	5.480	5.743	6.030	6.042
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**3.143**	**4.063**	**3.539**	**3.822**	**4.223**	**4.355**	**4.223**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-106	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	81	114	55	38	38	38	38
Jahresüberschuss	**3.168**	**3.949**	**3.484**	**3.784**	**4.185**	**4.317**	**4.185**

Wirtschaftsplan 2024 (worst case)

Mittelfristplanung 2025-2028 (worst case)

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung)

worst case

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	14.992	15.589	16.231	15.907	16.119	16.570	16.940
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	35	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	176	109	127	95	73	83	61
Gesamtleistung	**15.204**	**15.698**	**16.358**	**16.002**	**16.192**	**16.653**	**17.001**
5. Materialaufwand	5.971	6.254	6.742	6.783	6.956	7.290	7.532
6. Personalaufwand	3.521	3.702	4.024	4.077	3.931	3.857	3.831
7. Abschreibungen	1.054	1.055	1.145	1.386	1.496	1.893	2.144
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.237	4.872	5.617	5.414	5.329	5.288	5.313
Gesamtkosten	**14.784**	**15.883**	**17.527**	**17.660**	**17.712**	**18.328**	**18.820**
9. Finanzergebnis	2.723	3.248	3.684	4.457	4.708	4.996	5.019
Ergebnis d. gewöhlichen Geschäftstätigkeit	**3.143**	**3.064**	**2.515**	**2.799**	**3.188**	**3.321**	**3.200**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-106	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	81	114	55	38	38	38	38
Jahresüberschuss	**3.168**	**2.950**	**2.460**	**2.761**	**3.150**	**3.283**	**3.162**

In der "worst case" Betrachtung reduziert sich das Finanzergebnis durch geringere Gewinnabführungen der EVR und ESRM.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

Umsatzerlöse

Die Umsätze setzen sich wie folgt zusammen.

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Straßenbeleuchtung	1.301	1.916	1.920	1.900	1.900	1.900	1.900
Erdgastankestelle	146	79	39	0	0	0	0
Energiediensleistungen	68	65	68	68	68	68	68
Verkehrsbetrieb	3.637	3.700	4.016	3.902	3.956	4.002	4.055
davon Fahrkartenerlöse	3.352	3.300	3.745	3.780	3.834	3.880	3.933
Betrauungsvereinbarung ÖPNV	4.255	4.175	3.803	3.762	3.858	4.180	4.421
KfZ-Werkstatt	128	175	131	121	121	121	86
Personalweiterberechnung / Konzernumlage	3.907	4.134	4.881	4.842	4.901	4.978	5.071
Übrige Umsatzerlöse	1.551	1.345	1.374	1.312	1.316	1.322	1.340
Gesamt	**14.992**	**15.589**	**16.231**	**15.907**	**16.119**	**16.570**	**16.940**

Der Anstieg bei der Straßenbeleuchtung ist auf die Weitergabe der hohen Stromkosten zurückzuführen. Im Verkehrsbetrieb geht man von geringen, preisbedingten Umsatzsteigerungen aus. Der Anstieg aus der Betrauungsvereinbarung ist hauptsächlich auf die Mehrkosten durch die Elektrifizierung der Busflotte zurückzuführen. Steigende Aufwendungen aus Personal- und Sachkosten spiegeln sich in steigenden Umsätzen aus Personalweiterverrechnung/Konzernumlage wieder.

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind folgende Positionen enthalten:

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Sonstige Erlöse Fuhrpark	89	89	89	89	89	89	89
Schadenfälle/Schadenersatz	13	56	26	26	22	22	20
Auflösung von Rückstellungen/Anlagenabgänge	100	16	60	30	10	20	
Übrige sonstige Erträge	50	37	41	39	41	41	41
Gesamt	**252**	**198**	**216**	**184**	**162**	**172**	**150**

Materialaufwand

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

Der Materialaufwand setzt sich wie folgt zusammen.

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	2.002	1.667	2.021	1.928	1.878	1.859	1.818
Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.971	4.587	4.721	4.856	5.078	5.431	5.715
Gesamtleistung	**5.973**	**6.254**	**6.742**	**6.783**	**6.956**	**7.290**	**7.532**

Der größte Anteil bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen sind die Treibstoffe für den Verkehrsbetrieb (ÖPNV). In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind die von der KSR berechneten Fahrleistungen enthalten. Da diese Fahrleistungen hauptsächlich aus Personalkosten bestehen und Fahrer nur noch bei der KSR anstelle bei der SWR eingestellt werden, steigt dieser Kostenblock. Im gleichen Zuge reduzieren sich die Personalkosten für den Fahrbetrieb bei der SWR.

Personalaufwand

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Löhne und Gehälter	2.775	2.937	3.187	3.208	3.118	3.061	3.044
Soziale Abgaben und Altersvorsorgung	745	766	837	869	813	796	787
Gesamt	**3.521**	**3.702**	**4.024**	**4.077**	**3.931**	**3.857**	**3.831**

Personal

stichtagsbezogen, jeweils zum 31.12.

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 51,5	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Vollzeitkräfte	47,50	47,50	49,50	46,40	45,50	44,50	38,50
Kopfzahl *)	48	48	50	47	46	45	39

*) Kopfzahl: Bei dieser Kennzahl werden Teilzeitkräfte und geringfügig Beschäftigte als 1 Person ("1 Kopf") gezählt.

Der Personalaufwand im Verkehrsbetrieb verlagert sich von der SWR zur KSR. Dadurch sinken die Aufwendungen als auch die Beschäftigtenanzahl.

Stellenplan

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

Bereich	Organisationseinheit	besetzte Stellen 31.12.2023	geplante Zu-/ Abgänge 2024	Gesamt 2024	davon neue Stellen 2024
Geschäftsführung	G Assistenz	1	0	1	
	Geschäftsführung	1	0	1	
	Hausmeister	2	0	2	
		4	0	4	
Verkehrsbetrieb	1 BL Verkehr	1	0	1	
	111 Fahrbetrieb	11	0	11	
	112 Kfz-Werkstatt	7	1	8	1
	113 Verwaltung Verkehr	2,75	0	2,75	
	114 Verkehrswirtschaft/ -planung	2	0	2	
		23,75	1	24,75	1
Kaufm. Service	211 Finanz- undRechnungswesen	1	0	1	
	221 Personal / Auszubildende	5	0	5	
	223 Einkauf	1	0	1	
		7	0	7	
Technik & Netze	311 Planung	1	0	1	
	321 Arbeitsvorbereitung/Lager	1	0	1	
	322 Rohrnetze	3	0	3	
	323 Stromnetze	3	0	3	
	342 Geräte	1	0	1	
		9	0	9	
Kunden & Vertrieb	4 BL Kunden & Vertrieb	1	0	1	
	44 Abrechnung	2,75	0	2,75	
		3,75	0	3,75	
Digitaler Service	511 Interner Service	1	0	1	
		1	0	1	
Gesamtergebnis		**48,5**	**1**	**49,5**	**1**

Der Stellenaufwuchs in der Kfz-Werkstatt betrifft eine/n weitere/n Auszubildende/n.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Personalnebenkosten	138	301	289	270	272	272	275
Personalweiterverrechnugen/Konzernumlage	776	682	1.158	1.193	1.223	1.266	1.372
Gebühren, Mitglieds- und Verbandsbeiträge	80	84	84	79	79	79	80
Mieten, Pachten, Leasing	597	729	858	748	650	507	421
Marketing, Werbung, Public Relation	192	250	349	354	355	371	371
Kommunikationsaufwand	100	106	125	126	126	126	126
Versicherungen	307	333	364	388	412	435	459
Büromaterial, Fachzeitschriften und Fachliteratur	83	73	90	90	91	90	90
Rechtskosten, Gutachter	707	1.033	634	467	437	449	428
IT-Kosten	348	375	703	812	812	812	809
Reinigungskosten	159	176	178	182	182	182	182
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	749	729	785	704	691	698	698
Gesamt	**4.236**	**4.872**	**5.617**	**5.414**	**5.329**	**5.288**	**5.313**

Personalnebenkosten: Fortbildungs- und Seminaraufwendungen, Reisekosten, Dienst- und Schutzkleidung, Kosten der Gesundheitsvorsorge

Mieten, Pachten, Leasing: Bei den Pachten sind die Pachtaufwendungen gegenüber der ESRM GmbH enthalten. Beim Leasing sind die Leasingaufwendungen der geplanten Neuanschaffungen der Busse für den ÖPNV berücksichtigt

Kommunikationsaufwand: Post- und Telefongebühren, sonstige Postkosten

Rechtskosten, Gutachter: Rechts- und Beratungskosten, Kosten der Jahresabschlussprüfung, technische und wirtschaftliche Gutachten

Finanzergebnis

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Erträge aus Beteiligungen nach EAV*	**3.100**	**4.521**	**4.743**	**5.519**	**5.804**	**6.111**	**5.987**
davon:							
EVR GmbH (100%)	1.618	4.271	4.638	5.593	5.556	5.905	5.970
WVR GmbH (100%)	757	692	779	779	779	779	779
GFS GmbH (100%)	-482	-544	-1.096	-1.239	-1.265	-1.285	-1.352
ESRM GmbH (100%)	1.183	76	398	361	709	685	563
KSR GmbH (100%)	24	25	24	25	26	27	28
sonstige Beteiligungserträge	**48**	**139**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	**596**	**1.021**	**1.499**	**1.443**	**1.491**	**1.524**	**1.430**
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	**1.251**	**1.433**	**1.744**	**1.679**	**1.735**	**1.773**	**1.528**
Finanzergebnis	**2.492**	**4.248**	**4.498**	**5.283**	**5.560**	**5.861**	**5.889**

* EAV= Ergebnisabführungsvertrag

Vermögensplan zum Wirtschaftsplan 2024

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

Deckungsmittel (Mittelherkunft)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	**1.145**	970
2.	Tilgung Beteiligungskredite	**6.538**	5.286
3.	Kredite vom Kreditmarkt	**14.300**	7.200
	Deckungsmittel insgesamt:	**21.983**	13.457

Ausgaben (Mittelverwendung)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	**2.928**	1.958
2.	Tilgung von Krediten	**8.622**	5.565
3.	Kredite an verbundene Unternehmen	**10.433**	5.934
	Ausgaben insgesamt:	**21.983**	13.457

Erläuterungen zum Vermögensplan

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Erdgastankstelle	0	0	0	0	0
Informationsstechnik	1.470	911	911	911	911
Gebäude/allg. Gebäudeausstattung/Gelände	628	490	851	808	231
Verkehrsbetrieb	235	1.775	1.695	1.160	1.820
Kfz-Werkstatt	275	25	25	25	25
Straßenbeleuchtung	318	284	260	260	262
Allgemein	3	4	4	4	4
Gesamt	**2.928**	**3.488**	**3.746**	**3.167**	**3.252**

Die **Erdgastankstelle** wird im Jahr 2024 stillgelegt und zurückgebaut. Die Aufwendungen hierfür werden im Materialaufwand abgebildet. Sie stellen keine Investitionskosten dar.

IT/DV/Telekommunikation: Der größte Kostenblock der IT-Investitionen 2024 ist die Modernisierung der Bordrechner im Verkehrsbetrieb (rund 0,5 Mio. €). Weitere wesentliche Investitionen betreffen die Aufrechterhaltung der IT-Sicherheit, Erneuerung der Hardware sowie Aktualisierung des Dokumentenmanagements.

Gebäude/allg. Gebäudeausstattung/Gelände: Größter Kostenblock der Liegenschaft ist die Betonsanierung mit rd. 0,2 Mio. € im Jahr 2024. Die Maßnahmen erstrecken sich voraussichtlich bis 2028. Insgesamt werden fast 0,5 Mio. € zu investieren sein. Weitere Maßnahmen im Bereich der Liegenschaften sind Erneuerungsarbeiten im Hof und an den Gebäuden, ebenso die Erneuerung der Duschräume. Die Dächer und Böden der Bushallen sind sanierungsbedürftig. Es wurden für die Jahre 2026-2027 rd. 850 T € hierfür eingeplant.

Verkehrsbetrieb und Kfz-Werkstatt: Im Verkehrsbetrieb werden ab dem Jahr 2025 Investitionen für den Kauf von E-Bussen getätigt. Laut AR-Beschluss 08-2023 werden durchschnittlich 2 E-Busse pro Jahr angeschafft. Bisher wurden Busse über Leasing finanziert und erschienen nicht im Investitionsplan. Da die SWR für die E-Busse Fördermittel beantragt wird und die derzeitigen Förderrichtlinien Leasingfinanzierung ausschließen, werden die neuen Busse in den Investitions- und Finanzplan aufgenommen.
Bereits im kommenden Jahr beginnen Umrüstarbeiten in der Kfz-Werkstatt. Im Jahr 2024 wird außerdem die Waschanlage erneuert.

Bei der **Straßenbeleuchtung** wird hauptsächlich in die Erneuerung der Leuchten und Masten investiert.

Finanzplan

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

		Ansatz 2024 T€	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Ansatz 2027 T€	Ansatz 2028 T€
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1.	Zuführungen zum Stammkapital	0	0	0	0	0
2.	Zuführungen zur Kapitalrücklage	0	0	0	0	0
3.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	1.145	1.386	1.496	1.893	2.144
4.	Tilgung Beteiligungskredite	6.538	6.296	7.591	9.664	10.594
5.	Kredite vom Kreditmarkt	14.300	18.400	19.100	20.698	17.591
6.	**Deckungsmittel insgesamt**	**21.983**	**26.082**	**28.187**	**32.256**	**30.328**
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	2.928	3.488	3.746	3.167	3.252
2.	Finanzanlagen	0	0	0	0	0
3.	Tilgung von Krediten (ab 2027 zzgl. Rückzahlung Genussrechte)	8.622	8.343	7.731	14.367	12.235
4.	Kredite an verbundene Unternehmen	10.433	14.251	16.711	14.722	14.841
5.	**Ausgaben insgesamt**	**21.983**	**26.082**	**28.187**	**32.256**	**30.328**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Stadt auswirken

	Einnahmen					
1.	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	0	0	0	0	0
2.	Zuweisungen zum Verlustausgleich	0	0	0	0	0
3.	Verwaltungskostenbeiträge	82	82	82	82	82
4.	Betrauungsvereinbarung	3.258	3.391	3.424	3.371	3.337
5.	**Einnahmen gesamt**	**3.340**	**3.473**	**3.506**	**3.453**	**3.419**
	Ausgaben					
1.	Ergebnisabführung an die Stadt *)	0	0	0	0	0
2.	Konzessionsabgaben **)	2.608	2.641	2.650	2.712	2.724
3.	Verwaltungskostenbeiträge und Bürgschaftsprovisionen/Zinsen	220	230	228	198	202
4.	**Ausgaben gesamt**	**2.766**	**2.835**	**2.845**	**2.908**	**2.925**

* Im Rahmen des festzustellenden Jahresabschlusses wird ein separater Beschluss herbeigeführt, bei Fehlbetrag erfolgt keine Ergebnisführung.

** EVR und WVR

Kennzahlen

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH (Holding)

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Umsatzerlöse	14.992	15.589	16.231	15.907	16.119	16.570	16.940
Jahresergebnis	3.168	3.949	3.484	3.784	4.185	4.317	4.185
EBITDA *	4.877	5.416	4.874	5.405	5.925	6.460	6.427
EBIT **	3.798	4.475	3.785	4.058	4.467	4.604	4.322

* Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung

** Ergebnis vor Zinsen und Steuern

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH (EVR)

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025 - 2028

Stand: 21.11.2023

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025-2028

- Inhaltsverzeichnis -

» Geschäftsentwicklung 2

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) real 4

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) worst 5

» Umsatzerlöse 6

» Absatzmengen 6

» Sonstige betriebliche Erträge 7

» Materialaufwand 7

» Personalaufwand 8

» Stellenplan 9

» Sonstige betriebliche Aufwendungen 10

» Finanzergebnis 10

» Vermögensplan (Übersicht) 11

» Erläuterungen zum Vermögensplan 12

» Ergänzende Erläuterungen zum Vermögensplan 13

» Finanzplan 14

» Kennzahlen 14

Geschäftsentwicklung

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Istjahr, Hochrechnung, Wirtschafts- und Mittelfristplanung:

Ist 2022	1.618 T€
HR Q3 2023	4.087 T€
Plan 2024	**4.639 T€**
Plan 2025	5.593 T€
Plan 2026	5.556 T€
Plan 2027	5.905 T€
Plan 2028	5.969 T€

Die Geschäftsfelder der Energieversorgung Rüsselsheim GmbH (EVR) sind der Netzbetrieb Strom und Gas, der Energievertrieb Strom und Gas sowie der grundzuständige Messstellenbetrieb.

Der **Netzbetrieb** richtet sich nach regulatorischen Rahmenbedingungen. Die Entgelte werden von der Regulierungsbehörde genehmigt. Für Strom beginnt im Jahr 2024 die 4. Regulierungsperiode mit einer neu bemessenen "Erlösobergrenze" (EOG). Im Netzbetrieb Gas läuft die 4. Regulierungsperiode bereits seit 2023. Die Perioden dauern jeweils fünf Jahre an; während dieser Laufzeiten können die Netzbetreiber ihre Investitionen im Rahmen des Kapitalkostenabgleichs in die Entgelte einrechnen.
Da die Netzengelte im Wesentlichen mengenabhängig sind, entstehen jährlich Abweichungen zur jeweils zulässigen EOG. Insbesondere im Gas ist in den nächsten Jahren mit sukzessiven Rückgängen zu rechnen. Die mengenbedingten Abweichungen werden in den Folgejahren verzinst verreinnahmt bzw. zurückgezahlt. Die Netzinvestitionen werden in der Gasversorgung langfristig zurückgehen. In der Stromversorgung werden sie dagegen aufgrund des Netzauf- und -ausbaus in Rüsselsheim als auch aufgrund von Netzverstärkungsmaßnahmen steigen und sich auf einem hohen Niveau bewegen.

Im Geschäftsbereich des **grundzuständigen Messstellenbetriebs** führt die Umsetzung des Messstellenbetriebsgesetzes zu kontinuierlichen Investitionen in Smart Meter und elektronische Zähler.

Geschäftsentwicklung

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH
(Fortsetzung)

Das ergebnisstärkste Geschäftsfeld der EVR ist das **Vertriebsgeschäft für Strom und Gas**. Auch im kommenden Geschäftsjahr werden noch die von der Regierung veranlassten Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreissprünge umzusetzen sein. Dies fordert stark die Kundenbetreuung der EVR als auch den Kunden selbst. Die Rechnungen sind komplexer geworden und für den Kunden zum Teil schwieriger zu verstehen als bisher.

Da die Energiepreise im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr wieder zurückgegangen sind, können die Endkundenpreise großteils gesenkt werden. Durch die etwas entspanntere Lage auf den Energiemärkten hat der Wettbewerb in der zweiten Jahreshälfte 2023 wieder zugenommen. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Entwicklung auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzt. Es ist grundsätzlich mit volatileren Energiepreisen als noch bis vor der Energiekrisenzeit zu rechnen.

Die EVR rechnet im Bereich Strom mit kontinuierlichen Kundengewinnen und dadurch leicht steigenden Roherträgen. In der Gasversorgung wird dagegen mit leichten Mengenrückgängen und dadurch leicht sinkenden Roherträgen kalkuliert.
Die erdgasversorgten Kunden werden sich verstärkt mit der Substitution von Erdgas beschäftigen. Substitutionsbedingte Kundenrückgänge können gleichzeitig Chancen für die Schwestergesellschaft ESRM bieten, da sich diese Gesellschaft auf alternative Wärmeversorgungskonzepte spezialisiert hat.

Neben dem Wettbewerb und einhergehenden potentiellen Kundenverlusten hat die Witterung einen maßgeblichen Einfluss auf den Absatz, insbesondere in der Gasversorgung. Bei feucht kalter Witterung ergeben sich höhere Absätze. Bei vergleichsweise milden Witterungen, wie es sehr häufig in den letzten Jahren der Fall war, ist mit Absatzrückgängen zu rechnen. Die EVR führt deshalb für ihre Geschäftsfelder eine worst case Betrachtung durch.

Das Jahr 2024 wird das Vorbereitungsjahr für die Umstellung auf das neue Abrechnungssystem "TAP" sein. TAP soll das mittlerweile veraltete Programm zum Jahresende 2024 ablösen. Das Programm wird sowohl die Abrechnung, die Kundenbetreuung, die Marktkommunikation als auch den aktiven Strom- und Gasvertrieb besser unterstützen.

Zusammenfassung: Die Planjahre 2024-2028 weisen im Vergleich zu den Vorjahren wieder höhere Gewinne aus. Dies ergibt sich zum einen aus stabileren Erträgen im Vertriebsgeschäft aufgrund einer erwarteten, entspannteren Lage auf den Energiemärkten und Kundenzuwächsen im Strom. Zum anderen konnte im Stromnetz die Ertragslage im Rahmen der für die 4. Regulierungsperiode durchgeführten Kostenprüfung verbessert werden.

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - real case

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	56.749	79.674	85.362	87.351	88.652	90.435	91.731
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	254	244	320	335	355	370	385
4. Sonstige betriebliche Erträge	90	53	60	60	60	60	60
Gesamtleistung	**57.093**	**79.971**	**85.741**	**87.746**	**89.066**	**90.865**	**92.176**
5. Materialaufwand	34.989	54.589	58.183	58.774	59.456	60.120	60.795
6. Personalaufwand	8.746	9.590	11.060	11.471	11.844	12.209	12.636
7. Abschreibungen	2.995	2.883	3.168	3.450	3.673	4.041	4.175
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.203	8.047	7.747	7.551	7.617	7.662	7.731
Gesamtkosten	**54.934**	**75.109**	**80.157**	**81.246**	**82.589**	**84.031**	**85.337**
9. Finanzergebnis	-541	-588	-942	-903	-918	-925	-866
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.618**	**4.275**	**4.642**	**5.597**	**5.559**	**5.908**	**5.973**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	0	4	4	4	4	4	3
Jahresüberschuss	**1.618**	**4.271**	**4.638**	**5.593**	**5.556**	**5.905**	**5.970**

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - worst case

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	56.749	77.406	84.068	86.060	87.353	89.137	90.437
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	254	244	320	335	355	370	385
4. Sonstige betriebliche Erträge	90	53	60	60	60	60	60
Gesamtleistung	**57.093**	**77.703**	**84.448**	**86.455**	**87.768**	**89.567**	**90.882**
5. Materialaufwand	34.989	53.320	57.840	58.432	59.113	59.778	60.452
6. Personalaufwand	8.746	9.590	11.060	11.471	11.844	12.209	12.636
7. Abschreibungen	2.995	2.883	3.168	3.450	3.673	4.041	4.175
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.203	8.047	7.747	7.551	7.617	7.662	7.731
Gesamtkosten	**54.934**	**73.840**	**79.815**	**80.904**	**82.246**	**83.689**	**84.995**
9. Finanzergebnis	-541	-588	-942	-903	-918	-925	-866
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.618**	**3.276**	**3.691**	**4.648**	**4.603**	**4.953**	**5.021**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	0	4	4	4	4	4	4
Jahresüberschuss	**1.618**	**3.272**	**3.687**	**4.644**	**4.599**	**4.949**	**5.017**

Da das Geschäft der Strom- und Gasversorgung stark mengenabhängig ist, werden die Absatzrisiken mit dieser "worst case" Betrachtung abgebildet.

In der Gasversorgung wird hierbei ein witterungsbedingter Mengenrückgang von 10% angenommen. Rückläufige Mengen aufgrund der Substitution von Erdgas durch andere Energieträger wurden bereits in der "real case" Betrachtung berücksichtigt.

In der Stromversorgung wird mit Kundenverlusten gerechnet, die zu einem Mengenrückgang von fast 5% führen.

Die "worst case" Betrachtung führt insgesamt zu einem Ergebnisrückgang von rund 1 Mio. € bzw. rund 21% im Jahr 2024.

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Umsatzerlöse

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Tarif- und Sondervertragskunden (Gas)	11.350	29.450	26.447	26.298	26.148	25.998	25.848
Netzentgelte von Dritten (Gas)	2.005	1.877	2.053	2.129	2.548	2.703	2.730
Netzentgelte von Dritten (Strom; incl. EEG-Einspeiser)	9.864	9.482	9.303	10.261	10.183	10.837	11.093
Tarif- und Sondervertragskunden (Strom)	17.733	34.196	37.478	38.359	39.240	40.121	41.002
Personalweiterverrechnung	3.140	3.195	4.377	4.545	4.654	4.767	4.934
Übrige Umsatzerlöse	23.725	13.089	16.837	17.087	17.333	17.590	17.841
Gesamt	**67.818**	**91.289**	**96.494**	**98.679**	**100.106**	**102.016**	**103.449**

In den Jahren kommenden Jahren sind in der Gasversorgung mengenbedingt niedrigere und in der Stromversorgung mengenbedingt ansteigende Umsatzerlöse zu erwarten. Die geplanten Preisanpassungen korrespondieren mit den preislichen Veränderungen der Strom- und Gasbezugskosten.

Absatzmengen

Den Umsatzerlösen liegen folgende Absatzmengen zugrunde.

	IST 2022	Q3/HR 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026	Plan 2027	Plan 2028
Gasvertrieb (MWh)	267.818	265.900	265.033	263.533	262.033	260.533	259.033
Stromvertrieb (MWh)	97.198	91.772	127.676	130.676	133.676	136.676	139.676

Planungsgrundlage sind für beide Energiearten die Anzahl der vorhandenen Kunden und ihre durchschnittlichen Verbrauchsmengen. Da die Gasversorgung stark temperaturabhängig ist, orientiert man sich bei der Planung grundsätzlich an den durchschnittlichen Temperaturen der letzten Jahre. In der Gasversorgung wurde aufgrund des zu erwartenden Substitutionsverhalten der Kunden mit einem kontinuierlichen Mengenrückang gerechnet. Dabei wurde unterstellt, dass der Rückgang im Zeitraum der vorliegenden Mittelfristplanung noch geringfügig sein wird. Es wurde mit rund 1% Rückgang pro Jahr kalkuliert.
Für den Stromvertrieb wurde mit einem Kundenzuwachs im Durchschnitt der letzten Jahre gerechnet. Dadurch steigen die Strommengen kontinuierlich um rund 2% pro Jahr. Der Absatzsprung vom Jahr 2023 auf 2024 ergibt sich aus erfolgreichen Ausschreibungen größerer Kunden.

Sonstige betriebliche Erträge

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Personalweiterverrechnung / Konzernumlage	49	41	52	52	52	52	52
Schadenfälle/Schadenersatz	0	0	0	0	0	0	0
Auflösung von Rückstellungen/ Anlagenabgänge	0	0	0	0	0	0	0
Übrige sonstige Erträge	32	12	8	8	8	8	8
Gesamt	**81**	**53**	**60**	**60**	**60**	**60**	**60**

Materialaufwand

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Der Materialaufwand teilt sich in folgende Positionen auf.

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	45.046	65.338	68.343	69.120	69.915	70.710	71.516
Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.002	1.050	972	982	995	990	996
Gesamtleistung	**46.048**	**66.388**	**69.315**	**70.102**	**70.910**	**71.701**	**72.512**

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe enthalten im Wesentlichen die Strom- und Gasbezugskosten, Verlustenergiekosten, Einspeisevergütungen sowie Aufwendungen für vorgelagerte Netze. Es wird in 2024 eine Gesamtsumme von 69.315 T€ erwartet. Diese Aufwendungen steigen insbesondere mengenbedingt bis zum Jahr 2028 um 3.197 T€ auf 72.512 T€ an. Wenn sich die Bezugskosten entgegen ihrer Erwartungen verändern, erfolgen Preisanpassungen zur Sicherung der Ertragslage bzw. um sich nicht unrechtmäßig zu bereichern.

In den Aufwendungen für bezogene Leistungen sind hauptsächlich Fremdleistungen für Wartung und Betrieb im Netzbereich enthalten. Die Aufwendungen betragen rund 1 Mio.€ /a.

Personalaufwand

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Löhne und Gehälter	7.215	7.971	9.238	9.587	9.898	10.204	10.561
Soziale Abgaben und Altersvorsorgung	1.531	1.618	1.822	1.883	1.945	2.005	2.075
Gesamt	**8.746**	**9.590**	**11.060**	**11.471**	**11.844**	**12.209**	**12.636**

Der geplante Personalaufwand 2024 beträgt 11.060 T€ und steigt bis 2028 auf 12.636 T€. Für das Jahr 2024 wurde mit einer Tarifsteigerung von 5% und für die Jahre 2025-2028 von jeweils 3,5% gerechnet.

Personal

stichtagsbezogen, jeweils zum 31.12.

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Vollzeitkräfte	127,50	129,85	145,95	146,00	147,00	147,00	147,00
Kopfzahl *)	140	141	158	158	158	158	158

*) Kopfzahl: Bei dieser Kennzahl werden Teilzeitkräfte und geringfügig Beschäftigte als 1 Person ("1 Kopf") gezählt.

Im Jahr 2023 konnten nicht alle Stellen besetzt werden. Dies wird in 2024 nachgeholt.

Darüberhinaus ist die Schaffung neuer Stellen erforderlich, um beispielsweise neue oder zusätzliche (teilweise gesetzlich verursachte) Arbeiten erfüllen zu können. Zu nennen sind hier insbesondere die Marktkommunikation (Lieferantenwechsel Strom/Gas), EEG- und Bilanzkreis-management sowie Messstellenbetrieb .

Stellenplan

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Bereich	Organisationseinheit	besetzte Stellen 31.12.2023	geplante Zu-/ Abgänge 2024	Gesamt 2024	davon neue Stellen 2024
Geschäftsführung	G Assistenz	1,5	1	2,5	1
	Kommunikation & Marketing	0,6	0,6	1,2	0,6
		2,1	**1,6**	**3,7**	**1,6**
Kaufm. Service	2 BL Kaufm. Service	1	0	1	
	20 Controlling / Regulierung	2	0	2	
	211 Finanz- undRechnungswesen	9,75	0	9,75	
	221 Personal / Auszubildende	1,5	0	1,5	
	224 Versicherungs-management	1	0	1	
		15,25	0	**15,25**	
Technik & Netze	3 BL Technik & Netze	1	0	1	
	TSM-Zertifizierung	0,5	0	0,5	
	31 Netzmanagement	1	0	1	
	32 Netzservice & EDL	1	0	1	
	34 Netzdaten	1	1	2	1
	311 Planung	7	1,25	8,25	
	313 GIS	3	0	3	
	321 Arbeitsvorbereitung/Lager	2	0	2	
	322 Rohrnetze	7	0	7	
	323 Stromnetze	7	3	10	
	324 Energiedienstleistungen	7,5	2	9,5	
	331 Liegenschaften	1	0	1	
	341 Messdaten	4	0,25	4,25	0,25
	342 Geräte	1	0	1	
	343 Leittechnik	2	3	5	3
	344 Netzabrechnung	6	0	6	
	351 Straßenbeleuchtung	1,5	0	1,5	
	361 Netzprozesse	1	0	1	
		54,5	**10,5**	**65**	**4,25**
Kunden & Vertrieb	41 Kundenservice	11	0	11	
	44 Abrechnung	6,25	3	9,25	1
	45 Portfolio- und Energie-datenmanagemer	2	0	2	
	46 Energieprodukte &Vertrieb	1	0	1	
	421 Energievertrieb	3,5	1	4,5	
	441 Forderungsmanagement &Debitorenbuc	4,75	0	4,75	
		28,5	**4**	**32,5**	**1**
Digitaler Service	5 BL Digitaler Service	1	0	1	
	511 Interner Service	14	0	14	
	513 ISMS und Datenschutz	1	0	1	
		16	0	**16**	
Telekommunikation	6 BL Telekommunikation	1	0	1	
	611 TK Technik	4	2	6	
	612 TK Vertrieb	6,5	0	6,5	
		11,5	**2**	**13,5**	
Gesamt		**127,85**	**18,1**	**145,95**	**6,85**

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Konzessionsabgabe	1.989	2.240	1.920	1.920	1.920	1.920	1.920
Personalnebenkosten*	102	103	109	109	109	109	109
Personalweiterverrechnung (incl. Konzernumlage)	2.732	3.191	3.749	3.732	3.812	3.858	3.926
Gebühren, Mitglieds- und Verbandsbeiträge	1	4	4	4	4	4	4
Versicherungen	11	0	0	0	0	0	0
Büromaterial, Fachzeitschriften und Fachliteratur	20	14	15	9	9	9	9
Rechtskosten, Gutachter**	982	866	573	533	529	530	530
IT-Kosten	476	455	441	292	292	292	292
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	1.935	1.174	937	951	941	941	941
Gesamt	**8.248**	**8.047**	**7.747**	**7.551**	**7.617**	**7.662**	**7.731**

* Personalnebenkosten: Fortbildungs- und Seminaraufwendungen, Reisekosten, Dienst- und Schutzkleidung

**Rechtskosten, Gutachter, Jahresabschluss: Rechts- und Beratungskosten, technische und wirtschaftliche Gutachten

Die Konzernumlagen für Personal- und Sachkosten betragen fast die Hälfte der gesamten sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Zweitgrößte Position sind die Konzessionsabgaben für das Strom- und Gasnetz.

Die IT-Kosten sind in den Jahren 2022-2024 vergleichsweise hoch. Hintergrund sind Aufwendungen für Digitalisierung und TAP-Einführung.

Es wird erwartet, dass die Rechts- und Beratungskosten für die Aufarbeitung des Schadensfalls aus 2021 ab dem Jahr 2024 nicht mehr oder nur noch in geringfügigem Maß anfallen werden.

Finanzergebnis

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	545	588	942	903	918	925	866
Finanzergebnis	**-545**	**-588**	**-942**	**-903**	**-918**	**-925**	**-866**

Das Finanzergebnis ergibt sich aus Zinsaufwendungen an die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH.

Vermögensplan zum Wirtschaftsplan 2024

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

I. Deckungsmittel (Mittelherkunft)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	**3.168**	2.753
2.	Kapitalzuschüsse	**0**	0
3.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	**6.145**	4.811
	Deckungsmittel insgesamt:	**9.313**	7.564

II. Ausgaben (Mittelverwendung)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	**6.828**	5.040
2.	Auflösung Ertragszuschüsse	**12**	20
3.	Tilgung von Krediten	**2.473**	2.505
	Ausgaben insgesamt:	**9.313**	7.564

Erläuterungen zum Vermögensplan

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

- Strom	**Plan 2024 T€**	**Plan 2025 T€**	**Plan 2026 T€**	**Plan 2027 T€**	**Plan 2028 T€**
Anlagen / Stationen	1.011	1.466	996	906	906
Grundstücke und Bauten	163	50	50	50	50
Stromnetz	1.511	1.027	1.475	1.625	1.540
Kabelnetz Straßenbeleuchtung	154	154	125	125	146
Hausanschlüsse	332	277	260	260	276
Messeinrichtungen (gMSB)	354	549	700	668	667
Büro- und Geschäftsausstattung	49	49	39	39	39
Smart Grid	364	339	235	246	246
IT	283	83	83	83	83
Gesamt	**4.221**	**3.994**	**3.963**	**4.002**	**3.953**

- Gas

Rohrnetz und Hausanschlüsse	1.250	1.956	2.076	1.966	2.096
Regelanlagen und Messeinrichtungen	296	314	288	181	201
Betriebs- und Geschäftsausstatung	67	47	47	47	47
IT	327	74	74	74	74
Gesamt	**1.940**	**2.391**	**2.485**	**2.268**	**2.418**

- Projekt Eselswiese

Erschießung Strom	667	2.882	3.996	2.623	2.498
Gesamt Gas und Strom	**6.828**	**9.267**	**10.444**	**8.893**	**8.869**

Ergänzende Erläuterungen zum Vermögensplan

Strom- und Gasnetz Allgemein:
Die EVR führt zur Erhaltung der Versorgungssicherheit kontinuierlich Investitionen in ihre Bestandsnetze durch.

Bei Investitionen in das Erdgasnetz wird jeweils geprüft, ob alternative Baumaßnahmen oder Lösungsansätze für eine Wärmeversorgung vorliegen, z.B. durch die darauf spezialisierte Schwestergesellschaft ESRM. Dies ist erforderlich, da die Bundesregierung Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 gesetzlich verankert hat. Die Erdgasversorgung wird sich rückläufig entwickeln.

Da die Investitionen in die Versorgungsnetze kalkulatorische Nutzungsdauern von großteils 40 Jahren haben, wird sich bei dem anvisierten Ziel 2045 (d.h. in 22 Jahren) bei sehr vielen aktuell und zukünftig durchgeführten Investitionen keine ausreichende Wirtschaftlichkeit ergeben. Es wird erwartet, dass die Politik und Regulierungsbehörden in den nächsten Jahren Regelungen treffen werden, damit die Ertragslage der Gasnetzbetreiber durch dieses Spannungsfeld nicht gefährdet wird. Die Entwicklung der Versrogung mit Wasserstoff ist noch zu jung, um heute schon abschätzen zu können, ob die Gasnetze in Rüsselsheim langfristig Wasserstoff verteilen werden.

Strom- und Gasnetz 2024-2028:
Bei den Baumaßnahmen in der Gasversorgung handelt es sich um Erneuerungen; es wird nicht mit Neuanschlüssen an das Gasnetz gerechnet. Die für 2024 vorgesehenen Maßnahmen betreffen insbesondere die Netz- und Hausanschlusssanierungen in der Moritz-von-Schwind-Straße und Ramsee. Im Jahr 2025 folgen die Donau- und Memelstraße. Für die sich daran anschließenden Jahre sind Erneuerungsmaßnahmen in der Adolf-von-Menzel, Gorch-Fock-, Lahn- und Teufelstraße vorgesehen. Eine weitere wichtige Maßnahme zur Erhaltung der Versorgungssicherheit ist die Aufrechterhaltung des Korrosionsschutzes bei Erdgasleitungen. Hierfür sind umfangreiche Arbeiten im Jahr 2026 vorgesehen.

Bei der Stromversorgung sind ebenfalls Erneuerungsmaßnahmen in die Netze als auch in die Anlagen vorgesehen. Diese Investitionen liegen jährlich zwischen 3,0 - 3,8 Mio. € (ohne Messeinrichtungen). Schwerpunkt im Jahr 2024 ist die Erneuerung des 20-kV-Kabels bis Hessenkolleg. Erneuerungen der Speisekabelsysteme Hof Schönau II sind für 2024 und 2026 geplant. Netzstationen (Niederspannung) werden in den nächsten Jahren in folgenden Straßen erneuert: Bernhard-, Walldorf-, Dr.-Ludwig-Opel- und Thomas-Mann-Straße.
Die Neubau- bzw. Erschließungsinvestitionen liegen in den kommenden Jahren zwischen 0,5-0,7 Mio. €. Schwerpunkt hierbei ist der Neubau einer Netzstation für den Ladestrom für die E-Busse auf dem Betriebsgelände der SWR (2025).

Die Erschließung des Neubaugebietes Eselswiese wird in den nächsten fünf Jahren rund 12 Mio. € betragen. Begonnen wird im Jahr 2024 mit dem Neubau zweier Schalthäuser (Hof Schönau III und Eselswiese), wobei anfangs lediglich Planungs-/Ingenieursleistungen anfallen. Die Neubauten erstrecken sich bis zum Jahr 2026. Ab 2025 beginnen die Leitungsverlegungen.

grundzuständiger Messstellenbetrieb (gMSB) 2024-2028:
Es werden Investitionen für die turnusmäßigen Zählerwechsel durchgeführt, wobei in der Stromversorgung moderne oder intelligente Zähler eingebaut werden. Die EVR hat bereits über die Hälfte der herkömmlichen (elektromechanischen) Stromzähler umgerüstet.

Finanzplan

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes

		Ansatz 2024 T€	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Ansatz 2027 T€	Ansatz 2028 T€
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
	Abschreibungen u. Anlagenabgänge	3.168	3.450	3.673	4.041	4.175
2.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	6.145	8.340	9.400	8.004	7.982
3.	**Deckungsmittel insgesamt**	**9.313**	**11.791**	**13.072**	**12.044**	**12.157**
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen					
	- Gas	1.940	2.391	2.485	2.268	2.418
	- Strom	4.888	6.876	7.959	6.625	6.451
2.	Auflösung Ertragzuschüsse	12	12	12	12	12
3.	Tilgung von Krediten der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	2.473	2.512	2.616	3.139	3.276
4.	**Ausgaben insgesamt**	**9.313**	**11.791**	**13.072**	**12.044**	**12.157**

Kennzahlen

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Umsatzerlöse	56.749	79.674	85.362	87.351	88.652	90.435	91.731
Jahresergebnis	1.618	4.271	4.638	5.593	5.556	5.905	5.970
EBITDA *	5.155	7.745	8.752	9.950	10.150	10.874	11.014
EBIT **	2.159	4.862	5.584	6.500	6.478	6.834	6.838

* Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

** Ergebnis vor Zinsen und Steuern

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH (WVR)

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025 - 2028

Stand: 21.11.2023

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025-2028

- Inhaltsverzeichnis -

» Geschäftsentwicklung 2

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) 3

» Umsatzerlöse 4

» Absatzmengen 4

» Materialaufwand 5

» Sonstige betriebliche Aufwendungen 5

» Finanzergebnis 5

» Vermögensplan (Übersicht) 6

» Erläuterung zum Vermögensplan 7

» Finanzplan 8

» Kennzahlen 8

Geschäftsentwicklung

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

Istjahr, Hochrechnung, Wirtschafts- und Mittelfristplanung:

Ist 2022	757 T€
HR Q3 2023	692 T€
Plan 2024	**779 T€**
Plan 2025	779 T€
Plan 2026	779 T€
Plan 2027	779 T€
Plan 2028	779 T€

Die Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH (WVR) rechnet in den kommenden Jahren grundsätzlich mit einer konstanten Geschäftsentwicklung. Allerdings werden Preisanpassungen aufgrund weiterer Bezugskostensteigerungen unvermeidlich. Das für die nächsten Jahren erwartete, sehr hohe Investitionsvolumen, die gestiegenen Inflationsraten und Zinsen führen ebenfalls zu einem deutlichen Kostenanstieg. Auch dieser Kostenanstieg muss über höhere Wasserpreise kompensiert werden.

Das Investitionsverhalten der WVR basiert auf dem teilweise sehr alten Wassernetz und führt zu einem erhöhten Erneuerungsbedarf. Die Investitionssummen werden durchschnittlich 3 Mio. € betragen und damit rund 1/3 über den Summen der Vorjahre liegen.
Hinzukommen Erschließungskosten für das Neubaugebiet Eselswiese von jährlich rund 1 Mio. € ab dem Jahr 2025.

Die Ergebnisse der WVR liegen jährlich auf gleichem Niveau, was an dem Berechnungsverfahren der Konzessionsabgabe begründet liegt.

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung)

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	7.125	7.933	9.159	9.573	9.804	10.114	10.387
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	11	7	8	8	8	8	8
Gesamtleistung	**7.136**	**7.940**	**9.166**	**9.580**	**9.811**	**10.121**	**10.394**
5. Materialaufwand	3.370	3.743	4.322	4.491	4.638	4.780	4.887
6. Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen	1.172	1.149	1.219	1.307	1.361	1.484	1.595
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.642	2.036	2.424	2.598	2.615	2.650	2.731
Gesamtkosten	**6.183**	**6.928**	**7.966**	**8.396**	**8.613**	**8.914**	**9.214**
9. Finanzergebnis	-197	-320	-421	-406	-419	-428	-402
Ergebnis d. gewöhnichen Geschäftstätigkeit	**757**	**692**	**779**	**779**	**779**	**779**	**779**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	**757**	**692**	**779**	**779**	**779**	**779**	**779**

Umsatzerlöse

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Wasser	6.188	7.823	9.042	9.456	9.687	9.997	10.270
Übrige Umsatzerlöse	944	110	117	117	117	117	117
Gesamt	**7.132**	**7.933**	**9.159**	**9.573**	**9.804**	**10.114**	**10.387**

Bei den Umsatzerlösen wurde eine Preissteigerung nicht nur im kommenden Jahr sondern auch in den Folgejahren berücksichtigt. Insbesondere die steigenden Bezugskosten und hohen Investitionsvolumina machen eine Preisanpassung zur Erhaltung der Ertragslage und Erwirtschaftung der Konzessionsabgabe erforderlich. Bei der Kalkulation wurde mit einem durchschnittlichen Wasserverlust von 3,0% auf die Bezugsmengen gerechnet.

Absatzmengen

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 Tsd. m³	Q3/HR 2023 Tsd. m³	Plan 2024 Tsd. m³	Plan 2025 Tsd. m³	Plan 2026 Tsd. m³	Plan 2027 Tsd. m³	Plan 2028 Tsd. m³
Wasserabsatz	3.342	3.332	3.376	3.395	3.423	3.428	3.447
Veränderung in %		0%	1%	1%	1%	0%	1%

Es wird nur eine geringe Absatzsteigerung erwartet. In den letzten 20 Jahren (vor Corona) ist der durchschnittliche Pro-Kopf-Wasserverbrauch teilweise um bis zu 1% jährlich zurückgegangen. Absatzzuwächse aufgrund von Neuanschlüssen werden voraussichtlich durch weiterhin sparsames Verbrauchsverhalten der Kunden kompensiert. Das Neubaugebiet Eselswiese hat noch keine Auswirkungen im Wirtschaftsplan.

Materialaufwand

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Warer	2.565	2.887	3.517	3.671	3.816	3.930	4.039
davon:							
Wasserbezug: Stadtwerke Mainz AG	-1.559	-1.655	-2.036	-2.129	-2.219	-2.289	-2.358
Wasserbezug: Hessenwasser GmbH & Co. KG	-941	-1.152	-1.390	-1.446	-1.498	-1.543	-1.583
Aufwendungen für bezogene Leistungen	805	856	805	820	822	849	848
Gesamt	**3.370**	**3.743**	**4.322**	**4.491**	**4.638**	**4.780**	**4.887**

Die größte Position im Materialaufwand ist der Wasserbezug mit einem Anteil von 75% im Jahr 2024 bis 81% im Jahr 2028. Die Aufwendungen für bezogene Fremdleistungen betreffen hauptsächlich Wartungs- und Instandhaltungsmaßnahmen. Trotz der kontinuierlichen und hohen Investitionen in das Wassernetz ist in den nächsten Jahren noch mit einem jährlichen Aufwand von über 800 T€ zu rechnen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Konzessionsabgabe	294	632	642	826	814	798	830
Personalweiterverrechnung (incl. Konzernumlage)	1.241	1.222	1.652	1.671	1.695	1.746	1.795
Gebühren, Mitglieds- und Verbandsbeiträge	0	0	0	0	0	0	0
Rechtskosten, Gutachter, Jahresabschluss	12	91	38	15	15	15	15
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	93	91	92	87	91	91	91
Gesamt	**1.641**	**2.036**	**2.424**	**2.598**	**2.615**	**2.650**	**2.731**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die Konzernumlagen für Sach- und Personalaufwendungen (68% in 2024) und die Konzessionsabgabe (26% in 2024).

Finanzergebnis

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	197	320	421	406	419	428	402
Finanzergebnis	**-197**	**-320**	**-421**	**-406**	**-419**	**-428**	**-402**

Vermögensplan zum Wirtschaftsplan 2024

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

I. Deckungsmittel (Mittelherkunft)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	**1.219**	1.108
2.	Kapitalzuschüsse	**0**	0
3.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	**3.236**	3.018
	Deckungsmittel insgesamt:	**4.454**	4.126

II. Ausgaben (Mittelverwendung)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	**3.595**	2.196
2.	Auflösung Ertragszuschüsse	**5**	5
3.	Tilgung von Krediten	**854**	1.925
	Ausgaben insgesamt:	**4.454**	4.126

Erläuterungen zum Vermögensplan

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Rohrnetz und Hausanschlüsse	3.135	2.896	3.014	2.760	2.925
davon Rohrnetz	2.159	1.995	1.989	1.781	1.679
davon Hausanschlüsse	976	901	1.025	979	1.246
Messeinrichtungen	147	152	228	268	94
Betriebs- und Geschäftsentwicklung	106	106	106	26	26
Zwischensumme	**3.388**	**3.154**	**3.348**	**3.054**	**3.045**
Erschließung Projekt Eselswiese	207	999	1.322	138	1.091
Gesamt	**3.595**	**4.153**	**4.670**	**3.192**	**4.136**

Die Investitionsmaßnahmen betreffen im Wesentlichen die Modernisierung der Rohrnetze und Erneuerungen der Hausanschlüsse. Hinzukommen jährlich die turnusmäßigen Wechsel der Messeinrichtungen (Wasseruhren) sowie erforderliche Betriebs- und Geschäftsausstattung (insb. Werkzeuge, Schutzkleidung u.ä.).

Größtes und zugleich am längsten andauerndes Einzelporjekt ist die Erschließung des Neubaugebietes Eselswiese. Im Jahr 2024 werden hauptsächlich Planungs-/ Ingenieursleistungen entstehen. Erste Erschließungsmaßnahmen für die Hauptleitung sind im Jahr 2025 vorgesehen.

Finanzplan

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes

		Ansatz 2024 T€	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Ansatz 2027 T€	Ansatz 2028 T€
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	1.219	1.307	1.361	1.484	1.595
2.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	3.236	3.738	4.203	2.873	3.722
3.	**Deckungsmittel insgesamt**	**4.454**	**5.044**	**5.564**	**4.357**	**5.317**
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	3.595	4.153	4.670	3.192	4.136
2.	Auflösung Ertragzuschüsse	5	5	5	5	5
3.	Tilgung von Krediten der Stadtwerke Rüsselsheim	854	886	889	1.160	1.176
4.	**Ausgaben insgesamt**	**4.454**	**5.044**	**5.564**	**4.357**	**5.317**

Kennzahlen

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Umsatzerlöse	7.132	7.933	9.159	9.573	9.804	10.114	10.387
Jahresergebnis	757	692	779	779	779	779	779
EBITDA *	2.125	2.161	2.420	2.491	2.559	2.691	2.776
EBIT **	953	1.012	1.201	1.184	1.198	1.207	1.181

* Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibung

** Ergebnis vor Zinsen und Steuern

Energieservice Rhein-Main GmbH (ESRM)

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025 - 2028

Stand: 21.11.2023

Energieservice Rhein-Main GmbH

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025-2028

- Inhaltsverzeichnis -

» Geschäftsentwicklung 2

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - real case 3

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - worst case 4

» Umsatzerlöse 5

» Materialaufwand 5

» Sonstige betriebliche Aufwendungen 6

» Finanzergebnis 6

» Vermögensplan (Übersicht) 7

» Erläuterungen zum Vermögensplan 8

» Finanzplan 9

» Kennzahlen 9

Geschäftsentwicklung

Energieservice Rhein-Main GmbH

Istjahr, Hochrechnung, Wirtschafts- und Mittelfristplanung:

Ist 2022	1.183 T€
HR Q3 2023	76 T€
Plan 2024	**398 T€**
Plan 2025	361 T€
Plan 2026	710 T€
Plan 2027	686 T€
Plan 2028	563 T€

Die Energieservice Rhein-Main GmbH (ESRM) bietet Wärmelösungen für Einzelkunden (Energiecontracting) sowie zentrale Wärmeversorgung von Gebäuden (Fernwärme) an. Daneben führt sie Energieberatungen und Energieaudits für Privat- und Gewerbekunden durch, betreibt Objektbeleuchtungen und Straßenbeleuchtung. Ein wachsendes Geschäftsfeld ist die E-Mobilität, welche die Ertragslage der Gesellschaft ab 2026 deutlich steigern wird.

Die ESRM konnte in der Wärmesparte im Jahr 2022 aufgrund der durch die Energiekrise ausgelösten starken Anstiege bei den Energiepreisindizes einen hohen Umsatz generieren. Zeitversetzt wirkten sich die gestiegenen Preisindizes im Jahr 2023 bei den Bezugskosten aus und führten zu einer rückläufigen Ertragslage gegenüber 2022. Es wird davon ausgegangen, dass sich die Preisindizes langsam "normalisieren", wobei die ESRM weiterhin mit volatilen Preisen rechnet. Preissprünge wie im Jahr 2022 werden nicht erwartet. Die Deckungsbeiträge der Wärmeversorgung bewegen sich wieder auf dem Niveau vor der Energiekrise.

Die Ergebnisrückgänge ab den Jahren 2027 basieren auf einer konservativen Planung. In den Jahren 2027 und 2028 laufen erste Contractingverträge von Erdgasanlagen aus. Im Zuge der Dekarbonisierung rechnet die ESRM kundenseitig nicht mit einer Fortführung der Verträge. Die ESRM wird bis dahin Alternativlösungen anbieten. Da deren Planungsgrundlagen noch nicht valide sind, wurden keine Planwerte angesetzt.
Unabhängig der bestehenden Erdgaslösungen eigener Kunden rechnet die ESRM in den nächsten 3-5 Jahren mit einer zunehmenden Nachfrage nach individuellen und zentralen Wärmelösungen anderer Kunden. Dieser Nachfragezuwachs ist in der Planung ebenfalls noch nicht abgebildet.

Eine weiterer Fokus liegt in den nächsten Jahren auf der Erschließung der Wärmeversorgung des Neubaugebietes "Eselswiese". Erlöse werden frühestens ab dem Jahr 2028 erwartet.

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Energieservice Rhein-Main GmbH

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - real case

	Ist	Q3/HR	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
1. Umsatzerlöse	4.623	4.819	5.066	5.333	5.839	6.033	6.124
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	12	26	22	23	23	23	23
Gesamtleistung	**4.635**	**4.846**	**5.088**	**5.356**	**5.862**	**6.056**	**6.147**
5. Materialaufwand	1.493	2.825	2.568	2.654	2.732	2.758	2.794
6. Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen	205	269	231	285	333	498	612
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.730	1.637	1.839	2.006	2.035	2.061	2.128
Gesamtkosten	**3.428**	**4.731**	**4.638**	**4.945**	**5.100**	**5.317**	**5.534**
9. Finanzergebnis	-24	-38	-52	-50	-52	-53	-50
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.183**	**76**	**398**	**361**	**709**	**685**	**563**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	**1.183**	**76**	**398**	**361**	**709**	**685**	**563**

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Energieservice Rhein-Main GmbH

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) - worst case

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	4.623	4.819	4.928	5.193	5.694	5.888	5.986
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	12	26	22	23	23	23	23
Gesamtleistung	**4.635**	**4.846**	**4.950**	**5.216**	**5.717**	**5.911**	**6.009**
5. Materialaufwand	1.493	2.825	2.502	2.588	2.666	2.692	2.728
6. Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen	205	269	231	285	333	498	612
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.730	1.637	1.839	2.006	2.035	2.061	2.128
Gesamtkosten	**3.428**	**4.731**	**4.572**	**4.879**	**5.034**	**5.251**	**5.468**
9. Finanzergebnis	-24	-38	-52	-50	-52	-53	-50
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**1.183**	**76**	**326**	**287**	**631**	**607**	**491**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	**1.183**	**76**	**326**	**287**	**631**	**607**	**491**

Für die Planjahre ab 2024 wurde erstmals eine "worst case" Betrachtung durchgeführt. Die oben stehende Erfolgsrechnung berücksichtigt dabei Mengenrückgänge aufgrund milder Witterungsverläufe als auch Kundenrückgänge, z.B. durch nicht verlängerte Anschlussverträge oder sich nicht erfüllende Kundenzuwächse. Es wurde mit einem durchschnittlichen Absatzrückgang von 5% pro Jahr gerechnet. Dies führt zu Ergebnisrückgängen von durchschnittlich 75 T€ bzw. 15% pro Jahr.

Alle nachfolgenden Betrachtungen und Erläuterungen der einzelnen GuV-Positionen beziehen sich auf den real case.

Umsatzerlöse

Energieservice Rhein-Main GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Energiedienstleistungen	2.036	3.150	3.139	3.259	3.487	3.534	3.397
Straßenbeleuchtung	1.177	1.436	1.472	1.522	1.622	1.708	1.800
Übrige Umsatzerlöse	1.415	233	455	552	730	791	927
Gesamt	**4.627**	**4.819**	**5.066**	**5.333**	**5.839**	**6.033**	**6.124**

Die in den Umsatzerlösen enthaltenen Umsätze für die E-Mobiliät betragen im Jahr 2023 noch rund 6% der Gesamterlöse und steigen bis zum Jahr 2028 auf bis zu 17% (rund 1,1 Mio. €) an.

Materialaufwand

Energieservice Rhein-Main GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogen	1.186	2.452	2.213	2.294	2.380	2.390	2.411
davon:							
für Straßenbeleuchtung	375	795	772	883	1.052	1.145	1.233
für Energiedienstleistungen	810	1.656	1.440	1.411	1.327	1.245	1.179
Aufwendungen für bezogene Leistungen	307	373	355	360	352	368	382
Gesamtleistung	**1.493**	**2.825**	**2.568**	**2.654**	**2.732**	**2.758**	**2.794**

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Energieservice Rhein-Main GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Personalnebenkosten*	2	5	8	9	9	9	10
Personalweiterverrechnung (incl. Konzernumlage)	906	1.042	1.162	1.258	1.294	1.304	1.270
Gebühren, Mitglieds- und Verbandsbeiträge	1	0	1	1	1	1	1
Mieten, Pachten, Leasing	11	10	0	0	0	0	0
Rechtskosten, Gutachter, Jahresabschluss**	28	32	9	9	11	9	9
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	253	283	191	194	204	205	209
Gesamt	**1.201**	**1.372**	**1.371**	**1.470**	**1.519**	**1.528**	**1.499**

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen im Wesentlichen die Konzernumlagen für Sach- und Personalaufwendungen (85% in 2024).

* Personalnebenkosten: Fortbildungs- und Seminaraufwendungen, Reisekosten, Dienst- und Schutzkleidung

**Rechtskosten, Gutachter, Jahresabschluss: Rechts- und Beratungskosten, technische und wirtschaftliche Gutachten

Finanzergebnis

Energieservice Rhein-Main GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24	38	52	50	52	53	50
Finanzergebnis	**-24**	**-38**	**-52**	**-50**	**-52**	**-53**	**-50**

Vermögensplan zum Wirtschaftsplan 2024

Energieservice Rhein-Main GmbH

I. Deckungsmittel (Mittelherkunft)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	**231**	250
2.	Kapitalzuschüsse	**0**	0
3.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	**606**	564
	Deckungsmittel insgesamt:	**837**	813

II. Ausgaben (Mittelverwendung)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	**673**	573
2.	Investitionen in das Finanzanlagevermögen	**0**	0
3.	Auflösung Ertragszuschüsse	**0**	0
4.	Tilgung von Krediten	**164**	240
	Ausgaben insgesamt:	**837**	813

Erläuterungen zum Vermögensplan

Energieservice Rhein-Main GmbH

	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Neubau und Sanierung Heizungsanlagen	220	390	210	210	210
Allgemeine Modernisierungsmaßnahmen	10	10	10	10	10
Neuerschließung von Geschäftsfeldern (Kälte etc)	8	8	8	8	8
Unvorhergesehenes	5	5	5	5	5
Kleinanlagencontracting (KLAC)	50	0	0	0	0
Energiecontrolling	10	10	10	10	10
Werkzeug und Messgeräte	3	3	3	3	3
Erweiterung Fernwirkstationen EDL	8	8	8	8	8
Umbau Fernwirkstationen EDL VPN	7	7	7	7	7
Heizzentrale Stadtwerke	0	0	210	0	0
Bahnhof	0	60	0	0	0
A.v.H. (Alex-von-Humboldt-Schule)	15	0	0	0	0
PV-Contracting	40	0	0	0	0
Hausanschlüsse Fernwärmenetz	0	0	0	0	50
Erschließung Eselswiese Hauptleitung Fernwärme	299	1.374	2.582	3.611	2.824
Gesamt	**673**	**1.873**	**3.051**	**3.870**	**3.133**

Das größte Investitionsvorhaben ist ab dem Jahr 2024 die sukzessive Erschließung der Fernwärmehauptleitungen für das Neubaugebiet Eselswiese. Mit ersten Hausanschlüssen wird im Jahr 2028 gerechnet.

Die weiteren Investitionen der ESRM betreffen hauptsächlich den Neubau sowie Modernisierungen von Wärmelösungen und Heizungsanlagen. Außerdem werden für das Jahr 2025 Investitionen für die Wärmeversorgung des Quartiers am Ostpark und im Jahr 2026 für die Erneuerung der Heizungsanlage der Stadtwerke (Betriebsgebäude) geplant.

Finanzplan

Energieservice Rhein-Main GmbH

Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes

		Ansatz 2024 T€	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Ansatz 2027 T€	Ansatz 2028 T€
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	231	285	333	498	612
2.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	606	1.686	2.746	3.483	2.820
	Deckungsmittel insgesamt	**837**	**1.971**	**3.079**	**3.981**	**3.432**
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
1.	Investitionen in das Sachanlagevermögen	673	1.873	3.051	3.870	3.133
2.	Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0
3.	Tilgung von Krediten der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	164	98	28	111	299
	Ausgaben insgesamt	**837**	**1.971**	**3.079**	**3.981**	**3.432**

Kennzahlen

Energieservice Rhein-Main GmbH

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Umsatzerlöse	4.627	4.819	5.066	5.333	5.839	6.033	6.124
Jahresergebnis	1.183	76	398	361	709	685	563
EBITDA *	1.412	384	681	696	1.094	1.237	1.224
EBIT **	1.207	115	450	411	761	738	613

*Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

** Ergebnis vor Zinsen und Steuern

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH (KSR)

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025 - 2028

Stand: 21.11.2023

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025-2028

- Inhaltsverzeichnis -

» Geschäftsentwicklung 2

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) 3

» Umsatzerlöse 4

» Materialaufwand 4

» Personalaufwand 5

» Stellenplan 5

» Sonstige betriebliche Aufwendungen 6

» Kennzahlen 6

Geschäftsentwicklung

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

Istjahr, Hochrechnung, Wirtschafts- und Mittelfristplanung:

Ist 2022	24 T€
HR Q3 2023	25 T€
Plan 2024	**24 T€**
Plan 2025	25 T€
Plan 2026	26 T€
Plan 2027	27 T€
Plan 2028	28 T€

Die Kommunalservice Rüsselsheim GmbH (KSR) ist insbesondere für die Durchführung des Fahrbetriebes im Linienbusverkehr (Erbringung von Beförderungsleistungen) zuständig.

Der Ertrag der Gesellschaft ergibt sich hauptsächlich aus der Personalgestellung für den ÖPNV. Die Entwicklung des Personalaufwands hat somit einen maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung der Umsatzerlöse. Die Personalaufwendungen steigen zum einen tarifbedingt und zum anderen aufgrund des Anstiegs der beschäftigten Personen. Neueinstellungen von Fahrpersonal erfolgen in der KSR und nicht mehr in der SWR. Dadurch erhöht sich die Stellenanzahl des Verkehrsbetriebes in der KSR und sinkt entsprechend in der SWR.

Im Jahr 2026 und 2028 sind Investitionen für die Neuanschaffung von jeweils einem Batteriebus (E-Bus) vorgesehen.

Bisher wurden Busse über Leasing finanziert und erschienen nicht im Investitions- und auch nicht in Form von Darlehen im Finanzplan. Da die KSR für die E-Busse Fördermittel beantragt wird und die derzeitigen Förderrichtlinien Leasingfinanzierung ausschließen, werden die neuen Busse in den Investitions- und Finanzplan aufgenommen.

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung)

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	2.660	3.005	3.061	3.158	3.326	3.653	3.938
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	19	0	0	0	5	0	10
Gesamtleistung	**2.679**	**3.005**	**3.061**	**3.158**	**3.331**	**3.653**	**3.948**
5. Materialaufwand	114	76	76	76	61	61	41
6. Personalaufwand	2.476	2.776	2.906	3.002	3.161	3.438	3.690
7. Abschreibungen	31	28	24	24	51	95	158
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	35	99	31	32	32	32	33
Gesamtkosten	**2.655**	**2.979**	**3.037**	**3.133**	**3.305**	**3.626**	**3.921**
9. Finanzergebnis	0	-1	0	0	0	0	0
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**24**	**25**	**24**	**25**	**26**	**27**	**28**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	**24**	**25**	**24**	**25**	**26**	**27**	**28**

Umsatzerlöse

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

Die Umsatzerlöse setzten sich wie folgt zusammen:

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Verwaltung	258	269	259	266	258	265	253
Werkstatt	86	112	107	111	115	119	186
Fahrbetrieb	2.320	2.623	2.694	2.781	2.953	3.268	3.500
Gesamt	**2.665**	**3.005**	**3.061**	**3.158**	**3.326**	**3.653**	**3.938**

Der Umsatzerlös wird hauptsächlich bzw. zu rund 90% durch die Abrechnung der Personalgestellung von der KSR GmbH an die SWR GmbH generiert (2024: 2.694 T€).

Materialaufwand

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	64	51	46	46	31	31	11
Aufwendungen für bezogene Leistungen	51	25	30	30	30	30	30
Gesamt	**114**	**76**	**76**	**76**	**61**	**61**	**41**

Die Betriebskosten betreffen im Wesentlichen das Sachanlagevermögen (Busse).

Personalaufwand

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Löhne und Gehälter	1.982	2.243	2.346	2.424	2.555	2.780	2.984
Soziale Abgaben und Altersvorsorgung	494	533	560	578	606	657	706
Gesamt	**2.476**	**2.776**	**2.906**	**3.002**	**3.161**	**3.438**	**3.690**

Im Personalaufwand wird für das neue Wirtschaftsjahr eine Tarifstigerung von 5% erwartet. Für die Folgejahre (ab 2025) wird eine jährliche Tarifsteigerung von 3,5% unterstellt.

Personal

stichtagsbezogen, jeweils zum 31.12.

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Vollzeitkräfte	47,3	48,75	48,75	49,75	51,50	52,75	56,25
Kopfzahl *)	54	54	54	55	56	58	63

*) Kopfzahl: Bei dieser Kennzahl werden Teilzeitkräfte und geringfügig Beschäftigte als 1 Person ("1 Kopf") gezählt.

Stellenplan

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

Bereich	Organisationseinheit		besetzte Stellen 31.12.2023	geplante Zu-/ Abgänge 2024	Gesamt 2024	davon neue Stellen 2024
Geschäftsführung	G	Kommunikation & Marketing	1	0	1	0
Verkehrsbetrieb	111	Fahrbetrieb	44,5	0	44,5	0
	112	Kfz-Werkstatt	2,25	0	2,25	0
Digitaler Service	511	Interner Service	1	0	1	0
Gesamt			**48,75**	0	**48,75**	0

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Personalnebenkosten	3	2	3	3	3	3	3
Personalweiterverrechnung (incl. Konzernumlage)	21	83	15	16	16	16	17
Gebühren, Mitglieds- und Verbandsbeiträge	4	6	4	4	4	4	4
Rechtskosten, Gutachter	0	1	1	1	1	1	1
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	6	6	8	8	8	8	8
Gesamt	**34**	**99**	**31**	**32**	**32**	**32**	**33**

Die größte Position der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Konzernumlagen in Form von Sach- und Personalkosten von der SWR GmbH (Holding). Die Aufwendungen in 2023 fallen aufgrund der Elektrifizierungsplanung höher aus.

Kennzahlen

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Umsatzerlöse	2.665	3.005	3.061	3.158	3.326	3.653	3.938
Jahresergebnis	24	25	24	25	26	27	28
EBITDA *	55	53	48	49	77	122	185
EBIT **	24	26	24	25	26	27	28

* Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

** Ergebnis vor Zinsen und Steuern

Glasfaser SWR GmbH
(GFS)

Wirtschaftsplan
2024

Mittelfristplanung
2025 - 2028

Stand: 21.11.2023

Glasfaser SWR GmbH

Wirtschaftsplan 2024 und Mittelfristplanung 2025-2028

- Inhaltsverzeichnis -

» Geschäftsentwicklung 2

» Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung) 3

» Umsatzerlöse 4

» Materialaufwand 4

» Sonstige betriebliche Aufwendungen 5

» Finanzergebnis 5

» Vermögensplan (Übersicht) 6

» Erläuterung zum Vermögensplan 7

» Finanzplan 8

» Kennzahlen 8

Geschäftsentwicklung

Glasfaser SWR GmbH

Istjahr, Hochrechnung, Wirtschafts- und Mittelfristplanung:

Ist 2022	-482 T€
HR Q3 2023	-544 T€
Plan 2024	**-1.096 T€**
Plan 2025	-1.239 T€
Plan 2026	-1.265 T€
Plan 2027	-1.285 T€
Plan 2028	-1.352 T€

Die Glasfaser SWR GmbH (GFS) ist im Geschäftsfeld Telekommunikation und dazugehöriger Dienstleistungen tätig. Ein wichtiger Geschäftszweig ist die TV-Versorgung speziell in Objekten der lokalen Wohnungswirtschaft.

Der GFS wird durch Änderungen im Telekommunikationsgesetz hinsichtlich TV-Sammelinkasso ab Mitte des kommenden Wirtschaftsjahrs ein ertragreicher Kundenzweig wegbrechen und über einige Jahre zu geringeren Deckungsbeiträgen führen. Die GFS arbeitet mit Hochdruck an Lösungen, um einen Großteil der Kunden halten bzw. anderweitig versorgen zu können. Die Wertschöpfungskette der TV-Versorgung wird einem noch andauernden Anpassungsvorgang unterzogen.

Die GFS versucht einen Kooperationspartner für den weiteren Glasfaserausbau und seine Finanzierung zu finden. Die Verhandlungen mit einem Partner sind gescheitert. Es laufen weitere Verhandlungen mit anderen Partnern, weshalb sich die Ausarbeitung einer Lösung auf das kommende Wirtschaftsjahr verschieben wird. In der vorliegenden Planung wurde deshalb der Status Quo unterstellt.

Die Planung der GFS basiert in den nächsten Jahren unverändert auf einem selektiven Ausbau. Bereits erschlossene Gebiete werden weiter verdichtet, um weitere Kunden aufzunehmen.

Wirtschaftsplan 2024

Mittelfristplanung 2025-2028

Glasfaser SWR GmbH

Erfolgsplan (Gewinn- und Verlustrechnung)

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
1. Umsatzerlöse	2.013	2.255	1.790	1.531	1.567	1.603	1.625
2. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0	0	0
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0
4. Sonstige betriebliche Erträge	4	0	0	0	0	0	0
Gesamtleistung	**2.017**	**2.255**	**1.790**	**1.531**	**1.567**	**1.603**	**1.625**
5. Materialaufwand	444	526	505	514	540	560	576
6. Personalaufwand	0	0	0	0	0	0	0
7. Abschreibungen	539	501	435	440	429	425	450
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.457	1.710	1.897	1.768	1.821	1.864	1.917
Gesamtkosten	**2.440**	**2.737**	**2.836**	**2.723**	**2.790**	**2.849**	**2.943**
9. Finanzergebnis	-58	-62	-50	-46	-42	-38	-34
Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigke	**-482**	**-544**	**-1.096**	**-1.239**	**-1.265**	**-1.285**	**-1.352**
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0	0	0
11. Sonstige Steuern	0	0	0	0	0	0	0
Jahresüberschuss	**-482**	**-544**	**-1.096**	**-1.239**	**-1.265**	**-1.285**	**-1.352**

Umsatzerlöse

Glasfaser SWR GmbH

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Privatkunden	1.771	1.917	1.522	1.301	1.332	1.363	1.381
Geschäfts- u. Firmenkunden	242	338	269	230	235	240	244
Gesamt	**2.013**	**2.255**	**1.791**	**1.531**	**1.567**	**1.603**	**1.625**

Die Umsatzerlöse zeigen aufgrund der gesetzlichen Änderung im TV-Sammelinkasso ab 2024 einen starken Umsatzrückgang, der sich im Jahr 2025 vollständig auswirken wird. Gegenüber 2023 gehen die Umsatzerlöse bis zum Jahr 2025 um über 700 T€ zurück. Diese Umsatzentwicklung ist ausschlaggebend für den hohen Eregbnisrückgang der GFS.

Materialaufwand

Glasfaser SWR GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	36	39	42	42	43	43	44
Aufwendungen für bezogene Leistungen	408	488	463	472	497	517	532
Gesamtleistung	**444**	**526**	**505**	**514**	**540**	**560**	**576**

Die Fremdleistungen enthalten hauptsächlich den Einkauf von Vorleistungen "White Label Produkte" für TV, Internet und Telefonie.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Glasfaser SWR GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Personalnebenkosten	10	12	21	29	29	29	29
Personalweiterverrechnung (incl. Konzernumlage)	976	1.057	1.349	1.301	1.327	1.376	1.423
Gebühren, Mitglieds- und Verbandsbeiträge	13	7	7	8	8	8	8
Mieten, Pachten, Leasing	317	341	248	145	150	155	160
Marketing, Public Relation	9	40	2	0	0	0	0
Rechtskosten, Gutachter	38	120	36	36	41	27	19
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	95	133	234	249	266	270	278
Gesamt	**1.457**	**1.710**	**1.897**	**1.768**	**1.821**	**1.864**	**1.917**

Die größte Position der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind Konzernumlagen in Form von Sach- und insbesondere Personalkosten. Des Weiteren entstehen Aufwendungen für Mieten und Pachten (v.a. für die Leerrohre von der EVR) sowie Rechts- und Beratungskosten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Wesentlichen Wartungs-/Instandhaltungs- sowie IT-Kosten enthalten.

Finanzergebnis

Glasfaser SWR GmbH

	IST 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0	0	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	58	62	50	46	42	38	34
Finanzergebnis	**-58**	**-62**	**-50**	**-46**	**-42**	**-38**	**-34**

Vermögensplan zum Wirtschaftsplan 2024

Glasfaser SWR GmbH

I. Deckungsmittel (Mittelherkunft)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	**435**	473
2.	Kapitalzuschüsse	**0**	0
3.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	**446**	593
	Deckungsmittel insgesamt:	**881**	1.066

II. Ausgaben (Mittelverwendung)

		Plan 2024 T€	Plan 2023 T€
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	**496**	450
2.	Auflösung Ertragszuschüsse	**0**	0
3.	Tilgung von Krediten	**385**	616
	Ausgaben insgesamt:	**881**	1.066

Erläuterungen zum Vermögensplan

Glasfaser SWR GmbH

	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Passivnetz	60	155	65	65	65
Aktivnetz	230	170	170	170	120
Backbone	0	0	0	0	0
Neubau Stationen	70	50	30	30	30
Aufbau TV-Verteil Netz	10	10	10	10	10
Endkunden Hardware	46	46	22	22	22
Investitionen Allgemein	15	10	5	5	5
Informationstechnologie	65	100	100	100	100
Gesamt	**496**	**541**	**402**	**402**	**352**

Die Investitionen enthalten im Wesentlichen Erneuerungsaufwendungen für die Netze und Anlagen. Ersatzinvestitionen in die Aktivtechnik (insb. Access Komponenten DSLAM / ONT) sollen verteilt über den Zeitraum von 2024-2027 durchgeführt werden.

Der Ausbau des Glasfasernetzes erfolgt selektiv. Es werden nur wirtschaftlich lohnende Objekte erschlossen. Jede Maßnahme, die durchgeführt wird, muss mindestens einen positiven Deckungsbeitrag II aufweisen.

Finanzplan

Glasfaser SWR GmbH

Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes

		Ansatz 2024 T€	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Ansatz 2027 T€	Ansatz 2028 T€
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1.	Abschreibungen und Anlagenabgänge	435	440	429	425	450
3.	Kredite von der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	446	487	362	362	317
4.	**Deckungsmittel insgesamt**	**881**	**927**	**791**	**787**	**767**
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
1.	Investitionen in das Sachanlagenvermögen	496	541	402	402	352
3.	Tilgung von Krediten der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH	385	386	389	385	415
4.	**Ausgaben insgesamt**	**881**	**927**	**791**	**787**	**767**

Kennzahlen

Glasfaser SWR GmbH

	Ist 2022 T€	Q3/HR 2023 T€	Plan 2024 T€	Plan 2025 T€	Plan 2026 T€	Plan 2027 T€	Plan 2028 T€
Umsatzerlöse	2.013	2.255	1.790	1.531	1.567	1.603	1.625
Jahresergebnis	-481	-544	-1.096	-1.239	-1.265	-1.285	-1.352
EBITDA *	116	19	-611	-752	-794	-821	-868
EBIT **	-423	-482	-1.046	-1.192	-1.223	-1.246	-1.318

*Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

** Ergebnis vor Zinsen und Steuern

B. JAHRESABSCHLÜSSE 2 0 2 2

der Stadtwerke Rüsselsheim GmbH

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH
(Konzernbilanz)

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Stadtwerke Rüsselsheim GmbH

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Energieversorgung Rüsselsheim GmbH

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Energieservice Rhein-Main GmbH

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Glasfaser SWR GmbH

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Kommunalservice Rüsselsheim GmbH

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2022
Stadtwerke Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

AKTIVSEITE	Euro	Vorjahr Euro
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.555.890,75	604.813,00
	1.555.890,75	604.813,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	14.344.080,32	14.639.129,32
2. Verteilungs- und Sammlungsanlagen	63.649.122,82	57.845.009,47
3. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	82.382,00	4.975,00
4. Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu Nr. 2 und 3 gehören	9.043.278,53	9.528.003,82
5. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	318.410,00	455.854,00
6. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.202.040,79	4.132.224,42
7. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.776.825,16	5.098.211,98
	94.416.139,62	91.703.408,01
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	451.300,00	451.300,00
2. sonstige Ausleihungen	37.500,00	37.500,00
	488.800,00	488.800,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	196.428,38	214.529,74
	196.428,38	214.529,74
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	18.874.832,59	16.165.181,11
2. Forderungen gegen RMV	108.202,71	71.046,54
3. Forderungen gegen Gesellschafter	1.309.908,14	893.358,26
4. sonstige Vermögensgegenstände	2.312.874,91	2.304.710,31
	22.605.818,35	19.434.296,22
Kassenbestand, Bundesbankguthaben, III. Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	5.311.945,47	5.722.192,59
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	226.598,06	259.411,23
	124.801.620,63	118.427.450,79

PASSIVSEITE	Euro	Vorjahr Euro
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Genussrechte mit EK-Charakter	4.861.000,00	4.861.000,00
III. Kapitalrücklage	19.163.451,08	19.163.451,08
IV. Andere Gewinnrücklagen	20.468.408,46	18.723.899,64
V. Konzernjahresüberschuss	3.168.456,45	1.744.508,82
	48.161.315,99	44.992.859,54
B. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	0,00	98.226,00
2. sonstige Rückstellungen	2.896.602,29	3.259.877,73
	2.896.602,29	3.358.103,73
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60.701.725,33	53.882.653,51
2. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	164.325,80	244.824,07
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	8.587.408,67	9.146.154,49
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	262.599,87	3.287.287,78
5. Sonstige Verbindlichkeiten	3.218.412,99	2.984.314,88
	72.934.472,66	69.545.234,73
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	809.229,69	531.252,79
	124.801.620,63	118.427.450,79

549

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revisions Treuhand GmbH
signiert am :
Freitag, 14. Juli 2023

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 Stadtwerke Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

		31.12.2022 EUR		31.12.2021 EUR
1.	Umsatzerlöse	78.329.303,97		72.730.461,19
2.	abzüglich Energie-und Stromsteuer	-2.775.851,96		-3.448.363,58
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	289.713,29		341.108,23
4.	Sonstige betriebliche Erträge	311.766,08	76.154.931,38	837.876,78
5.	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-,Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	38.498.529,04		33.691.745,98
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.420.713,86	40.919.242,90	4.456.578,16
6.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	12.008.579,47		11.141.970,65
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.733.424,95	14.742.004,42	2.686.323,06
7.	Abschreibungen		5.996.142,76	5.697.369,31
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		10.157.304,98	9.755.907,71
9.	Erträge aus Beteiligungen		47.831,64	36.747,18
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.104,75		5.124,38
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.248.278,65	1.244.173,90	1.133.292,50
12.	Steuern vom Einkommen und Ertrag		-105.535,84	120.611,63
13.	Ergebnis nach Steuern		3.249.429,90	1.819.155,18
14.	Sonstige Steuern		80.973,45	74.646,36
15.	Konzernjahresüberschuss		3.168.456,45	1.744.508,82

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Freitag, 14. Juli 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2022
Stadtwerke Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

Aktiva

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	426.973,00	138.098,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.532.315,23	10.676.208,23
2. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	82.382,00	4.975,00
3. Fahrzeuge für Personen- und Güterverkehr	239.510,00	346.110,00
4. Technische Anlagen und Maschinen	42.879,00	48.450,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.730.172,79	3.380.442,42
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	68.781,34	518.842,62
	14.696.040,36	14.975.028,27
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	37.382.599,41	37.382.599,41
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	8.313.045,48	8.723.061,49
3. Beteiligungen	451.300,00	451.300,00
4. Sonstige Ausleihungen	37.500,00	37.500,00
	46.184.444,89	46.594.460,90
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	189.936,40	169.328,74
II. Forderungen und sonstige Vermögegensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	185.283,88	88.085,85
2. Forderungen an die Stadt Rüsselsheim	1.096.649,78	398.407,18
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	43.415.079,69	33.756.181,12
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	108.202,71	71.046,54
5. Sonstige Vermögensgegenstände	120.779,77	187.168,47
	44.925.995,83	34.500.889,16
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	4.603.757,57	4.933.910,06
C. Rechnungsabgrenzungsposten	131.839,02	110.140,43
	111.158.987,07	101.421.855,56

Passiva

	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Genussrechtskapital mit EK-Charakter	4.861.000,00	4.861.000,00
III. Kapitalrücklage	19.183.930,48	19.183.930,48
IV. Gewinnrücklagen	19.958.500,82	18.213.992,00
V. Jahresüberschuss	3.168.456,45	1.744.508,82
	47.671.887,75	44.503.431,30
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	0,00	98.226,00
2. Sonstige Rückstellungen	574.521,55	747.689,33
	574.521,55	845.915,33
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	60.701.725,33	53.882.653,51
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	542.220,06	473.008,63
4. Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten gegenüber RMV	0,00	0,00
6. Verbindlichkeiten gegen Stadt Rüsselsheim	260.315,45	162.012,94
7. Sonstige Verbindlichkeiten	858.738,05	1.057.412,92
	62.362.998,89	55.575.088,00
D. Rechungsabgrenzungsposten	549.578,88	497.420,93
	111.158.987,07	101.421.855,56

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 Stadtwerke Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	14.992.377,44	12.669.290,10
2. andere aktivierte Eigenleistungen	35.379,82	32.575,94
3. sonstige betriebliche Erträge	175.821,57	222.632,06
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.000.708,83	1.197.386,33
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.970.731,96	3.534.563,71
	5.971.440,79	4.731.950,04
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.775.045,88	2.644.978,78
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	745.473,00	735.185,98
	3.520.518,88	3.380.164,76
6. Abschreibungen	1.054.255,02	940.185,74
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	4.237.479,64	3.980.893,05
8. Erträge aus Beteiligungen	47.831,64	36.747,18
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	3.581.723,66	3.414.109,56
10. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	235.721,00	255.103,70
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	591.542,46	505.669,61
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.251.127,28	1.130.301,44
13. Aufwendungen aus Verlustübernahmen	481.788,28	1.033.204,67
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-105.535,84	120.611,63
15. Ergebnis nach Steuern	**3.249.323,54**	**1.818.816,82**
16. sonstige Steuern	80.867,09	74.308,00
17. Jahresüberschuss	**3.168.456,45**	**1.744.508,82**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2022
Energieversorgung Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	994.212,00	387.833,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	673.810,09	703.066,09
2. Verteilungsanlagen	44.172.716,38	40.955.868,11
3. Andere Betriebs- und Geschäftsausstattung	317.302,00	336.421,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.296.374,24	3.639.338,20
	47.460.202,71	45.634.693,40
Summe Anlagevermögen	48.454.414,71	46.022.526,40
B. Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16.269.269,45	13.902.020,65
2. Forderungen gegen Stadt Rüsselsheim	213.258,36	38.951,08
3. Sonstige Vermögensgegenstände	2.054.820,68	2.123.487,54
	18.537.348,49	16.064.459,27
Summe Umlaufvermögen	18.537.348,49	16.064.459,27
C. Rechnungsabgrenzungsposten	70.623,71	128.089,13
	67.062.386,91	**62.215.074,80**

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	9.440.846,20	9.440.846,20
III. Gewinnvortrag	14.499.883,00	14.499.883,00
IV. Jahresüberschuss	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	23.965.729,20	23.965.729,20
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	1.946.580,23	2.050.688,56
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	104.416,28	166.655,40
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.566.660,13	7.226.644,78
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	32.444.258,98	24.765.578,08
4. Verbindlichkeiten gegen Stadt Rüsselsheim	1.444,65	2.537.666,57
5. sonstige Verbindlichkeiten	2.009.887,65	1.474.861,54
	41.126.667,69	36.171.406,37
D. Rechnungsabgrenzungsposten	23.409,79	27.250,67
	67.062.386,91	**62.215.074,80**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 Energieversorgung Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	56.749.249,28	50.860.954,42
2. andere aktivierte Eigenleistungen	254.333,47	308.532,29
3. Sonstige betriebliche Erträge	89.740,94	483.789,47
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	33.987.298,47	29.149.710,06
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.001.787,29	1.286.989,49
	34.989.085,76	30.436.699,55
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.214.624,60	6.723.509,11
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.531.333,72	1.510.487,95
	8.745.958,32	8.233.997,06
6. Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.995.494,48	2.758.463,85
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.203.050,05	7.641.660,16
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.055,55	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	545.355,75	505.591,34
10. Ergebnis nach Steuern	**1.618.434,88**	**2.076.864,22**
11. sonstige Steuern	106,36	338,36
12. aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.618.328,52	2.076.525,86
13. Jahresüberschuss	**0,00**	**0,00**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2022
Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
Sachanlagen		
1. Verteilungsanlagen	25.953.833,26	23.944.065,18
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	135.460,00	29.936,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	11.376,87	845.038,10
	26.100.670,13	24.819.039,28
Summe Anlagevermögen	26.100.670,13	24.819.039,28
B. Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.485.569,51	1.223.275,75
2. Forderungen gegen die Stadt Rüsselsheim	0,00	456.000,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	110.558,42	3.481,15
	1.596.127,93	1.682.756,90
Summe Umlaufvermögen	1.596.127,93	1.682.756,90
	27.696.798,06	**26.501.796,18**

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	13.285.098,68	13.285.098,68
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	249.663,95	249.663,95
IV. Jahresüberschuss	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	13.559.762,63	13.559.762,63
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	9.000,00	121.343,84
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	59.909,52	78.168,67
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.147.980,90	1.065.295,75
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	12.659.048,17	10.766.912,61
4. Verbindlichkeiten gegen die Stadt Rüsselsheim	839,77	585.658,00
5. sonstige Verbindlichkeiten	254.616,05	318.073,49
	14.122.394,41	12.814.108,52
D. Rechnungsabgrenzungsposten	5.641,02	6.581,19
	27.696.798,06	**26.501.796,18**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 Wasserversorgung Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	7.125.266,57	7.161.670,99
2. sonstige betriebliche Erträge	11.002,67	27.914,39
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.564.596,04	2.505.436,95
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	805.015,37	1.124.522,30
	3.369.611,41	3.629.959,25
4. Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.171.596,64	1.134.790,06
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.641.717,97	1.644.515,46
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	49,20	15,47
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	196.701,32	167.684,61
8. Ergebnis nach Steuern	**756.691,10**	**612.651,47**
9. aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	756.691,10	612.651,47
10. Jahresüberschuss	**0,00**	**0,00**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2022
Energieservice Rhein-Main GmbH, Rüsselsheim

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.521,00	2.530,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.950.228,00	3.054.692,00
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.821,00	2.782,00
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	281.559,68	0,00
	3.233.608,68	3.057.474,00
Summe Anlagevermögen	3.235.129,68	3.060.004,00
B. Umlaufvermögen		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	506.343,91	617.191,68
2. Sonstige Vermögensgegenstände	12.418,80	0,00
	518.762,71	617.191,68
Summe Umlaufvermögen	518.762,71	617.191,68
C. Rechnungsabgrenzungsposten	23.787,00	21.181,67
	3.777.679,39	**3.698.377,35**

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Jahresüberschuss	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	25.000,00	25.000,00
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	165.970,00	168.693,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	177.634,34	214.925,76
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.114.012,91	3.155.057,82
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	1.950,27
4. sonstige Verbindlichkeiten	64.462,14	132.750,50
	3.356.109,39	3.504.684,35
D. Rechnungsabgrenzungsposten	230.600,00	0,00
	3.777.679,39	**3.698.377,35**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 Energieservice Rhein-Main GmbH, Rüsselsheim

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	4.622.755,31	4.969.600,91
2. sonstige betriebliche Erträge	12.357,04	77.152,58
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.185.676,60	1.264.324,72
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	307.314,98	1.616.860,72
	1.492.991,58	2.881.185,44
4. Abschreibungen		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	205.142,75	237.423,37
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.730.064,70	1.202.189,66
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	24.380,76	23.802,51
7. Ergebnis nach Steuern	**1.182.532,56**	**702.152,51**
8. aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	1.182.532,56	702.152,51
9. Jahresüberschuss	**0,00**	**0,00**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2022
Kommunalservice Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Technische Anlagen und Maschinen	78.900,00	109.744,00
Summe Anlagevermögen	78.900,00	109.744,00
B. Umlaufvermögen		
I. Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	296.098,83	263.187,12
Summe Umlaufvermögen	296.098,83	263.187,12
	374.998,83	**372.931,12**

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen		
1. Andere Gewinnrücklagen	46.535,82	46.535,82
III. Jahresüberschuss	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	71.535,82	71.535,82
B. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	173.325,00	162.963,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.852,67	5.111,52
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	117.968,63	122.675,50
3. sonstige Verbindlichkeiten	10.316,71	10.645,28
	130.138,01	138.432,30
	374.998,83	**372.931,12**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 Kommunalservice Rüsselsheim GmbH, Rüsselsheim

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	2.660.421,50	2.358.170,82
2. sonstige betriebliche Erträge	19.072,86	9.063,60
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	63.781,76	23.056,57
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	50.574,81	46.961,73
	114.356,57	70.018,30
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.018.908,99	1.811.235,28
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	456.618,23	402.896,61
	2.475.527,22	2.214.131,89
5. Abschreibungen	30.844,00	26.909,47
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	34.454,09	33.255,04
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	141,00	140,00
8. Ergebnis nach Steuern	**24.171,48**	**22.779,72**
9. aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	24.171,48	22.779,72
10. Jahresüberschuss	**0,00**	**0,00**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2022
Glasfaser SWR GmbH, Rüsselsheim

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	133.184,75	76.292,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	187.727,00	205.163,00
2. technische Anlagen und Maschinen	2.522.972,71	2.780.503,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	17.285,00	26.830,00
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	118.733,03	94.993,06
	2.846.717,74	3.107.489,06
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.491,98	45.201,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	428.365,84	334.607,18
2. sonstige Vermögensgegenstände	14.297,24	10.335,45
	442.663,08	344.942,63
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	412.089,07	525.095,41
C. Rechnungsabgrenzungsposten	348,33	0,00
	3.841.494,95	**4.099.020,10**

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250.000,00
II. Jahresüberschuss	0,00	0,00
Summe Eigenkapital	250.000,00	250.000,00
B. Rückstellungen		
sonstige Rückstellungen	27.205,51	8.500,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	151.061,77	192.523,30
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.392.835,28	3.637.663,35
3. sonstige Verbindlichkeiten	20.392,39	10.333,45
	3.564.289,44	3.840.520,10
	3.841.494,95	**4.099.020,10**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 Glasfaser SWR GmbH, Rüsselsheim

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	2.012.835,62	1.831.302,57
2. sonstige betriebliche Erträge	3.771,00	22.469,48
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	36.488,21	44.451,05
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	407.820,76	615.021,99
	444.308,97	659.473,04
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	538.809,87	598.646,34
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.457.440,06	1.567.420,34
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	57.836,00	61.437,00
7. Ergebnis nach Steuern	**-481.788,28**	**-1.033.204,67**
8. Erträge aus Verlustübernahme	481.788,28	1.033.204,67
9. Jahresüberschuss	**0,00**	**0,00**

Signiert von
Reiner Junker
ALLTREU Revision & Treuhand GmbH
signiert am :
Mittwoch, 28. Juni 2023

WIRTSCHAFTSPLAN 2024 und JAHRESABSCHLUSS 2022

der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gGmbH

A. Wirtschaftsplan 2024

B. Jahresabschluss 2022

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

Seite

1. Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Jahres 2024 ..... **2**

2. Erfolgsplan **6**

2.1 GPR Klinikum **9**

2.2 GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ **20**

2.3 GPR Ambulantes Pflegeteam **24**

2.4 Zusammenfassende Betrachtung zum Ergebnis des Erfolgsplanes **27**

3. Vermögensplan (Anlage 1) **28**

4. Finanzplan (Anlage 2) **37**

5. Stellenplan

5.1 Stellenplan nach Berufsgruppen mit Erläuterungen **38**

Anlage 1: Vermögensplan 2024

Anlage 2: Finanzplan 2023-2027

1. Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Jahres 2024

Die GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH stellt nachfolgend gemäß § 16 des Gesellschaftsvertrages den Wirtschaftsplan auf und legt ihn dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vor.

Der Wirtschaftsplan umfasst im Einzelnen

den Erfolgsplan,
den Vermögensplan,
den fünfjährigen Finanzplan und
den Stellenplan.

Die dem Wirtschaftsplan zugrundeliegenden Finanzierungssystematiken sind sowohl im Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG), Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) sowie im Pflegeversicherungsgesetz (PflegeVG) geregelt. Wichtige Grundlagen sind weiterhin das 5. sowie das 11. Sozialgesetzbuch.

Aufgrund gesetzlicher Änderungen ergeben sich für alle Betriebsteile der GPR Gesundheits- und Pflegezentrums Rüsselsheim gemeinnützige GmbH Auswirkungen durch folgende Sachverhalte:

- U2 (Mutterschutzumlage) bei 0,55 %
- Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen für die Renten- und Arbeitslosenversicherung von 7.300 € auf 7.550 € (Monatsbrutto) und für die Gesetzliche Krankenversicherung von 4.987,50 € auf 5.175,00 € (Monatsbrutto) ab dem 01.01.2024
- Rentenversicherungsbeitrag unverändert bei 18,60 %
- Krankenversicherungsbeitrag unverändert bei 14,60 % plus Zusatzbeitrag von 1,60 %
- Insolvenzgeldumlage unverändert bei 0,06 %
- Arbeitslosenversicherungsbeitrag unverändert bei 2,60 %
- Pflegeversicherungsbeitrag unverändert bei 3,05 %

Auf die Gesamtauswirkungen wird jeweils in den Erläuterungen zu den Teil-Erfolgsplänen näher eingegangen.

Der Erfolgsplan der GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH unterteilt die Erträge und Aufwendungen analog den Anforderungen des Europäischen Beihilferechts („Alumnia-Paket“ und „Altmark-Trans-Rechtsprechung“) in die Kategorien Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) und Dienstleistungen von nicht allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (N-DAWI). Gemäß überarbeitetem Betrauungsakt der Stadt Rüsselsheim vom 16.10.2014 ist das GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim mit der Ge-

meinwohlaufgabe des Betriebs von Krankenhäusern sowie Pflegeeinrichtungen und Altenpflegeheimen betraut worden.

Die aktuelle Betrauung ist auf Grund europa-rechtlicher Vorschriften bis 31.12.2024 befristet und wird im Jahr 2024 für weitere zehn Jahre erneuert werden.

Im Wesentlichen ergeben sich hierbei folgende Geschäftsbereiche:

<u>Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)</u>

1. Medizinische und (alten-/kranken-)pflegerische Versorgungsleistungen wie:
   - medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung und Pflege einschließlich Betreuung, Unterkunft und Verpflegung der voll- und teilstationär behandelten Patienten des Krankenhauses und der Bewohner der (Alten-)Pflegeeinrichtung mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen
   - medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung und Pflege einschließlich Untersuchung, Behandlung und hauswirtschaftliche Versorgung der ambulant wie häuslich versorgten Patienten des Krankenhauses und der pflegebedürftigen Menschen mit allen dazu gehörenden Einzelleistungen, wie insbesondere die medizinisch indizierte ambulante vor- und nachstationäre Behandlung im Sinne von § 115a des 5. Sozialgesetzbuches (SGB V) und die ambulante spezialfachärztliche Behandlung im Sinne von § 116b SGB V im Bereich onkologischer Erkrankungen

2. Notfalldienste wie:
   - Gewährleistung der ambulanten Notfallversorgung für den Einzugsbereich des Gesamtunternehmens GPR Rüsselsheim
   - Bereitstellung von Notärzten für den Rettungsdienst

3. Unmittelbar mit diesen Haupttätigkeiten verbundene Nebendienstleistungen wie:
   - Betrieb einer Zentralsterilisation, eines Labors, einer Radiologie und einer Apotheke für klinikeigene Zwecke
   - Konsile innerhalb des Krankenhaus- und Pflegebetriebs der Klinik
   - Aus-, Fort- und Weiterbildung in den für den Betrieb der Klinik notwendigen Berufen des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens
   - Betrieb von Klinikküche und Cafeteria sowie Patientenbefragung und Empfangsservice durch die GPR Service GmbH für Patienten des Krankenhauses, Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtung sowie Bedienstete und Besucher der Klinik
   - Patientenbefragung und Empfangsservice im Rahmen des Krankenhaus- und Pflegebetriebs der Klinik
   - Reinigungsdienst (u. a. Gebäudeinnenreinigung, Bettenaufbereitung, Desinfektion, Außenbewirtschaftung), Wäschereiservice, Gartenpflege, innerklinische Logistik

sowie sonstige kaufmännische und technische Dienst- und Werkstattleistungen für klinikeigene Zwecke (u. a. Müllentsorgung, Instandhaltung, Gerätemanagement, Waren- und Materialverkäufe, EDV)

- Vermietung von Wohnraum an Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtungen (im Rahmen des Betreuten Wohnens mit Wohnberechtigungsschein), an Bedienstete und Besucher der Klinik
- Telefonvermietung für Patienten der Klinik und Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtung
- Parkraumbewirtschaftung für Patienten des Krankenhauses, Bewohner der Alten- und Pflegeeinrichtung, Bedienstete und Besucher der Klinik

<u>Dienstleistungen von nicht allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (N-DAWI)</u>

- Leistungen des Labors, der Radiologie und der Apotheke für klinikfremde Zwecke
- Aus-, Fort- und Weiterbildung in den Bereichen des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens für klinikfremde Zwecke
- Erstellung von medizinischen Studien und Gutachten (mit Ausnahme von (Grundlagen-) Forschung)
- Ambulante Check-Up-Behandlungen, Präventionskurse (physikalische Therapie) für Bedienstete des Gesamtunternehmens GPR Rüsselsheim (entgeltlich), für Auszubildende während der Praxisphase der Ausbildung im GPR Therapiezentrum PhysioFit (entgeltlich) und für fremde Dritte sowie Erbringung sonstiger ambulanter physikalischer Therapieleistungen (Massagen Bäder, Krankengymnastik, Physiotherapie, Medizinische Trainingstherapie)
- Angebot von kosmetischen Eingriffen und Wellness-Anwendungen
- Durchführung von medizinischen Studien
- Speisenversorgung/Catering für fremde Dritte und das MVZ (u. a. im Rahmen des Mobilen Mahlzeiten-Services)
- Empfangsservice und Servicehotline für fremde Dritte und das GPR MVZ
- Reinigungsdienst (u. a. Gebäudeinnenreinigung, Bettenaufbereitung, Desinfektion, Außenbewirtschaftung), Wäschereiservice, Gartenpflege, innerklinische Logistik sowie sonstige kaufmännische und technische Dienst- und Werkstattleistungen für klinikfremde Zwecke (u. a. Müllentsorgung, Instandhaltung, Gerätemanagement, Waren- und Materialverkäufe, EDV)
- Vermietung von Praxen und Operationsräumen an niedergelassene Ärzte und an das GPR MVZ
- Gestellung von Personal und Sachmitteln an das GPR MVZ
- Vermietung von Räumlichkeiten für die ärztliche Notfallversorgung und den Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuz Rettungsdienstes und an die Notdienstgemeinschaft der niedergelassenen Ärzte

- Vermietung von Wohnraum an fremde Dritte außerhalb der Klinik
- Leistungen im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung für fremde Dritte und das GPR MVZ

Sämtliche erforderlichen Investitionen und die dafür benötigten Deckungsmittel sind im Vermögensplan veranschlagt. Die Investitionskosten der Klinik werden im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes im Sinne der dualen Finanzierung durch öffentliche Förderung übernommen. Darüber hinaus werden einzelne Maßnahmen vorgesehen, die aus Eigenmitteln realisiert werden sollen.

Aus dem Finanzplan ist die Entwicklung der Ausgaben und der Einnahmen des Vermögensplanes für die Dauer von fünf Jahren zu ersehen.

Die für die Betriebsführung zu besetzenden Stellen werden in der Stellenübersicht dargestellt.

2.0 Erfolgsplan

Im Erfolgsplan werden alle im Rahmen potenzieller Wahrscheinlichkeiten und Annahmen prognostizierbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2024 nach Kontengruppen zusammengefasst summarisch in TEUR dargestellt.

Neben der Gesamtdarstellung erfolgt eine Differenzierung nach folgenden Geschäftsbereichen:

2.1 GPR Klinikum
2.2 GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“
2.3 GPR Ambulantes Pflegeteam (Rüsselsheim-Mainspitze und Mainz-Oppenheim)

Die Planwerte der GPR Gesundheits- und Pflegezentrums Rüsselsheim gemeinnützige GmbH werden je Kontengruppe zum Vergleich den Ansätzen des Erfolgsplanes für 2022 und den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 2021 gegenübergestellt. In der zweiten Darstellung werden die Abweichungen zum Wirtschaftsplan des Vorjahres nominal und prozentual ausgewiesen.

Der Übersicht schließt sich eine Erläuterung der den Planansätzen zugrundeliegenden Sachverhalte an.

2.01 Erfolgsplan mit Jahresvergleich

Kto. Nr.	Bezeichnung	Klinikum	Senioren-residenz "Haus am Ostpark"	Ambulantes Pflegeteam	WIPLA 2024	WIPLA 2023	Ergebnis 2022
60-62	Löhne und Gehälter	93.709	7.946	1.939	103.594	97.180	91.542
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	149	6		154	167	238
64	Sonstige Personalaufwendungen	73	23	8	104	389	100
	Personalaufwendungen gesamt	**93.931**	**7.974**	**1.947**	**103.852**	**97.736**	**91.880**
65	Lebensmittel	1.019	588		1.607	1.490	1.268
66	Medizinischer Bedarf	27.243	103	12	27.358	27.500	23.856
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	2.692	428		3.120	5.272	2.472
68	Wirtschaftsbedarf	7.618	1.117	67	8.802	8.754	7.749
69	Verwaltungsbedarf	3.381	181	80	3.642	3.388	3.727
70	Zentrale Verwaltungskosten		255	60	315	279	293
72	Instandhaltungen	3.298	473	23	3.794	3.834	3.500
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	2.047	145	45	2.237	2.778	2.133
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	506	61	4	571	312	272
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.660	294	64	6.017	5.027	6.315
	Sachaufwendungen gesamt	**53.463**	**3.645**	**355**	**57.462**	**58.634**	**51.584**
75	Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführungen der Fördermittel nach dem KHG zu Sonderposten	7.233			7.233	5.650	6.415
76	Abschreibungen	11.493	733	48	12.275	8.087	9.168
77	Aufwendungen für die Nutzung von Anlagevermögen nach § 9.2.1 KHG / Leasing	482			482	278	261
79	Übrige Aufwendungen	1			1		16
	Sonstige Aufwendungen gesamt	**19.209**	**733**	**48**	**19.991**	**14.015**	**15.860**
	Aufwendungen insgesamt	**166.603**	**12.352**	**2.350**	**181.305**	**170.385**	**159.324**
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	123.288			123.288	119.266	108.603
41	Erlöse aus Wahlleistungen	575			575	512	462
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	13.573			13.573	12.618	12.718
43	Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	1.367			1.367	1.156	1.053
	Stationäre und ambulante Erlöse	**138.802**			**138.802**	**133.552**	**122.836**
40	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen			2.309	2.309	2.136	1.913
40	Erträge aus stationären Pflegeleistungen		11.457		11.457	10.356	9.499
41	Erträge aus Leistungen der Kurzzeitpflege		445		445	375	417
	Stationäre und ambulante Erlöse		**11.902**	**2.309**	**14.211**	**12.867**	**11.829**
44	Rückvergütungen, Vergütungen, Wohnbauten	1.152	329		1.481	1.480	1.467
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben	4.131	111	35	4.277	3.882	3.848
46	Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	6.191			6.191	5.600	5.361
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand sowie Zuwendungen Dritter	4.003	319	46	4.368	1.638	3.656
48	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung						
49	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG	9.513	130		9.643	5.300	9.568
50	Erträge aus Beteiligung an verbundenen Unt.	65			65	65	65
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	21	10	2	33	33	61
52	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						1
54	Erträge aus der Auflösungen von Rückstellungen						113
55	Bestandsveränderung und andere aktivierte Eigenleistungen	75			75	159	79
56	Erträge aus Verlustübernahme						
57	Sonstige ordentliche Erträge	1.525	62	14	1.601	1.836	1.821
59	Übrige Erträge	190			190	196	364
	Sonstige Erträge	**26.865**	**961**	**97**	**27.923**	**20.188**	**26.402**
	Erträge insgesamt	**165.667**	**12.863**	**2.406**	**180.936**	**166.607**	**161.066**
	Betriebsergebnis	**-936**	**511**	**56**	**-369**	**-3.778**	**1.743**
	EBITDA	**563**	**1.165**	**106**	**1.834**		

2.02 Erfolgsplan mit Abweichungen zum Vorjahr

Kto. Nr.	Bezeichnung	DAWI WIPLA 2024	N-DAWI WIPLA 2024	Gesamt WIPLA 2024	Gesamt WIPLA 2023	Abweichung in €	Abweichung in %
60-62	Löhne und Gehälter	101.558	2.036	103.594	97.180	6.414	6,60%
63	Aufwendungen für Beihilfen und Unterstützungen	154		154	167	-13	-7,95%
64	Sonstige Personalaufwendungen	68	36	104	389	-286	-73,36%
	Personalaufwendungen gesamt	**101.780**	**2.072**	**103.852**	**97.736**	**6.115**	**6,26%**
65	Lebensmittel	1.388	219	1.607	1.490	117	7,82%
66	Medizinischer Bedarf	27.235	123	27.358	27.500	-142	-0,52%
67	Wasser, Energie, Brennstoffe	2.853	267	3.120	5.272	-2.152	-40,81%
68	Wirtschaftsbedarf	8.536	266	8.802	8.754	48	0,55%
69	Verwaltungsbedarf	3.514	128	3.642	3.388	254	7,49%
70	Zentrale Verwaltungskosten	311	4	315	279	36	12,90%
72	Instandhaltungen	3.714	81	3.794	3.834	-39	-1,03%
73	Steuern, Abgaben, Versicherungen	1.982	255	2.237	2.778	-541	-19,47%
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	542	29	571	312	258	82,80%
78	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.969	49	6.017	5.027	990	19,70%
	Sachaufwendungen gesamt	**56.043**	**1.419**	**57.462**	**58.634**	**-1.171**	**-2,00%**
75	Auflösung von Ausgleichsposten und Zuführungen der Fördermittel nach dem KHG zu Sonderposten	7.233		7.233	5.650	1.583	28,02%
76	Abschreibungen	12.155	120	12.275	8.087	4.188	51,78%
77	Aufwendungen für die Nutzung von Anlagevermögen nach § 9.2.1 KHG / Leasing	482		482	278	205	73,67%
79	Übrige Aufwendungen	1		1		1	800,00%
	Sonstige Aufwendungen gesamt	**19.871**	**120**	**19.991**	**14.015**	**5.976**	**42,64%**
	Aufwendungen insgesamt	**177.694**	**3.611**	**181.305**	**170.385**	**10.920**	**6,41%**
40	Erlöse aus Krankenhausleistungen	123.153	135	123.288	119.266	4.021	3,37%
41	Erlöse aus Wahlleistungen	574	1	575	512	63	12,35%
42	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	12.946	627	13.573	12.618	955	7,57%
43	Nutzungsentgelte und sonstige Abgaben der Ärzte	1.367		1.367	1.156	211	18,24%
	Stationäre und ambulante Erlöse	**138.039**	**762**	**138.802**	**133.552**	**5.250**	**3,93%**
40	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen	2.309		2.309	2.136	173	8,10%
42	Erträge aus stationären Pflegeleistungen	11.457		11.457	10.356	1.101	10,63%
43	Erträge aus Leistungen der Kurzzeitpflege	445		445	375	70	18,67%
	Stationäre und ambulante Erlöse	**14.211**		**14.211**	**12.867**	**1.344**	**10,45%**
44	Rückvergütungen, Vergütungen, Wohnbauten	1.087	394	1.481	1.480	1	0,08%
45	Erträge aus Hilfs- und Nebenbetriebe	2.799	1.478	4.277	3.882	395	10,18%
46	Erträge aus Fördermitteln nach dem KHG	6.191		6.191	5.600	591	10,55%
47	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand sowie Zuwendungen Dritter	4.313	55	4.368	1.638	2.730	166,67%
48	Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung						0,00%
49	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Verbindlichkeiten nach dem KHG	9.625	18	9.643	5.300	4.343	81,94%
50	Erträge aus Beteiligung an verb. Unternehmen	60	5	65	65		
51	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	21	33	33		-0,76%
52	Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens						
54	Erträge aus der Auflösungen von Rückstellungen						0,00%
55	Bestandsveränderung und andere aktivierte Eigenleistungen	75		75	159	-84	-52,83%
56	Erträge aus Verlustübernahme						0,00%
57	Sonstige ordentliche Erträge	747	853	1.601	1.836	-235	-12,80%
59	Übrige Erträge	40	150	190	196	-5	-2,74%
	Sonstige Erträge	**24.950**	**2.974**	**27.923**	**20.188**	**7.736**	**38,32%**
	Erträge insgesamt	**177.200**	**3.736**	**180.936**	**166.607**	**14.330**	**8,60%**
	Betriebsergebnis	**-494**	**125**	**-369**	**-3.778**	**3.410**	**-90,24%**

Erläuterungen zum Erfolgsplan

2.1 GPR Klinikum

Die genauen Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung für das Jahr 2024 sind zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplans noch nicht vollumfänglich absehbar.
Dieser Wirtschaftsplan basiert daher auf den dem Grunde nach aktuell bekannten Regelungen für das Jahr 2024 und unterliegt perspektivisch weiteren potentiellen regulatorischen Eingriffen in die Krankenhausfinanzierung seitens des Gesetzgebers. Die weiter starken Auswirkungen der Inflation mit weiteren Sachkostensteigerungen insbesondere auch bei Dienstleistungen und vor allem die Auswirkungen der hohen Tarifabschlüsse für die Beschäftigten in deutschen Krankenhäusern sind bei einer gesetzlich verordneten maximalen Preissteigerung von 5,13 % (Stand 22.11.2023) weiter nicht gedeckt. Dies bedeutet, dass bereits erneut klar erkennbar ist, dass die Kostenschere sich immer weiter öffnet und die Kliniken erneut in eine finanziell nicht mehr beherrschbare Lage gebracht werden. Die Politik verfolgt offenbar weiter rigoros ihre Pläne, die Anzahl deutscher Kliniken auf kaltem Wege zu konsolidieren. Die große Zahl an Insolvenzen (derzeit fast 60 Häuser) zeugt davon. Ein strukturiertes, geplantes und vor allem verlässliches Vorgehen bleibt auch im Jahr 2024 als Übergangsjahr zur geplanten Krankenhausreform weiter Fehlanzeige. Weitere Bestrebungen zur Ambulantisierung von weiteren Krankenhausleistungen ohne Refinanzierung von Themen wie ärztlicher Ausbildung und Vorhaltekosten stationärer Kapazitäten erhöhen ferner prognostisch den Druck im kurz vor dem Bersten stehenden Finanzkessel deutscher Krankenhäuser.
Insofern wird die Geschäftsführung ganz primär Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen müssen, um eine weitere Senkung der Kosten anzustreben und Bereiche ohne ausreichenden Deckungsbeitrag deutlich reduzieren oder sogar einstellen. Auf Grund der im Benchmark (Clinotel, MDK-Prüfungen, Personalkennziffern) an der Spitze stehenden Qualitätsdaten sieht der Träger das Erreichen eines leicht positiven Ergebnisses in absehbarer Zeit zur Sicherung der kommunalen Trägerschaft weiter als vorrangiges Ziel an, insbesondere weil es nach den Regeln der Kommunalfinanzierung keine echte Möglichkeit einer Unterstützung gibt. Das Land Hessen fordert die Kommunen auf, die Defizite ihrer Kliniken zu beseitigen und stellt keine Unterstützung bei darlehensgestützen Finanzierungsmaßnahmen in Aussicht.

Die Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung des Jahres 2024 und für die Folgejahre werden durch Regelungen dreier Gesetze sowie aktuellen Verordnungen maßgeblich beeinflusst. Umgesetzt sind die Regelungen des Krankenhauspflegeentlastungsgesetzes (KrPflG), des GKV-Finanzstabilisierungsgesetzes, des Krankenhaustransparenzgesetzes und der Verordnung zu einer speziellen sektorengleichen Vergütung (Hybrid-DRG-Verordnung). Diese umfassen u. a. folgende Regelungen:

- Änderung zu Regelungen zur Höhe des Landesbasisfallwertes nach § 10 Abs. 4 Satz 3 Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG). Hiernach erfährt der Landesbasisfallwert bei sinkenden Leistungsmengen auf Landesebene keine Steigerung mehr, womit praktisch Geld aus dem System genommen wird.
- Finanzhilfen für Kinderklinken in Deutschland (300 Mio. € pro Jahr über einen Zeitraum von zwei Jahren) und für Geburtshilfen (120 Mio. € für die Jahre 2023 und 2024 verteilt nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer). Beides findet in bekanntem Umfang Eingang in diesen Wirtschaftsplan.
- Möglichkeit einer Tagesbehandlung im Krankenhaus mit Abschlägen auf die Fallpauschale
- Erste Umsetzung zu einer speziellen sektorengleichen Vergütung ab 2024 für zunächst 12 ambulante Leistungen, welche bislang in Deutschland überwiegend stationär erbracht werden. Ab Mitte 2024 soll in einer zweiten Stufe eine deutliche Ausweitung von primär ambulant zu erbringenden Leistungen im Krankenhaus ermittelt werden, welche dann zum 01.01.2025 in Kraft treten sollen.
- Neue Fristen für Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen und damit gesetzlich auferlegte sukzessive Rückkehr zu prospektiven Verhandlungen. Dies bewirkt im GPR Klinikum die Vorbereitung von zwei Budgetverhandlungen (2023-2024) im Jahr 2024, was dem derzeitigen durchschnittlichen Allgemeinzustand bei den Budgetverhandlungen in Deutschland darstellt.

Die Liquiditätslage der Krankenhäuser wurde gesetzlich nunmehr noch einmal befristet bis zum 31.12.2024 durch die Fortgeltung der verkürzten Zahlungsfrist durch die Krankenkassen für Krankenhausrechnungen von 5 statt 30 Tagen stabilisiert. Ferner wird durch eine Änderung des Krankenhausentgeltgesetzes der abzurechnende krankenhausindividuell vereinbarte Pflegeentgeltwert frühzeitig unterjährig an Tarifsteigerungen angepasst. Sobald die Vertragsparteien auf Bundesebene eine Erhöhungsrate für Tariferhöhungen vereinbaren, sollen Krankenhäuser für den Rest des Jahres, anstelle des Pflegeentgeltwerts (nach § 6a Abs. 4 S. 3 KHEntgG) einen erhöhten Pflegeentgeltwert für die Abrechnung, der mit Bewertungsrelationen bewerteten tagesbezogenen Pflegeentgelte, anwenden können.

Die Krankenhausfinanzierung in Deutschland ist auch im Jahr 2024 im Grundsatz weiter durch das zum 01.01.2019 in Kraft tretende und zum 01.01.2020 die zweite Stufe erreichende Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) mit den entsprechenden Regelungen zum Pflegebudget sowie die im bereits im Jahr 2023 um die Bereiche Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde und Urologie erweiterte Pflegepersonaluntergrenzenverordnung (PPUGV) geprägt.

Das MDK-Reformgesetz regelt weiter folgende Sachverhalte:

- Beschränkung der Prüfquote für stationäre Abrechnungsfälle auf 12,5 %
- Grundsätzlich abschließende Rechnungsstellung eines Krankenhauses → Rechnungen können nachträglich nicht mehr bei Abrechnungsversäumnissen korrigiert werden

- Sanktionen für das Krankenhaus bei sog. schlechter Abrechnungsqualität. Für 2024 wird eine Sanktion in Höhe von 10 % des strittigen Betrages mindestens jedoch 300 € festgelegt. Dies ist jedoch abhängig von der Erfolgsquote der MD-Verfahren des Krankenhauses. Bei einer Erfolgsquote oberhalb von 50 % (aktueller Status im GPR) entfallen diese Aufschläge.

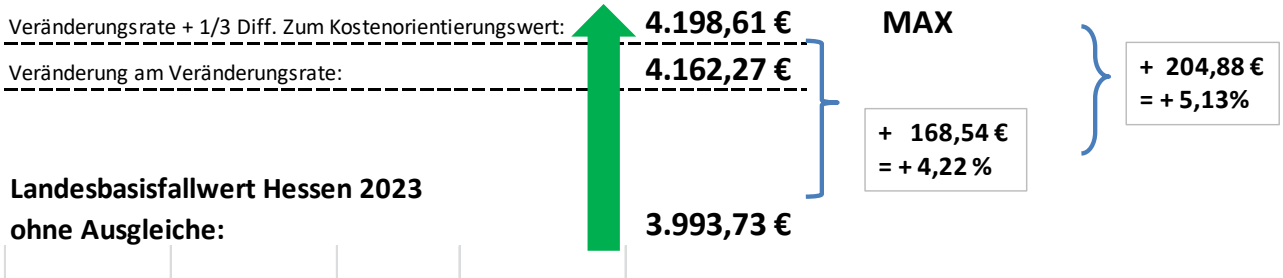
Die Kosten der Pflege werden weiter individuell mit den Sozialleistungsträgern im Rahmen der Ist-Kosten verhandelt werden (Pflegebudget) und bleiben aus den Fallpauschalen ausgegliedert. Im Vorfeld einer Vereinbarung über ein Pflegebudget werden über Pflegeerlös-Bewertungsrelationen über die Krankenhausrechnungen je Fallpauschale individuelle Zuschläge als Abschlag auf das spätere Budget gezahlt.

Für die Finanzierung der Ausbildung von Pflegefachfrauen und Pflegefachmännern gelten seit dem Jahr 2020 pauschalierte Vergütungen für die Kosten der Ausbildungsstätte und die Kosten der praktischen Ausbildung für die die Kurse, welche nach dem 01.10.2020 begonnen haben. Lediglich die Mehrkosten der Ausbildungsvergütung werden für diese Kurse weiterhin krankenhausindividuell mit den Sozialleistungsträgern auf Basis der Echtkosten verhandelt.
Kosten für die Ausbildung von Krankenpflegehilfskräften, Operations- und Anästhesietechnische Assistenten (neu ab 2023) wird weiterhin ein krankenhausindividuelles Ausbildungsbudget mit den Sozialleistungsträgern vereinbart.

Daneben bleiben für das Jahr 2024 folgende Tatbestände/Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung erhalten:

- Hygiene-Förderprogramm
- Landesbasisfallwert (LBFW)
  Der Landesbasisfallwert für Hessen steht zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung noch nicht fest. Die Höhe des Landesbasisfallwertes in Hessen wurde für die auf den gesetzlich derzeit maximal möglichen Betrag von 4.198,61 € erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von 204,88 € oder 5,13 %. Die Erhöhung folgt dem nach aktuellem Gesetzesstand maximalem Anstieg des Landesbasisfallwertes (Veränderungsrate 4,22 % zzgl. 1/3 der Differenz zum Kostenorientierungswert von 6,95 %).

  Mit dieser Erhöhung sind weiterhin Weise die Auswirklungen der Inflation und erzielten Tarifabschlüsse nicht vollständig kompensiert.



Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben sich für das GPR Klinikum im Jahr 2024 weitere relevante Veränderungen insbesondere bei den Löhnen und Gehältern. Grundsätzliche Änderungen wurden bereits im Kapitel Vorbemerkungen beschrieben. Aus den abgeschlossenen Tarifvereinbarungen ergeben sich folgende Auswirkungen:

TVöD/K

- Inflationsausgleichsgeld, beginnend mit einer Sonderzahlung von 1.240 Euro im Juni 2023. In den Monaten Juli 2023 bis einschließlich Februar 2024 werden dann monatliche Sonderzahlungen in Höhe von 220 Euro gezahlt. Die Zahlungen aus dem Inflationsausgleichgeld summieren sich auf insgesamt 3.000 Euro und sind steuer- und abgabenfrei.
- Die Tabellenentgelte werden ab dem 1. März 2024 zunächst um 200 Euro (sog. Sockelbetrag) und anschließend um 5,5 Prozent erhöht. Soweit dabei keine Erhöhung um 340 Euro erreicht wird, wird der betreffende Erhöhungsbetrag auf 340 Euro gesetzt.
- Studierende, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten erhalten abweichend von den oben genannten Regelungen im Juni 2023 ein Inflationsausgleichsgeld von 620 Euro. Die Ausbildungsentgelte werden für sie ab 1. März 2024 um 150 Euro angehoben.
- Für die kommunalen Krankenhäuser, Pflege- und Betreuungseinrichtungen wurde vereinbart, zuzüglich zum regulären Entgelt ein um bis zu zwei Stufen höheres Entgelt ganz oder teilweise gewähren zu können – unabhängig von der eigentlichen Stufenlaufzeit der Beschäftigten.
- Die Laufzeit der Vereinbarung beträgt 24 Monate. Der Tarifabschluss tritt rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2024

Marburger Bund

- Entgelterhöhung der Tabellenentgelte zum 01.07.2023 um 4,8 % und weitere Steigerung um 4,0 % zum 01.04.2024.
- Laufzeit des Vertrages von 18 Monaten.
- Steuerfreie Einmalzahlung in Höhe von 1.250 Euro. Eine weitere - ebenfalls steuerfreie - Einmalzahlung in Höhe von 1.250 Euro wird im Januar 2024 gezahlt.

Zur Abmilderung der deutlichen Kostenbelastungen für deutsche Krankenhäuser wurden ab Oktober 2022 pauschal 1,5 Mrd. € an die deutschen Krankenhäuser ausgeschüttet. Die Mittel werden über einen Zeitraum von 19 Monaten verteilt. Für das GPR Klinikum beträgt dieser Ausgleich insgesamt 1.345.9 T€. Desweiteren wurde eine weitere Umschichtung von 2,5 Mrd. Euro in eine pauschale Energiekostenhilfe für die Krankenhäuser seitens der Bundesregierung beschlossen. Für das GPR Klinikum ergibt sich hieraus eine zweite Ausgleichssumme in Höhe von rund 2,12 Mio. € ergeben. Die Auszahlung erfolgt in drei, welche sich auf die Zeitpunkte Anfang Oktober 2023, Anfang Dezember 2023 und Ende Mai 2024 verteilen.

Auch durch die weitere pauschale Umwidmung von Geldern ist für die deutsche Krankenhauslandschaft kein Ende der Unterfinanzierung erzielt worden. Seit Jahren nicht mehr adäquat refinanzierte Kostensteigerungen bei Sach- und Personalkosten und unzureichende Investitionsförderungen durch die Bundesländer mussten in der Vergangenheit mit stets steigenden Leistungsmengen durch die Kliniken kompensiert werden. Seit der Corona-Pandemie funktioniert dieses System jedoch in keinster Weise mehr. Es erfolgen bis heute neue Meldungen über Klinikinsolvenzen und es findet ein unkontrolliertes Kliniksterben in Deutschland statt. Strukturelle Änderungen des Finanzierungssystems sollen sukzessive ab dem Jahr 2025 erfolgen hin zu einer teilweisen Vergütung von Vorhaltekosten, unabhängig von Fallzahlmengen. In einem System von chronischer Unterfinanzierung wird jedoch eine reine Umverteilung von Finanzmitteln nicht dazu führen, dass sich die wirtschaftliche Lage der deutschen Kliniken verändern wird.

Regelungen zu einem Ausgleich der weiter durch die Inflation getriebenen Sachkostensteigerungen du insbesondere der deutlich steigenden Personalkosten sind aktuell **nicht** am politischen Horizont absehbar, werden jedoch seitens der Bundesländer vehement politisch gefordert.

Würdigt man die aktuell bekannten Entwicklungen der Krankenhausfinanzierung 2024 ergibt sich eine weitere Öffnung der Finanzierungslücke für das GPR Klinikum, welche sich insgesamt wie folgt darstellt:

- **Preisentwicklung über Landesbasisfallwert 2024**

Veränderung Landesbasisfallwert	+ 5,13 %
Effekt der Preiserhöhung (nur auf die ausgegliederten DRGs)	3.864.600 €
Ausgleich Energie + Sachkostensteigerungen	526.600 €
Effekt der Preis- und Erlössteigerungen	4.391.200 €

- **Kostenentwicklung Personal**

Tarifsteigerung Marburger Bund	- 2.070.000 €
TVöD *ohne Pflege*	- 3.438.600 €
Steigerung Unfallkasse	- 61.600 €
Effekt der Kostensteigerungen Personal *ohne Pflege*	- 5.570.200 €

- **Kostenentwicklung Sachkosten/Minderung Erlöse**

Weitergabe Tarifsteigerungen in der GPR Service GmbH	- 117.200 €
Sachkostensteigerungen insbesondere inflationsbedingt (2,5 %)	- 878.600 €
Effekt der zusätzlichen Kostensteigerungen/Erlösminderungen	- 995.800 €
zusätzliche Finanzierungslücke 2024	**- 2.174.800 €**

Fazit: Eine Refinanzierung der unausweichlichen Tarif- und Sachkostensteigerungen ist durch die Steigerung des Landesbasisfallwertes 2024 weiterhin nicht mehr gegeben. Alleine die tariflichen Auswirkungen sind durch die Steigerung bei der Vergütung der stationären Fälle bei Weitem nicht gedeckt. Hinzu kommen noch immer die anhaltenden.

Die bereits in den vergangenen Jahren aufgerissene Finanzierungslücke geht damit weiter auf, so dass es bei einem noch einmal erhöhten Konsolidierungsdruck für das GPR Klinikum bleibt.

Über das Erlösbudget des GPR Klinikums werden nahezu alle vollstationären, teilstationären, vor- und nachstationären Leistungen finanziert. Dieses umfasst im Wesentlichen folgende Entgeltbestandteile:

- **DRG-Fallpauschalen**
- **Zusatzentgelte** (u. a. für interkurrente Dialysen, Implantierung verschiedener Koronarstents, Gabe von diversen Arzneimitteln und Blutprodukten, Zuschläge für Patienten mit Pflegegraden)
- **Entgelte nach § 6 Abs. 1 KHEntgG** (u. a. Behandlung von Tuberkulose-Fällen)
- **Entgelte für neue Untersuchungs- und Behandlungsmethoden**
- **Zu- und Abschläge nach den Regelungen des KHEntgG** (Fixkostendegressionsabschlag, Hygienezuschlag, Ausbildungszuschlag)
- **Pflegebudget**

Grundlagen

Die Vergütungen für stationäre Krankenhausleistungen (DRGs) erfolgen auf Basis der Regelungen des KHEntgG. Vereinbarte Mehrleistungen des Jahres 2024 gegenüber dem Jahr 2019 unterliegen weiterhin dem gesetzlich fixierten Regel-FDA in Höhe von 35 %, welcher dann für die nächsten drei Jahre zur Geltung kommen wird. Mehr- und Minderleistungen gegenüber der Vereinbarung werden auch weiterhin ausgeglichen, wobei von erzielten Mehrleistungen 65 % der Erlöse an die Sozialleistungsträger (SLT) zurückgeführt werden müssen und die SLT gleichzeitig sicherlich von den Krankenhäusern erneut den Verzicht auf einen gesetzlich in Höhe von 20 % definierten Mindererlösausgleich fordern werden.

Dem Erfolgsplan des GPR Klinikums liegen folgende grundlegende Prämissen und Strategien zugrunde, die für die Entwicklung des Ergebnisses 2024 ausschlaggebend und unabdingbar sind und im Folgenden erläutert werden.

- Stationäre Leistungsmenge 2024: 20.130 Relativgewichte (CM) ohne Pflegeanteil und damit eine Steigerung der Leistungsmenge um ca. 6,8 % (+ 1.277 CM) zum erwarteten Ist-Ergebnis des Jahres 2023.

- Möglichkeit einer einhundertprozentigen Mehrleistungsvereinbarung von 20.130 Relativgewichten und damit 100 % des erwarteten Leistungsgeschehens, was vor dem Hintergrund eines prospektiv späten Verhandlungstermins erreichen lassen sollte.
- Kein FDA, weil die geplante Leistungsmenge unterhalb der Leistungsmenge von 2019 bleibt (verstärkte Ambulantisierung und deutschlandweit insgesamt niedrigeres stationäres Leistungsniveau in der Nach-Corona-Zeit).

Aufwendungen

Für das Jahr 2024 werden im GPR Klinikum **Personalaufwendungen** von 93.981 T€ prognostiziert (+ 5,1 % zum Vorjahresansatz). In diesem Wert sind die Veränderungen der Personalkosten aufgrund der Tarifauswirkungen der Tarifabschlüsse mit dem „Marburger Bund“, „Ver.di“ und „dbb tarifunion“ enthalten (s. Erläuterungen zuvor).
Im ärztlichen Dienst ergibt sich insgesamt eine leichte Mehrung bei der Personalbesetzung durch Anpassungen an die aktuelle Ist-Besetzung und aktuell noch nicht weiter absehbaren Austritten in den internistischen Kliniken sowie in der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin. Ein Aufbau mit einhergehender Leistungsausweitung und Vernetzung zwischen ambulanter und stationärer Tätigkeit fand bereits im Jahr 2023 in der Klinik für Gefäßchirurgie statt. Einsparungen entstehen insgesamt für Tätigkeiten der Ärzte im GPR MVZ im Rahmen der zunehmenden Verzahnung. Es werden unmittelbar dort Arbeitsverträge geschlossen, wodurch weniger Aufwendungen im GPR Klinikum entstehen.
Stellenanpassungen an das voraussichtliche Ist erfolgen im Plan im Bereich der Pflege. Grundlage ist dabei immer die sichere Einhaltung der Pflegepersonaluntergrenzen in den im GPR Klinikum als pflegesensitiv durch das InEK identifizierten Bereichen (nahezu alle Bereiche des GPR Klinikums). Die erfolgreiche Rekrutierung von ausländischen Pflegekräften wird im Jahr 2024 weiter fortgesetzt und es gilt weiter keine Beschränkung beim Aufbau von qualifiziertem Pflegepersonal. Der Ansatz im Wirtschaftsplan dient daher lediglich als Rechengröße. Ferner wurden noch 900 T€ für notwendige Aufwendungen für Leiharbeitnehmer in der Pflege einkalkuliert, welche primär auf der Intensivstation zum Einsatz kommen.
Aufgrund der vollständigen Planung bei den Stellenbesetzungen wird ferner ein Abbau bei den Mehrstunden und den Resturlauben in Höhe von gesamt 250 T€ eingeplant.
Desweiteren wird eine notwendige weitere Rentabilitätsforderung in Höhe von 250 T€ pauschal in der Personalkostenplanung berücksichtigt. Diese muss unterjährig durch zeitweise Nicht-Nachbesetzung vakanter Stellen, Stundenabbau oder weiteren Stellenreduktionen erreicht werden.
Weitere Ausführungen zu den Stellenveränderungen können der Stellenübersicht am Ende des Wirtschaftsplans entnommen werden.
Weitere unabweisbare Steigerungen der Kosten ergeben sich aus den zu Beginn dieses Wirtschaftsplans erläuterten Anhebungen bei den Lohnnebenkosten und den Beitragsbemessungsgrenzen sowie Steigerungen der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung.

Die **Sachkosten** des GPR Klinikums sind im Jahr 2024 erneut durch den Effekt der Weitergabe der Tarifkostensteigerung durch die GPR Service GmbH, höhere Aufwendungen für EDV-Dienstleistungen und nicht zuletzt weitere oft bereits unterjährig 2023 eingetretene inflationsbedingte Sachkostensteigerungen auf breiter Front geprägt.

Die Aufwendungen für **Lebensmittel** werden im Vorjahresvergleich aufgrund der leicht höher geplanten höher ausfallen.

Beim **medizinischen Sachbedarf** kommt es durch die erwarteten Leistungssteigerungen zu einer Aufwandsmehrung, andererseits reduzieren sich jedoch die Kosten für Kooperationsleistungen für externe Operateure durch den Ausbau des eigenen orthopädischen und neurochirurgischen Leistungsspektrums.

.

Die Aufwendungen für **Wasser, Energie und Brennstoffe** reduzieren sich aufgrund der gegenüber der letztjährigen Planung geringeren Steigerungen bei den Energiekosten sowie durch die deutliche Einsparung bei den Stromkosten. Letztere werden durch die Eigenstromerzeugung unter Nutzung der neuen Blockheizkraftwerke deutlich vermindert.

Die Sachkostenminderung im Bereich des **Wirtschaftsbedarfs** resultiert zuvorderst aus einer Absenkung der Dienstleistungskosten der GPR Service GmbH für die ehemals notwendigen Tätigkeiten der coronabedingten Einlasskontrollen im GPR Klinikum zur Steuerung der Besucher.

Im **Verwaltungsbereich** erhöht sich der Planansatz gegenüber dem Vorjahr insbesondere aufgrund erhöhter Kosten für EDV-Dienstleistungen. Hintergrund ist die Notwendigkeit einer verstärkten Inanspruchnahme externer IT-Dienstleistungen für die Betreuung des Krankenhausinformationssystems und eine Verschiebung der Aufwendungen für die Betreuung des Patienten-TV von den Instandhaltungen hin zum Verwaltungsaufwand. Ferner ergibt sich eine Mehrung bei den Beratungs- und Prüfungsgebühren infolge gestiegener Honorare der Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte.

Für den Bereich der **Instandhaltungs- und Wartungsaufwendungen** ergibt sich insgesamt eine Minderung, welche durch weitere Einsparungen bei den Aufwendungen für Reparaturen im Bereich der Medizintechnik durch den vermehrten Austausch reparaturanfälliger Medizingeräte erzielt wird. Ferner kommt es zu einer Verschiebung der Aufwendungen für die Betreuung des Patienten-TV (s. Aufwendungen Verwaltungsbereich).

Die Aufwendungen für **Steuern, Gebühren und Versicherungen** werden deutlich niedriger angesetzt auf das Niveau des Jahresabschlusses 2022. Die Risikorückstellung für den Selbstbehalt bei der Haftpflichtversicherung wurde aufgrund der geringen Schadensquote und der sehr guten Qua-

litätsdaten gemeinsam mit dem Jahresabschlussprüfer niedriger eingeschätzt und diese Einschätzung wird entsprechend fortgeschrieben.

Die Mehrung bei den **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** ist bedingt durch die notwendige verzinste Kreditaufnahme bei der Stadt Rüsselsheim zur Liquiditätssicherung im Jahr 2024.

Abweichungen zum Vorjahresansatz bei den **Abschreibungen** resultieren aus den wieder greifenden Regelungen des MDK-Reformgesetzes. Die höheren Prüfquoten von 12,5 % führen zu prospektiv höheren Rückstellungen. Durch ein weiter sehr gutes MDK-Management kann im auch Jahr 2024 die Prüfquote weiter niedrig gehalten werden, so dass die Aufwendungen geringer ausfallen können.
Durch die Umwidmungen ehemals mit Eigenmitteln und aus Darlehen finanzierten Investitionsaufwendungen zum Beispiel der Eigenanteil am Bettenhaus C im Jahr 2022 und auch noch einmal im Jahr 2023 können ein weiterer großer Teil der Abschreibungen neutralisiert und so das Ergebnis des GPR Klinikums verbessert werden.

Die Aufwendungen für **Leasing** ergeben sich überwiegend für Leasingraten für Laboranalysegeräte, den Kleiderausgabeautomat und einen Laser für die Laserchirurgie, welche über Einnahmen aus Fördermitteln neutralisiert werden.

Im Planbereich **der sonstigen ordentlichen Aufwendungen** ergeben sich höhere Aufwendungen für Durchläuferposten für den Ausbildungsfonds nach dem Pflegeberufegesetz. Diesem stehen entsprechend Erträge in gleicher Höhe im Bereich der stationären Erträge gegenüber. Steigerungen ergeben sich ferner für Mieten für angemietete Medizingeräte.

Erträge

Die Leistungsprognose des Jahres 2024 orientiert sich im GPR Klinikum zum einen weiter am Jahr 2019, welches nicht durch die Corona-Pandemie geprägt war, zum anderen an strukturellen Leistungsverschiebungen und Leistungserweiterungen insbesondere in der Orthopädie. Für das Jahr 2024 wird seitens des GPR Klinikums eine Leistungssteigerung gegenüber der derzeitigen Prognose für das laufende Jahr 2023 (18.854 CM-Punkte) auf 20.130 CM (+ 6,77 %) bei den **stationären Erlösen** geplant. Die Mehrleistungen führen in der Vereinbarung mit den Sozialleistungsträgern im Jahr 2024 zu keinem Fixkostendegressionsabschlag, da die Vergleichsbasis des Jahres 2019 noch nicht erreicht werden wird. In einem derzeit noch reinen fallpauschalorientierten Vergütungssystem führen die seit der Pandemie festzustellenden und durch die Ambulantisierung weiter forcierten Fallzahlrückgänge ohne entsprechende Ausgleiche zu einer nicht mehr adäquaten Deckung der Kosten der Rund-um-die–Uhr-Bereitschaft mit entsprechenden Vorhaltungen. Dies trifft Bereiche wie die die Intensivstation, die Notaufnahme und die notwendigen Dienststruk-

turen in den internistischen und chirurgischen Kliniken aber auch in der aufgrund ständig wachsender Bürokratie notwendigen Personaldichte im nicht-medizinischen Bereich.

Bei den **Wahlleistungen** wird im Jahr 2024 eine leichte Erlössteigerung bei den Entgelten für Unterkunft und Verpflegung prognostiziert. Die Steigerungsfähigkeit inbesondere im Bereich der Begleitpersonen wird für das Folgejahr konservativ geschätzt. Ferner wurden im Jahr 2023 erfolgreich unterjährige Preissteigerungen für die Wahlleistungsstation mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung verhandelt.

Bei den **ambulanten Erlösen** ergeben sich gegenüber den Planwerten des Jahres 2023 im nächsten Jahr erneut höhere Ansätze, welche sich im Bereich der ambulanten Chemotherapien ergeben aber auch bei den Erträgen für ambulante Operationen durch die Ausweitung ambulanter Eingriffe als stationsersetzende Leistungen.

Im Bereich der stationären **Nutzungsentgelte** ergibt sich der Planansatz im Rahmen der insgesamt prognostizierten Leistungssteigerung und bereits gesteigerter Leistungen für wahlärztliche Leistungen im laufenden Geschäftsjahr.

Bei den Erträgen aus **Vermietungen der Personalwohnheime,** Sachbezügen und Einnahmen der Personalcafeteria werden auch für 2024 steigende Einnahmen gegenüber dem Vorjahr prognostiziert. Dies beruht auf prognostischen Mieterhöhungen und der Wiederaufnahme der Verköstigung externer Gäste in der Personalcafeteria des GPR Klinikums.

Das GPR Klinikum generiert **Erlöse aus Hilfs- und Nebenbetrieben** – der GPR Service GmbH und der GPR Medizinischen Versorgungszentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH (GPR MVZ) – sowie durch die Bereitstellung zentraler Verwaltungsdienstleistungen für die Bereiche der GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ und dem GPR Ambulanten Pflegeteam. Ein weiterer großer Teil der Erlöse in dieser Position resultiert aus der Belieferung einer niedergelassenen Apotheke mit Zytostatika durch die Krankenhausapotheke des GPR Klinikums, welche aufgrund einer Verlagerung von ambulanten Chemotherapien hin zum GPR MVZ und weg von der ambulanten Versorgung des GPR Klinikums (Ambulante spezialfachärztliche Versorgung) etwas höher geplant werden. Durch die geplante Umsatzausweitung im GPR MVZ ergeben sich höhere Nutzungsentgelte für die Inanspruchnahme der zentralen Dienste der Muttergesellschaft.

Im Bereich der **Zuweisungen und Zuschüsse** sinken aufgrund der im Mai 2024 auslaufenden Inflations- und Energiekostenaushilfen des Bundes die erwartbaren Erträge aus Zuschüssen deutlich.

Durch die Beteiligung an der tg KITA GmbH resultieren **Erlöse aus verbundenen Unternehmen** in Höhe von 4,7 T€. Im Jahr 2024 ist erneut eine Gewinnausschüttung der GPR Service GmbH an die Muttergesellschaft in Höhe von 60 T€ geplant.

Die **Ertragszinsen** sinken in Folge der ausgesetzten Darlehen im Zusammenhang mit dem Forderungsverzicht gegen Besserungsschein des GPR Klinikums an das GPR MVZ.

Aktivierte Eigenleistungen entstehen für Leistungen des Baumanagements des GPR Klinikums bei Planung und Bauüberwachung im Zusammenhang mit Umbauten und im Rahmen der Eigenleistungen zu Maßnahmen nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG).

Niedrigere Planwerte resultieren bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** aus rückläufig erwarteten Boni und Warenrückvergütungen durch Zurückhaltungen von den Liederanten aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation.

Der Ansatz bei den **übrigen und periodenfremden Erträgen** bleibt gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert. Lediglich die geplanten Erträge aus Studien sind basierend auf den Erfahrungen aus den letzten beiden Jahren etwas niedriger angesetzt.

Ergebnis

Das prognostizierte Ergebnis des GPR Klinikums ist maßgeblich vom Eintritt der getroffenen Prämissen zur Leistungssteigerung insbesondere im stationären Bereich des GPR Klinikums und deren Vereinbarungsfähigkeit mit den Sozialleistungsträgern abhängig.
Insgesamt liegen der Ergebnisplanung weitere Einschnitte in der personellen Besetzung in einigen nicht-pflegerischen Bereichen des GPR Klinikums zugrunde. Bei den Sachkosten sind Preissteigerungen im Umfang der bereits eingetretenen Erhöhungen des Herbstes 2023 weiter fortgeführt.

Fazit

Die zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Wirtschaftsplans bekannten Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung 2024 und die bereits sicheren Entwicklungen auf der Kostenseite führen zu einer erneut großen Finanzierungslücke, welche durch die Leistungssteigerungen im stationären und ambulanten Bereich aufgrund der zu niedrigen Steigerung des Landesbasisfallwertes als deren Multiplikator nicht aufgefangen werden können.

Kurzum bleibt erneut nur festzustellen, dass jedwede Planung im Gesundheitswesen derzeit nahezu monatlichen Änderungen ausgesetzt und stets unter Vorbehalt zu stellen ist.

2.2. GPR Seniorenresidenz

Gemäß dem Versorgungsvertrag mit den Landesverbänden der Pflegekassen in Hessen nach § 72 SGB XI ist die GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ eine zugelassene Einrichtung zur vollstationären Dauerpflege sowie zur Kurzzeitpflege. Das Haus verfügt im Jahr 2024 weiterhin über eine genehmigte Gesamtkapazität von 188 Pflegeplätzen, hierin eingestreut sind 19 Plätze für die Kurzzeitpflege. Derzeit werden die Bewohnerinnen und Bewohner in 166 Einzelzimmern und 11 Zweibettzimmern gepflegt und betreut.

Das Jahr 2024 wird nach drei Jahren in Folge wieder das erste vollständige Wirtschaftsjahr ohne gesetzlich vorgegebene Einschränkungen als Folge der SARS-CoV-2 Pandemie sein.
Hieraus ergeben sich praktische Handlungsspielräume, z.B. im Bereich der Instandhaltungen und Investitionen. Es verbleiben aber auch Herausforderungen, wie die Anknüpfung an die sehr hohen Belegungszahlen aus den Jahren 2018-2020 und die stetige Verbesserung der Pflegestruktur. Beide Aspekte sind zentral für die Erlössituation der Einrichtung. Ein weiterer Schwerpunkt des Jahres ist die Sicherstellung der personellen Besetzung bei nicht wesentlich verbesserten Rahmenbedingungen.
Ferner zeigen sich neue Herausforderungen, wie z. B. die Umsetzung der Regelungen des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes (GVWG), welches sich in den kommenden Jahren nachhaltig auf die personelle Struktur in Pflegeeinrichtungen und das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Pflegefachkräften und einjährig ausgebildeten Pflegehilfskräften auswirken wird.

Bei den Instandhaltungen und Investitionen werden zwei große Projekte im Mittelpunkt stehen, zum einen die Erneuerung der Heizungsverteilung und Heizungssteuerung für die vor 2010 errichteten Gebäudeteile sowie das Betreute Wohnen. Hinzu kommt die Erneuerung des zweiten Aufzugs im Gebäude E. Beide Maßnahmen sollen in der ersten Jahreshälfte abgeschlossen werden.
Weitere Investitionen erfolgen in die Infrastruktur der Küche und in Beschaffungen für die Wohnbereiche, wie z. B. Hebelifter und Wechseldruckmatratzen.

Voraussetzung für die genannten Vorhaben und für den nachhaltigen Betrieb der Einrichtung insgesamt ist eine gleichbleibend hohe Belegung in allen Bereichen während des gesamten Jahres. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer stabilen Pflegestruktur mit vielen hohen Pflegegraden. Die zurückliegenden Monate des Vorjahres ließen bereits wieder einen Trend zur Vollbelegung erkennen. Ebenso veränderte sich die Pflegestruktur positiv. Beides wird im Jahr 2024 im besonderen Fokus stehen und ein strukturiertes Pflegegradmanagement wird diesen Prozess begleiten und weiter verstetigen.

Die Sicherstellung einer sowohl qualitativ als auch quantitativ angemessenen personellen Besetzung stellt eine zentrale Aufgabe auch im Jahr 2024 dar. Hierzu wird in Zusammenarbeit mit der Personalabteilung das Recruiting optimiert und digital unterstützt, mit dem Ziel, potenzielle Mitar-

beiterinnen und Mitarbeiter in kürzester Zeit für unser Unternehmen zu gewinnen. Die Präsenz bei Ausbildungsmessen, wie auch das verstärkte Angebot an Schülerinnen und Schüler für ein Praktikum in unserem Hause sind ein weiterer Baustein in der Personalgewinnung. Ebenso ist auch die Weiterbildung der bereits beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren möglichst hohe Qualifizierung ein Weg, der wie schon in den vergangenen Jahren, zielgerichtet weitergegangen wird. Und nicht zuletzt wird auch die Gewinnung internationaler Pflegefachkräfte weiter fokussiert.

Das Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) wird weitreichende Veränderungen zum einen beim Qualifikationsmix innerhalb des Pflege- und Betreuungspersonals mit sich bringen, als auch die Zuständigkeitsbereiche neu regeln. Als eine der ersten Maßnahmen in diesem Zusammenhang wird im Jahr 2024 damit begonnen Pflegehilfskräfte ohne formale Qualifikation die einjährige Ausbildung zur Fachkraft in der Altenpflegehilfe bzw. Krankenpflegehilfe anzubieten. Ziel des Gesetzes ist hierbei eine zahlenmäßige Stärkung dieser Ebene, die – ausgestattet mit mehr pflegerischen Kompetenzen – die dreijährig ausgebildeten Pflegefachkräfte von grundpflegerischen Tätigkeiten entlasten sollen.

Die anvisierten Investitionen in die Infrastruktur und das Erscheinungsbild des Hauses sowie die kommenden Entwicklungen im personellen Bereich werden die GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ auch im Jahr 2024 als attraktiven Standort und zukunftsfähigen Arbeitsplatz sichern. Im Zusammenwirken mit einer beständigen und guten Pflege- und Betreuungsqualität bietet dies die Grundlage dafür, dass im Jahr 2024 die betriebswirtschaftlichen Ziele der Einrichtung erreicht werden können. Somit wird das Haus in der Region auch künftig als moderner und kompetenter Dienstleister in der stationären Pflege sehr weit vorn positioniert bleiben.

Aufwendungen

Die Gesamtkosten der GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ werden für das Jahr 2024 auf insgesamt 12.352 T€ prognostiziert und liegen damit um 777 T€ (+ 7,7 %) über dem Wirtschaftsplan (WP) des laufenden Jahres 2023.

Die Aufwendungen werden in drei Hauptkategorien unterteilt:

1. Personalaufwendungen
2. Sachaufwendungen
3. Sonstige Aufwendungen

Die **Personalaufwendungen** wurden auf Basis einer mitarbeiterbezogenen Hochrechnung für 2024 unter Berücksichtigung des Stellenplans und feststehenden Tarifauswirkungen in 2024 erstellt. Insgesamt liegen die Personalkosten in 2023 mit 7.974 T€ um 570 T€ (+ 7,7 %) über dem Planansatz 2023.

Die **Sachkosten** wurden auf Basis der Hochrechnung 2023 sowie erwarteten Veränderungen in 2024 geplant. Die wichtigsten Veränderungen innerhalb der einzelnen Gruppen werden nachfolgend dargestellt:

Im Vergleich zum WP-Ansatz 2023 steigt der **Lebensmittel**einsatz um durchschnittlich 15,7 %. Eine höhere Auslastung sowie bereits in 2023 eingetretene und für 2024 weiter erwartete Preissteigerungen wurden hier ebenso berücksichtig, wie zusätzliche Kosten für externe Essensteilnehmer. Gegenüber den erwarteten IST-Kosten bedeutet der Ansatz eine Erhöhung um 3,5 %.

Beim **Medizinischen Sachbedarf** ist der Ansatz um 14,4 % höher als 2023. Ursächlich hierfür ist eine erwartete Erhöhung der Kosten für die Verblisterung der Medikamente. Hier wird mit Mehraufwand in Höhe von 12 T€ gerechnet. Ansonsten bewegt sich der Ansatz auf dem Niveau 2023.

Die Plangröße für „**Wasser, Energie und Brennstoffe**“ fällt deutlich geringer aus als 2023 (- 34,7 %). Maßgeblich hierfür sind geringe Preise für Strom und Gas.

Die Kosten für den **Wirtschaftsbedarf** steigen gegenüber dem Vorjahresansatz um 167 T€ (+ 17,6 %). Dies ist fast ausschließlich darauf zurück zu führen, dass in 2024 zusätzliches Personal über die GPR Service GmbH eingesetzt wird. Ansonsten wurden die Kosten an die aktuellen Entwicklungen angepasst.

Beim **Verwaltungsaufwand** steigt der Planansatz um 19,0 %. Dies hängt ausschließlich mit Kosten für Beratungsleistungen „Führungskräfteentwicklung“ zusammen. Hierfür sind 40 T€ eingeplant. Die übrigen Positionen in diesem Bereich liegen leicht unterhalb des Ansatzes 2023 und orientieren sich an den erwarteten Kosten für 2023.

Bei den **Zentralen Verwaltungskosten** wurde der Planansatz um 26 T€ (+ 11,3 %) erhöht. Hierbei handelt es sich um Personalkostenerstattungen an das GPR Klinikum für den Einsatz von Ergotherapeuten und einer Kraft im Wirtschaftsdienst sowie einer Erhöhung der Pauschale für Verwaltungstätigkeiten.

Der Ansatz bei den **Instandhaltungen** wurde gegenüber dem Vorjahr um 108 T€ (+ 29,6 %) erhöht. An größeren Instandhaltungsmaßnahmen stehen die Erneuerung der Hauptverteilung Heizung und die Heizungssteuerung (110 T€) sowie die Erneuerung der Rauchmelder (65 T€) an.

Bei den **Steuern, Abgaben und Versicherungen** wurden vor allem die Müllgebühren, die in 2023 deutlich über dem Planansatz lagen, erhöht (+ 10 T€). Daneben wurden die Ansätze bei den Versicherungsprämien leicht angehoben, so dass sich insgesamt eine Erhöhung von 11,6 % gegenüber 2023 ergibt.

Die **Zinsaufwendungen** wurden auf Basis der derzeitigen Darlehen und den sich daraus ergebenden Zinsen ermittelt. Gegenüber dem WP-Ansatz 2023 erhöht sich der Ansatz um 11 T€, da für ein bisher zinsloses Darlehen für Betreutes Wohnen ab April 2024 marktübliche Zinsen zu zahlen sind. Der Ansatz beläuft sich hier auf 15 T€.

Die **Abschreibungen** wurden auf Basis einer Abschreibungsvorausschau unter Berücksichtigung der geplanten Investitionen ermittelt.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** verringern sich um 6 T€ (- 2,0 %) gegenüber dem Ansatz 2023. Ursächlich hierfür ist die gesunkene Umlagezahlung in den Ausbildungsfond nach PflBG in Höhe von 264 T€, die in 2023 noch 282 T€ betrug. Die Zahlungen in den Fonds werden finanziert über eine Ausbildungsumlage, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern zu zahlen ist und bei den Erlösen berücksichtigt wird. Bei den Fortbildungskosten wurde der Ansatz hingegen deutlich (+ 16 T€) erhöht, da hier Qualifikationen gemäß GWVG vorzunehmen sind.

Erträge

Auch im kommenden Wirtschaftsjahr wird von einer konstant hohen Nachfrage der 188 zur Verfügung stehenden Plätze ausgegangen. Zum 01.02.2024 kommt es zu einer deutlichen Steigerung der Pflegesätze um durchschnittlich 18 %. Auch der von den Bewohnern zu zahlende Investitionskostenanteil erhöht sich nochmals deutlich auf 18,12 €/Tag. Gegenüber 2023 bedeutet dies eine Erhöhung von 4,57 €/Tag, was in der Summe zu geplanten Mehreinnahmen in Höhe von 307 T€ führt.

Für die praktische Ausbildung der Schüler im Bildungsgang Pflegefachmann/-frau erfolgt eine Erstattung der Kosten für die Praxisanleiter, teilweise direkt über den Ausbildungsfonds (für Auszubildende mit Arbeitsvertrag bei der GPR Seniorenresidenz) und teilweise durch das GPR Klinikum entsprechend der Einsatzpläne der Schülerinnen und Schüler. Hierfür sind im WP Erlöse in Höhe von knapp 203 T€ eingerechnet. Aufgrund des Wegfalls der Corona-Beschränkungen ist die Cafeteria wieder für externe Essensteilnehmer geöffnet, so dass hier mit Erlösen i. H. v. 18 T€ geplant wird. Für die Versorgungsbezüge der pensionierten Beamten werden erstmals in 2024 Zuschüsse seitens der Stadt Rüsselsheim gezahlt (43 T€). Für gestiegene Strom- und Gaskosten wird auf Basis der erwarteten Kosten mit Erstattungen in Höhe von 70 T€ für Januar bis April 2024 gerechnet. Für die Reinigung der Schule für Gesundheitsberufe wird mit Erstattungen seitens des PR Klinikums in Höhe von 32 T€ kalkuliert. Ebenso werden wieder Zinserträge für Bankguthaben geplant (10 T€). Durch das Auslaufen von Darlehen verringern sich auch die Tilgungsschüsse (- 13 T€). Im Übrigen wurden bei den Erlösen nur geringe Anpassungen gegenüber dem Ansatz 2023 vorgenommen.

Ergebnis

Für das Jahr 2024 plant die GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ mit einem gegenüber 2023 deutlich verbessertem Ergebnis. Dies liegt primär an der deutlichen Erhöhung der Investitionszuschläge, die sich ergebniswirksam mit 307 T€ gegenüber 2023 auswirken. Das um diesen Betrag bereinigte Ergebnis fällt mit 207 T€ positiv aus und basiert auf einer Planauslastung von 98 %, die in 2023 noch nicht wieder ganz erreicht wurde sowie auf dem Bewohnermix von 2023. Der in den Preissteigerungen ab 01.02.2024 beinhaltende Anteil für bereits im zweiten Halbjahr 2023 entstandene Personalkosten aufgrund von Einmalzahlungen im TVÖD, wurde abgegrenzt.

Ausblick:

Im Jahr 2024 soll es für die GPR Seniorenresidenz „Haus Ostpark“ das Ziel sein im Jahresdurchschnitt wieder eine Vollauslastung (98 %-Belegung) zu erreichen, verbunden mit einer weiter optimierten Einstufung der Bewohnerinnen und Bewohner in den jeweiligen Pflegegrad.

Im Bereich der Investitionen stehen, neben dem bereits genannten Aufzug im Haus E, eine neue Bestuhlung im Raum „Haßloch“, die Beschaffung neuer, leistungsfähigerer und gleichzeitig energieeffizienterer Konvektomaten in der Küche und ein neuer Kühlcontainer für die Speisenabfälle an. Ebenso wird die bereits in vergangenen Jahren vorangetriebene, sukzessive Erneuerung der Pflegebetten und Nachtschränke weitergeführt.

2.3 GPR Ambulantes Pflegeteam (APT)

Der Wirtschaftsplan 2024 wurde erstellt auf Basis der derzeitigen Klientenzahlen und dem zur Verfügung stehenden bzw. geplanten Personal. Für den Bereich GPR Ambulantes Pflegeteam Mainspitze wird ein positives Ergebnis in Höhe von 98 T€ geplant. Gegenüber dem erwarteten Ergebnis für 2023 bedeutet dies eine Verbesserung von 109 T€. Im Bereich GPR Sozialstation Mainz-Oppenheim wird mit einem negativen Ergebnis von - 42 T€ geplant, welches sich damit gegenüber dem erwarteten Ergebnis 2023 um 10 T€ verschlechtert.

Maßgeblich für die unterschiedlichen Ergebniserwartungen sind mehrere Gründe:
Im APT Mainspitze zeigen die Leistungszahlen im Laufe des Jahres 2023 eine Steigerung auf deren Basis die Leistungsmengen 2024 kalkuliert wurden. Ebenfalls wird hier mit deutlichen Erlösverbesserungen bei der Wundversorgung gerechnet. Hierzu laufen derzeit auf Verbandsseite noch Verhandlungen. Nach ersten Informationen kann aber mit Erlösen von 40 bis 60 EUR je Fall gerechnet werden. Im Bereich der Personalkosten wurden im Laufe des Jahres 2023 Einsparungen erzielt, die sich auch bei den Personalkosten in 2024 bemerkbar machen.
Im Bereich der GPR Sozialstation Mainz-Oppenheim bewegt sich das Leistungsvolumen auf gleichbleibendem Niveau, so dass hier Erlössteigerungen lediglich über Preissteigerungen erzielt werden können. Da sich die Preisentwicklungen bestenfalls an den Tariferhöhungen orientieren,

verharrt das erwartete Ergebnis auf dem Niveau des Jahres 2023 bzw. liegt leicht darunter. Hier dürfte auch zukünftig keine merkliche Verbesserung zu erwarten sein, zumal auf Kostenseite kaum Einsparpotential vorhanden ist.

Auf der Kostenseite machen sich vor allem die Personalkostensteigerungen, die auf Basis der für 2024 feststehenden tariflichen Auswirkungen sowie steigender Arbeitgebernebenkosten für Sozialversicherungsbeiträge geplant wurden, bemerkbar.

Im Bereich der Sachkosten sind nicht zuletzt aufgrund der allgemeinen Inflation steigende Ausgaben zu erwarten. Einsparmöglichkeiten sind hier in beiden Einrichtungen kaum noch vorhanden. Vorhandene Einsparmöglichkeiten (z. B. Reduzierung der Öffentlichkeitsarbeit in der GPR Sozialstation Mainz-Oppenheim) wurden schon in 2023 weitestgehend umgesetzt, so dass weiteres Potenzial aktuell nicht mehr gesehen wird.

Die bisher erfolgte Qualitätsarbeit und die dadurch erreichten sehr guten Ergebnisse in der jährlichen Prüfung des Medizinischen Dienstes (MD) sowie die Zertifizierung des GPR Ambulanten Pflegeteams Mainspitze, soll weiter fortgesetzt werden.

Folgende Annahmen wurden zu den einzelnen Positionen getroffen:

Aufwendungen

Die geplanten **Personalaufwendungen** für das Wirtschaftsjahr 2024 im Bereich der GPR Ambulanten Pflege betragen rund 1.947 T€ für insgesamt 26,08 VK (- 0,18 VK gegenüber WP-Ansatz 2023). Im GPR Ambulanten Pflegeteam Mainspitze wurden 16,39 VK (- 0,91 VK) und in der GPR Sozialstation Mainz-Oppenheim 9,69 VK (+ 0,73 VK) geplant.

Unter Berücksichtigung des Leistungsvolumens sind für den **medizinischen Sachbedarf** insgesamt Aufwendungen in Höhe von 12 T€ geplant. Dieser orientiert sich an den erwarteten Kosten für 2023 und liegt um 2 T€ unterhalb des Ansatzes für 2023.

Aufwendungen für **Wirtschaftsbedarf** sind im Wirtschaftsjahr 2023 in Höhe von 67 T€ geplant. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um Kosten für Treibstoffe. Diese wurden im Hinblick auf die Entwicklung in 2023 und die erwartete CO2-Steuererhöhung in 2024 im Planansatz gegenüber dem erwarteten Ist 2023 nach oben angepasst.

Im Bereich **Verwaltungsbedarf** sind Aufwendungen von 80 T€ geplant. Diese entstehen größtenteils durch Telefon- und Mobilfunkverträge, EDV-Bereitstellungs- und Wartungsaufträge sowie Repräsentationsaufwand (Öffentlichkeitsarbeit).

Die **zentralen Verwaltungskosten** stellen eine Umlage der Personalkosten für Dienstleistungen verschiedener Abteilungen des GPR Klinikums für den Bereich der GPR Ambulanten Pflege dar

und belaufen sich im Wirtschaftsjahr 2023 auf 60 T€. Diese wurden gegenüber dem Planansatz 2023 infolge der Weiterverrechnung der Tariferhöhungen deutlich erhöht.

Im Bereich der **Instandhaltungen** sind für die Fahrzeuge Aufwendungen von insgesamt 23 T€ geplant. Dieser Ansatz liegt um 8 T€ über dem Ansatz 2023 und orientiert sich an der Entwicklung 2023.

Für **Steuern und Versicherungen** entstehen Aufwendungen in Höhe von 45 T€. Hauptsächlich handelt es sich hierbei um Prämien in der KFZ-Versicherung, bei der mit Steigerungen von 13 % gerechnet wurde.

Die planmäßigen **Abschreibungen** (hauptsächlich für den Fuhrpark) sind mit 48 T€ geplant.

Bei den **Zinsen** in Höhe von 4 T€ handelt es sich um ein Darlehen des GPR Klinikums.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** sind mit 64 T€ geplant und beinhalten im Wesentlichen die Zahlungen in den Ausbildungsfonds nach PflBG, Mietaufwendungen sowie Aufwendungen für Fort- und Weiterbildungskosten.

Erträge

In der GPR Ambulanten Pflege sind für das kommende Jahr **Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen** in Höhe von rund 2.309 T€ geplant. Sie liegen damit um 173 T€ über dem Planansatz für 2023 und um 301 T€ über den erwarteten Erlösen 2023. Im Bereich GPR Ambulantes Pflegeteam Mainspitze wird für SGB-V-Leistungen mit einer Preiserhöhung um 5 % gegenüber den jetzigen Preisen kalkuliert. Bei den SGB-XI-Leistungen wird für die Wundversorgung ab Januar 2024 mit durchschnittlich 50 EUR gerechnet und damit einer deutlichen Steigerung gegenüber den derzeitigen Preisen. Hierzu laufen auf Verbandsebene zum Zeitpunkt der Planerstellung jedoch noch Verhandlungen. Die übrigen Preise für SGB-XI-Leistungen sind hingegen bis Ende 2024 fix. Im Bereich der GPR Sozialstation Mainz-Oppenheim wird mit Preiserhöhungen im SGB-XI-Bereich zum 01. Januar von 5 % und im SGB-V-Bereich zum 01. April von 7 % gerechnet.

Die **Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben** beinhalten neben den Erlösen für das Angebot „Wohnen mit Service“ in der GPR Seniorenresidenz auch eine Vergütung für die Praxisanleitung bei den Einsätzen der Schülerinnen und Schüler im Ausbildungsgang zur Pflegefachkraft im Bereich des GPR APT Mainspitze.

Unter den **Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand** werden die abzurechnenden Ausbildungszuschläge für die Einzahlungen in den Ausbildungsfonds, welche den Klienten in Rechnung zu stellen sind, aufgeführt. Der Ansatz korrespondiert dabei mit dem in den Fonds zu zahlenden Betrag, welcher sich unter der Position „Sonstige Aufwendungen“ findet. Für Auszubildende Pflegefachkräfte der Universitätsklinik Mainz, die ihren praktischen Teil im ambulanten Bereich tw. in der GPR Sozialstation Mainz-Oppenheim erbringen, sind hier jeweils Erstattungen eingeplant.

Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung wird für 2024 wieder mit **Zinserträgen** gerechnet. Diese orientieren sich dabei an der Entwicklung in 2023.

Die **sonstigen ordentlichen Erträge** fallen nach dem Wegfall des Hautnotrufs für Bewohner des Adelung-Haus in Rüsselsheim im Laufe des Jahres 2023 für 2024 deutlich geringer aus.

Insgesamt beträgt das geplante Erlösvolumen der GPR Ambulanten Pflege für das Wirtschaftsjahr 2024 rund 2.406 T€.

Die GPR Ambulante Pflege plant damit ein positives **Jahresergebnis** von + 56 T€.

2.4 Zusammenfassende Betrachtungen zum Ergebnis des Erfolgsplanes

Der Erfolgsplan 2024 weist für das GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH insgesamt ein leicht negatives Jahresergebnis aus. Das **EBITDA** (Ergebnis vor Zinsen, Unternehmenssteuern, Abschreibungen und Zuschreibungen auf das materielle und immaterielle Sachanlagevermögen), welches die Investitionsfähigkeit eines Unternehmens wiedergibt, beträgt insgesamt **1.834 T€**. Hiervon entfallen auf das GPR Klinikum 563 T€, auf die GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ 1.165 T€ und auf das GPR Ambulante Pflegeteam 106 T€. Ferner stehen Landesfördermittel in Höhe von ca. 6,3 Mio. € und noch einmal mehr als 0,8 Mio. € Abruf aus dem Krankenhauszukunftsfonds zur Verfügung, so dass die eigene Investitionsfähigkeit gegeben ist. Gleichwohl ist es unbedingt erforderlich jede weitere Einsparmöglichkeit im Jahr 2024 zu suchen und zu heben.

Das Ergebnis des **GPR Klinikums** basiert, wie bereits in den Erläuterungen zum Erfolgsplan beschrieben, auf der Annahme einer deutlich steigenden Leistungsmenge nahezu wieder auf ein Ist-Niveau des Jahres 2019 (dem letzten Jahr vor der Corona-Pandemie), welche sodann mit den Krankenkassen zu 100 % im Rahmen der Budgetrunde 2024 verhandelt und vereinbart werden kann.
Der Landesbasisfallwert 2024 steht zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung noch nicht final fest und die Entwicklung wird in Höhe von 5,13 % berechnet, was ein maximales Verhandlungsergebnis auf Landesebene voraussetzt.

Das prognostizierte Jahresergebnis für die **GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“** liegt im Jahr 2024 deutlich im positiven Bereich, was damit zum einen mit den deutlichen Erhöhungen beim Investitionszuschlag zusammen hängt und zum anderen auf denen deutlichen Erhöhungen der Pflegeentgelte sowie Entgelte für Unterkunft und Verpflegung zum 01.02.2024 beruht.

Ziel für das **GPR Ambulante Pflegeteam** ist es im Jahr 2024 die positive Entwicklung beim Klientenstamm im GPR APT Mainspitze weiter fortzusetzen und bei der GPR Sozialstation Mainz-

Oppenheim zusätzliche Erlöse durch eine Erhöhung der versorgten Klientinnen und Klienten zu generieren.

3. Vermögensplan

Im Vermögensplan sind alle voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben des Wirtschaftsjahres, die sich aus Anlagenänderungen – wie Erneuerungen, Erweiterungen, Neubau oder Veräußerungen – und aus der Kreditwirtschaft (Aufnahme und Tilgungen) ergeben, sowie die notwendigen Verpflichtungsermächtigungen (über das Planjahr hinausgehende finanzielle Bindungen) des GPR - unterteilt nach den einzelnen Betrieben - darzustellen.

Die Einnahmen des Vermögensplans sind nach Finanzierungskriterien sortiert. Hierbei sind allerdings nur die für das laufende Wirtschaftsjahr bereitgestellten Mittel angegeben.

Die Ausgaben des Vermögensplanes sind nach Vorhaben getrennt sowie nach Anlagennachweis gegliedert veranschlagt. Hierbei sind die Ausgaben für die gesamte Maßnahme und die gegebenenfalls bereits in Vorjahren für das Vorhaben bereitgestellten Mittel angegeben.

Die Vorhaben des Vermögensplans sind im Gegensatz zu den Veranschlagungen im Erfolgsplan nicht gegenseitig deckungsfähig. Allerdings dürfen im Vermögensplan veranschlagte und nicht oder nicht vollständig verausgabte Beträge für das gleiche Vorhaben im Folgejahr weiter verwandt werden. Mittel, die in Wirtschaftsplänen vergangener Jahre für Maßnahmen bereits veranschlagt waren, sind als „bereits planmäßig bereitgestellte Mittel“ ausgewiesen. Mittel, die für eine Maßnahme in den kommenden Jahren bereit zu stellen sind, werden als „Verpflichtungsermächtigungen“ ausgewiesen.

Die Aufstellung zu den einzelnen Positionen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

3.1 Aufstellung der Einnahmen (Deckungsmittel) des Vermögensplans mit Erläuterungen (Anlage 1 Seite 1)

Deckungsmittel (Mittelherkunft)

GPR Klinikum

4 Zuführungen zu Sonderposten mit Rucklagenanteil

GPR Klinikum

Die seit dem Jahr 2016 in Hessen eingeführte Pauschalierung der Krankenhausförderung kommt im Jahr 2024 weiter für das GPR Klinikum zum Zug und ersetzt die ehemaligen Einzelförderungen nach § 9 Abs. 1 und die Pauschalfördermittel für Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren nach § 9 Abs. 3 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG). Für das Jahr 2024 stehen dem GPR Klinikum ca. 6.300 T€ für Investitionen zur Verfügung, welche im Planjahr vollständig verausgabt werden sollen. Im Jahr 2023 erhöhte das Land Hessen mit einem Doppelhaushalt die pauschalen Zuwendungen für zwei Jahre um ca. 25 %. Für die Jahre ab 2025 ist eine jährliche Anpassung an Inflationsentwicklungen geplant, so dass dann weiter jährlich Mittel in Höhe von ca. 5.500 - 5.800 T€ zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden für die weitere Modernisierung des GPR Klinikums in den nächsten Jahren dringend benötigt, da sich insbesondere in vielen technischen Bereichen ein erheblicher Investitionsstau ergeben hat.

Ferner stehen dem GPR Klinikum Fördermittel des Bundes im Zusammenhang mit den Fördertatbeständen des Krankenhauszukunftsgesetzes insbesondere zur Digitalisierung im Rahmen der Patientenversorgung zur Verfügung. Insgesamt werden hier Fördermittel auf Basis der beantragten Mittel in Höhe ca. 3.736 T€ erwartet. Im Jahr 2023 sind bereits erfolgreich 841,4 T€ aus diesem Krankenhauszukunftsfonds abgerufen worden. Für das Jahr 2024 wird mit zunehmenden Projektierungsstand ein weiterer Abruf in Höhe von ca. 800 T€ erwartet.

5 Abschreibungen und Anlagenabgänge

GPR Klinikum

Aus den zurückfließenden Abschreibungen ist die Tilgung der Darlehensraten für die Holzhackschnitzelheizung und der aufgenommenen Darlehen zur Finanzierung des Eigenanteils für den Funktions- und Bettenhausneubau C vorzunehmen.
Aus den zurückfließenden Abschreibungen für die Wohnbauten des GPR Klinikums werden die Tilgungen für die Darlehen für die Personalwohnbauten bedient.

GPR Seniorenresidenz

Die Bewohner der GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ entrichten mit den Pflegesätzen

gemäß Pflegeversicherungsrecht einen Anteil für die Investitionskosten der Einrichtung. Die veranschlagten Mittel von 323,5 T€ werden entsprechend für Neuanschaffungen und die Tilgung der Darlehen verwendet.
Die Abschreibungen auf Wohnbauten („Betreutes Wohnen“ und Personalwohnhaus) werden in Höhe der jährlichen Tilgung nicht durch Entnahme aus der Kapitalrücklage neutralisiert und stehen damit als Deckungsmittel zur Finanzierung der Tilgung von Darlehen zur Verfügung.

GPR Ambulante Pflege
Für das GPR Ambulante Pflegeteam sind für 2024 keine Investitionen vorgesehen.

8 Rückflüsse aus gewährten Darlehen

GPR Klinikum
Die Tilgungsraten aus den gewährten Darlehen an die Tochtergesellschaft GPR Medizinisches Versorgungszentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH dienen der Tilgung des Bankdarlehns des GPR Klinikums.

10 Mieteinnahmen

GPR Klinikum
Die Einnahmen aus der Vermietung der Strahlentherapie und der Wohnungen in den Personalwohnhäusern dienen zur Finanzierung der entsprechenden Darlehen.

GPR Seniorenresidenz
Die Mieteinnahmen aus dem Betreuten Wohnen dienen zur Finanzierung entsprechender Darlehen.

11 Noch nicht zweckentsprechend verwendete Förderung aus 2023 und Vorjahren

GPR Klinikum
Die aus der Pauschalierung der Förderung resultierenden Mittel wurden im Jahr 2023 und Vorjahren nicht vollständig verausgabt und dienen nun der Deckung der Investitionen im Planjahr.

3.2 Aufstellung der Ausgaben (Investitionsvorhaben) des Vermögensplans mit Erläuterungen (Anlage 1 Seite 2)

Investitionen (Mittelverwendung)

1 Sachanlagen und immaterielle Anlagenwerte

1a) Grundstucke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten

GPR Klinikum

Verlegung Hämodialyse

Im Zuge der Erneuerung und Erweiterung des Zentral-OPs im Bestand muss zur Gewinnung notwendiger Fläche die Hämodialyse in die Räumlichkeiten der ehemaligen Intensivstation im Gebäude S2 verlegt werden

Erweiterung Apotheke/OTK durch Anbau Geb. E

Es ist derzeit noch mittelfristig vorzusehen, für die OTK weitere Räumlichkeiten für OPs zur Verfügung zu stellen. Der Bereich der hochelektiven Eingriffe wird sich im GPR Klinikum voraussichtlich weiter entwickeln. Auf Grund der qualitativ hochwertigen Rahmenbedingungen im GPR im Vergleich zu anderen Wettbewerbern existiert eine hohe Nachfrage nach Operationskapazitäten auch aus dem überregionalen niedergelassenen Bereich. Durch diese Erweiterung ist eine bauliche Erweiterung am Gebäude E erforderlich, die im Erdgeschoss zu einer Erweiterung des Bereichs Apotheke/Zentraleinkauf führen kann. Hier werden durch Installation des zukünftig gesetzlich notwendigen und über das Krankenhauszukunftsgesetz finanziell zum Teil geförderten „Closed-Loop-System“ der Arzneimittelversorgung Flächen für die Aufstellung der benötigten Automaten (Warenlagerautomat und Warenausgabeautomat) erforderlich. Die Automatisierung dieses Prozesses führt an verschiedenen Stellen zu einem rationelleren Personaleinsatz (Pflege, Apotheke, Logistik).

Sanierung Kellergänge und Apothekenhof

Der Apothekenhof des GPR Klinikums ist nach festgestellten Schäden im Unterbau durch Wassereintritt sanierungsbedürftig. Die Gesamtmaßnahme wird mit 250 T € Kosten hinterlegt. Im Jahr 2024 soll die Maßnahme erfolgen.

Erneuerung Zentral-OP im Bestand

Die Modernisierung und Erweiterung des zentralen Operationsbereiches ist erforderlich, da dieser Bereich seit Beginn der 80er Jahre – abgesehen von den jeweils erfolgten Modernisierungen in den technischen Ausstattungen – räumlich nicht mehr verändert wurde und dringend neuen und modernen Erfordernissen angepasst werden muss. Die Operationssäle moderner Prägung sind auf Grund der technischen Ausstattung deutlich größer und werden logistisch durch neue Konzepte der Materialbereitstellung (Siebe etc.) anders angedient. Für das Jahr 2024 sind der Abschluss der Erneuerungen im Bereich der Lüftung, erste räumliche Eingriffe und weitere Elektroarbeiten angesetzt.

Erneuerung Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik Bettenhaus A + B

Die Erneuerung ist notwendig, da zum einen die zwischengeschalteten Pumpen zum Transport der Energie veraltet sind und zum anderen eine optimalere Energielastverteilung erforderlich ist. Mit dieser Maßnahme können Energiekosten eingespart werden, da neue Pumpen wesentlich

effizienter arbeiten und gleichzeitig wird über das bessere Energiemanagement ein Vorteil für die Umwelt erzielt. Die Maßnahme wurde in die Jahre ab 2024 verschoben.

Erneuerung Lichtrufe Stationen

Die Lichtrufanlagen auf den älteren Stationen sind gemäß Angabe des Herstellers „out-of-service". Dies bedeutet, dass neue Ersatzteile nicht mehr hergestellt werden und über den Zweitmarkt beschafft werden müssen, was derzeit immer schwieriger möglich ist. Die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit ist derzeit noch gegeben.
Daher ist sukzessive im ganzen Haus eine Modernisierung der Lichtrufanlagen vorgesehen. Planmäßig wird im Jahr 2024 das Projekt bedarfsorientiert fortgesetzt.

Austausch Kühltürme Gebäude S1/S2

Aufgrund von Hygieneanforderungen für das Kühlwasser muss der Steuerung der Kühlwasserpumpen sowie die Nachspeisung zur Wasseraufbereitung in den Jahren ab 2025 angepasst werden.

Erneuerung VE-Wasseranlage Kühltürme Gebäude S1/S2

Zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit und der Wirtschaftlichkeit (geringere Wasserverdunstung und niedrigerer Einsatz von Bioziden) sollen die Kühlturme Gebäude S1/S2 mit enthärtetem Wasser befüllt werden. Hierzu ist der Aufbau einer VE-Wasseranlage im Jahr 2024 vorgesehen.

Austausch Kältemaschinen

In den nächsten Jahren (ab dem Jahr 2025) müssen die Kältemaschinen 1 und 3 wahrscheinlich altersbedingt ausgetauscht werden. Die Maschinen produzieren das Kaltwasser für das GPR Klinikum außer für das Bettenhaus C. Kältemaschine 2 wurde bereits im Jahr 2016 erneuert. Mit dem Austausch wird auch ein deutlicher energetischer Vorteil erzielt werden können.

Sanierung IT-Netz Notaufnahme

Das Niederspannungsnetz in der elektrischen Energieversorgung in der Notaufnahme ist altersbedingt auszutauschen, um den aktuellen Sicherheitsanforderungen gerecht zu werden.

Erweiterung und Umbau Kinderarztpraxis Geb. B1

Im Rahmen der Veräußerung der Kinderarztpraxis zum 01.01.2024 soll diese für die weitere Nutzung um die Praxisräume der jetzigen Frauenarztpraxis Gebäude B1 erweitert werden. Ferner sind für Raumumnutzungen kleinere bauliche Eingriffe notwendig. Die Refinanzierung erfolgt über eine entsprechende Anpassung des Mietpreises und über die festgesetzte Mindestmietzeit von 10 Jahren.

Brandschutzmaßnahmen Klinikum Altbestand

Für die weitere Nutzung der Ebenen 61, 62 ist eine brandschutztechnische Ertüchtigung notwendig. Gleiches gilt für den Flur in der Ebene 1 auf Grund deutlicher Erweiterung der technischen Infrastruktur (Verkabelung). Die Maßnahmen fallen sukzessive an.

.

Wasserversorgung

Erneuerung Abwasserhebeanlagen

Die Abwasserhebeanlagen des GPR Klinikums sollen sukzessive in den Folgejahren altersbedingt ausgetauscht werden.

Optimierung Energieversorgung

Erneuerung Dampferzeugung Zentralsterilisation

Im Zuge des Projekts der Erneuerung der der Heizzentrale und der zentralen Dampferzeugung soll auch die energiefressende Dampferzeugung in der Zentralsterilisation von zwei großen auf drei kleinere und energieeffizientere Dampferzeuger umgestellt werden.

Erneuerung Energie- und Dampferzeugung

Die Gaskessel, Baujahr 1974, die zur Redundanz der Versorgung des GPR Klinikums neben der Holzhackschnitzelheizung sowie für den Sommerbetrieb erforderlich werden, müssen getauscht werden. Weiterhin kann mit dieser Maßnahme auch die Optimierung der Dampferzeugung mit den entsprechenden wirtschaftlichen positiven Folgen durchgeführt werden. Derzeit wird erfolgt die Erwärmung des Wassers im Umweg einer Dampferzeugung. Der erzeugte Dampf wird zur Erwärmung des Wassers genutzt. Dieses Konzept wurde vor mehreren Jahrzehnten etabliert, als eine zentrale Dampferzeugung im größeren Maß zur Sterilisation und zum Transport von Wärmeenergie (Sterilisation, Küche, Apotheke) erforderlich war. Zwischenzeitlich wurden entsprechende Modernisierungen in den Bereichen vorgenommen oder der Bedarf ist durch die kostengünstige dezentrale Dampferzeugung vor Ort (Sterilisation) entfallen. Damit ist die zentrale Dampferzeugung nicht mehr wirtschaftlich und muss durch ein neues Konzept der Energieerzeugung abgelöst werden. Gleichzeitig vermindern sich mit dem Einsatz von neuen Heizanlagen auch die Kosten für die Instandhaltungen in diesem Bereich deutlich. Für das Jahr 2024 sind hier weitere Restarbeiten und Anpassungen der Versorgungsleitungen geplant.

GPR Seniorenresidenz

Aufzug Haus E

In Haus E in der GPR Seniorenresidenz muss der Lastenaufzug ausgetauscht werden, welcher irreparabel ist.

1b) Technische Anlagen und Einrichtungen und Ausstattungen

GPR Klinikum

Batteriegestützte Stromversorgung Geb. S1 (Notaufnahme)

Die Anlage für die Batteriepufferung des Stromnetzes für die Notaufnahme ist aus sicherheitsrelevanten Aspekten in naher Zukunft auszutauschen. Die Anlage puffert die Zeit bei einem Netzausfall bis zur Übernahme des Notstromdiesels und stellt auch bei einer Störung des Notstromdiesels die erforderliche Spannung für ca. drei Stunden zur Verfügung.

Neueinbau Steckbeckenspüle Urologische Ambulanz und Funktionsdiagnostik

Aufgrund hygienischer Anforderungen ist der erstmalige Einbau in den Räumlichkeiten der urologischen Ambulanz notwendig.

Austausch Steckbeckenspülen Bettenstationen GPR Klinikum

Altersbedingt ist der Austausch mehrerer Steckbeckenspülen auf den Stationen des GPR Klinikums notwendig. Für das Jahr 2024 ist zunächst der Austausch von zwei Spülen vorgesehen.

Erneuerung medizinische Druckluft Gebäude R

Geplant ist die Erneuerung der in die Jahre gekommenen Druckluftkompressoren im Gebäude R, welche die komplette Druckluft für das GPR Klinikum erzeugen, welche auf den Stationen, im OP, etc. aus den Dosen in der Wand abrufbar ist.

Anschaffung eines MRT

Am 27.11.2018 wurde das neue MRT-Gerät für das GPR Klinikum geliefert. Aktuell erfolgen die Einmessungen und die Herstellung der Betriebsbereitschaft durch die Firma Phillips, die plangemäß Mitte Januar 2019 abgeschlossen wird. Mit diesem MRT werden höhere Durchlauf- und Prozesszeiten möglich werden, da zum einen der größere Röhrenquerschnitt eine bessere Untersuchungsverträglichkeit mit geringeren Diagnostik-Abbrüchen erbringt und zum anderen die 2-Lafetten-Lösung die Vorbereitung des Patienten während der MRT-Messung beim vorherigen Patienten, also einen Parallelbetrieb, ermöglicht. Weiterhin wird auch eine Erweiterung des Leistungsspektrums (Fusion von MRT-Bildern mit Ultraschallbildern zur genaueren Diagnostik von Neubildungen der Prostata, die MRT-Diagnostik des Herzens und die bessere Darstellung von Erkrankungen der Fingergelenke) möglich. Dieses Gerät wird damit in zentralen Bereichen der Urologie, der Kardiologie und der Handchirurgie die diagnostischen Möglichkeiten erheblich erweitern und einen guten Patientennutzen bieten. Die Beschaffung wurde über ein Leasingmodell finanziert, so dass nunmehr jährlich entsprechende Leasingraten anstehen.

Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von 3 – 15 Jahren

Aus den Mitteln der pauschalierten Gesamtfördermittel 2024 und der Restmittel 2023 des Landes werden für das GPR Klinikum ca. 3.934 T€ insbesondere für die Beschaffung medizinischer Geräte, die laufenden Leasing- und Mietkaufzahlungen für die Laboranalysegeräte und den OP-Roboter und für den notwendigen Ausbau der IT-Infrastruktur verwandt werden. Die übrigen Mittel aus den pauschalen Fördermitteln stehen für Wiederbeschaffungen im Wirtschafts-, Verwaltungs- und Technik-Bereich zur Verfügung.

GPR Seniorenresidenz

Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von 3 – 15 Jahren

Mittel aus den heimentgeltrelevanten Abschreibungen des Jahres 2024 sollen für diverse Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren bereitgestellt werden. Diese Position ist erforderlich, da die Heimleitung immer wieder flexibel auf unvorhergesehene Defekte von Mobiliar und Geräten mit Ersatzbeschaffungen reagieren muss. Auch Maßnahmen des kleinen Baubedarfes werden aus dieser Position bestritten.

GPR Ambulante Pflege

Wirtschaftsgüter mit einer Nutzungsdauer von 3 – 15 Jahren

Für das Jahr 2024 sind hier aktuell keine Mittel vorgesehen.

2 Finanzanlagen

Im Bereich der Finanzanlagen sind keine Veränderungen vorzusehen. Die Beteiligungen an den Tochterunternehmen GPR Service GmbH und GPR Medizinisches Versorgungszentrum gemeinnützige GmbH bestehen fort.

3 Tilgung von Krediten

GPR Klinikum

Die Positionen „Darlehenstilgungen für Personalwohnheime“, „Tilgung Radioonkologie“, „Tilgung Holzhackschnitzelheizung“ sowie „Tilgung Anschlussfinanzierung Funktions- und Bettenhaus C“ werden gemäß den Tilgungsplänen fortgeschrieben.

Darüberhinaus wird die auf 10 Jahre ausgelegte Tilgung des Bankdarlehens zur Überbrückung des Kassenkredits bei der Stadt Rüsselsheim mit der jährlichen Rate fortgeschrieben.

GPR Seniorenresidenz

Die Darlehenstilgungen „Sanierung Haus B“, „Neubau Haus C“, „Darlehen KPS“, also für die Krankenpflegeschule, die Darlehen für das Betreute Wohnen, das Wohngebäude sowie die Maßnahmen aus den Jahren 2002 – 2004 zur Sanierung der GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ und den 1. Bauabschnitt (Gebäude A) werden planmäßig fortgeschrieben

4. Finanzplan

Übersicht Über die Entwicklung der Einnahmen (Deckungsmittel) und der Ausgaben (Investitionsvorhaben) 2023 bis 2027 (Anlage 2)

Die Entwicklung der Einnahmen (Deckungsmittel) und der Ausgaben (Investitionsvorhaben) von 2023 bis 2027 sind der Anlage 2 zu entnehmen. Entsprechende Erläuterungen zur Herkunft der Deckungsmittel wurden bereits unter Punkt 3.1 des Vermögensplanes gegeben.

5.1 Stellenübersicht nach Berufsgruppen

GPR gGmbH

Bezeichnung	Planstellenansatz 2023	Planstellenansatz 2024	Abweichung 2024 / 2023	Bemerkung
Ärztlicher Dienst	198,43	198,92	0,49	
Pflegedienst inkl. zusätzl. Betreuungskräfte	531,63	517,77	-13,86	
Med. Tech. Dienst	131,54	131,83	0,29	
Klinischer Funktionsdienst	142,46	136,93	-5,53	Siehe Erläuterung zum Stellenplan
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	28,61	29,53	0,92	
Technischer Dienst	17,60	18,35	0,75	
Verwaltungsdienst inkl. Auszubildende	79,91	79,51	-0,40	
Sonderdienst	7,85	7,10	-0,75	
Ausbildungsstätten	6,90	7,73	0,83	
Gesamt	**1.144,93**	**1.127,68**	**-17,25**	

KLINIKUM

Ärztlicher Dienst	198,43	198,92	0,49	
Pflegedienst	418,65	400,18	-18,47	
Med. Techn. Dienst	131,54	131,83	0,29	
Klinischer Funktionsdienst	142,46	136,93	-5,53	
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	10,82	11,82	1,00	Siehe Erläuterung zum Stellenplan
Technischer Dienst	15,60	15,60	0,00	
Verwaltungsdienst	74,15	73,68	-0,47	
Sonderdienst	7,85	7,10	-0,75	
Ausbildungsstätten	6,90	7,73	0,83	
Gesamt	**1.006,40**	**983,80**	-22,60	

SENIORENRESIDENZ

Heimleitung	1,12	1,12		
Pflege und Betreuung	81,46	86,09	4,63	
zusätzl. Betreuungskräfte § 87b SGV XI	9,34	9,62	0,28	
Hauswirtschaft	16,16	15,97	-0,20	
Verwaltungsdienst	2,19	2,26	0,07	Siehe Erläuterung zum Stellenplan
Technischer Dienst	2,00	2,75	0,75	
Gesamt	**112,27**	**117,80**	5,53	

AMBULANTES PFLEGETEAM

Pflegedienst	22,18	21,88	-0,30	
Hauswirtschaft	1,63	1,75	0,12	
Verwaltungsdienst	2,45	2,45		
Leitung				Siehe Erläuterung zum Stellenplan
Gesamt	**26,26**	**26,08**	-0,18	

Nachrichtlich (Stand: 21.11.2023)		maximal besetzbare Plätze :
Gesundheits- und Krankenpflegeschüler/in [1:9,5] (Klinikum) Gesundheits- und Krankenpflegehilfeschüler/in [1: 6] (Klinikum)	79 Auszubildende	120 Ausbildungsplätze insgesamt
Auszubildende OP-/Anästhesie-Techn. Assistent/in [1:7] (Klinikur	11 Auszubildende	2 Ausbildungsplätze ab 2016 4 Ausbildungsplätze ab 2017 3 Ausbildungsplätze ab 2018
Auszubildende in der Altenpflege [1:7] (Seniorenresidenz)	4 Auszubildende	7 Ausbildungsplätze pro Jahr
Medizinstudenten im Praktischen Jahr [PJler] (Klinikum)	32 PJ-Studierende	28 PJ-Ausbildungsplätze pro Jahr
Bundesfreiwilligendienst [BFD] / Freiwillig Soziales Jahr [FSJ]		
- Klinikum	5 BFD / FSJ	8 Plätze
- Ambulantes Pflegeteam	BFD / FSJ	0 Plätze
- Seniorenresidenz	1 BFD / FSJ	2 Plätze

Erläuterungen zur Stellenübersicht

Allgemeines

Die Stellenübersicht gliedert sich in einen Gesamtüberblick über die Stellen des GPR Gesundheits- und Pflegezentrums Rüsselsheim gemeinnützige GmbH (GPR) und die separate Darlegung der Stellen der einzelnen Geschäftsbereiche.

Der Stellenplan spiegelt die voraussichtlichen finanziellen Möglichkeiten zur Besetzung von Stellen im Rahmen des Erfolgsplanes wider, dem zugleich der zu erwartende Personalbedarf des Wirtschaftsjahres 2024 zu Grunde liegt.

In der Stellenübersicht (vgl. Tabelle) sind die Personalveränderungen ausgewiesen.

Der Tarifvertrag TV-Ärzte/VKA hat eine Laufzeit bis zum 30.06.2024. Ab dem 01.07.2024 wurde eine Tariferhöhung von 3,00 % prognostiziert.

Für die Renten- und Arbeitslosenversicherung steigen die Beitragsbemessungsgrenzen von 7.300 € auf 7.550 €, für die Kranken- und Pflegeversicherung von 4.987,50 € auf 5.175,00 €. Eine Erhöhung von 0,10 % wurde beim krankenkassenindividuellen Zusatzbeitrag bei der Krankenversicherung berücksichtigt.

Bei der arbeitgeberseitigen U2-Umlage zum Ausgleich der finanziellen Belastungen aus dem Mutterschutz wurde ein jahresdurchschnittlicher Anstieg von 0,15 % Prozentpunkten vorgesehen.

Die Insolvenzgeldumlage bleibt unverändert bei 0,06 %.

Die Umlage (5,70 % Arbeitgeberanteil bzw. 0,50 % Arbeitnehmeranteil) und das Sanierungsgeld (2,30 % Arbeitgeberanteil) an die Zusatzversorgungskasse Darmstadt bleiben in 2024 konstant.

GPR Klinikum

Das Stellensoll des GPR Klinikums reduziert sich gegenüber dem Vorjahr von 1.006,40 Vollkräften (nachfolgend VK genannt) auf 983,80 VK (- 22,60 VK).

Die Stellenbesetzung im **ärztlichen Dienst** sieht für das geplante Leistungsgeschehen in 2024 eine leichte Erhöhung vor (+ 0,49 VK). Stellenanpassungen gibt es an die tatsächlich notwendige und Ist-Stellenbesetzung in der Klinik für Anästhesie und anästhesiologische Intensivmedizin und den internistischen und chirurgischen Kliniken.

Der Stellenplan im Bereich **Pflegedienst** für das Jahr 2024 entspricht der aktuellen Hochrechnung auf Basis des derzeitigen prospektiven Personalbestands und reduziert sich um 18,47 VK. Eingeplant ist die Übernahme der 20 Krankenpflegehelfer:innen zum 01.09.2024 und von 14 Pflegefachfrauen und -männern zum 01.10.2024 aus den Ausbildungskursen der Krankenpflegeschule.
Vor dem Hintergrund der Vollfinanzierung der Pflege am Bett über das Pflegebudget ergibt sich in diesem Bereich weiter keine Limitierung nach oben. Die Mehrkosten sind entsprechend auf der Erlösseite abgedeckt.

Personalveränderungen ergeben sich im **Medizinisch-technischen Dienst** (+ 0,29 VK) aus Erweiterungen in der Medizintechnik und in der Klinikapotheke sowie Reduzierungen im Therapiezentrum PhysioFit und dem Ambulanten Chemotherapiezentrum.

Der Stellenplan im **Funktionsdienst** entspricht der aktuellen Hochrechnung auf Basis des derzeitigen prospektiven Personalbestands und reduziert sich um 5,53 VK.

Im **Wirtschafts- und Versorgungsdienst** ergibt sich für das Jahr 2024 eine Stellenerhöhung im Bereich der Bettenzentrale. Frei werdende Stellen werden hier jeweils über die GPR Service GmbH neu besetzt, wenn dies notwendig ist.

Der geplante Stellenumfang im **technischen Dienst** verändert sich im Jahr 2024 nicht.

Im **Verwaltungsdienst** ergibt sich in 2024 eine Reduzierung auf 73,68 VK (- 0,47 VK) im Rahmen einer Elternzeit im Bereich der Geschäftsführung.

Die geplanten Stellen im **Sonderdienst** reduzieren sich im Jahr 2024 auf 7,10 VK (- 0,75 VK).

Für das **Personal in Ausbildungsstätten** ergibt sich eine Stellenerhöhung auf 7,73 VK
(+ 0,83 VK) durch eine Rückkehr aus der Elternzeit. Ein Frühjahrskurs zur Pflegefachfrau/-mann ist nicht geplant.

GPR Seniorenresidenz

Das Stellensoll der GPR Seniorenresidenz „Haus am Ostpark“ erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um + 5,53 VK von 112,27 VK auf jahresdurchschnittliche 117,80 VK.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Personalentwicklung nach Berufsgruppen seit dem Jahr 2021.

Berufsgruppen	WP-Ansatz 2021	WP-Ansatz 2022	WP-Ansatz 2023	WP-Ansatz 2024	Δ 2024 / 2023
	VK	VK	VK	VK	VK
Heimleitung	**1,12**	**1,12**	**1,12**	**1,12**	**0,00**
Pflege und Betreuung	**84,90**	**82,55**	**81,46**	**86,09**	**4,62**
davon:					
PDL/QM	2,52	2,62	3,06	4,14	1,08
Pflegedienst	64,34	60,31	60,05	64,61	4,56
Azubi	0,90	0,78	1,04	0,69	-0,35
DAB /Sozialdienst	3,94	5,06	4,34	3,60	-0,74
Präsenzkräfte	13,20	13,78	12,97	13,05	0,07
zus. Betreuungskräfte § 43b SGB XI	**8,74**	**9,34**	**9,34**	**9,62**	**0,28**
Hauswirtschaft	**19,42**	**18,91**	**16,16**	**15,965**	**-0,20**
davon:					
Präsenzkräfte	13,19	13,77	12,97	13,05	0,07
Wirtschafts- und Reinigungsdienst	6,23	5,14	3,19	2,92	-0,27
Verwaltungsdienst	**2,08**	**1,95**	**2,19**	**2,26**	**0,07**
Technischer Dienst	**2,00**	**2,00**	**2,00**	**2,75**	**0,75**
G E S A M T	**118,26**	**115,87**	**112,27**	**117,80**	**5,53**

Das Personal wurde auf Basis der derzeitigen Personalstruktur und der erwarteten Veränderungen in 2024 ermittelt. Beim technischen Dienst kommt es zeitüberschneidend zu einer Doppelbesetzung, da der technische Leiter in 2024 in Rente geht und der Nachfolger rechtzeitig eingearbeitet werden soll.

GPR Ambulante Pflege

Das Stellensoll der GPR Ambulanten Pflege für das Wirtschaftsjahr 2024 beträgt 26,08 VK im Jahresdurchschnitt und reduziert sich um 0,18 VK gegenüber dem Wirtschaftsplanansatz des Vorjahres (26,26 VK).

Im Bereich Ambulantes Pflegeteam Mainspitze wurde bereits in 2023 mit einer Optimierung der Touren sowie Umstrukturierungen im Pflegedienst begonnen, so dass sich hier der Stellenanteil um 0,91 VK verringert. In der Sozialstation Mainz-Oppenheim erhöht sich Stellenplan hingegen um 0,73 VK auf das IST des Jahres 2023.

GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH, Rüsselsheim

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	31.12.2022		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	395.511,37		561.050,78
2. Geleistete Anzahlungen	21.539,25		21.539,25
		417.050,62	582.590,03
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	77.468.992,68		79.985.379,74
2. Technische Anlagen und Maschinen	12.471.033,08		12.782.677,45
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.440.460,88		7.644.718,06
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.786.323,82		988.130,73
		100.166.810,46	101.400.905,98
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	355.000,00		355.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.025.707,15		3.543.873,08
3. Beteiligungen	5.400,00		0,00
		2.386.107,15	3.898.873,08
		102.969.968,23	105.882.369,09
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.368.901,12		2.534.624,91
2. Unfertige Leistungen	870.545,52		659.679,25
		4.239.446,64	3.194.304,16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.839.905,93		11.573.824,86
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	695.781,17		437.932,48
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	12.250.106,75		5.501.507,24
davon nach dem KHEntgG	(11.959.430,24)		(3.635.755,46)
4. Sonstige Vermögensgegenstände	1.449.091,82		1.632.385,10
		24.234.885,67	19.145.649,68
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.026.066,22	2.361.007,05
		29.500.398,53	24.700.960,89
C. Ausgleichsposten nach dem KHG			
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		7.620.183,14	7.620.183,14
D. Rechnungsabgrenzungsposten		195.580,44	254.516,72
		140.286.130,34	138.458.029,84

PASSIVA	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	12.169.000,00		12.169.000,00
II. Kapitalrücklage	6.817.309,29		6.817.309,29
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	5.452.047,84		5.452.047,84
IV. Verlustvortrag	-18.318.280,77		-16.204.047,76
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.742.530,02		-2.114.233,01
		7.862.606,38	6.120.076,36
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	64.937.638,32		65.958.471,20
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	3.818.500,88		3.971.812,52
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	221.350,66		221.947,62
		68.977.489,86	70.152.231,34
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.825.510,00		3.851.507,00
2. Steuerrückstellungen	140.000,00		140.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	11.429.451,27		11.119.625,00
		15.394.961,27	15.111.132,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.274.710,32		28.336.013,36
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.081.372,29		2.304.698,73
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.110.983,35		5.117.604,16
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	802.371,69		753.588,98
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	4.947.705,92		6.953.285,97
davon nach dem KHEntgG	(0,00)		(0,00)
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	329.550,09		312.947,98
7. Sonstige Verbindlichkeiten	3.504.379,17		3.296.450,96
davon aus Steuern	(1.177.695,77)		(1.148.691,87)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)		(0,00)
		48.051.072,83	47.074.590,14
		140.286.130,34	138.458.029,84

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

	2022		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	103.129.505,62		103.541.684,08	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	462.015,20		529.437,51	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	11.857.613,47		11.466.050,49	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.635.303,60		1.469.204,43	
5. Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege	9.064.710,16		8.660.252,41	
6. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	1.873.676,18		1.760.843,22	
7. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	925.368,11		917.995,33	
8. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 des HGB, soweit nicht in den Nummern 1 bis 7 enthalten	7.604.002,12		7.317.745,38	
9. Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen	210.866,27		21.472,43	
10. Andere aktivierte Eigenleistungen	78.862,54		69.280,15	
11. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 15	1.880.488,47		1.607.042,34	
12. Sonstige betriebliche Erträge	946.920,00		1.865.759,81	
		139.669.331,74		139.226.767,58
13. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	71.003.057,77		67.799.772,06	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	18.762.537,02		18.105.418,22	
- davon für Altersversorgung:	(5.606.200,70)		(5.579.971,80)	
		89.765.594,79		85.905.190,28
14. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	26.235.750,80		27.445.036,89	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.324.862,69		13.467.723,99	
		37.560.613,49		40.912.760,88
Zwischenergebnis		12.343.123,46		12.408.816,42
15. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen		6.529.769,56		5.709.344,86
- davon Fördermittel nach dem KHG:		(6.465.410,79)		(5.588.832,08)
16. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		9.567.829,30		4.898.270,00
17. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		6.402.645,13		5.675.543,73
18. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen		249.215,54		238.949,26
Übertrag		21.788.861,65		17.101.938,29

	2022 EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	21.788.861,65	17.101.938,29
19. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	6.305.973,60	6.406.017,91
20. Sonstige betriebliche Aufwendungen	13.514.959,76	12.542.568,68
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre:	(93.556,13)	(25.537,40)
Zwischenergebnis	1.967.928,29	-1.846.648,30
21. Erträge aus Beteiligungen	60.000,00	60.000,00
- davon aus verbundenen Unternehmen:	(60.000,00)	(60.000,00)
22. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	56.346,85	29.782,47
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:	(0,00)	(0,00)
- davon aus verbundenen Unternehmen:	(17.134,23)	(9.124,73)
23. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	267.456,85	310.723,18
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:	(84.123,00)	(102.490,00)
- davon an verbundene Unternehmen:	(0,00)	(0,00)
24. Steuern	74.288,27	46.644,00
- davon vom Einkommen und vom Ertrag:	(23.781,56)	(44.344,12)
25. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.742.530,02	-2.114.233,01

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	394.704,95		559.594,92
2. Geleistete Anzahlungen	21.539,25		21.539,25
		416.244,20	581.134,17
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	56.336.994,26		58.160.860,82
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	6.528.522,78		6.798.621,87
3. Technische Anlagen	11.637.697,37		11.952.682,29
4. Einrichtungen und Ausstattungen	6.945.689,54		7.211.114,43
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.739.474,79		931.127,97
		84.188.378,74	85.054.407,38
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	355.000,00		355.000,00
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2.025.707,15		3.543.873,08
3. Beteiligungen	5.400,00		0,00
		2.386.107,15	3.898.873,08
		86.990.730,09	89.534.414,63
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.201.543,96		2.428.993,10
2. Unfertige Leistungen	870.545,52		659.679,25
		4.072.089,48	3.088.672,35
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.255.774,56		11.067.809,52
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	695.781,17		437.932,48
3. Forderungen gegen andere Teilbereiche der GPR gGmbH	1.142.897,71		1.329.687,07
4. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	12.250.106,75		5.501.507,24
davon nach dem KHEntgG	(11.959.430,24)		(3.635.755,46)
5. Sonstige Vermögensgegenstände	1.225.740,26		1.400.090,19
		24.570.300,45	19.737.026,50
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		175.813,30	1.056.359,13
		28.818.203,23	23.882.057,98
C. Ausgleichsposten nach dem KHG			
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		7.620.183,14	7.620.183,14
D. Rechnungsabgrenzungsposten		193.845,02	250.736,77
		123.622.961,48	121.287.392,52

PASSIVA	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	9.765.928,00		9.765.928,00
II. Kapitalrücklage	6.386.096,20		6.386.096,20
III. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	5.010.869,09		5.010.869,09
IV. Verlustvortrag	-18.265.304,15		-15.507.885,20
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.038.247,32		-2.757.418,95
		3.935.836,46	2.897.589,14
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens			
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	64.937.638,32		65.958.471,20
2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	38.188,35		60.610,95
3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	219.901,44		219.854,08
		65.195.728,11	66.238.936,23
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.070.934,00		3.069.080,00
2. Steuerrückstellungen	140.000,00		140.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	10.427.701,00		10.228.397,00
		13.638.635,00	13.437.477,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23.281.704,04		22.873.992,39
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.869.958,79		2.160.122,79
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.909.124,08		2.898.841,43
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	733.581,78		612.770,56
5. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Teilbereichen der GPR gGmbH	732.329,05		9.334,52
6. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	4.947.705,92		6.953.285,97
davon nach dem KHEntgG	(0,00)		(0,00)
7. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	329.422,27		312.820,16
8. Sonstige Verbindlichkeiten	3.048.935,98		2.892.222,33
davon aus Steuern	(1.110.565,79)		(1.076.224,30)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)		(0,00)
		40.852.761,91	38.713.390,15
		123.622.961,48	121.287.392,52

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 (nach der Krankenhausbuchführungsverordnung)

	2022		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	103.129.505,62		103.541.684,08	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	462.015,20		529.437,51	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	11.857.613,47		11.466.050,49	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.635.303,60		1.469.204,43	
5. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 des HGB, soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	7.600.418,89		7.290.496,57	
6. Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen	210.866,27		21.472,43	
7. Andere aktivierte Eigenleistungen	75.282,12		57.363,15	
8. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 12	1.867.835,34		1.603.537,68	
9. Sonstige betriebliche Erträge	296.359,87		922.463,43	
		127.135.200,38		126.901.709,77
10. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	64.619.416,97		61.675.424,98	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	16.927.880,77		16.278.789,91	
- davon für Altersversorgung:	(5.109.884,90)		(5.027.106,57)	
		81.547.297,74		77.954.214,89
11. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	25.276.662,90		26.385.625,31	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.121.168,29		12.012.923,34	
		35.397.831,19		38.398.548,65
Zwischenergebnis		10.190.071,45		10.548.946,23
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen		6.527.011,23		5.694.586,53
- davon Fördermittel nach dem KHG:		(6.465.410,79)		(5.588.832,08)
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		9.436.295,94		4.767.762,34
Übertrag		26.153.378,62		21.011.295,10

	2022 EUR	Vorjahr EUR
Übertrag	26.153.378,62	21.011.295,10
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	6.402.645,13	5.675.543,73
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	249.215,54	238.949,26
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.592.731,17	5.708.402,12
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.691.791,89	11.931.637,28
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre:	(93.556,13)	(25.537,40)
Zwischenergebnis	1.216.994,89	-2.543.237,29
18. Erträge aus Beteiligungen	60.000,00	60.000,00
- davon aus verbundenen Unternehmen:	(60.000,00)	(60.000,00)
19. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	58.075,92	31.887,25
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:	(0,00)	(0,00)
- davon aus verbundenen Unternehmen:	(17.134,23)	(9.124,73)
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	223.129,68	259.424,91
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:	(69.592,00)	(84.509,00)
- davon an verbundene Unternehmen:	(0,00)	(0,00)
21. Steuern	73.693,81	46.644,00
- davon vom Einkommen und vom Ertrag:	(23.187,10)	(44.344,12)
22. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.038.247,32	-2.757.418,95

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	31.12.2022		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		806,42	1.455,86
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten	11.070.505,98		11.354.826,29
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	3.532.969,66		3.671.070,76
3. Technische Anlagen	833.335,71		829.995,16
4. Einrichtungen und Ausstattungen	332.180,10		334.820,34
5. Fahrzeuge	1.482,95		2.851,82
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	46.849,03		57.002,76
		15.817.323,43	16.250.567,13
		15.818.129,85	16.252.022,99
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		167.357,16	105.631,81
II Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	258.175,92		225.444,86
2. Forderungen gegen andere Teilbereiche der GPR gGmbH	1.222.086,51		244.418,84
3. Sonstige Vermögensgegenstände	211.969,02		218.421,72
		1.692.231,45	688.285,42
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		823.234,73	1.235.019,74
		2.682.823,34	2.028.936,97
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.735,42	3.779,95
		18.502.688,61	18.284.739,91

PASSIVA	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.403.072,00		2.403.072,00
II. Kapitalrücklage	409.648,26		409.648,26
III. Gewinnvortrag	1.083.557,24		450.341,00
IV. Jahresüberschuss	850.750,90		633.216,24
		4.747.028,40	3.896.277,50
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens			
1. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	3.780.312,53		3.911.201,57
2. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	1.449,22		2.093,54
		3.781.761,75	3.913.295,11
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	754.576,00		782.427,00
2. Sonstige Rückstellungen	839.695,27		733.713,00
		1.594.271,27	1.516.140,00
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.993.006,28		5.462.020,97
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	174.199,03		136.218,78
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.201.859,27		2.218.762,73
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	68.513,82		140.468,86
5. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Teilbereichen der GPR gGmbH	527.882,34		633.789,05
6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	127,82		127,82
7. Sonstige Verbindlichkeiten	414.038,63		367.639,09
davon aus Steuern	(50.025,91)		(54.918,11)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)		(0,00)
		8.379.627,19	8.959.027,30
		18.502.688,61	18.284.739,91

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 (nach der Pflegebuchführungsverordnung)

	2022		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege		7.142.247,22		6.643.576,92
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung		1.873.676,18		1.760.843,22
3. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen		899.592,70		894.385,82
4. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 des HGB, soweit nicht in den Nummern 1 bis 3 enthalten		393.052,46		386.263,47
5. Andere aktivierte Eigenleistungen		3.580,42		11.917,00
6. Sonstige betriebliche Erträge		608.689,41		870.230,63
7. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	4.959.947,12		4.767.534,93	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.421.077,85		1.429.552,64	
- davon für Altersversorgung:	(383.984,78)		(442.841,22)	
		6.381.024,97		6.197.087,57
8. Materialaufwand				
a) Lebensmittel	446.089,02		389.402,32	
b) Aufwendungen für Zusatzleistungen	138.621,97		263.763,55	
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	289.961,38		345.284,69	
d) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	85.804,58		65.861,41	
		960.476,95		1.064.311,97
9. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen		1.375.942,66		1.393.850,60
10. Steuern, Abgaben, Versicherungen		104.865,66		103.960,87
11. Mieten, Pacht, Leasing		2.677,50		8.708,75
Zwischenergebnis		2.095.850,65		1.799.297,30
12. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen		2.758,33		14.758,33
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		131.533,36		130.507,66
14. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	670.241,36		670.066,52	
b) auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	38.937,58		2.976,87	
		709.178,94		673.043,39
Übertrag		1.520.963,40		1.271.519,90

	2022		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
Übertrag		1.520.963,40		1.271.519,90
15. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		234.693,68		259.423,00
16. Sonstige betriebliche Aufwendungen		391.411,46		328.761,07
Zwischenergebnis		894.858,26		683.335,83
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.905,38		3.245,09
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:	(0,00)		(0,00)	
- davon aus verbundenen Unternehmen:	(0,00)		(0,00)	
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		46.461,43		53.364,68
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:	(14.531,00)		(17.481,00)	
- davon an verbundene Unternehmen:	(0,00)		(0,00)	
19. Steuern		551,31		0,00
- davon vom Einkommen und vom Ertrag	(551,31)		(0,00)	
20. Jahresüberschuss		850.750,90		633.216,24

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	31.12.2022		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
1. Einrichtungen und Ausstattungen	4.644,96		6.269,72
2. Fahrzeuge	156.463,33		89.661,75
		161.108,29	95.931,47
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	325.955,45		280.570,48
2. Forderungen gegen andere Teilbereiche der GPR gGmbH	11.390,54		4.915,68
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.382,54		13.873,19
		348.728,53	299.359,35
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		27.018,19	69.628,18
		375.746,72	368.987,53
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		820.258,48	673.790,28
		1.357.113,49	1.138.709,28

PASSIVA	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Kapitalrücklage	21.564,83		21.564,83
II. Gewinnrücklagen			
Andere Gewinnrücklagen	441.178,75		441.178,75
III. Verlustvortrag	-1.136.533,86		-1.146.503,56
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	-146.468,20		9.969,70
V. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	820.258,48		673.790,28
		0,00	0,00
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		162.055,00	157.515,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und und Leistungen	37.214,47		8.357,16
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	276,09		349,56
3. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Teilbereichen der GPR gGmbH	1.116.163,37		935.898,02
4. Sonstige Verbindlichkeiten	41.404,56		36.589,54
davon aus Steuern	(17.104,07)		(17.549,46)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)		(0,00)
		1.195.058,49	981.194,28
		1.357.113,49	1.138.709,28

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 (nach der Pflegebuchführungsverordnung)

	2022		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erträge aus ambulanter, teilstationärer und vollstationärer Pflege sowie aus Kurzzeitpflege		1.922.462,94		2.016.675,49
2. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen		25.775,41		23.609,51
3. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 des HGB, soweit nicht in den Nummern 1 bis 2 enthalten		63.436,82		47.301,67
4. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten		12.653,13		3.504,66
5. Sonstige betriebliche Erträge		41.870,72		73.065,75
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	1.423.693,68		1.356.812,15	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	413.578,40		397.075,67	
- davon für Altersversorgung:	(112.331,02)		(110.024,01)	
		1.837.272,08		1.753.887,82
7. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Zusatzleistungen	13.540,73		26.091,20	
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	47.590,82		40.044,97	
c) Wirtschaftsbedarf/Verwaltungsbedarf	437,93		442,32	
		61.569,48		66.578,49
8. Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen		66.262,87		62.912,48
9. Steuern, Abgaben, Versicherungen		42.380,89		44.071,48
10. Mieten, Pacht, Leasing		25.426,47		37.126,58
Zwischenergebnis		33.287,23		199.580,23
11. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		43.001,07		27.549,27
12. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		913,92		913,92
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen		133.297,10		157.863,88
Zwischenergebnis		-143.924,86		13.253,16
14. Zinsen und ähnliche Erträge		201,99		266,59
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:		(0,00)		(0,00)
- davon aus verbundenen Unternehmen:		(0,00)		(0,00)
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.702,18		3.550,05
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:		(0,00)		(500,00)
- davon an verbundene Unternehmen:		(0,00)		(0,00)
16. Steuern		43,15		0,00
- davon vom Einkommen und vom Ertrag		(43,15)		(0,00)
17. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss		-146.468,20		9.969,70

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA

	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.138.647,58			2.660.875,96
2. Geleistete Anzahlungen	21.539,25	2.160.186,83		21.539,25
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	77.468.992,68			79.985.379,74
2. Technische Anlagen und Maschinen	12.471.033,08			12.782.677,45
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.995.422,05			8.180.599,91
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.786.323,82	100.721.771,63		988.130,73
III. Finanzanlagen				
Beteiligungen		5.400,00		0,00
			102.887.358,46	104.619.203,04
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3.382.639,49			2.543.980,58
2. Unfertige Leistungen	870.545,52	4.253.185,01		659.679,25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	10.413.908,29			12.588.151,34
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00			0,00
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	12.250.106,75			5.501.507,24
- davon nach dem KHEntG:	(12.030.188,23)			(3.635.755,46)
4. Sonstige Vermögensgegenstände	2.085.792,84	24.749.807,88		2.109.023,17
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.503.151,25		2.874.612,80
			30.506.144,14	26.276.954,38
C. Rechnungsabgrenzungsposten			195.580,44	254.516,72
D. Nicht durch Konzerneigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	1.616.158,74
			133.589.083,04	132.766.832,88

PASSIVA

		EUR	EUR	Vorjahr EUR
A.	**Eigenkapital**			
	I. Gezeichnetes Kapital	12.169.000,00		12.169.000,00
	II. Kapitalrücklage	2.934.432,77		2.934.432,77
	III. Gewinnrücklagen			
	Andere Gewinnrücklagen	0,00		0,00
	IV. Verlustvortrag	-16.719.591,51		-13.631.465,84
	V. Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag	1.979.298,97		-3.088.125,67
	VI. Nicht durch Konzerneigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00		1.616.158,74
			363.140,23	0,00
B.	**Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens**			
	1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	64.937.638,32		65.958.471,20
	2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	3.818.500,88		3.971.812,52
	3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	221.350,66		221.947,62
			68.977.489,86	70.152.231,34
C.	**Rückstellungen**			
	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3.825.510,00		3.851.507,00
	2. Steuerrückstellungen	140.000,00		140.000,00
	3. Sonstige Rückstellungen	11.846.664,34		11.527.050,07
			15.812.174,34	15.518.557,07
D.	**Verbindlichkeiten**			
	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	28.274.710,32		28.336.013,36
	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.021.601,46		2.889.908,47
	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.110.983,35		5.117.604,16
	4. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	4.947.705,92		6.953.285,97
	- davon nach dem KHEntG:	(0,00)		(0,00)
	5. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	329.550,09		312.947,98
	6. Sonstige Verbindlichkeiten	3.751.727,47		3.485.535,11
	- davon aus Steuern:	(1.353.751,84)		(1.309.762,33)
	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:	(0,00)		(0,00)
			48.436.278,61	47.095.295,05
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		0,00	749,42
			133.589.083,04	132.766.832,88

Anlage 2

GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH, Rüsselsheim

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		144.528.447,04	143.285.971,35
2. Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen		210.866,27	21.472,43
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		78.862,54	69.280,15
4. Sonstige betriebliche Erträge		17.324.682,47	12.688.790,87
- davon aus Währungsumrechnung:		(0,00)	(0,00)
- davon Fördermittel nach dem KHG:		(6.465.410,79)	(5.588.832,08)
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27.052.301,42		27.673.423,70
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.565.013,59	32.617.315,01	7.749.990,43
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	80.626.276,63		77.184.048,11
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	20.514.897,35		19.823.388,28
- davon für Altersversorgung:	(5.606.200,70)	101.141.173,98	(5.579.971,80)
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		6.847.789,44	6.973.438,27
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		19.223.062,28	19.407.635,73
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre:		(93.556,13)	(25.537,40)
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		40.381,29	20.657,74
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:		(0,00)	(0,00)
- davon aus verbundenen Unternehmen:		(0,00)	(0,00)
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		267.457,95	310.828,29
- davon aus der Abzinsung von Rückstellungen:		(84.123,00)	(102.490,00)
- davon aus verbundenen Unternehmen:		(0,10)	(0,00)
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		56.160,27	48.772,52
12. Ergebnis nach Steuern		2.030.280,68	-3.085.352,79
13. Sonstige Steuern		50.981,71	2.772,88
14. Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag		1.979.298,97	-3.088.125,67

WIRTSCHAFTSPLAN 2024 und JAHRESABSCHLUSS 2022

der

GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim Service GmbH

A. Wirtschaftsplan 2024

B. Jahresabschluss 2022

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1. Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Jahres 2024.....2

2. Erfolgsplan 2024.....3

3. Finanz- und Vermögensplan 2023 – 2027.....7

4. Stellenplan 2024.....8

1. Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Jahres 2024

Für die GPR Service GmbH zeichnet sich im neuen Geschäftsjahr 2024 weiterhin eine konstante Entwicklung ab. Der Wirtschaftsplan 2024 ist weiter durch die ganzjährig angespannte Finanz- und Erlössituation im GPR Klinikum als Hauptauftraggeber geprägt.

Die Aufwandssteigerungen bei den Sachkosten resultieren im Jahr 2024 primär aus der Steigerung der Aufwendungen für fremdbezogene Leistungen als Resultat aus der angespannten Lage am Arbeitsmarkt sowie den sonstigen ordentlichen Aufwendungen aus den Gas – und Strompreisen.

In dem seit dem 01.03.2022 für alle Berufsgruppen im DEHOGA Hessen gültigen Entgelttarifvertrag ist ab dem 01. Januar 2023 eine Tarifsteigerung von 6,5 % vereinbart. Der Entgelttarifvertrag ist weiterhin bis zum 30.06.2024 gültig. Danach wird bei der Planung der Personalkosten von einer Steigerung des Entgelttarifvertrages in Höhe von 4 % ausgegangen.

Geplante und voraussehbare Erträge und Aufwendungen des Unternehmens werden im Erfolgsplan mit Vergleich zum Vorjahr dargestellt. Im detaillierten Erfolgsplan werden die Planansätze für das neue Geschäftsjahr 2024 in DAWI (Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse) und NICHT-DAWI (Dienstleistungen, die NICHT zu den Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse zählen) unterteilt dargestellt. Des Weiteren werden die Planansätze des neuen Geschäftsjahres 2024 den Hochrechnungswerten des laufenden Jahres 2023 und den IST-Werten des vergangenen Geschäftsjahres 2022 gegenübergestellt.

Im Finanz- und Vermögensplan sind für die Jahre 2023-2027 sämtliche geplanten Investitionen mit den entsprechenden Ausgaben sowie die dafür benötigten Deckungsmittel dargestellt. Ein Teil der für das laufende Geschäftsjahr 2023 vorgesehenen Investitionen wurden nicht ausgelöst und sind nun für das Jahr 2024 vorgesehen.

In der Stellenübersicht werden die für die Betriebsführung notwendigen Stellen dargestellt.

2. Erfolgsplan

Im Erfolgsplan werden alle voraussehbaren und geplanten Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2024 - nach Kontengruppen zusammengefasst - summarisch dargestellt. Erläuterungen zu den jeweiligen Planansätzen schließen sich an die Übersichten an.

		WIPLAN 2023	WIPLAN 2024	Abweichung in T€	Abweichung in %
45	Management und Verwaltung	24	24		0,00%
45	Verpflegung und Küche	1.178	1.203	26	2,19%
45	Spülküche	365	371	5	1,48%
45	Reinigung	2.730	2.738	8	0,30%
45	Glasreinigung	45	30	-15	-33,33%
45	Wirtschaftslager	170	200	30	17,65%
45	Sonst. Dienstleistung (Schädlingsbek., Wahlleistungsstation, Einlasskontrollen)	366	177	-190	-51,74%
45	Patiententransport & Logistik & Gartenpflege	2.244	2.357	113	5,04%
45	Informationszentrale	309	315	6	1,99%
	Erlöse aus der Geschäftsbeziehung mit der GPR gGmbH insgesamt	**7.430**	**7.414**	**-16**	**-0,22%**
	Erlöse aus externen Geschäftsbeziehungen	**67**	**69**	**1**	**2,01%**
	Sonstige ordentl. Erträge (Energiegesellschaft)	**2.196**	**3.082**	**886**	**40,35%**
	Erlöse aus Zuschüssen	**30**	**45**	**15**	**50,00%**
	Zinserträge		**5**	**5**	**-**
	ERLÖSE GESAMT	**9.724**	**10.615**	**891**	**9,17%**
60	Löhne und Gehälter	5.370	5.147	-223	-4,16%
61	Gesetzliche Sozialabgaben	913	875	-38	-4,16%
64	Sonstige Personalaufwendungen	59	69	10	16,86%
	PERSONALAUFWENDUNGEN GESAMT	**6.343**	**6.091**	**-251**	**-3,96%**
66	Betriebsärztlicher Dienst/Med. Sachbedarf	63	45	-18	-28,57%
68	Wirtschaftsbedarf	131	115	-16	-12,41%
68	Fremdbezogene Leistungen	92	237	145	157,07%
69	Verwaltungsbedarf	79	74	-5	-5,96%
70	Zentrale Verwaltungsdienste	347	374	27	7,79%
72	Instandhaltungen	15	16	1	6,90%
73	Abgaben und Versicherungen	14	14		0,00%
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				-
78	sonstige ordentliche Aufwendungen	2.432	3.340	909	37,36%
	SACHAUFWENDUNGEN GESAMT	**3.172**	**4.214**	**1.042**	**32,87%**
76	Abschreibungen	47	69	22	46,81%
79	übrige Aufwendungen	3	2	-1	-20,00%
	SONSTIGE AUFWENDUNGEN GESAMT	**50**	**71**	**21**	**42,80%**
	AUFWENDUNGEN GESAMT	**9.564**	**10.377**	**812**	**8,49%**
	Summe AUFWENDUNGEN	9.564	10.377	812	8,49%
	Summe ERLÖSE	9.724	10.615	891	9,17%
	BETRIEBSERGEBNIS vor STEUERN	**159**	**238**	**79**	**49,41%**
	abzgl. Steuern vom Ertrag (31,75%)	51	76	25	0,49 €
	Betriebsergebnis nach Steuern	**109**	**163**	**54**	**49,41%**

Darstellung des Erfolgsplanes 2024 DAWI/NICHT-DAWI
(Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse = DAWI)

		WIPLAN 2024	N-DAWI	DAWI
45	Management und Verwaltung	24	24	
45	Verpflegung und Küche	1.203	241	962
45	Spülküche	371		371
45	Reinigung	2.738		2.738
45	Glasreinigung	30		30
45	Wirtschaftslager	200		200
45	Sonst. Dienstleistung (Schädlingsbek., Wahlleistungsstation, Einlasskontrollen)	177		177
45	Patiententransport & Logistik & Gartenpflege	2.357		2.357
45	Informationszentrale	315		315
	Erlöse aus der Geschäftsbeziehung mit der GPR gGmbH insgesamt	**7.414**	**265**	**7.149**
	Erlöse aus externen Geschäftsbeziehungen	**69**	**69**	
	Sonstige ordentl. Erträge (Energiegesellschaft)	**3.082**	**3.082**	
	Erlöse aus Zuschüssen	**45**		**45**
	Zinserträge	**5**		**5**
	Erlöse insgesamt	**10.615**	**3.416**	**7.199**
60	Löhne und Gehälter	5.147	256	4.891
61	Gesetzliche Sozialabgaben	875	45	830
64	Sonstige Personalaufwendungen	69	1	68
	PERSONALAUFWENDUNGEN GESAMT	**6.091**	**303**	**5.788**
66	Betriebsärztlicher Dienst	45	2	43
68	Wirtschaftsbedarf	115	5	110
68	Fremdbezogene Leistungen	237		237
69	Verwaltungsbedarf	74		74
70	Zentrale Verwaltungsdienste	374	14	360
72	Instandhaltungen	16		16
73	Abgaben und Versicherungen	14	1	13
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
78	sonstige ordentliche Aufwendungen	3.341	3.082	259
	SACHAUFWENDUNGEN GESAMT	**4.214**	**3.103**	**1.111**
76	Abschreibungen	69	2	67
79	übrige Aufwendungen	2		2
	SONSTIGE AUFWENDUNGEN GESAMT	**71**	**2**	**69**
	AUFWENDUNGEN INSGESAMT	**10.377**	**3.408**	**6.969**
	Summe AUFWENDUNGEN	10.377	3.408	6.969
	Summe ERLÖSE	10.615	3.416	7.199
	Betriebsergebnis vor Steuern	**238**	**8**	**230**

Erfolgsplan 2024 mit Abweichungen zum Vorjahr

				Abweichung 2024/2023		
		WIPLAN 2024	Hochrechnung 2023	in T€	in %	Ergebnis 2022
45	Management und Verwaltung	24	5	19	374,00%	57.600
45	Verpflegung und Küche	1.203	1.126	77	6,85%	1.080.150
45	Spülküche	371	365	5	1,48%	343.300
45	Reinigung	2.738	2.400	338	14,07%	2.054.000
45	Glasreinigung	30	45	-15	-33,33%	42.000
45	Wirtschaftslager	200	232	-32	-13,79%	181.900
45	Sonst. DL (u.a. Schädlingsbek., Servicekräfte Wahlleistung, Pat.befragung)	177	283	-106	-37,42%	121.400
45	Patiententransport & Logistik & Bettenaufbereitung & Gartenpflege	2.357	2.317	40	1,73%	2.166.400
45	Informationszentrale	315	310	5	1,74%	579.000
	Erlöse aus der Geschäftsbeziehung mit der GPR gGmbH insgesamt	**7.414**	**7.083**	**332**	**4,68%**	**6.625.750**
	Erlöse aus externen Geschäftsbeziehg.	**69**	**70**	**-1**	**-1,22%**	**62.000**
	Zinserträge	**5**	**7**	**-2**		**1.160**
	Erlöse aus Zuschüssen	**45**	**56**	**-11**	**-20,07%**	**91.500**
	Sonstige ordentl. Erträge	**3.082**	**3.085**	**-3**	**-0,10%**	**1.968.000**
	ERLÖSE GESAMT	**10.615**	**10.300**	**315**	**3,05%**	**8.748.410**
60	Löhne und Gehälter	5.147	4.814	333	6,92%	4.691.100
61	Gesetzliche Sozialabgaben	875	1.053	-178	-16,90%	982.350
64	Sonstige Personalaufwendungen	69	40	29	73,25%	3.750
	PERSONALAUFWENDUNGEN GESAMT	**6.091**	**5.907**	**184**	**3,12%**	**5.677.200**
66	Med. Sachbedarf & Betriebsärztlicher Dienst	45	41	4	9,76%	69.000
68	Wirtschaftsbedarf	115	97	18	18,68%	107.800
68	Fremdbezogene Leistungen	237	199	38	18,84%	113.800
69	Verwaltungsbedarf	74	72	3	3,63%	70.300
70	Zentrale Verwaltungsdienste	374	347	27	7,79%	340.000
72	Instandhaltungen	16	13	2	17,42%	8.300
73	Abgaben und Versicherungen	14	11	3	24,95%	11.500
74	Zinsen und ähnliche Aufwendungen				-	0
78	sonstige ordentliche Aufwendungen	3.341	3.368	-27	-0,81%	2.198.500
	SACHAUFWENDUNGEN GESAMT	**4.214**	**4.148**	**67**	**1,61%**	**2.919.200**
76	Abschreibungen	69	47	22	46,81%	40.000
79	übrige Aufwendungen	2	3	-1	-	6.500
	SONSTIGE AUFWENDUNGEN GESAMT	**71**	**50**	**21**	**42,80%**	**46.500**
	AUFWENDUNGEN GESAMT	**10.377**	**10.105**	**273**	**2,70%**	**8.642.900**
	Summe AUFWENDUNGEN	10.377	10.105	273	2,70%	8.642.900
	Summe ERLÖSE	10.615	10.300	315	3,05%	8.748.410
	BETRIEBSERGEBNIS vor STEUERN	**238**	**196**	**42**	**21,46%**	**105.510**

Erläuterungen zum Erfolgsplan 2024

Für das kommende Geschäftsjahr entfallen Mehrerlöse in Höhe von insgesamt rd. 891 T€ auf die Geschäftsbeziehung mit der GPR gGmbH. Ein Teil des Erlöszuwachses mit dem GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim resultiert aus der zum 01.07.2024 prognostizierten Anpassung des Entgelttarifvertrages mit einer Steigerung von 4 % und der entsprechenden Weitergabe der Kostensteigerungen.

Bei den sonstigen ordentlichen Erträgen (Energiegesellschaft) wird prognostiziert, dass sich das Vorjahresniveau im neuen Geschäftsjahr fortsetzt. Bei diesen „sonstigen ordentlichen Erträgen“ in Höhe von rd. 3.082 T€ handelt es sich um durchlaufende Posten der GPR Service GmbH, die gemäß den Bescheiden des Hauptzollamtes als Energiegesellschaft fungieren kann, somit die Erlaubnis als Stromversorger erhalten hat und als Lieferer von Erdgas gemeldet ist. Die „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ neutralisieren sich hier durch Weiterberechnung an die Endverbraucher.

Insgesamt werden für das Geschäftsjahr 2024 Gesamterlöse in Höhe von 10.615 T€ geplant.

<u>Kostenstruktur</u>

Personalkosten

Im neuen Geschäftsjahr 2024 kommt es gegenüber dem Vorjahr aufgrund von Stellenreduzierungen aber auch geringer Stellenerweiterungen in verschiedenen Bereichen insgesamt Reduzierung des Stellenumfangs in Höhe von 8,56 VK (Erläuterungen siehe Stellenplan).

Für das Geschäftsjahr 2024 werden Personalaufwendungen in Höhe von rd. 6.091 T€ prognostiziert. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung um rd. 251 T€. Der derzeit gültige Entgelttarifvertrag endet am 30.06.2024. Ab dem 01.Juli 2024 wird von einer Steigerung des Entgelttarifvertrages in Höhe von 4 % ausgegangen. Diese sind in der Prognose berücksichtigt. Die Verhandlungen der Vertragsparteien erfolgen in 2024.

Sachkosten

Neben den Personalkosten fallen überwiegend Sachkosten für den Kauf von Wirtschaftsgütern, Kosten für den Wirtschaftsbedarf inklusive der fremdbezogenen Leistungen sowie Aufwendungen für bezogene Verwaltungsdienstleistungen an. Hierbei ist anzumerken, dass ein Großteil der eingekauften Wirtschaftsgüter für das GPR Klinikum bestimmt und an Selbiges weiterberechnet wird (+ 25 T€ für 2024).

Ein Rückgang des Aufwandes (- 18 T€) ergibt sich in der Position des medizinischen Sachbedarfs und Betriebsarztes zum größten Teil für persönliche Schutzausrüstungen, da hier der Bedarf stark zurückgegangen ist.

Beim Wirtschaftsbedarf ist der Rückgang vor allem auf den Bereich der Reinigungschemie zurückzuführen. Hier normalisieren sich die Preise (rd. – 16 T€). Bei den fremdbezogenen Leistungen wurde die Überbrückung von Engpässen sowohl generell als auch speziell in den

Sommermonaten stark berücksichtigt, da es immer noch schwierig ist, geeignetes Personal auf dem Arbeitsmarkt zu finden (+ rd. 159 T€). Dagegen sinkt der Aufwand für die externe Glasreinigung, da ein Teil in Eigenleistung erbracht wird (rd. – 15 T€).
Der Rückgang beim Verwaltungsbedarf liegt hauptsächlich im Bereich der Mobilfunkkosten sowie bei den Personalbeschaffungskosten.
Bei den Zentralen Verwaltungsdiensten werden die für 2023 entstandenen Kosten um die prognostizierten Personalkostensteigerungen für das Jahr 2024 erhöht.
Bei den Instandhaltungen wird mit einem leicht erhöhten Aufwand gegenüber dem Vorjahr gerechnet.
Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen resultiert die Abweichung zum einen aus einem höheren Ansatz für die Wareneinkäufe (+ rd. 25 T€) als auch aus den Gas- und Strompreisen. Hier wird auf Vorjahresniveau geplant.
Der Wirtschaftsplan 2024 sieht darüber hinaus Abschreibungen in Höhe von rd. 69 T€ vor (nähere Erläuterungen dazu in Pkt. 3 Finanz- und Vermögensplan).

3. Finanz- und Vermögensplan

Im Finanz- und Vermögensplan sind für die Jahre 2023-2027 sämtliche geplanten Investitionen mit den entsprechenden Ausgaben sowie die dafür benötigten Deckungsmittel/ Einnahmen dargestellt. Die Ausgaben sind nach Vorhaben getrennt veranschlagt, die gemäß den Gruppen des Anlagennachweises gegliedert sind. Hierbei sind die Ausgaben für die gesamten vorgesehenen Beschaffungsmaßnahmen angegeben.
Die Finanzierung der Beschaffungsmaßnahmen erfolgt auf Grund der erwirtschafteten Abschreibungen, des Gewinns des laufenden Geschäftsjahres sowie aus Liquiditätsreserven zurückliegender Jahre.

Die Ausgaben lassen sich schwerpunktmäßig in folgende Maßnahmen aufteilen:
In Position 1 subsummieren sich Reserven für gegebenenfalls notwendige Ersatzbeschaffungen für Waschmaschinen und Trockner. Unter Punkt 2 sind Neu- bzw. Ersatzbeschaffungen für Reinigungsmaschinen inklusive Zubehör (wie z. B. Wassersauger, Heißwasserdampfstrahler, etc.) vorgesehen. Unter Punkt 3 sind Anschaffungen für den Bereich der sonstigen Betriebs- und Geschäftsausstattung aufgelistet (u. a. ein bezuschusstes neues Postfahrzeug). Unter Punkt 4 werden die notwendigen Ausgaben für Soft- und Hardware erfasst. Die Position 5 beinhaltet sonstige, nicht näher bezeichnete Wirtschaftsgüter, Position 6 beinhaltet Anschaffungen für den Zentralen Patiententransportdienst und Position 7 umfasst die vorgesehene Gewinnausschüttung nach Feststellung des Jahresabschlusses und Beschluss der Gesellschafterversammlung an die Gesellschafterin GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH.

Im Jahr 2024 ist eine Gewinnausschüttung an die Muttergesellschaft in Höhe von 60 T€ geplant.

Vermögens- und Finanzplan

1. Einnahmen (Deckungsmittel)

Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
1	Abschreibungen	47	69	62	61	59
2	Ertrag des Planjahres nach Steuern	109	163	115	115	115
3	liquide Mittel					
4	Tilgung Darlehen MVZ					
		156	**232**	**177**	**176**	**174**

2. Ausgaben (Mittelverwendung/Investitionen)

Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
1	Waschmaschinen und Trockner					
2	Reinigungsmaschinen und Zubehör		113	8	5	10
3	sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	24	14	5	5	
4	EDV und Software			3	3	1
5	sonstige Wirtschaftsgüter n.n.bez.	24	5		10	5
6	Zentraler Patiententransportdienst		32	5	5	5
7	Gewinnausschüttung an Gesellschafterin	60	60	60	60	60
8	Zuführung liquide Mittel	49	8	96	88	93
		156	**232**	**177**	**176**	**174**

4. Stellenplan

<u>Erläuterungen zur Stellenübersicht nach Berufsgruppen</u>

Im Stellenplan wird die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, bezogen auf die Vollzeitkräfte, nach Berufsgruppen aufgeführt. Dabei wird die Entwicklung zwischen den Wirtschaftsjahren 2023 und 2024 gegenübergestellt.

Die Vergütung sämtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt nach dem Entgelt -Tarifvertrag des Hotel- und Gaststättenverbandes (DEHOGA Hessen). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind entsprechend nach Tätigkeitsmerkmalen und Qualifikation eingruppiert.

Stellenplan 2024

Bezeichnung	WIPLAN 2023 Vollzeitkräfte insgesamt	WIPLAN 2024 Vollzeitkräfte insgesamt	Diff. absolut
Reinigungsdienst:			
Reinigung - patientennahe Dienste	47,00	44,05	-2,95
Reinigung -patientenferne Dienste	13,15	11,45	-1,70
Bettenaufbereitung - patientennahe Dienste	13,00	12,00	-1,00
Zwischensumme 1:	**73,15**	**67,50**	**-5,65**
Wirtschafts- und Versorgungsdienst/Verwaltungsdienst:			
Allg. Verwaltung	4,00	3,46	-0,54
Spülküche	9,46	9,25	-0,21
Essen auf Rädern	3,35	3,00	-0,35
Küchenverwaltg./Produktion	20,00	20,50	0,50
Verpflegung	2,52	2,52	0,00
Bistro für SR	0,71	0,71	0,00
Hauswirtschaft SR (verschiedene Dienste)	13,50	14,64	1,14
Logistik - patientennahe Dienste	22,50	22,80	0,30
Logistik - patientenferne Dienste	26,75	23,00	-3,75
Zwischensumme 2:	**102,79**	**99,88**	**-2,91**
SUMME GESAMT:	**175,94**	**167,38**	**-8,56**

Für das Geschäftsjahr 2024 ist insgesamt eine Stellenreduzierung in Höhe von 8,56 VK geplant, die sich insbesondere auf das GPR Klinikum bezieht. Hier werden im Bereich der Reinigung Stellenreduzierungen geplant, da es hier weiterhin schwierig ist, geeignetes Personal zu finden. Für personelle Engpässe und z. B. in den Sommermonaten wird daher auf einen externen Dienstleister zurückgegriffen werden. Die Reduzierung im Bereich der Logistik – patientenferne Dienste bezieht sich hier hauptsächlich auf die Einlasskontrollen, die nicht mehr notwendig sind.

Bei der GPR Seniorenresidenz gibt es Nachbesetzungen über die GPR Service GmbH im Bereich der Küche (vorher im Bereich des Wirtschaftsdienstes im TVÖD beschäftigt) und eine Stellenerweiterung aufgrund der Ausweitung der Reinigungsleistungen.

B. JAHRESABSCHLUSS 2 0 2 2

der GPR Service GmbH

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

GPR Service GmbH, Rüsselsheim

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	31.12.2022		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		155,32	621,29
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		131.537,17	80.029,85
III. Finanzanlagen			
Ausleihungen an verbundene Unternehmen		0,00	600,48
		131.692,49	81.251,62
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		10.958,56	8.845,16
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.468,74		6.970,16
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	2.076,79		1.997,47
3. Forderungen gegen Gesellschafter	802.575,43		753.588,98
4. Sonstige Vermögensgegenstände	131.045,64		110.743,39
		943.166,60	873.300,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		418.890,54	231.057,26
		1.373.015,70	1.113.202,42
		1.504.708,19	1.194.454,04

PASSIVA	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00
II. Gewinnrücklagen	301.770,78		291.687,01
III. Gewinnvortrag	76.464,51		136.464,51
IV. Jahresüberschuss	73.688,04		10.083,77
		476.923,33	463.235,29
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		151.140,00	148.700,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	743.481,96		503.334,98
2. Sonstige Verbindlichkeiten	133.162,90		79.183,77
davon aus Steuern	(78.826,93)		(59.816,45)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)		(0,00)
		876.644,86	582.518,75
		1.504.708,19	1.194.454,04

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022

	2022		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		8.656.065,80		8.689.119,00
2. Sonstige betriebliche Erträge		91.456,63		56.795,70
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-2.303.798,96		-2.526.723,82	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-472.080,94	-2.775.879,90	-463.003,50	-2.989.727,32
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-4.693.898,20		-4.587.101,17	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-983.297,92		-949.443,46	
- davon für Altersversorgung	(0,00)	-5.677.196,12	(0,00)	-5.536.544,63
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-32.193,40		-35.437,40
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		-157.087,64		-169.442,81
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1.162,56		128,74
- davon aus verbundenen Unternehmen		(0,10)		(128,74)
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-1,00		-105,11
- davon an verbundene Unternehmen		(0,00)		(0,00)
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-32.362,89		-4.428,40
10. Ergebnis nach Steuern		73.964,04		10.357,77
11. Sonstige Steuern		-276,00		-274,00
12. Jahresüberschuss		73.688,04		10.083,77

WIRTSCHAFTSPLAN 2024 und JAHRESABSCHLUSS 2022

der

GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim MVZ GmbH

A. Wirtschaftsplan 2024

B. Jahresabschluss 2022

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

1. Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan des Jahres 2024.....2

2. Erfolgsplan 2024…….....4

3. Vermögensplan 2024.....7

4. Finanzplan 2023 bis 2027.....9

5. Stellenplan.....10

1.0 Vorbemerkungen zum Wirtschaftsplan

Die GPR Medizinisches Versorgungszentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH leistet seit ihrer Gründung im Jahre 2005 einen positiven Beitrag zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung in Rüsselsheim und den umliegenden Städten und Gemeinden als Glied der verlängerten Versorgungskette in der GPR-Gruppe.

Bei den erbrachten Leistungen handelt sich dabei gänzlich um Dienstleistungen, die nicht von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse i. S. der Beschlüsse der EU-Kommission sind. Im Einzelnen sind dies:

- Ambulante und sonstige medizinische Versorgung von Patienten
- Gestellung von Personal und Sachmitteln an das GPR Klinikum

Das GPR Medizinisches Versorgungszentrum (GPR MVZ) bietet im Jahr 2024 Gesundheitsdienstleistungen an voraussichtlich sieben Standorten (2 x in Rüsselsheim, Nauheim, Raunheim, Mörfelden-Walldorf, Groß-Gerau und Bischofsheim) für die örtliche Bevölkerung an. Im Jahr 2024 sind aus heutiger Sicht 16 verschiedene Fachbereiche (Laboratoriumsmedizin, Radiologie, Nuklearmedizin, Gynäkologie, Innere Medizin – Schwerpunkte Onkologie, Gastroenterologie, Kardiologie, Rheumatologie, Hausarzt/Allgemeinmedizin, Neurologie, Kinderkardiologie, Orthopädie und Unfallchirurgie, Rehabilitationsmedizin, Allgemein- und Visceralchirurgie, Gefäßchirurgie) im GPR MVZ angesiedelt.

Der Fokus des Jahres 2024 liegt für das GPR MVZ eindeutig auf einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und sukzessiven Rückkehr in die Gewinnzone. Folgende bereits geplante Maßnahmen und Umstände sollen diesem Unterfangen Rechnung tragen:

- Am Standort Raunheim wird eine ab Oktober 2023 vakante orthopädische Arztstelle zum 01.04.24 nachbesetzt werden.
- Am Standort Rüsselsheim wird das orthopädische-chirurgische Angebot um die Handchirurgie erweitert.
- Am Standort Groß-Gerau wird zur Stärkung der konservativen Orthopädie eine neue Ärztin ab Januar 2024 Sprechstunden anbieten und damit einen fortwährenden Krankheitsausfall kompensieren.
- Zum Jahreswechsel wird die Kinderarztpraxis am Standort Rüsselsheim an die aktuell dort beschäftigten Kinderärzte übertragen.
- Die Hausarztpraxis in Bauschheim muss zum Jahresende vorerst leider geschlossen werden und die dortigen Patienten erhalten das Angebot in der Praxis in Bischofsheim (hierdurch wird dieser Standort deutlich gestärkt) weiterbehandelt werden zu können. In Bischofsheim wird dann hausärztlich die Versorgung durch eine aus Elternzeit zurückkehrende Ärztin entsprechend ausgeweitet.

Die Entwicklung des GPR MVZ wird engmaschig unterjährig verfolgt und der Zyklus der Gespräche mit den Ärztinnen und Ärzten, insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Standorten, deutlich verkürzt und zielorientiert im Sinne der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit geführt.

Die Laufzeit der Tariftabellen des aktuellen Tarifvertrages für Medizinische Fachangestellte ist bis zum 31.12.2023 befristet. Für den Wirtschaftsplan 2024 wird eine Steigerung mit einem Nettoganzjahreseffekt von 4,0 % angenommen.

2. Erfolgsplan 2024

Im Erfolgsplan werden alle zum Zeitpunkt der Erstellung des Plans voraussehbaren und geplanten Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres 2024 nach Kontengruppen zusammengefasst dargestellt. Der Übersicht schließt sich eine Erläuterung der den Planansätzen zugrunde liegenden Sachverhalte an.

2.01 Erfolgsplan mit Jahresvergleich

Bezeichnung	WIPLAN 2024 in TEUR	WIPLAN 2023 in TEUR	Abweichung WIPLA zu WIPLA in €	in %
Erträge aus kassenärztlicher Tätigkeit	6.219	7.598	-1.379	-18,15%
Erträge aus individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL)	247	234	13	5,40%
Erträge aus Selbstzahlerleistungen	428	544	-116	-21,35%
Ambulante Erträge	**6.894**	**8.377**	**-1.483**	**-17,70%**
Entgelt für die Überlassung von Personal an das Klinikum	258	179	78	43,52%
Erträge aus operativer Tätigkeit im Rahmen Integrierte Versorgung und sonstger externer OP-Tätigkeiten	217	370	-153	0,00%
Sonstige ordentliche Erträge	152	287	-135	-46,95%
Zinserlöse u. sonstige Erträge aus Anlagevermögen		500	-500	-100,00%
Sonstige Erträge	**626**	**1.336**	**-710**	**-53,15%**
Erträge gesamt	**7.519**	**9.712**	**-2.192**	**-22,57%**
Löhne und Gehälter (inkl. variable Vergütungen)	5.154	6.638	-1.484	-22,36%
Personalaufwendungen gesamt	**5.154**	**6.638**	**-1.484**	**-22,36%**
Lebensmittel	6	10	-4	-37,97%
Medizinischer Sachbedarf	377	409	-31	-7,64%
Wirtschaftsbedarf	162	175	-13	-7,67%
Büro- und Verwaltungsaufwand, Beratungskosten	154	261	-107	-41,11%
Entgelt für Nutzungsüberlassung GPR Klinikum - Zentrale Verwaltungskosten	859	939	-81	-8,59%
Instandhaltungen und Wartung (u. a. Software, Räume)	58	74	-16	-22,16%
Versicherungen und Gebühren	52	52		-0,19%
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	18	-9	-50,28%
Miete und Mietnebenkosten	452	443	9	1,98%
Sonstige ordentliche Aufwendungen	3	12	-10	-79,17%
Sachaufwendungen gesamt	**2.131**	**2.395**	**-264**	**-11,02%**
Abschreibungen	397	495	-99	-19,91%
Sonstige Aufwendungen gesamt	**397**	**495**	**-99**	**-19,91%**
Aufwendungen GESAMT	**7.681**	**9.528**	**-1.847**	**-19,38%**
Summe Aufwendungen	**7.681**	**9.528**	**-1.847**	**-19,38%**
Summe Erträge	**7.519**	**9.712**	**-2.192**	**-22,57%**
BETRIEBSERGEBNIS	**-162**	**184**	**-346**	**-188,06%**
EBITDA	**244**	**697**	**-453**	**-65,04%**

Für das GPR MVZ wird im Jahr 2024 ein Ergebnis von insgesamt - 162 T€ geplant.

2.02 Erfolgsplan mit Abweichungen zum Vorjahr

Bezeichnung	WIPLAN 2024 in TEUR	HR 2023 in TEUR	Abweichung WIPLA zu HR		Ergebnis 2022 in TEUR
			in €	in %	
Erträge aus kassenärztlicher Tätigkeit	6.219	6.120	-99	-1,61%	5.900
Erträge aus individuellen Gesundheitsleistungen (IGeL)	247	232	-14	-6,22%	207
Erträge aus Selbstzahlerleistungen	428	466	38	8,18%	493
Ambulante Erträge	**6.894**	**6.819**	**-75**	**-1,10%**	**6.601**
Entgelt für die Überlassung von Personal an das Klinikum	258	227	-30	-13,24%	210
Erträge aus operativer Tätigkeit im Rahmen Integrierte Versorgung und sonstger externer OP-Tätigkeiten	217	195	-22	-11,08%	169
Sonstige ordentliche Erträge	152	343	191	55,67%	2.147
Zinserlöse u. sonstige Erträge aus Anlagevermögen		505	505	-100,00%	1
Sonstige Erträge	**626**	**1.271**	**645**	**50,75%**	**2.527**
Erträge gesamt	**7.519**	**8.089**	**570**	**7,05%**	**9.127**
Löhne und Gehälter (inkl. variable Vergütungen)	5.154	5.561	407	7,32%	5.909
Personalaufwendungen gesamt	**5.154**	**5.561**	**407**	**7,32%**	**5.909**
Lebensmittel	6	8	2	21,88%	8
Medizinischer Sachbedarf	377	480	103	21,43%	447
Wirtschaftsbedarf	162	196	34	17,21%	186
Büro- und Verwaltungsaufwand, Beratungskosten	154	252	98	38,85%	300
Entgelt für Nutzungsüberlassung GPR Klinikum - Zentrale Verwaltungskosten	859	893	34	3,85%	885
Instandhaltungen und Wartung (u. a. Software, Räume)	58	116	58	50,26%	105
Versicherungen und Gebühren	52	61	9	14,94%	47
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9	10	1	6,77%	17
Miete und Mietnebenkosten	452	438	-14	-3,22%	431
Sonstige ordentliche Aufwendungen	3	15	13	83,33%	18
Sachaufwendungen gesamt	**2.131**	**2.468**	**337**	**13,65%**	**2.445**
Abschreibungen	397	596	199	33,44%	550
Sonstige Aufwendungen gesamt	**397**	**596**	**199**	**33,44%**	**550**
Aufwendungen GESAMT	**7.681**	**8.625**	**943**	**10,94%**	**8.904**
Summe Aufwendungen	**7.681**	**8.625**	**943**	**10,94%**	**8.904**
Summe Erträge	**7.519**	**8.089**	**570**	**7,05%**	**9.127**
BETRIEBSERGEBNIS	**-162**	**-535**	**-373**	**-69,74%**	**223**
EBITDA	**244**	**56**	**-187**	**-332,13%**	**791**

Erläuterungen zum Erfolgsplan

Erträge

Die Erträge des GPR MVZ beruhen insbesondere auf ambulanten Leistungen, welche im Rahmen der Gesetzlichen Krankenversicherung erbracht werden. Darüber hinaus erwirtschaftet das GPR MVZ Erträge für individuelle Gesundheitsleistungen, Erträge für die Behandlung von ambulanten Privatpatientinnen und stationäre Privatpatienten, Erträge aus der Personalüberlassung an das GPR Klinikum sowie sonstige Erträge.

Die Erträge für das Jahr 2024 werden in Erwartung von wiederbesetzten vakanten Arztsitzen und Praxisschließungen bzw. einer Praxisveräußerung insgesamt gegenüber dem Vorjahr niedriger geplant.

Anpassungen zu den letztjährigen Planwerten ergeben sich überwiegend

- bei den Erträgen (insbesondere KV-Erlöse) aufgrund der unterjährigen Praxisschließung der Frauenarztpraxis in Mörfelden-Walldorf im Jahr 2023, der Veräußerung der Kinderarztpraxis an die dort derzeit beschäftigten Ärzte zum 01.01.2024 und der aus aktueller Sicht nahezu unvermeidbaren Praxisschließung in Bauschheim zum Ende des Jahres 2023;
- bei den individuellen Gesundheitsleistungen in Folge einer Ausweitung konservativer orthopädischer Behandlungsangebote;
- bei den Selbstzahlerleistungen (IGeL und Privatpatienten) überwiegend durch die bereits beschriebenen Praxisschließungen;
- bei den Entgelten für die Überlassung von Personal an das Klinikum, wo durch die engere Vernetzung zwischen GPR Klinikum und GPR MVZ ärztliches und nicht-ärztliches Personal anteilig auch in der Klinik tätig wird und einer zunehmenden Mitnutzung der Kapazitäten der Telefonzentrale durch die Ambulanzen des GPR Klinikums und
- bei den sonstigen ordentlichen Erträgen, welche insbesondere durch die Verlagerung endoprothetischer Eingriffe an das GPR Klinikum und damit geringeren Nutzungsentgelten für OP-Tätigkeiten an einem fremden Standort in Seligenstadt geringer ausfallen.

Aufwendungen

Für das Planjahr 2024 werden Personalaufwendungen in Höhe von 5.154 T€ prognostiziert. Diese setzen sich aus fixen Vergütungen für das im GPR MVZ angestellte nicht-ärztliche und ärztliche Personal sowie einem variablen Vergütungsanteil bei den Ärzten zusammen, der sich entweder an den erreichten Umsatzerlösen bzw. Gewinnen des jeweiligen Fachbereiches oder an gemeinsam abgesteckten Leistungszielen orientiert. Eine Verringerung der Personalkosten gegenüber der Hochrechnung für das laufende Jahr ergibt sich insbesondere aufgrund der bereits beschriebenen Veränderungen bei den Praxisstandorten sowie der prospektiven Tarifauswirkung bei den Medizinischen Fachangestellten und Auszubildenden.

Abweichungen im Sachkostenbereich ergeben sich primär gegenüber der Hochrechnung für das aktuelle Jahr und der Planung des Vorjahres grundsätzlich ebenfalls aufgrund der reduzierten Praxistätigkeit des GPR MVZ. Ferner ergeben sich weitere Veränderungen insbesondere bei

- den Aufwendungen für den medizinischen Sachbedarf überwiegend durch eine weitere Verlagerung der stationären OP-Tätigkeiten in Seligenstadt ans GPR Klinikum im Laufe des Jahres 2024;

- beim Büro- und Verwaltungsaufwand aufgrund geringer erwarteter IT-Dienstleistungen für Praxisumstellungen auf eine zentrale Serverlösung im Rechenzentrum am Standort des GPR Klinikums (für 2024 maximal zwei Umstellungen geplant) und bei
- den Mieten und Mietnebenkosten durch höhere Mieten und Nutzungsentgelte für die Nutzung des OP in Groß-Gerau – hier entstehen im Gegenzug geringere Kosten für eigenes OP-Personal.

3.0 Vermögensplan 2024

Einnahmen (Deckungsmittel)

Nr.	Bezeichnung	2024
1	Ergebnis des Planjahres	- 162.000 €
2	Fremdkapital Darlehen/Kontokorrent GPR Gesundheits- und Pflegezentrum gemeinnützige GmbH	- €
3	Darlehen GPR gemeinnützige GmbH zur Finanzierung neuer Sitze und laufender Kosten	150.200 €
4	Entnahme aus dem Finanzmittelfonds / Zufluss Praxisverkauf	140.000 €
5	Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	415.000 €
		543.200 €

Ausgaben (Mittelverwendung/Investitionen)

Nr.	Bezeichnung	2024
1	Zuführung/Abfluss Finanzmittelfonds	- €
2	Tilgung Kontokorrent GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH	135.000 €
3	Tilgung Darlehen GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH	283.800 €
4	Tilgung Darlehen Kassenkredit GPR gGmbH	34.400 €
5	Betriebs- u. Geschäftsausstattung inkl. Software	90.000 €
6	Neue(r) Praxissitz(e)	- €
		543.200 €

Erläuterungen:

Im Jahr 2024 wird eine weitere Kreditaufnahme bei der Muttergesellschaft von Nöten sein, um die notwendigen Investitionen und die Tilgungen der bereits aufgenommenen Darlehen vornehmen zu können.

Die Mittel werden auch im Jahr 2024 überwiegend dazu verwendet, die zum Erwerb der Facharztsitze und den damit verbundenen Investitionen und Anlaufkosten aufgenommenen Darlehen zu tilgen (gruppeninterner Geldfluss). Darüber hinaus erfolgt die auf zehn Jahre ausgelegte Tilgung des Kapitalmarktdarlehens, welches im Jahr 2019 den seitherigen Betriebsmittelkredit bei der Stadtkasse ablöste und seitens der GPR-Muttergesellschaft zur Verfügung gestellt wurde.

In die Modernisierung sowie Ersatzinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung sollen im Jahr 2024 Mittel in Höhe von 90 T€ investiert werden. Es handelt sich hierbei um EDV-Ausbau-, Modernisierungs- und Ersatzinvestitionen, u. a. weitere Vereinheitlichung der Praxissoftware. Ferner steht die Beschaffung eines Röntgen-C-Bogens für den Ausbau der ambulanten Operationen am Standort Groß-Gerau an.

4.0 Finanzplan 2023 bis 2027

nahmen (Deckungsmittel)

Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
Ergebnis des Planjahres	- 535.500 €	- 162.000 €	50.000 €	145.000 €	200.000 €
Fremdkapital Darlehen/Kontokorrent GPR Gesundheits- und Pflegezentrum gemeinnützige GmbH	135.000 €	- €	- €	6.500 €	- €
Darlehen GPR gemeinnützige GmbH zur Finanzierung neuer Sitze und laufender Kosten	- €	150.200 €	- €	- €	145.000 €
Entnahme aus dem Finanzmittelfonds / Zufluss Praxisverkauf	- €	140.000 €	- €	- €	- €
Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung	475.000 €	415.000 €	370.000 €	250.000 €	75.000 €
	74.500 €	543.200 €	420.000 €	401.500 €	420.000 €

sgaben (Mittelverwendung/Investitionen)

Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
Zuführung/Abfluss Finanzmittelfonds	- 327.100 €	- €	25.150 €	- €	400 €
Tilgung Kontokorrent GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH	- €	135.000 €	- €	- €	6.500 €
Tilgung Darlehen GPR Gesundheits- und Pflegezentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH	282.300 €	283.800 €	285.300 €	286.800 €	288.200 €
Tilgung Darlehen Kassenkredit GPR gGmbH	34.300 €	34.400 €	34.550 €	34.700 €	34.900 €
Betriebs- u. Geschäftsausstattung inkl. Software	85.000 €	90.000 €	75.000 €	80.000 €	90.000 €
Neue(r) Praxissitz(e)	- €	- €	- €	- €	- €
	74.500 €	543.200 €	420.000 €	401.500 €	420.000 €

Erläuterungen:

Die erwirtschafteten Mittel dienen neben Investitionen in Ersatzbeschaffungen der Tilgung der Darlehen der GPR Mutter.

5.0 Stellenplan 2024

		Berufsgruppe					
MVZ-Standort	in VK gesamt	Ärztlicher Dienst	Medizinisch-technischer Dienst	Funktions-dienst (MFA)	Funktions-dienst Auszubildende	Wirtschafts- und Versorgungs-dienst	Verwaltungs-Dienst
Zentrale Dienste	**5,19**	0,00	3,06	0,00	2,00	0,00	0,13
MVZ Rüsselsheim	**6,22**	5,97	0,25	0,00	0,00	0,00	0,00
MVZ Rüsselsheim Orthopädie (ZP von Groß-Gerau)	**11,29**	2,67	0,00	6,62	2,00	0,00	0,00
MVZ Nauheim	**5,80**	2,00	0,00	2,80	1,00	0,00	0,00
MVZ Raunheim	**14,79**	3,88	0,00	7,91	3,00	0,00	0,00
MVZ Bauschheim	**0,00**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
MVZ Mörfelden-Walldorf (Hausarzt)	**3,00**	1,00	0,00	1,00	1,00	0,00	0,00
MVZ Neurologie Rüsselsheim)	**5,25**	1,73	0,00	2,52	1,00	0,00	0,00
MVZ Groß-Gerau (inkl. OP GG)	**11,98**	4,60	0,78	5,60	1,00	0,00	0,00
MVZ ZP Bischofsheim	**4,05**	1,46	0,00	1,59	1,00	0,00	0,00
Stellenanteile insgesamt	**67,57**	**23,31**	**4,09**	**28,04**	**12,00**	**0,00**	**0,13**

Allgemeines:

Die Summen der aufgeführten Planstellen ergeben sich aus der Notwendigkeit der fachlichen Besetzung durch angestellte Ärzte im GPR MVZ, nicht-ärztliche Mitarbeiter und Auszubildende zur/zum Medizinischen Fachangestellten.

Die jeweilige Verteilung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den MVZ-Standorten ist der obigen Tabelle zu entnehmen.

Minderungen ergeben sich beim ärztlichen Dienst durch die unterjährige Schließung der Frauenarztpraxis in Mörfelden-Walldorf im Jahr 2023, die Veräußerung der Kinderarztpraxis zum 01.01.2024 und durch die in diesem Wirtschaftsplan leider anzunehmende Schließung des hausärztlichen Standorts in Bauschheim.

Bei den Stellen im Medizinisch-technischen Dienst erfolgt eine leichte Reduktion im Rahmen Anpassung des Personals der Telefonzentrale für Terminvereinbarungen an die aktuellen Notwendigkeiten.

Minderungen beim Funktionsdienst ergeben sich ebenfalls durch die bereits zuvor erwähnten Veränderungen in der Praxislandschaft des GPR Medizinischen Versorgungszentrums.

Die Ausbildungstätigkeit soll zur Generierung des eigenen Nachwuchses in einem engen Arbeitsmarkt bei medizinischen Fachangestellten auf hohem Niveau fortgeführt werden.

Im Verwaltungsbereich ergibt sich eine Stellenminderung durch Verkürzung der Arbeitszeit des kaufmännischen Beraters.

B. JAHRESABSCHLUSS 2 0 2 2

der MVZ GmbH

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

GPR Medizinisches Versorgungszentrum Rüsselsheim gemeinnützige GmbH, Rüsselsheim

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	31.12.2022		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.742.980,89	2.099.203,89
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		423.424,00	455.852,00
		2.166.404,89	2.555.055,89
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		2.779,81	510,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	566.533,62		1.007.356,32
2. Sonstige Vermögensgegenstände	505.451,64		365.894,68
		1.071.985,26	1.373.251,00
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		58.194,49	282.548,49
		1.132.959,56	1.656.310,00
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag		0,00	213.644,18
		3.299.364,45	4.425.010,07

PASSIVA	31.12.2022 EUR	31.12.2022 EUR	Vorjahr EUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00		25.000,00
II. Kapitalrücklage	305.000,00		305.000,00
III. Gewinnrücklagen	948.055,17		948.055,17
IV. Verlustvortrag	-1.491.699,35		-567.722,92
V. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	223.080,91		-923.976,43
VI. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00		213.644,18
		9.436,73	0,00
B. Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		255.430,00	248.082,00
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	196.747,21		81.874,76
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.076,79		2.597,95
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.721.488,32		3.981.805,56
4. Sonstige Verbindlichkeiten	114.185,40		109.900,38
davon aus Steuern	(97.229,14)		(101.254,01)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	(0,00)		(0,00)
		3.034.497,72	4.176.178,65
D. Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	749,42
		3.299.364,45	4.425.010,07

WIRTSCHAFTSPLAN 2024 und JAHRESABSCHLUSS 2022

der

Gesellschaft für Wohnen und Bauen Rüsselsheim mbH

A. Wirtschaftsplan 2024

B. Jahresabschluss 2022

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026	31.12.2027
1. Umsatzerlöse	56.949.576,97	57.704.534,27	60.885.690,37	62.495.061,48	63.955.493,19	65.352.417,45
2. Bestandsveränderung an zum Verkauf bestimmten Grundstücken mit fertigen und unf	-348.507,44	1.515.221,98	418.967,21	329.121,39	302.181,20	289.930,22
3. andere aktivierte Eigenleistungen [65]	1.389.404,39	1.019.132,26	1.063.673,30	661.150,00	796.250,00	1.155.350,00
4. sonstige betriebliche Erträge [66]	1.248.373,47	2.334.538,43	1.613.953,00	2.080.403,00	1.406.257,00	1.487.717,80
5. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	24.117.734,35	27.097.288,65	27.966.864,00	27.391.466,93	27.811.965,95	28.263.278,53
5.a. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung [80]	24.117.734,35	27.097.288,65	27.966.864,00	27.391.466,93	27.811.965,95	28.263.278,53
5.a.a Betriebskosten	13.129.691,82	14.187.975,11	14.595.306,05	14.921.285,55	15.195.091,15	15.451.821,20
5.a.b lfd. Instandh., Instands. und Schönheitsrep. [805]	9.744.150,39	11.912.313,54	12.364.557,95	11.463.181,38	11.626.874,80	11.821.457,33
5.a.g andere Aufwendungen für Hausbewirtschaftung [809]	1.243.892,14	997.000,00	1.007.000,00	1.007.000,00	990.000,00	990.000,00
R. Rohergebnis	**35.121.113,04**	**35.476.138,29**	**36.015.419,87**	**38.174.268,93**	**38.648.215,44**	**40.022.136,94**
6. Personalaufwand [83]	7.251.787,57	8.149.900,00	8.730.200,00	9.063.700,00	9.374.432,00	9.798.664,64
7. Abschreibungen [84]	11.509.985,83	11.578.958,59	12.020.315,45	12.622.836,01	13.279.118,13	13.820.771,05
8. sonstige betriebliche Aufwendungen [85]	3.237.741,92	3.349.034,86	3.666.325,18	3.369.098,99	3.433.487,68	3.468.991,49
B. Betriebsergebnis	**13.121.597,72**	**12.398.244,85**	**11.598.579,24**	**13.118.633,93**	**12.561.177,62**	**12.933.709,76**
9. Erträge aus Beteiligungen [67]	225,93	93.000,00	74.000,00	70.000,00	76.000,00	81.000,00
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens [6	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge [68]	6.419,97	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00	4.000,00
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere [86]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12.a) Aufwendungen aus Verlustübernahmen [880]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen [87]	3.755.384,31	4.034.666,73	4.786.021,18	6.057.489,86	7.276.874,53	8.365.458,15
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag [890]	375.424,99	300.000,00	120.000,00	110.000,00	0,00	0,00
15. Ergebnis nach Steuern	8.997.434,32	8.160.578,12	6.770.558,06	7.025.144,07	5.364.303,09	4.653.251,61
16. sonstige Steuern [891]	2.022.162,58	2.258.313,64	2.353.916,17	2.432.079,32	2.500.648,86	2.585.997,22
16.a) Erträge aus Verlustübernahmen [691]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16.b) Aufwendungen aus Gewinnabführungsvertrag [895]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	**6.975.271,74**	**5.902.264,48**	**4.416.641,89**	**4.593.064,75**	**2.863.654,23**	**2.067.254,39**
18. Gewinnvortrag/Verlust aus dem Vorjahr	335.337,35	310.609,09	312.873,57	329.515,46	322.580,21	386.234,45
19. Auflösung Rücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20. Bildung von Rücklagen	7.000.000,00	5.900.000,00	4.400.000,00	4.600.000,00	2.800.000,00	2.400.000,00
21. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	310.609,09	312.873,57	329.515,46	322.580,21	386.234,45	53.488,84
22. Gewinnverwendung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23. Gewinnvortrag / Verlustvortrag	310.609,09	312.873,57	329.515,46	322.580,21	386.234,45	53.488,84

gewobau Rüsselsheim

Bezeichnung_Komplett	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024	31.12.2025	31.12.2026	31.12.2027
B.IV. flüssige Mittel am Periodenbeginn		25.499.563	24.109.162	21.932.580	19.056.738	10.736.351
B.IV.1.1 Kasse/Bank am Periodenbeginn		25.499.563	24.109.162	21.932.580	19.056.738	10.736.351
B.IV.1.2 Sonderguthaben am Periodenbeginn		0	0	0	0	0
B.IV.2 Bausparguthaben am Periodenbeginn		0	0	0	0	0
B.IV.I.0 Kasse/Bank am Periodenbeginn (nur Ist)		25.499.563	24.109.162	21.932.580	19.056.738	10.736.351
E. Einnahmen		94.946.430	93.402.244	98.097.401	95.707.591	92.742.484
E.1 Einnahmen aus Umsatzerlösen aus Hausbewirtschaftung		59.290.331	62.353.762	63.614.505	66.053.441	66.193.418
E.2 Einnahmen aus Verkauf des UV		0	0	0	0	0
E.3 Einnahmen aus Verkauf von Gegenständen des AV		0	0	0	0	0
E.4 Einnahmen aus Betreuungstätigkeit		209.144	205.000	205.000	205.000	205.000
E.5 Einnahmen aus anderen Lieferungen und Leistungen [63]		0	0	0	0	0
E.6 Einnahmen aus sonstigen betrieblichen Erträgen		1.754.241	3.201.834	245.800	245.800	245.800
E.7 Einnahmen aus Finanzerlösen		97.000	78.000	74.000	80.000	85.000
E.8 Einnahmen aus Darlehensaufnahmen/Liquiditätszufluss		33.595.714	27.472.050	33.862.500	29.025.000	25.912.500
E.9 Einnahmen aus sonstigen Finanzmittelzuflüssen		0	0	0	0	0
E.10 Einnahmen durch Abbau sonstiger Forderungen durch Zahlung		0	91.598	95.596	98.351	100.766
E.11 Einnahmen durch Auszahlung/Verwendung von Bausparguthaben		0	0	0	0	0
E.12 außerordentliche Erträge		0	0	0	0	0
Zwischenwerte Einnahmen / Einzahlungen		**94.946.430**	**93.402.244**	**98.097.401**	**95.707.591**	**92.742.484**
A Ausgaben		96.336.831	95.578.826	100.973.242	104.027.979	102.371.767
A.1 Ausgaben für bezogene Lieferungen und Leistungen		26.123.289	26.591.864	26.191.467	26.561.966	26.963.279
A.1.1 Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		26.123.289	26.591.864	26.191.467	26.561.966	26.963.279
A.1.2 Aufwendungen für Verkaufsgrundstücke		0	0	0	0	0
A.1.3 Aufwendungen für andere Lieferungen und Leistungen [82]		0	0	0	0	0
A.2 Ausgaben für Personalaufwand		8.118.900	8.699.200	9.032.700	9.343.432	9.756.165
A.3 Ausgaben für sonstige betriebliche Aufwendungen		2.886.035	2.999.100	3.138.000	3.201.700	3.236.600
A.4 Ausgaben für Zinsen und ähnliche Aufwendungen		4.041.290	4.788.882	6.060.394	7.280.388	8.368.748
A.5 Ausgaben für Steuern		2.558.314	2.538.916	2.682.079	2.750.649	2.685.997
A.6 Auszahlungen an Eigentümer, Gesellschafter, für Verlustübernahmen		0	0	0	0	0
A.7 sonstige Ausgaben für Investitionen		40.197.668	37.264.727	41.010.850	42.002.750	37.706.650
A.8 sonstige Ausgaben für Abbau von Verbindlichkeiten/Rückstellungen durch Zahlung		0	0	0	0	0
A.9 Darlehenstilgung		12.411.336	12.696.137	12.857.752	12.887.095	13.654.329
Zwischenwerte Ausgaben / Auszahlungen		**96.336.831**	**95.578.826**	**100.973.242**	**104.027.979**	**102.371.767**
Saldo gesamt Deckung (+) / Unterdeckung (-)(inkl. errechneten Zinsen)		**-1.390.401**	**-2.176.582**	**-2.875.841**	**-8.320.388**	**-9.629.283**
Saldo Deckung (+) / Unterdeckung (-)(vor errechneten Zinsen)		-1.390.401	-2.176.582	-2.875.841	-8.320.388	-9.629.283
Saldo der Periode Deckung (+) / Unterdeckung (-)(inkl. err. Zinsen)		-1.390.401	-2.176.582	-2.875.841	-8.320.388	-9.629.283
B.IV. flüssige Mittel am Periodenende	**25.499.563**	**24.109.162**	**21.932.580**	**19.056.738**	**10.736.351**	**1.107.068**

gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen Rüsselsheim mbH

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände		331.717,00	382.282,00
Sachanlagen			
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	294.357.419,10		296.393.923,26
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	35.144.267,50		33.456.092,85
Grundstücke ohne Bauten	5.296.509,87		5.296.509,87
Grundstücke mit Bauten Dritter	2.518,11		2.518,11
Bauten auf fremden Grundstücken	22.482,00		24.615,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	158.742,00		277.190,00
Anlagen im Bau	30.259.833,93		14.631.651,71
Bauvorbereitungskosten	760.939,32		995.620,51
Geleistete Anzahlungen	43.762,30	366.046.474,13	24.069,00
Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.203.000,00		1.203.000,00
Andere Finanzanlagen	4.685,00	1.207.685,00	4.685,00
Anlagevermögen insgesamt:		367.585.876,13	352.692.157,31
Umlaufvermögen			
Vorräte			
Unfertige Leistungen	14.997.224,03		15.345.731,47
Andere Vorräte	16.444,33	15.013.668,36	22.922,31
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Vermietung	977.760,03		386.244,87
Forderungen aus Betreuungstätigkeit	19.976,46		22.774,31
Forderungen aus anderen Lieferungen und Leistungen	37.532,43		10.887,63
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	136.718,11		322.407,88
Sonstige Vermögensgegenstände	1.031.912,06	2.203.899,09	332.519,48
Flüssige Mittel			
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		25.499.562,66	23.748.869,33
Umlaufvermögen insgesamt:		42.717.130,11	40.192.357,28
Rechnungsabgrenzungsposten		3.662,19	23.711,09
Bilanzsumme		**410.306.668,43**	**392.908.225,68**

PASSIVA

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital		16.418.200,00	16.418.200,00
Gewinnrücklagen			
Bauerneuerungsrücklage	75.000.000,00		68.000.000,00
Andere Gewinnrücklagen	23.000.000,00	98.000.000,00	23.000.000,00
Bilanzgewinn			
Gewinnvortrag	335.337,35		335.337,35
Jahresüberschuss	6.975.271,74		5.982.436,51
Einstellungen in Rücklagen	7.000.000,00		5.800.000,00
		310.609,09	
Eigenkapital insgesamt:		114.728.809,09	107.753.537,35
Rückstellungen			
Rückstellungen für Pensionen	467.235,00		492.299,00
Steuerrückstellungen	531.775,16		315.702,61
Sonstige Rückstellungen	2.404.328,22	3.403.338,38	3.413.123,43
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	236.323.651,35		227.590.056,67
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	25.769.285,74		26.567.333,94
Erhaltene Anzahlungen	17.795.753,86		17.586.949,63
Verbindlichkeiten aus Vermietung	1.260.367,90		727.789,29
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.164.089,62		4.231.695,76
Sonstige Verbindlichkeiten	579.866,40	286.893.014,87	566.513,09
davon aus Steuern: 113.520,76 € (im Vorjahr: 111.244,35 €)			
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 15.674,74 € (im Vorjahr: 15.178,20 €)			
Rechnungsabgrenzungsposten		5.281.506,09	3.663.224,91
Bilanzsumme		**410.306.668,43**	**392.908.225,68**

gewobau Gesellschaft für Wohnen und Bauen Rüsselsheim mbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom

01.01.2022 bis 31.12.2022

	2022 EUR	EUR	Vorjahr EUR
Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	56.745.304,58		54.559.668,60
b) aus Verkauf von Grundstücken	0,00		0,00
b) aus Betreuungstätigkeit	204.272,39	56.949.576,97	201.462,24
c) aus anderen Lieferungen und Leistungen	0,00		0,00
Minderung des Bestandes an unfertigen Leistungen (Vorjahr: Erhöhung)		-348.507,44	753.372,96
Andere aktivierte Eigenleistungen		1.389.404,39	822.179,15
Sonstige betriebliche Erträge		1.248.373,47	1.930.908,99
		59.238.847,39	58.267.591,94
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen und Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		24.117.734,35	25.711.359,79
Rohergebnis		35.121.113,04	32.556.232,15
Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	5.687.366,46		5.433.083,72
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	1.564.421,11	7.251.787,57	1.516.734,26
(davon für Altersversorgung 485.687,19 €)			
(im Vorjahr ohne Unterstützung 450.453,35 €)			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		11.509.985,83	11.023.484,94
Sonstige betriebliche Aufwendungen		3.237.741,92	3.073.211,42
Erträge (+)/Aufwendungen (-) aus Gewinnabführungsverträgen		0,00	210.433,51
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		225,93	201,48
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		6.419,97	4.219,42
Abschreibungen auf Finanzanlagen		0,00	0,00
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		3.755.384,31	3.533.639,65
(davon aus Aufzinsung 11.508,00 €)			
(im Vorjahr 25.045,00 €)			
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		375.424,99	209.014,44
Ergebnis vor Steuern		**9.372.859,31**	**8.190.932,57**
Sonstige Steuern		2.022.162,58	1.999.481,62
Jahresüberschuss		**6.975.271,74**	**5.982.436,51**
Gewinnvortrag		335.337,35	152.900,84
Einstellung in die Bauerneuerungsrücklage		7.000.000,00	5.800.000,00
Bilanzgewinn		**310.609,09**	**335.337,35**

WIRTSCHAFTSPLAN 2024

und JAHRESABSCHLUSS 2022

des Eigenbetriebs

Städtischen Betriebshöfe

A. Wirtschaftsplan 2024

Basisdaten

Finanzplanung

Vermögensplan

Erfolgsübersicht

Stellenplan

B. Jahresabschluss 2022

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Basisdaten

Wirtschaftsplan	
aktuelles Planjahr	2024
5-jährige Finanzplanung	
Zeitraum von-bis	2024 - 2028
Erfolgsübersicht	
Überschrift	Erfolgsübersicht 2024
Vermögensplan	
Überschrift	Vermögensplan 2024
Deckblatt	
Wirtschaftsplan aktuell geplant (nur Jahr)	2024
Vermögensplan	
Einzelaufstellung Bereiche	Wirtschaftsplan 2024

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Deckblatt

	Wirtschaftsplan 2024 EUR
Erfolgsübersicht Erträge	808.000
Erfolgsübersicht Aufwendungen	630.800
Vermögensplan Mittelherkunft	825.000
Vermögensplan Mittelverwendung	825.000
Gesamtbetrag der Kredite	0
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	0
Höchstbetrag Liquiditätskredit	1.000.000

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Finanzplanung 5 Jahre

	Deckungsmittel (Mittelherkunft)	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR
1		0	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	172.800	190.000	209.000	230.000	253.000
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	652.200	634.000	614.000	592.000	568.000
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**824.000**	**823.000**	**822.000**	**821.000**

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Finanzplanung 5 Jahre

		Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR
Ausgaben (Mittelverwendung)						
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	825.000	824.000	823.000	822.000	821.000
2	Finanzanlagen	0	0	0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0	0
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**824.000**	**823.000**	**822.000**	**821.000**

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Erläuterungen zu den Ansätzen der Finanzplanung

Wirtschaftsplan 2024

1	Verwaltung	
	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	825.000,00
2	Finanzanlagen	0,00
3	Tilgung von Krediten	0,00
4	Rückzahlung Stammkapital	0,00
5	Änderung Nettogeldvermögen	0,00

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Finanzplanung 5 Jahre der Städte (2024 - 2028)

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§19 Nr.2 EigBGes)

		Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR
Einnahmen						
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	0	0	0	0	0
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	0	0	0	0	0
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	0	0	0	0	0
4	Darlehen der Gemeinde	0	0	0	0	0
Ausgaben						
1	Gewinnabführungen	177.200	178.200	179.200	180.200	181.200
2	Konzessionsabgaben	0	0	0	0	0
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	0	0	0	0	0
4	Eigenkapitalrückzahlung	0	0	0	0	0
5	Tilgungen von Darlehen der Gemeinde	0	0	0	0	0

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2024		Wirtschafts-plan 2025	Wirtschafts-plan 2026
		Investitionen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen gesamt EUR	EUR
Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	172.800	0	0	0
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	652.200	0	0	0
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**0**	**0**	**0**

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2024		Wirtschafts-plan 2025	Wirtschafts-plan 2026
		Investitionen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen gesamt EUR	EUR
Ausgaben (Mittelverwendung)					
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	825.000	0	0	0
2	Finanzanlagen		0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**0**	**0**	**0**

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Entwicklung der Verpflichtungsermächtigung

	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR	Summe EUR
Wirtschaftsplan	0	0	0	0	0	0

Wirtschaftsplan SBHR 2024

rüsselsheim am main

	1		2	3	4
	Aufwendungen nach Bereichen / Aufwandsart		Betrag insgesamt	Verwaltung	Aktivierte Eigen-leistungen
			PLAN 2024	PLAN 2024	
1	Materialaufwand		-35.600	-35.600	
2	Personalkosten		-54.000	-54.000	
3	Abschreibungen		-172.800	-172.800	
4	Zinsen und ähnl. Aufwendungen		0	0	
5	Steuern		0	0	
6	Konzessions- und Wegeentgelte		0	0	
7	Andere betr. Aufwendungen		-368.400	-368.400	
8	Summe		-630.800	-630.800	0
9	Umlage Allg. Betr.abtlg.	Zurechnung (+)	0	0	xxxxxxxxx
	Umlage übrige Abtlg.	Abgabe (-)	0	0	xxxxxxxxx
10	Leistungsausgleich der	Zurechnung (+)	0	0	
	Aufwandsbereiche	Abgabe (-)	0	0	
11	Aufwendungen 1 - 12		-630.800	-630.800	xxxxxxxxx
12	Betriebserträge				
	a) aus Umsatzerlösen		640.200	640.200	
	b) aus Gebühreneinnahmen		0	0	
	c) Kostenerstattung der Stadt		0	0	
	d) aus sonstigen Erlösen		7.800	7.800	
13	Betriebserträge insgesamt		648.000	648.000	0
14	Betriebsergebnis		17.200	17.200	xxxxxxxxx
15	Finanzergebnis		160.000	160.000	xxxxxxxxx
16	Neutrales Ergebnis		0	0	xxxxxxxxx
17	Außerordentliches Ergebnis		0	0	
18	Steuern vom Einkommen und Ertrag		0	0	
19	Unternehmensergebnis		177.200	177.200	xxxxxxxxx

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Stellenplan mit Vorjahresvergleich

2024 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim	Anzahl	Stellenwert
Beamte		
	0,0	A14
Summe:	**0,0**	
Beschäftigte		**TVöD**
	0,0	aT
	0,0	15
	0,0	14
	0,0	13
	0,0	12
	0,0	11
	0,0	10
	0,0	9
	0,0	8
	0,0	7
	0,0	6
	0,0	5
	0,0	4
	0,0	3
	0,0	2
Summe:	**0,0**	
Summe	**0,0**	**Stellen** **Plan 2024**

Ausbildungsstellen nachrichtlich	
0	Berufskraftfahrer/in
0	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice
0	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau
0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
0	Kfz-Mechatroniker/in

Die Ausbildungsstellen werden nach Bedarf besetzt.

Summe: 0 Stellen Plan 2024

2023 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim	Anzahl	Stellenwert
Beamte		
	0,0	A14
Summe:	**0,0**	
Beschäftigte		**TVöD**
	0,0	aT
	0,0	15
	0,0	14
	0,0	13
	0,0	12
	0,0	11
	0,0	10
	0,0	9
	0,0	8
	0,0	7
	0,0	6
	0,0	5
	0,0	4
	0,0	3
	0,0	2
Summe:	**0,0**	
Summe	**0,0**	**Stellen** **Plan 2023**

Ausbildungsstellen nachrichtlich	
0	Berufskraftfahrer/in
0	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice
0	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau
0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
0	Kfz-Mechatroniker/in

Die Ausbildungsstellen werden nach Bedarf besetzt.

Summe: 0 Stellen Plan 2023

2022 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim	Anzahl	Stellenwert
Beamte		
	0,0	A14
Summe:	**0,0**	
Beschäftigte		**TVöD**
	0,0	aT
	0,0	15
	0,0	14
	0,0	13
	0,0	12
	0,0	11
	0,0	10
	0,0	9
	0,0	8
	0,0	7
	0,0	6
	0,0	5
	0,0	4
	0,0	3
	0,0	2
Summe:	**0,0**	
Summe	**0,0**	**Stellen** **Plan 2022**

Ausbildungsstellen nachrichtlich	
0	Berufskraftfahrer/in
0	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice
0	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau
0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
0	Kfz-Mechatroniker/in

Die Ausbildungsstellen werden nach Bedarf besetzt.

Summe: 0 Stellen Plan 2022

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Investitionsplan

	Bezeichnung	Anschaffungskosten in EURO
1	Magazinausbau	60.000 €
2	Kfz-Werkstatt Container	75.000 €
3	Umbau Treppenhaus	90.000 €
4	Befahrbare Außenfläche Gebäude 23	100.000 €
5	Sanierung/Neubau Halle Spielplatzabteilung	500.000 €
	Summe 1-5	**825.000 €**

B. JAHRESABSCHLUSS 2 0 2 2

der Städtischen Betriebshöfe

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

ädt sche Betr ebshöfe Rüsselsheim
Rüsselsheim am Main

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVSEITE

	and am 31.12.2022 €	and am 31.12.2022 €	and am 31.12.2021 €
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.632.286,81		5.747.259,81
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	98.281,65		90.042,32
		5.730.568,46	**5.837.302,13**
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen gegen die Stadt und deren Eigenbetriebe und Eigengesellschaften		**4.569.610,35**	**3.422.960,35**
II. Guthaben bei Kreditinstituten		**729.215,48**	**1.547.951,09**
		5.298.825,83	**4.970.911,44**
		11.029.394,29	**10.808.213,57**

PASSIVSEITE

	and am 31.12.2022 €	and am 31.12.2022 €	Stand am 31.12.2021 €
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital		**7.669.378,2**	**7.669.378,22**
II. Rücklagen			
Allgemeine Rücklage		**1.246.649,56**	**1.246.649,56**
III. Gewinn/Verlust			
1. Gewinne/Verluste der Vorjahre	360.140,52		146.976,11
2. Jahresgewinn/Jahresverlust (-)	220.832,47		360.140,52
		580.972,99	**507.116,63**
		9.497.000,77	**9.423.144,41**
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.254.629,00		1.269.124,00
2. Sonstige Rückstellungen	51.184,65		51.325,75
		1.305.813,65	**1.320.449,75**
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.800,91		26.099,08
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben	177.778,96		38.520,33
		226.579,87	**64.619,41**
		11.029.394,29	**10.808.213,57**

Anlage II

Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim
Rüsselsheim am Main

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2022

	2022	2021
	€	€
1. Umsatzerlöse	640.200,00	646.533,88
2. Sonstige betriebliche Erträge	11.037,32	8.070,00
	651.237,32	654.603,88
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	249.765,43	149.440,55
4. Personalaufwand		
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 6.310,812 Vorjahr: € -102.811,31	6.310,81	-102.811,31
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	129.624,55	126.535,19
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.272,05	17.086,22
7. Zwischenergebnis	**247.264,48**	**464.353,23**
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.878,62	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen € 6.577,63 Vorjahr: € € 8.198,71 davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: € 36.733,00 Vorjahr: € 96.014,00	43.310,63	104.212,71
10. Finanzergebnis	**-26.432,01**	**-104.212,71**
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**220.832,47**	**360.140,52**
12. Jahresgewinn/Jahresverlust (-)	**220.832,47**	**360.140,52**

Nachrichtlich

Verwendung des Jahresgewinns in Höhe von	220.832,47	360.140,52
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,00	0,00
b) zur Einstellung in Rücklagen	0,00	0,00
c) zur Abführung an den Haushalt der Stadt	220.832,47	360.140,52
d) auf neue Rechnung vortragen	0,00	0,00
	220.832,47	**360.140,52**

WIRTSCHAFTSPLAN 2024

und

JAHRESABSCHLUSS 2022

der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

A. Wirtschaftsplan 2024

Basisdaten
Finanzplanung
Vermögensplanung
Unternehmensplanung
Erfolgsplanung
Investitionsplan
Stellenübersicht

B. Jahresabschluss 2022

Bilanz zum 31.12.2022
Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Basisdaten

1.1.	Beschluss zum Wirtschaftsplan 2024	1 - 2
1.2.	Eckwerte	3
1.3.	Finanzplanung 5J – Mittelherkunft	4
1.4.	Finanzplanung 5J – Mittelverwendung	5
1.5.	Vermögensplanung	6 - 7

2. Unternehmungsplanung

2.1	Tätigkeitskataloge	8
2.2	gebührenfinanzierte Unternehmensbereiche	8 - 9
2.3	Erträge	9 - 10
2.4	Aufwand	11

3. Erfolgsplanung / GuV

3.1	Erfolgsübersicht	12 - 13
3.2	Erfolgsübersicht im Detail	14

4. Investitionsplan

4.1	Investitionsübersicht	15 - 20

5. Stellenplan 21

6. Finanzplan

6.1 Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes) 22 - 24

6.2 Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für die Haushalte der Gemeinden auswirken (§ 19 Nr. 2 EigBGes) 25 - 27

Wirtschaftsplan
der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim
für das Wirtschaftsjahr 2024

Aufgrund der §§ 126a Absatz 9 Satz 3 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 11. Dezember 2020 (GVBI. S. 915) i. V.m. 10 ff. des Eigenbetriebsgesetzes in der Fassung vom 9. Juni 1989 zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Juli 2016 (GVBI. S. 121) hat der Verwaltungsrat am _____ folgenden Beschluss zum Wirtschaftsplan gefasst:

1

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 wird

im Erfolgsplan

mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	27.724.637 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	27.376.280 €
mit einem Überschuss festgesetzt von	348.357 €

im Vermögensplan

mit den Einnahmen aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	2.600.300 €
mit den Ausgaben aus Investitions- und Finanzierungstätigkeit auf	2.600.300 €

ausgeglichen festgesetzt.

2.

Kredite werden nicht veranschlagt.

3.

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

4.

Der Höchstbetrag der Liquiditätskredite, die im Wirtschaftsjahr 2024 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf:

5.000.000 €

festgesetzt.

5.

Es gilt die vom Verwaltungsrat am _____ als Teil des Wirtschaftsplanes beschlossene Stellenübersicht.
Die Stellenübersicht enthält 256,00 Stellen für Arbeitnehmer.

Rüsselsheim am Main, den

.....
Andreas Lier
Vorstand

1. Basisdaten

1.2 Eckwerte

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2024

	Wirtschaftsplan 2024 EUR
Erfolgsübersicht Einnahmen	27.724.637
Erfolgsübersicht Ausgaben	27.376.280
Vermögensplan Mittelherkunft	2.600.300
Vermögensplan Mittelverwendung	2.600.300
Gesamtbetrag der Kredite (aus Eigenmitteln 2023)*	0
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	0
Höchstbetrag der Liquiditätskredite	5.000.000

→

Investitionen	2.600.300
´-AfA	1.268.300
- Investitionskostenzuschüsse	1.332.000
Kredite (Eigenmittel)	0

1.3 Finanzplanung 5J - Mittelherkunft

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2024

Finanzplanung 5 Jahre

		Wirtschafts-plan 2023 EUR	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR
Deckungsmittel (Mittelherkunft)						
1	Zuführungen zum Stammkapital	0	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	0	1.332.000	1.332.000	1.332.000	1.332.000
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	1.492.400	1.268.300	1.341.100	1.419.700	1.494.900
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0	0
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**1.492.400**	**2.600.300**	**2.673.100**	**2.751.700**	**2.826.900**

1.4 Finanzplanung 5J - Mittelverwendung

/irtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2024

inanzplanung 5 Jahre

Ausgaben (Mittelverwendung)		Wirtschafts-plan 2023 EUR	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte					
1.1	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen	83.500	177.000	194.770	214.200	218.565
1.2	Abfallentsorgung (gebührenrelevant)	257.000	773.000	835.350	909.285	927.477
1.3	Straßenreinigung	506.500	360.000	396.000	435.600	444.411
1.4	Friedhof	53.000	219.500	241.500	265.650	271.040
1.5	Straßenunterhaltung / Verkehrssicherung	15.500	56.000	76.600	82.240	83.933
1.6	Grün- und Spielflächen	305.500	299.000	328.900	328.900	335.502
1.7	Sportflächen	0	20.500	10.000	10.000	10.200
1.8	Kanalreinigung	53.200	31.500	34.750	38.000	38.835
1.9	Öffentliche Einrichtungen	81.000	147.000	161.780	177.670	181.299
1.10	Betriebe gewerblicher Art (BgA)	13.000	30.000	33.000	36.000	36.723
2	Finanzanlagen	0	0	0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	124.200	486.800	360.450	254.155	278.915
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**1.492.400**	**2.600.300**	**2.673.100**	**2.751.700**	**2.826.900**

1.5 Vermögensplanung

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2024

Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2024		Wirtschafts-plan 2025	Wirtschafts-plan 2026
		Investitionen	Verpflichtungs-ermächtigungen	Verpflichtungsermächtig-ungen gesamt	
		EUR	EUR	EUR	EUR
Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	1.332.000	0	0	0
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	1.268.300	0	0	0
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**2.600.300**	**0**	**0**	**0**

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2024
Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2024		Wirtschaftsplan 2025	Wirtschaftsplan 2026
		Investitionen EUR	Verpflichtungsermächtigungen EUR	Verpflichtungsermächtigungen gesamt EUR	EUR
Ausgaben (Mittelverwendung)					
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte				
1.1	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen	177.000	0	0	0
1.2	Abfallentsorgung (gebührenrelevant)	773.000	0	0	0
1.3	Straßenreinigung	360.000	0	0	0
1.4	Friedhof	219.500	0	0	0
1.5	Straßenunterhaltung / Verkehrssicherung	56.000	0	0	0
1.6	Grün- und Spielflächen	299.000	0	0	0
1.7	Sportflächen	20.500	0	0	0
1.8	Kanalreinigung	31.500	0	0	0
1.9	Öffentliche Einrichtungen	147.000	0	0	0
1.10	Betriebe gewerblicher Art (BgA)	30.000	0	0	0
2	Finanzanlagen	0	0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	486.800	0	0	0
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**2.600.300**	**0**	**0**	**0**

2. Unternehmensplanung

2.1. Tätigkeitskataloge

Im Jahr 2019 wurden in verschiedenen Projektgruppen die Tätigkeitskataloge überarbeitet. Laut Satzung war dies nach dem zweiten Jahr nach Gründung der AöR vorgesehen.
Die Beschlussfassung in den Stadtverordnetenversammlungen stehen nach wie vor aus, so dass die Mittel lediglich gemäß Satzung angepasst wurden. Zur Erbringung der übertragenen, fortlaufenden Aufgaben stehen 2.717 T€ in Raunheim, sowie 10.164 T€ in Rüsselsheim, zur Verfügung.
Die vorgesehenen planmäßigen Erhöhungen des Budgets i. H. v. 1,75% p.a werden für den Wirtschaftsplan 2024 ausgesetzt. Aus ihnen wird ein Investitionskostenbudget gebildet: Die Trägerkommunen erstatten dem SSRR die Kosten für Investitionen im steuerfinanzierten Bereich und aktivieren im Gegenzug einen gegebenen Investitionskostenzuschuss. Dieser Zuschuss wird mit derselben Laufzeit abgeschrieben wie das damit erworbene Anlagegut. Der SSRR passiviert einen Sonderposten für Investitionszuschüsse und löst diesen auf den selben Zeitraum hin auf. Der Investitionskostenzuschuss darf für die Gemeinden höchstens so hohen Aufwand für Abschreibungen verursachen, wie die Budgeterhöhung ohnehin Aufwand ausgelöst hätte.
Da die Budgets in der Planung nicht vollständig ausgeschöpft werden, ist für Rüsselsheim noch eine Restzahlung von 9 T€ und für Raunheim eine Restzahlung von 2 T€ angesetzt. Die Gesamtsumme der Budgetzahlung beläuft sich somit auf einen Betrag von 13.106 T€.

2.2 Gebührenfinanzierte Unternehmensbereiche

Zur Erbringung der Straßenreinigung werden in Rüsselsheim Steuermittel herangezogen. Gebührenveranlagte Straßen befinden sich lediglich im Innenstadtbereich sowie entlang der Buslinien. Die Erlöse aus den veranlagten Gebühren betragen 144 T€.

Zur Deckung der Aufwendungen müssen 2.232 T€ aus Steuermitteln bereitgestellt werden.
In Raunheim ist die Straßenreinigung nicht gebührenveranlagt und somit komplett durch Steuermitteln finanziert.
Die Mengen im Bereich Papier/Pappe/Kartonage (PPK) stabilisieren sich. Die Preise sind hingegen immer noch volatil, auch wenn die Bandbreite der Schwankungen abgenommen hat. Die Einnahmen aus PPK waren in den vergangenen Jahren ein wesentlicher Faktor zur Stabilisierung der Gebühren im Bereich Abfallsammlung. Im Planjahr 2024 ist der Bereich Abfallsammlung in der Gemeinde Raunheim kostenüberdeckend. Hier wirkt sich die Anpassung der Gebühren im Wirtschaftsjahr 2023 aus. Der Kalkulationszeitraum wurde bis zum 31.12.2024 festgelegt. Danach ist eine Nachkalkulation der Gebühr vorzunehmen.

2.3. Erträge

Die **Betriebserträge** im Wirtschaftsjahr 2024 belaufen sich insgesamt auf 27.724 T€. Gesplittet auf die beiden Trägerkommunen ergeben sich Einnahmen in Höhe von 5.250 T€ für Raunheim und 21.655 T€ für Rüsselsheim. Unberücksichtigt bleiben hierbei eventuelle Zuführungen zu Rückstellungen für Gebührenausgleich. Im Bereich der Betriebe gewerblicher Art (BgA) erfolgt keine Unterscheidung zwischen Raunheim und Rüsselsheim, hier belaufen sich die Erträge auf 820 T€.
Im Bereich der Abfallsammlung des Betriebsteils Raunheim wird ein Überschuss in Höhe von 149 T€ angenommen. In Rüsselsheim hingegen wird für die Abfallsammlung ein Überschuss i. H. v. 54 T€ angenommen. Beide werden jeweils in der kommenden Kalkulationsperiode ab 2025 zur Kostendämpfung eingesetzt.
Für das Wirtschaftsjahr 2024 sind dementsprechend Gesamterträge i. H. v. 27.724 T€ eingeplant.

Die Erträge im Einzelnen stellen sich wie folgt dar:

		Ra	Ra	Rü	Rü	Ra	Rü	BgA	Raunheim	Rüsselsheim	BgA	Gesamt
Budgetzahlungen zur Wahrnehmung der übertragenen Aufgaben	-12.290.140		-590.536		-1.627.931	-1.939.668	-8.132.005		- 2.530.204 €	- 9.759.936 €		- 12.290.140 €
Leistungen mit den Stadtverwaltungen der Trägerkommunen welche außerhalb der Aufgabenübertragung beauftragt werden	-472.511	-900		-54.510	-82.510	-81.791	-252.800		- 82.691 €	- 389.820 €		- 472.511 €
Erlöse aus Leistung mit Dritten (kommunal)	-182.926					-36.000	-146.926		- 36.000 €	- 146.926 €		- 182.926 €
Verwertung inkl. Papier, Pappe und Karton kommunal	-140.000	-40.600		-99.400					- 40.600 €	- 99.400 €		- 140.000 €
Verwertung Papier	-244.200	-43.200		-201.000					- 43.200 €	- 201.000 €		- 244.200 €
Abfallgebühren	-12.519.600	-2.304.100		-10.215.500					- 2.304.100 €	- 10.215.500 €		- 12.519.600 €
Strassenreinigungsgebühren (nur Rüsselsheim)	-144.000				-144.000					- 144.000 €		- 144.000 €
öffentlicher Interessensanteil i.H.v. 25% der Straßenreinigung	-816.260	-196.557		-619.703					- 196.557 €	- 619.703 €		- 816.260 €
außerordentliche Erträge (Bsp. Abgang / Verkauf von Anlagegütern)	-95.000	-5.600	-2.400	-43.800	-20.400	-9.200	-13.600		- 17.200 €	- 77.800 €		- 95.000 €
BgA inklusive Papier, Pappe und Karton aus dualem System	-820.000							-820.000			- 820.000 €	- 820.000 €
Gesamt	-27.724.637	-2.590.957	-592.936	-10.614.210	-2.494.544	-2.066.659	-8.545.331	-820.000	**- 5.250.552 €**	**- 21.654.085 €**	**- 820.000 €**	**- 27.724.637 €**
Nchrichtlich Budgetzahlungen									**- 2.726.761 €**	**- 10.379.639 €**		**- 13.106.400 €**

2.4. Aufwand

Der Aufwand für **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** beträgt in der Planung 1.585 T€ für das Wirtschaftsjahr 2024, der Bezug von **Fremdleistung** wird sich auf 6.648 T€ belaufen. Damit betragen die Materialkosten im Jahr 2024 insgesamt 8.233 T€. Die Materialkosten werden wie folgt aufgeschlüsselt: Auf Raunheim entfallen davon 1.418 T€, während Rüsselsheim einen Betrag von 6.447 T€ trägt. Dabei beläuft sich der Aufwand im Bereich der Betriebe gewerblicher Art (BgA) auf 73 T€. Die Aufwendungen für Verwaltung und sonstige gemeinsam genutzte Abteilungen betragen im Planjahr 2024 insgesamt 295 T€. Die Kosten werden in der Umlage den Trägerkommunen und den BgA's zugeordnet.

Der **Personalaufwand** ist für das Jahr 2024 mit 14.304 T€ geplant. Die Tarifeinigung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften für das Jahr 2024 mit einem Sockelbetrag von 200 € sowie einer zusätzlichen Erhöhung von 5,5% wurden vollständig in die Preisgestaltung integriert. Die Planung basiert neben der tariflichen Erhöhung auf einer Mischkalkulation aus Rentenabgängen und Neubesetzungen.

Aus der Investitionsplanung für 2024 (siehe Punkt 3), sowie laufenden **Abschreibungen**, ergeben sich Gesamtabschreibungen in Höhe von 1.573 T€ für die kommende Wirtschaftsperiode 2024.
Die Abschreibungen werden durch Erträge aus der Auflösung von Sonderposten in Höhe von T€ 213 zum Teil wieder neutralisiert. Dies betrifft aber nur die bereits erwähnten und umgewandelten Budgeterhöhungen.

Die **anderen betrieblichen Aufwendungen** liegen in Summe bei rund 3.162 T€. Wesentliche Positionen hierbei sind:

- Kosten für Versorgung (Fernwärme, Strom, Wasser/Abwasser) rund 700 T€
- Instandhaltung von Anlagen und Maschinen rund 170 T€
- Summe KFZ Kosten rund 660 T€
- Kosten des EDV-Bedarfs und Software-Wartung rund 270 T€
- Mietkosten 950 T€
- Versicherungen 240 T€

3. Erfolgsplanung

3.1. Erfolgsübersicht

Der Wirtschaftsplan der Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR wird für das Wirtschaftsjahr 2024 in der Erfolgsübersicht

in den Erträgen mit	27.724.637 €
in den Aufwendungen mit	27.376.280 €

Eine Überdeckung ausweisen in Höhe von:	348.357 €
Finanzergebnis	0 €
Daraus ergibt sich eine Überdeckung vor Steuern in Höhe von	348.357 €

Nach Abzug der für den Bereich der BgA anfallenden Ertragssteuern i. H. v. 44 T€ ergibt sich folgendes Bild:

		2024
Gebührenbereich	-	203.184 €
Steuerfinanziert		- €
BgA(nach Steuern)	-	100.787 €
Unternehmensergeb.	-	100.787 €
Überschuss / Verlust	-	303.971 €

Der steuerfinanzierte Unternehmensbereich wird ausgeglichen, während der gebührenfinanzierte Unternehmensbereich einen Überschuss in Höhe von 203 T€ verzeichnet. Der Bereich der BgA erwirtschaftet nach Abzug der Ertragssteuern einen Überschuss in Höhe von 100 T€. Damit ergibt sich für das Planjahr 2024 ein Gesamtüberschuss i. H. v. 303 T€.

Erfolgsübersicht im Detail

WIRTSCHAFTSPLAN STADTESERVICE RAUNHEIM RUSSELSHEIM AOR 2024

	SUMME 2024	Verwaltung		Gebührenbereiche				steuerfinanzierte Unternehmensbereiche						BgA
	Städteservice gesamt	Verwaltung / gemeinsame Abteilungen		Raunheim		Rüsselsheim		Raunheim			Rüsselsheim			Ra/Rü
	Plan	Verwaltung	gemeinsame Abteilungen	Abfallsammlung	Strassenreinigung	Abfallsammlung	Strassenreinigung	Grünpflege	Technische Dienste	Kanalreinigung	Grünpflege	Technische Dienste	Kanalreinigung	BgA
Materialaufwand														
a) Bezug von Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffen	1.585.000 €	142.000 €	100.000 €	26.000 €	28.000 €	300.000 €	128.000 €	38.000 €	45.000 €	4.000 €	426.000 €	169.000 €	138.000 €	41.000 €
b) Bezug von Fremdleistungen	6.648.500 €	49.000 €	4.000 €	986.000 €	38.000 €	4.279.000 €	114.000 €	253.000 €	500 €	0 €	869.000 €	20.000 €	4.000 €	32.000 €
Löhne und Gehälter	10.981.100 €	1.516.000 €	337.900 €	515.500 €	393.700 €	2.600.000 €	1.136.900 €	554.700 €	188.000 €	98.200 €	2.026.500 €	906.000 €	392.700 €	315.000 €
Soziale Abgaben und sonstige Personalkosten	3.323.250 €	457.600 €	100.900 €	155.740 €	119.310 €	783.800 €	341.100 €	168.100 €	56.100 €	30.800 €	619.300 €	274.200 €	120.300 €	96.000 €
Summe Personalkosten	14.304.350 €	1.973.600 €	438.800 €	671.240 €	513.010 €	3.383.800 €	1.478.000 €	722.800 €	244.100 €	129.000 €	2.645.800 €	1.180.200 €	513.000 €	411.000 €
Abschreibungen	1.573.240 €	163.154 €	70.327 €	98.675 €	59.849 €	419.990 €	143.170 €	68.700 €	46.543 €	46.580 €	252.681 €	86.770 €	57.825 €	58.975 €
Kfz-Steuer und Wegeentgelte	102.700 €	500 €	0 €	2.100 €	1.700 €	47.300 €	10.300 €	2.400 €	2.200 €	1.200 €	18.800 €	4.600 €	3.200 €	8.400 €
Andere betr. Aufwendungen	3.162.500 €	1.245.800 €	17.800 €	119.200 €	24.900 €	521.300 €	224.600 €	53.900 €	46.000 €	45.300 €	661.000 €	42.800 €	140.100 €	19.800 €
Primäraufwand	27.376.290 €	3.574.054 €	630.927 €	1.903.215 €	665.459 €	8.951.391 €	2.098.071 €	1.138.800 €	384.343 €	226.080 €	4.873.281 €	1.503.370 €	856.125 €	571.175 €
Umlage der Verwaltung		-3.574.054 €	-630.927 €	345.383 €	120.763 €	1.624.441 €	380.744 €	206.662 €	69.748 €	41.027 €	884.371 €	272.822 €	155.364 €	103.653 €
Gesamtaufwand	27.376.280 €	0 €	0 €	2.248.597 €	786.221 €	10.575.831 €	2.478.814 €	1.345.461 €	454.091 €	267.107 €	5.757.651 €	1.776.192 €	1.011.488 €	674.827 €

pro Kommune	
nachrichtlich Budgetzahlungen	- 13.106.400 €
Budget	- 12.290.140 €
Sonderleistungen Umsatzsteuerfrei mit den Stadtverwaltungen der Trägerkommunen	- 472.511 €
mit Dritten	- 182.926 €
Verwertung kommunal	- 140.000 €
Verwertung Papier	- 244.200 €
Gebühren	- 12.663.600 €
Stadtanteil 25% (aus Budget entnommen)	- 816.260 €
außerordentlich	- 95.000 €
BgA	- 820.000 €
Gesamterlöse	- 27.724.637 €
Gesamt nach Ausgleich und Umlage Veraltung	- 27.724.637 €
Ergebnis vor Steuern	- 348.357 €
Geschätzte Ertragssteuern	44.386 €
Ergebnis nach Steuern	- 303.971 €

				2.066.659 €	8.545.331 €	
				IST	IST	
- 3.272 €	- 587.264 €	- 15.730 €	- 1.612.201 €	-1.939.668 €	-8.132.005 €	
- 900 €		- 54.510 €	- 82.510 €	-81.791 €	-252.800 €	
				-36.000 €	-146.926 €	
- 40.600 €		- 99.400 €				
- 43.200 €		- 201.000 €				
- 2.304.100 €		- 10.215.500 €	- 144.000 €			
	- 196.557 €		- 619.703 €			
- 5.600 €	- 2.400 €	- 43.800 €	- 20.400 €	-9.200 €	-13.600 €	
						- 820.000 €
- 2.397.672 €	- 786.221 €	- 10.629.940 €	- 2.478.814 €	-2.066.659 €	-8.545.331 €	- 820.000 €
-149.075 €	0 €	-54.109 €	0 €	0 €	0 €	- 145.173 €
						44.386 €

4. Investitionsplan

4.1. Investitionsübersicht

Bezeichnung	Anschaffungs-kosten in Euro
Digitalisierung Abschluss Rückwärtsfahren	5.000
Erweiterung Identsystem (Tourenplanung)	25.000
Werkzeuge Ersatzbeschaffung	6.000
Ersatz Absetzkipper für GG BR 14	210.000
Pressfahrzeug Ersatz für GG BR 2200 Bj 2015	285.000
BGK Abfallentsorgung	**531.000**
MGB 60 l grau	7.000
MGB 80 l grau	6.000
MGB 120 l grau	6.000
MGB 240 l grau	9.000
MGB 1.100 l grau	12.000
Restabfall Rüsselsheim	**40.000**
MGB 120 l braun	6.000
MGB 240 l braun	9.000
Bioabfall Rüsselsheim	**15.000**
MGB 120 l blau	2.000
MGB 240 l blau	10.000
MGB 1.100 l blau	10.000
Altpapier Rüsselsheim	**22.000**
Ersatzbeschaffungen für Werkzeuge	2.000
Container	15.000
Spezialsackkarre	2.000
3 Anfahrrampen für Container	4.000
Presse	25.000
Wertstoffhof Rüsselsheim	**48.000**
Container	10.000
Behälterservice Rüsselsheim	**10.000**
Papierkörbe Hahne u Lückel	25.000
Ersatzbeschaffungen für GWG	1.500
Ersatzbeschaffungen für Werkzeuge	1.500
Papierkorbleerung Rüsselsheim	**28.000**
MGB 60 l grau	8.000
MGB 80 l grau	2.000
MGB 120 l grau	5.000
MGB 240 l grau	4.000
MGB 1.100 l grau	5.000
Restabfall Raunheim	**24.000**
MGB 120 l braun	3.000
MGB 240 l braun	6.000
Bioabfall Raunheim	**9.000**
MGB 120 l blau	2.000
MGB 240 l blau	5.000
MGB 1.100 l blau	5.000
Altpapier Raunheim	**12.000**

Presscontainer / Container	25.000
Kabel Stecker Poller	3.000
Wertstoffhof Raunheim	**28.000**
Diverse Papierkörbe	6.000
Papierkorbleerung Raunheim	**6.000**
Container 7m³ , 10m³, mit und ohne Deckel	25.000
Containerdienst BgA	**25.000**
E-Fahrzeug zur Papierkorbleerung und Wildmüllentsorgung	80.000
2 Geräteträger M29	230.000
Doka Task Force	50.000
BGK Straßenreinigung	**360.000**
Ersatz und Neuanschaffung	5.000
Neuanschaffungen div. Arbeitsgeräte	1.000
Ersatzbeschaffungen Werkzeuge	2.000
Graffitientfernungen Rüsselsheim	**8.000**
Ersatz für GG-RR 133	50.000
Ersatzanschaffungen für BGA	2.000
Werkzeug	4.000
Verkehrssicherung Rüsselsheim	**56.000**
Ersatzbeschaffungen Maschinen und Geräte (GWG)	**5.000**
Parkscheinautomat Rüsselsheim	**5.000**
Kanalspülschlauch 1 1/4" GG-RR 254	**11.250**
Kanalspülschlauch 1 1/4" GG-RR 212	**11.250**
FLEXMATIC+-SPIRALMASCHINE, MIT SPIRALE	2.500
Kanalspülung Rüsselsheim	**25.000**
Kanalspühlschlauch Gürlokan 250 GG-BR 2029	**6.500**
BGK Kanalreinigung	**6.500**
Laubsauger	7.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	3.000
Ersatzbeschaffung GWG	2.000
Caigos Sport- und Spielplatzprüfung Software	5.000
Panasonic Touch-Pad	3.500
Sportplätze	**20.500**
Tiefpritsche Ersatz für Halbplaner	50.000
Ersatz für Opel Combo	50.000
Gabelstabler Ersatz für Altgerät	14.000
Abkantbank	6.000
Austausch und Neuanschaffung	5.000
Austausch und Neuanschaffungen	4.000
Fräsmaschine	3.000
Langlochfräse	1.000
Handwerkerleistungen Rüsselsheim	**133.000**

Caigos-Anbindung	2.500
Tablet Panasonic Touchepad (Caigos) Herr Lunkenbein	3.500
Ersatz 2 Stk. Mähdecks für Grillo	20.000
Gießeinrichtung GG - BR 20	70.000
AS Hochgrasmäher	25.000
Doppelkabiner 3,5 Tonnen Ersatz GG - SW 13	50.000
Anhänger Happert Cobalt HB-2 (Maschinenfahrer)	8.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	10.000
Ersatzbeschaffung GWG	15.000
Grünpflege	**204.000**
Tablet Panasonic Toucepad	6.000
Bewässerungstablet Samsung	1.000
Software und Katasterunterhaltung	30.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	3.500
Ersatzbeschaffung GWG	2.500
Baumpflege	**43.000**
Ersatz Friedhofsbagger	210.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	2.000
Ersatzbeschaffung GWG	3.000
Friedhöfe RÜ	**215.000**
Ersatzbeschaffung GWG (Friedhof RA)	1.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge (Friedhof RA)	3.500
Friedhöfe RA	**4.500**
zentrale Absauganlage für Holzbearbeitungsmaschinen	30.000
Malerwaschplatz	2.500
Bandsäge	6.000
Plattenwagen	2.500
Ersatzbeschaffungen Werkzeuge	2.000
Spinde	6.000
höhenverstellbarer Schreibtisch	1.000
Büroeinrichtung	2.000
Ersatzbeschaffungen	1.000
Spielplätze	**53.000**
Kfz Reparatur und Solldaten	2.000
AU Solldaten	1.000
Kfz Diagnosegerät	10.000
Hebebühne PKW/Transporter, Ersatzbeschaffung für Maha Hebebühne Baujahr 2007	7.000
Druckluftkompressor für Werkstattwagen	3.000
Werkzeuge und Kleingeräte, Winkelschleifer, Bohrmaschine, und Handwerkzeuge	3.000
Ersatzanschaffungen für BGA	2.000
Stromerzeuger für Werkstattwagen	2.000
KFZ-Werkstatt Rüsselsheim	**30.000**
Neuanschaffungen Werkzeuge	2.000
Neuanschaffung und Ersatz	2.000
KFZ-Werkstatt Raunheim	**4.000**

Update und Lizenz für SUN PDL 4100 Diagnosegerät	1.000
Werkzeuge und Kleingeräte, Winkelschleifer, Bohrmaschine, und Handwerkzeuge	2.000
BgA KFZ-Werkstatt	**3.000**
Notebooks	6.000
Office Lizenzen	28.000
Core CAL - Server-aufschalt-Lizenzen	18.000
BGK Verwaltung	**52.000**
höhenverstellbare Schreibtische	5.000
Servicecenter	**5.000**
Software Gebäudeunterhalt	3.000
Gebäude	**3.000**
ARES-Systemerweiterung	50.000
kaufmännische Dienste	**50.000**
Ersatzanschaffungen für BGA	15.000
Ersatzanschaffungen GWG	15.000
Software Lager	5.000
Magazin	**35.000**
Gesamtsumme der Investitionen im Wirtschaftsplan 2024	**2.113.500**

4.2 Aufstellung der bezuschussten Investition

Bezeichnung	Anschaffungs-kosten in Euro
Ersatzbeschaffungen für Werkzeuge	1.500
Papierkorbleerung Rüsselsheim	**1.500**
E-Fahrzeug zur Papierkorbleerung und Wildmüllentsorgung	80.000
2 Geräteträger M29	230.000
Doka Task Force	55.000
BGK Straßenreinigung	**365.000**
Neuanschaffungen div.Arbeitsgeräte	1.000
Ersatzbeschaffungen Werkzeuge	2.000
Ersatz und Neuanschaffung	5.000
Neuanschaffungen div.Arbeitsgeräte	1.000
Graffitientfernungen Rüsselsheim	**9.000**
Ersatzanschaffungen für BGA	2.000
Werkzeug	4.000
Ersatz für GG-RR 133	60.000
Verkehrssicherung Rüsselsheim	**66.000**
Ersatzbeschaffungen Maschinen und Geräte (GWG)	5.000
Parkscheinautomat Rüsselsheim	**5.000**
Kanalspülschlauch 1 1/4" GG-RR 254	11.250
FLEXMATIC+-SPIRALMASCHINE, MIT SPIRALE	2.500
Kanalspülschlauch 1 1/4" GG-RR 212	11.250
Kanalspülung	**25.000**
Kanalspühlschlauch Gürlokan 250 GG-BR 2029	6.500
Kanal BGK	**6.500**
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	3.000
Ersatzbeschaffung GWG	2.000
Laubsauger	7.000
Caigos Sport- und Spielplatzprüfung Software	5.000
Panasonic Touch-Pad	3.500
Sportplätze	**20.500**
Tiefpritsche Ersatz für Halbplaner	50.000
Ersatz für Opel Combo	50.000
Austausch und Neuanschaffung	4.000
Austausch und Neuanschaffung	5.000
Ersatz für Opel Combo	23.000
Gabelstabler Ersatz für Altgerät	14.000
Abkantbank	6.000
Fräsmaschine	3.000
Langlochfräse	1.000
Handwerkerleistungen Rüsselsheim	**156.000**

Caigos-Anbindung	2.500
Tablet Panasonic Touchepad (Caigos) Herr Lunkenbein	3.500
Ersatz 2 Stk. Mähdecks für Grillo	20.000
AS Hochgrasmäher	25.000
Gießeinrichtung GG - BR 20	70.000
Ersatzbeschaffung GWG	15.000
Anhänger Happert Cobalt HB-2 (Maschinenfahrer)	8.000
Doppelkabiner 3,5 Tonnen Ersatz GG - SW 13	50.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	10.000
Grünpflege	**204.000**
Tablet Panasonic Toucepad	6.000
Bewässerungstablet Samsung	1.000
Ersatzbeschaffung GWG	2.500
Software und Katasterunterhaltung	30.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	3.500
Baumpflege	**43.000**
Ersatz Friedhofsbagger	210.000
Ersatzbeschaffung GWG	3.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge	2.000
Friedhöfe RÜ	**215.000**
Ersatzbeschaffung GWG (Friedhof RA)	1.000
Ersatzbeschaffung Werkzeuge (Friedhof RA)	3.500
Friedhöfe RA	**4.500**
Malerwaschplatz	2.500
Spinde	6.000
Bandsäge	6.000
Büroeinrichtung	2.000
Ersatzbeschaffungen	1.000
höhenverstellbarer Schreibtisch	1.000
Plattenwagen	2.500
zentrale Absauganlage für Holzbearbeitungsmaschinen	30.000
Ersatzbeschaffungen Werkzeuge	2.000
Spielplätze	**53.000**
Ersatzanschaffungen für BGA	2.000
Kfz Reparatur und Solldaten	2.000
AU Solldaten	1.000
Werkzeuge und Kleingeräte, Winkelschleifer, Bohrmaschine, und Handwerkzeuge	3.000
Kfz Diagnosegerät	10.000
Stromerzeuger für Werkstattwagen	2.000
Druckluftkompressor für Werkstattwagen	3.000
Hebebühne PKW/Transporter, Ersatzbeschaffung für Maha Hebebühne Baujahr 20(	7.000
KFZ-Werkstatt Rüsselsheim	**30.000**

Neuanschaffung und Ersatz	2.000
Neuanschaffungen Werkzeuge	2.000
KFZ-Werkstatt Raunheim	**4.000**
Werkzeuge und Kleingeräte, Winkelschleifer, Bohrmaschine, und Handwerkzeuge	**2.000**
BgA KFZ-Werkstatt	**2.000**
Notebooks	6.000
Office Lizenzen	28.000
Core CAL - Server-aufschalt-Lizenzen	18.000
BGK Verwaltung	**52.000**
ARES-Systemerweiterung	50.000
kaufmännische Dienste	**50.000**
Ersatzanschaffungen für BGA	15.000
Software Lager	5.000
Magazin	**20.000**
Gesamtsumme der Investitionszuschüsse	**1.332.000**

5. Stellenplan

Stellenplan 2024			Stellenplan 2023			tatsächlich besetzte Stellen zum 30.06.2023		
Stellen	TVöD Entgeltgruppe	davon unbesetzt	Stellen	TVöD Entgeltgruppe	davon unbesetzt	Stellen	TVöD Entgeltgruppe	
1	aT		1	aT		1	aT	
2	14		3	14		2	14	
3	12		3	12	1	3	12	
10	11	1	6	11		9	11	
0	10		0	10		0	10	
10	9a		13	9a		9	9a	
5	9b		4	9b	1	4	9b	
3	9c	2	2	9c		1	9c	
7	8		10	8		7	8	
19	7		14	7		19	7	
28	6		20	6	1	28	6	
108	5	4	103	5	4	100	5	
58	4	2	45	4		52	4	
2	3		4	3		2	3	
0	2		1	2		0	2	
Summe: 256		**9**	**Summe: 229**		**7**	**Summe: 237**		
Summe 256 Stellen			**Summe: 229 Stellen**			**Summe: 237 Stellen**		
Ausbildungsstellen nachrichtlich			Ausbildungsstellen nachrichtlich			Ausbildungsstellen nachrichtlich		
3	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau		3	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau		4	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau	
1	FK für Rohr-,Kanal-u.Industrieservice		2	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice		1	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice	
3	Berufskraftfahrer/in		3	Berufskraftfahrer/in		1	Berufskraftfahrer/in	
1	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation/Digitalisierungsmanagement		0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation		0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation	
1	Kfz-Mechatroniker/in		1	Kfz-Mechatroniker/in		1	Kfz-Mechatroniker/in	
1	Straßenwärter/in		1	Straßenwärter/in		1	Straßenwärter/in	
Summe: 10 Stellen			**Summe: 10 Stellen**			**Summe: 8 Stellen**		

6. Finanzplan

Punkt 6.1

Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Finanzplan
zum Wirtschaftsplan 2024

- 1 -

A	Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Deckungsmittel					
	(Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital[2)]	- €	- €	- €	- €	- €
	Zuführungen zu Rücklagen					
2	abzüglich Entnahmen[2)]	- €	- €	- €	- €	- €
	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen					
3	abzüglich Entnahmen[2)]	- €	- €	- €	- €	- €
	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil					
4	abzüglich Entnahmen[2)]	- €	1.332.000 €	1.332.000 €	1.332.000 €	1.332.000 €
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr. 6)	1.492.400 €	1.268.300 €	1.341.100 €	1.419.700 €	1.494.900 €
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	- €	- €	- €	- €	- €
	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich					
	Entnahmen aus Pos. C					
	der Passivseite					
7	„Empfangene Ertragszuschüsse" [2)]	- €	- €	- €	- €	- €
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	- €	- €	- €	- €	- €
	Kredite					
	a) von der Gemeinde					
9		- €	- €	- €	- €	- €
	b) von Dritten	- €	- €	- €	- €	- €
	.....					
	Deckungsmittel insgesamt	1.492.400 €	2.600.300 €	2.673.100 €	2.751.700 €	2.826.900 €
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte[3)]					
	für Stromversorgung					
	für Gasversorgung					
	für Wasserversorgung					
	für					
	für gemeinsame					
1	Anlagen					
2	Finanzlagen					
3	Tilgung von Krediten					
4	Rückzahlung von Stammkapital					
5	.....	1.492.400 €	2.600.300 €	2.673.100 €	2.751.700 €	2.826.900 €
6	Ausgaben insgesamt	1.492.400 €	2.600.300 €	2.673.100 €	2.751.700 €	2.826.900 €

1Erstes Planungsjahr ist das laufende Wirtschaftsjahr.

Punkt 6.1

Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR
Träger Rüsselsheim am Main

Finanzplan
zum Wirtschaftsplan 2024

- 1 -

A	Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital[2]	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen[2]	- €	- €	- €	- €	- €
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen[2]	- €	- €	- €	- €	- €
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen[2]	- €	1.065.600 €	1.065.600 €	1.065.600 €	1.065.600 €
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr. 6)	1.193.920 €	1.014.640 €	1.072.880 €	1.135.760 €	1.195.920 €
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	- €	- €	- €	- €	- €
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos. C der Passivseite „Empfangene Ertragszuschüsse“[2]	- €	- €	- €	- €	- €
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	- €	- €	- €	- €	- €
	Kredite					
	a) von der Gemeinde					
9		- €	- €	- €	- €	- €
	b) von Dritten	- €	- €	- €	- €	- €
	.....					
	Deckungsmittel insgesamt	1.193.920 €	2.080.240 €	2.138.480 €	2.201.360 €	2.261.520 €
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte[3]					
	für Stromversorgung					
	für Gasversorgung					
	für Wasserversorgung					
	für					
	für gemeinsame					
1	Anlagen					
2	Finanzlagen					
3	Tilgung von Krediten					
4	Rückzahlung von Stammkapital					
5	.....	1.193.920 €	2.080.240 €	2.138.480 €	2.201.360 €	2.261.520 €
6	Ausgaben insgesamt	1.193.920 €	2.080.240 €	2.138.480 €	2.201.360 €	2.261.520 €

1Erstes Planungsjahr ist das laufende Wirtschaftsjahr.

2 Wenn die Entnahmen überwiegen, ist hier ein Negativposten auszuweisen.

3 Es sind die jeweiligen Betriebszweige einzusetzen.

Punkt 6.1

Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR
Träger Raunheim

Finanzplan
zum Wirtschaftsplan 2024

- 1 -

A	Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§ 19 Nr. 1 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital[2)]	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen[2)]	- €	- €	- €	- €	- €
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen[2)]	- €	- €	- €	- €	- €
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen[2)]	- €	266.400 €	266.400 €	266.400 €	266.400 €
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr. 6)	298.480 €	253.660 €	268.220 €	283.940 €	565.380 €
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzusch	- €	- €	- €	- €	- €
	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos. C der Passivseite					
7	„Empfangene Ertragszuschüsse“[2)]	- €	- €	- €	- €	- €
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	- €	- €	- €	- €	- €
	Kredite a) von der Gemeinde					
9		- €	- €	- €	- €	- €
	b) von Dritten	- €	- €	- €	- €	- €
	.....					
	Deckungsmittel insgesamt	298.480 €	520.060 €	534.620 €	550.340 €	831.780 €
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte[3)] für Stromversorgung für Gasversorgung für Wasserversorgung für ..... für gemeinsame					
1	Anlagen					
2	Finanzlagen					
3	Tilgung von Krediten					
4	Rückzahlung von Stammkapital					
5	.....	298.480 €	520.060 €	534.620 €	550.340 €	831.780 €
6	Ausgaben insgesamt	298.480 €	520.060 €	534.620 €	550.340 €	831.780 €

1Erstes Planungsjahr ist das laufende Wirtschaftsjahr.

2 Wenn die Entnahmen überwiegen, ist hier ein Negativposten auszuweisen.

3 Es sind die jeweiligen Betriebszweige einzusetzen.

Punkt 6.2

Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Gesamt

´-2 -

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalte der Gemeinden auswirken (§ 19 Nr. 2 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Einnahmen					
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	- €	- €	- €	- €	- €
3	Zuweisungen für investive Zwecke	- €	1.332.000 €	1.332.000 €	1.332.000 €	1.332.000 €
4	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	12.183.000 €	12.893.000 €	12.893.000 €	12.893.000 €	12.893.000 €
5	Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Ausgaben					
1	Gewinnabführung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Konzessionsabgaben	- €	- €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	64.000 €	65.000 €	66.000 €	67.000 €	68.000 €
4	Eigenkapitalrückzahlung	- €	- €	- €	- €	- €
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €

Punkt 6.2

Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Träger Rüsselsheim am Main

´-2 -

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalte der Gemeinden auswirken (§ 19 Nr. 2 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Einnahmen					
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	- €	- €	- €	- €	- €
3	Zuweisungen für investive Zwecke	- €	1.065.600 €	1.065.600 €	1.065.600 €	1.065.600 €
4	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	9.635.647 €	10.314.400 €	10.314.400 €	10.314.400 €	10.314.400 €
5	Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Ausgaben					
1	Gewinnabführung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Konzessionsabgaben	- €	- €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	51.200 €	52.000 €	52.800 €	53.600 €	54.400 €
4	Eigenkapitalrückzahlung	- €		- €	- €	
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €

Punkt 6.2

Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Träger Raunheim

´-2 -

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalte der Gemeinden auswirken (§ 19 Nr. 2 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Einnahmen					
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	- €	- €	- €	- €	- €
3	Zuweisungen für investive Zwecke	- €	266.400 €	266.400 €	266.400 €	266.400 €
4	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	2.547.353 €	2.578.600 €	2.578.600 €	2.578.600 €	2.578.600 €
5	Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Ausgaben					
1	Gewinnabführung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Konzessionsabgaben	- €	- €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	12.800 €	13.000 €	13.200 €	13.400 €	13.600 €
4	Eigenkapitalrückzahlung	- €	- €	- €	- €	- €
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €

1.3 Finanzplanung 5J - Mittelherkunft

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2023

Finanzplanung 5 Jahre

	Deckungsmittel (Mittelherkunft)	Wirtschafts-plan 2022 EUR	Wirtschafts-plan 2023 EUR	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR
1	Zuführungen zum Stammkapital	0	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	1.497.850	1.492.400	1.682.400	1.842.400	1.994.950
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0	0
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**1.497.850**	**1.492.400**	**1.682.400**	**1.842.400**	**1.994.950**

1.4 Finanzplanung 5J - Mittelverwendung

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2023
Finanzplanung 5 Jahre

	Ausgaben (Mittelverwendung)	Wirtschafts-plan 2022 EUR	Wirtschafts-plan 2023 EUR	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte					
1.1	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen	83.500	101.300	111.500	122.700	135.000
1.2	Abfallentsorgung (gebührenrelevant)	257.000	885.500	959.100	1.055.400	1.160.950
1.3	Straßenreinigung	506.500	82.000	90.200	99.300	109.300
1.4	Friedhof	53.000	66.500	73.200	80.600	88.700
1.5	Straßenunterhaltung / Verkehrssicherung	15.500	0	15.000	17.500	19.250
1.6	Grün- und Spielflächen	305.500	206.000	226.600	226.600	249.300
1.7	Sportflächen	0	7.000	10.000	10.000	11.000
1.8	Kanalreinigung	53.200	30.550	33.700	37.100	40.900
1.9	Öffentliche Einrichtungen	81.000	24.200	26.700	29.400	32.400
1.10	Betriebe gewerblicher Art (BgA)	13.000	43.000	47.300	52.100	57.400
2	Finanzanlagen	0	0	0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	129.650	46.350	89.100	111.700	90.750
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**1.497.850**	**1.492.400**	**1.682.400**	**1.842.400**	**1.994.950**

1.5 Vermögensplanung

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2023

Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2023		Wirtschaftsplan 2024	Wirtschaftsplan 2025
		Investitionen	Verpflichtungsermächtigungen	Verpflichtungsermächtigungen gesamt	
		EUR	EUR	EUR	EUR
Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	1.492.400	0	0	0
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**1.492.400**	**0**	**0**	**0**

Wirtschaftsplan Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR 2023
Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2023		Wirtschafts-plan 2024	Wirtschafts-plan 2025
		Investitionen	Verpflichtungs-ermächtigungen	Verpflichtungsermächtig-ungen gesamt	
		EUR	EUR	EUR	EUR
Ausgaben (Mittelverwendung)					
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte				
1.1	Allgemeine und gemeinsame Betriebsabteilungen	101.300	0	0	0
1.2	Abfallentsorgung (gebührenrelevant)	885.500	0	0	0
1.3	Straßenreinigung	82.000	0	0	0
1.4	Friedhof	66.500	0	0	0
1.5	Straßenunterhaltung / Verkehrssicherung	0	0	0	0
1.6	Grün- und Spielflächen	206.000	0	0	0
1.7	Sportflächen	7.000	0	0	0
1.8	Kanalreinigung	30.550	0	0	0
1.9	Öffentliche Einrichtungen	24.200	0	0	0
1.10	Betriebe gewerblicher Art (BgA)	43.000	0	0	0
2	Finanzanlagen	0	0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	46.350	0	0	0
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**1.492.400**	**0**	**0**	**0**

Punkt 6.2

Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Gesamt

´-2 -

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalte der Gemeinden auswirken (§ 19 Nr. 2 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2022	2023	2024	2025	2026
	Einnahmen					
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	178.525 €	510.100 €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	12.183.000 €	12.881.400 €	13.106.800 €	13.336.200 €	13.569.600 €
4	Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Ausgaben					
1	Gewinnabführung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Konzessionsabgaben	- €	- €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	64.000 €	65.000 €	66.000 €	67.000 €	68.000 €
4	Eigenkapitalrückzahlung	- €	- €	- €	- €	- €
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €

B. JAHRESABSCHLUSS 2 0 2 2

der Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR
Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktiva	31.12.2022 EUR	EUR	31.12.2021 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	11.153,00		25
		11.153,00	25
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	1.087.229,00		1.054
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.153.899,00		4.554
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	76.135,84		76
		5.317.263,84	5.684
		5.328.416,84	5.709
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	287.103,97		279
		287.103,97	279
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferung und Leistung / Forderung aus Gebühr	1.942.586,64		543
2. Forderungen gegen Anstaltsträger	220.925,31		556
3. Forderungen gegen Eigenbetriebe	82.219,46		30
5. Sonstige Vermögensgegenstände	136.204,63		6
		2.381.936,04	1.135
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		69.563,76	1.157
		2.738.603,77	2.571
C. Rechnungsabgrenzungsposten		436.563,74	0
		8.503.584,35	8.280

Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR
Bilanz zum 31. Dezember 2022

Passiva	31.12.2022 EUR	EUR	31.12.2021 TEUR
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.000.000,00	3.000.000,00	3.000
II. Gewinnrücklagen	1.571.770,25		916
		1.571.770,25	
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		-2.161.476,31	-575
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		387.932,28	120
		2.798.226,22	3.461
B. Rückstellungen			
1. Steuerrückstellungen	210.119,00		46
2. Sonstige Rückstellungen	1.361.732,94		1.272
		1.571.851,94	1.318
C. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen an Dritte	1.221.871,91		917
2. Verbindlichkeiten gegenüber Anstaltsträger/verbundenen Unternehmen	2.250.176,71		1.408
3. Verbindlichkeiten gegenüber Eigenbetriebe	0,00		53
4. Sonstige Verbindlichkeiten	161.457,57		289
- davon aus sozialer Sicherung EUR: 1.837,77 (Vorjahr: EUR 1.832,93)			
- davon aus Steuern EUR: 116.369,43 (Vorjahr EUR 198.109,63)			
		3.633.506,19	2.668
D. Rechnungsabgrenzungsposten		500.000,00	832
		8.503.584,35	8.280

Städteservice Raunheim Rüsselsheim, AöR

Gewinn- und Verlustrechnung für 2022

		31.12.2022		Vorjahr
		EUR	EUR	TEUR
1.	Umsatzerlöse	25.323.898,37		24.064
2.	Sonstige betriebliche Erträge	459.674,99		644
			25.783.573,36	24.708
3.	Materialaufwand			
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.526.263,07		1.275
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.299.844,70		6.508
4.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	9.947.466,34		9.458
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.165.926,45		2.857
	davon für Altersversorgung EUR 753532,67(Vj. TEUR 737.554)			
5.	Abschreibungen			
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.283.039,30		1.357
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.904.549,84		3.059
			25.127.089,70	24.514
7.	Erträge aus Beteiligungen	2,36		0
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	297,74		0
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	77,86		0
			222,24	0
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		245.105,25	38
11.	Ergebnis nach Steuern		411.600,65	156
12.	Sonstige Steuern		23.668,37	36
13.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		387.932,28	120

WIRTSCHAFTSPLAN 2024
Kultur 1 2 3 - Eigenbetrieb der Stadt Rüsselsheim

und

JAHRESABSCHLUSS 2022
Kultur 1 2 3 - Eigenbetrieb der Stadt Rüsselsheim

A. Wirtschaftsplan 2024

Bemerkungen und Erläuterungen zum Wirtschaftsplan

Erfolgspläne

Vermögensübersichten

Stellenübersicht

Finanzpläne

B. Jahresabschluss 2022

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Inhaltsübersicht zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024

A. Beschluss zum Wirtschaftsplan 2024

B. Erläuterungen

1. Gesetzliche Grundlagen
2. Wirtschaftsjahr 2024
3. Erläuterungen zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024

C. **Anlagen**

1. Erfolgsplan Kultur123

1.1. Erfolgsplan Zentrale Dienste
1.2. Erfolgsplan Betriebsteil Volkshochschule
1.3. Erfolgsplan Betriebsteil Kultur & Theater
1.4. Erfolgsplan Betriebsteil Musikschule
1.5. Erfolgsplan Betriebsteil Stadtbücherei

2. Vermögensplan Kultur123

2.1. Vermögensplan Zentrale Dienste
2.2. Vermögensplan Betriebsteil Volkshochschule
2.3. Vermögensplan Betriebsteil Kultur & Theater
2.4. Vermögensplan Betriebsteil Musikschule
2.5. Vermögensplan Betriebsteil Stadtbücherei
2.6. Vermögensplan nach Darstellung HMIS Teil 1
2.7. Vermögensplan nach Darstellung HMIS Teil 2 (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport)

3. Stellenübersicht Kultur123

4. Finanzplanung Kultur123

4.1. Finanzplanung Zentrale Dienste
4.2. Finanzplanung Betriebsteil Volkshochschule
4.3. Finanzplanung Betriebsteil Kultur & Theater
4.4. Finanzplanung Betriebsteil Musikschule
4.5. Finanzplanung Betriebsteil Stadtbücherei
4.6. Finanzplanung nach Darstellung HMIS Teil1
4.7. Finanzplanung nach Darstellung HMIS Teil 2 (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport)

5. Liquiditätsplanung

A. Beschluss über den Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebs Kultur123 Stadt Rüsselsheim

Aufgrund des § 5 Ziffer 4 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes) in der Fassung vom 9. Juni 1989 (GVBI. I S. 154), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Juli 2016 (GVBI. I S. 121) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main am _____ folgenden Beschluss über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2024 gefasst:

§1
Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 wird

im Erfolgsplan
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 4.134.246 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf -12.918.156 €
mit einem Fehlbedarf von -8.783.910 €,

im Vermögensplan
mit dem Gesamtbetrag der Deckungsmittel auf 3.527.955 €
mit dem Gesamtbetrag der Ausgaben auf -3.527.955 €
ausgeglichen

festgesetzt.

§2
Kredite werden nicht veranschlagt.

§3
Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§4
Liquiditätskredite werden nicht beansprucht.

§5
Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Wirtschaftsplans beschlossene Stellenübersicht.

Rüsselsheim am Main, den _____

Dr. Abdelkader Al Ghouz
Betriebsleiter

B. Erläuterungen zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim

1. Gesetzliche Grundlagen

Grundlage ist das hessische Eigenbetriebsrecht, hier in Form des Eigenbetriebsgesetzes, das im zweiten Teil (§§ 10 ff.) Vorschriften zur Wirtschaftsführung und zum Rechnungswesen darlegt.

Der Eigenbetrieb arbeitet mit einem Wirtschaftsplan[1], der vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres aufzustellen ist. Der Wirtschaftsplan besteht aus

- dem Erfolgsplan[2]
- dem Vermögensplan[3]
- der Stellenübersicht[4]
- dem Finanzplan[5]

Der Erfolgsplan muss alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres enthalten. Er gliedert sich analog der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Vermögensplan enthält die voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben, die sich aus Anlageveränderungen und aus der Kreditwirtschaft des Betriebes ergeben.

Die Stellenübersicht weist die erforderlichen Stellen für Angestellte und Beamt*innen aus. Diese werden im Stellenplan der Stadt nachrichtlich geführt.

Der Finanzplan enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes, sowie eine Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und deren Wirkung auf die Finanzplanung der Stadt Rüsselsheim am Main.

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 ist als Anlage beigefügt.

[1] § 15 EigBGes
[2] § 16 EigBGes
[3] § 17 EigBGes
[4] § 18 EigBGes
§ 19 EigBGes

2. Wirtschaftsjahr 2024

Für das Wirtschaftsjahr 2024 liegen vor

- der Entwurf des Erfolgsplanes
- der Entwurf des Vermögensplanes
- der Entwurf der Stellenübersicht
- der Entwurf der Finanzplanung
- der Entwurf der Liquiditätsplanung

3. Erläuterungen zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 mit der DS-489/21-26 wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2024 mehrheitlich beschlossen.

Die Beschlüsse DS-517/21-26 mit dem Änderungsantrag der WsR DS-517-1/21-26 „Erforderliche Maßnahmen Stadttheater“ und DS-504-2/21-26 „Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2023 zur DS 504/21-26 - Zukunftskonzept zur Organisationsentwicklung des soziokulturellen Zentrums "Das Rind" - neue Fördervereinbarung und Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Trägerverein des autonomen Kulturzentrums "das Rind", dem Verein für Freizeit und Kultur e.V.“ haben finanzielle Auswirkungen und sind in dem vorliegenden Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 abgebildet.

Die Abbildung von Fördervereinbarung und Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Trägerverein des autonomen Kulturzentrums "das Rind", dem „Verein für Freizeit und Kultur e.V.“ im Wirtschaftsplan von Kultur123 gemäß DS-504-2/21-26 bedeutet, dass sich die Aufwendungen im Bereich Kultur & Theater um den Förderbetrag 2024 von 127.500 € erhöhen. Demgegenüber stehen Jahreseinnahmen aus der Verpachtung der Liegenschaft Mainstraße 11 in Höhe von 10.170 €.

Die Umsetzung der Sanierung des Theaters gemäß den Beschlüssen DS-517/21-26 sowie DS-517-1/21-26 wirken sich investiv aus. Die benötigten Mittel wurden auf der Basis der, vom Ingenieurbüro Mittelstädt im Rahmen einer Gesamtbetrachtung, erstellten Kostenschätzungen ermittelt und im Vermögensplan und der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.
Für das Jahr 2024 wurden Kostenschätzungen für die Leistungsphasen 1 bis 3 der Bauabschnitte 1 und 2 eingestellt. In den Folgejahren wurden Kostenschätzungen für die verbleibenden Leistungsphasen der Bauabschnitte 1 und 2 sowie der

Leistungsphasen 1 bis 3 des Bauabschnittes 3 berücksichtigt. Die Umsetzung des Bauabschnittes 3 über die Leistungsphase 3 hinaus, ist in dem abgebildeten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht darstellbar.
Zuschüsse aus der Förderung der Sanierungsmaßnahme wurden gemäß dem Zuwendungsbescheid des Förderungsgebers für die Jahre 2024 und 2025 eingerechnet. Durch die Verschiebung des angenommenen Zeitplans ergeben sich in der Erfolgsplanung um 90.000 € erhöhte Zuschüsse gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan 2024.

Die Umsetzung eines Urteils des Bundessozialgerichtes (BSG) vom 28.06.2022, welches Lehrkräfte der Musikschule in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Auftraggeberin sieht, bedingt die Umwandlung der bisher freiberuflich beschäftigten Lehrkräfte in festangestellte Mitarbeitende gemäß den Vorgaben des TVöD. Dazu werden 2,5 zusätzliche Stellen in der Fortschreibung des Wirtschaftsplans 2024 benötigt.
Bewertet mit der Eingruppierung TVöD 9b/3 verursacht dies erhöhte Personalkosten in Höhe von 122.075 €. Dem gegenüber stehen im Vergleich mit dem beschlossenen Wirtschaftsplan 2024 Einsparungen bei den Honorarkosten von 46.600 €.
In der Stellenübersicht wurden die zusätzlichen 2,5 Stellen für die Umwandlung der Lehrkräfte bei der Musikschule ergänzt.

Der Zuschussbedarf im Planergebnis der Erfolgsrechnung im Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim erhöht sich damit insgesamt um 109.830 € von -8.674.080 € auf -8.783.910 €. Dieses Planergebnis verteilt sich nach Umlage des Zentralen Bereichs auf die Betriebsteile wie folgt:

vhs	-1.901.655 €
Kultur & Theater	-3.516.746 €
Musikschule	-1.327.331 €
Stadtbücherei	-2.038.178 €

Der gesamte Liquiditätsbedarf für das Jahr 2024 beläuft sich auf rund 11,81 Mio. €. Dieser setzt sich zusammen aus dem Planergebnis von 8.783.910 €, den geplanten Investitionen in Höhe von 3.527.955 € abzüglich der geplanten Abschreibungen von 503.545 €. Die Investitionen werden dabei aus der vorhandenen Liquidität finanziert.

In der mittelfristigen Finanzplanung wurde die lineare Anpassung der Aufwendungen aufgrund der Entwicklung der Preissteigerungsrate auf aktuell 3% festgelegt. Die Betriebsleitung wird die weitere Entwicklung beobachten.

Anlage 1.

Erfolgsplan 2024

Kultur123

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	3.449.446 €	3.858.221 €	3.689.437 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	684.800 €	256.000 €	634.815 €
	Summe Erträge	**4.134.246 €**	**4.114.221 €**	**4.324.252 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	1.604.441 €	1.640.303 €	1.463.592 €
3b	Veranstaltungskosten	517.470 €	555.023 €	378.311 €
3c	Zuschüsse	160.500 €	183.800 €	150.975 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	2.282.411 €	2.379.125 €	1.992.878 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	5.640.160 €	5.490.180 €	6.339.896 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	1.541.340 €	1.548.210 €	10 €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	137.000 €	252.000 €	163.407 €
4d	Personalnebenkosten	90.800 €	92.485 €	85.946 €
	Summe Personalaufwand	7.409.300 €	7.382.875 €	6.589.259 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	1.690.800 €	1.734.789 €	1.344.134 €
5b	Geschäftsbetrieb	1.001.370 €	930.730 €	793.950 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	2.692.170 €	2.665.519 €	2.138.084 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	35.000 €	35.000 €	35.016 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	468.545 €	458.465 €	444.952 €
	Summe Abschreibungen	503.545 €	493.465 €	479.968 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 47.270 €	- 48.680 €	7.369 €
7b	Zinsen Pensionen	78.000 €	44.000 €	68.351 €
	Summe Zinsen	30.730 €	- 4.680 €	75.720 €
	Summe Aufwendungen	**12.918.156 €**	**12.916.304 €**	**11.275.909 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 8.783.910 €**	**- 8.802.083 €**	**- 6.951.657 €**

Anlage 1.1.

Erfolgsplan 2024

Zentralbereich

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	- €	- €	9.596 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	33.504 €
	Summe Erträge	**- €**	**- €**	**43.100 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	- €	- €	1.280 €
3b	Veranstaltungskosten	3.500 €	3.000 €	2.701 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	3.500 €	3.000 €	3.981 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.026.000 €	963.280 €	897.309 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	304.300 €	281.780 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	12.000 €	28.000 €	- 31.577 €
4d	Personalnebenkosten	26.000 €	32.085 €	23.763 €
	Summe Personalaufwand	1.368.300 €	1.305.145 €	889.495 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	55.800 €	43.390 €	37.573 €
5b	Geschäftsbetrieb	387.100 €	319.460 €	350.114 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	442.900 €	362.850 €	387.687 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	104.680 €	109.350 €	106.707 €
	Summe Abschreibungen	104.680 €	109.350 €	106.707 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 38.250 €	- 39.380 €	3.200 €
7b	Zinsen Pensionen	31.000 €	6.000 €	28.137 €
	Summe Zinsen	- 7.250 €	- 33.380 €	31.337 €
	Summe Aufwendungen	**1.912.130 €**	**1.746.965 €**	**1.419.207 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.912.130 €**	**- 1.746.965 €**	**- 1.376.107 €**

Erfolgsplan 2024

vhs

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	2.095.836 €	2.866.371 €	2.540.534 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	33.988 €
	Summe Erträge	**2.095.836 €**	**2.866.371 €**	**2.574.522 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	1.005.241 €	1.020.203 €	930.546 €
3b	Veranstaltungskosten	40.052 €	71.203 €	63.851 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	1.045.293 €	1.091.405 €	994.397 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.097.270 €	1.550.650 €	2.152.951 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	320.000 €	448.890 €	10 €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	4.300 €	3.300 €	4.092 €
	Summe Personalaufwand	1.421.570 €	2.002.840 €	2.157.053 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	585.100 €	626.734 €	495.716 €
5b	Geschäftsbetrieb	205.050 €	295.250 €	153.019 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	790.150 €	921.984 €	648.735 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	28.450 €	28.450 €	28.448 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	83.335 €	88.655 €	81.539 €
	Summe Abschreibungen	111.785 €	117.105 €	109.987 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.310 €	- 2.110 €	4.166 €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	- 2.310 €	- 2.110 €	4.166 €
	Summe Aufwendungen	**3.366.488 €**	**4.131.224 €**	**3.914.338 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.270.652 €**	**- 1.264.853 €**	**- 1.339.816 €**

Erfolgsplan 2024

Kultur&Theater

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	678.110 €	348.150 €	543.658 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	682.800 €	256.000 €	362.520 €
	Summe Erträge	**1.360.910 €**	**604.150 €**	**906.178 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	577.300 €	533.300 €	427.309 €
3b	Veranstaltungskosten	244.168 €	282.350 €	163.206 €
3c	Zuschüsse	127.500 €	150.800 €	115.800 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	948.968 €	966.450 €	706.315 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.514.480 €	1.277.120 €	1.403.683 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	327.770 €	331.880 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	125.000 €	224.000 €	194.984 €
4d	Personalnebenkosten	49.500 €	40.500 €	48.357 €
	Summe Personalaufwand	2.016.750 €	1.873.500 €	1.647.024 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	729.600 €	737.775 €	562.378 €
5b	Geschäftsbetrieb	274.500 €	229.600 €	199.414 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	1.004.100 €	967.375 €	761.792 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	6.550 €	6.550 €	6.568 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	225.285 €	217.855 €	214.531 €
	Summe Abschreibungen	231.835 €	224.405 €	221.099 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.000 €	- 2.220 €	- €
7b	Zinsen Pensionen	47.000 €	38.000 €	40.214 €
	Summe Zinsen	45.000 €	35.780 €	40.214 €
	Summe Aufwendungen	**4.246.653 €**	**4.067.510 €**	**3.376.444 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 2.885.743 €**	**- 3.463.360 €**	**- 2.470.266 €**

Anlage 1.4.

Erfolgsplan 2024

Musikschule

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	572.000 €	544.200 €	498.699 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	2.000 €	- €	40.669 €
	Summe Erträge	**574.000 €**	**544.200 €**	**539.368 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	19.900 €	84.800 €	103.657 €
3b	Veranstaltungskosten	64.750 €	33.470 €	6.351 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	84.650 €	118.270 €	110.008 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.057.200 €	830.900 €	928.496 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	315.130 €	241.040 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	6.000 €	8.100 €	5.585 €
	Summe Personalaufwand	1.378.330 €	1.080.040 €	934.081 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	51.500 €	47.915 €	34.509 €
5b	Geschäftsbetrieb	66.020 €	29.920 €	37.836 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	117.520 €	77.835 €	72.345 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	17.270 €	11.100 €	11.041 €
	Summe Abschreibungen	17.270 €	11.100 €	11.041 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.380 €	- 2.490 €	- €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	- 2.380 €	- 2.490 €	- €
	Summe Aufwendungen	**1.595.390 €**	**1.284.755 €**	**1.127.475 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.021.390 €**	**- 740.555 €**	**- 588.107 €**

Anlage 1.5.

Erfolgsplan 2024

Stadtbücherei

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	103.500 €	99.500 €	96.950 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	164.134 €
	Summe Erträge	**103.500 €**	**99.500 €**	**261.084 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	2.000 €	2.000 €	800 €
3b	Veranstaltungskosten	165.000 €	165.000 €	142.202 €
3c	Zuschüsse	33.000 €	33.000 €	35.175 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	200.000 €	200.000 €	178.177 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	945.210 €	868.230 €	957.457 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	274.140 €	244.620 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	5.000 €	8.500 €	4.149 €
	Summe Personalaufwand	1.224.350 €	1.121.350 €	961.606 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	268.800 €	278.975 €	213.958 €
5b	Geschäftsbetrieb	68.700 €	56.500 €	53.567 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	337.500 €	335.475 €	267.525 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	37.975 €	31.505 €	31.134 €
	Summe Abschreibungen	37.975 €	31.505 €	31.134 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.330 €	- 2.480 €	3 €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	- 2.330 €	- 2.480 €	3 €
	Summe Aufwendungen	**1.797.495 €**	**1.685.850 €**	**1.438.445 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.693.995 €**	**- 1.586.350 €**	**- 1.177.361 €**

Anlage 2.

Vermögensplan 2024

Kultur123

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	vhs	€ 111.785,00
2	Kultur - Theater	€ 3.053.144,00
3	Musikschule	€ 19.026,00
4	Stadtbücherei	€ 39.000,00
5	Zentralbereich	€ 305.000,00
6		
7		
Summe		**€ 3.527.955,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 503.545,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 3.024.410,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 3.527.955,00**

Vermögensplan 2024

Zentrale Dienste

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Ausstattung Geschäftsstelle	€ 305.000,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 305.000,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 104.680,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 200.320,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 305.000,00**

Vermögensplan 2024

vhs

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Lehrbetrieb allgemein	€ 6.000,00
2	BZ Landrat-Harth-Heim	€ 22.000,00
3	BZ Opel-Altwerk	€ 22.000,00
4	BZ Kürbisstraße 42	€ 47.000,00
5	Liquiditätsüberschuss	€ 14.785,00
6		
7		
Summe		**€ 111.785,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 111.785,00
9	Netto-Geldvermögen	€ -
10	Andere	€ -
Summe		**€ 111.785,00**

Vermögensplan 2024

Kultur & Theater

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Kultur und Technik	€ 55.000,00
2	Theater und Technik	€ 140.000,00
3	Sanierung Theater	€ 2.838.144,00
4	Kunst	€ 20.000,00
5		
6		
7		
Summe		**€ 3.053.144,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 231.835,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 2.821.309,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 3.053.144,00**

Vermögensplan 2024

Musikschule

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Instrumente	€ 19.026,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 19.026,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 17.270,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 1.756,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 19.026,00**

Vermögensplan 2024

Stadtbücherei

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Ausstattung	€ 39.000,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 39.000,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 37.975,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 1.025,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 39.000,00**

Anlage 2.6.

Vermögensplan 2023

	Deckungsmittel (Mittelherkunft)		
Lfd.Nr.	Bezeichnung	Euro	Erläuterung
1	Zuführungen zum Stammkapital [1)]		
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen 1)		
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen [1)]		
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen [1)]		
5	Abschreibungen und Anlageabgänge (ohne Nr. 6)	503.545 €	
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse		
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos. C der Passivseite „Empfangene Ertragszuschüsse“ 1)		
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen		
9	Kredite		
	a) von der Gemeinde		
	b) von Dritten		
10	Netto-Geldvermögen	3.024.410 €	
11	Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt	3.527.955 €	

1) Wenn die Entnahmen überwiegen, ist hier ein Negativposten auszuweisen.

Anlage 2.7.

Vermögensplan 2024

Lfd.Nr.	Ausgaben (Mittelverwendung)	Planansatz		Investitionen (nachrichtlich)		
	Bezeichnung	Ausgaben des Wirtschaftsjahres Euro	Verpflichtungser-mächtigungen des Wirtschaftsjahres [1] Euro	Gesamtausgabebedarf Euro	bisher bereitgestellt [2] Euro	Erläuterungen
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte [3]					
	für vhs	111.785 €				
	für Kultur/Theater	3.053.144 €				
	für Musikschule	19.026 €				
	für Stadtbücherei	39.000 €				
	für Geschäftsstelle	305.000 €				
2	Finanzanlagen					
3	Tilgung von Krediten					
4	Rückzahlung von Stammkapital					
5	**.....**					
6	Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen des Vermögensplans insgesamt	3.527.955 €				

Anlage 3.

Stellenübersicht 2024
Kultur123 Stadt Rüsselsheim

2024

	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Beamte					
A 15					
A 14hd			1		
A 13 hd					
A 12			1		
Angestellte TVöD					
15	1				
14	1				
13	1	1	1**	1	1
12		1	1		
11	5	1,14	1		1
10	1	1,14	1	1	1
9a	0,75	1	3		
9b	1,5		2,75	11,5	4,75
9c	0,25		2,5	5	
8	2,5	1	1	1,5	2
7					1
6	2,3	3,5	2		8,5
5	0,25*	0,5*	2		0,5
3					
2			1		
Angestellte TVöD SuE					
S15		1,5			
S12	0,25	5,01			
S11b		0,75			
Gesamt	**16,80**	**17,54**	**20,25**	**20,00**	**19,75**
					94,34

***kw** ****Nachfolge Leitung KuT kw**

Nachrichtliche Stellen ohne Kalkulation	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
S 12		1,6			
S 15		0			
Gesamt	**0,00**	**1,60**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
					1,60

nachrichtlich: Geringfügig Beschäftigte	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Auszubildende	1	1	3		1
Praktikanten		1			
geringf. Beschäftigte	3	4	70	1	6

2023

	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Beamte					
A 15					
A 14hd			1		
A 13 hd					
A 12			1		
Angestellte TVöD					
15	1				
14	1				
13	1	1,5		1	1
12		1	1		
11	3	1,75	1		1
10	1	0,5	1	1	1
9a	0,75	1	3		
9b	1,5		2,75	9	2,75
9c	0,25		2,5	5	
8	2,75	1,75	1	1	2
7					1
6	1,5	3	2		8,5
5		0,5	1		0,5
3					
2			1		
Angestellte TVöD SuE					
S15		4*			
S12	0,25	13			
S11b		0,75			
Gesamt	**14,00**	**28,75**	**18,25**	**17,00**	**17,75**
					95,75

***1kw**

Nachrichtliche Stellen ohne Kalkulation	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
S 12		1,6			
Gesamt	**0,00**	**1,60**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
					1,60

nachrichtlich: Geringfügig Beschäftigte	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Auszubildende	1	1	3		1
Praktikanten		1			
geringf. Beschäftigte	3	4	70	1	6

Anlage 4.

Finanzplan 2024

Kultur123

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	1.240.505 €	3.527.955 €	2.421.396 €	7.778.236 €	3.397.124 €
	Investition Anlagevermögen	**1.240.505 €**	**3.527.955 €**	**2.421.396 €**	**7.778.236 €**	**3.397.124 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	4.114.221 €	4.134.246 €	3.764.918 €	3.593.743 €	3.661.712 €
2	Aufwendungen	12.916.304 €	12.918.156 €	13.269.702 €	13.634.794 €	14.208.838 €
	Betriebsergebnis	**-8.802.083 €**	**-8.783.910 €**	**-9.504.784 €**	**-10.041.051 €**	**-10.547.126 €**

Anlage 4.1.

Finanzplan 2024

Zentrale Dienste

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	336.000 €	305.000 €	208.100 €	210.200 €	212.300 €
	Investition Anlagevermögen	**336.000 €**	**305.000 €**	**208.100 €**	**210.200 €**	**212.300 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
2	Aufwendungen	1.746.965 €	1.912.130 €	1.951.494 €	1.992.039 €	2.051.800 €
	Betriebsergebnis	**-1.746.965 €**	**-1.912.130 €**	**-1.951.494 €**	**-1.992.039 €**	**-2.051.800 €**

Anlage 4.2.

Finanzplan 2024

vhs

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	117.105 €	111.785 €	112.900 €	114.000 €	115.100 €
	Investition Anlagevermögen	**117.105 €**	**111.785 €**	**112.900 €**	**114.000 €**	**115.100 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	2.866.371 €	2.095.836 €	2.106.315 €	2.116.847 €	2.127.431 €
2	Aufwendungen	4.131.224 €	3.366.488 €	3.467.483 €	3.571.507 €	3.678.652 €
	Betriebsergebnis	**-1.264.853 €**	**-1.270.652 €**	**-1.361.168 €**	**-1.454.660 €**	**-1.551.221 €**

Anlage 4.3.

Finanzplan 2024

Kultur & Theater

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	670.400 €	3.053.144 €	2.041.796 €	7.394.836 €	3.009.924 €
	Investition Anlagevermögen	**670.400 €**	**3.053.144 €**	**2.041.796 €**	**7.394.836 €**	**3.009.924 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	604.150 €	1.360.910 €	977.715 €	792.604 €	846.567 €
2	Aufwendungen	4.067.510 €	4.246.653 €	4.356.053 €	4.471.735 €	4.770.887 €
	Betriebsergebnis	**-3.463.360 €**	**-2.885.743 €**	**-3.378.338 €**	**-3.679.131 €**	**-3.924.320 €**

Anlage 4.4.

Finanzplan 2024

Musikschule

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	12.000 €	19.026 €	19.200 €	19.400 €	19.600 €
	Investition Anlagevermögen	**12.000 €**	**19.026 €**	**19.200 €**	**19.400 €**	**19.600 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	544.200 €	574.000 €	576.870 €	579.754 €	582.653 €
2	Aufwendungen	1.284.755 €	1.595.390 €	1.643.252 €	1.692.550 €	1.743.327 €
	Betriebsergebnis	**-740.555 €**	**-1.021.390 €**	**-1.066.382 €**	**-1.112.796 €**	**-1.160.674 €**

Anlage 4.5.

Finanzplan 2024

Stadtbücherei

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	105.000 €	39.000 €	39.400 €	39.800 €	40.200 €
	Investition Anlagevermögen	**105.000 €**	**39.000 €**	**39.400 €**	**39.800 €**	**40.200 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	99.500 €	103.500 €	104.018 €	104.538 €	105.061 €
2	Aufwendungen	1.685.850 €	1.797.495 €	1.851.420 €	1.906.963 €	1.964.172 €
	Betriebsergebnis	**-1.586.350 €**	**-1.693.995 €**	**-1.747.402 €**	**-1.802.425 €**	**-1.859.111 €**

Anlage 4.6.

Finanzplan 2024

A	Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§19 Nr.1 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführung zum Stammkapital					
2	Zuführung zu Rücklagen abzüglich Entn.					
3	Zuführung zu langfristigen Rückstellungen abz. Entn.					
4	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil abz. Entn.					
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge	479.968,00 €	493.465,00 €	498.400,00 €	503.380,00 €	688.410,00 €
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse					
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzügl. Entn.					
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen					
	Kredite					
	a) von der Gemeinde					
9	b) von Dritten					
10	Netto-Geldvermögen	760.537,00 €	3.034.490,00 €	1.922.996,00 €	7.274.856,00 €	2.708.714,00 €
	Deckungsmittel gesamt	1.240.505,00 €	3.527.955,00 €	2.421.396,00 €	7.778.236,00 €	3.397.124,00 €
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte					
	Zentral	336.000,00 €	305.000,00 €	208.100,00 €	210.200,00 €	212.300,00 €
	vhs	117.105,00 €	111.785,00 €	112.900,00 €	114.000,00 €	115.100,00 €
	Kultur/Theater	670.400,00 €	3.053.144,00 €	2.041.796,00 €	7.394.836,00 €	3.009.924,00 €
	Musikschule	12.000,00 €	19.026,00 €	19.200,00 €	19.400,00 €	19.600,00 €
	Stadtbücherei	105.000,00 €	39.000,00 €	39.400,00 €	39.800,00 €	40.200,00 €
2	Finanzanlagen					
3	Tilgung von Krediten					
4	Rückzahlung von Stammkapital					
	Ausgaben insgesamt	1.240.505,00 €	3.527.955,00 €	2.421.396,00 €	7.778.236,00 €	3.397.124,00 €

Anlage 4.7.

Finanzplan 2024

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§19 Nr.2 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Einnahmen					
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	9.560.000,00 €	11.820.000,00 €	11.430.000,00 €	17.320.000,00 €	13.260.000,00 €
3	Zuweisungen zum Verlustausgleich Vorjahre	- €	- €	- €	- €	- €
4	Auflösung Rückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
5	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	- €	- €	- €	- €	- €
6	Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Gesamt	9.560.000,00 €	11.820.000,00 €	11.430.000,00 €	17.320.000,00 €	13.260.000,00 €
	Ausgaben					
1	Gewinnabführungen	- €	- €	- €	- €	- €
2	Konzessionsabgaben	- €	- €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	- €	- €	- €	- €	- €
4	Eigenkapitalrückzahlung	- €	- €	- €	- €	- €
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Gesamt	- €	- €	- €	- €	- €

Liquiditätsplanung für das Jahr 2024
- in € -

	Einzahlungen Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen investiv	Auszahlungen investiv	Tilgungen	Abschläge Verlustausgleich und Investitionsbedarf	Saldo	fortlaufender Saldo
Zahlungsmittelbestand zum Anfang des Jahres							79.937	
Januar 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.077**
Februar 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.217**
März 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.357**
April 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.497**
Mai 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.637**
Juni 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.777**
Juli 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.917**
August 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.057**
September 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.197**
Oktober 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.337**
November 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.477**
Dezember 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.617**
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Jahres	**4.134.246**	**12.414.611**		**3.527.955**		**11.810.000**	**81.617**	

B. JAHRESABSCHLUSS 2 0 2 2

des Eigenbetriebs Kultur 123

Bilanz zum 31.12.2022

Gewinn- und Verlustrechnung 2022

Eigenbetrieb „Kultur123 Stadt Rüsselsheim"
Rüsselsheim am Main
Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVA	EUR	EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	77.050,82			59.203,18
		77.050,82		59.203,18
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	908.832,88			943.849,11
2. Technische Anlagen und Maschinen	701.132,88			717.895,90
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.343.394,34			1.535.881,80
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	46.412,45			61.704,31
		2.999.772,55		3.259.331,12
			3.076.823,37	3.318.534,30
B. Umlaufvermögen				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	355.163,56			396.249,71
2. Forderungen gegen den Träger	6.572.324,01			7.619.988,02
3. Sonstige Vermögensgegenstände	14.880,37			18.719,32
		6.942.367,94		8.034.957,05
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		234.906,21		211.378,14
			7.177.274,15	8.246.335,19
C. Rechnungsabgrenzungsposten			44.844,32	39.824,72
			10.298.941,84	11.604.694,21

PASSIVA	EUR	EUR	31.12.2022 EUR	31.12.2021 EUR
A. Eigenkapital				
I. Stammkapital		1.700.000,00		1.700.000,00
II. Rücklagen				
1. Allgemeine Rücklage	1.683.307,10			1.683.307,10
2. Zweckgebundene Rücklagen	6.996.000,00			8.255.950,08
		8.679.307,10		9.939.257,18
III. Verlust				
Verluste der Vorjahr	-7.267.654,39			-7.003.841,43
Ausgleich durch den Träger	7.267.654,39			7.003.841,43
Jahresverlust	-6.951.661,96			-7.267.654,39
		-6.951.661,96		-7.267.654,39
			3.427.645,14	4.371.602,79
B. Rückstellungen				
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.816.622,00		3.609.404,00
2. Sonstige Rückstellungen		1.059.633,50		1.711.974,69
			4.876.255,50	5.321.378,69
C. Verbindlichkeiten				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		311.749,75		230.608,23
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger		1.234.472,50		1.321.812,31
3. Sonstige Verbindlichkeiten		321.517,81		185.875,36
davon aus Steuern: EUR 8.959,00 (Vj: EUR 0,00)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 11.430,78 (Vj: EUR 10.325,76)				
			1.867.740,06	1.738.295,90
D. Rechnungsabgrenzungsposten			127.301,14	173.416,83
			10.298.941,84	11.604.694,21

Eigenbetrieb „Kultur123 Stadt Rüsselsheim"

Rüsselsheim am Main

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

		EUR	2022 EUR	2021 EUR
1.	Umsatzerlöse		3.582.788,44	3.145.745,73
2.	Sonstige betriebliche Erträge		741.462,37	280.526,14
3.	Veranstaltungsaufwand	-1.992.879,30		-1.527.372,88
			-1.992.879,30	-1.527.372,88
4.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	-4.953.329,01		-4.923.783,78
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-1.635.931,62		-1.720.464,24
	davon für Altersversorgung: EUR -563.993,96 (Vj: EUR -653.862,69)			
			-6.589.260,63	-6.644.248,02
5.	Abschreibungen			
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-479.969,38		-470.685,01
			-479.969,38	-470.685,01
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen		-2.138.083,32	-1.960.012,37
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		3.718,62	0,00
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-79.438,76	-91.607,98
	davon aus der Abzinsung von Rückstellungen: EUR -68.351,00 (Vj: EUR -77.265,00)			
9.	**Ergebnis nach Steuern**		**-6.951.661,96**	**-7.267.654,39**
10.	**Jahresfehlbetrag**		**-6.951.661,96**	**-7.267.654,39**
11.	**Bilanzgewinn**		**-6.951.661,96**	**-7.267.654,39**

Nachrichtlich:

Verwendung des Jahresverlustes		
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,00	0,00
b) zur Einstellung in Rücklagen	0,00	0,00
c) zur Abführung an den Haushalt des Landkreises (-) / aus dem Haushalt des Landkreises auszugleichen	6.951.601,96	7.267.654,39
d) auf neue Rechnung vorzutragen	0,00	0,00

Anlage 12 zum Haushaltsplan der Stadt Rüsselsheim für das Haushaltsjahr 2024

ÜBERSICHT
über die den Fraktionen nach § 36a Abs. 4 der Hessischen Gemeindeordnung zur Verfügung gestellten Mittel

Art	Haushaltsansatz		Ergebnis	Erläuterungen
	2024 EUR	2023 EUR	2022 EUR	
1	2	3	4	5
1. Gesamtbetrag der Mittel nach § 36a Abs. 4 HGO [1)]	**86.800,00 [97.000,00]**	**100.000,00**	**87.413,57**	**
1.1 Sockelbetrag für jede Fraktion: 8.135,40 EUR	40.677,00	40.677,00	*	
1.2 Restbetrag nach Fraktionsstärke Betrag für jedes Fraktionsmitglied: 1.248,36 EUR	52.431,12	52.431,12	*	
2. Aufteilung des Gesamtbetrages auf die einzelnen Fraktionen[2)]:				
Fraktion SPD				
- Personalkosten	10.935,00	10.310,00	14.794,55	
- Sachkosten ohne Öffentlichkeitsarbeit	10.935,00	10.310,00	4.487,82	*
- Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit				
Fraktion CDU				
- Personalkosten	10.310,00	10.935,00	12.239,26	
- Sachkosten ohne Öffentlichkeitsarbeit	10.310,00	10.935,00	10.044,22	
- Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit				
Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli/ABI				
- Personalkosten				
- Sachkosten ohne Öffentlichkeitsarbeit	19.370,00	19.370,00	19.611,41	
- Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit				
Fraktion Wir sind Rüsselsheim				
- Personalkosten				
- Sachkosten ohne Öffentlichkeitsarbeit	16.880,00	18.120,00	18.538,40	
- Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit				
Fraktion FDP-FW PLUS				
- Personalkosten				
- Sachkosten ohne Öffentlichkeitsarbeit	11.880,00	11.880,00	7.697,91	
- Sachkosten für Öffentlichkeitsarbeit				

Art	Jahresbeträge			Erläuterungen
	2024 EUR	2023 EUR	2022 EUR	
1	2	3	4	5
3. Zusätzlich an die einzelnen Fraktionen gewährte geldwerte Leistungen	**26.703,81**	**26.703,81**	**26.703,81**	
Fraktion SPD - Bereitstellung von Räumen (einschl. Heizung, Reinigung Beleuchtung)	8.453,10	8.453,10	8.453,10	
Fraktion CDU - Bereitstellung von Räumen (einschl. Heizung, Reinigung Beleuchtung)	8.453,10	8.453,10	8.453,10	
Fraktion Die Grünen/Linke Liste Soli/ABI - Bereitstellung von Räumen (einschl. Heizung, Reinigung Beleuchtung)	2.497,43	2.497,43 *	2.497,43	
Fraktion Wir sind Rüsselsheim - Bereitstellung von Räumen (einschl. Heizung, Reinigung Beleuchtung)	3.265,87	3.265,87	3.265,87	
Fraktion FDP-FW PLUS - Bereitstellung von Räumen (einschl. Heizung, Reinigung Beleuchtung)	4.034,31	4.034,31	4.034,31	
3. Gesamtsumme:	**113.503,81**	**126.703,81**	**114.117,38**	

* Die Angabe eines Wertes ist nicht möglich/sinnvoll.
** Etwaige negative Ergebniswerte sind auf Rückzahlungen von Fraktionsfördermitteln aus der vorhergehenden Legislaturperiode zurückzuführen.
1) Der Haushaltsansatz wurde pauschal auf von 97.000,00 EUR auf 86.800,00 EUR reduziert. Bei einer Überschreitung gelten grundsätzlich die Regelungen unter Pkt. VII der Haushaltsvermerke 2024.



Einbringung des Haushaltsplans 2024

rüsselsheim
am main

Rückblick



- DA Aufstellung Haushalt am 08.05.2023
- Erster Verwaltungsentwurf im Magistrat am 26.09.2023
- Zweiter Verwaltungsentwurf im Magistrat am 14.12.2023

  → Entwürfe nicht ausgeglichen → nicht genehmigungsfähig
- Verwaltungsentwurf wurde überarbeitet Stand HuFA am 16.04.2024 Defizit 20,6 Mio. €
- Gespräche mit RP Fachebene, Vize-Regierungspräsident, Innenministerium
- Was hat die Verwaltung getan?

  SuD pauschal gekürzt, Personal auf IST-Bestand kalkuliert, Investitionen reduziert, Zinsaufwand angepasst

rüsselsheim am main

Finanzielle Leistungsfähigkeit



Bewertungskriterien der Aufsichtsbehörde ergeben folgendes Gesamtbild:

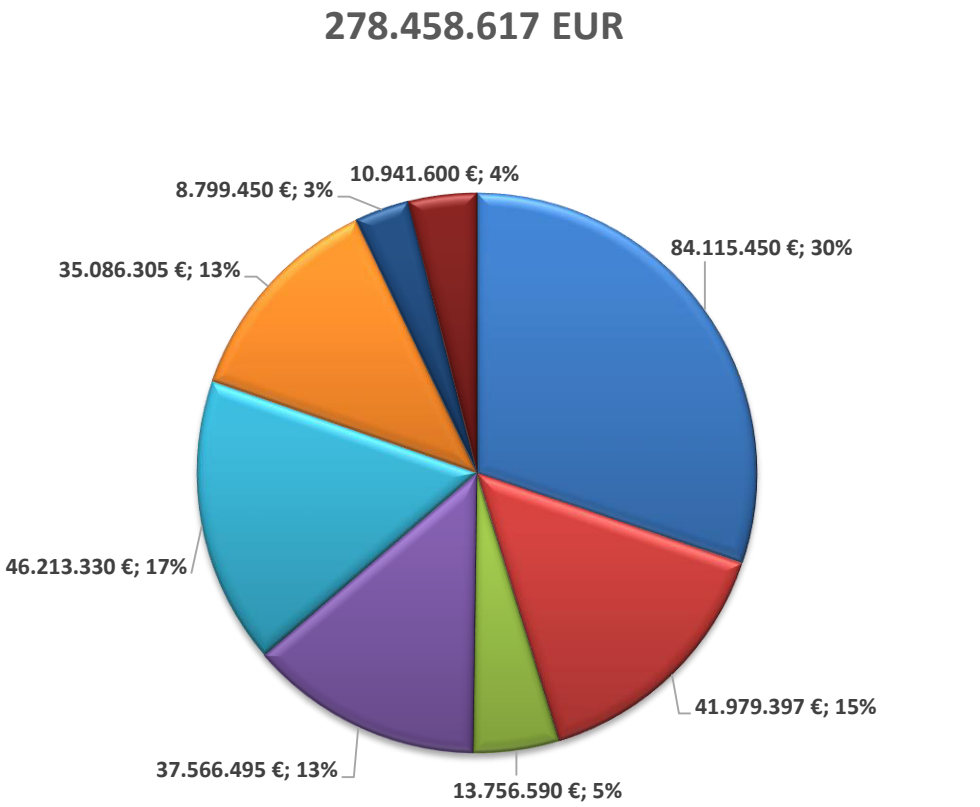
2018	nicht leistungsfähig
2019	nicht leistungsfähig
2020	nicht leistungsfähig
2021	nicht leistungsfähig
2022	finanzstark
2023	nicht leistungsfähig
2024	nicht leistungsfähig
2025	nicht leistungsfähig
2026	nicht leistungsfähig
2027	nicht leistungsfähig

→ Leistungsfähigkeit ist damit im gesamten Finanzplanungszeitraum nicht gegeben

rüsselsheim am main

Ergebnishaushalt 2024 Aufwendungen

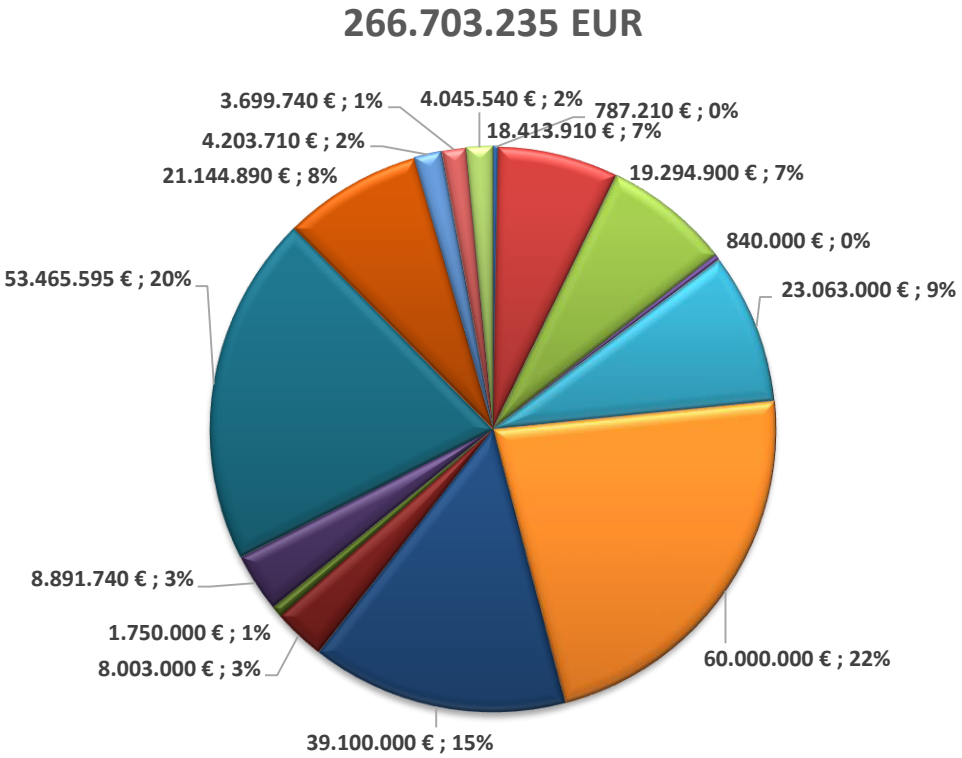




rüsselsheim am main

Ergebnishaushalt 2024 Erträge





rüsselsheim am main

Ergebnishaushalt



	Ansatz 2024 Mio. EUR	Ansatz 2023 Mio. EUR	Veränderung Mio. €
Erträge	266,70	242,11	+24,59
Aufwendungen	278,46	242,58	+35,88
Fehlbetrag	**- 11,76**	**-0,47**	**-11,29**

→ kein Ausgleich des Ergebnishaushalts nach § 92 Abs. 5 HGO

rüsselsheim am main

Warum reichen die Mehrerträge von rd. 24 Mio. € nicht aus?

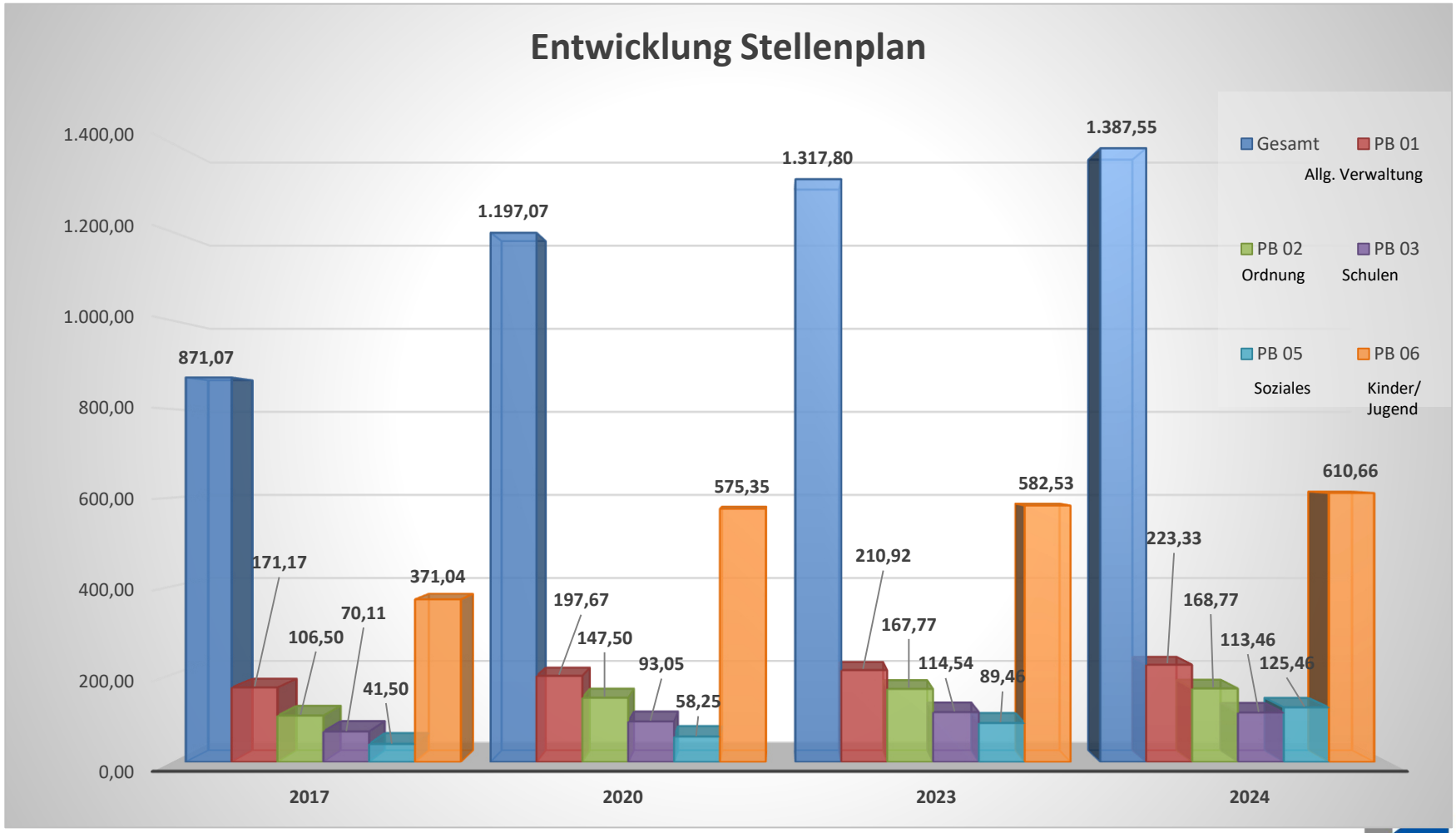


- +10,0 Mio. € Personal- und Versorgungsaufwendungen
- +3,5 Mio. € Sach- und Dienstleistungen
- +3,5 Mio. € Zuweisungen und Zuschüsse
- +6,9 Mio. € Umlagen (Kreis- und Gewerbest.-/Heimatumlage)
- +10,1 Mio. € Transferaufwendungen
- +1,6 Mio. € Zinsaufwendungen

  35,6 Mio. €

→ per Saldo: rd. -11 Mio. €

Entwicklung Stellenplan



rüsselsheim am main

Ausgleich aus Rücklagen?



		Mio. EUR
Voraussichtl. Überschuss 2022		**6,80**
Abdeckung Fehlbeträge 2019-2021		- 4,66
Verbleibende Rücklage		**2,14**
Voraussichtl. Fehlbetrag 2023		**- 3,97**

- trotz überdurchschnittlicher Gewerbesteuereinnahmen 2022 und 2023 bleibt kein Polster für die Zukunft
- kein Ausgleich aus Rücklagen weder in 2024 noch in den Finanzplanungsjahren 2025-2027 nach § 92 Abs. 5 HGO möglich

rüsselsheim am main

Finanzhaushalt



	Ansatz 2024 Mio. EUR	Ansatz 2023 Mio. EUR
Zahlungsmittelüberschuss/-Fehlbetrag aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-2,89	+ 8,62
Saldo Investitionstätigkeit	- 50,80	- 70,18
Saldo Finanzierungstätigkeit	37,67	57,40
Zahlungsmittelbedarf	-16,02	-4,16

→ kein Ausgleich des Finanzhaushalts nach § 92 Abs. 5 Nr. 2 HGO

rüsselsheim am main

Investitionsschwerpunkte



- 19,3 Mio. € Schulen
- 6,0 Mio. € Straßen
- 6,0 Mio. € Investitions-Darlehen an GPR-Klinikum
- 5,8 Mio. € Grundstücksankäufe
- 2,9 Mio. € Kitas
- 2,8 Mio. € Abwasseranlagen
- 1,5 Mio. € Brandschutz

Sowie in Sport-,Park- und Grünanlagen, Verkehrsüberwachungssäulen, Verwaltungsmodernisierung (IT/Digitalisierung+Möblierung), Videoüberwachungsanlage, u.v.a.m.

rüsselsheim am main

Mittelfristige Ergebnisplanung



Mittelfristige Ergebnisplanung 2025-2027

	2025 Mio. EUR	2026 Mio. EUR	2027 Mio. EUR	Kumulierter Fehlbetrag EUR
Erträge	282,33	295,78	305,58	
Aufwendungen	290,92	295,81	303,90	
Fehlbetrag	-8,59	-0,03	1,68	**- 6,94**

→ kein Ausgleich in der mittelfristigen Ergebnisplanung!

rüsselsheim am main

Mittelfristige Finanzplanung



Mittelfristige Finanzplanung 2025-2027

	2025 Mio. EUR	2026 Mio. EUR	2027 Mio. EUR	Kumulierter Zahlungsmit-telbedarf Mio. EUR
Zahlungsmittelüberschuss/-Fehlbetrag aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-0,80	9,38	11,11	
Saldo Investitionstätigkeit	- 41,25	-25,81	-18,23	
Saldo Finanzierungstätigkeit	27,53	11,31	2,99	
Zahlungsmittelbedarf	-12,95	-5,12	-4,13	**-22,20**

→ kein Ausgleich in der mittelfristigen Finanzplanung!

rüsselsheim am main

Herausforderung HSK



- Haushalt 2024 ist ohne HSK in der vorgelegten Form nicht genehmigungsfähig (mit dem RP so abgestimmt)
- Gemeinsame Erarbeitung des Haushaltssicherungskonzeptes durch (Verwaltung, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung)
- Konsolidierungsziel: insgesamt 38,22 Mio. € verteilt auf die Jahre 2025-2027 12,74 Mio. € p.a.
- Erarbeitung HSK und die Basis für den HH 2025

rüsselsheim am main

Mögliche Lösungsansätze



- **Maßnahmen im laufenden Haushaltsvollzug**
  - Einhaltung einer strengen Ausgabedisziplin
  - Verhängung von Haushaltssperren
  - Dauerhafte Fortführung der Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung
  - Restriktive Personalbewirtschaftung
- **Aufgabenkritik**
  - Ermittlung und Überprüfung steuerbarer Erträge und Aufwendungen
  - Ermittlung und Überprüfung freiwilliger Leistungen
  - Überprüfung bestehender Standards
  - Priorisierung von Aufgabenbereichen

Mögliche Lösungsansätze



- **Konnexitätsprüfung**
  - Überprüfung von grundsätzlich gegenzufinanzierender Aufgaben und Rückführung des Leistungsspektrums auf den tatsächlich finanzierten Umfang
- **Grundsteuer B**
  - Anpassung der Grundsteuer B als ultima ratio
  - Anhebung in dem Umfang, in dem andere Maßnahmen nicht greifen
- **Extern**
  - Neuer KFA (2026) besondere Berücksichtigung der Einwohner unter 18 Jahren

rüsselsheim am main

Handlungsfähig, nicht gestaltungsfähig



- Der Prozess der Haushaltsaufstellung entspricht nicht im mindesten den eigenen Qualitätsansprüchen.
- Wir benötigen aber einen genehmigten Haushalt als Rahmen für das Verwaltungshandeln.
- Die Einbringung ist zentraler Bestandteil der politischen Verantwortung des Oberbürgermeisters.

  → Diese Verantwortung nehme ich sehr ernst!
- Die Vorlage des HH-Entwurfs in dieser Form war bereits ein Kraftakt. Mehr ist für dieses Haushaltsjahr nicht möglich.
- Die Aufstellung des HH 2025 wird deutlich stärker gestaltet werden.

rüsselsheim am main

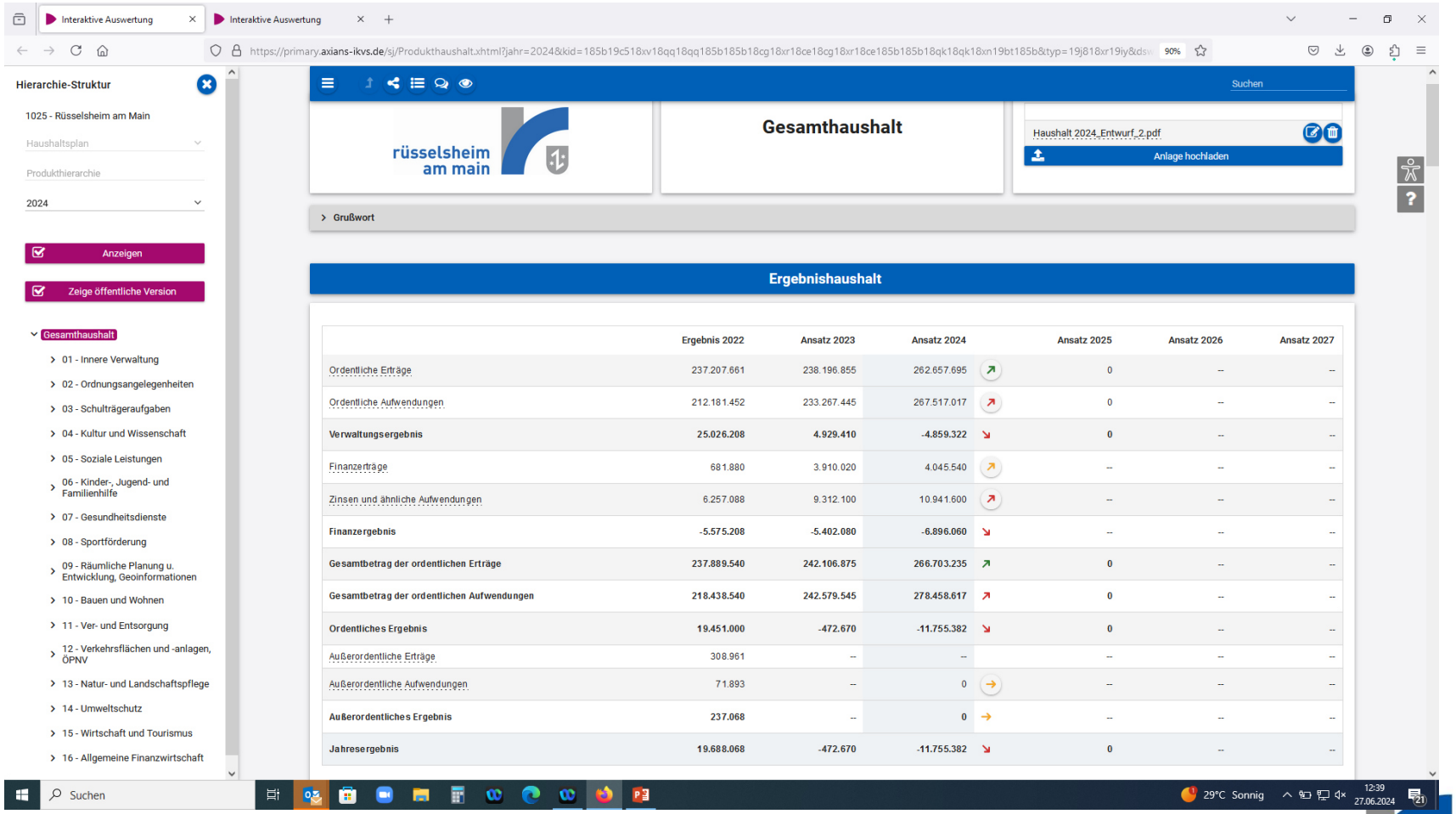
Einbringung Haushalt



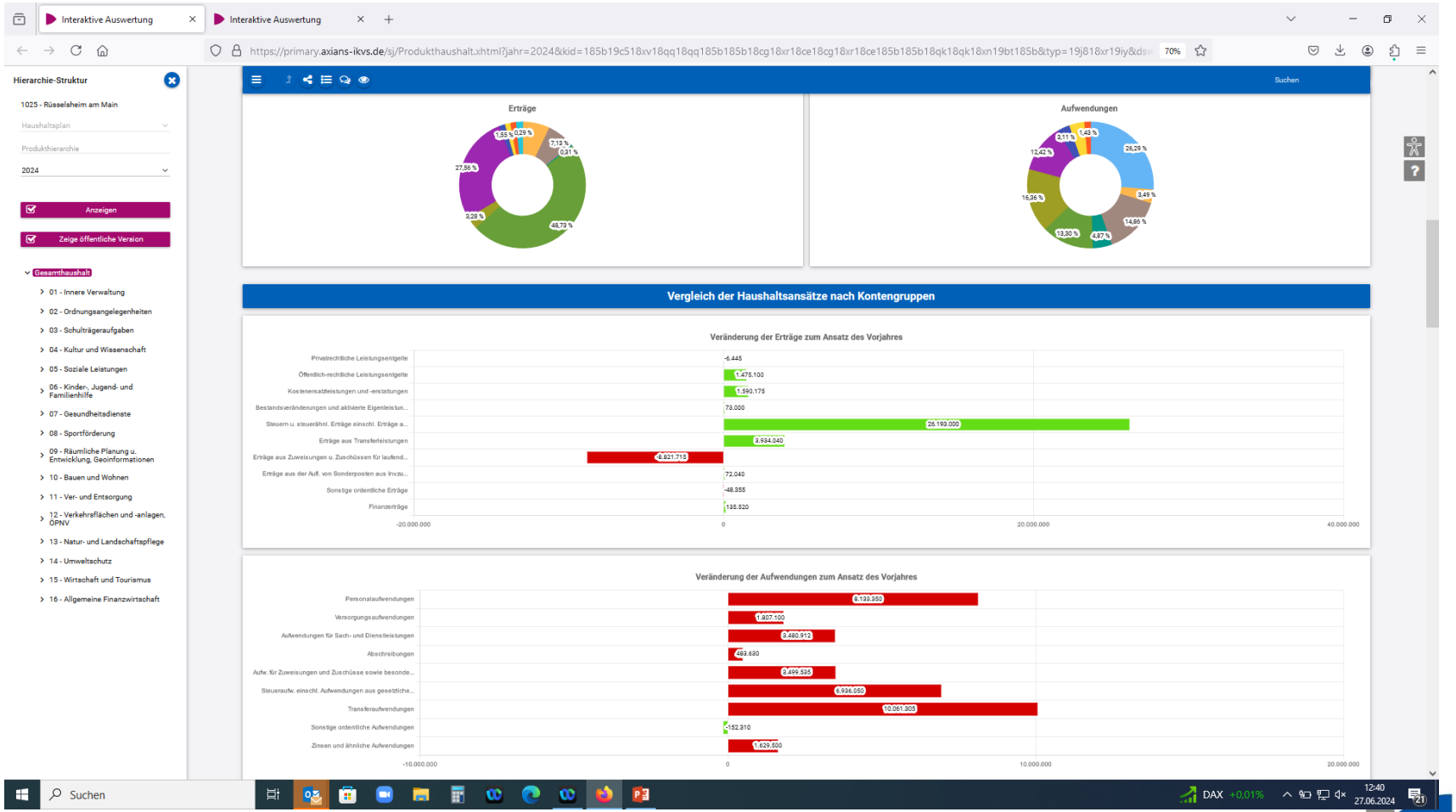
- Der Haushaltsplan wurde im Format überarbeitet und von 1.442 auf 747 Seiten reduziert
- Zusätzlich erfolgt die Bereitstellung in digitaler Form als „interaktiver Haushalt“, den Link erhalten die Stadtverordneten morgen per E-Mail

rüsselsheim am main

Digitaler Haushaltsplan



Digitaler Haushaltsplan



rüsselsheim am main



Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

rüsselsheim am main

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-622/21-26	
Datum	20.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	25.06.2024	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	zur Kenntnis
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	03.09.2024	zur Kenntnis
Fachausschuss für Kinderbetreuung	03.09.2024	zur Kenntnis
Ausländerbeirat	04.09.2024	zur Kenntnis
Jugendhilfeausschuss	05.09.2024	zur Kenntnis
Ortsbeirat Königstädten	05.09.2024	zur Kenntnis
Ortsbeirat Bauschheim	05.09.2024	zur Kenntnis
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	10.09.2024	zur Kenntnis
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	11.09.2024	zur Kenntnis
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	12.09.2024	zur Kenntnis
Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2024	zur Kenntnis
Stadtverordnetenversammlung	26.09.2024	zur Kenntnis

Betreff:

Finanzplanung (Investitionsprogramm und Finanzplan) für den Zeitraum 2023 – 2027

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Finanzplanung 2023 bis 2027 zur Kenntnis.
2. Sie nimmt weiterhin zur Kenntnis, dass zum Ende des Finanzplanungszeitraum 2027 im Ergebnishaushalt ein ordentliches Defizit von voraussichtlich insgesamt rund 22,7 Mio. € und im Finanzhaushalt ein Zahlungsmittelbedarf von voraussichtlich insgesamt rund 35,3 Mio. € entstanden ist.
3. der Aufbau einer Liquiditätsreserve Ende 2027 von 5,7 Mio. € nicht dargestellt werden kann.
4. die Finanzplanung nicht den gesetzlichen Erfordernissen entspricht.

5. dass daher spätestens mit der Verabschiedung der Haushaltsatzung 2024 zur Erlangung eines genehmigungsfähigen Haushaltes ein verbindliches Haushaltsicherungskonzept beschlossen werden muss mit dem Ziel, das spätestens Ende 2027

   das (kumulierte) ordentliche Defizit und der Zahlungsmittelbedarf auf 0 € reduziert wird und

   eine Liquiditätsreserve von rund 5,7 Mio. € aufgebaut ist.

B. Beschlussvorschlag
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt das Investitionsprogramm für den Zeitraum 2023- 2027.

Begründung:

1. Ergebnishaushalt und Zahlungsmittelfluss

Mit der vorgelegten Planung wird der gesetzlichen Verpflichtung aus der Hessischen Gemeindeordnung zur Erstellung einer mittelfristigen Finanzplanung vorbehaltlich eines noch zu erstellenden Haushaltssicherungskonzeptes grundsätzlich Rechnung getragen. Die Finanzplanung basiert auf den Ergebnissen von Steuerschätzungen, den Orientierungsdaten des Landes Hessen und eigener Kalkulationen.

Es gelten folgende gesetzliche Voraussetzungen:

1. Der Ergebnishaushalt soll hinsichtlich aller Erträge und Aufwendungen jahresbezogen ausgeglichen sein. (Zeile „ordentliches Ergebnis“ bei den Aufwendungen“ in der Finanzplanung)
   Als Mindestvoraussetzung dürfen Ende 2027 keine (kumulierten) Defizite, aktuell rund 22,7 Mio. € vorliegen.

2. Aus den laufenden Verwaltungstätigkeiten (liquiditätswirksame Zahlungsströme des Ergebnishaushaltes) muss ein so hoher Zahlungsmittelfluss aus der Verrechnung aller Ein- und Auszahlungen erzielt werden, dass damit mindestens die ordentliche Tilgung und der Tilgungsbeitrag für die Hessenkasse finanziert werden kann (letzte Zeile bei den Aufwendungen in der Finanzplanung).
   Als Mindestvoraussetzung dürfen Ende 2027 keine (kumulierten) Zahlungsmittelbedarfe, rund 35,3 Mio. €, vorliegen.

   Auch muss mit den liquiditätswirksamen Überschüssen der Aufbau einer Liquiditätsreserve angestrebt werden

Planmäßige ordentliche Ergebnisse 24 bis 27

	2024	2025	2026	2027
Ordentlicher Überschuss			1.680	
Ordentliches Defizit		26	11.756	8.587
Kumuliertes Plandefizit 24 bis 27		18.689		
Zuzüglich kumulierte Defizite bis Ende 2023 voraussichtlich		4.000		
Gesamt:				**22.689**

Angaben in T€

Liquiditätsreserve **5.695**

Außer im Jahr 2027 weist der Ergebnishaushalt jahresbezogene ordentliche Defizite aus. Das kumulierte Defizit weist eine Größenordnung von rund 22,7 Mio. € auf, die Liquiditätsreserve von 5,7 Mio. €, die bis Ende 2027 aufgebaut sein muss, kann nicht dargestellt werden.

Zahlungsmittelfluss bei den laufenden Verwaltungstätigkeiten

	2024	2025	2026	2027
Zahlungsmittelbedarf unter Berücksichtigung der Tilgungen		16.019 4.132	12.952	5.123
Kumulierter Zahlungsmittelbedarf		38.226		
Zahlungsmittelüberschuss Ende 2023			.	/. 2.902
Gesamt:			35.324	

Angaben in T€

Im Finanzplanungszeitraum 2023 bis 2027wird in keinem einzigen Haushaltsjahr die ordentlichen Tilgungen und die Beiträge der Hessenkasse aus Zahlungsmittelüberschüssen (quasi mit Eigenmitteln) in voller Höhe finanziert werden können. Zur Finanzierung müssen Liquiditätskredite aufgenommen werden, was unterjährig gesetzlich erlaubt ist, aber zum Jahresende als Stichtag nicht gesetzeskonform ist.
Am Ende des Finanzplanungszeitraumes würden Liquiditätskredite in einer Größenordnung von rund 35,3 Mio. € benötigt werden.

Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2024 und Haushaltssicherungskonzept:

Am Ende des Finanzplanungszeitraumes, Ende 2027, darf

kein ordentliches Defizit im Ergebnishaushalt und

kein Zahlungsmittelbedarf bei den laufenden Verwaltungstätigkeiten unter Berücksichtigung der Finanzierung der Tilgungen und der Beiträge zur Hessenkasse

bestehen.

Vor diesem Hintergrund und als Voraussetzung für die **Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2024** ist gemäß §92a (Haushaltssicherungskonzept) Hessische Gemeindeordnung in Verbindung mit §24 Absatz 4 (Haushaltsausgleich) Gemeindehaushaltsverordnung daher zwingend die Erarbeitung eines Haushaltssicherungskonzepts erforderlich.

Das Haushaltssicherungskonzept muss zum Ziel haben:

Reduzierung der (kumulierten) Defizite im Ergebnishaushalt maximal bis Ende 2027 von 22,7 Mio. € **auf 0 €**

und damit einhergehend

Reduzierung des Zahlungsmittelbedarfes maximal bis Ende 2027 **auf 0 €** (ausgehend von maximal 35,3 Mio. €)

Das Haushaltssicherungskonzept muss aus folgenden verbindlichen Inhalten bestehen:

- Ursache(n) für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt beschreiben
- Verbindliche Festlegung über das Konsolidierungsziel (keine ordentlichen Defizite und kein Zahlungsmittelbedarf Ende 2027
- Verbindliche Maßnahmen, um das Konsolidierungsziel zu erreichen, festlegen
- Angestrebter Zeitraum, in dem der Ausgleich erreicht werden soll, definieren

Das Haushaltssicherungskonzept muss spätestens zusammen mit der Haushaltsatzung 2024 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet werden.
Das Haushaltssicherungskonzept ist gemäß § 97a Nr. 2 Hessische Gemeindeordnung durch die Aufsichtsbehörde zu genehmigen.

2. Finanzplanung:

Wesentliche Ertrags- und Aufwandspositionen im Einzelnen sind:

Steuern

Auf Basis der Orientierungsdaten und neuer geringeren Schlüsselzahlen wird gegenüber der bisherigen Finanzplanung in den Vergleichsjahren 2025 und 2026

bei den Gemeindeanteilen an der

Einkommenssteuer mit Mindererträgen von insgesamt 2,2 Mio. € und

Umsatzsteuer mit Mindererträgen von 3,8 Mio.€ kalkuliert.

Die Gewerbesteuer wird auf Grund in weiterer Entwicklung der ertragsreichen Jahre 2022 und 2023 mit 62 Mio. € in 2025 bis auf 66 Mo. € in 2027 kalkuliert. Bei den Vergleichszahlen 2025 bis 2026 zur bisherigen Finanzplanung sind dies rund 52 Mio. € mehr an Erträgen.

Kostenersatzleistungen und -erstattungen

Höhere Kostenerstattungen im Zusammenhang mit höheren Aufwendungen für die für die Jugendhilfe.

Erträge aus Zuweisungen (Schlüsselzuweisungen)

Die Erträge aus Zuweisungen werden von den Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich geprägt.
Die Höhe der Schlüsselzuweisung ist abhängig von der Spanne zwischen dem höheren Bedarf und der niedrigeren Steuerkraft.
In Folge der höheren Gewerbesteuererträge wird der Abstand zwischen Bedarf und Steuerkraft geringer, so dass auch die Schlüsselzuweisungen im Vergleich zu der bisherigen Finanzplanung niedriger ausfallen werden (für 25 und 26
insgesamt 11,1 Mio. €).

Steueraufwendungen und Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen

Die Kreisumlage im kommunalen Finanzausgleich wurde in der bisherigen Finanzplanung im Haushaltsplan 2023 mit einem Hebesatz von 36,71% kalkuliert. Dieser Prozentsatz kann vom Kreis nicht mehr gehalten werden. Für das Haushaltsjahr wurde mit dem vom Kreistag beschlossenen Hebesatz von 43,19%. geplant. Ab dem Jahr 2025 wird mit einem Hebesatz von 43,19 und für die Folgejahre von 41,77 gerechnet.

Für die Vergleichsjahre 2025 und 2026 bedeutet dies Mehraufwendungen in Höhe von rund 15,7 Mio. €.

In Folge der höheren Gewerbesteuererwartungen steigt auch der Aufwand für die Gewerbesteuerumlage und die Heimatumlage (Im Vergleichszeitraum 2025 und 2026 um 7,0 Mio. €).

Personalaufwendungen

Die Planung der Personalaufwendungen ab 2025 basiert auf dem Gesamtansatz des laufenden Jahres mit einer geringen Tarifsteigerung von jährlich 1,5 %.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Aufwandsentwicklung beim Sach- und Dienstaufwand basiert auf dem vorläufigen Ergebnis 2023 und dem Ansatz 2024.
Vor dem Hintergrund der kritischen Überprüfung aller Sachaufwendungen und der Annahme, dass sich die Preissteigerungen wieder auf ein normales Maß bewegen werden, wird ab 2024 nur mit einem geringen jährlichen, höheren Aufwand von 1,5 % gerechnet.

Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen steigen auf Grund von Fall-und Kostensteigerungen exorbitant.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsaufwendungen für Investitionskredite in den Jahren 2025 bis 2027 werden unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen im Altbestand sowie neuer Kreditaufnahmen in Höhe von bis zu 30,0 Mio. € jährlich überwiegend zur Finanzierung der umfangreichen Investitionen im Bildungs- und Betreuungsbereich weiter ansteigen.
Es wird davon ausgegangen, dass sich das Zinssatzniveau auf einen Bereich von 4 % in den nächsten Jahren einpendeln wird.

Diese Prognose gilt auch für die nach der vorliegenden Finanzplanung erforderlichen Liquiditätskredite zur Finanzierung der liquiditätswirksamen Defizite und der Tilgungsaufwendungen incl. Hessenkasse.
In Folge der Ausweisung von hohen liquiditätswirksamen Defiziten und deren Kumulierung im Finanzplanungszeitraum werden auch die Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite steigen.

Hinzu kommt, dass das Land in Rahmen des kommunalen Schutzschirms
für die abgetretenen Liquiditätskredite Schuldendiensthilfen in Höhe von 2% gewährt hat.
Da die Zinsbindung von 10 Jahren bei vielen abgetretenen Liquiditätskrediten ablauft bzw. abgelaufen ist, und der Prolongationszinssatz höher als 2% ist, entstehen auch in diesem Bereich höhere Zinsaufwendungen.

Generell stellt es sich als schwierig heraus, eine Zinsprognose für mehrere Jahre abzugeben, zumal auch die Banken maximal für 15 Monate eine Vorausschau wagen.

Finanzhaushalt und Investitionsprogramm

Beim Investitionsprogramm für den Zeitraum 2025 bis 2027 mit einem Investitionsvolumen von 91,9 Mio. € liegt der Investitionsschwerpunkt wie in den vorangegangenen Investitionsprogrammen mit 30,9 Mio. € im Schulbereich zur Abarbeitung des Sanierungsstaus sowie zur Umsetzung des Schulentwicklungsplans und des Medienentwicklungsplans.

Dies entspricht etwa einem Drittel aller Investitionsauszahlungen der Jahre 2025 – 2027.

Weitere Schwerpunkte sind:

Maßnahmen der Abwasserbeseitigung in Höhe von rund 11,3 Mio. €,

Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus und der Straßensanierung in Höhe von rund 20,8 Mio. €,

Maßnahmen im Bereich der Kindertagesstätten mit 5,8 Mio. €

Ersatzbeschaffung von Feuerwehrfahrzeugen mit 2,5 Mio. €,

Ankauf von Grundstücken mit 13,6 Mio. €.

Im gleichen Zeitraum werden Einzahlungen für Investitionen aus Zuschüssen, Grundstücksverkäufen, Tilgungsrückflüssen in Höhe von 6,6 Mio. € erwartet.

Zur Finanzierung der verbleibenden Auszahlungen wird ein Kreditvolumen von 85,3 Mio. € benötigt.

Es wird unterstellt, dass der kassenmäßige Mittelabfluss bei den Investitionsmaßnahmen und damit auch die Kreditaufnahmen wie auch in der Vergangenheit einer zeitlichen Verzögerung unterliegen werden. Daher sind die zusätzlichen Zins- und Tilgungsaufwendungen nur mit 60 % berücksichtigt.

Rüsselsheim am Main, 25.06.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2023 bis 2027

1. Erträge und Aufwendungen

Beträge in 1.000 Euro

1.1 Erträge

KVKR	Arten der Erträge	2023	2024	2025	2026	2027
50	Privatrechtliche Leistungsentgelte	794	787	800	820	840
51	Öffentlichrechtliche Leistungsentgelte	16.939	18.414	19.000	19.200	19.400
548-549	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	17.705	19.295	19.400	19.600	19.800
52	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	767	840	860	880	900
5500	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	38.310	39.100	42.234	44.547	46.667
5504	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	9.200	8.003	8.264	8.465	8.601
5551	Grundsteuer A	63	63	65	65	65
5552	Grundsteuer B	22.500	23.000	23.200	23.600	24.200
5553	Gewerbesteuer	34.000	60.000	62.000	64.000	66.000
5554	Grunderwerbssteuer	0	0	0	0	0
5559	Andere Steuern	1.650	1.750	1.800	1.800	1.800
558	Erträge aus Umlagen	0	0	0	0	0
55..	Sonstige Erträge aus Steuern, sonstige steuerähnliche Erträge, sonstige Umlagen	0	0	0	0	0
547	Erträge aus Transferleistungen	4.958	8.892	9.100	9.300	9.500
540-543	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgem. Umlagen	83.432	74.610	85.361	93.010	97.058
	darunter:Schlüsselzuweisung	63.000	53.466	63.413	71.259	75.430
546	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, - zuschüsse und Investitionsbeiträgen	4.132	4.204	4.500	4.700	4.900
53	Sonstige ordentliche Erträge	3.747	3.700	3.800	3.900	4.000
Summe der ordentlichen Erträge		**238.197**	**262.658**	**280.384**	**293.887**	**303.731**

Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2023 bis 2027

Beträge in 1.000 Euro

1.2 Aufwendungen

KVKR	Arten der Aufwendungen	2023	2024	2025	2026	2027
62,63,640-643,647-649,65	Personalaufwendungen	66.120	74.253	75.367	76.497	77.645
644-646	Versorgungsaufwendungen	8.055	9.862	10.010	10.160	10.312
60,61,67-69	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	38.499	41.979	42.609	43.248	43.897
66	Abschreibungen	13.273	13.757	14.100	14.400	14.700
71,76	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	34.066	37.567	37.900	38.100	38.300
73 [1)]	Steueraufwendungen einschl. Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	39.278	46.212	54.040	54.654	56.992
	darunter: Kreisumlage	29.700	32.817	41.373	41.718	43.785
	Heimatumlage	1.761	3.107	3.211	3.314	3.418
72	Transferaufwendungen	25.025	35.086	35.788	36.503	38.800
70,74	Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.951	8.800	9.510	10.046	10.550
Summe der ordentlichen Aufwendungen		**233.267**	**267.516**	**279.323**	**283.608**	**291.196**
Verwaltungsergebnis		**4.930**	**-4.858**	**1.061**	**10.279**	**12.535**
56,57	Finanzerträge	3.910	4.045	1.952	1.895	1.845
77	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	9.312	10.943	11.600	12.200	12.700
Finanzergebnis		**-5.402**	**-6.898**	**-9.648**	**-10.305**	**-10.855**
Ordentliches Ergebnis		**-472**	**-11.756**	**-8.587**	**-26**	**1.680**
	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis		0	0	0	0	0
Jahresergebnis		**-472**	**-11.756**	**-8.587**	**-26**	**1.680**
Jahresergebnis ohne Berücksichtigung der nicht liquiditätswirksamen Aufwendungen[3)]		**8.617**	**-2.891**	**796**	**9.375**	**11.106**
Tilgungsauszahlungen [2)]		**-12.772**	**-13.128**	**-13.748**	**-14.498**	**-15.238**
Jahresergebnis unter Berücksichtigung der Tilgungsleistungen		**-4.154**	**-16.019**	**-12.952**	**-5.123**	**-4.132**

Gerinfügige Differenzen gegenüber der Darstellung im Gesamtfinanzhaushalt resultieren aus Rundungen.

1) Gewerbesteuerumlage 35 Hebesatzpunkte, Heimatumlage 21,75 Hebesatzpunkte, Kreisumlage 43,19 Hebesatzpunkte 2024 und 2025, 2026 und 2027 mit 41,77.

2) Ab 2022 Tilgungsanteil aus der Hessenkasse in Höhe von 25 € je EW.

3) Ohne Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten sowie der Saldo aus Entnahme/Zuführung an Rückstellungen

2. Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionen

Art der Einzahlung/Auszahlung	2023	2024	2.025	2.026	2.027
Einzahlungen					
Investitionszuweisungen, -zuschüsse, -beiträge	7.143	5.752	2.212	1.406	1.406
Verkaufserlöse	0	0	0	0	0
Rückzahlung von Krediten	532	520	523	527	532
Kreditaufnahmen	70.176	50.798	41.251	25.812	18.232
Summe der Einzahlungen	**77.851**	**57.070**	**43.986**	**27.745**	**20.170**
Auszahlungen					
Erwerb von Sachanlagevermögen, immaterielles Anlagevermögen	77.727	56.929	43.841	27.595	20.015
darunter:					
Bauausgaben	62.908	39.928	34.937	18.881	11.365
Grundstücke	6.500	5.700	4.500	4.500	4.500
Bewegliches Anlagevermögen	5.010	4.957	4.340	4.150	4.150
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	3.309	6.344	64	64	64
Erwerb von Finanzanlagevermögen	124	141	145	150	155
darunter:					
Gewährung von Krediten	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen	**77.851**	**57.070**	**43.986**	**27.745**	**20.170**
Saldo	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
nachrichtlich:					
Tilgung von Krediten	12.772	13.128	13.748	14.498	15.238

3. Investitionen und Investitionsföderungsmaßnahmen nach Produktbereichen

Produktbereich						
Nr.	**Bezeichnung**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**
	Auszahlungen					
01	Innere Verwaltung	3.580	2.740	800	949	1.054
02	Sicherheit und Ordnung	3.754	2.897	1.500	1.000	1.000
03	Schulträgeraufgaben	32.903	21.443	20.175	8.160	2.510
04	Kultur- und Wissenschaft	30	73	8	8	8
05	Soziale Leistungen	2.849	336	0	0	0
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	11.966	3.381	3.175	1.370	1.220
07	Gesundheitsdienste	0	6.000	0	0	0
08	Sportförderung	547	1.033	150	100	100
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen	1.067	483	80	80	80
10	Bauen und Wohnen	6.523	5.754	4.550	4.550	4.500
11	Ver- und Entsorgung	2.519	2.874	3.700	4.400	3.200
12	Verkehrsflächen und - anlagen, ÖPNV	8.680	7.880	8.290	6.560	5.930
13	Natur- und Landschaftspflege	3.262	1.910	849	359	359
14	Umweltschutz	0	0	0	0	0
15	Wirtschaft und Tourismus	171	266	709	209	209
16	Allgemeine Finanzwirtschaft	0	0	0	0	0
	Summe	**77.851**	**57.070**	**43.986**	**27.745**	**20.170**
	nachrichtlich: Tilgung von Krediten	12.772	13.128	13.748	14.498	15.238

Anlage 1

Investitionsprogramm für den Zeitraum 2023 bis 2027

Die Investitionen im Finanzhaushalt lassen sich folgenden Bereichen zuordnen:

		2023	2024	2025	2026	2027
A	Maßnahmen, die aufgrund eines Gesetzes, Urteils oder ähnlichem zwingend erforderlich werden, sowie Maßnahmen, die der Sicherheit dienen	1.639.050	1.054.800	1.058.500	963.500	968.500
B	Maßnahmen der Abwasserbeseitigung (diese Maßnahmen sind alle über die Abwassergebühr finanziert)	2.481.500	2.830.000	3.200.000	3.900.000	2.800.000
C	Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus und der Straßensanierung	7.203.000	6.040.000	7.260.000	6.020.000	5.480.000
D	Maßnahmen im Zusammenhang mit der Förderung der E-Mobilität (Projekte CLEVER, Dikovers u. a.)	1.255.000	0	0	0	0
E	Maßnahmen im Rahmen der Abarbeitung des Sanierungsstaus im Bereich der Schulen sowie der Umsetzung des Schulentwicklungsplans und des Medienentwicklungsplans	31.440.000	19.265.000	18.230.000	7.100.000	1.500.000
F	Maßnahmen im Bereich der Kitas	11.428.780	2.882.500	1.960.000	430.000	330.000
G	Neue Maßnahmen ab dem Jahr 2024 (ohne in den vorhergehenden Positionen enthaltene Maßnahmen)	150.000	905.000	1.140.000	100.000	100.000
	Übrige Maßnahmen	22.253.260	24.092.540	11.137.500	9.231.500	8.991.500
	Summe aller Maßnahmen im jeweiligen Haushaltsjahren	**77.850.590**	**57.069.840**	**43.986.000**	**27.745.000**	**20.170.000**
T	Tilgungen	12.771.750	13.127.750	13.747.750	14.497.750	15.237.750

Investitionsprogramm für den Zeitraum 2023 bis 2027

Im Gegensatz zur Darstellung in den Teilfinanzhaushalten sind im Investitionsprogramm die Einzahlungen positiv und die Auszahlungen negativ dargestellt.
Investititonsvorhaben, die einem Budget angehören und damit gegenseitig deckungsfähig sind, haben in der Spalte Budget die gleiche Kennzeichnung.
Die sich auf die Fußnoten beziehenden Erläuterungen befinden sich am Ende des Investitionsprogramms

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
01010003AB	Magistrat - Videoüberwachung	0619010			G	0	0	-250.000		0	0	0	
01010003ZA	Magistrat - Zuw. d. Landes f. Videoüberwachung	3641010				0	0	165.000		0	0	0	
01010205AD	Verwaltungssteuerung und -organisation - Raumbedarfsplan Verwaltungsflächen Sanierung - Planungskosten	0541010		?	*	-50.000	0	0		0	0	0	
01010205AF	Verwaltungssteuerung und -organisation - Raumbedarfsplanung Möb	0860010			*	-100.000	-100.000	-100.000		0	0	0	
01010205AG	Verwaltungssteuerung und -organisation - Medientechnik	0860010		?	*	0	-175.000	-150.000		0	0	0	
01010205AH	Verwaltungssteuerung und -organisation - New Work	0860010			G	0	0	-100.000		0	0	0	
01010216AA	Zentrale Personal- und Versorgungsaufwendungen	1507010		*	A	*	-133.500	-141.300		-145.000	-150.000	-155.000	
01010240AA	Presse- und Medienarbeit - Relaunch Homepage	0242010		-410.000	*	0	-280.000	0		0	0	0	
01016006AF	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mainstraße 7 / Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	-260.000	-230.000	0	-100.000	-100.000	?	?	
01016006AG	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Rathaus Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	-220.000	-200.000	-400.000	-100.000	-100.000	?	?	
01016006AH	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Ludwig-Dörfler-Allee Palais Verna / Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	-100.000	0	-100.000	-100.000	-100.000	?	?	
01016006AI	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mainzer Straße 11 / Sanierung Planungskosten	0541010		?	*	0	0	0	-50.000	-50.000	?	?	
01016006AK	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Mietereinbauten Friedensplatz	0541010		-300.000	*	-30.000	-170.000	-100.000		0	0	0	
01016006AL	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Am Treff NSHV Trafo- oder Übergabestation	0541010		-400.000	*	-30.000	-270.000	-100.000		0	0	0	
01016006AM	Gebäudeunterhaltung und -bewirtschaftung - Notstrominfrastruktur	0541010		?	*	0	-200.000	0		0	0	0	
01016007AC	Gebäudewirtschaft, Werkstatt - neue Werkstattfahrzeuge für Schreiner (2021) Maler (2023) Schlosser (2024)	0810010		-110.000	*	-40.000	-30.000	-40.000		0	0	0	
02020260AA	Stadtbüros - Erstausstattung Friedensplatz	0860010		-250.000	*	-125.000	-125.000	0		0	0	0	
02021150AE	Ordnungsangelegenheiten - Sirenenanlagen	0536010		*	A	-185.000	-132.050	0		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
02021150AG	Ordnungsangelegenheiten - Verkehrsüberwachungssäulen	0615010		*	*	-210.000	-1.311.000	-850.000		0	0	0	
02031300AA	Brandschutz - Ersatzbeschaffung Feuerwehrfahrzeuge	0810010		*	A	*	-1.360.000	-900.000	-550.000	-900.000	-800.000	-800.000	
02031300AG	Brandschutz - Sanierung + Erweiterung Feuerwehrstützpunkt	0536010		*	*	-270.000	-380.000	-250.000	-200.000	-200.000	?	?	
02031300AM	Brandschutz - Schlauchpflegeanlage	0840010		-150.000	G	0	0	-150.000		0	0	0	
02031300AN	Brandschutz - Ertüchtigung Einsatzzentrale	0840010		-150.000	*	0	-50.000	-100.000		0	0	0	
02031300AO	Brandschutz - Zivil- und Katastrophenschutz	0536010			G	0	0	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000	
02031300ZA	Brandschutz - Zuweisung des Landes	3641010		*	*	*	150.000	0		98.000	0	0	
03002000AA	Schulverwaltung - EDV Ausstattung Schule	0851010		*	*	*	-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
03002000AG	Schulverwaltung - Ern.von Spielgeräten auf Schulhöfen	0551510		*	*	*	-200.000	-200.000		-200.000	-200.000	-200.000	
03002000AR	Schulverwaltung - Medienentwicklungsplan / Digitalpakt (MEP)	0951110	B 12	-22.630.000	E	-1.700.000	0	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	-14.930.000
03002000ZD	Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Bund	3640110		3.077.135	*	1.650.000	0	1.125.000		302.135	0	0	
03002000ZE	Schulverwaltung - MEP Fördermittel vom Land	3641010		1.025.710	*	175.000	375.000	375.000		100.710	0	0	
03002000AS	Schulverwaltung - Ausstattung Mittagessensversorgung	0840010		-304.000	H	0	-152.000	-152.000		0	0	0	
03012110AB	Otto-Hahn-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	-75.000	E	0	-75.000	-75.000 +		0	0	0	
03012111AB	Schillerschule - Abarbeitung Sanierungsstau + Nutzungsänderung der Hausmeister Wohnung	0530110	B 12	-1.180.000	E	-530.000	-350.000	-300.000		0	0	0	
03012111AD	Schillerschule - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-7.500	*	0	0	-7.500		0	0	0	
03012111AE	Schillerschule - Ganztagsangebot	0530110	B 12			0	0	-125.000		0	0	0	
03012112AD	Goetheschule - Ganztagsangebot + Erweiterung mit Klassenräumen	0530110	B 12	?	E	-175.000 1)	-25.000	-400.000	-200.000	-200.000	?	?	
03012113AD	Grundschule Königstädten - Weiterentwicklung und Sanierung	0530110	B 12	-41.000.000	E	-100.000	0	0		-230.000	?	?	
03012114AD	Albrecht-Dürer-Schule - Sanierung/Neubau Planungskosten	0530110	B 12	?	E	0	-100.000	0	-100.000	-100.000	?	?	
03012114AF	Albrecht-Dürer-Schule - Ganztagsangebot	0530110	B 12	?		0	0	-150.000		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
03012115AE	Georg-Büchner-Schule - Neubau und Sanierung	0530110	B 12	?	E	-356.000	-100.000	-200.000	-500.000	-3.000.000	?	?	
03012116AA	Grundschule Parkschule - Umbau der Parkschule	0530110	B 12	-30.800.000	E	-1.600.000	-4.300.000	-9.800.000		-10.000.000	-5.100.000	0	
03012116AB	Parkschule - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-6.000	*	0	0	0		-6.000	0	0	
03012117AH	Grundschule Hasengrund - Außengelände zwischen zwei Modulen	0530110	B 12	-810.000	*	-25.050	-760.000	0		0	0	0	
03012117AK	Grundschule Hasengrund - Brandsanierung	0530110	B 12	-5.000.000	E	0	-1.500.000	-3.500.000		0	0	0	
03012117ZC	Grundschule Hasengrund - Versicherungserstattung Brandschaden	3618010		3.200.000	*	0	1.000.000	2.200.000		0	0	0	
03012117AL	Grundschule Hasengrund - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-7.500	*	0	0	-7.500		0	0	0	
03012118AB	Eichgrundschule - Planung zur Optimierung Ganztagsbetreuung zusätzliche Klassenräume / Interim + Planung	0530110	B 12	?	E	-65.000	-750.000	-550.000	-500.000	-1.300.000	?	?	
03012119AE	Grundschule Innenstadt - Weiterentwicklung - Planungskosten	0530110	B 12	?		0	0	0		0	-50.000	?	
03012119AF	Grundschule Innenstadt - baulicher Schallschutz	0530110	B 12	-770.000	E	-100.000	-670.000	0		0	0	0	
03012119AH	Grundschule Innenstadt - Ganztagsangebot	0530110	B 12			0	0	-50.000		0	0	0	
03012119ZA	Grundschule Innenstadt - Förderung Schallschutz Land Hessen	3641010		699.450	*	100.000	599.450	0		0	0	0	
03012120AA	Grundschule "Eselswiese" - Neubau - Planungskosten	0530110	B 12	?		0	0	0		-100.000	?	?	
03022251AG	Gerhart-Hauptmann-Schule - Sanierung	0530110	B 12	-1.650.000	E	-1.400.000	-150.000	-100.000		0	0	0	
03022251AH	Gerhart-Hauptmann-Schule - Weiterentwicklung	0530110	B 12	?		0	0	-200.000	-400.000	-400.000	?	?	
03032300AI	Max-Planck-Schule - Atrium/Hauptgebäude Sanierung	0530110	B 12	?	E	-630.000	-3.900.000	-900.000	-500.000	-500.000	?	?	
03032301AG	Immanuel-Kant-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	?	E	-800.000	-300.000	-800.000	-500.000	-500.000	?	?	
03032301AM	Immanuel-Kant-Schule - Sitzgruppe Aussenanlage	0530110	B 12	-50.000	H	0	-50.000	0		0	0	0	
03042700AB	Borngrabenschule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	?	E	-230.000	0	-390.000	-300.000	-300.000	-500.000	?	
03042710AC	Helen-Keller-Schule - Abarbeitung Sanierungsstau	0530110	B 12	?	E	-720.000	-250.000	-250.000	-300.000	-300.000	?	?	
03042710ZA	Helen-Keller-Schule - Erst. investiver Auszahlungen vom Kreis GG	3642010	B 12	*	*	135.000	170.000	0		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
03052810AJ	A.-v.-Humboldt-Schule - Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. Sanierung	0530110	B 12	-42.000.000	E	-30.000.000	-12.000.000	0		0	0	0	
03052810AL	A.-v.-Humboldt-Schule - Interim (Umbau Mensa)	0530110	B 12	-660.000	E	-600.000	-60.000	0		0	0	0	
03052810AP	A.-v.-Humboldt-Schule - Multifunktionsfeld	0530110	B 12	?	*	0	-50.000	0		-50.000	0	0	
03052810AQ	A.-v.-Humboldt-Schule - Außengelände	0530110	B 12	-100.000	*	-50.000	0	0		0	0	0	
03052810AR	A.-v.-Humboldt-Schule - Sanierung Sporthalle Dicker Busch	0530110	B 12	-1.050.000	E	0	-250.000	-500.000	-300.000	-300.000	?	?	
03052850AA	Sophie-Opel-Schule - Umsetzung des Schulentwicklungsplans inkl. Aussenanlagen und Sportflächen	0530110	B 12	-48.900.000	E	-42.250.000	-6.650.000	0		0	0	0	
03052850AE	Sophie-Opel-Schule - Hardware Energiecontrolling	0530110	B 12	-10.000	E	0	-10.000	0		0	0	0	
03052850AF	Sophie-Opel-Schule - Verschattung Schulhof	0530110	B 12	-100.000	*	0	-100.000	0		0	0	0	
03082954AA	Jugendverkehrsschule - Ersatzneubau	0530110		?		0	0	0		-80.000	?	?	
04013210AB	Stadtmuseum - Anschaffung von Museumsstücken	0621010		*	*	*	-8.000	-8.000		-8.000	-8.000	-8.000	
INV-Z	Stadtmuseum - Fördermittel Fahnenschrank	3604010		10.000	*	*	0	10.000		0	0	0	
05004000AA	Verwaltung - Soziale Leistungen - Mietereinbauten	0541010		-50.000	*	-25.000	0	-25.000		0	0	0	
05056200TA	Wohnungswesen - Tilgung vom GPR Seniorenresidenz	1616020		*	*	*	87.930	87.930		87.930	87.930	87.930	
05056200TB	Wohnungswesen - Tilgung von der GewoBau	1616020		*	*	*	406.600	394.200		396.000	399.800	403.600	
05056200TC	Wohnungswesen - Tilgung von der Nassau. Heimstätte	1616020		*	*	*	37.200	37.770		38.300	38.900	39.500	
05056200TD	Wohnungswesen - Tilgung von der Baugenossenschaft	1616020		*	*	*	0	0		0	0	0	
05056200TE	Wohnungswesen - Tilgung von Privaten	1618020		*	*	*	90	90		90	90	90	
05056200ZA	Wohnungswesen - Fehlbelegungsabgabe	4551010		*	*	*	280.000	300.000		?	?	?	
05056200AA	Wohnungswesen - Investitionszusch. zur Förd. des Wohnungsbaus	0358010		*	*	*	-280.000	-300.000		?	?	?	
05056200AD	Wohnungswesen - Wohnungsbauförderung Quartier am Ostpark	0358010		?	*	*	-2.500.000	0		0	0	0	
06044640AA	Kita allg. - Erneuerung der Außenspielanlagen	0551510	B 14	*	F	*	-262.000	-280.000		-280.000	-280.000	-280.000	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
06044640AI	Kita allg. - Zuschuss an andere Kitaträger zur Bestandserhaltung und Neubau	0358010	B 3	*	F	-160.000	-165.000	0		0	0	0	
06044640ZF	Kita allg. - Zuweisungen des Landes für U3 Betreuung	3641010		*	*	*	0	0		0	0	0	
06044640AM	Kita allg. - Sonnenschutz	0840010		*		0	-50.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000	
06044640AL	Kita allg. - Großraumbriefkästen	0561010		-100.000		0	0	0	-50.000	-50.000	-50.000	0	
06044640AK	Kita allg. - Digitalisierung aller Kitas	0852010		-540.000		0	-50.000	0	-190.000	-290.000	-100.000	-100.000	
06044640AN	Kita allg. - Installation PV-Anlagen auf Kitas (Kauf)	0531010				0	0	0		-80.000	-40.000	-40.000	
060446401B	Kita Am Borngraben 1 - Neue Küche	0531010	B 3	-50.000	F	0	-50.000	0		0	0	0	
060446401Z	Kita Am Borngraben 1 - Landesförderung Neue Küche	3641010		25.000	*	0	25.000	0		0	0	0	
060446401C	Kita Am Borngraben 1 - Erneuerung der Außenspielanlagen	0551510	B 14	-125.000	F	-20.000	-60.000	-45.000		0	0	0	
060446407C	Kita Hessenring 97 - Abbruch und Neubau (Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	0	0		0	-100.000	?	
060446408B	Kita In den Bachgärten - Erneuerung der Außenspielanlagen	0551510	B 14	-112.000	F	-66.000	-46.000	0		0	0	0	
060446408C	Kita In den Bachgärten - grundhafte Sanierung Dach+Sanitärbereich	0531010	B 3	-450.000	F	-150.000	-150.000	-150.000		0	0	0	
060446408D	Kita In den Bachgärten - Neue Küche	0531010	B 3	-50.000	F	0	0	0		-50.000	0	0	
060446408Z	Kita In den Bachgärten - Landesförderung Küchenbau	3641010		25.000	*	0	0	0		25.000	0	0	
060446409C	Kita Kohlseestraße - Erneuerung Sanitärbereich	0531010	B 3	-150.000	F	0	-150.000	0		0	0	0	
060446410C	Kita Lengfeldstraße - Erweiterung (1 Gruppe)	0531010	B 3	-850.000	F	-700.000	-150.000	0		0	0	0	
060446410Y	Kita Lengfeldstraße - Zuschuss Ausbau Betreuungsplätze	3641010		234.045		234.045	0	0		0	0	0	
060446411C	Kita Liebigstraße - bauliche Veränderungen (Planungsrate)	0531010	B 3	?	F	0	0	-150.000	-100.000	-100.000	?	?	
060446413C	Kita Sachsenweg 8 - Abbruch Pavillon (1 Gruppe) neuer Anbau zwei Gruppen	0531010	B 3	-2.900.000	F	-120.000	-300.000	-1.700.000	-500.000	-780.000	0	0	
060446413Z	Kita Sachsenweg 8 - Landeszuschuss neuer Anbau zwei Gruppen	3641010		250.000	F	25.000	44.220	?					
060446413D	Kita Sachsenweg 8 - Außenanlage	0561010	B 14	-196.000	F	-11.000	-185.000	0		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
060446415D	Kita Zamenhofstraße - Neue Küche	0531010	B 3	-50.000	F	0	-50.000	0		0	0	0	
060446415Y	Kita Zamenhofstraße - Landeszuweisung Küchenneubau	3641010		25.000	*	0	25.000	0		0	0	0	
060446420E	Kita Ahornallee 8 - Ersatzbeschaffung Außenanlagen	0561010	B 14	-40.000	F	-35.000	-5.000	0		0	0	0	
060446430A	Kita Hessenring 70 - Neubau Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	0	-100.000	-200.000	-200.000	?	?	
060446431A	Kita Hans-Sachs-Straße - Neubau	0531010	B 3	-6.700.000	F	-2.100.000	-4.600.000	0		0	0	0	
060446431Z	Kita Hans-Sachs-Straße - Fördermittel	3641010		1.500.000	*	0	1.500.000	0		0	0	0	
060446432A	Kita Masurenweg - Erstausstattung	0531010	B 3	-127.500	F	0	0	-127.500		0	0	0	
060446433A	Kita Amselstraße - Neubau - Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	0	0	-300.000	-400.000	?	?	
060446434A	Kita Georg-Jung-Straße - Neubau (früheres SC-Opel-Gelände)	0531010	B 3	-6.400.000	F	-1.700.000	-4.700.000	0		0	0	0	
060446434Z	Kita Georg-Jung-Straße - Neubau Fördermittel	3641010		1.497.500	*	300.000	1.197.500	0		0	0	0	
060446435A	Kita Varkausstraße - Neubau - Planungskosten	0531010	B 3	?	F	0	-100.000	0		0	?	?	
060446435B	Kita Varkausstraße - Verlagerung Bolzplatz	0531010	B 3	-1.175.000	F	0	-150.000	?					
060446438A	Kita Paul-Hessemer-Straße Neubau	0531010	B 3		F	0	0	0	-100.000	-100.000	?	?	
060446439A	Kita "Eselswiese" - Neubau	0531010	B 3			0	0	0		-50.000	?	?	
06044649AA	Kindertagesstätten (freie Träger) - Zuschuss für baul. Maßnahmen	0358010	B 3	*	F	*	-350.000	-330.000		-50.000	-50.000	-50.000	
070151000A	GPR gGmbH, Darlehen	1250010				0	0	-6.000.000		0	0	0	
08015610AW	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Laufbahn Eintracht Rüssels.	0533010		-250.000	*	0	-30.000	-220.000		0	0	0	
08015610AX	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Laufbahn	0533010		-350.000	*	0	-30.000	-320.000		0	0	0	
08015610ZC	Stadion/Außensportanlagen - Zuschuss Land Sanierung Laufbahn	3641010		50.000	*	0	50.000	50.000 +		0	0	0	
08015610AY	Stadion/Außensportanlagen - Leistungszentrum Hockey - Planungsk.	0533010		?	*	0	-15.000	0		0	0	0	
08015610AZ	Stadion/Außensportanlagen - Errichtung Skaterbahn Bauschheim (Pl	0533010		?	*	0	-15.000	0		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
08015610BA	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Rasenfläche	0533010		-250.000		0	-30.000	-220.000		0	0	0	
08015610ZD	Stadion/Außensportanlagen - Zuschuss Land Sanierung Rasenfläche	3641010		50.000	*	0	50.000	50.000 +		0	0	0	
08015610BB	Stadion/Außensportanlagen - Sanierung Hockeyplatz	0533010		?		0	-250.000	0		0	0	0	
08015610BC	Stadion/Außensportanlagen - Ballfangzaun Hockeyplatz	0533010		-50.000		0	-50.000	0		0	0	0	
08015610BD	Stadion/Außensportanlagen - Lagercontainer Skatplatz	0533010			G	0	0	0		-50.000	0	0	
08015610BE	Erweiterung des Trimm-Dich-Pfades in Bauschheim Planungskosten	0533010		?	G	0	0	-50.000		0	0	0	
08015610BF	Austausch der Sitzschalen im Stadion	0533010		-30.000	G	0	0	-30.000		0	0	0	
08015610BG	Erneuerung der Beregnungssteuerung	0533010		-25.000	G	0	0	-25.000		0	0	0	
08015700AI	Sportbad - Errichtung von Stellplätzen für Fahrräder und Dienstfahrze	0561010		-20.000		0	-20.000	0		0	0	0	
08015720AD	Waldschwimmbad - Neubau Spielschiff	0551510		-100.000	G	0	0	-100.000		0	0	0	
09014609AA	Kinderspielplätze - Um- und Ausbauten	0623010		*	*	*	-70.000	-70.000		-70.000	-70.000	-70.000	
09014609AE	Kinderspielplätze - grundhafte Erneuerungen	0623010		*	*	*	-960.000	-400.000		?	?	?	
09016151AK	Attraktivitätssteig. Innenstadt - Möblierung Innenstadt	0629010		*	*	*	-10.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
10018820AA	Unbebautes Grundvermögen - Ankauf von Grundstücken	0502010	B 11	*	*	*	-500.000	-700.000		-500.000	-500.000	-500.000	
10018820VA	Unbebautes Grundvermögen - Verkaufserlöse Grundstücke	0509020		*	*	*	0	0		0	0	0	
10018821AA	Bebautes Grundvermögen - Ankauf von Grundstücken	0510110	B 11	*	*	*	-6.000.000	-5.000.000		-4.000.000	-4.000.000	-4.000.000	
10018821AB	Bebautes Grundvermögen - Um-, Aus- und Neubauten	0591010		*	*	*	0	0		-50.000	-50.000	0	
10018821AE	Bebautes Grundvermögen - San. Waage Königstädten	0770010		*	*	*	0	-50.000		0	0	0	
11017000AH	Abwasserbes. - Kanalsanierung W.-Flex-Str.- 3. BA	0656010	B 7	-1.150.000	B	-58.500	-241.500	-250.000		-600.000	0	0	
11017000AJ	Abwasserbes. - Kanalsanierung W.-Flex-Str.- 4.-8. BA	0656010	B 7	-5.000.000	B	0	0	0		-400.000	-900.000	-900.000	-2.800.000
11017000CG	Abwasserbes. - Astheimer Straße 1.-3. BA	0656010	B 7	-1.550.000	B	-100.000	0	-250.000		-600.000	-600.000	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
11017000CL	Abwasserbes. - Neubau Pumpstation an der Lache	0656010	B 7	-1.355.000	B	-55.000	-100.000	0		-200.000	-1.000.000	0	
11017000CV	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 9. BA	0656010	B7	-900.000	B	0	-200.000	-700.000		0	0	0	
11017000DF	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 10. BA	0656010	B7	-880.000	B	0	0	-180.000		-700.000	0	0	
11017000DD	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 11.-13. BA	0656010	B7	-2.500.000	B	0	0	0		-200.000	-900.000	-1.400.000	
11017000CX	Abwasserbes. - Kanalsanierung Im Ramsee 8. BA	0656010	B7	-770.000	B	-40.000	-730.000	0		0	0	0	
11017000CY	Abwasserbes. - Altstadt West / Blauer See 1 / Böllensee Inliner	0656010	B7	-500.000	B	0	-500.000	0		0	0	0	
11017000CZ	Abwasserbes. - Einbau Schieberschächte Horlachebecken 9	0656010	B7	-150.000	B	0	-150.000	0		0	0	0	
11017000DB	Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßnahmen im Stadtgebiet	0656010	B7	*	B	0	0	0		-500.000	-500.000	-500.000	
11017000DC	Abwasserbes. - Kleine Löwenstraße	0656010	B7	-60.000	B	0	-60.000	0		0	0	0	
11017000DE	Abwasserbes. - Haßloch Nord Inlinersanierung	0656010	B7	-500.000	B	0	-500.000	0		0	0	0	
11017000DG	Abwasserbes. - Weitere Inlinermaßnahmen Dicker Busch II	0656010	B7	-500.000	B	0	0	-500.000		0	0	0	
11017000DH	Abwasserbes. - Sanierung Regenklärbecken Hasensee	0656010	B7	-250.000	B	0	0	-250.000		?	?	?	
11017000DI	Abwasserbes. - Sanierung Elektro- und Maschinentechnik Pumpstatio	0656010	B7	-600.000	B	0	0	-600.000		0	0	0	
11017000DJ	Abwasserbes. - Sanierung Elektrotechnik PST Unterführung Evreuxri	0656010	B7	-100.000	B	0	0	-100.000		0	0	0	
11017000ZA	Abwasserbes. - Abwasserbeiträge	3660210		*	*	*	50.000	50.000		50.000	50.000	50.000	
12016300AB	Gemeindestr. - Behindertengerechter Umbau von Bushaltestellen	0613010	B 8	*	C	*	-1.120.000	-1.300.000		-1.200.000	-1.200.000	-1.200.000	
12016300ZA	Gemeindestr. - Zuschuss GVFG/FAG f. Umbau von Bushaltestellen	3641010		*	*	*	840.000	840.000		840.000	840.000	840.000	
12016300AE	Gemeindestr. - Verkehrsicherungs und Signalanlagen allgem.	0615010	B 8	*	C	*	-300.000	-150.000		-180.000	-180.000	-180.000	
12016300AG	Gemeindestr. - Sanierung der Walter-Flex-Str. 3. BA	0613010	B 8	-1.000.000	C	-4.000	-146.000	-150.000		-700.000	0	0	
12016300EG	Gemeindestr. - Sanierung der Walter-Flex-Str. 4.- 8. BA	0613010	B 8	-4.900.000	C	0	0	0		-300.000	-900.000	-900.000	
12016300AO	Gemeindestr. - Straßenendausbau Gewerbegebiet Blauer See	0613010	B 8	-1.440.900	C	-30.900	0	-660.000		-250.000	-250.000	-250.000	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
12016300CD	Gemeindestr. - Straßenneubau Steinkaute Endausbau	0613010	B 8	-730.000	C	-700.000	0	0		0	-30.000	0	
12016300ZQ	Gemeindestr. - Bundeszuweisung GVFG Ausbau Adam-Opel-Str.	3640110		*	*	648.200	0	0		0	0	0	
12016300CJ	Gemeindestr. - Umgestaltung von Straßenbegleitgrün	0623010		*	*	*	-150.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000	
12016300CQ	Gemeindestr. - Straßensanierung Astheimer Straße 1. - 3. BA	0613010	B8	-1.560.000	C	-110.000	0	-250.000		-600.000	-600.000	0	
12016300CU	Gemeindestr. - Straßensanierung im Gebiet Im Ramsee 7. BA	0613010	B8	-780.000	C	-380.000	-400.000	0		0	0	0	
12016300CV	Gemeindestr. - Lückenschluss Bauscheim Nord/West Endausbau	0613010	B 8	-340.000	C	-300.000	0	0		0	-40.000	0	
12016300CZ	Gemeindestr. - Sanierung Faulbruchstraße	0613010	B 8	-560.000	C	-60.000	0	0		0	-500.000	0	
12016300DB	Gemeindestr. - Einkaufszentrum Königstädten	0613010	B 8	-600.000	C	-260.500	-339.500	0		0	0	0	
12016300DC	Gemeindestr. - Umbau Knoten Kurt-Schumacher-Ring	0613010	B 8	-556.000	C	-56.000	0	-500.000		0	0	0	
12016300DD	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung UF Friedensstr. (Stützwände)	0613010	B 8	-3.850.000	C	-1.450.000	-1.900.000	-500.000		0	0	0	
12016300DE	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung UF Friedensstr. (Fahrbahn)	0613010	B 8	-370.000	C	-170.000	-200.000	0		0	0	0	
12016300DF	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Alzeyer Straße Planungsko	0613010	B 8	-149.000	C	-9.000	-140.000	0		0	0	0	
12016300DG	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Oppenheimer Straße	0613010	B 8	-1.800.000	C	0	0	0		-300.000	-1.500.000	0	
12016300DJ	Gemeindestr. - Erw. Hans-Böckler-Str. (Nachtweide) Endausbau	0613010	B 8	-145.000	C	-105.000	0	0		0	-40.000	0	
12016300DN	Gemeindestr. - Sanierung Friedhofstr. 3. BA	0613010	B 8	-700.000	C	-500.000	-200.000	0		0	0	0	
12016300DS	Gemeindestr. - Umgestaltung Kurt-Schumacher-Ring Verkehrkonzept	0613010	B 8	-150.000	C	-50.000	-50.000	0		-50.000	0	0	
12016300DT	Gemeindestr. - Umgestaltung Knotenpunkt Bensheimer Str./ Konrad-Adenauer-Ring	0613010	B 8	-1.550.000	C	-50.000	0	0		0	0	-1.500.000	
12016300DU	Gemeindestr. - Gehwegumbau	0613010	B 8	*	C	-250.000	-100.000	-100.000		-300.000	-300.000	-300.000	
12016300DW	Gemeindestr. - Anbindung Neubau KITA Varkausstraße an die B 486	0613010	B 8	-360.000	C	-160.000	-200.000	0		0	0	0	
12016300DX	Gemeindestr. - Gehwegumbau im Zuge von Baumaßnahmen von Versorgern	0613010	B 8	*	C	*	-187.500	-140.000		-170.000	0	0	
12016300EA	Gemeindestr. - Neubau von Fahrradabstellanlagen	0619010		-705.000	*	-185.000	-120.000	-100.000		-100.000	-100.000	-100.000	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
12016300ZE	Gemeindestr. - Zusch. KlimaSchutzInitiative Fahrradabstellanlagen	3640110		300.000	*	140.000	70.000	50.000		50.000	50.000	50.000	
12016300EB	Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 9. BA	0613010	B 8	-900.000	C	0	-200.000	-700.000		0	0	0	
12016300EL	Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 11.-13. BA	0613010	B 8	-2.500.000	C	0	0	0		0	-200.000	-900.000	-1.400.000
12016300EU	Gemeindestr. - Straßensanierung Im Ramsee 10. BA	0613010	B 8	-880.000	C	0	0	-180.000		-700.000	0	0	
12016300EM	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Graben- und Joh.-Seb.	0613010	B 8	-100.000	C	0	-100.000	0		0	0	0	
12016300EC	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung ÜF Mainzer Straße (BW27)	0613010	B 8	-340.000	C	0	0	-40.000		-300.000	0	0	
12016300ED	Gemeindestr. - Umgestaltung Kleine Löwenstraße	0613010	B 8	-640.000	C	0	-140.000	0		-950.000	0	0	
12016300EF	Gemeindestr. - Radweg Oppenheimer Straße	0613010	B 8	-1.350.000	C	-350.000	-150.000	-100.000		-400.000	0	0	
12016300XB	Gemeindestr. - Zuweisung Bund/LandRadweg Oppenheimer Straße	3640110/ 3641010		610.000		0	100.000	70.000		280.000	0	0	
12016300EH	Gemeindestr. - Straßensanierung im Gebiet "Im Ramsee" 8. BA	0613010	B 8	-820.000	C	-40.000	-780.000	0		0	0	0	
12016300EJ	Gemeindestr. - Umbau Knotenpunkt inkl. LSA an der L3040	0613010	B 8	-450.000	C	-50.000	-250.000	-150.000		0	0	0	
12016300EK	Gemeindestr. - Umsetzung Radverkehrskonzept (RVK)	0613010	B 8	-1.800.000	C	0	-600.000	-300.000		-300.000	-300.000	-300.000	
12016300XC	Gemeindestr. - Förderung der Maßnahmen aus dem RVK	3641010	B 8	900.000	C	0	300.000	150.000		150.000	150.000	150.000	
12016300EN	Gemeindestr. - Einrichtung von Mobilitätsstationen und Sharingangeboten	0613010	B 8		C	0	0	-30.000		-100.000	-100.000	-100.000	
12016300EO	Gemeindestr. - Grundh. San. Treppenanlage Graben- und Joh.-Seb.-Str. im Zuge Sanierung durch Hessen Mobil	0613010	B 8		C	0	0	-40.000		0	0	0	
12016300EP	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Schillerstraße	0613010	B 8		C	0	0	-150.000		-100.000	0	0	
12016300EQ	Gemeindestr. - Grundhafte Sanierung Friedrich-Ebert-Straße zw. Hans-Sachs- und Bernhard-Adelung-Str.	0613010	B 8		C	0	0	0		-280.000	0	0	
12016300ER	Gemeindestr. - Umgestaltung der Gehwege Moritz-von-Schwind- und Hans-Thoma-Str.	0613010	B 8		C	0	0	-200.000		0	0	0	
12016300ES	Gemeindestr. - Sanierung Treppenanlage UF Königstädter Straße	0613010	B 8		C	0	0	0		-100.000	0	0	
12016300ET	Gemeindestr. - Erweiterung Kommunale Verkehrssysteme	0613010	B 8		C	0	0	0		-130.000	-30.000	0	
12016300EW	Gemeindestr. - Grundh. San. Fußgängerunterführung DB	0613010	B 8		C	0	0	-450.000		0	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
12016300EX	Gemeindestr. - Erneuerung Zaunanlage Elisabethen Str.	0613010	B 8		C	0	0	-100.000		0	0	0	
12016300ZC	Gemeindestr. - Erschließungsbeiträge	3660110		*	*	*	100.000	100.000		100.000	100.000	100.000	
12016300ZD	Gemeindestr. - Ablösebeitrag Stellplatzsatzung	3690210		*	*	*	10.000	10.000		10.000	10.000	10.000	
12016700AA	Straßenbeleuchtung	0613010		*	*	*	-70.420	-570.000		-80.000	-90.000	0	
12046800AA	Parkeinrichtungen - Parkscheinautomaten	0613010		*	*	*	-270.000	-270.000		-100.000	-100.000	-100.000	
12046801AB	P&R Anlage Grabenstraße - Erneuerung Zufahrtssystem	0551010			G	0	0	0		0	0	0	
12046802AA	Tiefgarage Löwenplatz - Brandschutz/Lüftung/GLT/Sprinkler	0551010		?	*	-450.000	-350.000	-350.000	-300.000	-300.000	?	?	
12046803AA	Parkhaus An der Festung - Sanierung Planungskosten	0551010		?	*	-50.000	-100.000	-300.000	-200.000	-200.000	?	?	
13015800AE	Park- und Gartenanlagen - Umgestaltung von Grünflächen	0623010		*	*	*	-160.000	-120.000		-120.000	-120.000	-120.000	
13015800AF	Park- und Gartenanlagen - Grundhafte Erneuerung von Wegen	0623010		*	*	*	-130.000	-120.000		-120.000	-120.000	-120.000	
13015800AH	Park- und Gartenanlagen - Umgestaltung Danziger Anlage	0623010		-500.000	*	0	-450.000	-50.000		0	0	0	
13015800AI	Park- und Gartenanlagen - Neugestaltung Vorfeld Opelvillen	0621110	B 13	-2.250.000	*	-950.000	-770.000	-530.000		0	0	0	
13015800AJ	Park- und Gartenanlagen - Entschlammung Ostpark Weier	0623010		-720.000	*	0	-50.000	-670.000		0	0	0	
13015800AK	Park- und Gartenanlagen - Maß. Labeling Stadtgrün Naturnah	0623010		-240.000	*	0	-120.000	-120.000		0	0	0	
13015800AL	Park- und Gartenanlagen - Sanierung Musikpavillon	0621110			G	0	0	0		-100.000	0	0	
13015800AM	Aufwertung und Renaturierung Bolzplätze Paul-Hessemer-Straße Pla	0623010			G	0	0	0		-290.000	0	0	
13037500AA	Bestattungswesen - Erweiterung von Grabfeldern	0624010	B 9	*	*	*	-15.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
13037500AC	Bestattungswesen - Erweiterung von Urnenwänden	0624010	B 9	*	*	*	-200.000	-50.000		-50.000	-50.000	-50.000	
13037500AG	Bestattungswesen - Ankauf von Bäumen	0623010		*	*	*	-20.000	-10.000		-10.000	-10.000	-10.000	
13037500AN	Bestattungswesen - Ersatzbeschaffung Parkbänke	0624010	B 9	*	*	*	-2.500	-2.500		-2.500	-2.500	-2.500	
13037500AO	Bestattungswesen - Waldfriedhof Trauerhalle grundh. Sanierung	0537010	B 9	-300.000	G	0	0	-200.000	-100.000	-100.000	0	0	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
13041200AH	Natur- und Umweltschutz - E-Mobilität Projekt CLEVER	0770010		-10.000.000	D	-8.745.000	-1.255.000	0		0	0	0	
13041200ZC	Natur- und Umweltschutz - Fördermittel E-Mobilität Projekt CLEVER	3640110		9.000.000	*	9.000.000	0	0		0	0	0	
13041200AI	Natur- und Umweltschutz - Maßnahmen Baumschutzsatzung	0623010		*	*	*	-21.000	-21.000		-21.000	-21.000	-21.000	
13041200ZB	Natur- und Umweltschutz - Ausgleich Baumschutzsatzung	3690551		*	*	*	5.000	5.000		5.000	5.000	5.000	
13057830AA	Feld- und Wirtschaftswege - Um-, Aus- und Neub. von Feldwegen	0614010		*	*	*	-37.250	-20.000		-20.000	-20.000	-20.000	
13057830ZA	Feld- und Wirtschaftswege - Zuschuss Jagdgenossenschaft	3637010		*	*	*	1.650	1.650		1.650	1.650	1.650	
15023550AC	Kultur- und Bildungszentrum -grundhafte Sanierung Betonbrüstung	0541010		-200.000	G	0	0	0		-200.000	0	0	
15025910AD	Regionalpark Rhein-Main - Zuweisung an die Regionalpark GmbH	0355010		*	A	*	-13.500	-13.500		-13.500	-13.500	-13.500	
15027600AA	Stadthalle - grundhafte Sanierung	0539010			G	0	-150.000	-250.000	-300.000	-300.000	0	0	
16019000ZE	Steuern - allg.Zuweis und Umlagen - Regionalfonds	3641010		*	*	*	200.000	200.000		200.000	200.000	200.000	
16029110ZA	Kredite - Kreditaufnahme beim Land (Schulbaupauschaldarlehen)	4201010		*	*	*	600.000	500.000		500.000	500.000	500.000	
16029110ZB	Kredite - Kreditaufnahme auf dem Kreditmarkt	4206010		*	*	*	69.575.950	50.298.200		40.751.185	25.311.630	17.732.230	
EDV	Neu- und Ersatzbeschaffung von EDV-Organisationsmitteln	0852010		*	*	*	-1.507.200	-1.639.290		-1.500.000	-1.500.000	-1.500.000	
INV	Inventar	0860010		*	*		-505.120	-661.400		-500.000	-500.000	-500.000	
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter	0893510		*	*	*	-1.149.550	-1.413.350		-1.200.000	-1.200.000	-1.200.000	

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR	Nachrichtlich: Finanzbedarf ab 2028ff EUR
						Gesamtsumme Verpflichtungsermächtigungen:			-8.540.000				
	Gesamtsummen:					**Einzahlungen:**	**77.850.590**	**57.069.840**		**43.986.000**	**27.745.000**	**20.170.000**	
						davon:							
						Einzahlungen für Investitionen	7.674.640	6.271.640		2.734.815	1.933.370	1.937.770	
						darunter:							
						Wiederholungsveranschlagungen	693.900	100.000					
						Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	70.175.950	50.798.200		41.251.185	25.811.630	18.232.230	
						Auszahlungen:	**-77.850.590**	**-57.069.840**		**-43.986.000**	**-27.745.000**	**-20.170.000**	
						davon:							
						Auszahlungen für Investitionen	-77.850.590	-57.069.840		-43.986.000	-27.745.000	-20.170.000	
						darunter:							
						Wiederholungsveranschlagungen	-365.000	-75.000					

Nachrichtlich: Tilgungen

Investitions-nummer	Bezeichnung	Sachkonto	Bud-get	Gesamt ausgabe-bedarf EUR	Investitions-bereich	Bis Ende 2022 bereitgestellt EUR	Ansatz 2023 EUR	Ansatz 2024 EUR	VE EUR	Finanzplan 2025 EUR	Finanzplan 2026 EUR	Finanzplan 2027 EUR
16029120TA	Tilgung langfristige Kredite, Land	4201020	B 10	*	T	*	-1.200.000	-1.100.000		-1.050.000	-1.020.000	-1.010.000
16029120TC	Tilgung langfristige Kredite, Kreditmarkt	4206020	B 10	*	T	*	-9.800.000	-10.200.000		-10.870.000	-11.650.000	-12.400.000
16029120TD	Tilgung langfristige Kredite Land Sonderinvestitionsprogramm	4201020	B 10	*	T	*	-79.000 [1)]	-79.000 [1)]		-79.000 [1)]	-79.000 [1)]	-79.000 [1)]
16029120TE	Tilgung im Rahmen der Sonderzahlung Hessenkasse	4201020	B 10	*	T	*	-1.575.750	-1.575.750		-1.575.750	-1.575.750	-1.575.750
16029120TF	Tilgung KIP I	4201020	B 10	*	T	*	-57.000 [2)]	-57.000 [2)]		-57.000 [2)]	-57.000 [2)]	-57.000 [2)]
16029120TG	Tilgung KIP II	4201020	B 10	*	T	*	-60.000 [3)]	-60.000 [3)]		-60.000 [3)]	-60.000 [3)]	-60.000 [3)]
16029120TH	Tilgung Digitalpakt	4201020	B 10	*	T	*	0	-56.000 [4)]		-56.000 [4)]	-56.000 [4)]	-56.000 [4)]
	Gesamtsummen:						**-12.771.750**	**-13.127.750**		**-13.747.750**	**-14.497.750**	**-15.237.750**

+ Wiederholungsveranschlagung
1) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 400.000 € Tilgungsleistung sowie 321.000 € Tilgungsübernahme durch das Land
2) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 104.000 € Tilgungsleistung sowie 47.000 € Tilgungsübernahme durch das Land
3) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 84.000 € Tilgungsleistung sowie 24.000 € Tilgungsübernahme durch das Land
4) Der veranschlagte Wert ergibt sich aus der Saldierung von 112.000 € Tilgungsleistung sowie 56.000 € Tilgungsübernahme durch das Land

* Die Angabe eines Wertes ist nicht sinnvoll.

Aufteilung der Investitionsnummer INV (Inventar)

Kostenstelle	Investitions-nummer	Sachkonto	Organisations-einheit	Haushaltsansatz 2024 EUR
010100030	INV	0860010	Magistrat	-5.000
010102050	INV	0860010	Verwaltungssteuerung und -organisation	-25.000
010102100	INV	0860010	Personalwesen	-5.000
010102520	INV	0860010	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	-1.500
020211500	INV	0860010	Ordnungsangelegenheiten	-2.000
020211520	INV	0860010	Ausländerangelegenheiten	-50.000
020313000	INV	0860010	Amt für Brandschutz	-235.000
040132100	INV	0860010	Stadtmuseum	-26.000
040132110	INV	0860010	Stadtarchiv	-20.000
050243100	INV	0860010	Haus der Senioren	-8.000
060040730	INV	0860010	Verwaltung Jugendförderung	-50.000
060245120	INV	0860010	Kinder- und Jugenderholung	-2.700
060245150	INV	0860010	Streetwork/sonst. Jugendarbeit	-42.000
060446400	INV	0860010	Kindertagesstätten allgemein	-50.000
060546010	INV	0860010	Freizeithaus Dicker Busch	-2.800
060546030	INV	0860010	Jugendtreff	-3.500
080055000	INV	0860010	Strateg. Sportentw., Projekte/Veranstalt., ..	-7.500
080156100	INV	0860010	Stadion und Außensportanlagen	-12.000 [1)]
080156200	INV	0860010	Großsporthalle Rüsselsheim	-43.000 [2)]
080157000	INV	0860010	Schwimmbad an der Lache	-6.000
080157200	INV	0860010	Waldschwimmbad	-16.000 [3)]
090161000	INV	0860010	Stadtplanung	-5.000
100161300	INV	0860010	Bauaufsicht	-1.400
110060200	INV	0860010	Tiefbauamt	-20.000
130158000	INV	0860010	Park- und Gartenanlagen	-10.000
130412000	INV	0860010	Natur- und Umweltschutz	-12.000
			Gesamtsumme:	**-661.400**

1) Spielzeitenanzeige Hockey (7.000); Fußballtore (3.000); INV allgem. (2.000)
2) Turnboden (18.000); Spielanzeige (7.000); Vorhang (10.000); INV allg. (8.000)
3) Tretboot (4.000); Müllkran (10.000); INV allg. (2.000)

Aufteilung der Investitionsnummer EDV (Hardware, Software)

Kostenstelle	Investitions-nummer	Sachkonto	Organisations-einheit	Haushaltsansatz 2024 EUR
010100030	EDV	0852010	Magistrat	
010101000	EDV	0852010	Rechnungsprüfungsamt	-2.960
010102000	EDV	0852010	EDV-Dienstleistungen	-1.254.650
010102010	EDV	0852010	E-Government	-2.000
010102100	EDV	0852010	Personalwesen	-1.480
010102450	EDV	0852010	Stadtmarketing	-3.700
010103200	EDV	0852010	Stadtkasse	-7.400
010160050	EDV	0852010	Gebäudewirtschaft	-11.450
020211500	EDV	0852010	Ordnungsangelegenheiten	-1.480
020211520	EDV	0852010	Ausländerangelegenheiten	-40.000
020313000	EDV	0852010	Brandschutz	-13.080
030020000	EDV	0852010	Schulverwaltung	-9.810
040030000	EDV	0852010	Kultursteuerung	-2.960
040132100	EDV	0852010	Stadtmuseum	-7.250
040132110	EDV	0852010	Stadtarchiv	-4.710
060040720	EDV	0852010	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-21.290
060446400	EDV	0852010	Kita Allgemein	-14.000
060446432	EDV	0852010	Kita Masurenweg	-12.950
080055000	EDV	0852010	Sport	-1.500
080156200	EDV	0852010	Großsporthalle Rüsselsheim	-1.430
080157000	EDV	0852010	Schwimmbad an der Lache	-25.000
110060200	EDV	0852010	Tiefbauamt	-6.660
130158000	EDV	0852010	Park- und Gartenanlagen	-7.750
130375000	EDV	0852010	Bestattungswesen	-5.310
130412000	EDV	0852010	Natur- und Umweltschutz	-5.920
150173000	EDV	0852010	Marktwesen	-2.200
150179100	EDV	0852010	Wirtschaftsförderung	-2.960
010102000	EDV	0242010	EDV-Dienstleistungen	-44.820
010102100	EDV	0242010	Personalwesen	-30.000
010103200	EDV	0242010	Stadtkasse	-4.860
010160050	EDV	0242010	Gebäudewirtschaft	-20.000
030020000	EDV	0242010	Schulverwaltung	-2.400
040132100	EDV	0242010	Stadtmuseum	-2.260
060040710	EDV	0242010	Verwalt. Soz. Dienste u. fin. Hilfen	-21.450
060040720	EDV	0242010	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-2.400
080055000	EDV	0242010	Sport	-24.000
090161000	EDV	0242010	Stadtplanung	-9.050
100161300	EDV	0242010	Bauaufsicht	-5.000
130158000	EDV	0242010	Park- und Gartenanlagen	-3.150
			Gesamtsumme:	**-1.639.290**

Aufteilung der Ansätze GWG 2024

Kostenstelle	Investitions-nummer	Sachkonto	Organisations-einheit	Haushaltsansatz 2024 EUR
010100030	GWG EDV 2024	0894210	Magistrat	-3.060
010102000	GWG EDV 2024	0894210	EDV-Dienstleistungen	-561.200
010102050	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltungssteuerung u. -organisation	-5.200
010102060	GWG EDV 2024	0894210	Protokoll, Städtepartnerschaften	-2.320
010102110	GWG EDV 2024	0894210	Aus- und Fortbildung	-22.040
010102450	GWG EDV 2024	0894210	Stadtmarketing	-370
010102520	GWG EDV 2024	0894210	Querschnittsaufgabe Chancengleichheit	-3.060
010103100	GWG EDV 2024	0894210	Stadtkämmerei	-16.305
010103200	GWG EDV 2024	0894210	Stadtkasse	-1.900
010108000	GWG EDV 2024	0894210	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	-2.960
010160050	GWG EDV 2024	0894210	Gebäudewirtschaft	-3.120
020205000	GWG EDV 2024	0894210	Standesamt	-5.290
020211400	GWG EDV 2024	0894210	Ortsgericht	-3.030
020211500	GWG EDV 2024	0894210	Ordnungsangelegenheiten	-6.840
020211510	GWG EDV 2024	0894210	Stadtpolizei	-1.380
020211520	GWG EDV 2024	0894210	Ausländerangelegenheiten	-44.180
020313000	GWG EDV 2024	0894210	Brandschutz	-13.800
030020000	GWG EDV 2024	0894210	Schulverwaltung	-2.250
030020100	GWG EDV 2024	0894210	Schule (allgemein)	-20.880
030729310	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltung - Ganztagsangebote/Schulsozialarbeit	-9.570
030729320	GWG EDV 2024	0894210	Schulsozialarbeit	-16.820
030829330	GWG EDV 2024	0894210	Jugendberufshilfe	-1.600
040030000	GWG EDV 2024	0894210	Kultursteuerung	-740
040132100	GWG EDV 2024	0894210	Stadtmuseum	-2.020
040132110	GWG EDV 2024	0894210	Stadtarchiv	-1.480
050040000	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltung Soziale Leistungen	-1.980
050142000	GWG EDV 2024	0894210	Hilfen für Asylbewerber	-5.120
050243100	GWG EDV 2024	0894210	Haus der Senioren	-2.880
050543500	GWG EDV 2024	0894210	Obdachlosenbehörde	-900
050562000	GWG EDV 2024	0894210	Wohnungswesen	-11.990
060040710	GWG EDV 2024	0894210	Verwalt. Soziale Dienste u. fin. Hilfen	-41.285
060040720	GWG EDV 2024	0894210	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-1.900
060446400	GWG EDV 2024	0894210	Kita Allgemein	-15.640
060446432	GWG EDV 2024	0894210	Kita Masurenweg	-2.750
080055000	GWG EDV 2024	0894210	Sport	-380
080156200	GWG EDV 2024	0894210	Großsporthalle Rüsselsheim	-1.010
090161000	GWG EDV 2024	0894210	Stadtplanung	-10.950
100161300	GWG EDV 2024	0894210	Bauaufsicht	-2.320
110060200	GWG EDV 2024	0894210	Tiefbauamt	-1.480
130158000	GWG EDV 2024	0894210	Park- und Gartenanlagen	-4.460
130412000	GWG EDV 2024	0894210	Natur- und Umweltschutz	-3.600
150173000	GWG EDV 2024	0894210	Marktwesen	-1.530
150179100	GWG EDV 2024	0894210	Wirtschaftsförderung	-740
010101000	GWG 2024	0894110	Rechnungsprüfungsamt	-1.500
010103400	GWG 2024	0894110	Steuerangelegenheiten	-8.800
010108000	GWG 2024	0894110	Einrichtungen für Verwaltungsangehörige	-2.000
010160060	GWG 2024	0894110	Fachbereich Gebäudewirtschaft	-7.000
010160070	GWG 2024	0894110	Fachbereich Gebäudewirtschaft Werkstatt	-5.000
020205000	GWG 2024	0894110	Standesamt	-2.000
020211500	GWG 2024	0894110	Ordnungsangelegenheiten	-3.000
020211510	GWG 2024	0894110	Stadtpolizei	-1.000
020313000	GWG 2024	0894110	Amt für Brandschutz	-130.000

030020000	GWG 2024	0894110	Schulverwaltung	-2.000
030020100	GWG 2024	0894110	Schule allgemein	-80.000
030121100	GWG 2024	0894110	Otto-Hahn-Schule	-2.000
030121110	GWG 2024	0894110	Schillerschule	-2.000
030121120	GWG 2024	0894110	Goetheschule	-2.000
030121130	GWG 2024	0894110	Grundschule Königstädten	-2.000
030121140	GWG 2024	0894110	Albrecht-Dürer-Schule	-2.000
030121150	GWG 2024	0894110	Georg-Büchner-Schule	-2.000
030121170	GWG 2024	0894110	Grundschule Hasengrund	-2.000
030121180	GWG 2024	0894110	Eichgrundschule	-2.000
030121190	GWG 2024	0894110	Grundschule Innenstadt	-2.000
030222510	GWG 2024	0894110	Gerhard-Hauptmann-Schule	-3.000
030323000	GWG 2024	0894110	Max-Planck-Schule	-3.000
030323010	GWG 2024	0894110	Immanuel-Kant-Schule	-3.000
030427000	GWG 2024	0894110	Borngrabenschule	-3.000
030427100	GWG 2024	0894110	Helen-Keller-Schule	-3.000
030528100	GWG 2024	0894110	Alexander-von-Humboldt-Schule	-3.000
030528500	GWG 2024	0894110	Sophie-Opel-Schule	-3.000
030729300	GWG 2024	0894110	Betreuungsschule	-8.500
030729310	GWG 2024	0894110	Verwaltung - Ganztagsangebote/Schulsozialarbeit	-2.000
030729320	GWG 2024	0894110	Schulsozialarbeit	-11.000
030829540	GWG 2024	0894110	Jugendverkehrsschule	-2.500
040132100	GWG 2024	0894110	Stadtmuseum	-3.000
040132110	GWG 2024	0894110	Stadtarchiv	-800
050040000	GWG 2024	0894110	Verwaltung - Soziale Leistungen	-400
050142000	GWG 2024	0894110	Hilfen für Asylbewerber	-8.560
050543500	GWG 2024	0894110	Obdachlosenbehörde	-6.000
050562000	GWG 2024	0894110	Wohnungswesen	-2.400
060040710	GWG 2024	0894110	Verwaltung Soziale Dienste und fin. Hilfen	-25.650
060040720	GWG 2024	0894110	Verwaltung Kindertagesstätten/Horte	-2.000
060040730	GWG 2024	0894110	Verwaltung Jugendförderung	-1.000
060245120	GWG 2024	0894110	Kinder- u. Jugenderholung	-2.700
060245150	GWG 2024	0894110	Streetwork und sonst. Jugendarbeit	-3.000
060446400	GWG 2024	0894110	Kindertagesstätten allgemein	-130.000
060546010	GWG 2024	0894110	Freizeithaus Dicker Busch	-8.750
060546020	GWG 2024	0894110	Jugendtreff HN	-4.000
060546030	GWG 2024	0894110	Jugendtreff Innenstadt	-8.500
060546040	GWG 2024	0894110	Jugendtreff Königstädten	-2.000
060546080	GWG 2024	0894110	Kommunales Jugendbildungswerk	-2.500
060546100	GWG 2024	0894110	Kinder- und Jugendbüro	-1.000
090161000	GWG 2024	0894110	Stadtplanung	-5.000
100161300	GWG 2024	0894110	Bauaufsicht	-1.960
110060200	GWG 2024	0894110	Tiefbauamt	-16.000
130158000	GWG 2024	0894110	Park- und Gartenanlagen	-2.000
130412000	GWG 2024	0894110	Natur- und Umweltschutz	-8.500
			Gesamtsumme:	**-1.413.350**

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-560/21-26 1. Ergänzung	
Datum	23.04.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	11.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Anpassung der Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die angepasste Satzung über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften auf fünf anstatt drei Unterkünfte anzuwenden ist.
2. die damit einhergehend veränderte Kostenstruktur eine Neukalkulation der Unterbringungsgebühr bedingt.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den dritten Nachtrag zur Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften zwecks Refinanzierung der entstehenden Aufwendungen für die Anmietung und den Betrieb der Obdachlosenunterkünfte.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Refinanzierung der Miet- und Betriebskosten der städtischen Obdachlosenunterkünfte durch die Erhebung von Unterbringungsgebühren.

B. Beschlusshistorie

DS-565/21-26: Anpassung der Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) und in Obdachlosenunterkünften

C. Gesetzliche Grundlage

Gemäß §1 des Gesetztes über kommunale Abgaben (KAG) sind die Gemeinden und Landkreise berechtigt, kommunale Abgaben (Steuern, Gebühren, Beiträge) zu erheben, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. Die Gemeinden und Landkreise können als Gegenleistung für die Inanspruchnahme ihrer öffentlichen Einrichtungen Benutzungsgebühren erheben. Die Gebührensätze sind in der Regel so zu bemessen, dass die Kosten der Einrichtung gedeckt werden. Das Gebührenaufkommen soll die Kosten der Einrichtung nicht übersteigen (§ 10 Abs. 1 KAG). Dabei sind die Kosten nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen zu ermitteln (§10 Abs. 2 KAG). Die Gebühr ist nach Art und Umfang der Inanspruchnahme der Einrichtung zu bemessen (§10 Abs. 3 KAG).

Kommunale Abgaben dürfen nur aufgrund einer Satzung erhoben werden (§2 KAG).

Dient die Gebühr der Abgeltung einer Leistung, die die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Dasein sicherstellt (hier: Grundbedürfnis „Wohnen“/Vermeidung von Obdachlosigkeit), ist dies bei der Bemessung der Bedeutung der Leistung zu berücksichtigen. Die Gebühr darf also nicht eine Höhe erreichen, die der einzelne Nutzer aufgrund seines Leistungsvermögens nicht mehr zu zahlen in der Lage ist. Kann eine existenzsichernde Leistung ausschließlich von der staatlichen Gemeinschaft erbracht werden, weil sie das Leistungsvermögen eines Einzelnen übersteigt, können Kosten, die die Allgemeinheit aus dem Sozialstaatsgebot (Art. 20 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) heraus zu tragen oder vorzufinanzieren verpflichtet ist, regelmäßig nicht in voller Höhe auf den einzelnen Hilfebedürftigen umgelegt werden. Dies bedeutet, dass hier eine Staffelung nach sozialen Gesichtspunkten nach § 10 Abs. 4 Satz 1 HessKAG erfolgen muss – und nach §§ 4, 5 der Satzung tatsächlich auch erfolgt (vgl. u.a. VG Schleswig-Holstein, Beschluss vom 07.03.2019, Az.: 4 B 105/18; Brunning § 6 Rn. 489i in Driehaus, KAG, Stand: 22.09.2023).

Angesichts dessen kann die *vollumfängliche* Refinanzierung der Miet- und Betriebskosten der städtischen Obdachlosenunterkünfte durch die Erhebung von Unterbringungsgebühren nicht Ziel der Satzung sein.

D. Hintergrund

Durch die Erhebung von Unterbringungsgebühren sollen sich die städtischen Obdachlosenunterkünfte bei einer Auslastung ab 80% refinanzieren. Zu diesem Zweck wird im Rahmen der Drucksache DS-565/21-26 (siehe Punkt B – Beschlusshistorie) die Anpassung der Satzung über die Erhebung von Gebühren nach dem Landesaufnahmegesetz und in Obdachlosenunterkünften mittels zweitem Nachtrag voraussichtlich in der Sitzung der Stadtverordneten am 25.04.2024 beschlossen. Der zweite Nachtrag zur Satzung sieht Unterbringungsgebühren i.H.v. 275 € je Person und Monat vor und findet zum Zeitpunkt des voraussichtlichen Beschlusses in fünf Obdachlosenunterkünften Anwendung. Zudem wurde im Rahmen des zweiten Nachtrags der Verweis auf das Landesaufnahmegesetz im Titel der Satzung gestrichen.

E. Problem

Durch die kurzfristige Anmietung von zwei weiteren Obdachlosenunterkünften zum 01. März und 1. April 2024 findet die Satzung über die Erhebung von Gebühren in fünf anstelle von drei Obdachlosenunterkünften Anwendung. Die zwei neu hinzugekommenen Unterkünfte ändern die Kostenstruktur bestehend aus Miet- und Betriebskosten und folglich die Höhe der zu erhebenden Unterbringungsgebühr erheblich, so dass diese neu kalkuliert werden muss.

F. Lösung

Zur Refinanzierung der Miet- und Mietnebenkosten aller fünf Unterkünfte bei einer angenommenen Auslastung von 80% wird die noch zu beschließende Satzung über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften hinsichtlich der zu erhebenden Nutzungsgebühren per drittem Nachtrag aktualisiert.

Die Unterbringungsgebühr muss im Zuge der Neukalkulation auf Grundlage der Miet- und Mietnebenkosten bei Neuanmietung bzw. der Betriebskosten der städtischen Obdachlosenunterkunft bezogen auf das Haushaltsjahr 2022 von aktuell 275 € auf 328 € je Person und Monat erhöht werden (§ 3 Abs. 2 der Satzung). Die Unterbringungsgebühr im Rahmen der Härtefallregelung (§5 der Satzung) wird von 200 € auf 250 € je Person erhöht.

Die Unterbringungsgebühren liegen damit ab einer Haushaltsgröße von 3 Personen über den im Rahmen der SGB II und SGB XII Leistungen getragenen Kosten der Unterkunft (KDU).

Differenz der Unterbringungsgebühr zur Angemessenheitsgrenze (KDU) in Abhängigkeit zur Haushaltsgröße			
Haushaltsgröße	**Unterbringungsgebühr bei 80% Auslastung (bruttokalt)**	**KDU - Angemessenheitsgrenze (bruttokalt)**	**Differenz**
1-Person	328 €	572 €	+244 €
2-Personen	656 €	720 €	+64 €
3-Personen	868 €*	868 €	0 €
4-Personen	1.158 €*	1.158 €	0 €
5-Personen	1.555 €*	1.555 €	0 €
6-Personen	1.743 €*	1.743 €	0 €

Abb. 1: Vergleich KDU mit Unterbringungsgebühren
*: Deckelung der Unterbringungsgebühr auf die KDU – Angemessenheitsgrenze, Erläuterung siehe Punkt F

Aufgrund der rechtlichen Vorgabe, das finanzielle Leistungsvermögen der hilfebedürftigen Person(en) nicht zu überschreiten (siehe Punkt E - Gesetzliche Grundlagen), ist die Unterbringungsgebühr gegebenenfalls so zu reduzieren, dass der untergebrachten Person bzw. Bedarfsgemeinschaft der aktuell geltende Regelsatz zur Sicherung des Lebensunterhaltes gemäß SGB II/SGB XII nach Abzug der Unterbringungsgebühr verbleibt. Eine entsprechende Regelung findet sich in den §§ 4 und 5 der Satzung über die Erhebung von Unterbringungsgebühren in Obdachlosenunterkünften. Die Unterbringungsgebühr für Bedarfsgemeinschaften ab 3 Personen wird infolgedessen auf die Angemessenheitsgrenze für die Kosten der Unterkunft (KDU) gedeckelt.

G. Kosten

Durch die Aktualisierung der Gebührensatzung per drittem Nachtrag entstehen keine Folgekosten im städtischen Haushalt. Etwaige Fehlbeträge durch der Deckelung der Unterbringungsgebühr auf die KDU Angemessenheitsgrenze können im Vorfeld nicht seriös beziffert werden.

Kalkulatorisch entstehen Mehreinnahmen in Höhe 155.790 € bei einer 80%igen Auslastung der Unterkünfte im Haushaltsjahr 2024. Diese entsprechen den höheren Mietaufwendungen für die zwei neu hinzugekommenen Unterkünfte und wurden im Haushalt 2024 im Produkt 050543500 (Obdachlosenhilfe) auf dem Sachkonto 5488150 (Kostenersatzleistungen Obdachlosenunterbringung) im Rahmen der Haushaltsfortschreibung nachgemeldet.

Anlagen:

Anlage 1 Entwurf der Satzung über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften (Lesefassung)
Anlage 2 3. Nachtrag zur Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) und in Obdachlosenunterkünften
Anlage 3 Synopse der Änderungen zur Gebührensatzung
Anlage 4 Gebührenkalkulation

Rüsselsheim am Main, 16.04.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anlage I

Entwurf (Lesefassung)

Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren in Obdachlosenunterkünften

08.04.2024

Auf Grundlage der §§ 5, 16, 17, 30 Nr.5 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der Fassung vom 1.April 2005 (*GVBl. I S.183*), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2015 (*GVBl*. I S. 618), sowie auf der Grundlage des § 15 Abs. 1 der Satzung über die Benutzung von Obdachlosenunterkünften in der Stadt Rüsselsheim am Main und §§ 1, 2, 3, 4, 9 und 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) in der Fassung vom 24. März 2013 (*GVBl. S. 134*), zuletzt geändert durch Art. 6 des Gesetzes vom 20. Dezember 2015 (GVBl. S. 618), hat die Stadt am 17.12.2020 folgende Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Personen nach §§ 11, 6 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) beschlossen:

§ 1 Öffentliche Einrichtung/Gebührenerhebung

(1) Die Stadt Rüsselsheim am Main betreibt als öffentliche Einrichtung Gemeinschaftsunterkünfte und andere Unterkünfte wie Wohnungen und sonstig zweckbestimmte Räume als Obdachlosenunterkünfte zur Unterbringung von Personen auf Grundlage der §§ 11,6 HSOG.

(2) Alle Objekte gemäß § 1 Abs. 1 werden unter dem Oberbegriff Gemeinschaftsunterkünfte zusammengefasst.

(3) Die Stadt Rüsselsheim am Main ist Trägerin der öffentlichen Einrichtung nach § 1 Abs. 1.

(4) Das Nutzungsverhältnis zwischen der Trägerin und der dort aufgenommenen und untergebrachten Person ist öffentlich-rechtlicher Natur und zeitlich begrenzt. Ein Rechtsanspruch auf eine Unterbringung in einer bestimmten Unterkunft oder auf Zuweisung von Räumen bestimmter Art und Größe oder auf Verbleiben in bestimmten Räumlichkeiten besteht nicht. Nach §§ 11,6 HSOG eingewiesene Personen können in gemeinsam zu nutzende Räumlichkeiten zugewiesen bzw. eingewiesen werden.
Das Nutzungsverhältnis kann aufgelöst werden, wenn die untergebrachte Person wiederholt (mindestens zwei Mal) eine zumutbare Wohnung ohne ausreichenden Grund ablehnt.

(5) Die Stadt Rüsselsheim am Main erhebt für die Unterbringung von Personen nach § 1 Abs.1 Unterbringungsgebühren gemäß § 10 KAG.

§2 Gebührenschuld

(1) Gebührenschuldner*in ist die Person, die in einer Unterkunft/Wohnung untergebracht ist (§ 1 Abs. 5). Als Haushaltsvorstand ist sie/er auch Gebührenschuldner*in für weitere Personen, die ihrer/seiner Familie oder in anderer Art und Weise dem Haushalt angehören.

(2) Die Stadt Rüsselsheim am Main als zuständige Trägerin der Objekte setzt die Unterbringungsgebühren durch einen Gebührenbescheid fest. Dieser basiert auf einer Gebührenkalkulation (Anlage). Die Gebührenschuld für einen Kalendermonat entsteht mit seinem Beginn, spätestens aber mit dem Tag der Unterbringung. Der Gebührenbescheid wird fällig mit der Bekanntgabe des Gebührenbescheides, sofern im Gebührenbescheid keine andere Regelung getroffen wird.

(3) Die monatlichen Gebühren sind bis zum 3. Tag eines jeden Monats im Voraus an die Kasse der Stadt Rüsselsheim am Main zu entrichten. Bei Zahlungsverzug erfolgt die Beitreibung der Forderungen nach den Vorschriften des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes.

(4) Die nach Abs. 2 festgesetzten Unterbringungsgebühren bestehen auch bei vorübergehender Nichtnutzung der Unterkunft in vollständiger Höhe.

(5) Das Verlassen der Unterkunft ist der Stadt Rüsselsheim am Main unverzüglich anzuzeigen. Ohne Anzeige erlischt das Nutzungsverhältnis zwei Wochen nach dem Verlassen der Unterkunft und damit die Gebührenschuld.

§3 Höhe der Unterbringungsgebühren

(1) Für die Höhe der Unterbringungsgebühren ist § 10 Abs.2 bis 4 KAG maßgebend, wobei die Gebühren die tatsächlichen mit der Unterbringung verbundenen Kosten nicht überschreiten dürfen. Geboten ist eine Kostenermittlung für das gesamte Satzungsgebiet (§ 1 Abs. 1).

(2) Die Unterbringungsgebühren betragen im Satzungsgebiet für die Gemeinschaftsunterkünfte gemäß § 1 Abs. 1 monatlich 328 € pro Person.

(3) Abweichend von § 3 Abs. 2 beträgt die Nutzungsgebühr für die beiden als Obdachlosenunterkünfte gemäß § 1 Abs. 1 betriebenen Wohnungen in der Rathausstraße 13 für die Wohnung Nr.1 monatlich 653,05 € und für die Wohnung Nr. 2 monatlich 831,16 €.

§4 Gebührenermäßigung und –erhöhung

(1) Die Unterbringungsgebühren ermäßigen sich gegebenenfalls monatlich auf den Betrag, um den das Einkommen einer Person ihren Anspruch auf laufende Leistungen nach den Vorschriften des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGBII) oder des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGBXII) übersteigt.

(2) Im Fall des Abs.1 sind Einkommen nach §§ 11 bis 11 b SGBII oder §§ 82 bis 89 SGB XII zu berücksichtigen.

§ 5 Härtefallregelung

(1) Abweichend vom § 3 Abs.2 dieser Satzung beträgt die Unterbringungsgebühr für Personen mit Arbeitseinkommen und für ihre Ehegatten und Kinder max. 250,00 Euro pro Person und Monat der Unterbringung.

(2) Die Regelung nach § 4 Abs. 1 und 2 der Satzung bleibt unberührt.

§6 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach Ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anlage II

3. Nachtrag zur Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) und in Obdachlosenunterkünften

Artikel 1

§ 3 Abs. 2 der Gebührensatzung wird wie folgt neugefasst:

Die Unterbringungsgebühren betragen im Satzungsgebiet für die Gemeinschaftsunterkünfte gemäß § 1 Abs. 1 monatlich 328 € pro Person.

Artikel 2

§ 5 Abs. 1 der Gebührensatzung wird wie folgt neugefasst:

Abweichend vom § 3 Abs.2 dieser Satzung beträgt die Unterbringungsgebühr für Personen mit Arbeitseinkommen und für ihre Ehegatten und Kinder max. 250,00 Euro pro Person und Monat der Unterbringung.

Artikel 3

Die Änderungen treten am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Rüsselsheim am Main, den

DER MAGISTRAT DER STADT RÜSSELSHEIM AM MAIN

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anlage III - Synopse der Änderungen der seit dem 08. August 2021 geltenden Satzung der Stadt Rüsselsheim am Main über die Erhebung von Gebühren nach dem Landesaufnahmegesetz (LAufnG) und in Obdachlosenunterkünften (folgend Gebührensatzung) und dem noch zu beschließenden 2. Nachtrag zur Gebührensatzung

Gebührensatzung in der voraussichtlich am 25. April 2024 beschlossenen und im Anschluss zu veröffentlichenden Fassung	3. Nachtrag zur Gebührensatzung:
§ 3 Abs. 2	
Die Unterbringungsgebühren betragen im Satzungsgebiet für die Gemeinschaftsunterkünfte gemäß § 1 Abs. 1 und 2 monatlich 275 € pro Person.	Die Unterbringungsgebühren betragen im Satzungsgebiet für die Gemeinschaftsunterkünfte gemäß § 1 Abs. 1 monatlich 328 € pro Person.
§ 5 Abs. 1	
Abweichend vom § 3 Abs.2 dieser Satzung beträgt die Unterbringungsgebühr für Personen mit Arbeitseinkommen und für ihre Ehegatten und Kinder max. 200,00 Euro pro Person und Monat der Unterbringung.	Abweichend vom § 3 Abs.2 dieser Satzung beträgt die Unterbringungsgebühr für Personen mit Arbeitseinkommen und für ihre Ehegatten und Kinder max. 250,00 Euro pro Person und Monat der Unterbringung.

Anlage IV

Kalkulation der Unterbringungsgebühr in Obdachlosenunterkünften

Objekte	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 60 % Auslastung**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 70 % Auslastung**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 80 % Auslastung**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 100 % Auslastung**
Objekt A	5.172,46 €	4.355,76 €	3.761,79 €	3.065,16 €
Objekt B	5.081,73 €	4.234,77 €	3.811,29 €	3.049,04 €
Objekt C	3.108,97 €	2.664,83 €	2.331,72 €	1.865,38 €
Objekt D	8.146,29 €	7.128,00 €	6.336,00 €	5.184,00 €
Objekt E	9.000,00 €	7.363,64 €	6.750,00 €	3.681,82 €
Gesamtsumme	30.509,44 €	25.746,99 €	22.990,81 €	16.845,39 €
Durschnittswert	6.101,89 €	5.149,40 €	4.598,16 €	3.369,08 €
Summe Monat	508,49 €	429,12 €	383,18 €	280,76 €
Summe Monat (Bruttokalt)	**434,32 €**	**366,16 €**	**327,91 €**	**236,37 €**

Anlage IV

Kalkulation der Unterbringungsgebühren **Objekt A**

	Gesamtbetrag pro Jahr (HHJ. 2020)	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 60 % Auslastung (16 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 70 % Auslastung (19 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 80 % Auslastung (22 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 100 % Auslastung (27 Pers.)**
Nettomiete	61.164,00 €	3.822,75 €	3.219,16 €	2.780,18 €	2.265,33 €
Betriebskosten	5.084,40 €	317,78 €	267,60 €	231,11 €	188,31 €
Heizung	6.163,20 €	385,20 €	324,38 €	280,15 €	228,27 €
Wasser	1.733,40 €	108,34 €	91,23 €	78,79 €	64,20 €
Mietnebenkosten	12.981,00 €	811,31 €	683,21 €	590,05 €	480,78 €
Warmmiete	**74.145,00 €**	**4.634,06 €**	**3.902,37 €**	**3.370,23 €**	**2.746,11 €**
Bruttokaltmiete (ohne Heizkosten)	**67.981,80 €**	**4.248,86 €**	**3.577,99 €**	**3.090,08 €**	**2.517,84 €**
Mieter-Bauunterhaltung Kleinreparaturen	526,61 €	32,91 €	27,72 €	23,94 €	19,50 €
Instandhaltung von Einrichtungen und Ausstattungen	1.154,18 €	72,14 €	60,75 €	52,46 €	42,75 €
Fremdreinigung	- €	- €	- €	- €	- €
Zwischensumme 1		**4.739,11 €**	**3.990,83 €**	**3.446,63 €**	**2.808,36 €**
Strom	6.933,60 €	433,35 €	364,93 €	315,16 €	256,80 €
Zwischensumme 2		433,35 €	364,93 €	315,16 €	256,80 €
Gesamtsumme		**5.172,46 €**	**4.355,76 €**	**3.761,79 €**	**3.065,16 €**
Summe Monat		431,04 €	362,98 €	313,48 €	255,43 €

Kapazität	27	Personen
60%ige Auslastung	16	Personen
70%ige Auslastung	19	Personen
80%ige Auslastung	22	Personen

Anlage IV

Kalkulation der Unterbringungsgebühren **Objekt B**

	Gesamtbetrag pro Jahr (HHJ. 2022)	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 60 % Auslastung (15 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 70 % Auslastung (18 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 80 % Auslastung (20 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 100 % Auslastung (25 Pers.)**
Nettomiete	55.488,00 €	3.699,20 €	3.082,67 €	2.774,40 €	2.219,52 €
Betriebskosten	4.612,56 €	307,50 €	256,25 €	230,63 €	184,50 €
Heizung	5.591,04 €	372,74 €	310,61 €	279,55 €	223,64 €
Wasser	1.572,48 €	104,83 €	87,36 €	78,62 €	62,90 €
Mietnebenkosten	11.776,08 €	785,07 €	654,23 €	588,80 €	471,04 €
Warmmiete	**67.264,08 €**	**4.484,27 €**	**3.736,89 €**	**3.363,20 €**	**2.690,56 €**
Bruttokaltmiete (ohne Heizkosten)	**61.673,04 €**	**4.111,54 €**	**3.426,28 €**	**3.083,65 €**	**2.466,92 €**
Aufwand für Immobilien (Bauunterhaltung)	781,25 €	52,08 €	43,40 €	39,06 €	31,25 €
Instandhaltung	1.500,00 €	100,00 €	83,33 €	75,00 €	60,00 €
Fremdreinigung	390,63 €	26,04 €	21,70 €	19,53 €	15,63 €
Zwischensumme 1		**4.662,40 €**	**3.885,33 €**	**3.496,80 €**	**2.797,44 €**
Strom	6.289,92 €	419,33 €	349,44 €	314,50 €	251,60 €
Gesamtsumme		**5.081,73 €**	**4.234,77 €**	**3.811,29 €**	**3.049,04 €**
Summe Monat		423,48 €	352,90 €	317,61 €	254,09 €

Kapazität	25 Personen
60%ige Auslastung	15 Personen
70%ige Auslastung	18 Personen
80%ige Auslastung	20 Personen

Anlage IV

Kalkulation der Unterbringungsgebühren **Objekt C**

	Gesamtbetrag pro Jahr (HHJ. 2019)	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 60 % Auslastung (30 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 70 % Auslastung (35 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 80 % Auslastung (40 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 100 % Auslastung (50 Pers.)**
Betriebskosten	11.976,35 €	399,21 €	342,18 €	299,41 €	239,53 €
Heizung	6.192,91 €	206,43 €	176,94 €	154,82 €	123,86 €
Wasser	4.607,17 €	153,57 €	131,63 €	115,18 €	92,14 €
Warmmiete	**22.776,43 €**	**759,21 €**	**650,76 €**	**569,41 €**	**455,53 €**
Bruttokaltmiete (ohne Heizkosten)	**16.583,52 €**	**552,78 €**	**473,81 €**	**414,59 €**	**331,67 €**
Aufwand für Immobilien (Bauunterhaltung)	12.072,59 €	402,42 €	344,93 €	301,81 €	241,45 €
Instandhaltung	20.000,00 €	666,67 €	571,43 €	500,00 €	400,00 €
Reinigung	24.316,23 €	810,54 €	694,75 €	607,91 €	486,32 €
Zwischensumme 1		**2.638,84 €**	**2.261,86 €**	**1.979,13 €**	**1.583,31 €**
Strom	14.103,70 €	470,12 €	402,96 €	352,59 €	282,07 €
Gesamtsumme		**3.108,97 €**	**2.664,83 €**	**2.331,72 €**	**1.865,38 €**
Summe Monat		259,08 €	222,07 €	194,31 €	**155,45 €**

Kapazität	50	Personen
60%ige Auslastung	30	Personen
70%ige Auslastung	35	Personen
80%ige Auslastung	40	Personen

Anlage IV

Kalkulation der Unterbringungsgebühren **Objekt D**

	Gesamtbetrag pro Jahr	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 60 % Auslastung (14 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 70 % Auslastung (16 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 80 % Auslastung (18 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 100 % Auslastung (22 Pers.)**
Pauschalmiete	114.048 €	8.146,29 €	7.128,00 €	6.336,00 €	5.184,00 €
Summe Monat		678,86 €	594,00 €	**528,00 €**	432,00 €

Kapazität	22	Personen
60%ige Auslastung	14	Personen
70%ige Auslastung	16	Personen
80%ige Auslastung	18	Personen

Anlage IV

Kalkulation der Unterbringungsgebühren **Objekt E**

	Gesamtbetrag pro Jahr	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 60 % Auslastung (9 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 70 % Auslastung (11 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 80 % Auslastung (12 Pers.)**	**Betrag pro Einheit pro Jahr bei 100 % Auslastung (15 Pers.)**
Pauschalmiete	81.000 €	9.000,00 €	7.363,64 €	6.750,00 €	3.681,82 €
Summe Monat		750,00 €	613,64 €	**562,50 €**	245,45 €

Kapazität	15	Personen
60%ige Auslastung	9	Personen
70%ige Auslastung	11	Personen
80%ige Auslastung	12	Personen

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-598/21-26	
Datum	07.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	11.06.2024	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

**Zustimmung zu einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023;
hier: Kostenerstattung an die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH für den öffentlichen Personennahverkehr gemäß Öffentlichem Dienstleistungs-auftrag (öDA)**

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Stadt Rüsselsheim am Main als Aufgabenträger gemäß § 5 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG) und in Zusammenhang mit Art. 2c der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße die Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an Verkehrsleistungen für die Bevölkerung auf ihrem Gebiet trägt.
2. die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH über einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) zur Erbringung des Stadtverkehrs nach Maßgabe der VO 1370/2007 für den Zeitraum vom 01.01.2016 bis zum 31.12.2025 betraut sind.
3. die von den Stadtwerken erbrachte Verkehrsleistung nicht alleine durch Fahrgeldeinnahmen finanziert werden kann.
4. sich für die Durchführung der Maßgaben des öffentlichen Dienstleistungsauftrags im Jahr 2022 ein Mehraufwand in Höhe von 1.089.014 Euro ergeben hat.

B. Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 1.089.014 Euro im Teilergebnishaushalt 120582100 (Lokale Nahverkehrsorganisation), Sachkonto 7175500 (Kostenerstattung an Stadtwerke, ÖPNV) zu.
2. Die Deckung erfolgt aus der Rücklage aus Überschüssen im ordentlichen Ergebnis des Haushaltsjahres 2022.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtung gemäß öDA der Stadt Rüsselsheim am Main gegenüber den Stadtwerken Rüsselsheim.

B. Rechtliche Grundlagen

- Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates
- Personenbeförderungsgesetz (PBefG)
- Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Hessen (ÖPNVG)

C. Ausgangslage

Gemäß dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (öDA) vom 24.03.2015 betreibt die Stadtwerke Rüsselsheim GmbH den Stadtbusverkehr. Die von den Stadtwerken erbrachte Verkehrsleistung kann nicht alleine durch Fahrgeldeinnahmen finanziert werden. Deshalb werden jährlich im Haushalt Erstattungskosten an die Stadtwerke Rüsselsheim berücksichtigt.

D. Problem

Die kalkulierten Erstattungskosten sind im Haushaltsjahr 2023 nicht auskömmlich. Dies begründet sich im Wesentlichen wie folgt:

- Durch die im Jahr 2022 überraschend hohe Inflation in Deutschland und den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sind die Kosten für Ersatzteile und Treibstoff, wie auch die Personalkosten überproportional gestiegen.
- Des Weiteren wurden durch die Stadtwerke zusätzliche Verstärkerfahrten im Schulbusverkehr erbracht.
- Weiterhin wurde eine Machbarkeitsstudie zur Umstellung des Busfuhrparks auf emissionsfreie Antriebe erstellt.
- Das 9-Euro-Ticket wurde eingeführt.

In Summe ergibt sich aus diesen Gründen ein Mehraufwand in Höhe von 1.089.014 Euro.

E. Lösung

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt einer überplanmäßigen Aufwendung im Haushaltsjahr 2023 in Höhe von 1.089.014 Euro im Teilergebnishaushalt 120582100 (Lokale Nahverkehrsorganisation), Sachkonto 7175500 (Kostenerstattung an Stadtwerke, ÖPNV) zu.

F. Finanzierung

Die Deckung erfolgt aus der Rücklage aus Überschüssen im ordentlichen Ergebnis des Haushaltsjahres 2022.

G. Auswirkungen auf das Klima

Durch die Verlagerung von Verkehr auf nachhaltige und attraktive Alternativen – weg vom motorisierten Individualverkehr zu alternativen Fortbewegungsmitteln (Rad, ÖPNV) – sowie emissionsarme Antriebstechnologien in den Fahrzeugen des ÖPNV leistet die Stadt Rüsselsheim am Main einen nicht unerheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

Rüsselsheim am Main, 11.06.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-605/21-26	
Datum	15.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	21.05.2024	beschließend
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	04.06.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	11.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Entsperrung 1,0 Stelle SuE 15 TVöD im Produkt Leistungen, BTHG (Bundesteilhabegesetz); Produktnummer 0500-41000
Bezug: DS-616/16-21 Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) und Stellenplananmeldung für den Haushalt 2023 MV-365/21-26

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. im Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe im Sachgebiet Eingliederungshilfe (EGH) kontinuierlich steigende Fallzahlen zu verzeichnen sind (im Vergleich: Start der EGH im 1. Quartal 2021 379 Fälle, Stand März 2024 811 Fälle).
2. der von der Stadtverordnetenversammlung festgelegte Personalschlüssel für die Fachkoordination der Pädagogischen Eingliederungshilfe bei 1:400 liegt;
3. die Verdoppelung der Maßnahmen dazu geführt hat, dass die aktuelle Personalressource von 1,0 Stelle für diese Aufgabe nicht mehr auskömmlich ist.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die im Stellenplan 2023 für diesen Fall eingerichtete Stelle in der Pädagogischen Eingliederungshilfe (1,0 Stelle SuE 15 TVöD im Produkt Leistungen, BTHG (Bundesteilhabegesetz); Produktnummer 0500-41000) entsperrt wird.

Begründung:

A. Ziel

Die Fachkräfte des Bereichs Pädagogische Eingliederungshilfe sollen in die Lage versetzt sein, die gesetzlichen Pflichtaufgaben aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) und Neuntes Buch (IX) umzusetzen. Hierfür müssen ausreichend Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden.

B. Gesetzliche Grundlage

Sowohl Kinder- und Jugendhilfe als auch Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche sind gesetzliche Pflichtaufgaben gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) und Neuntes Buch (IX).

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben gemäß § 79 Abs. 3 SGB VIII für eine ausreichende Ausstattung der Jugendämter zu sorgen; hierzu gehört eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften.

C. Beschlusshistorie

- DS-616/16-21: Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.11.2019 wurde die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) beschlossen. Für die Fachkoordination im Bereich Pädagogische Eingliederungshilfe wurde ein Fallzahlschlüssel von durchschnittlich 400 Maßnahmen gemäß SGB IX und SGB VIII pro Vollzeitkraft festgelegt.
- Mit Beschluss des Magistrats wurde die Stelle mit einem Sperrvermerk versehen, da die Anmeldung der Stelle im Stellenplan 2023 mit einer Änderung des Fallschlüssels von 1:400 auf 1:260 beantragt wurde. Hierzu sollte den Stadtverordneten eine gesonderte Vorlage vorgelegt werden.

D. Ausgangslage

Entsprechend der Leitorientierung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes versteht der Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe sich als moderne, bürgerfreundliche und kundenorientierte Dienstleistungsbehörde. Die einzelnen Aufgaben und Ziele orientieren sich am grundlegenden Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe gemäß § 1 Absatz 3 SGB VIII – danach soll Jugendhilfe zur Verwirklichung des in § 1 Absatz 1 SGB VIII verankerten Rechts jedes jungen Menschen „(…) auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit (…)“ beitragen. Über allem stehen die Aufgaben des Kinderschutzes gemäß § 8a SGB VIII und damit einhergehende Maßnahmen.

Die Fachkräfte im Bereich Pädagogische Eingliederungshilfe setzen besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für junge Menschen mit körperlichen, geistigen sowie Mehrfachbehinderungen gemäß SGB IX Kapitel 2 (Eingliederungshilferecht) sowie für den Personenkreis beeinträchtigter junger Menschen Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff. SGB VIII und Eingliederungshilfe für junge Menschen mit (drohender) seelischer Behinderung gemäß § 35a SGB VIII um.

Die Pädagogische Fachkoordination in der Eingliederungshilfe ist erste Ansprechpartnerin für die operativ tätigen pädagogischen Fachkräfte und sichert den fachlichen Qualitätsstandard.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.11.2019 (616/16-21) wurde die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) beschlossen. Für die Fachkoordination im Bereich Pädagogische Eingliederungshilfe wurde ein Fallzahlschlüssel von durchschnittlich 400 Maßnahmen gemäß SGB IX und SGB VIII pro Vollzeitkraft festgelegt.

Um die fachliche Begleitung der Mitarbeitenden und die Bearbeitung besonders komplexer Fälle in einem qualitativ angemessenen Umfang leisten zu können, wurde im Zuge einer Stellenplananmeldung für den Haushalt 2023 eine Änderung des Fallschlüssels für die Fachkoordination in der Pädagogischen Eingliederungshilfe angekündigt (MV-365/21-26). Die Stelle wurde mit einem Sperrvermerk für den Stellenplan 2023 versehen, verknüpft mit einer Änderung des Fallschlüssels von 1:400 auf 1:260.

E. Problem

Die Fallzahlen sind seit der Übernahme der gesetzlichen Pflichtaufgabe kontinuierlich angestiegen. In Vorbereitung der Übernahme der Aufgabe im Jahr 2019 lag die Planzahl aufgrund der Angaben des Kreises GG bei 310 Maßnahmen. Zum Start der EGH im 1. Quartal 2021 wurden bereits 379 Fälle registriert. Ende 2022 lag die Zahl bei 595. Stand März 2024 ist die Fachkoordination in der Pädagogischen Eingliederungshilfe für 811 Maßnahmen zuständig, dies entspricht bei gleichbleibendem Fallschlüssel von 1:400 somit 2 Vollzeitstellen. Bisher ist eine Mitarbeiterin für die Fachkoordination zuständig.

Die fachliche Begleitung der Mitarbeitenden kann vor dem Hintergrund der Fallzahlentwicklung jedoch nicht von einer Mitarbeiterin alleine geleistet werden, was entsprechende Überlastungsanzeigen aus dem Bereich belegen.

Gleichzeitig ist die Haushaltslage der Stadt Rüsselsheim so angespannt, dass die Reduzierung des Fallschlüssels aktuell nicht weiterverfolgt werden kann.

F. Lösung

Die zweite Stelle im Produkt 0500-41000 wird entsperrt und schnellstmöglich unbefristet nach SuE 15 TVöD personalisiert.

G. Kosten

Durch die Personalisierung der 1,0-Stelle SuE 15 TVöD im Produkt 0500-41000 ab dem 3. Quartal ist im Haushaltsjahr 2024 mit einem Personalaufwand in Höhe von 43.047,22 € und in den Folgejahren mit 86.094,43 € zu kalkulieren

H. Alternativen

Keine – da die im Stellenplan verankerte Personalausstattung zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben erforderlich ist.

Rüsselsheim am Main, 21.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-600/21-26	
Datum	14.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	21.05.2024	beschließend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	12.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Verschärfung der versicherungsrechtlichen Beurteilung von Honorarkräften

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. das Bundessozialgericht (BSG) mit Urteil vom 28.06.2022 geurteilt hat, „dass eine Musiklehrerin, deren Tätigkeit sich durch die Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung in festgelegten Räumen kennzeichnet und die auch in prägender Weise in die Organisationsabläufe der Musikschule eingegliedert ist, indem diese die gesamte Organisation des Schulbetriebs in ihrer Hand hält, die Räume und Instrumente kostenfrei zur Verfügung stellt und nach außen gegenüber den Schülern alleine auftritt, in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Musikschule steht.“ (Siehe Anlage 1)

2. die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung aufgrund der durch die Rechtsprechung des BSG vorgenommenen Schärfung, dem Kriterium der Eingliederung für die Statusbeurteilung eine höhere Bedeutung beimessen und sich auf eine Neuausrichtung der Praxis von Sozialversicherungsprüfungen spätestens ab dem 01.07.2023 verständigt haben. (Siehe Anlage 1)

3. eine Beschäftigung von Honorarkräften nach Bewertung durch den Träger- und Fachverband (Verband deutscher Musikschulen e.V., im Folgenden VdM) sowie nach der aktuellen Rechtsprechung in der Regel nicht mehr möglich ist und dies die Überleitung aller Honorarverträge in Anstellungsverhältnisse erforderlich macht.

4. das Rechtsamt diese Auffassung teilt und ein entsprechender Vermerk vorliegt (Anlage 3)

5. zur Sicherstellung des Unterrichtsbetriebes sowie zur Vermeidung von künftigen Rückforderungen durch die Sozialversicherungen 2,5 zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen.
6. die zusätzlichen 2,5 Stellen bei der vorliegenden Fortschreibung des Wirtschaftsplans 2024 von Kultur123 mit zusätzlichen Personalkosten in Höhe von ca. 122.075 € berücksichtigt werden mussten.
7. dem, entgegen des ursprünglichen Planansatzes von ca. 46.600 €, zu erwartende Honorarkosten in Höhe von ca. 72.500 € gegenüberstehen.
8. damit im Jahr 2024 insgesamt Mehrkosten in Höhe von 49.575 € entstehen.
9. sich die Betriebskommission Kultur123 in ihrer Sitzung am 17.04.2024 mit der Vorlage befasst hat.

Begründung:

A. Ziel

Das Ziel der Vorlage ist es, die Stadtverordnetenversammlung über die mit dem sogenannten „Herrenberg-Urteil“ des Bundessozialgerichts (BSG) einhergehenden Verschärfungen sowie den in dessen Folge angekündigten Veränderungen in der Bewertung und Prüfung von freiberuflichen Beschäftigungsverhältnissen zu informieren.

Darüber hinaus ist es das Ziel der Vorlage aufzuzeigen, dass akuter Handlungsbedarf besteht, freiberufliche Beschäftigungsverhältnisse in sozialversicherungspflichtige Anstellungsverhältnisse zu überführen.

Dabei sollen die spezifischen Problematiken für Musikschulen möglichst umfassend erläutert werden.

B. Beschlusshistorie

- DS-377/11-16: Haushaltskonsolidierung der Stadt Rüsselsheim
  hier: Folgebeschlüsse zur DS-Nr. 318/11-16 der Stadtverordnetenversammlung
  Maßnahme 68, 70: Änderung der Beschäftigungsstruktur auf Honorarkräfte, Musikschule
- DS-639/16-21: Evaluierung der Neustrukturierung der Musikschule
  Bezug: Antrag Nr. 55 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FW/FNR vom 24.07.2019
- DS-764/16-21: Evaluierung der Neustrukturierung der Musikschule
  Bezug: DS-Nr. 639/16-21 Evaluierung der Neustrukturierung der Musikschule
  Antrag Nr. 55 der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und FW/FNR vom 24.07.2019

C. Problem

Nach § 7 Absatz 1 SGB IV ist Beschäftigung die nichtselbstständige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis. Typische Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind eine Tätigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers.

Das BSG hat in seiner jüngeren Rechtsprechung der letzten Jahre das Kriterium der betrieblichen Eingliederung geschärft und dessen maßgebende Bedeutung für die Statusbeurteilung herausgestellt. In zahlreichen Urteilen wurde aufgrund des Umfangs der betrieblichen Eingliederung und der damit einhergehenden Einschränkung der für Selbstständige typischen freien Gestaltung der Erwerbstätigkeit ein Beschäftigungsverhältnis festgestellt.

Der hinreichende Grad persönlicher Abhängigkeit zeigt sich hiernach nicht nur daran, dass der Beschäftigte einem Direktionsrecht seines Vertragspartners unterliegt, welches Inhalt, Durchführung, Zeit, Dauer, Ort oder sonstige Modalitäten der zu erbringenden Tätigkeit betreffen kann, sondern kann sich auch aus einer detaillierten und den Freiraum für die Erbringung der geschuldeten Leistung stark einschränkenden rechtlichen Vertragsgestaltung oder tatsächlichen Vertragsdurchführung ergeben. Der Grad der persönlichen Abhängigkeit wird dabei auch von der Eigenart der jeweiligen Tätigkeit sowie deren Art und Organisation bestimmt.

In Folge der jüngsten Rechtsprechung, messen die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung dem Kriterium der „Eingliederung“ eine höhere Bedeutung im Rahmen von Statusfeststellungsverfahren bei und haben sich auf eine Neuausrichtung der Praxis geeinigt. Hierfür wurde ein Katalog an Kriterien festgelegt, welcher u.a. folgende wesentliche Merkmale für eine persönlich abhängige Beschäftigung festlegt (siehe Anlage 1):

- Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung
  - Festlegung bestimmter Unterrichtszeiten und Unterrichtsräume (einzelvertraglich oder durch Stundenpläne) durch die Schule/Bildungseinrichtung
- kein Einfluss auf die zeitliche Gestaltung der Lehrtätigkeit
  - Meldepflicht für Unterrichtsausfall aufgrund eigener Erkrankung oder sonstiger Verhinderung
- Ausfallhonorar für unverschuldeten Unterrichtsausfall
  - Verpflichtung zur Vorbereitung und Durchführung gesonderter Schülerveranstaltungen
  - Verpflichtung zur Teilnahme an Lehrer- und Fachbereichskonferenzen oder ähnlichen Dienst- oder Fachveranstaltungen der Schuleinrichtung (dem steht eine hierfür vereinbarte gesonderte Vergütung als eine an der Arbeitszeit orientierte Vergütung nicht entgegen)
  - selbstgestalteter Unterricht auf der Grundlage von Lehrplänen als Rahmenvorgaben geht nicht mit typischen unternehmerischen Freiheiten einher. Die zwar insoweit bestehende inhaltliche Weisungsfreiheit kennzeichnet die Tätigkeit insgesamt nicht als eine in unternehmerischer Freiheit ausgeübte Tätigkeit, insbesondere wenn
  - keine eigene betriebliche Organisation besteht und eingesetzt wird
  - kein Unternehmerrisiko besteht
  - keine unternehmerischen Chancen bestehen, weil zum Beispiel die gesamte Organisation des Schulbetriebs in den Händen der Schuleinrichtung liegt und keine eigenen Schüler akquiriert und auf eigene Rechnung unterrichtet werden
  - Lehrtätigkeit nicht durch Dritte erbracht werden kann.

Die Problematik der sogenannten Scheinselbstständigkeit stellt Musikschulen im Allgemeinen und somit auch die Musikschule Rüsselsheim seit vielen Jahren vor eine Vielzahl von Herausforderungen hinsichtlich des Einsatzes von Honorarkräften.

2014 beschloss die Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, alle an der Musikschule durch Austritt aus dem Dienst oder Übertritt in den Ruhestand freiwerdenden Stellen künftig nur noch durch Honorarkräfte zu ersetzen (DS-377/11-16).
2020 wurde der Beschluss gefasst, von dieser Praxis abzukehren und die Stellenbesetzungssperren wieder aufzuheben. Eine entscheidende Rolle spielte hierbei auch die durch die Corona-Pandemie extrem verschärfte wirtschaftliche Notlage der Honorarkräfte.

Dennoch ist die Musikschule derzeit weiterhin auf Honorarkräfte angewiesen, um die Bedarfe aus der Warteliste sowie die Vollständigkeit des Angebots im Sinne des Strukturplans abdecken zu können. Bei gleicher Qualifikation und Wahrnehmung der gleichen unterrichtsbezogenen Aufgaben, können freiberufliche Lehrkräfte nicht gleichbehandelt werden, um eventuelle Ansprüche aus der sogenannten Scheinselbstständigkeit durch die Sozialversicherungen gegenüber dem Betrieb Kultur123 zu vermeiden.

In seinem Rundschreiben vom September 2023 (siehe Anlage 1) weist der VdM auf eine „Schärfung der versicherungsrechtlichen Beurteilung von Honorarkräften“ hin, welche auf das bereits genannte Urteil des BSG zurückgeht. Das BSG hat festgestellt, „dass eine Musiklehrerin, deren Tätigkeit sich durch die Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung in festgelegten Räumen kennzeichnet und die auch in prägender Weise in die Organisationsabläufe der Musikschule eingegliedert ist, indem diese die gesamte Organisation des Schulbetriebs in ihrer Hand hält, die Räume und Instrumente kostenfrei zur Verfügung stellt und nach außen gegenüber den Schülern alleine auftritt, in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Musikschule steht.“

Dabei betonte das BSG, dass für die Beurteilung die tatsächliche Praxis ausschlaggebend ist, nicht die Vertragsgestaltung.

Mit Rundschreiben 07/2023, vom 01.12.2023, veröffentlichte der VdM nun ein Beratungspapier (siehe Anhang 3, Aktualisierte Version vom 07.02.2024) und weist eindeutig darauf hin, dass eine Beschäftigung von Honorarkräften nach der aktuellen Rechtsprechung in der Regel nicht mehr möglich ist und hält daher die Überleitung aller Honorarverträge in Anstellungsverhältnisse für dringend erforderlich.

Denn Musikschullehrkräfte erfüllen trotz entsprechender Anpassungen im Vertragswesen sowie einer geänderten Praxis zahlreiche der oben genannten Merkmale einer Eingliederung und persönlichen Abhängigkeit. Das Beratungspapier des VdM enthält hierzu detaillierte Ausführungen (Anlage 1, Punkte I.1 und I.2). Zudem weist der Verband darauf hin, dass die bisher zur Verfügung gestellten Musterverträge nicht mehr rechtssicher sind und stellt diese nicht mehr zur Verfügung.
Auch die Beschäftigung von Rentner*innen in einer freiberuflichen Tätigkeit ist grundsätzlich hiervon betroffen. Ausnahmen bilden hier nur solche Beschäftigungsverhältnisse, welche als geringfügig gewertet werden können (Anlage 2, Punkt II.14).

Im Falle eines Statusfeststellungsverfahrens ist folglich davon auszugehen, dass die genannten Aspekte auch für die Musikschule Rüsselsheim Anwendung finden. Die Voraussetzungen für eine rechtssichere Beschäftigung von freiberuflichen Lehrkräften sind daher nicht mehr gegeben. Wie der VdM ausführt, könnte die Musikschule in diesem Falle höchstens als eine Art Vermittlungsagentur auftreten, nicht aber als Anbieterin des Unterrichts oder der anderen Angebote. Die geforderten unternehmerischen Freiheiten, wie die freie Wahl von Unterrichtsort, Unterrichtsdauer oder Unterrichtstermin, neben vielen anderen, sind in der Praxis nicht realisierbar. Gerade in den an Bedeutung gewinnenden Kooperationen ist die Weisungsgebundenheit unbedingt erforderlich. Neben möglichen wirtschaftlichen Schäden, wären hier auch mit Einbußen in der Qualität der Arbeit sowie eine Schädigung des guten Rufes der Musikschule zu rechnen.

Aktuell (Stand März 2024) sind noch acht freiberufliche Lehrkräfte für die Musikschule tätig. Hiervon sind drei Lehrkräfte über ihr Renteneintrittsalter hinaus für die Musikschule tätig. Von den freiberuflichen Lehrkräften wird Unterricht aus dem Kernbereich des Angebots im Umfang von 91,32 Unterrichtseinheiten à 45 Minuten gemäß der nachfolgenden Tabelle erteilt. Dieser Stundenumfang entspricht etwa drei Stellen à 30 Unterrichtseinheiten gemäß TVöD und macht insgesamt ca. 21 % des gesamten Unterrichtsaufkommens aus. Dieser durch Honorarkräfte erteilte Anteil am Unterricht ist höher als in der ursprünglichen Planung für 2024 vorgesehen.

Dies ist darin begründet, dass zur Deckung der Nachfrage eine zusätzliche Honorarkraft beschäftigt werden musste und eine für 2023 vorgesehen Personalmaßnahme nicht wie geplant durchgeführt werden konnte.

Fach	Unterrichtseinheiten à 45 Min.	Anzahl Teilnehmende
Klavier	40,33	57
Gitarre	26,33	41
Violine/Viola	13,33	19
E-Bass und Kontrabass	5,33	8
Fagott	3,67	5
Kooperationen	1,33	2
Orchester, Ensemble	1,00	9
SUMMEN	**91,32**	**141**

D. Lösung

Durch die Überführung der bisherigen freiberuflichen in angestellte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse sollen künftige Statusfeststellungsverfahren und die damit verbundenen Kosten, wie Nachforderungen der Sozialversicherungsbeiträge und Gerichtskosten, vermieden werden.

Die Reform der Zuweisung von Landesmitteln, welche vom HMWK in Planung ist, sieht eine starke Gewichtung des Aspekts der Festanstellung vor. Die Subventionierung bzw. Deckung der zusätzlichen Personalkosten ist ein wesentlicher Bestandteil des neuen Fördermodells.
Eine Steigerung der Zuwendungen ist bereits im aktuellen Doppelhaushalt des Landes enthalten und wird seit 2022 entsprechend an die Musikschulen ausgezahlt.

E. Kosten

Gemäß des Beratungspapiers des VdM ist eine rückwirkende Geltendmachung der Sozialversicherungsbeiträge (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) von bis zu vier Jahren möglich.

Es kann zu diesem Zeitpunkt nicht ausgeschlossen werden, dass zusätzliche Rückforderungen für die Vorjahre auf den Betrieb zukommen. Hierzu steht jedoch auf Bundesebene noch das Ergebnis eines Verfahrens des BSG (B 12 BA 3/23 R, https://www.bsg.bund.de/SharedDocs/Rechtsfragen/DE/B_12_BA_03_23_R.html) zum Vertrauensschutz bei der Anwendung der Bewertungskriterien aus.

Die Höhe der Abgaben für eine Stelle nach TVöD E9b, Stufe 3 beträgt in Summe ca. 24.200 €. Hieraus ergeben sich für Unterricht im Umfang von drei vollen Stellen, gerechnet auf vier Jahre, mögliche Nachzahlungen in Höhe von 290.400 €. Des Weiteren fallen ggf. Anwalts- und Gerichtskosten in nicht bezifferbarer Höhe an.

Hinzu kommen weitere Lehrkräfte, welche in der Vergangenheit für die Musikschule tätig waren. Abhängig vom Revisionsverfahren, könnten auch bei diesen Lehrkräften ggf. noch Ansprüche geltend gemacht werden.

Nachfolgende Tabelle stellt die die zu erwartenden Personalkosten bei Neueinrichtung und die bisher kalkulierten Honorarkosten gegenüber:

1	Zusätzliche Personalkosten (für 2,5 Stellen, 04 – 12/2024)	122.075 €
1a	Darin enthaltene Sozialversicherungsbeiträge	45.375 €
2	Honorare Planansatz 2024 (04 – 12/2024)	46.600 €
2 a	Tatsächlich zu erwartende Honorarkosten (04 – 12/2024)	72.500 €
3	**Differenz Honorare und Personalkosten**	**49.575 €**

Im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus 2014 (DS-Nr. 318/11-16) wurden für die Honorarberechnung die von den Teilnehmenden zu entrichtenden Entgelte zugrunde gelegt. Somit konnte hier der Kostendeckungsgrad 1 erreicht werden. Dies bedeutet, dass die gegenüber der Planung erhöhten Honorarkosten ergebnisneutral sind, da diese durch entsprechende Erlöse abgedeckt werden. Beim Vergleich von Mitarbeitenden und Honorarkräften ist zu berücksichtigen, dass Honorarkräfte ausschließlich für ihre Unterrichtstätigkeit vergütet werden.

Möglichen Nachzahlungen in Höhe von etwa 290.400 € stehen somit im Jahr 2024 Mehraufwendungen in Höhe von ca. 49.575 € für die Einrichtung der benötigten Stellen gegenüber.

F. Folgekosten

Für die Einrichtung weiterer Stellen müssten in künftigen Wirtschaftsplänen ggf. jeweils weitere 65.100 € veranschlagt werden. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass die Stellen mitunter erst unterjährig und teilweise nur anteilig besetzt werden und die Kosten dementsprechend anteilig anfallen. Zudem sinkt unter bestimmten Voraussetzungen der Arbeitgeberanteil bei den über das Renteneintrittsalter hinaus beschäftigten Lehrkräften, da für diese nicht mehr die vollen Abgaben geleistet werden müssen (Siehe Anlage 2, S. 16 f).

Die Überleitung in sogenannte Flex-Verträge gemäß des TVöD könnte es ermöglichen, auf Schwankungen in den Belegungszahlen und kurzfristige Bedarfe zu reagieren. Die Regelung zu diesen Verträgen sieht vor, dass Stundendeputate um bis zu 25 % erhöht bzw. bis 20 % abgesenkt werden können. Somit können die Personalkosten situativ und bedarfsgerecht angepasst werden. Bei geringen Stundenumfängen sind geringfügige Beschäftigungen (Mini-Job bis 520 €) eine möglich Alternative zum Honorarvertrag.

G. Auswirkungen auf das Klima

Keine

Anlagen:

1. VdM-Rundschreiben 06/2022 vom 15.09.2023
2. FAQ – Honorarverträge des VdM in der Fassung vom 07.02.2024
3. Vermerk des Rechtsamtes

Rüsselsheim am Main, 21.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anlage 1

Auszug aus dem Rundschreiben 6/2023 vom 15.09.2023 des Verbandes deutscher Musikschulen, e.V. (VdM)

Schärfung der versicherungsrechtlichen Beurteilung von Honorarkräften – Problematik von Honorarverträgen und Überleitung in Festanstellungen

Am 28. Juni 2022 hatte das Bundessozialgerichts (BSG) entschieden (B 12 R 3/20 R), dass eine Musiklehrerin, deren Tätigkeit sich durch die Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung in festgelegten Räumen kennzeichnet und die auch in prägender Weise in die Organisationsabläufe der Musikschule eingegliedert ist, indem diese die gesamte Organisation des Schulbetriebs in ihrer Hand hält, die Räume und Instrumente kostenfrei zur Verfügung stellt und nach außen gegenüber den Schülern alleine auftritt, in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Musikschule steht.

Aufgrund der durch die Rechtsprechung des BSG vorgenommenen Schärfung des Kriteriums der betrieblichen Eingliederung messen die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung diesem Kriterium der Eingliederung für die Statusbeurteilung eine höhere Bedeutung bei und haben sich auf eine Neuausrichtung der Praxis von SV-Prüfungen (somit auch der Statusfeststellungsverfahren) verständigt.

Hieran anknüpfend vertreten die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung die Auffassung, dass Lehrerkräfte an Musikschulen und sonstigen Bildungseinrichtungen eingegliedert sind und in einem Beschäftigungsverhältnis zu diesen Schulungseinrichtungen stehen, wenn sie ihre Arbeitsleistung unter folgenden Umständen erbringen:

- Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung
- Festlegung bestimmter Unterrichtszeiten und Unterrichtsräume (einzelvertraglich oder durch Stundenpläne) durch die Schule/Bildungseinrichtung
- kein Einfluss auf die zeitliche Gestaltung der Lehrtätigkeit
- Meldepflicht für Unterrichtsausfall aufgrund eigener Erkrankung oder sonstiger Verhinderung
- Ausfallhonorar für unverschuldeten Unterrichtsausfall
- Verpflichtung zur Vorbereitung und Durchführung gesonderter Schülerveranstaltungen
- Verpflichtung zur Teilnahme an Lehrer- und Fachbereichskonferenzen oder ähnlichen Dienst- oder Fachveranstaltungen der Schuleinrichtung (dem steht eine hierfür vereinbarte gesonderte Vergütung als eine an der Arbeitszeit orientierte Vergütung nicht entgegen)
- selbstgestalteter Unterricht auf der Grundlage von Lehrplänen als Rahmenvorgaben geht nicht mit typischen unternehmerischen Freiheiten einher. Die zwar insoweit bestehende inhaltliche Weisungsfreiheit kennzeichnet die Tätigkeit insgesamt nicht als eine in unternehmerischer Freiheit ausgeübte Tätigkeit, insbesondere wenn
- keine eigene betriebliche Organisation besteht und eingesetzt wird
- kein Unternehmerrisiko besteht
- keine unternehmerischen Chancen bestehen, weil zum Beispiel die gesamte Organisation des Schulbetriebs in den Händen der Schuleinrichtung liegt und keine eigenen Schüler akquiriert und auf eigene Rechnung unterrichtet werden
- Lehrtätigkeit nicht durch Dritte erbracht werden kann.

Anlage 1

Auszug aus dem Rundschreiben 6/2023 vom 15.09.2023 des Verbandes deutscher Musikschulen, e.V. (VdM)

Diese Beurteilungsmaßstäbe sollen nach dem Willen der Spitzenorganisation der Sozialversicherung, auch in laufenden Bestandsfällen, spätestens für die Zeit ab 1. Juli 2023 Anwendung finden.

Der bisherige Musterhonorarvertrag des VdM wird aufgrund der neuen Rechtsprechung somit nicht mehr empfohlen und ist daher auch nicht mehr im VdM-Mitgliederbereich abrufbar.

Der VdM erarbeitet aktuell im Bundesvorstand, dem Erweiterten Bundesvorstand und der Bundesgeschäftsstelle ein Beratungspapier für seine Mitgliedschulen zum Umgang mit Honorarverträgen und zur Überleitung von Honorarverträgen in Festanstellungen. Dieses Beratungspapier werden wir Ihnen nach Fertigstellung zusenden.

Stand: 07.02.2024
(Ergänzungen zu der Fassung vom 20.12.2023
sind in blauer Schrift)

VdM
Verband deutscher
Musikschulen

FAQ Honorarverträge – Häufige Fragen zu Honorarvertragsverhältnissen an Musikschulen

Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung haben sich aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichts (BSG) vom 28. Juni 2022 (B 12 R 3/20 R) („Herrenberg-Urteil") und der darin vorgenommenen Schärfung des Kriteriums der betrieblichen Eingliederung von Honorarkräften, auf eine Neuausrichtung der Praxis von SV-Prüfungen (somit auch der Statusfeststellungsverfahren) bei Honorarkräften verständigt. Diese Beurteilungsmaßstäbe sollen nach dem Willen der Spitzenorganisation der Sozialversicherung, auch in laufenden Bestandsfällen, spätestens seit dem 1. Juli 2023 Anwendung finden.

Danach ist eine Beschäftigung von Lehrkräften an Musikschulen als Honorarkräfte i. d. R. nicht mehr möglich. Die Rechtsprechung zu Honorarkräften macht somit die Überleitung von Honorarverträgen in Anstellungsverträge für Musikschullehrkräfte dringend erforderlich.

Der bisherige Musterhonorarvertrag des VdM wird aufgrund der neuen Rechtsprechung somit nicht mehr empfohlen und ist daher auch nicht mehr im VdM-Mitgliederbereich abrufbar.

Mit diesem FAQ-Papier zum Umgang mit Honorarverträgen und zur Überleitung von Honorarverträgen in Festanstellungen möchte der VdM viele Fragen seiner Mitgliedschulen zu klären helfen.

Es handelt sich hierbei um ein Arbeitspapier, das bei weiteren Fragen ergänzt wird. Wenn Sie daher weitere Fragen haben, die in diesem Papier nicht behandelt werden, senden Sie diese bitte an die VdM-Bundesgeschäftsstelle (vdm@musikschulen.de).

➔ **Hinweis:** Die hier dargestellte Problematik von Honorarkräften an Musikschulen bezieht sich zum einen auf die vertragliche Ausgestaltung des Honorarvertrags selbst und die darin festgelegten Regelungen; zum anderen aber ebenso auf die in der Praxis konkret gelebte Arbeitssituation. Denn wenn die gelebte Praxis im Musikschulalltag nicht den Voraussetzungen für ein rechtswirksames Honorarvertragsverhältnisses entspricht (d. h. es darf keine Verfahrensähnlichkeit mit den angestellten Lehrkräften geben), wird das Honorarvertragsverhältnis bei einer sozialversicherungsrechtlichen Prüfung nicht als rechtswirksam anerkannt werden (s. dazu Punkt IV).

I) Grundsätzliche Fragestellungen

1) Unsere Musikschule beschäftigt Honorarkräfte. Können diese unter denselben Voraussetzungen wie bisher an unserer Musikschule weiterarbeiten? Können wir noch weiter Honorarkräfte rechtssicher an unserer Musikschule unterrichten lassen?

➔ Nein, Honorarkräfte können mit Blick auf die betrieblich-organisatorische Praxis nicht mehr rechtssicher nach den bisherigen Vertrags-regelungen an Musikschulen unter Vertrag genommen werden. Nach den Kriterien des Bundessozialgerichts (BSG) in seiner Entscheidung vom 28.06.2022 (B 12 R 3/20, s. u.) ist ein Honorarvertrag nicht mehr möglich ohne einen Verlust des Kernverständnisses von Musikschule. Die Musikschule würde dann nach außen hin als Agentur erscheinen.
Nicht mehr möglich sind danach u. a. die **Verpflichtung** zur Vorbereitung und Durchführung von **Schülervorspielen**, zur Teilnahme an Konferenzen, zur Einbeziehung in **Veranstaltungen** ebenso wenig wie die **Verpflichtung,** die Rahmenlehrpläne des VdM als Grundlage für den Unterricht zu verwenden.

2) Sind geänderte Honorarverträge rechtssicher und im Unterrichtskontext praktikabel handhabbar?

a) Nach der Rechtsprechung und der Auffassung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung dürfen Honorarlehrkräfte nicht in die Musikschule eingegliedert sein und es muss sich um eine in unternehmerischer Freiheit ausgeübte Tätigkeit handeln. Eine Eingliederung besteht u. a. bei folgenden Indikatoren für die Erbringung der Arbeitsleistung:
- Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung,
- Festlegung bestimmter Unterrichtszeiten und Unterrichtsräume (einzelvertraglich oder durch Stundenpläne) durch die Schule/Bildungseinrichtung,
- kein eigener Einfluss, sondern Einfluss der Musikschule auf die zeitliche Gestaltung der Lehrtätigkeit,
- Meldepflicht für Unterrichtsausfall aufgrund eigener Erkrankung oder sonstiger Verhinderung,
- Ausfallhonorar für unverschuldeten Unterrichtsausfall,
- Verpflichtung zur Vorbereitung und Durchführung gesonderter Schülerveranstaltungen,
- Verpflichtung zur Teilnahme an Lehrkräfte- und Fachbereichskonferenzen oder ähnlichen Dienst- oder Fachveranstaltungen der Schuleinrichtung (daran ändert auch eine hierfür vereinbarte gesonderte Vergütung nichts),
- Verpflichtung zur Anwendung von Lehrplänen der Musikschule / des VdM.
- Ein weiterer, nicht im „Herrenberg-Urteil" genannter Indikator ist die Aufsichtspflicht der Lehrkräfte für die vertraglich anvertrauten und zudem größtenteils minderjährigen Schülerinnen und Schüler. Die Einbindung in

Kooperationen kann darüber hinaus ein weiteres Kriterium für die Eingliederung in einen Organisationszusammenhang darstellen.

Alle diese Indikatoren dürfen nicht gegeben sein, damit ein Honorarvertrag rechtssicher ist.

➔ **Hinweis:**
Die einzelnen Indikatoren unterliegen keinen Messgrößen, die zusammengezählt werden können, sondern sie unterliegen einer **Gesamtgewichtung in der individuellen Bewertung des konkreten Einzelfalls durch die Sozialversicherungs-träger**.
Ein Maßstab für die Abgrenzung von Angestellten und Selbständigen nach dem „Herrenberg Urteil" ist unabhängig von der Weisungsbindung die **Teilhabe der Lehrkraft am Organisationsprozess der Musikschule**, die bei Selbständigen nicht gegeben sein darf.

b) Sofern vertraglich inhaltliche Weisungsfreiheit besteht, gilt die Tätigkeit insgesamt dennoch nicht als eine in unternehmerischer Freiheit ausgeübte Tätigkeit, wenn insbesondere
- keine eigene betriebliche Organisation besteht und eingesetzt wird,
- kein Unternehmerrisiko besteht,
- keine unternehmerischen Chancen bestehen, weil zum Beispiel die gesamte Organisation des Schulbetriebs in den Händen der Schuleinrichtung liegt und keine eigenen Schüler akquiriert und auf eigene Rechnung unterrichtet werden,
- Lehrtätigkeit nicht durch Dritte erbracht werden kann.

3) Ab wann gelten die strengeren Vorgaben für geänderte Statusfeststellungen zur Abgrenzung von Arbeitnehmertätigkeit und honorarbasierter Tätigkeit?

Diese Beurteilungsmaßstäbe sollen nach dem Willen der Spitzenorganisation der Sozialversicherung, auch in laufenden Bestandsfällen, spätestens für die Zeit **ab 1. Juli 2023** Anwendung finden. Somit besteht bei einer Statusfeststellung das Risiko der Nachzahlung von SV-Beiträgen für die Vorjahre (und zwar des Arbeitgeber- und des Arbeitnehmeranteils), da kein Vertrauenstatbestand mehr hinsichtlich der früheren Möglichkeiten bei Honorarverträgen gegeben ist.

4) Ist eine Rückforderung von Sozialversicherungsbeiträgen (= Nachzahlungspflicht) im Falle einer nach den oben genannten Indikatoren festgestellten Scheinselbständigkeit von Honorarkräften möglich?

Ja. Grundsätzlich besteht eine Rückforderungsmöglichkeit von Sozialversicherungs-beiträgen, und zwar für Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil, die dann beide vom Musikschulträger zu entrichten sind. Wie lange diese zurückwirkt, hängt von dem noch

anhängigen Revisionsverfahren vor dem BSG zur Frage der Wirksamkeit von Vertrauensschutz. Ansonsten ist auf jeden Fall ist eine Rückwirkung von vier Jahren gegeben.

➔ **Rat des VdM:** Schießen Sie Arbeitsverträge zum nächstmöglichen Zeitpunkt. Rückforderungen rückwirkend zum 1. Juli 2023 sind dann zwar möglich, das Risiko wird dadurch jedoch miniminiert.

5) Wer haftet im Falle einer berechtigten Rückforderung von Sozialversicherungsbeiträgen z. B. bei einer e. V.-Musikschule?

a) Für die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen haftet der Arbeitgeber, und zwar für Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil. Im Falle der Rückforderung von Sozialversicherungsbeiträgen haftet bei einer e. V.-Musikschule der Vorstand und ggf. ein besonderer Vertreter gem. § 30 BGB.
Nach § 31 a Abs. 1 Satz 1 BGB haftet ein Organmitglied dem Verein für einen in Wahrnehmung seiner Organpflichten verursachten Schaden aber **nur bei Vorliegen von Vorsatz und grober Fahrlässigkeit**. Das Organmitglied darf dafür nur unentgeltlich tätig ist oder für seine Tätigkeit eine Vergütung erhält, die 720 Euro pro Jahr nicht übersteigt. Die Vorschrift erfasst den gesamten Bereich der Innenhaftung, einschließlich von Regressansprüchen, deliktischen und insolvenzrechtlichen Ansprüchen des Vereins. Voraussetzung ist lediglich, dass das **Organmitglied „in Wahrnehmung seiner Pflichten", also seiner typischen Geschäftsführungsfunktion gehandelt** hat.

b) Strafbarkeit: Der **Straftatbestand des § 266a StGB** bei Nichtabführen von Sozialversicherungsbeiträgen eines Arbeitnehmers ist eine Vorsatztat. Der Vorstand kann sich also nur **bei vorsätzlicher, schuldhafter Nichtabführung von Arbeitnehmerbeiträgen** strafbar machen.
In einem Urteil des Bundesgerichtshofs (vom 8.3.2023 – 1 StR 188/22) entschied der BGH, ob und wann „freie Mitarbeiter" eines Rechtsanwalts nach § 266 a StGB Arbeitnehmer sind und der Arbeitgeber, der keine Beiträge abführt, zu bestrafen ist. Die angeblich freien Mitarbeiter mussten in diesem konkreten Fall ihre ganze Arbeitskraft der Anwaltskanzlei zur Verfügung stellen und erhielten ein festes Gehalt. Eine eigene selbständige Tätigkeit war deshalb nicht mehr möglich. Bei einer entsprechenden Konstellation könnte auch eine Strafbarkeit nach § 370 AO (Steuerhinterziehung wegen vorsätzlich falscher Angaben) in Betracht kommen.
Soweit Honorarkräfte nicht ihre ganze Arbeitskraft zur Verfügung stellen müssen und kein festes Gehalt erhalten, kann diese Entscheidung aber nicht übertragen werden. Darüber hinaus ist der **Vorsatz für das Tatbestandsmerkmal der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen nur im Falle der positiven Kenntnis von einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit verwirklicht**.

c) Grundsätzlich können **Säumniszuschläge nach § 24 Abs. 2 SGB IV bei Kenntnis der Beitragszahlungspflicht** festgesetzt werden. Dies setzt jedoch **wenigsten bedingten**

Vorsatz voraus (umgangssprachlich übersetzt mit „na wenn schon"). Es besteht die begründete Besorgnis, dass eine Kenntnis von der Beitragszahlungspflicht seit Veröffentlichung des „Herrenberg-Urteils" vom 28.06.2022 (B 12 R 3/20) angenommen werden kann.
Kenntnis von der Zahlungspflicht liegt bei einem nach § 28e SGB IV zahlungspflichtigen Arbeitgeber vor, wenn er die seine Beitragsschuld begründenden Tatsachen kennt, weil er zumindest als Parallelwertung in der Laiensphäre nachvollzieht, dass eine Beschäftigung vorliegt, die die Beitragspflicht nach sich zieht.
Das Wissen um die (bloße) Möglichkeit der Beitragserhebung heißt aber nicht, dass sicheres Wissen um die rechtliche und tatsächliche Verpflichtung zur Beitragszahlung vorliegt. Irrt die Musikschule über ihre Arbeitgebereigenschaft, liegt keine Kenntnis vor. Dieses Vorliegen eines Irrtums über die Arbeitgebereigenschaft kann, auch für den Fall einer sozialgerichtlichen Auseinandersetzung, ein Sozialgericht den glaubhaften Angaben des Vorstands einer Musikschule entnehmen.
Ist die **Unkenntnis von der Beitragspflicht unverschuldet**, können keine Säumniszuschläge erhoben werden. Eine **unverschuldete Unkenntnis kann auch lediglich hinsichtlich eines Teils der Beitragsschuld – auch in zeitlicher Hinsicht** – bestehen, insbesondere für die Zeit vor dem 01.07.2023 bzw. vor der Bekanntgabe der Urteilsgründe des „Herrenberg-Urteils".
Eine verschuldete Unkenntnis könnte nur dann vorliegen, wenn die Entscheidungsträger der Musikschule hätten wissen müssen, dass eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vorliegt. Nachdem aber auch das BSG im „Herrenberg-Urteil" die Wertungen in der früheren Entscheidung des BSG vom 14.03.2018 („Ahaus-Urteil") als weiterhin zutreffend und nachvollziehbar bezeichnet hat, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Honorarkraft verneinte, müssen besondere Umstände vorliegen, um den Entscheidungsträgern tatsächlich eine verschuldete Unkenntnis vorwerfen zu können.

d) Die allgemeine Verjährungsfrist von **Ansprüchen auf Sozialversicherungsbeiträge** beträgt **rückwirkend vier Jahre**: Der Sozialversicherungsträger muss Beitragsansprüche gegenüber dem Arbeitgeber grundsätzlich bis zum Ablauf des vierten Kalenderjahres geltend machen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Beiträge fällig geworden sind. (Da die Beiträge am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Entgeltabrechnungsmonats fällig werden, beginnt die Verjährungsfrist für die Beiträge von Januar bis Dezember eines Jahres immer am 1. Januar des Folgejahres und endet vier Jahre später am 31. Dezember. Bis zum 31. Dezember 2023 können also letztmalig Beitragsansprüche für das Kalenderjahr 2019 geltend gemacht werden.)

e) **Vorsätzlich vorenthaltene Beiträge verjähren allerdings erst 30 Jahre** nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie fällig geworden sind. Nach der Rechtsprechung genügt hierfür, dass der Zahlungspflichtige die Beiträge mit **bedingtem Vorsatz** vorenthalten hat. Dies ist der Fall, wenn er seine Beitragspflicht nur für möglich gehalten und die

Nichtabführung der Beiträge billigend in Kauf genommen hat. (Hinweis: Der Tatbestand des Vorsatzes ist insbesondere bei aufgedeckten Fällen illegaler Beschäftigung erfüllt.)

6) Wie lässt sich die Haftung von ehrenamtlichen Vorständen bei e. V.-Musikschulen begrenzen?

a) Der Vorstand eines Vereins haftet persönlich und unter Umständen mit dem Privatvermögen. Wichtig für Vereinsvorstände ist daher eine **D&O-Versicherung** (Directors-and-Officers-Versicherung, auch Organ- oder Manager-Haftpflicht-versicherung genannt), wodurch der Vereinsvorstand bei Fehlern in der Vorstandsarbeit vor der Haftung mit dem Privatvermögen geschützt ist. Die D&O-Versicherung greift bei fahrlässigen Pflichtverletzungen auf Seiten der Organisation.

b) Wichtig ist ebenfalls eine **Vermögensschadenhaftpflichtversicherung**, die bei schuld-haften Pflichtverletzungen gegenüber Dritten aufgrund organisatorischer Fehler greift.

c) Darüber hinaus sind auch weitere Versicherungen sinnvoll, durch die eine notwendige Absicherung für Verein und Vorstand erreicht wird, wie eine Vereinshaftpflicht- und eine Veranstalterhaftpflichtversicherung.

7) Sollten wir als Musikschule selbst ein Statusfeststellungsverfahren für unsere Honorarkräfte bei der Clearingstelle der Deutschen Rentenversicherung beantragen?

Rat des VdM: Der VdM rät dazu, derzeit **davon abzusehen**, ein entsprechendes Statusfeststellungsverfahren selbst zu beantragen, sondern vielmehr schnellstmöglich Honorarverträge in Anstellungsverhältnisse umzuwandeln.

Begründung: Das BSG hat in seinem Urteil in Sachen Stadt Herrenberg (Urteil vom 28.06.2022– B 12 R 3/20 R; „Herrenberg-Urteil") die angewandten Abgrenzungskriterien für die Beurteilung von Honorartätigkeit im Gegensatz zu abhängiger Beschäftigung für bindend angenommen. Das BSG hatte jedoch in dieser Entscheidung klargestellt, dass weiterhin, wie auch im Gesetz vorgesehen (in § 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VI) eine selbstständige Tätigkeit einer Honorarkraft an einer Musikschule möglich sein soll. Dabei hat das BSG insoweit ausdrücklich auf die Besonderheiten des Urteils des Bundessozialgerichts vom 14.03.2018 (BSG Urt. v. 14.3.2018 – B 12 R 3/17 R, BSGE 125, 177 „Ahaus-Urteil"), nach der eine selbständige Tätigkeit möglich sein sollte, hingewiesen. Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit sollte danach für den Zeitraum vor dem 28.06.2022 generell nicht vorgeworfen werden können.

Frage nach dem Vertrauensschutz: Aufgrund von Bedenken (auch bei der Deutschen Rentenversicherung), ob nicht ein Vertrauensschutz auf die Rechtslage für die Beschäftigung von Honorarkräften an Musikschulen vor dem „Herrenberg-Urteil" erforderlich ist, hat das LSG Niedersachsen-Bremen deshalb in einer Entscheidung (LSG v. 20.12.2022 - L 2 BA 47/20) dem BSG die Frage mit der zugelassenen Revision vorgelegt,

ob die die Kriterien des „Herrenberg-Urteils" auch für zurückliegende Zeiträume zu berücksichtigen sind oder ob der Vertrauensschutz im Hinblick auf „Ahaus-Urteil" (s. o.) gilt.

Die Spitzenverbände der Sozialversicherer werden den Status von Honorarkräften – auch in laufenden Bestandsfällen – mit Wirkung spätestens ab 1. Juli 2023 nach den geänderten Maßstäben im Hinblick auf das „Herrenberg-Urteil" beurteilen. Hinsichtlich „spätestens" gibt es noch einen gewissen Beurteilungsspielraum. Wenn das Bundessozialgericht in dem noch anhängigen Verfahren den Vertrauenstatbestand jedoch nicht bestätigt, werden die Kriterien des „Herrenberg-Urteils" auch vor dem 1. Juli 2023 anwendbar sein, und zwar vier Jahre rückwirkend.

8) Wie berechnet sich die vierjährige Rückwirkungszeit?

Der Sozialversicherungsträger muss Beitragsansprüche gegenüber dem Arbeitgeber grundsätzlich bis zum Ablauf des vierten Kalenderjahres geltend machen, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Beiträge fällig geworden sind.
Da die Beiträge am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Entgeltabrechnungsmonats fällig werden, beginnt die Verjährungsfrist für die Beiträge von Januar bis Dezember eines Jahres immer am 1. Januar des Folgejahres und endet vier Jahre später am 31. Dezember. Bis zum 31. Dezember 2024 können also letztmalig Beitragsansprüche für das Kalenderjahr 2020 geltend gemacht werden.

9) Können wir als Musikschule Honorarkräften für uns entstehenden Kosten für Nachzahlungen bei einem Statusfeststellungsverfahren in Regress nehmen?

Nein, ein Regress bei den Honorarkräften wird regelmäßig scheitern.

10) Wenn bei einer anderen Musikschule bei einem Statusfeststellungsverfahren von Honorarkräften Scheinselbständigkeit festgestellt wird, hat das dann auch für uns und unsere Honorarlehrkräfte Konsequenzen?

Die Sozialgerichtsbarkeit wie das Bundessozialgericht und die Landessozialgerichte prüfen immer den Einzelfall. Da die Umstände, wie Lehrkräfte an Musikschulen als Honorarkräfte tätig sind, sich aber sehr ähneln, ist der Kriterienkatalog der Sozialversicherer zu beachten (s. o. unter Punkt I 2).

II) Überleitung von Honorarverträgen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge / Vermeidung von Honorarverträgen

1) Was müssen wir bei der Überleitung von Honorarverträgen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge beachten? Wie gelingt es uns am besten, einen solchen Überleitungsprozess zu gestalten?

a) Voraussetzung und Grundlage für eine Überleitung von Honorarverträgen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge ist zunächst ein Beschluss der zuständigen politischen Gremien (Kommune / e. V.-Vorstand).

b) Bei sachgrundloser Befristung nach Überleitung des Honorarvertrages in ein Arbeitsverhältnis: Laut Bundesarbeitsgericht (BAG) ist eine sachgrundlose Befristung bei vorangegangener Beschäftigung bei demselben Arbeitgeber nur ausnahmsweise möglich, wenn die Vorbeschäftigung sehr lange zurückliegt, völlig anders geartet oder geringfügig war. Eine wirksame Befristung hat das BAG im Falle einer acht sowie bei einer neun Jahre zurückliegenden Vorbeschäftigung bereits abgelehnt.

➔ Bei der Überleitung eines Honorarvertrages in einen sachgrundlos befristeten Arbeitsvertrag besteht die Gefahr, dass vor Gericht eine wirksame Befristung ebenfalls abgelehnt wird.

c) Weiter beachtet werden muss:

- die Eingruppierung und Einstufung der Lehrkräfte,
- die Beteiligung des Betriebsrats/Personalrats,
- die Information der dann angestellten Lehrkräfte über die Verpflichtung zur Arbeitsleistung bei Zusammenhangstätigkeit

2) Was sind die Kriterien für die Stufenzuordnung innerhalb der Entgeltgruppe bei Überführung einer Honorarkraft in den TVöD VKA?

a) Bei Einstellung werden die Beschäftigten der Stufe 1 zugeordnet, sofern keine einschlägige Berufserfahrung vorliegt. Im Geltungsbereich der VKA wird der Begriff der einschlägigen Berufserfahrung nicht tarifvertraglich definiert. Die Beurteilung der Einschlägigkeit bisheriger Berufserfahrung hängt davon ab, ob die bisherige Tätigkeit ein Wissen und Können erfordert, welches auch für die neue Tätigkeit einzusetzen ist. Der Arbeitgeber hat hierbei einen gewissen Beurteilungs- und Auslegungsspielraum, wobei die Grundsätze zur sachgerechten, willkür- und diskriminierungsfreien Entscheidung zu berücksichtigen sind.

b) Damit die Berufserfahrung als „einschlägig" angesehen werden kann, muss sie der Beschäftigte auf dem Niveau der geforderten Tätigkeit erworben haben. Dies ist der Fall, wenn mit der neuen Tätigkeit die frühere Tätigkeit im Wesentlichen unverändert

fortgesetzt wird oder die frühere und die darauffolgende Tätigkeit zumindest gleichartig sind.

c) Verfügt ein Beschäftigter über eine einschlägige Berufserfahrung von mindestens einem Jahr, erfolgt die Einstellung in die Stufe 2; verfügt sie/er über eine einschlägige Berufserfahrung von mindestens drei Jahren, erfolgt in der Regel eine Zuordnung zur Stufe 3. Eine weitere Berücksichtigung der Berufserfahrung erfolgt grundsätzlich nicht, ebenso wenig eine Verkürzung der Stufenlaufzeit.

➔ Eine einschlägige Berufserfahrung und damit eine Zuordnung der Stufe 2 bzw. bei mindestens dreijähriger einschlägiger Berufserfahrung der Stufe 3 wird i. d. R. bei der Überleitung einer Honorarkraft in den TVöD zutreffend sein.

➔ **Hinweis:** Im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) können Abweichungen bestehen, die zu einer Änderung der Verfahrensmaßstäbe für die Einstufung führen.

3) Argumentation gegenüber Gremien für die Überleitung in Arbeitsverträge:

a) Welche Vorteile haben Anstellungsverhältnisse gegenüber Honorarvertragsverhältnissen?

- Eingliederung in die betriebliche Organisation der Musikschule im Sinne des Bildungsorganismus Musikschule:
  - höhere Identifikation mit der Musikschule
  - größere Motivation
  - stärkeres Gemeinschaftsgefühl
  - bessere Möglichkeiten der Zusammenarbeit
  - flexiblen Einsatz für kurzfristige notwendige Vertretungen
  - bessere Steuerungsmöglichkeiten durch die Musikschule (keine Beschränkung auf die reine Unterrichtstätigkeit), z. B. für Aktionen und Projekte an Wochenenden und in den Ferien.
- Weisungsgebundenheit der Lehrkräfte (keine Unabhängigkeit hinsichtlich Unterrichtsort, -zeit und Art der Tätigkeit)
- Weitere Einsatzmöglichkeiten aufgrund von Ferienüberhang
- Verpflichtende Teilnahme an Fortbildungen
- Intensive beratende Zusammenarbeit mit den Eltern möglich
- Höhere Attraktivität der Musikschule angesichts von Problemen wie Nachwuchsmangel durch soziale Absicherung der Lehrkräfte (inkl. gesetzliche Sozialversicherung, Urlaubsanspruch und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall)
- Rechtssicherheit sowohl für die Musikschule als auch für die Lehrkräfte
- Organisatorischer Vorteil in der Buchhaltung durch monatliche Vergütung

b) **Welche Kosten** entstehen der Musikschule durch die Überleitung von Honorarverhältnissen in Anstellungsverhältnisse?

- Bei Angestellten sind selbstverständlich – anders als bei Honorarkräften – generelle Faktoren bei Anstellungsverhältnissen wie die Anwendung von Tarifvertrag/Vergütungsordnung, Arbeitgeberbeiträge für Sozialversicherungen ebenso wie u. a. Lohnfortzahlungen in die Kalkulation miteinzubeziehen.
- Berücksichtigung von Arbeitszeiterfassung mit Zusammenhangstätigkeiten bei Arbeitsverträgen
  - ➔ Rechnet man bei Honorarkräften Zusammenhangstätigkeiten hinzu und werden diese auch entsprechend vergütet, sind die Personalaufwendungen für an Musikschulen regelmäßig tätige Honorarkräfte vielfach nicht signifikant niedriger als die Personalaufwendungen für angestellte Musikschullehrkräfte.
- Hinzukommen können bei der Statusfeststellung von Honorarkräften durch die Sozialversicherung hohe Kosten durch Rückzahlungen (Verzinsung) sowie mögliche Prozesskosten.
- Zu prüfen ist eine mögliche Zusatzversorgung.

4) Ist eine geringfügige Beschäftigung (Minijob) eine Alternative zum Anstellungsvertrag für Honorarkräfte mit wenigen Stunden?

➔ Ja, unter bestimmten Voraussetzungen kann dies für Lehrkräfte mit einem geringen Stundendeputat oder kurzfristiger Beschäftigung eine Alternative sein.

a) Eine geringfügige Beschäftigung (Minijob) ist bis zu einem maximalen monatlichen Bruttoverdienst von 520 Euro (inklusive Sonderzahlungen) möglich. (Da die Minijob-Grenze dynamisch ist und sich am Mindestlohn orientiert, steigt die Minijob-Grenze ab Januar 2024 voraussichtlich von 520 Euro auf 538 Euro monatlich.)

b) Die geringfügige Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 SGB IV (geringfügig Beschäftigte, die regelmäßig beschäftigt werden, d. h. die Beschäftigung ist auf ständige Wiederholung gerichtet und soll über mehrere Jahre ausgeübt werden) unterfällt uneingeschränkt dem Geltungsbereich des TVöD. Die entsprechende Person ist Teilzeitbeschäftigter gemäß § 24 Abs. 2 TVöD und teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im Sinne des TzBfG (§ 2 Abs. 2 TzBfG). Analog gilt dies auch für nichttarifgebundene Musikschulen: auch hier besteht die Möglichkeit von geringfügiger Beschäftigung.

c) Auf geringfügig Beschäftigte nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV (Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres begrenzt auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage und die Geringfügigkeitsgrenze wird nicht übersteigen) findet der TVöD keine Anwendung. (sog. „kurzfristige Beschäftigung")

d) Der Arbeitgeber zahlt bei geringfügig entlohnt Beschäftigten pauschal ca. 30 Prozent des Bruttolohns Steuern und Sozialversicherung; dazu gehören auch Pauschalbeiträge zur Krankenversicherung, wenn der Arbeitnehmer gesetzlich krankenversichert ist.

Daneben zahlt der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag zur Rentenversicherung, zusätzlich zahlt der Arbeitnehmer die Differenz zum aktuellen Rentenversicherungsbeitragssatz, wenn er sich nicht von der Rentenversicherungspflicht befreien lässt.

e) Bei einer sozialversicherungspflichtigen Voll- oder Teilzeitbeschäftigung liegt der Arbeitgeberbeitrag (sozial- und steuerrechtlich) dagegen nur bei ca. 21 Prozent.

f) Die Arbeitszeithöhe ist bei Minijobs nicht festgelegt, eine Begrenzung gibt es aber durch den gesetzlichen Mindestlohn. Eine kurzfristige Beschäftigung (max. 2 Monate bzw. 50 Tage/Jahr) dagegen ist sozialabgabenfrei, aber steuerpflichtig. Die zuständige Behörde ist die Minijob-Zentrale (www.minijob-zentrale.de).

g) Wenn eine Lehrkraft mehrere Minijobs hat, ist es wichtig, sich von dieser Nachweise dazu vorlegen zu lassen, damit der Bruttoverdienst von monatlich 520 Euro (inklusive Sonderzahlungen) nicht überschritten wird. Ansonsten würde der Arbeitsvertrag nicht mehr unter die Minijobregelungen fallen.

5) Ist ein Midijob eine Alternative zum normalen Anstellungsvertrag?

a) Sobald der Verdienst die monatliche Grenze von 520 Euro regelmäßig übersteigt (gültig für das Jahr 2023), gilt der Job nicht mehr als Minijob. Wer aktuell von 520,01 Euro bis 1.600 Euro monatlich verdient, befindet sich im sogenannten Übergangsbereich (früher: „Gleitzeitzone“) und hat damit einen Midijob.

b) Midijobs sind im Gegensatz zu Minijobs voll sozialversicherungspflichtig: Sowohl der Arbeitgeber als auch Midijobber zahlen in die Rentenversicherung, die Kranken- und Pflegeversicherung und die Arbeitslosenversicherung ein. Midijobs werden auch nicht bei der Minijob-Zentrale gemeldet, sondern bei der Krankenkasse des Arbeitnehmers. Mit einem Midijob haben Angestellte zwar – anders als beim Minijob – Steuerabzüge, jedoch günstigere Sozialversicherungsbeiträge als bei einer Vollzeitbeschäftigung. Damit eignet sich der Midijob für alle, die unterhalb der Höchstverdienstgrenze (aktuell 1.600 Euro) arbeiten, aber vollumfänglich versichert sein wollen.

c) Der Arbeitgeberbeitrag beginnt für den Midijob ab 520,01 Euro bei 28 Prozent. Der Beitrag wird bis zur oberen Midijob-Grenze von 2.000 Euro gleitend auf den üblichen Sozialversicherungsbetrag von ca. 20 Prozent abgeschmolzen.

6) Sind Flexiverträge (Arbeit auf Abruf oder Abrufarbeit) eine geeignete und rechtssichere arbeitsvertragliche Alternative bei der Überleitung?

Ist mit Schülerzahlschwankungen zu rechnen, können Flexiverträge (Arbeitsverträge mit einer Vereinbarung einer Flexiklausel) ein Mittel erster Wahl sein. Ergänzend sind ggf. auch Arbeitszeitkonten möglich, jedoch nur in engen Grenzen.

7) Was ist bei Flexiverträgen (Vereinbarung einer Flexiklausel) zu beachten?

a) Die Abrufarbeit betrifft vor allem Teilzeitkräfte. Daher ist die wesentliche gesetzliche Regelung zum Thema Arbeit auf Abruf auch im Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) enthalten, in § 12 TzBfG. Die Vereinbarung muss eine bestimmte Dauer der wöchentlichen und täglichen Arbeitszeit festlegen. Wenn die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit nicht festgelegt ist, gilt eine Arbeitszeit von 20 Stunden als vereinbart und der Arbeitgeber hat die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers jeweils für mindestens drei aufeinander folgende Stunden in Anspruch zu nehmen (§ 12 Abs. 1 TzBfG).

b) Ist für die Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit nach eine Mindest- und eine Höchstarbeitszeit vereinbart, darf der Arbeitgeber **nur bis zu 20 Prozent der wöchentlichen Arbeitszeit weniger oder bis zu 25 Prozent Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit mehr abrufen** (§ 12 Abs. 3 TzBfG). Der Korridor für eine solche Bandbreitenregelung darf nicht darüber hinausgehen (entweder 25 Prozent Erhöhung oder 20 Prozent Verringerung der Arbeitszeit). Unzulässig ist eine Kombination von einer 25-prozentigen Erhöhung und einer 20-prozentigen Verringerung, da dies zu einem Korridor von insgesamt 45 Prozent führen würde.
Die Orientierung an der Dauer der regelmäßigen Arbeitszeit führt dazu, dass der Arbeitgeber bei einer relativ hohen regelmäßigen Arbeitszeit mehr Arbeit einseitig reduzieren kann als bei einer relativ geringen.

c) Die Erhöhung oder Verringerung der Arbeitszeit ist grundsätzlich bei der Berechnung des anteiligen Urlaubsanspruchs zu beachten. (Zur Arbeitswoche zählen grundsätzlich auch Samstage.)

d) Der Arbeitgeber muss dem Arbeitnehmer die Lage seiner Arbeitszeit mindestens vier Tage im Voraus mitteilen, um ihm die Planung des Arbeitseinsatzes zu ermöglichen. Die Mindestfrist ist zwingend, es kann jedoch zugunsten des Arbeitnehmers durch Tarifvertrag davon abgewichen werden, wenn dieser Regelungen über die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit vorsieht. Nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen über die Arbeit auf Abruf vereinbaren. (§ 12 Abs. 6 TzBfG).

e) Der Arbeitnehmer ist nur zur Arbeitsleistung verpflichtet, wenn der Arbeitgeber ihm die Lage seiner Arbeitszeit jeweils mindestens vier Tage im Voraus mitteilt. Wird sie unterschritten, hat der Arbeitnehmer ein Leistungsverweigerungsrecht (§ 12 Abs. 3 TzBfG). Der Anspruch auf die Vergütung bleibt bestehen (§ 615 BGB).
Durch Tarifvertrag kann von den Absätzen 1 und 3 auch zuungunsten des Arbeitnehmers abgewichen werden, wenn der Tarifvertrag Regelungen über die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit und die Vorankündigungsfrist vorsieht. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen über die Arbeit auf Abruf vereinbaren.

f) Die Regelung von Arbeit auf Abruf ist außerdem nur wirksam, wenn:
- die Flexiklausel klar und transparent formuliert ist,
- ein Grund wie z. B. schwankende Schülerzahlen angegeben ist,
- ein Hinweis im Vertrag darauf enthalten ist, dass mit der Erhöhung oder Verringerung des Umfangs der Arbeitszeit in demselben Maße auch die Vergütung erhöht oder verringert wird.

g) Die Vereinbarung einer Flexiklausel unterliegt nur hinsichtlich der grundsätzlichen Einführung oder Abschaffung der Arbeit nach Abruf dem Mitbestimmungsrecht nach dem Betriebsverfassungsgesetz oder dem Personalvertretungsgesetz, nicht jedoch hinsichtlich jedem einzelnen Abruf.
Abweichungen davon können sich jedoch aus unterschiedlichen Regelungen in den Landespersonalvertretungsgesetzen ergeben.

8) Ist eine flexible Arbeitszeit (Reduzierung um 20 Prozent der Arbeitszeit aufgrund von Schülerzahlschwankungen) auch bei geringfügig Beschäftigten (Minijobs) möglich?

Auch ein Arbeitsvertrag über eine geringfügige Beschäftigung ist ein Arbeitsvertrag, sodass insoweit keine Besonderheiten gelten.

Soweit der Korridor des § 12 Abs. 2 Teilzeitbefristungsgesetz (TzBfG) von 20 Prozent Verringerung überschritten werden soll, ist eine Änderungskündigung immer dann möglich, wenn eine Weiterbeschäftigung zu den vereinbarten Arbeitsbedingungen aufgrund dauerhaft gesunkener Schülerzahlen nicht möglich ist. Insoweit besteht eine besondere Begründungsverpflichtung bei der Änderungskündigung, da eine Änderung der Beschäftigungsmöglichkeit zunächst im Betriebsrisiko des Arbeitgebers liegt. Wenn deshalb dauerhaft, d. h. über einen Zeitraum von mehreren Monaten die Schülerzahlen so stark gesunken sind, dass eine Weiterbeschäftigung im bisherigen Arbeitsumfang nicht möglich ist, ist eine betriebsbedingte Änderungskündigung möglich.

9) Wie können Musikschulen mit 100 Prozent angestellten Lehrkräften auf Schülerzahlschwankungen reagieren, die über den flexiblen Korridor (20 Prozent) der Verträge hinausgehen? Sind dort Änderungskündigungen/Änderungsverträge denkbar oder gibt es noch andere Optionen?

Eine bessere Möglichkeit zur Flexibilisierung besteht im Unterricht mit bestimmten, in der Regel wenig nachgefragten Instrumenten darin, den Arbeitsvertrag im Zeitpunkt des ersten Abschlusses nicht dauerhaft auf den (zu diesem Zeitpunkt erhöhten) Bedarf einzurichten, sondern die Arbeitsbedingungen, d. h. hier die Arbeitszeit, befristet zu erhöhen, um dann für den Fall, dass sich die Schülerzahlen wieder nach unten verändern, die befristete Erhöhung nicht zu verlängern. Diese befristete Erhöhung von Arbeitsbedingungen ist zulässig.

10) Wie kann man im TVöD schnell eine Krankheitsvertretung für längerfristig erkrankte Kollegen einstellen? Muss eine Krankheitsvertretung einen TVöD-Vertrag bekommen oder reicht eine Aufwandsentschädigung?

a) Möglichkeit einer Befristung mit Sachgrund:

Eine Krankheitsvertretung für längerfristig erkrankte Lehrkräfte (oder für ausfallende Lehrkräfte wegen Urlaub, Mutterschutz oder Elternzeit) kann befristet angestellt werden. Nach § 30 Absatz 1 S. 1 TVöD sind b**efristete Arbeitsverträge nach Maßgabe des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) sowie anderer gesetzlicher Vorschriften über die Befristung von Arbeitsverträgen zulässig.**

Das gesetzliche **Schriftformerfordernis** erstreckt sich dabei nur auf die **Befristungsabrede**, nicht auch auf die Angabe des sachlichen Grundes für die Befristung. Eine Befristung mit Sachgrund ist in diesem Fall nach § 14 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 TzBfG gegeben, wenn der betriebliche Bedarf an der Arbeitsleistung nur vorübergehend besteht.

Entscheidend für die **sachliche Rechtfertigung** ist hier, dass aufgrund des zeitweiligen Ausfalls einer Lehrkraft ein vorübergehender Bedarf entstanden ist und durch die befristete Beschäftigung der zeitweilige Ausfall des Vertretenen ausgeglichen wird. Die zur Vertretung befristet eingestellte Lehrkraft muss nicht zur Verrichtung exakt der Aufgaben eingestellt werden, die die verhinderte Lehrkraft ausgeübt hat. Maßgebend ist vielmehr die Tatsache, dass die befristete Einstellung wegen des vorübergehenden Beschäftigungs-bedarfs erfolgt ist. Im Streitfall muss der Arbeitgeber diesen Ursachenzusammenhang darlegen und beweisen. Für die Dauer der Vertretung gibt es keine gesetzliche Beschränkung.

Wird ein Arbeitnehmer aber zur Vertretung einer aufgrund von Kurzerkrankungen häufig ausfallenden Stammkraft eingestellt, so ist die Vertretung **nicht sachlich gerechtfertigt**, **wenn der Arbeitnehmer durchgehend auch in den Zeiträumen beschäftigt wird, in denen keine Stammkraft fehlt** (LAG Köln v. 21.3.2012 - 9 Sa 1030/11). Der wiederholte Abschluss befristeter Arbeitsverträge ist durchaus möglich. Eine **Dauervertretung (z. B. als Springer) ist allerdings unzulässig**.

Um den Vertretungsbedarf festzustellen, muss der Arbeitgeber eine Prognose-entscheidung treffen. Eine solche kann im Einzelfall schwierig sein, z. B. bei Langzeiterkrankten.

b) Möglichkeit einer Zweckbefristung bei Langzeiterkrankten:

Bei Langzeiterkrankten sollte auch überlegt werden, ob eine Zweckbefristung geeigneter ist. Die Zweckbefristung kann folgendermaßen aussehen:

> **Musterformulierung: „**Frau (…) wird ab (…) zur Aushilfe für die Dauer der Erkrankung von Herrn (…) eingestellt. Das Arbeitsverhältnis endet zwei Wochen nach Wiederaufnahme der Arbeit durch Herrn (…), ohne dass es einer Kündigung bedarf."

Das gesetzliche **Schriftformerfordernis** erstreckt sich bei der Zweckbefristung auf die Dauer der Befristung, die sich aus dem Vertragswortlaut erkennen lassen muss.

Der zweckbefristete Arbeitsvertrag endet mit **Erreichen des Zwecks**, frühestens jedoch zwei Wochen nach **Zugang der schriftlichen Unterrichtung** des Arbeitnehmers durch den Arbeitgeber über den Zeitpunkt der Zweckerreichung (§ 15 Abs. 2 TzBfG).

Möglich und sinnvoll können Zweckbefristungen verbunden mit einer kalendermäßig bestimmten oder bestimmbaren Höchstdauer sein. Derartige **Doppelbefristungen** sind nach dem Grundsatz der Vertragsfreiheit zulässig.

> **Musterformulierung:** „Der nachfolgende Arbeitsvertrag wird als Aushilfsarbeitsverhältnis zur Vertretung der Mitarbeiterin (…) für mindestens zwei Monate ab Vertragsschluss, höchstens für sechs Monate geschlossen. Es endet in jedem Falle innerhalb einer Woche nach Rückkehr der Mitarbeiterin an ihren Arbeitsplatz."

11) Müssen bei befristeten Arbeitsverträgen aufgrund von Krankheitsvertretung nach TVöD die gemeindlichen Gremien plus Personalrat zustimmen?

Eine befristete Beschäftigung wegen eines vorübergehenden Bedarfes einer Lehrkraft im Geltungsbereich des TVöD muss auch nach den Grundsätzen des TVöD erfolgen. Denn für den auch bei Krankheitsvertretung möglichen Fall, dass die vertretene Lehrkraft nicht mehr in den Arbeitsplatz zurückkehren kann, würde ansonsten eine Umgehung der Einstellungsvoraussetzungen vorliegen.

Der Personalrat/Betriebsrat hat auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen und bei deren Verlängerung ein Mitbestimmungsrecht. Der Gremiendurchlauf ist daher erforderlich.

12) Inwieweit kann interkommunale Zusammenarbeit bei Anstellungsverhältnissen helfen?

a) Nach der EuGH-Rechtsprechung erfüllt eine interkommunale Zusammenarbeit in Form einer Kooperation nicht den Tatbestand der Personalgestellung.

b) Je nach Vertrag besteht ggf. ein Zustimmungserfordernis der Beschäftigten.

c) Ggf. ist sie umsatzsteuerpflichtig.

d) Im kommunalen Bereich ist eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung dazu möglich.

e) Bei e. V.-Musikschulen mit juristischen Personen als Mitgliedern ist zu prüfen, ob der Vereinszweck eine interkommunale Vereinbarung bei Angestelltenverhältnissen zulässt.

f) Bei einer Kooperation zwischen einer Kommune und einer e. V.-Musikschule ist ebenfalls zu prüfen, ob der Vereinszweck dies zulässt.

13) Können Studenten beitragsfrei an einer Musikschule beschäftigt sein?

a) Nach § 6 Abs. 1 Nr. 3 SGB V sind Personen **von der Krankenversicherung befreit und damit zugleich pflegeversicherungsfrei**, die **während der Dauer ihres Studiums als ordentliche Studierende** einer Hochschule oder einer der fachlichen Ausbildung dienenden Schule gegen Arbeitsentgelt beschäftigt sind. Entsprechendes gilt nach § 27 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 SGB III für den Bereich der **Arbeitslosenversicherung**, von der sie unter den o. g. Voraussetzungen ebenfalls befreit sind.

b) In der **Rentenversicherung** unterliegen Studenten in einer neben dem Studium ausgeübten Beschäftigung **grundsätzlich der Versicherungspflicht**, es sei denn, dass die Beschäftigung die Voraussetzungen der Geringfügigkeit i. S. d. §§ 8, 8a SGB IV erfüllt.

c) In den Semesterferien ist eine versicherungsfreie Beschäftigung möglich. Eine Versicherungsfreiheit ist jedoch nicht mehr gegeben, wenn die Bedeutung des Studiums hinter der ausgeübten Beschäftigung zurücktritt. Ein Beweisanzeichen ist die wöchentliche Arbeitszeit außerhalb der Semesterferien: Überschreitet die Beschäftigung wöchentlich 20 Stunden, liegt in aller Regel eine Versicherungspflicht vor.
Achtung hier bei kumulativen Beschäftigungen: Mehrere Beschäftigungsverhältnisse dürfen nicht dazu führen, dass die wöchentliche Arbeitszeit 20 Stunden überschritten wird.

d) **Ausnahme: Werkstudenten** sind in einer neben dem Studium ausgeübten Beschäftigung unter bestimmten Voraussetzungen allerdings in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei (sog. Werkstudentenprivileg). Dies kommt aber nur zum Tragen, wenn die Studentenbeschäftigung nicht bereits wegen Geringfügigkeit i. S. v. § 8 Abs. 1 SGB IV versicherungsfrei ist. (Geringfügige Beschäftigungen i. S. v. §§ 8, 8a SGB IV sind grundsätzlich in der gesetzlichen Krankenversicherung, Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei (vgl. § 7 Abs. 1 SGB V, § 5 Abs. 2 SGB VI, § 27 Abs. 2 SGB III).)

14) Sind an der Musikschule beschäftigte Rentner versicherungspflichtig?

a) Wenn an der Musikschule beschäftigte Rentner bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze in der **Rentenversicherung** nicht pflicht- oder freiwillig versichert waren, werden sie bei Aufnahme der Beschäftigung nach Erreichen der Regelaltersgrenze auch nicht mehr rentenversicherungspflichtig, sondern sind rentenversicherungsfrei.
Erhält eine Lehrkraft eine Vollrente, ist sie rentenversicherungspflichtig, bis sie die

Regelaltersgrenze erreicht. Ebenfalls rentenversicherungspflichtig sind Empfänger einer Erwerbsminderungsrente, die noch nicht die Regelaltersgrenzen erreicht haben. **Ab Erreichen der Regelaltersgrenze** muss die Musikschule für diese Lehrkräfte lediglich den Arbeitgeberanteil an den Rentenversicherungsträger abführen. Die Lehrkraft kann sich aber dafür entscheiden, die Rentenansprüche zu erhöhen und sie kann nach dem Erreichen der Regelaltersgrenze weiterhin uneingeschränkt hinzuverdienen. Sie verzichtet insofern auf die eigene Rentenversicherungsfreiheit, erhält später aber eine höhere Rente. Die Lehrkraft muss dies der Musikschule anzeigen. In diesem Fall muss die Musikschule weiterhin die Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile für die Rentenversicherung abführen.

b) In der **Arbeitslosenversicherung** sind Personen, die die **Regelaltersgrenze erreicht haben, generell versicherungsfrei**. Der Arbeitgeber hat seit 1. Januar 2022 aber wieder (wie vor 2017) für seine in diesen Versicherungszweigen versicherungsfreien Beschäftigten jeweils die Hälfte des Beitrages abzuführen, der zu zahlen wäre, wenn die Beschäftigten versicherungspflichtig wären (Arbeitgeberanteil).

c) Keine versicherungsrechtliche Relevanz hat das Erreichen der Regelaltersgrenze auf die **Kranken- und Pflegeversicherung**. Es besteht bei Abschluss eines Arbeitsverhältnisses **vollständige Versicherungspflicht**. Diese ist vorrangig und verdrängt bei einer versicherungspflichtigen Beschäftigung auch die Versicherung in der Krankenversicherung der Rentner. Bei Altersrentnern besteht jedoch **kein Anspruch mehr auf Krankengeld**. Deshalb ist für die Beschäftigung der ermäßigte Beitragssatz von 14 Prozent maßgebend. Der Zusatzbeitrag der Krankenkasse kommt auch bei Rentnern noch dazu.

15) Wann und wie kann eine in Rente befindliche Lehrkraft gekündigt werden?

Bei Rentnern bestehen grundsätzlich dieselben Kündigungsmöglichkeiten wie bei anderen Arbeitnehmern. Eine Ausnahme besteht bei betriebsbedingten Kündigungen und auch bei betriebsbedingten Änderungskündigungen bei Rentnern hinsichtlich der Sozialauswahl. Nach § 1 Abs. 3 KSchG sind Rentner bei der Sozialauswahl nicht in dem Umfang zu berücksichtigen, wie Arbeitnehmer, die noch keinen Anspruch auf eine Altersrente haben, wie das Bundesarbeitsgericht (BAG) entschieden hat (BAG, Urteil vom 27. April 2017 – 2 AZR 67/16).

Vorausgesetzt, dass der Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes gegeben ist, sind bei einer betriebsbedingten Kündigung wie auch einer betriebsbedingten Änderungskündigung die vier Grundkriterien aus § 1 Abs. 3 KSchG. zu berücksichtigen. Die Grundkriterien sind:

a) Die Dauer der Betriebszugehörigkeit: d. h. die Unternehmenszugehörigkeit als rechtlich ununterbrochene Bestand des Arbeitsverhältnisses zum Arbeitgeber; unerheblich sind dabei der bisherige zeitliche Umfang der Beschäftigung oder Zeiten, in

denen das Arbeitsverhältnis geruht hat wie im Falle einer Elternzeit oder Zeiten tatsächlicher Unterbrechung, etwa infolge Krankheit; Beschäftigungszeiten aus einem früheren Arbeitsverhältnis mit demselben Arbeitgeber sind zu berücksichtigen, sofern sie auf die Wartezeit angerechnet werden.

b) **Das Lebensalter**: Entscheidend sind ausschließlich die Daten, aus denen sich das Alter ergibt, nicht aber die mit dem Alter verbundenen gesundheitlichen Probleme; nach Auffassung des BAG verstößt die Berücksichtigung eines höheren Lebensalters auch nicht gegen das Verbot der Benachteiligung jüngerer Mitarbeiter, weil es von einem legitimen Ziel der Sozialpolitik gedeckt ist. Denn mit zunehmendem Lebensalter nimmt die Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers zu, da es dann schwerer fällt, einen neuen Arbeitsplatz zu finden; mit zeitlicher Nähe zum Renteneintritt nimmt die Schutzbedürftigkeit aber wieder ab, wenn der Arbeitnehmer in der Zeit bis zum Renteneintritt anderweitig abgesichert ist, etwa durch die Möglichkeit von Altersteilzeit oder Leistungen der gesetzlichen Arbeitslosen- oder Rentenversicherung.

c) **Bestehende Unterhaltsverpflichtungen:** Dabei sind weder der Familienstand noch die Anzahl der vorhandenen Kinder entscheidend; maßgeblich sind nur die aus der familienrechtlichen Verbundenheit folgenden **finanziellen Verpflichtungen, die dem Arbeitnehmer kraft Gesetzes auferlegt sind**. Unterhaltsverpflichtungen ohne gesetzliche Verpflichtung können nicht berücksichtigt werden. Es kommt dabei auf Anzahl und Höhe der Unterhaltsverpflichtungen zum Kündigungszeitpunkt an; dazu gehören Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Ehegatten, gleichgeschlechtlichen Lebenspartnern, Kindern und pflegebedürftigen Eltern. Unterhaltsleistungen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft bleiben unberücksichtigt. Neben der bestehenden gesetzlichen Verpflichtung ist entscheidend, dass die Verpflichtungen vom Arbeitnehmer auch tatsächlich erfüllt werden. Leisten andere Personen den Unterhalt mit befreiender Wirkung, wird also ein Kind von der Großmutter unterhalten, mindert dies die Unterhaltspflichten des Arbeitnehmers. Etwas anderes gilt, wenn sich der Arbeitnehmer seinen Unterhaltspflichten nur entzieht, ohne dass eine andere Person für den Unterhalt aufkommt. Denn ein gesetzwidriges Verhalten kann die Sozial-auswahl nicht beeinflussen)

d) **Gegebenenfalls bestehende Schwerbehinderung** (GdB 50 und mehr) oder die Gleichstellung zu einem Schwerbehinderten (GdB 30 und GdB 40 bei einer entsprechenden Gleichstellung): Die Berücksichtigung der Schwerbehinderung als viertes Grundkriterium beruht auf den Schwierigkeiten, mit denen Schwerbehinderte typischerweise bei der Arbeitsplatzsuche konfrontiert sind.

Ansonsten gelten für die Kündigung eines Rentners keine Besonderheiten gegenüber anderen Beschäftigten.

16) Muss bei einer Änderungskündigung ein Sozialplan erarbeitet und beachtet werden?

Für den Fall, dass eine betriebsbedingte Änderungskündigung oder eine betriebsbedingte Beendigungskündigung erklärt werden soll, muss im Anwendungsbereich des Kündigungsschutzgesetzes gemäß § 1 Abs. 3 KSchG die Sozialauswahl wie folgt eingehalten werden: Es sind die vier Grundkriterien aus § 1 Abs. 3 KSchG zu berücksichtigen. Die **Grundkriterien sind die Dauer der Betriebszugehörigkeit, das Lebensalter, bestehende Unterhaltsverpflichtungen und eine gegebenenfalls bestehende Schwerbehinderung** (GdB 50 und mehr) oder die Gleichstellung zu einem Schwerbehinderten (GdB 30 und GdB 40 bei einer entsprechenden Gleichstellung).

Die Erläuterungen zu den Grundkriterien finden Sie oben in dem vorhergehenden Punkt (II 16).

17) Können Honorarkräfte in Festanstellungen mit einer begrenzten JWS-Zahl überführt werden und darüber hinaus über die Musikschule vermittelt „privat" Musikschulschüler unterrichten, wenn es aufgrund viel zu geringen öffentlicher Förderung und sich einer daraus zwingend ergebenen Kappung der JWS pro Lehrkraft lange Warteliste gibt? Die Schüler sind dabei normal an der Musikschule angemeldet, haben die gleichen Rechte und Pflichten, wie die anderen Schüler, zahlen aber den vereinbarten Honorarsatz, der zumeist identisch mit den Entgelten lt. Entgeltordnung ist, direkt an die Lehrkraft.

Nein, ein Honorarvertrag ist in diesem Fall rechtlich i. d. R. nicht möglich.
Ist eine Lehrkraft an der Musikschule angestellt, d. h., mit weisungsgebundener Eingliederung, und gleichzeitig Honorarkraft mit weisungsfreier Ausgestaltung der selbstständigen Tätigkeit werden strenge Maßstäbe für das tatsächliche Vorliegen einer selbstständigen Tätigkeit gefordert. In aller Regel wird daher von einem einheitlichen Beschäftigungsverhältnis auszugehen sein, in dessen Rahmen der Beschäftigte seine Arbeitsleistung regelmäßig

- am selben Betriebsort (Musikschulgebäude),
- für denselben Betriebszweck (Schülerunterricht) und
- unter Einsatz der Betriebsmittel des Arbeitgebers (Musikschulräume, Instrumente, Notenständer) erbringt.

Es handelt sich daher um keine selbstständige Tätigkeit, sondern um ein einheitliches **Beschäftigungsverhältnis**, wenn

- der vermeintlich selbstständige Teil der Tätigkeit nur aufgrund der abhängigen Beschäftigung ausgeübt wird,
- in diese zeitlich, örtlich, organisatorisch und inhaltlich eingebunden und
- im Verhältnis zur Beschäftigung nebensächlich ist,
- und daher insgesamt wie ein Teil der abhängigen Beschäftigung erscheint.

III) Im Falle der Weiterführung von Honorarverträgen oder bei neuen Honorarverträgen

1) Was sind die Risiken bei Honorarverträgen?

a) Risiken für die Musikschule:
- Unabhängigkeit der Honorarkräfte, d.h. freie Bestimmung von Ort, Zeit und Art der Tätigkeit; keine Verpflichtung zur persönlichen Arbeitsleistung.
- Unabhängigkeit von der Musikschulorganisation, Beschränkung des Vertragsverhältnisses auf die geleisteten Unterrichtsstunden und die dafür geschuldete Vergütung.

b) Risiko für die Honorarkraft:
- Keine Urlaubsansprüche, kein Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall.
- Unternehmerisches Risiko: Honorar nur bei Leistung; kein Ausfallhonorar.
- Vergütung nach Stunden.
- Eigene Versicherung oder Versicherung in der Künstlersozialkasse

c) Das größte Risiko ist, dass Honorarverträge in der Praxis nicht nach den Kriterien des BSG und der Spitzenverbände der Sozialversicherer umgesetzt werden können (vgl. Urteil des BSG [Az. B 12 R 3/20 R] vom 28. Juni 2022 in dem Verfahren Stadt Herrenberg ./. Deutsche Rentenversicherung).

2) Müssen wir unsere Verträge mit bisherigen Honorarverträge sofort ändern und neu mit unseren Honorarkräften abschließen?

Bisherige Honorarverträge sind i.d.R. in der betrieblichen Praxis nicht mehr rechtssicher auszugestalten und stellen damit auch ein erhebliches finanzielles Risiko für den Musikschulträger, für die Musikschule selbst und evtl. für den Vorstand dar. Der VdM kann daher nur zum Abschluss von sozialversicherungspflichten Arbeitsverträgen raten. (Ausnahme: Honorarverträge sind noch möglich bei eng abgegrenzten Tätigkeiten und zeitlich eng begrenzten Projekten wie Workshops, die nicht zum Kernangebot der Musikschule gehören.)

3) Welches sind die wesentlichen Merkmale für einen rechtswirksamen Honorarvertrag? / Was müssen wir beachten, damit wir Honorarkräfte rechtssicher an unserer Musikschule arbeiten lassen können?

a) Nach den Kriterien der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung aufgrund des Urteils des Bundessozialgerichts (BSG) vom 28.6.2022 (B 12 R 3/20 R), 28.6.2022 müssen dazu folgende Kriterien erfüllt sein:

aa) Fehlende betriebliche Eingliederung, d. h. die Lehrkraft darf nicht in den Betrieb (in die Musikschule) eingegliedert sein. Kriterien dafür sind:

- Keine Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung.
- Keine Festlegung bestimmter Unterrichtszeiten und Unterrichtsräume (einzelvertraglich oder durch Stundenpläne) durch die Schule / Bildungseinrichtung.
- Einfluss der Lehrkraft auf die zeitliche Gestaltung der Lehrtätigkeit.
- Nach einem Kriterium der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung steht eine Meldepflicht einer Honorarkraft für Unterrichtsausfall aufgrund eigener Erkrankung oder sonstiger Verhinderung einem rechtswirksamen Honorarvertrag entgegen.
- Ist die Honorarkraft aber erkrankt oder anderweitig verhindert und kann den Unterricht nicht erteilen, ist die Vereinbarung im Honorarvertrag zulässig, dass sie bei Krankmeldung eine (gleich qualifizierte) Ersatzkraft stellen kann oder den Unterricht selbst zu einem anderen Zeitpunkt erteilt.
- Kein Anspruch der Honorarkraft im Falle der Erkrankung oder sonstiger Verhinderung auf Vergütung, wenn der Unterricht nicht erteilt werden kann, da das Vergütungsrisiko bzw. Betriebsrisiko immer bei der selbstständigen Honorarkraft liegen muss.
- Keine Verpflichtung zur Vorbereitung und Durchführung gesonderter Schülerveranstaltungen.
- Keine Verpflichtung zur Teilnahme an Lehrer- und Fachbereichskonferenzen oder ähnlichen Dienst- oder Fachveranstaltungen der Schuleinrichtung (dem steht eine hierfür vereinbarte gesonderte Vergütung als eine an der Arbeitszeit orientierte Vergütung nicht entgegen).
- Keine Verpflichtung zum Unterricht auf der Grundlage von Lehrplänen als Rahmenvorgaben (dies würde der typischen unternehmerischen Freiheit widersprechen).

bb) Voraussetzung für einen rechtswirksamen Honorarvertrag ist neben der fehlenden Eingliederung eine in unternehmerischer Freiheit ausgeübte Tätigkeit, insbesondere wenn
    - eine eigene betriebliche Organisation besteht und eingesetzt wird,
    - ein Unternehmerrisiko besteht,
    - der Honorarkraft auch unternehmerische Chancen und Freiheiten gewährt werden, wie z. B. eigene Schüler zu akquirieren und auf eigene Rechnung auch in den Räumen der Musikschule zu unterrichten; dies steht aber grundsätzlich mit dem Selbstverständnis der Musikschule in einem Interessenkonflikt, da selbstgestalteter und freiorganisierter Unterricht möglicherweise zusätzlich mit selbst durch die Honorarkraft ausgewählten eigenen Schülern nach dem Selbstverständnis der Musikschule i. d. R. nicht gewünscht ist
    - und die Lehrtätigkeit durch eine (gleich qualifizierte) Dritte erbracht werden kann.

4) **Kann mit einer Honorarlehrkraft ein Vertrag geschlossen werden, wonach die Musikschule weiterhin selbst die Unterrichtszeiten der Schüler vereinbart?**

Grundsätzlich nicht.

5) **Ist es weiterhin möglich, dass mit Honorarlehrkräften vereinbart wird, dass diese persönlich unterrichten?**

Eine solche Vereinbarung ist nicht ausreichend. Es muss vertraglich die Möglichkeit gewährleistet sein, dass die Honorarkraft eine Vertretung benennt.

6) **Wenn Honorarlehrkräfte verhindert sind und eine Vertretung benennen: Muss die Schulleitung jede Vertretungslehrkraft akzeptieren?**

Ja, wenn die erforderlichen Qualifikationen und ein **erweitertes Führungszeugnis** nachgewiesen werden. Zu beachten ist ggf. auch der Nachweis eines Masernschutzes.

7) **Muss es für die Honorarlehrkraft möglich sein, auch längerfristig den Unterricht durch eine Vertretung erbringen zu lassen?**

Ja, dies muss möglich sein (sofern die erforderlichen Qualifikationen und ein **erweitertes Führungszeugnis** sowie ggf. des Nachweises eines Masernschutzes der Vertretung nachgewiesen werden).

8) **Ist es weiterhin möglich, mit Honorarlehrkräften die Rahmenlehrpläne des VdM als Grundlage für den Unterricht vertraglich zu vereinbaren?**

Nach der Rechtsprechung stellt die Vereinbarung der Rahmenlehrpläne des VdM als Grundlage des Unterrichts ein negatives Kriterium für einen Honorarvertrag dar und ist somit in der Praxis nicht mehr möglich.

9) **Kann unsere Musikschule mit Honorarkräften weiterhin vereinbaren, dass sie Schülervorspiele vorbereiten und durchführen, wenn dafür eine Zeitvergütung oder ein fixes Honorar vertraglich vereinbart wird?**

Die Vereinbarung einer Zeitvergütung ist nicht möglich, sondern nur eine Pauschalhonorar-Vereinbarung mit der Honorarkraft (damit diese ihr unternehmerisches Geschick ausüben kann). Zudem muss das Kriterium der Freiwilligkeit gegeben sein; die Honorarkraft muss also immer frei entscheiden können, ob sie ein Schülervorspiel vorbereitet und durchführt oder nicht.

10) Kann unsere Musikschule mit Honorarkräften weiterhin vereinbaren, dass sie Schüler für die Teilnahme an Wettbewerben vorbereiten und dabei begleiten, wenn dafür eine Zeitvergütung oder ein fixes Honorar vertraglich vereinbart wird?

Die Vereinbarung einer Zeitvergütung ist nicht möglich, sondern nur eine Pauschalhonorar-Vereinbarung mit der Honorarkraft (damit diese ihr unternehmerisches Geschick ausüben kann); die Freiwilligkeit muss auch hier immer bestehen.
Darüber muss auch hier – ebenso wie in den nachfolgenden folgenden Fällen (Punkt 20 ff.) eine Vertretung möglich sein.

11) Kann unsere Musikschule mit Honorarkräften weiterhin vereinbaren, dass sie an Konferenzen teilnehmen, wenn dafür eine Zeitvergütung oder ein fixes Honorar vertraglich vereinbart wird?

Die Vereinbarung einer Zeitvergütung ist nicht möglich, sondern nur eine Pauschalhonorar-Vereinbarung mit der Honorarkraft (damit diese ihr unternehmerisches Geschick ausüben kann); die Freiwilligkeit muss auch hier immer bestehen.

12) Kann unsere Musikschule mit Honorarkräften weiterhin vereinbaren, dass sie an Veranstaltungen mitwirken und daran teilnehmen, wenn dafür eine Zeitvergütung oder ein fixes Honorar vertraglich vereinbart wird?

Die Vereinbarung einer Zeitvergütung ist nicht möglich, sondern nur eine Pauschalhonorar-Vereinbarung mit der Honorarkraft (damit diese ihr unternehmerisches Geschick ausüben kann); die Freiwilligkeit muss auch hier immer bestehen.

13) Kann unsere Musikschule Honorarlehrkräfte verpflichten, Unterrichtsausfall aufgrund von eigener Erkrankung oder sonstiger eigener Verhinderung der Musikschule rechtzeitig zu melden?

Durch Vereinbarung ist diese Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Unterrichts möglich.

14) Kann weiterhin ein Ausfallhonorar für unverschuldeten Unterrichtsausfall mit der Honorarlehrkraft vereinbart werden?

Nein, ein Ausfallhonorar kann nicht vereinbart werden, da sonst kein unternehmerisches Risiko bei der Honorarkraft gegeben ist.

15) Muss unsere Musikschule Honorarlehrkräften die Möglichkeit geben, in Räumen der Musikschule eigenen Privatunterricht auf eigene Rechnung zu erteilen? Kann die Musikschule hierfür Miete verlangen und was hätte das für steuerliche Auswirkungen?

Die Musikschule kann dies anbieten, wenn es im Einzelfall (freie Räume) möglich ist. Unter dieser Voraussetzung ist eine Vereinbarung sinnvoll, da dies ein wichtiges Kriterium für die Annahme einer Selbständigkeit wäre. Zu beachten ist, dass für die Miete dann auch Umsatzsteuer zu berechnen ist.

16) Wie sieht es aus mit Honorarverträgen mit Rentnern und für Nebentätigkeiten einer Lehrkraft, die in einem anderen Vollzeitverhältnis beschäftigt ist?
(-> Siehe hierzu oben auch Punkt II 14 und 15.)

a) Im Falle eines Honorarvertrages mit einem **Altersrentner** ist bei einem zeitlich begrenzten Arbeitsumfang (d. h. bei einer i. d. R. nur geringen Anzahl an Unterrichtseinheiten pro Woche, die den Umfang einer geringfügigen Beschäftigung nicht übersteigen) das Risiko einer Haftung bei einer Betriebsprüfung abgeschwächt, soweit er bei einer Wertung der Tätigkeit als geringfügige Beschäftigung zum Teil von der Versicherungspflicht befreit wäre.
Für geringfügig beschäftigte Arbeitnehmer, die die Regelaltersgrenze für die Rente erreicht haben (Altersrentner), gibt es aktuell eine Befreiung von der Versicherungspflicht für die Krankenversicherung und für die Rentenversicherung, soweit sie sich für letztere nicht freiwillig weiterversichern (was sie dem Arbeitgeber aber anzeigen müssen). Für die Arbeitslosenversicherung wie auch die Rentenversicherung hat der Arbeitgeber aber seinen Arbeitgeberanteil zu zahlen.
Rechtssicher ist ein Honorarvertrag aber auch hier dann, wenn Altersrentner mit einer nur sehr geringen Stundenzahl arbeiten, keine Indikatoren für eine **betriebliche Eingliederung** vorliegen und die Tätigkeit **in unternehmerischer Freiheit ausgeübt** wird.

b) Ein etwas geringeres Risiko kann auch bei einer Nebentätigkeit auf Honorarbasis eines ansonsten in Vollzeit sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (z. B. **Orchestermusiker**) vorliegen. Voraussetzung ist jedoch auch hier zunächst, dass die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschritten wird, damit nicht ggf. die Pflicht besteht, Beiträge in die Rentenversicherung einzuzahlen.
Für einen rechtssicheren Honorarvertrag ist auch hier entscheidend, dass keine Indikatoren für eine **betriebliche Eingliederung** vorliegen und die Tätigkeit **in unternehmerischer Freiheit ausgeübt** wird.

17) Ist der bei „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung" zur Verfügung gestellte Muster-Honorarvertrag rechtlich unproblematisch?

a) Der Honorarvertrag im Rahmen einer zeitlich befristeten Maßnahme beim Projekt „Kultur macht stark" ist nur denkbar bei einer sehr geringen Unterrichtsleistung pro Woche, im Muster lediglich zwei Unterrichtseinheiten. Dabei darf **mit demselben Vertragspartner** nur **eine** Unterrichtsleistung vereinbart werden. Es handelt sich danach von vornherein um eine nur geringfügige (und kurzfristige) Beschäftigung, die von einem TVöD-Arbeitsverhältnis in § 1 Abs. 2 m TVöD-AT ausdrücklich ausgenommen ist. Eine solche Beschäftigung liegt vor, wenn sie innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist. Die Zahl von 70 Arbeitstagen wird im Befristungszeitraum des Muster-Honorarvertrages unterschritten.

b) Darüber hinaus handelt es sich in diesem Fall nur um eine sehr geringe Unterrichtsverpflichtung, bei der keine Eingliederung in die Organisationsstruktur der Musikschule möglich ist; einer Honorarkraft verbleiben dabei vielfältige Möglichkeiten unternehmerisch tätig zu sein.

c) Bei mehreren zeitlich befristeten Maßnahmen und damit weiteren Honorarverträgen mit demselben Auftraggeber ist zu prüfen, inwieweit noch rechtswirksame Honorarverträge geschlossen werden können oder diese rechtsunwirksam sind.

18) Ist ein Honorarvertrag für eine lediglich kurze Vertretung möglich?

Bei einer nur kurzen Vertretung ist ein Honorarvertrag unbedenklich, sofern von vornherein klar ist, dass die Vertretung nur für diesen Einzelfall und für eine lediglich kurze Zeit (zwei bis drei Wochen) besteht. Bei längerfristiger Vertretung (z. B. Elternzeit) handelt es sich aber nicht mehr um eine kurzfristige Vertretung. Für solche Fälle gibt es die Möglichkeit einer befristeten Anstellung mit Sachgrundbefristung nach §14 Abs. 1 Teilzeitbefristungsgesetz (s. o. unter II 10).
Dasselbe gilt auch für einen Pool an Ersatzlehrkräften oder sog. Springer. Sind diese nicht nur für einen Einzelfall und für kurze Zeit (zwei bis drei Wochen) für die Musikschule tätig, ist ein Honorarvertrag nicht mehr möglich.
Denn wird eine Honorarkraft länger für die Musikschule tätig, besteht die Möglichkeit, dass diese Lehrkraft bei einer Statusfeststellung unbefristet beschäftigt werden muss.

IV) Maßstäbe für die Abgrenzung zwischen Angestellten und Selbständigen in der gelebten Praxis

➔ **Wichtig:** Ein Honorarvertrag muss den o. g. Indikatoren der **fehlenden betrieblichen Eingliederung** entsprechen und die Tätigkeit muss **in unternehmerischer Freiheit ausgeübt** werden.

1) Dies ist jedoch allein nach der Rechtsprechung des Bundesozialgerichts („Herrenberg-Urteil") nicht ausreichend. Denn es kommt ebenso auf die **in der Praxis konkret gelebte Arbeitssituation** an. Wenn also die gelebte Praxis im Musikschulalltag nicht den Voraussetzungen für ein rechtswirksames Honorarvertragsverhältnisses entspricht, sondern es eine Verfahrensähnlichkeit zu den angestellten Lehrkräften gibt, wird das Honorarvertragsverhältnis bei einer sozialversicherungsrechtlichen Prüfung nicht als rechtswirksam anerkannt werden.

2) Indikatoren für eine mangelnde Selbstständigkeit sind z. B., wenn eine Lehrkraft

- einen Stundenplan befolgen muss,
- Unterrichtsnachweise führen muss,
- In die Kommunikationssysteme der Musikschule eingebunden ist,
- zur Nutzung einer Musikschul-App verpflichtet wird,
- im Team mit angestellten Lehrkräften arbeitet,
- bestimmte Räume zu nutzen hat
- oder zu Krankmeldungen verpflichtet ist.

➔ **Wenn Sie weitere Fragen haben, die in diesem Papier nicht behandelt werden, senden Sie uns diese bitte zu an vdm@musikschulen.de.**

Rechtsamt

Rüsselsheim am Main, 14.03.2024
I/30 – CR
☎ 83-2258 / 🖷 83-2055
rechtsamt@ruesselsheim.de
can.rehtanz@ruesselsheim.de

Kultur 123
Betriebsleitung
Herrn Dr. Al Ghouz

Prüfauftrag: Ist die Überleitung aller Honorarverträge an der Musikschule Rüsselsheim in Anstellungsverhältnisse dringend und zwingend erforderlich

Ihr Schreiben vom 01.03.2024

Sehr geehrter Herr Dr. Al Ghouz,

in der vorbezeichneten Angelegenheit bedanke ich mich für Ihre Ausführungen und die umfangreichen Anlagen und teile Ihnen mit, dass ich mich im Ergebnis den Empfehlungen des VdM anschließe.

Die von Ihnen aufgeworfenen Rechtsfragen beantworte ich daher wie folgt:

1. **Eine Beschäftigung von Honorarkräften bleibt auch nach dem aktuellen Rechtsprechung des BSG grundsätzlich möglich; wäre jedoch gegenüber einem sozialversicherungspflichten Beschäftigungsverhältnis nur ausnahmsweise zu empfehlen.**

2. **Die "Überführung" der Honorarkräfte in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ist anzuraten.**

Vier Jahre nach der teilweise kritisierten Musikschullehrer I Entscheidung des BSG (BSG, Urteil vom 14.03.2018, AZ.: B 12 R 3/17 R (= „Freies Dienstverhältnis"); kritisch u.a. *Knospe* NZS 2018, 470) hat der 12. Senat erneut über Musikschullehrer zu befinden gehabt und eine anderslautende Entscheidung getroffen (BSG, Urteil vom 28.06.2022, Az.: B 12 R 3/20 R = „Beschäftigungsverhältnis"). Die unterschiedliche Statusbeurteilung begründet das BSG zwar selbst nur mit dem im Einzelfall abweichenden Sachverhalt (Juris Rn. 16). Gleichwohl wird die Entscheidung auch auf eine Änderung der Gewichtung der

Abwägungskriterien zurückgeführt (vgl. Zieglmeier NZS 2022, 860, 863; VdM; Ricken NZA 2023, 886; https://www.kbs.de/SharedDocs/Downloads/DE/VersicherungsrechtBeitraegeMeldungen/SpitzenorganisationenDerSozialversicherung/BesprSpitzenverbandMai23.pdf?__blob=publicationFile&v=2 ; a.A. Freudenberg SGb 2023, 659ff; Stäbler NZS 2023,438; vgl. in diesem Zusammenhang auch LSG, Urteil vom 20.12.2022, Az.: L 2 BA 47/20 und https://www.bsg.bund.de/SharedDocs/Rechtsfragen/DE/B_12_BA_03_23_R.html). Der 12. Senat des BSG war in der genannten Entscheidung der Auffassung, dass eine Musiklehrerin, deren Tätigkeit sich durch die Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung in festgelegten Räumen kennzeichnet und die auch in prägender Weise in die Organisationsabläufe der Musikschule eingegliedert ist, indem diese die gesamte Organisation des Schulbetriebs in ihrer Hand hält, die Räume und Instrumente kostenfrei zur Verfügung stellt und nach außen gegenüber den Schülern alleine auftritt, in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Musikschule steht.

Gegen die Entscheidung aus 2018 ist auch einzuwenden gewesen, dass seit Jahrzehnten eigentlich schon entschieden war, dass der sozialversicherungsrechtliche Begriff der Beschäftigung wesentlich weiter als der des Arbeitnehmers ist und vor allem die vertraglichen Grundlagen für die ex officio vorzunehmende Statusbeurteilung überhaupt nur dann indizielle Wirkungen entfalten können, wenn der Parteiwille den festgestellten sonstigen tatsächlichen Verhältnissen nicht offensichtlich widerspricht und er durch weitere Aspekte gestützt wird bzw. die übrigen Umstände gleichermaßen für Selbstständigkeit wie für eine Beschäftigung sprechen (vgl. u.a. *Knospe*, NZS 2018, 470; BSG Urteil vom 28.05.2008, Az.: B 12 KR 13/07 R; BSG, Urteil vom 18.11.2015, Az.: B 12 KR 16/13 R). Der 12. Senat hat in seiner Entscheidung nun zu Recht hervorgehoben, dass der besondere Schutzzweck der Sozialversicherung es ausschließt, dass über die rechtliche Einordnung einer Person – als selbstständig oder beschäftigt – allein die Vertragsschließenden entscheiden. Über zwingende Normen des Sozialversicherungsrechts kann eben nicht im Wege der Privatautonomie verfügt werden. Denn das Sozialrecht ist Teil des öffentlichen Rechts und kann deshalb grundsätzlich nicht Gegenstand privatrechtlicher Vereinbarungen sein, insbesondere nicht zum Nachteil von Sozialleistungsberechtigten.

Zu 1)
Die Beschäftigung von Musikschullehrern als freie Mitarbeiter bleibt auch nach der aktuellen Rechtsprechung des BSG grundsätzlich noch möglich (vgl. u.a. *Hamm* § 52 Rn. 4f in Rinck/Böhle/Pieper/Geyer, 67. Ed., Stand: 01.12.2023).

Maßgeblich ist hier jedoch der präzisierte Beurteilungsmaßstab der Sozialversicherungen (u.a. Ricken NZA 2023,886). Sofern Sie auf dessen Grundlage im Einzelfall nicht mit der nötigen Rechtssicherheit die Annahme eines Beschäftigungsverhältnisses ausschließen können, ist dringend von der Beschäftigung einer Honorarkraft abzuraten.

Zu 2)
Die "Überführung" der Honorarkräfte in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis ist anzuraten.

Hierbei müssen Sie sich allerdings vergegenwärtigen, dass im Falle einer Scheinselbständigkeit tatsächlich schon ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zustande gekommen ist. Dies versucht der VdM nicht zu direkt zu formulieren; sondern nur indirekt, wie z.B. auf Seite 8. Das dort genannte Anschlussverbot betrifft nur frühere Arbeitsverhältnisse. Zuvor bestandene andere Vertragsverhältnisse mit dem späteren Arbeitgeber hindern nicht die sachgrundlose Befristung (vgl. u.a. BAG, Urteil vom 19.10.2005, Az.: 7 AZR 31/05). Die Ausführungen des VdM machen also nur dann Sinn, wenn man befürchtet, dass ein Gericht das vorangegangene Dienstverhältnis (Honorarkraft/freier Mitarbeiter) als Scheinselbständigkeit begreift und daher von einer abhängigen Beschäftigung, also einem Arbeitsverhältnis, ausgeht. Sie sollten dies bei Ihrer Kommunikation unbedingt berücksichtigen.

Wegen eines etwaigen Vertrauensschutzes sollten wir außerdem die künftige Entscheidung des BSG im Blick behalten (vgl. https://www.bsg.bund.de/SharedDocs/Rechtsfragen/DE/B_12_BA_03_23_R.html)

Auf die Ausführungen des VdM, „FAQ Honorarverträge – Häufige Fragen zu Honorarverhältnissen an Musikschulen" vom 07.02.2024 nehme ich im Übrigen ausdrücklich Bezug.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

(Rehtanz)

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-612/21-26	
Datum	21.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	28.05.2024	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Betriebskommission des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe den Jahresabschluss 2022 der Städtischen Betriebshöfe in ihrer Sitzung am 30.04.2024 zur Kenntnis genommen hat.
2. Sie empfiehlt einstimmig dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung dem beigefügten Jahresabschluss 2022 zuzustimmen.
3. der im Jahresabschluss 2022 ausgewiesene Jahresgewinn 220.832,47 € beträgt.

B. Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Jahresabschluss der Städtischen Betriebshöfe Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2022 festgestellt wird.

Das Unternehmensergebnis schließt mit einem Jahresgewinn von 220.832,47 € ab.

Der Gewinn wird der Stadt Rüsselsheim am Main zugeführt.

Begründung:

A. Ziel

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2022 wird festgestellt.

B. Ausgangslage

Der Jahresabschluss 2022 wurde gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2023 durch den Wirtschaftsprüfer Herrn Dipl.-Oec. Ralf-Peter Ludwig, Neu-Isenburg geprüft.

Aufgrund des Prüfungsergebnisses wurde dem Jahresabschluss 2022 ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk (Testat) erteilt.

C. Gesetzliche Grundlagen

Gemäß § 7 Abs. 3 Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) ist der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufzustellen. Der Eigenbetrieb ist nach § 27 Abs. 2 EigBGes verpflichtet, den Jahresabschluss sowie den Lagebericht nach §§ 316 ff. HGB prüfen zu lassen.

Gemäß § 27 Abs. 3 EigBGes beschließt die Stadtverordnetenversammlung über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes.

D. Weiteres Vorgehen

Der im Jahresabschluss 2022 ausgewiesene Gewinn beläuft sich auf 220.832,47 € und wird der Stadt Rüsselsheim am Main zugeführt.

E. Auswirkungen auf das Klima

Keine

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Dipl.-Oec. Ralf-Peter Ludwig
Wirtschaftsprüfer / Steuerberater

B E R I C H T

über die bei dem

Eigenbetrieb
Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim,
Rüsselsheim am Main

durchgeführte Prüfung

des

Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022

und des

Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 2022

Inhaltsverzeichnis

Blatt

A. Prüfungsauftrag 1
B. Grundsätzliche Feststellungen und Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung 3
C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks 5
D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung 9
E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung 14
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung 14
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen 14
2. Jahresabschluss 15
3. Lagebericht 15
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses 16
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses 16
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen 16
F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags gemäß § 53 HGrG 17
G. Schlussbemerkung 18

- . -

9 Anlagen laut gesondertem Verzeichnis

- . -

Ich weise darauf hin, dass bei der Verwendung von gerundeten Beträgen und Prozentangaben aufgrund kaufmännischer Rundung Differenzen auftreten können.

Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wird bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern das generische Maskulinum verwendet. Die gewählte Schreibweise bezieht sich jedoch immer zugleich auf weibliche, männliche und diverse Personen.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
ATZ	Altersteilzeit
bzw.	beziehungsweise
Dipl.-Oec.	Diplom-Ökonom
D&O	Director´s & Officer´s
DSD	Duales System Deutschland
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EigBGes	Eigenbetriebsgesetz Hessen
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
e.V.	eingetragener Verein
evtl.	eventuell
ff.	fortfolgend
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HGO	Hessische Gemeindeordnung
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
inkl.	inklusive
i. Vj.	im Vorjahr
i.V.m.	in Verbindung mit
KAG	Kommunalabgabengesetz
n.F.	neue Fassung
Nr.	Nummer
PS	Prüfungsstandard des IDW
T€/TEUR	Tausend Euro
u. a.	unter anderem
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen ausgenommen Bauleistungen

WP	Wirtschaftsprüfer
WPO	Wirtschaftsprüferordnung
www	world wide web
z.B.	zum Beispiel

A. Prüfungsauftrag

Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main vom 22. Juni 2023 wurde ich zum Abschlussprüfer des

Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim,
Rüsselsheim am Main,
(im Folgenden „Eigenbetrieb“)

für das Wirtschaftsjahr 2022 gewählt. Daraufhin erteilte mir die Betriebsleitung schriftlich den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022 gemäß § 27 Abs. 2 EigBGes i.V.m. §§ 316 ff. HGB zu prüfen und über das Ergebnis der Prüfung im berufsüblichen Umfang zu berichten. Den Auftrag habe ich schriftlich bestätigt.

Dieser Prüfungsbericht richtet sich an den Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim.

Bei meiner Prüfung habe ich gemäß § 27 Abs. 2 EigBGes auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet.

Im Auftrag des Eigenbetriebs habe ich für die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse über das nach IDW PS 720 „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" geforderte Maß (siehe Anlage VII) hinaus die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gesondert dargestellt (siehe Anlage VIII).

Dem mir erteilten Prüfungsauftrag standen keine Ausschlussgründe nach § 319 HGB, §§ 49 und 53 WPO sowie §§ 28 ff. der Berufssatzung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer entgegen. Ich bestätige gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass ich bei meiner Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet habe.

Die Prüfung erfolgte nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen, wie sie in den Prüfungsstandards PS 200 und 201 bzw. in ergänzenden IDW Prüfungsstandards niedergelegt sind. Über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet dieser Bericht, der ent-

sprechend den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW PS 450 n.F. (10.2021)) erstellt wurde.

Die Prüfungsarbeiten habe ich im Oktober 2023 in den Geschäftsräumen des Eigenbetriebs in Rüsselsheim am Main und in meinen Büroräumen in Neu-Isenburg durchgeführt. Sie sind am 14. November 2023 abgeschlossen worden.

Im Rahmen des mir erteilten Auftrages habe ich die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder den Lagebericht ergeben. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten sind nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

Für die Durchführung des Auftrages und meine Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht als Anlage XI beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017 vereinbart. Die Höhe meiner Haftung ist vereinbarungsgemäß auf T€ 6.000 begrenzt. Soweit dieser Prüfungsbericht mit meiner Zustimmung an Dritte weitergegeben oder mit meiner Zustimmung Dritten zur Kenntnis vorgelegt wird, ist der Auftraggeber verpflichtet, mit den betreffenden Dritten schriftlich zu vereinbaren, dass die vereinbarte Haftungsregelung auch für mögliche Ansprüche Dritter mir gegenüber gilt. Soweit andere als der Auftraggeber sich mir gegenüber auf die in diesem Bericht getroffenen Feststellungen berufen wollen, weil sie ganz oder teilweise von diesem Bericht Kenntnis erlangt haben, erkennen sie diese Haftungsbegrenzung und im Übrigen auch die sonstigen Regelungen der als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen an.

B. Grundsätzliche Feststellungen und Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung

Die Betriebsleitung des Eigenbetriebs ist bei der Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts von der **Fortführung der Unternehmenstätigkeit** ausgegangen.

Der Lagebericht der Betriebsleitung enthält folgende **Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf**:

Die Aufgaben des Eigenbetriebs beschränken sich im Wesentlichen auf die Gebäudeunterhaltung und der Vermietung der Grundstücke und Gebäude an die Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR.

Die Umsatzerlöse in Höhe von T€ 640 betreffen die Vermietung an die Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR.

Die Aufwendungen (inkl. des Zinsaufwands) lagen im Wirtschaftsjahr 2022 bei T€ 447.

Im Wirtschaftsjahr 2022 weist der Eigenbetrieb insgesamt einen Gewinn in Höhe von T€ 221 aus.

Die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebs beträgt zum 31. Dezember 2022 86,1%.

Der Lagebericht der Betriebsleitung enthält folgende **Kernaussagen zur künftigen Entwicklung** sowie den **Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung** des Eigenbetriebs:

Es ist festzustellen, dass durch den maroden Zustand der Gebäude und der Lagerhallen vermehrt Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten notwendig werden, die jährlich zu erheblichen Aufwendungen für den Betrieb führen.

Seitens der Betriebsführung wird daher dringend empfohlen, über die Zukunft des Geländes zu entscheiden.

Ein weiterer erheblicher Punkt mit Risikopotential ist eine mögliche Rückverlagerung des Eigenbetriebs in die Stadtverwaltung, da dadurch die Schnelligkeit auszuführender Instandhaltungsmaßnahmen beeinträchtigt werden könnte, was sich dann verschlechternd auf die Gebäudesubstanz in der Zukunft auswirken dürfte. Die damit verbundenen möglichen Nachteile dürften die Vorteile durch erhöhte laufende Aufwendungen deutlich übersteigen.

Die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs durch die Betriebsleitung einschließlich der Darstellung zu den Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis meiner Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage und der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebs sind mir keine Umstände bekannt geworden, die gegen die Darstellung der Lage des Eigenbetriebs durch die Betriebsleitung sprechen. Ferner hat meine Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass der Fortbestand des Eigenbetriebs gefährdet wäre.

- . -

C. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Nach dem abschließenden Ergebnis meiner Prüfung habe ich dem als Anlage I bis IV beigefügten Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2022 des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main, unter dem Datum vom 14. November 2023 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt unter Beachtung landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen i. V. m. den einschlägigen deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der Betriebsleitung und der Betriebskommission für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die Betriebsleitung ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner ist die Betriebsleitung verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die Betriebsleitung dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist die Betriebsleitung verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist die Betriebsleitung verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Betriebskommission ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebs abzugeben.

- beurteile ich die Angemessenheit der von der Betriebsleitung angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von der Betriebsleitung dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von der Betriebsleitung angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteile ich Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von der Betriebsleitung dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von der Betriebsleitung zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.

Neu-Isenburg, den 14. November 2023

(Ludwig)
Wirtschaftsprüfer“

D. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Gegenstand meiner Prüfung waren der Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und der Lagebericht des Eigenbetriebs für das am 31. Dezember 2022 endende Wirtschaftsjahr.

Den Jahresabschluss habe ich hinsichtlich des Nachweises der Vermögens- und Schuldpositionen sowie der Einhaltung der für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB zum Ansatz und zur Bewertung sowie zur Gliederung der Abschlussposten und zu den erforderlichen Angaben im Anhang geprüft; die Buchführung habe ich in meine Prüfung einbezogen. Darüber hinaus habe ich die Beachtung der einschlägigen Vorschriften des hessischen Eigenbetriebsgesetzes sowie ergänzender Regelungen der Eigenbetriebssatzung geprüft. Bei meiner Prüfung habe ich darüber hinaus die Vorschriften des § 27 Abs. 2 Satz 2 EigBGes und die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den hierzu vom IDW veröffentlichten Prüfungsstandard (IDW PS 720) beachtet.

Den Lagebericht habe ich zusätzlich daraufhin geprüft, ob er in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften entspricht und mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt.

Ich weise darauf hin, dass die Verantwortung für den Jahresabschluss, den Lagebericht und die mir gegebenen Angaben bei der Betriebsleitung liegt. Meine Aufgabe ist es, diese Unterlagen und Angaben im Rahmen einer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Meine Prüfung hat sich nicht darauf zu erstrecken, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Betriebsleitung zugesichert werden kann (§ 317 Abs. 4a HGB).

Berufsüblich weise ich außerdem darauf hin, dass die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten, Unterschlagungsprüfungen und andere Sonderprüfungen nicht Bestandteil der Abschlussprüfung sind. Dies gilt insbesondere für die Prüfung der Einhaltung von Vorschriften des Steuer-, Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs-, Bewirtschaftungs- und Devisenrechts, des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts sowie für die Angemessenheit des Versicherungsschutzes. Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss oder Lagebericht ergeben.

Bei Durchführung der Prüfung habe ich die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die in den entsprechenden Fachgutachten, Stellungnahmen und Prüfungsstandards des IDW niedergelegten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen der Betriebsleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für mein Prüfungsurteil bildet.

Die Prüfungsplanung und -durchführung erfolgte unter Beachtung eines risiko- und prozessorientierten Prüfungsansatzes. Grundlage meines risiko- und prozessorientierten Prüfungsvorgehens ist die Erarbeitung einer Prüfungsstrategie. Diese basiert auf der Beurteilung des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfelds des Unternehmens, seiner Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, die ich anhand kritischer Erfolgsfaktoren beurteile. Die darauf aufbauende Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und dessen Wirksamkeit ergänze ich durch Prozessanalysen, die ich turnusmäßig, insbesondere aber bei organisatorischen Umstellungen und Verfahrensänderungen mit dem Ziel durchführe, deren Einfluss auf relevante Jahresabschlussposten zu ermitteln und so die Geschäftsrisiken sowie mein Prüfungsrisiko einschätzen zu können. Die Erkenntnisse aus der Prüfung der Prozesse und des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems habe ich bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen (Plausibilitätsbeurteilungen) und der Einzelfallprüfungen hinsichtlich der Bestandsnachweise, des Ansatzes, des Ausweises und der Bewertung im Jahresabschluss berücksichtigt.

Wesentliche Determinanten waren die grundsätzliche Einschätzung des Unternehmensumfeldes (insbesondere branchenspezifische Faktoren) sowie Auskünfte der Unternehmensleitung über wesentliche Unternehmensziele und -strategien sowie Geschäftsrisiken (mandantenspezifische Faktoren). Ferner hatte meine vorläufige Einschätzung der Lage des Eigenbetriebs sowie die grundsätzliche Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements Einfluss auf die Prüfungsplanung. Aus der Gesamtwürdigung dieser Faktoren habe ich ein Prüfungsprogramm entwickelt und Prüfungsschwerpunkte sowie Art und Umfang der Prüfungshandlungen, deren zeitliche Abfolge und den Mitarbeitereinsatz festgelegt. Hierbei habe ich die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Risikoorientierung beachtet.

Auf der Basis der von mir vorgenommenen Risikoeinschätzung habe ich in den folgenden Bereichen Prüfungsschwerpunkte gebildet:

- Nachweis und Bewertung des Anlagevermögens, insbesondere der Zugänge des Berichtsjahres
- Nachweis und Vollständigkeit der Forderungen gegen die Stadt Rüsselsheim am Main und deren Eigenbetriebe und Eigengesellschaften,
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen,
- Vollständigkeit der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen,
- Existenz und Abgrenzung der Umsatzerlöse,
- Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben im Anhang,
- Plausibilität der prognostischen Angaben im Lagebericht.

Bei der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems habe ich zunächst im Rahmen der Aufbauprüfung die angemessene Ausgestaltung und die Implementierung der rechnungslegungsbezogenen Kontrollen beurteilt. Entsprechend der im Rahmen der Prüfungsplanung vorgenommenen Schwerpunktsetzung habe ich in einem zweiten Schritt Funktionstests ausgewählter interner Kontrollen durchgeführt.

Die Einzelfallprüfungen umfassten Plausibilitätsbeurteilungen und die Prüfung von Geschäftsvorfällen und Beständen. Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wesentlichkeit und des Fehlerrisikos habe ich meine Prüfungshandlungen auf der Grundlage von Stichproben vorgenommen.

Ausgangspunkt meiner Prüfung war der von der THEOBALD JUNG SCHERER AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021. Er wurde am 22. Juni 2023 von der Stadtverordnetenversammlung festgestellt.

Ich habe zusätzliche Prüfungshandlungen durchgeführt, um mich davon zu überzeugen, dass die Vorjahreszahlen keine wesentlichen Fehler enthalten.

Das Anlagevermögen ist in einer Anlagenbuchhaltung erfasst. Die Sachanlagen – insbesondere die Zugänge zum Sachanlagevermögen – habe ich mir in Stichproben durch entsprechende Verträge, Eingangsrechnungen und Zahlbelege nachweisen lassen.

Die Forderungen gegen die und die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Rüsselsheim am Main und ihre(n) Eigengesellschaften und Eigenbetrieben sind mit der Stadt bzw. den betreffenden Unternehmen abgestimmt worden.

Die Guthaben bei Kreditinstituten wurden anhand von Bankauszügen sowie Saldenbestätigungen, die sich auf die gesamten Geschäftsbeziehungen erstreckten, nachgewiesen und geprüft.

In die Prüfung des Stammkapitals habe ich die Betriebssatzung einbezogen. Zur Prüfung der Rücklagen und der Ergebnisverwendung lagen mir die Protokolle über entsprechende Beschlussfassungen auf Ebene der Stadtverordnetenversammlung vor.

Für meine Prüfung der Bilanzierung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen hat mir ein versicherungsmathematisches Gutachten der p.c.a.k. pension compensation consultants GmbH, Aßling, vorgelegen, deren Ergebnisse ich verwerten konnte. Ich habe mir zuvor durch geeignete Prüfungshandlungen angemessene und ausreichende Prüfungsnachweise darüber verschafft, dass die Arbeit des Sachverständigen den Zwecken der Abschlussprüfung genügt. Ich habe mir ein Bild von der fachlichen Kompetenz und der beruflichen Qualifikation des Sachverständigen, von dessen Unparteilichkeit, Unbefangenheit und Eigenverantwortlichkeit sowie über Art und Umfang seiner Tätigkeit gemacht. Ich habe die Arbeit des Sachverständigen für geeignet befunden, sie bei der Bildung meines Prüfungsurteils zu verwerten.

Von der Betriebsleitung sind mir alle verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht worden. Sie hat mir in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten und alle erforderlichen Angaben gemacht sind sowie mir alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben wurden. Nach den Erklärungen der Betriebsleitung bestanden am 31. Dezember 2022 in Übereinstimmung mit meinen Prüfungsfeststellungen neben den in der Bilanz ausgewiesenen oder im Anhang angegebenen keine sonstigen zu bilanzierenden Verpflichtungen oder vermerkpflichtigen Haftungsverhältnisse. Die Betriebsleitung hat hierin ferner erklärt, dass der Lagebericht auch hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB und § 26 EigBGes erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind mir bei meiner Prüfung nicht bekannt geworden.

E. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Finanzbuchführung sowie die Anlagenbuchführung erfolgt mit Hilfe von DIAMANT-Programmen.

Die Aufzeichnungen der Geschäftsvorfälle des Eigenbetriebs sind nach meinen Feststellungen vollständig, fortlaufend und zeitgerecht. Der Kontenplan ermöglicht eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes mit einer für die Belange des Eigenbetriebs ausreichenden Gliederungstiefe. Soweit im Rahmen meiner Prüfung Buchungsbelege eingesehen wurden, enthalten diese alle zur ordnungsgemäßen Dokumentation erforderlichen Angaben. Die Belegablage ist geordnet, so dass der Zugriff auf die Belege unmittelbar anhand der Angaben in den Konten möglich ist. Die Buchführung entspricht nach meinen Feststellungen im gesamten Wirtschaftsjahr den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Die Organisation der Buchführung, das interne Kontrollsystem, der Datenfluss und das Belegwesen ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle.

Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen nach dem Ergebnis meiner Prüfung zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in der Buchführung, im nach deutschen Rechnungslegungsvorschriften aufgestellten Jahresabschluss und im Lagebericht.

2. Jahresabschluss

Aufgrund der von mir durchgeführten Prüfung stelle ich fest, dass

- der Jahresabschluss ordnungsgemäß aus dem Inventar, der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet ist,

- die handelsrechtlichen Vorschriften zum Ansatz, zum Ausweis und zur Bewertung einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie die ergänzenden Bestimmungen der Satzung und der Grundsatz der Ansatz- (§ 246 Abs. 3 HGB), Ausweis- (§ 265 Abs. 1 HGB) und Bewertungsstetigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB) beachtet worden sind, und

- der Anhang den gesetzlichen Anforderungen entspricht und alle erforderlichen Angaben, Darstellungen, Aufgliederungen, Erläuterungen und Begründungen hinsichtlich der Bilanzierung, des Ausweises und der Bewertung der einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie die notwendigen sonstigen Angaben enthält.

Nach meiner pflichtgemäßen Beurteilung hat der Eigenbetrieb hinsichtlich der Angabe der Bezüge der Betriebsleitung nach § 285 Nr. 9 HGB von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB zu Recht Gebrauch gemacht.

3. Lagebericht

Der Lagebericht (Anlage IV) entspricht in allen wesentlichen Belangen den gesetzlichen Vorschriften und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und den bei meiner Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebs und enthält die nach § 289 HGB und § 26 EigBGes erforderlichen Angaben vollständig und zutreffend. Zur Darstellung der Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hat meine Prüfung keine abweichenden Feststellungen ergeben.

Im Übrigen verweise ich auf meine Ausführungen zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung unter Abschnitt B.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Nach dem Ergebnis meiner Prüfung vermittelt der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang, insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

Der vorliegende Jahresabschluss ist grundsätzlich unter Beibehaltung der für den Vorjahresabschluss angewendeten Bilanzierungsgrundsätze aufgestellt.

Zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie zu den wesentlichen Bewertungsgrundlagen verweise ich auf die Angaben der Betriebsleitung im Anhang des Eigenbetriebs (Anlage III).

Die Ausübung wesentlicher Ermessensspielräume zur gezielten Beeinflussung des Wirtschaftsjahresergebnisses oder die Ergreifung sachverhaltsgestaltender Maßnahmen durch die Betriebsleitung, die über die im Anhang (Anlage III) oder Lagebericht (Anlage IV) dargestellten hinausgehen, sind mir im Rahmen meiner Prüfung nicht bekannt geworden.

F. Feststellungen aus Erweiterungen des Prüfungsauftrags gemäß § 53 HGrG

Bei meiner Prüfung habe ich auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie den Prüfungsstandard IDW PS 720 beachtet. Dementsprechend habe ich auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, das heißt mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung, geführt worden sind. Daneben habe ich die wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte in meinem Prüfungsbericht sowie die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zusammenfassend in Anlage VI dargestellt.

Die erforderlichen Feststellungen habe ich in der Anlage VII (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat meine Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach meiner Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Betriebsleitung von Bedeutung sind.

- . -

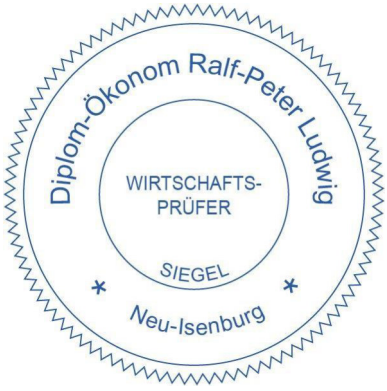
G. Schlussbemerkung

Bei der Erteilung des Bestätigungsvermerks wurden die Grundsätze für die Bildung eines Prüfungsurteils und die Erteilung eines Bestätigungsvermerks (IDW PS 400 n.F. (10.2021)) beachtet.

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts zum 31. Dezember 2022 des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main, erstatte ich in Übereinstimmung mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW PS 450 n.F. (10.2021)).

Bei Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf es zuvor meiner erneuten Stellungnahme, sofern hierbei mein Bestätigungsvermerk zitiert oder auf meine Prüfung hingewiesen wird.

Neu-Isenburg, den 14. November 2023



(Ludwig)
Wirtschaftsprüfer

A N L A G E N

Anlagenverzeichnis

Blatt

Anlage I:	Bilanz zum 31. Dezember 2022	1
Anlage II:	Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2022	1
Anlage III:	Anhang für das Wirtschaftsjahr 2022	1 - 9
Anlage IV:	Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2022	1 - 9
Anlage V:	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	1 - 5
Anlage VI:	Tabellarische Übersicht über die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen	1 - 3
Anlage VII:	Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG	1 - 15
Anlage VIII:	Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	1 - 6
Anlage IX:	Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2017	1

Anlage I

Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim
Rüsselsheim am Main

Bilanz zum 31. Dezember 2022

AKTIVSEITE

	Stand am 31.12.2022 €	Stand am 31.12.2022 €	Stand am 31.12.2021 €
A. Anlagevermögen			
Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.632.286,81		5.747.259,81
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	98.281,65		90.042,32
		5.730.568,46	**5.837.302,13**
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen gegen die Stadt und deren Eigenbetriebe und Eigengesellschaften		**4.569.610,35**	**3.422.960,35**
II. Guthaben bei Kreditinstituten		**729.215,48**	**1.547.951,09**
		5.298.825,83	**4.970.911,44**
		11.029.394,29	**10.808.213,57**

PASSIVSEITE

	Stand am 31.12.2022 €	Stand am 31.12.2022 €	Stand am 31.12.2021 €
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital		**7.669.378,22**	**7.669.378,22**
II. Rücklagen			
Allgemeine Rücklage		**1.246.649,56**	**1.246.649,56**
III. Gewinn/Verlust			
1. Gewinne/Verluste der Vorjahre	360.140,52		146.976,11
2. Jahresgewinn/Jahresverlust (-)	220.832,47		360.140,52
		580.972,99	**507.116,63**
		9.497.000,77	**9.423.144,41**
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.254.629,00		1.269.124,00
2. Sonstige Rückstellungen	51.184,65		51.325,75
		1.305.813,65	**1.320.449,75**
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.800,91		26.099,08
2. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben	177.778,96		38.520,33
		226.579,87	**64.619,41**
		11.029.394,29	**10.808.213,57**

Anlage II

Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim
Rüsselsheim am Main

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2022

	2022	2021
	€	€
1. Umsatzerlöse	640.200,00	646.533,88
2. Sonstige betriebliche Erträge	11.037,32	8.070,00
	651.237,32	654.603,88
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	249.765,43	149.440,55
4. Personalaufwand		
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung € 6.310,812 Vorjahr: € -102.811,31	6.310,81	-102.811,31
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	129.624,55	126.535,19
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	18.272,05	17.086,22
7. Zwischenergebnis	**247.264,48**	**464.353,23**
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16.878,62	0,00
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen € 6.577,63 Vorjahr: € € 8.198,71 davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: € 36.733,00 Vorjahr: € 96.014,00	43.310,63	104.212,71
10. Finanzergebnis	**-26.432,01**	**-104.212,71**
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	**220.832,47**	**360.140,52**
12. Jahresgewinn/Jahresverlust (-)	**220.832,47**	**360.140,52**

Nachrichtlich

Verwendung des Jahresgewinns in Höhe von	220.832,47	360.140,52
a) zur Tilgung des Verlustvortrages	0,00	0,00
b) zur Einstellung in Rücklagen	0,00	0,00
c) zur Abführung an den Haushalt der Stadt	220.832,47	360.140,52
d) auf neue Rechnung vortragen	0,00	0,00
	220.832,47	**360.140,52**

Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main

Anhang für das Wirtschaftsjahr 2022

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim ist nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes) erstellt, da nach § 14 Abs. 1 der Satzung in Verbindung mit § 11 EigBGes der Eigenbetrieb für die Erhaltung des Vermögens und der ständigen Leistungsfähigkeit die Vorschriften über die Eigenbetriebe anzuwenden hat. Dabei sind gemäß § 22 EigBGes die Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften zugrunde gelegt worden.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 wurde auf Grundlage der Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften des Handelsgesetzbuches erstellt.

Der Eigenbetrieb firmiert unter dem Namen Städtische Betriebshöfe mit Sitz in Rüsselsheim am Main. Sie wird beim Amtsgericht Darmstadt unter HRA 81881 im Handelsregister geführt.

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. November 2015 wurde im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit die Gründung der Städteservice Raunheim / Rüsselsheim AöR zum 1. Januar 2016 beschlossen. Die bisherigen Aufgabenbereiche der Städtischen Betriebshöfe werden zum 1. Januar 2016 auf die Städteservice Raunheim / Rüsselsheim AöR übertragen. Zweck der Städtischen Betriebshöfe ist die Verwaltung und Vermietung der Gebäude und Flächen des Bauhofs in Rüsselsheim am Main.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungspreisen zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Skonti bzw. zu Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten von mehr als EUR 150,00 bis zu EUR 1.000,00 werden in einen jahresbezogenen Sammelposten eingestellt und über die Dauer von fünf Jahren linear abgeschrieben. Geringwertige Anlagegüter unter EUR 150,00 werden im Jahr der Anschaffung als Aufwand erfasst.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennbetrag angesetzt.

Liquide Mittel wurden zum Nominalwert bewertet.

Die Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als seinem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst (253 Abs. 2 Satz 1 HGB).

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens nach dem modifizierten Teilwertverfahren unter Beachtung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie einem Rechnungszins von 1,78 % p. a. zum 31. Dezember 2022 ermittelt. Der Rechnungszins entspricht dem von der Deutschen Bundesbank bekannt gegebenen Abzinsungssatz für eine Restlaufzeit von 15 Jahren. Die zugrunde liegenden Gehalts- und Rentenanpassungstrends betragen jeweils 2,50 %.

Zwischen dem Ansatz nach dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren (1,78 %) und dem Ansatz nach dem durchschnittlichen Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Jahren Geschäftsjahren (1,44 %) ergibt sich ein Unterschiedsbetrag im laufenden Geschäftsjahr in Höhe von Euro 59.305,00. In Höhe dieses Unterschiedsbetrages besteht eine Ausschüttungssperre (§ 253 Abs. 6 Satz 2 HGB).

Die Versorgungsverpflichtungen zur zukünftigen Beihilfeleistung an Pensionäre und Hinterbliebene (TEUR 14) werden ebenfalls hier ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen passiviert.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie den kumulierten Abschreibungen gemäß § 25 Abs. 2 EigBGes im Anlagennachweis (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Forderungen

Die Forderungen gegen die Stadt Rüsselsheim am Main und deren Eigenbetriebe und Eigengesellschaften belaufen sich auf insgesamt TEUR 4.570 (i. Vj. TEUR 3.423). Sie betreffen mit TEUR 4.570 (i. Vj. TEUR 3.370) das Guthaben bei der Stadtkasse. Darüber hinaus bestanden zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 Forderungen gegen den Städteservice Raunheim/Rüsselsheim AöR in Höhe von TEUR 53.

Sämtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Eigenkapital

Das festgestellte Ergebnis des Jahres 2021 (T€ 360) wurden von der Stadt noch nicht angefordert. Das Jahresergebnis 2022 beträgt TEUR 220.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Rückstellungen für die Aufbewahrung (TEUR 31), für Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten (TEUR 4) sowie für ausstehende Rechnungen i H. v. TEUR 12.

Verbindlichkeiten

Sämtliche Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen an Dritte bestehen in Höhe von EUR 48.800,91 (i. Vj. EUR 26.099,08).

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt und anderen Eigenbetrieben resultieren in Höhe von EUR 30.802,85 (i. Vj. EUR 38.520,33) aus Lieferungen und Leistungen, davon Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR EUR 30.802,85 (EUR 29.516,67). In Höhe von EUR 146.976,11 (i. Vj. EUR 0,00) resultieren sie aus noch nicht abgeführten Gewinnen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Städteservice Raunheim / Rüsselsheim AöR bestehen vollständig aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten sind – bis auf übliche Eigentumsvorbehalte – ungesichert.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse beinhalten die Erlöse aus der Vermietung der Grundstücke und Gebäude des Betriebshofs inklusive Wertstoffhof in Rüsselsheim am Main, Johann-Sebastian-Bach-Str. 52 und Walter-Flex-Str. 72.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 11 (i. V. TEUR 8) beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen

Materialaufwand

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen Instandhaltungsarbeiten.

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Hierunter werden die Erträge aus der Verzinsung des Guthabens im Rahmen des Kassenverbundes mit der Stadt Rüsselsheim am Main ausgewiesen.

Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Hierunter werden insbesondere die Zinsaufwendungen aus der Abzinsung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen (TEUR 37) ausgewiesen.

Sonstigen Angaben

Belegschaft

Nachdem die letzte beim Eigenbetrieb beschäftigte Beamtin im September 2019 in den Ruhestand getreten ist, verfügte der Eigenbetrieb über kein eigenes Personal mehr.

Abschlussprüferhonorar

Im Geschäftsjahr 2022 wurde eine Rückstellung für Abschlussprüfungsleistungen in Höhe von TEUR 4 gebildet.

Betriebskommission

Zu Mitgliedern der Betriebskommission waren im Jahr 2022 bestellt:

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Udo Bausch, Vorsitzender (qua Amt)

Mitglieder	Stellvertreter
Herr Oberbürgermeister Udo Bausch	Herr Stadtrat Klaus Gocht
Herr Stadtrat Gerhard Bergemann	Herr Stadtrat Bernhard Lange
Herr Stadtrat Borislav Fistric	Herr Stadtrat Nils Kraft
Herr Johann Heinrich Schleidt	Herr Markus-Johannes Jagla
Herr Marcel Sedlmayer	Frau Heide Böcker
Herr Prof. Dr. Mathias Flörsheimer	Frau Anja Eckhardt
Herr Markus Weyrich	Herr Günther Hansel
Herr Murat Karakaya	N.N
Frau Lea Kotyga	N.N
Frau Erika Rohark	Herr Karl-Heinz Schneckenberger
Herr Mimoun Houmami	Herr Adem Akpinar

Die Mitglieder der Betriebskommission erhielten im Berichtsjahr Sitzungsgelder in Höhe von EUR 420.

Betriebsleitung

Herr Jens Will (bis 24.November 2022)

Herr Andreas Lier (seit 25.Novermber 2022)

Für die Angabe der Bezüge der Betriebsleitung wird von der Befreiungsvorschrift gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Gewinnverwendung

Die Betriebsleitung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von EUR 220.832,47 nach Beschluss an die Stadt Rüsselsheim am Main am Main zurückzuführen.

Nachtragsbericht

Bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2022 sind keine Ereignisse von wesentlicher Bedeutung, die zu einer geänderten Beurteilung der Unternehmenslage führen würden, eingetreten.

Rüsselsheim am Main, den 12. Oktober 2023

Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim

Andreas Lier
Betriebsleiter

Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim
Rüsselsheim am Main,

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2022

	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen	
	Anfangs-stand €	Zugang €	Abgang €	Umbu-chungen €	Endstand €	Anfangs-stand €	Abschreibun-gen im Wirt-schaftsjahr €	angesammelte Abschreibungen auf die in Spalte 4 ausgewiesenen Abgänge €	Endstand €	Restbuch-werte am Ende des Wirtschafts-jahres €	Restbuchwerte am Ende des vorangegan-genen Wirt-schaftsjahres €	Durch-schnittlicher Abschrei-bungssatz v.H.	Durch-schnittlicher Restbuchwert v.H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	10.522.468,64	0,00	0,00	0,00	10.522.468,64	4.775.208,83	114.973,00	0,00	4.890.181,83	5.632.286,81	5.747.259,81	1,09	53,53
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	333.309,07	22.890,88	0,00	0,00	356.199,95	243.266,75	14.651,55	0,00	257.918,30	98.281,65	90.042,32	4,11	27,59
	10.855.777,71	**22.890,88**	**0,00**	**0,00**	**10.878.668,59**	**5.018.475,58**	**129.624,55**	**0,00**	**5.148.100,13**	**5.730.568,46**	**5.837.302,13**	**1,19**	**52,68**

LAGEBERICHT

für das

Wirtschaftsjahr 2022

der

Städtischen Betriebshöfe,

Eigenbetrieb der Stadt Rüsselsheim

Seite

INHALTSVERZEICHNIS **2**

TABELLENVERZEICHNIS **4**

1. Allgemeines **5**

1.1 Grundlagen des Eigenbetriebes 5

1.2 Grundlagen des Lageberichtes 5

2. Inhalt des Wirtschaftsberichtes für das Wirtschaftsjahr 2022 **6**

2.1 Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 6

2.2 Erträge und Aufwendungen der Planung 6

2.3 Vermögensübersicht der Planung 7

2.4 Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes 7

2.4.1 Ertragslage 7

2.4.2 Ergebnisverwendung 8

2.5 Jahresergebnis 2022 im Einzelnen 9

Seite

3. Vermögens- und Finanzlage 10

3.1 Änderung im Bestand der Grundstücke 10

3.2 Änderung in Bestand und Nutzung der Anlagen 10

3.3 Ablauf der Bauinvestitionen 10

3.4 Entwicklung des Eigenkapitals 10

4. Ausblick mit wesentlichen Chancen und Risiken 11

Seite

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Jahresergebnis 2022 im Einzelnen 9

Tabelle 2: Eckdaten des Wirtschaftsplanes 2023 12

1. Allgemeines

1.1 Grundlagen des Eigenbetriebes

Die Städtischen Betriebshöfe, Eigenbetrieb der Stadt Rüsselsheim, wurden zum 01. Januar 1997 gegründet. Von diesem Zeitpunkt an erfolgte eine selbstständige wirtschaftliche Abwicklung der beauftragten Tätigkeiten nach Maßgabe des Eigenbetriebsrechts in Hessen und der Betriebssatzung. Zum 01.01.2016 sind die bisherigen Tätigkeiten des Eigenbetriebs an die, ebenfalls zum 01.01.2016 neu gegründete, Städteservice Raunheim Rüsselsheim Anstalt öffentlichen Rechts (STS) im Rahmen der Aufgabenübertragung vollumfänglich übergegangen.

Die Aufgaben des Eigenbetriebs beschränken sich nunmehr im Wesentlichen auf die Gebäudeunterhaltung und die Vermietung der Grundstücke und Gebäude an die STS.

1.2 Grundlagen des Lageberichtes

Gemäß § 26 EigBGes ist gleichzeitig mit dem Jahresabschluss ein Lagebericht aufzustellen. § 289 des HGB ist dabei sinngemäß anzuwenden. Danach sind im Lagebericht zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage des Eigenbetriebs so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist im Lagebericht die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu beurteilen und zu erläutern. Der Lagebericht soll auch auf Vorgänge von besonderer Bedeutung eingehen, die nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres eingetreten sind.

Unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben ist dieser Lagebericht in Ergänzung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2022 erstellt worden.

2. Inhalt des Wirtschaftsberichtes für das Wirtschaftsjahr 2022

2.1 Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes

Für das Wirtschaftsjahr 2022 wurde vom Magistrat in der Sitzung am 08. November 2022 der Wirtschaftsplan mit der Erfolgsübersicht, der Vermögensübersicht und dem Stellenplan beschlossen.

Die Stadtverordnetenversammlung folgte der Beschlussfassung des Magistrates in ihrer Sitzung vom 17. November 2022. Der beschlossene Wirtschaftsplan wurde der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt, welche am 25. November 2022 erteilt wurde.

2.2 Erträge und Aufwendungen der Planung

Die Planung der Erträge für das Wirtschaftsjahr 2022 ergab folgende Werte:

Umsatzerlöse	640.200 €
sonstige Erträge	6.300 €
Summe Erträge	**646.500 €**

Die Aufwendungen für das Wirtschaftsjahr 2022 zeigten folgende Planwerte:

Materialaufwand	36.400 €
Personalaufwand	55.600 €
Abschreibungen	126.480 €
Andere betriebliche Aufwendungen	316.620 €
Summe Aufwendungen	**535.100 €**

2.3 Vermögensübersicht der Planung

Die Planung der Vermögensübersicht umfasste bei der Mittelherkunft und der Mittelverwendung einen Betrag in Höhe von 126.480 €.

Bei der Mittelherkunft waren vorgesehen für

- Abschreibungen und Anlagenabgänge 126.480 €

Bei der Mittelverwendung waren vorgesehen für

- Finanzanlagen 6.000 €
- Sachanlagen 120.480 €

2.4 Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

2.4.1 Ertragslage

Die Erträge der Städtischen Betriebshöfe Rüsselsheim am Main in Höhe von 651.237,32 € betreffen im Wirtschaftsjahr 2022:

- Erlöse aus Vermietung an die Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR in Höhe von 640.200,00 €.
- Sonstige Erträge in Höhe von 11.037,32 €.

Die für den Wirtschaftsplan 2022 prognostizierten Erträge beliefen sich auf 646.500,00 €. Die Erträge sind damit um ca. 4.500 € höher als ursprünglich geplant.

Die Aufwendungen (inkl. des Aufwandes für die Aufzinsung von Rückstellungen) lagen im Wirtschaftsjahr 2022 bei 447.283,47 €. Die Planung belief sich auf 535.100,00 €. Die wesentlichen Abweichungen ergeben wie folgt:

- Die Personalkosten sind um 49.289 € niedriger als geplant, aufgrund der Auswirkungen der Inanspruchnahme der Pensionsrückstellung.

- Die Abschreibungen sind gegenüber der Planung 2022 um 3.144 € höher.

- Die übrigen Aufwendungen waren zum Plan um 87.817 € geringer als geplant.

Im Wirtschaftsjahr 2022 weist der Eigenbetrieb einen Gewinn in Höhe von 220.832,47 € aus.

2.4.2 Ergebnisverwendung

Der Überschuss in Höhe von 220.832,47 € ist nach Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung dem Haushalt der Stadt Rüsselsheim zuzuführen.

2.5 Jahresergebnis 2022 im Einzelnen

in T€	Plan 2022	IST 2022	Ab-weichung + / -
+ Umsatzerlöse	640	640	0
+ Gebühreneinnahmen	0	0	0
+ Sonstige Erlöse	6	11	+ 5
+ Sonderbeauftragung Grün	0	0	0
= Gesamtleistung	**646**	**651**	**+3**
- Materialaufwand	36	250	+214
			0
= Rohertrag	**610**	**400**	**+210**
- Personalaufwand	56	6	+50
- Abschreibungen	126	130	-4
- Versicherungen	0	0	0
- Steuern	0	0	0
- Sonst. betriebliche Aufwendungen	317	18	-299
= Betriebsergebnis	**111**	**247**	**136**
+ Finanzergebnis	-8	-26	-18
+ Neutrales Ergebnis	0	0	0
+ Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
+ Steuern vom Eink. und vom Ertrag	0	0	0
= Unternehmensergebnis	**103**	**221**	**118**

Nachrichtlich die Ergebnisverwendung:

a) Gebührenrücklage	**0**	**0**	**0**
(plus = Zuführung zur Rücklage)			
b) Überschussausgleich	**103**	**221**	**+118**
(plus = Gewinnausgleich an die Stadt)			
c) BgA-Ergebnis nach Steuern	**0**	**0**	**0**
(plus = Gewinn)			

3. Vermögens- und Finanzlage

3.1 Änderung im Bestand der Grundstücke

Bestandsmäßige Veränderungen an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten haben sich im Wirtschaftsjahr 2022 nicht ergeben.

3.2 Änderung in Bestand und Nutzung der Anlagen

Alle bilanzierten Anlagegegenstände waren im Wirtschaftsjahr 2022 im Einsatz. Eine Entwicklung des Anlagevermögens ist im Anlagennachweis als Anlage zum Anhang dargestellt.

3.3 Ablauf der Bauinvestitionen

Im Laufe des Wirtschaftsjahres 2022 wurden auf dem Betriebsgelände der Städtischen Betriebshöfe im Wesentlichen partielle Sanierungen und Maßnahmen zur Instandsetzung durchgeführt.

3.4 Entwicklung des Eigenkapitals

Die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebs beträgt zum 31.12.2022 86,1%.

4. Ausblick mit wesentlichen Chancen und Risiken

Die operative Tätigkeit des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim am Main beinhaltet nach wie vor die Immobilienverwaltung und damit die Vermietung der Liegenschaften „Johann-Sebastian-Bach-Straße 52“ sowie „Walter-Flex-Straße 72“ an die Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR.

Allerdings ist festzustellen, dass durch den maroden Zustand der Gebäude und der Lagerhallen vermehrt Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten notwendig werden, die jährlich zu erheblichen Aufwendungen für den Betrieb führen.

Seitens der Betriebsführung wird daher dringend empfohlen ernsthaft und zeitnah über die Zukunft des Geländes zu entscheiden.

Ein weiterer erheblicher Punkt mit Risikopotential ist eine mögliche Rückverlagerung des Eigenbetriebes in die Stadtverwaltung, da dadurch die Schnelligkeit auszuführender Instandhaltungsmaßnahmen beeinträchtigt werden könnte, was sich dann verschlechternd auf die Gebäudesubstanz in der Zukunft auswirken dürfte.

Die möglichen Nachteile durch eine solche Maßnahme dürften die Vorteile durch erhöhte laufende Aufwendungen deutlich übersteigen.

Nachfolgend eine Übersicht der Eckdaten des Wirtschaftsplanes 2023:

	1		2	3
	Aufwendungen nach Bereichen / **Aufwandsart**		**Betrag insgesamt**	**Verwaltung**
			PLAN 2023	**PLAN 2023**
1	**Materialaufwand**		-36.400	-36.400
2	**Personalkosten**		-53.600	-53.600
3	**Abschreibungen**		-170.00	-170.00
4	**Zinsen und ähnl. Aufwendungen**		0	0
5	**Steuern**		0	0
6	**Konzessions- und Wegeentgelte**		0	0
7	**Andere betr. Aufwendungen**		-213.000	-213.000
8	**Summe**		**-473.600**	**-473.600**
9	**Umlage Allg. Betr.abtlg.**	Zurechnung (+)	0	0
	Umlage übrige Abtlg.	Abgabe (-)	0	0
10	**Leistungsausgleich der**	Zurechnung (+)	0	0
	Aufwandsbereiche	Abgabe (-)	0	0
11	**Aufwendungen 1 - 12**		**-473.600**	**-473.600**
12	**Betriebserträge**			
	a) aus Umsatzerlösen		640.200	640.200
	b) aus Gebühreneinnahmen		0	0
	c) Kostenerstattung der Stadt		0	0
	d) aus sonstigen Erlösen		7.400	7.400
13	**Betriebserträge insgesamt**		**647.600**	**647.600**
14	**Betriebsergebnis**		174.000	174.000
15	**Finanzergebnis**		6.000	6.000
16	**Neutrales Ergebnis**		0	0
17	**Außerordentliches Ergebnis**		0	0
18	**Steuern vom Einkommen und Ertrag**		0	0
19	**Unternehmensergebnis**		**180.000**	**180.000**

Rüsselsheim am Main, 12.10.2023

Andreas Lier

- Betriebsleiter -

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An den Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main

Prüfungsurteile

Ich habe den Jahresabschluss des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht des Eigenbetriebs Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim, Rüsselsheim am Main, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen i. V. m. den einschlägigen deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2022 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2022 bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt unter Beachtung landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen i. V. m. den einschlägigen deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der Betriebsleitung und der Betriebskommission für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die Betriebsleitung ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der landesrechtlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. Ferner ist die Betriebsleitung verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist die Betriebsleitung dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist die Betriebsleitung verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist die Betriebsleitung verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Betriebskommission ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebs zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt unter Beachtung der landesrechtlichen Vorschriften ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung übe ich pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahre eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifiziere und beurteile ich die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinne ich ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit dieser Systeme des Eigenbetriebs abzugeben.

- beurteile ich die Angemessenheit der von der Betriebsleitung angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von der Betriebsleitung dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehe ich Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von der Betriebsleitung angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebs zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls ich zu dem Schluss komme, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, bin ich verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, mein jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Ich ziehe meine Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum meines Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteile ich Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt.
- beurteile ich den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führe ich Prüfungshandlungen zu den von der Betriebsleitung dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehe ich dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von der Betriebsleitung zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteile die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen gebe ich nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Ich erörtere mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die ich während meiner Prüfung feststelle.

Neu-Isenburg, 14. November 2023



(Ludwig)
Wirtschaftsprüfer

Tabellarische Übersicht
über die
rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen
des
Eigenbetriebs
Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim
Rüsselsheim am Main

Firma:	Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim
Rechtsform:	Kraft Satzung wird der Eigenbetrieb als betriebliche Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Sondervermögen mit Sonderrechnung) nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes des Bundeslandes Hessen geführt.
Sitz:	Rüsselsheim am Main
Betriebssatzung:	Die letzte Fassung der Betriebssatzung datiert vom 3. Februar 2016.
Gegenstand des Eigenbetriebs:	Gegenstand des Eigenbetriebs ist die Verwaltung und Vermietung der städtischen Liegenschaften in der Johann-Sebastian-Bach-Straße 52 und der Walter-Flex-Straße 72 in Rüsselsheim am Main.
Wirtschaftsjahr:	Kalenderjahr
Stammkapital:	7.669.378,22 €
Organe:	Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main Betriebskommission Betriebsleitung
Stadtverordnetenversammlung:	Die Stadtverordnetenversammlung (§ 5 EigBGes) entscheidet unter Beachtung der §§ 121 Abs. 8 und 127 HGO über die

Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet wird.

Magistrat:

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main (§ 8 EigBGes) hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Verwaltung und Wirtschaftsführung des Eigenbetriebs mit den Planungen und Zielsetzungen der Stadtverwaltung im Einklang stehen.

Betriebskommission:

Aufgabe der Betriebskommission ist insbesondere die Überwachung der Betriebsleitung sowie die Vorbereitung der erforderlichen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung (§ 4 der Betriebssatzung und § 7 EigBGes). Zur Zusammensetzung im Berichtsjahr wird auf den Anhang (Anlage III, Blatt 7) verwiesen.

Im Berichtsjahr kam die Betriebskommission des Eigenbetriebs zu vier Sitzungen zusammen. In diesen fasste die Betriebskommission Beschlüsse bzw. bereitete diese für die Stadtverordnetenversammlung in folgenden wichtigen Angelegenheiten vor:

- Vorberatung und Beschlussempfehlung zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021,
- Quartalsberichte,
- Vorschlag eines Abschlussprüfers für das Wirtschaftsjahr 2022.

Betriebsleitung:

Der Betriebsleitung obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung nach § 4 Abs. 1 EigBGes und § 3 der Betriebssatzung.

Als Betriebsleiter ist Herr Andreas Lier (seit 25. November 2022) bestellt. Bis zum 24. November 2022 war Herr Jens Will als Betriebsleiter bestellt.

Jahresabschluss:	Gemäß § 22 EigBGes hat der Eigenbetrieb den Jahresabschluss nach den Rechnungslegungsvorschriften für große Kapitalgesellschaften aufzustellen. Nach § 26 EigBGes hat der Eigenbetrieb einen Lagebericht aufzustellen. Gemäß § 27 Abs. 2 EigBGes sind der Jahresabschluss und der Lagebericht von einem durch die Gemeindevertretung zu bestimmenden Abschlussprüfer nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches zu prüfen. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalte. Über die Prüfung ist schriftlich in entsprechender Anwendung des § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG zu berichten.

Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Die Aufgabenverteilung ist in der Betriebssatzung geregelt. Grundlage der Betriebssatzung ist das Eigenbetriebsgesetz Hessen (EigBGes). Organe des Eigenbetriebs sind die Stadtverordnetenversammlung, der Magistrat, die Betriebskommission und die Betriebsleitung. Die Einbindung der Überwachungsorgane in die Entscheidungsprozesse der Betriebsleitung ist sachgerecht und entspricht den Vorgaben durch das Eigenbetriebsgesetz.

Es existiert eine Geschäftsordnung für die Betriebskommission. Meine Prüfung ergab keinen Hinweis darauf, dass die Verteilung der Aufgaben und die Einbindung des Überwachungsorgans in die Entscheidungsprozesse der Betriebsleitung nicht sachgerecht sind.

Ein separater Geschäftsverteilungsplan für die Betriebsleitung sowie weitere schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans existieren nicht. Da die Betriebsleitung nur aus einer Person besteht, ist ein Geschäftsverteilungsplan entbehrlich.

Diese Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Eigenbetriebs.

b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Berichtsjahr ist die Betriebskommission zu zwei Sitzungen zusammengetreten. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main befasste sich im Berichtsjahr in einer Sitzung mit Belangen des Eigenbetriebs. Die entsprechenden Niederschriften haben mir vorgelegen.

c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Betriebsleiter ist auskunftsgemäß in keinen Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien tätig.

d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Angabe der Gesamtbezüge der Betriebsleitung unterbleibt unter Hinweis auf § 286 Abs.4 HGB. Die im Berichtsjahr angefallenen Sitzungsgelder der Mitglieder der Betriebskommission sind im Anhang angegeben.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten / Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Seit dem 1. Januar 2016 sind die Aufgaben der hoheitlichen Daseinsfürsorge vollumfänglich an die Städteservice Raunheim Rüsselsheim AöR übergegangen. Der Eigenbetrieb fungiert seitdem als Immobilienverwaltung und beschäftigt kein Personal.

Es erfolgt auskunftsgemäß und nach meinen Feststellungen im Rahmen der Prüfung eine regelmäßige Überprüfung des Organisationsplans. Die Aufbau- und Ablauforganisation ist Gegenstand regelmäßiger Überprüfung und wird bei Bedarf aktualisiert.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es ergaben sich im Rahmen meiner Prüfung keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Konkrete und dokumentierte Vorkehrungen der Betriebsleitung zur Korruptionsprävention bestehen nicht.

Durch den Oberbürgermeister der Stadt Rüsselsheim am Main wurde mit der Allgemeinen Dienstanweisung 10/2004 vom 16. Juni 2004 eine Richtlinie zur Korruptionsvorbeugung eingeführt, die auch für den Eigenbetrieb verbindlich anzuwenden ist.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es bestehen keine gesonderten schriftlich festgelegten Richtlinien zur Sachbearbeitung.

Der Erlass bzw. die Stundung von Forderungen ist in § 7 der Betriebssatzung (Aufgaben der Betriebskommission) festgelegt. Danach kann die Betriebskommission über die Stundung oder den Erlass von Forderungen bis zur Höhe von € 5.000,00 entscheiden. Weiterhin kann die Betriebsleitung gemäß § 3 der Betriebssatzung Forderungen bis in Höhe von € 500,00 stunden oder erlassen.

Die Vergaberichtlinien der Stadt Rüsselsheim am Main gelten auch für den Eigenbetrieb. Die Auftragsvergabe erfolgt grundsätzlich über das zentrale Beschaffungswesen.

Ich habe im Rahmen der Prüfung keine Kenntnisse darüber erhalten, dass Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen nicht eingehalten wurden.

e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen ist meines Erachtens gewährleistet.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das für den Eigenbetrieb eingerichtete Planungswesen entspricht meines Erachtens seiner Größe und dem Umfang seines operativen Geschäfts. Für den Eigenbetrieb wird der gesetzlich vorgeschriebene Wirtschaftsplan erstellt, der aus Erfolgsplan, Vermögensplan und Stellenübersicht besteht und dem eine Finanzplanung beigefügt ist. Weitere Planrechnungen sind nicht vorgeschrieben und nach meiner Auffassung auch nicht erforderlich.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Es werden auskunftsgemäß regelmäßig Kontrollen und Auswertungen der Planabweichungen durchgeführt.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht meines Erachtens nach Größe und Ausstattung den besonderen Anforderungen des Eigenbetriebs.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Es besteht ein funktionierendes Finanzmanagement.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Der Eigenbetrieb ist in das Cash-Management der Stadt Rüsselsheim am Main eingebunden. Anhaltspunkte dafür, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind, haben sich im Rahmen meiner Prüfung nicht ergeben.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Dies ist nach den im Rahmen meiner Prüfung gewonnenen Erkenntnissen sichergestellt.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Das Controlling des Eigenbetriebs entspricht nach meinen Feststellungen den Anforderungen des Eigenbetriebs.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Beantwortung der Frage entfällt, da der Eigenbetrieb keine Beteiligungen hält.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Durch das bestehende Planungswesen und die laufende Plan-Ist-Kontrolle ist weitgehend sichergestellt, dass die Betriebsleitung Risiken rechtzeitig erkennt. Ein explizites Risikofrüherkennungssystem i.S.v. § 91 Abs. 2 AktG ist nicht eingerichtet.

b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen reichen nach meiner Auffassung bei sachgerechter Umsetzung aus, ihren Zweck zu erfüllen.

Anhaltspunkte dafür, dass die Maßnahmen zur Risikofrüherkennung und -gegensteuerung nicht durchgeführt werden, haben sich im Rahmen meiner Prüfung nicht ergeben.

c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Eine explizite Dokumentation liegt nicht vor.

d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Durch den Betriebsführungsvertrag mit der AÖR ist sichergestellt, dass die Frühwarnsysteme mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt werden.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

Derartige Instrumente werden vom Eigenbetrieb nach eigenen Angaben, zu denen ich keine gegenteiligen Feststellungen getroffen habe, nicht eingesetzt. Die Beantwortung der Fragen dieses Fragenkreises kann daher entfallen.

Fragenkreis 6: Interne Revision

a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision als eigenständige Stelle des Eigenbetriebs besteht nicht. Die Aufgaben der internen Revision werden grundsätzlich durch das Revisionsamt der Stadt Rüsselsheim am Main wahrgenommen.

b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/ Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Die Gefahr von Interessenkonflikten ist bei der Revisionstätigkeit durch das städtische Revisionsamt nicht gegeben.

c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Wirtschaftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Das Revisionsamt der Stadt Rüsselsheim am Main führte im Berichtsjahr beim Eigenbetrieb keine Prüfungen durch.

Über explizit auf Korruptionsprävention ausgerichtete Prüfungen des Revisionsamtes habe ich keine Kenntnisse.

d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Eine Abstimmung der Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer hat nicht stattgefunden.

e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Entfällt.

f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/ Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Entfällt.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Die von der Betriebskommission zu genehmigenden Rechtsgeschäfte und Maßnahmen sind in § 7 der Betriebssatzung aufgeführt.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 habe ich keine Umgehungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte und Maßnahmen festgestellt.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Eine Kreditgewährung an Mitglieder der Betriebsleitung oder des Überwachungsorgans habe ich im Rahmen meiner Prüfung nicht festgestellt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Im Rahmen meiner Prüfung konnte ich keine Anhaltspunkte für eine solche Zerlegung in Teilmaßnahmen feststellen.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Im Rahmen meiner Prüfung haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, die darauf schließen lassen, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung und den Beschlüssen der Betriebskommission bzw. der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Investitionen werden nach meinen Erkenntnissen angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität, Finanzierbarkeit und mögliche Risiken geprüft.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass die zu Grunde gelegten Unterlagen nicht aussagefähig waren, um die Angemessenheit des Preises beurteilen zu können.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Die Abwicklung der Investitionen und die Einhaltung der dafür vorgesehenen Mittel werden laufend überwacht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Es lagen keine Anhaltspunkte für Überschreitungen vor.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Es haben sich keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen haben sich bei meiner Prüfung nicht ergeben.

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Grundsätzlich werden bei wesentlichen Geschäften mehrere Angebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Nach meinen Feststellungen hat die Betriebsleitung der Betriebskommission regelmäßig Bericht erstattet.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Es liegen keine gegenteiligen Erkenntnisse vor.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Unterrichtung der Betriebskommission durch die Betriebsleitung erfolgt nach meinen Feststellungen angemessen und zeitnah.

Im Rahmen meiner Prüfung habe ich keine ungewöhnlichen, risikoreichen oder nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfälle oder erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen festgestellt.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Laut Auskunft der Betriebsleitung und ausweislich der Sitzungsprotokolle fand eine Berichterstattung auf besonderen Wunsch der Betriebskommission entsprechend § 90 Abs. 3 AktG im Berichtsjahr nicht statt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Derartige Anhaltspunkte habe ich im Rahmen meiner Prüfung nicht festgestellt.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine D&O-Versicherung gibt es nicht.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Derartige Interessenkonflikte sind auskunftsgemäß nicht gemeldet worden und mir im Rahmen meiner Prüfung auch nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nach den bei der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen ist nicht betriebsnotwendiges Vermögen in wesentlichem Umfang nicht vorhanden.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nach meiner Auffassung sind Bestände weder auffallend hoch noch auffallend niedrig.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Anhaltspunkte, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird, haben sich im Rahmen meiner Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 12: Finanzierung

a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Zur Kapitalstruktur des Eigenbetriebs verweise ich auf Anlage 8 des Prüfungsberichts. Am Abschlussstichtag bestehen keine wesentlichen Investitionsverpflichtungen.

b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt, da der Eigenbetrieb nicht Konzernmutter ist.

c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Der Eigenbetrieb hat keine Finanz- / Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Finanzierungsprobleme aufgrund einer zu niedrigen Eigenkapitalausstattung bestehen nicht.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Das Wirtschaftsjahr 2022 schließt mit einem Jahresgewinn von T€ 221 ab. Der Vorschlag, den Jahresgewinn an die Stadt Rüsselsheim am Main abzuführen, ist mit der wirtschaftlichen Lage des Eigenbetriebs vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens / Konzerns nach Segmenten / Konzernunternehmen zusammen?

Das Betriebsergebnis setzt sich lediglich aus einem Segment zusammen.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Das Jahresergebnis 2022 ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Ertragslage des Eigenbetriebs haben, geprägt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Derartige Leistungsbeziehungen werden nach meinen Erkenntnissen grundsätzlich zu angemessenen Konditionen abgewickelt.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Der Eigenbetrieb hat keinen Geschäftsbereich bzw. Betriebszweig, der konzessionsabgabepflichtig ist.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Wesentliche, gesondert zu erwähnende verlustbringende Geschäfte habe ich im Rahmen meiner Prüfung nicht festgestellt.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Es wurde ein Gewinn erwirtschaftet.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Maßnahmen zur Kostenüberwachung und -begrenzung werden laufend durchgeführt.

Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

1. Vermögenslage

In der folgenden Übersicht sind die zusammengefassten Bilanzzahlen zum 31. Dezember 2022 nach wirtschaftlichen Verhältnissen geordnet und den entsprechenden Zahlen des Vorjahres gegenübergestellt. Pensionsrückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden als lang- bzw. mittelfristig, Schulden mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr als kurzfristig klassifiziert.

	31.12.2022 T€	31.12.2021 T€	Veränderung in T€	 %
A k t i v a				
Anlagevermögen	**5.731**	**5.837**	**-106**	**-1,8**
Forderungen gegen Verbundunternehmen	4.570	3.423	1.147	33,5
Flüssige Mittel	729	1.548	-819	-52,9
Umlaufvermögen	**5.299**	**4.971**	**328**	**6,6**
Gesamtvermögen	**11.030**	**10.808**	**222**	**2,1**
P a s s i v a				
Stammkapital	7.669	7.669	0	0,0
Rücklagen	1.247	1.247	0	0,0
Verlustvortrag	360	147	213	144,9
Jahresergebnis	221	360	-139	-38,6
Eigenkapital	**9.497**	**9.423**	**74**	**0,8**
Rückstellungen	1.255	1.269	-14	-1,1
Übriges mittel- bzw. langfristiges Kapital	**1.255**	**8.599**	**-7.344**	**-85,4**
Rückstellungen	51	51	0	0,0
Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten	49	26	23	88,5
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	178	39	139	356,4
Kurzfristiges Fremdkapital	**278**	**-7.214**	**7.492**	**-103,9**
Gesamtkapital	**11.030**	**10.808**	**222**	**2,1**

Die wesentlichen Positionen der Bilanz werden nachfolgend erläutert.

Das **Anlagevermögen** umfasst mit T€ 5.632 (Vorjahr: T€ 5.747) Grundstücke und Bauten und mit T€ 98 (Vorjahr: T€ 90) andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Zur detaillierten Zusammensetzung des Anlagevermögens verweise ich auf den Anlagenspiegel (Anlage III, Blatt 9).

Die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt sich wie folgt:

	2022 T€	2021 T€
Anschaffungswerte am 1. Januar	**10.856**	**10.794**
Zugänge	23	62
Abgänge	0	0
Anschaffungswerte am 31. Dezember	**10.879**	**10.856**
Abzüglich kumulierte Abschreibungen zum 31. Dezember	5.148	5.018
Restbuchwerte am 31. Dezember	**5.731**	**5.838**

Die Zugänge beim Sachanlagevermögen betreffen ausschließlich andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung. Im Wesentlichen wurde das Überwachungssystem erweitert und Klimaanlagen angeschafft.

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf T€ 130 (i. Vj.: T€ 127) und wurden ausschließlich planmäßig vorgenommen.

Die Anlagenintensität beträgt zum Stichtag 52,0 % (Vj.: 54,0 %).

Die **Forderungen gegen Verbundunternehmen** betreffen im Berichtsjahr ausschließlich die Stadt Rüsselsheim am Main (Stadtkasse). Im Vorjahr waren daneben noch Forderungen gegen andere Eigenbetriebe von T€ 53 ausgewiesen.

Die **flüssigen Mittel** betreffen ausschließlich Guthaben bei der Kreissparkasse Groß-Gerau. Hinsichtlich der Entwicklung der flüssigen Mittel im Berichtsjahr wird auf die nachfolgende Kapitalflussrechnung verwiesen.

Der Jahresgewinn 2022 in Höhe von T€ 221 hat die Erhöhung des **Eigenkapitals** des Eigenbetriebs hervorgerufen. Gegenläufig wirkte die Abführung des Jahresgewinns 2020 in Höhe von T€ 147 an den Haushalt der Stadt.

Die Eigenkapitalquote beträgt um Stichtag 86,1 % (Vj.: 87,2 %).

Die **langfristigen Rückstellungen** betreffen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die **kurzfristigen Rückstellunge**n betreffen insbesondere Jahresabschluss- und Archivierungskosten.

Die **Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten** sind durch Kreditoren-Saldenlisten und Offene-Posten-Listen zum 31. Dezember 2022 einzeln belegt. Der Anstieg der Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten ist stichtagsbedingt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Rüsselsheim am Main betreffen im Wesentlichen die Gewinnabführung 2021 (T€ 147) und daneben Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

2. Finanzlage

Die nachstehende Kapitalflussrechnung stellt den Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit sowie aus Finanzierungstätigkeit des Eigenbetriebs und die sich daraus ergebende Veränderung des Finanzmittelbestands dar.

		2022 T€	2021 T€
	Jahresergebnis	221	360
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	130	127
+/-	Zunahme / Abnahme der Rückstellungen	-51	-164
+/-	Abnahme / Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	53	-53
+/-	Zunahme / Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	15	-89
+/-	Zinsaufwendungen / Zinserträge	26	104
=	**Mittelfluss aus laufender Geschäftstätigkeit**	**394**	**285**
-	Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-23	-63
+	Erhaltene Zinsen	17	0
=	**Mittelfluss aus der Investitionstätigkeit**	**-6**	**-63**
-	Gezahlte Zinsen	-7	-8
=	**Mittelfluss aus der Finanzierungstätigkeit**	**-7**	**-8**
=	**Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands**	**381**	**214**
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	4.918	4.704
=	**Finanzmittelbestand am Ende der Periode**	**5.299**	**4.918**

Der Finanzmittelfonds besteht in Höhe von T€ 729 (Vj.: T€ 1.548) aus flüssigen Mitteln und in Höhe von T€ 4.570 (Vj.: T€ 3.370) aus Mitteln bei der Stadtkasse Rüsselsheim am Main.

3. Ertragslage

Die folgende Aufstellung zeigt die Ertragslage des Eigenbetriebs im Vorjahresvergleich. Bei dieser Darstellung habe ich - abweichend zur handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung - die Ertrags- und Aufwandsposten nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst.

	2022 T€	2021 T€	Veränderung in T€	Veränderung in %
Umsatzerlöse	640	647	-7	-1,1
Übrige betriebliche Erträge	11	8	3	37,5
Laufende betriebliche Erträge	**651**	**655**	**-4**	**-0,6**
Bezogene Leistungen	250	150	100	66,7
Personalaufwand	6	-103	109	o.A.
Abschreibungen	130	127	3	2,4
Übrige betriebliche Aufwendungen (inkl. sonst. Steuern)	18	17	1	5,9
Laufende betriebliche Aufwendungen	**404**	**191**	**213**	**111,5**
Betriebsergebnis	**247**	**464**	**-217**	**-46,8**
Finanzergebnis	-26	-104	78	-75,0
Jahresergebnis	**221**	**360**	**-139**	**-38,6**

Die wesentlichen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung werden nachfolgend erläutert.

Die **Umsatzerlöse** betreffen ausschließlich die Pachterlöse aus der Vermietung der Liegenschaften in der Johann-Sebastian-Bach-Str. 52 und Walter-Flex-Str. 72 an die an die Städteservice Raunheim / Rüsselsheim AöR.

Die **übrigen betrieblichen Erträge** betreffen u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die **bezogenen Leistungen** beruhen im Wesentlichen auf Gebäudemanagementkosten sowie Aufwendungen für die Instandhaltung der Liegenschaften.

Der **Personalaufwand** umfasst im Wesentlichen Zahlungen an die Versorgungskassen sowie die Inanspruchnahme der Pensionsrückstellung für eine Beamtin.

Der negative Personalaufwand des Vorjahres resultierte aus der Inanspruchnahme der Pensionsrückstellung und der gleichzeitigen Auszahlung der Versorgungsleistungen die Leistungsempfän-

gerin durch die Versorgungskasse für die Beamten der Gemeinden und Gemeindenverbände in Darmstadt.

Zur Zusammensetzung der **Abschreibungen** verweise ich auf den Anlagenspiegel (Anlage III, Blatt 9).

Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen (inkl. sonst. Steuern)** betreffen:

	2022 T€	2021 T€	Veränderung in T€	 %
Raumkosten und Grundstücksaufwendungen	6	0	6	o.A.
Kraftfahrzeugkosten	5	0	5	o.A.
Rechts- und Beratungskosten	5	8	-3	-37,5
Übrige ordentliche Aufwendungen	2	9	-7	-77,8
	18	**17**	**1**	**5,9**

Das **Finanzergebnis** betrifft im Wesentlichen die Aufzinsung der Pensionsrückstellung in Höhe von T€ 37 (Vj. T€ 96).

- . -

Allgemeine Auftragsbedingungen
für
Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften
vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer" genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf
50261 . PN 55495/0/0

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise

b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern

c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden

d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern

e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,

b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,

c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und

d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-611/21-26	
Datum	21.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	28.05.2024	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss 2023 Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses 2023 des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim wird an den Wirtschaftsprüfer Herrn Dipl.-Oec. Ralf-Peter Ludwig, Frankfurter Straße 53-55, 63263 Neu-Isenburg vergeben.

Begründung:

A. Ziel

Bestellung eines Wirtschaftsprüfers zur Prüfung des Jahresabschlusses 2023 der Städtischen Betriebshöfe Rüsselsheim (SBHR).

B. Ausgangslage

Die operativen Tätigkeiten der SBHR sind mit Gründung der Städteservice AöR auf diese übergegangen. Demzufolge ist die einzig verbleibende Aufgabe die Verwaltung der Liegenschaften, welche an die Städteservice AöR vermietet sind. Diese Aufgabe wird mittels Betriebsführungsvertrag durch den Städteservice erbracht, folglich hält die SBHR kein Personal mehr vor.

Die Betriebskommission hat sich in ihrer Sitzung am 30.04.2024 mit der Angelegenheit befasst und schlägt gemeinsam mit der Betriebsleitung der Stadtverordnetenversammlung den Wirtschaftsprüfer Dipl.-Oec. Ralf-Peter Ludwig vor, der bereits im vergangenen Jahr den Prüfungsbericht erstellt hat.

Für den zu prüfenden Bericht 2023 gelten die gleichen Konditionen wie im Vorjahr. Vorgesehen sind fünf Prüfungstage zum Festpreis von 3.380,00 € zzgl. Mehrwertsteuer.

C. Gesetzliche Grundlage

Entsprechend § 7 Abs. 3 Nr. 7 Eigenbetriebsgesetz (EBG) hat die Betriebskommission das Vorschlagsrecht für die Bestellung des Prüfers des Jahresabschlusses eines Eigenbetriebs. Die Bestellung obliegt gemäß § 5 EBG der Stadtverordnetenversammlung.

D. Alternativen

Keine

E. Kosten

Festpreis von 3.380,00 € zzgl. Mehrwertsteuer

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-610/21-26	
Datum	21.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	28.05.2024	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim

Der Magistrat beschließt den Entwurf der Beschlussvorlage zur Weiterleitung an die Stadtverordnetenversammlung.

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Betriebskommission des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe den Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht und Finanzplan in ihrer Sitzung am 30.04.2024 zur Kenntnis genommen hat.
2. die Betriebskommission des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung einstimmig empfiehlt, dem beigefügten Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 zuzustimmen.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

1. den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe für das Wirtschaftsjahr 2024 mit folgenden Werten:

   im Erfolgsplan

in den Erträgen auf	808.000,00 €
in den Aufwendungen auf	630.800,00 €

   im Vermögensplan

in der Ausgabe auf	825.000,00
in der Einnahme (Deckungsmittel) auf	825.000,00 €

2. dass der geplante Gewinn in Höhe von

   177.200,00 €

   dem Haushalt der Stadt Rüsselsheim am Main zugeführt wird.

3. dass der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögensplan festgesetzt wird auf

   0,00 €

4. dass der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Wirtschaftsjahr zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, festgesetzt wird auf

   1.000.000,00 €

5. dass die im Wirtschaftsplan 2024 ausgewiesene Stellenübersicht gilt.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung zum Wirtschaftsplan 2024 der Städtischen Betriebshöhe Rüsselsheim.

B. Gesetzliche Grundlage

§ 115 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 07.03.2005 (VGBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.12.2015 (GVBl. S. 618) in Verbindung mit dem Hessischen Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) vom 09. Juni 1989 (GVBl. I S. 151), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVBl. I S. 121).

Gemäß § 7 Abs. 3 EigBGes nimmt die Betriebskommission Stellung zum Wirtschaftsplan und verweist die Vorlage an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung.

C. Ausgangslage

Die operativen Tätigkeiten der SBHR sind mit Gründung der Städteservice AöR auf diese übergegangen. Demzufolge ist die einzig verbleibende Aufgabe die Verwaltung der Liegenschaften, welche an die Städteservice AöR vermietet sind. Diese Aufgabe wird mittels Betriebsführungsvertrag durch den Städteservice erbracht, folglich hält die SBHR kein Personal mehr vor.

D. Auswirkungen auf das Klima

Die Instandhaltungsaufwendungen der Städtischen Betriebshöfe dienen u. a. der Erneuerung von Gebäudetechnik bezüglich der Sanierung des Werkstattgebäudes und des Verwaltungsgebäudes in der Johann-Sebastian-Bach-Straße. Durch diese Modernisierungen ist ein geringerer Ressourcenverbrauch beim Betrieb des Gebäudes zu erwarten.

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

rüsselsheim
am main

Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim (SBHR)

Wirtschaftsplan SBHR 2024

06.02.2024

Rüsselsheim am Main

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Basisdaten

Wirtschaftsplan	
aktuelles Planjahr	2024
5-jährige Finanzplanung	
Zeitraum von-bis	2024 - 2028
Erfolgsübersicht	
Überschrift	Erfolgsübersicht 2024
Vermögensplan	
Überschrift	Vermögensplan 2024
Deckblatt	
Wirtschaftsplan aktuell geplant (nur Jahr)	2024
Vermögensplan	
Einzelaufstellung Bereiche	Wirtschaftsplan 2024

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Deckblatt

	Wirtschaftsplan 2024 EUR
Erfolgsübersicht Erträge	808.000
Erfolgsübersicht Aufwendungen	630.800
Vermögensplan Mittelherkunft	825.000
Vermögensplan Mittelverwendung	825.000
Gesamtbetrag der Kredite	0
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	0
Höchstbetrag Liquiditätskredit	1.000.000

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Finanzplanung 5 Jahre

Deckungsmittel (Mittelherkunft)		Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR
1		0	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	0	0	0	0	0
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	172.800	190.000	209.000	230.000	253.000
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	652.200	634.000	614.000	592.000	568.000
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**824.000**	**823.000**	**822.000**	**821.000**

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Finanzplanung 5 Jahre

	Ausgaben (Mittelverwendung)	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	825.000	824.000	823.000	822.000	821.000
2	Finanzanlagen	0	0	0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0	0
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**824.000**	**823.000**	**822.000**	**821.000**

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Erläuterungen zu den Ansätzen der Finanzplanung

Wirtschaftsplan 2024

1	Verwaltung	
	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	825.000,00
2	Finanzanlagen	0,00
3	Tilgung von Krediten	0,00
4	Rückzahlung Stammkapital	0,00
5	Änderung Nettogeldvermögen	0,00

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Finanzplanung 5 Jahre der Städte (2024 - 2028)

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§19 Nr.2 EigBGes)

		Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR
Einnahmen						
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	0	0	0	0	0
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	0	0	0	0	0
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	0	0	0	0	0
4	Darlehen der Gemeinde	0	0	0	0	0
Ausgaben						
1	Gewinnabführungen	177.200	178.200	179.200	180.200	181.200
2	Konzessionsabgaben	0	0	0	0	0
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	0	0	0	0	0
4	Eigenkapitalrückzahlung	0	0	0	0	0
5	Tilgungen von Darlehen der Gemeinde	0	0	0	0	0

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2024		Wirtschafts-plan 2025	Wirtschafts-plan 2026
		Investitionen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen gesamt EUR	EUR
Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführungen zum Stammkapital	0	0	0	0
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen	0	0	0	0
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge (ohne Nr.6)	172.800	0	0	0
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse	0	0	0	0
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos.C der Passivseite "Empfangene Ertragszuschüsse"	0	0	0	0
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen	0	0	0	0
9	Kredite	0	0	0	0
	a) von der Gemeinde	0	0	0	0
	b) von Dritten	0	0	0	0
10	Änderung Nettogeldvermögen	652.200	0	0	0
Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**0**	**0**	**0**

rüsselsheim
am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Vermögensplan

		Wirtschaftsplan 2024		Wirtschafts-plan 2025	Wirtschafts-plan 2026
		Investitionen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen EUR	Verpflichtungs-ermächtigungen gesamt EUR	EUR
Ausgaben (Mittelverwendung)					
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte	825.000	0	0	0
2	Finanzanlagen		0	0	0
3	Tilgung von Krediten	0	0	0	0
4	Rückzahlung von Stammkapital	0	0	0	0
5	Änderung Nettogeldvermögen	0	0	0	0
Ausgaben des Vermögensplans insgesamt		**825.000**	**0**	**0**	**0**

rüsselsheim am main

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Entwicklung der Verpflichtungsermächtigung

	Wirtschafts-plan 2024 EUR	Wirtschafts-plan 2025 EUR	Wirtschafts-plan 2026 EUR	Wirtschafts-plan 2027 EUR	Wirtschafts-plan 2028 EUR	Summe EUR
Wirtschaftsplan	0	0	0	0	0	0

Wirtschaftsplan SBHR 2024

rüsselsheim am main

	1		2	3	4
	Aufwendungen nach Bereichen / Aufwandsart		Betrag insgesamt	Verwaltung	Aktivierte Eigen-leistungen
			PLAN 2024	PLAN 2024	
1	Materialaufwand		-35.600	-35.600	
2	Personalkosten		-54.000	-54.000	
3	Abschreibungen		-172.800	-172.800	
4	Zinsen und ähnl. Aufwendungen		0	0	
5	Steuern		0	0	
6	Konzessions- und Wegeentgelte		0	0	
7	Andere betr. Aufwendungen		-368.400	-368.400	
8	**Summe**		**-630.800**	**-630.800**	**0**
9	Umlage Allg. Betr.abtlg.	Zurechnung (+)	0	0	xxxxxxxxx
	Umlage übrige Abtlg.	Abgabe (-)	0	0	xxxxxxxxx
10	Leistungsausgleich der	Zurechnung (+)	0	0	
	Aufwandsbereiche	Abgabe (-)	0	0	
11	**Aufwendungen 1 - 12**		**-630.800**	**-630.800**	**xxxxxxxxx**
12	Betriebserträge				
	a) aus Umsatzerlösen		640.200	640.200	
	b) aus Gebühreneinnahmen		0	0	
	c) Kostenerstattung der Stadt		0	0	
	d) aus sonstigen Erlösen		7.800	7.800	
13	**Betriebserträge insgesamt**		**648.000**	**648.000**	**0**
14	Betriebsergebnis		17.200	17.200	xxxxxxxxx
15	Finanzergebnis		160.000	160.000	xxxxxxxxx
16	Neutrales Ergebnis		0	0	xxxxxxxxx
17	Außerordentliches Ergebnis		0	0	
18	Steuern vom Einkommen und Ertrag		0	0	
19	**Unternehmensergebnis**		**177.200**	**177.200**	**xxxxxxxxx**

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Stellenplan mit Vorjahresvergleich

2024 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim	Anzahl	Stellenwert
Beamte		
	0,0	A14
Summe:	**0,0**	
Beschäftigte		**TVöD**
	0,0	aT
	0,0	15
	0,0	14
	0,0	13
	0,0	12
	0,0	11
	0,0	10
	0,0	9
	0,0	8
	0,0	7
	0,0	6
	0,0	5
	0,0	4
	0,0	3
	0,0	2
Summe:	**0,0**	
Summe	**0,0 Stellen**	**Plan 2024**

Ausbildungsstellen nachrichtlich	
0	Berufskraftfahrer/in
0	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice
0	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau
0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
0	Kfz-Mechatroniker/in

Die Ausbildungsstellen werden nach Bedarf besetzt.

Summe: 0 Stellen Plan 2024

2023 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim	Anzahl	Stellenwert
Beamte		
	0,0	A14
Summe:	**0,0**	
Beschäftigte		**TVöD**
	0,0	aT
	0,0	15
	0,0	14
	0,0	13
	0,0	12
	0,0	11
	0,0	10
	0,0	9
	0,0	8
	0,0	7
	0,0	6
	0,0	5
	0,0	4
	0,0	3
	0,0	2
Summe:	**0,0**	
Summe	**0,0 Stellen**	**Plan 2023**

Ausbildungsstellen nachrichtlich	
0	Berufskraftfahrer/in
0	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice
0	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau
0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
0	Kfz-Mechatroniker/in

Die Ausbildungsstellen werden nach Bedarf besetzt.

Summe: 0 Stellen Plan 2023

2022 Städtische Betriebshöfe Rüsselsheim	Anzahl	Stellenwert
Beamte		
	0,0	A14
Summe:	**0,0**	
Beschäftigte		**TVöD**
	0,0	aT
	0,0	15
	0,0	14
	0,0	13
	0,0	12
	0,0	11
	0,0	10
	0,0	9
	0,0	8
	0,0	7
	0,0	6
	0,0	5
	0,0	4
	0,0	3
	0,0	2
Summe:	**0,0**	
Summe	**0,0 Stellen**	**Plan 2022**

Ausbildungsstellen nachrichtlich	
0	Berufskraftfahrer/in
0	FK für Rohr-, Kanal- u. Industrieservice
0	Gärtner/in - Fachrichtung Galabau
0	Kaufmann/-frau für Bürokommunikation
0	Kfz-Mechatroniker/in

Die Ausbildungsstellen werden nach Bedarf besetzt.

Summe: 0 Stellen Plan 2022

Wirtschaftsplan SBHR 2024
Investitionsplan

	Bezeichnung	Anschaffungskosten in EURO
1	Magazinausbau	60.000 €
2	Kfz-Werkstatt Container	75.000 €
3	Umbau Treppenhaus	90.000 €
4	Befahrbare Außenfläche Gebäude 23	100.000 €
5	Sanierung/Neubau Halle Spielplatzabteilung	500.000 €
	Summe 1-5	**825.000 €**

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-613/21-26	
Datum	21.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	28.05.2024	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Einrichtung einer interkommunalen Projektmanagementstelle Klimaschutz im Kreis Groß-Gerau

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

1. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) beteiligt sich die Stadt Rüsselsheim am Main am interkommunalen Projektmanagement Klimaschutz im Kreis Groß-Gerau, das bei der Stadt Mörfelden-Walldorf eingerichtet wird.
2. Dem öffentlich-rechtlichen Vertrag gemäß Anlage 1 wird zugestimmt.

Begründung:

A. Ziel

Um ihre Anstrengungen um den Klimaschutz auf der kommunalen Ebene zu bündeln und zur Erreichung der gesetzlichen Ziele im Kreis Groß-Gerau beizutragen, haben alle Städte und Gemeinden des Kreises Groß-Gerau und der Kreis Groß-Gerau im Juli 2022 das IKZ-Projekt „Klimaschutz“ gestartet. Das Projekt hat folgende Ziele verfolgt:

- Erreichen der Treibhausgasneutralität bzw. Klimaneutralität der Städte und Gemeinden im Landkreis Groß-Gerau
- Verbesserung der Klimafolgenanpassung der Städte und Gemeinden im Landkreis Groß-Gerau
- Ausbau erneuerbarer Energien
- Energieeinsparung und Ressourcenschonung

B. Ausgangslage

Nach der Auswertung von Best-Practice-Beispielen hat die Projektgruppe die möglichen Vorteile einer interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich des Klimaschutzes geprüft und gemeinsame Handlungsmöglichkeiten erarbeitet. Folgende Synergiefelder einer Zusammenarbeit wurden dabei v.a. erkannt (vgl. auch Information im IKZ-Jahresbericht 2023, S. 11 f.):

- gemeinsamer Aufbau von Kommunikationsstrukturen zwischen den Kommunen und dem Kreis zum Thema Klimaschutz
- gemeindeübergreifendes Wissensmanagement, Bündelung von Erfahrungen und Fachkompetenzen zum Klimaschutz
- höhere Kosteneffizienz kreisweiter Konzepte im Vergleich zu kleinen Einzelkonzepten
- raumplanerische Vorteilhaftigkeit kreisweiter Konzepte im Vergleich zu kleinen Einzelkonzepten (bspw. Freiflächenphotovoltaik)
- größere Erfolgshaftigkeit von Fördermittelanträgen im Bereich Klimaschutz und –anpassung durch gemeinsame Beantragung
- umfassendere Beratungsangebote für Bürger/innen
- Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Materialien und Gerätschaften (bspw. Wärmebildkamera)
- Möglichkeit des Verzichts auf den Einsatz externer Berater*innen aufgrund des Know-hows im Rahmen der kommunalen Gemeinschaft

Die Projektgruppe hat sich daraufhin für die Einrichtung einer zentralen Projektmanagementstelle für die beteiligten Kommunen ausgesprochen. Die Projektmanagementstelle soll im Rathaus der Stadt Mörfelden-Walldorf angesiedelt werden. Sie soll künftig den teilnehmenden Kommunen zur Vernetzung und Projektbegleitung zur Verfügung stehen, um auf dem komplexen Feld des Klimaschutzes größtmögliche Synergien zu erreichen. Seitens der Dienststellenleitungen der 14 teilnehmenden Städte und Gemeinden und des Kreises Groß-Gerau wurde daraufhin die Projektgruppe beauftragt, die Einrichtung einer solchen Projektmanagementstelle entscheidungsreif vorzubereiten. Das Ergebnis wird mit der vorliegenden Drucksache zur Entscheidung vorgelegt.

Vorteile eines zentralen Projektmanagements Klimaschutz

Durch die zielgerichtete und zentrale Steuerung der klimaschutzrelevanten Informationen, die interkommunale Vernetzung und das gemeinsame Projektmanagement für kreisweite Klimaschutz-Projekte im Kreis Groß-Gerau ergeben sich folgende Vorteile und Synergieeffekte:

- Sicherstellung der Aufgabenerfüllung für die Kommunen, Verbesserung der Dienstleistung durch spezialisierte Mitarbeiter/innen
- Nutzbarmachung von Spezialwissen für alle projektbeteiligten Kommunen durch zentrales Wissensmanagement, Sicherung des Wissens zum Thema kreisweit
- Die zentrale einheitliche Steuerung der Versorgung der Kommunen mit Informationen zu Förderprogrammen und Fördermöglichkeiten erspart den Mitarbeiter/innen vor Ort Zeitaufwand, der bislang in die Eigenrecherche investiert werden musste. Dieses Einsparpotenzial bezieht sich sowohl auf die Mitarbeiter/innen als auch auf die unterschiedlichen Führungsebenen, die entsprechende Unterstützungsarbeit für die Unterabteilungen zu leisten haben.
- Wissen kann (nach unterschiedlichen Fachgebieten) besser amtsübergreifend miteinander verknüpft werden, höhere Fördersummen werden nutzbar.

- Durch zentrales Wissensmanagement kann Spezialwissen für Kommunen auch individuell und passgenau zur Verfügung gestellt werden.
- Durch das Wissen über ein breites Spektrum an Fördermöglichkeiten können neue Projektvorhaben umgesetzt werden, deren Gesamtfinanzierung erst hierdurch möglich wird. Hiervon profitieren wiederum die Bürgerinnen und Bürger.
- Wenn die Einnahmesituation verbessert wird, können die Ausgaben der Kommunen für Projekte und Angebote ggfs. gesenkt werden.

Aufgabenspektrum des interkommunalen Projektmanagements Klimaschutz

Folgende Aufgaben sollen von der interkommunalen Projektmanagementstelle Klimaschutz wahrgenommen werden:

- Das Klimaschutz- Projektmanagement (PMK) agiert an zentraler Stelle für die teilnehmenden Kommunen und den Kreis Groß-Gerau mit dem Charakter einer Kompetenzstelle.
- Das PMK ist sehr gut informiert und spezialisiert sich auf die Vernetzung, Aktivierung und Koordination gemeinsamer Projekte.
- Das PMK vernetzt das bei den Kommunen und dem Kreis bereits vorhandene Fachwissen und macht es für alle zugänglich.
- Eine zentrale Datenbank/Screening aller klimarelevanten Themen in den Kommunen mit Zugriffsmöglichkeit für alle teilnehmenden Kommunen wird eingerichtet und stetig aktualisiert.
- Der Hauptarbeitsplatz des PMK ist im Rathaus der Stadt Mörfelden-Walldorf angesiedelt. Dem PKM ist durch seine Ausstattung mobiles Arbeiten an anderen Orten möglich.
- Das PMK tauscht sich regelmäßig mit den Kommunen aus. Mindestens zwei Mal im Jahr ist es in Präsenz vor Ort ganztätig in jeder Kommune tätig, bei Bedarf auch häufiger.
- Das PMK bahnt Förderanträge an. Es leistet das Coaching und Matching, um die Förderung generieren zu können.
- Das PMK überwacht und steuert gemeinsame Projekte und verantwortet für diese die Erreichung von Termin-, Kosten- und Inhaltszielen.
- Kreisweite Schulungen zum Thema kommunaler Klimaschutz und -anpassung werden zentral durch das PMK organisiert.
- Das PMK hat eine regelmäßige Berichtspflicht gegenüber dem kommunalen Beirat.
- Das PMK ist für Projektmarketing/die Kommunikationsoffensive der ausgewählten Themen verantwortlich.

Realisierung des interkommunalen Klimaschutz-Projektmanagements

Das interkommunale Klimaschutz-Projektmanagement soll auf der Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrags erfolgen (Anlage). Dieser regelt die Aufgaben des Projektmanagements Klimaschutz sowie die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien.

C. Kosten/Finanzierung

Im Rahmen des IKZ-Projekts haben alle 15 Kreiskommunen (inkl. Kreis) vorbehaltlich der Beschlussfassung ihrer kommunalen Gremien die Absicht bekundet, sich am zentralen Klimaschutz-Projektmanagement zu beteiligen. Es ist daher von einem Bedarf von einer Vollzeitstelle der Entgeltgruppe 11 TVöD auszugehen. Die Personal- und Sachkosten sollen auf alle Kommunen und den Kreis umgelegt werden. Hierfür wird der dem öffentlich-rechtlichen Vertrag beigefügte Finanzierungsschlüssel empfohlen, der bereits in anderen interkommunalen Kooperationen im Kreisgebiet seit Jahren erfolgreich Anwendung findet und sich aus zwei Komponenten zusammensetzt:

a) einem einheitlichen Sockelbetrag für jede beteiligte Kreiskommune, der insgesamt einen Anteil von 10 % der Kosten deckt, und
b) einen aufwandsbezogenen Betrag, der sich an der Einwohnerzahl der Kreiskommunen orientiert und 90 % der Kosten deckt.

Für die Gründung der Kooperation ist ggfs. zusätzlich mit IKZ-Fördermitteln des Landes Hessen zu rechnen. Falls Fördermittel bewilligt werden, werden diese für die Finanzierung der o. g. Personal- und Sachkosten eingesetzt. In diesem Fall würden die teilnehmenden Kreiskommunen in der Startphase der Kooperation geringere oder ggfs. (je nach Höhe der bewilligten Mittel) keine Kosten zu tragen haben, bis die Fördermittel verbraucht sind.

D. Weiteres Vorgehen

Das weitere Vorgehen zur Einrichtung des zentralen Klimaschutz-Projektmanagements ist nach der Beschlussfassung der beteiligungsinteressierten Kommunen im Sommer 2024 wie folgt vorgesehen:

- Personalgewinnung durch Stellenausschreibung (3. Quartal 2024)
- räumliche und organisatorische Einrichtung der Stelle (3. Quartal 2024)
- Arbeitsaufnahme des interkommunalen Projektmanagements nach erfolgreicher Personalgewinnung (4. Quartal 2024)

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

Zwischen

der Stadt Mörfelden-Walldorf,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Thomas Winkler
und den Ersten Stadtrat Karsten Groß,

im Folgenden **Stadt Mörfelden-Walldorf** genannt,

und

der Gemeinde Biebesheim am Rhein,
vertreten durch den Gemeindevorstand,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Marcus Rahner und
den Ersten Beigeordneten Günter Müller,

und

der Gemeinde Bischofsheim,
vertreten durch den Gemeindevorstand,
dieser vertreten durch den Bürgermeisterin Lisa Gößwein und
den Ersten Beigeordneten Prof. Dr. Wolfgang Schneider,

und

der Gemeinde Büttelborn,
vertreten durch den Gemeindevorstand,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Marcus Merkel und
die Erste Beigeordnete Ute Kroiß,

und

der Stadt Gernsheim,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Peter Burger und
den Ersten Stadtrat Heinz Adler,

und

der Stadt Ginsheim-Gustavsburg,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Thorsten Siehr und
die Erste Stadträtin Susanne Redlin,

und

der Stadt Groß-Gerau,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Jörg Rüddenklau und
den Ersten Stadtrat Jürgen Schulz,

und

der Stadt Kelsterbach,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Manfred Ockel und
den Ersten Stadtrat Kurt Linnert,

und

der Gemeinde Nauheim,
vertreten durch den Gemeindevorstand,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Roland Kappes und
die Erste Beigeordnete Rosalia Radosti,

und

der Stadt Raunheim,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Bürgermeister David Rendel und
die Erste Stadträtin Dorothee Herberich,

und

der Stadt Riedstadt,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Marcus Kretschmann und
den Ersten Stadtrat Ottmar Eberling,

und

der Stadt Rüsselsheim am Main,
vertreten durch den Magistrat,
dieser vertreten durch den Oberbürgermeister Patrick Burghardt und
den Bürgermeister Dennis Grieser,

und

der Gemeinde Stockstadt am Rhein,
vertreten durch den Gemeindevorstand,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Thomas Raschel und
die Erste Beigeordnete Ursula Kraft,

und

der Gemeinde Trebur,
vertreten durch den Gemeindevorstand,
dieser vertreten durch den Bürgermeister Jochen Engel und
den Ersten Beigeordneten Jan Bachmann,

und

dem Kreis Groß-Gerau,
vertreten durch den Landrat Thomas Will und
den Ersten Beigeordneten Adil Oyan

im Folgenden **Kommunen** genannt,

wird gemäß §§ 54 ff. des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes vom 15.1.2010 (GVBl. I 2010, 18), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Februar 2023 (GVBl. S. 78), folgender öffentlich-rechtliche Vertrag über Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau geschlossen:

PRÄAMBEL

Die Herausforderungen des Klimawandels stellen die Städte und Gemeinden im Kreis Groß-Gerau und den Kreis Groß-Gerau vor enorme Herausforderungen, die nur in enger Kooperation bewältigt werden können. Gemeinsames Ziel ist das Erreichen der Klimaneutralität im Kreisgebiet. In den Städten und Gemeinden und in der Kreisverwaltung Groß-Gerau werden vielfältige Klimaanpassungsmaßnahmen realisiert und initiiert. Mit dem Ziel, diese bestmöglich zu vernetzen, kommunale Projektideen gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen, gemeinsame Klimaschutz-Projekte zu initiieren und voranzutreiben und die Kreiskommunen bei der Umsetzung ihrer Maßnahmen nachhaltig zu unterstützen, wird eine interkommunale Projektmanagementstelle Klimaschutz eingerichtet.

§ 1 Beteiligte und Aufgaben

(1) Die Stadt Mörfelden-Walldorf begründet eine interkommunale Projektmanagementstelle für Aufgaben des Klimaschutzes, die zunächst mit einer Vollzeitstelle besetzt wird. Im Rahmen dieser Kapazitäten führt die Stadt Mörfelden-Walldorf die nachfolgend in § 2 aufgeführten Aufgaben für alle Vertragsparteien durch.

(2) Durch diesen öffentlich-rechtlichen Vertrag werden keine Aufgaben, die den Kommunen obliegen, auf die Stadt Mörfelden-Walldorf übertragen. Die Stadt Mörfelden-Walldorf übernimmt lediglich die Verpflichtung, die in § 2 aufgeführten Aufgaben im Zusammenwirken mit den Kommunen nach den jeweils geltenden rechtlichen Bestimmungen bzw. Richtlinien durchzuführen.

§ 2 Leistungen der interkommunalen Projektmanagementstelle Klimaschutz

(1) Durchzuführende Aufgaben im Sinne des § 1 sind:

- Das interkommunale Klimaschutz-Projektmanagement (PMK) agiert als zentrale Kompetenzstelle in allen Angelegenheiten des Klimaschutzes für alle Vertragsparteien.
- Das PMK vernetzt das bei den Vertragsparteien vorhandene Fachwissen im Bereich des Klimaschutzes und macht es projektbezogen für alle Vertragsparteien zugänglich.
- Das PMK initiiert und koordiniert gemeinsame Klimaschutz-Projekte der Vertragsparteien.
- Das PMK ist verantwortlich für ein kontinuierliches Screening aller klimarelevanten Themen sowie den Aufbau und die stets aktuelle Pflege einer diesbezüglichen zentralen Datenbank, auf die es allen Vertragsparteien Zugriffsmöglichkeiten einrichtet.
- Der Hauptarbeitsplatz des PMK wird im Rathaus der Stadt Mörfelden-Walldorf eingerichtet. Dem PMK ist durch seine Ausstattung mobiles Arbeiten an anderen Orten möglich. Es tauscht sich regelmäßig mit den Kommunen aus. Mindestens zwei Mal jährlich ist das PMK in Präsenz vor Ort in jeder Kommune anwesend.
- Das PMK bahnt im Zusammenwirken mit den Vertragsparteien Förderanträge an. Es leistet das Coaching und Matching, um die Förderung generieren zu können.
- Das PMK steuert und überwacht gemeinsame Projekte und verantwortet die Erreichung von Termin-, Kosten- und Inhaltszielen.
- Das PMK ist für das Projektmarketing/die Kommunikationsoffensive der von der Kommission gemäß § 6 ausgewählten Themen verantwortlich.
- Das PMK organisiert zentrale kreisweite Schulungen zum Thema kommunaler Klimaschutz und -anpassung.
- Das PMK ist bei Bedarf für die Mediation und das Konfliktmanagement in gemeinsamen Projekten zuständig.
- Das PMK hat eine regelmäßige Berichtspflicht über seine Tätigkeit gegenüber dem Beirat.

Die Leistungen können ganz oder in Einzelteilen in Anspruch genommen werden.

(2) Ab Stellenbesetzung erfolgt die Finanzierung der Personal- und Sachkosten für die Wahrnehmung der Aufgaben in Absatz 1 durch die Vertragsparteien gemäß dem Finanzierungsschlüssel in § 3. Ab diesem Zeitpunkt besteht ein Rechtsanspruch auf die Aufgabenwahrnehmung.

§ 3 Finanzierung und Kostenausgleich

(1) Zum Ausgleich der ab der Stellenbesetzung entstehenden Kosten für die Übernahme der Aufgaben in § 2 erstatten die Kommunen der Stadt Mörfelden-Walldorf den sich aus dem Finanzierungsschlüssel gemäß Absatz 3 für sie ergebenden Kostenanteil. Erstattungsfähige Kosten im Sinne von Satz 1 sind allein die für die Leistungserbringung an die Gesamtheit der Vertragsparteien tatsächlich entstandenen Personalkosten der im Abrechnungszeitraum (= jeweils volles Jahr der Tätigkeit der Stelle) besetzten Stelle im Projektmanagement Klimaschutz sowie die hierfür erforderlichen Sachkosten. Als erforderliche Sachkosten im Sinne von Satz 2 werden pauschal 10 % der vorgenannten Personalkosten angenommen.

(2) Die erstattungsfähigen Kosten gemäß Absatz 2 sind nach dem folgenden Finanzierungsschlüssel von den Vertragsparteien aufzubringen:

a) 10 % der Kosten werden zu gleichen Teilen von allen Vertragsparteien getragen (Sockelbetrag).

b) 90 % der Kosten werden auf die Vertragsparteien entsprechend ihrer Gewichtung nach Einwohner-Größenklassen wie folgt umgelegt:

Einwohnerzahl	Gewichtung
Unter 10.000	1
10.000 – 15.000	2
15.001 – 20.000	3
20.001 – 25.000	4
25.001 – 30.000	5
30.001 – 35.000	6
35.001 – 40.000	7
40.001 – 45.000	8
45.001 – 50.000	9
50.001 – 55.000	10
55.001 – 60.000	11
60.01 – 65.000	12
über 65.000	13

(Eine beispielhafte Musterrechnung ist dem Vertrag als Anlage beigefügt.)

(3) Die Stadt Mörfelden-Walldorf teilt den Kommunen zum Zweck ihrer Haushaltsplanung bis spätestens 30.9. eines Jahres die Höhe der von ihnen aufgrund der Absätze 1 und 2 voraussichtlich im Folgejahr zu tragenden Kosten mit.

(4) Die Kommunen haben den auf sie jeweils entfallenden Betrag nach Absatz 3 in je vier gleichen Raten vierteljährlich zum Ende des Quartals an die Stadt Mörfelden-Walldorf zu zahlen. Nach Abschluss eines Jahres erfolgt im 1. Quartal des Folgejahres durch die Stadt Mörfelden-Walldorf eine Spitzabrechnung gemäß Absatz 1 und 2 auf Basis der im Abrechnungsjahr tatsächlich angefallenen Personalkosten im Projektmanagement Klimaschutz, auf deren Basis der Sachkostenbetrag in Höhe von 10 % abschließend ermittelt wird. Soweit von Kommunen aufgrund der Mitteilung nach Absatz 3 im Abrechnungszeitraum Überzahlungen erfolgt sind, werden diese gegen die Forderung der betreffenden Kommune für das 1. Quartal des Folgejahres aufgerechnet. Etwaige Minderzahlungen von Kommunen für das abgelaufene Jahr sind im 1. Quartal des Folgejahres von diesen gegenüber der Stadt Mörfelden-Walldorf auszugleichen.

§ 4 Leistungs- und kostenverändernde Entscheidungen

Entscheidungen über eine Einschränkung oder Erweiterung des Aufgabenkatalogs gemäß § 2 sowie über Maßnahmen, die eine Erhöhung der Kosten gemäß § 3 zur Folge haben, können mit Wirkung gegen die Vertragsparteien nur im Einvernehmen zwischen der Stadt Mörfelden-Walldorf und den Kommunen, vertreten durch ihre Dienststellenleitungen, getroffen werden.

§ 5 Berichtspflicht

Das PMK berichtet den Kommunen jährlich zum 30.9. mit der Mitteilung gemäß § 3 Absatz 3 schriftlich über die erbrachten Leistungen des Projektmanagements Klimaschutz. Die Einzelheiten der Berichterstattung werden durch den Beirat gemäß § 6 festgelegt.

§ 6 Beirat und Kommission

Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien im Sinne der in der Präambel enthaltenen Ziele sowie die Erbringung der Leistungen gemäß § 2 werden durch einen Beirat begleitet, in den die Kommunen je eine Person als Vertretung entsenden. Die Person muss ihrer Dienststelle angehören. Der Beirat tagt mindestens einmal im Jahr. Eine Kommission, bestehend aus 4 Personen, wird aus den Reihen des Beirats für die Dauer von je 2 Jahren gewählt. Die Kommission überwacht und berät die Arbeit des PMK. Die Kommission trifft sich mindestens vier Mal im Jahr (inkl. 1 Termin mit dem gesamten Beirat) sowie bei Bedarf.

§ 7 Dauer des Vertrags

(1) Dieser öffentlich-rechtliche Vertrag wird für einen Zeitraum von fünf Jahren geschlossen. Frühestens zum Ablauf der fünf Jahre sind sowohl die Stadt Mörfelden-Walldorf als auch die einzelnen Kommunen jeweils berechtigt, diese Vereinbarung unter Einhaltung einer Frist von 12 Monaten zum Ende eines Kalenderjahres zu kündigen.

(2) Haben die Verhältnisse, die für die Festsetzung des Vertragsinhalts maßgebend gewesen sind, sich seit Abschluss des Vertrags so wesentlich verändert, dass die Stadt Mörfelden-Walldorf oder einer Kommune das Festhalten an der ursprünglichen vertraglichen Regelung nicht zuzumuten ist, so kann diese Vertragspartei eine Anpassung des Vertragsinhalts an die geänderten Verhältnisse verlangen oder, sofern eine Anpassung nicht möglich oder einer Vertragspartei nicht zuzumuten ist, den Vertrag kündigen.

(3) Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund gemäß § 314 BGB bleibt unberührt.

(4) Eine Kündigung ist den anderen Vertragsparteien schriftlich mitzuteilen. Für Vertragsparteien, die nicht gekündigt haben, verlängert sich die Vereinbarung automatisch um 1 Jahr. Erfolgt eine Kündigung durch die Stadt Mörfelden-Walldorf, ist die interkommunale Zusammenarbeit nach dieser Vereinbarung ab dem Zeitpunkt der Wirksamkeit seiner Kündigung beendet, sofern die Planstelle des Projektmanagements Klimaschutz nicht durch eine andere Kommune übernommen wird.

§ 8 Haftung

Die Stadt Mörfelden-Walldorf haftet gegenüber den Kommunen nur für solche Schäden, die durch eine schuldhafte Verletzung ihrer Leistungspflichten aus dieser Vereinbarung verursacht werden.

§ 9 Umsatzsteuer

Die Vertragsparteien gehen davon aus, dass die Leistungen nach § 2 keine umsatzsteuerpflichtigen Leistungen darstellen. Sollten die vereinbarten Leistungen dennoch der Umsatzsteuer unterliegen, wird diese den Kommunen nachträglich in Rechnung gestellt.

§ 10 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt. Die Vertragsparteien werden an Stelle der un-

wirksamen oder undurchführbaren Regelung eine wirksame treffen, die dem ursprünglich Gewollten so weit wie möglich entspricht. Gleiches gilt, wenn sich die Vereinbarung als lückenhaft erweisen sollte. § 139 BGB findet keine Anwendung

§ 11 Änderungen des Vertrags

Änderungen dieses öffentlich-rechtlichen Vertrags bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für dieses Schriftformerfordernis.

§ 12 Inkrafttreten

Dieser öffentlich-rechtliche Vertrag tritt am 1.10.2024 in Kraft

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

Mörfelden-Walldorf, den

Stadt Mörfelden-Walldorf

……..	……
Thomas Winkler	Karsten Groß
Bürgermeister	Erster Stadtrat

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit im Kreis Groß-Gerau

Biebesheim am Rhein, den

Gemeinde Biebesheim am Rhein

……..	……
Marcus Rahner	Günter Müller
Bürgermeister	Erster Beigeordneter

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Bischofsheim, den

Gemeinde Bischofsheim

……..	……
Lisa Gößwein	Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Bürgermeisterin	Erster Beigeordneter

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Büttelborn, den

Gemeinde Büttelborn

……..	……
Marcus Merkel	Ute Kroiß
Bürgermeister	Erste Beigeordnete

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Gernsheim, den

Stadt Gernsheim

……..	……
Peter Burger	Heinz Adler
Bürgermeister	Erster Stadtrat

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Ginsheim-Gustavsburg, den

Stadt Ginsheim-Gustavsburg

……..	……
Thorsten Siehr	Susanne Redlin
Bürgermeister	Erste Stadträtin

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Groß-Gerau, den

Stadt Groß-Gerau

……..	……
Jörg Rüddenklau	Jürgen Schulz
Bürgermeister	Erster Stadtrat

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Kelsterbach, den

Stadt Kelsterbach

……..	……
Manfred Ockel	Kurt Linnert
Bürgermeister	Erster Stadtrat

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Nauheim, den

Gemeinde Nauheim

……..	……
Roland Kappes	Rosalia Radosti
Bürgermeister	Erste Beigeordnete

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Raunheim, den

Stadt Raunheim

……..	……
David Rendel	Dorothee Herberich
Bürgermeister	Erste Stadträtin

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Riedstadt, den

Stadt Riedstadt

……..	……
Marcus Kretschmann	Ottmar Eberling
Bürgermeisterin	Erster Stadtrat

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Rüsselsheim am Main, den

Stadt Rüsselsheim am Main

……..	……
Patrick Burghardt	Dennis Grieser
Oberbürgermeister	Bürgermeister

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Stockstadt am Rhein, den

Gemeinde Stockstadt am Rhein

……..	……
Thomas Raschel	Ursula Kraft
Bürgermeisterin	Erste Beigeordnete

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Trebur, den

Gemeinde Trebur

……..	……
Jochen Engel	Jan Bachmann
Bürgermeisterin	Erster Beigeordneter

Öffentlich-rechtlicher Vertrag über
Dienstleistungen des Projektmanagements im Klimaschutz
im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit

Groß-Gerau, den

Kreis Groß-Gerau

……..	……
Thomas Will	Adil Oyan
Landrat	Erster Kreisbeigeordneter

Anlage

Finanzierungsschlüssel für Projektmanagement KLIMASCHUTZ

Beispielhafte Musterberechnung für 15 teilnehmende Kreiskommunen gemäß § 3 Abs. 2 des öffentlich-rechtlichen Vertrags

Personalkosten und Sachkostenpauschale für 1,0 Stellen EG 11:				84.300 €
davon:				
- Sockelbetrag:	10%	8.430 €	./. 15 =	562 €
- Schlüsselbetrag:	90%	75.870 €	./. 63 =	1.204 €
		84.300 €		

Einwohnerzahl	Gewichtung
unter 10.000	1
10.000 - 15.000	2
15.001 - 20.000	3
20.001 - 25.000	4
25.001 - 30.000	5
30.001 - 35.000	6
35.001 - 40.000	7
40.001 - 45.000	8
45.001 - 50.000	9
50.001 - 55.000	10
55.001 - 60.000	11
60.001 - 65.000	12
> 65.000	13

Kommune	Einwohner	10% Sockelbetrag	Gewichtung	Schlüssel-betrag	Gesamt
Biebesheim	6.625	562,00 €	1	1.204,29 €	**1.766,29 €**
Bischofsheim	12.977	562,00 €	2	2.408,57 €	**2.970,57 €**
Büttelborn	14.955	562,00 €	2	2.408,57 €	**2.970,57 €**
Gernsheim	10.772	562,00 €	2	2.408,57 €	**2.970,57 €**
Ginsheim-Gustavsburg	16.761	562,00 €	3	3.612,86 €	**4.174,86 €**
Groß-Gerau	26.068	562,00 €	5	6.021,43 €	**6.583,43 €**
Kelsterbach	17.013	562,00 €	3	3.612,86 €	**4.174,86 €**
Mörfelden-Walldorf	35.291	562,00 €	7	8.430,00 €	**8.992,00 €**
Nauheim	10.840	562,00 €	2	2.408,57 €	**2.970,57 €**
Raunheim	16.137	562,00 €	3	3.612,86 €	**4.174,86 €**
Riedstadt	23.931	562,00 €	4	4.817,14 €	**5.379,14 €**
Rüsselsheim	66.125	562,00 €	13	15.655,71 €	**16.217,71 €**
Stockstadt	6.275	562,00 €	1	1.204,29 €	**1.766,29 €**
Trebur	13.196	562,00 €	2	2.408,57 €	**2.970,57 €**
Kreis Groß-Gerau	276.307	562,00 €	13	15.655,71 €	**16.217,71 €**
Summe: 15		**8.430,00 €**	**63**	**75.870,00 €**	**84.300,00 €**

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-593/21-26 1. Ergänzung	
Datum	06.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	21.05.2024	beschließend
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	04.06.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	beschlussempfehlend
Ortsbeirat Königstädten	06.06.2024	beschlussempfehlend
Ortsbeirat Bauschheim	06.06.2024	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	11.06.2024	beschlussempfehlend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	12.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Bericht Jugendforum 2023

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. auf dem Gelände der Georg-Büchner-Schule bereits Maßnahmen zur Aufwertung des Schulhofs in Bezug auf das Ballspielen eingeleitet wurden.
2. in allen Rüsselsheimer Schulen der SEK I mit der Installation von Menstruationsspendern mit je einem Gerät gestartet wurde. Eine Ausweitung der Ausstattung wird perspektivisch angestrebt.
3. an der Borngrabenschule
   a. die Heizung der Turnhalle funktioniert.
   b. die Rauchwarnmelder den Vorschriften entsprechen.
   c. für den Außenbereich Sitzbalken beauftragt wurden.
   d. die Ausstattung mit digitalen Medien und interaktiven Displays sukzessive ausgeweitet wird.
   e. eine Tempo-30-Zone ist. Fußgängerüberwege sind innerhalb dieser Zonen ausgeschlossen.
4. für eine weitere Poolparty am 1. Mai das Schwimmbad An der Lache genutzt werden kann. Dem Wunsch nach einem Mädchenschwimmen einmal pro Monat kann nicht entsprochen werden, da keine freien Termine im Schwimmbad zur Verfügung stehen.

5. für die Gerhart-Hauptmann-Schule
   a. erste Schritte für eine Planungsphase gemäß der Priorisierung von Bauprojekten im zweiten Halbjahr 2024 erfolgen soll unter Einbeziehung der Wünsche der Nutzenden.
   b. für den Außenbereich die Erneuerung von Sitz- und Balancierstämmen veranlasst wurde.
   c. die Nutzung des angrenzenden Spielplatzes nach erfolgter Sanierung in den Sommerferien für die Schüler*innen möglich sein wird.
6. von Seiten der Schulleitung der Max-Planck-Schule zum geeigneten Zeitpunkt die Beteiligung der Schüler*innen in Bezug auf die Neuplanung und Renovierung der Schule organisiert wird.
7. die Max-Planck-Schule in enger Abstimmung mit der Schulleitung weiter über den DigitalPakt Schule mit digitalen Medien ausgestattet wird, um das digitale Lernen und Lehren weiter auszubauen.
8. die Verwaltung mit der Schulleitung der Alexander-von-Humboldt-Schule ins Gespräch geht zur Klärung der Nutzung der Mensa.
9. an der Alexander-von-Humboldt-Schule
   a. die Planungen für die Dreifeld-Sporthalle Dicker Busch begonnen haben.
   b. im Zuge der Planungen für die Georg-Büchner-Schule alle drei Sporthallen in diesem Areal einer Machbarkeitsstudie unterzogen und für den zukünftigen Bedarf entwickelt werden.
   c. im Rahmen des Gesamtprojektes auch die Planung und Umsetzung der Außenanlagen erfolgen muss.
10. an der Alexander-von-Humboldt-Schule bis zu den Sommerferien 2024 weitere Access Points installiert und in Betrieb genommen werden, um die Schule mit flächendeckendem Wlan auszustatten.
11. an der Alexander-von-Humboldt-Schule Vandalismusschäden regelmäßig behoben werden.
12. vom Schulportal Hessen für alle Schülerinnen und Schüler der Rüsselsheimer Schulen ein digitaler Vertretungsplan zur Verfügung gestellt wird und eine Stundenplansoftware wie zum Beispiel Untis eingesetzt werden kann, sofern sie an den jeweiligen Schulen genutzt werden soll.
13. an der Borngrabenschule
   a. beschädigte Zäune regelmäßig repariert und erneuert werden.
   b. etwaig bestehende Schwachstellen, an denen Wildschweine auf das Gelände gelangen können, umgehend behoben werden.
14. an der Borngrabenschule die Fachkraft der Schulsozialarbeit das Thema der Diskriminierung aufgreifen wird.
15. in der Nähe der Gerhart-Hauptmann-Schule die Verlegung der Bushaltestelle und deren barrierefreien Ausbau geprüft wird.
16. an der Grundschule Innenstadt im Rahmen einer Grundreinigung die Kaugummis entfernt werden.
17. eine grundsätzliche Ausweitung der Öffnungszeiten der Mensa der Max-Planck-Schule von Seiten der Schulleitung als nicht erforderlich erachtet wird. Bei Bedarf zur Nutzung nach 14 Uhr können individuelle Absprachen mit dem Cateringpersonal getroffen werden.
18. die neuen Schirme an der Sophie-Opel-Schule neben dem Sonnenschutz auch dem Regenschutz dienen und die vorhandenen überdachten Bereiche ergänzen.
19. es für Kommunen keine rechtliche Handhabe gibt, autofreie Sonntage durchzuführen.

20. in den Fußgängerzonen in der Innenstadt stichpunktartig Kontrollen durchgeführt werden in Bezug auf das Fahrradfahren.
21. die dezente Beckeneinfassung des Weihers nicht durch einen Zaun ersetzt werden kann, da der historische Vernapark dem Denkmalschutz unterliegt.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung verweist das Anliegen der Kinder und Jugendlichen aus dem Jugendforum 2023 „Enduro-Strecke in Bauschheim“ an den Magistrat zur weiteren Prüfung und Vorlage einer entsprechenden Berichts- bzw. Beschlussvorlage.

Begründung:

A. Ziel

Es ist das Ziel, den Anliegen von Kindern und Jugendlichen Gehör zu verschaffen und diese zur Mitgestaltung ihrer Lebensumwelt anzuregen.

B. Beschlusshistorie

Mit dem Beschluss zur DS-Nr. 166/11-16 – „Kinder- und Jugendversammlung; Demokratieverständnis bei Schülerinnen und Schülern wecken“ vom 18.09.2012 wurde das Konzept zur Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunalpolitik und Stadtverwaltung der Jugendförderung beschlossen.

Mit der DS-Nr. 669/16-21 – „Auswertung Jugendforum 2019“ vom 24.03.2020 wurde weitergehend der Beschluss gefasst, dass die Anregungen und Vorschläge der Kinder und Jugendlichen aus dem Kinder- und Jugendforum grundsätzlich an den Magistrat verwiesen werden. Der Magistrat hat dazu möglichst zeitnah eine oder mehrere Drucksachen zur Beratung und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

C. Ausgangslage

Ein Baustein des Konzeptes zur Verankerung der Kinder- und Jugendbeteiligung in Kommunalpolitik und Stadtverwaltung ist die Durchführung einer jährlich stattfindenden Versammlung unter dem Titel „Jugend trifft Politik“. Das Veranstaltungsformat hat sich bewährt und wird nun unter der Bezeichnung „Jugendforum“ beworben und durchgeführt.

Dieser Teil des Partizipationskonzeptes der Jugendförderung ermöglicht den direkten Dialog zwischen Jugendlichen und Entscheidungsträger*innen aus Politik und Verwaltung. Das Jugendforum ist eine altersspezifische Variante der Bürger*innenbeteiligung und damit ein wichtiges Instrument zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und um Minderjährigen Möglichkeiten der Mitbestimmung in unserer Stadtgesellschaft einzuräumen.

D. Auswertung des Jugendforums 2023

Teilnehmende

Im Jahr 2023 sind rund 100 Kinder und Jugendliche der Einladung zum Jugendforum gefolgt. Die Veranstaltung wurde an den Rüsselsheimer Schulen und Jugendeinrichtungen sowie in der örtlichen Presse und den sozialen Medien beworben.

Die anwesenden Jugendlichen sind Schüler*innen folgender Schulen: Georg-Büchner, Alexander-von-Humboldt, Borngraben, Gerhart-Hauptmann, Max-Planck, Sophie-Opel, schwerpunktmäßig aus den Jahrgangsstufen 6 bis 10. Die Mehrheit der Teilnehmer*innen war also im Alter von 12 bis 16 Jahren.

Rund 50 Erwachsene besuchten das Jugendforum. Hiervon waren rund 35 Personen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, des Magistrats, der Verwaltung sowie Oberbürgermeister Udo Bausch und Bürgermeister Dennis Grieser, die den Jugendlichen Rede und Antwort standen. 15 weitere anwesende Erwachsene waren begleitende Lehrkräfte oder Eltern.

Anliegen

Die Anliegen der jugendlichen Teilnehmenden beim diesjährigen Jugendforum waren vielfältig. Schwerpunkte bildeten Themen rund um schulische Belange.
Die Übersicht in der Anlage gibt einen Überblick über alle eingebrachten Anliegen.

E. Weiteres Vorgehen

Der Magistrat setzt sich zu den Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung der Anliegen mit den Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die das jeweilige Thema eingebracht hatten, in Verbindung.

Der Stadtverordnetenversammlung wird zu Beschlussvorschlag B. eine entsprechende Berichts- bzw. Beschlussvorlage mit den zu erwartenden Kosten vorgelegt.

F. Auswirkungen auf das Klima

Die Anliegen haben nach jetzigem Kenntnisstand keine nachteiligen Auswirkungen auf das Klima.

Rüsselsheim am Main, 21.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anlage

Übersicht Anliegen Jugendforum 2023

Nr.	Beantragende/Ort	Äußerungen der Kinder und Jugendlichen	Vorschlag	aktueller Sachstand
K 1	Schüler*innen der Georg-BüchnerSchule	Es wird eine Sanierung des Fußballplatzes von den Schüler*innen gewünscht. Der Bodenbelag ist kaputt. Es gibt keine Tore. Es wurden 1.000 Unterschriften von Kindern und Erwachsenen für einen neuen Fußballplatz gesammelt und übergeben.	Die Kinder wünschen sich einen Bolzplatz mit Toren, geeigneten Bodenbelag und einem höheren Zaun.	Maßnahmen zur Aufwertung des hinteren kleinen Softballbereichs wurden bereits in Abstimmung mit der Schulleitung eingeleitet. Zwei kleine TÜV-zugelassene Mini-Tore wurden auf dem vorhandenen Belag installiert. Für die Aufwertung des zentralen Schulhofs gibt es zwei Varianten der Umgestaltung: Entweder mit Installation von Multifunktionstoren (Tor inkl. Basketballkorb) und Entfernung der beiden Basketballkörbe. Oder auf einem kleinen Teil wird ein Fußballbereich durch Markierung auf dem Boden mit Fußballtoren installiert. Die Schulgemeinde berät sich aktuell dazu.
K 2	Hala Nasri (Stadtschulsprecherin) und Tasnim Boulaioune, Lina Baaqoul und Hamna Tarik (Max-Planck-Schule)	An der MPS funktionieren die Toiletten nicht einwandfrei. Sie sind schmutzig und es fehlt an Mülleimern. Die Mädchen und Frauen wünschen sich kostenfreie Menstruationsprodukte an den öffentlichen Toiletten in Schulen. Dies war bereits ein Anliegen aus dem Vorjahr. Seitdem ist keine Umsetzung erfolgt.	Die Mädchen und Frauen wünschen sich Menstruationsprodukte in den Toiletten in Schulen sowie intakte und saubere Toiletten.	Es wird als Pilot mit jeweils einem Spender für Menstruationsprodukte an den weiterführenden Schulen gestartet. Die Standorte wurden mit dem Stadtschülerrat abgestimmt .Eine weitere, bedarfsorientierte Ausstattung wird perspektivisch angestrebt.
K 3	SV der Borngrabenschule	Es fehlt an Sitzbänken auf dem Schulhof sowie ein Zebrastreifen an der Straße Am Borngraben. Die Feuermelder an der BGS sind zu leise, in manchen Gebäudeteilen sind die Alarmsignale nicht zu hören. Die Heizung in der Turnhalle funktioniert nicht. Der Fußballplatz an der Schule ist nicht intakt und begünstigt Unfälle aufgrund seines schlechten Zustands. Die Schule ist nicht ausreichend mit digitalen Medien versorgt.	Es soll ein Zebrastreifen Am Borngraben entstehen. Die Feuermelder und Alarmsysteme sollen ausgetauscht werden gegen Modelle, die ein gut hörbares Alarmsignal abgeben. Die Heizung in der Turnhalle soll repariert werden. Der Fußballplatz an der BGS im Außenbereich soll saniert werden. Die Schule soll mit digitalen Medien ausgestattet werden.	Die Heizung der Turnhalle wurde überprüft. Die Funktion war gegeben. Die Rauchwarnmelder entsprechend den Vorschriften. Im Zuge der Bauunterhaltung wird bei der turnusmäßigen Überprüfung evtl. ein Austausch vorgesehen. Für den Außenbereich wurden beim Städteservice die Erneuerung von Sitzbalken in Auftrag gegeben. Die Schule wird sukzessive im DigitalPakt Schule weiter mit digitalen Medien ausgestattet u.a mit digitalen interaktiven Displays. Fußgängerüberwege sind in Tempo-30-Zonen ausgeschlossen.
K 4	Besucher*innen aus dem Jugendtreff Königstädten	Die Mädchen wünschen sich eine Erweiterung der Mädchen-Poolparty im Hallenbad um mehr als einen Termin pro Jahr. Desweiteren wünschen sie sich eine regelmäßige Öffnungszeit ausschließlich für Mädchen und Frauen im Hallenbad.	Ein Mädchentag soll ein Mal im Monat im Rüsselsheimer Schwimmbad An der Lache stattfinden.	Für eine weitere zusätzliche Pool-Party am 1. Mai kann das Schwimmbad An der Lache genutzt werden. Dem Wunsch nach einem Mädchenschwimmen ein Mal pro Monat kann nicht entsprochen werden, da aufgrund des Ausfalls der Helen-Keller-Schule momentan keine festen und regelmäßigen Termine zur Verfügung gestellt werden können.

K 5	Die SV der Gerhart-Hauptmann-Schule vertreten von Dounia Zouhri, Yasmin Ouakil, Nur Hamandosch, Niobe Christoph, Felix Fritsch	Eine Sanierung der Schule und Schulhöfe ist dringend erforderlich. Der Boden im Außenbereich ist kaputt. Die Gebäude sind in einem sehr schlechten Zustand. Die Schüler*innen der GHS fühlen sich benachteiligt, da die AVH und SOS bereits saniert wurden. Es gibt keine Sitz- und Spielmöglichkeiten auf dem Schulhof.	Es wird eine komplette Sanierung der Schule und Schulhöfe gefordert. Bis zur Realisierung soll es eine Übergangslösung geben.	Es gilt die aktuelle Prioritätenliste zum Schulentwicklungsplan. Diese sieht vor, dass erste Schritte für eine Planungsphase gemäß der Priorisierung von Bauprojekten im zweiten Halbjahr 2024 erfolgen soll unter Einbeziehung der Wünsche der Nutzenden. Für den Außenbereich wurde die Erneuerung von Sitz- und Balancierstämmen veranlasst. Die Nutzung des angrenzenden Spielplatzes wird nach erfolgter Sanierung in den Sommerferien für die Schüler*innen in den Pausenzeiten möglich sein.
K 6	SV der Max-Planck-Schule vertreten durch Fiona Gall	Die Gebäude der MPS sollen renoviert werden und es sollen Räumlichkeiten für die Schülerschaft zur Verfügung gestellt werden. Die SV wünscht sich eine Beteiligung der SuS bei der Neugestaltung der Schule.	Es soll ein geeignetes Beteiligungsverfahren bei der Neuplanung und Renovierung der Schule gefunden werden. Schüler*innen sollen die Möglichkeit haben Wünsche und Ideen, wie z.B. Aufenthaltsräume oder SVRäume, einbringen zu können.	Zum geeigneten Zeitpunkt wird über die Schulleitung eine Beteiligung der Schüler*innen organisiert.
K 7	Schüler*innen der Max-Planck-Schule vertreten durch: Esila Bostan +Leyla Zemmouri 7c (Tablets in der Schule) Jasper Henning Voigt + Diego Oliveira Torres 7c (Schulung Lehrkräfte Smartboards)	Für die erfolgreiche Nutzung der Smartboards sind Fortbildungen für alle Lehrkräfte notwendig. Die Nutzung von digitalen Medien im Unterricht wird nicht gefördert.	Die Schule sollen besser mit digitalen Geräten ausgestattet werden. Es wird ein Digitalstift oder eine Tastatur und ein IPad pro Schüler gewünscht. Es soll die Möglichkeiten geben die Geräte zu leihen oder zu kaufen. Fortbildungen für Lehrkräfte sollen angeboten werden.	Die Schule wird in enger Abstimmung mit der Schulleitung weiter über den DigitalPakt Schule mit digitalen Medien ausgestattet, um das digitale Lernen und Lehren weiter auszubauen.
K 8	Alexander-von-Humboldt-Schule	Die Schüler*innen können die Mensa nur nach Anmeldung nutzen.	Die Jugendlichen wünschen sich eine Öffnung für alle Schüler*innen.	Was die Nutzung der Mensa anbelangt, so bestehen unterschiedliche Wünsche und Vorstellungen von Seiten der Schüler*innen und der Schulleitung. Die Schulleitung wurde über die Wünsche der Schüler*innen informiert.
K 9	Alexander-von-Humboldt-Schule	Die Schüler*innen erfragen die Dauer der Sanierung der Sporthalle, des Sportplatzes und des Schulhofs sowie die Reihenfolge der Maßnahmen.	Die Schüler*innen wünschen sich eine Möglichkeit zur Nutzung der Sporthalle und des Sportplatzes. Tischtennisplatten, Basketballplatz, Fußballplatz sollen erneuert und Sitz- und Spielmöglichkeiten installiert werden.	Die Planungen für die Dreifeld-Sporthalle Dicker Busch haben begonnen. Im Zuge der Planungen für die Georg-Büchner-Schule werden alle drei Sporthallen in diesem Areal einer Machbarkeitsstudie unterzogen und für den zukünftigen Bedarf entwickelt. Im Rahmen des Gesamtprojektes muss dann auch die Planung und Umsetzung der Außenanlagen erfolgen.
K 10	Alexander-von-Humboldt-Schule	WLAN-Kapazitäten sind mangelhaft.	Das WLAN muss ausgebaut werden, um die Kapazität zu gewährleisten.	Bis zu den Sommerferien 2024 werden von Seiten des Fachbereichs Digitale Transformation und IT weitere Access Points installiert und in Betrieb genommen, um die Schule mit flächendeckendem W-Lan auszustatten.
K 11	Alexander-von-Humboldt-Schule	In den alten Schulgebäuden sind die Waschbecken in den Toiletten defekt.	Eine Reparatur der Waschbecken wird gefordert.	Außer Vandalismusschäden, die regelmäßig behoben werden, sind keine Schäden bekannt.

K 12	Alexander-von-Humboldt-Schule/ Borngrabenschule	Die Vertretungspläne sollen digital und mobil abrufbar sein.	Alle städtischen Schulen, außer die AvH und BGS, verfügen über einen digitalen Vertretungsplan. Beide Schulen wünschen sich einen digitalen Vertretungsplan.	Ein digitaler Vertretungsplan wird vom Schulportal Hessen für alle Schülerinnen und Schüler der Rüsselsheimer Schule zur Verfügung gestellt. Damit kann eine Stundenplansoftware wie zum Beispiel Untis eingesetzt werden.
K 13	Borngrabenschule	Zäune um das Schulgelände bieten nicht ausreichend Schutz vor Wildschweinen.	Die Zäune um das Schulgelände sollen ausgebaut werden, u.a. um Schutz vor Wildschweinen zu bieten.	Beschädigte Zäune werden regelmäßig repariert und erneuert. Sollten Schwachstellen bestehen, an denen Wildschweine auf das Gelände gelangen können, werden diese umgehend behoben.
K 14	Borngrabenschule	Die Schüler*innen sehen sich Diskriminierungen von SuS anderer Schulen ausgesetzt.	Hilfestellung im Umgang damit wird gewünscht.	Die Stelle der Schulsozialarbeit an der Borngrabenschule wurde neu besetzt, das Thema wird aufgegriffen.
K 15	Gerhart-Hauptmann-Schule	Gefährliche Situationen an Bushaltestellen	An den Bushaltestellen sollen Sicherheitsgitter angebracht werden.	Die Verwaltung prüft die Verlegung der Haltestelle und deren barrierefreien Ausbau. Drängelgitter schränken den vorhanden Platz im Gehwegbereich noch mehr ein.
K 16	Grundschule Innenstadt	Reinigung der Toiletten und Entfernung der Kaugummis	In den Toiletten und in den Klassenräumen sollen die Kaugummis entfernt werden.	Die Kaugummis werden im Rahmen einer Grundreinigung entfernt.
K 17	Max-Planck-Schule	Mensa Öffnungszeiten sind nicht ausreichend	Die Öffnungszeiten der Mensa bis 14 Uhr sind nicht ausreichend. Die Öffnungszeiten sollen ausgeweitet werden.	Eine grundsätzliche Ausweitung der Öffnungszeiten der Mensa wird von Seiten der Schulleitung als nicht erforderlich erachtet. Bei Bedarf zur Nutzung nach 14 Uhr können individuelle Absprachen mit dem Cateringpersonal getroffen werden.
K 18	Sophie-Opel-Schule	Bei Regen gibt es in den Pausenzeiten keine Unterstellmöglichkeiten.	Unterstellmöglichkeiten für die Regenpausen sollen geschaffen werden.	Im Jugendforum 2022 wurden weitere Beschattungsmöglichkeiten gewünscht. Diesem Wunsch wurde Rechnung getragen. Im Frühjahr 2024 werden insgesamt 5 große Starkwindschirme (Durchmesser 5m) inkl. Sitzmöglichkeit auf dem Schulhof ergänzt. Neben dem Sonnenschutz dienen diese Schirme auch dem Regenschutz und ergänzen die vorhandenen überdachten Bereiche.
K 19	Leni+ Klara+ Hannah	Die Kinder wünschen sich einen autofreien Sonntag, um mit den Inlineskatern, Skateboards, Fahrrädern und anderen Spielfahrzeugen auf den Straßen fahren zu können.	Es soll ein regelmäßiger autofreier Sonntag in Rüsselsheim eingeführt werden.	Die Kommunen haben keine gesetzliche Handhabe um Autofreie Sonntage durchzuführen..
K20	Treffbesucher*innen des Jugend- und Stadtteiltreffs	Es gibt gefährliche Situationen durch zu schnelles Fahrradfahren in der Fußgängerzone		Kontrollen (Eingriff in den fließenden Verkehr) erfolgen stichpunktartig.

K 21	Treffbesucher*innen des Jugend- und Stadtteiltreffs	Die Situation rund um den Teich im Vernapark wird als gefährlich wahrgenommen.	Aus Sicherheitsgründen wird ein Zaun um den Teich im Vernapark gewünscht.	Der Weiher im historischen und denkmalgeschützten Vernapark besteht in seiner heutigen Form bereits seit der letzten Sanierung Mitte der 80er Jahre. Ein bis dahin barriereloser glatter Betonbeckenrand wurde damals aufgewertet. Die Gestaltung lehnt sich an einen Landschaftspark an; die dezente aktuelle Beckeneinfassung ist dem Denkmalschutz untergeordnet und als Schwelle rundum gut wahrnehmbar. Andere Bereiche sind u.a. mit Stauden bepflanzt. Parkbesucher*innen können die latente Gefahrenlage dadurch realistisch einschätzen. Eine absolute Sicherheit, in Form eines Zaunes kann nicht gewährleistet werden. Zaunbauten mit einer Höhe von unter 1 Meter als technische Maßnahme der Gefahrenabwehr vermitteln nur trügerische Sicherheit bzw. sind oft kontraproduktiv; hier kann besonders für Kinder und Jugendliche ein gewisser Reiz des Verbotenen zum Überklettern angeregt werden. Eine deutlichere Beschilderung an den Eingängen insbesondere mit Hinweis auf Aufsichtspflichten und Nutzungsgebote wird geprüft. Das Unfallrisiko könnte sich in gewissen Situationen sogar vergrößern. Der aktuelle Unfallschutz kennt vier Stufen der Gefahrenabwehr: Gefahrenquelle schließen, Personen zeitlich- und räumlich trennen, Trennung durch technische Hilfsmittel und verhaltensbezogene Massnahmen. Der Teich an sich wird bleiben, die Besucher*innen im Park auch. Eine technische dezente Schwelle gibt es seit der letzten Umgestaltung: es bleibt wenn nur die schwächste Maßnahmenebene in Form von z.B. einer deutlicheren Beschilderung an den Eingängen insbesondere mit Hinweis auf Aufsichtspflichten und Nutzungsgebote. Es bleibt zu appellieren, dass Kinder bereits im frühen Alter über die Gefahren eines Gewässers aufgeklärt werden.
B	Jann Schmid als Vertreter der Initiativgruppe	Die Jugendlichen wünschen sich eine Enduro-Strecke in Bauschheim. Das Thema wurde im Ortsbeirat in Bauschheim eingebracht.	Die Enduro-Strecke könnte teilweise im Eigenbau mit Unterstützung der Stadt entstehen. Eine mögliche Fläche wäre am Keesgraben, hinter den Gebäuden Am Weinfass 51-53.	Die Verwaltung ist auf der Suche nach einem geeignete Gelände. Den Vorstellungen einer Selbsterrichtung kann nicht entsprochen werden, da dem Fragen der Haftung und Verkehrssicherheit im Wege stehen. Eine Ortsbesichtigung hat mit der Initiativgruppe bereits stattgefunden.

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-609/21-26	
Datum	15.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	21.05.2024	beschließend
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	04.06.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	11.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Planung der Versorgung mit flächendeckenden Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Bezug:
- Antrag der SPD Fraktion vom 22.08.23 Antrag AT-140/21-26 - DS-470/21-26 Bericht Jugendforum 2022; hier: Bedarfsanalyse zu einem Kinder- und Jugendtreff im Grundschulbezirk der Grundschule Hasengrund
- Berücksichtigung des Bedarfs einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch Nord bei der Planung der Albrecht-Dürer-Schule

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Kenntnisnahme und Beschlussfassung zur:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

1. wie die Stadt Rüsselsheim am Main mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in den zehn Grundschulbezirken versorgt ist. (Anlage 1, Bericht).
2. dass zwei Grundschulbezirke (Grundschule Hasengrund, Eichgrundschule) nicht mit stationären Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit versorgt sind.
3. dass im Bezirk der Grundschule Königstädten im Zusammenhang mit dem Neubau eines Nachbarschafts- und Familienzentrums Räume für Kinder- und Jugendarbeit mitgedacht werden.
4. dass im Grundschulbezirk der Albrecht-Dürer-Schule bei der Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des gesamten Schul-Standortes auch der Bedarf einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch-Nord Berücksichtigung finden soll.
5. dass mit dieser Vorlage der Intention der antragstellenden Fraktion entsprechende Vorschläge zu einem schrittweisen Ausbau der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit unterbreitet werden, die in Abhängigkeit zur Haushaltslage erneut zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. dass die beschriebenen Ausbaumaßnahmen grundsätzlich so weiterverfolgt werden sollen und mögliche Stufen der Umsetzung ab dem Haushaltsjahr 2026ff in Abhängigkeit zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu prüfen sind und die Stadtverordnetenversammlung jeweils mit gesonderten Beschlussvorlagen befasst wird.
2. den SPD-Antrag AT-140/21-26 – Förderung von Jugendhäusern/ Jugendtreffs in allen Stadtteilen für erledigt zu erklären (Anlage 2).
3. die Anträge zur DS-470/21-26 – Bericht Jugendforum 2022 in Bezug auf die Prüfaufträge:
   - zur Berücksichtigung des Bedarfs einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch Nord bei der Planung der Albrecht-Dürer-Schule und
   - zur Bedarfsanalyse zu einem Kinder- und Jugendtreff im Grundschulbezirk der Grundschule Hasengrund

   für erledigt zu erklären.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist es, darzulegen, wie eine bedarfsgerechte, flächendeckende Versorgung mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit hergestellt werden könnte, um so der Stadtverordnetenversammlung Informationen an die Hand zu geben, auf deren Grundlage Entscheidungen über das weitere Vorgehen getroffen werden können.

B. Beschlusshistorie

Mit der DS-287/21-26 (17.11.2022) Konzept zur flächendeckenden Versorgung mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit hat die Stadtverordnetenversammlung den Sachstand zur Versorgung in den zehn Grundschulbezirken inklusive der Bedarfsberechnung für einen potentiellen Stufenplan zur bedarfsgerechten Ausweitung des Angebotes zur Kenntnis genommen.

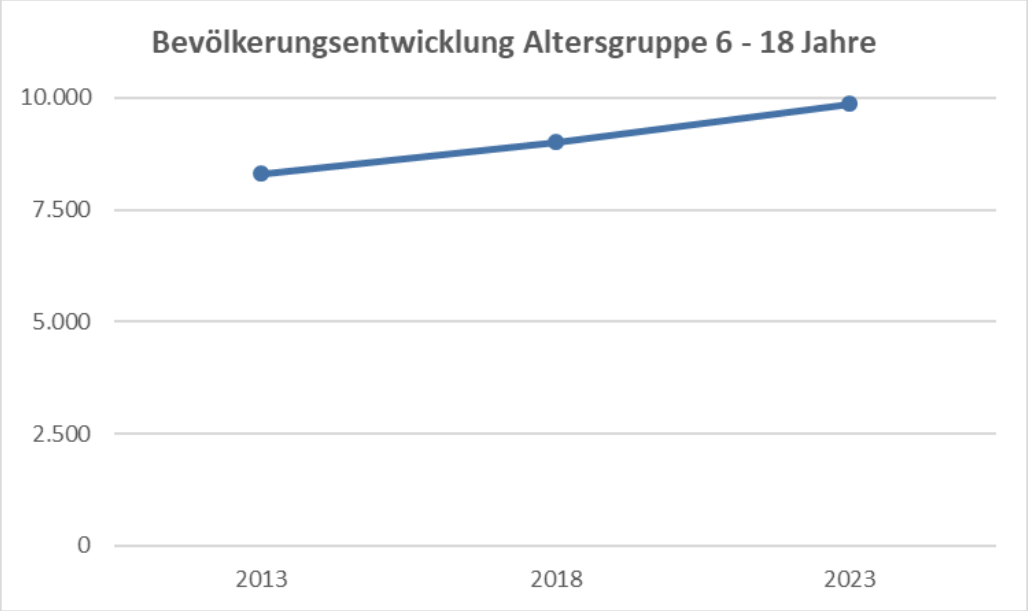
Mit der DS-470/21-26 Bericht Jugendforum 2022 mit Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung am 05.10.2023 wurde der Magistrat beauftragt, eine Bedarfsanalyse zu einem Kinder- und Jugendtreff im Grundschulbezirk der Grundschule Hasengrund durchzuführen sowie den Bedarf einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch-Nord bei der Planung der Albrecht-Dürer-Schule zu berücksichtigen.

C. Gesetzliche Grundlagen

Die Stadt Rüsselsheim am Main als Trägerin der örtlichen Jugendhilfe hat als Pflichtleistung nach § 11 SGB VIII Angebote der Kinder- und Jugendarbeit für alle Kinder und Jugendlichen bereitzustellen und diese bedarfsorientiert und vorrausschauend zu planen (SGB VIII - § 80).

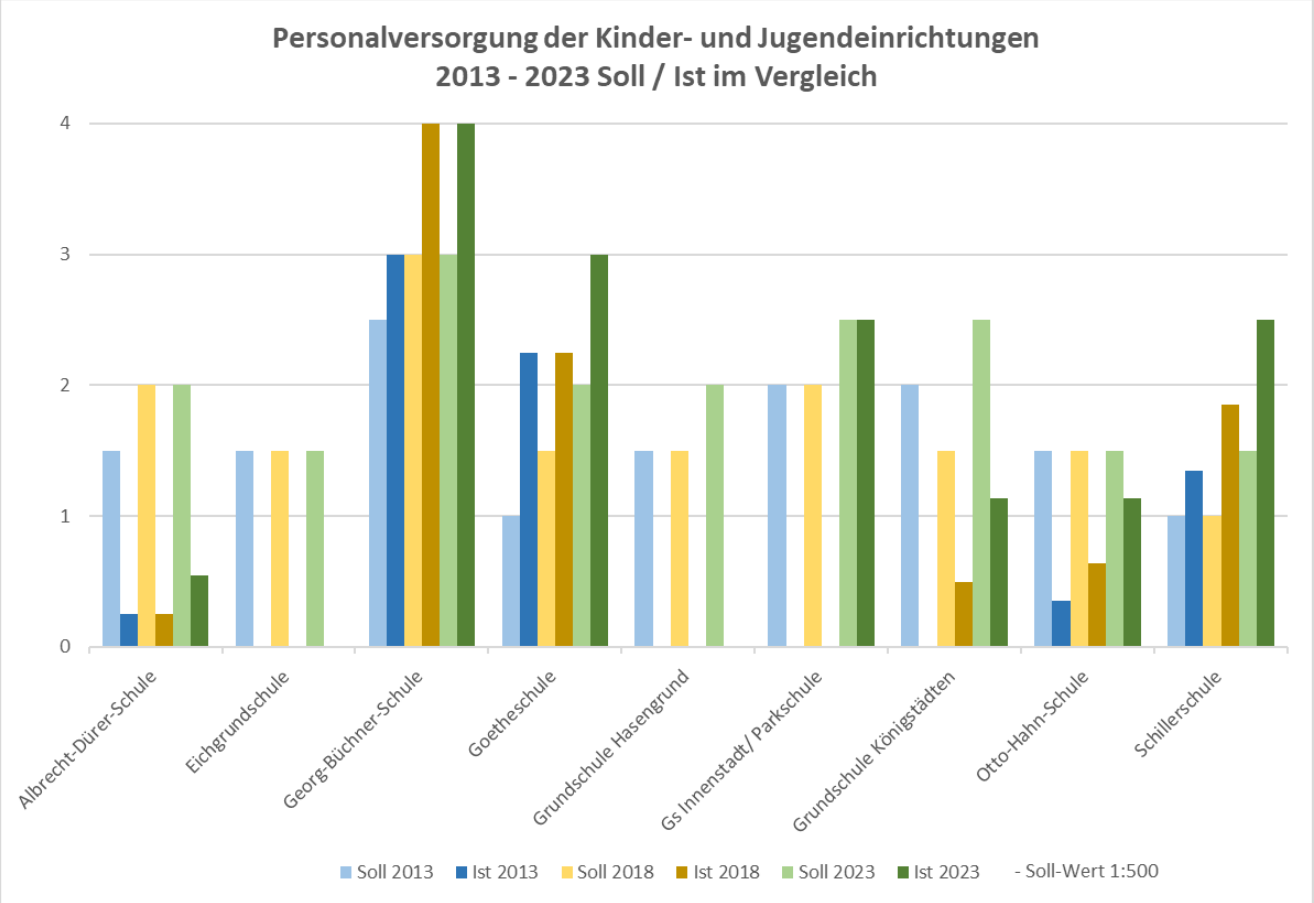
D. Ausgangslage

Die Stadt Rüsselsheim am Main ist eine junge und wachsende Stadt. So ist in den letzten zehn Jahren der Bevölkerungsanteil an 6 – 18-Jährigen um 19% gestiegen.



Quelle: EWO-Planungsdaten Stand 31.12.2023 lt. eigener Fortschreibung. (ekom), unveröffentlicht

Das nachfolgende Diagramm zeigt die Personalversorgung der Kinder- und Jugendeinrichtungen in Rüsselsheim auf. Hier wird der Ist-Stand der Jahre 2013, 2018 und 2023 abgebildet. Wie die personelle Ausstattung bei einer Bemessung von 1 Vollzeitstelle je 500 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren aussehen würde, wird ebenfalls dargestellt.



Mit dem beigefügten Bericht zur Versorgung der Stadt mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit wird anhand der zur Verfügung stehenden Daten der Ist-Zustand der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Rüsselsheim am Main dargestellt (Anlage 1).

E. Problem

Der Bericht (Anlage 1) zeigt auf, dass

- die Verteilung der Ressourcen in Bezug auf Personal, Sachmittel und Flächen für die Kinder- und Jugendarbeit in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich ist.
- es Bezirke mit steigendem Bedarf an Angeboten für Kinder und Jugendliche aufgrund des Wachstums der Zielgruppe im Schulbezirk gibt.
- die Bezirke der Grundschule Hasengrund und Eichgrundschule nicht mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit versorgt sind.

F. Lösung

Ein Mindeststandard von 1,5 Vollzeitkraft je Kinder- und Jugendeinrichtung wird aus fachlicher Sicht als angemessen angesehen. Diese Ausstattung ermöglicht sowohl ausdifferenzierte Angebote für die verschiedenen Zielgruppen der Jugendtreffs als auch Vertretungsregelungen, die gewährleisten, dass Öffnungszeiten sichergestellt sind.

Um für die Ausstattung der Einrichtungen mit Personal eine einheitliche Größe zu verwenden, wird eine bedarfsgerechte Bemessung mit einer Vollzeitstelle pro 500 Menschen im Alter von 6 bis 18 Jahren je Grundschulbezirk als angemessen angesehen.

Für eine flächendeckende Ausstattung aller Schulbezirke mit ausreichenden Angeboten wird ein stufenweiser Ausbau als zielführend erachtet, bei den vorhandenen Versorgungslücken ab dem Haushaltsjahr 2026 Zug um Zug geschlossen würden.

In der ersten Ausbauphase würden zunächst die unversorgten Grundschulbezirke Grundschule Hasengrund und Eichgrundschule verstärkt mit mobilen Angeboten versorgt werden mit dem Ziel der Etablierung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in geeigneten Räumlichkeiten. Gleichzeitig zum mobilen Angebot würde eine Bedarfsanalyse durchgeführt, adäquate Räume gesucht werden und ein Einrichtungskonzept entwickelt werden. Hierfür sollten pro Standort ab 2026, 1 Vollzeitstelle zur Verfügung gestellt werden.

Im Bezirk Grundschule Königstädten sollten ab 2027 zusätzliche Personalkapazitäten von 0,86 VZ-Stellen zur Verfügung gestellt werden. Um die Ausweitung von 0,36 Vollzeitstelle realisieren zu können im Bezirk der Otto-Hahn-Schule, würde der personelle Überhang im Bezirk der Schillerschule abgebaut werden. Im Bezirk der Albrecht-Dürer-Schule würde im städtischen Stellenplan eine zusätzliche Personalkapazität von 0,45 Vollzeitstelle erforderlich, um damit dem Mindeststandard von 1,5 Vollzeitstelle zu erreichen. Die zusätzlichen Kosten für diese Ausbauphase lägen bei 100.209 Euro für 1,31 zusätzliche Vollzeitstellen und dem erhöhten Zuschussbedarf. Die Maßnahme kann frühestens im Haushaltsjahr 2027 in Angriff genommen werden.

In den nächsten Schritten würden die Personalkapazitäten so erweitert, dass sie dem angewandten Personalschlüssel von einer Vollzeitstelle pro 500 Menschen im Alter von 6 bis 18 Jahren je Grundschulbezirk entsprächen. Dies würde einen Zuwachs um weitere 3 Vollzeitstellen für die Bezirke Albrecht-Dürer- und Eichgrundschule sowie der Grundschulen Hasengrund und Königstädten in der Eingruppierung TV Sozial- und Erziehungsdienst Entgeltgruppe S 11b entsprechen. Diese Phase sollte je Grundschulbezirk angegangen werden, wenn geeignete zusätzliche Räume gefunden wären. Die zusätzlichen Kosten für diese Ausbauphase lägen bei 229.486 Euro.

G. Weiteres Vorgehen

Die beschriebenen Ausbaumaßnahmen sollen grundsätzlich so weiterverfolgt werden. Die bislang unversorgten Grundschulbezirke Hasengrund und Eichgrund sollten prioritär behandelt werden. Die möglichen Stufen der Umsetzung sind ab 2026 im Rahmen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in jedem Haushaltsjahr zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.

H. Alternativen

Die unversorgten Grundschulbezirke werden nicht mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit versorgt.

Nicht alle Kinder und Jugendliche in allen Rüsselsheimer Grundschulbezirken werden mit wohnortnahen Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit versorgt.

I. Auswirkung auf Dritte

Familien mit Kindern und Jugendlichen können von den Angeboten und deren Erweiterung profitieren. Die Stadt Rüsselsheim am Main würde mit einem flächendeckenden Angebot der Jugendarbeit ein Stück mehr Familienfreundlichkeit erreichen.

J. Auswirkungen auf das Klima

Ein auf die städtische Fläche und die Bedürfnisse angepasstes Versorgungsangebot kann die Auswirkungen von Pendelverkehren zu weiter entfernt liegenden Einrichtungen reduzieren. Dadurch ist – primär durch eine Reduktion des Individualverkehrs – auch eine Reduktion der Emissionen gegeben. Der Bau von neuen Gebäuden bringt allerdings in der Regel Versiegelungen von Flächen mit sich, die zu vermeiden sind. Sollte dies nicht möglich sein, sind die Eingriffe entsprechend zu kompensieren. Bei Sanierungen von Bestandsgebäuden wie bei Neubauten ist auf eine zukunftsorientierte, nachhaltige und entsprechend der bestmöglichen Energieeffizienz geplante Umsetzung zu achten. Sowohl bei Sanierungen als auch Neubauvorhaben sind Dach- und Fassadenbegrünungen in die Planungen einzubeziehen.

Anlagen

Anlage 1 – Bericht zur Versorgung der Grundschulbezirke mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit

Anlage 2 – SPD-Antrag 140/21-26 – Förderung von Jugendhäusern/ Jugendtreffs in allen Stadtteilen vom 22.08.2023

Rüsselsheim am Main, 21.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anlage 1

Bericht

über die Versorgung der Rüsselsheimer Grundschulbezirke mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit

Der Magistrat
Fachbereich Bildung und Betreuung
Stand: Mai 2024

rüsselsheim am main

1. Einleitung

Die Stadt Rüsselsheim am Main als Trägerin der örtlichen Jugendhilfe ist gesetzlich verpflichtet im Rahmen ihrer Planungsverantwortung dafür Sorge zu tragen, dass Einrichtungen und Dienste der Jugendhilfe vorausschauend, rechtzeitig und bedarfsorientiert geplant werden (SGB VIII - § 80) und ein abgestimmtes Angebot für alle Kinder und Jugendlichen zur Verfügung steht.

Die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sollen entsprechend § 1 SGB VIII
- die Förderung junger Menschen und deren „Erziehung zu einer selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ im Fokus haben,
- allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen verfügbar sein,
- der Verbesserung von Chancengerechtigkeit dienen und
- dazu beitragen, für junge Menschen und deren Familien positive Lebensbedingungen sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen.

Das reformierte SGB VIII ist am 10.06.2021 in Kraft getreten. Zentrales Anliegen der Gesetzesnovelle ist der Ausbau der Kinder- und Jugendhilfe für ***alle*** Kinder und Jugendlichen – ob mit oder ohne Behinderung. Gleichzeitig soll die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern/Familien forciert werden. Die barrierefreie und niedrigschwellige Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Angebote für junge Menschen mit Behinderungen ist dabei sicherzustellen.

Die Stadt Rüsselsheim am Main als Jugendhilfeträgerin hat als Pflichtleistung nach § 11 SGB VIII folgende Angebote vorzuhalten:
- außerschulische Jugendbildung mit allgemeiner, politischer, sozialer, gesundheitlicher, kultureller, naturkundlicher und technischer Bildung,
- Jugendarbeit in Sport, Spiel und Geselligkeit,
- arbeitswelt-, schul- und familienbezogene Jugendarbeit,
- internationale Jugendarbeit,
- Kinder- und Jugenderholung sowie
- Jugendberatung.

Die Inhalte der Angebote der außerschulischen Bildung und des sozialen Lernens sollen den spezifischen Anforderungen der jungen Menschen gerecht werden und an den unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen junger Menschen anknüpfen. Sie müssen in ihrer Ausgestaltung auf die Spezifika des jeweiligen Sozialraumes angepasst sein.

Art, Form und Maß der Angebote von außerschulischer Kinder- und Jugendarbeit sind im Gesetz nicht genau geregelt, so dass sie einem örtlichen Aushandlungsprozess unterliegen, in dem fachliche und finanzpolitische Zielsetzungen auszutarieren sind.

Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit stellen in Ergänzung zu Familie und Schule einen unverzichtbaren und wichtigen Bildungsbereich in der Freizeit von Kindern und Jugendlichen dar. Als außerschulische Bildungsorte tragen sie mit ihren vielfältigen Angeboten zur Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen bei. Die Kinder- und Jugendtreffs bieten aufgrund der niedrigen Zugangsschwelle und der inhaltlich und organisatorisch offenen Struktur die Möglichkeit der gemeinsamen Entwicklung von Interessen, Mitbestimmung und Übernahme von Verantwortung und sind damit ein Erfahrungsfeld der Demokratiebildung. Um diese Zielsetzungen zu gewährleisten, ist neben pädagogischem Fachpersonal die Ausstattung mit bedarfsgerechten Räumen und die auskömmliche Ausstattung mit Sachmitteln erforderlich.

Bei der Bemessung des Budgets für die Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit sind die öffentlichen Jugendhilfeträger nicht völlig frei. Nach § 79 Absatz 3 SGB VIII haben sie im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe für eine ausreichende Grundausstattung einschließlich einer dem Bedarf entsprechenden Zahl von Fachkräften zu sorgen. Sie haben nach § 79 Absatz 2 SGB VIII von den für die Jugendhilfe insgesamt bereitgestellten Mitteln einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden.

Mit dem vorliegenden Bericht soll ein Überblick über die Besonderheiten der Rüsselsheimer Stadtteile, deren Bevölkerungszusammensetzung und aktuelle Versorgung mit Einrichtungen für die Zielgruppe Kinder und Jugendliche gegeben werden. Damit geht eine Darstellung einher, an welchen Stellen sich Lücken sowie zusätzliche oder veränderte Bedarfe ableiten lassen. Damit bietet er eine Grundlage für Planungen zur Optimierung der flächendeckenden Versorgung der Stadt mit Einrichtungen und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit.

Im Bericht werden als Bezugsrahmen die Grundschulbezirke herangezogen. Als Datengrundlage wurden der Statistische Bericht 2022 und der Schulentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019 – 2024 sowie dessen Fortschreibung (DS 395/21-26, Zwischenbericht zur Entwicklung von Schüler*innenzahlen aller Schulen in Trägerschaft der Stadt Rüsselsheim am Main) verwendet. Außerdem wurden die Daten des kommunalen Gebietsrechenzentrum Hessen ekom21 herangezogen.

Zunächst wird eine allgemeine Beschreibung der einzelnen Bezirke vorgenommen mit dem Fokus auf die Hauptzielgruppe der Kinder- und Jugendarbeit. Die Darstellungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

In einer Übersicht ist die zahlenmäßige Situation der Bezirke zusammengefasst. Im Zentrum steht hier die aktuelle Verteilung der kommunalen Ressourcen für die vorhandenen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit.

Abschließend werden auf dieser Basis Rückschlüsse über die Versorgung der einzelnen Bezirke gezogen und Vorschläge zur schrittweisen Erreichung des Zieles einer flächendeckenden Versorgung unterbreitet.

2. Beschreibung der einzelnen Grundschulbezirke

2.1 Albrecht-Dürer-Schule

Der Bezirk weist durch das angrenzende Waldgebiet einen hohen Grünanteil auf. Im historischen Ortskern von Haßloch befinden sich teilweise noch historische Fachwerkhäuser. Ansonsten ist die Bebauungsstruktur in diesem Gebiet sehr durchmischt. Die Besiedelung ist eher „locker“. In Haßloch-Nord beherrscht Mehrfamilienhausbebauung das Bild.

Der Stadtteil wächst. Der Zwischenbericht zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen (DS-395/21-26) bestätigt, dass eine Steigerung der Schüler*innenzahlen zu erwarten ist. Laut aktueller Datenerhebungen für den Schulentwicklungsplan 2025 - 2030 wird sich diese Entwicklung fortsetzen. Derzeit leben im Stadtteil 1.184 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren.

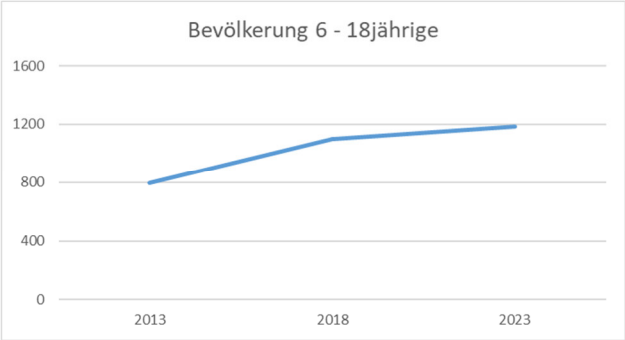
Im Quartier gibt es ein vielfältiges und buntes Vereinsleben, das von kulturellen Vereinen bis hin zu Sportvereinen reicht.

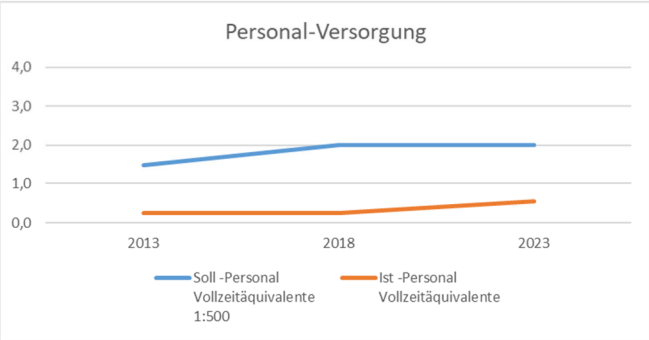
Der Jugendtreff Haßloch-Nord auf dem Gelände der Albrecht-Dürer-Schule verfügt für die Kinder- und Jugendarbeit über eine Fläche von rund 100 qm zur alleinigen Nutzung. Hierbei handelt es sich um zwei Container ohne WCs. Es werden die sanitären Anlagen der Albrecht-Dürer-Schule genutzt.

Bei der Machbarkeitsstudie zur Entwicklung des gesamten Schul-Standortes soll auch der Bedarf einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch Nord Berücksichtigung finden.

Für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier stehen 0,55 Vollzeitstellen zur Verfügung.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.2 Eichgrundschule

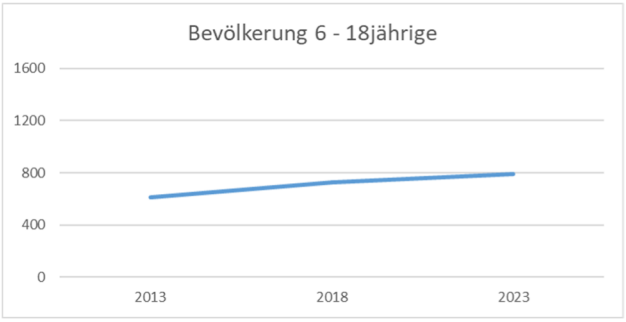
Die Siedlungsstruktur ist im Kernbereich des Quartiers hauptsächlich durch Ein- und Zweifamilienhausbebauung mit großen Grundstücken geprägt. Außer dem Gelände rund um die „Stadtwerke“ gibt es keine gewerbliche Prägung.

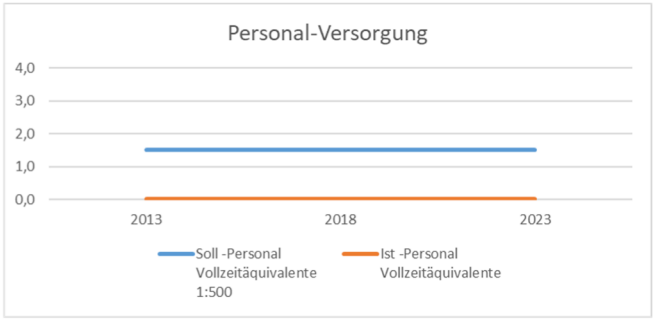
Im Stadtteil leben 787 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Laut Zwischenbericht zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen (DS-395/21-26) ist zunächst mit steigenden Schüler*innenzahlen zu rechnen. Dieser Trend wird sich in den folgenden Jahren nicht fortsetzen. Die Schüler*innenzahlen werden gleichbleibend sein, so die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

Im Viertel gibt es eine Vielzahl an kulturellen Einrichtungen (Stadttheater, Stadtbücherei, Volkshochschule, Musikschule). Die SG Eintracht ist mit ihrem Vereinsgelände hier angesiedelt.

Eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt es im Quartier derzeit nicht. Es findet aufsuchende Arbeit von Streetwork und mobile Jugendarbeit von Auszeit e.V. statt.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.3 Georg-Büchner-Schule

Der Bezirk teilt sich auf in die Quartiere Dicker Busch I und Dicker Busch II. Er ist überwiegend durch Hochhausbebauung geprägt. Der in der Nähe liegende Ostpark dient den Bewohner*innen als Naherholungsgebiet.

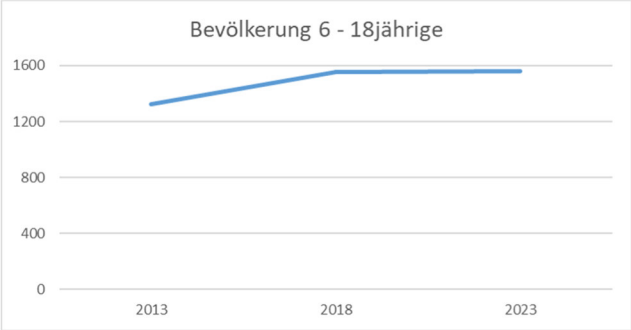
Der Dicke Busch ist der in Rüsselsheim am dichtesten besiedelte und ein sehr „junger“ Stadtteil: hier wohnen mit 1.559 die meisten Menschen im Alter von 6 bis 18 Jahren in der gesamten Stadt. Laut Zwischenbericht zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen (DS-395/21-26) ist zunächst mit steigenden Schüler*innenzahlen zu rechnen. Dieser Trend wird sich in den folgenden Jahren nicht fortsetzen. Die Schüler*innenzahlen werden sinkend sein, so die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

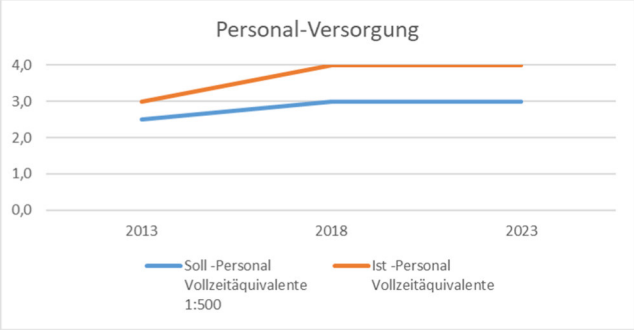
Im Quartier sind mehrere Sportvereine aktiv. Der Stadtteilverein ist für die Gemeinwesenarbeit zuständig. Im Stadtteilforum tauschen sich Akteure regelmäßig aus und führen gemeinsame Angebote

für Kinder, Jugendliche und Familien durch. Darüber hinaus ist das Caritas-Zentrum mit vielfältigen (Beratungs-) Angeboten im Stadtteil angesiedelt.

Die städtische Jugendförderung betreibt mit dem Freizeithaus Dicker Busch Rüsselsheims größte Kinder- und Jugendeinrichtung. Sie verfügt über eine Fläche von 1.165 qm zur alleinigen Nutzung. Für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier stehen 4 Vollzeitstellen zur Verfügung, wovon 1 Vollzeitstelle für die Leitung der Einrichtungen Freizeithaus Dicker Busch, Jugendtreff Königstädten und Jugendtreff Haßloch-Nord zuständig ist.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.4 Goetheschule

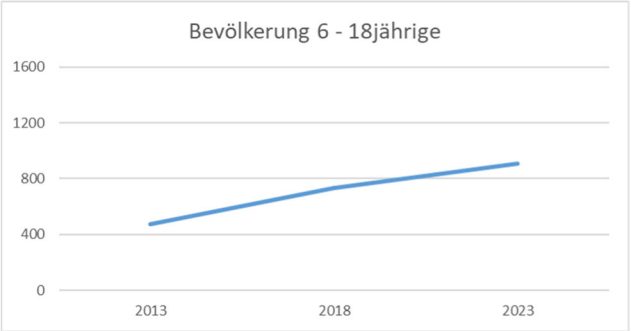
Das Berliner Viertel ist vorrangig geprägt durch eine typische Mehrfamilienbebauung und vereinzelte Hochhäuser mit bis zu elf Geschossen. Der Stadtteil weist die zweithöchste Bevölkerungsdichte in der Stadt auf.

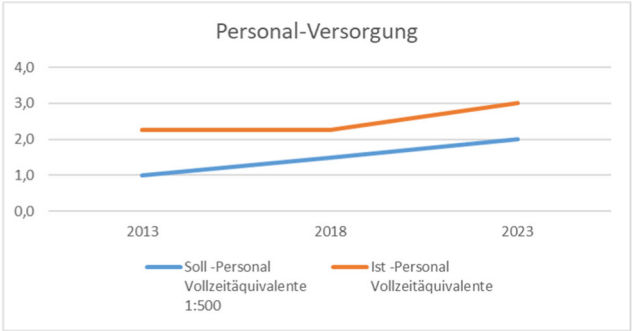
Im Einzugsgebiet der Grundschule leben 908 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Nach derzeitigem Kenntnisstand (DS-395/21-26) ist weiter mit steigenden Schüler*innen-Zahlen zu rechnen. Dieser Trend wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen, so die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

Es gibt den Nachbarschaftstreff Q17 im Berliner Viertel, der vom Sozialpsychiatrischen Verein Kreis Groß-Gerau e.V. getragen wird und für die Gemeinwesenarbeit zuständig ist.

Für die Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil ist der freie Träger Auszeit e.V. tätig. Im Gebäude der Goetheschule verfügt die Einrichtung über eine Fläche von gut 446 qm zur alleinigen Nutzung. Für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier stehen 3 Vollzeitstellen zur Verfügung.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.5 Grundschule Hasengrund

In der Friedrich-Ebert-Siedlung dominiert eine aufgelockerte gemischte Siedlungsstruktur aus Ein- und Zweifamilienhäusern. Im Quartier Hasengrund gibt es z. T. eine höher verdichtete Bebauung mit bis zu 14-geschossigen Hochhäusern und im Süden liegt ein weitläufiges Gewerbegebiet.

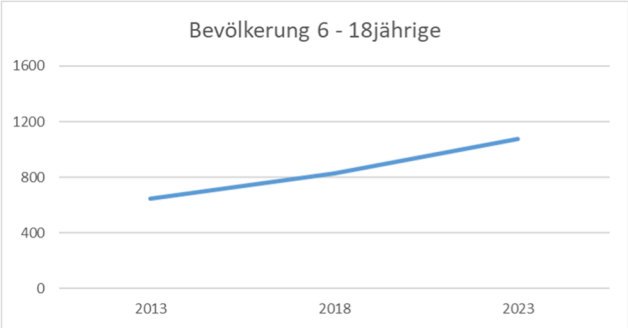
Im Stadtteil leben 1.074 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Der Zwischenbericht zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen (DS-395/21-26) belegt, dass mit steigenden Schüler*innen-Zahlen zu rechnen ist. Dieser Trend wird sich in den folgenden Jahren fortsetzen, so die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

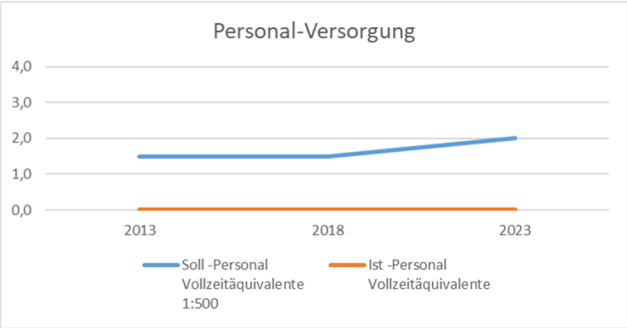
Dies ist darin begründet, dass das Einzugsgebiet der Grundschule Hasengrund mehrere Wohnbauvorhaben aufweist. Neben den Projekten in der Eisenstraße ist dies das neue „Quartier Am Ostpark“, das im Rahmen der Neugestaltung der Schulbezirke aus dem Schulbezirk der Eichgrundschule herausgenommen und der Grundschule Hasengrund zugeordnet wurde. Auf Grund der Verzögerung des Baubeginns des „Quartiers Am Ostpark“ wird sich der weitere Anstieg der Schüler*innenzahlen auf zukünftige Jahre verschieben.

Im Quartier gibt es Angebote der Glaubensgemeinschaften und von Sportvereinen.

Eine Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit gibt es derzeit weder in der Friedrich-Ebert-Siedlung noch im Hasengrund. Es findet aufsuchende und mobile Jugendarbeit von Streetwork statt.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.6 Grundschule Innenstadt/ Grundschule Parkschule

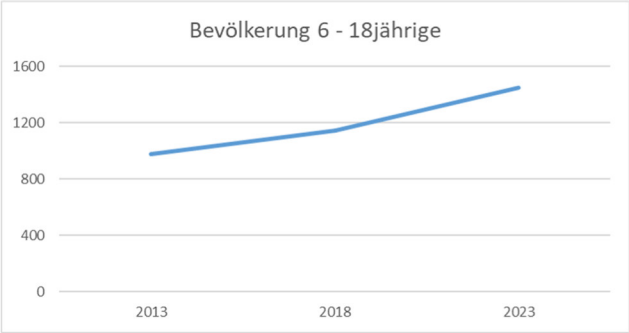
In diesem Bericht werden die beiden Grundschulbezirke gemeinsam betrachtet, da die neue Kinder- und Jugendeinrichtung am Friedensplatz für beide Bezirke zuständig ist.
Die Rüsselsheimer Innenstadt zerfällt in unterschiedliche Teile: „West“ mit weitläufigem Industriegebiet, „Innenstadt“ mit höher verdichteter Bebauung aus unterschiedlichen Epochen und nördlich eine hohe „Durchgrünung“ durch Verna-Park und Mainauen.

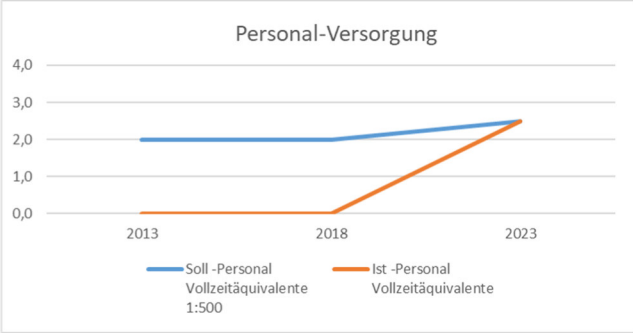
Derzeit leben im Stadtteil 1.451 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Der Zwischenbericht zur Entwicklung der Schüler*innenzahlen (DS-395/21-26) beschreibt, dass mit steigenden Schüler*innenzahlen bei der Grundschule Parkschule und mit stagnierenden Zahlen der Grundschule Innenstadt zu rechnen ist. Dieser Trend wird sich in den folgenden Jahren nicht fortsetzen. Die Schüler*innenzahlen im Bezirk der Grundschule Innenstadt werden sinkend sein, die im Bezirk der Parkschule gleichbleibend, so die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

Ein sportliches Angebot ist durch den RRK Rüsselsheim, die TG 1862 Rüsselsheim und den SC Opel hier angesiedelt. Aktiv in der Innenstadt sind die verschiedenen Glaubensgemeinschaften. Im Stadtteilforum Innenstadt tauschen sich Akteure regelmäßig aus und führen gemeinsame Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien durch.

Mit der Eröffnung des Jugend- und Stadtteiltreffs JuSt am Friedensplatz in städtischer Trägerschaft wird dort seit Oktober 2023 sowohl der Bedarf an Gemeinwesenarbeit für den Stadtteil als auch der für die Kinder- und Jugendarbeit in der Innenstadt abgedeckt. Im Gebäude der Gewobau verfügt der Jugendtreff über angemietete Flächen im Erdgeschoss von gut 140 qm zur alleinigen Nutzung.
Die personelle Ausstattung stellt sich folgendermaßen dar: Für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier stehen 2,5 Vollzeitstellen zur Verfügung, für die Gemeinwesenarbeit ein Stellenumgang von 0,77 Vollzeitäquivalenten.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.7. Grundschule Königstädten

Die Wohnstruktur in Königstädten hat sich vom dörflichen Charakter zu einer sehr vielfältigen Struktur gewandelt.

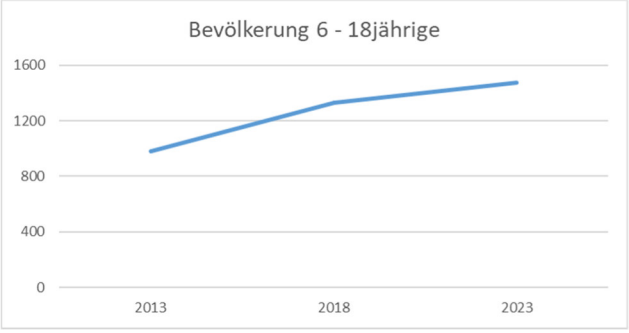
Im Stadtteil leben 1.472 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Laut Zwischenbericht zur Entwicklung von Schüler*innenzahlen – Berichtsjahr 2023 (DS-395/21-26) ist mit gleichbleibendem Niveau zu rechnen. Diesen Trend bestätigt auch die die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

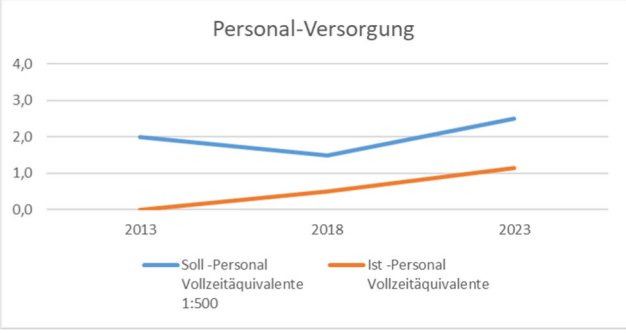
Das Vereinsleben in Königstädten ist vielfältig. So gibt es eine von einem Verein betriebene Stadtteilbücherei und Angebote von Glaubensgemeinschaften.

Der städtische Kinder- und Jugendtreff ist mitten im Einkaufszentrum angesiedelt. Die Einrichtung verfügt über eine Fläche von rund 90 qm zur alleinigen Nutzung. Für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier stehen 1,14 Vollzeitstellen zur Verfügung.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Grundschule Königstädten ist der Neubau eines Nachbarschafts- und Familienzentrums für Königstädten geplant, in dem auch ausreichend groß dimensionierte Räume für Kinder- und Jugendarbeit mitgedacht werden.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.8 Otto-Hahn-Schule

Die Wohnstruktur in Bauschheim ist vielfältig. Die Besiedelung ist eher „locker“.

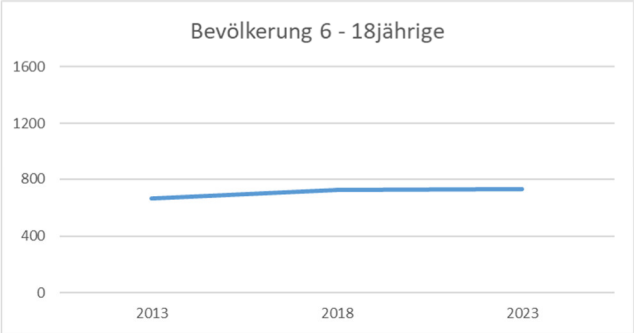
In den letzten Jahren ist der Bevölkerungsanteil nur sehr gering gewachsen. Derzeit leben im Stadtteil 727 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Bis zur Erschließung des Baugebietes Eselswiese ist konstanten Schüler*innenzahlen zu rechnen (DS-395/21-26). Diesen Trend bestätigt auch die die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

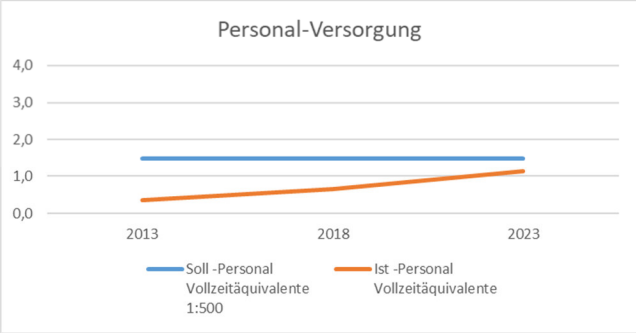
Mit der Erschließung des Baugebietes Eselswiese ab 2026/ 2027 kann perspektivisch von stark steigenden Zahlen ausgegangen werden, da mit einer Gesamtzahl von bis zu 3.500 Einwohner*innen zu rechnen ist.

Das Bauschheimer Vereinsleben ist bunt und vielfältig und hat das von Bürger*innen betriebene Bürgerhaus als zentralen Anlaufpunkt. Es gibt eine von einem Verein betriebene Stadtteilbücherei und Angebote von Glaubensgemeinschaften.

Der Kinder- und Jugendtreff des freien Trägers Auszeit e.V. ist räumlich im KIZ (Ganztagsgebäude der Otto-Hahn-Schule) angesiedelt. Die Einrichtung verfügt hier über eine Fläche von knapp 66 qm zur alleinigen Nutzung. Für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier stehen 1,14 Vollzeitstellen zur Verfügung.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





2.9 Schillerschule

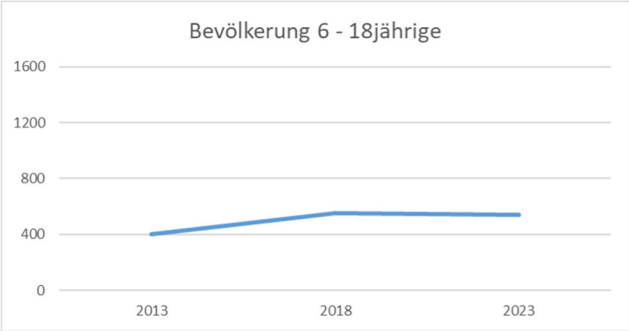
Die Böllensee-Siedlung ist durch eine Mischung verschiedener Bebauungsarten geprägt. Im nördlichen Teil findet sich gewerbliche Nutzung und großflächiger Einzelhandel.

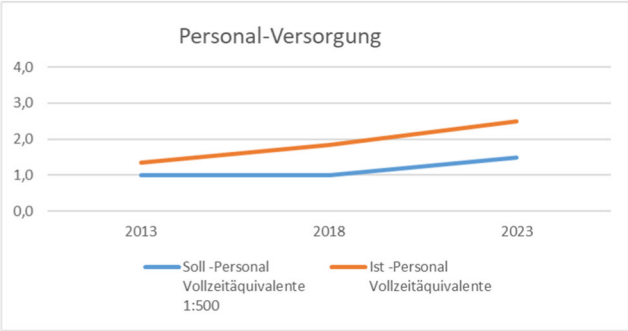
Im Stadtteil leben 542 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. In den letzten Jahren ist der Stadtteil wenig gewachsen. Mit gleichbleibenden Schüler*innenzahlen ist zu rechnen (DS-395/21-26). Diesen Trend bestätigt auch die die aktuelle Datenerhebung für den Schulentwicklungsplan 2025-2030.

Im Nachbarschafts- und Familienzentrum ist die Gemeinwesenarbeit für den Stadtteil angesiedelt. Im Runden Tisch der Böllenseesiedlung findet ein reger Austausch der Akteure im Quartier statt.

Der Kinder- und Jugendtreff des freien Trägers Auszeit e.V. befindet sich ebenfalls im Nachbarschafts- und Familienzentrum. Hierfür steht eine Fläche von knapp 250 qm zur Verfügung, hierunter sind auch Räume gefasst, die gemeinsam mit den anderen Akteuren im Gebäude genutzt werden. Für die Kinder- und Jugendarbeit im Quartier stehen 2,5 Vollzeitstellen zur Verfügung.

Die nachfolgenden Grafiken zeigen die Entwicklung der Bevölkerung in der Altersspanne der 6 bis 18jährigen auf in den letzten zehn Jahren sowie die der Personalversorgung für die Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk.





3. Daten zu den einzelnen Bezirken im Überblick

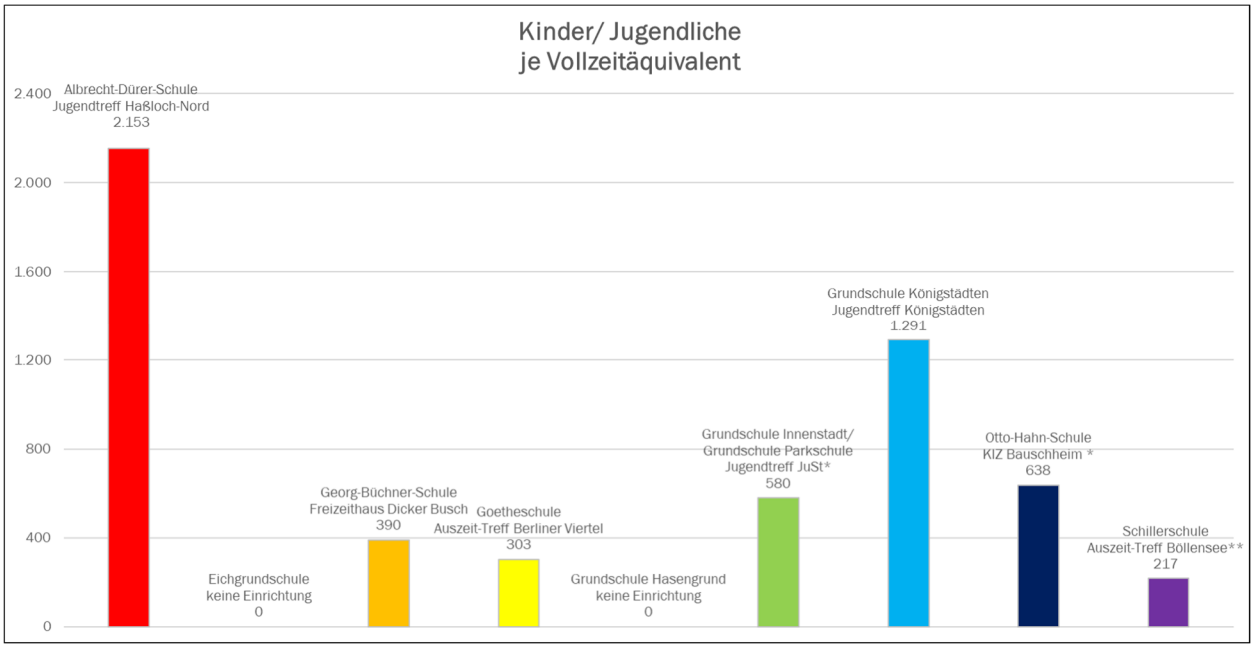
In den nachfolgenden Übersichten wird die Verteilung der im Haushaltsplan der Stadt Rüsselsheim am Main eingestellten Ressourcen auf die Einrichtungen in den einzelnen Grundschulbezirken dargestellt.

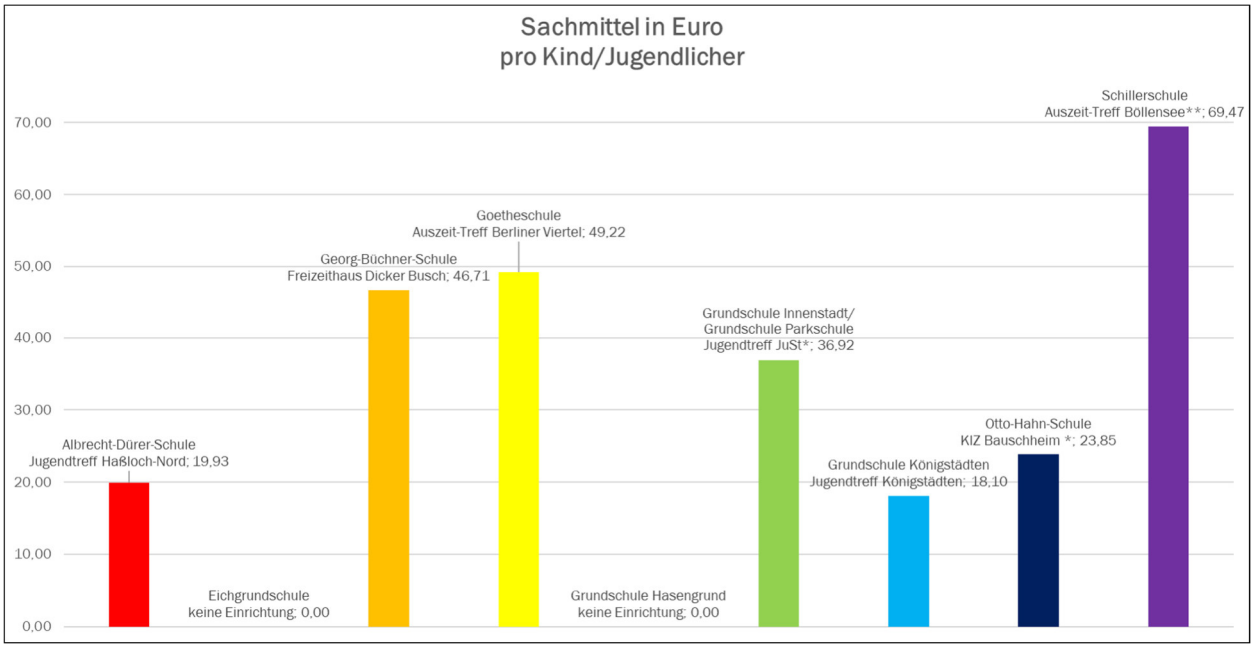
Aus den anschließenden Diagrammen wird ersichtlich, wie sich diese Ressourcen in den jeweiligen Gebieten auf die Zielgruppe (Kinder und Jugendliche im Alter von 6-18 Jahren) verteilen.

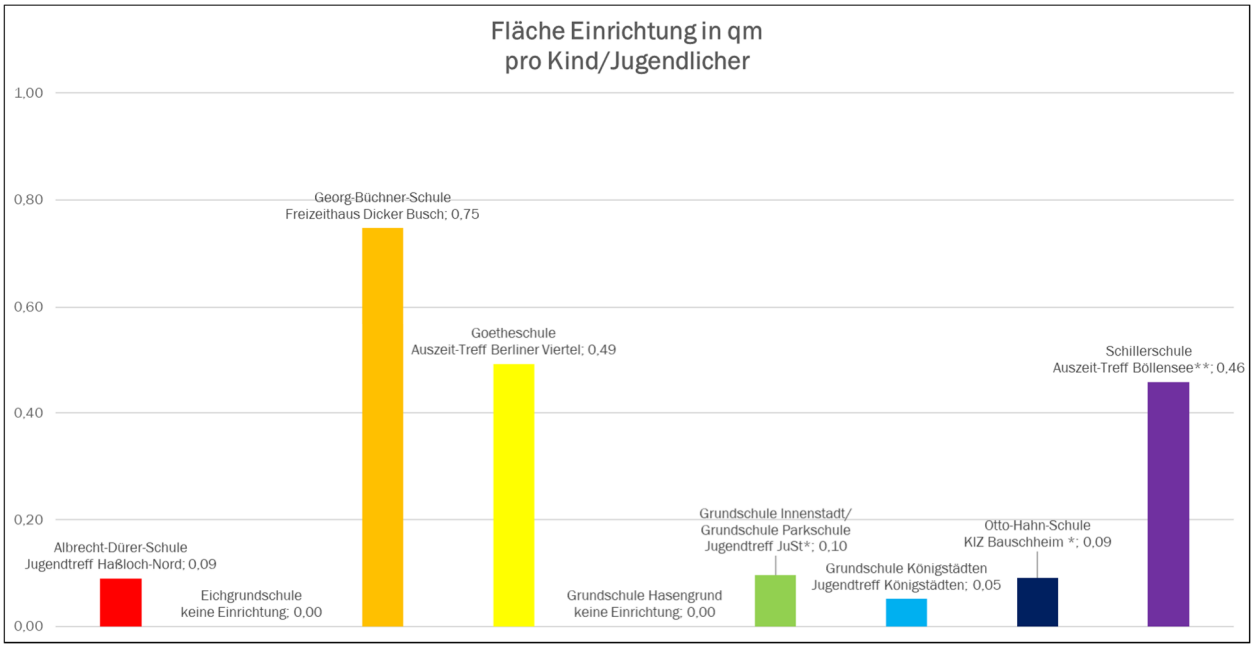
Versorgung der Grundschulbezirke mit Kinder- und Jugendeinrichtungen

	6-18 jährige im Bezirk	Ausstattung der Einrichtungen					
Grundschulbezirk Einrichtungen	**Bevölkerung 6-18 Jahre im Stadtteil**	**Personal** Vollzeit-äquivalente	**Kinder/ Jugendliche** je VZÄ	**Sachmittel** HH 2023 Euro	**Sachmittel pro Kind/ Jugendlicher**	**Fläche Einrichtung** qm	**Fläche Einrichtung pro Kind/ Jugendlicher**
Albrecht-Dürer-Schule Jugendtreff Haßloch-Nord	1.184	0,55	2.153	23.602	19,93	106,06	0,09
Eichgrundschule keine Einrichtung	787	0,00	0	0	0,00	0	0,00
Georg-Büchner-Schule Freizeithaus Dicker Busch	1.559	4,00	390	72.820	46,71	1.165,36	0,75
Goetheschule Auszeit-Treff Berliner Viertel	908	3,00	303	44.690	49,22	446,36	0,49
Grundschule Hasengrund keine Einrichtung	1.074	0,00	0	0	0,00	0	0,00
Grundschule Innenstadt/ Grundschule Parkschule Jugendtreff JuSt*	1.451	2,50	580	53.568	36,92	140,00	0,10
Grundschule Königstädten Jugendtreff Königstädten	1.472	1,14	1.291	26.648	18,10	75,88	0,05
Otto-Hahn-Schule KIZ Bauschheim *	727	1,14	638	17.338	23,85	66,11	0,09
Schillerschule Auszeit-Treff Böllensee**	542	2,50	217	37.655	69,47	248,30	0,46

* ohne Verkehrsflächen u. gem. mit der Betreuung genutzte Räume
** inklusive mit NaFaZ gemeinsam genutzte Räume


Kinder/ Jugendliche
je Vollzeitäquivalent
2.400
2.000
1.600
1.200
800
400
0
Albrecht-Dürer-Schule
Jugendtreff Haßloch-Nord
2.153
Eichgrundschule
keine Einrichtung
0
Georg-Büchner-Schule
Freizeithaus Dicker Busch
390
Goetheschule
Auszeit-Treff Berliner Viertel
303
Grundschule Hasengrund
keine Einrichtung
0
Grundschule Innenstadt/
Grundschule Parkschule
Jugendtreff JuSt*
580
Grundschule Königstädten
Jugendtreff Königstädten
1.291
Otto-Hahn-Schule
KIZ Bauschheim *
638
Schillerschule
Auszeit-Treff Böllensee**
217


Sachmittel in Euro
pro Kind/Jugendlicher
70,00
60,00
50,00
40,00
30,00
20,00
10,00
0,00
Albrecht-Dürer-Schule
Jugendtreff Haßloch-Nord; 19,93
Eichgrundschule
keine Einrichtung; 0,00
Georg-Büchner-Schule
Freizeithaus Dicker Busch; 46,71
Goetheschule
Auszeit-Treff Berliner Viertel; 49,22
Grundschule Hasengrund
keine Einrichtung; 0,00
Grundschule Innenstadt/
Grundschule Parkschule
Jugendtreff JuSt*; 36,92
Grundschule Königstädten
Jugendtreff Königstädten; 18,10
Otto-Hahn-Schule
KIZ Bauschheim *; 23,85
Schillerschule
Auszeit-Treff Böllensee**; 69,47



4. Auswertung

Der Bericht macht deutlich, dass

- die Verteilung der Ressourcen in Bezug auf Personal, Sachmittel und Flächen für die Kinder- und Jugendarbeit in den einzelnen Bezirken sehr unterschiedlich ist.

- es Bezirke mit steigendem Bedarf an Angeboten für Kinder und Jugendliche aufgrund des Wachstums der Zielgruppe im Schulbezirk gibt.

- die Bezirke der Grundschulen Hasengrund und Eichgrund nicht mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit versorgt sind.

5. Fazit und Ausblick

Ziel ist eine bedarfsgerechte, flächendeckende Versorgung mit Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit in allen zehn Grundschulbezirken der Stadt Rüsselsheim am Main. Vorhandene Lücken sollten geschlossen werden sowie Unterschiede in der Ausstattung der einzelnen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit aufgehoben werden.

Der Ausbau der stadtweiten Kinder- und Jugendarbeit sollte in aufeinander folgenden Schritten umgesetzt werden.

1. Gleichmäßige Versorgung mit Personalressourcen

Die Ausstattung mit 1,5 Vollzeitstelle je Einrichtung sollte der Mindeststandard sein. Dies ist notwendig, um so möglichst umfangreiche, bedarfsgerechte Angebotszeiten vorhalten zu können und um Vertretungsmöglichkeiten realisieren zu können.

Die personellen Ressourcen würden gleichmäßig auf die Einrichtungen im Stadtgebiet verteilt. Um für die Ausstattung der Einrichtungen mit Personal eine einheitliche Größe zu verwenden, wird eine bedarfsgerechte Bemessung mit einer Vollzeitstelle pro 500 Menschen im Alter von 6 bis 18 Jahren je Grundschulbezirk als angemessen angesehen.

Diese Ausstattung würde ausdifferenzierte Angebote in ausreichendem Maß ermöglichen. Eine moderate Aufstockung der Personalressourcen würde innerhalb des städtischen Stellenplanes erforderlich werden.

Bei Anwendung dieses Schlüssels ergibt sich die auf Seite 12 und 13 dargestellte Verteilung.

Der sich dort abbildende vermeintliche Überhang in den Bezirken der Georg-Büchner- und Schillerschule ergibt sich durch Leitungsanteile, die im jeweiligen Stellenplan von Auszeit e.V. und Jugendförderung dort angesiedelt sind.

Die beschriebene Anpassung sollte in mehreren Schritten erfolgen.

Erste Ausbauphase

Um in allen 10 Grundschulbezirken ein Angebot der Kinder- und Jugendarbeit vorzuhalten, würden in einem ersten Schritt die unversorgten Grundschulbezirke Grundschule Hasengrund und Eichgrundschule verstärkt mit mobilen Angeboten versorgt mit dem weitergehenden Ziel der Etablierung von Kinder- und Jugendeinrichtungen in geeigneten Räumlichkeiten.

Gleichzeitig zum mobilen Angebot würde eine Bedarfsanalyse durchgeführt, adäquate Räume gesucht werden und ein Einrichtungskonzept entwickelt werden. Hierfür sollten pro Bezirk Personal im Umfang von 1 VZ-Stelle zur Verfügung gestellt werden. Für den Bezirk der Eichgrundschule könnte dies durch Umverteilung von Personalressourcen realisiert werden, in dem der Überhang im Bezirk der Goetheschule abgebaut würde. Für die Grundschule Hasengrund würde im städtischen Stellenplan eine zusätzliche Personalressource von 1 Vollzeitstelle zur Verfügung gestellt werden. Hierfür liegen die zusätzlichen Personalkosten bei 76.495 Euro orientiert an den Personaldurchschnittswerten 2024 in der Eingruppierung TV Sozial- und Erziehungsdienst Entgeltgruppe S 11b.

Zweite Ausbauphase

In den Grundschulbezirken Grundschule Königstädten, Albrecht-Dürer- und Otto-Hahn-Schule würden zusätzliche Personalkapazitäten von insgesamt 1,67 VZ-Stellen notwendig werden. Für die Otto-Hahn-Schule würde dies realisiert, in dem der personelle Überhang im Bezirk der Schillerschule abgebaut würde. Damit wäre der Bezirk der Otto-Hahn-Schule dann gemäß der vorgeschlagenen Personalbemessung mit 1,5 Vollzeitstelle versorgt. Für die Grundschule Königstädten würde im städtischen Stellenplan eine zusätzliche Personalressource von 0,86 Vollzeitstellen zur Verfügung gestellt werden. Mit den dann vorhandenen 2 Vollzeitstellen würde sich der Bezirk der vorgeschlagenen Personalbemessung von 2,5 Vollzeitstellen nähern. Im Bezirk der Albrecht-Dürer-Schule würde im städtischen Stellenplan eine zusätzliche Personalkapazität von 0,45 Vollzeitstelle erforderlich, um damit dem Mindeststandard von 1,5 Vollzeitstelle zu erreichen.

Die zusätzlichen Personalkosten für diese Ausbauphase lägen bei 100.209 Euro orientiert an den Personaldurchschnittswerten 2024 in der Eingruppierung TV Sozial- und Erziehungsdienst Entgeltgruppe S 11b.

Dritte Ausbauphase

In den nächsten Schritten würden die Personalkapazitäten so erweitert, dass sie dem angewandten Personalschlüssel je Grundschulbezirk entsprächen. Dies würde einen Zuwachs um weitere 3 VZ-Stellen für die Bezirke Albrecht-Dürer- und Eichgrundschule sowie der Grundschulen Hasengrund und Königstädten in der Eingruppierung TV Sozial- und Erziehungsdienst Entgeltgruppe S 11b. Hierfür liegen die zusätzlichen Personalkosten bei 229.486 Euro bedeuten.

Insbesondere für die Bezirke der Grundschulen Hasengrund und Eichgrundschule sind für diese Ausbauschritte geeignete Räume erforderlich.

Die gesamte Personalressource für die Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt Rüsselsheim am Main läge am Ende dieser Ausbauphase bei 20,14 VZ-Stellen.

Anpassung der Personalressourcen an Personalquote 1 VZÄ je 500 6-18 jährige

Grundschulbezirk	Einrichtungen	Personal (Status quo)	Bevölkerung	Personal laut Quote	Anpassung	Anmerkung	Umsetzung	Anpassungs-phase I	Anpassungs-phase II	Anpassungs-phase III
Albrecht-Dürer-Schule	Jugendtreff Haßloch-Nord	0,55	1184	2,00	1,45	Ausbau stufenweise	Stellenplan-Aufstockung 1,45 VZÄ	/	0,45	1,00
Eichgrundschule	/*	0,00	787	1,50	1,50	Ausbau stufenweise	Sachmittel-Aufstockung für 0 5 VZÄ plus Abbau 1 VZ-Stelle Goetheschule	/	/	0,50
Georg-Büchner-Schule	Freizeithaus Dicker Busch	4,00	1.559	3,00		1 VZ-Stelle für Leitung der Jugendtreffs Freizeithaus Dicker Busch, Jugendtreff Königstädten und Jugendtreff Haßloch-Nord		/	/	/
Goetheschule	Auszeit-Treff Berliner Viertel	3,00	908	2,00	-1,00		1 VZ-Stelle für Ausbau Eichgrundschule	/	/	/
Grundschule Hasengrund	/**	0,00	1.074	2,00	2,00	Ausbau stufenweise	Stellenplan-Aufstockung 2,00 VZÄ	1,00	/	1,00
Grundschule Innenstadt/ Grundschule Parkschule	Jugendtreff JuSt	2,50	1451	2,50				/	/	/
Grundschule Königstädten	Jugendtreff Königstädten	1,14	1.472	2,50	1,36	Ausbau stufenweise	Stellenplan-Aufstockung 1,36 VZÄ	/	0,86	0,50
Otto-Hahn-Schule	KIZ Bauschheim	1,14	727	1,50	0,36		Sachmittel Anpassung aus Überhang Schillerschule für 0,36 VZÄ	/	/	/
Schillerschule	Auszeit-Treff Böllensee	2,50	542	1,50	-0,36	0,6 VZ-Stelle für Geschäftsführung der Auszeit-Treffs	0,36 VZÄ für Ausbau Otto-Hahn-Schule	/	/	/
Summe		14,83		18,50	**5,31**			**1,00**	**1,31**	3,00
Summe Gesamtbedarf VZÄ		20,14								

* Es existieren lediglich mobile Angebote durch Auszeit e. V.
** Es existieren lediglich mobile Angebote durch die städtische Jugendförderung

2. Anpassung der Ausstattungsstandards

Neben den personellen wären auch die finanziellen Ressourcen gleichmäßig auf die Einrichtungen zu verteilen. Auch hier sollte als Bezugsgröße die Anzahl der 6 – 18 jährigen Kinder und Jugendlichen ~~e~~ingeplant werden, um eine Mindestausstattung an Sachmitteln zur Verfügung zu haben. Hier wäre noch ausgehend von Erfahrungswerten eine Quote zu entwickeln, die dem Bedarf entspräche. Bei der Aufstellung der Haushaltspläne sollte diese Quote perspektivisch zu Grund gelegt werden.

3. Flächen

Auch die Flächen, die für die Kinder- und Jugendarbeit zur Verfügung gestellt werden, sollten einer vergleichbaren Verteilung unterliegen. Bei 0,5 qm je 6 –bis 18 jährigen Bewohner*innen der jeweiligen Grundschulbezirken, ergäben sich Flächenbedarfe von 271 qm bis 765 qm. Diese Angaben sollten der Orientierung dienen bei der Suche nach geeigneten Räumen in den un- und unterversorgten Bezirken. Bedarfsgerechte Raumprogramme würden für jeden Standort erstellt.

Die Verteilung der Ressourcen würde sich dann folgendermaßen darstellen:

Planung der Versorgung der Grundschulbezirke mit Kinder- und Jugendeinrichtungen						
	6-18 jährige im Bezirk	Ausstattung der Einrichtungen				
Grundschulbezirk Einrichtungen	**Bevölkerung 6-18 Jahre im Stadtteil**	**Personal Vollzeit-äquivalente**	**Kind/ Jugendlicher je VZÄ**	**Ist Fläche Einrichtung qm**	**Fläche Einrichtung pro Kind/ Jugendlicher**	**Soll Fläche 0,5 qm je 6- 18 Jährige**
Albrecht-Dürer-Schule Jugendtreff Haßloch-Nord	1.184	2,00	592,00	106,06	0,09	592
Eichgrundschule keine Einrichtung	787	1,50	524,67	0	0,00	393,5
Georg-Büchner-Schule Freizeithaus Dicker Busch	1.559	4,00	389,75	1.165,36	0,75	779,5
Goetheschule Auszeit-Treff Berliner Viertel	908	3,00	302,67	446,36	0,49	454
Grundschule Hasengrund keine Einrichtung	1.074	2,00	537,00	0	0,00	537
Grundschule Innenstadt/ Grundschule Parkschule Jugendtreff JuSt*	1.451	2,50	580,40	140,00	0,10	725,5
Grundschule Königstädten Jugendtreff Königstädten	1.472	2,50	588,80	75,88	0,05	736
Otto-Hahn-Schule KIZ Bauschheim **	727	1,50	484,67	66,11	0,09	363,5
Schillerschule Auszeit-Treff Böllensee***	542	2,50	216,80	248,30	0,46	271

* ohne Verkehrsflächen u. gem. mit der GWA genutzte Räume
** ohne Verkehrsflächen u. gem. mit der Betreuung geutzte Räume
*** inklusive mit NaFaZ gemeinsam genutzte Räume

In einem regelmäßigen Turnus (angepasst an die Schulentwicklungsplanung) sollten die Verteilungen der Ressourcen fortlaufend überprüft und ggf. Anpassungen an die Bevölkerungsentwicklung vorgenommen werden.

Quellenverzeichnis

EWO-Planungsdaten Stand 31.12.2023 lt. eigener Fortschreibung. (ekom)
Schulentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019 – 2024
DS-395/21-26 Zwischenbericht zur Entwicklung von Schüler*innenzahlen – Berichtsjahr 2023
Haushaltsplan 2022

Anlage 2

VT 140/21-26

Fraktion Rüsselsheim

SPD

EINGEGANGEN
05. OKT. 2023
Büro Stadtv.versammlung

Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 22.08.2023

Antrag der SPD-Fraktion Rüsselsheim zur Verweisung

Förderung von Jugendhäusern/Jugendtreffs in allen Stadtteilen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit örtlichen Jugendinitiativen und Interessengruppen, insbesondere dem Verein Auszeit e.V., der hervorragende Jugendarbeit in den Rüsselsheimer Stadtteilen Bauschheim, im Berliner Viertel sowie in der B. Siedlung leistet, geeignete Standorte zu identifizieren, Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und ein Konzept für die Errichtung/Einrichtung und den Betrieb von Jugendhäusern/Jugendtreffs in allen Stadtteilen auszuarbeiten.
2. Es sollen die bestehenden Angebote im Stadtgebiet dargestellt werden.
3. Es sollen in der Drucksache die Unterschiede der diversen Angebote im Stadtgebiet aufgezeigt und der Sachstand in Bezug auf Jugendtreffs/Jugendhäuser erläutert werden.
4. Es soll ein Vorschlag erarbeitet werden, bestehende Angebote, die einen niedrigeren Standard haben oder ein kleineres Angebot als Auszeit e.V. bieten, dann schrittweise an den Standard von Auszeit e.V. anzupassen.

Begründung:

Die Initiative zur Schaffung von Jugendhäusern/Jugendtreffs in allen Stadtteilen von Rüsselsheim ist von zentraler Bedeutung, um den verschiedenen Bedürfnissen und Interessen unserer Jugendlichen gerecht zu werden.

Jugendliche spielen eine wichtige Rolle in unserer Gemeinschaft, und es ist unerlässlich, ihnen angemessene Unterstützung für ihre persönliche Entwicklung und Integration in die Gesellschaft

zu bieten. Die Etablierung von Jugendhäusern/Jugendtreffs in jedem Stadtteil trägt dazu bei, diese Unterstützung zu gewährleisten.

Ein wesentlicher Aspekt ist die Förderung von Gemeinschaft und sozialer Interaktion. Diese Orte bieten den Jugendlichen die Möglichkeit, in einem geschützten Raum miteinander in Kontakt zu treten, unabhängig von ihren Hintergründen. Dies fördert soziale Fähigkeiten, Toleranz und Verständnis.

Die Jugendhäuser/Jugendtreffs sind auch ein Ort der Bildung und Persönlichkeitsentwicklung. Durch die Organisation von Workshops, Kursen und Informationsveranstaltungen können die Jugendlichen nicht nur ihre persönlichen Fähigkeiten stärken, sondern auch praktische Kenntnisse für ihre Zukunft erwerben.

In Hinblick auf Prävention und Unterstützung bieten diese Einrichtungen den Jugendlichen sichere Anlaufstellen, um bei Fragen oder Problemen professionelle Hilfe zu erhalten. Durch die enge Zusammenarbeit mit Fachleuten können auch präventive Maßnahmen in den Bereichen Sucht, Gewalt und psychische Gesundheit umgesetzt werden.

Die Förderung kultureller Vielfalt und Freizeitgestaltung ist ebenfalls von großer Bedeutung. Jugendliche sollen die Gelegenheit haben, ihre kulturellen Interessen und Hobbys auszuleben, sei es in Form von Musik, Kunst, Sport oder Theater. Diese Aktivitäten können in den Jugendhäusern/Jugendtreffs angeboten werden und tragen zur individuellen Entfaltung bei.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Partizipation und Mitbestimmung der Jugendlichen. Indem sie aktiv in die Gestaltung der Jugendhäuser/Jugendtreffs einbezogen werden, entwickeln sie Eigenverantwortung und lernen, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen.

Insgesamt leistet die Einrichtung von Jugendhäusern/Jugendtreffs in allen Stadtteilen von Rüsselsheim einen wertvollen Beitrag zur Schaffung einer lebendigen, vielfältigen und inklusiven Stadtgemeinschaft. Die SPD-Fraktion ist überzeugt, dass dies eine Investition in die Zukunft unserer Stadt darstellt und die Potenziale unserer Jugendlichen fördert.

Murat Karakaya
SPD-Fraktionsvorsitzender

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-584/21-26 1. Ergänzung	
Datum	17.04.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	04.06.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	beschlussempfehlend
Ortsbeirat Königstädten	06.06.2024	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	11.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Online-Umfrage zum Jugendtreff Königstädten
Bezug: DS-394/21-26 Erweiterung der Jugendräume im Königstädter Einkaufszentrum; Änderungsantrag DS-394-1/21-26 der Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI vom 16.05.2023 zur

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Kenntnisnahme zu:

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Ergebnisse der Online-Umfrage zum Bedarf der Kinder- und Jugendarbeit in Königstädten zur Kenntnis (Anlage).

Begründung:

A. Ziel

Ziel war es, in einem partizipativen Prozess den Bedarf von Kindern und Jugendlichen hinsichtlich eines Kinder- und Jugendtreffs in Königstädten festzustellen.

B. Gesetzliche Grundlage

Die Stadt Rüsselsheim am Main ist verpflichtet, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen (SGB VIII - §8).

Darüber hinaus hat sie als Trägerin der örtlichen Jugendhilfe die Pflichtleistung, nach §11 SGB VIII Angebote der Kinder- und Jugendarbeit für alle Kinder und Jugendlichen bereitzustellen und diese bedarfsorientiert und vorrausschauend zu planen (SGB VIII - §80).

C. Beschlusshistorie

Mit der DS-793/16-21 „Grundschule Königstädten, Weiterentwicklung“ wurde die Planungsvariante B (Auslagerung der Kita Auerbacher Straße mit Abbruch „Rotes Haus“) am 15.07.2021 beschlossen. Die Drucksache beinhaltet unter „D. Lösung“, dass bei einer Auslagerung der Kita Auerbacher Straße ein Nachbarschafts- und Familienzentrum entstehen soll, in dem auch ein Königstädter Kinder- und Jugendtreff entstehen wird.

Mit der DS-411/21-26 –Verbindliche Bauleitplanung der Innenentwicklung gem. § 13a BauGB Bebauungsplan-Änderungsverfahren Nr. 54/2 „Die Strut/Nachbarschafts- und Familienzentrum“, Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGBvom hat die Stadtverordnetenversammlung am 20.07.2023 die Weichen gestellt zur Umsetzung des Beschlusses zur DS 793-/16-21.

Mit der DS-394-1/21-26 wurde der Magistrat damit beauftragt, einen partizipatorischen Prozess zur Ermittlung der Bedarfe durchzuführen, in dem Kinder und Jugendliche zu ihren Vorstellungen und Bedarfen in Bezug auf den Jugendtreff Königstädten und dessen Angebote befragt werden.

D. Verfahren und Zusammenfassung der Ergebnisse

Von Oktober 2023 bis Januar 2024 wurde von der Jugendförderung ein Online-Umfrage durchgeführt. Unter der Überschrift „Welche Ideen hättest Du für einen zukünftigen Jugendtreff in Königstädten?“ war diese online für Kinder und Jugendliche erreichbar. Mittels eines Flyers wurde für die Teilnahme an der Umfrage geworben.

Insgesamt wurde der Fragebogen 212 Mal geöffnet. 88 Personen haben mindestens eine Frage beantwortet. Die Mehrheit der Teilnehmenden war im Alter von 11 – 16 Jahren (70%).

Zentrale Ergebnisse sind folgende:

- 75 % der Teilnehmenden bewerten ihre Zufriedenheit mit der aktuellen Einrichtung mit Schulnoten von 1 bis 3.
- Ein Jugendtreff wird von den Kindern und Jugendlichen vor allem geschätzt als Treffpunkt, um sich mit Freund*innen zu treffen. Aber auch eine gute Atmosphäre und Ansprechpersonen bei Problemen dort vorzufinden, ist ihnen wichtig.
- Bei der Ausstattung eines Wunsch-Jugendtreffs wünschen sich die Kinder und Jugendlichen vielfältige Räume mit unterschiedlichen Nutzungsarten.
- An Freizeitangeboten wünschen sie sich vorrangig Ausflüge und Ferienangebote, Offene Treffs sowie kreative Gruppenangebote.
- An Angebotszeiten sind die Wochentage Montag bis Freitag in der Zeit von 16 – 18 Uhr eine Kernzeit, in der die Einrichtung vorrangig geöffnet sein sollte.

E. Weitere Vorgehensweise

Die Ergebnisse der Umfrage sollen bei der Entwicklung des Raumprogramms und der Konzeption für den Jugendtreff im Nachbarschafts- und Familienzentrum einfließen.

Das Raumprogramm soll vielfältige Nutzungsarten zulassen. Eine Küche mit entsprechender Ausstattung ist von großer Bedeutung für die Zielgruppe, ebenso ein Raum in dem Billard spielen möglich ist. Ein Raum, in dem Partys gefeiert werden können sowie ein Mädchen- und Jungenraum werden ebenfalls als wichtig erachtet. Bei der Möblierung des Jugendtreffs ist darauf zu achten, dass eine ansprechende Atmosphäre hergestellt wird.

Bei der Gestaltung der Angebotsstruktur ist zu berücksichtigen, dass Ferienangeboten und Ausflüge sowie dem Offenen Treff und kreativen Angeboten ausreichend Raum gegeben werden. Der Jugendtreff wird als Treffpunkt geschätzt, um sich mit Freund*innen in einer anderen Umgebung als dem schulischen oder häuslichen Umfeld zu treffen.

Bei der Planung der Angebotszeiten ist darauf zu achten, dass die Wochentage Montag bis Freitag in der Zeit von 16 – 18 Uhr eine Kernzeit darstellen, in der die Einrichtung vorrangig geöffnet sein sollte. Der Bedarf an Öffnungszeiten am Wochenende wird nicht als wichtig erachtet.

Bei der personellen Ausstattung ist dafür Sorgen zu tragen, dass qualifizierte Fachkräfte eingesetzt werden, die als Ansprechpartner*innen vor Ort sind und auch bei Problemen Unterstützung bieten können.

F. Kosten

Für die Online-Umfrage sind Kosten in Höhe von 78 Euro entstanden. Hierin enthalten sind 55 Euro für die Nutzung des Programms (www.onlineumfragen.com) plus 24 Euro Druckkosten für den Info-Flyer.

Rüsselsheim am Main, 16.04.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Bericht

über die Online-Umfrage

zum Jugendtreff Königstädten

Oktober 2023 – Januar 2024



Der Magistrat
Fachbereich Bildung und Betreuung
Stand: März 2024

rüsselsheim am main

1. Einleitung

Im Grundschulbezirk der Grundschule Königstädten leben aktuell 1.472 Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren. Der Bezirk ist mit einer Einrichtung der Kinder- und Jugendarbeit in städtischer Trägerschaft versorgt. Der Kinder- und Jugendtreff im Einkaufszentrum Königstädten, verfügt über eine Fläche von rund 80 qm. Die Einrichtung wird aktuell mit einem Personalumfang von 1,14 Vollzeitstelle betrieben. Die Einrichtung hat an fünf Tagen in der Woche geöffnet. Es gibt Angebote für Kinder im Grundschulalter, Offene Treffs für Teenies, ein Abend-Café für ältere Jugendliche sowie einen Mädchentreff.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Grundschule Königstädten ist der Neubau eines Nachbarschafts- und Familienzentrums für Königstädten geplant, in dem bedarfsgerechte Räume für Kinder- und Jugendarbeit mitgedacht werden. Damit diese von den jungen Menschen als Treffpunktmöglichkeit für eine aktive Freizeitgestaltung angenommen wird, sind deren Bedarfe bei der Planung einzubeziehen. Damit wird der gesetzlichen Verpflichtung Rechnung getragen, Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen (SGB VIII - § 8).

Um die Wunschvorstellungen der Kinder und Jugendlichen herauszufinden, wurde eine Online-Umfrage erarbeitet. Unter der Überschrift „Welche Ideen hättest Du für einen zukünftigen Jugendtreff in Königstädten?“ konnten sich Kinder und Jugendliche über den Zeitraum 01.10.2023 bis 31.01.2024 daran beteiligen.

Mittels eines Flyers wurde für die Teilnahme an der Umfrage geworben. Verteilt wurde dieser im Jugendtreff Königstädten, in der Gerhart-Hauptmann-Schule, in der Grundschule Königstädten, bei den Königstädter Vereinen sowie auf Plätzen, auf denen sich Kinder und Jugendliche treffen. Auch über die Social Media Accounts der Jugendförderung konnte man auf die Umfrage zugreifen und sich an dieser beteiligen.

Insgesamt wurde der Fragebogen 212 Mal geöffnet. 88 Personen haben mindestens eine Frage beantwortet. Die Mehrheit der Teilnehmenden waren Regelbesucher*innen aus dem Jugendtreff Königstädten, schwerpunktmäßig im Alter von 11 – 16 Jahren (70%).

2. Zusammenfassung der Beiträge

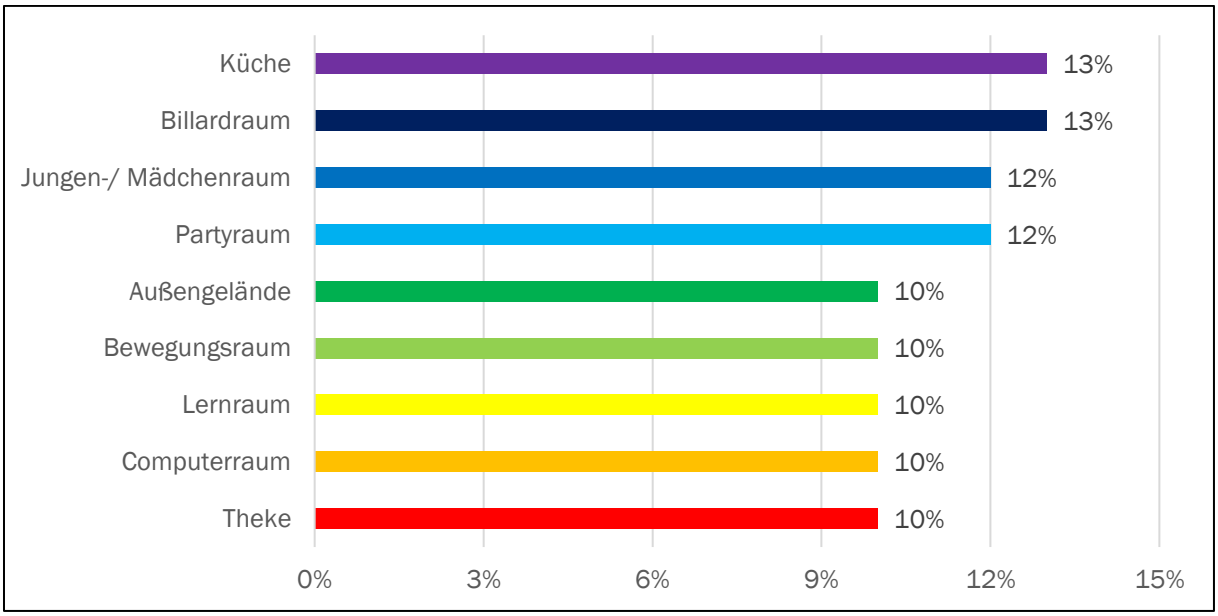
Die hier dargestellten Ergebnisse sind die Zusammenfassung der Beiträge der Umfrage.

1. Den Jugendtreff im Einkaufszentrum in Königstädten kenne ich:	
Ja:	Nein
77%	23%

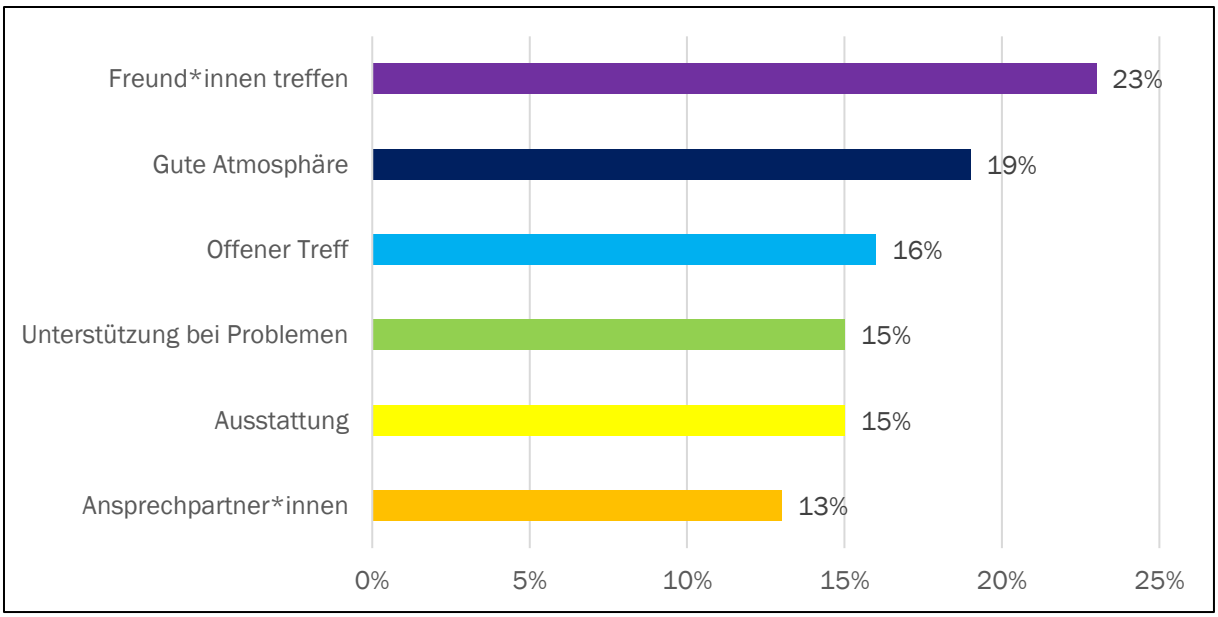
2. Den Jugendtreff im Einkaufszentrum in Königstädten besuche ich regelmäßig und/ oder nehme an Angeboten/ Aktionen teil?	
Ja:	Nein
64%	36%

3. Die aktuellen Räumlichkeiten bewerte ich mit einer Note:					
1	2	3	4	5	6
26%	29%	20%	13%	4%	7%

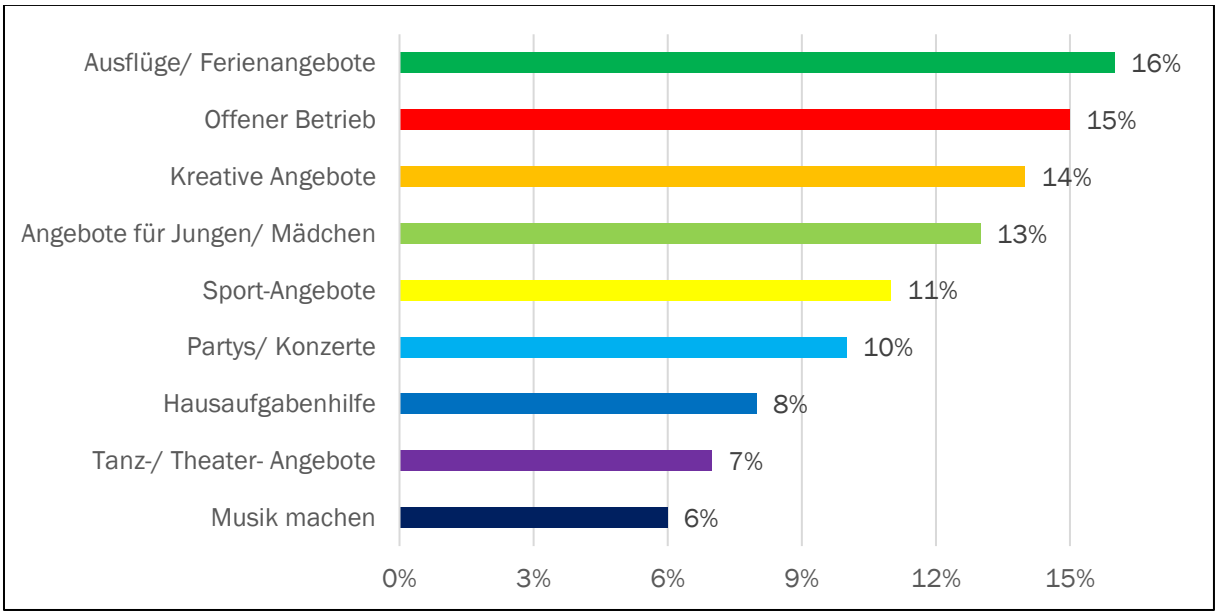
4. Stell Dir nun Deinen Wunsch-Jugendtreff vor! Was braucht Deiner Meinung nach ein Jugendtreff unbedingt?



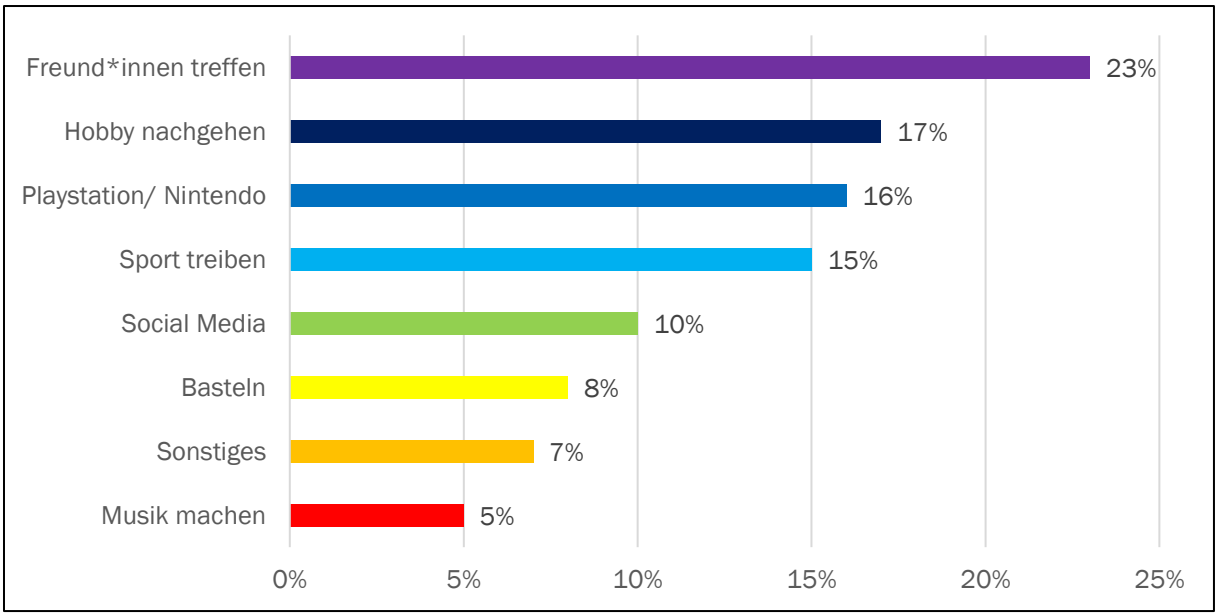
5. Was ist Dir bei einem Jugendtreff am wichtigsten?



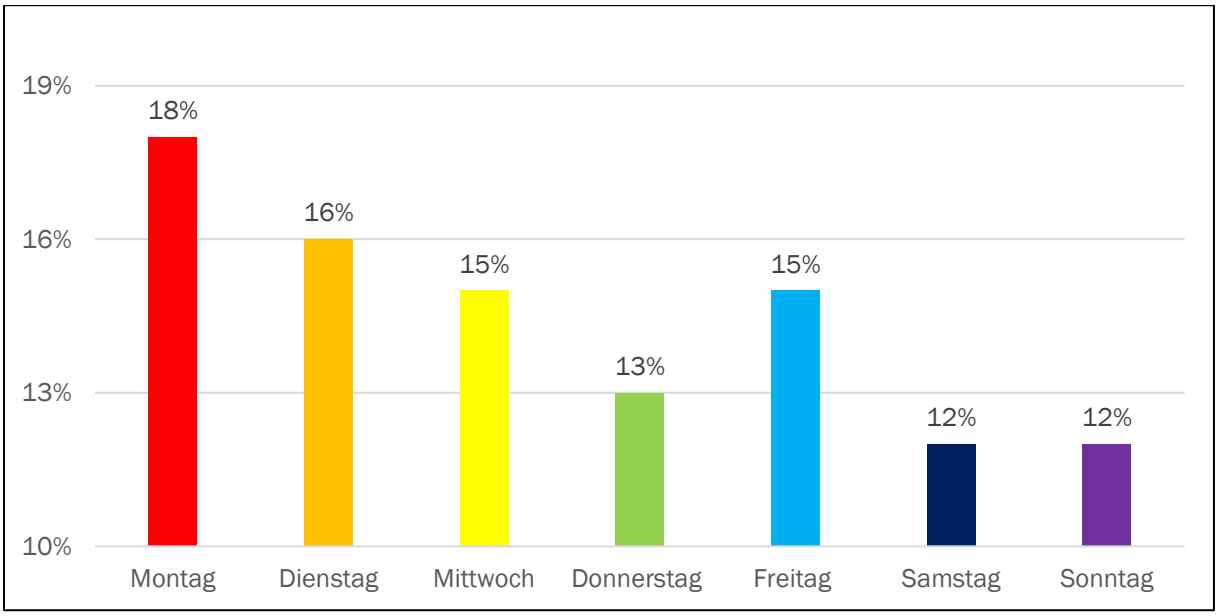
6. Welchen Freizeitangebot wünschst Du Dir in einem Jugendtreff?



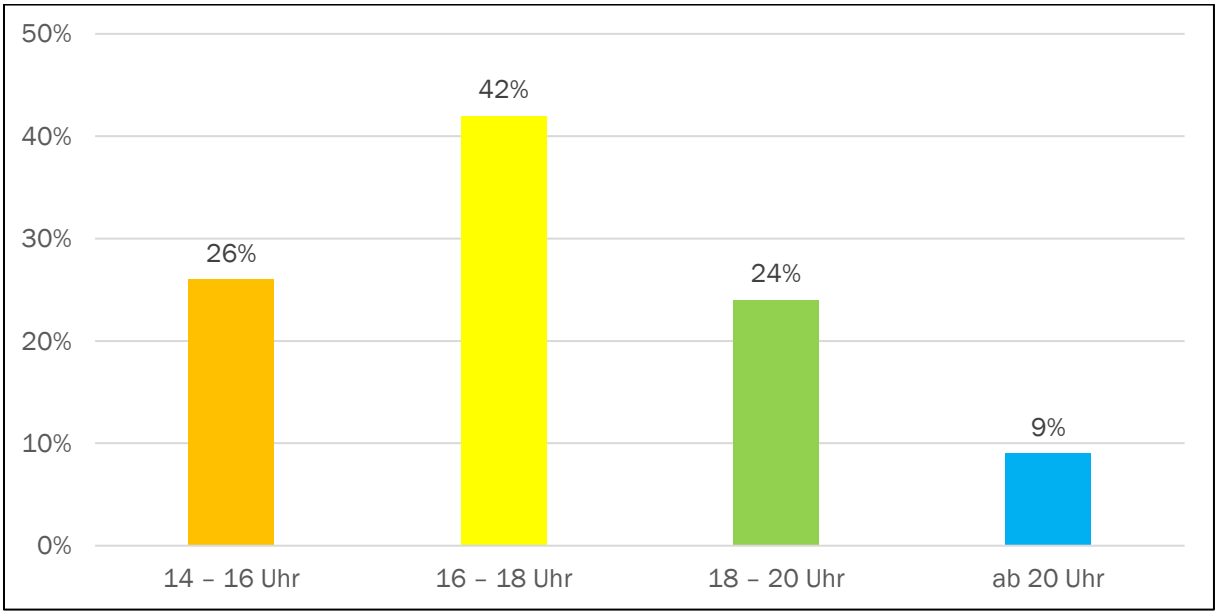
7. Wie verbringst Du am liebsten Deine Freizeit?



8. An welchen Tagen würdest Du einen Jugendtreff regelmäßig besuchen?



9. Zu welchen Uhrzeiten würdest Du einen Jugendtreff regelmäßig besuchen?



10. Ich bin...		
Mädchen	Junge	divers
43%	55%	1%

11. Ich bin...				
6 – 10 Jahre	11 – 13 Jahre	14 – 16 Jahre	16 – 18 Jahre	< 18 Jahre
16%	34%	36%	10%	4%

12. Gibt es noch etwas, was Du uns gerne mitteilen würdest?
- Ihr seid super! - Nicht auf den Friedhof der ist wichtig für Königstädten. Und hier wäre viel zu viel los! Nicht das wo er geplant ist, das wäre ein fataler Fehler - Mehr Geld von der Stadt - Ich komme hauptsächlich nur in den Ferien. - Mehr essen (2x) - Fortnite

3. Auswertung

Der Jugendtreff in Königstädten verfügt über einen hohen Bekanntheitsgrad, 64% der Befragten nimmt regelmäßig die Angebote der Einrichtung wahr. 75 % der Teilnehmenden bewerten ihre Zufriedenheit mit der aktuellen Einrichtung mit Schulnoten von 1 bis 3.

Ein Jugendtreff wird von den Kindern und Jugendlichen vor allem geschätzt als Treffpunkt, um sich mit Freund*innen zu treffen. Aber auch eine gute Atmosphäre und Ansprechpersonen bei Problemen dort vorzufinden, ist ihnen wichtig.

Bei der Ausstattung eines Wunsch-Jugendtreffs wünschen sich die Kinder und Jugendlichen vorrangig eine Küche, einen Billard- und einen Partyraum sowie Räume für Mädchen- und Jungenangebote. Allerdings lassen die Antworten der Teilnehmenden darauf schließen, dass vielfältige Räume mit unterschiedlichen Nutzungsarten gewünscht werden.

An Freizeitangeboten wünschen sie sich vorrangig Ausflüge und Ferienangebote, Offene Treffs sowie kreative Gruppenangebote.

Bei den befragten Kindern und Jugendlichen zeigt sich keine klare Präferenz hinsichtlich der Wochentage, an denen die Einrichtung geöffnet sein sollte. Allerdings zeigt sich, dass Wochenend-Öffnungszeiten eher weniger gewünscht werden. Hinsichtlich der Uhrzeiten, an denen der Jugendtreff geöffnet sein sollte, wird der Zeitraum von 16 – 18 Uhr von 42% der Befragten ausgewählt und ist damit der am stärksten gewünschte Zeitraum.

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-595/21-26	
Datum	06.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	14.05.2024	beschließend
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	04.06.2024	beschlussempfehlend
Schulkommission	05.06.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	11.06.2024	beschlussempfehlend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	12.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Sachbericht 2023 Fachstelle Jugendberufshilfe
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme zu:

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den beigefügten Sachstandsbericht 2023 der Fachstelle Jugendberufshilfe (Anlage) zur Kenntnis.

Begründung:

A. Ziel

Ziel der Fachstelle Jugendberufshilfe ist es, dass im Übergang allen jungen Menschen eine Anschlussperspektive aufgezeigt wird und niemand verloren geht (Regionales Bildungsprogramm). Die Zielgruppe besteht aus Schüler*innen der letzten Schulbesuchsjahre, Schulabgänger*innen und Teilnehmer*innen von Maßnahmen im Übergangssystem.

Hierfür ist die Schaffung und Sicherstellung von verbindlichen Strukturen für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Übergang von der Schule in den Beruf erforderlich.

B. Gesetzlicher Auftrag

Die Fachstelle Jugendberufshilfe ist eine Maßnahme nach § 13 SGB VIII:

§13 Jugendsozialarbeit

(1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

(2) Soweit die Ausbildung dieser jungen Menschen nicht durch Maßnahmen und Programme anderer Träger und Organisationen sichergestellt wird, können geeignete sozialpädagogisch begleitete Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen angeboten werden, die den Fähigkeiten und dem Entwicklungsstand dieser jungen Menschen Rechnung tragen.

(4) Die Angebote sollen mit den Maßnahmen der Schulverwaltung, der Bundesagentur für Arbeit, der Träger betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildung sowie der Träger von Beschäftigungsangeboten abgestimmt werden.

C. Hintergrund

Die Fachstelle Jugendberufshilfe ist aus der Ausbildungsinitiative der Stadt Rüsselsheim am Main hervorgegangen, die 1998 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Vom 01.01.2011 bis zum Jahresende 2022 nahm der Eigenbetrieb Kultur123 Stadt Rüsselsheim, Betriebsteil vhs die Aufgaben der Fachstelle Jugendberufshilfe und Bildungsberatung im Auftrag des Magistrats wahr.

Mit Beginn des Jahres 2023 wurde das Aufgabengebiet wieder in die städtische Verwaltung eingegliedert und im Fachbereich Bildung und Betreuung dem Bereich Ganztagsangebote/Schulsozialarbeit zugeordnet. Die verantwortliche Mitarbeiterin der vhs ist samt ihrer Stelle entsprechend gewechselt.

D. Beschlusshistorie

Die Stadtverordnetenversammlung hat zuletzt am 23.03.2023 mit der DS-363/21-26 den Sachbericht 2021/2022 der Fachstelle Jugendberufshilfe und Bildungsberatung der vhs zur Kenntnis genommen.

E. Zusammenfassung

Die Fachstelle hat sich seit ihrer Gründung vor 26 Jahren zu einer dauerhaften und nachhaltig tätigen Institution im Übergang Schule – Beruf entwickelt und ist Kooperationspartnerin für Schulen, Organisationen, politische Gremien, Multiplikator*innen und Ratsuchende.

Die Fachstelle hat einen festen Platz im Rahmen der regionalen Angebotsstruktur im Übergang Schule – Beruf und vertritt die Stadt auf örtlicher und regionaler Ebene bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach § 13 SGB VIII.

Durch die Abstimmung mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren im Kreis Groß-Gerau im Rahmen der landesweiten OloV Strategie (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule – Beruf) können aktuelle Entwicklungen rechtzeitig erkannt und berücksichtigt werden. Damit ist sichergestellt, dass frühzeitig auf Veränderungen reagiert und Doppelstrukturen vermieden werden können.

Im Berichtsjahr profitierten 593 Jugendliche und junge Erwachsene von den unterschiedlichen Maßnahmen der Fachstelle. Zu diesen Maßnahmen zählten:

- Tendenzsitzung
- Übergabekonferenz
- Kompetenzfeststellungsverfahren
- individuelle Einzelfallberatung für Schüler*innen der Intensivklassen
- Monitoring und Bildung in Groß-Gerau (MuBiGG-Clearing)
- Beratung

Mit der Eingliederung der Fachstelle in die städtische Verwaltung konnte trotz steigender Kosten der Zuschussbedarf um 36.023,18 € reduziert werden. Darüber hinaus konnte durch die Integration der Fachstelle in die städtische Verwaltung die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit an der Schnittstelle im Übergang Schule – Beruf intensiviert werden.

F. Ausblick

Um sicherzustellen, dass auch in den kommenden Jahren das Ziel „niemand verlässt die Schule ohne Anschlussperspektive“ erreicht wird, ist es erforderlich, auf gesellschaftliche Veränderungen und Bedarfe durch entsprechende Anpassung des Maßnahmenportfolios zu reagieren.

Hierzu zählen die Weiterentwicklung des Konzepts der Berufswegplanung auf Grundlage der Veränderungen im Bildungssystem sowie die Anpassung an die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie zum Beispiel die Integration von jugendlichen Neuzugewanderten in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Die Verankerung der Inklusion als Leitgedanke der Kinder und Jugendhilfe im SGB VIII ist im Hinblick auf die Fachstelle Jugendberufshilfe zu überprüfen und in der Entwicklung der Aufgaben zu berücksichtigen.

G. Kosten

Im Haushaltsjahr 2023 wurden für das Aufgabengebiet Jugendberufshilfe unter der Kosten-stelle 030729330 Sachmittel in Höhe von 21.690 € zur Verfügung gestellt. Hinzu kamen jährliche Personalkosten für 1 Stelle E.-Gr. S15 in Höhe von rund 82.700 € (Basis Tarif 2023) und ein Zuschuss in Höhe von 15.000 € für die Beratungsstelle Ausbildung und Arbeit (Kultur123, vhs).

Im Jahr 2022 wurden im Haushalt für die Übernahme der Aufgaben der Fachstelle Jugendberufshilfe durch den Eigenbetrieb Kultur123 unter der Kostenstelle 7299400 Mittel in Höhe von 155.420 € zur Verfügung gestellt. Der Betrag beinhaltete Personal-, Sach- und Verwaltungskosten.

Durch die Wiedereingliederung der Aufgaben in die Kernverwaltung konnten somit trotz Personalkostensteigerung rund 36.000 Euro eingespart werden.

Rüsselsheim am Main, 14.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Sachbericht 2023

Fachstelle Jugendberufshilfe

Inhalt

1.	**Einführung**	3
2.	**Grundlagen** Gesetzlicher Auftrag Ziel und Aufgaben Finanzen Personal	3
3.	**Inhaltliche Schwerpunkte**	4
3.1.	**Berufswegplanung** AG Einzelschule/AG Berufswegplanung Tendenzsitzungen Übergangskonferenz (früher Verteilerkonferenz)	
3.2.	**Kommunale Schwerpunkte** Schulwegweiser AG Praktiker*innen Rechtskreisübergreifende Einzelfallberatung	4
3.3.	**Gremien** Beratung und Vertretung Stadt Rüsselsheim im Kontext OloV	5
3.4	**Kompetenzfeststellungsverfahren**	5
4.	**Netzwerkarbeit**	6
5.	**Zahlen/Statistiken im Übergang Schule - Beruf** Monitoring und Bildung im Kreis Groß-Gerau (MuBiGG)	6
6.	**Ausblick**	9

1. Einführung

Hervorgegangen ist die Fachstelle Jugendberufshilfe aus der Ausbildungsinitiative der Stadt Rüsselsheim am Main, die 1998 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden war.

Seit 01.01.2023 werden die Aufgaben der Fachstelle in städtischer Verantwortung umgesetzt. Die Fachstelle ist im Fachbereich Bildung und Betreuung, Bereich Ganztagsangebote und Schulsozialarbeit verortet.

2. Grundlagen

Gesetzlicher Auftrag

Die Fachstelle ist eine Maßnahme nach § 13 SGB VIII und somit gesetzliche Pflichtaufgabe für die Stadt Rüsselsheim als öffentlicher Träger der Jugendhilfe.

(1) Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.

Ziel und Aufgaben

Ziel der Fachstelle ist die Schaffung von Strukturen für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, unabhängig davon, ob sie noch die allgemeinbildende Schule besuchen, ihren Schulabschluss bereits absolviert haben und/oder im Übergangssystem (Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote zur Berufswegplanung) betreut werden.

Dabei soll sichergestellt werden, dass im Übergang von der Schule ins Berufsleben allen jungen Menschen eine Anschlussperspektive aufgezeigt wird. Die Aufgabe ist zudem Teil des regionalen Bildungsprogrammes und der hessenweiten Strategie zur Optimierung lokaler Vermittlungsbemühungen (OloV).

Im Sinne des SGB VIII § 13 (4) nimmt die Fachstelle koordinierende Aufgaben zwischen den Institutionen im Rechtskreis von SGB II (Jobcenter), SGB III (Agentur für Arbeit) und SGB VIII (Jugendsozialarbeit) wahr und unterstützt die Schulen bei der OloV-Strategie. Daneben bildet die individuelle Beratung junger Menschen, ihrer Eltern und von Multiplikator*innen einen besonderen Schwerpunkt.

Finanzen

Für die Erfüllung des Aufgabenspektrums der Fachstelle wurden im Haushaltsjahr 2024 unter der Kostenstelle 030729330 Sachmittel in Höhe von 21.690 € angemeldet. Die Personalkosten für eine Vollzeitstelle E.-Gr. S15 betragen 86.094,43 € (Basis Tarif 2024). Der Zuschuss für die Beratungsstelle Ausbildung und Arbeit der vhs beträgt 15.000 € pro Jahr.

Personal

Zum Stichtag 31.12.2023 bestand die Fachstelle aus einer Mitarbeiterin in Vollzeit.

3. Inhaltliche Schwerpunkte

3.1 Berufswegplanung

Folgende Bausteine der Berufswegplanung wurden umgesetzt:

AG Einzelschule / AG Berufswegplanung

Diese findet jährlich an allen Gesamtschulen in Trägerschaft der Stadt Rüsselsheim zu Beginn des Schuljahres statt. Mit allen aktiven Akteur*innen der Berufsorientierung wird das Schuljahr geplant und gestaltet.

Tendenzsitzungen

Im Rahmen des Übergangsmangements finden im Frühjahr an allen Gesamtschulen in Trägerschaft der Stadt Rüsselsheim, die sogenannten Tendenzsitzungen statt. In dieser besprechen verschiedene Akteur*innen die Situation aller Schulabgänger*innen, deren Perspektive nach Beendigung der derzeitigen Schullaufbahn noch unklar/ungeklärt ist. Zu diesen Akteur*innen zählen die Schulleitung, Berufsberatung der Agentur für Arbeit, Klassenleitung, Mitarbeiterin der Fachstelle und die Schulkoordination Berufsorientierung sowie optional die Stufenleitung.
Im Frühjahr 2023 fanden an den drei Rüsselsheimer Schulen Tendenzsitzungen für insgesamt 260 Schüler*innen statt.

Übergangskonferenz (früher: Verteilerkonferenz)

Die Übergangskonferenz zu den Bildungsgängen zur Berufsvorbereitung gem § 4 Ber-VorbAPrV finden jährlich an der Werner-Heisenberg Schule statt. In der Übergabekonferenz wird die Situation aller Schüler*innen besprochen, die sich für den Bildungsgang zur Berufsvorbereitung (BzB), die zweijährige Berufsfachschule (2-jährige BFS) und Berufsfachschule Übergang Ausbildung (BÜA) selbstständig angemeldet oder denen im Rahmen der Tendenzgespräche eine dieser Schulformen empfohlen wurde. Dabei wird BÜA aktuell nur an den Beruflichen Schulen in Groß-Gerau angeboten. Ab dem Schuljahr 2024/2025 wird diese Schulform auch an der Werner-Heisenberg-Schule eingeführt werden und das BzB sowie die 2-jährige BFS ersetzen beziehungsweise zusammenführen.

Ziel der Übergabekonferenz ist es, für jede*n dieser Schüler*innen eine Schullaufbahnempfehlung basierend auf diesen drei Schulformen festzulegen. Im Frühjahr 2023 fanden Übergabekonferenztermine für 57 Schüler*innen statt.

3.2. Kommunale Schwerpunkte

Schulwegweiser

Der Schulwegweiser informiert Eltern und Schüler*innen der vierten Klassen über die vielfältigen schulischen Angebote in der Stadt.

Die Printversion in deutscher Sprache wurde in der neusten Auflage durch Übersetzung in acht Sprachen ergänzt. Die Download-Versionen in diesen und der deutschen Sprache stehen auf der Homepage der Stadt Rüsselsheim kostenlos zur Verfügung. Die kostenfreie Printversion des Schulwegweiser wird an allen Grundschulen der Stadt Rüsselsheim am Main ausgegeben und kann bei der Fachstelle bestellt werden.

AG Praktiker*innen

Die AG Praktiker*innen ist das Austauschgremium der pädagogischen Fachkräfte regionaler Bildungsträger im Übergang Schule - Beruf, der Stadt Rüsselsheim am Main und des Kreises Groß-Gerau. Ziel ist

es, sich über die aktuelle Situation in den Maßnahmen/Projekten/Angeboten auszutauschen und einen Überblick über die Unterstützungsangebote in der Region zu erhalten.
Thema der Veranstaltung war in diesem Jahr „Stärkung der psychischen Gesundheit bei Jugendlichen“. Der Fachvortrag sowie die themenbezogenen Workshops stießen bei den Teilnehmenden auf großes Interesse. Die Fortführung der AG Praktiker*innen ist gewünscht und in Planung.

Rechtskreisübergreifende Einzelfallberatung

Die rechtskreisübergreifende Einzelfallberatung ist ein Angebot der vhs für Jugendliche am Ende/nach Beendigung ihrer individuellen Schulzeit. Gefördert werden junge Menschen, die ohne Unterstützung den Weg in Ausbildung und Beruf nicht finden. Sie erhalten durch einen integrierten Ansatz mittels intensiver Einzelfallberatung aktive Unterstützung bei der Entwicklung persönlicher und beruflicher Perspektiven und bei der Beseitigung von Hürden zur Heranführung und Eingliederung in das Ausbildungs- und Arbeitsleben.

Die Stadt Rüsselsheim am Main ist anteilig an der Finanzierung beteiligt (8 Wochenstunden/Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene mit Wohnsitz in Rüsselsheim).

3.3. Gremien

Beratung und Vertretung Stadt Rüsselsheim im Kontext OloV

Ziel der OloV-Strategie ist es, die Qualität der Prozesse im Übergang Schule - Beruf zu sichern und Parallelstrukturen zu vermeiden, so dass Jugendliche den Einstieg in ihre berufliche Zukunft gut bewältigen – ohne unnötige Umwege, Abbrüche und Warteschleifen. Auf Landesebene kooperieren alle Institutionen, die für die Gestaltung des Übergangs Schule - Beruf verantwortlich sind.
Die Einbindung der Fachstelle ist in der regionalen OloV-Strategie abgebildet. Die Fachstelle hat im Berichtszeitraum an den Treffen der kleinen OloV-Steuerungsgruppe und der jährlich stattfindenden großen OloV Steuerrunde teilgenommen.

Die Fachstelle Jugendberufshilfe nimmt darüberhinaus an der Dienstversammlungen der Schulkoordinator*innen (SchuKo) Berufliche Orientierung SEK I und SEK II und den Jahresgesprächen zur Berufsorientierung teil.

3.4 Kompetenzfeststellungsverfahren

Hamet (Handwerklich-motorischer Eignungstest)
Im Rahmen der regionalen OloV-Strategie werden Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen und die Regelschulen mit inkusiver Beschulung bei der Durchführung ergänzender handlungsorientierter Kompetenzfeststellungsverfahren für diese Schüler*innen unterstützt.
Im Berichtszeitraum nahmen im Rahmen einer Gemeinschaftstestung an den Gesamtschulen der Stadt Rüsselsheim am Main 21 Schüler*innen an diesem Kompetenzfeststellungsverfahren teil. An derBorngrabenschule haben 15 Schüler*innen das Testverfahren durchlaufen.

KomPo7 (Kompetenzen entdecken, Potentiale nutzen - Berufswahl gestalten)
Das Kompetenzfeststellungsverfahren „Kompo7“ wurde mit Unterstützung von Auszubildenden der Stadt Rüsselsheim am Main, Kultur123 und von Betrieben in mehreren Terminen an der Alexander-von-Humboldt-Schule durchgeführt. Die Auszubildenden wurden von Schüler*innen der siebten Klassen im Rahmen des Bausteins „Jobinterview“ zu ihren jeweiligen Ausbildungsinhalten und Rahmenbedingungen befragt. Die Fachstelle koordinierte dabei gemeinsam mit der zuständigen Lehrkraft der Schule den Einsatz der Auszubildenden.

4. Netzwerkarbeit

Bei der Umsetzung der Aufgaben der Fachstelle ist die Netzwerkarbeit ein zentrales Instrument. Im Berichtszeitraum arbeitete die Fachstelle schwerpunktmäßig mit den Schulen (Schulleitung, BO-Koordinator*innen), der Agentur für Arbeit (Berufsberatung / Rehaberatung), dem Staatlichen Schulamt sowie den Mitgliedern der kleinen und großen OloV-Steuerrunde zusammen.
Des weiteren wurde an folgenden thematischen Sitzungen teilgenommen:

- AG Übergang Schule-Beruf Zugewanderte:
  Ziel des im Jahr 2015 gegründeten Gremiums ist es, Bedarfe zu eruieren, Problemlagen entgegen zu wirken, die Anschlussperspektiven von Schüler*innen aus InteA (Integration durch Anschluss und Abschluss) und Sprachintensivklassen zu besprechen und sich auszutauschen.
- Thematische Projektgruppe BO Inklusion:
  Ziel der Projektgruppe ist sich auszutauschen, Problemlagen und Lösungsmöglichkeiten zu besprechen und Bedarfe festzustellen.
- „Runder Tisch" für regionale Unternehmen – „Strahlemann Talent Company":
  Im November 2021 wurde an der Sophie-Opel-Schule die Talent Company – ein Fachraum für Berufsorientierung eingerichtet. Ergänzend hierzu wurde ein runder Tisch für die Unternehmen eingerichtet, in dem diese sich über moderne Nachwuchsförderung, Berufsorientierung und Gewinnung von Auszubildenden austauschen können.

5. Zahlen/Statistiken im Übergang Schule - Beruf

Monitoring und Bildung im Kreis Groß-Gerau (MuBiGG)

Die MuBiGG ist eine Datenbank, in der Daten aller Schulabgänger*innen der SEK I im Kreis Groß-Gerau eingespeist werden. Neben den Stammdaten finden sich in der MuBiGG Informationen zum voraussichtlichen und tatsächlich erreichten Schulabschluss oder zu geplantem Bildungsweg und tatsächlich vollzogenem Bildungsweg.

In der MuBiGG waren im Schuljahr 2022/2023 536 Schulabgänger*innen, im Schuljahr 2021/2022 541 Schulabgänger*innen und im Schuljahr 2020/2021 550 Schulabgänger*innen erfasst. Hierbei handelt es sich um keine amtliche Statistik, sondern eine eigene Erhebung. Diese basiert auf den Daten aus der LUSD (Lehrer- und Schülerdatenbank), die nach der Öffnung der MuBiGG im Frühjahr dort eingespeist werden. Im Verlaufe des Jahres werden die Daten durch die Schulen ergänzt und bis zur Schließung der MuBiGG Ende des Jahres aktualisiert.

Die in Tabelle 1 dargestellten „erreichte Abschlüsse" zeigen die Auswirkungen der Corona-Pandemie (z. Bsp. Distanzunterricht, Wechselunterricht, Einschränkungen im Unterrichtsbetrieb, etc.). Erkennbar wird dies an der Zahl der Schüler*innen, die ohne Abschluss oder mit einem Berufsorientierten Abschluss die Schule beendet haben.

In Tabelle 2 „Anschlüsse der Schulabgänger*innen zeigen sich zwei Entwicklungen der vergangenen drei Jahren:

- Die Zahl der Schüler*innen, die sich für eine betriebliche oder schulische Ausbildung nach der Schule entschieden haben, hat zugenommen.
- Die Zahl der Schüler*innen, die sich nach der 10. Klasse für einen Wechsel auf die gymnasiale Oberstufen entschieden haben, hat abgenommen. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Schüler*innenzahl am beruflichen Gymnasium zu verzeichnen.

Tabelle 1:

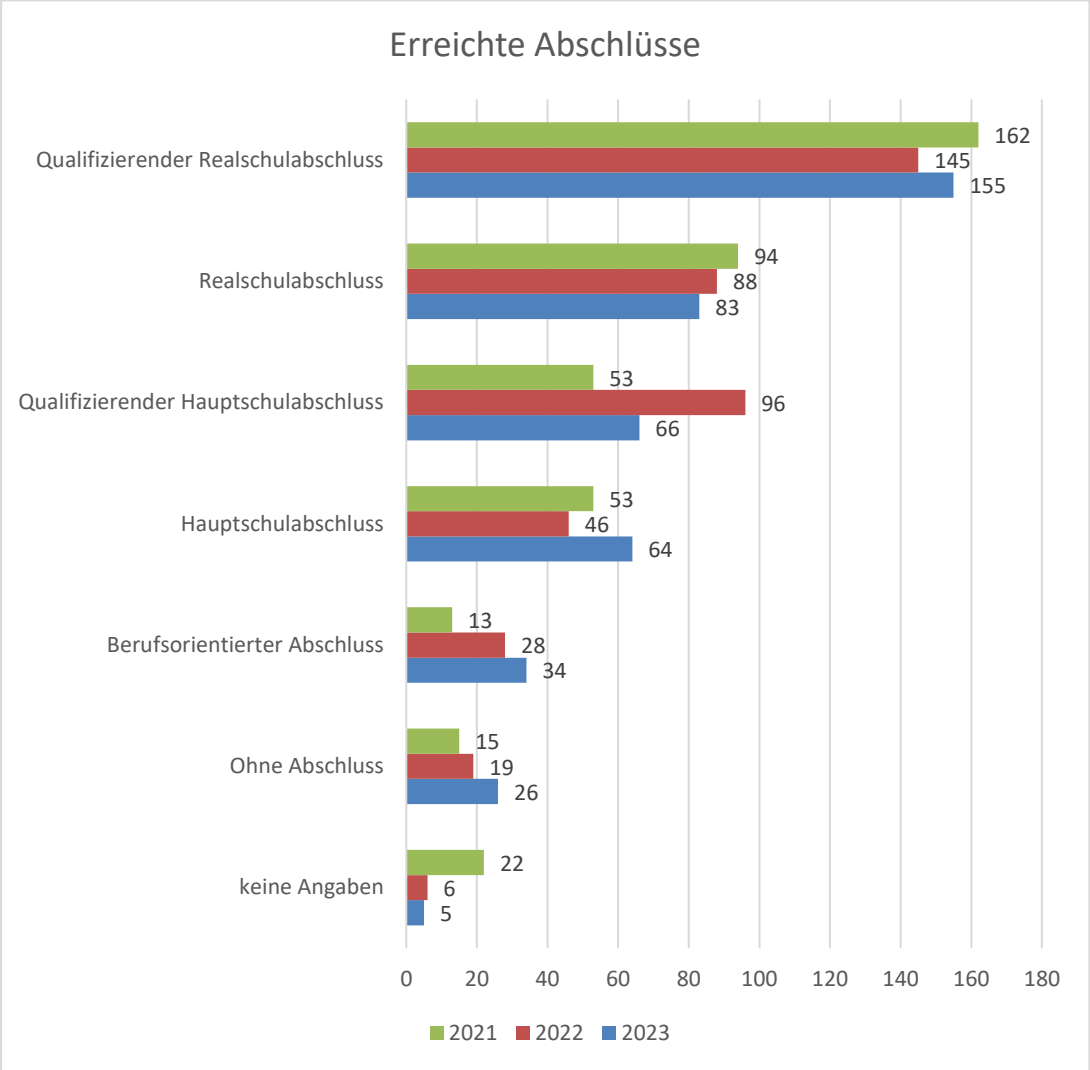
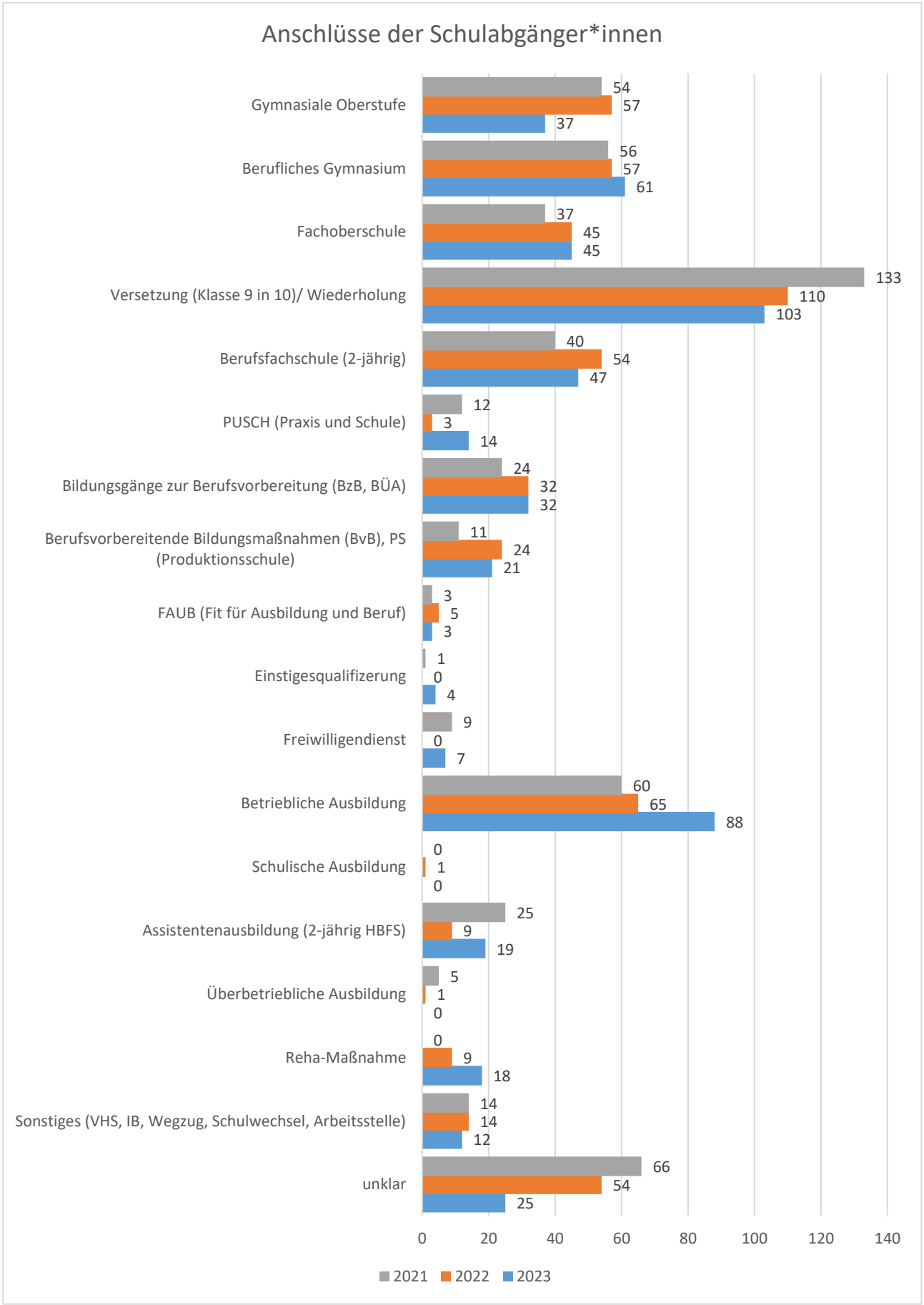

Erreichte Abschlüsse
Qualifizierender Realschulabschluss
162
145
155
Realschulabschluss
94
88
83
Qualifizierender Hauptschulabschluss
53
96
66
Hauptschulabschluss
53
46
64
Berufsorientierter Abschluss
13
28
34
Ohne Abschluss
15
19
26
keine Angaben
22
6
5
0
20
40
60
80
100
120
140
160
180
2021
2022
2023

Tabelle 2:


Anschlüsse der Schulabgänger*innen
Gymnasiale Oberstufe
54
57
37
Berufliches Gymnasium
56
57
61
Fachoberschule
37
45
45
Versetzung (Klasse 9 in 10)/ Wiederholung
133
110
103
Berufsfachschule (2-jährig)
40
54
47
PUSCH (Praxis und Schule)
12
3
14
Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung (BzB, BÜA)
24
32
32
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB), PS (Produktionsschule)
11
24
21
FAUB (Fit für Ausbildung und Beruf)
3
5
3
Einstigesqualifizerung
1
0
4
Freiwilligendienst
9
0
7
Betriebliche Ausbildung
60
65
88
Schulische Ausbildung
0
1
0
Assistentenausbildung (2-jährig HBFS)
25
9
19
Überbetriebliche Ausbildung
5
1
0
Reha-Maßnahme
0
9
18
Sonstiges (VHS, IB, Wegzug, Schulwechsel, Arbeitsstelle)
14
14
12
unklar
66
54
25
0
20
40
60
80
100
120
140
2021
2022
2023

6. Ausblick

Im Zuge der Veränderungen im Bildungssystem und der gesellschaftlichen Herausforderungen muss das Konzept der Berufswegplanung weiter entwickelt und auf die aktuellen Herausforderungen wie zum Beispiel die Integration von jugendlichen Neuzugewanderten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt angepasst werden. Damit soll sichergestellt werden, dass auch in den kommenden Jahren das Ziel „niemand verlässt die Schule ohne Anschlussperspektive“ erreicht wird.

Die bisher erfolgte Ein- und Anpassung der Strukturen und Bausteine der Berufswegplanung sowie Aufgaben der Fachstelle Jugendberufshilfe in die kommunalen Strukturen der Stadtverwaltung wird fortgesetzt. Hierzu zählt im Besonderen die Zusammenarbeit der Fachstelle mit der Schulsozialarbeit an der Schnittstelle im Übergang Schule – Beruf.

Der bestehende Kontakt und Austausch mit den Gymnasien soll erweitert werden. Angedacht ist, das Modell der Berufswegplanung, das bisher ausschließlich an den SEK I-Schulen umgesetzt wird, auf die Gymnasien anzupassen und dort zu implementieren.

Die Verankerung der Inklusion als Leitgedanke der Kinder und Jugendhilfe im SGB VIII ist im Hinblick auf die Fachstelle Jugendberufshilfe zu überprüfen und in der Entwicklung der Aufgaben zu berücksichtigen.

Derzeit ist die Fachstelle sowohl auf operativer Ebene, wie zum Beispiel durch das Kompetenzfeststellungsverfahren Hamet3 oder der Zusammenarbeit mit der Borngrabenschule, als auch auch auf strategischer Ebene (Thematische Projektgruppe BO-Inklusion) im Bereich Inklusion und Integration tätig. Diese bestehende vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteur*innen in diesem Bereich wird weiter fortgesetzt.

Die Fachstelle ist mit 15.000 € jährlich anteilig an der Finanzierung einer rechtskreisfreien und niedrigschwelligen Einzelfallberatung der vhs beteiligt. Dieser Betrag soll auch zukünftig zur Verfügung gestellt werden, um die Beratung von institutionell unversorgten Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu gewährleisten.

Regionale Strategie

zum Übergang Schule-Beruf

für den Kreis Groß-Gerau

Laufzeit

2021-2024



Der Kreis Groß-Gerau beteiligt sich seit 2008 an der hessischen Strategie OloV (Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule-Beruf).

Die regionale Strategie ist der „Masterplan" für die Gestaltung des Übergangs Schule – Beruf im Kreis Groß-Gerau.

Die Regionale Koordination OloV ist beim Kreis Groß-Gerau im FB Bildung und Schule, im FD Jugendberufshilfe, Qualifizierung und Beschäftigung angesiedelt. (AQ1)

Die kleine OloV-Steuergruppe (bestehend aus einer Vertreterin der Stadt Rüsselsheim a. Main, der Stadt Kelsterbach und dem Kreis Groß-Gerau, der Teamleitung U25 der Agentur für Arbeit und den beiden Ansprechpersonen BO des staatlichen Schulamtes) trifft sich mehrmals im Jahr und erarbeitet die regionale Strategie und behalten die Umsetzung der vereinbarten Ziele und Umsetzungsschritte im Auge. (AQ3)

In der großen OloV-Steuerrunde werden einmal im Jahr mit allen zentralen Akteur*innen (Kommunales Jobcenter, Kreishandwerkerschaft, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer, dem staatlichen Schulamt und den Schulleitungen der Beruflichen Schulen) und den Mitglieder*innen der kleinen OloV-Steuergruppe, der regionale Ausbildungsmarkt in den Blick genommen und sich über die Aktivitäten aller Institutionen zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf ausgetauscht. Der Stand der Umsetzung der regionalen Strategie wird in dem großen Gremium besprochen, mögliche Anpassungen werden dort vorgenommen und gemeinsam abgestimmt. (AQ3)

2016 wurde von den Netzwerkpartner*innen **die erste regionale Strategie** verabschiedet. Bereits 2019 wurde mit der Aktualisierung der neuen Strategie begonnen, diese konnte jedoch aufgrund der Corona-Pandemie nicht wie geplant im Jahr 2020 verabschiedet werden.

Der Landrat, die Bürgermeister der beiden Schulträger Rüsselsheim a. Main und Kelsterbach, die Leitung des Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Groß-Gerau und den Main-Taunus-Kreis sowie die Geschäftsführungen der Ausbildungsmarktinstitutionen unterzeichnen die regionale Strategie und geben so den regionalen OloV-Akteur*innen politischen Rückhalt und Handlungssicherheit.

Im Folgenden ist die Regionale OloV-Strategie mit operationalisierten Zielen für die Jahre 2021-2024 für den Kreis Groß-Gerau definiert.

Oberziel 1 - Auf der strukturellen Ebene arbeiten alle Akteure im Übergang Schule/Beruf in verschiedenen Arbeits- und Steuerungsgremien vernetzt zusammen.

Die Abstimmung der regionalen Angebote und Maßnahmen im Übergang Schule/Beruf erfolgt zwischen den Rechtskreisen SGB II, SGB III, SGB VIII (Schul- und Jugendhilfeträger) und dem Staatlichen Schulamt.

Qualitätsstandards (vom Land Hessen definiert)	Teilziele und Umsetzungsschritte	Indikatoren zur Zielerreichung	Verantwortliche (siehe OloV-Gremienübersicht)
AQ1 Regionale Koordination OloV **AQ2 Ansprechpersonen Berufliche Orientierung bei den staatlichen Schulämtern** **BO1 Schulkoordinationen Berufliche Orientierung an jeder Schule** **AQ3 Steuerungsgruppen-treffen der regionalen Akteure** **MV10 Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit** **MV 3 Transparenz der Angebote**	Netzwerkgremien mit allen Partner*innen sind verbindlich etabliert. Jede Institution entsendet eine Ansprechperson in die entsprechenden Gremien. Die Akteurinnen und Akteure arbeiten sowohl auf strategischer und operativer Ebene abgestimmt und vernetzt. Angebote zur Beruflichen Orientierung in Schule und zur Berufsvorbereitung nach Ende der Schule sind zwischen den unterschiedlichen Akteuren verbindlich abgestimmt, Doppelstrukturen werden vermieden.	Der Kreis Groß-Gerau als größter Schulträger in der Region hat die Regionale Koordination des OloV-Netzwerks übernommen und stellt die Kooperation und Kommunikation aller Akteure auf im Übergang Schule/Beruf sicher. Gemeinsam mit den Ansprechpersonen BO beim Staatlichen Schulamt finden regelmäßige Dienstversammlungen mit den Schulkoordinationen BO statt. In einer Broschüre sind alle außerschulischen Angebote im Übergang Schule/Beruf zusammengestellt, diese wird jährlich aktualisiert und steht allen Netzwerkpartnern als Download zur Verfügung.	Kreis Groß-Gerau (SGB VIII, FB Bildung und Schule) Kommunales Jobcenter (SGB II, FB Arbeitsmarkt & Integration, U25) Agentur für Arbeit (SGB III, Berufsberatung) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II) Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie u. Integration) Staatliches Schulamt (Schulfachliche Aufsicht und Ansprechpersonen BO)

Oberziel 2 - Präventiver Handlungsansatz zum Prozess Berufliche Orientierung

Alle Schulen der Sekundarstufe und die Vollzeitschulformen der Beruflichen Schulen gewährleisten in der Region qualitativ gute praxisnahe Berufliche Orientierung. Grundlage ist die geltende Verordnung zur Beruflichen Orientierung (VOBO).

Flächendeckende Angebote zur Berufswegplanung an allen Schulen der Sekundarstufe I, den Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen sowie den beiden beruflichen Schulen sind etabliert.

Die kleine OloV-Steuergruppe flankiert diesen Prozess. Die beteiligten Institutionen unterstützen die Schulen bei der Umsetzung aus Ihrer jeweiligen Fachlichkeit heraus, sowohl inhaltlich als auch mit zusätzlichen Ressourcen.

	Teilziele und Umsetzungsschritte	**Indikatoren zur Zielerreichung**	**Verantwortliche (siehe OloV-Gremienübersicht)**
	Die Umsetzung der kreisweit abgestimmten strukturierten Berufswegplanung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Konzept Lebensbegleitende Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit an allen Schulen der Sekundarstufe I sowie den Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Die Umsetzung der Unterstützungsangebote zur Beruflichen Orientierung, die durch das kreisweit abgestimmte Konzept der strukturierten Berufsweg-planung etabliert sind, werden gemeinsam mit den Akteur*innen an den Schulen abgestimmt. Bestandteile sind:	Probleme im Übergang von der Schule in den Beruf werden frühzeitig erkannt und in der Regelstruktur bearbeitet. Ressourcen werden in den Regelsystemen durch die Angebote der Berufswegplanung bereitgestellt. Standards zur Berufswegplanung sind vereinbart und werden auf struktureller und operativer Ebene regelmäßig evaluiert.	Schulen (Schulleitungen, Schulkoordination BO) Staatliches Schulamt für den Kreis GG/MTK (Schulfachliche Aufsicht und Ansprechpersonen BO) Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II) Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie u. Integration) Agentur für Arbeit, (Team Berufsberatung)

	• AG Berufswegplanung Einzelschule • Jahresraster mit allen Terminen zur operativen Umsetzung des BO-Curriculums • Übergangsmanagement mit Tendenzsitzungen • Ergänzende Bausteine zur BO Den Schulen werden Informationsangebote zu den Übergängen in berufliche Bildung unterbreitet (z.B. Informationen zum regionalen Ausbildungsmarkt).	Die operativen Angebote der Berufswegplanung werden zu Beginn des Schuljahres im Rahmen der AG Berufswegplanung in jeder Einzelschule abgestimmt. Durch das Regionale Übergangsmanagement mit der Monitoringdatenbank MuBiGG werden Platzbedarfe nachgesteuert und Jugendliche ohne Perspektiven erhalten ein frühzeitiges individuelles Hilfsangebot durch die Angebote der Berufswegplanung.	**Beteiligte** Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule, Team Berufswegplanung, Team Schulsozialarbeit) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II, Fachstelle Jugendberufshilfe) Stadt Kelsterbach (FBL Schule, Soziales, Familie und Integration und Fachstelle Berufsorientierung) Kommunen (kommunale Jugendförderungen) Ehrenamt (SABA-Nauheim, ...) Unterstützung durch Kammern, Projektbüro Berufliche Orientierung
Qualitätsstandards (vom Land Hessen definiert) **BO2 Fächerübergreifende Curriculum für die Berufliche Orientierung**	**Teilziele und Umsetzungsschritte** In allen Schulen sind fächerübergreifende Curricula erarbeitet, die evaluiert und kontinuierlich angepasst werden. In allen Integrierten und Kooperativen Gesamtschulen, sowie den Haupt- und Realschulen im Kreis wurde ein BO-Curriculum erarbeitet, das Curriculum ist um spezifische Angebote für die	**Indikatoren zur Zielerreichung** Mit allen Schulen werden in der Regel alle zwei Jahre Reflexionsgespräche geführt. In diesem Rahmen wird die Aktualität des fächerübergreifenden Curriculums überprüft und Anregungen gegeben sowie Unterstützung bei	**Verantwortliche** Schulen (Schulleitungen, Schulkoordinationen BO) **Beteiligte** Staatliches Schulamt (Schulfachliche Aufsicht und Ansprechpersonen BO) Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II)

	Zielgruppen Schüler*innen in der inklusiven Beschulung und Schüler*innen in den Intensivklassen ergänzt. Übergeordnete Projektgruppen erarbeiten Handlungsempfehlungen zur Umsetzung verschiedener Angebote auch im Schulverbund. Die Schulen können verlässlich auf Angebote der Netzwerkpartner zur Umsetzung der Curricula zurückgreifen, wie z.B. Zukunftswerkstätten, Ausbildungsgsbotschafter u.a.	Überarbeitungsbedarf angeboten. Diese wird durch die Ansprechpersonen BO des HKM initiiert und durch die Olov – Steuergruppe fachlich begleitet.	Stadt Kelsterbach FBL Schule, Soziales, Familie und Integration und Fachstelle Berufsorientierung) Agentur für Arbeit, (Team Berufsberatung) Kommunen (kommunale Jugendförderungen) Ehrenamt (SABA-Nauheim, ...) Unterstützung durch Kammern
Lebensbegleitende Berufsberatung (LBB) **Vereinbarung zwischen dem Land Hessen und der Regionaldirektion Hessen der BA über die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung in der BO**	**Teilziele und Umsetzungsschritte** Die Agentur für Arbeit bietet regelhaft mit der Lebensbegleitenden Berufsberatung, eine frühere und intensivere Berufsorientierung ab Jahrgang 7 an. Dabei werden die vielfältigen Berufs- und Bildungswege frühzeitig aufgezeigt. Die Nutzung neuer Medien, sowie handlungsorientierter und interaktiver Methoden ermöglichen eine interaktivere Vorgehensweise im Klassenverband.	**Indikatoren zur Zielerreichung** Das Angebot der LBB ist etabliert und in für Schüler der Sekundarstufen I und II an allgemeinbildenden Schulen. Laufend und perspektivisch ebenso das Angebot für weiterführende berufliche Schulen. Inhalte sind: • Berufsorientierende Veranstaltungen	**Verantwortliche** Staatliches Schulamt (Schulfachliche Aufsicht und Ansprechpersonen BO) Schulen (Schulleitungen, Schulkoordinationen BO) Agentur für Arbeit, (Team Berufsberatung) **Beteiligte** Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule, Team Berufswegplanung) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II, Fachstelle Jugendberufshilfe) Stadt Kelsterbach (FBL Schule, Soziales, Familie und Integration und Fachstelle Berufsorientierung)

		• Ausbau der Präsenz an Schulen • Einsatz interaktiver, digitaler und analoger Materialien, Medien und Tools zur Berufsorientierung	
Qualitätsstands (vom Land Hessen definiert) **B03 Durchführung von Kompetenzfeststellungen**	**Teilziele und Umsetzungsschritte** Im Rahmen der regionalen OloV-Strategie des Kreises Groß-Gerau werden Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen und die Regelschulen mit inklusiver Beschulung bei der Durchführung ergänzender handlungsorientierten Kompetenzfeststellungsverfahren die für diese Schüler*innen unterstützt. Art und Auswahl des Verfahrens, Handlungsrahmen und Qualitätsstandards zur Umsetzung vor Ort, werden in einer regionalen Fachgruppe BO-Inklusion erarbeitet und in einem übergeordneten Steuergremium Inklusion verabschiedet.	**Indikatoren zur Zielerreichung** Die Ergebnisse der ergänzenden Kompetenzfeststellung wird mit den Schüler*innen und falls möglich ihren Eltern kommuniziert. Die Unterstützungssysteme (Agentur für Arbeit, Kommunales Jobcenter, Berufswegplanung, etc.) erhalten die Ergebnisse und diese fliesen in die weitere Förderplanung mit ein. Art und Auswahl des Verfahrens, Handlungsrahmen, Qualitätsstandards zur Umsetzung vor Ort, werden in einer regionalen Fachgruppe BO-Inklusion jährlich evaluiert.	**Verantwortliche** Schulen (Schulleitungen, Schulkoordinationen BO, rBFZ) **Beteiligte** Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule, Team Berufswegplanung und Team Schulsozialarbeit) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernent II) Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie u. Integration und Fachstelle Berufsorientierung) Ggfs. Träger der Jugendberufshilfe

Qualitätsstands (vom Land Hessen definiert) **BO6 Qualifizierung der schulischen Fachkräfte im Bereich Beruflicher Orientierung**	**Teilziele und Umsetzungsschritte** Grundsätzlich ist die Qualifizierung von Lehrkräften Aufgabe des Hessischen Kultusministeriums.	**Indikatoren zur Zielerreichung** Das staatliche Schulamt stellt sicher, dass die Schulen über alle Fortbildungsangebote im Bereich BO informiert sind.	**Verantwortliche** Hessisches Kultusministerium **Beteiligte** Projektbüro Berufliche Orientierung, Industrie- und Handelskammer Inbas gGmbH
	Um Praxisnähe zu unterstützen, können die Netzwerkpartner*innen das Fortbildungsangebot zu den Übergängen in berufliche Bildung nach Bedarf ergänzen.	Es finden regelmäßige Dienstversammlungen Berufsorientierung, die von den Ansprechpersonen BO im staatlichen Schulamt organisiert werden, statt. Dort werden die Qualifizierungsbedarfe der Lehrkräfte erfasst und in der kleinen OloV – Steuergruppe fachlich bewertet. Zusätzlich finden schulformbezogene und schulformübergreifend themenspezifische Klausurtage statt. Hier haben die Schulkoordinationen BO die Möglichkeit, sich über ihre Aktivitäten zu einem Schwerpunktthema	**Verantwortliche** Staatliches Schulamt (Schulfachliche Aufsicht und Ansprechpersonen BO) Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule) **Beteiligte** Stadt Rüsselsheim a. M. (Dezernat II) Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie und Integration und Fachstelle Berufsorientierung) Schulen (Schulkoordinationen BO, Interessierte Lehrkräfte und Netzwerkpartner*innen) Agentur für Arbeit, (Team Berufsberatung) FB Bildung und Schule, (Team Berufswegplanung)

Vereinbarung zw. Land Hessen und der Regionaldirektion Hessen der BA über die Zusammenarbeit zw. Schule und Berufsberatung in der BO (Modul HR 7, Gym II.5: Fortbildung für LK	„Die Klassenleitungen der Vor-vorentlassklassen und LK, die in der E- und Q-Phase unterrichten kennen: … den Ablauf des Berufswahlprozesses. …die aktuelle Situation auf dem regionalen Ausbildungs- und Bildungsmarkt. …die gängigen Bewerbungsmodalitäten im Bezirk. …die Informationsmöglichkeiten für Schüler*innen (Onlineangebote, Jobbörsen). Die LK können Ihre Schüler*innen im Berufswahlprozess unterstützen." Quelle: Vereinbarung zw. Land Hessen und der Regionaldirektion Hessen der BA über die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung in der BO (Modul HR 7, Gym II.5: Fortbildung für LK	auszutauschen und Best-Practice-Beispiele aus anderen Regionen kennen zu lernen. Daraus können gemeinsame Handlungsempfehlungen und Regionale Standards für den schulischen Alltag entstehen. Die Fortbildung für Klassenleitungen, sowie Lehrkräfte der Vor-Vorentlassklassen wird durch die Schulkoordination BO und die Berufsberatung in den Schulen sichergestellt.	**Verantwortliche** Schulen (Schulkoordinationen BO) Agentur für Arbeit, (Berufsberatung) **Beteiligte** Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule, Team Berufswegplanung) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II, Fachstelle Jugendberufshilfe) Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie und Integration, Fachstelle Berufsorientierung)

Qualitätsstands (vom Land Hessen definiert)	Teilziele und Umsetzungsschritte	Indikatoren zur Zielerreichung	Verantwortliche
BO 7 Projekte mit externen Partner*innen und berufsbezogene Projektarbeit	Durch den Aufbau von MINT-Angeboten im Nachmittagsbereich, sollen Kinder und junge Menschen für die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik begeistert werden. Beide Berufliche Schulen im Kreis sind bereit MINT-Zentren zu stellen, die Schülerinnen und Schüler aller Schulformen und Altersgruppen im Nachmittagsbereich offenstehen und ermutigen wollen, eigene Forschungsinteressen und Fragestellungen nachzugehen. Ziel ist es, einen niedrigschwelligen Zugang zu diesen Berufsbereichen zu ermöglichen und somit Hemmnisse bezüglich MINT-Berufen abzubauen.	Eine Arbeitsgruppe zur Projektentwicklung wird im Mai 2021 eingerichtet. Bis zum Ablauf dieser Strategie haben beide Beruflichen Schulen mit Unterstützung durch das Staatliche Schulamt und den Schulträgern Kelsterbach, Rüsselsheim und des Kreises Groß-Gerau MINT-Projekte etabliert. Vorausgesetzt es stehen auskömmliche Ressourcen für Personal und Ausstattung zur Verfügung.	Werner-Heisenberg-Schule, Rüsselsheim Berufliche Schulen Groß-Gerau Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule, Team Berufswegplanung) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II, Fachstelle Jugendberufshilfe) Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie und Integration, Fachstelle Berufsorientierung) IHK Darmstadt (für das Netzwerk MINT-Zentren in Südhessen und die Dachmarke) **Mögliche Beteiligte** Kammern Betriebe Hochschulen Kommunen Volkshochschulen Agentur für Arbeit **Verantwortliche** Handwerkskammer Frankfurt/Rhein-Main Schulen (Schulkoordinationen BO)
	Kooperationen zwischen Handwerkskammer und Schulen zur Durchführung von Berufsorientierende Praxistage (BOP) in den Berufsbildungs- und Technologiezentren Förderung der „Handwerkstalente“ an Kooperationsschulen.	Planung und Durchführung der Berufsorientierende Praxistage (BOP) mit allen Kooperationsschulen.	

Qualitätsstands (vom Land Hessen definiert)	Teilziele und Umsetzungsschritte	Indikatoren zur Zielerreichung	Verantwortliche
BO9 Beteiligung der Erziehungsberechtigten am Berufsorientierungs-prozess	Berufliche Orientierung ist kontinuierlich Thema bei Elternveranstaltungen an Schulen. Die IHK, HWK, Agentur für Arbeit etc. werden je nach Thematik einbezogen und bieten ergänzend Veranstaltungen und Beratung für Eltern an. Im Rahmen verschiedenster schulischer Veranstaltungen informieren die Netzwerkpartner*innen über die Vielfalt der Ausbildungsberufe und Chancen und Möglichkeiten einer dualen Berufsausbildung Eltern werden zu Schuljahresbeginn von der Schule über geplante BO-Maßnahmen informiert.	Elternveranstaltungen mit Beteiligung der Partner (z.B. IHK-Karrierebotschafter, Geschäftsführung der KH) werden durchgeführt. Die Schulkoordination BO berichten über Resonanz und Bedarfe der Erziehungsberechtigten im Rahmen der Dienstveranstaltungen	Schulen (Schulkoordinationen BO) **Beteiligte** Industrie- und Handelskammer Handwerkskammer Kreis Handwerkerschaft Agentur für Arbeit, (Berufsberatung) Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule, Team Berufswegplanung) Stadt Rüsselsheim a. M. (Dezernat II, Fachstelle Jugendberufshilfe) Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie u. Integration, Fachstelle Berufsorientierung)

Oberziel 3 - Prozess Beratung, Matching und Vermittlung

„Niemand verlässt die Schule ohne gesicherte Anschlussperspektive."

Im Jahr 1998 wurde dieses Ziel im Kreistag verabredet, hat nach wie vor seine Gültigkeit. Alle Aktivitäten im Übergang Schule/ Beruf zielen darauf ab, dass dies gelingt. Eine bessere Gestaltung der bildungsbiographischen Übergänge ist seit 2007 im regionalen Bildungsprogramm (Handlungskonzept) des Kreis Groß-Gerau als Zielsetzung definiert. Es wurde ein regionales Übergangsmanagement erarbeitet, in welchem die Abstimmungsprozesse verbindlich implementiert sind (Qualitätsstands zum Übergangsmanagement siehe Anlage). Die besonderen Bedarfe der Zielgruppen der Neuzugewanderten und Schüler*innen in der Inklusion finden im Prozess Beratung, Matching und Vermittlung stärker Berücksichtigung.

Qualitätsstands (vom Land Hessen definiert)	**Teilziele und Umsetzungsschritte**	**Indikatoren zur Zielerreichung**	**Verantwortliche**
MV1 Der Beratungs- und Vermittlungsprozess baut auf den Kompetenzen der Jugendlichen auf **MV2 Förderung der Vermittelbarkeit**	2007 wurden folgende Ziele im Regionalen Bildungsprogramm festgelegt. • *Passgenauer und nahtloser Übergang von der Sekundarstufe I in Ausbildung oder weiterführende Angebote* • *Durch einen strukturierten Ablauf erfolgen die Übergänge gezielt und werden für alle betroffenen Institutionen sichtbar*	Bei ca. 25 % der Schulabgänger*innen ist der Anschluss nach Beendigung der Schule zunächst unklar. Diese Jugendlichen erhalten Unterstützung und Begleitung bei der Entwicklung einer passenden Anschlussperspektive durch das Team Berufswegplanung des Kreises Groß-Gerau, der Fachstelle Jugendberufshilfe der Stadt Rüsselsheim am Main und der Fachstelle Berufsorientierung der Stadt Kelsterbach. In einem regionalen Handlungskonzept wurden Standards zum Übergangsmanagement für den Übergang Schule/Beruf definiert. Diese werden bei Bedarf jährlich modifiziert.	Schulen (Schulleitungen, Schulkoordinationen BO) Agentur für Arbeit, (Team Berufsberatung) Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule, Team Berufswegplanung) Stadt Rüsselsheim a. M (Dezernat II, Fachstelle Jugendberufshilfe)

MV4 Persönliche Ansprechperson bei vermittelnder Stelle **MV5 Ablauf des Beratungs- und Vermittlungsprozesses** **MV8 Individuelle Beratung und Begleitung im Vermittlungsprozess**	• *Sicherstellung, dass jede*r Schüler*in die Schule mit einer gesicherten Anschlussperspektive verlässt* • *Durch die Evaluation des Prozesses werden Lücken im Angebot sichtbar, der Verbleib wird transparent und die Nachhaltigkeit der Laufbahnberatung und der Berufswegplanung kann beurteilt werden*	Die regionale Datenbank MuBiGG sowie das dazugehörige Verfahren, ist das Instrument um die Auswertung der Abgänger*innen nach deren Anschlussperspektiven zu überprüfen und Jugendlichen ohne Anschlussperspektive zu identifizieren. In einem Clearingprozess werden die Abgänger*innen deren Verbleib im Herbst nicht bekannt ist, durch die zuständigen Mitarbeiter*innen der Schulträger kontaktiert. Jugendliche, die dann noch ohne Anschluss sind, werden an die passenden regionalen Beratungsstellen weitervermittelt. Die Übergänge von Neuzugewanderten Schulabgänger*innen werden gesondert in den Blick genommen. Zweimal im Jahr schauen alle relevanten Akteur*innen auf die Zahlen und Bedarfe fließen in die Maßnahmenplanung ein.	Stadt Kelsterbach (FB Schule, Soziales, Familie u. Integration und Fachstelle Berufsorientierung) Staatliches Schulamt (Schulfachliche Aufsicht und Ansprechpersonen BO) Kommunales Jobcenter (Team U25) Berufliche Schulen

AK2 Öffentlichkeitsarbeit für Ausbildungs-und Praktikumsplätze **MV3 Transparenz der Angebote**	Einwerben von Ausbildungs-und Praktikumsbetrieben als Kooperationspartner von Schulen im Rahmen der IHK Zukunftswerkstätten, des Azubi-Speed-Datings und im Rahmen von Last-Call-Angeboten, Information über ausbildende Betriebe und freie Ausbildungsplätze in der Region im IHK-Ausbildungsatlas. Quartalsweise Weitergabe von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen an Schulen (HWK)	Elternabende zur dualen Ausbildung an den Schulen im Kreis sowie online unter Beteiligung der Netzwerkpartner Informationen über duale Ausbildung für Schüler*innen durch Ausbildungsberater/Ausbildungsbotschafter Jährlich mindestens ein Azubi-Speed-Dating (IHK) sowie Angebote offener Ausbildungsstellen über das Ausbildungsportal (Last Call) Zukunftswerkstätten sind eingerichtet und führen fortlaufend BO-Aktivitäten in Kooperation mit Unternehmen durch.	**Verantwortliche** IHK Darmstadt Handwerkskammer Frankfurt/Rhein-Main Kreishandwerkerschaft **Beteiligte** Schulen (Schulkoordinationen BO)

Oberziel 4 - Lückenschluss in der Angebotsstruktur

Passgenaue rechtskreisübergreifende Angebote für besondere Zielgruppen, die über die Regelinstrumente des SGB II und III nicht möglich sind, sind initiiert. Diese Ziele sind analog in der kommunalen Arbeits- und Beschäftigungsstrategie definiert.

Regionale Beteiligung an folgenden Bundes- und Landesprogrammen:

Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget (AQB, OloV, QuABB, JustiQ, Bildung integriert; Sozialwirtschaft integriert, AQB-Sondervermögen „Schutzschirm für Ausbildungssuchende“, QuB

MV8 Individuelle Beratung und Begleitung im Vermittlungsprozess **MV10 Rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit** **MV9 Regionaler Bericht zum Übergang Schule - Beruf**	**Teilziele und Umsetzungsschritte** Durch niedrigschwellige Beratungs- und Begleitungsangebote wird sichergestellt, dass kein/e Schüler*in die Schule ohne ein Unterstützungsangebot verlässt. Mit Hilfe der Integrierten Ausbildungsberichterstattung (iABE), der Ausbildungsplatzstatistik der Agentur für Arbeit und des kommunalen Jobcenters sowie der Monitoringdatenbank (MuBiGG) werden die Schüler*innenströme im Übergang Schule/Beruf beobachtet.	**Indikatoren zur Zielerreichung** Lücken im Angebot sind identifiziert und Angebote für besondere Zielgruppen, wie z.B. niederschwellige bedarfsorientierte Beratungsangebote (auch für Neuzugewanderte, Einzelfallhilfe, BO-Angebote für Schulmüde junge Menschen, Angebote mit besonderer Deutschförderung sind installiert.	**Verantwortliche** Kreis Groß-Gerau (FB Bildung und Schule) Kommunales Jobcenter (FB Arbeitsmarkt & Integration) **Beteiligte** Agentur für Arbeit **(Siehe Gremienstruktur Netzwerk Arbeit im Anhang)**

	Aus der Datenanalyse werden regionale Ziele und Maßnahmen für den Beratungs- und Vermittlungsprozess abgeleitet. Die institutionalisierte Vernetzung der Rechtskreise SGB II, III und VIII und der regelmäßige Austausch in Unterarbeitsgruppen, identifiziert Lücken im Regelangebot, um Angebote für Unversorgte planen.		

Unterzeichner*innen der OloV-Zielvereinbarungen für den Kreis Groß-Gerau für den Zeitraum von 2021 bis 2024.

Landrat, Kreis Groß-Gerau

Groß-Gerau,

Ort, Datum und Unterschrift

Regionale OloV-Koordination, Kreis Groß-Gerau

Groß-Gerau, 30.09.21

Ort, Datum und Unterschrift

Bürgermeister, Stadt Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, i.V.

Ort, Datum und Unterschrift

Bürgermeister, Stadt Kelsterbach

Kelsterbach, 1(9|2021

Ort, Datum und Unterschrift

Staatliches Schulamt

Rüsselsheim, 11.08.21

Ort, Datum und Unterschrift

Agentur für Arbeit, Bad Homburg

Bad Homburg, 11.8.21

Ort, Datum und Unterschrift

Bundesagentur für Arbeit
Agentur für Arbeit
Bad Homburg

Industrie und Handelskammer, Darmstadt

Darmstadt, 19.07.2021

Ort, Datum und Unterschrift

Handwerkskammer, Frankfurt-Rhein-Main

Frankfurt, 30.08.21

Ort, Datum und Unterschrift

Kommunales Jobcenter, Kreis Groß-Gerau

Groß-Gerau,

Ort, Datum und Unterschrift

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-599/21-26	
Datum	07.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	14.05.2024	beschließend
Fachausschuss für Kinderbetreuung	04.06.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	beschlussempfehlend
Sozial-, Integrations- und Jugendausschuss	11.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Kita Online-Umfrage zum Betreuungsbedarf 2023/2024
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme

Der Magistrat beschließt den Entwurf der Beschlussvorlage zur Weiterleitung an die Stadtverordnetenversammlung.

Kenntnisnahme:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die stadtweiten Ergebnisse der Kita Online-Umfrage zum Betreuungsbedarf 2023/2024 zur Kenntnis (Anlage).
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt darüber hinaus zur Kenntnis, dass auf Grundlage der Umfrageergebnisse aktuell kein Handlungsbedarf besteht, die Angebotszeiten der Kindertagesstätten zu verändern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass der Magistrat das Instrument der Online-Befragung im Zusammenhang mit der Einführung von MainKids Rüsselsheim weiterentwickeln wird.

Begründung:

A. Ziel

Die Stadtverordnetenversammlung soll mit dieser Vorlage über die Ergebnisse der Online-Umfrage zum Betreuungsbedarf in Kindertagesstätten informiert werden. Ziel der Umfrage war die aktuelle Überprüfung der Angebotszeiten in den Rüsselsheimer Kindertagesstätten in Bezug auf bedarfsgerechte Betreuungszeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

B. Gesetzliche Grundlage

Die Erhebung von Bedarfslagen begründet sich insbesondere durch den Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung und die Planungsverantwortung als öffentlicher Träger der Jugendhilfe gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Achtes Buch (VIII) Kinder- und Jugendhilfe.

C. Beschlusshistorie

Mit der durch die Stadtverordnetenversammlung am 23.09.2021 beschlossenen Vorlage „Kita Online-Umfrage zum Betreuungsbedarf 2021“ (DS-73/21-26) wurde das Ergebnis der ersten Bedarfsumfrage bekannt gegeben.
Zudem steht die Vorlage in Zusammenhang mit den jährlichen Vorlagen zur Planung der Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kita-Kinder (hier zuletzt DS-576/21-26 und DS-575/21-26).

D. Ausgangslage

Die erste Online-Umfrage wurde im März 2021 durchgeführt, die Ergebnisse im September 2021 bekannt gegeben. Aus den Angaben der Eltern in dieser Umfrage hat sich zu diesem Zeitpunkt kein Handlungsbedarf bezüglich der angebotenen Betreuungszeiten ergeben.

Geplant war die Weiterentwicklung der Umfrage mit dem Ziel, auch die Eltern berücksichtigen zu können, deren Kinder zwar einen Betreuungsanspruch haben, aber keinen Platz belegen. Hier sollten die Möglichkeiten geprüft werden, die das neue Online-Portal MainKids Rüsselsheim bietet.

Das Online-Portal MainKids Rüsselsheim wurde im September 2023 eingeführt und soll bis Ende 2024 sukzessive etabliert werden. Deshalb war die Durchführung der Umfrage 2023/2024 über dieses Portal noch nicht möglich, so dass letztendlich die Umfrage vom März 2021 unverändert übernommen wurde.

Das Instrument der Online-Befragung soll jedoch weiterentwickelt und in einem regelmäßigen Turnus von ca. 2 Jahren durchgeführt werden.

E. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Online-Umfrage zum Betreuungsbedarf wurde vom 13.12.2023 bis 28.01.2024 in freien, konfessionellen und städtischen Kindertagesstätten durchgeführt.

An der Umfrage haben 524 Eltern aus fast allen Rüsselsheimer Kindertagesstätten teilgenommen, insgesamt rd. 17 % und damit 5 % (139) weniger als bei der Umfrage 2021.

Für rd. 77 % der teilnehmenden Eltern deckt die Betreuungszeit ihrer Kinder den derzeitigen Bedarf.

Bedarfe für ein Betreuungsangebot vor 7:00 Uhr (reguläres Angebot der Frühbetreuung) wurden vereinzelt genannt (insgesamt sechs Kinder). Für insgesamt neun Kinder wurden Betreuungszeiten nach 17:00 Uhr (reguläres Angebot der Spätbetreuung) gewünscht.
Ein Betreuungsangebot vor 7:00 Uhr wurde im Jahr 2021 noch für 12 Kinder und nach 17:00 Uhr für 32 Kinder genannt.

Einen flexibleren Umgang mit den Betreuungszeiten haben sich sechs Eltern gewünscht (2021 waren es 18 Eltern).

Die vollständigen Umfrageergebnisse sind der Anlage zu entnehmen.

F. Konsequenzen

Aufgrund der Ergebnisse der Umfrage sieht der Magistrat derzeit keinen Handlungsbedarf im Hinblick auf eine Erweiterung des regulären Betreuungsangebots an städtischen, konfessionellen und freien Kindertagesstätten.

Bei den städtischen Kitas steht allen Kindern grundsätzlich die Grundbetreuung von 8:00 bis 13:00 Uhr (mit Frühbetreuung ab 7:00 Uhr) zur Verfügung. Darüberhinausgehende Bedarfe müssen nachgewiesen werden, ein wichtiger Aspekt ist hierbei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

G. Kosten

Für eine Online-Umfrage sind Kosten in Höhe von ca. 1.000 Euro zu veranschlagen, die im Rahmen des Haushaltsbudgets zur Verfügung stehen.

H. Auswirkungen auf Dritte

Die Stadt Rüsselsheim am Main unterstützt mit der Sicherstellung von bedarfsgerechten Betreuungszeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

I. Auswirkungen auf das Klima

Keine.

Rüsselsheim am Main, 14.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Verantwortlich: Fachbereich Bildung und Betreuung

Kita-Umfrage 2023/2024



Quelle: iStockphoto.com / FatCamera

Ergebnisse der freien, konfessionellen und städtischen Kitas

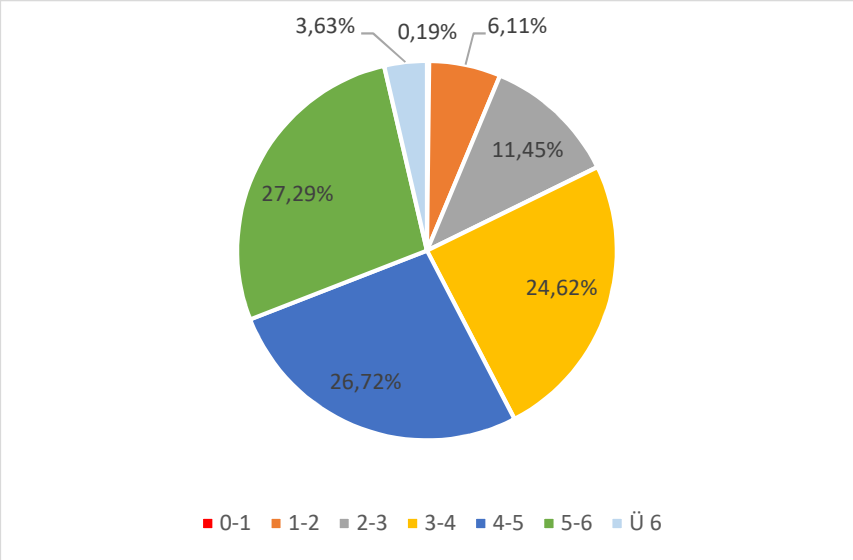
rüsselsheim am main

Die Kita-Umfrage lief über den Zeitraum 13.12.2023 – 28.01.2024 und war online für die Eltern/ Personensorgeberechtigten erreichbar. Es wurden 3.107 Einladungen zur Teilnahme für alle Kinder in Kitas in städtischer, konfessioneller und freier Trägerschaft versandt. Pro Kind durften die Eltern einen Fragebogen ausfüllen.
Insgesamt gab es 524 Antworten, also eine 17-prozentige Teilnahme. Die Teilnahme bei den städtischen Kitas betrug 18 %, bei den konfessionellen und freien Kitas 16 %.
Aus fast allen Kitas nahmen Eltern an der Umfrage teil, aber nicht alle Eltern haben ihre Kita angegeben.

Die hier dargestellten Ergebnisse sind die Zusammenfassung aller Kitas.

1. Wie alt ist Ihr Kind?

0-1	1-2	2-3	3-4	4-5	5-6	Ü 6	Gesamt
1	32	60	129	140	143	19	524
0,19%	6,11%	11,45%	24,62%	26,72%	27,29%	3,63%	100%



2. Leben in Ihrem Haushalt weitere Kinder mit Betreuungsbedarf (unter 12 Jahren)?

Ja	Nein	N/A
322	200	1
61,45%	38,17%	0,19%

3. Haben Sie abgesehen von der Kita weitere Unterstützung bei der Betreuung Ihres Kindes/Ihrer Kinder?

(Mehrfachnennungen möglich)

Familienangehörige, z.B. Großeltern	Partnerin oder Partner	Freundeskreis	Nachbarschaft	Sonstiges	N/A
248	276	42	20	48	14
47,33%	52,67%	8,02%	3,82%	9,16%	2,67%

38 Personen gaben an, keine weitere Unterstützung zu haben, die übrigen nannten weitere Verwandtschaft und Babysitter.

4. Wie ist Ihre berufliche Situation?

Personensorgeberechtigte*r 1

	Vollzeit	Teilzeit	Nicht tätig	N/A
Berufstätig	294	145	40	42
	56,11%	27,67%	7,63%	8,02%
Studium/Ausbildung	14	5	388	114
	2,67%	0,95%	74,05%	21,76%

Personensorgeberechtigte*r 2

	Vollzeit	Teilzeit	Nicht tätig	N/A
Berufstätig	255	140	62	64
	48,66%	26,72%	11,83%	12,21%
Studium/Ausbildung	7	11	374	130
	1,34%	2,10%	71,37%	24,81%

5. War und ist Ihre Berufstätigkeit, Ihre Ausbildung oder Ihr Studium abhängig von der Kinderbetreuung?

	Ja	Nein	N/A
Personensorgeberechtige*r 1	351	94	70
	66,98%	17,94%	13,36%
Personensorgeberechtige*r 2	331	108	96
	63,17%	20,61%	18,32%

6. Ist Ihr Kind in der Kita Ihrer Wahl?		
Ja	**Nein**	**N/A**
471	44	0
89,89%	8,40%	0,00%

7. Zu welchen Betreuungszeiten besucht Ihr Kind die Kita?	
Bringzeit	
7:00 - 8.00	163
8:00 - 9:00	342

Holzeit	
bis 13:00	109
bis 14:30	182
bis 16:30	154
bis 17:00	8

Die meisten Eltern bringen ihre Kinder zwischen 8 und 9 Uhr zur Kita und holen ihr Kind zwischen 14:30 und 16:30 Uhr ab.

8. Nimmt Ihr Kind am Mittagessen teil?		
Ja	**Nein**	**N/A**
371	143	0
70,80%	27,29%	0,00%

Fast drei Viertel der Kinder nehmen am Mittagessen teil. Anhand der Kommentierungen im Abschlussteil ließ sich ablesen, dass einige Eltern mehr Flexibilität bei der Essensanmeldung wünschen bzw. die Teilnahme am Mittagessen für alle Kinder ermöglicht werden soll.

9. Entsprechen die Betreuungszeiten Ihrem aktuellen Bedarf

Ja	Nein	N/A
400	113	0
76,34%	21,56%	0,00%

Für die große Mehrheit, 76,34 % der Eltern, decken die Betreuungszeiten ihrer Kinder den derzeitigen Bedarf.
Die meisten Kommentare aus dem Abschlussteil fordern mehr Ganztagsplätze und längere Betreuungszeiten.

Mit der Ausweitung der Betreuungszeiten der städtischen Kita Am Borngraben und der städtischen Kita In den Bachgärten durch Umwandlung in ein Ganztagshaus, werden ab Sommer 2025 in allen städtischen Kitas Ganztagsplätze angeboten.

Grundsätzlich richtet sich die mögliche Betreuungszeit nach dem Bedarf der Eltern. Die Grundbetreuung deckt den Rechtsanspruch von bis zu sechs Stunden ab. Darüberhinausgehender Betreuungsbedarf muss nachgewiesen werden. Einige Eltern kritisieren die Reduzierung der Betreuungszeiten aufgrund eines generellen Personalmangels, verstärkt bei krankheitsbedingtem Ausfall oder Urlaub von Erzieher*innen.

10. Welche Betreuungszeiten in Ihrer Einrichtung benötigen Sie zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie?

Die 113 Personen, die Ihre Betreuung als nicht bedarfsgerecht einschätzten (siehe vorige Frage), gaben folgende Zeiten als Wunsch zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie an:

Bringzeit		
vor 6 Uhr	0	0,00%
ab 6:00 Uhr	3	2,65%
ab 6:30 Uhr	3	2,65%
ab 7:00 Uhr	21	18,58%
ab 7:30 Uhr	27	23,89%

Holzeit		
bis 16:00 Uhr	41	36,28%
bis 16:30 Uhr	22	19,47%
bis 17:00 Uhr	11	9,73%
bis 17:30 Uhr	5	4,42%
bis 18:00 Uhr	2	1,77%
nach 18 Uhr	2	1,77%

Grundsätzlich sind in den städtischen Kitas Betreuungszeiten von 7:00 bis 17:00 Uhr möglich. Ab Sommer 2025 dann auch in allen städtischen Kitas.

In der Zeit vor 7:00 Uhr wurde für sechs Kinder ein Betreuungsbedarf angegeben, in der Zeit nach 17:00 Uhr für neun Kinder.

Hier waren es in der letzten Umfrage 2021 12 Kinder vor 7:00 Uhr und 32 Kinder nach 17:00 Uhr.

Bei den angegebenen Bedarfslagen, die innerhalb der Betreuungszeit von 7:00 bis 17:00 Uhr liegen, wird individuell geprüft, warum die gewünschte Betreuungszeit nicht möglich ist.

11. Abschließend haben Sie hier die Möglichkeit für weitere Anmerkungen.

Es wurden insgesamt 131 Kommentare abgegeben. Die folgende Liste fasst die benannten Punkte, die sich auf die Betreuungszeiten bezogen unter der Angabe der jeweiligen Häufigkeit zusammen.

Am häufigsten wurde genannt, dass mehr Ganztagsplätze und längere Betreuungszeiten angeboten werden sollen und auf den grundlegenden Personalmangel hingewiesen.

Die Kommentare wurden von vielen Teilnehmenden genutzt, um ihre Erfahrungen, auch neben den Betreuungszeiten, mit ihren Kindertagesstätten zu beschreiben. Dabei ging es z.B. um die bauliche Situation, die Ausstattung, aber auch um Lob („Sehr zufrieden mit der Leitung und den Erziehern“).

- Mehr Ganztagplätze & längere Betreuungszeiten müssen angeboten werden (31).
- Anzahl der Erzieher zu niedrig (23).
- Kitas zu oft zu (6).
- Mehr Flexibilität bei den Betreuungszeiten (6).
- Die Betreuungszeiten passen uns nicht (5).
- Frühere Bringzeit gewünscht (4).
- Weiterhin Betreuung für Kinder, deren in Elternzeit sind (3).
- Freie Träger sollen flexibler sein können (Betreuungszeiten) (3).
- Mehr Flexibilität bei der Essensanmeldung (3).
- Teilnahme am Mittagessen für alle Kinder ermöglichen (3).
- Notbetreuung für Wochenenden, Ferien, etc. (2).

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-585/21-26	
Datum	22.03.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	16.04.2024	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Balkonsolarförderung
Bezug: Antrag AT-116/21-26 der SPD Fraktion vom 09.05.2023

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Kennsnisnahme zu:

Beschlusstext:

Kenntnisnahme:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis,

- dass es sich bei dieser Förderung um eine freiwillige Leistung handelt, die aktuell nicht über den Haushalt 2024 abgedeckt werden kann.
- dass sich der Markt der Balkonsolaranlagen so entwickelt hat, dass sich eine Investition für Bürgerinnen und Bürger auch ohne Förderung lohnt.
- dass im Rahmen von Informationen der Stadtverwaltung zum Thema Klimaschutz und Energie an die Bürgerinnen und Bürger auch auf Balkonsolaranlagen eingegangen wird.

Beschlussvorschlag:
Die Stadtverordnetenversammlung erklärt den Antrag AT-116/21-26 der SPD-Fraktion vom 09.05.2023 als erledigt.

Begründung:

A. Ziel

Die Nutzung von Photovoltaik ist ein wichtiger Schritt zur Energiewende und damit zum Erreichen der Klimaziele. Durch umfangreiche Information der Bürgerinnen und Bürger und gezielte Themenworkshops soll die Hemmschwelle minimiert und die Nutzung von Photovoltaik ausgeweitet werden, um so einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

B. Ausgangslage

Die Stadt Rüsselsheim am Main hat laut dem Marktstammregister der Bundesnetzagentur lediglich 331 installierte PV-Leistung pro Einwohnerin/Einwohner (W_P/Einw.), was im Vergleich zu anderen Städten sehr gering ist.

C. Problem

Der Markt der Balkonsolaranlagen hat sich mittlerweile so entwickelt, dass sich die Anlagen bereits nach 4 bis 5 Jahre bei einer ungefähren Nutzungsdauer von 25 Jahren amortisieren. Einige Städte und Gemeinden, wie z.B. Mörfelden-Walldorf, stellen die Balkonsolarförderung aus diesem Grund und trotz einer großen Nachfrage derzeit wieder ein. Die Anschaffung der Anlagen ist für die Bürgerinnen und Bürger auch ohne Förderung lohnenswert und wirtschaftlich.

D. Lösung

Von der Erstellung einer Förderrichtlinie für Balkonsolaranlagen wird abgesehen.
Um das Thema trotzdem in den Fokus zu nehmen, wird vom Amt für Umwelt und Klimaschutz neben Informationskampagnen, Beratungsangeboten und ehrenamtlichem Engagement in Form von z.B. Solartreffs und Selbstbaugenossenschaften derzeit ein Balkonsolarworkshop geplant. Das Konzept stammt vom fesa e.V. der das Konzept bereits in Freiburg und München ausgiebig getestet hat und nun durch die Förderung der Postcode Lotterie ihr Wissen auch an andere Kommunen weitergeben kann. In diesem Rahmen arbeitet das Amt für Umwelt und Klimaschutz gemeinsam mit dem fesa e.V..

Das Ziel des Balkonsolarworkshops ist es, den Bürgerinnen und Bürgern Theorie und Praxis zu Balkonsolaranlagen und dessen Anbringung zu vermitteln. Dabei werden ausrangierte aber funktionstüchtige PV-Anlagen zu Balkonsolaranlagen umgebaut. Gegen eine relativ geringe Anmeldegebühr können sich Bürgerinnen und Bürger dann ihre eigene Balkonsolaranlage mit nach Hause nehmen. Um den Workshop auch in Zukunft ca. zweimal im Jahr durchführen zu können, finden derzeit Schulungen von städtischen Mitarbeitenden und einigen Ehrenamtlichen statt, die durch den fesa e.V. durchgeführt werden.

E. Alternativen

Die Förderung von Balkonsolaranlagen wird weiterverfolgt und eine Förderrichtlinie nach dem Vorbild anderer Städte erarbeitet.

F. Weiteres Vorgehen

Die Stadtverwaltung forciert weiter die Vernetzung von Vereinen wie fesa e.V. und den Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger, um bestmöglich Synergieeffekte nutzen zu können und so für das Thema Nutzung von Photovoltaik zu sensibilisieren.

G. Kosten

Keine

H. Auswirkungen auf das Klima

Durch die Balkonsolarworkshops und Informationskampagnen wird das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für erneuerbare Energien gestärkt, Hindernisse werden abgebaut und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Zudem werden ausrangierte aber funktionstüchtige PV-Anlagen, die sonst entsorgt werden würden, wiederverwendet und somit wird auch ein Beitrag zur Ressourcenschonung geleistet.

Rüsselsheim am Main, 16.04.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

AT 116/21-26

Fraktion Rüsselsheim

SPD

EINGEGANGEN
10. MAI 2023
Büro Stadtv.versammlung

Büro Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 09.05.2023

Antrag der SPD-Fraktion zur Verweisung

Balkonsolarförderung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird hiermit beauftragt, einen Vorschlag für eine Balkonsolarzellen Förderung für Rüsselsheimer Haushalte zu erarbeiten. Das gesamte Budget für die Fördermittel soll 25.000€ pro Jahr betragen. Pro Rüsselsheimer Haushalt, der noch keinerlei Solaranlage hat, soll eine Förderung in Höhe von 100€ nach Anschaffung einer Balkonsolaranlage ausbezahlt werden, wenn dies beantragt wird. Es soll gemeinsam mit den Stadtwerken Rüsselsheim zusammengearbeitet werden und ein gemeinschaftlicher Einkauf für interessierte Bürger erfolgen. Um Erfahrungswerte zu nutzen, soll mit Kommunen und Landkreisen mit ähnlichen Programmen ein Austausch stattfinden.

Begründung:

Die Einführung einer Balkonsolarzellen Förderung für Rüsselsheimer Haushalte hat zahlreiche Vorteile. Zum einen wird dadurch die Nutzung von erneuerbaren Energien gestärkt und somit ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Zum anderen wird durch die Förderung der Anschaffungskosten für Balkonsolaranlagen erleichtert, wodurch noch mehr Bürgerinnen und Bürger motiviert werden können, auf erneuerbare Energien umzusteigen. Die Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Rüsselsheim ermöglicht es zudem, interessierten Haushalten eine professionelle Beratung anzubieten und den gemeinschaftlichen Einkauf zu vereinfachen. Es ist wichtig zu betonen, dass die Förderung nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll ist, da sie bereits nach kurzer zu Einsparungen bei den Energiekosten für Privathaushalte führt. Zudem hat die Bundesregierung die Mehrwertsteuer für kleine Anlagen gestrichen, was die Anschaffung noch wirtschaftlicher macht. Bei einer Förderung von 100€ pro Haushalt und einem jährlichen Budget von 25.000€ können insgesamt 250 Haushalte pro Jahr gefördert werden. In den nächsten 10 Jahren könnten

Fraktion
Rüsselsheim

SPD

somit bis zu 2.500 Balkonsolaranlagen in Rüsselsheim installiert werden. Insgesamt leistet die Balkonsolarförderung somit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und fördert die dezentrale Energieversorgung in Rüsselsheim. Mit diesem Förderprogramm kann Rüsselsheim den Bereich erneuerbarer Energien weiter ausbauen, ein wichtiges Signal im Kampf gegen den Klimawandel setzen und Vorarbeit für die Umsetzung des Beschlusses zum Masterplan Energie der SPD-Fraktion leisten.

Murat Karakaya
SPD-Fraktionsvorsitzender

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-594/21-26	
Datum	03.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	14.05.2024	beschließend
Ortsbeirat Königstädten	06.06.2024	beschlussempfehlend
Ortsbeirat Bauschheim	06.06.2024	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Waldkonzept für den Kommunalwald der Stadt Rüsselsheim am Main
Bezug: Antrag AT-114/21-26 der Fraktion WsR vom 09.05.2023

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt das vorgelegte Waldkonzept zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt die Arbeit des Fördervereins „Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V." als positiv bewertet und bereits seit 2022 Mitglied des Fördervereins ist.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Antrag AT-114/21-26 der Fraktion WsR vom 09.05.2023 als erledigt erklärt wird.

Begründung:

A. Ziel

Das langfristige Ziel ist es, den Wald zu erhalten und zu stabilisieren. Dazu bedarf es einer nachhaltigen, leistungsfähigen und klimaangepassten Forstwirtschaft, die die zahlreichen Ansprüche an den Lebensraum Wald bestmöglich im Blick hat. Ziel muss es zudem sein, dass – u.a. durch eine standortangepasste Artenwahl – die Bäume langfristig und aus eigener Kraft überleben können. Die Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen des Waldes stehen im Fokus. Die Waldökosysteme sollen als Lebensraum einer artenreichen Pflanzen- und Tierwelt durch das Hinwirken auf gesunde, stabile und vielfältige Wälder erhalten und verbessert werden.

Die Erarbeitung eines Waldkonzeptes ist die Grundlage für die Realisierung der beschriebenen Ziele. Dabei müssen die Unterschiede der jeweiligen Standorte auf den Kommunalwaldflächen der Stadt Rüsselsheim am Main Berücksichtigung finden.

Das Ziel der Vorlage ist es zudem, einen Überblick über den Zustand des Waldes, bereits durchgeführte und geplante Maßnahmen zu geben.

B. Ausgangslage

Die Extremsommer der letzten Jahre, Hitze, Trockenheit, Käferbefall und auch die wiederkehrenden Extremwetterereignisse haben den Waldflächen im Einzugsbereich der Stadt Rüsselsheim, die bereits im Vorfeld unter schwierigen Bedingungen gelitten haben, weiter schwer zugesetzt. Die Baumarten Kiefer und Buche können als Totalausfall verbucht werden, die Stieleiche hält sich derzeit noch, allerdings mit größeren Problemen.

Ein Hauptteil der forstlichen Arbeiten besteht aktuell in der Beseitigung von abgestorbenen Bäumen entlang öffentlicher Straßen und der Bebauung, sowie entlang der stark frequentierten Waldwege zum Zweck der Verkehrssicherung.

Wiederaufforstungen wurden in den letzten Jahren unter Nutzung der heimischen Traubeneiche als führende Baumart und den Nebenbaumarten Speierling, Hainbuche, Winterlinde, Feldahorn, Kirsche, Ulme und Baumhasel durchgeführt (siehe Tabelle 1). Dies soll eine Anpassung an die Folgen der Klimakrise und die sich stetig verschärfenden Standortbedingungen ermöglichen. Die offenen Flächen weisen eine enorme Temperatur auf, was Neupflanzungen erschwert und zu hohen Ausfällen führt, wenn im Bodenbereich bis zu 40°C herrschen.

Wie bereits im Umweltbericht der Stadt Rüsselsheim 2022 vermerkt, wurden in Zusammenarbeit mit einem Privatwaldbesitzer und der Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main e.V. in Bauschheim drei Versuchsflächen mit jeweils sechs Baumarten (Traubeneiche, Hainbuche, Esskastanie, Baumhasel, Flatterulme, Hopfenbuche) angelegt. Ziel der Versuchspflanzung war die Analyse des Wuchsverhaltens und der benötigten Bewässerungsintensität der Baumarten und damit eine mögliche Einschätzung, welche Baumarten den Folgen der Klimakrise am Standort gewachsen sein könnten (Details siehe Umweltbericht 2022 der Stadt Rüsselsheim).

Neben der Mitgliedschaft im Förderverein „Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V." ist die Stadt Rüsselsheim am Main bereits seit 2018 Mitglied in der Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main e.V. (im Weiteren FBG). Die FBG ist ein vom Regierungspräsidium Darmstadt anerkannter wirtschaftlicher Verein, der die Kommunen Raunheim, Rüsselsheim, Groß-Gerau, Riedstadt, Bischofsheim, Flörsheim und Büttelborn sowie einige Privatwaldbesitzende in der Betreuung ihrer Waldflächen unterstützt und forstlich berät. Die FBG hat die Aufgabe, die forstliche Bewirtschaftung zu organisieren und die Bewirtschaftung der ihr angeschlossenen Flächen sowie der zur Aufforstung bestimmten Grundstücke zu verbessern. Zudem sollen Nachteile wie geringe Flächengröße, ungünstige Flächengestalt, Besitzzersplitterung, ein unzureichender Wegeanschluss oder andere Strukturmängel überwunden werden. Die interkommunale Zusammenarbeit und Bewirtschaftung der Waldflächen ist hierbei essenziell und wird über die FBG koordiniert.

Der Förderverein „Förderverein Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V." wurde im Jahr 2022 mit der Unterstützung vieler Kleinprivatwaldbesitzer und waldbesitzender Kommunen gegründet. Nach den enormen Waldschäden der Jahre 2018 - 2022 werden geeignete Konzepte für einen klimastabilen Wald erarbeitet, der auch der heimischen Flora und Fauna Lebensraum und den Menschen Erholungsraum bietet. Der Förderverein kann in seiner Arbeit durch Spenden unterstützt werden.

Tabelle 1: Baumpflanzungen der letzten Jahre in der Gemarkung Rüsselsheim. * = Bislang wurde der Ausfall noch nicht dokumentiert; ** = Die Pflanzungen für 2023 sind noch nicht abgeschlossen.

Fläche	Größe (ha)	Baumart	Pflanzen-größe [cm]	Pflanzver-band (I.D.RxZwd. R.)	Stk./Pfl. Fläche	Pflanzen/ ha	Mischung (%)	Jahr	Ausfall %
52A1	0,5	Traubeneiche	50/80	2x2,5	1000	2000	100	2019	8,4
52A1	0,2	Eichen-Heister		10x10	20	100	100	2019	*
60A1	0,5	Traubeneiche	50/80	2x2,5	1000	2000	100	2019	5,9
4A4	0,6	Stieleiche Hainbuche	50/80	2x3	1000	1666	80/20	2020	*
54A2	0,52	Baumhasel	50/80	2x3	866	1733	100	2020	*
68A1	0,5	Traubeneiche Hainbuche Esskastanie	50/80	2,2,5	1000	2000	60/30/10	2020	*
87A1	0,03	Baumhasel	50/80	2x3	50	1666	100	2018	*
87A1	0,5	Traubeneiche Hopfenbuche Speierling	30/50	2x2,5	1000	2000	60/20/20	2020	*
8A1	0,7	Stieleiche Hainbuche Feldulme	30/50	2x2,5	1400	2000	70/20/10	2021	*
6A2	0,4	Traubeneiche Hainbuche Vogelkirsche	30/50	2x2,5	800	2000	70/20/10	2021	*
5A2	0,1	Speierling	30/50	2x2,5	200	2000	100	2021	*
57A1	1,3	Ungarische Eiche Hainbuche Vogelkirsche	30/50	2x2,5	1000	2000	70/20/10	2021	*
493A 1	0,5	Ulme Feldahorn Baumhasel Traubeneiche Esskastanie Hopfen-Buche	30/50	2x2,5	1000	2000		2021	*
39A1	0,5	Traubeneiche Winter-Linde Feld-Ahorn	30/50	1x2	5000	5000	70/20/10	2022	*
47A2	0,5	Traubeneiche Hainbuche	30/50	2x2,5	1000	2000	70/30	2022	*
87A3	0,3	Winter-Linde, Vogel-Kirsche, Hainbuche	50/80	1x2	1.500	5000	70/5/25	2023	*

Die Erstellung eines Waldkonzepts und die Zusammenführung mit der integrierten Forsteinrichtung 2025, für die ein Leistungsverzeichnis erstellt wurde, das um einige wichtige Punkte wie Grundwasserstände und Bodenanalysen abseits der üblichen Forsteinrichtungspunkte ergänzt wurde, ist die Grundlage dafür, zielgerichtet handeln und die Folgen der Klimakrise für den Lebensraum Wald abmildern zu können. Alle Maßnahmen müssen auf einem intensiven Erfahrungsaustausch basierend und in enger Abstimmung mit allen Betroffenen und den zuständigen Behörden, sowie unter Einbindung von wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen erarbeitet und evaluiert werden.

Unter Berücksichtigung des Antrags AT-114/21-26 sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Analyse des Ist-Zustandes aller Waldflächen und Potenzialanalyse
- Kalkulation und Analyse der Ausfälle im Rahmen der in den letzten Jahren erfolgten Neupflanzungen unter Berücksichtigung der gewählten Baumarten
- Evaluation und Ausweitung der Versuchspflanzungen von Baumarten, die sehr hitze- und trockenheitstolerant sind auf Privatwaldflächen und in Absprache mit den zuständigen Behörden
- Erstellung eines Baumartenkonzepts
- Pflanzungen von Nebenbaumarten wie Winterlinde, Feldahorn, Vogelkirsche und Hainbuche
- dort, wo es möglich ist, natürliche Sukzession auf Freiflächen, um ein für Neupflanzungen besseres Klima zu schaffen (Stichwort starke Hitzeentwicklung auf Freiflächen)
- Bei der Zusammenführung der integrierten Forsteinrichtung 2025 mit dem Waldkonzept müssen Fauna-Flora-Habitat-Gebiete (FFH) und Vogelschutzgebiete berücksichtigt werden.
- Bewertung von Bewässerungsmaßnahmen oder Pflanzungsmethoden in Hinblick auf ihre langfristige Effizienz

Die Anforderungen an die Baumartenwahl wird immer komplexer und es gibt keine Blaupause für das weitere Vorgehen. Hier ist Grundlagenforschung am Standort selbst erforderlich.

Das zu erarbeitende Baumartenkonzept macht Vorschläge für zielführende und möglichst anpassungsfähige und vielfältige Baumarten für den jeweiligen Standort. Um mögliche Konflikte mit Fördermittelrichtlinien zu vermeiden, wird in Absprache mit der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt und dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klima- und Verbraucherschutz eine Erweiterung der aktuell vorgegebenen Baumarten abgestrebt. Pflanzungen im Privatwald dienen hier als Blaupause und bieten die Chance, geeignete Baumarten zu benennen, die sich langfristig etablieren können. Die Privatwaldbesitzenden werden entsprechend beraten und alle Beteiligten stehen im engen Austausch. Konkrete Maßnahmen werden im Rahmen des Waldkonzeptes erarbeitet.

Die Mitgliedschaft in der Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main w.V. und im „Förderverein Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V.“ bietet u.a. Möglichkeiten zum Austausch und der Entwicklung von Handlungsstrategien zum Schutz und der Stabilisierung des Waldes und ist durch den Walderhalt ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz in der Region Rhein-Main.

C. Weiteres Vorgehen

Das Waldkonzept wird in Zusammenarbeit mit den bereits genannten unterschiedlichen Partnern und unter Einbezug der Privatwaldbesitzern erstellt.

D. Kosten

Es entstehen außer dem Aufwand der eingebundenen städtischen Beschäftigten keine externen Kosten bei der Entwicklung des Waldkonzepts, da dieses durch die Verwaltung in Eigenleistung erstellt wird. Darüberhinausgehende Kosten für die daran anschließenden Forschungsprojekte oder den waldbaulichen Maßnahmen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschätzbar und ergeben sich aus dem im Rahmen des Waldkonzepts zu erstellenden Maßnahmenkataloges.

Durch die Mitgliedschaft im Förderverein „Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V.“ und bei der Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main w.V. entstehen jährliche Kosten für den Mitgliedsbeitrag in Höhe von jeweils 15 Euro.

E. Finanzierung

Die Kosten für den Mitgliedbeitrag des Fördervereins „Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V.“ werden durch die Kostenstelle 130412000 finanziert. Die Kosten für den Mitgliedbeitrag der Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main w.V. werden durch die Kostenstelle 130585500 finanziert.

F. Auswirkungen auf das Klima

Ein funktionstüchtiger und nachhaltig nutzbarer Lebensraum Wald dient dem Klimaschutz.

Rüsselsheim am Main, 14.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

FT 114/21-26

WSR
WIR SIND RÜSSELSHEIM

EINGEGANGEN
10. MAI 2023
Büro Stadtv.versammlung

An das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Am Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Ansprechpartner:
Heinz E. Schneider
Telefon: 0170 665 30 51

Rüsselsheim, den 09.05.2023

Antrag „Einheitliches Waldkonzept“

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat berichtet der Stadtverordnetenversammlung über den aktuellen Stand der Schädigung der Waldflächen. Hierbei ist die gesamte Fläche zu berücksichtigen – Städtisch- und Privatbesitz.

2. Weiterhin wird über die bereits durchgeführten Pflanz- und Pflegeaktionen berichtet.

3. Der Magistrat stellt dar, welche Maßnahmen zur Aufforstung und Pflege geplant sind.

4. Weiterhin wird dargestellt, in welchem Maße und wie die Privatwaldbesitzer unterstützt werden können. Hierbei ist der Schwerpunkt auf die Pflanz- und Pflegeaktionen und die damit verbundene technische Unterstützung, wie z. B. *vorbereitende Maßnahmen* und *Bewässerung*, zu legen.

5. In der Vorlage wird ebenfalls dargestellt, welche Kosten, Vor- und Nachteile mit einem Beitritt der Stadt Rüsselsheim zum „Förderverein Klimaschutz und Wald Rhein-Main e.V.“ (www.klimaschutz-wald.net) verbunden wären

Begründung:

Die Waldflächen in Bauschheim und Königstädten sind durch Klimaeinflüsse sehr geschädigt. 17% des Waldes sind in Königstädten in Privatbesitz, in Bauschheim beträgt dieser Anteil sogar 50%. Gerade vor dem Hintergrund des in Rüsselsheim ausgerufenen Klimanotstandes sind wir zu einer zielgerichteten Aufforstung und Pflege des gesamten Waldbestandes aufgefordert. Hierzu braucht es Konzepte, die neben den städtischen Flächen auch die privaten Waldbestände miteinbeziehen und der deren Aufforstung unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

WALDKONZEPT FÜR DEN KOMMUNALWALD DER STADT RÜSSELSHEIM AM MAIN

EIN BEITRAG ZUM ERHALT DES LEBENSRAUMS WALD, ZUM KLIMASCHUTZ UND ZUR FÖRDERUNG DER BIODIVERSITÄT

rüsselsheim am main

INHALT

1. GRUNDSÄTZE DES WALDBAUS 1
1.1. Ziele der Waldbewirtschaftung für die Waldflächen der Stadt Rüsselsheim am Main 1
1.2 Waldbau unter dem Einfluss der Klimakrise 3
1.2.1 Freiflächenmanagement: Naturverjüngung oder Wiederaufforstung 3
1.2.2 Wasser und Boden 4
1.2.3 Klimaangepasstes Waldmanagement 4
2. BESTANDSANALYSE 5
2.1 Zustand der Waldflächen 5
2.2 Zustand der Baumarten 6
2.3 Analyse der Wasserverfügbarkeit 6
2.3.1 Analyse Grundwasserstand an ausgewählten Standorten 6
2.3.2 Wasserhaltekraft des Bodens und Bodenanalyse 6
3 POTENZIALANALYSE AUF BASIS DER FORSTEINRICHTUNG 2025 7
4. MAßNAHMENKATALOG AUF BASIS DER FORSTEINRICHTUNG 2025 7
4.1 Baumartenwahl bei der Wiederaufforstung 7
4.2 Bewässerung 8
4.2.1 Flächenbewässerung 9
4.2.2 Tröpfchenbewässerung 9
4.2.3 Experimentelle Bewässerungsmethoden 9
5. ZEITHORIZONT UND AUSBLICK 9
6. EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT: POTENZIALANALYSE AM BEISPIEL BAUSCHHEIMER WALD UND PILOTPROJEKT CO_2-SPEICHER OSTPARK 10
6.1 Potenzialanalyse Wiederaufforstung 10
6.2 Potenzialanalyse Naturverjüngung 10
6.3 Potenzialanalyse Sonderhabitatstrukturen 10
6.4 Pilotprojekt Bewässerung 11
6.5. Pilotprojet CO_2-Speicher Ostpark 11
7. HINWEISE FÜR PRIVATWALDBESITZENDE 11
LITERATURVERZEICHNIS 12
ANHANG ..... FEHLER! TEXTMARKE NICHT DEFINIERT.

1. Grundsätze des Waldbaus

Störungen wie Windwurf, Borkenkäfer, Waldbrand oder Dürre, die zum Absterben von Bäumen führen, sind Teil der natürlichen Walddynamik (Seidl 2023, S.7). Dabei kann eine Störung dazu führen, dass sich zum Beispiel neue Baumarten etablieren, die besser an die Standortbedingungen angepasst sind (Thom et al. 2017, S. 269). Das sind positive Aspekte einer Störung. Da als Folge der Klimakrise Störungen jedoch immer häufiger und vielfältiger werden, ggf. gleichzeitig oder in kurzer Abfolge auftreten, setzen sie das Ökosystem Wald, wie wir es lange gekannt haben, massiv unter Druck. Ein Wald, der aus Bäumen mit verschiedenen Eigenschaften besteht, ist besser in der Lage, sich von unterschiedlichen Störungen wieder zu erholen und seine Funktionen nach einer Störung rasch wieder zu erfüllen (Sebald et al. 2021, S. 1749). Mit dem vorliegenden Waldkonzept sollen möglichst viele den Wald betreffende Aspekte im Hinblick auf die Folgen der Klimakrise beleuchtet werden und es sollen Vorschläge für einen Waldumbau hin zu einem klimastabilen Mischwald gemacht werden. Aufgrund der vielgestaltigen Aspekte und den unterschiedlichen angestrebten Pilotprojekten gibt die Tabelle im Anhang eine Übersicht über alle Überlegungen und Planungen und gibt – soweit dies möglich ist – auch eine finanzielle Einschätzung zu den geplanten Projekten.

1.1. Ziele der Waldbewirtschaftung für die Waldflächen der Stadt Rüsselsheim am Main

Die Waldflächen in der Gemarkung der Stadt Rüsselsheim am Main haben eine überragende und überregionale Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Ökosystems Wald im Ballungsraum Rhein-Main. Die Stabilisierung der Wälder in der Rhein-Main-Ebene ist eine vorrangige und anspruchsvolle Aufgabe (Paar & Klinck 2023, S.19). Zweck des Bundeswaldgesetzes ist es nach § 1 „den Wald wegen seines wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion) und wegen seiner Bedeutung für die Umwelt, insbesondere die dauernde Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Bodenfruchtbarkeit, das Landschaftsbild, die Agrar- und Infrastruktur und die Erholung der Bevölkerung (Schutz- und Erholungsfunktion) zu erhalten, erforderlichenfalls zu mehren und seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern, die Forstwirtschaft zu fördern und einen Ausgleich zwischen dem Interesse der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer herbeizuführen“. Der Wald hat danach heute mehr denn je eine vielgestaltige Funktion und erfüllt zentrale Ökosystemdienstleitungen (Bürger-Arndt 2012, S.5). Er fungiert als Erholungsraum, Rohstofflieferant, erfüllt wichtige Klimafunktionen und ist Lebensraum von Tieren und Pflanzen. Die Zielsetzung, welche Ökosystemdienstleitungen im Vordergrund stehen, ergeben sich zum Teil durch die Besitzstrukturen (Privat-, Kommunal-, oder Staatswald). Die Folgen der Klimakrise überlagern allerdings jegliche Zielvorstellung von Waldbesitzenden. Denn alle Waldbesitzenden sind gleichermaßen mit Extremwetterereignissen und den Folgen der Klimakrise konfrontiert.

Der Wald wurde lange als Rohstoffquelle für die Holzproduktion betrachtet und entsprechend intensiv bewirtschaftet (Schulz 1993). Dies hat sich schon länger als überholt erwiesen und kann durch die vielen Extremwetterereignisse als Folge der Klimakrise als nicht mehr zukunftsfähig betrachtet werden. Es gilt, den Wald zu stärken und so klimafest wie möglich zu gestalten.

Der Waldzustandsbericht Hessen beschreibt auch für 2023 einen schlechten Vitalitätszustand für die Wälder in der Rhein-Main-Ebene, wobei die Absterberate mit 5,5 % den höchsten Wert der letzten 40 Jahre erreicht (Paar & Klinck 2023, S.19). Der Bericht zeigt zudem, dass bisher ergriffene Maßnahmen nicht dazu geführt, die Walderhaltung wesentlich zu fördern (Paar & Klinck 2023, S.19). Das zeigt, dass Innovation und Mut dazu gehören werden, um einen stabilen Wald der Zukunft etablieren zu können.

Folgende zehn zentrale Ziele der Waldbewirtschaftung sollen deshalb für die Waldflächen der Stadt Rüsselsheim am Main gelten:

1. Der Rüsselsheimer Wald soll zukünftig als ein dauerhaftes, vielgestaltiges und dynamisches Ökosystem ganzheitlich und in Hinblick auf alle seine Ökosystemdienstleistungen betrachtet werden. Hierbei sind auch Vernetzungsstrukturen in den Blick zu nehmen.

2. Ziel ist das bestmögliche Bewahren von Funktionalität und Leistungsfähigkeit des Ökosystems durch den Erhalt möglichst vieler Eigenschaften, die den Wald stabilisieren und die für die ökologische Leistungsfähigkeit benötigt werden.

3. Natürlich ablaufende Prozesse innerhalb der Waldökosysteme wie etwa die Naturverjüngung sollen zur Optimierung der Wirtschaftsweise wo immer möglich konsequent genutzt werden.

4. Wo nötig soll die Wiederaufforstung von Freiflächen mit standortangepassten, klimaresilienten Baumarten erfolgen.

5. Grundsätzliches Ziel ist es, durch eine entsprechende Baumartenwahl einen Walderhalt ohne Bewässerung in der Anwuchsphase zu ermöglichen.

6. Ziel ist die Etablierung verschiedener Waldentwicklungsstufen auf gleicher Fläche und letztendlich eine Verstetigung hin zu einem Dauerwald.

7. Das Waldinnenklima als wichtige Voraussetzung eines gesunden Waldbestandes und eine zukunftsfähige, standortgerechte Baumartenwahl sind Ziel des Waldumbaus für einen klimaresilienten Wald der Zukunft.

8. Kleinflächige Standortunterschiede sollen durch Förderung entsprechender Baumarten berücksichtig werden, um durch diverse lichtökologische Verhältnisse eine hohe Artenvielfalt schaffen und erhalten zu können.

9. Der Totholzanteil soll mit der Funktion als Biotopholz als Bestandteil einer natürlichen Waldentwicklung gelten und dient dazu, spezielle Nischenhabitate zu schaffen.

10. Grundsätzlich wird auf Biozidanwendung verzichtet.

Um den Waldzustand kontinuierlich im Blick zu haben, soll im Rahmen der Forsteinrichtung, die alle 10 Jahre zu erstellen ist, seitens des Magistrats der Stadt Rüsselsheim am Main ein Waldzustandsbericht verfasst werden, um frühstmöglich nachteilige Veränderungen festzustellen und mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können.

Abseits aller selbstgesteckter oder gesetzlich geregelter Ziele: Das Waldbild, wie es viele Generationen gewohnt waren, wird sich dauerhaft und an manchen Stellen vielleicht auch radikal ändern. Erste Veränderungen sind bereits jetzt erkennbar, wie etwa die zahlreich zu beobachtende Bildung von Sekundärkronen und geringere Baumhöhen. Die Bestände werden lichter und es gibt mehr stehendes und liegendes Totholz. Zudem sind viele Flächen frei von Bäumen. Diese Freiflächen werden zukünftig entsprechend der natürlichen Sukzession von Sträuchern oder dünenartigen Strukturen geprägt sein. Durch den sehr sandigen Boden in vielen Waldbereichen Rüsselsheims, können sich unter Umständen wertvolle Sonderhabitate etablieren. Sandige Freiflächen können als wichtiger Lebensraum für Wildbienen, Eidechsen und andere Reptilien fungieren. Aktuell stehen wir an einem Punkt der Umbrüche. Dieser Umbruch birgt Herausforderungen, bietet aber auch Chancen, diverse Habitate zu etablieren und so die Biodiversität zu fördern.

1.2 Waldbau unter dem Einfluss der Klimakrise

Der Bauschheimer Wald und das Botanische Dreieck weisen die ungünstigen bzw. aktuell die extremsten Standortbedingungen auf. Maßnahmen, die im Bauschheimer Wald und im Botanischen Dreieck greifen, sind auf allen, etwa durch besondere Trockenheit herausfordernden Waldflächen der Gemarkung anwendbar. Das gilt für alle Aspekte der Waldwirtschaft, angefangen von der Baumartenwahl bis hin zu möglichen Bewässerungsmethoden oder einer Naturverjüngung unter Extrembedingungen. Bereits der Pflegplan Bauschheimer Wald 1996 von Leismann et al. hat viele Probleme erfasst, die auch heute noch und teilweise in verschärfter Form den Bauschheimer Wald unter Druck setzen. Hier gilt, es, konsequent zu handeln und die notwendigen Maßnahmen zum Waldumbau umzusetzen, wie es bereits durch Neupflanzungen mutmaßlich klimaresilienter Baumarten vor allem auf Flächen von Privatwaldbesitzenden erfolgt.
Auch über die Anzahl der Bäume pro Hektar muss nachgedacht werden. Je nach Baumart und Fläche stehen aktuell 2.500-5.000 Pflanzen auf einem Hektar. Zukünftig sollte überdacht werden, bei Neupflanzungen weniger Pflanzen zu pflanzen und diesen in den ersten Jahren eine sinnvolle Anwuchssituation zu bieten. Hier ist ausdrücklich nicht gemeint, die Pflanzen zu verwöhnen, was sich sonst in späteren Jahren unter Mangelbedingungen rächen könnte. Trotzdem gilt es heute mehr denn je, dass die Grundvoraussetzungen für eine gute Anwuchsphase engmaschig beobachtet und ggf. bestmöglich nachgesteuert werden muss.

1.2.1 Freiflächenmanagement: Naturverjüngung oder Wiederaufforstung

Natürliche Prozesse sind die beste Lösung für die Etablierung eines gesunden Waldbestandes, weil sich hier am Standort die stärksten und überlebensfähigsten Arten und Individuen durchsetzen. Naturverjüngung geht hierbei vor Wiederaufforstung. Dieses Ziel ist jedoch standortabhängig und abhängig von der bestehenden Konkurrenzvegetation. Wenn etwa wie im Bauschheimer Wald starker Bewuchs mit Brombeere, Robinie oder in anderen Waldbereichen Rüsselsheims Traubenkirsche etabliert ist, haben es andere Baumarten schwer. Auch Gräser wie die Gattung *Calamagrostis* können so stark auftreten, dass sie andere Pflanzen verdrängen und eine Naturverjüngung behindern können.
Eine Untersuchung, bei der Waldbesitzende und Forstleute vor die Wahl gestellt wurden, ob sie Naturverjüngung oder Wiederaufforstung bevorzugen hat gezeigt, dass gruppenübergreifend nach einem Störungsereignis die Naturverjüngung mit Ergänzungspflanzung gegenüber der Pflanzung zur Wiederaufforstung signifikant bevorzugt wird (Schulz et al. 2023, S.54).
Eine Herausforderung stellt zudem der Verbißdruck auf die Verjüngung der einheimischen Baumarten dar (Bebi et al. 2023, S.278). Im Bereich der Startbahn West ist eine Wilddichte an Damwild vorhanden, die eine Naturverjüngung verhindert. Dies erkennt man mit bloßem Auge durch die störungsfreie „Durchsicht“ durch den Wald in Höhe der Reichweite des Damwildes. Ohne eine Gatterung haben junge Bäume hier keine Chance. Auch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) bestätigt, dass bei zu hohen Wilddichten gepflanzte Bäumchen oder angestrebte Naturverjüngung geschützt werden müssen. Im Bauschheimer Wald ist vor allem der Fraßdruck durch Rehwild problematisch. Die Frage einer „gesunden Wilddichte“ wird in Zukunft sicher auch an den Waldzustand mit einzubeziehen sein. Die lange etablierten und nach wie vor gültigen Wilddichtengrößen von 5 bis 10 Stück Rehwild pro 100 ha Jagdfläche (Ellenberg 1974, S. 61) werden sicher angepasst werden müssen. Bei Damwild ist eine Dichte von 4 bis 8 Stück Damwild pro 100 ha Jagdfläche angegeben (Steinbach 2004). Eine konsequente Gatterung bei Naturverjüngung und Wiederaufforstung und eine konsequente Bejagung ist generell unerlässlich. Ein Leitbild „Wald vor Wild“, wie etwa seit 2005 im Bayerischen Waldgesetz verankert, ist allerdings bei ganzheitlicher Betrachtung des Lebensraumes Wald nicht zielführend. Ein gesundes und intaktes Ökosystem muss sowohl Wald als auch Wild im Blick haben.

Deshalb wird die Entscheidung ob Naturverjüngung oder Wiederaufforstung für den Rüsselsheimer Wald der richtige Weg ist, für jeden offenen Waldbereich und individuell entschieden werden. Wo immer möglich, wird die Naturverjüngung vorgezogen.

1.2.2 Wasser und Boden

Wasser und Boden sind für den Erhalt eines gesunden Waldes unerlässlich (Paar & Klinck 2023, S.31 ff.). Aus diesem Grund sollen die Rückegassenabstände von 25 auf 50 Meter erhöht werden. Jede zweite Rückegasse wird ausgelassen. Die Breite der Rückegassen von vier Metern wird beibehalten. Damit sollen die Waldstrukturen geschlossen und möglichst nur der absolut nötigste Raum freigehalten werden. Je weniger Boden der prallen Sonne und Hitze ausgesetzt ist, umso besser kann sich ein gesundes Waldinnenklima erhalten oder wieder etablieren.
Um hier Aussagen über die Hitzeentwicklung am Boden treffen zu können, werden in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt im Bauschheimer Wald Untersuchungen auf Freiflächen und im Bestand durchgeführt. Dies erfolgt auf Privat- und Kommunalwaldflächen. Die wissenschaftliche Zusammenarbeit soll mehr Informationen zum Standort, dem Humusaufbau und dem Bodenleben ergeben.

1.2.2.1 Arbeiten mit dem Pferd

Je bodenschonender gearbeitet wird, umso besser. Das Ziel ist deshalb, dass, wo immer es möglich ist, das Vorliefern mit dem Pferd erfolgt. Dadurch werden Harvestereinsätze im Bestand vermieden. Das Pferd rückt die Bäume an die Rückegassen. Auch aus diesem Grund sind weitere Rückegassenabstände nötig. Die Rückegassen werden aber trotzdem weiterhin, wenn nötig, befahren. Der Einsatz von Rückepferden ist nicht zuletzt eine wirtschaftliche Frage, denn mit dem Harvester kosten Einschlag und Rücken 22 € pro Festmeter, beim Pferd liegt der Preis bei 55 bis 60 €pro Festmeter. Ganz klar ist allerdings der Vorteil des Einsatzes von Pferden nicht nur für die Schonung des Bodens durch eine nur minimale Bodenverdichtung, sondern auch beim Thema Naturverjüngung: Der Boden wird durch den gezogenen Stamm und die Hufe aufgerissen und somit gut für die Naturverjüngung vorbereitet. Beim Einsatz eines Harvesters hingegen werden die Stämme nicht gezogen und der Boden wird durch die schwere Maschine enorm verdichtet, sodass das natürliche Bodengefüge zerstört wird.

1.2.2.2 Wasser im Wald halten

Ziel vieler Überlegungen ist es, Wasser im Wald zu halten (Paar & Klinck 2023, u.a. S.2). Wie bei allen anderen Belangen des Waldbaus, sind auch hier die spezifischen Standortbedingungen zu berücksichtigten. Das Wasser auf natürliche Art und Weise im Wald zu halten, ist in Rüsselsheim nur im Bereich der Startbahn West möglich. Hier sind die Baumarten bereits ein offensichtlicher Wasserzeiger, weil vor allem Moorbirken wachsen. Der Name „Mönchbruch“ ist hier vielsagend. Alle anderen Waldflächen in der Gemarkung sind zu sandig. Es müsste künstlich nachgeholfen werden, um das Wasser dauerhaft zu halten. Deshalb muss abgewogen werden, ob man in das künstliche Anlegen von Gewässern investiert oder die begrenzten Finanzmittel an anderer Stelle einsetzt. Durch die aktuell und auch zukünftig unkalkulierbaren Wetter- und Niederschlagsereignisse, ist vom aufwendigen Anlegen künstlicher Gewässer abzusehen (siehe auch Punkt 4.3 Bewässerung).

1.2.3 Klimaangepasstes Waldmanagement

Das Waldmanagement der Zukunft muss sich intensiv mit dem Thema Klimaanpassung befassen und das in allen Bereichen. Der Stadt Rüsselsheim am Main wurden Fördermittel im Rahmen des Förderprogramms „Klimaangepasstes Waldmanagement“ über die nächsten 20 Jahre und in einer anzunehmenden Gesamthöhe von über 700.000 € bewilligt. Laut Förderrichtlinie sind 12 Kriterien zu erfüllen (siehe Tabelle 2).

Tabelle 2: Kriterien der Förderrichtlinie „Klimaangepasstes Waldmanagement“

Kriterium der Förderrichtlinie „Klimaangepasstes Waldmanagement“	Ziel des Waldkonzeptes des Stadt Rüsselsheim
Verjüngung des Vorbestandes oder Naturverjüngung mit mindestens 5- oder mindestens 7-jährigem Verjüngungszeitraum vor Nutzung bzw. Ernte des Bestandes in Abhängigkeit vom Ausgangs- und Zielbestand.	
Die Naturverjüngung hat Vorrang, sofern klimaresiliente, überwiegend standortheimische Hauptbaumarten in der Fläche auf natürlichem Wege eingetragen werden und anwachsen. (*)	(*) Der Begriff„überwiegend“ bedeutet hier, dass 51% der Hauptbaumarten standortheimisch sein müssen.
Bei künstlicher Verjüngung sind die zum Zeitpunkt der Verjüngung geltenden Baumartenempfehlungen der Länder oder, soweit solche nicht vorhanden sind, der in der jeweiligen Region zuständigen forstlichen Landesanstalt einzuhalten, dabei ist ein überwiegend standortheimischer Baumartenanteil einzuhalten.	Hier ist ein enger Austausch mit der Nordwestdeutschen forstlichen Versuchsanstalt und den beteiligten Behörden vorgesehen. Versuchsreihen von Privatwaldbesitzenden in Bauschheim gehen in die Überlegungen zur Baumartenwahl ein
Zulassen von Stadien der natürlichen Waldentwicklung (Sukzessionsstadien) und Wäldern insbesondere aus Pionierbaumarten (Vorwäldern) bei kleinflächigen Störungen.	
Erhalt oder, falls erforderlich, Erweiterung der klimaresilienten, standortheimischen Baumartendiversität zum Beispiel durch Einbringung von Mischbaumarten über geeignete Mischungsformen.	
Verzicht auf Kahlschläge. Das Fällen von absterbenden oder toten Bäumen oder Baumgruppen außerhalb der planmäßigen Nutzung (Sanitärhiebe) bei Kalamitäten ist möglich, sofern dabei mindestens 10 % der Derbholzmasse als Totholz zur Erhöhung der Biodiversität auf der jeweiligen Fläche belassen werden.	
Anreicherung und Erhöhung der Diversität an Totholz sowohl stehend wie liegend und in unterschiedlichen Dimensionen und Zersetzungsgraden; dazu zählt auch das gezielte Anlegen von Hochstümpfen.	
Kennzeichnung und Erhalt von mindestens fünf Habitatbäumen oder Habitatbaumanwärtern pro Hektar, welche zur Zersetzung auf der Fläche verbleiben. Die Habitatbäume oder die Habitatbaumanwärter sind spätestens zwei Jahre nach Antragstellung nachweislich auszuweisen. Wenn und soweit eine Verteilung von fünf Habitatbäumen oder Habitatbaumanwärtern pro Hektar nicht möglich ist, können diese entsprechend anteilig auf den gesamten Betrieb verteilt werden.	Die Kennzeichnung der Habitatbäume und Habitatbaumanwärter wird voraussichtlich in den Jahren 2024 bis 2026 erfolgen.
Bei Neuanlage von Rückegassen müssen die Abstände zwischen ihnen mindestens 30 Meter, bei verdichtungsempfindlichen Böden mindestens 40 Meter betragen.	In Rüsselsheim gehen wir über diese Anforderung hinaus und wollen wie bereits beschrieben die Rückegassenabstände auf 50 m erhöhen.
Verzicht auf Düngung und Pflanzenschutzmittel. Dies gilt nicht, wenn die Behandlung von gestapeltem Rundholz (Polter) bei schwerwiegender Gefährdung der verbleibenden Bestockung oder bei akuter Gefahr der Entwertung des liegenden Holzes erforderlich ist.	Generell wird auf die Nutzung von Bioziden verzichtet.
Maßnahmen zur Wasserrückhaltung, einschließlich des Verzichts auf Maßnahmen zur Entwässerung von Beständen und Rückbau existierender Entwässerungsinfrastruktur, bis spätestens fünf Jahre nach Antragstellung, falls übergeordnete Gründe vor Ort dem nicht entgegenstehen.	Die Bodenstrukturen in der Gemarkung Rüsselsheim bedingen, dass klassische Maßnahmen wie das Ausheben von Senken an Wegrändern keinen langfristigen Wasserrückhalt zulassen. Ohne künstliche Gewässerbaumaßnahmen ist dies nicht möglich.
Natürliche Waldentwicklung auf 5 % der Waldfläche. Obligatorische Maßnahme, wenn die Waldfläche des Waldbesitzenden 100 Hektar überschreitet. Freiwillige Maßnahme für Betriebe, deren Waldfläche 100 Hektar oder weniger beträgt. Die auszuweisende Fläche beträgt dabei mindestens 0,3 Hektar und ist 20 Jahre aus der Nutzung zu nehmen. Naturschutzfachlich notwendige Pflege- oder Erhaltungsmaßnahmen oder Maßnahmen der Verkehrssicherung gelten nicht als Nutzung. Bei Verkehrssicherungsmaßnahmen anfallendes Holz verbleibt im Wald.	In Rüsselsheim sind bereits ca. 10% der kommunalen Waldflächen aus der Nutzung genommen.

2. Bestandsanalyse

2.1 Zustand der Waldflächen

Ein großer Bereich der Waldflächen in Rüsselsheim sind offensichtlich geschädigt oder zumindest in keinem guten Zustand. Im Rahmen der Forsteinrichtung 2025 werden wir deshalb eine komplette Inventur aller Flächen durchführen lassen. Das Leistungsverzeichnis für die Forsteinrichtung wird aktuell erstellt, die Ausschreibung erfolgt in den kommenden Monaten (Stand März 2025). Nur wenn die Zustände aller Flächen bekannt ist, können die notwendigen und zielführenden Maßnahmen ergriffen werden. Nach der Sichtung vor Ort folgt eine Kategorisierung

des Waldzustandes in der Fläche, z.B. ob der Bestand lückenhaft ist, welche Arten wo zu finden sind, wie der Bestockungsgrad aussieht und viele weitere Aspekte mehr. Um einen Vergleich zu haben, wird eine Synopse zwischen der bestehenden Forstwirtschaftskarte und der neu zu erstellenden Karte angefertigt. Dadurch werden u.a. die Veränderungen der Hauptbaumarten sichtbar gemacht und auch die Schadanteile dokumentiert. Auf dieser Basis wird der Wirtschaftsplan für die kommenden Jahre erarbeitet und flexibel an aktuelle Veränderungen angepasst werden.

2.2 Zustand der Baumarten

Da jede Baumart unterschiedlich mit Trockenstress oder den aktuellen Veränderungen der Standortbedingungen umgeht, muss eine genaue Analyse der Baumarten erfolgen. Auch dies wird im Rahmen der Forsteinrichtung 2025 erfolgen. Hier können für alle Flächen und alle Arten die Anpassungsfähigkeit der Haupt- und Nebenbaumarten abgeschätzt werden. Diese Erkenntnisse fließen dann in einen Katalog möglicher Baumarten der Zukunft ein. An diesen ist sich bei Wiederaufforstungsmaßnahmen im Kommunalwald der Stadt Rüsselsheim am Main zu halten. Bei allen optionalen Baumarten ist ein enger Austausch mit den Behörden wie der Nordwestdeutschen forstlichen Versuchsanstalt erforderlich. Klar ist: Wir müssen neue Wege gehen, um den Wald der Zukunft bestmöglich vorzubereiten. Die aktuellen Hauptbaumarten wie Buche, Eiche und Kiefer werden in den nächsten Jahren quantitativ stark abnehmen. Was überlebt, ist allerdings genetisch gut angepasst und wird Bestand haben. Gerade die in vielen Teilen bildprägende Kiefer leidet unter der Dürre.

2.3 Analyse der Wasserverfügbarkeit

Das Thema Wasserverfügbarkeit ist aktuell bereits extrem wichtig, wird aber in der Zukunft wohl das zentralste Thema im Waldbau sein. Die Waldflächen in Rüsselsheim haben hier durch die Sandigkeit der Böden einen viel höheren Druck als etwa Waldflächen in Nordhessen. Anders als etwa die Analyse der Flächen und Baumarten, ist es bislang unüblich, die Wasserverfügbarkeit oder auch Grundwasserstände in einer Forsteinrichtung neu zu analysieren. Genau das muss allerdings erfolgen, um verlässliche Aussagen treffen zu können. Nicht alle Bäume sind überhaupt in der Lage, mit ihren Wurzeln den Grundwasserspiegel zu erreichen. Gleichzeitig erschwert eine niedrige Wasserhaltekapazität, etwa durch eine hohe Sandigkeit, dass Wurzeln oberflächennah Wasser aufnehmen können. Um vermeidbare Fehler bei der Baumartenwahl zu minimieren, wird die Forsteinrichtung 2025 für die Rüsselsheimer Waldflächen um einige Analysen erweitert.

2.3.1 Analyse Grundwasserstand an ausgewählten Standorten

Unabhängig davon, ob die vorhandenen Baumarten mit ihren Wurzeln das Grundwasser erreichen können, ist durch die geplante Analyse des Grundwasserstandes ggf. eine Aussage möglich, welchen Einfluss die Grundwasserstände auf den Zustand des Waldes haben. Den Grundwasserstand zu kennen macht Sinn, um potenziell auftretende Probleme identifizieren zu können. In den drei großen Waldgebieten der Stadt Rüsselsheim werden deshalb jeweils an drei Punkten Grundwasserstände analysiert. Die Lage der neun Punkte im Bauschheimer Wald, westlich der Autobahn und im Mönchbruch wird noch genauer bestimmt.

2.3.2 Wasserhaltekraft des Bodens und Bodenanalyse

Zusätzlich zu den Grundwasserständen werden an den zu bestimmenden Punkten weitere Bodenkriterien analysiert, um ein möglichst vollständiges Bild zu erhalten. Aus diesem Grund wird eine Analyse der Wasserhaltekapazitäten und auch eine Analyse des Nährstoffgehalts (Nitrat, Phosphat) explizit in die Forsteinrichtung 2025 mit aufgenommen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Abteilungen, die im Rahmen der Forsteinrichtung 2025 auf die Wasserhaltekapazität und den Grundwasserstand untersucht werden sollen.

Markwald		
Waldteil	Abteilung	Anmerkungen
A	22 A[5]	viele abgestorbene Buchen
A	19	
A	7	stillegelegte Fläche
A	1 A[1]	Stillegelegt, abgängige Eichen
Robiger		
Waldteil	Abteilung	Anmerkungen
B	54 A[1]	
B	51 A[1]	
B	47 A[1]	
B	35 A[1]	
Ostpark		
Waldteil	Abteilung	Anmerkungen
C	57 A[1]	
C	60 A[1]	
Königstädter Wald		
Waldteil	Abteilung	Anmerkungen
D	85 A[1]	
D	76 A[1]	
D	437 A[1]	
D	431 A[1]	
Wüster Forst		
Waldteil	Abteilung	Anmerkungen
E	68 A[1]	
Bauschheim		
Waldteil	Abteilung	Anmerkungen
F	87 A[1]	Düne
F	87 A[3]	
F	494 [2]	

3 Potenzialanalyse auf Basis der Forsteinrichtung 2025

Die Forsteinrichtung 2025 wird zeigen, welche Flächen akut bearbeitet werden müssen und welche Flächen ggf. zunächst noch nicht prioritär in den Blick genommen werden müssen. Die Priorisierung ist hier nur eine Momentaufnahme, weil jeder Sturm und jede längere Dürreperiode Akutsituationen schaffen kann, die aktuell noch nicht absehbar sind. Gleichwohl gibt es Flächen, die, wenn sie für eine Wiederaufforstung festgelegt werden, zeitnah in Angriff genommen werden müssen.

4. Maßnahmenkatalog auf Basis der Forsteinrichtung 2025

4.1 Baumartenwahl bei der Wiederaufforstung

In den letzten Jahren wurden bereits unterschiedliche Baumarten gepflanzt und deren Anwuchskapazität getestet (siehe Tabelle 2). Bei den meisten Arten ist hier noch keine finale Aussage zur Ausfallrate möglich.

Bei Freiflächen hat Naturverjüngung Priorität. Zeitgleich wollen wir mit „klimaresistenten“ Baumarten „impfen“. Vielfalt ist das Ziel. Denn das schafft ein Sicherheitsnetz, das hoffentlich gewährleistet, dass zumindest einige Arten überleben und sich etablieren können. In Tabelle 2 sind die Baumpflanzungen der letzten Jahre in der Gemarkung Rüsselsheim aufgelistet und dort, wo eine Aussage möglich ist, wurde auch der Ausfall vermerkt. Generell gibt es viele Faktoren, die dazu führen, dass eine Wiederaufforstung nicht optimal gelingt (Qualität des Pflanzmaterials, Hälterung

bis zur Pflanzung, ungünstige Wasserversorgung im Nachgang der Pflanzung, extreme Witterung in den ersten Jahren nach Pflanzung). Aus diesem Grund ist zu überdenken, wie und in welchen Stückzahlen gepflanzt wird. Hier muss in Zukunft „Klasse statt Masse“ gelten. Die Minimierung an Pflanzen führt dazu, dass die reduzierte Zahl an Jungbäumen besser versorgt wird. Ziel ist es, dass ca. 100 Pflanzen pro Hektar bestmöglich versorgt werden. hierfür ist es wichtig, die Wasserpotenziale des Bodens mit den Ansprüchen der Pflanzen abzugleichen und optimal zu agieren. Bei starkem Nährstoffmangel ist zu überlegen, ob das Einbringen von Pflanzenkohle in das Pflanzloch eine gute Erstversorgung sicherstellt. Hier wie bei dem Thema Bewässerung muss sichergestellt werden, dass eine künstliche Verbesserung der Startphase nicht zu Problemen im weiteren Verlauf führen.

Tabelle 2: Baumpflanzungen der letzten Jahre in der Gemarkung Rüsselsheim. * = Bislang wurde der Ausfall noch nicht dokumentiert.

Fläche	Größe (ha)	Baumart	Pflanzengröße [cm]	Pflanzverband (I.D.RxZwd.R.)	Stk./Pfl. Fläche	Pflanzen/ha	Mischung (%)	Jahr	Ausfall %
52A1	0,5	Traubeneiche	50/80	2x2,5	1000	2000	100	2019	8,4
52A1	0,2	Eichen-Heister		10x10	20	100	100	2019	*
60A1	0,5	Traubeneiche	50/80	2x2,5	1000	2000	100	2019	5,9
4A4	0,6	Stieleiche Hainbuche	50/80	2x3	1000	1666	80/20	2020	*
54A2	0,52	Baumhasel	50/80	2x3	866	1733	100	2020	*
68A1	0,5	Traubeneiche Hainbuche Esskastanie	50/80	2,2,5	1000	2000	60/30/10	2020	*
87A1	0,03	Baumhasel	50/80	2x3	50	1666	100	2018	*
87A1	0,5	Traubeneiche Hopfenbuche Speierling	30/50	2x2,5	1000	2000	60/20/20	2020	*
8A1	0,7	Stieleiche Hainbuche Feldulme	30/50	2x2,5	1400	2000	70/20/10	2021	*
6A2	0,4	Traubeneiche Hainbuche Vogelkirsche	30/50	2x2,5	800	2000	70/20/10	2021	*
5A2	0,1	Speierling	30/50	2x2,5	200	2000	100	2021	*
57A1	1,3	Ungarische Eiche Hainbuche Vogelkirsche	30/50	2x2,5	1000	2000	70/20/10	2021	*
493A1	0,5	Ulme Feldahorn Baumhasel Traubeneiche Esskastanie Hopfen-Buche	30/50	2x2,5	1000	2000		2021	*
39A1	0,5	Traubeneiche Winter-Linde Feld-Ahorn	30/50	1x2	5000	5000	70/20/10	2022	*
47A2	0,5	Traubeneiche Hainbuche	30/50	2x2,5	1000	2000	70/30	2022	*
87A3	0,3	Winter-Linde, Vogel- Kirsche, Hainbuche	50/80	1x2	1.500	5000	70/5/25	2023	*

4.2 Bewässerung

Das Thema Bewässerung von Neupflanzungen im Wald wird immer mehr diskutiert. Ein Vergleich der unterschiedlichen Methoden ist unverzichtbar. Es muss immer abgewogen werden, ob der Einsatz des in Trockenzeiten knappen Guts Wasser unumgänglich ist (Rothkegel & Ruppert). Beim Vergleich der Methoden wird deutlich welche Vor- und Nachteile diese haben. Es ist ganz klar, dass im Sinne der Nachhaltigkeit und der Ressourcenschonung Baumarten zu wählen sind, die auch ohne aufwendiges und teures Bewässern mit Trinkwasser die Anwuchsphase gut überstehen

können. Gleichwohl müssen für manche extremen Standorte Bewässerungsmethoden und auch die notwendigen Zeiträume der Bewässerung mitgedacht werden. Auch der Zeitpunkt und der Umfang der Bewässerung wird entscheidend sein (Han et al. 2024). Letztendlich sollte bewässert werden, wenn der Boden gerade noch feucht ist. Ist der Wurzelbereich erst vollständig ausgetrocknet, kann die Jungpflanze bereits verloren sein. Bewässerung bedeutet aber auch zusätzliche Kosten, weshalb der Bewässerungszeitpunkt, der -modus und auch die Bewässerungsmethode gut durchdacht sein muss. Die aktuellen (!) Kosten für die Bewässerung belaufen sich auf ca. 1.720 €/ha/Bewässerungsgang und Bewässerungsperiode. In Kelsterbach wird von April bis September zweimal wöchentlich mit 40l/m² für die ersten 5-10 Jahre der Anwuchszeit gewässert. Der in Kelsterbach betriebene Aufwand würde für Rüsselsheim eine Vollzeitkraft notwendig machen, die ausschließlich die Aufforstungsflächen der Stadt wässert. Das Vorgehen käme einer intensiven Waldbewirtschaftung gleich, da die Bewässerung nur flächig und bei einem optimalen Reihenabstand von 2m möglich ist. Das Ziel der Stadt Rüsselsheim am Main ist hier vielmehr eine notwendige Bewässerung zu optimieren, Wiederaufforstung und wo immer möglich nur als Ergänzung zur Naturverjüngung zu betrachten.

4.2.1 Flächenbewässerung

Flächenhafte Bewässerung ist bei vielen Kommunen das Mittel der Wahl, weil oft von den Wegen großflächig und damit zeitsparend gewässert werden kann (Rothkegel & Ruppert). Das ist allerdings bei großer Hitze und bei Bewässerung am Tag ein Problem, weil Verdunstung hier oft schneller ist, als die Versickerung. Eine Reduktion der Verdunstung erfolgt über eine Bewässerung der Flächen in den Morgen- und Abendstunden.

4.2.2 Tröpfchenbewässerung

Tröpfchenbewässerung ist zeitaufwendig in der Installation und birgt die Gefahr, dass nach Beendigung des Bewässerungszeitraumes, Materialien im Boden verbleiben. Gerade im Bauschheimer Wald, wo ein starker Brombeerbestand vorherrscht, wäre es vermutlich so gut wie unmöglich, alle Bewässerungsschläuche und Befestigungen nach Beendigung zu entfernen. Zudem muss der Boden entsprechend plan sein, an vielen Stellen müsste also im Vorfeld gemulcht werden, was das Bodengefüge unnötig belastet. Tröpfchenbewässerung ist zudem eher für kleinräumige Flächen nutzbar.

4.2.3 Experimentelle Bewässerungsmethoden

Im Gartenbau werden Tontöpfe, sogenannte „Ollas“, für eine wurzelnahe Bewässerung verwendet. In einem kleinen Pilotprojekt soll mit 5 Tontöpfen getestet werden, ob eine gute Wasserversorgung sichergestellt werden kann. Diese Überlegung ist keinesfalls für großflächige Wiederaufforstungen umsetzbar. Für Einzelpflanzungen könnte es allerdings eine Alternative zur Tröpfchenbewässerung oder eine standortnahe Ergänzung zu einer flächigen Bewässerung sein.

5. Zeithorizont und Ausblick

Waldwirtschaft ist keine kurzfristige Angelegenheit. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen, Pilotprojekte werden deshalb in einem Zeitrahmen von mindestens 10 Jahren durchgeführt. Dies entspricht dem Turnus einer Forsteinrichtung. 2035 wird mit einem Waldzustandsbericht, der seitens des Magistrats zu erstellen ist, die Wirksamkeit der Maßnahmen überprüft und den dann herrschenden Verhältnissen und Bedürfnissen angepasst. Nach fünf Jahren wird der Stadtverordnetenversammlung ein Zwischenbericht vorgelegt.

6. Ein Blick in die Zukunft: Potenzialanalyse am Beispiel Bauschheimer Wald und Pilotprojekt CO_2-Speicher Ostpark

Der Bauschheimer Wald mit seinen rund 50 ha Fläche und sehr sandigen Böden ist mit Blick auf den gesamtem Rüsselsheimer Wald sicher ein extremer Standort. Bereits 1996 wurde der schlechte Zustand statuiert (Leismann et al. 1996). Und auch damals schon, gab es hier einen starken Nutzungsdruck von Erholungssuchenden wie Spaziergängern, Radfahren, Sportlern und Reitern (Leismann et al. 1996). Die Folgen der Klimakrise kommen heute ebenso hinzu, wie mögliche Beeinträchtigungen durch große Infrastrukturprojekte, die Auswirkungen auf Boden und Grundwasser der Umgebung haben können. Der 1996 erarbeitete Pflegeplan sollte Maßnahmenvorschläge zur Stabilisierung und Entwicklung des Waldbestandes, primär durch Wiederaufforstung, sowie eine Neuordnung der Wegeführung vorschlagen. Als Schutzwald gemäß § 13 Hessisches Waldgesetz (HWaldG) wurde bereits 1996 die Bedeutung des Bauschheimer im Verdichtungsraum RheinMain und seine besondere Bedeutung für das Klima, den Wasserhaushalt, den Bodenschutz, Sichtschutz, Lärmschutz und für die Naherholung festgestellt. In diesem Sinn müssen wir die bereits lang bestehenden und neu hinzugekommenen Herausforderungen für den Bauschheimer Wald und die Grundlagen für zielführende Maßnahmen analysieren.

6.1 Potenzialanalyse Wiederaufforstung

Die Baumarten, die im Bauschheimer Wald mit den aktuellen Klimabedingungen zurechtkommen, werden nach heutiger Einschätzung auch an anderer Stelle in der Rüsselsheimer Gemarkung den Folgen der Klimakrise trotzen können. Aus diesem Grund sind die Grundlagenforschungen, die von Privatwaldbesitzenden durchgeführt und wissenschaftlich begleitet werden, von unschätzbarem Wert. Die Ergebnisse der Pflanzungen im Bauschheimer Privatwald von Ungarischen Eichen, Zerreichen aus Ungarn, Baumhaseln aus der Türkei, Libanonzedern aus dem Taurusgebirge und Atlaszedern aus Frankreich werden genau analysiert werden. Sie könnten als Blaupause dienen oder es könnten Arten verworfen werden, die aktuell noch als aussichtsreich gelten.
Auch ist zu klären, welche Jungpflanzen genutzt werden, wurzelnackt oder Container, ältere Pflanzen, Pflanzen von regionalen Baumschulen oder importierte Pflanzen, die sich erst ein paar Jahre eingewöhnen, bevor sie ausgepflanzt werden. Auch eine gezielte Pflanzung durch Samen wäre denkbar. Eine vielgestaltige Methodenauswahl und damit die Chance, die Ausfallquote so gering wie möglich zu halten, ist hier zentral.

6.2 Potenzialanalyse Naturverjüngung

Im Bauschheimer Wald sollen im Rahmen eines Pilotprojekts zwei Flächen für eine Naturverjüngung vorbereitet werden. Dazu werden im Bereich der Düne Bauschheim und in Abteilung 22 im Sommer 2024 Flächen gegattert werden, um Wildverbiss auszuschließen.
Die Fläche in Abteilung 22 weist viele abgestorbene Buchen auf. Ziel ist es, die Fläche fünf bis sieben Jahre lang sich selbst zu überlassen und zu analysieren, was sich an jungen Buchen oder anderen Baumarten durchsetzen kann. Im Bereich der Düne Bauschheim wurden schon viele Vorgehensweise der Wiederaufforstung getestet, wie etwa das Stellen von Einzelschützern um die Jungpflanzen herum. Diese wurden zwischenzeitlich zum Teil rückgebaut, weil sie sich nicht flächendeckend bewährt haben. Dort, wo die Jungpflanzen in den Einzelschützern überlebt haben, bleiben sie aber stehen. Durch die Gatterung und das Freihalten soll getestet werden, ob und wenn ja welche Baumarten sich hier durch eine natürliche Naturverjüngung halten können oder ob freie Sandflächen hier mittelfristig das Bild prägen werden. Auch im Bereich der Düne ist ein Entwicklungszeitraum von fünf bis sieben Jahren vorgesehen.

6.3 Potenzialanalyse Sonderhabitatstrukturen

Aufgrund des extremen Standorts ist auf der Düne das Ziel, Sonderstrukturen wie etwa freie Sandflächen, vereinzelt Wacholderstandorte oder Flächen mit Sanddorn zu etablieren. Dazu wird

die Düne zudem zukünftig von Brombeeren freigehalten. Zudem sind die hohen Temperaturen auf Freiflächen ein wichtiges Kriterium, ob überhaupt und wenn ja, welche Pflanzen wachsen. Um hier mehr Klarheit zubekommen, werden an zwei Vergleichsstellen im Bauschheimer Wald Temperaturmessungen in Kooperation mit der TU Darmstadt durchgeführt. Die Messungen erfolgen auf einer Freifläche und im Bestand.

6.4 Pilotprojekt Bewässerung

Für 2025 ist ein Pilotprojekt Bewässerung in Planung. Dabei soll eine flächige gegenüber einer punktuellen Bewässerung an einem sehr trockenen und einem mäßig feuchten Standort verglichen werden. Der sehr trockene Standort wird im Bauschheimer Wald verortet sein, der zweite Standort wird eine Fläche im Robiger sein (Abteilung 101 A[1]). Dafür wird eine Gasse aufgemulcht, um sie befahren zu können. Die Flächen müssen für den Versuch gegattert werden, um einen Einfluss durch Verbiss ausschließen zu können.

6.5. Pilotprojet CO_2-Speicher Ostpark

Das Thema CO2-Speicher Wald ist ein vielschichtiges Thema, das nicht zuletzt die Klimafunktion des Waldes unterstreicht. Auch der Erholungswert des Waldes bezifferbar ist, wie etwa eine aktuelle Studie des Thünen-Instituts zeigt (Elsasser 2024): Die durchschnittliche Zahlungsbereitschaft der Gesamtbevölkerung für den Status Quo des Waldes beträgt laut der Studie 26,94 €/Person und Jahr, die der Waldbesucher 36,06 €/p/a; hochgerechnet auf alle Einwohner Deutschlands über 14 Jahren sind dies 1,9 Mrd. €/a wobei Mittelwertschätzungen für die 16 Bundesländer zwischen 11,45 und 42,40 €/p/a schwanken. Der Holzpreis ist, angepasst an die Schwankungen des Marktes, bezifferbar. Die Klimafunktion in Form eines Kaltluftentstehungsortes ist spürbar, sobald man im Hochsommer eine geschlossene Waldfläche betritt. Was bislang schwer greifbar ist, ist die CO_2-Speicherfunktion des Waldes. Aus diesem Grund soll im Ostpark punktgenau jeder Baum mit einer Software, die den Brusthöhendurchmesser und weitere Parameter, wie etwa den Vitalitätszustand des Baumes berücksichtigt, analysiert werden. Das Ergebnis wird die CO_2Speicherkapazität des Baumbestandes im Ostpark aufzeigen und dient als Blaupause für weitere Stadtbäume und nach Prüfung der Ergebnisse und der Aussagekraft auch für weitere Waldflächen. Kontakte zum Softwarehersteller TREEO, der weltweit in unterschiedlichen Ländern wie Indonesien und Uganda tätig ist, sind bereits geknüpft. Die entstehenden Kosten belaufen sich laut Softwarehersteller auf 3,9 Eurocent pro Messung und werden in einem Dashboard abrufbar sein.

7. Hinweise für Privatwaldbesitzende

Viele Projekte, gerade, was das Thema Erhalt des Waldinnenklimas, Baumartenwahl oder Überlegungen zur Bewässerung von Jungpflanzen angeht, sollten großräumig gedacht und umgesetzt werden. Eine gute Kooperation mit möglichst vielen Waldbesitzenden ist sehr wichtig. Um die Privatwaldbesitzen so gut wie möglich zu unterstützen, was den Waldumbau auf ihren Flächen betrifft, steht die Forstbetriebsgemeinschaft Rhein-Main w.V. mit allen ihren Mitgliedern und der Stadt Rüsselsheim im engen Austausch. Die Forst-Service Taunus GmbH beförstert den Kommunalwald und ist ebenfalls für die privaten Mitglieder der Forstbetriebsgemeinschaft tätig. Dadurch ist ein bestmöglicher und enger Austausch und eine entsprechende Strategieentwicklung im Sinne aller Beteiligter möglich.

Literaturverzeichnis

Bebi, P., Allgaier Leuch, B., Bugmann, H., Conedera, M., Frehner, M., Insinna, P., Kupferschmid, A. D., Lévesque, M., Moos, C., Muhmenthaler, J., Oncelli, A., Thormann, J.-J. &

BMEL Lebensraum Wald – Mehr biologische Virlfalt im Wald: Wildvorkommen, Verbiss und Schutzmaßnahmen Wildvorkommen, Verbiss und Schutzmaßnahmen: BMEL - Bundeswaldinventur (Abruf am 08.04.2024)

Bürger-Arndt, R. 2012: Konzept und Begrifflichkeiten des Millennium Ecosystem Assessment. In: Ökosystemdienstleistungen von Wäldern, Workshopbericht. Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm 16. - 19. November 2011, BfN-Skripten 320. S. 5-10. (Microsoft Word - Workshopbericht_ÖSDL von Wäldern_Juli_2012-FINAL (bfn.de))

Ellenberg, H. 1975: Wilddichte, Ernährung und Vermehrung beim Reh. Sonderdruck: Verhandlungen der Gesellschaft für Ökologie, Erlangen. Vol. 4, S. 59-76. Zobodat - Literatur Artikel

Elsasser, P. 2024: Projekttitel: Der Erholungswert des Waldes: Aktuelle empirische Ergebnisse im Vergleich zu früheren Jahrzehnten. Projektdauer: Juli 2023 bis Dezember 2024. Aktueller Stand: Thünen: Erholungswert des Waldes im Zeitvergleich (thuenen.de) (Abruf am 10.04.2024)

Hahn, L., Schmidt, M., Lorz, C., Rothe, A., Rammig, A. Zang, C. 2024: Optimizing irrigation strategies for mitigating drought stress in reforestation areas: Lessons from a drought stress experiment. EGU General Assembly 2024, Vienna, Austria, 14.–19. Apr 2024, EGU24-5802, https://doi.org/10.5194/egusphere-egu24-5802 .

Leismann, H., Meixner, H., Stahl, W., Welleck, G. & Wolf, W. 1996: Mittelfristiger Pflegeplan für den Bauschheimer Wald. Magistrat der Stadt Rüsselsheim, Umwelt- und Grünflächenamt. S. 1-55.

Nowack, S. et al. 2021: Hessische Waldbaufibel, Grundsätze und Leitlinien zur naturnahen Wirtschaftsweise im hessischen Staatswald. Landesbetrieb Hessen-Forst, Kassel. S. 3-100.

Paar, U., & Klinck, C. 2023: Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Hrsg.): Waldzustandsbericht 2023 für Hessen. S. 9-17 https://doi.org/10.5281/zenodo.8430841

Rothkegel, W. & Ruppert, O.: LWF-Merkblatt 48 der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft (LWF). Bewässerung von Forstkulturen. mb48_bewaesserung_rz_web_bf.pdf (bayern.de) (Abruf am 04.04.2024).

Sebald J., Thrippleton T., Rammer W., Bugmann H. & Seidl R. 2021: Mixing tree species at different spatial scales: The effect of alpha, beta and gamma diversity on disturbance impacts under climate change. Journal of Applied Ecology 58: 1749–1763.

Seidl, R. 2023: Störung und Resilienz in Europas Wald. In: Bebi P., Schweier J. (Red.) Forum für Wissen 2023. Aus Störungen und Extremereignissen im Wald lernen. WSL Ber. 144: 1-66 S. https://doi.org/10.55419/wsl:35217

Schulz, H. 1993: Entwicklung der Holzverwendung im 19., 20. und 21. Jahrhundert. Holz als Roh-und Werkstoff. Springer Link 51, S. 75–82. https://doi.org/10.1007/BF03325368

Schulz, T., Braunschweiger, D., Ohmura, T., Schweier, J. & Olschewski, R. 2023: Strategien zur Klimaanpassung im Wald – Von der Schadensbewältigung zur Vorsorge. 49–57. In: Bebi P., Schweier J. (Red.) Forum für Wissen 2023. Aus Störungen und Extremereignissen im Wald lernen. WSL Ber. 144: 1-66 S. https://doi.org/10.55419/wsl:35217

Steinbach, H.-J. 2004: Alle Jahre wieder: Jagd auf Geweihträger. In: Deutsche Jagdzeitung Februar 2004. Paul Parey Zeitschriftenverlag GmbH, Singhofen. Alle Jahre wieder: Jagd auf Geweihträger - Deutsche Jagdzeitung (djz.de) (Abruf am 08.04.2024).

Thom D., Rammer W. & Seidl R. 2017: Disturbances catalyze the adaptation of forest ecosystems to changing climate conditions. Global Change Biology 23: 269–282.

Zürcher, S. 2023: Wildhuftiere und Waldverjüngung: Wenn die Zeit davonläuft. Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen, 174, 5: 274–279.

ANHANG

Die in der Tabelle zusammengefassten Maßnahmen und Projekte sind Ergänzungen und Erweiterungen zum Waldwirtschaftsplan, der unabhängig von den hier genannten Kostenpunkten jährlich erstellt wird.

Maßnahme/Projekt	Ort/Waldteil	Zeitplan	Kosten [€]
Entwicklung Konzept Baumartenwahl und Bewässerung	gesamte Waldfläche	bis 2029	Entwicklung seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Forst-Service Taunus und der Forstbetriebsgemeinschaft
Verfassen eines Waldzustandsberichts als Zwischenbericht	gesamte Waldfläche	2030	Erarbeitung seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Forst-Service Taunus und der Forstbetriebsgemeinschaft
Forsteinrichtung (gesetzliche Verpflichtung) inklusive Bestandsanalyse Wald, Baumarten, Wasserverfügbarkeit, Bodenzustand, Grundwasserstand	gesamte Waldfläche	2025, alle 10 Jahre	ca. 40.000 €, Durchführung durch externen Dienstleister
Potenzialanalyse und Erarbeitung Maßnahmenkatalog auf Basis der Forsteinrichtung 2025	gesamte Waldfläche	bis 2026	Entwicklung seitens der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Forst-Service Taunus und der Forstbetriebsgemeinschaft
Gatterung von Naturverjüngungs- und Wiederaufforstungsflächen	wo es nötig ist	wenn es nötig wird	ca. 7.500 €/Hektar
Erhöhung Abstand der Rückegassen auf 50 m	gesamte Waldfläche	-	keine
Arbeiten mit dem Pferd	gesamte Waldfläche	-	55 bis 60 €/Festmeter
Untersuchungen Hitzeentwicklung Freiflächen vs. Waldinnenbereich in Kooperation mit der FBG und der TU Darmstadt	Bauschheimer Wald	ab 2024	keine
Klimaangepasstes Waldmanagement	gesamte Waldfläche	Förderung bis 2044	Fördermittel von ca. 700.000 € in den nächsten 20 Jahren, jährlicher Eigenanteil ca. 20.000 €

Pilotprojekt Potenzialanalyse Wiederaufforstung Bauschheimer Wald	Bauschheimer Wald	ab 2025	ca. 7.500 €/Hektar für eine Gatterung
Maßnahme/Projekt	**Ort/Waldteil**	**Zeitplan**	**Kosten [€]**
Pilotprojekt Potenzialanalyse Naturverjüngung Bauschheimer Wald	Bauschheimer Wald	ab 2025	ca. 7.500 €/Hektar für eine Gatterung
Pilotprojekt Potenzialanalyse Sonderhabitatstrukturen Bauschheimer Wald	Bauschheimer Wald	ab 2025	ca. 3.000 € für Aufbereitung Fläche
Pilotprojekt Bewässerung Bauschheimer Wald, Vergleich Flächenbewässerung/Punktbewässerung	Bauschheimer Wald	2025	ca. 7.500 €/Hektar für eine Gatterung + ca. 1.750 €/Hektar/Bewässerungsgang
Pilotprojekt CO_2-Speicher Ostpark, software-basiert	Ostpark	kurzfristig möglich, allerdings erst nach Beschluss und genehmigtem Haushalt	3,9 Eurocent pro Messung
Ausbau der Kooperation mit den Privatwaldbesitzenden	-	-	1.000 € für Austauschveranstaltungen und Fortbildungen

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-586/21-26	
Datum	27.03.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	16.04.2024	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing-Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen
Bezug: Antrag AT-69/21-26 der Fraktion FDP-PLUS vom 30.01.2022 und Antrag AT-69-1/21-26 der CDU-Fraktion vom 21.02.2022

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Kennsnisnahme zu:

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. das Straßengesetz in seiner Fassung vom 07.02.2023 überarbeitet wurde und um den § 16a – Sondernutzung durch Carsharing ergänzt wurde.
2. sich erst daraus Möglichkeiten für die Stadt zur Ausweisung von Sondernutzungsflächen ergeben.
3. als Anlage dieser Drucksache ein 2. Zwischenbericht zum Antrag vorliegt.
4. die Identifizierung von Standorten in den Stadtteilen und Quartieren zur Einrichtung von von Carsharing-Standorten im Rahmen der Bearbeitung des Nahverkehrsplanes erfolgt.
5. es sinnvoll ist Carsharing-Standorte mit weiteren Sharing-Angeboten (Scooter, E-Bikes, Lastenfahrräder) zu Mobilitätsstationen auszubauen und diese mit dem ÖPNV zu vernetzen.
6. dass für die rechtssichere Ausgestaltung der Sondernutzungssatzung sowie der nachfolgenden Vergabeunterlagen externe juristische Beratung notwendig ist und in Anspruch genommen wird, sobald ein genehmigter Haushalt vorliegt. Ziel ist es ein flächendeckendes Carsharing-Angebot in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen für die Bevölkerung einzurichten.

Begründung:

A. Ziel

Die Stadt möchte ein stadtweites stationsbasiertes Carsharing-System etablieren. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht abzusehen, ob hierfür Fördermittel zur Verfügung stehen. Alle in diesem Zusammenhang abrufbaren Fördermittel sollen in Anspruch genommen werden. Die Anbieter sollen unterschiedliche Standorte in Ausschreibungspaketen bündeln, um ein möglichst flächendeckendes Netz aufzubauen.

Eine Integration in die Mobilitätsplattform des Rhein-Main-Verkehrsverbundes ist wünschenswert, um den Kunden eine durchgehende Buchung seiner Mobilitätsbedürfnisse zu ermöglichen.

B. Ausgangslage

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfügt die Stadt Rüsselsheim am Main nicht über ein städteweites und stationsbasiertes Carsharing-System. Im Bereich der Nordseite des Bahnhofes (Parkhaus an der Grabenstraße) stehen zwei Fahrzeuge des Anbieters book-n-drive zur Verfügung, in der Böllenseesiedlung ist der Anbieter Carre-Mobility mit einem Fahrzeug im stationsbasierten Carsharing unterwegs.

In einem ersten Zwischenbericht vom 18.05.2022 (siehe Anlage) wurde erläutert, dass die komplexe Thematik eines stadtweiten Carsharing-Systems bislang nicht zu den Aufgaben der Verwaltung gehörte, da es den hessischen Kommunen rechtlich nicht möglich war, öffentlichen Raum für Car-Sharing zur Verfügung zu stellen. Eine Änderung im hessischen Straßengesetz erfolgte erst im Herbst 2021. Dementsprechend ist zur Bearbeitung der Anträge zunächst eine umfassende Einarbeitung in die Thematik notwendig, zu dieser bislang die personellen Ressourcen fehlten.

C. Lösung

Vor allem um den rechtlichen Rahmen für eine nachfolgende Ausschreibung zu schaffen, wurde eine entsprechende Fachanwaltskanzlei angefragt.

Das Thema Carsharing soll mit juristischer Unterstützung in einer Workshop-Reihe aufgearbeitet werden. In einem ersten Workshop sollen dann auch mit weiteren Stakeholdern die grundlegenden rechtlichen Rahmen und Möglichkeiten geklärt und erste Entscheidungen über die Ausgestaltung des stadtweiten Carsharing-Systems getroffen werden.

Hierauf aufbauend soll ein konkreter Plan für die Ausarbeitung des Verfahrens entwickelt werden.

In einem nächsten Schritt wären die Verfahrensunterlagen mit der externen juristischen Unterstützung zu gestalten. Dies beinhaltet auch Anpassungsvorschläge für die Sondernutzungssatzung.

D. Kosten

Für die externe juristische Fachunterstützung ist ein Zeitkontingent von ca. 5 bis 9 Arbeitstagen bei einem Stundesatz von ca. 345 Euro/Stunde/brutto zu veranschlagen. Somit ergibt sich ein geschätzter Aufwand in Höhe von ca. 14.000,00 € bis 25.000 € brutto.

Es wird versucht, den Aufwand so gering wie möglich zu halten, hierzu gehört auch, dass möglichst digitale Online-Meetings anstelle von Vor-Ort-Terminen in Präsenz durchgeführt werden sollen.

Das Ergebnis wären umsetzungsreife Unterlagen, mit denen die Stadt Rüsselsheim am Main anschließend eigenständig die Auswahl der Anbieter vornehmen kann.

E. Finanzierung

Für Mobilitätskonzepte/-studien (Kostenstelle 6777550) ist bisher im Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 ein Betrag in Höhe von 84.930 € vorgesehen. Für die erforderliche Rechtsberatung könnten diese Haushaltsmittel verwendet werden, sobald ein genehmigter Haushalt vorliegt.

F. Auswirkungen auf das Klima

Die Bereitstellung von alternativen Mobilitätsangeboten wie das eines stadtweit flächendeckenden Carsharing-Angebots ist aus mobilitätsplanerischer Sicht einer der zentralen Bausteine, um eine nachhaltige Mobilität für eine klimaschonende und zukunftsgerechte Stadt zu ermöglichen.

Rüsselsheim am Main, 16.04.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

EINGEGANGEN
31. JAN. 2022
Büro Stadtv.versammlung

FI 69/21-26

Freie Demokraten FDP

PLUS
Plattform
Unabhängiger
Stadtverordneter

Rüsselsheim am Main, den 30.01.2022

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Büro Stadtverordnetenversammlung
z. Hd. Frau Breunig
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Antrag zur Verweisung im Haupt- und Finanzausschuss am 1.2.2022 sowie in der Stadtverordnetenversammlung am 10.2.2022

Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen

Die FDP-Plus-Fraktion beantragt:

1. Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main wird beauftragt, sich für ein breiter verfügbares Car-Sharing-Angebot in Rüsselsheim einzusetzen. Insbesondere soll, nach Möglichkeit in jedem Ortsteil den Rüsselsheimer Bürgern ein (stationsgebundenes) Angebot zur Verfügung stehen.
2. Der Magistrat soll mit in Frage kommenden privaten Anbietern in Kontakt treten und über eine Verbesserung des Angebots verhandeln.
3. Insbesondere ist zu prüfen:
    a. Ob über eine Rahmenvereinbarung, mit privaten Anbietern das Angebot in Rüsselsheim verbessert werden kann.
    b. Die Stadt geeignete eigene Parkplätze, oder Parkplätze im öffentlichen Raum zur Verfügung stellen kann.
    c. Eine Neufassung der Stellplatzsatzung, mit einer Ablöse zugunsten von Car-Sharing Parkplätzen, zu einem verbesserten Angebot führt.
4. Im Anschluss soll der Stadtverordnetenversammlung über das Ergebnis berichtet werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Abdullah Sert

Abdullah Sert
Fraktionsvorsitzender

FT 69-1/21-26

CDU -Fraktion in der Rüsselsheimer
Stadtverordnetenversammlung
Fraktionsvorsitzende
Stefanie Kropp
Rathaus - Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main
stefanie.kropp@cdu-uesselsheim.de

An das Büro des
Vorsitzenden der
Stadtverordnetenversammlung
Herrn Jens Grode

EINGEGANGEN
28. FEB. 2022
Büro Stadtv.versammlung

Rüsselsheim am Main, 21.02.2022

Ergänzungsantrag zum
Antrag der Fraktion FDP-PLUS vom 30.01.2022 zur Verweisung - Antrag Nr. 69/21-26 –
Beratung im HuFA am 02.03.2022
Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen

Zur Beratung:

Die Prüfung der Stellplatzsatzung unter Punkt 3c wird um folgenden Aspekt erweitert:

Es ist zu prüfen, ob der Entfall von Stellplätzen gem. Stellplatzsatzung welcher derzeit an die Einrichtung von Car-Sharing Parkplätzen gebunden ist, um die Vorhaltung eines entsprechenden Angebotes zur Nutzung von Car-Sharing als Bedingung zum Entfall von Stellplätzen erweitert werden kann. Ebenso ist zu prüfen, ob dies auf bereits bestehende Parkflächen ausgeweitet werden kann.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Vergangenheit mehreren Bauprojekten ihre Zustimmung gegeben, bei denen zu schaffende PKW-Stellplätze zu Gunsten von Car-Sharing Parkplätzen entfallen können. Das entsprechende Nutzungsangebot wird hierbei bisher nicht betrachtet.

Die Schaffung von Stellplätzen alleine ist nicht ausreichend um die ambitionierten Ziele der Verkehrswende zu erreichen. Die geschaffene Parkinfrastruktur ist mit einem entsprechenden Angebot zu verknüpfen um die Nutzung von Car-Sharing zu intensivieren und die gesetzten Ziele hinsichtlich weniger Individualverkehr zu erreichen. Um den Bürgerinnen und Bürgern den Einstieg in alternative Mobilitätsformate zu erleichtern ist mittels der Stellplatzsatzung eine Attraktivierung herbeizuführen. Aktuelle Mobilitätsstudien wie bspw. Der DAT Mobilitätsreport zeigen deutlich, dass der Haupt-Ablehnungsgrund für Car-Sharing, dass nicht vorhandene oder nur sehr eingeschränkte vorhandenen Angebot darstellen.

S. Kropp

Stefanie Kropp
Fraktionsvorsitzende

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Dezernat III

18.05.2022

Vermerk für Stadtverordnetenversammlung

Zwischenbericht zur Bearbeitung des Antrags AT 69/21-26 sowie des Ergänzungsantrags AT 69-1/21-26 „Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing Angebots in Rüsselheim am Main und seinen Stadtteilen“

Nachfolgend erhalten Sie den aktuellen Zwischenstand:

Der in der Sitzung vom 10.03.2022 durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat verwiesene Antrag AT 69/21-26 und der dazugehörige Ergänzungsantrag AT 69-1/21-26 wurden zur Bearbeitung an die Verwaltung verwiesen.

Die komplexe Thematik der Anträge 69/21-26 und 69-1/21-26 gehörte bislang nicht zu den Aufgaben der Verwaltung, da es den hessischen Kommunen rechtlich nicht möglich war, öffentlichen Raum für Car-Sharing zur Verfügung zu stellen. Eine Änderung im hessischen Straßengesetz erfolgte erst im Herbst 2021. Dementsprechend ist zur Bearbeitung der Anträge zunächst eine umfassende Einarbeitung in die Thematik notwendig. Darüber hinaus fehlen aktuell für Prüfungen dieser Art personelle Ressourcen.

Die Bereitstellung von alternativen Mobilitätsangeboten wie das eines stadtweit flächendeckenden Car-Sharing-Angebots ist aus mobilitätsplanerischer Sicht einer der zentralen Bausteine, um eine nachhaltige Mobilität für eine klimaschonende und zukunftsgerechte Stadt zu ermöglichen. Eine gewissenhafte Bearbeitung der Anträge, die zum Ziel hat ein attraktives und effektives Angebot bereitzustellen kann frühestens zum Ende des Jahres avisiert werden. Dann wird der Magistrat mit einer Vorlage auf die Stadtverordnetenversammlung zukommen.

Aus den aufgeführten Gründen ist eine fristgerechte Bearbeitung des Antrages nicht möglich.

Alle bevorstehenden Prüfungen und Maßnahmen zu diesem Thema sind freiwillige Leistungen. Diese sind aufgrund der derzeitigen Haushaltssituation gemäß §99 HGO aktuell nicht umsetzbar.

Rolf Germer
Büroleitung Dezernat III

Tiefbauamt 21.03.2024
Abteilung Mobilität / Lokale Nahverkehrsorganisation

2. Zwischenbericht

Betreff: AT-69/21-26 und AT-69-1/21-26 - Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen:

1. Historie:
Der in der Sitzung vom 10.03.2022 durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat verwiesene Antrag AT 69/21-26 und der dazugehörige Ergänzungsantrag AT 69-1/21-26 wurden am 18.03.2022 zur Bearbeitung an das Tiefbauamt (III/66) verwiesen. Ein erster Zwischenbericht wurde am 18.05.2022 erstellt.

2. Aktuelle Gesetzeslage:
Das Straßengesetz wurde in seiner Fassung vom 07.02.2023 überarbeitet und um den nachfolgenden § 16a – Sondernutzung durch Carsharing ergänzt.
Im Zwischenbericht vom 18.05.2022 wurde weiterhin darauf verwiesen, dass es zum Zeitpunkt des Berichtes hessischen Kommunen rechtlich nicht möglich war, öffentlichen Raum für Car-Sharing zur Verfügung zu stellen.
Hier hat sich die Gesetzeslage mit der Novellierung des Straßengesetztes entsprechend geändert. Der entsprechende § ist im Folgenden wiedergegeben und die wichtigsten Passagen für die weitere Betrachtung hervorgehoben.

§ 16a
Sondernutzung durch Carsharing

(1) **Die ausschließliche Nutzung einer Fläche durch einen oder mehrere Carsharinganbieter gilt als Sondernutzung, für die nach Maßgabe der folgenden Absätze eine Sondernutzungserlaubnis erteilt werden kann.**

(2) Im Sinne dieser Vorschrift ist

1. ein Carsharingfahrzeug ein Kraftfahrzeug, das einer unbestimmten Anzahl von Personen auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung und einem die Energiekosten miteinschließenden Zeit- oder Kilometertarif oder Mischformen solcher Tarife angeboten und selbstständig reserviert und genutzt werden kann,
2. ein Carsharinganbieter eine Rechtsperson unabhängig von ihrer Rechtsform, die Carsharingfahrzeuge stationsunabhängig oder stationsbasiert zur Nutzung für eine unbestimmte Anzahl von Personen nach allgemeinen Kriterien anbietet, wobei Mischformen der Angebotsmodelle möglich sind.

(3) **Für die Sondernutzung im Sinne des Absatzes 1 können geeignete Flächen einer Ortsdurchfahrt im Zuge einer Landes- oder Kreisstraße sowie an Gemeindestraßen bestimmt werden.** Die Flächen sind so zu bestimmen, dass die Funktion der Landes-, Kreis- oder Gemeindestraße und die Belange des öffentlichen Personennahverkehrs nicht beeinträchtigt werden sowie die Anforderungen an die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs gewahrt sind.

(4) **Die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis hat in einem diskriminierungsfreien und transparenten Auswahlverfahren zu erfolgen, das öffentlich bekannt zu machen ist.** Die Teilnahme am Auswahlverfahren kann von bestimmten Anforderungen abhängig gemacht werden. **Ferner ist festzulegen, wie verfahren wird, wenn pro Fläche mehr als ein Carsharinganbieter einen Antrag auf Sondernutzungserlaubnis stellt.**

(5) **Die Informationen über das vorgesehene Auswahlverfahren sind ortsüblich bekannt zu machen.** Die Bekanntmachung muss alle für die Teilnahme an dem Auswahlverfahren erforderlichen Informationen enthalten, insbesondere Informationen über den vorgesehenen Ablauf des Auswahlverfahrens, mögliche Anforderungen an die zu erbringende Leistung sowie die Mitteilung über die Vorgehensweise hinsichtlich der Auswahl der Carsharinganbieter, wenn pro Fläche mehr als ein Carsharinganbieter einen Antrag auf Sondernutzungserlaubnis stellt. Die Bekanntmachung muss zudem die vorgesehene Dauer der Sondernutzung enthalten.

(6) **Die Sondernutzungserlaubnis kann auch mit Auflagen zur Verminderung oder Vermeidung von Umweltbelastungen durch Carsharingfahrzeuge versehen werden. Sie ist befristet auf längstens acht Jahre zu erteilen. Nach Ablauf der Geltungsdauer der Sondernutzungserlaubnis ist eine Verlängerung oder Neuerteilung nur nach Durchführung eines erneuten Auswahlverfahrens nach Absatz 4 möglich.** Die Sondernutzungserlaubnis ist zu widerrufen, wenn der Carsharinganbieter die auf Grund von Absatz 5 Satz 2 formulierten Anforderungen nicht mehr erfüllt.
(7) Eine nach den vorstehenden Absätzen erteilte Sondernutzungserlaubnis kann auch die Befugnis verleihen, dass die oder der Sondernutzungsberechtigte geeignete bauliche Vorrichtungen für das Sperren der Fläche für Nichtbevorrechtigte anbringen kann. Die oder der Sondernutzungsberechtigte hat sich bei dem Anbringen geeigneter Fachunternehmen zu bedienen.

(8) § 8 Absatz 1 Satz 1 und 6 und Absatz 2, 2a und 3 des Bundesfernstraßengesetzes gelten entsprechend.

(9) **Gemeinden können die Voraussetzungen für sowie Art und Umfang der Sondernutzung im Rahmen des Carsharing nach Maßgabe dieser Vorschrift durch Satzung regeln.**

3. Aufgaben / Step-Plan

Die Bereitstellung von alternativen Mobilitätsangeboten wie das eines stadtweit flächendeckenden Car-Sharing-Angebots ist aus mobilitätsplanerischer Sicht einer der zentralen Bausteine, um eine nachhaltige Mobilität für eine klimaschonende und zukunftsgerechte Stadt zu ermöglichen.

Die Thematik der Anträge 69/21-26 und 69-1/21-26 ist komplex. Durch die neue Gesetzeslage ergeben sich folgende Aufgaben:

- Erarbeitung zur Anpassung der Sondernutzungssatzung der Stadt Rüsselsheim
- Beratung und Beschlussfassung zur Änderung der Sondernutzungssatzung der Stadt Rüsselsheim durch die Gremien und Stadtverordnetenversammlung
- Identifizierung von Standorten in den Stadtteilen und Quartieren zur Einrichtung von Mobilitätsstationen inkl. Car-Sharing
- Vorbereitung der Ausschreibung und Vergabe
- Integration des Anbieters in die Mobilitätsplattform des RMV

3.1 Identifizierung von Standorten in den Stadtteilen und Quartieren zur Einrichtung von Mobilitätsstationen inkl. Car-Sharing

Die Abteilung Mobilität ist zurzeit in Abstimmung mit dem RMV, da es dort ein Projekt gibt, mittels Datenanalyse geeignete Standort für Mobilitätsstationen zu finden.

3.2 Vorbereitung der Ausschreibung und Vergabe

Auch bei diesem Punkt gehen wir in Abstimmung mit dem RMV, um Synergien bei der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen nutzen zu können.

3.3 Integration des Anbieters in die Mobilitätsplattform des RMV

Im Sinne einer durchgängigen Reisekette für die Fahrgäste ist es sinnvoll keine Insellösungen zu betreiben und notwendig die Angebote der Stadt Rüsselsheim in die Mobilitätsplattform zu integrieren. Diese Anforderung muss in der Ausschreibung beschrieben und von den Anbietern als Muss-Kriterium gefordert werden.

Zwischen der RMV Mobilitätsplattform und den Buchungssystemen der CarSharing Anbieter werden Daten in den Anwendungsbereichen Verfügbarkeit, Buchung, Nutzung und Zahlungsabwicklung ausgetauscht. Es handelt sich um Server2Server (B2B) Schnittstellen.

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-615/21-26	
Datum	22.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	28.05.2024	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Radverkehrsführung Walter-Flex-Straße
Bezug: Antrag AT-148/21-26 der CDU-Fraktion vom 27.11.2023

Der Magistrat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. Haushaltsausgabereste aus dem Jahr 2023 zur Verfügung stehen und für den Haushalt 2024 Mittel für die Planungsleistungen zur Sanierung und Umgestaltung der Walter-Flex-Straße angemeldet sind.
2. sobald eine Genehmigung des Haushalts 2024 vorliegt das Vergabeverfahren zu den Planungsleistungen gestartet werden kann.
3. die Walter-Flex-Straße im städtischen und regionalen Radroutennetz eine wichtige Achse darstellt und für den Schulradverkehr eine baulich geschützte Radverkehrsinfrastruktur von besonderer Bedeutung ist.
4. die im Antrag 148/21-26 „Radwegplanung Walter-Flex-Straße bei Sanierung“ unter 1. enthaltenen Anforderungen an die Radverkehrsführung unter Berücksichtigung der anerkannten technischen Regelwerke als Planungsgrundlage dienen und die unter 2. benannten Varianten zur Straßengestaltung neben weiteren geprüft werden.
5. dass Projekte zur infrastrukturellen Gestaltung der Verkehrswege zur Attraktivitätssteigerung des Rad- und Fußverkehrs im Rahmen der Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung der Nahmobilität gefördert werden, sofern die Qualitätsstandards und Musterlösungen für das Radnetz Hessen dabei beachtet werden.

B. Beschluss
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass nach Abschluss der Leistungsphase 2 (Vorplanung) der Stadtverordnetenversammlung die entwickelten Varianten zur Auswahl der Vorzugsvariante als Grundlage für die weiteren Planungsphasen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Begründung:

A. Ziel

Es soll eine attraktive und sichere Radverkehrsinfrastruktur an der Walter-Flex-Straße eingerichtet werden, um für alle Radfahrenden ein geeignetes Angebot bereitzustellen und so gemäß den Zielen des Radverkehrskonzepts den Anteil des Radverkehrs am gesamtstädtischen Verkehr zu steigern und einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

B. Beschlusshistorie

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der Sitzung am 24.06.2021 mit der DS 839/16-21 „Umsetzung des Radverkehrskonzepts der Stadt Rüsselsheim am Main“ beschlossen, dass das Radverkehrskonzept (RVK) als Grundlage für die weitere Entwicklung des Radverkehrs in Rüsselsheim am Main genutzt wird.

C. Ausgangslage und Problemstellung

In dem rund 800 m langen Abschnitt zwischen der Friedhofstraße und dem Waldweg ist eine grundhafte Sanierung der Walter-Flex-Straße in den nächsten Jahren vorgesehen. In diesem Zusammenhang ist der Straßenraum derart umzugestalten, dass insbesondere für den Radverkehr eine attraktive Führung ermöglicht wird.

Die Walter-Flex-Straße ist Route im städtischen Radroutennetz und im Radroutennetz des Kreis-Groß-Gerau. Darüber hinaus stellt sie eine Schulradroute dar (vgl. Schülerradroutenplaner Hessen). Im Abschnitt zwischen der Bahnunterführung zur Danziger Straße und dem Waldweg verläuft die Empfehlungsvariante der Radschnellverbindung Mainz – Frankfurt (vgl. Machbarkeitsstudie zu Radschnell-/ Raddirektverbindungen im Kreis Groß-Gerau | Korridor Mainz - Frankfurt am Main) sowie die ausgewiesene Freizeitradroute „Spargeltour West“ (vgl. Spargeltour-West | Radroutenplaner Hessen).

Die derzeitige Radverkehrsführung an der Walter-Flex-Straße wird den heutigen Anforderungen an eine attraktive Radverkehrsanlage nicht mehr gerecht. Insbesondere unsichere Radfahrende und Schulkinder benötigen auf Straßen mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von mehr als 30 km/h einen baulich geschützten Radweg mit ausreichenden Breiten und Sicherheitsabständen zum Kfz-Verkehr. Die derzeit vorhandenen Radfahrstreifen mit einer Breite von ca. 1,50 m unterschreiten die Regelbreite von 1,85 m und bieten keinen Schutz zum fließenden Kfz-Verkehr, zudem können die notwendigen Sicherheitsabstände zu parkenden Fahrzeugen nicht gewährleistet werden, um Dooring-Unfällen vorzubeugen. Ebenso ist das Überholen von Radfahrenden im Begegnungsfall zweier Kfz nicht mit dem erforderlichen Sicherheitsabstand von 1,50 m möglich. Zur Einhaltung des Sicherheitsabstandes müssen Kfz in Richtung Fahrbahnmitte ausweichen.

In den Kreuzungszufahrten an der Friedhofstraße sowie am Waldweg wird der Radverkehr teils auf sogenannten Radstreifen in Mittellage zwischen zwei Kfz-Spuren geführt. Dies sorgt für Unsicherheiten und ist für viele Radfahrende keine geeignete Führung.

D. Lösung

Im Zuge der Planungen zur Sanierung und Umgestaltung der Walter-Flex-Straße ist eine Radverkehrsführung zu entwickeln, die den oben genannten Netzbedeutungen und den Anforderungen an eine sichere und attraktive Radverbindung für alle Zielgruppen gerecht wird. Die im Antrag AT-148/21-26 „Radwegplanung Walter-Flex-Straße bei Sanierung“ benannten Anforderungen an die Radverkehrsführung dienen dabei unter Berücksichtigung der anerkannten technischen Regelwerke als Planungsgrundlage:

- Baulich getrennte Radwege zum Kfz-Verkehr
- Einhaltung der notwendigen Sicherheitsabstände zur Vermeidung von Dooring-Unfällen und Notwendigkeit zum Ausweichen von Radfahrenden in den fließenden Kfz-Verkehr
- Verkehrsberuhigende und übersichtliche Gestaltung der Kreuzungsbereiche der einmündenden Straßen, um Konflikte mit dem Kfz-Abbiegeverkehr zu vermeiden bzw. zu reduzieren
- Für den Rad- und Fußverkehr werden ausreichende Breiten entsprechend der anerkannten technischen Regelwerke angesetzt. Eine Verengung der Fahrbahn kann hierbei auch in Betracht gezogen werden.

Im Zuge der Planungen werden verschiedene Varianten zur Gestaltung der Walter-Flex-Straße untersucht. Dabei werden die im Antrag 148/21-26 benannten Varianten berücksichtigt:

- Variante 1:
  Der Radweg wird wie im Bereich Waldweg zwischen Lucas-Cranach- Straße und Platanenstraße rechtsseitig von Parkflächen für Kraftfahrzeuge vorbeigeführt und ist baulich getrennt vom Parkstreifen (bspw. durch Bordsteine).
- Variante 2:
  Umgestaltung der Walter-Flex-Straße dahingehend, dass ein baulich getrennter Radweg für beide Fahrtrichtungen vom Kfz-Verkehr eingerichtet wird.

E. Weiteres Vorgehen

Sobald ein genehmigter Haushalt 2024 vorliegt kann das Vergabeverfahren zur Beauftragung eines Ingenieurbüros für die Planungsleistungen zur Sanierung und Umgestaltung der Walter-Flex-Straße erfolgen.

Nach Abschluss der Leistungsphase 2 (Vorplanung) werden der Stadtverordnetenversammlung die entwickelten Varianten zur Auswahl der Vorzugsvariante als Grundlage für die weiteren Planungsphasen zur Beschlussfassung vorgelegt.

Darauf aufbauend erfolgen die weiteren Planungsphasen und die Bauphasen. Ein Beginn der ersten Bauphase wird für das Jahr 2026 avisiert.

F. Kosten

Die zu erwartenden Baukosten für die Sanierung der Walter-Flex-Straße werden erst nach einer Auswahl einer Vorzugsvariante ermittelt. Neben der Straßenerneuerung ist zudem die Erneuerung der Hausanschlüsse sowie der Versorgungsleitungen der Stadtwerke vorgesehen.

Der Kostenaufwand für die Planungsleistungen ergibt sich im Rahmen der Ausschreibung. Im Zuge der Planungsphasen wird der Kostenaufwand für die Bauleistungen näher bestimmt.

G. Finanzierung

Aus dem Finanzhaushalt 2023 stehen Restmittel unter der Investitionsnummer 12016300AG Gemeindestr. - Sanierung der Walter-Flex-Str. 3. BA Mittel in Höhe von 146.000 Euro zur Verfügung, für die die Bildung von Haushaltsausgaberesten beantragt wurden. Für den Finanzhaushalt 2024 sind 150.000 Euro angemeldet, weitere 700.000 Euro sind für das Haushaltsjahr 2025 angemeldet.

Sobald ein genehmigter Haushalt für das Jahr 2024 vorliegt, können aus den Haushaltsausgaberesten von 2023 und den für 2024 angemeldeten Mitteln die Planungsleistungen für die Straßenerneuerung finanziert werden. Die notwendigen Mittel für die Bauleistungen sind in den Haushaltsplanungen der Folgejahre zu berücksichtigen.

Es wird geprüft, inwieweit die Maßnahme im Rahmen der Richtlinie des Landes Hessen zur Förderung der Nahmobilität gefördert werden kann. Hierbei ist von einer Regelförderquote von 70 % der zuwendungsfähigen Ausgaben auszugehen.

H. Auswirkungen auf das Klima

Durch den Ausbau von sicheren und attraktiven Radverkehrsverbindungen und die Schließung von Netzlücken kann der Anteil des Radverkehrs am gesamten städtischen Verkehr gesteigert werden. Dadurch ist eine Reduktion des motorisierten Individualverkehrs zu erwarten, wodurch sich wiederum Treibhausgasemissionen reduzieren lassen.

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

CDU FRAKTION RÜSSELSHEIM AM MAIN

AT 148/121-26

CDU-Fraktion. Marktplatz 4. 65428 Rüsselsheim am Main

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

EINGEGANGEN
28. NOV. 2023
Büro Stadtv.versammlung

STEFANIE KROPP
Vorsitzende

Stefanie.kropp@cdu-ruesselsheim.de
Rathaus - Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main
Mobil 0151-51795075

Rüsselsheim am Main, 27.11.2023

Antrag zur Verweisung in der Stadtverordnetenversammlung am 22.02.2024 und Beratung im PBUA.

Thema: Radwegplanung Walter-Flex-Straße bei Sanierung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Magistrat wie folgt zu beauftragen:

1. Sobald die Verwaltung die Planung zur Sanierung der Walter-Flex-Str. (kurz: WFS) aufnimmt, ist für die Planung der Radwege folgendes zu berücksichtigen:
   - Die Radwege müssen baulich getrennt vom Straßenverkehr sein.
   - Eine Planung muss den Aspekt der Vermeidung von sog. Dooring-Unfällen berücksichtigen.
   - Parkflächen sind so einzurichten, dass Radfahrerinnen und Radfahrer nicht in den Straßenverkehr ausweichen müssen.
   - Die Kreuzungsbereiche, der in die WFS einmündenden Straßen werden baulich so gestaltet, dass Autofahrerinnen und Autofahrer beim Abbiegen (oder einfahren in die WFS) die Geschwindigkeit massiv reduzieren müssen. Dies kann bspw. in der Form erfolgen, dass baulich getrennte Radwege nur mittels Schrägborde zu überwinden sind.
   - Der zur Verfügung stehende Raum, d.h. die aktuelle vorhandene Breite der WFS, inkl. der Gehwege wird für die Planung maximal ausgenutzt. Eine Verengung der Fahrstreifen kann hierbei auch in Betracht gezogen werden.
2. Für die Planung der Radwege werden, neben anderen Alternativen, auch die folgenden zwei Varianten berücksichtigt:
   - Variante 1:
     Der Radweg wird wie im Bereich Waldweg zwischen Lucas-Cranach-Str und Platanenstr rechtsseitig von Parkflächen für Kraftfahrzeuge vorbeigeführt und ist baulich getrennt vom Parkstreifen (bspw. durch Bordsteine)
   - Variante 2:

   Umgestaltung der Walter-Flex-Str dahingehend, dass ein baulich getrennter Radweg für beide Fahrtrichtungen vom Kraftfahrzeugverkehr eingerichtet wird

Begründung:

Die aktuellen „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (kurz. ERA) des Vereins „Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen e.V." (kurz FGSV) sind von 2010 und damit hoffnungslos überaltert. Eine neue ERA ist für 2023 angekündigt, jedoch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht veröffentlicht. Der Mindestsicherheitsabstand innerorts beim Überholen Radfahrern beträgt 1,5m. Heute werden Radwege häufigst auf der Straße, links von parkenden Fahrzeugen, geführt. Die Trennung zum fließenden Verkehr erfolgt nur durch einen weißen, schmalen Streifen. Auf vielbefahrene Straßen innerorts ist bei dieser Art der Verkehrsführung dieser Mindestabstand fast nie einzuhalten. Dennoch werden Radfahrer überholt. Mit unserem Antrag wollen wir frühzeitig darauf hinwirken, dass bei der Sanierung der WFS vorausschauend auf die Verkehrswegplanung für alle Verkehrsteilnehmer und damit auch auf den Radweg geachtet wird. Eine baulich bedingte Verschmälerung der Fahrstreifen trägt zudem positiv zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung innerorts bei.

Beispiele für Situationen die wir vermeiden wollen:







Mögliche Lösungen:



Vorher



Nachher

Beispiel bauliche Trennung inkl. Schrägborde



Freundliche Grüße

S. Kropp

Stefanie Kropp
Vorsitzende

Der Magistrat

rüsselsheim am main

Antrag	
der Fraktion FDP/FW-PLUS	
AT-161/21-26	
Datum	24.04.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:
Verkehrssicherheit am Landungsplatz verbessern
Antrag der Fraktion FDP/FW-PLUS vom 24.04.2024

Beschlusstext:
Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer am Landungsplatz auf Höhe des Leinreiter bzw. des Wein am Main – Standes verbessert werden kann.

Insbesondere ist dabei eine Entschleunigung des durchfahrenden Radverkehrs anzustreben, um damit die Sicherheit der Fußgänger sicherzustellen.

Ziel ist es, damit Unfallrisiken zu minimieren und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Begründung:
An sommerlichen Tagen kommt es an dieser von zahlreichen Besuchern aufgesuchten Stelle rund um den Leinreiter bzw. des WaM-Standes zu gefährlichen Situationen zwischen dem zum Teil sehr schnell durchfahrenden Radverkehr oder auch E-Scooter-Fahren und den am Mainufer bzw. am WaM-Sand sich aufhaltenden Fußgängern. Insbesondere Kinder sind hier einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, weil sie die verkehrliche Situation auf dem Weg nicht immer einschätzen können und unerwartet queren.

Die aufgestellten Hinweisschilder zur gegenseitigen Rücksichtnahme sind nicht ausreichend und müssen durch zusätzliche Verkehrssicherungsmaßnahmen ergänzt werden.

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Gremienbüro
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Ma

EINGANG
24.04.2024
Fachbereich Zentrales
Bereich Verwaltungsorganisation und -steuerung
rüsselsheim am main

sselsheim am Main, den 24.04.2024

Antrag zur Verweisung an den PBUA und die Stadtverordnetenversammlung

<u>Verkehrssicherheit am Landungsplatz verbessern</u>

Die FDP/FW-Plus-Fraktion beantragt:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer am Landungsplatz auf Höhe des Leinreiter bzw. des Wein am Main – Standes verbessert werden kann.

Insbesondere ist dabei eine Entschleunigung des durchfahrenden Radverkehrs anzustreben, um damit die Sicherheit der Fußgänger sicherzustellen.

Ziel ist es, damit Unfallrisiken zu minimieren und die Aufenthaltsqualität zu erhöhen.

Begründung

An sommerlichen Tagen kommt es an dieser von zahlreichen Besuchern aufgesuchten Stelle rund im den Leinreiter bzw. des WaM-Standes zu gefährlichen Situationen zwischen dem zum Teil sehr schnell durchfahrenden Radverkehr oder auch E-Scooter-Fahren und den am Mainufer bzw. am WaM-Sand sich aufhaltenden Fußgängern. Insbesondere Kinder sind hier einer erhöhten Gefahr ausgesetzt, weil sie die verkehrliche Situation auf dem Weg nicht immer einschätzen können und unerwartet queren.

Die aufgestellten Hinweisschilder zur gegenseitigen Rücksichtnahme sind nicht ausreichend und müssen durch zusätzliche Verkehrssicherungsmaßnahmen ergänzt werden.

Abdullah Sert
Fraktionsvorsitzender

rüsselsheim am main

Antrag AT-166/21-26	
Datum	18.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:
Antrag zur sofortigen Beschlussfassung Positivliste für die Nutzung schulischer Räume
Antrag der Fraktionen CDU, WsR, SPD, FDP/ FW- PLUS,
Fraktion DIE GRÜNEN/ Linke Liste Soli/ ABI vom 18.06.2024

Beschlusstext:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass:

1. Im Zuge des Antragsverfahrens zur Aufnahme in die Positivliste für die Nutzung schulischer Räume werden die Antragsteller verpflichtet, die Anti-Diskriminierungsklausel (DS 561/21-26) zu unterschreiben. Die Unterschrift der Klausel gilt als Voraussetzung für die Aufnahme in die Positivliste.

Begründung:
Im Zuge der Verpflichtung zur Unterzeichnung der Anti-Diskriminierungs-Klausel für Vereinsförderungen (DS 561/21-26) ist es notwendig auch die Kriterien für die Aufnahme auf Positivliste für die Nutzung schulischer Räume anzupassen.

CDU | WsR – WIR SIND RÜSSELSHEIM | Fraktion Rüsselsheim SPD | Freie Demokraten FDP | PLUS Plattform Unabhängiger Stadtverordneter | Fraktion DIE GRÜNEN/ Linke Liste Soli/ABI

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

EINGANG
18.06.2024
Fachbereich Zentrales Gremienbüro
rüsselsheim am main

AT-166/21-26

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2024

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass:

1. Im Zuge des Antragsverfahrens zur Aufnahme in die Positivliste für die Nutzung schulischer Räume werden die Antragsteller verpflichtet, die Anti-Diskriminierungsklausel (DS 561/21-26) zu unterschreiben. Die Unterschrift der Klausel gilt als Voraussetzung für die Aufnahme in die Positivliste.

Begründung:
Im Zuge der Verpflichtung zur Unterzeichnung der Anti-Diskriminierungs-Klausel für Vereinsförderungen (DS 561/21-26) ist es notwendig auch die Kriterien für die Aufnahme auf Positivliste für die Nutzung schulischer Räume anzupassen.

Freundliche Grüße

Stefanie Kropp
Fraktionsvorsitzende CDU

Joachim Walczuch
Fraktionvorsitzender WsR

Murat Karakaya
Fraktionsvorsitzender SPD

Abdullah Sert
Fraktionsvorsitzender FDP+

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende DIE GRÜNEN/
Linke Liste Soli / ABI

rüsselsheim am main

Antrag	
der Fraktion CDU	
AT-157/21-26	
Datum	15.03.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Ortsbeirat Königstädten	06.06.2024	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:
Straßenzustand der Elsa-Brandström-Allee
Antrag der CDU-Fraktion vom 14.03.2024

Beschlusstext:
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine Verbesserung des Straßenzustandes der Elsa-Brandström-Allee zwischen der Einfahrt zur WFB und der Autobahnbrücke kurzfristig erreicht werden kann.
2. Die Ergebnisse inkl. einem Vorschlag zur Beschlussfassung sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Begründung:
Der oben genannte Bereich ist stark von Rissen und Unebenheiten geprägt. Gerade für die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtung ist dieser Zustand besonders herausfordern und teilweise gefährlich.

AT-157/21-26

CDU FRAKTION RÜSSELSHEIM AM MAIN

CDU-Fraktion. Marktplatz 4. 65428 Rüsselsheim am Main

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

EINGANG
14.03.2024
Fachbereich Zentrales
Bereich Verwaltungsorganisation und -steuerung
rüsselsheim am main

STEFANIE KROPP
Vorsitzende

Stefanie.kropp@cdu-ruesselsheim.de
Rathaus - Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main
Mobil 0151-51795075

Rüsselsheim am Main, 14.03.2024

Antrag zur Verweisung in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2024

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob eine Verbesserung des Straßenzustandes der Elsa-Brandström-Allee zwischen der Einfahrt zur WFB und der Autobahnbrücke kurzfristig erreicht werden kann.
2. Die Ergebnisse inkl. einem Vorschlag zur Beschlussfassung sind der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen.

Begründung:

Der oben genannte Bereich ist stark von Rissen und Unebenheiten geprägt. Gerade für die Nutzerinnen und Nutzer der Einrichtung ist dieser Zustand besonders herausfordern und teilweise gefährlich.

Freundliche Grüße

S. Kropp

Stefanie Kropp
Vorsitzende

Der Magistrat

rüsselsheim am main

Antrag	
der Fraktion CDU	
AT-162/21-26	
Datum	24.04.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:
Bewässerung durch Wasserentnahme aus dem Main
Antrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2024

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen für die Bewässerung von Bäumen, Sträuchern, etc. der AÖR eine Wasserentnahme aus dem Main ermöglicht werden kann.

Begründung:
Angesicht längerer und häufigerer Trockenphasen ist es nötig, Bäume, Sträucher, etc., also öffentliche Grünanlagen häufiger zu bewässern.
Damit hierzu kein Trinkwasser genutzt wird, soll geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Wasserentnahme aus dem Main für die ÄÖR (bzw. Beauftragten Dienstleistern) möglich ist.

AT-162/21-26

CDU FRAKTION RÜSSELSHEIM AM MAIN

CDU-Fraktion. Marktplatz 4. 65428 Rüsselsheim am Main

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Herrn Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

EINGANG
24.04.2024
Fachbereich Zentrales
Bereich Verwaltungsorganisation und -steuerung
rüsselsheim am main

STEFANIE KROPP
Vorsitzende

Stefanie.kropp@cdu-ruesselsheim.de
Rathaus - Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main
Mobil 0151-51795075

Rüsselsheim am Main, 24.04.2024

Antrag zur Verweisung in der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2024

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen für die Bewässerung von Bäumen, Sträuchern, etc. der AÖR eine Wasserentnahme aus dem Main ermöglicht werden kann.

Begründung:

Angesicht längerer und häufigerer Trockenphasen ist es nötig, Bäume, Sträucher, etc., also öffentliche Grünanlagen häufiger zu bewässern.
Damit hierzu kein Trinkwasser genutzt wird, soll geprüft werden, ob und unter welchen Voraussetzungen eine Wasserentnahme aus dem Main für die ÄÖR (bzw. Beauftragten Dienstleistern) möglich ist.

Freundliche Grüße

S. Kropp

Stefanie Kropp Vorsitzende

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-596/21-26	
Datum	07.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	14.05.2024	beschließend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	12.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Bericht der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme zu:

Kenntnisnahme:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen für den Berichtszeitraum 2022 (Anlage) zur Kenntnis.

Begründung:

A. Ziel

Ziel der Vorlage ist es, die Stadtverordnetenversammlung über die Arbeit der Stiftung Opelvillen und insbesondere auch über die finanzielle Situation zu informieren. Gleichzeitig wird mit diesem Bericht der Empfehlung des Landesrechnungshofs im Zuge der 220. vergleichenden Prüfung „Kultur“ (Abschlussbericht 2020) gefolgt, zukünftig die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen in die regelmäßige Berichterstattung des Kulturbereichs mit einzubinden.

B. Hintergrund

Die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim wurde 2001 gegründet; sie ist eine gemeinnützig arbeitende Einrichtung bürgerlichen Rechts. Hauptstifterin ist die Stadt Rüsselsheim am Main.

Zu den Aufgaben der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen zählen der Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudeensembles, das Angebot kultureller Projekte in Form von Ausstellungen, die Bildung und Vermittlung sowie die Förderung von Kunst.

C. Beschlusshistorie

DS 753/16-21 - 220. Vergleichende Prüfung „Kultur“
DS 763/16-21 - Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen: Finanzplanung ab 2021
DS-369/21-26 - Bericht der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen (Berichtszeitraum 2020/2021)

D. Zusammenfassung

Der vorgelegte Bericht umfasst den Berichtszeitraum 2022. Anhand von ausgesuchten Beispielen werden Bildungs- und Vermittlungsformate vorgestellt. Daneben geht der Bericht auf Sanierungsarbeiten im Jahr 2022 ein und liefert eine Prognose über den Sanierungsbedarf der nächsten Jahre.

Der Bericht zeigt zudem auf, dass die Finanzsituation der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim aufgrund des Sanierungsstaus des denkmalgeschützten Gebäudeensembles weiterhin angespannt ist.

E. Kosten

Die Stadtverordnetenversammlung hat auf Vorschlag des Magistrats mit Beschluss der Drucksache 763/16-21 - Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen: Finanzplanung ab 2021 bereits 2020 beschlossen, ab dem Haushaltsjahr 2023 den Zuschuss für die Opelvillen zu indexieren. Auf Grundlage dieses Beschlusses wird im Haushaltsplanentwurf 2024 der Zuschuss für die Personal- und Sachkosten der Opelvillen (Sachkonto 7128830) um 10 % auf 316.400 € erhöht. Der Zuschuss für die Bauunterhaltung (Sachkonto 7128831) erhöht sich um 5 % auf 161.000 €.

Anlage

Bericht Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Berichtszeitraum 2022 mit Anlage

Rüsselsheim am Main, 14.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

1. Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim

Die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim ist eine gemeinnützig arbeitende Einrichtung bürgerlichen Rechts, gegründet von der Stadt Rüsselsheim 2001.

Zu ihren Aufgaben zählen der Erhalt der Gebäude, die Veranstaltung kultureller Projekte in Form von Ausstellungen, die Bildung und Vermittlung sowie die Förderung von Kunst.

Die Stiftungsgeschäfte werden von 2 Vorstandsmitgliedern (haupt- und ehrenamtlich) geführt. Das Personal der Stiftung Opelvillen besteht ferner aus 2 Festangestellten (1 Person für Registratur/Verwaltung und 1 Person für Haustechnik), 1 Volontärin und 1 Werkstudentin (für Besucherservice/ Organisation/ Vermittlung/ Social Media/ Marketing), 6 Minijobbern (für Sekretariat/ Bewachung/ Gartenpflege) sowie Freiberuflern (für Vermittlung).

Dem Stiftungsrat gehören aktuell an: Vorsitzender Bürgermeister Dennis Grieser, Oberbürgermeister Udo Bausch, Jens Grode, Renate Meixner-Römer, Dr. Ingrid Pfeiffer, Markus Walter, Ulrich Weber

Vorstand: Dr. Beate Kemfert und Notar Thomas Müller

1.1 Aufgaben

1.1.1. Erhalt

Erklärte Aufgabe der Stiftung ist es, die unter Denkmalschutz stehenden Opelvillen als repräsentativen Bau des Rüsselsheimer Mainufers weiter zu pflegen und instand zu halten. Da die Stiftung ohne Kapitalstock gegründet wurde, ist sie kontinuierlich auf Förderung angewiesen. Allein durch Zuschüsse konnten wichtige Bau- und Sanierungsmaßnahmen realisiert werden — so etwa im März 2012 die Neugestaltung des Gartens der Villa Wenske. 2003 wurde der Freundeskreis der Stiftung ins Leben gerufen. Sein Engagement trägt maßgeblich zur Erhaltung und Pflege des Anwesens bei.

1.1.2. Ausstellung

Die Architektur der Opelvillen verleiht dem Ort eine stilvolle Atmosphäre und bietet einen repräsentativen Rahmen für die Inhalte der wechselnden Ausstellungen. Mit dem thematischen Schwerpunkt »Von der Moderne zur Gegenwart« beleuchten die seit 2003 konzipierten Ausstellungen die Entwicklung internationaler Kunst vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute. Dies spannt einen Bogen vom Erbauungszeitraum der Opelvillen bis heute und setzt die hier gezeigte Kunst in innigen Bezug zu diesem Ort.

1.1.3. Bildung

Kunstvermittlung versteht die Stiftung als wichtigen Auftrag zur kulturellen Bildung, die für jeden offenstehen sollte. Es ist daher beabsichtigt, die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen zu fördern, da eine aktive Mitwirkung der Besucher eine neue und zeitgemäße Verständigung über Vergangenes und Gegenwart, Kultur und Alltag, Kunst und Umwelt und vieles mehr ermöglichen kann. Individuell nach Ausstellungsthematik werden stets neue Vermittlungsprogramme für alle Altersstufen, von Kindern im Kindergartenalter bis hin zu Menschen mit Demenz, konzipiert.

1.1.4. Förderung

Die Förderung von Kunst setzt bei jungen Nachwuchstalenten ein. Die SCHLEUSE ist seit 2005 ein Ausstellungsraum der Opelvillen zur Unterstützung von Kunststudierenden. Angehende Künstlerinnen und Künstler aus umliegenden Kunsthochschulen können ihre Werke erstmalig einem breiten Publikum präsentieren. Zusätzlich beinhaltet das Förderprogramm der Stiftung seit 2009 ein Gastatelier, das LABOR, im Untergeschoss des Hauses. Dort können junge Kreative arbeiten und ausstellen.



1.2 Besonderheiten des Berichtszeitraums

1.2.1. Corona-Pandemie

Am 11. März 2020 erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die bis dahin als Epidemie gewertete Ausbreitung des Corona-Virus zu einer weltweiten Pandemie. Ab März 2020 hatte die Pandemie für den Kulturbereich einschneidende Folgen, die auch die Arbeit der Stiftung Opelvillen in den folgenden zwei Jahren erheblich beschwerte. Es sollte ganze drei Jahre dauern, bis Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach die Corona-Pandemie Anfang April 2023 offiziell für beendet erklärt. Im Berichtszeitraum 2022 konnten die Ausstellungen wie geplant stattfinden und der Restaurantbetrieb ohne Einschränkungen offengehalten werden. Trauungen durften wieder in der Villa Wenske vom Standesamt der Stadt Rüsselsheim durchgeführt werden. Auch eine Bewirtung im Lesecafé durch die Stiftung konnte wieder aufgenommen werden. Dennoch erreichten die Besucherzahlen noch nicht das Niveau der Vor-Corona-Jahre. 2022 fanden beispielsweise noch keine Führungen für Menschen mit Demenz statt. Auch die Führungsnachfragen und Teilnahmen der Kindergärten am Sprachförderungsprogramm gingen pandemiebedingt zurück. Es konnte festgestellt werden, dass die Vermittlungsangebote nur zögerlich angenommen wurden.

2. Aufgaben zur Erfüllung des Stiftungszwecks

Um die Aufgaben der Stiftung Opelvillen genauer zu veranschaulichen, werden diese im Folgenden mit konkreten Beispielen versehen.

2.1. Gebäudeunterhaltung

Zu den Hauptsanierungsarbeiten 2022 zählt neben Instandsetzungsarbeiten die Baumaßnahme der Erneuerung der Klimaanlage. Im Ausstellungshaus wurde von der Kälte- und Klimatechnik KAUL eine Umrüstung der bestehenden Klimaanlage zu einer speziellen Klimaanlage durch Wärmepumpen vom Hersteller Daikin mit der Patentierten Flash Streamer Technologie, die mehr als 99,9% der neuartigen Corona Viren (SARS-CoV-2) inaktiviert, umgesetzt. Die Lichtanlage im Ausstellungshaus konnte hingegen nur notdürftig repariert werden, da es keine Originalersatzteile mehr gibt.
Für die Instandhaltung der Küchengeräte in der Gastronomie musste die Abluftanlage von der Firma Henatherm Luft- und Wärmetechnik GmbH, Nastätten, komplett ausgetauscht werden. Die Durchführung war aufwendiger als gedacht, da nachträglich Schalter zur Regelung der Wärme für das Küchenpersonal eingebaut werden mussten. Ferner waren wieder verschiedene Einsatzfahrten zum Abpumpen des Pumpenschachts der Rüsselsheimer Firma Reuter und Schmidt nötig. Der Steinmetz Knußmann aus Nackenheim musste die Halterung des Karmingitters im Restaurant verstärken. Zur Reparatur des Wärmepass von der auf Großküchen spezialisierten Firma Lacher, Darmstadt, mussten Ersatzteile bestellt und eingebaut werden.

Die Betreuung aller Baumaßnahmen konnte über die Stiftung Opelvillen erfolgen. Vom Ingenieurbüro Böhm & Lellek, das die Sanierung der Opelvillen seit 2006 betreut, wurde 2022 lediglich der Antrag bei der unteren

Denkmalschutzbehörde zur Instandsetzung der Betonbauteile gestellt. Diese Genehmigung war notwendig für die Förder-Antragstellung bei der Deutschen Stiftung Denkmalschutz. Die notwendige und dringliche Sanierung der Betonbauteile wurde aus finanziellen Gründen auf die Folgejahre verschoben.

2.2. Kulturelle Nutzung

Die Opelvillen werden als Ausstellungshaus wechselnder Kunstschauen genutzt, die von der Stiftung Opelvillen durch die Kuratorin Dr. Beate Kemfert entwickelt werden. Zu den Inhalten der jeweiligen Ausstellungen werden Begleitprogramme mit Konzerten, Lesungen oder Künstlergespräche veranstaltet.

2.2.1. Abschlussbericht der Ausstellung "Kunst für Tiere. Ein Perspektivwechsel für Menschen“ mit Wiederaufnahme vom 23. Oktober 2021 bis 6. Februar 2022

Zur Wiederöffnung mit Podiumsdiskussion „Elefantenrunde“ am Sonntag, 23. Oktober 2021 mit Dr. Dominik Düber, Amtsleiter Umwelt und Klimaschutz der Stadt Rüsselsheim, reisten die Künstlerin Ursula Böhmer aus Berlin und der Künstler Maximilian Prüfer aus Augsburg an. Da durch die Pandemie-Bestimmungen nur 25 Personen zugelassen werden durften, wurde die Podiumsdiskussion via Zoom übertragen, an der weitere 50 Personen online teilnahmen. Geschuldet durch die Pandemie-Verordnungen nahm das Besuchervolumen verglichen mit den Vor-Corona-Jahren deutlich ab. So wurde die exklusive Preview für den Freundeskreis nur schwach von 7 Personen besucht.



Insgesamt konnten nur rund 850 Gäste in der Ausstellung gezählt werden. Die Ausstellungsbesuchenden stammten überwiegend aus Rüsselsheim und dem Rhein-Main-Gebiet. Darüber hinaus wurden rund 30 Gäste aus Deutschland

und über 2 aus dem Ausland gezählt. Der Anteil der Frauen unter den Ausstellungsbesuchern war gewohnt hoch. Die Altersgruppe von 40 bis 60 Jahren war die stärkste Besuchergruppe.
Es kamen nur drei Führungen am Mittwochnachmittag und eine am Donnerstagabend zustande. Aufgrund der Pandemieauflagen musste das Angebot mit Verzehr, Kunstkaffee und Kunstabend, aufgegeben werden. Die Auswirkungen der Pandemie zeigten sich auch darin, dass es keine Nachfrage nach Führungen für Menschen mit Demenz mehr gab. Öffentliche Führungen fanden hingegen jeden Sonntag um 15.00 Uhr statt, sodass an 13 Sonntagsterminen rund 50 Gäste persönlich eingeführt werden konnten. Der Einladung von Dr. Beate Kemfert zur Expertenführung folgten 12 Personen. Das mit dem Künstler Jan Schmidt veranstaltete Künstlergespräch fand mit 22 Gästen erfreulichen Zulauf. Ebenso große Beliebtheit genoss das Format „offenes Haus“ mit fünf Terminen, zu denen auch Vierbeiner mitgebracht werden konnten. Insgesamt wurden 79 Hundebesitzerinnen und -besitzer sowie 38 Hunde gezählt.



Weniger beeinträchtigt war das Bildungsprogramm für junge Menschen, das auch während der Pandemie angeboten worden war. Zum Ausstellungsbesuch kamen vier Schulklassen und zwei Kindergartengruppen. Zehn Termine für Kindergärten zur Sprachförderung wurden realisiert. Wieder wurde das Programm der Kinder-Kunstlotsen in Kooperation mit der Grundschule Innenstadt durchgeführt. Die Kinder kamen an acht Terminen ins Ausstellungshaus. Ferner kamen zwei Studierenden-Gruppen zu Besuch: Einmal aus Köln die TH Köln mit 10 Personen und andern mal die European School of Design mit 8 Personen.

Die Opelvillen-Ausstellung war Teil der Kooperation ARTENTREFFEN mit dem Deutschen Ledermuseum in Offenbach und dem Wiesbadener Kunstverein, die von Dr. Beate Kemfert eigens initiiert und vom Kulturfonds

Frankfurt/RheinMain gefördert wurde. Da Rüsselsheim nicht Mitglied im Kulturfonds ist, kamen die Opelvillen nicht in den Genuss einer Förderung ihrer Ausstellung. Vom Bund wurde hingegen das neuentwickelte Online-Format „DigiGuide“ – Innovatives digitales Guide-System mit multimedialen Inhalten zur nachhaltigen Vermittlung von Ausstellungsinhalten – gefördert. Zum Ausstellungsbeginn konnte die erste Ausgabe veröffentlicht werden.



2.2.2. Abschlussbericht der Ausstellung „Daphne ohne Apoll. Verwandlungen von Richter bis Lassnig aus der Sammlung Klöcker“ vom 13. März 2022 bis 28. August 2022

Die Ausstellung wurde gemeinsam mit den Leihgeberpaar Dr. Lucia und Dr. Ingo Klöcker eröffnet. Da durch die Pandemie-Bestimmungen nur 25 Personen zugelassen waren, wurde das Eröffnungsgespräch der Leihgeber und Dr. Beate Kemfert via Zoom übertragen, an der digitalen Übertragung nahmen weitere 30 Personen digital teil. Am Vorabend kamen 50 Personen in zwei Gruppen zur exklusiven Preview des Freundeskreises. Das Medienecho war groß mit ganzseitigen Berichten in den FAZ-Schauseiten, Magazinen oder anderen Fachzeitschriften. Kurzinterviews mit Dr. Beate Kemfert wurde auf hr Info, hr2 oder swr2 gesendet.

Insgesamt konnten rund 2.500 Gäste in der Ausstellung gezählt werden. Die Besucherinnen und Besucher stammten überwiegend aus Rüsselsheim und dem Rhein-Main-Gebiet. Darüber hinaus wurden rund 100 Besucher aus Deutschland und 15 aus dem Ausland gezählt. Der Anteil der Frauen unter den Ausstellungsbesuchern war wie gewohnt hoch. Stärker als bei Vorgängerausstellungen besuchte die Altersgruppe bis 20 Jahre die Schau aufgrund verschiedener Vermittlungsformate.

Die Mittwochsführungen am Nachmittag, die Donnerstagführungen am Nachmittag und die öffentlichen Führungen - jeden Sonntag und Feiertag um 15.00 Uhr - wurden weiter angeboten. War die Teilnahme an den Sonn- und Feiertagsführungen ohne Anmeldung möglich, wurden die anderen Führungsangebote nur auf Nachfrage durchgeführt. Insgesamt kamen 13 Mittwochnachmittagsführungen rund 100 Interessierte. Geringer war die Nachfrage nach Abendführungen, sodass nur 6 Führungen zustande kamen. Insgesamt kamen aber rund 60 Personen am Donnerstagabend. Ferner waren die Architekturführungen an vier Samstagen wieder im Programm, zu denen insgesamt 15 Gäste kamen. Aufgrund eines Aufrufes per Newsletter „Wartet nicht, bis Ihr Blumen auf unser Grab legen müsst“, wurde die Nachfrage nach exklusiven Gruppenführungen angefacht. So kamen zehn Exklusiv-Führungen mit Dr. Beate Kemfert zustande, an denen rund 150 Personen teilnahmen. Dabei waren Firmen, wie Engels und Völkers oder die Sparkasse Groß-Gerau, die ihre Kunden einluden. Ferner besuchte der Freundeskreis des MMK (Museum für Moderne Kunst in Frankfurt am Main) die Ausstellung mit 15 Personen und die Schirn-Freunde kamen mit 14 Mitgliedern des Kuratoriums. Drei VHS-Gruppen aus Mainz, Schierstein und Darmstadt buchten ebenfalls Führungen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Rüsselsheim wurden wieder zur kostenlosen Führung eingeladen. Die Einladung nahmen vier Personen an. Der gesonderten Führung für den Magistrat der Stadt folgten drei Magistratsmitglieder. Größerer Beliebtheit erfreute sich das Künstlergespräch mit der aus Leipzig angereisten Isabelle Dutoit. Hierzu kamen 20 Gäste in die Opelvillen.



Ein enormer Erfolg wurde „Daphnes Fest“. Am Sonntag, den 12. Juni 2022 verwandelten sich die Opelvillen ab 11 Uhr in eine große Bühne herausragender Talente. In Kooperation mit der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main wurde neu gedacht und gemeinsam mit Dekanin Prof. Silke Rüdinger und jungen Studierenden ein interdisziplinärer

Wandelgang für die Ausstellung erarbeitet. Aufstrebende Künstlerinnen und Künstler wählten abwechslungsreiche Kompositionen in Verbindung zu den Ausstellungsexponaten aus, die insbesondere Verwandlungen zeigen sowie die Darstellung der Frau fokussieren. Euphorische Stimmung herrschte am Festtag durchweg. Zur Matinee begrüßte Kuratorin Dr. Beate Kemfert über 100 Gäste aus Rüsselsheim und dem ganzen Rhein-Main-Gebiet, die sich auf musikalische, tänzerische und literarische Darbietungen in der aktuellen Ausstellung freuen konnten. Direkt auf der Eingangsterrasse erwartete das Publikum eine Daphne-Komposition von Jacob van Eyck, gespielt von der Flötistin Hanna Volgmann, tänzerisch untermalt von Abril Lukac und Luciano Baptiste. Im ersten Ausstellungsraum startete der Wandelgang mit zwei Klavierkompositionen von Clara Schumann, die die gebürtige Estin Marite Männi zum Besten gab. Anschließend ließ Volgmann die „Daphne“ von Wolfgang Mattheuer mit dem Stück „To a pine tree on Mount Carmel“ von Avishai Ya’ar lebendig werden, während Lukac und Baptiste sich zur Flötenmusik um die Skulptur bewegten. Ihre tänzerischen Improvisationen führten das Publikum anschließend durch die Ausstellungsräume. Vor dem Gemälde „Diana“ von Arno Rink las Schauspieler Miguel Klein Medina die Passage um die römische Göttin aus Ovids „Metamorphosen“. Eine weitere Flöteneinlage von Volgmann lockte die Gäste in die nächste Etage, wo Schauspielerin Johanna Engel neben einer Skulptur von Thomas Schütte aus der Erzählung „Päonien“ von Mishima Yukio las. Gebannt lauschte das Publikum auch der Lesung „Dame zu Fuchs“ von David Garnett, gelesen von Klein Medina neben dem Kunstwerk „Kitsune Blue“ von Leiko Ikemura, dem Volgmann-Flötenspiel Charavgi von Calliope Tsoupaki neben „Flower Head“ der Künstlerin Kiki Smith und einem Auszug aus „Alice im Wunderland“, neben der gleichnamigen Statue von Smith, gelesen von Engel.



Auch das Konzert „Saiten Metamorphosen“ am Samstag, 16. Juli, um 20 Uhr vom „Ensemble Perismon“ war mit 60 Personen gut besucht. Drei Musikerinnen gingen auf Spurensuche und fächerten die globale Bandbreite von Saiten-Instrumenten auf. Enkhtuya Jambaldorj stammt aus der Mongolei und spielte an dem Abend traditionelle mongolische Volksmusikinstrumente. Die aus dem Iran stammende Samira Memarzadeh ließ sowohl den persischen Çang sowie die europäische Harfe erklingen, ergänzt durch die vielseitige Geigerin Hagit Halaf, die ihr Studium in Tel Aviv absolvierte. Ihr Konzert „Saiten Metamorphosen“ mit lyrischen, klassischen und orientalischen Melodien fand anlässlich von „Kultur im Sommer“ statt.

Das Abschlusskonzert am Sonntag, 28. August um 18 Uhr war mit 80 Personen ausgebucht. Zur Finissage spielte die Konzertpianistin Viviane Goergen Klavierstücke von Marie Jaëll (1846–1925). Goergen interpretierte die Stücke der zu Lebzeiten sehr bekannten, aber vergessenen Komponistin neu und ließ mit Auszügen aus dem Werk „18 Pièces pour piano d’après la lecture de Dante“ die Erinnerung an Jaëll wieder aufleben.

Vier Schulklassen und zwei Kindergartengruppen kamen zu Besuch. Vier Kindergärten-Gruppen nahmen am gesonderten Vermittlungsprogramm der Sprachförderung an dreizehn Terminen teil.



2.2.3. Zwischenbericht der Doppelausstellung „Esther Ferrer. Ich werde von meinem Leben erzählen“ und „Fotografien der Vergangenheit. José Ortiz Echagüe (Spanien 1886–1980)“ vom 16. Oktober 2022 bis 22. Januar 2023

Die Ausstellungen wurden mit der Künstlerin Esther Ferrer aus Paris, weiteren spanischen Gästen und Vertretern der Förderinstitutionen Cervantes

Madrid/Frankfurt und AC/E Accion Cultural Española Madrid eröffnet. Zum ersten Mal fand wieder nach zwei Jahren eine analoge Eröffnung am Sonntagvormittag statt, an der rund 60 Personen teilnahmen. Ebenso besucht war die Nachmittagsperformance „Ich erzähle Dir aus meinem Leben“ von Esther Ferrer, die mit 14 Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet aufgeführt wurde. Am Vorabend kamen rund 50 Personen zur exklusiven Preview des Freundeskreises. Das Medienecho war groß mit ganzseitigen Berichten in den FAZ-Schauseiten, Magazinen oder anderen Fachzeitschriften wie Monopol. Kurzinterviews mit Dr. Beate Kemfert wurde auf hr Info, hr2 oder swr2 gesendet. Das Besucheraufkommen hat jedoch noch nicht das Niveau erreicht, das vor der Pandemie die Regel war. Veranstaltungen mit rund 60 Gästen wie das Podiumsgespräch „Ortiz Echagüe, Spaniens genialer Romantiker“ mit dem FAZ-Europakorrespondenten Paul Ingendaay und den Kunsthistoriker Juan Manuel Bonet aus Madrid am Sonntag, 13. November 2022 waren erfreulich gut besucht.



2.3. Bildung und Vermittlungsformate

Seit ihrer Gründung entwickelt die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen innovative Programme zur kulturellen Vermittlung und Bildung. Für das Ziel, »ein Ort für alle« zu sein, werden immer wieder neue Strategien der Vermittlungsarbeit erdacht. Das Programm der Stiftung beginnt für Kindergartenkinder zur Sprachförderung und endet bei Menschen mit Demenz. Die Opelvillen bieten seit 2013 als erste Institution Hessens Demenz-Führungen an. In den letzten Jahren wurden darüber hinaus verschiedene generationsübergreifende Programme gestartet und neue Vermittlungsformate zu den jeweiligen Ausstellungsinhalten entwickelt.

Für den Bildungsauftrag wurden weiter gesonderte Vermittlungsformate entwickelt werden. Es konnten drei neue Bildungsformate für Kinder, Frauen

und ältere Menschen ins Leben gerufen werden. Dank der Bundesförderung durch „Museum macht stark“ vom Deutschen Museumsbund konnte im Frühling 2022 wiederholt ein Peer-Projekt für Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 16 Jahren in den Opelvillen durchgeführt werden – dieses Mal unter dem Motto „Erlebe mit mir die Kunst der Verwandlung!“. In dem zweiwöchigen Workshop während der Osterferien wurden die Rüsselsheimer Schülerinnen und Schüler gemäß dem Peer-Education-Ansatz zu Peer-Teamerinnen und -Teamern ausgebildet. In dieser Zeit lernten 18 Teilnehmende einzelne Kunstwerke der Ausstellung, die dort gezeigten künstlerischen Techniken wie auch die Opelvillen kennen. Möglich wurde das Projekt dank Fördermittel des Deutschen Museumsbunds im Programm „Museum macht stark“ im Rahmen der Förderinitiative „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF).



Im partizipatorischen Projekt „Daphne ohne Apoll“ von April bis Juli 2022 wurden rund 50 Frauen und Mütter mit ihren Kindern über mehrere Wochen kreativ. Neue Kunstformen wurden ausprobiert und neue Erfahrungen konnten gesammelt werden. Gemeinsam wurde geformt, getuscht und gedruckt. Dank der Förderung des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst und der Sparkassen-Stiftung Groß-Gerau konnten die kreativen Nachmittage kostenlos angeboten werden. Alle Workshop-Ergebnisse wurden im Juli in der SCHLEUSE der Opelvillen ausgestellt, die ebenso kostenfrei besucht werden konnte. Ermöglicht wurde das Projekt Fördermitteln des Landes und der Sparkassen-Stiftung Groß-Gerau.

Dank der Förderung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration konnte das Programm „Mit allen Sinnen! Kunsterlebnisse für Seniorinnen und Senioren“ auf die Beine gestellt werden. Es richtete sich explizit an Seniorinnen und Senioren, die während der Pandemie eine schwere Zeit erlebten und aus Furcht von einem Infektionsrisiko sich kaum noch einen

Ausflug zutrauen. Mit dem kostenlosen Projekt „Mit allen Sinnen“ sollen ältere Mitbürgerinnen und Mitbürgern wieder teilhaben und selbst aktiv werden können. Kulturelles Interesse und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind gerade in diesen schwierigen Zeiten besonders wichtig für alle Altersgruppen. Da sich zeigt, dass ältere und von der Pandemie besonders betroffene Menschen in Museen einen wichtigen Teil ihres Alltags wiedergewinnen können, wurde ein dreiteiliges Angebot mit Kunsterlebnissen auf die Beine gestellt, das im wahrsten Sinne des Wortes ein geistiges und aktives Angebot rund ums Beobachten, Hören, Wahrnehmen, Deuten und Kreativwerden bietet. Am ersten Nachmittag lauschten 17 Seniorinnen und Senioren der Harfenistin Samira Memarzadeh, zum zweiten Nachmittag mit einer Lesung des Schauspielers Miguel Medina Klein kamen 18 ältere Menschen. Ein weiterer Nachmittag findet am 2. Dezember mit zwei Musikern statt. Auffällig ist, dass keine Seniorenresidenz aus Rüsselsheim mehr den Einladungen folgt. Vor der Pandemie waren verschiedene ortsansässige Einrichtungen Dauergäste.



Ausgehend von den Fragen "Wer bin ich?", "Wer will ich sein?" und "In was für einer Welt möchte ich leben?" hat die Stiftung Opelvillen gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Groß-Gerau/Rüsselsheim von April bis Dezember 2022 ein mehrmonatiges Kunst- und Performanceprojekt für geflüchtete Kinder und Jugendliche sowie Kinder und Jugendliche der Tafel im Alter von 10 bis 16 Jahren entwickelt. Das geplante Projekt "Ich erzähle dir von mir!" ist außerschulisch und auf freiwilliger Basis. Das Programm soll kostenlos angeboten werden. Hemmschwellen wie Fahrtkosten oder andere finanzielle Hürden sollen nicht entstehen.

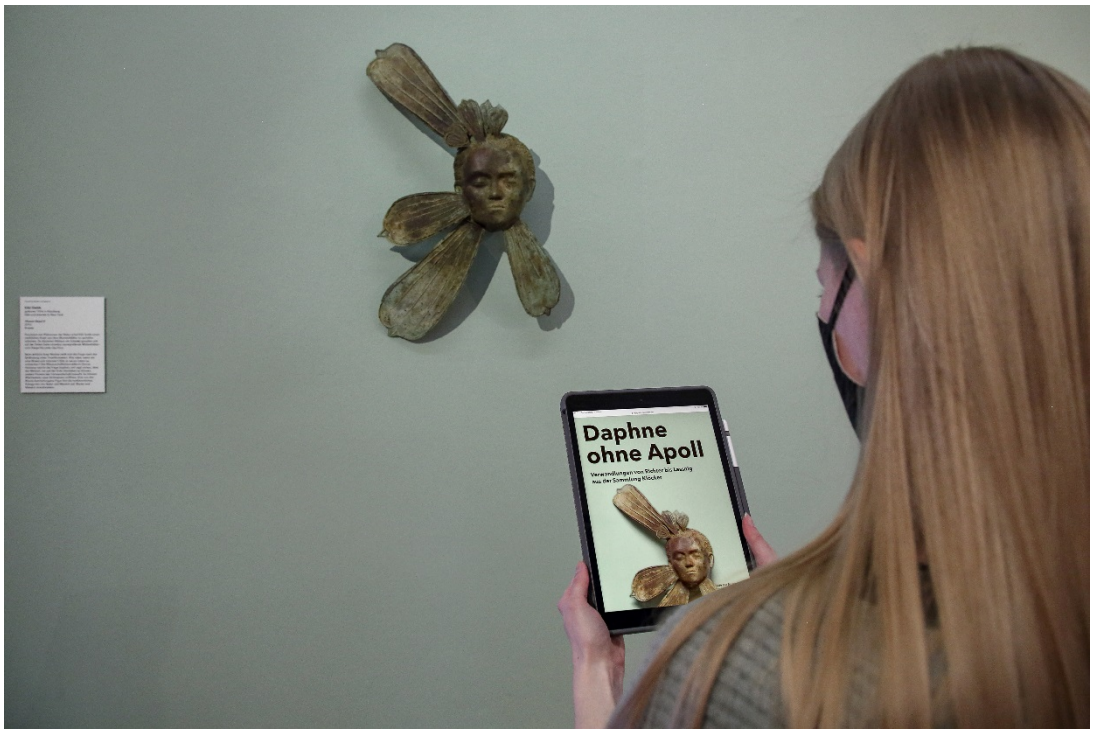
Dank der Landesförderung des KULTURKOFFER-Programms können über 40 Kinder und Jugendliche mit Unterstützung und Anleitung von Kunstvermittlerinnen und Künstlerinnen die eigene Persönlichkeit erkunden

und schließlich kreativ ausdrücken. Die jungen Menschen wurden zunächst an den Tafeln in Groß-Gerau und in Rüsselsheim besucht. Ferner wurden Eltern mit ihren Kindern zur Vertrauensbildung in die Opelvillen eingeladen. Nach einem Kennenlernen und einer Einführung in das Projekt, erkundeten die Kinder und Jugendlichen die jeweiligen Ausstellungen. Auch die Rüsselsheimer Wanderausstellung "Kunst trotz(t) Ausgrenzung" wurde besucht. Hier kamen die jungen Menschen erstmals in Kontakt einer Künstlerin, als Lena Knilli sie zum Workshop einlud. Mit Unterstützung der Künstlerin tauschten sich die Kinder und Jugendlichen über Ausgrenzung, Rassismus und über die eigene kulturelle Identität aus und arbeiten im Anschluss an eigenen Performances. Im nächsten Schritt lernten die Teilnehmenden die Performance-Kunst von Esther Ferrer kennen, die in ihren Performances ihre eigene Biografie und Identitäten beschreibt. Inhalt ihrer Kunst ist zudem auch Sprachvielfalt und -barrieren. Mit Unterstützung tauschten sich die Kinder und Jugendlichen über ihre eigenen Erfahrungen in Bezug zu Sprache und "kulturelle Heimat" aus und arbeiten eigene Ideen und Überlegungen in ihre Performances ein. Dabei nutzen sie ihre Herkunftssprache und den eigenen Körper als Mittel des Ausdrucks. Gearbeitet wurde vor allem in Ferienworkshops und ausgewählten Nachmittagen. Im letzten Schritt wurden wieder die Tafeln in Rüsselsheim und Groß-Gerau besucht, um mit jenen jungen Menschen kreativ weiterarbeiten zu können, die nicht mobil sind. Mit dem Projekt konnte Kindern und Jugendlichen Raum gegeben werden, um sich unbefangen begegnen und durch die Vielfalt der Gruppenmitglieder auch neue kulturelle Ausdrucksformen lernen zu können.



Dank der Bundesförderung NEUSTART. Sofortprogramm für Corona-bedingte Investitionen im Kultureinrichtungen war die Homepage der Stiftung Opelvillen www.opelvillen.de 2020 neu programmiert werden und im März 2021 online gegangen. Die alte Homepage verfügte weder über eine mobile Ansicht noch

über geeignete Tools zur digitalen Vermittlung. Darüber hinaus konnte durch das Förderprogramm KULTUR.GEMEIN-SCHAFTEN gefördert durch Bund und Länder ein »DigiGuide« – Innovatives digitales Guide-System mit multimedialen Inhalten zur nachhaltigen Vermittlung von Ausstellungsinhalten – realisiert werden. Die zweite Version erschien Anfang März 2022 zur Ausstellung „Daphne ohne Apoll. Verwandlungen von Richter bis Lassnig aus der Sammlung Klöcker“.



2.3.1. Finanzielle Unterstützung der Bildungsformate

Die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim hat sich nicht nur als Ausstellungshaus etabliert, sondern ebenso als Bildungsstätte. Die Pandemie zeigte insbesondere, wie wichtig die Opelvillen als außerschulischer Lernort sind. Es sind in erster Linie die sozialen Projekte der Stiftung, die wertvolle finanzielle Unterstützung erfahren. Die Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim erhielt 2022 großzügige Förderung von 15.000,00 EUR durch das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst zur Durchführung des partizipatorischen Projekts „Daphne ohne Apoll“ von April bis Juli 2022 für rund bedürftige 50 Frauen und Mütter. Das Peer-Projekt „Erlebe mit mir die Kunst der Verwandlung!“ wurde 2022 vom Bund durch „Museum macht stark“ mit über 9.000,00 EUR gefördert. Durch die finanzielle Unterstützung von rund 3.700,00 EUR durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration wurde das Projekt „Mit allen Sinnen! Kunsterlebnisse für Seniorinnen und Senioren“ ermöglicht. Das Vermittlungsprojekt „Ich erzähle dir von mir!“ konnte dank des Förderprogramms »Kulturkoffer« des Landes Hessen mit rund EUR 16.000,00 EUR, koordiniert durch die Landesvereinigung Kulturelle Bildung Hessen e. V., mitgefördert von der EKHN-Stiftung mit 3.500,00 EUR für bedürftige Kinder und Jugendliche durchgeführt werden.

2.4. Förderung von junger Kunst in SCHLEUSE und LABOR

2022 wurde die Förderung von Studierenden der umliegenden Kunsthochschulen von der Stiftung Opelvillen fortgeführt. Junge Talente konnten in der SCHLEUSE ausstellen und das LABOR wie folgt nutzen:

2022 SCHLEUSE, Ausstellungen von Studierenden, freier Eintritt, ohne Besucherstatistik
5. Dezember 2021 bis 2. Januar 2022, Lisa Gutscher und Gabriel Possamai, *adolescence*
27. Februar bis 27. März 2022, Benjamin Tiberius Adler, *Rahmen rahmenlos*
3. April bis 1. Mai 2022, Aline Sofie Rainer, *Im Kino gewesen. Geweint.*
8. Mai bis 5. Juni 2022, Jeonghoon Shin, *It's not about Moos*
12. Juni bis 7. Juli 2022, Künstlervereinigung Malkasten, *METAMORPHOSE*
7. August bis 21. August 2022, Francisco M.V., *Mireya's Beach Objects*
16. Oktober bis 13. November 2022, Sojeong Kim,*그거 기억나? (Erinnerst du dich daran?)*
20. November bis 11. Dezember 2022, Nicholas Stewens, *Lessons*
18. Dezember 2022 bis 22. Januar 2023, Dennis Haustein, *Compilation*

2022 LABOR, Gastatelier mit möglichen Ausstellungen von Studierenden,
17. Januar bis 13. März 2022, Sina Ebert
14. März bis 8. April 2022, Alicia Schmitz
23. Mai bis 3. Juli 2022, Minh Phuong Nguyen
4. Juli bis 14. August 2022, Luis Bruder und Leonard Schlöder
15. August bis 25. September 2022, Helena Walter
17. Oktober bis 27. November 2022, Paul Haas
28. November 2022 bis 9. Januar 2023, Nhu Y Linda Nguyen und Lena Sielaff

Ferner wurden 2022 wieder junge Künstlerinnen und Künstler der umliegenden Kunstakademien in Frankfurt am Main, Offenbach und Mainz eingeladen, ihre Arbeiten im Grünen rund um die Opelvillen zu präsentieren. Beim Opelvillen OPEN AIR Festtag am Sonntagnachmittag, 12. Juni 2022 konnte die ausgewählten junge Talente der bildenden Kunsthochschulen der Region eine große Besucherresonanz für ihre Kunst im Grünen verzeichnen. Ihre Erläuterungen beim gemeinsamen Rundgang gaben den Gästen interessante Einblicke in ihre innovativen Installationen. Ausgestellt haben: Arhun Aksakal, Städelschule Frankfurt am Main; Jonas Fahrenberger, Hochschule für Gestaltung Offenbach; Tornike Gognadze, Städelschule, Frankfurt am Main; Selina Hammer, Kunsthochschule Mainz; Jule Tabea Martin, Kunsthochschule Mainz; Malte Möller, Hochschule für Gestaltung Offenbach; Anna Pezzoli, Städelschule, Frankfurt am Main; Sonja Prochorow, Hochschule für Gestaltung Offenbach und Evelyn Roh, Hochschule für Gestaltung Offenbach.

3. Finanzielle Situation

Die Finanzsituation der Kunst- und Kulturstiftung Opelvillen Rüsselsheim birgt aufgrund des Sanierungsstaus des denkmalgeschützten Gebäudeensembles Probleme. Es müssen Bauvorhaben, wie Sockelsanierungen vorgenommen

werden, die zur Unterdeckung führen könnten. Ferner ist die in der Villa Wenske eingebaute Küche der Gastronomie rund 20 Jahre alt und verschiedene Gerätschaften müssten erneuert werden. Die Kühlräume sind ebenfalls rund 20 Jahre und bedürfen wie die Küchenausstattung einer Erneuerung. Darüber hinaus ist von stark steigenden Energie- und Baukosten auszugehen.

3.1. Prognose über Sanierungsbedarf der nächsten Jahre

3.1.1. regelmäßige Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten

3.1.1.1. Wartung der Dachflächen: Die Dachflächen der beiden Gebäude der Opelvillen sind mit Schiefer-Schindeln eingedeckt. Diese Dachdeckung ist insgesamt als sehr dauerhaft und sicher einzustufen. Ungeachtet dessen, kann es immer wieder passieren, dass sich einzelne Schindeln der Dacheindeckung lösen. Dies sollte in regelmäßigen Abständen überprüft werden, damit keine großflächigen Schädigungen an den Dachflächen entstehen können. In einer derartigen Sichtprüfung sollten auch die Dachflächen des Flachdachs oberhalb des Baukörpers zwischen den beiden Hauptgebäuden einbezogen werden. Im Jahr 2020 wurde eine Prüfung und Wartung der Dachflächen durch das ortsansässige Dachdecker Unternehmen Firma Bender durchgeführt. Empfohlen alle 2-3 Jahre, Kosten ca. 3.600,00 EUR.
Die unter diesem Titel aufgeführten Kosten basieren auf den damaligen Kosten. Abweichungen sind je nach vorgefundenem Schadensumfang möglich.
3.1.1.2. Wartung der Fenster-Elemente: Eine Sanierung der vorhandenen Fenster-Elemente erfolgte im Zeitraum von 2014 bis 2017. Die denkmalgeschützten Fenster-Elemente bestehen als Kastenfenster aus Holz mit einer lackierten Oberfläche, sowie einer 1-Scheiben Verglasung. Die Sanierung der bestehenden Fenster-Elemente erfolgte unter Einhaltung denkmalschutzrechtlichen Auflagen. Eine regelmäßige Wartung der Fenster-Elemente wird dringend angeraten, da hierdurch größeren Schäden an den Fenster-Elementen vorgebeugt werden kann. Eine Wartung der Fenster-Elemente sollte i.d.R. alle 2-3 Jahre vorgesehen werden. Die genannten Kosten von ca. 14.000,00 EUR basieren auf Grundlage der letzten durchgeführten Wartung der Elemente im Jahr 2021. Prüfung und Wartung an den Klappläden sollten im Zuge dessen ebenfalls durch den Maler erfolgen.
3.1.1.3. Geflieste Balkonflächen 2.0bergeschoss des Ausstellungsgebäudes: Der schmale Balkon bzw. Umgang im 2.0G des Ausstellungsgebäudes besteht im Aufbau aus einem gefliesten Belag mit einer darunter angeordneten Abdichtungsebene. Hier haben sich im Laufe der Zeit die sogenannten Wartungsfugen an Übergängen von Bodenfläche zu aufgehenden Wanden von den begrenzenden Flanken an aufgehenden Bauteilen gelost. Auch oberhalb der Sockelfliese ist die vorhandene Fuge gerissen. Diese Wartungsfugen müssen erneuert werden. Im Weiteren sind einzelne Schäden im Sockelbereich vorhanden, welche beseitigt werden sollten. Diese Arbeiten sollten spätestens alle 5 Jahre durchgeführt werden, Kosten ca. 6.000,00 EUR.
3.1.1.4. Instandsetzung vorhandener Installationen: In den vergangenen Jahren kam es jährlich zu Problemen an den vorhandenen haustechnischen Einrichtungen des Sanitärgewerks. Hierbei sind Probleme an vorhandenen

Abwassereinrichtungen, sowie auch Instandsetzungen defekter Versorgungsleitungen zu benennen. Aus diesem Grund ist hierfür ein gesonderter Posten vorgesehen. Da die Umfänge und erforderlichen Maßnahmen nicht vorhersehbar sind, handelt es sich hierbei um eine Schätzung von ca. 9.000,00 EUR. Diese Leistungen erfolgen üblicherweise in Koordination durch den Hausmeister, so dass kein Honorar für die Betreuung der Maßnahme durch einen Architekten oder Bauingenieur einzukalkulieren ist.

3.1.1.5. Reinigung der Terrassenflächen: Die Natursteinflächen der vorhandenen Terrassen an der Vorder- und Rückseite des Gebäudes unterliegen aufgrund der Materialbeschaffenheit des Natursteins starken Verschmutzungen. Im Weiteren kommt es regelmäßig zu Abplatzungen im Belagsmaterial, sowie auch zu kleineren Schäden, welche ausgebessert werden sollten. Da die beiden Terrassen im Eingangsbereich und im Restaurantbereich starken Einfluss auf das Erscheinungsbild der Gebäude für Besucherinnen und Besucher haben, wird vom Ingenieurbüro Böhm & Lellek empfohlen, hier eine regelmäßige Reinigung der Terrassenflächen mit anschließender Imprägnierung des Materials, um einer schnellen Verschmutzung vorzubeugen. Die Kostenschätzung von ca. 20.000,00 EUR basiert auf Erfahrungen über den beschriebenen Umfang aus dem Jahr 2020.

3.1.1.6. Regelmäßige Wartung der Gewerbeküche: Die Gewerbeküche sollte zukünftig regelmäßig einer Wartung und Kontrolle durch ein Fachunternehmen unterzogen werden, um hierdurch größeren Problemen und Schäden vorzubeugen. Die Kosten von ca. 5.500,00 EUR basieren auf Schätzungen. Diese Leistungen erfolgen üblicherweise in Koordination durch den Hausmeister, so dass kein Honorar für die Betreuung der Maßnahme durch einen Architekten oder Bauingenieur einzukalkulieren ist.

3.1.2. Sanierungsleistungen mit zeitnaher Ausführung

Priorität sollte hierbei die Sanierung der Betonwerkstein-Konstruktionen erhalten, um einer weiteren Schädigung der Bauteile durch Witterungseinflüsse zu verhindern. Im Weiteren ist eine Instandsetzung der Bauteile in der Gewerbeküche angeraten. Der Austausch des Bodenbelags innerhalb der Besucher-WCs sollte in Verbindung mit dem Austausch der mangelhaften Abwasserleitungen erfolgen. Sobald hier wieder Probleme mit Verstopfung der Leitungen auftreten, sollten die Arbeiten in den Besucher WCs angegangen werden.

Die Reinigung der Fassadenflächen hat überwiegend eine optische Aufwertung der Gebäude zur Folge, wodurch keine konstruktive Notwendigkeit gegeben ist. Aufgrund der repräsentativen Funktion der Gebäude ist geraten, dies in den kommenden Jahren zu erledigen.

3.1.2.1. Reinigung der Fassadenflächen: Die Fassadenflächen der beiden Gebäudeteile der Opelvillen weisen einen unvermeidbaren Anteil an Verschmutzungen auf. Größere Schäden an der Fassade sind gegenwärtig noch nicht zu erkennen. Die Verschmutzungen könnten mit Hilfe einer Reinigung der Fassadenflächen beseitigt werden, um das optische Erscheinungsbild der Gebäude wieder zu verbessern. 2017 erfolgte eine Reinigung der Fassadenflächen durch einen Subunternehmer der ortsansässigen Firma Andel. Die seinerzeit hierbei entstandenen Kosten sind mit entsprechendem Aufschlag Grundlage für die in der beigefügten Kostenschätzung bezifferten Werte von insgesamt ca. 55.000,00 EUR. Eine

Reinigung der Fassadenflächen ist günstiger als die Erneuerung des Anstrichs der Fassade.

3.1.2.2. Sanierung der Betonwerksteinbauteile: An den Gebäuden der Opelvillen existieren diverse sog. Betonwerkstein-Konstruktionen. Diese umfassen die Sockel der Gebäude, wie auch einige Balkonkonstruktionen, oder den Eingangsbereich des Ausstellungsgebäudes. Im Jahr 2022 wurde über den Sanierungsbedarf der vorhandenen Beton-Werkstein-Konstruktion ein Antrag auf denkmalschutzrechtliche Genehmigung mit Beschreibung der konstruktiven Erfordernisse dieser Arbeiten gestellt worden, da dies Grundlage für die Beantragung potenzieller Fördermittel bei der Deutschen Stiftung Denkmalschutz war. Die kalkulierten Kosten von 110.000,00 EUR basieren auf Angeboten der Firma Sauer und berücksichtigen Vorgaben aus dem Amt für Denkmalschutz. Da diese Bauteile aufgrund unvermeidbar einwirkender Witterungseinflüsse einem stetigen Alterungsprozess unterliegen, und aktuell schon hieraus resultierende Schäden erkennbar sind, sollte die Durchführung dieser Sanierungsleistungen 2024/2025 erledigt werden. Es besteht die Möglichkeit, die einzelnen Bauteile in unterschiedlichen Abschnitten auszuführen. Priorität sollte hierbei das Eingangsportal am Haupteingang des Ausstellungsgebäudes genießen. Im zweiten Schritt sollte das Balkonportal am Ausstellungsgebäude saniert werden. Hierbei sollte auch der Fliesenbelag einschl. der Abdichtung auf diesem Balkon erneuert werden, da nur dann auch gewährleistet ist, dass von oben keine Feuchtigkeit mehr in die Betonwerksteinkonstruktion eindringen kann. Anschließend wäre der Sockel der Villa Wenske zu überarbeiten.

3.1.2.3. Besucher-WCs: In den Besucher-WCs der Opelvillen gibt es zwei Problempunkte, welche gemeinsam betrachtet werden sollten. Zum einen gibt es Schwierigkeiten durch regelmäßiges Verstopfen der Abwasserleitungen. Dies ist darin begründet, dass innerhalb der vorhandenen Vorwand-Konstruktion hinter den WCs, Waschtischen und Urinalen ein Metall-Gussrohr verbaut wurde, welches innenseitig korrodiert. Üblicherweise werden hier entsprechende Kunststoff-Rohre verbaut, bei welchen keine Korrosion entstehen kann. Durch die Korrosion des Rohres wird die Oberfläche auf der Innenseite aufgeraut, wodurch die Gefahr einer Verstopfung massiv erhöht wird. Im Weiteren bilden sich entsprechende Ablagerungen an den korrodierten Rohrinnenseiten, welche einen hinderungsfreien Abfluss anfallenden Abwassers erschweren. Die Rüsselsheimer Firma Schmidt und Reuter soll im ersten Schritt versuchen, die Ablagerungen in den Rohren von innen durch einen Fräser wieder zu entfernen, so dass zunächst die Gefahr weiterer Verstopfungen hierdurch beseitigt werden sollte. Hierdurch wird allerdings eine weitere Korrosion an den Rohrinnenseiten nicht vermieden, so dass damit zu rechnen sein wird, dass dieses Problem dauerhaft nur durch einen Austausch der Abwasserrohre beseitigt werden kann. Eine Instandsetzung der vorhandenen Rohrleitungen im sogenannten Inliner Verfahren- also mit Auskleidung der Rohrinnenseiten mit einem Harz getränkten Vlies, wird hier aufgrund der vielen unterschiedlichen Anschlüsse an das Abwasserrohr aus technischen Gründen nicht empfohlen. Zum anderen weist der vorhandene Bodenbelag aus Naturstein starke Schädigungen aufgrund der Verwendung eines falschen Reinigungsmittels auf, welche das optische Erscheinungsbild des Bodenbelags trüben. Diese Mängel können nur durch Austausch des Materials für den Bodenbelag beseitigt werden Es bietet sich an, diese Arbeiten parallel zu den Arbeiten der Rohrsanierung ausführen zu lassen, da die WC-Anlage in beiden Fällen für

die Dauer der Arbeiten nicht benutzbar sein werden. Im Weiteren müssen für beide beschriebenen Arbeiten die vorhandenen Trennwände aus den Räumen entfernt werden, so dass es zur Schaffung von Synergie-Effekten Sinn machen würde, diese beiden Arbeiten gemeinsam durchführen zu lassen. In der Kostenschätzungen von über 80.000,00 EUR zu diesen Arbeiten wurde davon ausgegangen, dass die vorhandenen Objekte (WCs, Urinale und Waschtische) einschl. der Armaturen nach der Sanierung wieder eingebaut werden können. Ebenfalls wurde eine vollständige malerseitige Überarbeitung der Wand- und Deckenflächen durch einen Maler nach Fertigstellung der zuvor beschriebenen Arbeiten einkalkuliert.
3.1.2.4. Gastronomieküche: Im Zuge der Begehung mit der Frankfurter Fachfirma für Küchenbau Bartelt sind diverse Probleme an der Gewerbeküche festgestellt worden, welche eine nähere Überprüfung und Instandsetzung erfordern. So sind an den thermischen Gerätschaften einzelne Bauteile schon defekt, welche ausgetauscht werden müssten (z.B. Geschirrspüler, Filter für Kombidämpfer, diverse Kleinteile). Im Weiteren sollte die vorhandene Kühltechnik überprüft und gewartet werden. Eine Kühlzelle ist gegenwärtig außer Funktion. Die Kosten wurden auf über 30.000,00 EUR durch die Firma Bartelt geschätzt. Das Angebot basiert teilweise auch auf geschätzten Zeit- und Materialkosten, da diese erst mit detaillierter Untersuchung der einzelnen Bauteile genauer beziffert werden könnten. Aus diesem Grund können Schwankungen in der Abrechnung nach tatsächlicher Ausführung nicht ausgeschlossen werden Diese Leistungen erfolgen üblicherweise in Koordination durch den Hausmeister bzw. Küchennutzer, so dass kein Honorar für die Betreuung der Maßnahme durch einen Architekten oder Bauingenieur einkalkuliert werden muss.

Vor dem Hintergrund der vom Vorstand vorgelegten Planzahlen und Erläuterungen weist der Wirtschaftsprüfers Dr. Andreas Klug aus Kriftel/Ts., der den Jahresprüfbericht 2022 erstellte, daraufhin, „dass sofern die aktuell erkennbare Unterdeckung nicht von der Stadt Rüsselsheim oder durch Dritte abgedeckt wird, der Stiftung aufgrund mangelnder Liquidität die Insolvenz droht. Nach Aussagen des Vorstandes der Stiftung wird darüber gerade verhandelt. Zum Abschluss der Prüfung lag noch keine dementsprechende Vereinbarung vor. Die für das Geschäftsjahr 2022 geplanten Sanierungsmaßnahmen wurden aufgrund der finanziellen Lage teilweise verschoben, müssen aber in naher Zukunft nachgeholt werden. Die Stadt Rüsselsheim hat ihren Zuschuss für Bauunterhaltung ab dem Jahr 2023 aufgestockt und eine Indexerhöung beschlossen. Voraussichtlich wird aber auch diese Erhöhung allein nicht ausreichen, um die Kosten für die notwendigen Sanierungsmaßnahmen zu decken. Sollte die Drittfinanzierung nicht erfolgen, muss die Stiftung wahrscheinlich mittelfristig Insolvenz anmelden, wenn anstehende Sanierungsarbeiten unerlässlich und nicht weiter aufschiebbar sind oder keine weitergehenden Restrukturierungsmaßnahmen ergriffen werden.“

Der Vorstand erklärt, dass er bei der drohenden Insolvenz rechtzeitig erforderliche Gegenmaßnahmen bis zur Schließung der Opelvillen treffen wird. Hintergrund ist, dass Vorstände Dritten gegenüber haften. Dr. Beate Kemfert und Notar Müller werden ihre Vorstandstätigkeiten ohne die zur Liquidität von der Stadt Rüsselsheim nötigen jährlichen Zuschüsse niederlegen müssen.

Berichtszeitraum 2022

Stifterin / weitere Förderungen und Spenden	**Förderzweck**	**Fördersumme**	**Tatsächliche Kosten 2022**
Stadt Rüsselsheim	Kulturelle Nutzung	**+ 221.400,00** €	3.236,78 € (Ausst. Lee Miller 2021) + 17.917,67 € (Ausst. Kunst für Tiere 2021) + 25.626,12 € (Ausst. E. Ferrer / Ortiz Echagüe) + 6.769,80 € DigiGuide+ 1.351,20 € (Konzert) 38.638,81 € (Ausst. Daphne ohne Apoll) + 38,00 € (Ausst. Frida Kahlo 2023) + 1.205,10 € (Ausst. Frieda Riess / Yva 2023) + 3.205,71 € (Sprachförderung) + 2.425,91 € (Demenz-Projekt „mit allen Sinnen“) + 13.352,84 € (Kulturkoffer-Projekt für bedürftige Kinder und Jugendl.) + 339,44 € (Projekt „Museum macht stark“ für bedürftige Kinder) + 8.147,39 € (Projekt „Erlebe mit mir die Kunst“ für bedürftige Kinder) = Zwischensumme -122.254,77 € + Personalkosten 162.389,46 € + 46.024,64 € (soziale Abgaben) € + 8.505,30 € Löhne + 1.440,00 € Löhne = Zwischensumme 218.359,40 **= - 340.614,17 €**
	Einnahmen durch Ticketverkauf	**+ 57.956,80 €**	

**Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden die Namen von natürlichen Personen bzw. Personengesellschaften nicht veröffentlicht*

Förderungen durch Land und Bund / Spenden *	Kulturelle Nutzung	**+ 107.170,20 €**	
Stadt Rüsselsheim	Bauunterhaltung	**+ 100.000,00** €	54.534,02 € (Gebäude) +16.301,12 € (nur Villa Wenske) + 2.729,00 € (Restaurant) + 5.821,70 € Grundstücksaufwendungen + 570,13 € (Grundstücksreparaturen) = - **79.955,97** €
Stadt Rüsselsheim	Contracting	**+ 30.000,00** €	**- 27.963,91** €
	Einnahmen durch Pachterträge (Nebenkosten und Pacht)	**+ 41.315,26 €**	
	Sonstige Einnahmen durch Anzeigen in Flyern (Wegbegleiter) oder Trauzimmer	**+ 19.569,71 €**	
	Abschreibungen, sonstige betriebliche Aufwendungen, Rechtskosten, Büro, Versicherungen, Strom, Feuerwehranschluss, Wasser, Kanal		**- 107.607,52**
Summe		**+ 577.411,97**	**- 555.871,57**
Stiftungsergebnis 2022			**21.270,40**

**Aus datenschutzrechtlichen Gründen werden die Namen von natürlichen Personen bzw. Personengesellschaften nicht veröffentlicht*

Vorlage an
die Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-616/21-26	
Datum	23.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	28.05.2024	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Delegation von einem Vergabe-Beschluss an den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main
Parkschule Umbau zur Grundschule, Frankfurter Straße 54, 65428 Rüsselsheim am Main
hier: Lüftungsanlagen

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Beschlussfassung folgender Vergabe an den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main delegiert wird:

Parkschule
Vergabe Lüftungsanlagen bis zu rd. 1.350.000,00 EUR

Begründung:

A. Ziel
Das Ziel der Vorlage ist eine Delegation der Vergabe für Lüftungsanlagen auf den Magistrat.

B. Ausgangslage
Für den Umbau der Parkschule zur Grundschule sind sowohl im Bereich der Neubauten als auch der Bestandsgebäude bauliche Maßnahmen notwendig. Für die Maßnahmen wird u.a. das Gewerk Lüftungsanlagen benötigt.

Dieses Gewerk wurde in der Vergangenheit bereits ausgeschrieben und es wurde gemäß Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.02.2024 die Firma Lucrum GmbH beauftragt. Der Firma Lucrum GmbH aus Frankfurt musste außerordentlich gekündigt werden, da die Firma keinerlei Leistungsbereitschaft zeigte. Es wurden weder Arbeiten vor Ort aufgenommen, noch die geforderte Werk- und Montageplanung durch die Firma erstellt. Eine Anwaltskanzlei wurde mit der rechtmäßigen Durchführung der außerordentlichen Kündigung beauftragt. Die außerordentliche Kündigung wurde am 14.05.2024 ausgesprochen.

Das Gewerk Lüftungsanlagen wird Ende Mai / Anfang Juni 2024 erneut in einem offenen europaweiten Verfahren ausgeschrieben. Die angenommene Vergabesumme in Höhe von 1.350.000 Euro spiegelt den Betrag des Höchstbietenden aus der ersten Ausschreibung wieder. Um den durch die Kündigung entstandenen Zeitverlust auf der Baustelle so gering wie möglich zu halten und um eine weitere reibungslose Abwicklung der Baumaßnahme zu gewährleisten wird eine Delegation des Magistrates für die Beauftragung der Lüftungsanlagen mit diesem Beschluss angestrebt.

C. Beschlusshistorie

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 10.09.2020 (DS-Nr. 744/16-21, Parkschule, Umbau zur Grundschule, Frankfurter Straße 54, 65428 Rüsselsheim am Main, Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen) den Umbau der Parkschule zur Grundschule und die Abarbeitung des Sanierungsstaus zu einer fast vollständigen barrierefreien und inklusionsfähigen 3,5 zügigen Schule mit Ganztagsbetreuung beschlossen. Die Beschlussfassung fußt auf dem Schulentwicklungsplan 2019-2024 (DS-Nr. 640/11-16). Im Zuge der Umsetzung von Beschlüssen zum Schulentwicklungsplan hat die Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021 per Satzungsänderung die Neugestaltung der Schulbezirke zum Schuljahr 2022/2023, mit dem Schulbezirk Parkschule (DS-47/21-26) beschlossen.

D. Problem

Um den baulichen Fortschritt an der Parkschule nicht über Gebühr zu gefährden ist eine zeitnahe Beauftragung nach der Feststellung des Ergebnisses des Ausschreibungsverfahrens für das Gewerk Lüftungsanlagen dringend erforderlich. Bei einer Ausschreibung Ende Mai/Anfang Juni ist mit einer Vergabemöglichkeit im Juli zu rechnen. Da die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause am 27.06.2024 und danach erst wieder am 26.09.2024 stattfindet, würde bei regulärer Vergabe durch die Stadtverordnetenversammlung ein Zeitverlust von rund 3 Monaten eintreten. Um dies zu vermeiden wird eine Delegation der Auftragsvergabe an den Magistrat angestrebt.

Lösung

Eine Weiterführung des Bauablaufes kann durch den Delegationsbeschluss an den Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main erreicht werden. Der Magistrat wird somit für das Gewerk Lüftungsanlagen der Parkschule über seine reguläre Vergabehöhe hinaus ermächtigt, die entsprechende Vergabe zu beschließen.

E. Alternative

Alternativ zur Delegation des Vergabebeschlusses an den Magistrat kann eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung einberufen werden, um die erforderliche Vergabe zeitnah zu beschließen.

F. Klima

Die Delegation der Vergabe-Beschlüsse an den Magistrat hat keine Auswirkung auf das Klima.

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-589/21-26	
Datum	08.04.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	16.04.2024	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Besetzung der Frauenkammer für die Legislaturperiode 2021 - 2026
hier: Berufung einer Vertreterin und einer Stellvertreterin für den Mädchenarbeitskreis Rüsselsheim

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beruft Frau Yasmin Rahou als Vertreterin und Frau Julia Demet Lal als Stellvertreterin in die Frauenkammer. Die Genannten vertreten den Mädchenarbeitskreis Rüsselsheim.

Begründung:

A. Ziel

Ziel ist die Besetzung der Frauenkammer gemäß den gesetzlichen Vorgaben für die Legislaturperiode 2021 bis 2026.

B. Ausgangslage

Für die Legislaturperiode 2021 bis 2026 ist eine Neubesetzung erforderlich.

Frau Anne Kratz und Frau Anastasija Neiß wurden für den Mädchenarbeitskreis Rüsselsheim mit der Drucksache DS-42/21-26 als sachkundige Mitglieder in die Frauenkammer berufen. Aufgrund personeller Veränderungen stehen Frau Kratz und Frau Neiß der Frauenkammer nicht mehr zur Verfügung.

Auf Vorschlag des Mädchenarbeitskreises Rüsselsheim soll Frau Yasmin Rahou als Vertreterin und Frau Julia Demet Lal als Stellvertreterin in die Frauenkammer berufen werden.

C. Gesetzliche Grundlage

Die Frauenkammer wird gemäß § 72 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) gebildet. Mit Magistratsbeschluss vom 10.05.2011 wurde die Bildung der Frauenkammer beschlossen.

Die Frauenkammer besteht aus folgenden stimmberechtigten Mitgliedern:

a) dem Oberbürgermeister oder einer von ihm benannten Vertretung aus dem Magistrat
b) Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung: Fraktionen, die mit mindestens einem weiblichen Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, können unabhängig von der Fraktionsgröße ein weibliches Mitglied für die Frauenkammer benennen (Magistratsbeschluss vom 10.05.2016)
c) sachkundige Personen der Verbände bzw. Vereine der Frauenarbeit in städtischer und in freier Trägerschaft.

Die sachkundigen Personen sind von der Stadtverordnetenversammlung zu berufen.
Für die Mitglieder der Frauenkammer sind Vertreterinnen zu benennen.

D. Besetzung

Die Besetzung erfolgt gemäß Beschlussvorschlag.

Rüsselsheim am Main, 16.04.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-608/21-26	
Datum	15.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	28.05.2024	beschließend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	12.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Institutionelle Förderung Rollwerk

Der Magistrat beschließt den Entwurf der Beschlussvorlage zur Weiterleitung an die Stadtverordnetenversammlung.

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. sich das Rollwerk als ein soziokulturelles Zentrum mit überregionaler Strahlkraft etabliert hat, das ein vielseitiges, spartenübergreifendes Angebot in den Bereichen Sport, Kultur, Jugend, Bildung & Soziales bietet.
2. der jetzige Standort des Rollwerks im Opel-Altwerk (Gebäude A1) zeitlich befristet ist. Nach einer zuletzt erfolgten Verlängerung besteht ein Mietverhältnis bis Juni 2025.
3. der Betrieb des Rollwerks bisher überwiegend durch ehrenamtliches Engagement des Vereins B' Skateboarding Rüsselsheim am Main e.V. sichergestellt wurde.
4. das Rollwerk bislang durch die Stadt Rüsselsheim finanziell unterstützt wurde durch
   - einen 50-prozentigen Mietzuschuss, gedeckt über das Förderprogramm Zukunft Innenstadt (von Februar 2022 bis Dezember 2024)
   - Förderungen für kulturelle Einzelprojekte im Rahmen der städtischen Projektförderung
   - einen einmaligen Zuschuss zur finanziellen Absicherung des Betriebs in der laufenden Saison 2023/24 nach der Verlängerung des Mietzeitraums ab Juni 2023 in Höhe von 40.000 Euro (DS-442/21-26)
   - Zuschuss zur Entwicklung eines Perspektivkonzepts in Höhe von 10.000 Euro (DS-442/21-26)
5. die Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss vom 20.07.2023 (DS-442/21-26) ab dem Haushaltsjahrs 2024 eine institutionelle Förderung des Rollwerks beschlossen hat, vorbehaltlich der Vorlage eines Perspektivkonzepts. Im Haushaltsplanentwurf 2024 wurden dafür Mittel in Höhe von 150.000 Euro mit einem Sperrvermerk angemeldet.
6. das Rollwerk ein Perspektivkonzept entwickelt und vorgelegt hat, das von der Verwaltung geprüft wurde (Anlage 1).

7. in dem Perspektivkonzept die Organisationsentwicklung und die Finanzstruktur des Rollwerks ausführlich dargelegt werden und damit die Voraussetzungen für eine institutionelle Förderung des Vereins erfüllt sind.
8. gemäß Perspektivkonzept zur Weiterentwicklung und Professionalisierung des Rollwerks im Oktober 2023 eine gemeinnützige Unternehmergesellschaft für den Betrieb des Kulturzentrums unter dem Dach des Trägervereins B' Skateboarding Rüsselsheim am Main e.V. gegründet wurde
9. mit dem Betrieb des Rollwerks durch eine gemeinnützige Unternehmergesellschaft seit Oktober 2023 erstmals Kernaufgaben des Betriebs, die bislang ehrenamtlich geleistet wurden, vergütet werden.
10. mit dieser Professionalisierung der Organisationsstruktur Personalaufwendungen entstehen, für die es einer finanziellen Absicherung durch eine institutionelle Förderung bedarf. Der Förderbedarf für den Betriebszeitraum Juli 2024 bis Juni 2025 beläuft sich auf 129.400 Euro (Anlage 2).
11. ohne eine finanzielle Absicherung ein Weiterbetrieb des Rollwerks nicht möglich ist und das soziokulturelle Zentrum seinen Betrieb mit Ende der aktuellen Saison im Juni 2024 einstellen muss.

B. Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt für die Saison Juni 2024 bis Juni 2025 eine institutionelle Förderung des Vereins B' Skateboarding zur Absicherung des Betriebs und Aufrechterhaltung des Programmangebots in Höhe von 129.400 Euro. Die Deckung der Kosten für den Saisonbetrieb Juli–Dezember 2024 erfolgt über die im Haushaltsplanentwurf 2024 unter dem Sachkonto 7128844 „Förderung soziokulturelles Zentrum Rollwerk" angemeldeten Mittel und für den Saisonbetrieb Januar–Juni 2025 über Mittel, die für den Haushaltsplanentwurf 2025 angemeldet werden. Die Belastung des Jahreshaushalts 2024 beträgt 58.300 Euro.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass der Verein B' Skateboarding im ersten Quartal 2025 ein aktualisiertes Perspektivkonzept vorlegt, aus dem die Standortklärung nach Ende der Mietlaufzeit im Opel-Altwerk, Gebäude A1 sowie der Mittelbedarf für einen möglichen Weiterbetrieb des soziokulturellen Zentrums am aktuellen oder einem neuen Standort hervorgehen. Die Entscheidung über eine Fortführung der institutionellen Förderung erfolgt nach Vorlage des Perspektivkonzepts in gesonderter Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung.

Begründung:

A. Ziel

Ziel dieser Vorlage ist eine institutionelle Förderung des Verein B' Skateboarding Rüsselsheim Erhalt für den Betrieb des soziokulturellen Zentrums Rollwerk im Zeitraum Juli 2024 bis Juni 2025.

B. Beschlusshistori

DS-442/21-26 „Perspektive Rollwerk":

- Zuschuss zur Entwicklung eines Perspektivkonzepts
- Zuschuss zur kurzfristigen Absicherung des Betriebs und des Angebots bis April 2024
- institutionelle Förderung des Rollwerks, vorbehaltlich der Vorlage eines Perspektivkonzepts

C. Hintergrund

Das Rollwerk hat sich seit der Eröffnung im Februar 2022 von einem Leuchtturmprojekt zu einem soziokulturellen Zentrum mit Zentralfunktion entwickelt. Mit seinem vielfältigen Angebot ist das Rollwerk ein Aushängeschild und Frequenzbringer für die Rüsselsheimer Innenstadt mit einem Einzugsgebiet, das über das Rhein-Main-Gebiet hinausgeht. Für junge und junggebliebene Menschen aus Rüsselsheim und Umgebung ist das Rollwerk zu einem bedeutsamen Begegnungsort geworden, an dem sie Anschluss finden und Projekte und Veranstaltungen verwirklichen können. Zentral am Bahnhof gelegen und geprägt von der baulichen Atmosphäre des Opel-Altwerks gehört das Rollwerk zu den gefragtesten Veranstaltungsorten der Stadt Rüsselsheim am Main.

D. Problem

Die Entstehung und Entwicklung des Rollwerks als soziokulturelles Zentrum geht auf das ehrenamtliche Engagement des Vereins B' Skateboarding zurück. Die Herrichtung der Mietfläche als Skatehalle, die Einrichtung eines Café- und Barbetriebs sowie der Aufbau eines umfangreichen Veranstaltungsprogramms erfolgte in Eigenleistung durch den Verein.

Die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Angebots ist in einem ausschließlich ehrenamtlich organisierten Betrieb nicht dauerhaft möglich. Um die Betriebsstrukturen zu optimieren hat der Verein B' Skateboarding eine gemeinnützige Unternehmergesellschaft gegründet. Damit wurden Kernaufgaben des Betriebs verstetigt und mit Honorarkräften besetzt. Der Betrieb besteht seit Oktober 2023 aus einer Geschäftsleitung und einer technischen Leitung (Teilzeitstellen, 24h/Woche) und vier als Minijob organisierte Tätigkeitsfelder (Buchhaltung, Marketing, Personal & Einkauf, Event-Koordination). Mit der neuen Organisationsstruktur fallen erstmals Personalaufwendungen an, die die Betriebskosten entsprechend erhöhen. Eine vollständige Deckung der Aufwendungen aus den Einnahmen des laufenden Betriebs ist nicht möglich.
Für die kommende Saison (Juli 2024 bis Juni 2025) summieren sich die kalkulierten Personalaufwendungen einschließlich der Lohnnebenkosten auf 96.822 Euro (Anlage 2).

Die monatliche Miete erhöht sich in einer jährlichen Staffelung (3%) und beträgt aktuell 2.456 Euro, ab Januar 2025 dann 2.529 Euro (inkl. Mietnebenkosten). 50% der monatlichen Mietkosten wurden bislang über das Förderprojekt Zukunft Innenstadt finanziert. Mit dem Auslaufen des Förderprogramms stehen ab Januar 2025 keine entsprechenden Mietzuschüsse mehr zur Verfügung. Die Mietkosten für die kommende Saison (Juli 2024 bis Juni 2025) belaufen sich auf 35.266 Euro.

Das Tagesgeschäft im Rollwerk besteht aus dem Betrieb einer Skatehalle mit Café. In der Halle finden zudem regelmäßig öffentliche Kulturveranstaltungen statt. Zusätzlich wird das Rollwerk gelegentlich für Privatveranstaltungen vermietet. Die Einnahmen aus dem Betrieb (kalkuliert rund 85.700 Euro bis Juni 2025) decken annähernd die die Angebots- und Veranstaltungskosten (kalkuliert rund 90.000 Euro bis Juni 2025), nicht aber die Raum- und Personalkosten.

Die Gesamtausgaben des soziokulturellen Zentrums für den Betriebszeitraum Juli 2024 bis Juni 2025 (Personal-, Raum- und Betriebskosten) betragen kalkuliert 222.411 Euro. Die zu erwartenden Einnahmen werden mit rund 93.000 Euro angegeben, einschließlich der Mietzuschüsse aus dem Förderprogramm „Zukunft Innenstadt". Insgesamt beläuft sich der Förderbedarf zur Aufrechterhaltung des soziokulturellen Zentrums damit auf rund 129.400 Euro.

Die Laufzeit des Mietvertrags ist aufgrund der anstehenden Sanierung des Opel-Altwerks befristet. Der Mietzeitraum war zunächst nur bis April 2024 gesichert und wurde dann bis Juni 2024 verlängert. Zuletzt erfolgte eine erneute Verlängerung des Mietverhältnisses bis Juni 2025, womit der Kulturbetrieb eine weitere Saison am aktuellen Standort erhalten bleibt. Ab Juli 2025 ist ein Betrieb am Standort Gebäude A1 voraussichtlich nicht mehr möglich. Parallel zum laufenden Betrieb werden daher aktuell potentielle neue Standorte sondiert.

E. Perspektivkonzept

Die Verantwortlichen des Vereins B' Skateboarding haben dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.07.2023 entsprechend (DS-442/21-26]]) mit Unterstützung der Stadtverwaltung ein Perspektivkonzept erarbeitet, dass der Stadtverordnetenversammlung mit dieser Drucksache vorgelegt wird (Anlage 1).

In dem Konzept legt der Verein B' Skateboarding Rechenschaft über die Verwendung der Zuschüsse zur Erstellung des Konzepts in Höhe von 10.000 Euro sowie zur kurzfristigen Absicherung des Betriebs und Aufrechterhaltung des Angebots in der Saison 2023-24 in Höhe von 40.000 Euro ab (S. 48-56). Daraus geht hervor, dass die Mittel verwendet wurden, um einen Teil der Personalkosten zu decken.

Im Konzept werden zudem die Organisations- und Finanzierungsstruktur des Rollwerks sowie die geplante Verwendung der Mittel aus der institutionellen Förderung nach Beschlussfassung dargelegt (Anlage 1, S. 7-19). Demnach wird in den vier Säulen des Betriebs –„Verantwortung" (Personal), „Entwicklung" (Veranstaltungen, Projekte), „Angebot" (Öffnungszeiten, Tagesgeschäft), „Raum" (Miete und Nebenkosten) – eine 40% Deckung der Betriebskosten durch die kommunale Förderung angestrebt. Je 30% der Betriebskosten werden durch Eigenerwirtschaftung (Einnahmen) sowie Eigenleistung in Form ehrenamtlichen Engagements abgedeckt.

Ehrenamtliches Engagement stellt damit weiterhin ein zentrales Element im Betriebskonzept des Rollwerks dar. Das Konzept basiert auf einer Betriebsstrategie, wonach die Kernaufgaben des soziokulturellen Zentrums (Verwaltung, Organisation, Buchhaltung) von einem Leitungsteam getragen werden, während Umsetzung von Projekten und Angeboten zur gesellschaftlichen Teilhabe und Bereicherung des kulturellen Angebots weiterhin ehrenamtlich organisiert bleibt (S. 20-41). Damit will der Verein eine fortwährende Weiterentwicklung gewährleisten und interessierten Mitwirkenden einen niederschwelligen Einstieg in den Betrieb ermöglichen. Damit einher geht ein Rotationssystem in den Zuständigkeitsbereichen, das eine befristete Beschäftigung im Leitungsteam vorsieht. Mit einer ehrenamtlichen organisierten Angebotsstruktur sollen auch weiterhin die Nutzungsgebühren, Eintritte und Gastronomiepreise niedrig gehalten werden.

Auf dieser Grundlage versteht sich das Rollwerk in erster Linie als ein soziokulturelles Projekt und Ort der persönlichen und beruflichen Weiterentwicklung und weniger als „Wirtschaftsbetrieb, der auf Gewinne abzielt" (S. 2). Als Institution bildet das Rollwerk „eine niederschwellige und wichtige Beschäftigungsebene, die gesellschaftliche Teilhabe und Interesse fördert, Perspektiven schafft, informiert und als Sprungbrett für feste Beschäftigungen oder Selbstverwirklichung wirken soll" (S.24).

F. Lösung

Zur Absicherung des Betriebs und Aufrechterhaltung des Programmangebots bis Juni 2025 wird dem Verein eine institutionelle Förderung in Höhe von 129.400 Euro zur Verfügung gestellt. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt in zwei Tranchen im dritten Quartal 2024 und im ersten Quartal 2025. Die Deckung erfolgt für die erste Tranche im laufenden Budget des Haushalts 2024, für die zweite Tranche im laufenden Budget des Haushalts 2025 (Sachkonto 7128839 – Förderung des soziokulturellen Zentrums Rollwerk).

Der Förderbetrag der ersten Tranche errechnet sich aus der Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen für den Betriebszeitraum Juli bis Dezember 2024. In diesem Betriebszeitraum werden die Mietzuschüsse durch das Förderprogramm Zukunft Innenstadt berücksichtigt. Der Förderbetrag der ersten Tranche beläuft sich auf 58.300 Euro.

Der Förderbetrag der zweiten Tranche errechnet sich aus der Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen für den Betriebszeitraum Januar bis Juni 2024. In diesem Betriebszeitraum entfallen die Mietzuschüsse durch das Auslaufen des Förderprogramms Zukunft Innenstadt. Der Förderbetrag der ersten Tranche beläuft sich auf 71.400 Euro.

Mit dieser Förderung ist der städtische Zuschuss zu den Miet-, Personal- und Projektkosten abgegolten. Eine Beantragung zusätzlicher Fördermittel, etwa im Rahmen der städtischen Projektförderung, ist nicht möglich.

Die sachgemäße Verwendung der Mittel wird vom Verein B' Skateboarding durch einen jährlichen Verwendungsnachweis dokumentiert, der von der Verwaltung geprüft wird

Im ersten Quartal 2025 legt der Verein B' Skateboarding ein aktualisiertes Perspektivkonzept vor, aus dem die Standortklärung nach Ende der Mietlaufzeit im Opel-Altwerk A1 sowie der Mittelbedarf für einen möglichen Weiterbetrieb des soziokulturellen Zentrums am aktuellen oder einem neuen Standort hervorgehen. Die Entscheidung über eine Fortführung der institutionellen Förderung erfolgt nach Vorlage des aktualisierten Perspektivkonzepts in gesonderter Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung

G. Kosten

Für das Haushaltsjahr 2024 fallen Kosten in Höhe von insgesamt 58.300 Euro, die über den laufenden Haushalt gedeckt werden.
Die Bereitstellung der Fördermittel aus dem laufenden Haushalt der Stadt Rüsselsheim am Main ist mit den Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung nach §99 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) insofern vereinbar, als dass die finanziellen Leistungen für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind. Ohne die Bereitstellung der Zuschüsse ab dem 3. Quartal 2024 müsste das Rollwerk ab Juli 2024 seinen Betrieb einstellen.

Im Haushaltsjahr 2025 fallen zunächst Kosten in Höhe 71.400 Euro zur Absicherung des Betriebs bis Juni 2025 an. Nach Vorlage eines aktualisierten Perspektivkonzepts im ersten Quartal 2025 wird der Mittelbedarf für eine mögliche weitere Saison ab Juli 2025 angemeldet und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.
Für den Haushaltsplanentwurf 2025 werden vorsorglich Mittel in Höhe von 150.000 Euro angemeldet.

H. Alternativen

Eine institutionelle Förderung für das Rollwerk wird nicht bereitgestellt. Das soziokulturelle Zentrum stellt den Betrieb zum Saisonabschluss Ende Juni 2024 ein.

I. Auswirkungen auf das Klima

Zum jetzigen Zeitpunkt können keine Aussagen zu den Auswirkungen auf das Klima gemacht werden.

Anlagen

Anlage 1: Perspektivkonzept „Rollwerk 2.0“ (B' Skateboarding Rüsselsheim am Main e.V.)
Anlage 2: Kalkulation Einnahmen-Ausgaben Rollwerk Saison 24/25 (B' Skateboarding Rüsselsheim am Main e.V.)

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anlage 1

ROLLWERK 2.0
SKATEHALLE RÜSSELSHEIM

Konzept Endstand

14.05.2024 | B‘skateboarding Rüsselsheim am Main e. V. | Benedikt Becker

Das Leitbild des Rollwerks als Institution ist es, Möglichkeiten zur individuellen Entwicklung zu schaffen. Es ist ein soziokulturelles Projekt, kein Wirtschaftsbetrieb, der auf Gewinne abzielt.

Fazit Phase I



- Phase 1 (Testphase)
  Minimale Investitionen, kurze Mietdauer (1-2 Jahre)

Fazit Ende der Phase I – Juni ’23

steigendes Interesse für Rüsselsheim

Erfolgreiches Leuchtturmprojekt für Rüsselsheim am Main mit überregionaler Tragweite und spartenübergreifende Bedeutung (Kultur, Sport, Jugend, Bildung & Sozial) im gesellschaftlichen Kontext.

Fazit Phase I



Fazit Ende der Phase I – Juni ’23

steigendes Interesse für Rüsselsheim

Erfolgreiches Leuchtturmprojekt für Rüsselsheim am Main mit überregionaler Tragweite und spartenübergreifende Bedeutung (Kultur, Sport, Jugend, Bildung & Sozial) im gesellschaftlichen Kontext.

Nicht tragbar unter den ehrenamtlichen Voraussetzungen, Planungsunsicherheiten und wirtschaftlichem Druck.

Fazit Phase I



Warum es erfolgreich war

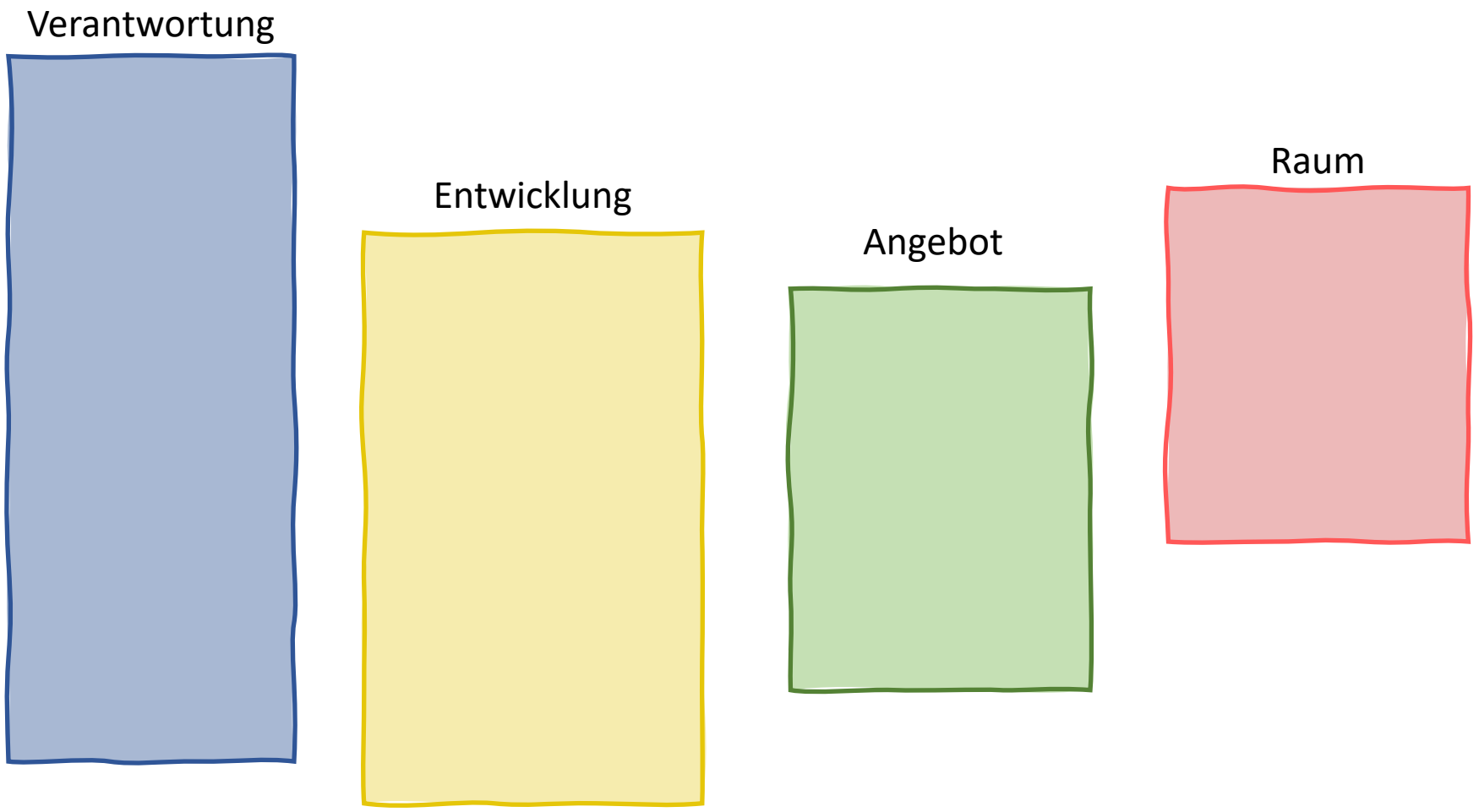
in Phase I

- Fehlende Begegnungsorte in Rüsselsheim
- Beflügelung durch starke Eigeninitiative
- Beeinflussung positive Entwicklungen in Rüsselsheim (Start von Initiativen)
- Starke Jugend- & Szenebewegung
- Rüsselsheimer Bürger*innen schaffen einen Mehrwert für ihr Rüsselsheim
- Angebot für ungedeckte Nachfrage
- Ambiente Opel Altwerk - Nostalgie

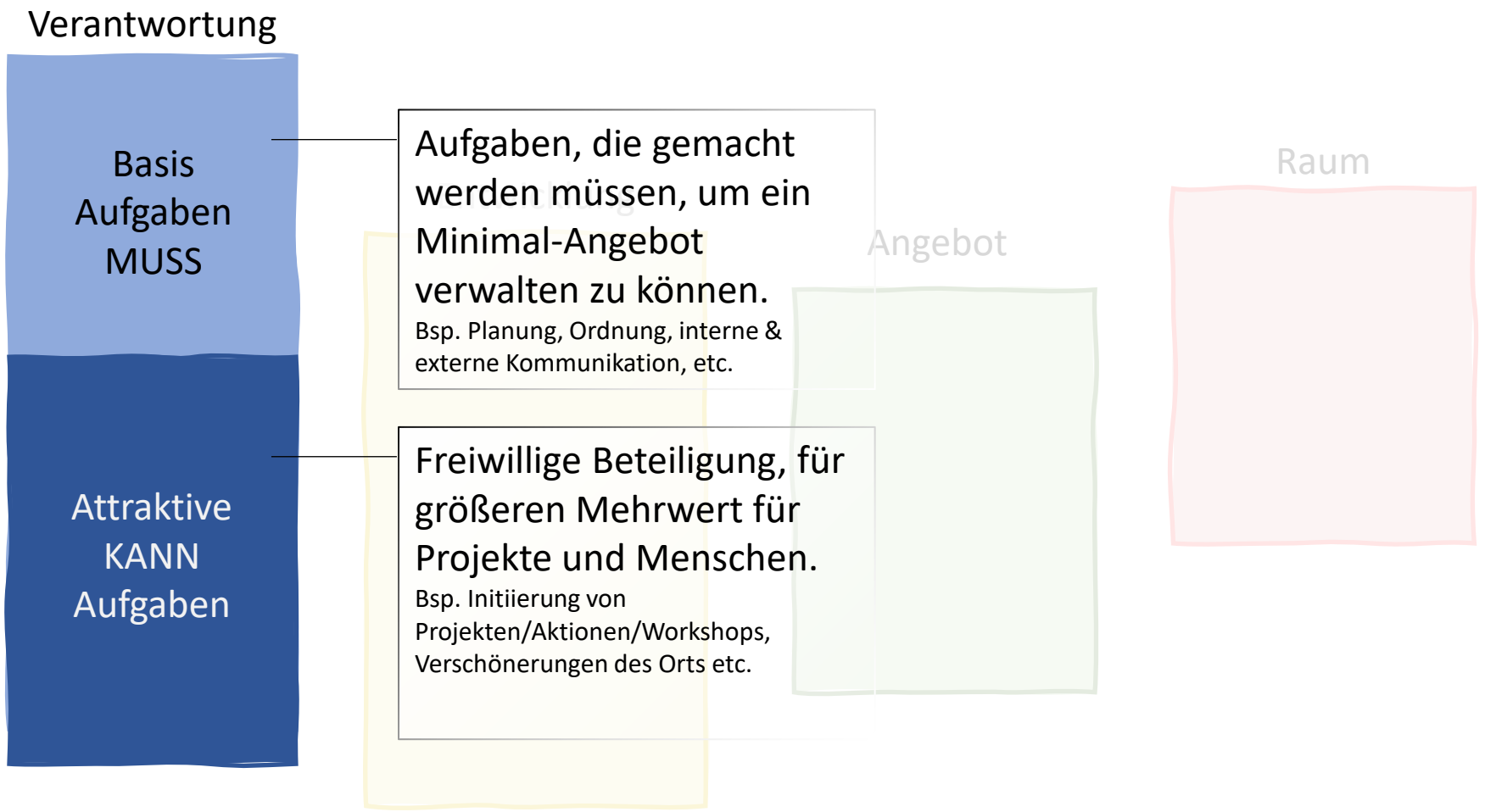
Politische Forderung für eine institutionelle Förderung:
Ein nachhaltiges Konzept & ein zukunftsfähige Location

Wie sieht der finanzielle Aufbau des Rollwerks in Zukunft aus?

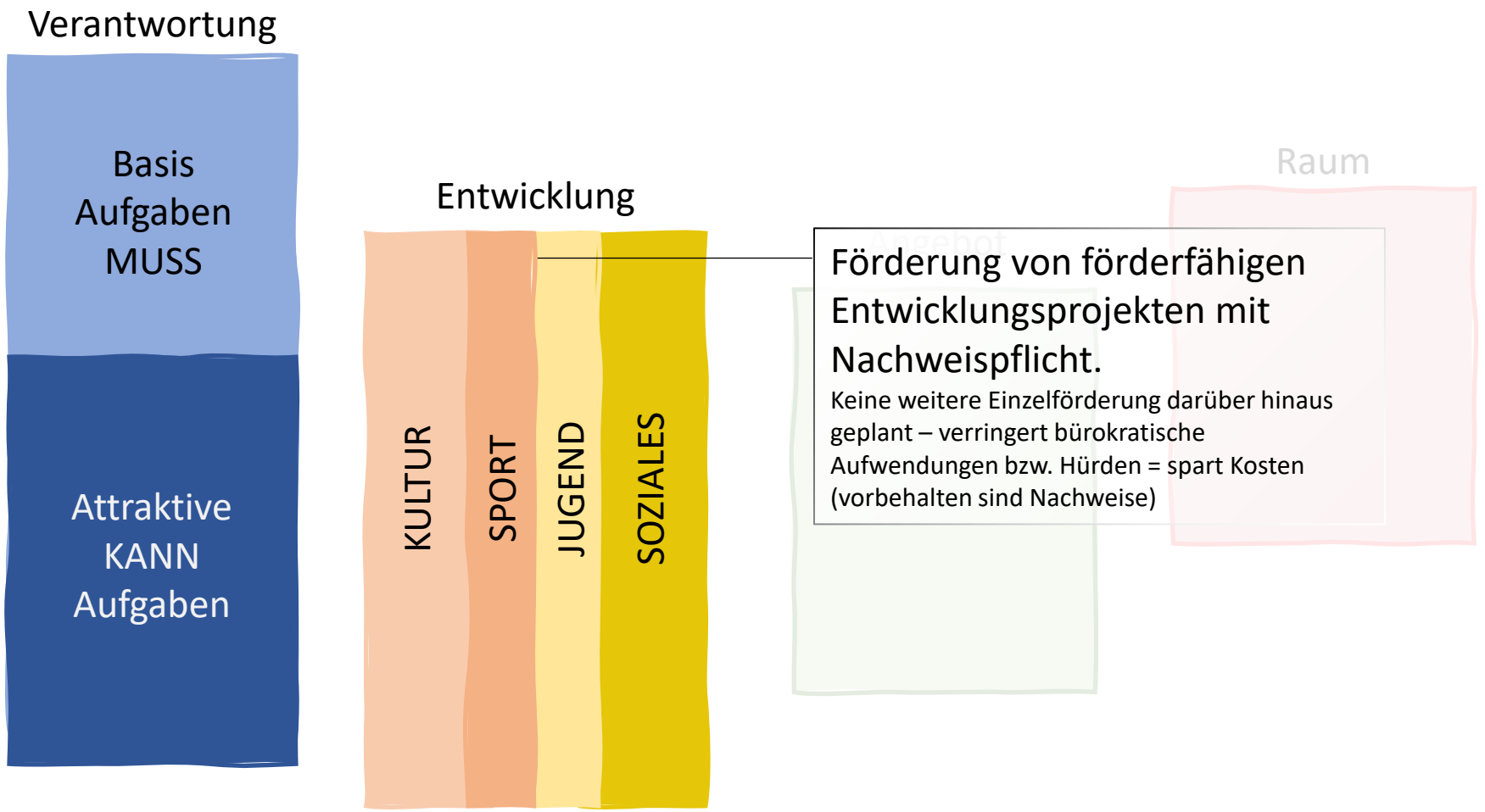
Ressourcen-Säulen



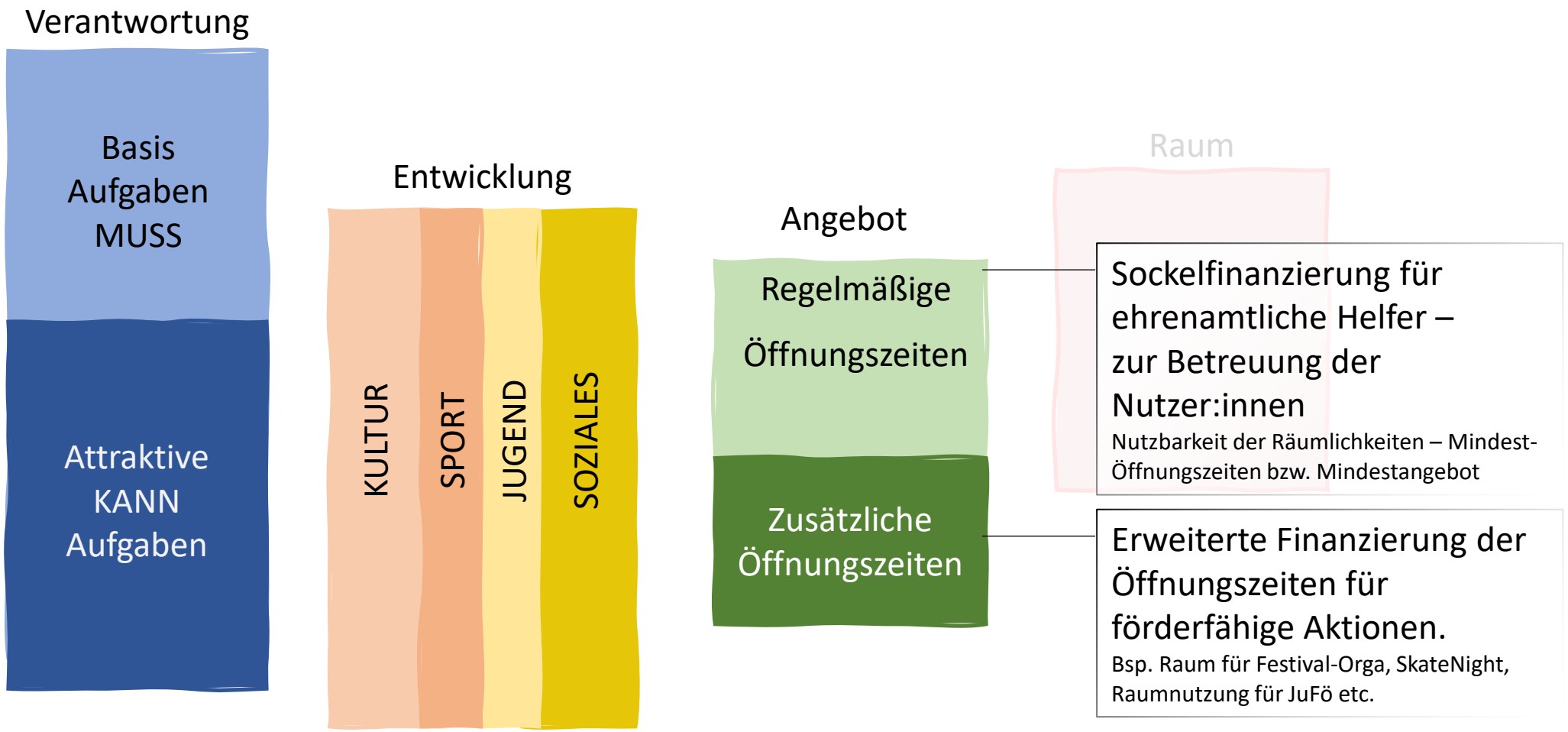
Ressourcen-Säulen



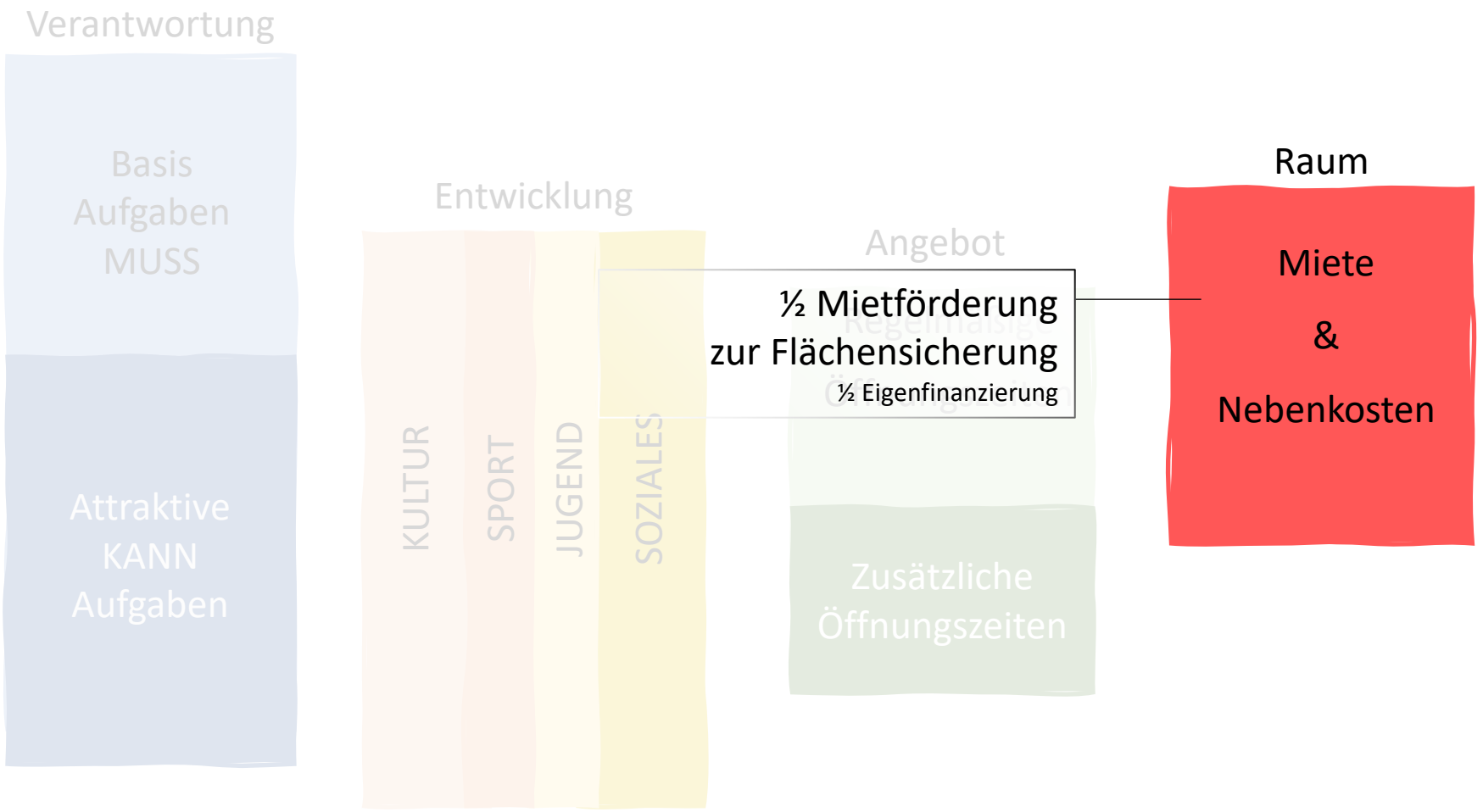
Ressourcen-Säulen



Ressourcen-Säulen

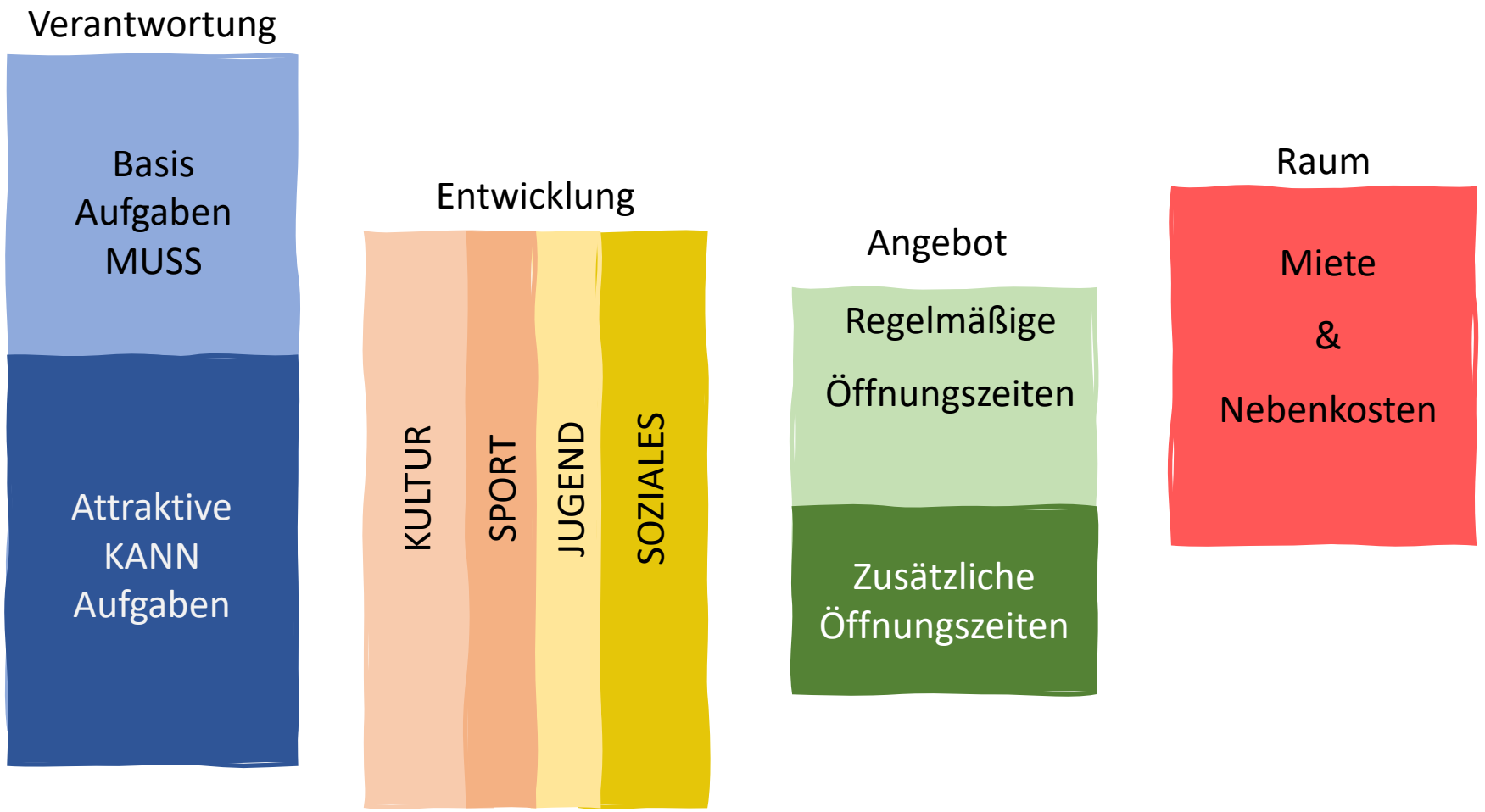


Ressourcen-Säulen

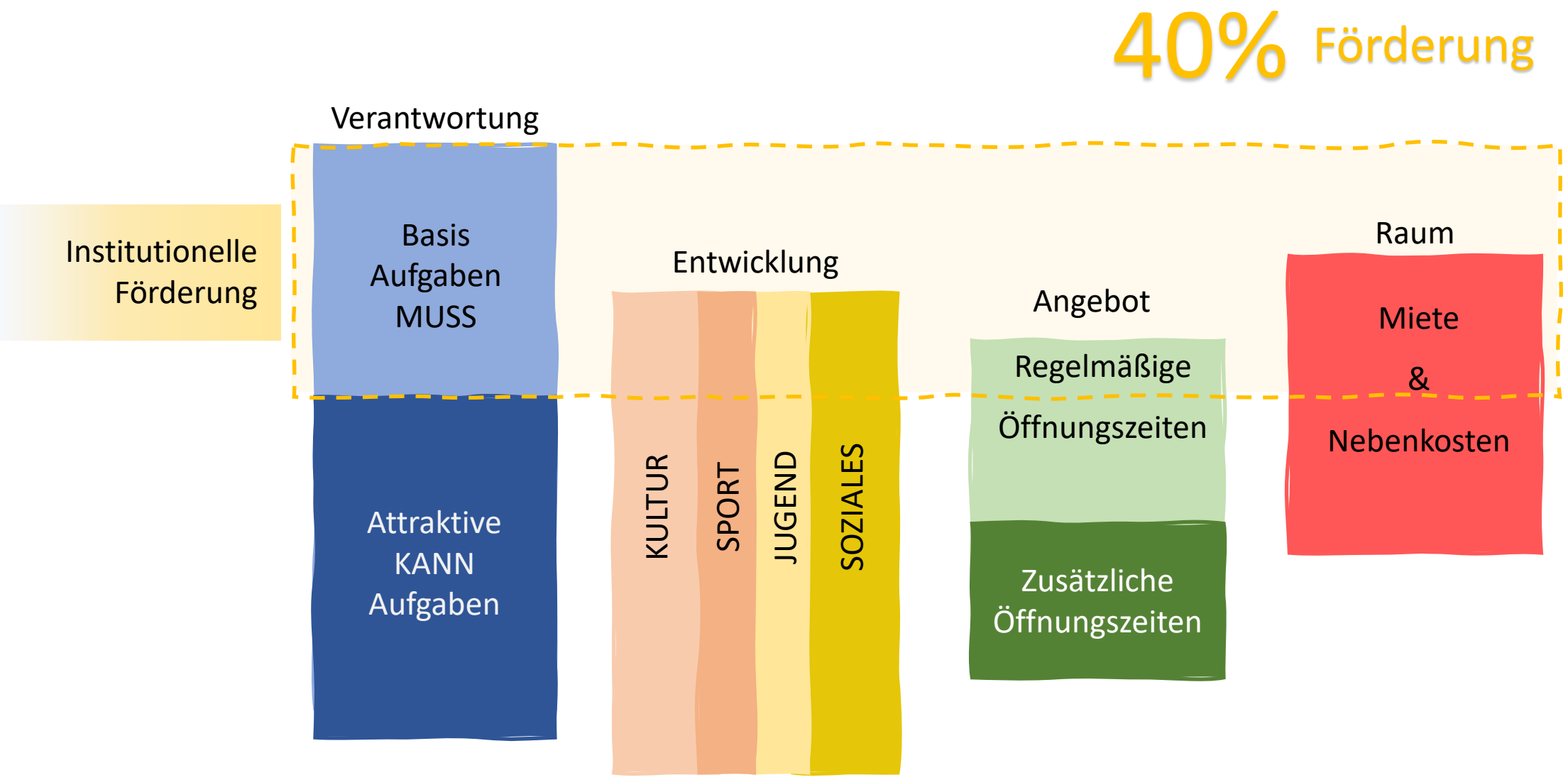


Wofür sind die beantragten institutionellen Fördermittel im Haushalt vorgesehen?

Ressourcen-Säulen

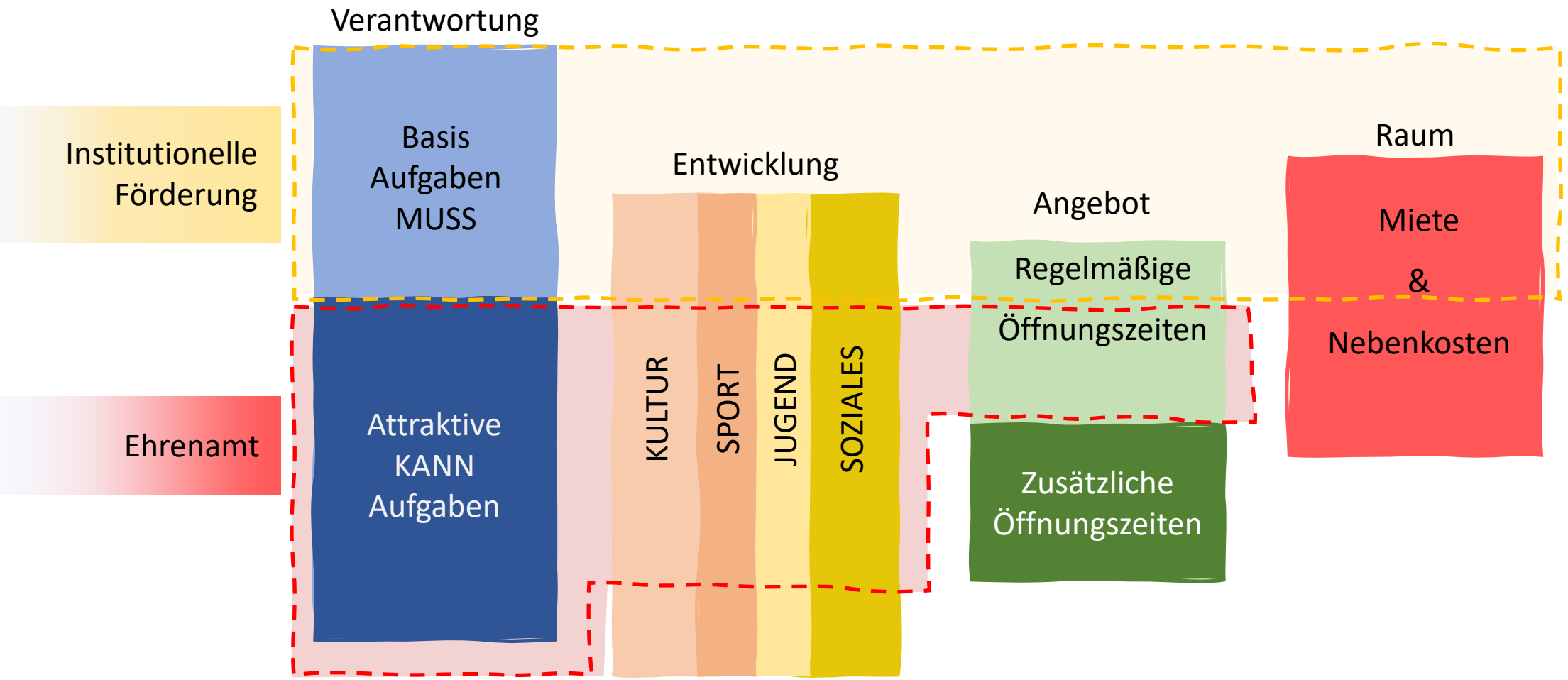


Ressourcen-Säulen



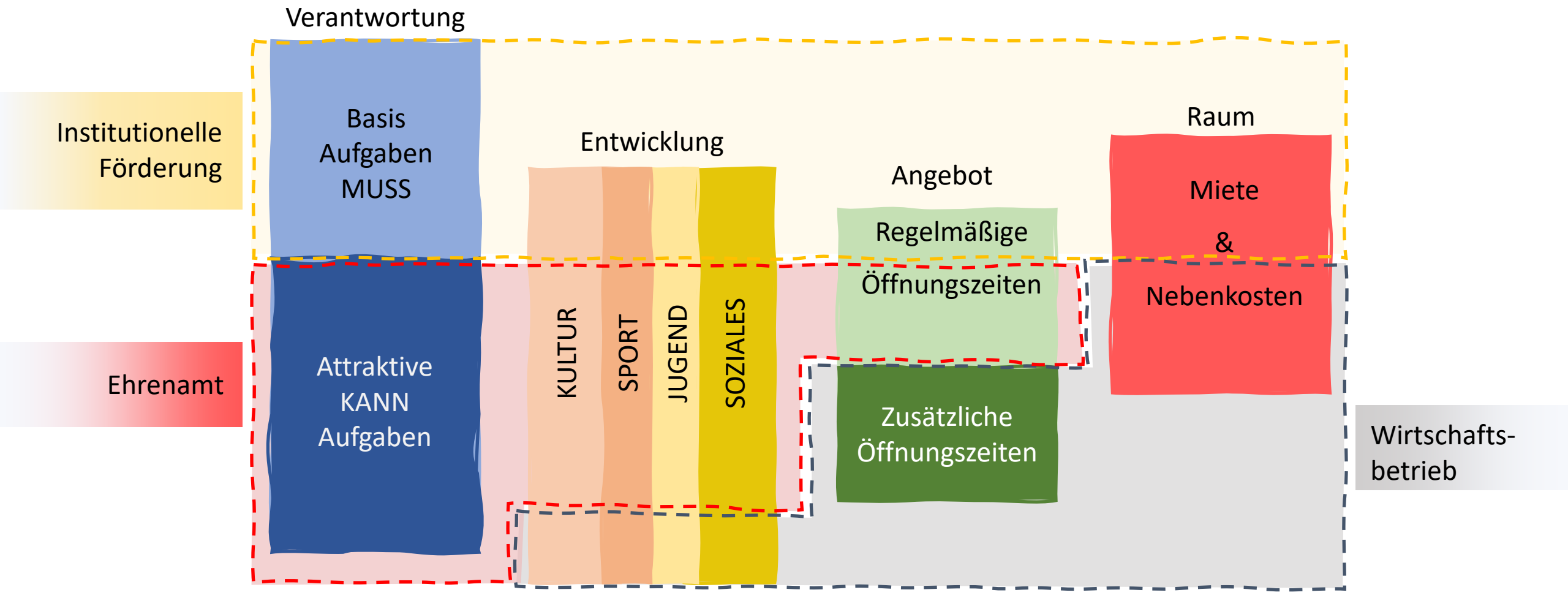
Ressourcen-Säulen

30% Ehrenamt

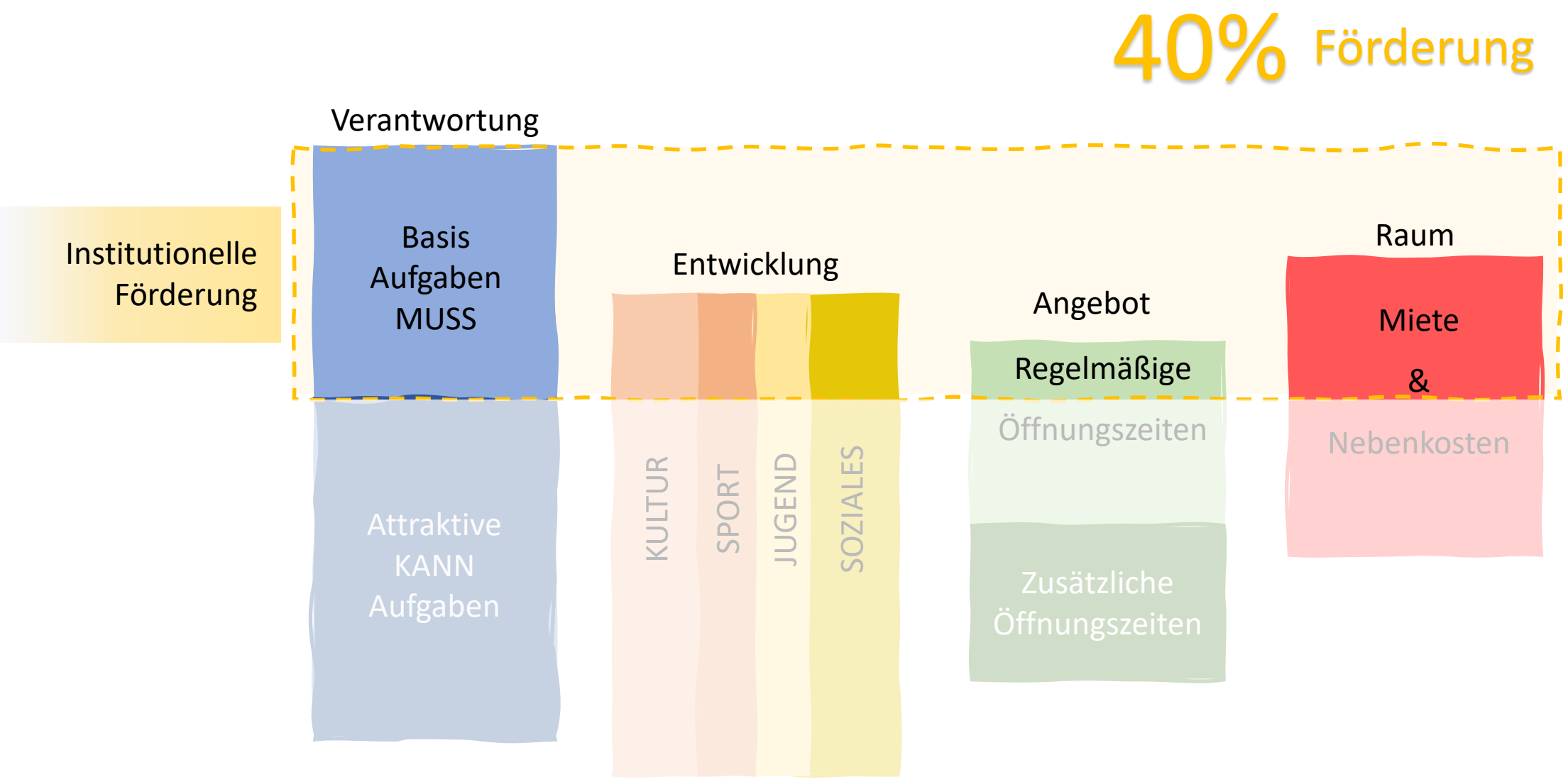


Ressourcen-Säulen

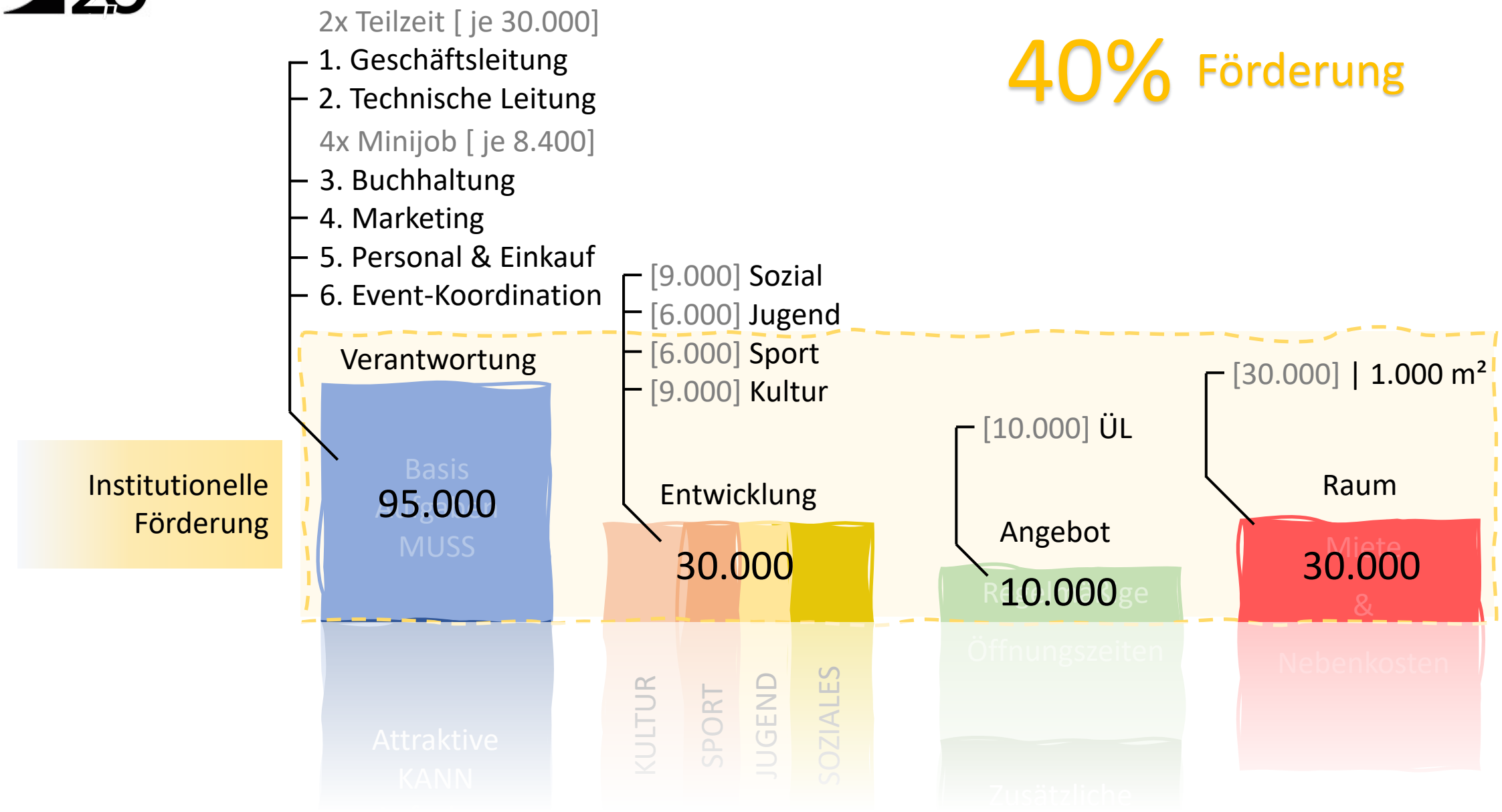
30% Eigenwirtschaftlich



Ressourcen-Säulen



40% Förderung



Wie soll sichergestellt werden, dass auch genügend ehrenamtliche Arbeit zusammen kommt?

Zielgruppenanalyse



Tertiäre-Zielgruppe

Nutzer:innen der Sportfläche, Cafés und Veranstaltungen

Profil

- 6-99 Jahre alt
- Schüler:innen, Studenten, Gering- & Normalverdiener oder Unterstützer:innen

Mögliche Beweggründe

- sportliche Betätigung in den Sport-Flächen
- weitere Freizeitbeschäftigung (lesen, spielen, feiern…)
- Arbeitsplatz für Schule/Studium/Beruf
- gesellschaftlicher Austausch
- soziale Kontakte knüpfen
- sicherer Raum (Safer Space)
- keine Konsumpflicht (Vergleich zur Gastronomie)

Zielgruppenanalyse



Sekundär-Zielgruppe

ausprobieren, lernen, helfen, dabei sein

Profil

- 14-70 Jahre alt
- Genügend Kapazität für ehrenamtliche Arbeit

Mögliche Beweggründe

- gesellschaftlichen Mehrwert schaffen
- Berufserfahrung sammeln
- auf Suche nach Umsetzungsmöglichkeiten eigener Ideen
- gesellschaftliche Teilhabe
- wollen mit Kompetenzen unterstützen
- persönliche und berufliche Kontakte schaffen

Beschäftigungsverhältnis

- unregelmäßige ehrenamtliche Unterstützung
- regelm. Unterstützung als Übungsleiter:in an Theke

Zielgruppenanalyse



Hauptzielgruppe

bereit zur persönlichen Weiterentwicklung

Profil

- 20-36 Jahre alt
- Feste Beschäftigung Ausbildung/Studium/Arbeit
- genügend Kapazitäten für ehrenamtliche Arbeit

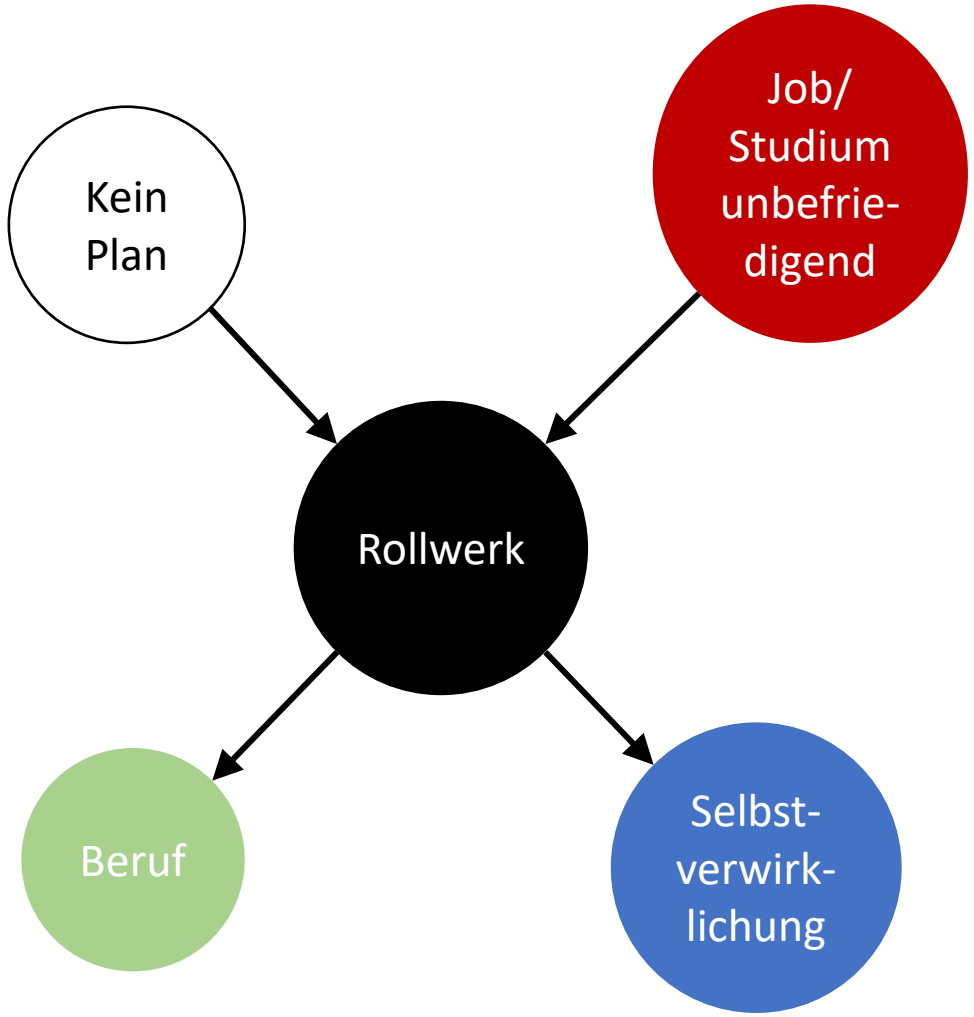
Mögliche Beweggründe

- befinden sich arbeitstechnisch in „Sackgasse“
- Interessen- oder Perspektiv-Wechsel
- sind unterfordert oder wollen einen gesellschaftlichen Mehrwert bezwecken

Beschäftigungsverhältnis

- Orga-Support | Übungsleiter & Ehrenamtsvertrag
- Orga-Position | Geringfügige Beschäftigung (Minijob)
- Leitung | Teilzeitanstellung

Konzept-Ziel



Alleinstellungsmerkmal: **Zwischenstation**

Unterscheidung von anderen Institutionen

Im Konzeptfokus stehen persönliche Weiterentwicklung, Beschäftigung, Spaß und Spielraum für Ideen.
Die Unterhaltung der Sportfläche, des Cafés und des Kulturprogramms sind die nötigen Werkzeuge und Angebote, um ein Interesse der Zielgruppe zu schaffen.

Das Rollwerk bildet als Institution eine niederschwellige und wichtige Beschäftigungsebene, die die gesellschaftliche Teilhabe & Interesse fördert, Perspektiven schafft, informiert und als Sprungbrett für feste Beschäftigungen oder Selbstverwirklichung wirken soll.

Wie soll sichergestellt sein, dass sich auch die richtige Zielgruppe angesprochen fühlt?

50/50

KONZEPT-STRATEGIE



bezahlte Arbeit

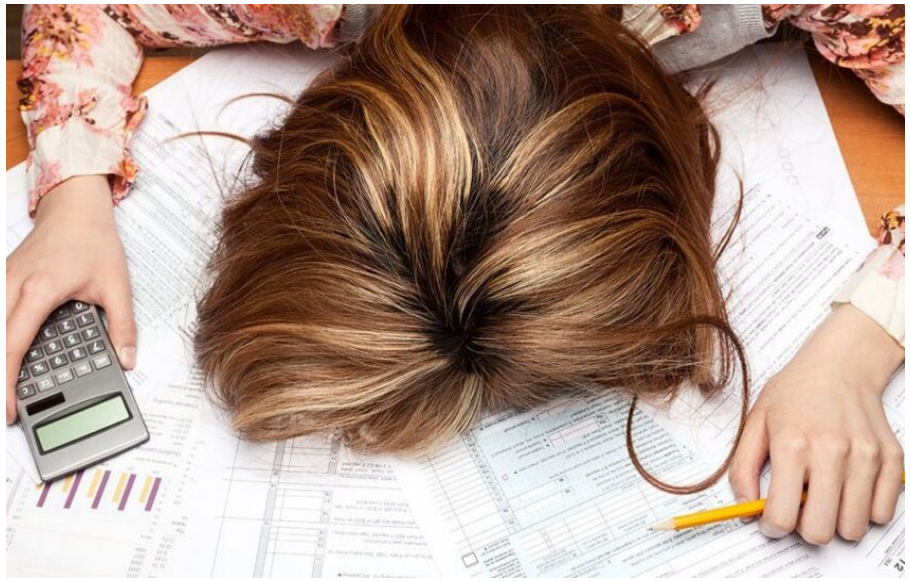
+



ehrenamtliche Arbeit

50/50

KONZEPT-STRATEGIE

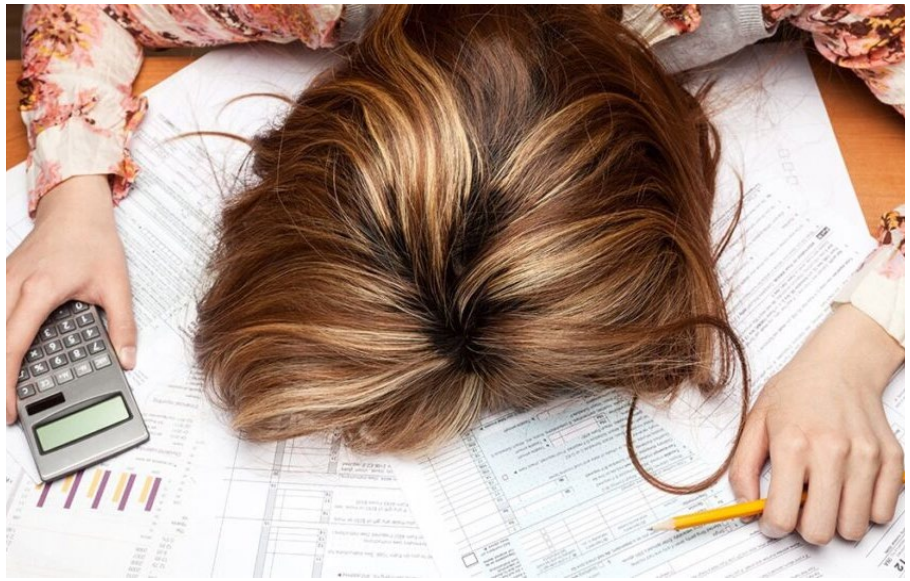


MUSS - Aufgaben



KANN - Aufgaben

50/50 Konzept-Strategie



MUSS - Aufgaben

Essenzielle Aufgaben

zur Aufrechterhaltung der Möglichkeiten

- buchhalterische & steuerliche Aufgaben
- Grund-Organisatorische Aufgaben
- interne & externe Kommunikation
- Terminkoordination
- Sauberkeit & Ordnung
- etc.

50/50 Hilfe-Strategie

Ehrenamtliche Beteiligung

nicht essenzielle Aufgaben

- gesellschaftliche Teilhabe
- soziale Interaktionen
- Selbstverwirklichung
- Unterstützung Jugend-, Sport- & Kulturszene
- Steigerung von Attraktivität & Angebot
- etc.



KANN - Aufgaben

50/50 Hilfe-Strategie



Klare Verhältnisse für Zielgruppe

zusätzliche ehrenamtliche Tätigkeit ist vorausgesetzt

Die Personen, die sich für Verantwortungspositionen einsetzen, machen das aus einer **intrinsischen Motivation**.
Es soll klar sein, wie Beschäftigungsverhältnisse und auch persönliche Entwicklungsmöglichkeiten sind.

Entsprechend werden Beschäftigungsverträge erstellt. Ein Aufsichtsrat (setzt sich aus alten Leitungen und Orga-Mitgliedern zusammen) beaufsichtigt die Einhaltung und Anpassungen der geltenden Regelungen und das Festhalten der Prinzipien des Konzepts.

Das Konzept soll Menschen zur Weiterentwicklung verhelfen…

…wenn das Rollwerk sich zum Beruf entwickelt hat, ist das Konzeptziel verfehlt.

Zusammengefasst:
Wie sehen die Konzeptsäulen für das Rollwerk in Zukunft aus?

Konzept-Säulen



Photo by Tarikul Raana

https://www.pexels.com/photo/boy-in-black-long-sleeved-shirt-riding-orange-bicycle-3619972/

Intrinsische Motivation

Menschen, die im Rollwerk helfen,

sollten es aus Überzeugung, der Vision,

dem Bedürfnis der persönlichen Entwicklung und/oder zum Aufbau von Beziehungen nutzen.

Das Rollwerk ist kein Ort zum Geld verdienen und verlangt viel persönliches Engagement.

Konzept-Säulen

Befristete Verantwortung

Klare Definition der Aufgabenbereiche und eine abgesteckte Einsatzzeit sollen Planbarkeit und realistische Selbsteinschätzung der eigenen Kapazitäten der Helfenden fördern.



Foto von Emily Ranquist

https://www.pexels.com/de-de/foto/fotografie-von-absolventen-1205651/

Konzept-Säulen



Photo by Fuse

https://www.gettyimages.at/detail/foto/three-girls-playing-musical-chairs-in-garden-lizenzfreies-bild/78782481

Rotierende Verantwortung

Aufgabenbereiche sollen nicht mehrfach ausgeführt werden, sodass eine persönliche/berufliche Weiterentwicklung angetrieben wird. So wird für andere Menschen die Möglichkeit geschaffen, die jeweilige Verantwortung in absehbarer Zeit zu übernehmen.

Konzept-Säulen

Alters-Obergrenze

Eine erfolgreiche Kommunikation zwischen den Verantwortungspositionen (max. 36 Jahre) und der helfenden Zielgruppe (min. 14 Jahre) ist abhängig von dem Verständnis gegenüber der nächsten bzw. vorigen Generation.



Foto von Ketut Subiyanto

https://www.pexels.com/de-de/foto/frau-laptop-niedlich-verbindung-4474035/

Konzept-Säulen



Photo by alexeyzhilkin
https://www.freepik.com/free-photo/surfer-blue-wave_13956067.htm#fromView=search&page=1&position=18&uuid=b4471fba-40df-4d88-ac29-a6dc59f1d71e

Beschäftigung - nicht Beruf

Wichtig ist zu wahren, dass die Zeit im Rollwerk als Sprungbrett und Horizont-Erweiterung gesehen und genutzt wird. Die Menschen, die Verantwortungspositionen besetzen (Orga-Support, Orga, Leitung) sollen (je nach zeitlicher Kapazität) parallel eine feste Beschäftigung ausüben und ein höheres berufliches Ziel verfolgen oder für sich finden.

Konzept-Säulen - Zusammenfassung

Akteure

- intrinsische Motivation erhalten - minimale monetäre Motivation
- befristete Verantwortungsbereiche
- rotierende Verantwortung
- maximales Alter für Verantwortungen
- Beschäftigung – nicht Beruf

Konzept-Säulen - Zusammenfassung

Institution

- Absicherung der Grund-Pfeiler
  - ► Verantwortung ► Raum ► Aktion ► Entwicklung
- Unabhängigkeit & Planbarkeit
- wiederkehrende Neuausrichtung
- Kooperation mit Akteuren in (& um) Rüsselsheim

Konzept-Säulen - Zusammenfassung

Institution

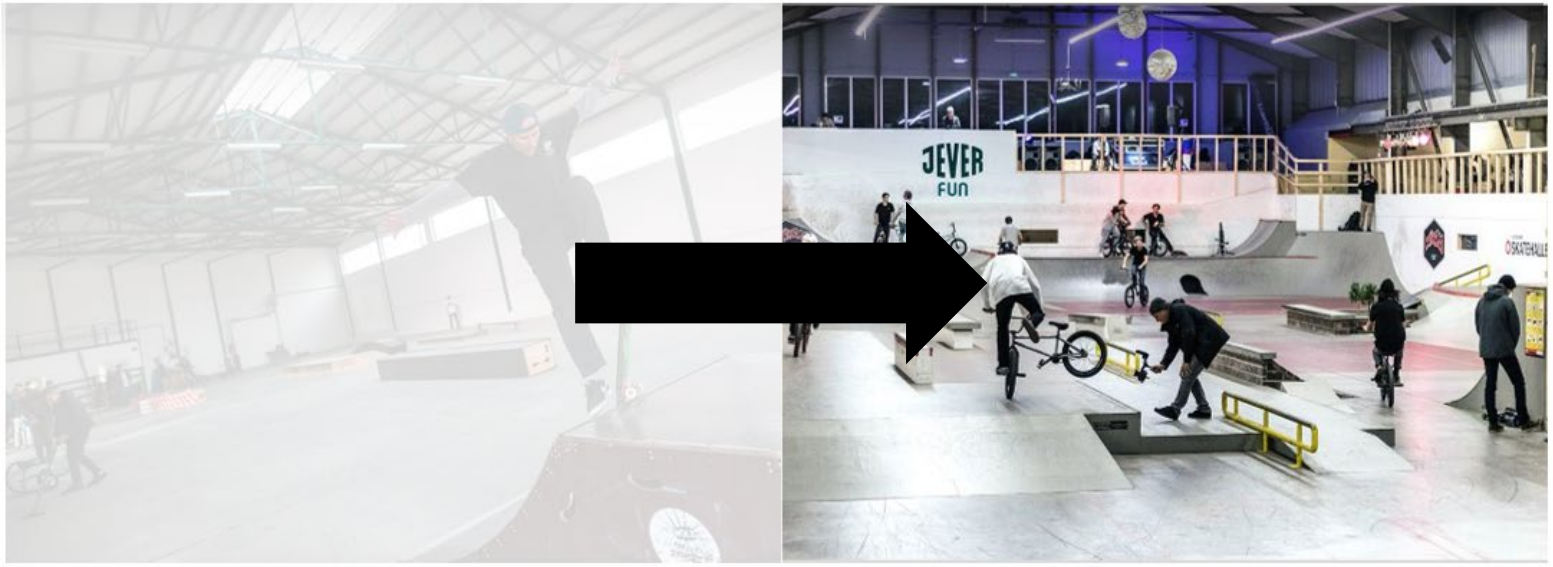
- Absicherung der Grund-Pfeiler
  - ► Verantwortung ► Raum ► Aktion ► Entwicklung
- Unabhängigkeit & Planbarkeit
- wiederkehrende Neuausrichtung
- **Kooperation** mit Akteuren in (& um) Rüsselsheim

→ Erweitertes Konzeptpotenzial für Rüsselsheim

Wie ist der aktuelle Stand und die akuten Probleme im Rollwerk?

Aktuelle Phase

KONZEPT / VISION



- Phase 1 (Testphase)
  Minimale Investitionen, kurze Mietdauer (1-2 Jahre)

- Phase 2 (Festigungsphase)
  Größeres Mietobjekt, höhere & langfristige Investitionen

Aktuelle Phase

B'skateboarding ZUKUNFT INNENSTADT

KONZEPT / VISION



- Phase 1 (Testphase)
  Minimale Investitionen, kurze Mietdauer (1-2 Jahre)

- Phase 2 (Festigungsphase)
  Größeres Mietobjekt, höhere & langfristige Investitionen

Aktuelle Phase



Aktuelle Phase



Organisationsstruktur

skateKultur e.V. (seit Jan 2024)
(ehemals B‘skateboarding Rüsselsheim a. M. e. V. – Umtragung noch nicht im VR)
gemeinütziger Sport- & Kulturverein
VR 83953 – Vorstandsvorsitzender Benedikt Becker
Albert-Schweitzer-Str. 5, 65428 Rüsselsheim

Projektkonten
(Abteilungen - nicht offiziell, weil hohe Bürokratie)

B‘skateboarding/
B‘skate (Kurzform)
Skateschule in Rüsselsheim

Rollrausch Rüsselsheim a. M.
Skate- & BMX-Jam

Rollwerk – Skatehalle Rüsselsheim
Als Projekt betrieben bis 18.10.2023

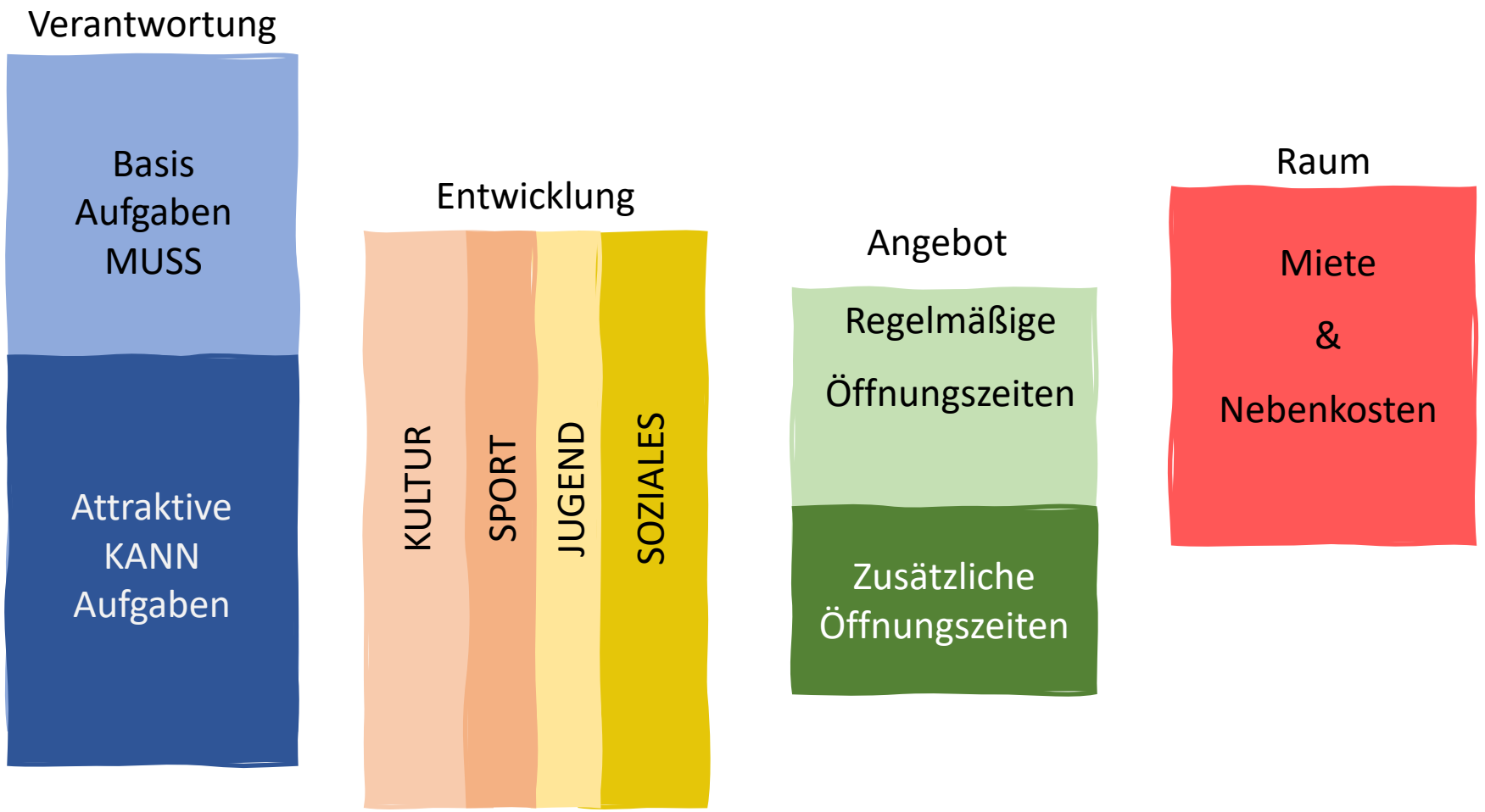
ROLLWERK
SKATEHALLE RÜSSELSHEIM

Rollwerk gUG (haftungsbeschränkt) i. G.
(in Gründung seit 19.10.2023)
Betreibt Rollwerk – Skatehalle Rüsselsheim

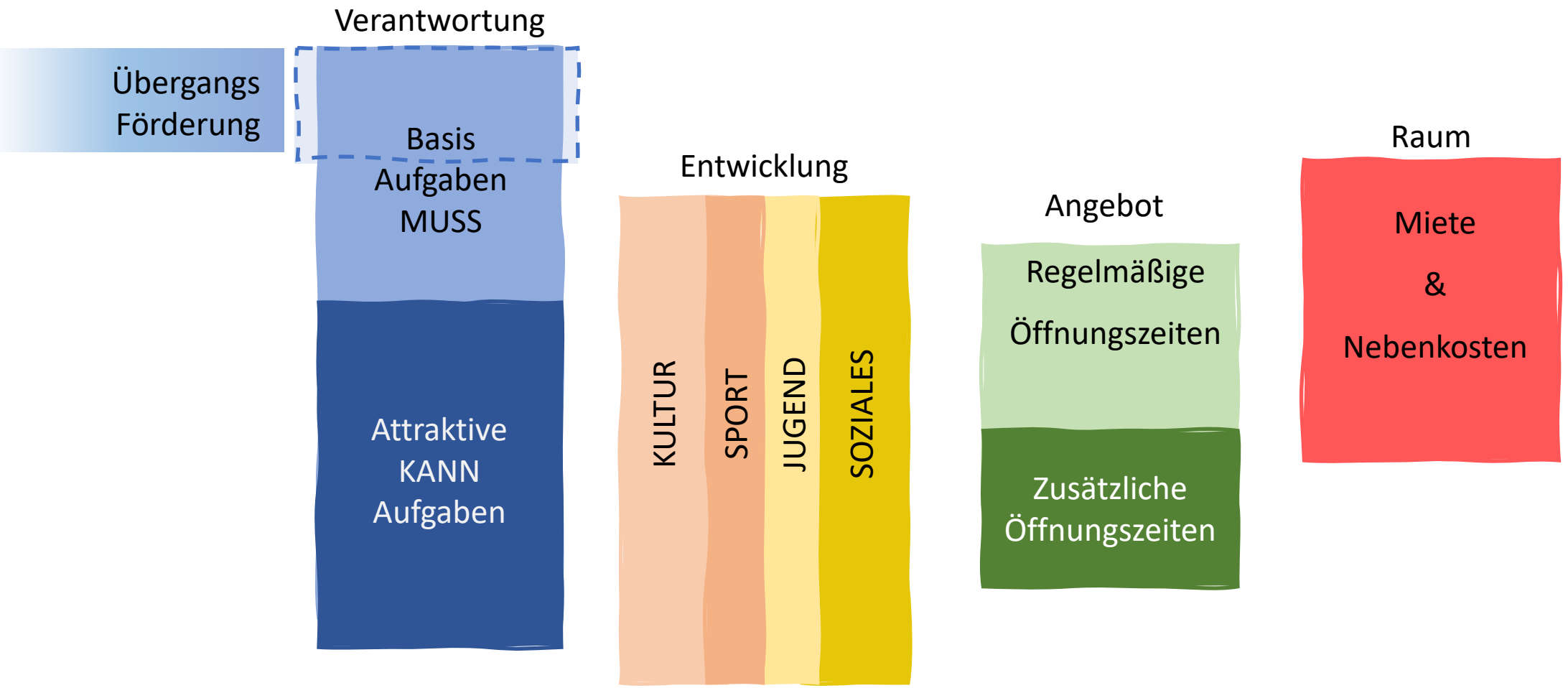
Anteile B‘skateboarding e. V. = 100/100 = 100%
HR Nr. noch nicht erstellt / Steuernummer noch nicht erstellt
Geschäftsführer – Benedikt Becker
Bahnhofsplatz 1, 65428 Rüsselsheim am Main

Wie wird die Übergangs-förderung von 40.000 € in dieser Saison genutzt?

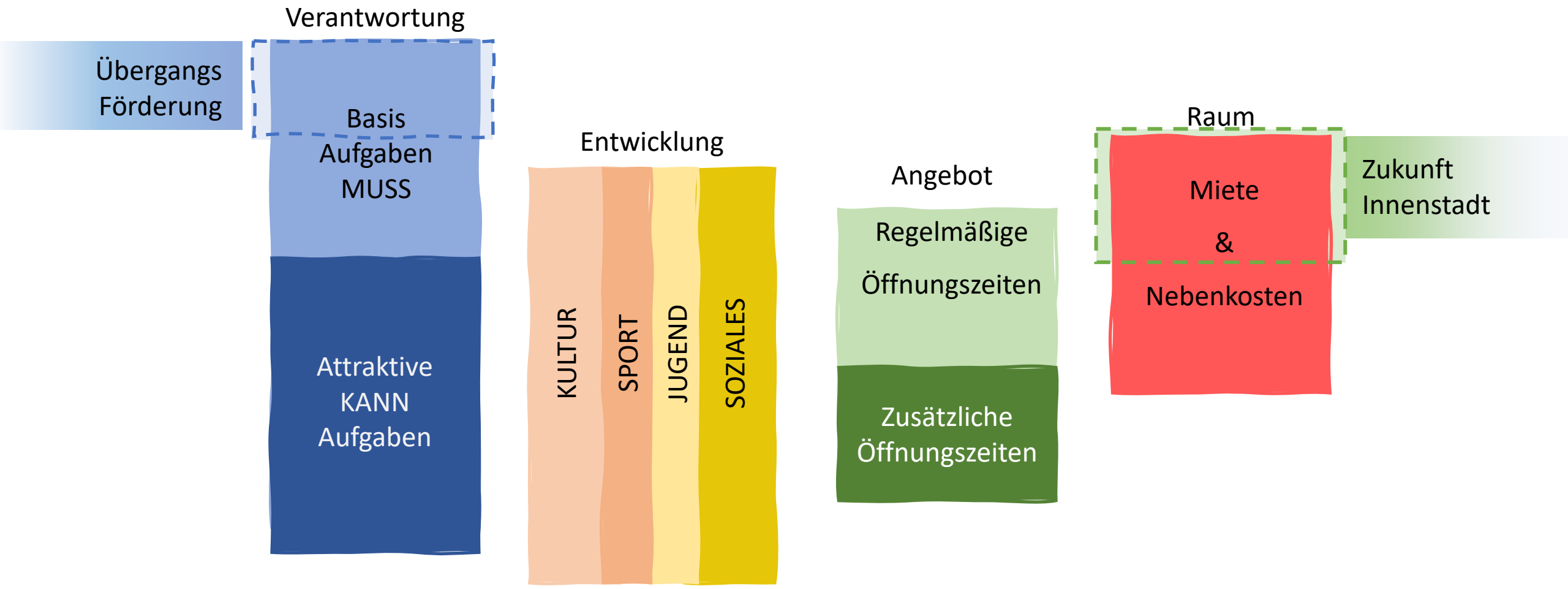
Aktuelle Phase



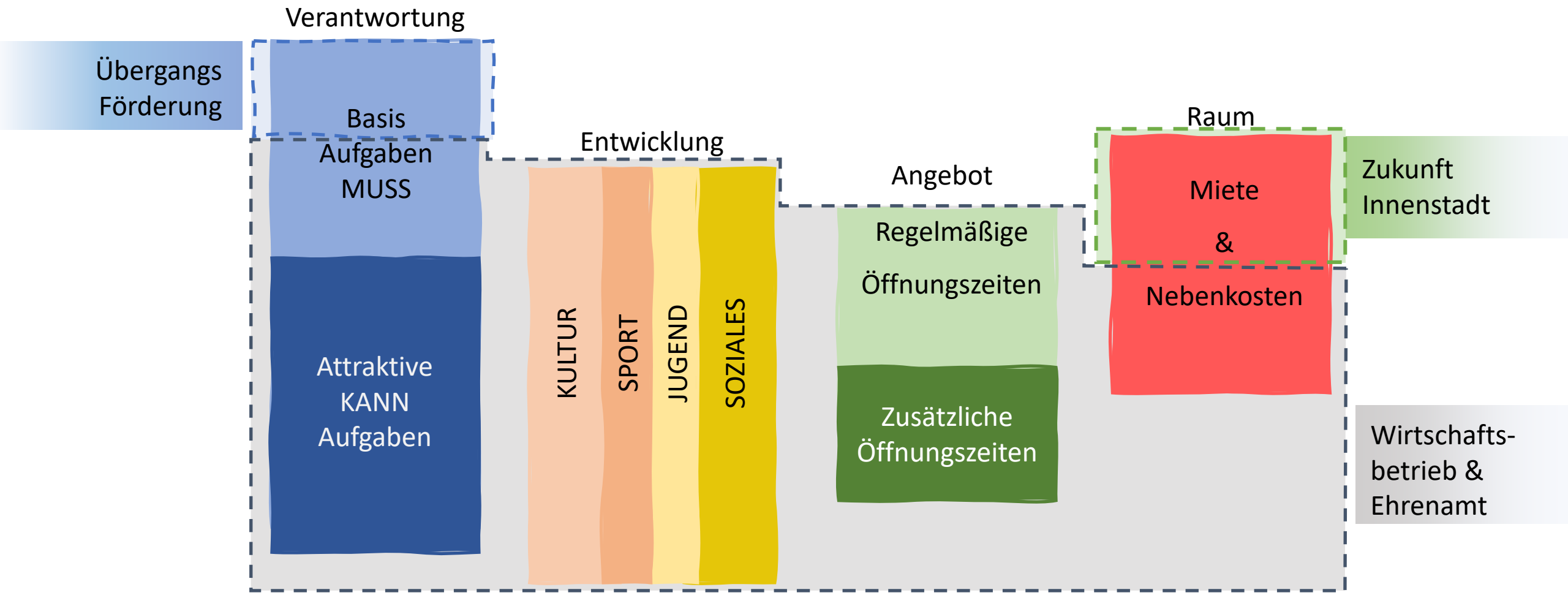
Aktuelle Phase



Aktuelle Phase



Aktuelle Phase



Wie verteilen sich die Fördermittel über 10.000 € für die Konzeptionierung?

10.000	Konzeptförderung – Stadt Rüsselsheim	
1.900	Konzeptarbeit	– Benedikt Becker
600	Verifizierungen	– Externe Berater*innen
7.500	Fachplaner	– Externe Dienstleister*innen

Akute Probleme

Ein bisschen mehr Zeit im Altwerk A1

- Verlängerung des Mietzeitraums von 30.06.24 auf den **30.06.25** möglich
- **Danach keine Miete mehr möglich**
  Sanierungsbeginn in A1 Sommer ’25
- Mietkosten ~2.400 €/mtl.

Gründung der gUG Oktober ‘23

- getrennte Buchhaltung (mehr Transparenz)
- Reifung der Aufgabenbereiche
- Unterscheidung Kann- (ehrenamtlich) & Muss-Aufgaben (bezahlt)



Akute Probleme



Förderung Stadt Rüsselsheim

- ▷ 40.000 € - Hilft in Saison 23/24, um einen Teil der Personalkosten zu überbrücken
  - ► Mittel sind bis Ende April nutzbar
- ▷ Mittel decken nicht den Gesamtbedarf
  - ► Verschiebung auf wirtschaftlicher Schwerpunkt
- ▷ Abweichung geplanter Zweckmäßigkeit
  - ► notwendig um Räume zu finanzieren

Förderung Zukunft Innenstadt

- ▷ Zugesagte Mittel (50% Miete) bis Dez 2024
  - ► Weitere Unterstützung ggf. Nötig

Akute Probleme



Perspektive E-Bau Opel-Werk

- Raum noch offen (Möglichkeiten E-Bau?)
  - Erstbesichtigungen sind erfolgt
  - Altlasten, Bodenproben und Statik werden überprüft von Fachplanern

Verlängerung A1

- Angebot über Mietvertragsverlängerung bis zum 30. Juni 2025 (derzeit noch nicht unterschrieben)

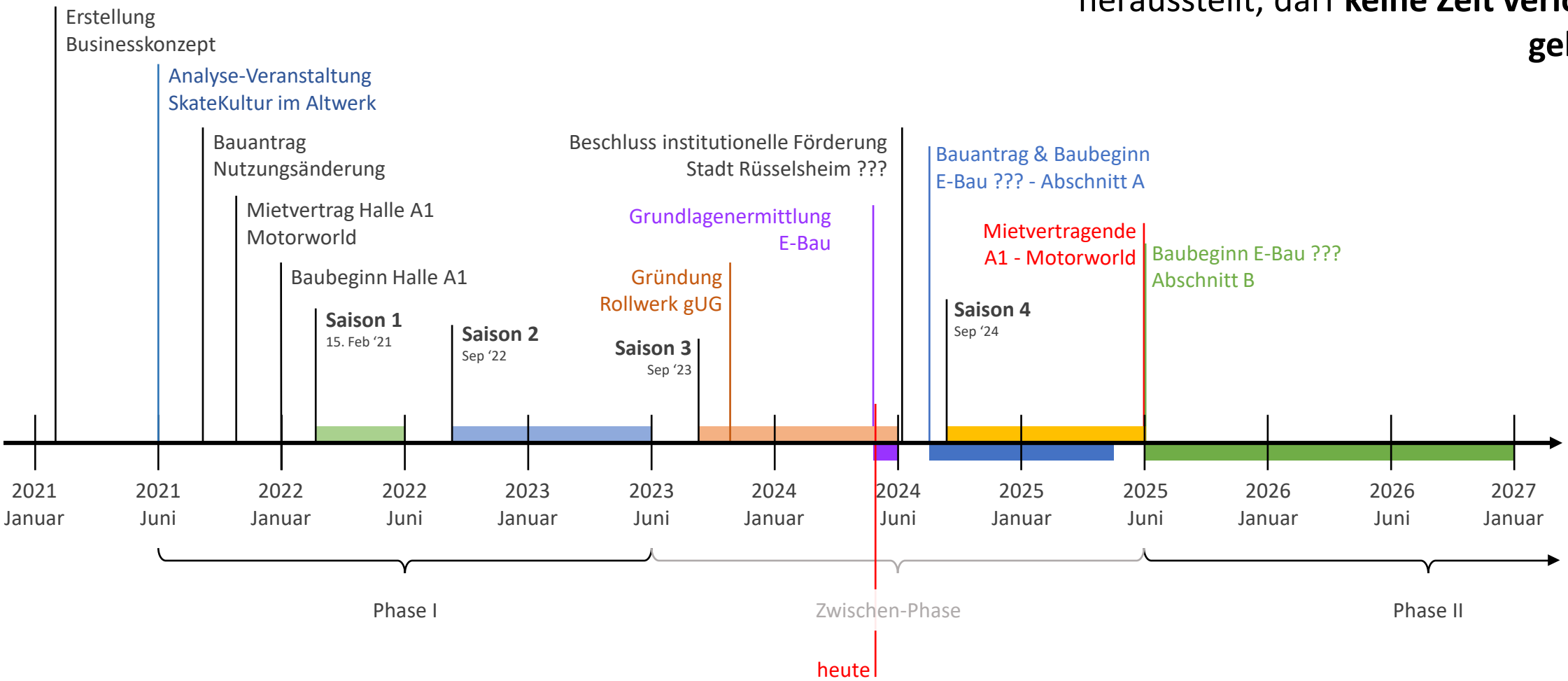
Fehlende Finanzierung

- Ohne eine gesicherte Finanzierung kann das Rollwerk in der Saison 2024/25 nicht weiter-geführt werden. Die institutionelle Förderung muss schleunigst beschlossen werden.

Wie sollte nun das zeitliche Vorgehen sein, um keine Zeit zu versäumen?

Projektplanung

Wichtig ist **jetzt die Entscheidung** der Stadt Rüsselsheim. Wenn der Gebäude-Komplex sich als eine geeignete Perspektive herausstellt, darf **keine Zeit verloren gehen**.



ROLLWERK 2.0
SKATEHALLE RÜSSELSHEIM

Vielen Dank!

14.05.2024 | B‘skateboarding Rüsselsheim am Main e. V. | Benedikt Becker

Kalkulation Einnahmen-Ausgaben Rollwerk Saison 24/25

Ausgaben

		Jul 24	Aug 24	Sep 24	Okt 24	Nov 24	Dez 24	Jan 25	Feb 25	Mrz 25	Apr 25	Mai 25	Jun 25	
Verantwortung	Gehalt (Benedikt Becker)	1.427 €	1.427 €	1.427 €	1.427 €	1.427 €	1.427 €	1.477 €	1.477 €	1.477 €	1.477 €	1.477 €	1.477 €	
	Gehalt (Felix Hildebrand)	1.317 €	1.317 €	1.317 €	1.317 €	1.317 €	1.317 €	1.359 €	1.359 €	1.359 €	1.359 €	1.359 €	1.359 €	
	Lohnnebenkosten Festanstellungen	1.760 €	1.760 €	1.760 €	1.760 €	1.760 €	1.760 €	1.770 €	1.770 €	1.770 €	1.770 €	1.770 €	1.770 €	
	Gehalt Marketing	450 €	450 €	450 €	450 €	450 €	450 €	480 €	480 €	480 €	480 €	480 €	480 €	
	Gahalt Buchhaltung	520 €	520 €	520 €	520 €	520 €	520 €	556 €	556 €	556 €	556 €	556 €	556 €	
	Gehalt Personal & Einkauf	520 €	520 €	520 €	520 €	520 €	520 €	556 €	556 €	556 €	556 €	556 €	556 €	
	Gehalt Event-Koordination	520 €	520 €	520 €	520 €	520 €	520 €	556 €	556 €	556 €	556 €	556 €	556 €	
	Gehalt Veranstaltungsorga	450 €	450 €	450 €	450 €	450 €	450 €	480 €	480 €	480 €	480 €	480 €	480 €	
	Lohnnebenkosten Minijobber	620 €	620 €	620 €	620 €	620 €	620 €	660 €	660 €	660 €	660 €	660 €	660 €	
	Ehrenamtsverträge (OrgaSupport)	200 €	200 €	200 €	200 €	200 €	200 €	240 €	240 €	240 €	240 €	240 €	240 €	
	Ehrenamtsverträge (RW-Hilfe)	100 €	100 €	100 €	100 €	100 €	100 €	120 €	120 €	120 €	120 €	120 €	120 €	
	Monatlich Gesamt	7.883 €	7.883 €	7.883 €	7.883 €	7.883 €	7.883 €	8.254 €	8.254 €	8.254 €	8.254 €	8.254 €	8.254 €	
											Summe Verantwortung			96.822 €
Angebot & Entwicklung	Übungsleiterkosten	0 €	0 €	1.600 €	1.600 €	2.140 €	2.140 €	2.568 €	2.568 €	2.568 €	1.920 €	1.920 €	0 €	
	Einkauf Lebensmittel	0 €	0 €	3.920 €	4.060 €	1.470 €	1.680 €	2.030 €	1.470 €	1.330 €	4.060 €	3.920 €	0 €	
	Steuern auf Geschäftsbetrieb	0 €	0 €	2.128 €	2.204 €	798 €	912 €	1.102 €	798 €	722 €	2.204 €	2.128 €	0 €	
	Steuern auf Zweckbetrieb Sport	0 €	0 €	4 €	11 €	46 €	78 €	88 €	46 €	25 €	17 €	4 €	0 €	
	Steuern auf Zweckbetrieb Kultur	0 €	0 €	175 €	175 €	35 €	35 €	53 €	35 €	35 €	175 €	175 €	0 €	
	Veranstaltungskosten	0 €	0 €	6.500 €	6.500 €	1.300 €	1.300 €	1.950 €	1.300 €	1.300 €	6.500 €	6.500 €	0 €	
	Monatlich Gesamt	0 €	0 €	14.327 €	14.550 €	5.789 €	6.145 €	7.791 €	6.217 €	5.980 €	14.876 €	14.647 €	0 €	
											Summe Angebot & Entwicklung			90.323 €
Raum	Mietausgaben (Halle A1 EG)	2.456 €	2.456 €	2.456 €	2.456 €	2.456 €	2.456 €	2.529 €	2.529 €	2.529 €	2.529 €	2.529 €	2.529 €	
	Sonstige Raumkosten	55 €	55 €	55 €	55 €	55 €	55 €	60 €	60 €	60 €	60 €	60 €	60 €	
	Geschäftsraumversicherung	378 €	378 €	378 €	378 €	378 €	378 €	400 €	400 €	400 €	400 €	400 €	400 €	
	Monatlich Gesamt	2.889 €	2.889 €	2.889 €	2.889 €	2.889 €	2.889 €	2.989 €	2.989 €	2.989 €	2.989 €	2.989 €	2.989 €	
											Summe Raum			35.266 €
	Monattliche Gesamtausgeben	10.772 €	10.772 €	25.099 €	25.322 €	16.561 €	16.917 €	19.034 €	17.460 €	17.223 €	26.119 €	25.890 €	11.243 €	
											Summe Gesamtausgaben			222.411 €

Einnahmen

		Jul 24	Aug 24	Sep 24	Okt 24	Nov 24	Dez 24	Jan 25	Feb 25	Mrz 25	Apr 25	Mai 25	Jun 25	
	Einnahmen Wirtschaftsbetrieb Café	0 €	0 €	1.200 €	1.600 €	2.200 €	2.800 €	2.800 €	2.200 €	1.800 €	1.600 €	1.200 €	0 €	
	Einnahmen Wirtschaftsbetrieb VA	0 €	0 €	10.000 €	10.000 €	2.000 €	2.000 €	3.000 €	2.000 €	2.000 €	10.000 €	10.000 €	0 €	
	Einnahmen Zweckbetrieb Kultur	0 €	0 €	2.500 €	2.500 €	500 €	500 €	750 €	500 €	500 €	2.500 €	2.500 €	0 €	
	Einnahmen Zweckbetrieb Sport	0 €	0 €	60 €	160 €	660 €	1.120 €	1.260 €	660 €	360 €	240 €	60 €	0 €	
	Förderung Zukunft Innenstadt 50% Miete	1.228 €	1.228 €	1.228 €	1.228 €	1.228 €	1.228 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	
	Summe Einnahmen	1.228 €	1.228 €	14.988 €	15.488 €	6.588 €	7.648 €	7.810 €	5.360 €	4.660 €	14.340 €	13.760 €	0 €	
											Summe Gesamteinnahmen			93.097 €

Gesamt-Förderbedarf	**129.400,00 €**

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-601/21-26	
Datum	14.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	21.05.2024	beschließend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	12.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 für Kultur123 Stadt Rüsselsheim

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 mit der DS-489/21-26 in der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2023 mehrheitlich beschlossen wurde.
2. die finanziellen Auswirkungen der Beschlüsse DS-517/21-26 mit dem Änderungsantrag der WsR DS-517-1/21-26 „Erforderliche Maßnahmen Stadttheater“ und DS-504-2/21-26 „Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2023 zur DS-504/21-26]] - Zukunftskonzept zur Organisationsentwicklung des soziokulturellen Zentrums "Das Rind" - neue Fördervereinbarung und Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Trägerverein des autonomen Kulturzentrums "das Rind", dem Verein für Freizeit und Kultur e.V.“ in einer Fortschreibung des Wirtschaftsplanes abzubilden sind.
3. die Umsetzung eines Urteils des Bundessozialgerichtes (BSG) zum Status von Lehrkräften von Musikschulen 2,5 zusätzliche Stellen mit der Eingruppierung TVöD 9b notwendig machen.
4. sich das Planergebnis der Erfolgsrechnung im Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim um 109.830 € von -8.674.080 € auf -8.783.910 € erhöht.
5. dass sich dieses Planergebnis in Höhe von -8.783.910 € nach Umlage des Zentralen Bereichs auf die Betriebsteile wie folgt verteilt:

vhs	-1.901.655 €
Kultur & Theater	-3.516.746 €
Musikschule	-1.327.331 €
Stadtbücherei	-2.038.178 €

6. sich der gesamte Liquiditätsbedarf für das Jahr 2024 auf rund 11,81 Mio. € beläuft.

7. dass sich die Betriebskommission von Kultur123 Stadt Rüsselsheim in ihrer Sitzung am 17.04.2024 mit dem Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim befasst hat. Sie empfiehlt dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung bei zwei Enthaltungen einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

B. Beschluss
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2024.

Begründung:

A. Ziel
Ziel ist es, Kultur123 die notwendigen Mittel für die Umsetzung der Beschlüsse DS-517/21-26 und DS-504-2/21-26 der Stadtverordnetenversammlung vom 14.12.2023 mittels Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 bereitzustellen.

B. Gesetzliche Grundlage
§ 115 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 07.03.2005 (GVBl. I S. 142) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.12.2015 (GVBl. S. 618) in Verbindung mit dem Hessischen Eigenbetriebsgesetz (EigBGes) vom 9. Juni 1989 (GVBl. I S. 151), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Juli 2016 (GVBl. I S. 121).

Gemäß § 7 Abs. 3 EBG nimmt die Betriebskommission Stellung zum Entwurf des Wirtschaftsplanes und verweist die Vorlage an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung.

C. Ausgangslage
Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 mit einem Planbetriebsergebnis von -8.674.080 € wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2023 mehrheitlich beschlossen. Die ebenfalls am 14.12.2023 getroffenen Beschlüsse DS-517/21-26 in Verbindung mit DS-517-1/21-26 und DS-504-2/21-26 sowie die weiteren benannten Entwicklungen haben finanzielle Auswirkungen auf den von Kultur123 vorgelegten Wirtschaftsplan 2024. Der Zuschussbedarf für Kultur123 erhöht sich dadurch um -109.830 € von -8.674.080 € auf -8.783.910 €.

In der Finanzplanung der Fortschreibung des ersten Entwurfes des Wirtschaftsplanes 2023 war für das Jahr 2024 ein Planbetriebsergebnis in Höhe von -9.340.163 € vorgesehen. Der Eigenbetrieb liegt mit einem Planergebnis in Höhe von -8.783.910 € um 600.253 € unter den Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung aus dem Jahr 2023.

D. Erläuterung
Die Abbildung von Fördervereinbarung und Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Trägerverein des autonomen Kulturzentrums "das Rind", dem Verein für Freizeit und Kultur e.V.“ im Wirtschaftsplan von Kultur123 gemäß DS-504-2/21-26 hat zur Folge, dass sich die Aufwendungen im Bereich Kultur & Theater um den Förderbetrag 2024 von 127.500 € erhöhen. Demgegenüber stehen Jahreseinnahmen in Höhe von 10.170 € aus der Verpachtung der Liegenschaft Mainstraße 11. In gleichem Maße wird der städtische Haushalt entlastet.

Die Umsetzung der Sanierung des Theaters gemäß den Beschlüssen DS-517/21-26 sowie DS-517-1/21-26 wirken sich überwiegend investiv aus. Die benötigten Mittel wurden auf der Basis der, vom Ingenieurbüro Mittelstädt im Rahmen einer Gesamtbetrachtung, erstellten Kostenschätzungen ermittelt und im Vermögensplan und der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Für das Jahr 2024 wurden Kostenschätzungen für die Leistungsphasen 1 bis 3 der Bauabschnitte 1 und 2 eingestellt. In den Folgejahren wurden Kostenschätzungen für die verbleibenden Leistungsphasen der Bauabschnitte 1 und 2 sowie der Leistungsphasen 1 bis 3 des Bauabschnittes 3 berücksichtigt. Die Umsetzung des Bauabschnittes 3 über die Leistungsphase 3 hinaus, ist in dem abgebildeten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht realisierbar. Zuschüsse in Höhe von insgesamt 800.000 € aus der Förderung der Sanierungsmaßnahme wurden für die Jahre 2024 und 2025 eingerechnet. Durch die Verschiebung des angenommenen Zeitplans ergeben sich in der Erfolgsplanung 2024 um 90.000 € erhöhte Zuschüsse gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan.

Die Umsetzung eines Urteils des Bundessozialgerichtes (BSG) vom 28.06.2022, das Lehrkräfte von Musikschulen in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Auftraggeberin sieht, bedingt die Umwandlung von bisher freiberuflich beschäftigten Lehrkräften in festangestellte Mitarbeitende gemäß den Vorgaben des TVöD. Dazu werden 2,5 zusätzliche Stellen benötigt, die in der Stellenübersicht ergänzt wurden. Bewertet mit der Eingruppierung TVöD 9b/3 verursachen diese Personalkosten in Höhe von 122.075 €. Dem gegenüber steht im Vergleich mit dem beschlossenen Wirtschaftsplan 2024 die Reduzierung der Honorarkosten um 46.600 €.

Der gesamte Liquiditätsbedarf für das Jahr 2024 beläuft sich auf rund 11,81 Mio. €. Dieser setzt sich zusammen aus dem Planergebnis von 8.783.910 €, den geplanten Investitionen in Höhe von 3.527.955 € abzüglich der geplanten Abschreibungen von 503.545 €. Die Investitionen werden dabei aus der vorhandenen Liquidität finanziert.

Bei der Fortschreibung der Ergebnisse in der mittelfristigen Finanzplanung ergeben sich die folgenden Auswirkungen:

Jahr	2023	2024	2025	2026	2027
WP 2024 beschlossen	-8.802.083€	-8.674.080€	-8.816.217€	-9.468.594€	-10.349.529€
WP 2024 Fortschreibung**	-8.008.000€*	-8.783.910€	-9.504.784€	-10.041.051€	-10.547.126€
Differenz	**794.083€**	**-109.830€**	-688.567€	-572.457€	-197.597€
Gesamt 23-27					**-774.368€**

*Prognose Jahresergebnis aus QB IV.2023 **Die lineare Anpassung der Aufwendungen wurde mit einer Inflationsrate von 3% berechnet.

Insgesamt ergibt sich in der mittelfristigen Finanzplanung der Fortschreibung eine Verschlechterung in Höhe von 774.368 € gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan 2024. Im Gegenzug wird im Vergleich zum beschlossenen Wirtschaftsplan durch die Verschiebung der Förderung „das Rind“ der städtische Haushalt über die Jahre 2024 bis 2027 um 501.000 € entlastet.

Die verbleibende Differenz im Vergleich der beiden Ansätze resultiert aus höheren Aufwendungen aufgrund der Übernahme von Lehrkräften der Musikschule in feste Beschäftigungsverhältnisse gemäß TVöD.

Die Schwankungen in der Differenz resultieren aus unterschiedlichen Annahmen beim Zufluss der Fördermittel aus der Theatersanierung. Im beschlossenen Wirtschaftsplan 2024, erstellt im September 2023, war der Ausgangspunkt, dass die Zuschüsse über die Jahre 23 -25 zufließen. Der Fortschreibung des Wirtschaftsplan 2024 liegt jetzt der, zwischenzeitlich ergangene, angepasste Zuwendungsbescheid zugrunde, der die Zuflüsse auf die Jahre 2024 mit 560 T€ und 2025 mit 240 T€ verteilt. Da die Zuschüsse Einmaleffekte darstellen, werden diese für die Fortschreibung auf die Folgejahre wieder korrigiert. Hierdurch ergeben sich größere Sprünge bei den Erträgen, die sich im Betriebsergebnis niederschlagen.

Bei einem Vergleich mit der mittelfristigen Finanzplanung aus dem Wirtschaftsplan 2023 ergibt sich über die Jahre 2023 bis 2026 eine Gesamtverbesserung von 2.651.000 €.

E. Auswirkungen auf das Klima

Bei Entscheidungen über die Konsolidierung von Liegenschaften sowie der Umsetzung von Instandhaltungs- bzw. Sanierungsprojekten sind immer auch energetische Aspekte mit zu bedenken. Verbesserungen in diesen Bereichen werden sich beim Ressourcenverbrauch im Betrieb der Liegenschaften positiv bemerkbar machen und damit auch positive Auswirkungen für das Klima mit sich bringen.

Anlagen:
Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplans 2024 von Kultur123

Rüsselsheim am Main, 21.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

KULTUR 123
STADT RÜSSELSHEIM



Fortschreibung Wirtschaftsplan 2024

Entwurf

KULTUR123 STADT RÜSSELSHEIM

KULTUR & THEATER
VOLKSHOCHSCHULE
MUSIKSCHULE
STADTBÜCHEREI

Inhaltsübersicht zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024

A. Beschluss zum Wirtschaftsplan 2024

B. Erläuterungen

1. Gesetzliche Grundlagen
2. Wirtschaftsjahr 2024
3. Erläuterungen zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024

C. **Anlagen**

1. Erfolgsplan Kultur123

1.1. Erfolgsplan Zentrale Dienste
1.2. Erfolgsplan Betriebsteil Volkshochschule
1.3. Erfolgsplan Betriebsteil Kultur & Theater
1.4. Erfolgsplan Betriebsteil Musikschule
1.5. Erfolgsplan Betriebsteil Stadtbücherei

2. Vermögensplan Kultur123

2.1. Vermögensplan Zentrale Dienste
2.2. Vermögensplan Betriebsteil Volkshochschule
2.3. Vermögensplan Betriebsteil Kultur & Theater
2.4. Vermögensplan Betriebsteil Musikschule
2.5. Vermögensplan Betriebsteil Stadtbücherei
2.6. Vermögensplan nach Darstellung HMIS Teil 1
2.7. Vermögensplan nach Darstellung HMIS Teil 2 (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport)

3. Stellenübersicht Kultur123

4. Finanzplanung Kultur123

4.1. Finanzplanung Zentrale Dienste
4.2. Finanzplanung Betriebsteil Volkshochschule
4.3. Finanzplanung Betriebsteil Kultur & Theater
4.4. Finanzplanung Betriebsteil Musikschule
4.5. Finanzplanung Betriebsteil Stadtbücherei
4.6. Finanzplanung nach Darstellung HMIS Teil1
4.7. Finanzplanung nach Darstellung HMIS Teil 2 (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport)

5. Liquiditätsplanung

A. Beschluss über den Wirtschaftsplan 2024 des Eigenbetriebs Kultur123 Stadt Rüsselsheim

Aufgrund des § 5 Ziffer 4 des Eigenbetriebsgesetzes (EigBGes) in der Fassung vom 9. Juni 1989 (GVBI. I S. 154), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Juli 2016 (GVBI. I S. 121) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main am _____ folgenden Beschluss über den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Kultur123 Stadt Rüsselsheim für das Wirtschaftsjahr 2024 gefasst:

§1
Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2024 wird

im Erfolgsplan
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf 4.134.246 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf -12.918.156 €
mit einem Fehlbedarf von -8.783.910 €,

im Vermögensplan
mit dem Gesamtbetrag der Deckungsmittel auf 3.527.955 €
mit dem Gesamtbetrag der Ausgaben auf -3.527.955 €
ausgeglichen

festgesetzt.

§2
Kredite werden nicht veranschlagt.

§3
Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§4
Liquiditätskredite werden nicht beansprucht.

§5
Es gilt die von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Wirtschaftsplans beschlossene Stellenübersicht.

Rüsselsheim am Main, den _____

Dr. Abdelkader Al Ghouz
Betriebsleiter

B. Erläuterungen zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim

1. Gesetzliche Grundlagen

Grundlage ist das hessische Eigenbetriebsrecht, hier in Form des Eigenbetriebsgesetzes, das im zweiten Teil (§§ 10 ff.) Vorschriften zur Wirtschaftsführung und zum Rechnungswesen darlegt.

Der Eigenbetrieb arbeitet mit einem Wirtschaftsplan[1], der vor Beginn eines jeden Wirtschaftsjahres aufzustellen ist. Der Wirtschaftsplan besteht aus

- dem Erfolgsplan[2]
- dem Vermögensplan[3]
- der Stellenübersicht[4]
- dem Finanzplan[5]

Der Erfolgsplan muss alle voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres enthalten. Er gliedert sich analog der Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Vermögensplan enthält die voraussehbaren Einnahmen und Ausgaben, die sich aus Anlageveränderungen und aus der Kreditwirtschaft des Betriebes ergeben.

Die Stellenübersicht weist die erforderlichen Stellen für Angestellte und Beamt*innen aus. Diese werden im Stellenplan der Stadt nachrichtlich geführt.

Der Finanzplan enthält eine Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplanes, sowie eine Übersicht über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und deren Wirkung auf die Finanzplanung der Stadt Rüsselsheim am Main.

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 ist als Anlage beigefügt.

[1] § 15 EigBGes
[2] § 16 EigBGes
[3] § 17 EigBGes
[4] § 18 EigBGes
§ 19 EigBGes

2. Wirtschaftsjahr 2024

Für das Wirtschaftsjahr 2024 liegen vor

- der Entwurf des Erfolgsplanes
- der Entwurf des Vermögensplanes
- der Entwurf der Stellenübersicht
- der Entwurf der Finanzplanung
- der Entwurf der Liquiditätsplanung

3. Erläuterungen zum Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 mit der DS-489/21-26 wurde in der Stadtverordnetenversammlung am 14.12.2024 mehrheitlich beschlossen.

Die Beschlüsse DS-517/21-26 mit dem Änderungsantrag der WsR DS-517-1/21-26 „Erforderliche Maßnahmen Stadttheater“ und DS-504-2/21-26 „Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 05.12.2023 zur DS 504/21-26 - Zukunftskonzept zur Organisationsentwicklung des soziokulturellen Zentrums "Das Rind" - neue Fördervereinbarung und Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Trägerverein des autonomen Kulturzentrums "das Rind", dem Verein für Freizeit und Kultur e.V.“ haben finanzielle Auswirkungen und sind in dem vorliegenden Entwurf der Fortschreibung des Wirtschaftsplanes 2024 abgebildet.

Die Abbildung von Fördervereinbarung und Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Trägerverein des autonomen Kulturzentrums "das Rind", dem „Verein für Freizeit und Kultur e.V.“ im Wirtschaftsplan von Kultur123 gemäß DS-504-2/21-26 bedeutet, dass sich die Aufwendungen im Bereich Kultur & Theater um den Förderbetrag 2024 von 127.500 € erhöhen. Demgegenüber stehen Jahreseinnahmen aus der Verpachtung der Liegenschaft Mainstraße 11 in Höhe von 10.170 €.

Die Umsetzung der Sanierung des Theaters gemäß den Beschlüssen DS-517/21-26 sowie DS-517-1/21-26 wirken sich investiv aus. Die benötigten Mittel wurden auf der Basis der, vom Ingenieurbüro Mittelstädt im Rahmen einer Gesamtbetrachtung, erstellten Kostenschätzungen ermittelt und im Vermögensplan und der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt.
Für das Jahr 2024 wurden Kostenschätzungen für die Leistungsphasen 1 bis 3 der Bauabschnitte 1 und 2 eingestellt. In den Folgejahren wurden Kostenschätzungen für die verbleibenden Leistungsphasen der Bauabschnitte 1 und 2 sowie der

Leistungsphasen 1 bis 3 des Bauabschnittes 3 berücksichtigt. Die Umsetzung des Bauabschnittes 3 über die Leistungsphase 3 hinaus, ist in dem abgebildeten Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung nicht darstellbar.
Zuschüsse aus der Förderung der Sanierungsmaßnahme wurden gemäß dem Zuwendungsbescheid des Förderungsgebers für die Jahre 2024 und 2025 eingerechnet. Durch die Verschiebung des angenommenen Zeitplans ergeben sich in der Erfolgsplanung um 90.000 € erhöhte Zuschüsse gegenüber dem beschlossenen Wirtschaftsplan 2024.

Die Umsetzung eines Urteils des Bundessozialgerichtes (BSG) vom 28.06.2022, welches Lehrkräfte der Musikschule in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis zur Auftraggeberin sieht, bedingt die Umwandlung der bisher freiberuflich beschäftigten Lehrkräfte in festangestellte Mitarbeitende gemäß den Vorgaben des TVöD. Dazu werden 2,5 zusätzliche Stellen in der Fortschreibung des Wirtschaftsplans 2024 benötigt.
Bewertet mit der Eingruppierung TVöD 9b/3 verursacht dies erhöhte Personalkosten in Höhe von 122.075 €. Dem gegenüber stehen im Vergleich mit dem beschlossenen Wirtschaftsplan 2024 Einsparungen bei den Honorarkosten von 46.600 €.
In der Stellenübersicht wurden die zusätzlichen 2,5 Stellen für die Umwandlung der Lehrkräfte bei der Musikschule ergänzt.

Der Zuschussbedarf im Planergebnis der Erfolgsrechnung im Entwurf des Wirtschaftsplanes 2024 von Kultur123 Stadt Rüsselsheim erhöht sich damit insgesamt um 109.830 € von -8.674.080 € auf -8.783.910 €. Dieses Planergebnis verteilt sich nach Umlage des Zentralen Bereichs auf die Betriebsteile wie folgt:

vhs	-1.901.655 €
Kultur & Theater	-3.516.746 €
Musikschule	-1.327.331 €
Stadtbücherei	-2.038.178 €

Der gesamte Liquiditätsbedarf für das Jahr 2024 beläuft sich auf rund 11,81 Mio. €. Dieser setzt sich zusammen aus dem Planergebnis von 8.783.910 €, den geplanten Investitionen in Höhe von 3.527.955 € abzüglich der geplanten Abschreibungen von 503.545 €. Die Investitionen werden dabei aus der vorhandenen Liquidität finanziert.

In der mittelfristigen Finanzplanung wurde die lineare Anpassung der Aufwendungen aufgrund der Entwicklung der Preissteigerungsrate auf aktuell 3% festgelegt. Die Betriebsleitung wird die weitere Entwicklung beobachten.

Anlage 1.

Erfolgsplan 2024

Kultur123

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	3.449.446 €	3.858.221 €	3.689.437 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	684.800 €	256.000 €	634.815 €
	Summe Erträge	**4.134.246 €**	**4.114.221 €**	**4.324.252 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	1.604.441 €	1.640.303 €	1.463.592 €
3b	Veranstaltungskosten	517.470 €	555.023 €	378.311 €
3c	Zuschüsse	160.500 €	183.800 €	150.975 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	2.282.411 €	2.379.125 €	1.992.878 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	5.640.160 €	5.490.180 €	6.339.896 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	1.541.340 €	1.548.210 €	10 €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	137.000 €	252.000 €	163.407 €
4d	Personalnebenkosten	90.800 €	92.485 €	85.946 €
	Summe Personalaufwand	7.409.300 €	7.382.875 €	6.589.259 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	1.690.800 €	1.734.789 €	1.344.134 €
5b	Geschäftsbetrieb	1.001.370 €	930.730 €	793.950 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	2.692.170 €	2.665.519 €	2.138.084 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	35.000 €	35.000 €	35.016 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	468.545 €	458.465 €	444.952 €
	Summe Abschreibungen	503.545 €	493.465 €	479.968 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 47.270 €	- 48.680 €	7.369 €
7b	Zinsen Pensionen	78.000 €	44.000 €	68.351 €
	Summe Zinsen	30.730 €	- 4.680 €	75.720 €
	Summe Aufwendungen	**12.918.156 €**	**12.916.304 €**	**11.275.909 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 8.783.910 €**	**- 8.802.083 €**	**- 6.951.657 €**

Anlage 1.1.

Erfolgsplan 2024

Zentralbereich

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	- €	- €	9.596 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	33.504 €
	Summe Erträge	**- €**	**- €**	**43.100 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	- €	- €	1.280 €
3b	Veranstaltungskosten	3.500 €	3.000 €	2.701 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	3.500 €	3.000 €	3.981 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.026.000 €	963.280 €	897.309 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	304.300 €	281.780 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	12.000 €	28.000 €	- 31.577 €
4d	Personalnebenkosten	26.000 €	32.085 €	23.763 €
	Summe Personalaufwand	1.368.300 €	1.305.145 €	889.495 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	55.800 €	43.390 €	37.573 €
5b	Geschäftsbetrieb	387.100 €	319.460 €	350.114 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	442.900 €	362.850 €	387.687 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	104.680 €	109.350 €	106.707 €
	Summe Abschreibungen	104.680 €	109.350 €	106.707 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 38.250 €	- 39.380 €	3.200 €
7b	Zinsen Pensionen	31.000 €	6.000 €	28.137 €
	Summe Zinsen	- 7.250 €	- 33.380 €	31.337 €
	Summe Aufwendungen	**1.912.130 €**	**1.746.965 €**	**1.419.207 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.912.130 €**	**- 1.746.965 €**	**- 1.376.107 €**

Anlage 1.2.

Erfolgsplan 2024

vhs

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	2.095.836 €	2.866.371 €	2.540.534 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	33.988 €
	Summe Erträge	**2.095.836 €**	**2.866.371 €**	**2.574.522 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	1.005.241 €	1.020.203 €	930.546 €
3b	Veranstaltungskosten	40.052 €	71.203 €	63.851 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	1.045.293 €	1.091.405 €	994.397 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.097.270 €	1.550.650 €	2.152.951 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	320.000 €	448.890 €	10 €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	4.300 €	3.300 €	4.092 €
	Summe Personalaufwand	1.421.570 €	2.002.840 €	2.157.053 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	585.100 €	626.734 €	495.716 €
5b	Geschäftsbetrieb	205.050 €	295.250 €	153.019 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	790.150 €	921.984 €	648.735 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	28.450 €	28.450 €	28.448 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	83.335 €	88.655 €	81.539 €
	Summe Abschreibungen	111.785 €	117.105 €	109.987 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.310 €	- 2.110 €	4.166 €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	- 2.310 €	- 2.110 €	4.166 €
	Summe Aufwendungen	**3.366.488 €**	**4.131.224 €**	**3.914.338 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.270.652 €**	**- 1.264.853 €**	**- 1.339.816 €**

Anlage 1.3.

Erfolgsplan 2024

Kultur&Theater

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	678.110 €	348.150 €	543.658 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	682.800 €	256.000 €	362.520 €
	Summe Erträge	**1.360.910 €**	**604.150 €**	**906.178 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	577.300 €	533.300 €	427.309 €
3b	Veranstaltungskosten	244.168 €	282.350 €	163.206 €
3c	Zuschüsse	127.500 €	150.800 €	115.800 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	948.968 €	966.450 €	706.315 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.514.480 €	1.277.120 €	1.403.683 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	327.770 €	331.880 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	125.000 €	224.000 €	194.984 €
4d	Personalnebenkosten	49.500 €	40.500 €	48.357 €
	Summe Personalaufwand	2.016.750 €	1.873.500 €	1.647.024 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	729.600 €	737.775 €	562.378 €
5b	Geschäftsbetrieb	274.500 €	229.600 €	199.414 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	1.004.100 €	967.375 €	761.792 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	6.550 €	6.550 €	6.568 €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	225.285 €	217.855 €	214.531 €
	Summe Abschreibungen	231.835 €	224.405 €	221.099 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.000 €	- 2.220 €	- €
7b	Zinsen Pensionen	47.000 €	38.000 €	40.214 €
	Summe Zinsen	45.000 €	35.780 €	40.214 €
	Summe Aufwendungen	**4.246.653 €**	**4.067.510 €**	**3.376.444 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 2.885.743 €**	**- 3.463.360 €**	**- 2.470.266 €**

Anlage 1.4.

Erfolgsplan 2024

Musikschule

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	572.000 €	544.200 €	498.699 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	2.000 €	- €	40.669 €
	Summe Erträge	**574.000 €**	**544.200 €**	**539.368 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	19.900 €	84.800 €	103.657 €
3b	Veranstaltungskosten	64.750 €	33.470 €	6.351 €
3c	Zuschüsse	- €	- €	- €
	Summe Veranstaltungsaufwand	84.650 €	118.270 €	110.008 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	1.057.200 €	830.900 €	928.496 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	315.130 €	241.040 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	6.000 €	8.100 €	5.585 €
	Summe Personalaufwand	1.378.330 €	1.080.040 €	934.081 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	51.500 €	47.915 €	34.509 €
5b	Geschäftsbetrieb	66.020 €	29.920 €	37.836 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	117.520 €	77.835 €	72.345 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	17.270 €	11.100 €	11.041 €
	Summe Abschreibungen	17.270 €	11.100 €	11.041 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.380 €	- 2.490 €	- €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	- 2.380 €	- 2.490 €	- €
	Summe Aufwendungen	**1.595.390 €**	**1.284.755 €**	**1.127.475 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.021.390 €**	**- 740.555 €**	**- 588.107 €**

Anlage 1.5.

Erfolgsplan 2024

Stadtbücherei

Pos.	Aufwendungen und Erträge	Plan 2024	Plan 2023	Ist 2022
	Erträge			
1	Umsatzerlöse aus Veranstaltungen	103.500 €	99.500 €	96.950 €
2	Sonstige Betriebliche Erträge	- €	- €	164.134 €
	Summe Erträge	**103.500 €**	**99.500 €**	**261.084 €**
	Aufwendungen			
3	Veranstaltungsaufwand			
3a	Honorare und Gagen	2.000 €	2.000 €	800 €
3b	Veranstaltungskosten	165.000 €	165.000 €	142.202 €
3c	Zuschüsse	33.000 €	33.000 €	35.175 €
	Summe Veranstaltungsaufwand	200.000 €	200.000 €	178.177 €
4	Personalaufwand			
4a	Löhne und Gehälter	945.210 €	868.230 €	957.457 €
4b	Sozialabgaben/Altervorsorge	274.140 €	244.620 €	- €
4c	Altersteilzeit/Pensionen	- €	- €	- €
4d	Personalnebenkosten	5.000 €	8.500 €	4.149 €
	Summe Personalaufwand	1.224.350 €	1.121.350 €	961.606 €
5	Betriebliche Aufwendungen			
5a	Gebäude	268.800 €	278.975 €	213.958 €
5b	Geschäftsbetrieb	68.700 €	56.500 €	53.567 €
	Summe Betriebliche Aufwendungen	337.500 €	335.475 €	267.525 €
6	Abschreibungen			
6a	Gebäude	- €	- €	- €
6b	Bewegliches Anlagevermögen	37.975 €	31.505 €	31.134 €
	Summe Abschreibungen	37.975 €	31.505 €	31.134 €
7	Zinsen			
7a	Zinsen	- 2.330 €	- 2.480 €	3 €
7b	Zinsen Pensionen	- €	- €	- €
	Summe Zinsen	- 2.330 €	- 2.480 €	3 €
	Summe Aufwendungen	**1.797.495 €**	**1.685.850 €**	**1.438.445 €**
8	**Betriebsergebnis**	**- 1.693.995 €**	**- 1.586.350 €**	**- 1.177.361 €**

Anlage 2.

Vermögensplan 2024

Kultur123

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	vhs	€ 111.785,00
2	Kultur - Theater	€ 3.053.144,00
3	Musikschule	€ 19.026,00
4	Stadtbücherei	€ 39.000,00
5	Zentralbereich	€ 305.000,00
6		
7		
Summe		**€ 3.527.955,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 503.545,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 3.024.410,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 3.527.955,00**

Anlage 2.1.

Vermögensplan 2024

Zentrale Dienste

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Ausstattung Geschäftsstelle	€ 305.000,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 305.000,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 104.680,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 200.320,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 305.000,00**

Anlage 2.2.

Vermögensplan 2024

vhs

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024	
1	Lehrbetrieb allgemein	€	6.000,00
2	BZ Landrat-Harth-Heim	€	22.000,00
3	BZ Opel-Altwerk	€	22.000,00
4	BZ Kürbisstraße 42	€	47.000,00
5	Liquiditätsüberschuss	€	14.785,00
6			
7			
Summe		**€**	**111.785,00**
	Deckungsmittel		
8	Abschreibungen	€	111.785,00
9	Netto-Geldvermögen	€	-
10	Andere	€	-
Summe		**€**	**111.785,00**

Vermögensplan 2024

Kultur & Theater

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Kultur und Technik	€ 55.000,00
2	Theater und Technik	€ 140.000,00
3	Sanierung Theater	€ 2.838.144,00
4	Kunst	€ 20.000,00
5		
6		
7		
Summe		**€ 3.053.144,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 231.835,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 2.821.309,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 3.053.144,00**

Anlage 2.4.

Vermögensplan 2024

Musikschule

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Instrumente	€ 19.026,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 19.026,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 17.270,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 1.756,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 19.026,00**

Anlage 2.5.

Vermögensplan 2024

Stadtbücherei

Lfd. Nr.	Investitionen und Anlagevermögen	2024
1	Ausstattung	€ 39.000,00
2		
3		
4		
5		
6		
7		
Summe		**€ 39.000,00**
	Deckungsmittel	
8	Abschreibungen	€ 37.975,00
9	Netto-Geldvermögen	€ 1.025,00
10	Andere	€ -
Summe		**€ 39.000,00**

Anlage 2.6.

Vermögensplan 2023

	Deckungsmittel (Mittelherkunft)		
Lfd.Nr.	Bezeichnung	Euro	Erläuterung
1	Zuführungen zum Stammkapital [1)]		
2	Zuführungen zu Rücklagen abzüglich Entnahmen 1)		
3	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen abzüglich Entnahmen [1)]		
4	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil abzüglich Entnahmen [1)]		
5	Abschreibungen und Anlageabgänge (ohne Nr. 6)	503.545 €	
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse		
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzüglich Entnahmen aus Pos. C der Passivseite „Empfangene Ertragszuschüsse“ 1)		
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen		
9	Kredite		
	a) von der Gemeinde		
	b) von Dritten		
10	Netto-Geldvermögen	3.024.410 €	
11	Deckungsmittel des Vermögensplans insgesamt	3.527.955 €	

1) Wenn die Entnahmen überwiegen, ist hier ein Negativposten auszuweisen.

Anlage 2.7.

Vermögensplan 2024

Lfd.Nr.	Ausgaben (Mittelverwendung)	Planansatz		Investitionen (nachrichtlich)		
	Bezeichnung	Ausgaben des Wirtschaftsjahres Euro	Verpflichtungsermächtigungen des Wirtschaftsjahres [1] Euro	Gesamtausgabebedarf Euro	bisher bereitgestellt [2] Euro	Erläuterungen
1	**2**	**3**	**4**	**5**	**6**	**7**
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte [3]					
	für vhs	111.785 €				
	für Kultur/Theater	3.053.144 €				
	für Musikschule	19.026 €				
	für Stadtbücherei	39.000 €				
	für Geschäftsstelle	305.000 €				
2	Finanzanlagen					
3	Tilgung von Krediten					
4	Rückzahlung von Stammkapital					
5	**.....**					
6	Ausgaben/Verpflichtungsermächtigungen des Vermögensplans insgesamt	3.527.955 €				

Anlage 3.

Stellenübersicht 2024
Kultur123 Stadt Rüsselsheim

2024

	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Beamte					
A 15					
A 14hd			1		
A 13 hd					
A 12			1		
Angestellte TVöD					
15	1				
14	1				
13	1	1	1**	1	1
12		1	1		
11	5	1,14	1		1
10	1	1,14	1	1	1
9a	0,75	1	3		
9b	1,5		2,75	11,5	4,75
9c	0,25		2,5	5	
8	2,5	1	1	1,5	2
7					1
6	2,3	3,5	2		8,5
5	0,25*	0,5*	2		0,5
3					
2			1		
Angestellte TVöD SuE					
S15		1,5			
S12	0,25	5,01			
S11b		0,75			
Gesamt	**16,80**	**17,54**	**20,25**	**20,00**	**19,75**
					94,34

***kw** ****Nachfolge Leitung KuT kw**

Nachrichtliche Stellen ohne Kalkulation	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
S 12		1,6			
S 15		0			
Gesamt	**0,00**	**1,60**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
					1,60

nachrichtlich: Geringfügig Beschäftigte	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Auszubildende	1	1	3		1
Praktikanten		1			
geringf. Beschäftigte	3	4	70	1	6

2023

	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Beamte					
A 15					
A 14hd			1		
A 13 hd					
A 12			1		
Angestellte TVöD					
15	1				
14	1				
13	1	1,5		1	1
12		1	1		
11	3	1,75	1		1
10	1	0,5	1	1	1
9a	0,75	1	3		
9b	1,5		2,75	9	2,75
9c	0,25		2,5	5	
8	2,75	1,75	1	1	2
7					1
6	1,5	3	2		8,5
5		0,5	1		0,5
3					
2			1		
Angestellte TVöD SuE					
S15		4*			
S12	0,25	13			
S11b		0,75			
Gesamt	**14,00**	**28,75**	**18,25**	**17,00**	**17,75**
					95,75

***1kw**

Nachrichtliche Stellen ohne Kalkulation	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
S 12		1,6			
Gesamt	**0,00**	**1,60**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
					1,60

nachrichtlich: Geringfügig Beschäftigte	Zentraler Service	vhs	Kultur & Theater	Musikschule	Stadtbücherei
Auszubildende	1	1	3		1
Praktikanten		1			
geringf. Beschäftigte	3	4	70	1	6

Anlage 4.

Finanzplan 2024

Kultur123

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	1.240.505 €	3.527.955 €	2.421.396 €	7.778.236 €	3.397.124 €
	Investition Anlagevermögen	**1.240.505 €**	**3.527.955 €**	**2.421.396 €**	**7.778.236 €**	**3.397.124 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	4.114.221 €	4.134.246 €	3.764.918 €	3.593.743 €	3.661.712 €
2	Aufwendungen	12.916.304 €	12.918.156 €	13.269.702 €	13.634.794 €	14.208.838 €
	Betriebsergebnis	**-8.802.083 €**	**-8.783.910 €**	**-9.504.784 €**	**-10.041.051 €**	**-10.547.126 €**

Anlage 4.1.

Finanzplan 2024

Zentrale Dienste

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	336.000 €	305.000 €	208.100 €	210.200 €	212.300 €
	Investition Anlagevermögen	**336.000 €**	**305.000 €**	**208.100 €**	**210.200 €**	**212.300 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
2	Aufwendungen	1.746.965 €	1.912.130 €	1.951.494 €	1.992.039 €	2.051.800 €
	Betriebsergebnis	**-1.746.965 €**	**-1.912.130 €**	**-1.951.494 €**	**-1.992.039 €**	**-2.051.800 €**

Anlage 4.2.

Finanzplan 2024

vhs

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	117.105 €	111.785 €	112.900 €	114.000 €	115.100 €
	Investition Anlagevermögen	**117.105 €**	**111.785 €**	**112.900 €**	**114.000 €**	**115.100 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	2.866.371 €	2.095.836 €	2.106.315 €	2.116.847 €	2.127.431 €
2	Aufwendungen	4.131.224 €	3.366.488 €	3.467.483 €	3.571.507 €	3.678.652 €
	Betriebsergebnis	**-1.264.853 €**	**-1.270.652 €**	**-1.361.168 €**	**-1.454.660 €**	**-1.551.221 €**

Anlage 4.3.

Finanzplan 2024

Kultur & Theater

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	670.400 €	3.053.144 €	2.041.796 €	7.394.836 €	3.009.924 €
	Investition Anlagevermögen	**670.400 €**	**3.053.144 €**	**2.041.796 €**	**7.394.836 €**	**3.009.924 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	604.150 €	1.360.910 €	977.715 €	792.604 €	846.567 €
2	Aufwendungen	4.067.510 €	4.246.653 €	4.356.053 €	4.471.735 €	4.770.887 €
	Betriebsergebnis	**-3.463.360 €**	**-2.885.743 €**	**-3.378.338 €**	**-3.679.131 €**	**-3.924.320 €**

Anlage 4.4.

Finanzplan 2024

Musikschule

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	12.000 €	19.026 €	19.200 €	19.400 €	19.600 €
	Investition Anlagevermögen	**12.000 €**	**19.026 €**	**19.200 €**	**19.400 €**	**19.600 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	544.200 €	574.000 €	576.870 €	579.754 €	582.653 €
2	Aufwendungen	1.284.755 €	1.595.390 €	1.643.252 €	1.692.550 €	1.743.327 €
	Betriebsergebnis	**-740.555 €**	**-1.021.390 €**	**-1.066.382 €**	**-1.112.796 €**	**-1.160.674 €**

Anlage 4.5.

Finanzplan 2024

Stadtbücherei

Pos.	Jahre	2023	2024	2025	2026	2027
	Vermögensübersicht					
1	Sachanlagen	105.000 €	39.000 €	39.400 €	39.800 €	40.200 €
	Investition Anlagevermögen	**105.000 €**	**39.000 €**	**39.400 €**	**39.800 €**	**40.200 €**
	Erfolgsübersicht					
1	Erträge	99.500 €	103.500 €	104.018 €	104.538 €	105.061 €
2	Aufwendungen	1.685.850 €	1.797.495 €	1.851.420 €	1.906.963 €	1.964.172 €
	Betriebsergebnis	**-1.586.350 €**	**-1.693.995 €**	**-1.747.402 €**	**-1.802.425 €**	**-1.859.111 €**

Anlage 4.6.

Finanzplan 2024

A	Übersicht über die Entwicklung der Ausgaben und der Deckungsmittel des Vermögensplans (§19 Nr.1 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Deckungsmittel (Mittelherkunft)					
1	Zuführung zum Stammkapital					
2	Zuführung zu Rücklagen abzüglich Entn.					
3	Zuführung zu langfristigen Rückstellungen abz. Entn.					
4	Zuführung zu Sonderposten mit Rücklageanteil abz. Entn.					
5	Abschreibungen und Anlagenabgänge	479.968,00 €	493.465,00 €	498.400,00 €	503.380,00 €	688.410,00 €
6	Vom Anschaffungswert abzusetzende Kapitalzuschüsse					
7	Zuschüsse Nutzungsberechtigter abzügl. Entn.					
8	Rückflüsse aus gewährten Darlehen					
	Kredite					
	a) von der Gemeinde					
9	b) von Dritten					
10	Netto-Geldvermögen	760.537,00 €	3.034.490,00 €	1.922.996,00 €	7.274.856,00 €	2.708.714,00 €
	Deckungsmittel gesamt	1.240.505,00 €	3.527.955,00 €	2.421.396,00 €	7.778.236,00 €	3.397.124,00 €
	Ausgaben (Mittelverwendung)					
1	Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte					
	Zentral	336.000,00 €	305.000,00 €	208.100,00 €	210.200,00 €	212.300,00 €
	vhs	117.105,00 €	111.785,00 €	112.900,00 €	114.000,00 €	115.100,00 €
	Kultur/Theater	670.400,00 €	3.053.144,00 €	2.041.796,00 €	7.394.836,00 €	3.009.924,00 €
	Musikschule	12.000,00 €	19.026,00 €	19.200,00 €	19.400,00 €	19.600,00 €
	Stadtbücherei	105.000,00 €	39.000,00 €	39.400,00 €	39.800,00 €	40.200,00 €
2	Finanzanlagen					
3	Tilgung von Krediten					
4	Rückzahlung von Stammkapital					
	Ausgaben insgesamt	1.240.505,00 €	3.527.955,00 €	2.421.396,00 €	7.778.236,00 €	3.397.124,00 €

Anlage 4.7.

Finanzplan 2024

B	Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken (§19 Nr.2 EigBGes)					
Nr.	Bezeichnung	2023	2024	2025	2026	2027
	Einnahmen					
1	Zuweisungen zur Eigenkapitalaufstockung	- €	- €	- €	- €	- €
2	Zuweisungen zum Verlustausgleich	9.560.000,00 €	11.820.000,00 €	11.430.000,00 €	17.320.000,00 €	13.260.000,00 €
3	Zuweisungen zum Verlustausgleich Vorjahre	- €	- €	- €	- €	- €
4	Auflösung Rückstellungen	- €	- €	- €	- €	- €
5	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	- €	- €	- €	- €	- €
6	Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Gesamt	9.560.000,00 €	11.820.000,00 €	11.430.000,00 €	17.320.000,00 €	13.260.000,00 €
	Ausgaben					
1	Gewinnabführungen	- €	- €	- €	- €	- €
2	Konzessionsabgaben	- €	- €	- €	- €	- €
3	Verwaltungskostenbeiträge, Zinsen	- €	- €	- €	- €	- €
4	Eigenkapitalrückzahlung	- €	- €	- €	- €	- €
5	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	- €	- €	- €	- €	- €
	Gesamt	- €	- €	- €	- €	- €

Liquiditätsplanung für das Jahr 2024
- in € -

	Einzahlungen Verwaltungstätigkeit	Auszahlungen Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen investiv	Auszahlungen investiv	Tilgungen	Abschläge Verlustausgleich und Investitionsbedarf	Saldo	fortlaufender Saldo
Zahlungsmittelbestand zum Anfang des Jahres							79.937	
Januar 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.077**
Februar 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.217**
März 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.357**
April 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.497**
Mai 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.637**
Juni 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.777**
Juli 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**80.917**
August 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.057**
September 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.197**
Oktober 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.337**
November 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.477**
Dezember 24	344.520	1.034.551		293.996		984.167		**81.617**
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Jahres	**4.134.246**	**12.414.611**		**3.527.955**		**11.810.000**	**81.617**	

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-603/21-26	
Datum	15.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	21.05.2024	beschließend
Ortsbeirat Bauschheim	06.06.2024	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Quartiersgaragen für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. die Eselswiese in zwei unterschiedliche Bereiche hinsichtlich der Stellplatzerstellung aufgeteilt wird.
2. ein Bereich im Gebiet weiterhin im Geltungsbereich der Allgemeinen Stellplatzsatzung der Stadt Rüsselsheim am Main liegen soll (siehe II. Begründung, D. Umsetzung, blauer Bereich), somit Parken auf dem Grundstück möglich ist.
3. für einen zweiten Bereich im Gebiet
   - 3.1. eine eigene Stellplatzsatzung zu den Quartiersgaragen erstellt werden soll (siehe II. Begründung, D. Umsetzung, orangener Bereich).
   - 3.2. die Quartiersgaragen als Mobilitätsstationen mit unterschiedlichen Mobilitätsangeboten (z.B. Car- & Bike-Sharing, Lastenräder, Fahrrad-Abstellanlagen, etc.) ausgestaltet werden sollen, um als zentrale Anlaufstelle für alle Mobilitätsformen zu dienen, sowie des Weiteren Besuchsparkplätze in den Quartiersgaragen angeboten werden sollen.
   - 3.3. die Quartiersgaragen über eine noch zu gründende Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) zu betreiben sind.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. die beigefügten Eckpunkte zu einer Stellplatzsatzung für den Bereich der Quartiersgaragen (siehe Anlage 1) als Grundlage für eine noch durch die Stadtverordnetenversammlung zu beschließende Satzung ausgearbeitet werden.
2. der Magistrat ermächtigt wird, die Gründung einer GmbH vorzubereiten. Dabei ist die GmbH so auszugestalten, dass private Partnerschaften mit Dritten ermöglicht werden sollen.
3. der Magistrat in Zusammenarbeit mit dem Treuhänder ermächtigt wird, im Vorgriff auf die ggf. zu gründende Gesellschaft die weiteren Leistungsphasen zur Planung und Vorbereitung der Quartiersgaragen in der Eselswiese umzusetzen und die betreffenden Aufträge zu erteilen.

Begründung:

A. Ziel

Die Entwicklung eines Quartiers mit Raum für Begegnung und Spiel insbesondere in den Wohnwegen mit entsprechender Autoarmut wurde als städtisches Ziel formuliert.



B. Ausgangslage

Die Nutzung von Quartiersgaragen für die Unterbringung von Kfz-Stellplätzen war Teil der Vorgaben des städtebaulichen Wettbewerbs für die Eselswiese (siehe Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.09.2020 – DS-Nr. 740/16-21 Umsetzung des StVV-Beschlusses vom 12.12.2019, DS-Nr. 615/16-21, Durchführung eines Wettbewerbes. Hier: Kenntnisnahme des Ergebnisses des Wettbewerbes und weiteres Vorgehen) und ist mit dem Rahmenplan weiterentwickelt worden (siehe Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.03.2022, DS-153/21-26, Kenntnisnahme der Rahmenplanung und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden § 4 (1) BauGB am Verfahren).

Mit den Grundsatzbeschlüssen von 2022 (DS-286/21-26 Bebauungsplanverfahren Nr. 147, „Eselswiese“ Hier: Grundsatzbeschlüsse zum weiteren Verfahren) sind weitergehende Schritte zur Umsetzung der verkehrlichen und mobilitätsbezogenen Entwicklung u. a. wie folgt erläutert worden:

> *„c. Anpassung der Vorgaben der Stellplatzsatzung an die Qualität des Mobilitätskonzeptes sowie differenziert nach Randbereich und Quartiere in der Nähe zu den geplanten Quartiersgaragen unter folgenden Maßgaben:*
>
> *xi. Beibehaltung des Stellplatzschlüssels in den Randbereichen zur vorhandenen Siedlung*
>
> *xii. Verringerung des Stellplatzschlüssels in den Quartieren am Entréeplatz sowie in räumlicher Nähe zu den Quartiersgaragen*
>
> *xiii. Stellplätze städtischer Baugrundstücke (mit Ausnahme derjenigen in direkter Nachbarschaft zum Bestand) und in den Quartieren mit Quartiersgaragen sind ausschließlich in Quartiersgaragen unterzubringen*
>
> *xiv. Für die Entwicklung der Quartiersgaragen ist ein Konzept zu erarbeiten, das Bau, Betrieb und die Finanzierung der Quartiersgaragen sowie die Vergabe der Stellplätze umfasst.*
>
> *xv. Stellplätze z.B. für Beeinträchtigte oder für Lieferverkehre sind gesondert zu behandeln“*

Anregungen aus der Beteiligung und dem Bürgerdialog

Darüber hinaus wurden die grundsätzlichen Zielstellungen und Umsetzungsansätze wie auch die betreffenden Teilgebiete für die Quartiersgaragen im Rahmen der Bürgerdialoge und städtischen Informationsveranstaltungen in Bauschheim vorgestellt.

Aufgrund der Anregungen im Bürgerdialog wird für den Teilbereich der Eselswiese, der direkt an Bauschheim angrenzt, die Beibehaltung der Stellplatzsatzung mit der Möglichkeit des Parkens auf dem Grundstück vorgeschlagen.

C. Beschlusshistorie

Beschlusshistorie Bebauungsplanverfahren und Baulandumlegung

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2015 (DS-Nr. 554/11-16) Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplan-Verfahren Nr. 147 „Eselswiese“ mit Änderungen in der Flächennutzungsverteilung gegenüber dem RegFNP gefasst. Hierbei wurde auf die Ausweisung der Sondergebietsfläche verzichtet. Somit sollen im Plangebiet nur noch Flächen für Wohnbebauung, Gewerbe, Grün und gemischte Bauflächen vorgesehen werden.

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2015 (DS-Nr. 555/11-16) Anordnung der Bauland-Umlegung gem. § 46 BauGB für das Gebiet "Eselswiese" in Rüsselsheim-Bauschheim.

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.10.2018 (DS-Nr. 404/16-21) Kostentragung für die Baulandumlegung.

  Die Bevölkerung wurde in 2 Veranstaltungen über den Stand der Planung informiert.

  - Bürgerversammlung am 05.09.2019 im Bürgerhaus Bauschheim
  - Workshop zur Eselswiese am 12.09.2019 im Bürgerhaus Bauschheim

Themen waren:

- Städtebau, Architektur, Stadtgestalt
- Wohnen, Wohnumfeld, Wohnzielgruppen
- Identität, Gemeinwesen Integration und soziale Infrastrukturen
- Natur- und Freiraumgestaltung, Freizeitinfrastruktur

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2019 (DS-Nr. 615/16-21), Bebauungsplan Nr. 147 „Eselswiese“
  Hier: Durchführung eines Wettbewerbes

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.09.2020 (DS—Nr. 740/16-21)
  Umsetzung des StVV-Beschlusses vom 12.12.2019, DS-Nr. 615/16-21, Durchführung eines Wettbewerbes
  Hier: Kenntnisnahme des Ergebnisses des Wettbewerbes und weiteres Vorgehen

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 10.03.2022 (DS-153/21-26)
  Kenntnisnahme der Rahmenplanung und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden § 4 (1) BauGB am Verfahren

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2022 (DS-286/21-26)
  Bebauungsplanverfahren Nr. 147 „Eselswiese“ – Grundsatzbeschlüsse zum weiteren Verfahren

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 20.07.2023 (DS-432/21-26)
  Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Beschlusshistorie zur Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes / Zielabweichung Regionalplan

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.11.2015, DS-Nr. 554/11-16 zum Antrag Nr. 49 vom 03.02.2014
  Bebauungsplanverfahren Nr. 147 Bezeichnung „Eselswiese“, Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB, Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 10.03.2022 (DS-154/21-26)
  Beantragung eines Zielabweichungsverfahrens von den Darstellungen des Regionalplanes Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan

Beschlusshistorie zur Entwicklungsträgerschaft

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 24.05.2017 (DS-Nr. 196/16-21)
  Vergabe der gesamten Baulandentwicklung an die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH als Treuhänder.

  Der Entwicklungsträgervertrag zwischen der Stadt Rüsselsheim und der Nassauischen Heimstätte/ProjektStadt (Maßnahmenträger) für das Projekt „Eselswiese“ wurde am 12.04.2018 abgeschlossen.

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.10.2018 (DS-Nr. 417/16-21)
  Grundsatzbeschluss für die Übernahme von Ausfallbürgschaften zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 10.09.2020 (DS-Nr. 758/16-21)
  Vergabe der Entwicklungsträgerschaft für das Gebiet „Eselswiese“ in Rüsselsheim-Bauschheim. Hier: Vergabe der Stufen 2 und 3

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 19.11.2020 (DS-Nr. 781/16-21) Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH für das Projekt „Eselswiese

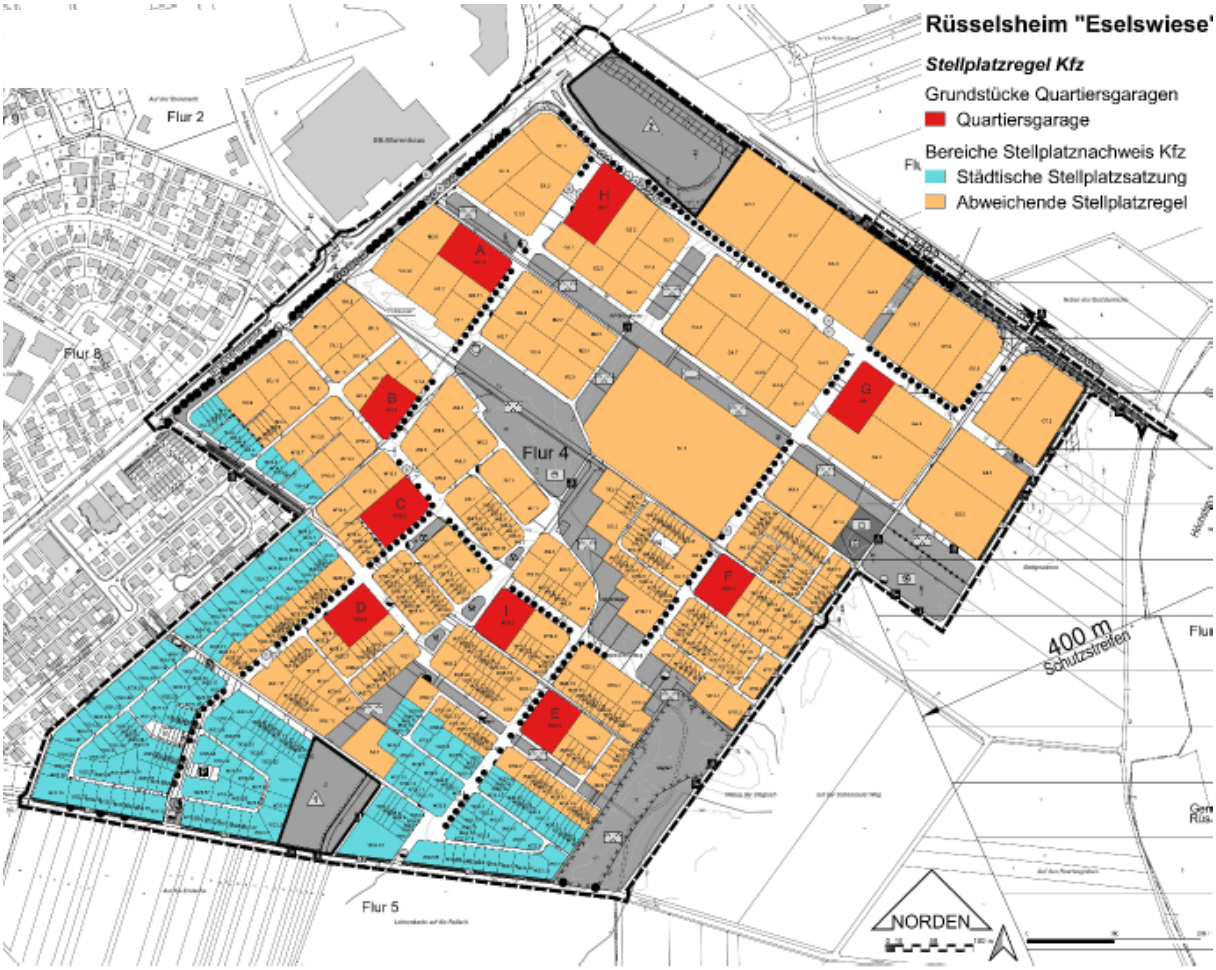
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2023, DS-403/21-26 Bereitstellung eines zusätzlichen Bürgschaftsrahmens in Höhe von 60,8 Mio. € zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH zur weiteren Finanzierung des Baugebietes "Eselswiese"

Beschlusshistorie zur kostenneutralen Gebietsentwicklung

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.10.2018, DS-Nr. 404/16-21 Gebietsentwicklung Eselswiese – Kostentragung Baulandumlegung

D. Umsetzung

Die Teilbereiche im Geltungsbereich der allgemeinen Stellplatzsatzung (blau) und der Quartiersgaragen (orange) mit den Standorten der Quartiersgaragen sind wie folgt geplant:



Bereiche der städtischen Stellplatzsatzung bzw. für die Quartiersgaragen

Teilbereich der städtischen Stellplatzsatzung

Für den Teilbereich im Geltungsbereich der allgemeinen Stellplatzsatzung der Stadt Rüsselsheim am Main gelten folgende Stellplatzschlüssel:

- Wohnhäuser mit bis zu zwei Wohnungen, WA (Allgemeines Wohngebiet) und MU (Urbanes Gebiet): 1,5 Stellplätze (Stpl.) je WE (Wohneinheit)
- Bei Wohnungen mit mehr als 50 qm Wohnfläche 1,5 Stpl. Je WE
- Bei Wohnungen bis 50 qm Wohnfläche im WA: 1,0 Stpl. Je WE

Teilbereich der Quartiersgaragennutzung (WA und MU)

Insgesamt 7 Quartiersgaragen im Wohngebiet und Urbanen Gebiet ersetzen Kfz-Stellplätze auf den jeweils zugeordneten Grundstücken. Dazu werden die einzelnen Baugrundstücke bestimmten Quartiersgaragen zugeordnet. Die einer Quartiersgarage zugeordneten Grundstücksparteien sollen die Kfz-Stellplätze über die Quartiersgaragen nachweisen können. Die Grundstücke werden aufgrund des nicht erforderlichen Stellplatznachweises auf diesen Grundstücken aufgewertet (höhere Bebaubarkeit). Dafür zahlen die Grundstücksparteien Baukostenzuschüsse zur Errichtung der Stellplätze in den Quartiersgaragen. Aufbauend auf dem Mobilitätskonzept für die Eselswiese sind die Quartiersgaragen als Bestandteil multi-modaler Mobilitätsstationen konzipiert, die vielfältige Mobilitätsangebote beinhalten und somit unterschiedliche Zielgruppen und deren Bedürfnisse bedienen. Neben den Parkierungsmöglichkeiten privater Pkw mit Ladeinfrastruktur stehen Car-, E-Motorroller-, Bike-, Lastenrad- und E-Scooter-Sharing-Angebote zur Verfügung. Darüber hinaus werden Abstellanlagen für private Fahrräder und Rad-Reparaturstationen angeboten. Sitzgelegenheiten, Paketstationen und eine Bushaltestelle runden das Angebot des gesamten Umweltverbunds ab.

Für Ein- und Zweifamilien- sowie Reihenhäuser ist sichergestellt, dass je Wohneinheit mindestens ein Stellplatz zur Verfügung steht. Insgesamt ist ein reduzierter Stellplatzschlüssel vorgesehen, der auch bisherige Erfahrungen in der Ausnutzung von Stellplätzen im Geschosswohnungsbau einbezieht. Die reduzierten Stellplatzschlüssel lauten wie folgt:

Für den Teilbereich Quartiersgaragen können vergleichend folgende Stellplatzschlüssel herangezogen werden:

- Einzel-, Doppel- und Reihenhäuser, WA und MU: 1,0 Stpl. je WE
- Mehrfamilienhäuser im MU: 0,7 Stpl. je WE (im MU)
- Wohnungen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus: 0,7 Stpl. je WE
- Sonstige Nutzungen neben Wohnen im MU: Gemäß städtischem Stellplatzschlüssel, jedoch mit einer Reduzierung um 50%

Für barrierefreie Nutzungs- bzw. Wohneinheiten sieht die Rechtsprechung eine uneingeschränkte Herstellung von Stellplätzen auf den Grundstücken vor.

In die Priorität einer weitestgehenden Verkehrsberuhigung, die über die Erschließungsplanung berücksichtigt werden wird (z. B. bauliche/Straßenführungs-orientierte und verkehrsrechtliche Maßnahmen zur Geschwindigkeitsreduzierung), werden durch die Quartiersgaragen entstehende Verkehrsflüsse entsprechend einbezogen.

Gewerbegebiet

Für die im Gewerbegebiet nachzuweisenden Stellplätze ist eine Reduzierung um 50% gegenüber der städtischen Stellplatzsatzung vorgehen. Besucherstellplätze sowie Stellplätze für gewerbliche genutzte Fahrzeuge können auf den Gewerbegrundstücken errichtet werden. Stellplätze für Beschäftigte der dort ansässigen Betriebe sind in den beiden Quartiersgaragen unterzubringen.

Im Urbanen Gebiet sollen Ladezonen für die An- und Ablieferung bereitgestellt werden. Für Gäste (Besuch der Angebote für ältere Menschen, Gastronomie, Geschäfte etc.) sollen Kontingente in der Quartiersgarage zur Verfügung stehen.

Betriebsmodell

Es soll erkundet werden, ob Bau und/oder Betrieb der Quartiersgaragen durch eine städtische Gesellschaft erfolgen kann, teils oder zu 100 Prozent Beteiligung durch Private. Voraussetzung ist ein dauerhaft wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb ohne städtische Zuschüsse.

Des Weiteren hat eine Markterkundung mit Unternehmen mit Schwerpunkten in Bautätigkeiten und der Betriebsführung von Park- und Quartiersgaragen ergeben, dass im Markt ein grundsätzliches Interesse an einer Übernahme der Betriebsführung und ggf. der Errichtung von Stellplätzen in den Quartiersgaragen besteht. Das Betriebskonzept für die zu gründende Gesellschaft ist auf dieser Basis dahingehen zu konkretisieren, private Mitgesellschafter aufnehmen zu können und damit verbundene wirtschaftliche Prüfkriterien (Leistungsfähigkeit der Stadt, Übernahme der Leistungen durch Dritte) zu berücksichtigen.

E. Alternativen

Eine nicht stattfindende Umsetzung der Quartiersgaragen in der Eselswiese wird mit einer Neuplanung für eine durchgehende Nutzung von Grundstücksparken und Parken im Straßenraum zu Lasten der letztlich vermarktbaren Flächen gehen. Die Gesamtplanung für das Gebiet müsste in wesentlichen Teilen zurückgehend bis zum Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan neu aufgesetzt werden, inkl. Städtebaulicher Wettbewerb und Rahmenplan. Daraus ergibt sich eine umfangreiche Verzögerung der Projektlaufzeit.

F. Kosten/Finanzierung

Die Finanzierung der Bereitstellung der Quartiersgaragen erfolgt über das Treuhandkonto. Sie soll über Baukostenzuschüsse mitfinanziert werden die im Rahmen der mit den Eigentumsparteien zu schließenden Städtebaulichen Verträge zu vereinbaren sind. Die Mittel werden anschließend der noch zu gründenden GmbH zur Verfügung gestellt. Sich aus der Finanzierung ergebende Zinsen für die Stadt sollen aus späteren Rückflüssen gedeckt werden.

G Nächste Schritte

Auf Grundlage des Beschlusses sollen folgende nächste Schritte für die Vorbereitung und Umsetzung der Quartiersgaragen unternommen werden:

- Frühestens bis Ende Quartal (Q) 2/2025: Entscheidung, unter welchen Bedingungen die Gründung einer eigenen städtischen Gesellschaft möglich ist.
- Frühestens bis Ende Q1/2026: Gründung einer Gesellschaft

- Frühestens bis Ende Q2/2026: Ausschreibung Generalplanung für die Hochbauplanung (bis Leistungsphase 5 - Ausführungsplanung, einschließlich funktionaler Qualitäts- und Baubeschreibung)
- Frühestens bis Q2/2027: Hochbauplanung
- Frühestens bis Q2/2028: Ausschreibung und Vergabe des schlüsselfertigen Baus für die ersten Quartiersgaragen im Entwicklungsgebiet
- Frühestens Q 4/2028: Abschluss Betriebsführungsvertrag, ggf. im Wege öffentlicher Ausschreibung
- Frühestens bis Q4/2029: Schlüsselfertige Fertigstellung und Abnahme der Quartiersgaragen für den ersten Bauabschnitt.
- Realisierung der weiteren Quartiersgaragen vor Aufsiedlung der weiteren Bauabschnitte

H. Auswirkungen auf das Klima

Der Bau und Betrieb der Quartiersgaragen als Bestandteil multimedialer Mobilitätsstationen baut auf den städtebaulichen Zielen und dem Mobilitätskonzept zur Entwicklung der Eselswiese auf. Dies ist wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Quartiersentwicklung, die im Einklang mit Klimaschutzzielen und einer nachhaltigen Mobilität steht.

Rüsselsheim am Main, 21.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Amtliche Bekanntmachung

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 16. Februar 2023 (GVBl. S. 90, 93) sowie der §§ 52, 86 Abs. 1 Nr. 23 und 91 Abs. 1 Nr. 4 der Hessischen Bauordnung (HBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Mai 2018 (GVBl. S. 198), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 20. Juli 2023 (GVBl. S. 582), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim am Main in ihrer Sitzung am … die folgende Satzung beschlossen:

- Stellplatzsatzung Eselswiese (ENTWURF / ECKPUNKTE) -

§ 1 Geltungs- und Anwendungsbereich

(1) [1]Die Satzung gilt für einen Teil des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 147 („*Eselswiese*“) gemäß der beigefügten Anlage 1. [2]Die in der Satzung genannten Gebiets- und Flächenbezeichnungen beziehen sich auf diesen Bebauungsplan.

(2) Soweit nicht in den §§ 2 bis 3 dieser Satzung etwas anderes bestimmt ist, gilt die Stellplatzsatzung der Stadt Rüsselsheim am Main in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2 Zahl der notwendigen Stellplätze

(1) [1]Die Zahl der notwendigen Stellplätze für Kraftfahrzeuge innerhalb

1. der Gewerbegebiete mit der Bezeichnung G1 bis G8,
2. der Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung *„Schule“* und
3. der Flächen für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung *„sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“*

bemisst sich nach der Stellplatzsatzung der Stadt Rüsselsheim am Main in der jeweils geltenden Fassung, reduziert um jeweils 50 %. [2]Das Berechnungsergebnis ist kaufmännisch zu runden, getrennt nach den unterschiedlichen Nutzungsarten eines Bauvorhabens.

(2) [1]Die notwendigen Stellplätze sind in der im Bebauungsplan Nr. 147 („*Eselswiese*“) nach § 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB festgesetzten Gemeinschaftsgarage („Quartiersgarage“), welche dem jeweiligen Gebietsteil gemäß Bebauungsplan zugeordnet ist, nachzuweisen. [2]Davon ausgenommen sind Besucherstellplätze innerhalb der Gewerbegebiete nach Abs. 1 S. 1 Nr. 1; diese sind auf dem jeweiligen Baugrundstück nachzuweisen.

(3) [1]Auf die Herstellung von notwendigen Stellplätzen innerhalb folgender Baugebiete wird verzichtet:

1. Urbane Gebiete mit der Bezeichnung MU1 bis MU3;
2. Allgemeine Wohngebiete mit der Bezeichnung W1 bis W13, W15 bis W23, W26 bis W28 und W31.

[2]Der Stellplatzbedarf auf den dort gelegenen Baugrundstücken entfällt aufgrund besonderer verkehrspolitischer Maßnahmen, zu denen neben dem Bau von Quartiersgaragen auch Fahrrad- und Carsharing-Angebote sowie eine direkte ÖPNV-Anbindung gehören.

ENTWURF

§ 3 Einschränkung der Herstellung

(1) [1]Die Herstellung von Stellplätzen und/oder Garagen für Kraftfahrzeuge auf den Baugrundstücken wird in folgenden Baugebieten und Gemeinbedarfsflächen eingeschränkt, da Gründe des Verkehrs und städtebauliche Gründe (Schaffung eines autoarmen Quartiers mit Vorrang für Fuß- und Fahrradverkehr vor motorisiertem Individualverkehr gemäß dem *„Mobilitätskonzept Eselswiese“* vom Dezember 2021) dies erfordern:

1. Gewerbegebiete mit der Bezeichnung G1 bis G8, ausgenommen Besucherstellplätze;
2. Urbane Gebiete mit der Bezeichnung MU1 bis MU3;
3. Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung *„Schule“*;
4. Flächen für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung *„sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen“*;
5. Allgemeine Wohngebiete mit der Bezeichnung W1 bis W13, W15 bis W23, W26 bis W28 und W31.

[2]In diesen Baugebieten und Gemeinbedarfsflächen ist die Herstellung von Stellplätzen und/ oder Garagen für Kraftfahrzeuge, mit Ausnahme der nach § 9 Abs. 1 Nr. 22 BauGB festgesetzten Flächen für Gemeinschaftsgaragen, auf den Baugrundstücken grundsätzlich unzulässig.

(2) [1]Abweichend von Abs. 1 ist für Nutzungseinheiten, die nach § 54 Abs. 1 HBO barrierefrei sein müssen, die Herstellung jeweils eines (1) Stellplatzes für Kraftfahrzeuge auf dem Baugrundstück zulässig. [2]Für Nutzungseinheiten, die nach § 54 Abs. 2 HBO barrierefrei sein müssen, richtet sich die Zahl der auf dem Baugrundstück zulässigen Stellplätze für Kraftfahrzeuge nach dem tatsächlichen Bedarf.

(3) Abweichend von Abs. 1 ist die Herstellung von Stellplätzen für Nutzfahrzeuge, die gewerblichen Nutzungen dienen, wie Kleintransporter, Lieferwagen, Lastkraftwagen, Busse und/oder Sattelzugmaschinen, auf dem Baugrundstück des jeweils zugehörigen Gewerbebetriebs zulässig.

§ 4 Inkrafttreten

Die Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Rüsselsheim am Main, den ...

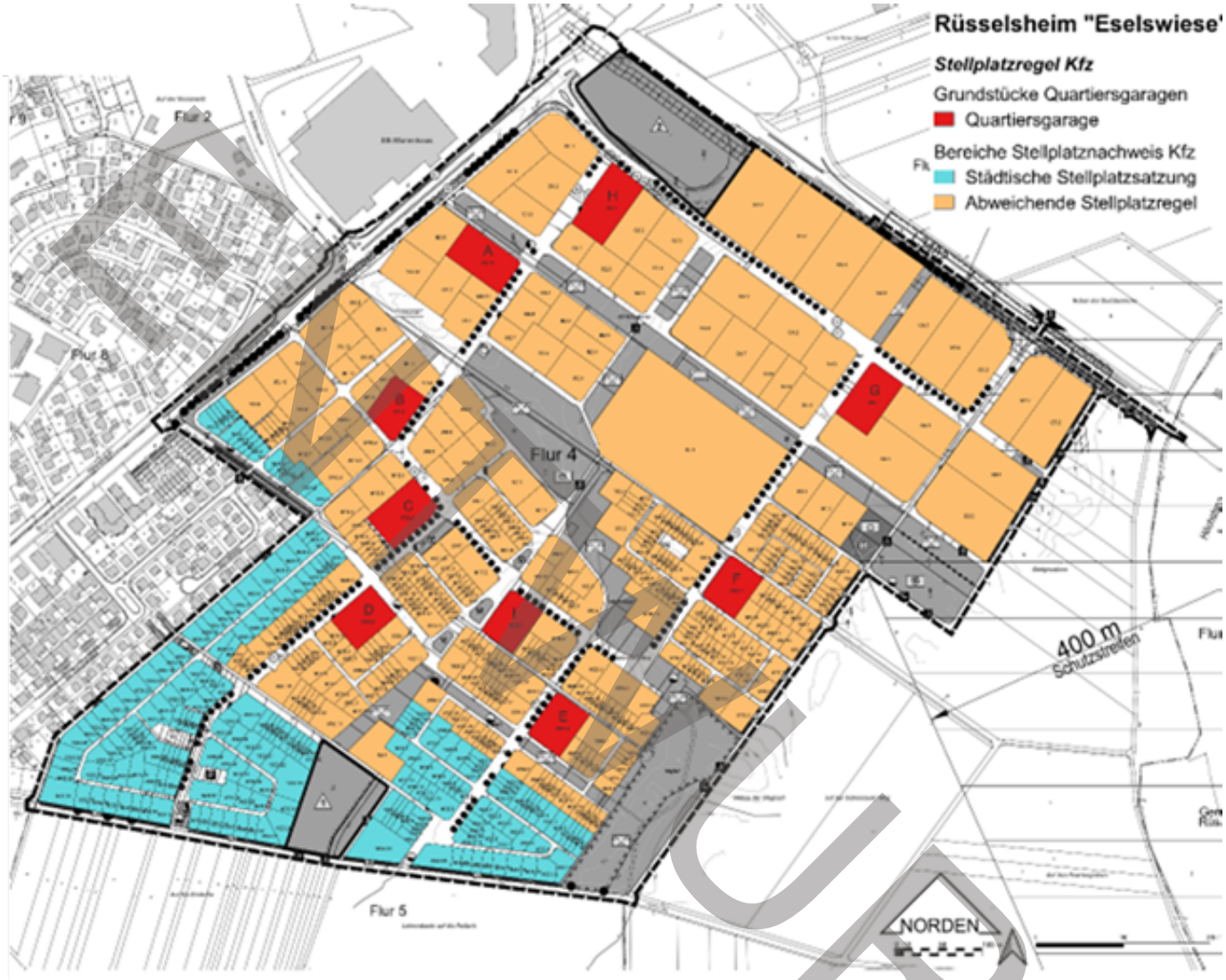
DER MAGISTRAT DER
STADT RÜSSELSHEIM AM MAIN

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

ENTWURF

ANLAGE 1 zur Satzung

Räumlicher Geltungsbereich



ENTWURF

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-603-1/21-26	
Datum	13.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Quartiersgaragen für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese
Änderungsantrag DS-603-1/21-26 von Herrn Stadtverordneten Schneckenberger vom 11.06.2024

Beschluss:
Für den gesamten Geltungsbereich des B-Plans Nr.147 (Eselswiese) wird eine Stellplatzsatzung für Quartiersgaragen erstellt.

Begründung:

mündlich

EINGANG
12.06.2024
Fachbereich Zentrales
Bereich Verwaltungsorganisation und -steuerung
rüsselsheim am main

Karl-Heinz Schneckenberger (DIE LINKE/Liste Solidarität) Rüsselsheim, den 11.6.2024

Rathausstr.4
karlheinz.schneckenberger@freenet.de
Fon 06142 33182
Mobil 017634414352

An den

Stadtverordnetenvorsteher

Änderungsantrag zur DS 603

Für den gesamten Geltungsbereich des B-Plans Nr.147 (Eselswiese) wird eine Stellplatzsatzung für Quartiersgaragen erstellt.

Begründung:

mündlich



Karl-Heinz Schneckenberger

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-604/21-26 1. Ergänzung	
Datum	21.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Ortsbeirat Bauschheim	06.06.2024	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Vergabeziele für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. der Magistrat mit Beschluss vom 15.12.2022 (DS-286/21-26 Bebauungsplanverfahren Nr. 147 „Eselswiese“, hier: Grundsatzbeschlüsse zum weiteren Verfahren) beauftragt wurde, Kriterien für die Vergabe der städtischen Grundstücke sowohl im Wohn-, Urbanen als auch im Gewerbegebiet zu entwickeln und bei der Vergabe der Grundstücke sowie der weiteren Planung u. a. Anregungen aus der Beteiligung zur ärztlichen Versorgung am Entréeplatz, zu Angeboten für Senior*innenwohnen/Betreutes Wohnen einschließlich Pflegeangeboten, und zur Ansiedlung von Geschäften und Gastronomie am Entréeplatz zu berücksichtigen.
2. sich im Umlegungsgebiet Süd (künftiges Wohn- und Urbanes Gebiet) ca. 49 Prozent der Flächen (ca. 21,7 ha) und im Umlegungsgebiet Nord (künftiges Gewerbegebiet) ca. 70 Prozent der Flächen (ca. 14,4 ha) im Eigentum der Stadt Rüsselsheim befinden. Sofern nicht für verkehrliche, technische oder soziale Infrastrukturen erforderlich, stehen die Flächen für Vergabeverfahren oder eine direkte Veräußerung an Dritte zur Verfügung.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass

1. für die Vergabe von Flächen im Wohngebiet sowie im Urbanen Gebiet die folgenden Anteile bei der Veräußerung geplant sind:
    a. Konzeptvergaben Wohnen und Urbanes Gebiet: 20-30% der städtischen Flächen
    b. Baugemeinschaften: 5-10% der städtischen Flächen

c. Einzelgrundstücksvergaben Wohnen (nach Kriterien): 50-60% der städtischen Flächen
d. Direktvergaben Wohnen (nach Höchstpreis): 10-20% der städtischen Flächen

2. der Magistrat beauftragt wird, im Entwicklungsgebiet Eselswiese die Veräußerung der noch zu bildenden Grundstücke im städtischen Eigentum unter Berücksichtigung der nachfolgenden Eckpunkte sowie auf Basis der vorgenannten Veräußerungsziele gemäß Grundsatzbeschlusses DS-286/21-26 umzusetzen und die erforderlichen Verträge (Kaufverträge, städtebauliche Verträge) end zu verhandeln und zu beschließen:

   a. Für die Vergabe von Flächen im Wohngebiet:
      I. Konzeptvergaben von Teilquartieren für Bauträgerschaften (mit und ohne Höchstpreiskriterium) und Baugemeinschaften (selbstorganisierte, gemeinwohlorientierte Vorhaben, Baugruppen, Mietwohnprojekte, Mietgemeinschaften, ohne Höchstpreiskriterium) unter Hinzuziehung z. B. von folgenden Kriterien:
         i. Städtebauliche Kriterien (architektonische und freiräumliche Qualitäten)
         ii. Soziale Kriterien (altersgerechtes Wohnen, Mehrgenerationenwohnen, sozialer Wohnungsbau)
         iii. Ökologische Kriterien (Energieversorgung, klimaschutz-orientierte Konzepte)
         iv. Ökonomische Kriterien (Wirtschaftlichkeit)
      II. Vergaben von Einzelgrundstücken nach Vergabekriterien (mit und ohne Höchstpreiskriterium) unter Hinzuziehung z. B. von folgenden Kriterien:
         i. Wohnort Rüsselsheim
         ii. Arbeitsort Rüsselsheim
         iii. Berufen aus dem Sozialen und der Pflege
         iv. Anerkannte Ehrenamtstätigkeiten
         v. Anerkannte Pflegebedürftigkeit
         vi. Erstmaliges Wohneigentum
      III. Vergaben von Einzelgrundstücken nach Höchstpreiskriterium und ohne weitere Vergabekriterien

   b. Für die Vergabe von Flächen im Gewerbegebiet
      I. Vergaben von Einzelgrundstücken nach Vergabekriterien (mit und ohne Höchstpreiskriterium) unter Hinzuziehung z. B. von folgenden Kriterien:
         i. Gewerbesteuerpotenzial
         ii. Unternehmerische Qualitäten (Innovationskraft, Wachstumspotenzial, Arbeitsplätze)
         iii. Städtebauliche Qualitäten
         iv. Bereits bestehende Unternehmenstätigkeit in Rüsselsheim
         v. Betriebe, die der Energieversorgung des Baugebietes dienlich sein können
      II. Prüfung der Veräußerung einer noch zu definierenden Flächengröße für die Bündelung handwerklicher Betriebe
      III. Sofern es die Ausgangslage erfordert Prüfung von Vergaben im Erbbaurecht

3. Entwicklungsflächen der gewobau und der Baugenossenschaft Mainspitze im Entwicklungsgebiet dem Quartiersplatz im Urbanen Gebiet zugeordnet werden sollen, wobei
    a. die beiden Parteien als Planungs- und Baugemeinschaft eine Entwicklung des Quartiersplatzes in einem angemessenen Zeitrahmen (Bebauungsfristen) unter Berücksichtigung anspruchsvoller städtebaulicher und architektonischer Qualitäten ihrer Grundstücke am Quartiersplatz zusichern sollen.
    b. mit Unterstützung der Gesellschaften Angebote für die ärztliche Versorgung und/oder Wohnen für ältere Menschen/Betreutes Wohnen einschließlich Pflegeangebote erfolgen sollen.
4. die weiteren städtischen Teilflächen am Quartiersplatz im Urbanen Gebiet u. a. unter Hinzuziehung und Abwägung der unter 2.a.I. aufgeführten Punkte in einer Konzeptvergabe, sowie den zusätzlichen Anforderungen der Belebung von Erdgeschosszonen u. a. durch Handel und Gastronomie zu veräußern.

Begründung:

A. Ziel

Mit der vorliegenden Vorlage soll das weitere Vorgehen zur Veräußerung von städtischen Flächen im künftigen Gebiet Eselswiese beschlossen werden.

B. Ausgangslage

Für die Umsetzung der Gebietsentwicklung Eselswiese wurde die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 147 „Eselswiese“ durch die Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2015 (DS-Nr. 554/11-16 Antrag Nr. 49 der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 03.02.2014, hier: Bebauungsplanverfahren Nr. 147 Bezeichnung: „Eselswiese“, Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB, Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB) beschlossen. Nach erfolgter frühzeitiger Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange ist auf Basis der Rahmenplanung die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB am 20.07.2023 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Eine erste Offenlage wurde Ende Oktober 2023 abgeschlossen. U. a. aufgrund der noch erforderlichen Natur- und Artenschutzrelevanten Bewertung sowie Erschließungs-relevanten Bewertungen ist eine zweite Offenlage für Herbst 2024 vorgesehen. Im Herbst 2025 soll nach aktuellem Stand der rechtskräftige Bebauungsplan beschlossen werden.

Zur Umlegung der bestehenden überwiegend landwirtschaftlich genutzten Grundstücke in erschlossene Bauplätze wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2015 auch die Anordnung einer Bauland-Umlegung (DS-Nr. 555/11-16 Anordnung der Bauland-Umlegung gem. § 46 BauGB für das Gebiet "Eselswiese" in Rüsselsheim-Bauschheim) gem. § 46 BauGB beschlossen. Im Anschluss an die Rechtskraft des Bebauungsplanes soll die Umlegung zu den künftigen Grundstücken nach aktuellem Stand 2025 abgeschlossen werden.

Die Bevölkerung wurde zu Beginn des Planungsprozesses in zwei Veranstaltungen über den Stand der Planung informiert. Unabhängig von den im Bauleitplanverfahren vorgeschriebenen Beteiligungen wurden Beteiligungen durch die Verwaltung und die Treuhänderin für die Gebietsentwicklung sowie ein Beteiligungsprozess durch die Ortsvorsteherin initiiert. Die Prozesse ergaben auch Ziele für die künftige Flächennutzung, die in den Grundsatzbeschluss von 2022 wie auch in den Zwischenergebnissen des Bürgerdialoges festgehalten sind. Die vorliegende Vorlage soll die weitere Berücksichtigung von Ergebnissen dieser Einbindungen ermöglichen.

Die Vermarktung der Flächen ist Aufgabe der Treuhänderin (siehe Beschluss DS-Nr. 758/16-21 „Vergabe der Entwicklungsträgerschaft für das Gebiet „Eselswiese“ in Rüsselsheim-Bauschheim. Hier: Vergabe der Stufen 2 und 3). Die Umsetzung der Vergabeprozesse wird daher im Rahmen der treuhänderischen Gebietsentwicklung erfolgen. Der Magistrat soll im weiteren Verlauf der Vermarktung die Einhaltung der Vergabeziele sicherstellen und Veräußerungen städtischer Flächen beschließen.

Der zeitliche Vorlauf für eine Vorbereitung der Vergabe- bzw. Veräußerungsprozesse in Übereinstimmung mit der Bauabschnittsplanung macht eine Entscheidung über die grundlegenden Vergabeziele zum jetzigen Zeitpunkt erforderlich.

C. Beschlusshistorie

Beschlusshistorie Bebauungsplanverfahren und Baulandumlegung

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2015 (DS-Nr. 554/11-16) Aufstellungsbeschluss für das Bebauungsplan-Verfahren Nr. 147 „Eselswiese“ mit Änderungen in der Flächennutzungsverteilung gegenüber dem RegFNP gefasst. Hierbei wurde auf die Ausweisung der Sondergebietsfläche verzichtet. Somit sollen im Plangebiet nur noch Flächen für Wohnbebauung, Gewerbe, Grün und gemischte Bauflächen vorgesehen werden.
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 05.11.2015 (DS-Nr. 555/11-16) Anordnung der Bauland-Umlegung gem. § 46 BauGB für das Gebiet "Eselswiese" in Rüsselsheim-Bauschheim.
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.10.2018 (DS-Nr. 404/16-21) Kostentragung für die Baulandumlegung.

  Die Bevölkerung wurde in 2 Veranstaltungen über den Stand der Planung informiert.
  - Bürgerversammlung am 05.09.2019 im Bürgerhaus Bauschheim
  - Workshop zur Eselswiese am 12.09.2019 im Bürgerhaus Bauschheim

  Themen waren:
  - Städtebau, Architektur, Stadtgestalt
  - Wohnen, Wohnumfeld, Wohnzielgruppen
  - Identität, Gemeinwesen Integration und soziale Infrastrukturen
  - Natur- und Freiraumgestaltung, Freizeitinfrastruktur
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12.12.2019 (DS-Nr. 615/16-21), Bebauungsplan Nr. 147 „Eselswiese“
  Hier: Durchführung eines Wettbewerbes
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 14.09.2020 (DS-Nr. 740/16-21) Umsetzung des StVV-Beschlusses vom 12.12.2019, DS-Nr. 615/16-21, Durchführung eines Wettbewerbes
  Hier: Kenntnisnahme des Ergebnisses des Wettbewerbes und weiteres Vorgehen
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 10.03.2022 (DS-153/21-26) Kenntnisnahme der Rahmenplanung und frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB und der Behörden § 4 (1) BauGB am Verfahren
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 15.12.2022 (DS-286/21-26) Bebauungsplanverfahren Nr. 147 „Eselswiese“ – Grundsatzbeschlüsse zum weiteren Verfahren
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 20.07.2023 (DS-432/21-26) Auslegungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Beschlusshistorie zur Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes / Zielabweichung Regionalplan

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 05.11.2015, DS-Nr. 554/11-16 zum Antrag Nr. 49 vom 03.02.2014
  Bebauungsplanverfahren Nr. 147 Bezeichnung „Eselswiese“, Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB, Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauGB
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 10.03.2022 (DS-154/21-26)
  Beantragung eines Zielabweichungsverfahrens von den Darstellungen des Regionalplanes Südhessen / Regionalen Flächennutzungsplan

Beschlusshistorie zur Entwicklungsträgerschaft

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 24.05.2017 (DS-Nr. 196/16-21)
  Vergabe der gesamten Baulandentwicklung an die Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH als Treuhänder.

  Der Entwicklungsträgervertrag zwischen der Stadt Rüsselsheim und der Nassauischen Heimstätte/ProjektStadt (Maßnahmenträger) für das Projekt „Eselswiese“ wurde am 12.04.2018 abgeschlossen.
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.10.2018 (DS-Nr. 417/16-21)
  Grundsatzbeschluss für die Übernahme von Ausfallbürgschaften zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 10.09.2020 (DS-Nr. 758/16-21)
  Vergabe der Entwicklungsträgerschaft für das Gebiet „Eselswiese“ in Rüsselsheim-Bauschheim. Hier: Vergabe der Stufen 2 und 3
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 19.11.2020 (DS-Nr. 781/16-21)
  Übernahme einer weiteren Ausfallbürgschaft zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH für das Projekt „Eselswiese
- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 22.06.2023, DS-403/21-26
  Bereitstellung eines zusätzlichen Bürgschaftsrahmens in Höhe von 60,8 Mio. € zu Gunsten der Nassauischen Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH zur weiteren Finanzierung des Baugebietes "Eselswiese"

Beschlusshistorie zur kostenneutralen Gebietsentwicklung

- Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 18.10.2018, DS-Nr. 404/16-21
  Gebietsentwicklung Eselswiese – Kostentragung Baulandumlegung

D. Umsetzung

Wohngebiet und Urbanes Gebiet

Aktuell halten Privatpersonen sowie Wohnungsbau- und Projektentwicklungsunternehmen ca. 51 % der Flächen im Umlegungsgebiet Süd (Wohn- und Urbanes Gebiet) im Eigentum. Die bauliche Entwicklung dieser Flächen findet im Rahmen des künftigen rechtskräftigen Bebauungsplans statt.

Die Stadt hat im Wohngebiet/Urbanen Gebiet zwischenzeitlich 49 % der Flächen erworben, möglicherweise werden weitere Flächen von aktuellen Eigentumsparteien an die Stadt abgegeben.

Für die Vergabe der städtischen Flächen sollen folgende Maßstäbe geprüft werden:

- Entwicklung von Quartieren unter Hinzuziehung und gegenseitiger Abwägung von städtebaulichen Kriterien (architektonische und freiräumliche Qualitäten), sozialen Kriterien (Altersgerechtes Wohnen bzw. Mehrgenerationenwohnen, sozialer Wohnungsbau), ökologischen Kriterien (Vorgaben des Bebauungsplans zur Energieversorgung, Einbeziehung von Klimaschutz-orientierten Konzepten) und ökonomischen Kriterien (Wirtschaftlichkeit).
- Entwicklung von Quartieren für Bauträger o.ä. mit Höchstpreiskriterium (basierend auf einem Mindestwert) unter Einbeziehung von Kriterien.
- Berücksichtigung von Quartieren für Baugemeinschaften (private Initiativen zur Entwicklung von Quartieren bzw. entsprechende Vorhaben von Wohnungsbau- und Projektentwicklungsunternehmen).
- Entwicklung von Ein- und Zweifamilienhaus-, Reihenhaus- sowie Mehrfamilienhausgrundstücken bzw. Quartieren unter Einbeziehung von Kriterien
- Entwicklung von Ein- und Zweifamilienhaus-, Reihenhaus- sowie Mehrfamilienhaus-Grundstücken ausschließlich auf Basis des Kriteriums eines Höchstpreisgebotes.

Aufgrund der Vielzahl der städtischen Baugrundstücke können im Laufe der nächsten Jahre verschiedene Verfahren angewandt und kombiniert werden.

Folgende Anteile an den Veräußerungen sind geplant:

- Konzeptvergaben Wohnen und Urbanes Gebiet: 20-30% der städtischen Flächen
- Baugemeinschaften: 5-10% der städtischen Flächen
- Einzelgrundstücksvergaben Wohnen (nach Kriterien): 50-60% der städtischen Flächen
- Direktvergaben Wohnen (nach Höchstpreis): 10-20% der städtischen Flächen

Im Rahmen von Konzeptvergaben sollen auch Quartiermodelle für Baugemeinschaften (private Initiativen zur Entwicklung von Quartieren bzw. entsprechende Vorhaben von Wohnungsbau- und Projektentwicklungsunternehmen unter Einbeziehung von Privatpersonen bzw. Privatinitiativen) Berücksichtigung finden. Die Realisierung durch Baugemeinschaften im Rahmen von Konzeptvergaben soll die Möglichkeit eröffnen, Quartiermodelle etwa für private Initiativen zur Entwicklung von Quartieren (selbstorganisierte, gemeinwohlorientierte Vorhaben, Baugruppen) bzw. entsprechende Vorhaben von Wohnungsbau- und Projektentwicklungsunternehmen unter Einbeziehung von Privatpersonen bzw. Privatinitiativen (Mietwohnprojekte bzw. Mietgemeinschaften), zu realisieren. Dabei sollen ansonsten die genannten Kriterien von Konzeptvergaben Anwendung finden, der Fokus aber auf eine entsprechende Organisationsstruktur bzw. auf entsprechende Projektziele gelegt werden.

Der soziale Wohnungsbau soll gemäß Vorgabe zum Städtebaulichen Wettbewerb (Kenntnisnahme siehe DS-615/16-21 Bebauungsplanverfahren Nr. 147, "Eselswiese", hier: Durchführung des städtebaulichen Wettbewerbes) mit ca. 140 der insgesamt rund 1.000 Geschosswohnbau-orientierten Einheiten im Gebiet realisiert werden.

Urbanes Gebiet

Die Baugenossenschaft Mainspitze und die gewobau haben das Interesse an einer wertigen Entwicklung der für das Gebiet repräsentativen Bereiche des Quartiersplatzes und der nachfolgenden Grünflächen geäußert. In Vorgesprächen haben die zwei Gesellschaften mit der Stadt eine Entwicklung der gemäß Beschlussvorschlag genannten Ziele angeboten. Basierend auf diesen Zielen sollen mit den beiden Gesellschaften städtebauliche Verträge abgeschlossen werden.

Die noch freien Flächen sollen gemäß Beschlussvorschlag zu den genannten Rahmenbedingungen umgesetzt werden.

Gewerbegebiet

Seitens der Stadt sollen Vergabeziele für Ansiedlungen geprüft werden, die u. a. das Potential zur Steigerung der aktuellen Gewerbesteuereinnahmen haben, aber auch weitere Potentiale realisieren können (unternehmerische Qualitäten wie Innovationskraft, Wachstumspotenzial, Arbeitsplätze; städtebauliche Qualitäten; bereits bestehende Unternehmenstätigkeit in Rüsselsheim):

- Entwicklung der gewerblichen Grundstücke unter Zuordnung der gemäß Vorgabe zum Städtebaulichen Wettbewerb (Kenntnisnahme siehe DS-615/16-21) und zum Rahmenplan (Beschluss siehe DS-153/ 21-26) identifizierten Zielgruppen (Forschung und Entwicklung, Wissensintensive Dienstleistungen, Innovatives Handwerk)
- Orientierung der Vergabe von Grundstücken am gutachterlich ermittelten Verkehrswert bzw. einem beihilferechtlich unbedenklichen Wert, unter Prüfung der Hinzuziehung von Vergabekriterien zum Gewerbesteuerpotential, zu unternehmerischen Qualitäten (Innovationskraft, Wachstumspotential, Arbeitsplätze), städtebaulichen Qualitäten, und einer bereits bestehenden Unternehmenstätigkeit am Standort Rüsselsheim
- Veräußerung von Grundstücken zum Höchstpreisgebot (basierend auf einem Mindestwert) und Einbeziehung der genannten Kriterien
- Prüfung der Veräußerung einer noch zu definierenden Flächengröße für die Bündelung handwerklicher Betriebe (z. B. als Handwerkshof mit Servicedienstleistungen), ggf. unter Einbindung handwerklicher Qualifizierungsangebote
- Prüfung der Veräußerung sofern es die Ausgangslage erfordert im Erbbaurecht (basierend auf einem Mindestwert und einer zu definierenden Laufzeit) unter Einbeziehung der genannten Kriterien

Die Gewerbegebietsentwicklung wurde in verschiedenen Gesprächsrunden mit ansässigen Unternehmen, der Wissenschaft und Intermediären (u. a. dem Gewerbeverein und den Kammern) seit 2019 diskutiert und dabei u. a. auch die Herangehensweise an die Vergabe von städtischen Grundstücken erörtert.

Auf Grundlage des Bebauungsplans wird eine Umwelt- und Klima-gerechte Flächenentwicklung sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang sollen ggf. auch potentielle Wärmequellen aus gewerblichen Tätigkeiten für eine Einbindung in die Versorgung der Eselswiese geprüft werden.

Für alle städtischen Gewerbeflächen sind Einzelgrundstücksvergaben vorgesehen.

E. Alternativen

In den genannten Vergabevarianten können die Anteile noch unterschiedlich gewichtet werden.

F. Kosten

Die Umsetzung der Vergabe- und Veräußerungsprozesse (rechtliche und inhaltliche Begleitung) sind im Rahmen der treuhänderischen Gebietsentwicklung abgedeckt.

Die Werte für die Grundstücke werden im Zuge des Abschlusses des Umlegungsverfahrens ermittelt und danach laufend fortgeschrieben.

G. Auswirkungen auf Dritte

Mit den hier beschriebenen Vergabeverfahren für den Verkauf der städtischen Baugrundstücke können Dritte Grundstücke erwerben.

H. Auswirkungen auf das Klima

Die Auswirkungen auf das Klima werden im Bebauungsplanverfahren ermittelt und bewertet. Des Weiteren sollen ökologische und energie-orientierte Kriterien in die Prozesse einbezogen werden, sofern nicht bereits über den Bebauungsplan festgelegt.

Rüsselsheim am Main, 21.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-604-1/21-26	
Datum	13.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Vergabeziele für die Gebietsentwicklung in der Eselswiese
Änderungsantrag DS-604-1/21-26 von Herrn Stadtverordneten Schneckenberger vom 11.06.2024

Beschluss:

Die Vergabe von städtischen Flächen im Baugebiet Eselswiese erfolgt grundsätzlich ohne Höchstpreiskriterien, sondern nur nach den in der Vorlage aufgeführten weiteren Kriterien.

Begründung:

mündlich

EINGANG
12.06.2024
Fachbereich Zentrales
Bereich Verwaltungsorganisation und -steuerung
rüsselsheim am main

Karl-Heinz Schneckenberger (DIE LINKE/Liste Solidarität) Rüsselsheim, den 11.6.2024

Rathausstr.4
karlheinz.schneckenberger@freenet.de
Fon 06142 33182
Mobil 017634414352

An den

Stadtverordnetenvorsteher

Änderungsantrag zur DS 604

Die Vergabe von städtischen Flächen im Baugebiet Eselswiese erfolgt grundsätzlich ohne Höchstpreiskriterien, sondern nur nach den in der Vorlage aufgeführten weiteren Kriterien.

Begründung:

mündlich



Karl-Heinz Schneckenberger

Der Magistrat

rüsselsheim am main

Antrag	
der Fraktion DIE GRÜNEN / Linke Liste Soli / ABI	
AT-160/21-26	
Datum	17.04.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:
Wärmeplanung Eselswiese: Abwärme von Rechenzentren als Wärmequelle nutzen
Antrag zur Verweisung der Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI vom 15.04.2024

Beschlusstext:
Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

1. ob im Gewerbegebiet Eselswiese durch eine Ansiedlung von Rechenzentren ein Beitrag zur Wärmeversorgung des Gewerbe- und Wohnstandort Eselswiese sichergestellt werden kann.
2. ob weitere Bauschheimer Gebäude (Globus, Grundschule) an diese Wärmequelle angeschlossen werden wollen und können.
3. ob die Hochschule RheinMain diese Wärmenutzung wissenschaftlich begleiten kann.
4. ob Fördermittel dafür abgerufen werden können.
   Dabei wäre die Fläche für Rechenzentren auf einen Minimalwert zu beschränken.

Begründung:
Für die Eselswiese hat die StV ein Konzept für die Wärmeversorgung beschlossen. Es ist politischer Auftrag, hierbei für Wärmequellen zu sorgen, die nicht fossiler Herkunft sind. Eine Übernahme von Wärme, die als Abwärme von einem Rechenzentrum kommt, ist zwar nicht so warm wie übliche Temperaturen in einer Wärmeleitung, aber bei Neubaugebieten kann auch eine niedrigere Temperatur in einem Nahwärmenetz ausreichend sein. Zudem besteht die Verpflichtung, ein Rechenzentrum mit Ökostrom zu betreiben.
Laut Energieeffizienzgesetz sind Betreiber von Rechenzentren dazu verpflichtet, entstandene Abwärme zur Wärmenutzung abzugeben. Im Bereich der Eselswiese gibt es hierfür Standortbedingungen, wie das aufzubauende Nahwärmenetz sowie die unmittelbare Nähe zu einem Umspannwerk und somit die Verfügbarkeit großer Strommengen, die eine Nutzung der Gewerbeflächen durch Rechenzentren begünstigen könnten. Auch der geringe Abstand zum Internetknoten zeugt von der Lagegunst. Damit entsprechen die Stadtortbedingungen den Kriterien des Regionalverbands FrankfurtRheinMain, der die zentralen Standortanforderungen in der Handreichung an die Kommunen im Verbandsgebiet „Kompaktwissen Rechenzentren“ formuliert hat.
Das Thema wurde in der Veranstaltung des Deutschen Architekturmuseum der Veranstaltungsreihe „Dialog im Museum“, die in der Hochschule RheinMain unter dem Titel

„Rechenzentren als Fundament kommunaler Wärmeplanung“ stattfand, aufgegriffen und eine lokale Betrachtung angeregt.
Rüsselsheim könnte mit einem solchen Projekt zu einer beispielgebenden Kommune in Sachen CO2-sparender Abwärmenutzung werden und die Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien sicherstellen.

Fraktion DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI



Büro der Stadtverordnetenversammlung

Herr Stadtverordnetenvorsteher Jens Grode

Rathaus

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 15.04.2024

Antrag zur Verweisung: Wärmeplanung Eselswiese:
Abwärme von Rechenzentren als Wärmequelle nutzen

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen,

1. ob im Gewerbegebiet Eselswiese durch eine Ansiedlung von Rechenzentren ein Beitrag zur Wärmeversorgung des Gewerbe- und Wohnstandort Eselswiese sichergestellt werden kann.
2. ob weitere Bauschheimer Gebäude (Globus, Grundschule) an diese Wärmequelle angeschlossen werden wollen und können.
3. ob die Hochschule RheinMain diese Wärmenutzung wissenschaftlich begleiten kann.
4. ob Fördermittel dafür abgerufen werden können.

Dabei wäre die Fläche für Rechenzentren auf einen Minimalwert zu beschränken.

Begründung:

Für die Eselswiese hat die StV ein Konzept für die Wärmeversorgung beschlossen. Es ist politischer Auftrag, hierbei für Wärmequellen zu sorgen, die nicht fossiler Herkunft sind. Eine Übernahme von Wärme, die als Abwärme von einem Rechenzentrum kommt, ist zwar nicht so warm wie übliche Temperaturen in einer Wärmeleitung, aber bei Neubaugebieten kann auch eine niedrigere Temperatur in einem Nahwärmenetz ausreichend sein. Zudem besteht die Verpflichtung, ein Rechenzentrum mit Ökostrom zu betreiben.
Laut Energieeffizienzgesetz sind Betreiber von Rechenzentren dazu verpflichtet, entstandene Abwärme zur Wärmenutzung abzugeben. Im Bereich der Eselswiese gibt es hierfür Standortbedingungen, wie das aufzubauende Nahwärmenetz sowie die unmittelbare Nähe zu einem Umspannwerk und somit die Verfügbarkeit großer Strommengen, die eine Nutzung der Gewerbeflächen durch Rechenzentren begünstigen könnten. Auch der geringe Abstand zum Internetknoten zeugt von der Lagegunst. Damit entsprechen die Stadtortbedingungen den Kriterien des Regionalverbands FrankfurtRheinMain, der die zentralen Standortanforderungen in der Handreichung an die Kommunen im Verbandsgebiet „Kompaktwissen Rechenzentren“ formuliert hat.

Das Thema wurde in der Veranstaltung des Deutschen Architekturmuseum der Veranstaltungsreihe „Dialog im Museum“, die in der Hochschule RheinMain unter dem Titel „Rechenzentren als Fundament kommunaler Wärmeplanung“ stattfand, aufgegriffen und eine lokale Betrachtung angeregt.
Rüsselsheim könnte mit einem solchen Projekt zu einer beispielgebenden Kommune in Sachen CO2-sparender Abwärmenutzung werden und die Wärmeversorgung durch erneuerbare Energien sicherstellen.



Maria Schmitz-Henkes

Fraktionsvorsitzende DIE GRÜNEN / Linke Liste Soli/ ABI

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-440/21-26 2. Ergänzung	
Datum	13.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	18.06.2024	beschließend
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Errichtung und Betrieb einer Videoüberwachungsanlage im Bereich des Bahnhofs der Stadt Rüsselsheim am Main
Bezug: AT-45/21-26 - Videoüberwachung am Bahnhofsplatz der Fraktionen CDU und WsR vom 22.09.2021 sowie HHAT-3/2023 der WsR-Fraktion zur Videoüberwachung

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. das in dieser Vorlage dargestellte Konzept einer Videoüberwachungsanlage im Bereich des Bahnhofs der Stadt Rüsselsheim am Main mit der Landespolizei abgestimmt und von dort befürwortet wird.
2. das vorgelegte Konzept durch den hessischen Datenschutzbeauftragten genehmigt ist.
3. das Land Hessen die Errichtung von Videoüberwachungsanlagen mit bis zu 66% der Errichtungskosten fördert.
4. eine Förderung nur in Aussicht gestellt wurde, wenn eine Videoüberwachungsanlage in der vorgelegten, mit der Landespolizei abgestimmten Form umgesetzt wird.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt,

1. die Errichtung und den Betrieb einer Videoüberwachungsanlage in der dargestellten Form vorbehaltlich der Förderzusage des Landes (bis zu 66% der Errichtungskosten).
2. die dafür erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 Euro für die Errichtung im Finanzhaushalt und 5.000 Euro Betriebskosten im Ergebnishaushalt des Haushaltsplanentwurfs 2024 vorzusehen.
3. den Antrag AT-45/21-26 der Fraktionen CDU und WsR vom 22.09.2021 sowie den Haushaltsbegleitantrag Nr. 3 der WsR vom 26.04.2023 für erledigt zu erklären.

Begründung:

A. Ziel

Ziel der Vorlage ist es, ein Konzept zur Errichtung und des Betriebs einer Videoüberwachungsanlage im Bereich des Bahnhofs der Stadt Rüsselsheim am Main inkl. der entstehenden Kosten darzustellen.

Die Errichtung und der Betrieb einer solchen Anlage soll in erster Linie der Prävention von Straftaten dienen. Darüber hinaus werden die Ermittlungsbehörden in ihrer Arbeit unterstützt und die Aufklärung von Straftaten positiv beeinflusst.

Zudem stellt die Installation und der Betrieb einer Videoüberwachungsanlage einen weiteren Baustein zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger dar. Neben einer Präsenz von uniformierten Kräften sowie weiteren Präventionsmaßnahmen (Gestaltung des öffentlichen Raums, Erhöhung der Sozialkontrolle u.ä.) können Videoüberwachungsanlagen zu einem positiven Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum beitragen.

B. Beschlusshistorie

Die Errichtung einer Videoüberwachungsanlage wurde zuletzt im Rahmen des Aktionsplans „Sichere Innenstadt“ (DS 747/16-21) unter „Alternativen“ wie folgt thematisiert:

„Weitere mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der subjektiven Sicherheitslage in der Innenstadt könnten in der Installation einer Videoüberwachungsanlage an ausgewählten Orten in der Innenstadt […] bestehen.

Ziel dieser Vorlage ist allerdings, als alternatives Konzept die Erhöhung der sozialen Kontrolle in der Innenstadt durch Errichtung einer Innenstadtwache am Bahnhofsvorplatz zu realisieren […].

Der Magistrat ist davon überzeugt, dass […] die Präsenz von Menschen ein höheres Sicherheitsgefühl und eine bessere Sicherheitslage [schaffen] als es Videokameras können.“

Die Vorlage wurde in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 10.09.2020 beschlossen.

Seitens der Stadtverordnetenversammlung wurde zuletzt der AT-45/21-26 - Videoüberwachung am Bahnhofsplatz der Fraktionen CDU und WsR vom 22.09.2021 in der Sitzung am 26.10.2021 beschlossen.

C. Rechtliche Grundlage

Rechtsgrundlage für die Errichtung einer Videoüberwachungsanlage ist § 14 Abs. 3 des Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG). Die Polizeibehörden können demnach zur Abwehr einer Gefahr oder wenn tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass Straftaten drohen, öffentlich zugängliche Orte mittels Bildübertragung offen beobachten und aufzeichnen. Abs. 1 Satz 2 und 3 sowie § 15 des Hessischen Datenschutzgesetzes gelten entsprechend.

Eine Videoüberwachung greift regelmäßig in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung nach Artikel 2 Absatz 1 i.V.m. Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz (GG) ein. Eine staatliche Videoüberwachung ist daher nur im Rahmen einer konkreten Ermächtigungsgrundlage zulässig. Für die Einrichtung einer fest installierten Anlage stellt § 14 Absatz 3 HSOG in der Tatbestandsvariante des Drohens von Straftaten eine solche Ermächtigungsgrundlage dar.

Wie sich aus der Kriminalitätsanalyse der Polizeidirektion Groß-Gerau zu einer möglichen gefahrenabwehrbehördlichen Videoüberwachung des Bereiches um den Bahnhof in Rüsselsheim am Main gem. § 14 III HSOG Stand 15.04.2024 (vgl. Anlage 1) ergibt, ist vorrangig aufgrund der Fallzahlensteigerung bei den Rohheitsdelikten im Bereich Bahnhof / Bahnhofsvorplatz / Bahnhof Nordseite die Einrichtung einer Videoüberwachungsanlage gerechtfertigt. Insbesondere die Fallzahlen im Bereich der Körperverletzung haben sich im Berichtszeitraum (2020-2023) in den betrachteten Bereichen verdoppelt. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 14 Absatz 3 HSOG sind somit für den Bahnhof und sein Umfeld erfüllt.

Zudem wurde der § 14 Abs. 3 HSOG im Jahr 2023 ergänzt um den Absatz 3a:

„Es wird vermutet, dass die Voraussetzungen nach Abs. 3 Satz 1 in den öffentlich zugänglichen Bereichen von Flughäfen, Personenbahnhöfen, Sportstätten, Einkaufszentren und Packstationen vorliegen. Abs. 1 Satz 2 und 3 und Abs. 3 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.“

Auch unabhängig von den wie oben beschriebenen vorliegenden Fallzahlen für den Bahnhof und sein Umfeld wäre die Installation einer Videoüberwachungsanlage damit rechtlich zulässig.

Die rechtliche Zulässigkeit der Videoüberwachung erfordert neben dem Vorliegen einer Ermächtigungsgrundlage auch die Verhältnismäßigkeit der Maßnahme. Hierzu muss diese geeignet, erforderlich und angemessen sein. Die Geeignetheit ist gegeben, wenn sich die Maßnahme als förderlich für das Erreichen des beabsichtigten Zieles erweist. Ziel ist die Reduzierung der Begehung von Straftaten und die Erhöhung des Sicherheitsgefühls. Eine Videoüberwachung hat insbesondere eine kriminalpräventive Wirkung und dient somit dem Erreichen des gesetzten Ziels.

Die Erforderlichkeit einer Maßnahme liegt vor, wenn kein milderes Mittel zum Erreichen des beabsichtigten Zieles gegeben ist. Einziges alternatives Mittel zur Reduzierung von Straftaten wäre eine massive Erhöhung der Zahl der Einsatzkräfte von Landes- und/oder Stadtpolizei.
Allerdings würde eine mit der größeren Präsenz einhergehende zahlenmäßig häufigere Durchführung von Personenkontrollen letztlich zu einem stärkeren Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung führen als die bloße Beobachtung mittels einer Kamera.

Da ein milderes Mittel somit nicht besteht, ist auch die Erforderlichkeit gegeben.

Angemessen ist die Videoüberwachung nur dann, wenn der durch diesen beabsichtigte Zweck nicht in einem Missverhältnis zu dem mit diesem verbundenen Grundrechtseingriff steht. Dem Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von sehr vielen Passanten auf dem Bahnhofsplatz steht das Ziel der Videoüberwachung gegenüber, Straftaten zu verhindern. Geschützt werden somit hochwertige Rechtsgüter von Personen, die sich auf dem Bahnhofsplatz aufhalten oder diesen überqueren, weshalb auch die Angemessenheit gegeben ist.

D. Problem

Vertreter der Landespolizei sprachen sich in der Vergangenheit bereits mehrfach positiv für die dauerhafte Errichtung einer Videoüberwachungsanlage im Bereich des Bahnhofs aus. Unter anderem im Rückblick auf die positiven Erfahrungen im Zuge der temporär eingerichteten Videoüberwachung nach dem Schusswaffengebrauch in der Innenstadt im Jahr 2019. Im Rahmen der politischen Gremien äußerte sich zuletzt Polizeidirektor Tim Heinen in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.09.2021. Die vorliegende Kriminalitätsanalyse vom 15.04.2024 (Anlage 1) empfiehlt aufgrund der drastisch gestiegenen Zahl der Rohheitsdelikte (insbes. Körperverletzung) ebenfalls die Einrichtung einer Videoüberwachungsanlage.

Mit Beschluss des Antrags AT-45/21-26 durch die Stadtverordnetenversammlung am 28.10.2021 wurde der Magistrat beauftragt, nach Absprache mit der Landespolizei und Stadtpolizei ein Konzept zur Videoüberwachung am Bahnhofsplatz zu erstellen.

E. Lösung

Eine Abstimmung sowie eine Begehung der Örtlichkeit mit dem Hessischen Landeskriminalamt (HLKA), der Polizeidirektion Groß-Gerau und dem Hessischen Datenschutzbeauftragten wurde durchgeführt und hat ergeben, dass die rechtlichen Voraussetzungen zur Errichtung einer Videoüberwachungsanlage im Bereich des Bahnhofs der Stadt Rüsselsheim am Main gegeben sind. Bei diesem gemeinsamen Termin wurden die zu überwachenden Bereiche eingegrenzt und in Augenschein genommen.

Anhand des beigefügten Plans (s. Anlage 2) sind die geplanten Standorte der Dome-Kameras (gelber Punkt mit „D“) ersichtlich. Der Server könnte im Gebäude der Gewobau untergebracht werden.

Folgende Bereiche (Kriminalitätsschwerpunkte) sollen damit nach den kriminalpräventiven Vorgaben der Polizei überwacht werden:

- Bahnhofsplatz (D 1-3)
- Fahrradabstellanlagen Nord 1 und 2 mit Abgang Unterführung Friedensstraße (D4+5)
- Sophienpassage inkl. Zugangsbereiche Nord und Süd (D6-8)
- Beide Fahrradabstellanlagen Süd (D9+10)

Die Dome-Kameras sind auf 5 m hohen Masten montiert.

Das HLKA teilte auf Nachfrage mit, dass ein eventuell reduziertes Konzept (hier: keine Überwachung der Sophienpassage) nicht den Anforderungen der polizeilichen Handlungsempfehlung entspricht. Eine Förderung mit Landesgeldern nach Förderrichtlinie der Videoüberwachung im öffentlichen Raum wäre bei Ausschluss der Sophienpassage nicht möglich.

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat bereits seine Zustimmung zu dem Projekt -inclusive der Überwachung der Sophienpassage- gegeben.

Private Bereiche – wie beispielsweise Außenbewirtschaftungen von Gaststätten – sind bei den Aufnahmen und Live-Bildern unkenntlich zu machen (zu „verpixeln“), was technisch problemlos möglich ist.

Verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung wäre die Polizei. Dort würden die Live-Bilder auf Monitoren zu sehen sein. Die Daten wären maximal 14 Tage verfügbar.

Für Videoüberwachungsanlagen gibt es zudem Kriterien, die die einzelnen Bauteile (z.B. Auflösung der Kameras) erfüllen müssen. Es sind nur vom HLKA zertifizierte Unternehmen mit der Installation und Inbetriebnahme einer Videoüberwachungsanlage zu beauftragen.

Der überwachte Bereich ist durch entsprechende Hinweisbeschilderung kenntlich zu machen.

Das HLKA und der Hessische Datenschutzbeauftragte würden das Projekt bis zur Abnahme begleiten.

F. Kosten

Eine Kostenschätzung für die in Rüsselsheim am Main zu installierende Videoüberwachungsanlage geht von rund 250.000 Euro Investitionskosten und 9.000 Euro jährlichen laufenden Kosten aus.

Es ist davon auszugehen, dass die Investitionskosten zur Errichtung der Anlage in der vorgelegten Form durch das Land Hessen mit bis zu 66% der gesamten Errichtungskosten bezuschussungsfähig ist. Aufgrund der Haushaltssituation wird die Errichtung nur bei einer erfolgreichen Beantragung der Fördermittel umgesetzt.

Die Kosten gliedern sich wie folgt auf:

200.000 Euro Investitionskosten für Bauteile und Komponenten wie Server und dgl. Ebenfalls inkludiert ist eine notwendige Einbruchmeldeanlage für den Serverraum und die Einweisung des Personals durch den Hersteller.

Für das vorliegende Angebot wurde für die Wartung der Anlage ein Circapreis von 280.- bis 310.- Euro netto im Monat angegeben, bei einem Jahresvertrag ohne 24/7 Service. Bei dieser Variante würden Reparaturen während der normalen werktäglichen Arbeitszeit erledigt. Die Kosten beliefen sich damit auf jährlich ca. 4.000.- bis ca. 4.500.- Euro brutto.

Hinzu kämen Tiefbauarbeiten für das Aufstellen von Masten, die Verlegung von Stromkabeln und die Anbringung von Hinweisschildern in Höhe von grob geschätzt 30.000 Euro. Die genaue Kalkulation kann erst nach Detailplanung der Anlage inkl. der Standorte der Masten, etc. durchgeführt werden.

Zudem fallen Kosten für die Erstellung und den Betrieb einer Datenanbindung zwischen der Anlage und der Polizeistation Rüsselsheim an. Einmalige Kosten für die Einrichtung belaufen sich nach derzeitigem Stand auf ca. 3.500 Euro, monatliche Folgekosten auf 310 Euro.

Im Haushaltsplanentwurf 2024 sollen Mittel in Höhe von 250.000 Euro im Finanzhaushalt und 5.000 Euro im Ergebnishaushalt eingestellt werden.

Rüsselsheim am Main, 18.06.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Polizeipräsidium Südhessen
Polizeidirektion Groß-Gerau
PSt Rüsselsheim
Eisenstraße 60
65428 Rüsselsheim

HESSEN

VNr. (bitte bei Antwort angeben)
-ohne-

Wenn Empfänger verzogen, zurück.
Polizeipräsidium Südhessen, Polizeidirektion Groß-Gerau
PSt Rüsselsheim

Eisenstraße 60, 65428 Rüsselsheim

Polizeidirektion Groß-Gerau

PD-Leitung

Sachbearbeiter/in:
Schlag, EPHK

Telefon: **06142 / 696 - 510**
Fax: **0611 / 327667539**
Datum: **15.04.2024**

Kriminalitätsanalyse der Polizeistation Rüsselsheim zu einer möglichen gefahrenabwehrbehördlichen Videoüberwachung des Bereiches um den Bahnhof in Rüsselsheim gem. § 14 III HSOG

Hier: Detaillierte Darstellung der Straftaten in den einzelnen Straßen des Bahnhofsbereiches Aktualisierung der Daten hinsichtlich der Jahre 2020 – 2023

I.
Der grundsätzliche Sachverhalt wird als bekannt vorausgesetzt. Ich verweise auf die zuletzt durch EKHK´in Raab übermittelten Berichte der Vorjahre, zuletzt 2020.

II.
Durch E3 wurde bzgl. des Bahnhofsbereiches eine differenzierte Recherche für folgende Bereiche durchgeführt:

1. Bahnhof und Bahnhofsvorplatz
2. Südseite Bahnhof mit den Straßen
   Rheinstraße – Elisabethenstraße – Sophienpassage – Darmstädter Straße – Im Eichsfeld – Ferdinand-Stuttmann-Straße – Emil-Fuchs-Platz
3. Nordseite Bahnhof mit folgenden Straßen:
   Markstraße – Bahnhofstraße – An der Schauburg - Busbahnhof

Eine Auswertung für gewisse Hausnummernbereiche wurde nicht vorgenommen und wird als nicht zielführend erachtet.

Nachfolgend werden tabellarisch Fälle mit Öffentlichkeitscharakter dargestellt

Tab. 1 – Gesamtübersicht

Im Wesentlichen Katalogstraftaten § 42 Abs. 5 Nr. 2 Waffengesetz (Öffentlicher Raum)	**Anzahl** 2023	**Anzahl** 2022	**Anzahl** 2021	**Anzahl** 2020
Straftaten gegen das Leben	0	0	0	0
Raub	5	1	6	2
Körperverletzung	35	11	15	16
Bedrohung	7	3	7	3
Sexualdelikte	3	1	1	3
Diebstahl / bes. schwerer Fall d. Diebstahls	51	36	30	52
Sachbeschädigung	5	5	13	7
Verstöße BtmG	30	14	7	13
SUMME	**136**	**71**	**79**	**96**

Tab. 2 – Bahnhof und Bahnhofsvorplatz

Im Wesentlichen Katalogstraftaten § 42 Abs. 5 Nr. 2 Waffengesetz (Öffentlicher Raum)	**Anzahl** 2023	**Anzahl** 2022	**Anzahl** 2021	**Anzahl** 2020
Straftagten gegen das Leben	0	0	0	0
Raub	4	0	1	1
Körperverletzung	12	5	5	4
Bedrohung	2	1	4	0
Sexualdelikte	0	0	0	2
Diebstahl / bes. schwerer Fall d. Diebstahls	16	11	10	12
Sachbeschädigung	3	2	4	1
Verstöße BtmG	23	3	1	6

Tab. 3 – Bahnhof - Nordseite

Im Wesentlichen Katalogstraftaten § 42 Abs. 5 Nr. 2 Waffengesetz (Öffentlicher Raum)	**Anzahl** 2023	**Anzahl** 2022	**Anzahl** 2021	**Anzahl** 2020
Straftagten gegen das Leben	0	0	0	0
Raub	1	1	1	0
Körperverletzung	18	5	4	7
Bedrohung	4	1	3	2
Sexualdelikte	3	1	1	0
Diebstahl / bes. schwerer Fall d. Diebstahls	10	4	7	9
Sachbeschädigung	2	1	5	3
Verstöße BtmG	5	5	5	3

Tab. 4 – Bahnhof - Südseite

Im Wesentlichen Katalogstraftaten § 42 Abs. 5 Nr. 2 Waffengesetz (Öffentlicher Raum)	**Anzahl** 2023	**Anzahl** 2022	**Anzahl** 2021	**Anzahl** 2020
Straftagten gegen das Leben	0	0	0	0
Raub	0	0	4	1
Körperverletzung	5	1	6	5
Bedrohung	1	1	4	0
Sexualdelikte	0	0	0	1
Diebstahl / bes. schwerer Fall d. Diebstahls	25	21	13	31
Sachbeschädigung	0	2	4	3
Verstöße BtmG	2	6	1	4

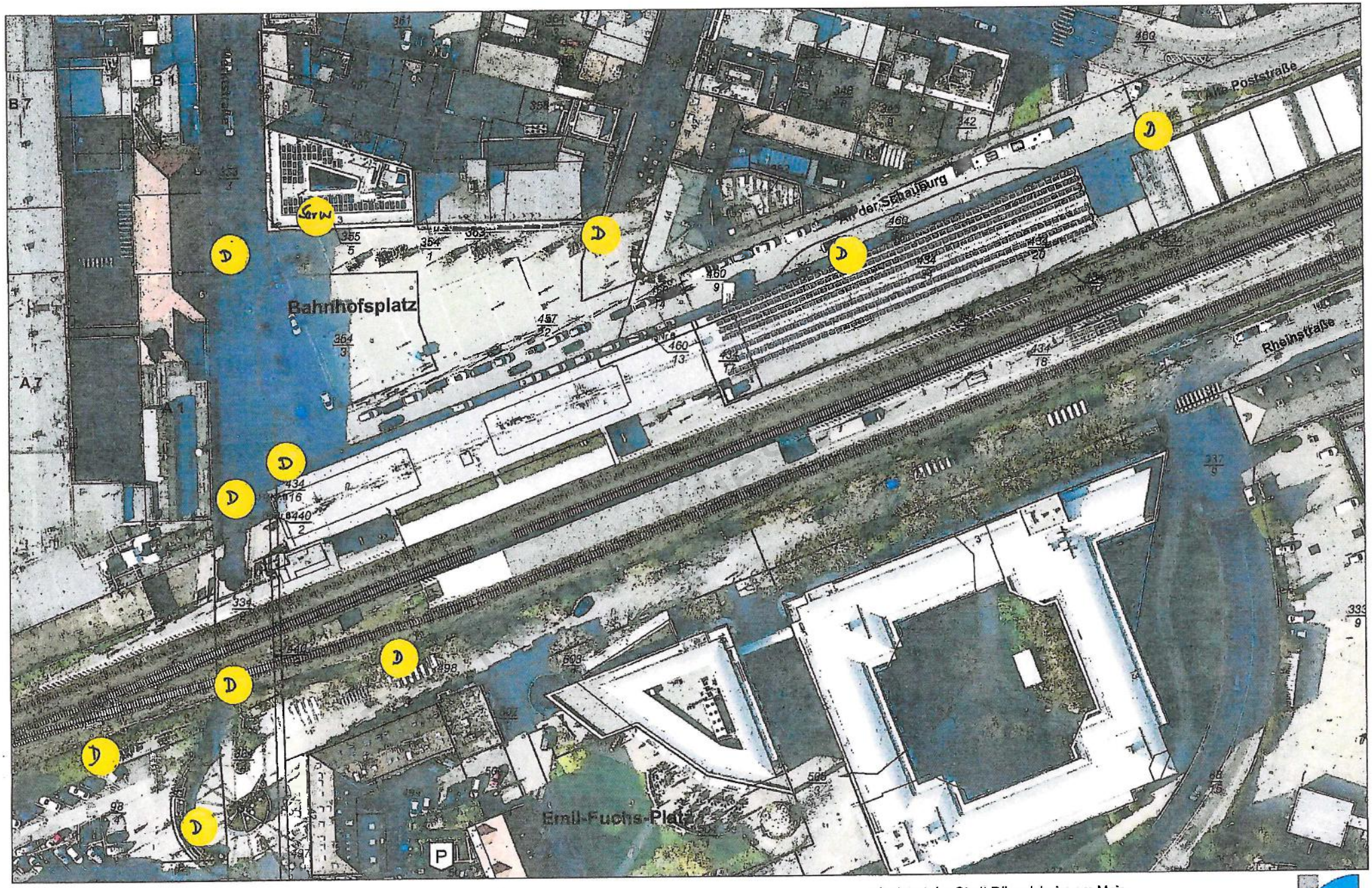
IV. Fazit

Die Fallzahlensteigerung im Bereich Betäubungsmittelkriminalität in 2023 sind Ergebnis verstärkter Kontrollmaßnahmen, welche nach fortlaufender Lageanalyse und Hinweisen aus der Bevölkerung initiiert wurden.

Aufgrund der Fallzahlensteigerung bei den Rohheitsdelikten im Bereich Bahnhof / Bahnhofsvorplatz / Bahnhof Nordseite ist nach hiesiger Auffassung die Einrichtung einer Videoüberwachungsanlage im dortigen Bereich gerechtfertigt.

im Auftrag

(Schlag, EPHK)



0 25m 50m 75m

N

Maßstab: 1:1000

Datum: 29.04.2020

Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main

rüsselsheim am main

IFT 45/21-26

CDU Fraktion Rüsselsheim am Main

WSR WIR SIND RÜSSELSHEIM

EINGEGANGEN
22. SEP. 2021
Büro Stadtv.versammlung

Antrag – Videoüberwachung am Bahnhofsplatz-

zur Beratung im Haupt- und Finanzausschuss am 25.10.2021 und zur Beschlussfassung in die Sitzung am 28.10.2021 der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Nach Absprache mit der Landespolizei und Stadtpolizei erstellt der Magistrat ein Konzept zur Videoüberwachung am Bahnhofsplatz. In der Drucksache werden die Kosten für die Installation und die möglichen Folgekosten dargestellt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Rüsselsheim am Main, den 22.09.2021

S. Kropp

Stefanie Kropp

Vorsitzende
CDU-Fraktion

Joachim Walczuch
Vorsitzender
Fraktion WSR

An das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

WsR-Fraktion
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, den 26.04.2023

Antrag zum Haushaltsplanentwurf 2023

Videoüberwachung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für das Jahr 2023 werden 10.000, - Euro für vorbereitende Arbeiten für die im Antrag 45 beschlossene Videoüberwachung am Bahnhofplatz in die Investitionsplanung eingestellt.

2. Der Magistrat wird beauftragt die Drucksache zur Umsetzung der Videoüberwachung noch im Jahr 2023 an die Stadtverordnetenversammlung weiterzuleiten und in die Investitionsplanung für den Haushalt 2024 die noch fehlenden Mittel einzustellen.

Begründung:

Am 28.10.21 beschloss die Stadtverordnetenversammlung den Antrag 45 mit dem Inhalt: *„Nach Absprache mit der Landespolizei und Stadtpolizei erstellt der Magistrat ein Konzept zur Videoüberwachung am Bahnhofsplatz. In der Drucksache werden die Kosten für die Installation und die möglichen Folgekosten dargestellt."*

In Anbetracht des jetzt schon entstandenen Zeitverzugs ist eine rasche Umsetzung dringend nötig.

Die Einstellung von 10.000, - Euro soll den Magistrat in die Lage versetzen, nach der Beschlussfassung der Drucksache noch im Jahr 2023 mit den vorbereitenden Arbeiten zur Umsetzung der Videoüberwachung zu beginnen, um die Inbetriebnahme in 2024 sicherzustellen.

Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre wäre ansonsten erst mit der Inbetriebnahme der Anlage im Jahr 2025, d.h. 4 Jahre nach Beschlussfassung durch die Stadtverordnetenversammlung zu rechnen.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-597/21-26	
Datum	07.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Magistrat	14.05.2024	beschließend
Fachausschuss für Jugendhilfeplanung, Erziehungshilfe und Förderung der Jugendhilfe (einschließlich Jugendarbeit)	04.06.2024	beschlussempfehlend
Schulkommission	05.06.2024	beschlussempfehlend
Jugendhilfeausschuss	06.06.2024	beschlussempfehlend
Ortsbeirat Königstädten	06.06.2024	beschlussempfehlend
Kultur-, Schul- und Sportausschuss	12.06.2024	beschlussempfehlend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	13.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Planung der Schulhofgestaltung der Gerhart-Hauptmann-Schule
Bezug: Bericht Jugendforum 2022 DS-470/21-26, Beschlussziffer 2

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehende Vorlage zur Beschlussfassung zu:

Beschlusstext:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. das Anliegen der Kinder und Jugendlichen aus dem Jugendforum 2022 zur „Planung der Schulhofgestaltung der Gerhart-Hauptmann-Schule“ vom Magistrat geprüft wurde (DS-470/21-26 – Kinder- und Jugendversammlung) und im Rahmen der weiteren Planung im Rahmen des Gesamtprojektes (03022251AH Gerhart-Hauptmann-Schule/Weiterentwicklung) Berücksichtigung findet.
2. gemäß Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen, hier Aktualisierung 2023 (DS-404/21-26 Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen, hier Aktualisierung 2023), die Gerhart-Hauptmann-Schule auf Priorität 2 kategorisiert wurde.
3. für den Beginn der Planungen zur Umsetzung des Gesamtprojektes Gerhart-Hauptmann-Schule / Weiterentwicklung derzeit im Haushaltsplanentwurf 2024 Mittel vorgesehen sind. Innerhalb der Projektbearbeitung können dann die Wünsche der Nutzenden im Rahmen der Planung und Umsetzung Eingang finden.

4. akute Gefahren wie z.B. schlechter Zustand des Schulhofes, dadurch Verletzungsgefahr (lose Platten, unebener Boden, Wurzeln, große Risse und Löcher), umgehend beseitigt wurden.
5. weitere Planungen für Interimsspielmöglichkeiten, aufgrund der angespannten Haushaltslage bis zur vollumfänglichen Planung und Umsetzung des Gesamtprojektes Gerhart-Hauptmann-Schule / Weiterentwicklung, zurückgestellt werden.

B. Beschlussvorschlag
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass die Beschlussziffer 2 der Drucksache DS-470/21-26 Bericht Jugendforum 2022 als erledigt erklärt wird.

Begründung:

A. Ausgangslage
Im Rahmen des Jugendforums wurde der Wunsch geäußert den Schulhof durch Spiel- und Sportgeräte (Kletteranlagen, Sitzgelegenheiten, Bolzplatz etc.) zu ergänzen und den Schulhofbelag zu reparieren.

B. Beschlusshistorie
Die Stadtverordnetenversammlung hat am 22.06.2023 die DS-404/21-26, Prioritätenliste für die im Schulentwicklungsplan 2019-2024 aufgeführten Maßnahmen, hier Aktualisierung 2023, zur Kenntnis genommen.

Weiterhin hat die Stadtverordnetenversammlung am 05.10.2023 den Bericht Jugendforum 2022 (DS-470/21-26) zur Kenntnis genommen und unter B. den Punkt 2 (Planung der Schulhofgestaltung der Gerhart-Hauptmann-Schule) beschlossen.

C. Problem
Der Schulhof entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen an einen zeitgemäßen Schulhof. Der vorhandene Multifunktionsplatz (Ballsportarten) wurde durch ein Containerinterim überbaut. Der Schulhofbelag ist in die Jahre gekommen. Unfallgefahren werden jedoch umgehend beseitigt. Einige Sitz- und Balancierstämme waren marode.
Da noch keine genauere Planung und Konzept zur Gesamtentwicklung (Sanierung und / oder Ausbau der Schule) vorliegen, kann auch noch keine vollumfängliche Planung für die zukünftige Entwicklung der Schulhofflächen angegangen werden.

D. Weiteres Vorgehen
Einige Sitz- und Balancierstämme waren marode und wurden instandgesetzt. Unfallgefahren werden umgehend beseitigt.
Weiterhin wird in den Sommerferien, der auf dem Schulgrundstück mit einem Zaun abgetrennte, jedoch durch ein Tor vom Schulgrundstück zugängliche, öffentliche Spielplatz grundhaft saniert und erneuert (DS-502/21-26 Auftragsvergabe Garten- und Landschaftsbauarbeiten, Erneuerung des Spielplatzes an der GHS). Dieser kann nach Abschluss dieser Maßnahme grundsätzlich auch durch die Schüler*innen in den Pausenzeiten genutzt werden. Im Rahmen der Neukonzeption des Spielplatzes fand gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendbüro im Winter 2022/2023 ein Beteiligungsverfahren mit Kindern und Jugendlichen der Grundschule Königstädten, den Kitas Kohlseestraße, Bensheimer-Straße und Auerbacher-Straße, sowie dem Jugendtreff Königstädten statt.

Im Rahmen der Planungen des Gesamtprojekts, derzeit geplanter Beginn ab dem zweiten Halbjahr 2024, wird sich auch mit der Schulhofplanung befasst. Die Schulgemeinde wird in die einzelnen Planungsschritte entsprechend eingebunden.

E. Kosten und Finanzierung

Genauere Kosten für die Schulhofgestaltung können erst im Rahmen des Gesamtprojekts der Gerhart-Hauptmann-Schule im Rahmen der Weiterentwicklung (Prioritätenliste Schulentwicklungsplanung) beziffert werden.

F. Auswirkungen auf Dritte

Die Schulhofgestaltung hat nicht nur Auswirkungen auf die Schulgemeinde, sondern auch auf die Nutzung durch Kinder und Jugendliche des Quartiers, da die Schulhöfe nach Unterrichtsschluss für die Nutzung für Kinder und Jugendliche freigegeben sind.

G. Auswirkung auf das Klima

Diese Vorlage hat grundsätzlich keine Auswirkungen auf das Klima.

Rüsselsheim am Main, 14.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Der Magistrat

rüsselsheim am main

Antrag	
der Fraktion SPD	
AT-127-1/21-26	
Datum	16.04.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Haupt- und Finanzausschuss	16.04.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	25.04.2024	beschließend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend
Planungs-, Bau- und Umweltausschuss	12.09.2024	beschlussempfehlend
Haupt- und Finanzausschuss	17.09.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	26.09.2024	beschließend

Betreff:
Revitalisierung der Innenstadt
Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 15.04.2024

Beschlusstext:

1. Der Magistrat erstellt einen Plan zur Revitalisierung der Innenstadt ein und stellt diesen der Stadtverordnetenversammlung vor.

2. Der Plan zur Revitalisierung wird nach der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung durch eine zentrale Steuerung umgesetzt, die eine zukunftsweisende und nachhaltige Struktur an Ladengeschäften, Gastronomie, Kultur, Wohnen und Nahversorgung gewährleistet, wobei Schwerpunkte auf Wohnen, studentisches Wohnen, Gastronomie in seiner vollen Bandbreite sowie Kultur gelegt werden sollen.

3. Die zentrale Steuerung soll durch die Stadtentwicklungsgesellschaft STEG erfolgen. Hierfür ist die STEG wieder zu reaktivieren und mit dem nötigen Personal auszustatten. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Rüsselsheim ist einzubinden.

4. Die STEG koordiniert ein städtebauliches Investitionsprogramm zur Sanierung und Gestaltung des öffentlichen Raumes. Dabei wird auf die Steigerung der Attraktivität, die Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts und die strukturelle Vernetzung von Grün- und Aufenthaltsstrukturen unter Berücksichtigung der Biodiversität geachtet.

5. Wirtschaftsfördernde Steuerungsmethoden, wie zeitlich befristete reduzierte Ladenmieten (z.B. für Popup-Stores), sollen als Instrumente genutzt werden.

6. Um potenzielle Fehlentwicklungen in der Innenstadt im Verkaufsfall an einen Dritten abzuwenden, soll der Magistrat gegenüber der Stadtverordnetenversammlung mögliche Instrumente, soweit noch nicht geschehen, einführen, wie z.B. Vorkaufsrechtsatzung, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, etc.

7. Um das Vorkaufsrecht auch ausüben zu können, sollen im Haushalt Mittel für den Erwerb von Immobilien und Grundstücken eingeplant bzw. sollen die bisherigen Mittel für Käufe von Immobilien und Grundstücken schwerpunktmäßig auf die Innenstadt konzentriert werden. Des Weiteren soll regelmäßig geprüft werden, ob Fördermittel von Land, Bund und EU für die Umwandlung (Kauf, Sanierung, Neubau, Umgestaltung, etc.) der Innenstadt abgerufen werden können.

8. Um ein Umdenken in der Stadtgesellschaft zu fördern und aktive Unterstützung zu gewinnen, werden Investitionen in Informationskampagnen sowie die Organisation von Events in der Innenstadt angeregt. Diese Bemühungen sollen durch Vereine und die städtische Wirtschaft, insbesondere den Gewerbeverein, unterstützt und teils eigenständig organisiert werden.

9. Es ist für verstärkte Kontrollen im Kernbereich der Innenstadt bezüglich Gewerbe –und Bauaufsichtsrechtlichen Vorschriften zu sorgen.

10. Ein Immobilienfonds zur weiteren Finanzierung der Maßnahmen soll geprüft werden.

Begründung:
Dieser Antrag hat das Ziel eine umfassende Revitalisierung der Innenstadt zu erreichen, um der Innenstadt neues Leben einzuhauchen. Der detaillierte Plan und die zentrale Steuerung durch die zu reaktivierende Stadtentwicklungsgesellschaft STEG sollen eine nachhaltige Struktur schaffen, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die soziale und kulturelle Vielfalt fördert. Durch Schwerpunktsetzungen auf Wohnen, studentisches Wohnen, Gastronomie und Kultur strebt der Antrag an, ein lebendiges und attraktives Stadtzentrum zu gestalten. Die Rüsselsheimer Innenstadt soll ein neues Image/Gesicht bekommen, dass attraktiv für die Menschen ist und eine positive Anziehung in die Innenstadt erreicht. Hierbei soll ein Plan erstellt und umgesetzt werden, der sich gegen umliegende Städte durchsetzen kann, weil die Rüsselsheimer Innenstadt diese nicht kopieren soll, sondern sich mit dem zukünftigen Angebot positiv unterscheidet und ein Alleinstellungsmerkmal erreicht. Die Einbindung wirtschaftsfördernder Methoden wie reduzierte Ladenmieten für zum Beispiel Popup Stores soll eine dynamische Entwicklung vorantreiben. Die vorgeschlagenen Instrumente, wie Vorkaufsrechtsatzung und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, sollen dazu dienen, Fehlentwicklungen im Verkaufsfall zu verhindern und die Stadtentwicklung strategisch zu lenken. Die geplante Bündelung der Mittel im Haushalt für den Erwerb von Immobilien und Grundstücken sowie für Informationskampagnen und Events unterstreichen das Engagement für einen ganzheitlichen Ansatz. Durch die Förderung von Informationskampagnen und die Organisation von Events in der Innenstadt wird angestrebt, nicht nur bauliche, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Dies soll durch die aktive Beteiligung von Vereinen und der städtischen Wirtschaft unterstützt werden.

Fraktion Rüsselsheim SPD

CDU FRAKTION RÜSSELSHEIM AM MAIN

EINGANG
16.04.2024
Fachbereich Zentrales Gremienbüro
rüsselsheim am main

Büro Stadtverordnetenversammlung
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim, den 15.04.2024

Antrag der Fraktionen SPD und CDU zur Verweisung - Revitalisierung der Innenstadt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat erstellt einen Plan zur Revitalisierung der Innenstadt ein und stellt diesen der Stadtverordnetenversammlung vor.
2. Der Plan zur Revitalisierung wird nach der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung durch eine zentrale Steuerung umgesetzt, die eine zukunftsweisende und nachhaltige Struktur an Ladengeschäften, Gastronomie, Kultur, Wohnen und Nahversorgung gewährleistet, wobei Schwerpunkte auf Wohnen, studentisches Wohnen, Gastronomie in seiner vollen Bandbreite sowie Kultur gelegt werden sollen.
3. Die zentrale Steuerung soll durch die Stadtentwicklungsgesellschaft STEG erfolgen. Hierfür ist die STEG wieder zu reaktivieren und mit dem nötigen Personal auszustatten. Die Wirtschaftsförderung der Stadt Rüsselsheim ist einzubinden.
4. Die STEG koordiniert ein städtebauliches Investitionsprogramm zur Sanierung und Gestaltung des öffentlichen Raumes. Dabei wird auf die Steigerung der Attraktivität, die Entwicklung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts und die strukturelle Vernetzung von Grün- und Aufenthaltsstrukturen unter Berücksichtigung der Biodiversität geachtet.
5. Wirtschaftsfördernde Steuerungsmethoden, wie zeitlich befristete reduzierte Ladenmieten (z.B. für Popup-Stores), sollen als Instrumente genutzt werden.
6. Um potenzielle Fehlentwicklungen in der Innenstadt im Verkaufsfall an einen Dritten abzuwenden, soll der Magistrat gegenüber der Stadtverordnetenversammlung mögliche In-

strumente, soweit noch nicht geschehen, einführen, wie z.B. Vorkaufsrechtsatzung, städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, etc.

7. Um das Vorkaufsrecht auch ausüben zu können, sollen im Haushalt Mittel für den Erwerb von Immobilien und Grundstücken eingeplant bzw. sollen die bisherigen Mittel für Käufe von Immobilien und Grundstücken schwerpunktmäßig auf die Innenstadt konzentriert werden. Des Weiteren soll regelmäßig geprüft werden, ob Fördermittel von Land, Bund und EU für die Umwandlung (Kauf, Sanierung, Neubau, Umgestaltung, etc.) der Innenstadt abgerufen werden können.
8. Um ein Umdenken in der Stadtgesellschaft zu fördern und aktive Unterstützung zu gewinnen, werden Investitionen in Informationskampagnen sowie die Organisation von Events in der Innenstadt angeregt. Diese Bemühungen sollen durch Vereine und die städtische Wirtschaft, insbesondere den Gewerbeverein, unterstützt und teils eigenständig organisiert werden.
9. Es ist für verstärkte Kontrollen im Kernbereich der Innenstadt bezüglich Gewerbe -und Bauaufsichtsrechtlichen Vorschriften zu sorgen.
10. Ein Immobilienfonds zur weiteren Finanzierung der Maßnahmen soll geprüft werden.

Begründung:

Dieser Antrag hat das Ziel eine umfassende Revitalisierung der Innenstadt zu erreichen, um der Innenstadt neues Leben einzuhauchen. Der detaillierte Plan und die zentrale Steuerung durch die zu reaktivierende Stadtentwicklungsgesellschaft STEG sollen eine nachhaltige Struktur schaffen, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die soziale und kulturelle Vielfalt fördert. Durch Schwerpunktsetzungen auf Wohnen, studentisches Wohnen, Gastronomie und Kultur strebt der Antrag an, ein lebendiges und attraktives Stadtzentrum zu gestalten. Die Rüsselsheimer Innenstadt soll ein neues Image/Gesicht bekommen, dass attraktiv für die Menschen ist und eine positive

Fraktion
Rüsselsheim
SPD

Anziehung in die Innenstadt erreicht. Hierbei soll ein Plan erstellt und umgesetzt werden, der sich gegen umliegende Städte durchsetzen kann, weil die Rüsselsheimer Innenstadt diese nicht kopieren soll, sondern sich mit dem zukünftigen Angebot positiv unterscheidet und ein Alleinstellungsmerkmal erreicht. Die Einbindung wirtschaftsfördernder Methoden wie reduzierte Ladenmieten für zum Beispiel Popup Stores soll eine dynamische Entwicklung vorantreiben. Die vorgeschlagenen Instrumente, wie Vorkaufsrechtsatzung und städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, sollen dazu dienen, Fehlentwicklungen im Verkaufsfall zu verhindern und die Stadtentwicklung strategisch zu lenken. Die geplante Bündelung der Mittel im Haushalt für den Erwerb von Immobilien und Grundstücken sowie für Informationskampagnen und Events unterstreichen das Engagement für einen ganzheitlichen Ansatz. Durch die Förderung von Informationskampagnen und die Organisation von Events in der Innenstadt wird angestrebt, nicht nur bauliche, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Dies soll durch die aktive Beteiligung von Vereinen und der städtischen Wirtschaft unterstützt werden.

Murat Karakaya
SPD-Fraktionsvorsitzender

Stefanie Kropp
CDU-Fraktionsvorsitzende

Der Magistrat

rüsselsheim am main

Antrag	
der Fraktion WsR e.V.	
AT-164/21-26	
Datum	13.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:
Antrag zur sofortigen Beschlussfassung Nutzung Mainvorland
Bezug: Anfrage der WsR AF-72/21-26 vom 15.03.2024 zur Nutzung des Mainvorlands

Beschlusstext:
Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen:

- welche Schritte geeignet sind, um sich als Stadt in den regionalen Planungsprozess einzubringen,
- welche planerischen Grundlagen erforderlich sind, um für erweiterte Nutzungen zu argumentieren und diese in den Planfestlegungen zu manifestieren,
- wie die Stadt in einen konstruktiven Kommunikationsprozess mit den oberen Genehmigungsinstanzen eintreten kann, damit langfristig erweiterte Nutzungen als Teil einer neuen städtischen Identität eingeräumt werden.

Begründung:
Antwort des Magistrats vom 16.04.2024 Wiok4542
"Die Frage, inwieweit die Stadt Rüsselsheim an der Neufestsetzung des Regionalen Landschaftsplans beteiligt ist, wird dahingehend beantwortet, dass zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Beteiligung der Kommunen stattfindet."

Die WsR sieht hier Handlungsbedarf und fordert den Magistrat auf, proaktiv alle Möglichkeiten auszuloten, wie die Stadt sich rechtzeitig in den regionalen Planungsprozess einbringen kann. Ziel muss es sein, dass das Mainvorland zu einem wesentlichen Teil des Stadtbilds und des städtischen Lebens wird und Rüsselsheim damit seinem Namen "Rüsselsheim am Main" gerecht wird.

An das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Am Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

EINGANG
12.06.2024
Fachbereich Zentrales
Bereich Verwaltungsorganisation und -steuerung
rüsselsheim am main

WsR
WIR SIND RÜSSELSHEIM

Rüsselsheim, den 12.06.2024

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung Nutzung Mainvorland
Bezug: Anfrage der WsR AF-72/21-26 vom 15.03.2024 zur Nutzung des Mainvorlands

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen:

- welche Schritte geeignet sind, um sich als Stadt in den regionalen Planungsprozess einzubringen,
- welche planerischen Grundlagen erforderlich sind, um für erweiterte Nutzungen zu argumentieren und diese in den Planfestlegungen zu manifestieren,
- wie die Stadt in einen konstruktiven Kommunikationsprozess mit den oberen Genehmigungsinstanzen eintreten kann, damit langfristig erweiterte Nutzungen als Teil einer neuen städtischen Identität eingeräumt werden.

Begründung:

Antwort des Magistrats vom 16.04.2024 Wiok4542
"Die Frage, inwieweit die Stadt Rüsselsheim an der Neufestsetzung des Regionalen Landschaftsplans beteiligt ist, wird dahingehend beantwortet, dass zum aktuellen Zeitpunkt noch keine Beteiligung der Kommunen stattfindet."

Die WsR sieht hier Handlungsbedarf und fordert den Magistrat auf, proaktiv alle Möglichkeiten auszuloten, wie die Stadt sich rechtzeitig in den regionalen Planungsprozess einbringen kann. Ziel muss es sein, dass das Mainvorland zu einem wesentlichen Teil des Stadtbilds und des städtischen Lebens wird und Rüsselsheim damit seinem Namen "Rüsselsheim am Main" gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage:
Antrag der Fraktionen CDU, FDP/FW-Plus, SPD und WsR vom 13.07.2022
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.07.2022

VT 93 121 -26

CDU Fraktion Rüsselsheim am Main

Freie Demokraten FDP | FREIE WÄHLER Rüsselsheim | PLUS Plattform Unabhängiger Stadtverordneter

Fraktion Rüsselsheim SPD

WSR WIR SIND RÜSSELSHEIM

An das Büro des Vorsitzenden der
Stadtverordnetenversammlung
Herrn Jens Grode

EINGEGANGEN
21. JULI 2022
Büro Stadtv.versammlung

Rüsselsheim am Main, 13.07.2022

Gemeinsamer Antrag zur sofortigen Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 21.07.2022

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird -für die folgenden Veranstaltungen- beauftragt zu prüfen, wie die Voraussetzungen für die Genehmigungen im Verna-Park und auf dem Mainvorland für 2022 und für die Folgejahre zu erreichen ist. Bei beschränkenden behördlichen Rahmenbedingungen sind alle juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Veranstaltungen zur Umsetzung zu bringen.

Verna-Park (4 Veranstaltungsreihen)

a) Kunsthandwerkermärkte
b) Rüsselsheimer Weinfest
c) Veranstaltungen von „Kultur im Sommer“
d) Weihnachtsmarkt

Verna-Park und Mainvorland

a) Klassikertreffen

Mainvorland

a) vergleichbare Veranstaltungen wie z.B. LoveFamilyPark und Mainland Games

Neue Veranstaltungsreihen für den Verna-Park und das Mainvorland sind der Stadtverordnetenversammlung zukünftig zur Abstimmung vorzulegen.

Begründung:

Der Verna-Park ist ein Kleinod und ein identitätsstiftender Ort für Begegnungen der Rüsselsheimer Bürgerinnen und Bürger. Das Mainvorland wird von unseren Bürgerinnen und Bürgern als Erholungsraum großflächig genutzt.

Die Veranstaltungen der letzten Jahre haben bewiesen, wie wichtig der Vera-Park und das Mainvorland für die Rüsselsheimer Stadtgesellschaft ist und mit ihren Veranstaltungen eine Strahlkraft über die Grenzen Rüsselsheims hinaus besitzt

Die Organisatoren der Veranstaltungen stehen in Rüsselsheim oft vor dem Problem, dass Genehmigungen für die Flächen Verna-Park und dem Mainvorland fehlen oder erst kurzfristig erteilt werden. Um Planungssicherheit zu geben, braucht es aus unserer Sicht eine Entscheidung des Stadtparlamentes und des Magistrates, um die Flächen – in einem vernünftigen Rahmen- zu nutzen.

Stefanie Kropp CDU-Fraktion	Abdullah Sert FDP+ FW	Murat Karakaya SPD	Joachim Walczuch WSR

rüsselsheim am main

AT-93/21-26

Antrag der Fraktionen CDU, FDP/FW-Plus, SPD und WsR vom 13.07.2022 zur sofortigen Beschlussfassung - AT 93/21-26 - Schaffung von Voraussetzungen für die Genehmigungen von Veranstaltungen im Verna-Park und auf dem Mainvorland

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 21.07.2022

Es liegt der beigefügte gemeinsame Antrag der Fraktionen CDU, FDP/FW-Plus, SPD und WsR vom 13.07.2022 vor, den **die Stadtverordnetenversammlung einstimmig bei 8 Stimm-Enthaltungen wie folgt beschließt:**

„Der Magistrat wird – für die folgenden Veranstaltungen – beauftragt zu prüfen, wie die Voraussetzungen für die Genehmigungen im Verna-Park und auf dem Mainvorland für 2022 und für die Folgejahre zu erreichen ist. Bei beschränkenden behördlichen Rahmenbedingungen sind alle juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Veranstaltungen zur Umsetzung zu bringen.

Verna-Park (4 Veranstaltungsreichen)
- *a) Kunsthandwerkermärkte*
- *b) Rüsselsheimer Weinfest*
- *c) Veranstaltungen von „Kultur im Sommer“*
- *d) Weihnachtsmarkt*

Verna-Park und Mainvorland
- *a) Klassikertreffen*

Mainvorland
- *a) vergleichbare Veranstaltungen wie z. B. LoveFamilyPark und Mainland Games.*

Neue Veranstaltungsreihen für den Verna-Park und das Mainvorland sind der Stadtverordnetenversammlung zukünftig zur Abstimmung vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig, 8 Enthaltung(en)

Rüsselsheim am Main, den 21.07.2022

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-614-1/21-26 1. Ergänzung	
Datum	26.06.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Halbjährliches Berichtswesen
Ergänzungsantrag der Fraktion WsR vom 26.06.2024

Beschlussvorschlag:
Der Halbjährlichen Bericht über die von den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 2016 – 2021 sowie 2021 bis 2026 noch offenen, beschlossenen und verwiesenen Anträge und Anfragen, Haushaltsbegleitanträge zum Haushalt 2023 sowie die noch offenen Vorschläge der Ortsbeiräte Bauschheim und Königstädten wird **um einen Bericht über die noch nicht umgesetzten oder in der Umsetzung befindliche Beschlüsse zu Drucksachen der Stadtverordnetenversammlung ergänzt.**

Begründung:

Es ist zunehmend zu erkennen, dass Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung durch die Verwaltung verspätet oder gar nicht umgesetzt werden, der betreffende Antrag aber als erledigt gelistet wird. Beispiele hierfür sind die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Erarbeitung eines Parkraumkonzeptes und der Nutzung des Mainvorlandes.
Es ist deshalb sinnvoll, den halbjährlichen Bericht um die beschlossenen Drucksachen, deren Bearbeitung noch aussteht, zu ergänzen

An das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Am Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

EINGANG
26.06.2024
Fachbereich Zentrales
Bereich Verwaltungsorganisation und -steuerung
rüsselsheim am main

WsR
WIR SIND RÜSSELSHEIM

Rüsselsheim, den 24.06.2024

Antrag zur sofortigen Beschlussfassung zur DS-614/21-26 1. Ergänzung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Halbjährlichen Bericht über die von den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 2016 – 2021 sowie 2021 bis 2026 noch offenen, beschlossenen und verwiesenen Anträge und Anfragen, Haushaltsbegleitanträge zum Haushalt 2023 sowie die noch offenen Vorschläge der Ortsbeiräte Bauschheim und Königstädten wird **um einen Bericht über die noch nicht umgesetzten oder in der Umsetzung befindliche Beschlüsse zu Drucksachen der Stadtverordnetenversammlung ergänzt.**

Begründung:

Es ist zunehmend zu erkennen, dass Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung durch die Verwaltung verspätet oder gar nicht umgesetzt werden, der betreffende Antrag aber als erledigt gelistet wird. Beispiele hierfür sind die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zur Erarbeitung eines Parkraumkonzeptes und der Nutzung des Mainvorlandes.
Es ist deshalb sinnvoll, den halbjährlichen Bericht um die beschlossenen Drucksachen, deren Bearbeitung noch aussteht, zu ergänzen

Mit freundlichen Grüßen

02 MAI ...

Eing: ...

Antrag Nr. 3

DIE LINKE
Liste SOLIDARITÄT

Die Linke / Liste Solidarität
Rathaus Rüsselsheim
Fraktionsbüro 314

Telefon 06142/794711 / 12 / 13
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de
Internet: www.liste-solidaritaet.de

02.05.2011

An das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers

z. Hd. Frau Breunig

Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, zur Verweisung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Stadtverordnetenversammlung wird halbjährlich ein Bericht über die in der jeweiligen Legislaturperiode gefassten Beschlüsse, deren Status resp. Umsetzung vorgelegt.

Begründung:

Der halbjährliche Statusbericht bietet eine einfache, zweckmäßige Information und Übersicht für Stadtverordnete, Verwaltung, Presse/Öffentlichkeit über die gefassten Beschlüsse und deren Umsetzung. Er dient gleichermaßen als „Merkposten" für noch unerledigte Anträge. Im Kreistag Groß-Gerau ist die Vorlage eines solchen Berichts seit Jahren bewährter Usus.
Ein entsprechender Bericht des Kreistags Gross-Gerau ist diesem Antrag als Beispiel/Muster beigefügt.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

Marianne Flörsheimer

Beschlüsse des Kreistages in der Legislaturperiode 2001/2006

Stand: 15. Juni 2007

Beschluss	Datum	Sachstand
Opel-Rennbahn –XV/351 - Der Kreistag Groß-Gerau begrüßt die Aufnahme der Opel-Rennbahn in die jeweiligen Projektlisten der Industriekulturroute und des Regionalparks Süd West GmbH. Der Kreistag nimmt zur Kenntnis, dass derzeit von der Stadt Rüsselsheim und der Regionalpark Süd West GmbH in Kooperation und Abstimmung mit den zuständigen Ämtern für Denkmalschutz, Wasserwirtschaft, Forst, den Grundstückseigentümern (Stadt Mainz) sowie der Adam Opel AG ein Konzept erarbeitet wird, das eine Teilfreilegung des nunmehr bewaldeten Areals für die Besichtigung durch Fußgänger und Fahrradfahrer vorsieht; PKW's sind wegen des Wasserschutzgebiets nicht zugelassen. Nach Vorlage des Konzepts steht der Ausbildungsverbund Metall (AVM) bereit, ein entsprechendes Ausbildungsprojekt zu initiieren. Der Kreisausschuss wird gebeten, den Ausschuss nach Vorlage des Konzepts durch die Projektbetreiber entsprechend zu informieren.	29.09.2003	**Erledigt -** Bericht im Fachausschuss am 06.03.2007
Bedienungstakt der Regionalbahnlinie 75 - XV/412 - Eine Verdichtung des Bedienungstaktes auf der Regionalbahnlinie 75 im Abschnitt Darmstadt - Groß-Gerau - Mainz – Wiesbaden auf einen durchgängigen 30 Minuten-Intervall an Werktagen wird als eine bedeutsame Verbesserung der Verkehrsbedienung im Kreisgebiet angesehen und im Rahmen der Möglichkeiten des Kreises angestrebt. Der Kreisausschuss wird gebeten, bei den übrigen, am Laufweg der RB-Linie 75 beteiligten Aufgabenträger die Bereitschaft zur Unterstützung zu sondieren und dem Kreistag bis zur Sommerpause 2004 einen Bericht vorzulegen, der als Entscheidungsgrundlagen mindestens folgende Informationen beinhaltet: - Ergebnisse der Erhebung des RMV über die tatsächliche Auslastung der bereits bestehenden Verbindung - Bedarf und Möglichkeiten für eine weitere Verdichtung des Angebots - Finanzielle Auswirkung für den Kreis - Möglichkeiten der Anschlussherstellung mit den bestehenden Busverbindungen.	15.12.2003	**Erledigt -** Im Rahmen der Beschlussfassung zum Nahverkehrsplan. Die Fortschreibung 2006 – 2011 liegt dem Kreistag in seiner Sitzung am 02.07.2007 vor.

Trinkbrunnen an Schulen - XV/477 - Der Kreisausschuss wird beauftragt, mit den Wasserversorgern im Kreis Groß-Gerau Kontakt aufzunehmen zwecks Einrichtung und Kostenübernahme von sog. „Trinkwasserbrunnen" in den Schulen des Kreises Groß-Gerau. Vornehmlich sollte es in einem ersten Schritt um Schulen mit Ganztagesangeboten gehen.	12.07.2004	**Noch in Arbeit** Die Verhandlungen über technische, finanzielle und terminliche Lösungsansätze sind noch nicht abgeschlossen.
Haushalt - Sale and lease back Es ist intensiv zu prüfen und dem Kreistag zu berichten, ob und in welcher Weise durch „Sale and lease back" – Modelle für passende Liegenschaften des Kreises nachhaltige finanzielle Entlastungen erzielt werden können.	30.05.2005	**Erledigt -** Bericht im Kreistag am 11.12.2006
Hilfe, Beratung und Unterstützung für Eltern von neugeborenen Kindern - Durch integriertes Konzept vernetzen und transparenter machen - XV/594 - Der Kreistag unterstreicht ausdrücklich die Notwendigkeit der Hilfe, Beratung und Unterstützung für Eltern von neugeborenen Kindern. Mit der organisatorischen Veränderung der Beratung für Mütter und Väter beim Kreisgesundheitsamt steht der Kreis Groß-Gerau auch weiterhin mit zentralen, telefonischen und in besonderen Fällen auch aufsuchenden Beratungsterminen jungen Eltern mit Hilfe und Orientierung zur Seite. Während in vielen Landkreisen des Landes ein solches Angebot in den vergangenen Jahren abgebaut wurde, will der Kreis an diesem Beratungsangebot festhalten. Es stellt einen wichtigen Baustein eines umfangreicheren Beratungs- und Unterstützungsangebot für junge Familien im Kreis dar, das überschaubarer dargestellt und besser vernetzt werden soll, um die Eltern besser und zielgenauer zu erreichen. Vor diesem Hintergrund wird der Kreisausschuss deshalb gebeten, ein integriertes Konzept für Hilfe und Beratung sowie Unterstützung für Eltern von Neugeborenen vorzustellen und weiterzuentwickeln. Dieses Konzept soll alle im Kreis vorhandenen Hilfs-, Beratungs- und Förderangebote für Eltern und ihre neugeborenen Kinder einbeziehen. Es soll die Grundlage bilden für ein abgestimmtes und differenziertes Netz der Unterstützungsangebote für Eltern neugeborener Kinder im Kreis. Die seither noch unabgestimmten Angebote der Schwangerenberatung, der Wohlfahrtsverbände, die Eltern und Kindberatung der Krankenhäuser, die Angebote der Frauen- Mütter- und Familienzentren im Kreis sowie die Angebote der Selbsthilfegruppen von Müttern mit Krabbelkindern sollen gemeinsam mit der Mütterberatung des Kreises und den Frühförderstellen in einem integrierten Handlungsansatz koordiniert werden und so in ihrer Gesamtheit den betroffenen Eltern im Kreis Groß-Gerau zur Verfügung stehen.	10.10.2005	**Erledigt -** Konzeption lag im Fachausschuss am 13.03.2007 vor.

Vorlage an die
Stadtverordnetenversammlung

Drucksache	
- öffentlich -	
DS-614/21-26 1. Ergänzung	
Datum	28.05.2024

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Haupt- und Finanzausschuss	18.06.2024	beschlussempfehlend
Stadtverordnetenversammlung	27.06.2024	beschließend

Betreff:

Halbjährliches Berichtswesen
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme

Der Magistat leitet der Stadtverordnetenversammlung nachstehenden Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme zu:

Kenntnisnahme
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den 15. Halbjährlichen Bericht über die von den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung in der Legislaturperiode 2016 – 2021 sowie 2021 bis 2026 noch offenen, beschlossenen und verwiesenen Anträge und Anfragen, Haushaltsbegleitanträge zum Haushalt 2023 sowie die noch offenen Vorschläge der Ortsbeiräte Bauschheim und Königstädten zur Kenntnis.

Begründung:

A. Ziel

Ziel des Berichtes ist die Information über die verwiesenen noch offenen Anträge, Anfragen und Haushaltsbegleitanträge der Fraktionen sowie die noch offenen Vorschläge der Ortsbeiräte Bauschheim und Königstädten.

B. Beschlusshistorie

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 11.10.2012 (DS 162/11-16) legt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung halbjährlich einen Bericht über die noch offenen Anfragen, Anträge und Vorschläge vor.

Der vorgelegte 15. halbjährliche Bericht setzt somit die im 2. Halbjahr 2012 aufgenommene regelmäßige Berichterstattung fort.

C. Vorgehen

Grundlage des Berichts ist die fortgeschriebene Übersicht über alle Anträge und Anfragen der Fraktionen, die Übersicht aller Haushaltsbegleitanträge sowie die Übersicht der Vorschläge der Ortsbeiräte.

Auf Wunsch der Fraktionen enthält der vorgelegte Bericht nur noch die noch offenen bzw. sich in Bearbeitung befindlichen Anträge und Anfragen der Fraktionen, Haushaltsbegleitanträge und Vorschläge der Ortsbeiräte. Zusätzlich werden die Anträge aufgelistet, für die bereits ein Zwischenbericht vorliegt.

Die Antrags-, Anfrage- bzw. Vorschlagstexte sowie die Beschlüsse der Drucksachen sind unter den angegebenen Nummern im Gremienportal der Stadt, das allen Stadtverordneten zugänglich ist, enthalten. Dies hat den Vorteil, dass über eine reine Beschlussdarstellung hinaus der gesamte Vorgang eines Antrags mit kompletter Beratungsfolge, d.h. inklusive originalem Antragstext und gegebenenfalls weiterführenden Anlagen sowie mit Beschluss und Abstimmungsergebnis zur Verfügung steht. Diese Vorgehensweise bietet somit in der Gesamtheit den gewünschten Überblick über den Sachstand der Initiativen von Seiten der Stadtverordnetenversammlung und der Ortsbeiräte.

D. Kosten

Keine

E. Auswirkungen auf das Klima

Keine

Anlagen

Anlage 1: Anträge der Fraktionen
Anlage 2: Anfragen der Fraktionen
Anlage 3: Haushaltsbegleitanträge zum Haushalt 2023
Anlage 4: Vorschläge des Ortsbeirates Bauschheim und des Ortsbeirates Königstädten

Rüsselsheim am Main, 28.05.2024

Patrick Burghardt
Oberbürgermeister

Anträge aus Legislaturperiode 2016 - 2021

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss StV am	Anmerkungen
24	Bü90/Grüne	**Aktionsplan Schultoiletten**	22.03.2018	Zwischenbericht DS-321/21-26
45	SPD, Bü90/Grüne, Die Linke/Liste Soi, FW/FNR	**Wiederbelebung der Partnerschaft mit den Rüsselsheimer Partnerstädten unter dem Motto „Rüsselsheimer Städtepartnerschaften wiederbeleben“**	27.06.2019	
60	Bündnis 90/Die Grünen	**Errichtung von Neubauten als Passivhäuser**	24.10.2019	
62	CDU	**Gesetzliche Regelung zur Berücksichtigung der Kosten des Betriebes eines kommunalen Krankenhauses in der Kreisumlage**	24.10.2019	
73	SPD, Grüne, Linke, FW/FNR und UL	**Verkehrssicherheit im Gebiet „Blauer See I und II, Königstädten, Rüsselsheim am Main**	21.11.2019	
77	CDU	**Anwohnerparkzonen/Anwohnerparkausweise**	22.10.2020	

Anträge (Legislaturperiode 2021 - 2026)

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss StV am	Anmerkungen
AT-20-1/21-26	SPD	**Kinderhaus**	28.10.2021	
AT-37/21-26	WsR	**Verkehrsberuhigung Brunnen- und Wolfingerstraße**	28.10.2021	
AT-38/21-26	Grüne / Linke Liste Soli	**Begrenzung der Geschwindigkeit auf Tempo 30**	28.10.2021	
AT-43/21-26	WsR	**Tempo 30 im Burggrafenlacher Weg**	28.10.2021	
AT-43-1/21-26	SPD	**Tempo 30 im Burggrafenlacher Weg**	28.10.2021	
AT-45/21-26	CDU und WsR	**Videoüberwachung am Bahnhofsplatz**	28.10.2021	

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss StV am	Anmerkungen
AT-49-1/21-26	SPD	**Stadtpolizei**	25.11.2021	
AT-50/21-26	SPD	**„Saubere Stadt“ – Bürgeraktion saubere Laternen**	Pkt. 1 beschlossen in StV am 25.11.2021 und Pkt. 2 abgelehnt	
AT-54/21-26	WsR	**Bahnstation Bauschheim-Eselswiese**	25.11.2021	Zwischenbericht DS-272/21-26
AT-56/21-26 AT-56-1/21-26	SPD CDU	**Modernisierung und Attraktivierung bestehender Gewerbeflächen in Rüsselsheim**	16.12.2021	
AT-61/21-26	SPD	**Verkehrssituation im Industriegebiet: Ausweisung von Einbahnstraßen sowie Anlegung von Zebrastreifen**	10.02.2022	
AT-62a/21-26	CDU; SPD; Grüne/ Linke Liste Soli; FDP-PLUS	**Weiteres Vorgehen zum Prozess Entwicklung der freiwerdenden Opel-Flächen**	10.02.2022	DS-407/21-26 3. Ergänzung
AT-62a-1/21-26	SPD	**Weiteres Vorgehen zum Prozess Entwicklung der freiwerdenden Opel-Flächen**	10.03.2022	
AT-64 a/21-26	CDU	**Neustrukturierung des städtischen Waldschwimmbades**	16.11.2023	DS-567/21-26 1. Ergänzung
AT-69/21-26	FDP-PLUS	**Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen**	10.03.2022	1. Zwischenbericht wurde am 18.05.22 per E-Mail verschickt 2. Zwischenbericht DS-586/21-26
AT-69-1/21-26	CDU	**Realisierung eines flächendeckenden Car-Sharing Angebots in Rüsselsheim am Main und seinen Stadtteilen**	10.03.2022	
AT-76/21-26	CDU	**E-Scooter stationsbasiertes Modell**	28.04.2022	Zwischenbericht DS-258/21-26
AT-79 a/21-26	SPD	**Gewerbeflächen Eselswiese**	28.04.2022	
AT-91/21-26	DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI	**Erweiterung der Unterführung des Bahnhofs Rüsselsheim**	06.10.2022	
AT-93/21-26	CDU, WsR	**Schaffung von Voraussetzungen für die Genehmigungen von Veranstaltungen im Verna-Park und auf dem Mainvorland**	21.07.2022	
AT-97/21-26	SPD	**Masterplan Energie**	06.10.2022	DS-346/21-26 Zurückstellung der Erarbeitung des Masterplans Energie

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss StV am	Anmerkungen
AT-100/21-26	CDU	**Prüfung von Instrumenten für die zukünftige Innenstadtentwicklung**	15.12.2022	
AT-103/21-26	DIE GRÜNEN/ Linke Liste Soli/ ABI	**Rüsselsheims erste Fahrradstraße**	15.12.2022	
AT-107/21-26	Stadtverordneten-vorsteher Grode	**"Sofortiger Klimaaktionsplan für Rüsselsheim"**	15.12.2022	
DS-319-2/21-26	CDU, WsR	**Verkehrsführung in der Weisenauer Straße**	09.02.2023	
AT-110/21-26	DIE GRÜNEN/ Linke Liste Soli/ ABI	**Müllcontainer am Bahnhof**	22.06.2023	
AT-112/21-26	CDU	**Mängelmeldung an Sportstätten und weiteren Liegenschaften durch Ausstattung mit QR-Code**	22.06.2023	
AT-112-1/21-26	WsR	**Mängelmeldung an Sportstätten und weiteren Liegenschaften durch Ausstattung mit QR-Code**	22.06.2023	
AT-113	CDU	**Einrichtung von Parkzonen im gesamten Stadtgebiet inkl. der Ortsteile**	22.06.2023	
AT-121/21-26	WsR	**Strategische Weiterentwicklung des Städteservice Raunheim-Rüsselsheim**	20.07.2023	
AT-122/21-26	SPD	**Wertstoffhof Sonnenwerk**	20.07.2023	
AT-123/21-26	CDU	**Verlegung von Strom- und Wasserleitungen in den Verna-Park im Zuge der Sanierung des Toilettenhäuschens an der Frankfurter Straße**	20.07.2023	
AT-124/21-26	Stadtv. Schneckenberger	**Herausnahme des Gebietes vom Landungsplatz bis zu den Tennisplätzen aus der Landschaftsschutzgebietsverordnung "Hessische Mainauen"**	20.07.2023	
AT-126/21-26	SPD	**Konzept zur Belebung des Landungsplatzes**	05.10.2023	
AT-128/21-26	SPD	**Unterstützung und Beschleunigung der Digitalisierung der Rüsselsheimer Verwaltung**	05.10.2023	
AT-130/21-26	SPD	**Interkommunale Zusammenarbeit zur Steigerung der Personalgewinnung**	05.10.2023	

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss StV am	Anmerkungen
AT-131/21-26	SPD	Erhöhung der Ausbildungsplätze für praxisintegrierte, vergütete Erzieher*innen-Ausbildung	05.10.2023	
AT-133/21-26	DIE GRÜNEN/Linke Liste Soli/ABI	Erweiterung des Hyundai Motor Europe Technical Centers (HMETC)	05.10.2023	
DS-470/21-26	Bericht Jugenforum 2022	Beschlussziffer 1: Installation von Menstruationsartikelspender an Rüsselsheimer Schulen	05.10.2023	
DS-470/21-26	Bericht Jugenforum 2022	Beschlussziffer 3: Berücksichtigung des Bedarfs einer räumlichen Alternative für den Jugendtreff Haßloch Nord bei der Planung der Albrecht-Dürrer-Schule	05.10.2023	
AT-139/21-26	SPD	Mitarbeiter-Benefits zur Attraktivitätssteigerung der Stadt Rüsselsheim am Main	14.12.2023	
AT-142/21-26	CDU	Präsentation der Stadtpolizei an den zukünftigen verkaufsoffenen Sonntagen	16.11.2023	
AT-144/21-26	CDU	Einführung eines digitalen Abstimmungsverfahrens für die Stadtverordnetenversammlung	14.12.2023	
AT-146/21-26		Wahlvorbereitung für die Stelle des Stadtrates	16.11.2023	
AT-147/21-26	CDU, SPD	Opelflächen - Strategische Risikobewertung und Übertragung der Ausübung des Vorkaufsrechtes auf die Stadtverordnetenversammlung	16.11.2023	DS-543/21-26 Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen Beschlussziffern 2 und 4
AT-148/21-26	CDU	Radwegplanung Walter-Flex-Straße bei Sanierung	22.02.2024	
AT-151/21-26	CDU	Ausbau öffentlichen WLAN / Public WiFi in den Ortsteilen	22.02.2024	
AT-152/21-26	SPD	Büro der Stadtverordnetenversammlung	14.12.2023	
AT-153/21-26	CDU	Fachgerechte Instandsetzung des vorhandenen Weges "Windberg" zwischen Pommernstraße und Varkausstraße	22.02.2024	
AT-154/21-26	CDU	Stromkästen	25.04.2024	
AT-156-2/21-26	SPD	Änderungsantrag - Reform der Stadtpolizei	25.04.2024	

Anfragen (Legislaturperiode 2016 – 2021)

Nr.	anfragende Fraktion	Betreff	Anfrage-datum	Eingang Büro StV	Anmerkungen
102	Stadtv. Prof. Dr. Flörsheimer	Fehlende Arbeitsplätze für Stellen in der Stadtverwaltung	29.02.2020	02.03.2020	

Anfragen (Legislaturperiode 2021 – 2026)

Nr.	anfragende Fraktion	Betreff	Anfrage-datum	Eingang Büro StV	Anmerkungen
AF-36/21-26	SPD	Belastungen im Berliner Viertel	20.08.2022	24.08.2022	
AF-56/21-26	WsR	Ausüben eines Vorkaufsrechts durch die Stadt	06.03.2023	07.03.2023	
AF-61/21-26	WsR	Diebstahl Stadtwerke	12.06.2023	13.06.2023	
AF-69/21-26	Grüne/Linke Liste Soli/ABI	Katzenschutzverordnung	05.12.2023	06.12.2023	

Haushaltsbegleitanträge zum Haushalt 2023

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss StV am	Anmerkungen
HHAT-1/2023	CDU	**Personalwirtschaft (Tarifbeschluss, Stellenbesetzungssperre, unbesetzte Stellen)**	22.06.2023	
HHAT-10/2023	FDP/FW-PLUS	**Zeitgemäße Haushalte in digitaler Form**	22.06.2023	DS-479/21-26
HHAT-11/2023	CDU	**Brandschutz**	22.06.2023	Zwischenbericht DS-460/21-26
HHAT-3/2023	WsR	**Videoüberwachung**	27.04.2023	
HHAT-9/2023	CDU	**Weiterentwicklung des bestehenden Haushaltsplans**	22.06.2023	DS-479/21-26

Vorschläge Ortsbeirat Bauschheim (Legislaturperiode 2021 - 2026)

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss OBR am	Anmerkungen
VBAU-1/21-26	OBR Bauschheim	Anflugverfahren Segmented Approach	27.05.2021	
VBAU-2/21-26	OBR Bauschheim	Tempo 30-Zone in Bauschheim	30.09.2021	
VBAU-5/21-26	OBR Bauschheim	Verkehrssituation Am Weinfass / Parkverbot	17.02.2022	
VBAU-7/21-26	OBR Bauschheim	Mountainbike Strecke Bauschheim	11.05.2023	
VBAU-9/21-26	OBR Bauschheim	Prüfbericht zur Zukunft des Bauschheimer Waldes	12.10.2023	
VBAU-10/21-26	OBR Bauschheim	Anfragen und Prüfvorschlag zu Maßnahmen eines Bewässerungskonzeptes für den Bauschheimer Wald	12.10.2023	

Vorschläge Ortsbeirat Königstädten (Legislaturperiode 2016 - 2021)

Nr.	Fraktion/en	Betreff	Beschluss OBR am	Anmerkungen
		Radweg Nauheimer Str./Bismarckplatz	31.10.2019	
40	SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke/ Liste Solidarität, FWR/FNR	Mobiles Stadtbüro	14.02.2019	DS-457/21-26